

STATISTISCHES JAHRBUCH

Deutschland und Internationales

2015

Statistisches Bundesamt

Herausgeber | Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktionsleitung | Ilka Willand

Gestaltung | Statistisches Bundesamt

Internet | www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns | www.destatis.de/kontakt
Zentraler Auskunftsdienst | Tel. +49 (0) 611 / 75 24 05

Erschienen im Oktober 2015

Print

Preis | EUR 71,-

Bestellnummer | 1010110-15700-1

ISBN | 978-3-8246-1037-2

Download

Artikelnummer | 1010110-15700-4

Redaktionsschluss | 1. August 2015

Qualität | Sollte dem Statistischen Bundesamt nach Veröffentlichung dieser Ausgabe ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter www.destatis.de/jahrbuch

Archiv | Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch

Technische Herstellung | Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, www.bonifatius.de

Vertriebspartner | IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
destatis@ibro.de
Telefon | +49 (0) 3 82 04 / 6 65 43
Telefax | +49 (0) 3 82 04 / 6 69 19

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Jahr feiern wir das 25-jährige Jubiläum der Deutschen Einheit. Der Prozess des Zusammenwachsens beider Teile Deutschlands lässt sich in allen Bereichen der Gesellschaft im Spiegel der Statistik betrachten. Vieles hat sich angeglichen. In einigen Bereichen zeigen die Statistiken allerdings noch deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern, wie zum Beispiel bei den Verdiensten oder bei der Kinderbetreuung.

Insgesamt waren die Bruttostundenverdienste im früheren Bundesgebiet 2014 um rund ein Drittel höher. Die Spanne reichte von 21,96 Euro in Hessen bis zu 15,22 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen-Anhalt wurde fast jedes zweite Kind unter drei Jahren (47 %) ganztags betreut, dieser Anteil lag in Bayern nur bei rund 10 %. Bei der Lebenserwartung gibt es kaum Unterschiede: Männer und Frauen in Ost und West werden heute rund 30 Jahre älter als vor 100 Jahren.

Im Zuge des demografischen Wandels ändern sich das Leben und das Selbstverständnis im Alter. Die Erwerbstätigkeit älterer Menschen hat in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen: 2005 gingen etwa ein Drittel (28 %) der 60- bis 64-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach, 2014 waren es mehr als die Hälfte (52 %). Von den 65- bis 69-Jährigen arbeiteten 2005 rund 6 % der Menschen, dieser Anteil lag 2014 bei 14 %. Wann gilt ein Mensch als alt? Eine allgemein anerkannte Grenze war bisher das 65. Lebensjahr. Diese Grenze ergab sich aus dem bisherigen Renteneintrittsalter. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob sich diese Grenze mit der Erhöhung des Rentenalters auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung weiter nach hinten verschiebt.

Über die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone und die Probleme Griechenlands wird quer über alle Altersgruppen hinweg diskutiert. Das Handelsvolumen mit Griechenland ist aus deutscher Sicht vergleichsweise gering. Die Exporte nach Griechenland machten 2014 nur rund 0,4 % des gesamten deutschen Exportvolumens aus. Die größte Bedeutung für den deutschen Export hatten pharmazeutische Erzeugnisse sowie Maschinen. Aus der Sicht Griechenlands hatten deutsche Importe 2013 einen Anteil von 10 % am gesamten Einfuhrvolumen.

Zahlen, Tabellen und Grafiken zu diesen und anderen aktuellen Themen finden Sie auch auf unserer Website und in unserer Datenbank GENESIS-Online.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses, die zu diesem Buch beigetragen haben und den Organisationen, die uns ihre Daten zur Verfügung stellen.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes












Einführung

Statistisches Bundesamt | Informationsdienstleister für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, *Seite 7*








Statistisches Bundesamt | Informationsangebot, *Seite 8*

Statistisches Jahrbuch | Inhalt, Aufbau und Gebrauch, *Seite 9*










Gesellschaft und Staat

- 1  Geografie und Klima, *Seite 11*
- 2  Bevölkerung, Familien, Lebensformen, *Seite 23*
- 3  Bildung, *Seite 75*
- 4  Gesundheit, *Seite 117*
- 5  Wohnen, *Seite 151*
- 6  Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, *Seite 165*
- 7  Kultur, Medien, Freizeit, *Seite 191*
- 8  Soziales, *Seite 223*
- 9  Finanzen und Steuern, *Seite 251*
- 10  Wahlen, *Seite 285*
- 11  Justiz, *Seite 301*

Gesamtwirtschaft und Umwelt

- 12  Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Seite 317*
- 13  Arbeitsmarkt, *Seite 343*
- 14  Verdienste und Arbeitskosten, *Seite 371*
- 15  Preise, *Seite 389*
- 16  Außenhandel, *Seite 411*
- 17  Zahlungsbilanz, *Seite 429*
- 18  Umwelt, *Seite 441*

Wirtschaftsbereiche

- 19  Land- und Forstwirtschaft, *Seite 471*
- 20  Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick, *Seite 503*
- 21  Verarbeitendes Gewerbe, *Seite 533*
- 22  Energie, *Seite 551*
- 23  Bauen, *Seite 561*
- 24  Binnenhandel, *Seite 573*
- 25  Transport und Verkehr, *Seite 583*
- 26  Gastgewerbe und Tourismus, *Seite 605*
- 27  Weitere Dienstleistungen, *Seite 617*

Internationales

- A  *Seite 629*

Sachregister, *Seite 683*

Nur wer die Fakten kennt, kann mitreden. Der Weg zu diesen Fakten ist kurz. Er führt zum **Statistischen Bundesamt**.

Das Statistische Bundesamt stellt als zentraler Informationsdienstleister das umfangreichste Angebot an statistischen Daten für Deutschland bereit. Hauptverbreitungskanal ist das Internet. Unter www.destatis.de finden Sie das gesamte Veröffentlichungsprogramm einschließlich des Zugangs zu den statistischen Datenbanken. Neben elektronischen Veröffentlichungen gibt es auch noch ausgewählte gedruckte Veröffentlichungen zu übergreifenden oder spezifischen Themen. Auf der folgenden Seite beschreiben wir Ihnen das Informationsangebot detailliert. In einem Informationsservice stehen Fachleute Auskunftssuchenden beratend zur Seite. Eine umfassende Statistik-Spezialbibliothek ist für Interessierte geöffnet.

Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik sind die breite Öffentlichkeit, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände, die Medien sowie die Wissenschaft. Sie alle brauchen statistische Informationen, um Entscheidungen vorzubereiten und zu bewerten, um aufzuklären, Thesen und Analysen empirisch zu begründen oder zu erläutern. Die **demokratische Willensbildung** lebt von öffentlich zugänglichen, objektiven statistischen Daten über die Lage von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Umwelt.

■ Aufgabe und Stellung

Das Statistische Bundesamt besteht seit 1950. Seine Grundlage ist das **Bundesstatistikgesetz** (BStatG). Danach hat die amtliche Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Statistiken bieten Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge. Sie werden nach den Prinzipien der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erarbeitet.

Bei der fachstatistischen Arbeit, der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung der Statistiken ist das Statistische Bundesamt unabhängig und nicht weisungsgebunden. Als **selbstständige Bundesoberbehörde** im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern untersteht es der **Dienstaufsicht** des **Bundesinnenministeriums**. Deshalb kann das Statistische Bundesamt wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Entscheidungen nur mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums treffen. In fachlichen Fragen ist das Statistische Bundesamt der Fachaufsicht der verschiedenen Bundesministerien unterstellt: Für jede der insgesamt rund 390 Einzelstatistiken übt ein Bundesministerium die Fachaufsicht aus. Das heißt, es achtet darauf, dass die von der Europäischen Union oder vom Bund vorgeschriebenen Statistiken so durchgeführt werden, wie es die anordnende Rechtsgrundlage vorsieht.

■ Keine Statistik ohne Gesetz

So lautet vereinfacht das **Prinzip der Gesetzmäßigkeit** – eines von drei Grundprinzipien, die das System der amtlichen Statistik in Deutschland prägen. Für die statistische Praxis bedeutet dies, dass Rechtsnormen der Europäischen Union, des Bundes oder eines Landes alle wesentlichen Parameter einer Erhebung vorschreiben, insbesondere Merkmale,

Berichtskreis und Periodizität. Ob zu einem Thema eine neue Statistik durchgeführt wird, entscheiden in Deutschland also nicht die Statistikerinnen und Statistiker, sondern der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Nur kleinere Erhebungen kann das Statistische Bundesamt aus eigenem Entschluss durchführen, z. B. um neue wissenschaftliche Methoden zu testen. Das Anpassen des statistischen Programms an neue Informationsbedarfe braucht daher immer eine gewisse Zeit. Umgekehrt gilt: Wenn Daten erhoben werden, wurden Nutzen und Aufwand im Vorhinein gründlich abgewogen. Befragte können sicher sein, dass ihre Daten umfassend geschützt sind.

■ Statistik von Spezialistinnen und Spezialisten

Das **Prinzip der fachlichen Konzentration** stellt sicher, dass die statistischen Arbeiten in Deutschland grundsätzlich in Fachbehörden geschehen, nämlich den statistischen Ämtern. Nur in Ausnahmefällen führen andere Stellen Bundesstatistiken durch. So stellt die Deutsche Bundesbank Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken bereit und die Bundesagentur für Arbeit einige Arbeitsmarktstatistiken. Diese Stellen gewinnen die Statistiken in der Regel dadurch, dass sie Datenmaterial auswerten, das als Nebenprodukt ihrer Geschäftstätigkeit anfällt. Alle Tabellen im Statistischen Jahrbuch, deren Material nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder zuliefern, sind mit einer entsprechenden Quellenangabe versehen.

■ Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Das **Prinzip der regionalen Dezentralisierung** folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern. Die Statistischen Ämter der Länder sind – von Ausnahmen abgesehen – für die Durchführung der statistischen Erhebungen und die Aufbereitung bis zum Landesergebnis zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten, so dass bundeseinheitliche Ergebnisse entstehen. Darüber hinaus stellt es die Ergebnisse für Deutschland in sachlicher und regionaler Gliederung zusammen und veröffentlicht sie. Etwa 140 Bundesstatistiken bearbeitet das Bundesamt zentral. Das heißt, es erhebt zum Teil auch die Daten, so zum Beispiel zur Außenhandelsstatistik.

■ Web-Angebot

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

■ Online-Datenbanken

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank **GENESIS-Online** des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Der Tabellenabruf ist kostenfrei. Die Tabellen können durch zeitliche, sachliche und gegebenenfalls regionale Auswahlmöglichkeiten an den individuellen Bedarf angepasst werden. Das Abspeichern der Ergebnisse ist in verschiedenen Formaten (Excel, CSV, HTML) möglich. Zur Visualisierung der Tabelleninhalte werden interaktive Diagramme und – bei regional gegliederten Tabellen – auch geografische Karten angeboten.

Zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten stehen registrierten Kunden gegen eine Jahresgebühr zur Verfügung: Mit dem **GENESIS-Webservice** bieten wir beispielsweise eine API (Application Programming Interface) zur automatisierten Verarbeitung unserer Datenbankinhalte.

Sie interessieren sich nur für bestimmte Statistiken? Am Ende der einzelnen Jahrbuchkapitel finden Sie unter dem Stichwort „Mehr zum Thema“ genaue Informationen dazu, wie Sie Tabellen zu einem bestimmten Thema aus der Datenbank herausfiltern können.

Regional tief gegliederte Daten liefert Ihnen die **Regionaldatenbank Deutschland** unter www.regionalstatistik.de

Die angebotenen Tabellen basieren auf dem Regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder und werden kontinuierlich ausgebaut.

Mit der **Tarifdatenbank** bieten wir Ihnen Informationen über die Tarifverdienste in einzelnen Branchen und Regionen sowie über wichtige tarifliche Regelungen (z. B. Arbeitszeit, Sonderzahlungen, Urlaubsdauer). Neue Tarifverträge sowie aktuelle Tarifinformationen werden laufend ergänzt. Alle Ergebnisse können Sie in verschiedene Formate exportieren und weiter verarbeiten.

Mit dem Zensus 2011 wurde zum Stichtag 9.5.2011 erstmals wieder im vereinten Deutschland eine Volkszählung und eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Die **Zensusdatenbank** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsentiert Ihnen detaillierte Ergebnisse zur Einwohnerzahl aller Gemeinden, Informationen aus der Gebäude- und Wohnungszählung und viele weitere Daten über die Bevölkerung Deutschlands. Die Zensusdatenbank bietet Ihnen zudem die Möglichkeit Ergebnisse dynamisch und individuell zu erstellen.

■ Publikationen

Das Statistische Bundesamt bringt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Allesamt stehen sie Ihnen auf unserer Website gebührenfrei als PDF-Datei zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von sachlich tiefgehenden Datensammlungen bis zu Broschüren, die wir für die breite Öffentlichkeit aufbereiten.

Unter „Mehr zum Thema“ weisen wir auf bestimmte Produktkategorien unseres Veröffentlichungsprogramms hin. Diese erläutern wir Ihnen hier:

In **Fachserien und Tabellenbänden** präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse einzelner Statistiken in Form sachlich tief gegliederter Tabellen. Die einzelnen Ausgaben stehen nicht nur als PDF-Dateien, sondern in der Regel auch im Excel-Format für Sie in unserem Internetangebot bereit.

Fachberichte enthalten umfassende Ergebnisse aus einer oder mehreren Statistiken. Im Unterschied zu den Fachserien sind die Ergebnisse textlich kommentiert und grafisch veranschaulicht.

Wirtschaft und Statistik ist das Wissenschaftsmagazin des Statistischen Bundesamtes. Es bietet Fachbeiträge interner sowie externer Autorinnen und Autoren rund um die Themen der amtlichen Statistik. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Analysen statistischer Ergebnisse und auf der Dokumentation methodischer Fragen und Entwicklungen. Die wissenschaftlichen Beiträge werden ergänzt durch Kurznachrichten mit aktuellem Bezug, wie z. B. nationale und internationale Tagungsankündigungen sowie neue Publikationen.

Statistik und Wissenschaft ist eine Buchreihe, die die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik dokumentiert. Sie steht für Themen, die sich aus der Kooperation der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft ergeben. Auch wissenschaftlich herausragende Nachwuchsarbeiten finden in dieser Reihe ihren festen Platz. So werden immer wieder Arbeiten von Preisträgern des vom Statistischen Bundesamt ausgelobten „Gerhard-Fürst-Preis“ für Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten veröffentlicht. Die Reihe wurde 2014 eingestellt.

In unseren **Broschüren** bereiten wir ausgewählte Themen für die breite Öffentlichkeit auf. Unter dem Motto „Kennzahlen auf einen Blick“ stellen wir Ihnen Schlüsselindikatoren zu einem Thema in Form von kurzen Texten, kleinen Tabellen und anschaulichen Grafiken zusammen. Die Broschüren werden in unserem Web-Angebot (neben PDF) auch als barrierefreies Format ePUB für Tablets und Smartphones bereitgestellt.

STATmagazin ist das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Es bietet aktuell aufbereitete Informationen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Sie erhalten statistisches Hintergrundwissen zu Themen, die im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen.

Gemeinschaftsveröffentlichungen werden vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder gemeinsam herausgegeben. Sie enthalten regional tief aufgefächerte Informationen und können unter www.statistik-portal.de abgerufen werden.

■ Inhalt

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist das **umfassendste statistische Nachschlagewerk** auf dem deutschen Markt. Es beschreibt sowohl das gesellschaftliche Leben als auch den Zustand von Staat, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland. Es enthält Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik – ergänzt um Statistiken anderer Institutionen – und gibt so einen verlässlichen Überblick über die Lage der Nation.

Neben Statistiken über Deutschland stellt das Jahrbuch im Anhang „Internationales“ wichtige statistische Kennzahlen für Staaten aus allen Teilen der Welt zusammen.

Unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ist das Statistische Jahrbuch der Klassiker. Es erscheint seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe im Jahr 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch. Auch die Statistischen Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik (1955 bis 1990) und das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (1880 bis 1941/42) sind dort elektronisch archiviert.

Die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs bieten wir Ihnen unter www.destatis.de/jahrbuch komplett und kapitelweise zum Download (PDF) an.

■ Aufbau

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Die einzelnen Kapitel enthalten Informationen aus diversen Statistiken zum jeweils behandelten Thema sowie ggf. Querverweise auf thematisch benachbarte Kapitel.

Jedes Kapitel ist einheitlich in sechs Teile untergliedert:

1. Eine **erste Seite** führt Sie schlagzeilenartig in das jeweilige Thema ein.
2. Unter dem Titel **„Auf einen Blick“** finden Sie einen grafischen Einstieg in das Thema.
3. Der **Datenteil** ist der umfangreichste. Er entspricht dem klassischen Statistischen Jahrbuch. Neben Tabellen enthält er ergänzende Grafiken und erläuternde Anmerkungen.
4. Im Teil **„Methodik“** erläutern wir die den jeweiligen Statistiken zugrunde liegende Methodik näher.
5. Das **„Glossar“** erklärt die wichtigsten verwendeten Begriffe.
6. Die Rubrik **„Mehr zum Thema“** weist auf tiefer gehende Datenquellen und weitere Veröffentlichungen zur jeweiligen Thematik hin.

Ein Anhang mit dem Titel „Internationales“ rundet das Datenangebot ab. Auch hier bieten wir Ihnen einen schlagzeilenartigen und grafischen Einstieg. Dieser ist um eine Tabelle mit Schlüsselzahlen zu sämtlichen Staaten der Welt ergänzt.

■ Gebrauch

Gebietsstand

Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich die Angaben zu **Deutschland** im Jahrbuch auf den Gebietsstand ab 3.10.1990. Dies gilt auch für den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse für Zeiträume davor.

Aus Vergleichsgründen weisen einige Kapitel Daten für das „frühere Bundesgebiet“ und die „neuen Länder“ getrennt nach. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich Angaben zum **„früheren Bundesgebiet“** auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990. Ergebnisse zu den **„neuen Ländern“** beziehen sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Umfasst dies auch Daten für Berlin-Ost, so ist dies mit dem Zusatz „Neue Länder und Berlin-Ost“ gekennzeichnet.

Staaten, Staatsangehörigkeit

Die Gebietsbezeichnungen und Schreibweisen der Staatennamen in den Jahrbuch-Tabellen basieren auf dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses Verzeichnis wird vom Auswärtigen Amt aktualisiert und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Die Form der Darstellung bedeutet keine Anerkennung des politischen Status eines Staates bzw. der Grenzen seines Gebietes.

Auf- und Ausgliederung bei Summen

Die Bezeichnung **„davon“** in einer Tabelle gibt an, dass die vorstehende Summe vollständig in Unterpositionen aufgegliedert ist. Zählt man diese Unterpositionen zusammen, addieren sie sich zu der Summe.

Die Bezeichnung **„darunter“** hingegen gibt an, dass nur Teilpositionen der Summe aufgelistet sind (Ausgliederung). Diese addieren sich nicht vollständig zur Summe.

Werden Merkmale angeführt, die nicht summierbar sind, ist dies durch die Bezeichnung **„und zwar“** gekennzeichnet.

Auf die Bezeichnungen „davon“ und „darunter“ wurde verzichtet, wenn unmissverständlich aus dem Zusammenhang hervorgeht, ob es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Plus- und Minuszeichen

Im Allgemeinen sind Pluszeichen (+) und Minuszeichen (–) in Tabellenvorspalten als Rechenvorschrift anzusehen, im Zahlenfeld hingegen als Vorzeichen. Treffen zwei Minuszeichen als Rechenvorschrift und als Vorzeichen aufeinander, errechnet sich das Ergebnis nach gängigen Rechenregeln durch Addition.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale bzw. Zahlenfelder der Tabelle beziehen, stehen als Fußnoten.

Quellen

Enthält ein Kapitel Ergebnisse aus mehreren internen Erhebungen, so ist die Erhebung in der Regel unter der jeweiligen Tabelle vermerkt. Daten, die nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder erarbeitet haben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Geheimhaltung

Wenn Einzelangaben nicht gemacht werden können, um die statistische Geheimhaltung zu wahren, ist dies ausdrücklich gekennzeichnet. Die Einzelangaben sind aber in den Zwischen- und Endsummen enthalten.

Aktualität

Die aktuellsten Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2015 beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2014. Redaktionsschluss ist der 1. August 2015. Folglich ist die Aktualität des Jahrbuchs nicht mit der Aktualität der Tagespresse und der Online-Medien vergleichbar. Vielmehr ermöglicht das Jahrbuch, neues Datenmaterial in größere sachliche und zeitliche Zusammenhänge zu stellen und einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Qualität

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Daten in höchst möglicher Qualität. Fehler lassen sich aber nie ganz ausschließen. Sollte uns nach Veröffentlichung des Jahrbuchs ein Fehler bekannt werden, weist die Online-Version des Jahrbuchs explizit auf diesen hin. Er wird in dieser Version umgehend korrigiert.

Vorschläge und Bemerkungen

Für zukünftige Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs nimmt das Statistische Bundesamt Vorschläge und Bemerkungen gerne entgegen. Bitte richten Sie diese an das Statistische Bundesamt, Redaktion Jahrbuch, 65180 Wiesbaden. Oder nutzen Sie unser Kontaktformular im Internet unter www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
‰	=	Promille
St	=	Stück
mm	=	Millimeter
cm	=	Zentimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
l	=	Liter
hl	=	Hektoliter
g	=	Gramm
kg	=	Kilogramm
dt	=	Dezitonne
t	=	Tonne
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
MW	=	Megawatt (= 10 ⁶ Watt)
MWh	=	Megawattstunde (= 10 ⁶ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (= 10 ⁹ Wattstunden)
TWh	=	Terawattstunde (= 10 ¹² Wattstunden)
TJ	=	Terajoule (= 10 ¹² Joule)
PJ	=	Petajoule (= 10 ¹⁵ Joule)
NN	=	Normalnull
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
cif	=	Kosten, Versicherungen und Fracht inbegriffen
fob	=	frei an Bord

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden
...	=	Angabe fällt später an
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

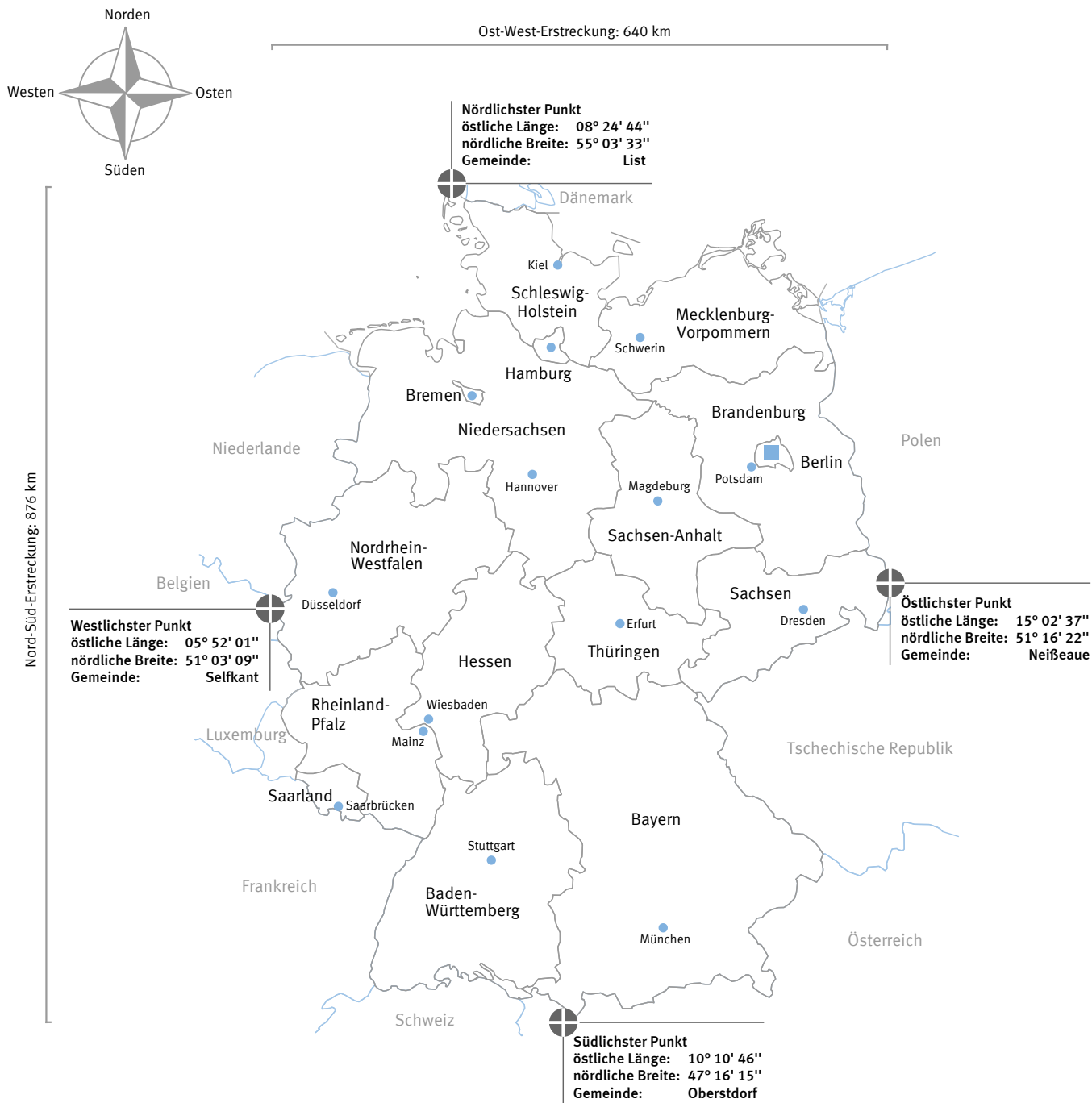


1 Geografie und Klima

Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund **357 000 km²** |
230 377 km **Straßen** für den überörtlichen Verkehr | Zunahme der **Siedlungs-
und Verkehrsfläche** um 73 ha pro Tag von 2010 bis 2013 | **97 750 km²**
als Naturpark für Erholung und Fremdenverkehr ausgewiesen | **Sylt**, die größte
deutsche Nordseeinsel, hat **40 Km** langen **Sandstrand**

<i>Seite</i>	
13	Auf einen Blick
	Tabellen
14	Geografische Übersicht Länge der Grenzen Fläche
14	Ausgewählte Bodenerhebungen Berge Höchste natürliche Erhebungen der Länder Ausgewählte Ortshöhenlagen
15	Wasserwege Schiffbare Flüsse Schifffahrtskanäle
16	Infrastruktur Straßen des überörtlichen Verkehrs Flugplätze Schienennetz
16	Seen Natürliche Seen Stauseen
17	Ausgewählte Inseln Größte Inseln Touristisch bekannte, kleinere Inseln
18	Naturschutz und Erholungsfläche Nationalparke Naturschutzgebiete Naturparke
18	Klimatische Verhältnisse Sonnenscheindauer Temperaturen und Niederschläge
20	Methodik
21	Glossar
22	Mehr zum Thema

Bundesrepublik Deutschland



1 Geografie und Klima

1.1 Geografische Übersicht

1.1.1 Länge der Grenzen

Grenze zu ...	Länge in km	Grenze zu ...	Länge in km
Insgesamt	3 786	Polen	449
Österreich	817	Schweiz	316
Tschechische Republik	812	Belgien	157
Niederlande	576	Luxemburg	136
Frankreich	455	Dänemark	68

Stand: 2012.

Die **Grenzlänge zu Dänemark** berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die **Niederlande** beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die **Grenzlänge zur Schweiz** berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich zur Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die **Grenzlänge zu Österreich** wurde der Bodensee nicht berücksichtigt. Die Berechnung der Grenzlängen basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von Angaben der Nachbarstaaten abweichen.

1.1.2 Fläche und Bevölkerung 2013

Weitere Informationen zur Bodenfläche nach Nutzungsarten siehe Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Bevölkerung ¹		
	km ²		km ²	% der Bodenfläche	1 000	je km ² der Bodenfläche	je km ² der SuV
Deutschland	357 341	48 482	13,6		80 767	226	1 666
Baden-Württemberg	35 751	5 129	14,3		10 631	297	2 073
Bayern	70 550	8 189	11,6		12 604	179	1 539
Berlin	892	626	70,2		3 375	3 784	5 391
Brandenburg	29 654	2 782	9,4		2 450	83	881
Bremen	419	235	56,1		657	1 568	2 796
Hamburg	755	454	60,0		1 746	2 313	3 846
Hessen	21 115	3 302	15,6		6 045	286	1 831
Mecklenburg-Vorpommern	23 211	1 876	8,1		1 600	69	853
Niedersachsen	47 614	6 588	13,8		7 791	164	1 183
Nordrhein-Westfalen	34 110	7 761	22,8		17 572	515	2 264
Rheinland-Pfalz	19 854	2 837	14,3		3 994	201	1 408
Saarland	2 570	536	20,8		991	386	1 849
Sachsen	18 420	2 357	12,8		4 046	220	1 717
Sachsen-Anhalt	20 452	2 240	11,0		2 245	110	1 002
Schleswig-Holstein	15 800	2 021	12,8		2 816	178	1 393
Thüringen	16 173	1 549	9,6		2 161	134	1 395

Ergebnisse der Flächenerhebung sowie der Bevölkerungsstatistik.

1 Stand: 31.12.2013 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.1 Berge

	Höhe in m über NN	Gebirge bzw. Landschaft	Land
Hochgebirge (ab 1 500 m)			
Zugspitze	2 962	Wettersteingebirge	Bayern
Mittlere Höllental Spitze	2 743	Wettersteingebirge	Bayern
Watzmann	2 713	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochblassen	2 707	Wettersteingebirge	Bayern
Wetterwandeck	2 698	Wettersteingebirge	Bayern
Mädelegabel	2 645	Allgäuer Alpen	Bayern
Hochkalter	2 607	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochvogel	2 592	Allgäuer Alpen	Bayern
Östliche Karwendelspitze	2 537	Karwendelgebirge	Bayern
Hoher Göll	2 522	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Mittelgebirge (bis 1 499 m)			
Feldberg	1 493	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Großer Arber	1 456	Bayerischer Wald	Bayern
Großer Rachel	1 452	Bayerischer Wald	Bayern
Belchen	1 414	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Dreissesselberg	1 332	Bayerischer Wald	Bayern
Schauinsland	1 284	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Fichtelberg	1 215	Westerzgebirge	Sachsen
Hornisgründe	1 163	Schwarzwald	Baden-Württemberg
Brocken	1 141	Oberharz	Sachsen-Anhalt
Einödriegel	1 121	Bayerischer Wald	Bayern

Auswahl an Bodenerhebungen der Bundesrepublik Deutschland. – Stand: 31.12.2013.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.2.2 Höchste natürliche Erhebungen der Länder

	Höhe in m über NN	Bezeichnung
Baden-Württemberg	1 493	Feldberg
Bayern	2 962	Zugspitze
Berlin	115	Müggelberge
Brandenburg	201	Heidehöhe
Bremen ¹	33	Erhebung am Friedehorstpark
Hamburg ²	116	Hasselbrack
Hessen	950	Wasserkuppe
Mecklenburg-Vorpommern	179	Helpter Berge
Niedersachsen	971	Wurmberg
Nordrhein-Westfalen	843	Langenberg
Rheinland-Pfalz	816	Erbeskopf
Saarland	695	Dollberg
Sachsen	1 215	Fichtelberg
Sachsen-Anhalt	1 141	Brocken
Schleswig-Holstein	167	Bungsberg
Thüringen	982	Großer Beerberg

Stand: 31.12.2013.

1 Quelle: GeoInformation Bremen.

2 Quelle: Landesbetrieb GeoInformation und Vermessung – Stadt Hamburg.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.3 Ausgewählte Ortshöhenlagen

	m		m
Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz	
Freiburg im Breisgau	278	Kaiserslautern	233
Heilbronn	157	Koblenz	65
Heidelberg	116	Ludwigshafen am Rhein	96
Karlsruhe	115	Mainz	86
Mannheim	95	Trier	136
Stuttgart	245	Worms	97
Bayern		Saarland	
Augsburg	489	Saarbrücken	230
Bad Tölz	670	St. Wendel	300
München	519	Merzig	175
Nürnberg	298	Neunkirchen	252
Regensburg	337	Homburg	231
Würzburg	177	Saarlouis	181
Berlin	35	Sachsen	
Brandenburg		Chemnitz	297
Cottbus	75	Dresden	113
Frankfurt/Oder	27	Görlitz	201
Neuruppin	44	Leipzig	113
Potsdam	34	Plauen	412
Brandenburg/Havel	35	Zwickau	262
Oranienburg	36	Sachsen-Anhalt	
Bremen	11	Dessau-Roßlau	63
Bremerhaven	2	Halberstadt	125
Hamburg	6	Halle/Saale	87
Hessen		Magdeburg	56
Darmstadt	144	Merseburg	88
Frankfurt am Main	100	Wittenberg, Lutherstadt	70
Hanau	106	Schleswig-Holstein	
Kassel	163	Elmshorn	3
Offenbach am Main	100	Flensburg	12
Wiesbaden	115	Kiel	3
Mecklenburg-Vorpommern		Lübeck	11
Greifswald	7	Neumünster	22
Güstrow	14	Norderstedt	35
Neubrandenburg	18	Thüringen	
Neustrelitz	75	Eisenach	215
Schwerin	45	Erfurt	194
Stralsund	9	Gera	205
Niedersachsen		Jena	155
Göttingen	149	Nordhausen	206
Hannover	55	Weimar	209
Oldenburg (Oldenburg)	5		
Osnabrück	64		
Salzgitter	92		
Wolfsburg	64		
Nordrhein-Westfalen			
Bochum	95		
Dortmund	76		
Düsseldorf	38		
Essen	67		
Köln	55		
Wuppertal	155		

Mittlere Höhenlage des Ortskerns über Normal-Null. – Stand: 31.12.2013.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.3 Wasserwege

1.3.1 Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands

	Insgesamt	Darunter schiffbar ¹
	Länge in km	
Rhein	865	695
Elbe	727 ²	728 ²
Donau	647	203
Main	527	387
Weser	452	430
Saale	413	124
Spree	382	.
Ems	371 ³	146
Neckar	367	208
Havel	334	. ⁴
Werra	292	87 ⁵
Leine	281	94 ⁵
Aller	260	111
Lahn	246	146 ⁵
Mosel	242	241
Fulda	218	109 ⁵
Ruhr	219	12 ⁵
Elde	208	180 ⁶

Flüsse ab 200 km Länge. – Stand: 2015.

- 1 Bundeswasserstraßen.
- 2 Bis Cuxhaven-Leuchtturm 725 km.
- 3 Bis zum Eintritt in den Dollart.
- 4 Aufgrund vielfacher schiffbarer Verzweigungen keine Angabe möglich.
- 5 Teilstrecken ohne gewerblichen Schiffsverkehr.
- 6 Elde-Müritz-Wasserweg.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1.3.2 Schifffahrtskanäle

	Gesamt-länge in km	Eröffnung im Jahr	Verbindung
Mittellandkanal	325,2	1938	Bergeshövede – Anschluss EHK (Schleuse Hohenwarthe)
Dortmund-Ems-Kanal (benutzt streckenweise die Ems)	226,5	1899	Hafen Dortmund – Anschluss Unterems (bei Papenburg)
Main-Donau-Kanal	170,7	1992	Bamberg – Kelheim
Elbeseitenkanal (Nord-Süd-Kanal)	115,1	1976	Anschluss MLK – Anschluss Elbe, Artlenburg – Edesbüttel
Nord-Ostsee-Kanal	98,2	1895	Brunsbüttel – Kiel – Holtenu
Küstenkanal	70,5	1935	Dörpen (Ems) – Oldenburg (Oldenburg)
Oder-Spree-Kanal	64,7	1935	Teil der SOW – Westlicher Abschnitt rd. 24 km, östlicher Abschnitt rd. 41 km; Dahme – Eisenhüttenstadt
Elbe-Lübeck-Kanal	61,5	1900	Lauenburg/Elbe – Lübeck
Wesel-Datteln-Kanal	60,0	1929	Wesel – Datteln
Elbe-Havel-Kanal	55,0	1936	Niegrüpp (Elbe) – Anschluss UHW
Oder-Havel-Kanal	53,5	1914	Teil der HOW – Oranienburger Havel Schiffsbewerk Niederfinow
Datteln-Hamm-Kanal	47,1	1915	Datteln – Schmehausen, östlich Hamm
Rhein-Herne-Kanal	45,8	1914	Duisburg – Ruhrort – Henrichenburg
Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße	42,5	1926	Hohensaaten – Westoder bei km 2,75

Schifffahrtskanäle ab 40 km Länge. – Stand: 2015.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1 Geografie und Klima

1.4 Infrastruktur

Weitere Informationen zur Infrastruktur siehe Kapitel „Transport und Verkehr“

1.4.1 Straßen des überörtlichen Verkehrs 2014

Deutschland ist auf **insgesamt 230 377 km** Straßen des sogenannten überörtlichen Verkehrs befahrbar.

Von diesen stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung

- 12 917 km Bundesautobahnen,
- 39 389 km Bundesstraßen,
- 86 210 km Land(es)-, Staatsstraßen und
- 91 861 km Kreisstraßen.

50 875 km dieser Straßen führen als **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

1.4.2 Flugplätze 2014

Auf den **27 Flugplätzen** in Deutschland starteten rund **1,2 Millionen Flugzeuge**, einschl. Segel- und Ultraleichtflugzeugen.

Insgesamt wurden **187 Millionen Passagiere** und **4,4 Millionen Tonnen an Gütern** befördert.

Zu den **größten Flughäfen (gewerblicher Verkehr)** zählen

- Frankfurt am Main mit 231 000 Starts,
- München mit 182 000 Starts,
- Düsseldorf mit 103 000 Starts,
- Berlin-Tegel mit 88 000 Starts und
- Hamburg mit 70 000 Starts.

1.4.3 Schienennetz 2013

Für den Schienenverkehr stehen **insgesamt 41 328 km** ein- und mehrgleisige Schienen zur Verfügung.

Das Schienennetz teilt sich wie folgt auf:

- 37 860 km für den Eisenbahnverkehr,
- 2 440 km für Straßenbahnen und
- 1 028 km für Industrieanschlussbahnen.

1.5 Seen

1.5.1 Natürliche Seen

	Wasser- fläche in km ²	Tiefste Stelle in m	Seespiegel- höhe in m über NN	Lage
Bodensee	535,9 ¹	254	395	Baden-Württemberg/Bayern
Müritz	109,8	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Chiemsee	77,0	73	518	Bayern
Schweriner See	61,5	52	38	Mecklenburg-Vorpommern
Starnberger See	56,0	128	584	Bayern
Ammersee	46,2	81	533	Bayern
Plauer See	38,4	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Kummerower See	32,5	23	0,2	Mecklenburg-Vorpommern
Steinhuder Meer	29,1	3	37	Niedersachsen
Großer Plöner See	29,1	56	21	Schleswig-Holstein
Schaalsee	22,9	72	35	Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein
Selenter See	21,4	36	37	Schleswig-Holstein
Kölpinsee	20,3	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Tollensesee	17,9	31	15	Mecklenburg-Vorpommern
Walchensee	16,1	190	800	Bayern
Krakower See	15,1	28	48	Mecklenburg-Vorpommern
Dümmer	14,97	1	37	Niedersachsen
Malchiner See	14,0	10	0,6	Mecklenburg-Vorpommern
Schwieblochsee	13,27	7,3	40,8	Brandenburg
Großer Ratzeburger See	12,6	24	3	Schleswig-Holstein
Scharmützelsee	12,1	31,2	38,3	Brandenburg
Fleesensee	10,8	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Unterueckersee	10,31	18,7	17,4	Brandenburg
Parsteiner See	10,09	30,2	44,2	Brandenburg
Wittensee	9,9	21	4	Schleswig-Holstein
Tegernsee	8,8	73	726	Bayern
Ruppiner See	8,07	24,2	36,5	Brandenburg
Beetzsee	8,01	8,9	28,1	Brandenburg
Werbellinsee	7,95	55	43,3	Brandenburg
Schwielowsee	7,83	9,1	29,3	Brandenburg
Grimnitzsee	7,83	10,3	64,7	Brandenburg
Staffelsee	7,5	39	649	Bayern
Oberuckersee	6,18	28,5	17,8	Brandenburg
Waginger See	6,6	27	442	Bayern
Simssee	6,4	23	470	Bayern

Alle natürlichen Seen mit einer Spiegelfläche von über 6 km². – Aktualisierung der Seeflächen aufgrund Erfassung mittels Geoinformationssystemen. – Stand: 30.4.2015.

1 Gesamtfläche einschl. 5,1 km² Inseln.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1 Geografie und Klima

1.5 Seen

1.5.2 Stauseen

	Stauraum bei Vollstau in Mill. m ³	Wasserfläche bei Vollstau in km ²	Gespeist von	Primäre Nutzung	Lage
Bleiloch	212,9	9,2	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saale-Orla-Kreis
Schwammenauel	202,6	7,8	Rur/Maas	Trinkwasserversorgung, Industrierwasserentnahme	Nordrhein-Westfalen, Aachen und Düren
Edersee	199,3	11,1	Eder-Fulda/Weser	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Hessen, Waldeck-Frankenberg
Hohenwarte	181,0	7,3	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saalfeld-Rudolstadt
Bigge	171,8	7,1	Bigge-Lenne-Ruhr/Rhein	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Nordrhein-Westfalen, Olpe
Forggensee ¹	166,0	15,3	Lech/Donau	Energiegewinnung, Hochwasserschutz	Bayern, Ostallgäu
Großer Brombachsee	143,7	8,6	Brombach-Rednitz-Regnitz-Main/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Bayern, Weißenburg-Gunzenhausen
Möhne	134,5	10,4	Möhne-Ruhr/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Soest
Rappbode	109,1	3,9	Rappbode-Bode-Saale/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen-Anhalt, Wernigerode
Schluchsee	108,0	5,1	Schwarza-Wutach/Rhein	Energiegewinnung, Erholung	Baden-Württemberg, Breisgau-Hochschwarzwald
Sylvensteinsee	92,6	6,0	Isar/Donau	Hochwasserschutz, Niedrigwasseraufhöhung	Bayern, Bad Tölz-Wolfratshausen
Große Dhünn	81,0	4,6	Dhünn/Rhein	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-Bergischer Kreis
Eibenstock	74,7	3,7	Zwickauer Mulde-Mulde/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen, Erzgebirgskreis

Talsperren mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Mill. m³ aufwärts, ohne Hochwasserrückhaltebecken und Speicherwerke. – Stand: 30.4.2015.

1 Der Forggensee hat nur zeitweise (sommerlicher Vollstau) Seencharakter.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.6 Ausgewählte Inseln

1.6.1 Größte Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Rügen	930	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Usedom	373 ¹	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Greifswald
Fehmarn	185	Ostsee	Ostholstein
Sylt	102	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Föhr	82	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Nordstrand	48	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Pellworm	37	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Poel	34	Ostsee	Nordwestmecklenburg
Borkum	31	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Leer
Norderney	26	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Amrum	20	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Langeoog	20	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Ummanz	20	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Spiekeroog	18	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Hiddensee	17	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Juist	16	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich

Inseln ab einer Größe von über 15 km². – Stand: 31.12.2013.

1 Anteil der Bundesrepublik Deutschland; Gesamtfläche 445 km².

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.6.2 Touristisch bekannte, kleinere Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Baltrum	6,5	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Wangerooge	8,0	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Friesland
Reichenau (Bodensee)	4,4	Binnenlandgewässer/Bodanrück	Konstanz
Herreninsel (Chiemsee)	3,3	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim
Helgoland (mit Düne)	2,1	Nordsee	Pinneberg
Lindau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Lindau/Bodensee
Mainau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Konstanz
Fraueninsel (Chiemsee)	0,2	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim

Stand: 31.12.2013.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.7 Naturschutz und Erholungsfläche

Weitere Informationen zu Umweltschutz siehe Kapitel „Umwelt“

1.7.1 Nationalparke

	Fläche in km ²	Gründung	Bundesland
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer . .	4 415	1985	Schleswig-Holstein
Niedersächsisches Wattenmeer	3 450	1986	Niedersachsen
Harz	247	2006	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Vorpommersche Boddenlandschaft	786	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Müritz-Nationalpark	322	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Bayerischer Wald	242	1970	Bayern
Berchtesgaden	208	1978	Bayern

Nationalparke mit einer Fläche von mindestens 200 km². – Stand: 1.5.2015.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.7.2 Naturschutzgebiete

	Anzahl der Natur- schutzgebiete	Gesamtfläche	
		km ²	% der Landesfläche
Nordrhein-Westfalen	3 137	2 672	7,8
Brandenburg	468	2 294	7,8
Niedersachsen	778	1 923	4,0
Bayern	602	1 612	2,3

Länder mit einer Gesamtfläche für Naturschutzgebiete von mindestens 1 000 km². –

Stand: 31.12.2013.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.7.3 Naturparke

	Fläche in km ²	Gründung	Land
Schwarzwald Mitte/Nord	3 740	2003	Baden-Württemberg
Südschwarzwald	3 940	2001	Baden-Württemberg
Altmühltal	2 966	1969	Bayern
Bayerischer Wald	2 783	1967	Bayern
Teutoburger Wald/ Eggegebirge	2 711	1965	Nordrhein-Westfalen
Fränkische Schweiz- Veldensteiner Forst	2 335	1968	Bayern
Bergstraße-Odenwald	2 238	1960	Hessen/Bayern
Bergisches Land	2 115	1973	Nordrhein-Westfalen
Thüringer Wald	2 082	2001	Thüringen
Hohes Venn (Nordeifel)	1 979	1960	Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz
Saar-Hunsrück	1 956	1980	Rheinland-Pfalz/Saarland

Naturparke mit einer Größe von mindestens 1 900 km². – Stand: 1.3.2015.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.8 Klimatische Verhältnisse

	Land	Sonnenstunden 2014
Stationen mit den meisten Sonnenstunden		
Arkona	Mecklenburg-Vorpommern	2 031,3
Rostock-Warnemünde	Mecklenburg-Vorpommern	1 918,0
Barth	Mecklenburg-Vorpommern	1 917,2
Fehmarn	Schleswig-Holstein	1 875,8
Norderney	Schleswig-Holstein	1 871,1
Potsdam (Säkularstation)	Brandenburg	1 867,4
Sankt Peter-Ording	Schleswig-Holstein	1 849,9
Karlshagen	Mecklenburg-Vorpommern	1 847,1
Berlin-Dahlem (FU)	Berlin	1 841,8
Rheinstetten	Baden-Württemberg	1 832,6

Summe der Sonnenscheinstunden im gesamten Jahr.

Quelle: Deutscher Wetterdienst

Die einzelnen Schutzflächen in den Tabellen 1.7.1 bis 1.7.3 können nicht summiert werden, da sie sich zum Teil überschneiden.

Nationalparke sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands. In Deutschland gibt es 16 Nationalparke. Ihre Fläche beträgt insgesamt 10 479 km².

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

In Deutschland gibt es 8 665 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 13 415 km². Das sind 3,8% der Landesfläche.

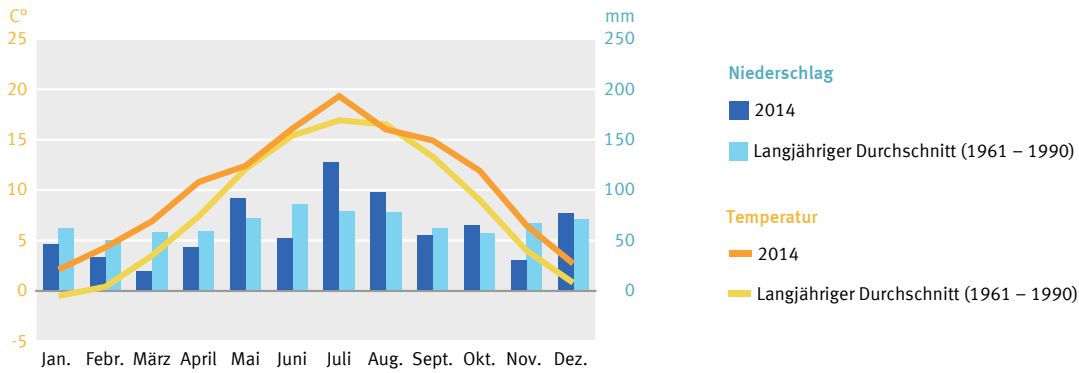
Naturparke sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

In Deutschland sind insgesamt 97 750 km² zur Erholung und für den Fremdenverkehr als Naturpark ausgewiesen. Davon stellen Bayern mit 22 445 km² und Nordrhein-Westfalen mit 12 967 km² flächenmäßig den größten Anteil.

	Land	Sonnenstunden 2014
Stationen mit den wenigsten Sonnenstunden		
Kahler Asten	Nordrhein-Westfalen	1 256,0
Braunlage	Niedersachsen	1 331,3
Brocken	Sachsen-Anhalt	1 339,9
Schmücke	Thüringen	1 342,5
Zinnwald-Georgenfeld	Sachsen	1 344,4
Neuhaus am Rennweg	Thüringen	1 361,5
Lennestadt-Theten	Nordrhein-Westfalen	1 381,3
Kleiner Feldberg/Taunus	Hessen	1 384,2
Bad Hersfeld	Hessen	1 387,9
Dillenburg	Hessen	1 405,4

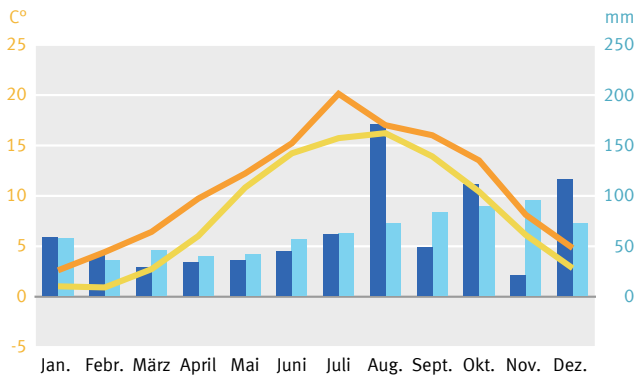
Temperaturen und Niederschläge 2014

Deutschland



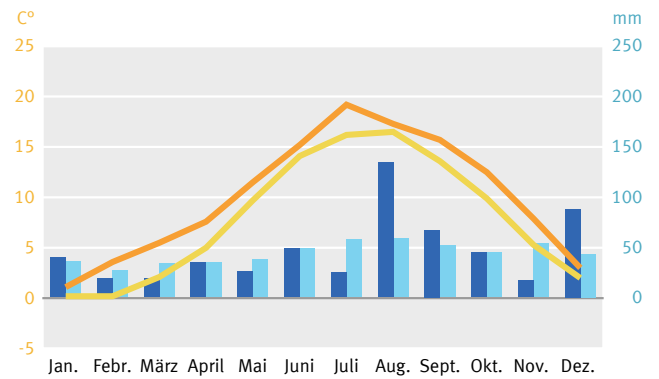
List auf Sylt

Lage 26 m ü. NN; N 55°01', O 08°41'



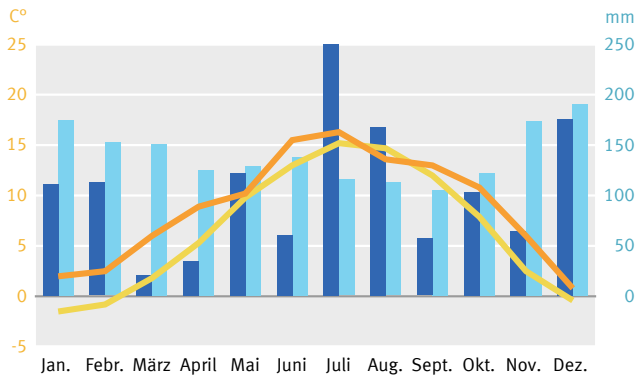
Kap Arkona (Rügen)

Lage 42 m ü. NN; N 54°68', O 13°43'



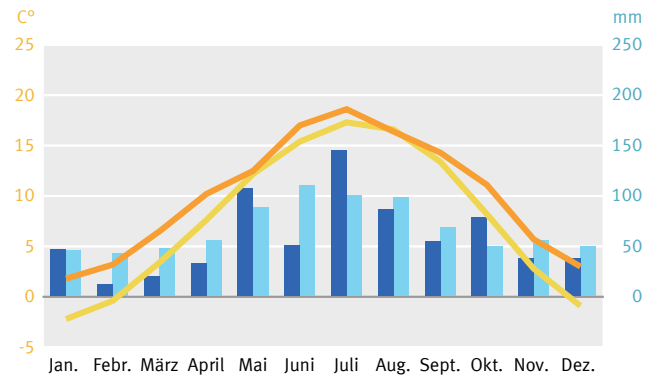
Freudenstadt

Lage 797m ü. NN; N 48°45', O 08°41'



München Flughafen

Lage 446 m ü. NN; N 48°35', O 11°81'



Quelle: Deutscher Wetterdienst

2015 - 01 - 0102

Methodik

Das Kapitel „Geografie und Klima“ präsentiert die wichtigsten Informationen rund um Deutschland als Land, geografisch und klimatisch. Ergänzt werden die Daten durch kleine Exkurse zur Infrastruktur. Verweise auf Kapitel mit detaillierten Informationen schaffen die Verbindung zu Statistiken im eigentlichen Sinne. Alle Daten basieren auf Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

■ Geografische Übersicht

Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Die **Gesamtfläche** Deutschlands beträgt rund 357 000 km². Wer die Bundesrepublik von Nord nach Süd durchqueren will, muss eine Distanz von 876 km überwinden, von Ost nach West dagegen 640 km.

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von neun **Nachbarstaaten** umgeben: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik. Der Grenzverlauf umfasst insgesamt 3 786 km. Mit 817 km teilen sich Österreich und die Bundesrepublik Deutschland das längste Teilstück des Grenzverlaufs.

Die Berechnung der **Grenzlängen** basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Länder). Das Basis-DLM beschreibt die topografischen Objekte der Landschaft und das Relief der Erdoberfläche im Vektorformat. Der Erfassungsmaßstab beträgt 1:25 000 und enthält u. a. eine Objektart „Grenze“. Anhand dieser Informationen wird die Staatsgrenze Deutschlands vermessen. Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die Berechnung der Grenzlänge zu Dänemark berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die Niederlande beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die Grenzlänge zur Schweiz berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankeich-Schweiz bis einschließlich der Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die Grenzlänge zu Österreich wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** hat in den Jahren 2010 bis 2013 um durchschnittlich 73 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 18 „Umwelt“ (Tabelle 18.8.2) sowie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

■ Bodenerhebungen

Die Angaben basieren auf dem Datensatz „Geographische Namen GN250“. Dieser orientiert sich am Kartenmaßstab 1:250 000 und benutzt unter anderem das „Digitale Landschaftsmodell 1:250 000 (DLM 250)“ als grundlegende Quelle. Enthaltene geografische Namen sind z. B. Namen von Gemeinden, Gemeindeteilen, Landschaften, Verwaltungseinheiten und Bergen. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie erhebt die Daten.

■ Flüsse

Hydrografisch gehört der Süden der Bundesrepublik teilweise zum Einzugsgebiet der Donau, die in das Schwarze Meer mündet. Größere Teile des Ostholsteinischen Hügel- und Seenlandes sowie der Gebiete nördlich und nordöstlich der Mecklenburgischen Seenplatte zählen zum Wassereinzugsbereich der Ostsee. Alle übrigen Landschaften werden durch Rhein, Ems, Weser und Elbe zur Nordsee entwässert. Mit 865 km ist der Rhein Deutschlands längster Fluss und zugleich eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen Europas. Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands ab einer Länge von 200 km enthält Tabelle 1.3.1. Die Angaben basieren auf Daten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt.

■ Seen

Der flächengrößte und zugleich tiefste See Deutschlands ist der Bodensee, obgleich Teile davon in Österreich und in der Schweiz liegen. Die Müritz ist ein See innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist der größte See, der vollständig innerhalb Deutschlands liegt. Alle natürlichen Seen ab einer Spiegelfläche von über 6 km² zeigt Tabelle 1.5.1, alle Stauseen mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Millionen m³ enthält Tabelle 1.5.2. Die Daten stammen von der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

■ Inseln

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden. Rügen, Usedom, Fehmarn, Poel und Ummanz zählen zu den größten Inseln in der Ostsee. Sylt, Föhr und Nordstrand sind die größten deutschen Inseln in der Nordsee. Alle Inseln ab einer Spiegelfläche über 15 km² zeigt Tabelle 1.6.1.

Die „Klosterinsel“ Reichenau – seit 2000 Welterbestätte –, die „Blumeninsel“ Mainau und Lindau sind die größten und touristisch bekanntesten Inseln im Bodensee. Informationen über touristisch bekannte, kleinere Inseln enthält Tabelle 1.6.2. Die Daten erhebt das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Das deutsche Naturschutzgesetz (BNatSchG) unterscheidet zwischen **Schutzgebieten** unterschiedlicher Zielstellung und Schutzzwecken (z. B. Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke). Darüber hinaus regeln EG-Richtlinien und internationale Verträge die Unterschutzstellung von ökologisch wertvollen Gebieten. Die für die verschiedenen Schutzgebiet-Kategorien gemeldeten Gebiete überschneiden sich daher in erheblichem Maße oder sind sogar deckungsgleich. Eine Addition der Flächen ist daher nicht sinnvoll. Eine Auswahl der Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturparke in Deutschland enthält Tabelle 1.7. Die Daten werden vom Bundesamt für Naturschutz erhoben.

■ Klimatische Verhältnisse

Für das Klima in Deutschland ist die Lage in der gemäßigten Zone mit häufigem Wetterwechsel bestimmend. Charakteristisch sind Winde aus vorwiegend westlichen Richtungen, die das ganze Jahr über feuchte Luftmassen vom Atlantik heranführen. Die Folge sind Niederschläge zu allen Jahreszeiten. Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen im Norddeutschen Tiefland unter 500 bis 700 mm, in den Mittelgebirgen um 700 bis über 1 500 mm und in den Alpen bis über 2 000 mm. Vom Nordwesten nach Osten und Südosten fortschreitend, macht sich ein allmählicher Übergang vom mehr ozeanischen zum kontinentalen Klima bemerkbar. Dies sorgt für relativ milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Gelegentlich wird die Westströmung jedoch durch zum Teil recht langlebige Hochdruckgebiete blockiert. Dann kann es zu sehr kalten Wintern kommen. Aber auch die Sommer können dann heiß und trocken werden.

Die Tagesschwankungen wie auch die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede sind jedoch nirgendwo extrem. Die Durchschnittstemperaturen des Januar, des kältesten Monats im Jahr, liegen im Tiefland um + 1,5°C bis – 0,5°C. In den Gebirgen erreichen sie je nach Höhenlage bis unter – 6°C. Die mittleren Julitemperaturen betragen im Norddeutschen Tiefland + 17°C bis + 18°C, im Oberrheintalgraben bis zu + 20°C. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei + 9°C. Die Daten stellt der Deutsche Wetterdienst bereit.

Glossar

Insel | Sie ist eine in einem Meer oder Binnengewässer liegende, auch bei Flut über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse, die vollständig von Wasser umgeben ist, aber nicht als Kontinent gilt.

Klima | Das Klima ist definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren. Es wird repräsentiert durch die statistischen Gesamteigenschaften (Mittelwerte, Extremwerte, Häufigkeiten, Andauerwerte u. a.) über einen genügend langen Zeitraum. Im Allgemeinen wird ein Zeitraum von 30 Jahren zugrunde gelegt, die sogenannte Normalperiode. Es sind jedoch auch kürze Zeitabschnitte üblich.

Nationalparke | Das sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands.

Naturparke | Das sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

Naturschutzgebiete | Dies sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

Niederschlag | Unter dem Begriff „Niederschlag“ versteht man in der Meteorologie die Ausscheidung von Wasser aus der Atmosphäre im flüssigen und/oder festen Aggregatzustand, die man am Erdboden messen oder beobachten kann. Dabei wird unterschieden zwischen fallenden Niederschlägen (z. B. Regen), aufgewirbelten Niederschlägen (z. B. Schneetreiben), abgelagerten Niederschlägen (z. B. Schneedecke) und abgesetzten Niederschlägen (z. B. Reif). Fallende Niederschläge sind definiert als das Ausscheiden von Wasser aus Wolken, das den Erdboden in flüssiger (z. B. Regen) und/oder fester Form (z. B. Hagel) erreicht.

Schiffbarkeit | Sie ist dann gegeben, wenn auf einem Gewässer Schifffahrt betrieben werden kann, und zwar Güterschifffahrt, Personenschifffahrt und/oder Sportschifffahrt. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit, dort kleinere Sportboote gebrauchen zu können.

Schiffahrtskanal | Hierunter versteht man eine künstlich angelegte Wasserstraße als Verbindungsweg zwischen zwei natürlichen Gewässern.

Seen, natürliche | Ein See ist ein Stillgewässer mit oder ohne Zu- und Abfluss durch Fließgewässer. Er ist vollständig von einer Landfläche umgeben. Natürliche Seen entstehen auf natürliche Weise.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sonnenscheindauer | Als Sonnenscheindauer bezeichnet man die tatsächliche Dauer der direkten Sonneneinstrahlung an einem bestimmten Ort innerhalb eines definierten Zeitraums (Tag, Woche, Monat, Jahr). Die Sonnenscheindauer wird allgemein täglich gemessen und in zehntel Stunden angegeben. Die täglich festgestellte Sonnenscheindauer wird dann für größere Zeiträume aufsummiert.

Stauseen | Sie bilden sich durch künstlich aufgestautes Wasser. Stauseen werden aus zahlreichen Gründen errichtet, so z. B. als Trinkwasser- und Wasservorrat, zum Hochwasserschutz sowie zur Stromerzeugung.

Temperatur | Die Temperatur bezeichnet den messbaren Wärmezustand von Materie, eines Stoffes oder eines Stoffsystems. Der Wärmezustand wird durch die mittlere kinetische Energie der ungeordneten Bewegung der Teilchen bestimmt. Für die Temperatur werden meist folgende Einheiten verwendet: Kelvin, Grad Celsius oder Grad Fahrenheit. In der Meteorologie spielt die Lufttemperatur eine große Rolle. Sie wird daher weltweit regelmäßig unter genau definierten Bedingungen gemessen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, die Internetadressen der jeweiligen Institutionen, die uns Daten zur Verfügung stellen. Ausführliche Informationen zu dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Geografie und Klima* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben auf Daten verschiedener Institutionen basieren.

Weitere Veröffentlichungen/Informationen zu den Themen

■ Ausgewählte Bodenerhebungen/Inseln

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie > www.bkg.bund.de

■ Wasserwege/Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur > www.bmvi.de,
Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt > www.wsv.de

■ Seen

Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) > www.lawa.de

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Bundesamt für Naturschutz > www.bfn.de

■ Klimatische Verhältnisse

Deutscher Wetterdienst, Monatlicher Witterungsbericht > www.dwd.de

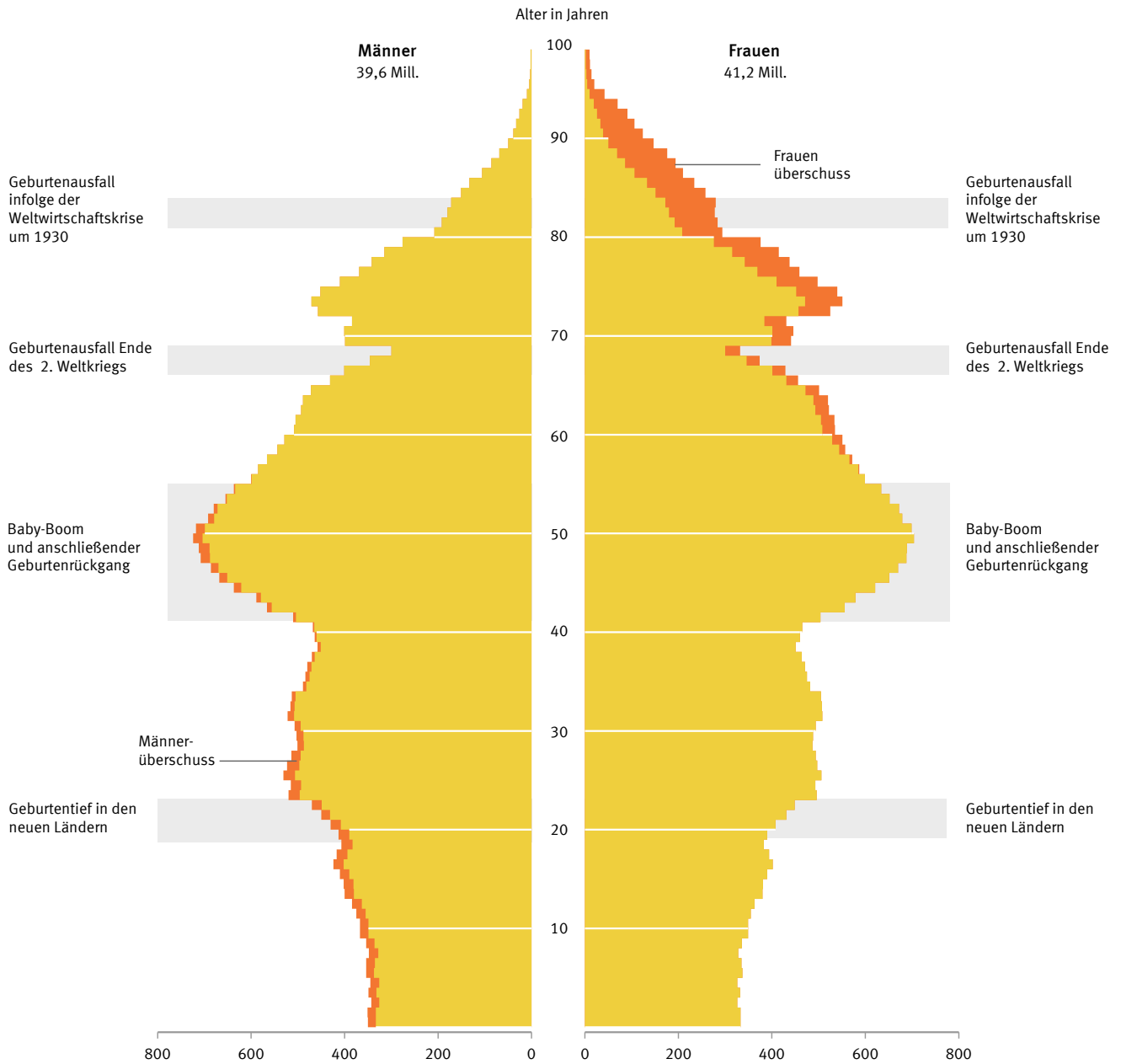


2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

80,8 Millionen Menschen lebten Ende 2013 in Deutschland, rund **77 %** davon in dicht und mittelstark besiedeltem Gebiet | **Frauen** bekamen ihr **erstes Kind** im Schnitt mit **29 Jahren** | **1,4 Kinder** brachte eine **Frau** durchschnittlich zur Welt | **3 800 Kinder** wurden 2013 **adoptiert** | 2013 wurde mehr als **jede dritte Ehe geschieden** | 2013 war jede **vierte** verstorbene Frau **90 Jahre** oder älter | **Zwei von fünf** Haushalten sind **Einpersonenhaushalte** | **Polen** war **Top-Herkunftsland** der Zugewanderten

<i>Seite</i>	
25	Auf einen Blick
	Tabellen
26	Bevölkerung Bevölkerungsstand und -entwicklung Verwaltungsgliederung Kreise und Gemeinden Grad der Verstädterung Die größten Städte Deutschlands Bevölkerung nach Altersgruppen, Ländern und Familienstand
33	Geborene und Gestorbene Entwicklung Nach Ländern Häufigste Vornamen Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern Gestorbene Säuglinge Sterbetafeln Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand
40	Migration Ausländische Bevölkerung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft Asylbewerberinnen und Asylbewerber
43	Wanderungen Nach Bundesländern Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern Zwischen Deutschland und dem Ausland Top 10-Zielländer der Deutschen Top 10-Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer
48	Bevölkerungsvorausberechnung Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 Jugend- und Altenquotient
49	Familien, Kinder und Lebensformen Privathaushalte Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende Eheschließungen Durchschnittliches Heiratsalter Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder Gerichtliche Ehelösungen Geschiedene Ehen Scheidungsziffer Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften Minderjährige Kinder Kindertageseinrichtungen Kinder- und Elterngeld Adoptionen
63	Kirchen und Jüdische Gemeinden Evangelische und Katholische Kirche Kirchensteuer Jüdische Gemeinden
64	Methodik
67	Glossar
71	Mehr zum Thema

Altersaufbau der Bevölkerung 2013
in 1 000 je Altersjahr



Stichtag: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, auf Grundlage des Zensus 2011).

2.1 Bevölkerung
2.1.1 Bevölkerungsstand

	Fläche	Bevölkerung ¹			Einwohner/-innen je km ²	Ausländische Bevölkerung ²		
		insgesamt	männlich ²	weiblich ²		insgesamt	männlich	weiblich
	31.12.2013	km ²	1 000	%	Anzahl	1 000	%	
Deutschland	357 340	80 767	49,0	51,0	226	7 012	51,0	49,0
Baden-Württemberg	35 751	10 631	49,2	50,8	297	1 268	51,2	48,8
Bayern	70 550	12 604	49,2	50,8	179	1 210	51,2	48,8
Berlin	892	3 375	48,7	51,3	3 785	459	50,3	49,7
Brandenburg	29 486	2 450	49,2	50,8	83	55	51,3	48,7
Bremen	419	657	48,9	51,1	1 568	82	51,7	48,3
Hamburg	755	1 746	48,5	51,5	2 312	234	51,7	48,3
Hessen	21 115	6 045	49,0	51,0	286	744	50,2	49,8
Mecklenburg-Vorpommern	23 211	1 600	49,2	50,8	69	34	54,0	46,0
Niedersachsen	47 614	7 791	49,1	50,9	164	477	51,6	48,4
Nordrhein-Westfalen	34 110	17 572	48,7	51,3	515	1 740	50,4	49,6
Rheinland-Pfalz	19 854	3 994	49,0	51,0	201	306	50,4	49,6
Saarland	2 569	991	48,7	51,3	386	73	51,0	49,0
Sachsen	18 420	4 046	48,9	51,1	220	99	54,1	45,9
Sachsen-Anhalt	20 452	2 245	48,9	51,1	110	50	58,1	41,9
Schleswig-Holstein	15 800	2 816	48,7	51,3	178	136	49,6	50,4
Thüringen	16 173	2 161	49,2	50,8	134	44	53,7	46,3

1 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.
2 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

	Bevölkerung	
	1 000	je km ²
1871 ¹	41 059	76
1880 ¹	45 234	84
1890 ¹	49 428	91
1900 ¹	56 367	104
1910 ¹	64 926	120
1925 ¹	62 411	133
1933 ¹	65 218	139
1939 ¹ / ²	69 314	147
1950 ³	69 346	-
1960	73 147	-
1970	78 069	-
1980	78 397	-
1990	79 753	223
1995	81 817	229
2000	82 260	230
2002	82 537	231
2003	82 532	231
2004	82 501	231
2005	82 438	231
2006	82 315	231
2007	82 218	230
2008	82 002	230
2009	81 802	229
2010	81 752	229
2011 ⁴	80 328	225
2012	80 524	225
2013	80 767	226

1871 bis 1939 Reichsgebiet, ab 1950 Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 1871 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; 1947 bis 1949 Jahresdurchschnitte, ab 1950 Jahresende. – Aus methodischen Gründen können für 1950 bis 1988 keine Angaben „zur Bevölkerung je km²“ nachgewiesen werden.

1 Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung.
2 Gebietsstand: 31.12.1937.
3 Ab 1950 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.
4 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2.1.3 Bevölkerungsentwicklung nach Gebieten

	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder ²	
	1 000	je km ²	1 000	je km ²
1950	50 958	202	18 388	171
1960	55 958	227	17 188	159
1970	61 001	245	17 068	158
1980	61 658	248	16 740	155
1990	63 726	256	16 028	148
1995	66 342	266	15 476	143
2000	67 140	270	15 119	140
2005	65 698	264	16 740	154
2006	65 667	264	16 648	153
2007	65 664	264	16 554	152
2008	65 541	264	16 461	152
2009	65 422	263	16 380	151
2010	65 426	263	16 326	150
2011 ³	64 429	259	15 899	146
2012	64 619	260	15 905	146
2013	64 848	261	15 919	146

1 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, für 1970 bis 1986 auf der Basis der Volkszählung vom 27.5.1970 und ab 1987 auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. Bis 2000 einschl. Berlin-West.
2 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, ab 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 1.1.1971 und ab 1980 auf der Basis der Volkszählung vom 31.12.1981. Die Ergebnisse ab 1990 basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990. Bis 2000 einschl. Berlin-Ost, ab 2001 einschl. Gesamt-Berlin.
3 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.4 Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

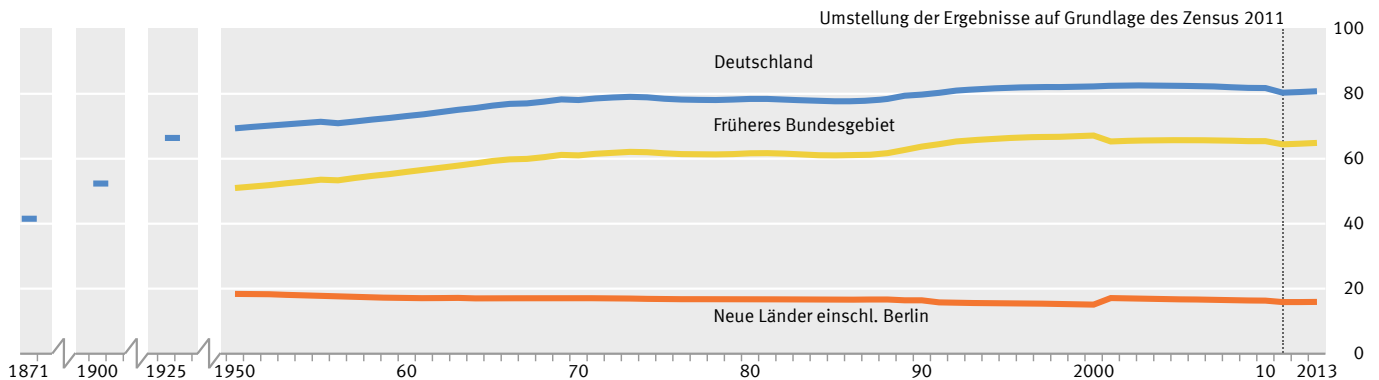
	1960 ¹	1970	1980	1990	2000	2010	2011 ²	2012	2013
1 000									
Deutschland	73 147	78 069	78 397	79 753	82 260	81 752	80 328	80 524	80 767
Baden-Württemberg	7 727	8 954	9 259	9 822	10 524	10 754	10 512	10 569	10 631
Bayern	9 495	10 561	10 928	11 449	12 230	12 539	12 443	12 520	12 604
Berlin	–	3 201	3 049	3 434	3 382	3 461	3 326	3 375	3 422
Brandenburg	–	2 657	2 660	2 578	2 602	2 503	2 453	2 450	2 449
Bremen	704	735	694	682	660	661	652	655	657
Hamburg	1 837	1 794	1 645	1 652	1 715	1 786	1 718	1 734	1 746
Hessen	4 783	5 425	5 601	5 763	6 068	6 067	5 994	6 016	6 045
Mecklenburg-Vorpommern	–	1 928	1 944	1 924	1 776	1 642	1 607	1 600	1 597
Niedersachsen	6 576	7 122	7 256	7 387	7 926	7 918	7 774	7 779	7 791
Nordrhein-Westfalen	15 852	17 005	17 058	17 350	18 010	17 845	17 545	17 554	17 572
Rheinland-Pfalz	3 411	3 659	3 642	3 764	4 035	4 004	3 990	3 990	3 994
Saarland	1 060	1 121	1 066	1 073	1 069	1 018	998	994	991
Sachsen	–	5 419	5 174	4 764	4 426	4 149	4 054	4 050	4 046
Sachsen-Anhalt	–	3 218	3 078	2 874	2 615	2 335	2 277	2 259	2 245
Schleswig-Holstein	2 309	2 511	2 611	2 626	2 790	2 834	2 802	2 807	2 816
Thüringen	–	2 759	2 730	2 611	2 431	2 235	2 182	2 170	2 161
%									
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Baden-Württemberg	10,6	11,5	11,8	12,3	12,8	13,2	13,1	13,1	13,2
Bayern	13,0	13,5	13,9	14,4	14,9	15,3	15,5	15,5	15,6
Berlin	–	4,1	3,9	4,3	4,1	4,2	4,1	4,2	4,2
Brandenburg	–	3,4	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1	3,0	3,0
Bremen	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Hamburg	2,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
Hessen	6,5	6,9	7,1	7,2	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	–	2,5	2,5	2,4	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,0	9,1	9,3	9,3	9,6	9,7	9,7	9,7	9,6
Nordrhein-Westfalen	21,7	21,8	21,8	21,8	21,9	21,8	21,8	21,8	21,8
Rheinland-Pfalz	4,7	4,7	4,6	4,7	4,9	4,9	5,0	5,0	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachsen	–	6,9	6,6	6,0	5,4	5,1	5,0	5,0	5,0
Sachsen-Anhalt	–	4,1	3,9	3,6	3,2	2,9	2,8	2,8	2,8
Schleswig-Holstein	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5	3,5
Thüringen	–	3,5	3,5	3,3	3,0	2,7	2,7	2,7	2,7

Stand: jeweils 31.12.

1 Ab 1960 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Bevölkerungsentwicklung in Mill.



1871 bis 1939: Reichsgebiet. – Bevölkerung zur Jahresmitte.

1950 bis 2000: Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin-Ost. – Bevölkerung zum Jahresende.

2001 bis 2010: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin. – Bevölkerung zum Jahresende.

Seit 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011. – Bevölkerung zum Jahresende.

2015 - 01 - 0104

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.5 Bevölkerungsstand und -veränderung nach Ländern

	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuss der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ¹		Bevölkerung am Jahresende			
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			je 1 000 Einwohner/-innen	1 000	%			
2004	82 531,7	- 112,6	82,5	- 30,1	0	82 500,8	48,9	51,1	
2006	82 438,0	- 148,9	22,8	- 123,1	- 1	82 314,9	49,0	51,0	
2008	82 217,8	- 161,9	- 55,7 ¹⁴	- 215,5	- 3	82 002,4	49,0	51,0	
2010	81 802,3	- 180,8	127,9 ¹⁴	- 50,7	- 1	81 751,6	49,1	50,9	
2012 ¹²	80 327,9	- 196,0	368,9	195,8	2	80 523,7	48,9	51,1	
2013 ¹³	80 523,7	- 211,8	428,6	243,8	2	80 767,5	49,0	51,0	
2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	10 569,1	- 10,4	71,5	62,2	6	10 631,3	49,1	50,9	
Bayern	12 519,6	- 17,3	83,6	84,6	7	12 604,2	49,1	50,9	
Berlin	3 375,2	2,2	33,8	46,6	14	3 421,8	48,8	51,2	
Brandenburg	2 449,5	- 11,3	6,4	- 0,3	0	2 449,2	49,2	50,8	
Bremen	654,8	- 2,1	5,2	2,6	4	657,4	48,9	51,1	
Hamburg	1 734,2	0,9	9,7	12,1	7	1 746,3	48,5	51,5	
Hessen	6 016,5	- 11,7	40,1	28,9	5	6 045,4	49,0	51,0	
Mecklenburg-Vorpommern	1 600,3	- 7,3	5,3	- 3,8	- 2	1 596,5	49,3	50,8	
Niedersachsen	7 779,0	- 27,7	34,9	11,6	1	7 790,6	49,0	51,0	
Nordrhein-Westfalen	17 554,3	- 53,6	81,3	17,6	1	17 571,9	48,7	51,3	
Rheinland-Pfalz	3 990,3	- 13,5	20,1	4,1	1	3 994,4	49,0	51,0	
Saarland	994,3	- 6,0	4,3	- 3,6	- 4	990,7	48,7	51,3	
Sachsen	4 050,2	- 18,1	9,8	- 3,8	- 1	4 046,4	48,9	51,1	
Sachsen-Anhalt	2 259,4	- 14,6	5,6	- 14,8	- 7	2 244,6	48,9	51,1	
Schleswig-Holstein	2 806,5	- 10,9	10,9	9,5	3	2 816,0	48,7	51,3	
Thüringen	2 170,5	- 10,2	6,0	- 9,7	- 4	2 160,8	49,2	50,8	

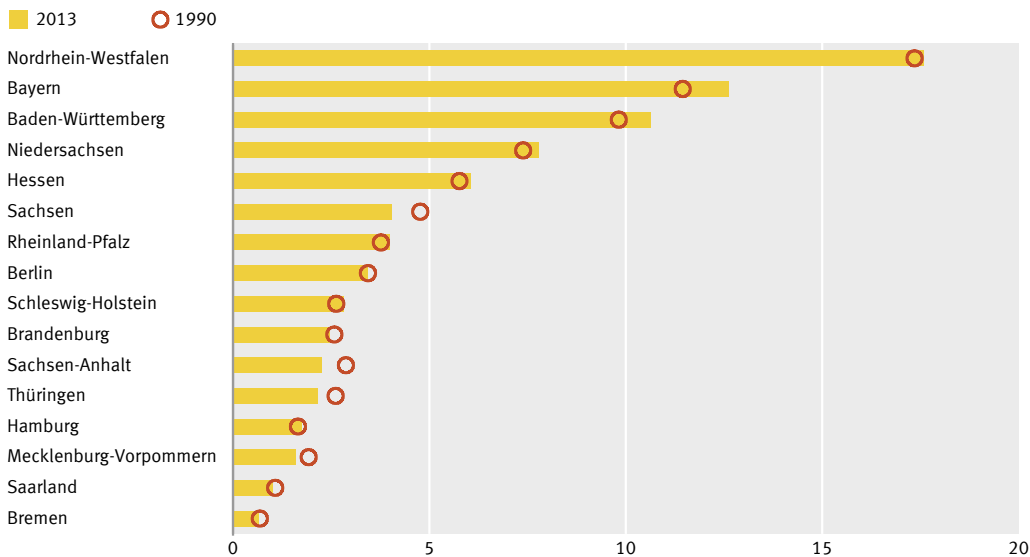
Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

- Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ergibt sich aus dem Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen, dem Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge und aus bestandsrelevanten Korrekturen.
- Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.
- Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Untergliederung männlich/weiblich vorläufig.

- Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Bevölkerung nach Ländern

in Mill.



Stichtag: 31.12.

1990: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. 1990 (neue Länder und Berlin-Ost).

2013: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2015 - 01 - 0105

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.6 Verwaltungsgliederung Deutschlands 2014

	Regierungs- bezirke	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden ¹	Darunter Städte ²
			kreisfreie Städte	Landkreise		
Deutschland	19	402	107	295	11 116	2 064
Baden-Württemberg	4	44	9	35	1 101	313
Bayern	7	96	25	71	2 056	317
Berlin	–	1	1	–	1	1
Brandenburg	–	18	4	14	418	113
Bremen	–	2	2	–	2	2
Hamburg	–	1	1	–	1	1
Hessen	3	26	5	21	426	191
Mecklenburg-Vorpommern	–	8	2	6	757	84
Niedersachsen	–	46	8	38	993	160
Nordrhein-Westfalen	5	53	22	31	396	271
Rheinland-Pfalz	–	36	12	24	2 305	128
Saarland	–	6	–	6	52	17
Sachsen	–	13	3	10	431	171
Sachsen-Anhalt	–	14	3	11	222	105
Schleswig-Holstein	–	15	4	11	1 110	63
Thüringen	–	23	6	17	849	126
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	19	325	88	237	8 442	1 464
Neue Länder (ohne Berlin-Ost) ...	–	76	18	58	2 673	598
Berlin	–	1	1	–	1	1

Stand: 31.12.

1 Einschl. der bewohnten gemeindefreien Gebiete.

2 Einschl. kreisfreie Städte.

2.1.7 Kreise und Gemeinden

	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden
		kreisfreie Städte	Landkreise	
1990	543	117	426	16 128
1994	444	115	329	14 805
1998	440	117	323	14 197
2002	439	116	323	13 148
2006	439	116	323	12 312
2011	402	107	295	11 292
2012	402	107	295	11 220
2013	402	107	295	11 161
2014	402	107	295	11 116

Stand: jeweils 31.12.

2.1.8 Grad der Verstädterung

	Bevölkerung		
	2011	2012	2013
	Anzahl		
Insgesamt	81 843 743	80 523 746	80 767 463
Dicht besiedelt	28 932 890	28 399 014	28 610 552
Mittlere Besiedlungsdichte ..	34 009 378	33 450 802	33 535 474
Gering besiedelt	18 901 475	18 673 930	18 621 437
	%		
Insgesamt	100	100	100
Dicht besiedelt	35,4	35,3	35,4
Mittlere Besiedlungsdichte ..	41,6	41,5	41,5
Gering besiedelt	23,1	23,2	23,1

Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2011): Ab dem Jahr 2011 Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsforschung). Ab dem Jahr 2012 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Der **Grad der Verstädterung** klassifiziert die Gemeinden wie folgt:

Dicht besiedelte Gebiete sind Städte oder Großstadtgebiete, in denen mindestens 50 % der Bevölkerung in hochverdichteten Clustern lebt.

Gebiete mittlerer Besiedlungsdichte sind Städte und Vororte oder Kleinstadtgebiete, in denen weniger als 50 % der Bevölkerung in ländlichen Rasterzellen und weniger als 50 % der Bevölkerung in einem hochverdichteten Cluster leben.

Gering besiedelte Gebiete sind ländliche Gebiete, in denen mehr als 50 % der Bevölkerung in ländlichen Rasterzellen lebt.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2013

	Bevölkerung ¹	Bevölkerung ¹			Fläche in km ²	Land	
		insgesamt	männlich ²	weiblich ²			je km ²
			%				
1	Berlin, Stadt	3 421 829	48,8	51,2	3 837	891,68	Berlin
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	1 746 342	48,5	51,5	2 312	755,30	Hamburg
3	München, Landeshauptstadt	1 407 836	48,5	51,5	4 531	310,74	Bayern
4	Köln, Stadt	1 034 175	48,5	51,5	2 553	405,01	Nordrhein-Westfalen
5	Frankfurt am Main, Stadt	701 350	49,2	50,8	2 825	248,31	Hessen
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	604 297	49,4	50,6	2 914	207,35	Baden-Württemberg
7	Düsseldorf, Stadt	598 686	48,1	51,9	2 754	217,41	Nordrhein-Westfalen
8	Dortmund, Stadt	575 944	48,8	51,2	2 052	280,71	Nordrhein-Westfalen
9	Essen, Stadt	569 884	48,1	51,9	2 709	210,34	Nordrhein-Westfalen
10	Bremen, Stadt	548 547	48,8	51,2	1 686	325,42	Bremen
11	Leipzig, Stadt	531 562	48,4	51,6	1 787	297,39	Sachsen
12	Dresden, Stadt	530 754	49,3	50,7	1 617	328,31	Sachsen
13	Hannover, Landeshauptstadt	518 386	48,3	51,7	2 539	204,15	Niedersachsen
14	Nürnberg	498 876	48,2	51,8	2 677	186,37	Bayern
15	Duisburg, Stadt	486 855	48,8	51,2	2 091	232,80	Nordrhein-Westfalen
16	Bochum, Stadt	361 734	48,2	51,8	2 483	145,66	Nordrhein-Westfalen
17	Wuppertal, Stadt	343 488	48,4	51,6	2 040	168,39	Nordrhein-Westfalen
18	Bielefeld, Stadt	328 864	48,2	51,8	1 271	258,82	Nordrhein-Westfalen
19	Bonn, Stadt	311 287	47,3	52,7	2 207	141,06	Nordrhein-Westfalen
20	Münster, Stadt	299 708	47,7	52,3	988	303,28	Nordrhein-Westfalen
21	Karlsruhe, Stadt	299 103	50,3	49,7	1 724	173,46	Baden-Württemberg
22	Mannheim, Universitätsstadt	296 690	49,3	50,7	2 047	144,96	Baden-Württemberg
23	Augsburg	276 542	48,7	51,3	1 883	146,84	Bayern
24	Wiesbaden, Landeshauptstadt	273 871	47,7	52,3	1 343	203,92	Hessen
25	Gelsenkirchen, Stadt	257 850	49,2	50,8	2 457	104,94	Nordrhein-Westfalen
26	Mönchengladbach, Stadt	255 430	48,7	51,3	1 499	170,45	Nordrhein-Westfalen
27	Braunschweig, Stadt	247 227	49,1	50,9	1 287	192,17	Niedersachsen
28	Chemnitz, Stadt	242 022	48,5	51,5	1 096	220,86	Sachsen
29	Aachen, Stadt	241 683	51,4	48,6	1 503	160,85	Nordrhein-Westfalen
30	Kiel, Landeshauptstadt	241 533	48,4	51,6	2 036	118,65	Schleswig-Holstein
31	Halle (Saale), Stadt	231 565	47,8	52,2	1 715	135,01	Sachsen-Anhalt
32	Magdeburg, Landeshauptstadt	231 021	48,7	51,3	1 149	201,00	Sachsen-Anhalt
33	Krefeld, Stadt	222 058	48,2	51,8	1 612	137,78	Nordrhein-Westfalen
34	Freiburg im Breisgau, Stadt	220 286	47,2	52,8	1 439	153,06	Baden-Württemberg
35	Lübeck, Hansestadt	212 958	47,8	52,2	994	214,21	Schleswig-Holstein
36	Oberhausen, Stadt	209 097	48,7	51,3	2 712	77,10	Nordrhein-Westfalen
37	Erfurt, Stadt	204 880	48,2	51,8	761	269,15	Thüringen
38	Mainz, Stadt	204 268	48,2	51,8	2 090	97,74	Rheinland-Pfalz
39	Rostock, Hansestadt	203 431	48,9	51,1	1 122	181,26	Mecklenburg-Vorpommern
40	Kassel, documenta-Stadt	194 087	48,4	51,6	1 818	106,78	Hessen
41	Hagen, Stadt der FernUniversität	185 996	48,3	51,7	1 160	160,35	Nordrhein-Westfalen
42	Saarbrücken, Landeshauptstadt	177 201	48,9	51,1	1 061	167,09	Saarland
43	Hamm, Stadt	176 048	48,7	51,3	778	226,43	Nordrhein-Westfalen
44	Mülheim an der Ruhr, Stadt	166 640	47,7	52,3	1 826	91,28	Nordrhein-Westfalen
45	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	161 518	49,4	50,6	2 083	77,55	Rheinland-Pfalz
46	Potsdam, Stadt	161 468	47,9	52,1	858	188,25	Brandenburg
47	Leverkusen, Stadt	160 819	48,4	51,6	2 039	78,87	Nordrhein-Westfalen
48	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	159 610	47,5	52,5	1 550	102,99	Niedersachsen
49	Osnabrück, Stadt	156 315	47,9	52,1	1 305	119,80	Niedersachsen
50	Solingen, Klingenstadt	155 768	48,0	52,0	1 740	89,54	Nordrhein-Westfalen
51	Herne, Stadt	154 417	48,4	51,6	3 003	51,42	Nordrhein-Westfalen
52	Neuss, Stadt	152 252	48,3	51,7	1 530	99,53	Nordrhein-Westfalen
53	Heidelberg, Stadt	152 113	47,6	52,4	1 398	108,83	Baden-Württemberg
54	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	149 743	50,3	49,7	1 226	122,09	Hessen
55	Paderborn, Stadt	143 659	49,2	50,8	800	179,60	Nordrhein-Westfalen
56	Regensburg	140 276	47,8	52,2	1 738	80,70	Bayern
57	Ingolstadt	129 136	50,1	49,9	968	133,37	Bayern
58	Würzburg	124 698	47,1	52,9	1 423	87,63	Bayern
59	Wolfsburg, Stadt	122 457	49,3	50,7	600	204,06	Niedersachsen
60	Fürth	119 808	48,5	51,5	1 891	63,35	Bayern

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2013

	Bevölkerung ¹				Fläche in km ²	Land
	insgesamt	männlich ²	weiblich ²	je km ²		
		%				
61 Ulm, Universitätsstadt	119 218	48,9	51,1	1 004	118,69	Baden-Württemberg
62 Offenbach am Main, Stadt	119 203	49,5	50,5	2 655	44,89	Hessen
63 Heilbronn, Stadt	118 122	49,5	50,5	1 183	99,88	Baden-Württemberg
64 Pforzheim, Stadt	117 754	48,5	51,5	1 202	98,00	Baden-Württemberg
65 Göttingen, Stadt	116 891	48,3	51,7	1 000	116,89	Niedersachsen
66 Bottrop, Stadt	116 055	48,3	51,7	1 153	100,61	Nordrhein-Westfalen
67 Recklinghausen, Stadt	115 320	48,5	51,5	1 736	66,43	Nordrhein-Westfalen
68 Reutlingen, Stadt	111 357	48,7	51,3	1 279	87,06	Baden-Württemberg
69 Koblenz, Stadt	110 643	48,1	51,9	1 052	105,13	Rheinland-Pfalz
70 Bergisch Gladbach, Stadt	109 425	47,8	52,2	1 317	83,09	Nordrhein-Westfalen
71 Remscheid, Stadt	108 955	48,8	51,2	1 462	74,52	Nordrhein-Westfalen
72 Bremerhaven, Stadt	108 844	49,3	50,7	1 160	93,82	Bremen
73 Jena, Stadt	107 679	49,4	50,6	941	114,48	Thüringen
74 Trier, Stadt	107 233	48,3	51,7	916	117,13	Rheinland-Pfalz
75 Erlangen	105 624	49,1	50,9	1 373	76,95	Bayern
76 Moers, Stadt	103 108	48,3	51,7	1 523	67,68	Nordrhein-Westfalen

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12. – Die Städtebezeichnungen richten sich nach der amtlichen Schreibweise der Gemeinden, wie sie die Statistischen Ämter der Länder vorgeben.

1 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2.1.10 Bevölkerung nach Altersgruppen

	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2011 ¹	2012 ¹	2013 ²
Anzahl									
Insgesamt	73 146 809	78 069 471	78 397 483	79 753 227	82 259 540	81 751 602	80 327 900	80 523 746	80 767 463
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	1 226 255	1 015 658	859 531	911 442	766 554	678 233	658 332	674 411	682 569
1 – 6	5 614 730	6 089 568	3 974 333	4 432 548	3 951 030	3 421 388	3 405 592	3 411 154	3 395 496
6 – 15	8 903 050	10 968 346	9 439 911	7 593 513	8 059 658	6 841 580	6 709 082	6 597 338	6 528 764
15 – 18	2 752 605	3 205 352	4 057 829	2 406 208	2 722 944	2 399 688	2 369 946	2 407 984	2 436 655
18 – 21	3 614 380	3 211 025	3 925 930	3 066 450	2 852 894	2 727 805	2 537 628	2 484 950	2 430 721
21 – 25	4 955 972	3 833 050	4 801 025	5 214 968	3 680 851	4 008 892	3 942 449	3 899 852	3 824 565
25 – 40	14 536 724	16 655 053	15 836 647	18 905 576	18 855 926	14 759 996	14 314 807	14 451 021	14 764 387
40 – 60	18 811 081	17 523 879	20 328 474	20 959 571	21 957 504	25 420 290	24 955 062	24 892 277	24 801 369
60 – 65	4 261 871	4 787 899	3 009 768	4 350 811	5 718 165	4 649 437	4 831 570	4 989 604	5 078 700
65 und mehr	8 470 141	10 779 641	12 164 035	11 912 140	13 694 014	16 844 293	16 603 432	16 715 155	16 824 237
%									
unter 1	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
1 – 6	7,7	7,8	5,1	5,6	4,8	4,2	4,2	4,2	4,2
6 – 15	12,2	14,0	12,0	9,5	9,8	8,4	8,4	8,2	8,1
15 – 18	3,8	4,1	5,2	3,0	3,3	2,9	3,0	3,0	3,0
18 – 21	4,9	4,1	5,0	3,8	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0
21 – 25	6,8	4,9	6,1	6,5	4,5	4,9	4,9	4,8	4,7
25 – 40	19,9	21,3	20,2	23,7	22,9	18,1	17,8	17,9	18,3
40 – 60	25,7	22,4	25,9	26,3	26,7	31,1	31,1	30,9	30,7
60 – 65	5,8	6,1	3,8	5,5	7,0	5,7	6,0	6,2	6,3
65 und mehr	11,6	13,8	15,5	14,9	16,6	20,6	20,7	20,8	20,8

Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

1 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Altersgliederung vorläufig.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.11 Bevölkerung nach Altersgruppen und Ländern 2013

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 6	6 – 15	15 – 18	18 – 25	25 – 40	40 – 60	60 – 65	65 und mehr
1 000									
Deutschland	80 767 463	4 078 065	6 528 764	2 436 655	6 255 286	14 764 387	24 801 369	5 078 700	16 824 237
Baden-Württemberg	10 631 278	552 203	913 354	352 563	900 530	1 970 652	3 226 091	627 260	2 088 625
Bayern	12 604 244	646 237	1 039 102	398 108	1 035 788	2 375 300	3 867 067	746 468	2 496 174
Berlin	3 421 829	196 096	247 726	79 827	262 208	803 006	982 512	198 465	651 989
Brandenburg	2 449 193	117 950	179 926	56 717	128 020	411 462	816 716	179 500	558 902
Bremen	657 391	31 992	48 882	18 466	57 126	132 053	189 883	39 088	139 901
Hamburg	1 746 342	97 246	133 250	46 330	138 812	412 089	500 448	89 484	328 683
Hessen	6 045 425	312 006	498 944	187 774	476 282	1 123 866	1 861 613	370 539	1 214 401
Mecklenburg-Vorpommern	1 596 505	77 995	112 829	34 762	93 997	284 954	512 573	121 272	358 123
Niedersachsen	7 790 559	382 054	667 677	264 328	616 922	1 311 602	2 408 763	488 251	1 650 962
Nordrhein-Westfalen	17 571 856	878 253	1 468 858	570 622	1 431 050	3 122 583	5 433 818	1 068 265	3 598 407
Rheinland-Pfalz	3 994 366	193 787	322 931	128 145	325 244	682 095	1 252 534	266 257	823 373
Saarland	990 718	41 678	71 166	29 353	77 150	163 983	314 256	71 774	221 358
Sachsen	4 046 385	208 077	287 257	83 424	239 528	748 417	1 179 386	299 925	1 000 371
Sachsen-Anhalt	2 244 577	102 241	150 859	46 888	131 530	379 436	708 177	172 155	553 291
Schleswig-Holstein	2 815 955	136 055	236 371	92 610	215 132	457 705	874 741	174 735	628 606
Thüringen	2 160 840	104 195	149 632	46 738	125 967	385 184	672 791	165 262	511 071
%									
Deutschland	100	5,0	8,1	3,0	7,7	18,3	30,7	6,3	20,8
Baden-Württemberg	100	5,2	8,6	3,3	8,5	18,5	30,3	5,9	19,6
Bayern	100	5,1	8,2	3,2	8,2	18,8	30,7	5,9	19,8
Berlin	100	5,7	7,2	2,3	7,7	23,5	28,7	5,8	19,1
Brandenburg	100	4,8	7,3	2,3	5,2	16,8	33,3	7,3	22,8
Bremen	100	4,9	7,4	2,8	8,7	20,1	28,9	5,9	21,3
Hamburg	100	5,6	7,6	2,7	7,9	23,6	28,7	5,1	18,8
Hessen	100	5,2	8,3	3,1	7,9	18,6	30,8	6,1	20,1
Mecklenburg-Vorpommern	100	4,9	7,1	2,2	5,9	17,8	32,1	7,6	22,4
Niedersachsen	100	4,9	7,1	2,2	5,9	17,8	32,1	7,6	22,4
Nordrhein-Westfalen	100	5,0	8,4	3,2	8,1	17,8	30,9	6,1	20,5
Rheinland-Pfalz	100	4,9	8,1	3,2	8,1	17,1	31,4	6,7	20,6
Saarland	100	4,2	7,2	3,0	7,8	16,6	31,7	7,2	22,3
Sachsen	100	5,1	7,1	2,1	5,9	18,5	29,1	7,4	24,7
Sachsen-Anhalt	100	4,6	6,7	2,1	5,9	16,9	31,6	7,7	24,7
Schleswig-Holstein	100	4,8	8,4	3,3	7,6	16,3	31,1	6,2	22,3
Thüringen	100	4,8	6,9	2,2	5,8	17,8	31,1	7,6	23,7

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Altersgliederung vorläufig.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.12 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand 2011

	Ledig		Verheiratet		Verwitwet		Geschieden		Eingetragene Lebenspartnerschaft		Eingetragene Lebenspartner/-in verstorben		Eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000													
Insgesamt	17 356,1	14 752,3	18 270,7	18 286,5	1 042,2	4 728,9	2 511,2	3 295,4	45,0	31,7	1,0	0,4	3,7	2,8
	Alter von ... bis unter ... Jahren													
unter 15	5 526,1	5 246,9	-	0,0	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-
15 – 20	2 064,1	1 956,0	1,0	6,8	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20 – 25	2 395,6	2 177,9	62,6	174,9	0,1	0,2	2,1	7,2	0,7	0,7	0,0	0,0	0,1	0,1
25 – 30	2 053,9	1 650,6	383,8	689,7	0,3	1,5	21,2	49,3	2,3	2,1	0,0	0,0	0,4	0,3
30 – 35	1 415,5	1 001,9	920,6	1 251,8	1,0	5,2	74,0	130,1	4,5	4,2	0,0	0,0	0,7	0,5
35 – 40	906,5	598,1	1 274,3	1 488,4	2,4	12,0	143,4	213,7	5,1	4,2	0,1	0,0	0,7	0,5
40 – 45	909,8	573,9	1 893,3	2 042,4	7,4	31,1	295,4	399,2	7,5	5,2	0,1	0,0	0,7	0,5
45 – 50	775,0	466,5	2 287,0	2 355,7	17,5	70,4	456,5	555,9	7,8	5,2	0,1	0,1	0,6	0,4
50 – 55	499,9	296,8	2 184,3	2 217,1	30,9	128,0	456,3	500,9	5,6	3,6	0,1	0,0	0,3	0,2
55 – 60	300,9	187,9	1 984,6	1 981,1	47,6	201,6	360,5	395,2	3,5	2,3	0,1	0,0	0,2	0,1
60 – 65	184,2	117,8	1 838,4	1 741,6	69,3	299,3	265,5	310,8	2,7	1,6	0,1	0,0	0,1	0,1
65 – 70	115,6	80,9	1 521,1	1 373,8	95,5	389,7	175,4	228,8	2,5	1,2	0,1	0,1	0,1	0,0
70 – 75	117,7	107,3	1 833,6	1 551,0	184,1	769,8	154,0	232,1	1,9	0,8	0,1	0,0	0,0	0,0
75 – 80	56,4	90,5	1 156,2	852,7	191,5	854,1	68,9	125,8	0,6	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0
80 – 85	24,6	87,3	640,8	400,8	200,3	876,5	27,1	75,6	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
85 – 90	8,0	76,1	232,6	135,7	132,4	705,2	8,5	48,2	0,1	0,1	0,0	0,0	-	0,0
90 und mehr	2,3	35,7	56,8	23,0	61,9	384,0	2,4	22,6	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0

1 Stand: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt

	Lebendgeborene		Totgeborene ¹²	Gestorbene ¹³		Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbene (-)	
	insgesamt	darunter nicht-ehelecht ¹¹		insgesamt	und zwar		
					im 1. Lebensjahr		in den ersten 7 Lebenstagen
1950	1 116 701	117 934	24 857	748 329	67 175	+ 368 372	
1960	1 261 614	95 321	19 814	876 721	44 105	+ 384 893	
1970	1 047 737	75 802	10 853	975 664	23 547	+ 72 073	
1980	865 789	102 921	4 954	952 371	10 779	- 86 582	
1990	905 675	138 755	3 202	921 445	6 385	- 15 770	
2000	766 999	179 574	3 084	838 797	3 362	- 71 798	
2010	677 947	225 472	2 466	858 768	2 322	- 180 821	
2011	662 685	224 744	2 387	852 328	2 408	- 189 643	
2012	673 544	232 383	2 400	869 582	2 202	- 196 038	
2013	682 069	237 562	2 556	893 825	2 250	- 211 756	
	2013 nach Ländern						
Baden-Württemberg	91 505	22 223	297	101 947	277	- 10 442	
Bayern	109 562	29 552	344	126 903	301	- 17 341	
Berlin	35 038	17 867	175	32 792	124	+ 2 246	
Brandenburg	18 355	11 502	88	29 678	51	- 11 323	
Bremen	5 749	2 302	15	7 890	20	- 2 141	
Hamburg	18 137	6 833	63	17 258	68	+ 879	
Hessen	52 185	14 407	207	63 893	190	- 11 708	
Mecklenburg-Vorpommern	12 560	7 959	66	19 830	37	- 7 270	
Niedersachsen	62 879	20 387	227	90 569	234	- 27 690	
Nordrhein-Westfalen	146 417	43 021	599	200 065	560	- 53 648	
Rheinland-Pfalz	31 989	9 088	106	45 532	99	- 13 543	
Saarland	6 848	2 114	23	12 825	34	- 5 977	
Sachsen	34 800	20 809	134	52 936	90	- 18 136	
Sachsen-Anhalt	16 797	10 808	66	31 385	49	- 14 588	
Schleswig-Holstein	21 822	8 239	65	32 729	71	- 10 907	
Thüringen	17 426	10 451	81	27 593	45	- 10 167	

1 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

3 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.2 Geborene und Gestorbene – Verhältniszahlen

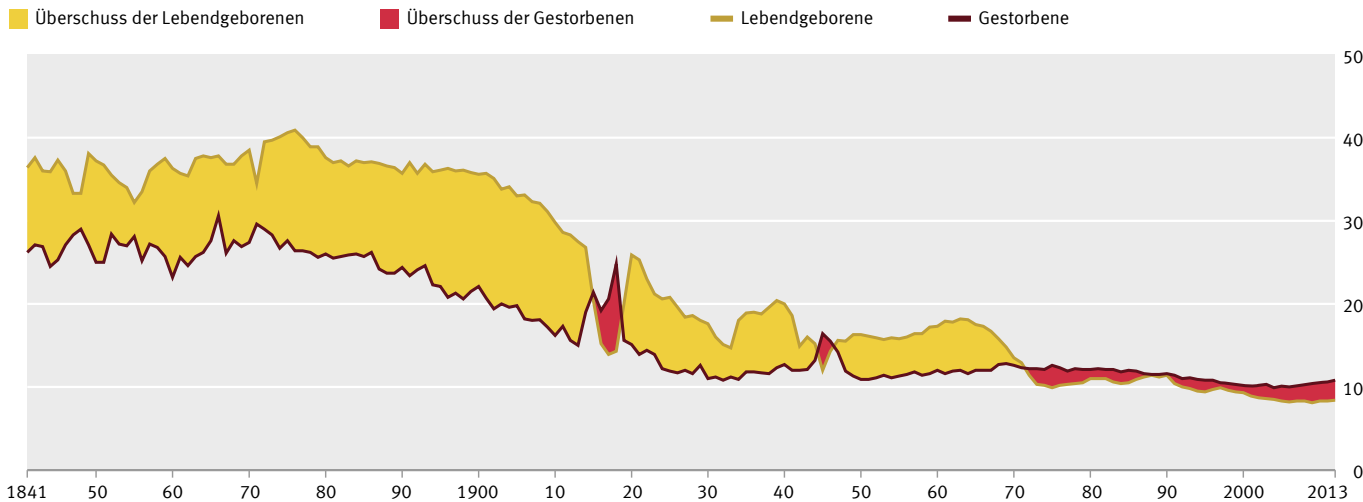
	Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁶	Gestorbene ¹ je 1 000 Lebendgeborene	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nichtehelich Lebendgeborene ² je 1 000 Lebendgeborene	Gestorbene Säuglinge		Totgeborene ¹⁵ je 1 000 Lebend- und Totgeborene
					im 1. Lebensjahr ³	in den ersten 7 Lebenstagen ⁴	
1950	16,3	10,9	+ 5,4	105,6	60,2	.	21,8
1960	17,3	12,0	+ 5,3	75,6	35,0	19,7	15,5
1970	13,5	12,6	+ 0,9	72,3	22,5	15,2	10,3
1980	11,0	12,1	- 1,1	118,9	12,4	6,4	5,7
1990	11,4	11,6	- 0,2	153,2	7,1	2,7	3,5
2000	9,3	10,2	- 0,9	234,1	4,4	2,1	4,0
2010	8,3	10,5	- 2,2	332,6	3,4	1,7	3,6
2011	8,3	10,6	- 2,4	339,1	3,6	1,9	3,6
2012	8,4	10,8	- 2,4	345,0	3,3	1,7	3,6
2013	8,5	11,1	- 2,6	348,3	3,3	1,7	3,7
2013 nach Ländern							
Baden-Württemberg	8,6	9,6	- 1,0	242,9	3,0	1,6	3,2
Bayern	8,7	10,1	- 1,4	269,7	2,8	1,4	3,1
Berlin	10,3	9,6	+ 0,7	509,9	3,5	1,9	5,0
Brandenburg	7,5	12,1	- 4,6	626,6	2,8	1,3	4,8
Bremen	8,8	12,0	- 3,3	400,4	3,5	1,9	2,6
Hamburg	10,4	9,9	+ 0,5	376,7	3,8	1,9	3,5
Hessen	8,7	10,6	- 1,9	276,1	3,6	1,9	4,0
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	12,4	- 4,5	633,7	2,9	1,6	5,2
Niedersachsen	8,1	11,6	- 3,6	324,2	3,7	2,1	3,6
Nordrhein-Westfalen	8,3	11,4	- 3,1	293,8	3,8	2,0	4,1
Rheinland-Pfalz	8,0	11,4	- 3,4	284,1	3,1	1,5	3,3
Saarland	6,9	12,9	- 6,0	308,7	5,0	2,8	3,3
Sachsen	8,6	13,1	- 4,5	598,0	2,6	1,2	3,8
Sachsen-Anhalt	7,5	13,9	- 6,5	643,4	2,9	1,3	3,9
Schleswig-Holstein	7,8	11,6	- 3,9	377,6	3,2	1,7	3,0
Thüringen	8,0	12,7	- 4,7	599,7	2,6	1,0	4,6

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.
 2 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.
 3 Ab 1960 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

4 Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.
 5 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/ „Methodik“ am Ende dieses Kapitels.
 6 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Lebendgeborene und Gestorbene

je 1 000 Einwohner/-innen



Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.3 Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene 2013			
	insgesamt	dar. mit ausländischer Staatsangehörigkeit ²	ehelich ³	nichteelich ⁴
	Anzahl			
Insgesamt	682 069	39 397	444 507	237 562
unter 15	105	15	–	105
15	444	50	1	443
16	1 169	180	29	1 140
17	2 394	349	81	2 313
18	4 221	554	461	3 760
19	7 039	875	1 429	5 610
20	9 538	1 169	2 662	6 876
21	12 378	1 408	4 142	8 236
22	15 951	1 641	6 375	9 576
23	20 053	1 908	9 155	10 898
24	24 680	2 017	12 499	12 181
25	30 384	2 178	16 953	13 431
26	35 014	2 361	20 824	14 190
27	38 796	2 422	24 572	14 224
28	42 613	2 583	28 194	14 419
29	46 292	2 533	31 811	14 481
30	50 032	2 490	35 562	14 470
31	51 719	2 406	37 462	14 257
32	49 909	2 147	36 815	13 094
33	46 169	2 025	34 117	12 052
34	40 845	1 699	30 357	10 488
35	36 229	1 506	26 719	9 510
36	30 330	1 239	22 379	7 951
37	24 255	996	17 799	6 456
38	18 828	831	13 766	5 062
39	14 509	640	10 545	3 964
40	10 702	446	7 708	2 994
41	7 188	294	5 022	2 166
42	4 676	179	3 220	1 456
43	2 669	130	1 798	871
44	1 431	48	1 007	424
unter 45	680 562	39 319	443 464	237 098
45 und mehr	1 507	78	1 043	464

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z.B. 2013: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1998, 16 = 1997 usw.

2 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

3 Seit 1.7.1998 von miteinander verheirateten Eltern.

4 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.4 Lebendgeborene nach der Geburtenfolge 2013

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene				
	insgesamt	davon als ... Kind geboren			
		1.	2.	3.	4. oder weiteres
Anzahl					
Insgesamt	682 069	337 175	234 929	76 109	33 856
dar. Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit ²	39 397	17 634	12 263	5 662	3 838
unter 15	105	105	–	–	–
15	444	439	5	–	–
16	1 169	1 124	43	2	–
17	2 394	2 246	141	7	–
18	4 221	3 790	391	38	2
19	7 039	6 005	931	97	6
20	9 538	7 572	1 681	242	43
21	12 378	9 105	2 731	461	81
22	15 951	10 977	4 004	819	151
23	20 053	13 299	5 249	1 225	280
24	24 680	15 813	6 755	1 642	470
25	30 384	18 952	8 577	2 158	697
26	35 014	21 232	10 278	2 600	904
27	38 796	22 463	11 921	3 138	1 274
28	42 613	23 657	13 909	3 611	1 436
29	46 292	24 748	15 614	4 255	1 675
30	50 032	25 630	17 650	4 862	1 890
31	51 719	24 864	19 143	5 507	2 205
32	49 909	22 034	19 530	5 876	2 469
33	46 169	18 657	19 001	5 945	2 566
34	40 845	15 440	16 960	5 902	2 543
35	36 229	12 864	15 118	5 731	2 516
36	30 330	10 067	12 586	5 288	2 389
37	24 255	7 628	9 868	4 533	2 226
38	18 828	5 643	7 487	3 721	1 977
39	14 509	4 412	5 488	2 851	1 758
40	10 702	3 254	3 893	2 164	1 391
41	7 188	2 086	2 622	1 443	1 037
42	4 676	1 363	1 654	908	751
43	2 669	788	831	526	524
44	1 431	420	447	278	286
unter 45	680 562	336 677	234 508	75 830	33 547
45 und mehr	1 507	498	421	279	309

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2013: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1998, 16 = 1997 usw.

2 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

2.2.5 Die 10 häufigsten Vornamen Neugeborener

Diese Aufstellung zeigt die „Spitzenreiter“ der im jeweiligen Jahr am häufigsten vergebenen **Mädchen- und Jungennamen**. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) veröffentlicht diese jährlich. Weitere Informationen finden Sie unter www.gfds.de

	2014		2013	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
1.	Sophie/Sofie	Maximilian	Sophie/Sofie	Maximilian
2.	Marie	Alexander	Marie	Alexander
3.	Sophia/Sofia	Paul	Sophia/Sofia	Paul
4.	Maria	Elias	Maria	Luca/Luka
5.	Emma	Luis/Louis	Mia	Ben
6.	Mia	Luca/Luka	Emma	Luis/Louis
7.	Hannah/Hanna	Ben	Hannah/Hanna	Elias
8.	Emilia	Leon/Léon	Anna	Leon
9.	Anna	Lukas/Lucas	Emilia	Lukas/Lucas
10.	Johanna	Noah/Noa	Johanna	Noah

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2.2.6 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer lebend geborenen Kinder

	Durchschnittsalter in Jahren bei der Geburt des ... Kindes				
	insgesamt	1.	2.	3.	4. oder weiteren
2009	30,4	28,8	31,3	32,8	34,2
2010	30,5	28,9	31,4	32,8	34,2
2011	30,6	29,1	31,5	33,0	34,2
2012	30,7	29,2	31,6	33,0	34,2
2013	30,8	29,3	31,7	33,0	34,2

Alter der Mutter nach der Geburtsjahrmethode – biologische Geburtenfolge.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.7 Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

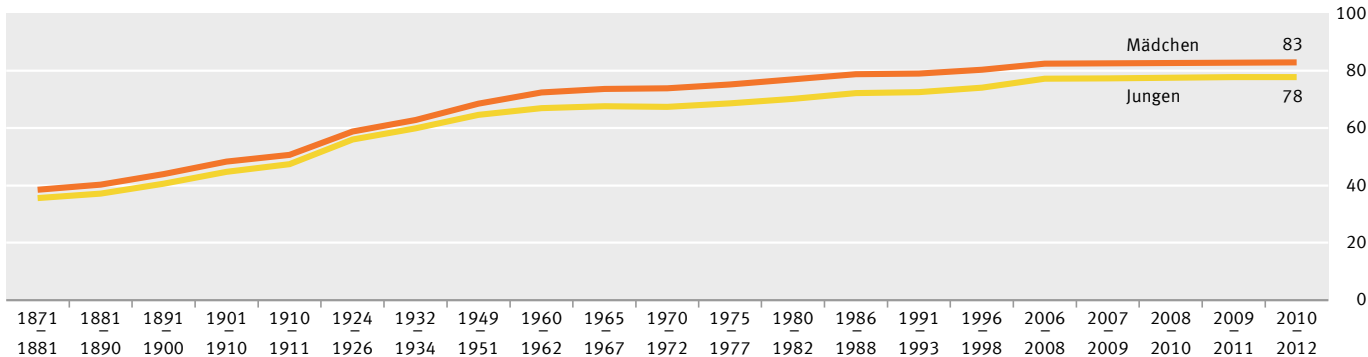
	Lebendgeborene							mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
	insgesamt	mit deutscher Staatsangehörigkeit			mit ausländischer Staatsangehörigkeit				
		zusammen	und zwar		Anzahl	%	%		
			beide Eltern deutsch ¹	beide Eltern ausländisch ²				Vater deutsch/ Mutter ausländisch oder Mutter deutsch/ Vater ausländisch	
Anzahl							Anzahl	%	
1995	765 221	665 507	87,0	92,9	X	7,1	99 714	13,0	
2000	766 999	717 223	93,5	83,7	5,8	10,5	49 776	6,5	
2005	685 795	655 534	95,6	79,5	6,1	14,4	30 261	4,4	
2010	677 947	644 463	95,1	80,8	4,6	14,6	33 484	4,9	
2011	662 685	630 745	95,2	80,6	4,9	14,5	31 940	4,8	
2012	673 544	641 544	95,2	80,4	5,3	14,3	32 000	4,8	
2013 ³	682 069	642 672	94,2	80,8	4,9	14,2	39 397	5,8	

1 Einschl. nicht verheirateter deutscher Mütter ohne Angabe zum Vater.

2 Kind hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz – Geburtsortprinzip (ius soli) – erworben, einschl. nicht verheirateter ausländischer Mütter ohne Angabe zum Vater („Optionskinder“).

3 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit auch die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

Lebenserwartung bei Geburt in Altersjahren



2015 - 01 - 0108

2.2.8 Gestorbene Säuglinge nach dem Alter

	2013			2003		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
nach dem Alter¹						
0 Tage ²	753	421	332	828	463	365
1 Tag	153	83	70	299	195	104
2 Tage	90	52	38	139	76	63
3 Tage	58	31	27	85	50	35
4 Tage	53	25	28	60	41	19
5 Tage	43	24	19	48	26	22
6 Tage	23	14	9	35	22	13
In den ersten 7 Lebenstagen	1 173	650	523	1 494	873	621
7 bis unter 28 Tage	355	204	151	449	245	204
0 bis unter 1 Monat	1 548	866	682	1 963	1 130	833
1 bis unter 12 Monate	702	402	300	1 027	570	457
Im 1. Lebensjahr	2 250	1 268	982	2 990	1 700	1 290
Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene³						
Insgesamt	3,3	3,6	3,0	4,2	4,7	3,7

1 Differenz zwischen Sterbetag und Geburtstag; z. B. 1 Tag = am Tag nach der Geburt gestorben.

2 Am Tag der Geburt gestorben.

3 Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vergangenen 12 Monaten.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.9 Sterbetafeln

Vollendetes Altersjahr ¹	Männlich						Weiblich					
	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder	
	1910/11	2010/12	1949/51	2010/12	1952/53	2010/12	1910/11	2010/12	1949/51	2010/12	1952/53	2010/12
Von 100 000 Lebendgeborenen erreichen das Alter x (Absterbeordnung)												
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	81 855	99 624	93 823	99 608	94 018	99 702	84 695	99 687	95 091	99 672	95 383	99 753
2	79 211	99 595	93 433	99 579	93 529	99 673	82 070	99 663	94 749	99 649	94 965	99 726
5	77 213	99 550	92 880	99 534	93 066	99 622	80 077	99 622	94 270	99 610	94 573	99 677
10	75 984	99 502	92 444	99 486	92 693	99 577	78 816	99 582	93 937	99 568	94 259	99 638
15	75 189	99 448	92 097	99 432	92 368	99 520	77 930	99 542	93 701	99 528	94 067	99 592
20	73 832	99 275	91 466	99 259	91 779	99 337	76 659	99 458	93 295	99 444	93 657	99 511
25	72 130	99 000	90 531	98 992	90 913	99 017	75 043	99 351	92 711	99 337	93 108	99 396
30	70 425	98 704	89 518	98 705	90 133	98 668	73 115	99 230	92 039	99 221	92 484	99 260
35	68 545	98 347	88 428	98 353	89 299	98 265	71 020	99 061	91 221	99 054	91 691	99 078
40	66 227	97 866	87 102	97 886	88 130	97 691	68 659	98 800	90 225	98 796	90 636	98 799
45	63 238	97 092	85 342	97 159	86 511	96 674	66 187	98 363	88 901	98 368	89 310	98 323
50	59 349	95 730	82 648	95 906	84 065	94 833	63 231	97 581	86 991	97 598	87 380	97 491
55	54 290	93 355	78 562	93 676	80 012	91 869	59 350	96 266	84 225	96 281	84 674	96 201
60	47 736	89 637	72 852	90 116	74 222	87 597	54 016	94 291	80 166	94 285	80 818	94 371
65	39 527	84 292	64 999	84 896	66 146	81 872	46 484	91 364	73 875	91 315	75 032	91 674
70	29 905	76 977	54 394	77 633	55 013	74 497	36 448	87 199	63 994	87 114	65 615	87 865
75	19 328	67 034	40 700	67 782	41 107	64 264	24 517	81 031	49 605	80 993	51 639	81 534
80	9 711	52 740	25 106	53 557	24 748	49 680	12 981	70 356	31 787	70 504	33 234	70 199
85	3 297	34 537	11 321	35 235	10 592	31 677	4 794	52 978	15 225	53 264	15 750	52 017
90	679	16 352	3 175	16 708	2 781	14 708	1 126	29 894	4 815	30 150	4 796	28 717
Lebenserwartung in Jahren im Alter x												
0	47,41	77,72	64,56	77,97	65,06	76,69	50,68	82,80	68,48	82,83	69,07	82,72
1	56,86	77,01	67,80	77,27	68,18	75,92	58,78	82,06	71,01	82,10	71,40	81,92
2	57,74	76,03	67,08	76,30	67,54	74,94	59,64	81,08	70,26	81,12	70,71	80,95
5	56,21	73,07	64,47	73,33	64,87	71,98	58,10	78,11	67,61	78,15	68,00	77,98
10	52,08	68,10	59,76	68,36	60,12	67,01	53,99	73,14	62,84	73,18	63,22	73,01
15	47,60	63,14	54,98	63,40	55,32	62,05	49,58	68,17	57,99	68,21	58,34	68,05
20	43,43	58,24	50,34	58,50	50,66	57,15	45,35	63,22	53,24	63,26	53,59	63,10
25	39,39	53,40	45,83	53,66	46,12	52,33	41,28	58,29	48,55	58,33	48,89	58,17
30	35,29	48,55	41,32	48,80	41,50	47,51	37,30	53,36	43,89	53,39	44,20	53,25
35	31,18	43,72	36,80	43,97	36,86	42,69	33,32	48,44	39,26	48,48	39,56	48,34
40	27,18	38,92	32,32	39,17	32,31	37,93	29,38	43,57	34,67	43,60	34,99	43,47
45	23,35	34,21	27,93	34,44	27,87	33,30	25,39	38,75	30,14	38,78	30,47	38,66
50	19,71	29,65	23,75	29,85	23,60	28,89	21,45	34,04	25,75	34,06	26,09	33,97
55	16,30	25,34	19,85	25,50	19,66	24,74	17,68	29,46	21,50	29,49	21,84	29,39
60	13,18	21,28	16,20	21,40	15,99	20,81	14,17	25,03	17,46	25,06	17,75	24,91
65	10,38	17,46	12,84	17,56	12,62	17,09	11,03	20,74	13,72	20,79	13,91	20,57
70	7,90	13,87	9,84	13,95	9,65	13,52	8,35	16,61	10,42	16,66	10,52	16,34
75	5,84	10,54	7,28	10,60	7,04	10,25	6,19	12,67	7,68	12,72	7,65	12,40
80	4,25	7,68	5,24	7,71	5,03	7,49	4,52	9,17	5,57	9,21	5,48	8,96
85	3,13	5,38	3,72	5,39	3,58	5,31	3,36	6,31	4,02	6,32	3,90	6,16
90	2,30	3,66	2,66	3,66	2,60	3,64	2,49	4,21	2,89	4,21	2,74	4,11

Abgekürzte Form. – 1910/11 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand; 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West) und das Saarland; 1952/53 Gebiet der ehem. DDR ohne Berlin (Ost); bis 1949/51 und 2010/12 allgemeine Sterbetafeln; 2010/12 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Länder ohne Berlin-Ost.

1 Das Alter 0 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Geburt. Die anderen Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem jemand genau x Jahre alt geworden ist.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.10 Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene 2013 ¹					
	insgesamt	dar. Ausländer/-innen	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	Anzahl					
	Männlich					
Insgesamt	429 645	14 342	48 171	249 592	90 354	41 528
dar. Ausländer	14 342	X	2 110	8 899	1 688	1 645
0 – 1	1 268	125	1 268	–	–	–
1 – 5	245	25	245	–	–	–
5 – 10	177	12	177	–	–	–
10 – 15	155	15	155	–	–	–
15 – 20	653	60	652	1	–	–
20 – 25	1 078	101	1 057	19	–	2
25 – 30	1 362	142	1 226	112	1	23
30 – 35	1 740	199	1 330	312	2	96
35 – 40	2 235	300	1 329	654	4	248
40 – 45	4 334	409	2 179	1 471	20	664
45 – 50	9 403	644	3 767	3 611	87	1 938
50 – 55	15 826	782	4 872	6 807	252	3 895
55 – 60	22 125	1 009	5 128	11 057	650	5 290
60 – 65	29 847	1 414	4 790	17 539	1 453	6 065
65 – 70	34 297	1 974	4 068	21 897	2 613	5 719
70 – 75	60 178	2 319	5 922	40 226	7 253	6 777
75 – 80	73 272	2 088	4 894	49 996	13 056	5 326
80 – 85	74 702	1 469	2 901	48 296	20 376	3 129
85 – 90	60 489	793	1 552	33 201	24 061	1 675
90 und mehr	36 259	462	659	14 393	20 526	681
	Weiblich					
Insgesamt	464 180	9 153	40 214	107 493	277 984	38 489
dar. Ausländerinnen	9 153	X	1 008	3 353	3 754	1 038
0 – 1	982	90	982	–	–	–
1 – 5	189	11	189	–	–	–
5 – 10	130	10	130	–	–	–
10 – 15	147	12	147	–	–	–
15 – 20	332	41	331	1	–	–
20 – 25	460	39	436	23	–	1
25 – 30	589	50	476	92	1	20
30 – 35	851	97	482	312	2	55
35 – 40	1 229	171	508	548	11	162
40 – 45	2 477	226	791	1 152	38	496
45 – 50	5 147	272	1 213	2 674	181	1 079
50 – 55	8 574	398	1 422	4 775	498	1 879
55 – 60	11 695	541	1 440	6 616	1 237	2 402
60 – 65	16 266	865	1 497	8 958	2 768	3 043
65 – 70	19 864	992	1 434	10 244	5 009	3 177
70 – 75	37 390	1 084	2 348	17 193	12 962	4 887
75 – 80	56 453	1 100	3 398	19 963	28 015	5 077
80 – 85	78 784	1 075	5 193	17 815	50 862	4 914
85 – 90	106 839	1 170	8 647	12 551	80 041	5 600
90 und mehr	115 782	909	9 150	4 576	96 359	5 697

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.3 Migration

2.3.1 Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2014

Die Zahl der im Ausländerzentralregister (AZR) geführten **Ausländerinnen und Ausländer** lag zum Zensusstichtag am 9.5.2011 deutlich höher als das Zensusergebnis. An dieser Abweichung wird sich kurzfristig nichts ändern, weil die Registrierung einer ausländischen Person im AZR in keinem Zusammenhang mit der Ausländerzahl im Zensus steht. Das Statistische Bundesamt und die Registerbehörde des AZR – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – werden die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen jedoch sorgfältig analysieren und, abhängig vom Analyseergebnis, weitere Schritte einleiten.

	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Durchschnitts-		Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	alter	aufenthalts-	
							Jahre	dauer	
Insgesamt	8 152 968	100	4 264 511	100	3 888 457	100	39,3	17,6	6,8
Europa	6 394 914	78,4	3 338 180	78,3	3 056 734	78,6	40,7	19,6	5,7
davon:									
EU-Länder	3 672 394	45,0	1 992 997	46,7	1 679 397	43,2	40,6	17,4	9,1
Bulgarien	183 263	2,2	100 320	2,4	82 943	2,1	32,6	4,9	24,8
Frankreich	123 281	1,5	59 227	1,4	64 054	1,6	41,7	18,8	2,7
Griechenland	328 564	4,0	179 104	4,2	149 460	3,8	43,5	25,2	3,9
Italien	574 530	7,0	338 202	7,9	236 328	6,1	43,3	27,6	3,9
Kroatien	263 347	3,2	134 339	3,2	129 008	3,3	46,3	27,0	9,5
Niederlande	144 741	1,8	80 639	1,9	64 102	1,6	47,6	23,2	1,6
Österreich	179 772	2,2	93 764	2,2	86 008	2,2	50,3	28,6	0,6
Polen	674 152	8,3	360 348	8,4	313 804	8,1	37,1	8,8	10,5
Portugal	130 882	1,6	72 373	1,7	58 509	1,5	41,7	22,0	2,8
Rumänien	355 343	4,4	198 637	4,7	156 706	4,0	32,3	4,6	32,9
Slowakei	46 168	0,6	22 694	0,5	23 474	0,6	33,3	7,0	11,4
Slowenien	25 613	0,3	13 552	0,3	12 061	0,3	46,9	25,9	6,3
Spanien	146 846	1,8	75 675	1,8	71 171	1,8	41,3	21,3	8,3
Tschechische Republik	49 985	0,6	20 564	0,5	29 421	0,8	37,0	10,7	7,5
Ungarn	156 812	1,9	95 551	2,2	61 261	1,6	36,6	7,0	15,6
Vereinigtes Königreich	103 756	1,3	63 596	1,5	40 160	1,0	46,7	20,7	0,3
EU-Kandidatenländer	1 940 883	23,8	1 000 639	23,5	940 244	24,2	41,4	25,8	0,3
Mazedonien ¹	83 854	1,0	43 246	1,0	40 608	1,0	36,2	18,2	7,8
Serbien ¹	220 908	2,7	110 623	2,6	110 285	2,8	37,5	20,2	7,7
Ehem. Serbien und Montenegro ¹	31 560	0,4	16 721	0,4	14 839	0,4	42,5	25,1	-13,1
Türkei	1 527 118	18,7	788 895	18,5	738 223	19,0	42,3	27,4	-1,5
EWR-Staaten²/Schweiz	46 031	0,6	20 383	0,5	25 648	0,7	49,2	23,2	1,4
Schweiz	39 385	0,5	17 325	0,4	22 060	0,6	49,9	23,9	1,4
Sonstiges Europa	735 606	9,0	324 161	7,6	411 445	10,6	38,6	14,2	4,4
Bosnien und Herzegowina	163 519	2,0	85 067	2,0	78 452	2,0	42,2	22,4	3,9
Kosovo ³	184 662	2,3	96 081	2,3	88 581	2,3	31,9	14,7	8,1
Russische Föderation	221 413	2,7	82 950	1,9	138 463	3,6	38,7	10,1	2,4
Ukraine	127 942	1,6	46 606	1,1	81 336	2,1	43,1	10,9	4,6
Afrika	363 745	4,5	216 855	5,1	146 890	3,8	33,0	10,2	14,2
Marokko	67 891	0,8	36 751	0,9	31 140	0,8	38,9	16,2	3,7
Tunesien	28 291	0,3	18 868	0,4	9 423	0,2	36,2	12,8	8,7
Amerika	245 674	3,0	115 706	2,7	129 968	3,3	39,9	13,1	2,8
Brasilien	38 253	0,5	12 788	0,3	25 465	0,7	35,2	9,4	5,4
Vereinigte Staaten	108 845	1,3	61 034	1,4	47 811	1,2	44,3	16,7	1,0
Asien	1 075 035	13,2	550 241	12,9	524 794	13,5	33,8	9,5	12,2
Afghanistan	75 385	0,9	45 396	1,1	29 989	0,8	29,7	7,8	12,6
China	110 284	1,4	52 765	1,2	57 519	1,5	31,1	6,8	9,2
Irak	88 731	1,1	51 233	1,2	37 498	1,0	28,4	8,0	3,8
Iran	63 064	0,8	35 221	0,8	27 843	0,7	39,2	11,8	3,9
Kasachstan	46 633	0,6	21 178	0,5	25 455	0,7	41,8	11,8	-0,8
Thailand	58 827	0,7	7 662	0,2	51 165	1,3	41,2	14,2	0,3
Vietnam	84 455	1,0	39 250	0,9	45 205	1,2	37,1	15,5	1,4
Australien und Ozeanien	14 767	0,2	8 090	0,2	6 677	0,2	38,9	11,0	3,2
Staatenlos	14 649	0,2	8 790	0,2	5 859	0,2	39,3	21,0	10,8
Ungeklärt und ohne Angabe	43 384	0,5	26 221	0,6	17 163	0,4	30,3	13,9	12,0

Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. – Stand 31.12.

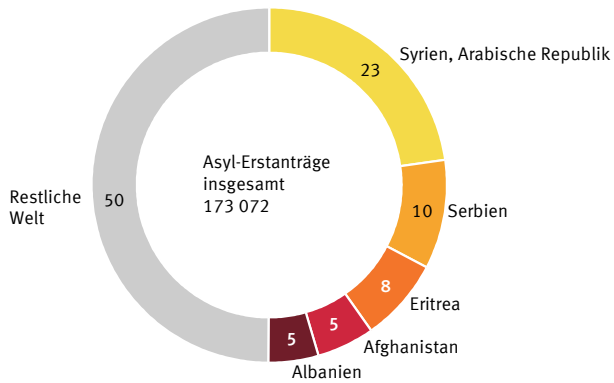
1 Ab 1.8.2006 werden neben der Staatsangehörigkeit des ehem. „Serbien und Montenegro“ auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen.

2 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

3 Ab 1.5.2008 wird der Kosovo getrennt nachgewiesen. – Bürger/-innen des Kosovo können auch als „Altfälle“ in Serbien enthalten sein.

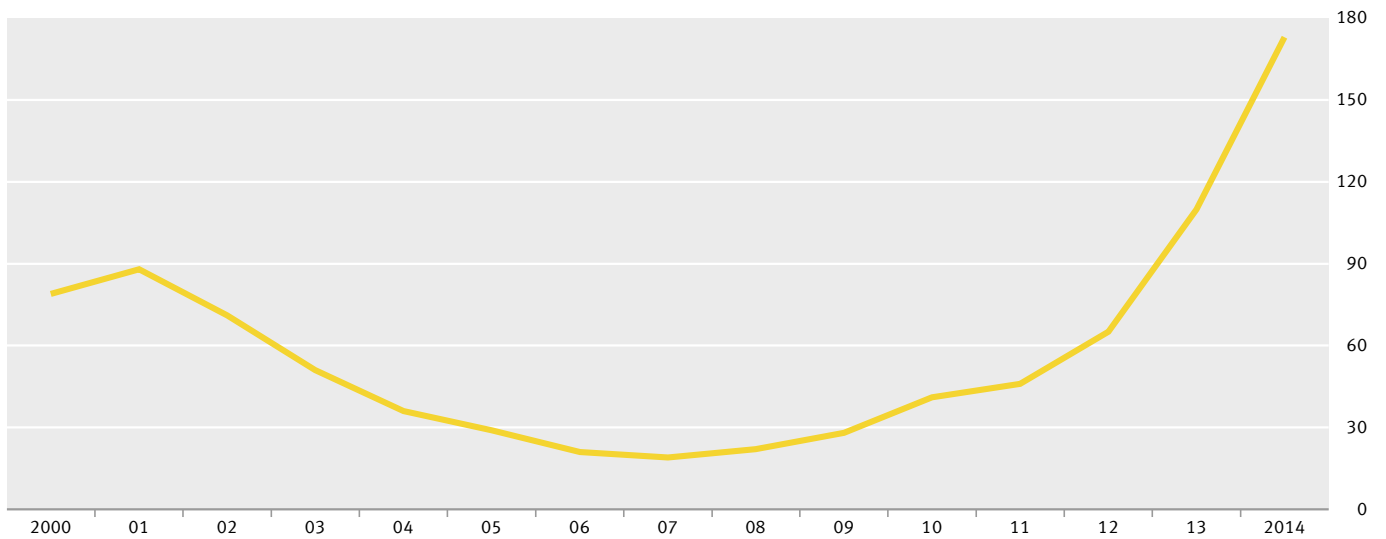
2.3 Migration

Asylbewerberinnen und -bewerber 2014
 nach Haupt-Herkunftsländern, in %
 Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Soziales“



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Asyl-Erstanträge
 in 1 000



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2015 - 01 - 0109

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.2 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 2013

	Insgesamt	Davon		
		durch Einbürgerung	durch Adoption ¹	Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Kinder ²
Anzahl				
Insgesamt	111 910	109 145	605	2 160
Männer	54 401	53 150	293	958
Frauen	57 509	55 995	312	1 202
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 5	1 944	1 536	246	162
5 – 15	10 788	10 239	249	300
15 – 25	30 221	29 795	110	316
25 – 45	52 835	52 150	0	685
45 – 65	13 732	13 198	0	534
65 und mehr	2 390	2 227	0	163
darunter nach Herkunftsgebiet bzw. ehemaliger Staatsangehörigkeit				
Afghanistan	3 056	3 054	2	0
Irak	3 153	3 150	3	0
Iran	2 560	2 559	1	0
Kasachstan	2 619	1 916	12	691
Marokko	2 713	2 709	4	0
Polen	5 502	5 458	33	11
Rumänien	2 551	2 501	20	30
Russische Föderation	4 020	2 783	84	1 153
Serbien, Montenegro, Kosovo	6 011	6 008	3	0
Türkei	27 986	27 986	18	0
Ukraine	4 718	4 538	33	147

1 Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adoption erfolgt, wenn mindestens ein adoptierendes Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

2 Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge im Sinne von §§ 4 und 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

2.4 Wanderungen

2.4.1 Wanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen 2013

	Über die Grenzen der Bundesländer								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	aus einem anderen Bundesland	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	in ein anderes Bundesland	insgesamt	aus den Wanderungen	
								über die Grenzen Deutschlands ¹	zwischen den Bundesländern
Deutschland	2 332 014	1 226 493	1 105 521	1 903 407	797 886	1 105 521	428 607	428 607	X
Deutsche	1 057 740	118 425	939 315	1 079 597	140 282	939 315	- 21 857	- 21 857	X
Ausländer/-innen	1 274 274	1 108 068	166 206	823 810	657 604	166 206	450 464	450 464	X
Baden-Württemberg	337 604	214 279	123 325	267 432	142 792	124 640	70 172	71 487	- 1 315
Deutsche	119 565	20 168	99 397	125 608	24 754	100 854	- 6 043	- 4 586	- 1 457
Ausländer/-innen	218 039	194 111	23 928	141 824	118 038	23 786	76 215	76 073	142
Bayern	366 329	240 166	126 163	268 682	156 604	112 078	97 647	83 562	14 085
Deutsche	124 131	21 212	102 919	119 901	28 567	91 334	4 230	- 7 355	11 585
Ausländer/-innen	242 198	218 954	23 244	148 781	128 037	20 744	93 417	90 917	2 500
Berlin	169 466	84 425	85 041	127 574	50 601	76 973	41 892	33 824	8 068
Deutsche	82 008	9 017	72 991	75 198	9 299	65 899	6 810	- 282	7 092
Ausländer/-innen	87 458	75 408	12 050	52 376	41 302	11 074	35 082	34 106	976
Brandenburg	69 375	17 134	52 241	58 739	10 773	47 966	10 636	6 361	4 275
Deutsche	50 806	2 319	48 487	46 092	2 642	43 450	4 714	- 323	5 037
Ausländer/-innen	18 569	14 815	3 754	12 647	8 131	4 516	5 922	6 684	- 762
Bremen	35 308	12 313	22 995	30 766	7 136	23 630	4 542	5 177	- 635
Deutsche	20 806	1 105	19 701	21 563	1 088	20 475	- 757	17	- 774
Ausländer/-innen	14 502	11 208	3 294	9 203	6 048	3 155	5 299	5 160	139
Hamburg	96 782	34 839	61 943	84 823	25 125	59 698	11 959	9 714	2 245
Deutsche	56 638	3 673	52 965	56 649	4 430	52 219	- 11	- 757	746
Ausländer/-innen	40 144	31 166	8 978	28 174	20 695	7 479	11 970	10 471	1 499
Hessen	204 551	111 090	93 461	166 888	70 950	95 938	37 663	40 140	- 2 477
Deutsche	84 826	9 479	75 347	90 879	11 512	79 367	- 6 053	- 2 033	- 4 020
Ausländer/-innen	119 725	101 611	18 114	76 009	59 438	16 571	43 716	42 173	1 543
Mecklenburg-Vorpommern	37 799	12 182	25 617	34 930	6 890	28 040	2 869	5 292	- 2 423
Deutsche	25 118	1 213	23 905	26 296	1 515	24 781	- 1 178	- 302	- 876
Ausländer/-innen	12 681	10 969	1 712	8 634	5 375	3 259	4 047	5 594	- 1 547
Niedersachsen ¹²	232 602	110 921	121 681	196 127	75 986	120 141	36 475	34 935	1 540
Deutsche	117 145	10 416	106 729	112 934	9 320	103 614	4 211	1 096	3 115
Ausländer/-innen	115 457	100 505	14 952	83 193	66 666	16 527	32 264	33 839	- 1 575
Nordrhein-Westfalen	382 231	240 565	141 666	317 667	159 301	158 366	64 564	81 264	- 16 700
Deutsche	137 238	22 658	114 580	157 913	25 645	132 268	- 20 675	- 2 987	- 17 688
Ausländer/-innen	244 993	217 907	27 086	159 754	133 656	26 098	85 239	84 251	988
Rheinland-Pfalz	119 547	51 656	67 891	102 455	31 564	70 891	17 092	20 092	- 3 000
Deutsche	62 412	5 475	56 937	66 332	6 504	59 828	- 3 920	- 1 029	- 2 891
Ausländer/-innen	57 135	46 181	10 954	36 123	25 060	11 063	21 012	21 121	- 109
Saarland	23 441	11 761	11 680	21 145	7 437	13 708	2 296	4 324	- 2 028
Deutsche	11 540	1 819	9 721	13 292	1 887	11 405	- 1 752	- 68	- 1 684
Ausländer/-innen	11 901	9 942	1 959	7 853	5 550	2 303	4 048	4 392	- 344
Sachsen	81 364	29 994	51 370	67 935	20 163	47 772	13 429	9 831	3 598
Deutsche	50 348	3 496	46 852	46 394	4 707	41 687	3 954	- 1 211	5 165
Ausländer/-innen	31 016	26 498	4 518	21 541	15 456	6 085	9 475	11 042	- 1 567
Sachsen-Anhalt	44 053	14 263	29 790	44 901	8 622	36 279	- 848	5 641	- 6 489
Deutsche	28 276	1 228	27 048	34 124	1 833	32 291	- 5 848	- 605	- 5 243
Ausländer/-innen	15 777	13 035	2 742	10 777	6 789	3 988	5 000	6 246	- 1 246
Schleswig-Holstein	87 939	25 439	62 500	69 872	14 506	55 366	18 067	10 933	7 134
Deutsche	59 685	3 557	56 128	53 952	4 365	49 587	5 733	- 808	6 541
Ausländer/-innen	28 254	21 882	6 372	15 920	10 141	5 779	12 334	11 741	593
Thüringen	43 623	15 466	28 157	43 471	9 436	34 035	152	6 030	- 5 878
Deutsche	27 198	1 590	25 608	32 470	2 214	30 256	- 5 272	- 624	- 4 648
Ausländer/-innen	16 425	13 876	2 549	11 001	7 222	3 779	5 424	6 654	- 1 230

1 Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

2 Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

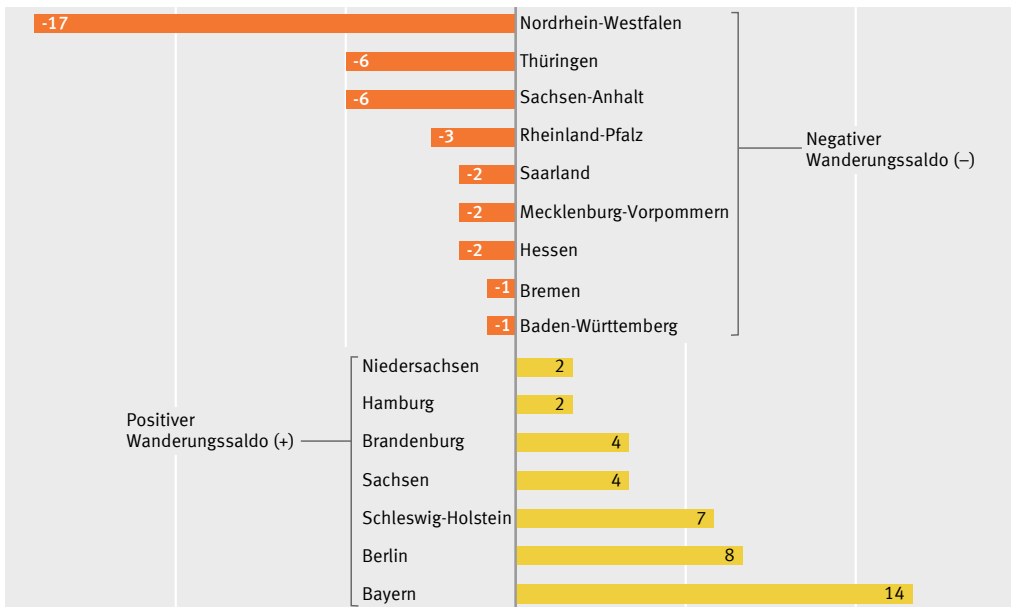
2.4 Wanderungen

2.4.2 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet			Fortzüge in das frühere Bundesgebiet			Wanderungssaldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 2011	2 738 206	849 842	1 888 364	3 850 662	776 289	3 074 373	- 1 112 456	73 553	- 1 186 009
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	- 539 999	- 4 777	- 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	- 68 766	7 185	- 75 951
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	- 76 756	4 071	- 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	- 57 699	653	- 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	- 52 529	- 854	- 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	- 47 092	1 884	- 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	- 50 684	3 460	- 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	- 48 780	6 025	- 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	- 41 421	9 587	- 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	- 18 508	13 811	- 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	- 9 883	13 696	- 23 579
2011	141 732	49 853	91 879	150 617	37 152	113 465	- 8 885	12 701	- 21 586
2012	141 017	50 286	90 731	143 680	38 047	105 633	- 2 663	12 239	- 14 902
2013	140 593	49 584	91 009	139 442	37 936	101 506	- 1 151	11 648	- 10 497

Wanderungssaldo der Bundesländer 2013

in 1 000



2015 - 01 - 0110

2.4 Wanderungen

2.4.3 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter	
		europäische Länder	außereuropäische Länder		europäische Länder	außereuropäische Länder
1 000						
2000	841,2	566,4	258,6	674,0	496,9	143,9
2002	842,5	567,0	260,8	623,3	454,1	139,8
2003	769,0	520,3	225,6	626,3	434,9	143,6
2004 ¹²	780,2	530,0	199,1	697,6	479,5	155,3
2005	707,4	510,4	175,6	628,4	437,4	147,0
2006	661,9	479,8	163,3	639,1	439,6	148,9
2007	680,8	501,4	167,0	636,9	458,9	150,6
2008 ¹³	682,1	495,0	178,9	737,9	547,5	181,5
2009 ¹³	721,0	515,9	196,2	733,8	541,2	182,8
2010 ¹³	798,3	585,1	205,8	670,6	493,3	169,5
2011	958,3	726,4	223,9	679,0	512,8	159,1
2012	1 080,9	838,0	236,7	712,0	544,8	160,2
2013	1 226,5	941,4	279,1	797,9	615,8	174,9
je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴						
2000	10,2	6,9	3,1	8,2	6,0	1,7
2002	10,2	6,9	3,2	7,6	5,5	1,7
2003	9,3	6,3	2,7	7,6	5,3	1,7
2004 ¹²	9,5	6,4	2,4	8,5	5,8	1,9
2005	8,6	6,2	2,1	7,6	5,3	1,8
2006	8,0	5,8	2,0	7,8	5,3	1,8
2007	8,3	6,1	2,0	7,7	5,6	1,8
2008 ¹³	8,3	6,0	2,2	9,0	6,7	2,2
2009 ¹³	8,8	6,3	2,4	9,0	6,6	2,2
2010 ¹³	9,8	7,2	2,5	8,2	6,0	2,1
2011	11,9	9,0	2,8	8,5	6,4	2,0
2012	13,4	10,4	2,9	8,8	6,8	2,0
2013	15,2	11,7	3,5	9,9	7,6	2,2

1 Einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

2 Überhöhte Außenwanderungsdaten deutscher Personen aufgrund von Korrekturen im Land Hessen.

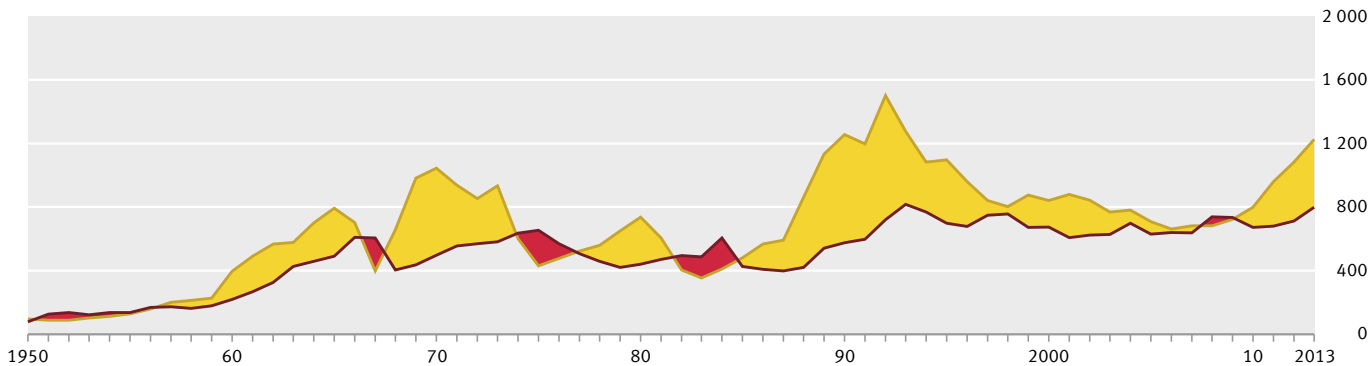
3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

4 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

in 1 000

Überschuss an Zuzügen Überschuss an Fortzügen Zuzüge Fortzüge



1950 bis 1956: Ohne Saarland.

Ab 1991: Deutschland. Zuvor früheres Bundesgebiet, einschl. Berlin-West sowie einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

Ab 2008: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2015 - 01 - 0111

2.4 Wanderungen

2.4.4 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern 2013

	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
Insgesamt	1 226 493	118 425	1 108 068	797 886	140 282	657 604	428 607	- 21 857	450 464
Europa	941 379	74 217	867 162	615 778	89 621	526 157	325 601	- 15 404	341 005
EU-Länder	779 998	52 923	727 075	484 822	57 090	427 732	295 176	- 4 167	299 343
darunter:									
Belgien	5 825	2 041	3 784	5 040	2 278	2 762	785	- 237	1 022
Bulgarien	59 323	373	58 950	38 594	333	38 261	20 729	40	20 689
Dänemark	3 749	912	2 837	3 053	1 057	1 996	696	- 145	841
Finnland	2 623	257	2 366	2 146	376	1 770	477	- 119	596
Frankreich	22 644	6 051	16 593	17 180	6 327	10 853	5 464	- 276	5 740
Griechenland	34 728	1 349	33 379	14 215	753	13 462	20 513	596	19 917
Irland	2 776	706	2 070	2 075	849	1 226	701	- 143	844
Italien	60 651	3 128	57 523	27 903	2 612	25 291	32 748	516	32 232
Lettland	8 417	103	8 314	5 474	90	5 384	2 943	13	2 930
Litauen	9 172	119	9 053	5 915	108	5 807	3 257	11	3 246
Luxemburg	3 371	626	2 745	2 648	872	1 776	723	- 246	969
Niederlande	13 952	2 980	10 972	10 470	3 193	7 277	3 482	- 213	3 695
Österreich	18 629	6 869	11 760	20 341	11 222	9 119	- 1 712	- 4 353	2 641
Polen	197 009	7 900	189 109	125 399	6 616	118 783	71 610	1 284	70 326
Portugal	14 494	848	13 646	7 636	708	6 928	6 858	140	6 718
Rumänien	135 416	922	134 494	85 865	811	85 054	49 551	111	49 440
Schweden	4 234	1 139	3 095	3 992	1 720	2 272	242	- 581	823
Slowakei	14 932	188	14 744	9 940	190	9 750	4 992	- 2	4 994
Spanien	44 119	7 608	36 511	20 324	5 975	14 349	23 795	1 633	22 162
Tschechische Republik	11 653	669	10 984	7 377	824	6 553	4 276	- 155	4 431
Ungarn	58 993	925	58 068	34 751	1 038	33 713	24 242	- 113	24 355
Vereinigtes Königreich	18 724	6 362	12 362	16 685	8 155	8 530	2 039	- 1 793	3 832
Bosnien und Herzegowina	14 074	146	13 928	10 606	141	10 465	3 468	5	3 463
Kosovo	9 948	156	9 792	4 774	150	4 624	5 174	6	5 168
Kroatien	25 200	355	24 845	12 753	455	12 298	12 447	- 100	12 547
Mazedonien	13 552	80	13 472	8 509	66	8 443	5 043	14	5 029
Russische Föderation	33 233	3 211	30 022	14 810	2 212	12 598	18 423	999	17 424
Schweiz	17 923	11 849	6 074	26 957	21 435	5 522	- 9 034	- 9 586	552
Serbien	28 093	244	27 849	21 163	237	20 926	6 930	7	6 923
Türkei	26 390	3 660	22 730	33 644	6 162	27 482	- 7 254	- 2 502	- 4 752
Ukraine	7 972	589	7 383	4 036	353	3 683	3 936	236	3 700
Übriges Europa	19 560	1 852	17 708	11 503	2 303	9 200	8 057	- 451	8 508
Außereuropa	279 063	42 844	236 219	174 926	48 329	126 597	104 137	- 5 485	109 622
Afrika	53 393	5 620	47 773	23 591	5 271	18 320	29 802	349	29 453
Amerika	63 905	18 150	45 755	58 414	22 226	36 188	5 491	- 4 076	9 567
Brasilien	9 383	1 532	7 851	7 490	1 641	5 849	1 893	- 109	2 002
Kanada	5 359	1 882	3 477	5 397	2 604	2 793	- 38	- 722	684
Vereinigte Staaten	31 418	10 045	21 373	32 354	13 532	18 822	- 936	- 3 487	2 551
Übriges Amerika	17 745	4 691	13 054	13 173	4 449	8 724	4 572	242	4 330
Asien	154 421	15 590	138 831	85 524	16 276	69 248	68 897	- 686	69 583
Afghanistan	8 951	235	8 716	1 944	213	1 731	7 007	22	6 985
China ¹⁾	23 041	2 662	20 379	16 009	2 802	13 207	7 032	- 140	7 172
Indien	18 707	914	17 793	12 296	824	11 472	6 411	90	6 321
Irak	5 786	787	4 999	4 231	1 373	2 858	1 555	- 586	2 141
Übriges Asien	97 936	10 992	86 944	51 044	11 064	39 980	46 892	- 72	46 964
Australien und Ozeanien	7 344	3 484	3 860	7 397	4 556	2 841	- 53	- 1 072	1 019
Übrige und ohne Angabe	6 051	1 364	4 687	7 182	2 332	4 850	- 1 131	- 968	- 163

1 Ohne Taiwan.

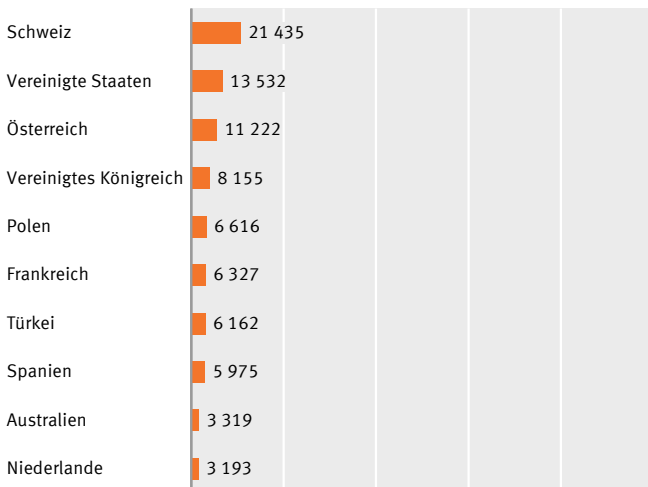
2.4 Wanderungen

2.4.5 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen und Geschlecht 2013

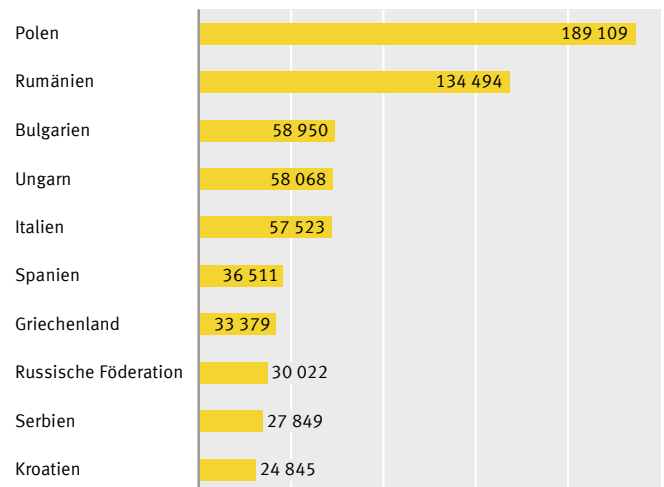
	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Anzahl									
Insgesamt	1 226 493	118 425	1 108 068	797 886	140 282	657 604	428 607	- 21 857	450 464
Männlich	738 740	65 294	673 446	498 936	74 942	423 994	239 804	- 9 648	249 452
Weiblich	487 753	53 131	434 622	298 950	65 340	233 610	188 803	- 12 209	201 012
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	163 216	27 192	136 024	75 909	26 778	49 131	87 307	414	86 893
18 - 25	266 116	14 236	251 880	141 985	14 465	127 520	124 131	- 229	124 360
25 - 30	207 902	13 735	194 167	131 607	21 271	110 336	76 295	- 7 536	83 831
30 - 50	461 620	41 136	420 484	330 247	52 601	277 646	131 373	- 11 465	142 838
50 - 65	107 631	15 983	91 648	90 504	16 917	73 587	17 127	- 934	18 061
65 und mehr	20 008	6 143	13 865	27 634	8 250	19 384	- 7 626	- 2 107	- 5 519
je 1 000 Einwohner/-innen ¹									
Insgesamt	15,2	1,6	162,3	9,9	1,9	96,3	5,3	- 0,3	66,0
Männlich	18,7	1,8	194,2	12,6	2,1	122,3	6,1	- 0,3	72,0
Weiblich	11,8	1,4	129,4	7,3	1,7	69,5	4,6	- 0,3	59,8
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	8,0	2,2	171,5	5,8	2,2	61,9	6,7	0,0	109,5
18 - 25	42,2	2,5	358,5	22,5	2,6	181,5	19,7	0,0	177,0
25 - 30	41,6	3,2	294,8	26,4	4,9	167,5	15,3	- 1,7	127,3
30 - 50	20,7	2,1	148,7	14,8	2,7	98,2	5,9	- 0,6	50,5
50 - 65	6,2	1,0	78,3	5,2	1,1	62,9	1,0	- 0,1	15,4
65 und mehr	1,2	0,4	20,6	1,6	0,5	28,8	- 0,5	- 0,1	- 8,2

1 Bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner/-innen der gleichen Altersgruppe bzw. des gleichen Geschlechts (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

Top 10-Zielländer der ausgewanderten Deutschen 2013



Top 10-Herkunftsländer der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer 2013



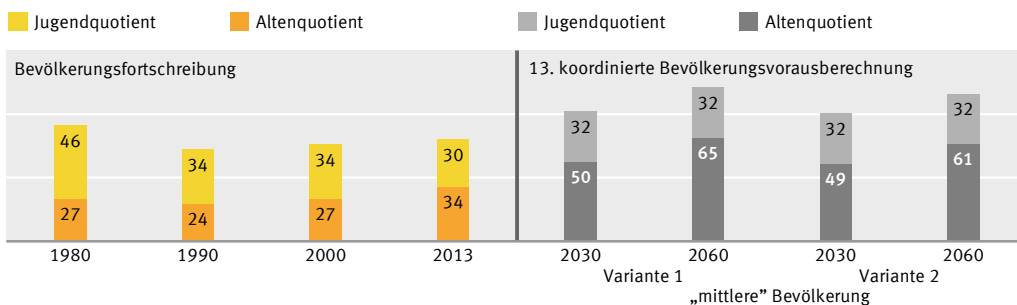
2.5 Bevölkerungsvorausberechnung – Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 65	65 – 80	80 und mehr
Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung ¹										
1 000										
2020	81 434	10 612	3 703	9 034	10 662	9 965	13 276	5 838	12 430	5 915
2030	79 230	10 244	3 597	7 747	9 304	10 669	9 742	6 132	15 579	6 215
2040	75 963	9 042	3 530	7 686	8 028	9 333	10 473	4 692	15 385	7 794
2050	71 902	8 373	3 056	7 283	7 972	8 076	9 191	5 214	12 940	9 798
2060	67 563	8 080	2 848	6 424	7 573	8 028	7 979	4 342	13 468	8 821
2013 = 100										
2020	100,8	99,7	91,6	93,0	110,3	80,6	107,1	114,6	99,5	135,5
2030	98,1	96,3	89,0	79,8	96,3	86,3	78,6	120,4	124,8	142,4
2040	94,1	85,0	87,3	79,2	83,1	75,5	84,5	92,1	123,2	178,6
2050	89,0	78,7	75,6	75,0	82,5	65,3	74,1	102,3	103,6	224,5
2060	83,7	75,9	70,5	66,2	78,4	64,9	64,4	85,2	107,9	202,1
Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung ¹										
1 000										
2020	81 953	10 685	3 726	9 208	10 787	10 040	13 314	5 845	12 433	5 915
2030	80 919	10 578	3 662	8 001	9 769	10 973	9 912	6 177	15 627	6 220
2040	78 906	9 584	3 688	8 053	8 572	9 976	10 868	4 810	15 540	7 815
2050	76 115	9 020	3 288	7 838	8 630	8 798	9 920	5 455	13 301	9 865
2060	73 079	8 882	3 107	7 092	8 419	8 864	8 787	4 745	14 191	8 990
2013 = 100										
2020	101,5	100,4	92,2	94,8	111,6	81,2	107,4	114,7	99,6	135,5
2030	100,2	99,4	90,6	82,4	101,1	88,7	79,9	121,2	125,2	142,5
2040	97,7	90,0	91,3	82,9	88,7	80,7	87,7	94,4	124,5	179,1
2050	94,2	84,7	81,4	80,7	89,3	71,1	80,0	107,1	106,5	226,0
2060	90,5	83,5	76,9	73,0	87,1	71,7	70,9	93,1	113,7	206,0

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

¹ Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,4 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 84,8 Jahre bzw. für neugeborene Mädchen 88,8 Jahre; jährlicher Wanderungssaldo 100 000 (Variante 1) bzw. 200 000 (Variante 2).

Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Der **Jugendquotient** gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an. Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus. Die Annahmen der Varianten beschreibt die Fußnote 1 der Tabelle 2.5.1.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

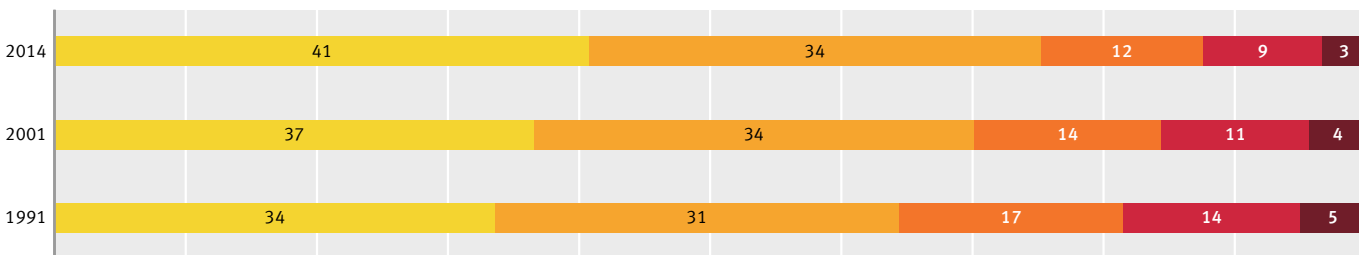
2.6.1 Privathaushalte nach Zahl der Personen, Ländern und Gemeindegrößenklassen

	Privathaushalte insgesamt		Einpersonenhaushalte	Mehrpersonen-	Haushaltsmitglieder	
	1 000	Veränderung gegen- über 1991 in %	% der Privathaushalte insgesamt		insgesamt	je Haushalt
			1 000	Anzahl		
April 1991	35 256	X	33,6	66,4	80 152	2,27
April 2001	38 456	9,1	36,6	63,4	82 575	2,15
2010	40 301	14,3	40,2	59,8	81 779	2,03
2011	39 509	12,1	40,2	59,8	80 211	2,03
2012	39 707	12,6	40,2	59,8	80 366	2,02
2013	39 933	13,3	40,5	59,5	80 508	2,02
2014	40 223	14,1	40,8	59,2	80 802	2,01
2014 nach Ländern						
Baden-Württemberg	5 073	15,7	38,8	61,2	10 687	2,11
Bayern	6 219	24,5	40,8	59,2	12 724	2,05
Berlin	1 966	12,1	54,0	46,0	3 443	1,75
Brandenburg	1 235	18,9	37,5	62,5	2 434	1,97
Bremen	360	5,7	49,4	50,6	658	1,83
Hamburg	977	12,6	51,5	48,5	1 762	1,80
Hessen	2 943	14,7	39,4	60,6	6 064	2,06
Mecklenburg-Vorpommern	829	11,6	40,4	59,6	1 593	1,92
Niedersachsen	3 829	18,1	40,2	59,8	7 784	2,03
Nordrhein-Westfalen	8 555	10,6	39,3	60,7	17 477	2,04
Rheinland-Pfalz	1 901	17,4	36,7	63,3	3 983	2,09
Saarland	492	- 0,1	40,5	59,5	978	1,99
Sachsen	2 157	5,3	43,0	57,0	4 035	1,87
Sachsen-Anhalt	1 160	- 2,9	40,4	59,6	2 204	1,90
Schleswig-Holstein	1 419	19,9	40,1	59,9	2 829	1,99
Thüringen	1 109	5,2	39,8	60,2	2 148	1,94
2014 nach Gemeindegrößenklassen						
von ... bis unter ... Einwohner/-innen						
unter 5 000	5 413	- 5,3	31,9	68,1	11 938	2,21
5 000 – 20 000	9 992	28,5	34,8	65,2	21 246	2,13
20 000 – 100 000	10 923	22,0	39,1	60,9	22 253	2,04
100 000 und mehr	13 895	8,5	49,9	50,1	25 365	1,83

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987

Privathaushalte nach Haushaltsgröße

in %



■ 1 Person ■ 2 Personen ■ 3 Personen ■ 4 Personen ■ 5 Personen und mehr

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

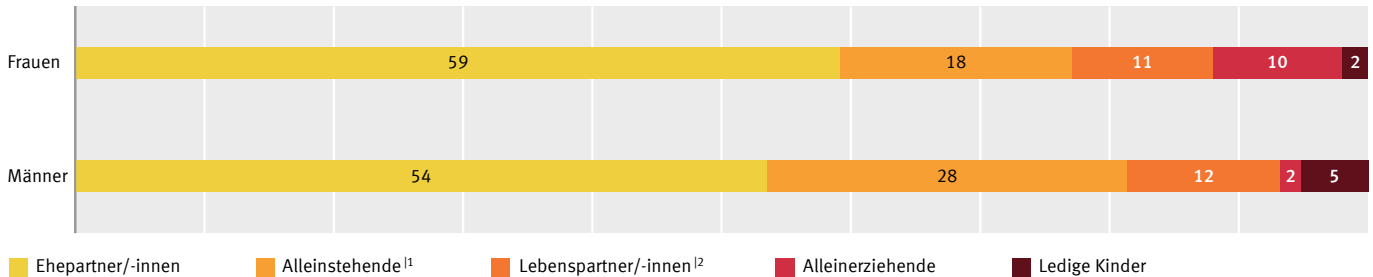
2.6.2 Privathaushalte nach Altersgruppen und Familienstand 2014

Alter von ... bis unter ... Jahren	Privathaushalte nach Familienstand						Darunter Einpersonenhaushalte nach Familienstand					
	insgesamt	ledig	verheiratet		geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend		geschieden	verwitwet
			zusammen- lebend	getrennt lebend								
1 000	% der Privathaushalte					1 000	% der Einpersonenhaushalte					
Insgesamt	40 223	29,8	42,8	3,5	11,7	12,3	16 412	49,2	5,7	18,4	26,6	
unter 25	1 908	95,7	3,3	0,7	0,3	–	1 310	99,3	0,5	/	–	
25 – 45	12 166	54,5	34,0	3,7	7,3	0,4	4 646	87,3	5,0	7,4	0,3	
45 – 65	14 813	19,1	52,7	4,6	18,8	4,8	4 813	43,3	10,0	36,5	10,2	
65 und mehr	11 335	6,2	45,9	2,1	9,0	36,8	5 642	11,3	3,9	16,3	68,5	
	Haupteinkommensperson männlich											
unter 25	1 002	95,4	4,1	/	/	–	668	99,4	/	/	–	
25 – 45	8 218	50,1	42,4	2,8	4,5	0,2	2 963	86,4	5,9	7,5	0,2	
45 – 65	10 183	17,8	64,0	3,7	12,9	1,5	2 616	51,8	11,2	33,6	3,4	
65 und mehr	6 579	4,9	74,4	2,1	5,9	12,7	1 456	19,6	8,1	21,7	50,5	
Zusammen	25 982	27,8	57,5	2,9	8,0	3,9	7 702	63,2	7,7	18,4	10,8	
	Haupteinkommensperson weiblich											
unter 25	906	96,1	2,5	0,9	/	–	642	99,2	/	/	–	
25 – 45	3 948	63,6	16,6	5,7	13,1	0,9	1 683	88,9	3,5	7,1	0,5	
45 – 65	4 630	22,0	27,7	6,6	31,7	12,0	2 198	33,1	8,6	40,1	18,2	
65 und mehr	4 757	7,9	6,4	2,2	13,4	70,1	4 187	8,5	2,4	14,4	74,8	
Zusammen	14 241	33,5	15,9	4,5	18,5	27,6	8 709	36,9	4,0	18,4	40,6	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

Frauen und Männer nach Lebensformen 2014

27- bis 59-jährige, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

1 In Einpersonens- und Mehrpersonenhaushalten.

2 In nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

2015 - 01 - 0115

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.3 Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

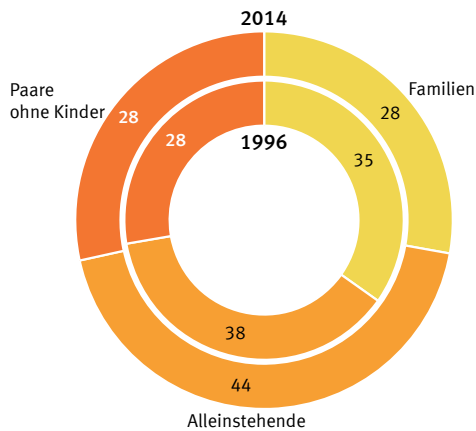
Der Begriff der Familie umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein-erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesem Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

	Familien insgesamt					Paare ohne Kinder insgesamt				Alleinstehende	
	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		insgesamt	darunter Frauen	
		gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften				gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften			
1 000	% der Familien insgesamt				1 000	% der Paare ohne Kinder insgesamt			1 000	%	
Deutschland											
April 1996	13 155	79,1	/	3,8	17,0	10 510	87,4	0,3	12,3	14 219	60,6
April 2001	12 672	76,2	/	5,2	18,6	11 244	86,3	0,4	13,3	14 995	58,1
2010	11 774	70,6	/	6,8	22,5	11 698	84,2	0,5	15,3	17 442	53,4
2011	11 614	69,5	/	7,4	23,1	11 440	83,6	0,5	15,9	17 074	54,1
2012	11 533	69,1	0,1	7,4	23,4	11 493	84,1	0,6	15,4	17 465	53,7
2013	11 470	68,7	0,1	7,9	23,4	11 608	83,6	0,6	15,8	17 648	53,4
2014	11 434	68,1	0,1	8,1	23,7	11 685	83,0	0,7	16,3	17 971	53,0
Früheres Bundesgebiet¹											
April 1996	10 156	81,2	/	2,6	16,1	8 266	87,2	0,4	12,4	11 327	75,9
April 2001	9 953	78,8	/	3,7	17,4	8 855	86,3	0,3	13,4	11 679	60,3
2010	9 583	73,5	/	5,2	21,3	9 077	84,1	0,5	15,4	13 486	53,9
2011	9 481	72,4	/	5,5	22,0	8 899	83,5	0,5	16,0	13 242	54,5
2012	9 429	72,2	/	5,7	22,1	8 931	84,0	0,6	15,4	13 580	54,1
2013	9 377	71,9	0,1	6,0	22,1	9 046	83,5	0,6	15,9	13 734	53,8
2014	9 356	71,3	0,1	6,2	22,4	9 105	82,9	0,7	16,4	14 020	53,4
Neue Länder und Berlin											
April 1996	2 999	72,1	/	8,0	19,9	2 244	87,9	0,2	11,9	2 891	61,7
April 2001	2 719	66,6	/	10,4	23,0	2 388	86,4	0,4	13,2	3 316	57,4
2010	2 191	58,0	/	13,7	28,2	2 621	84,8	0,4	14,8	3 956	51,8
2011	2 133	56,3	/	15,4	28,2	2 541	84,1	0,5	15,5	3 832	52,7
2012	2 103	55,3	/	15,3	29,2	2 562	84,2	0,5	15,3	3 886	52,3
2013	2 093	54,3	/	16,6	29,0	2 562	83,8	0,5	15,7	3 914	52,2
2014	2 078	53,6	/	16,6	29,7	2 580	83,6	0,5	15,9	3 952	51,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende
 in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2015 - 01 - 0116

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.4 Eheschließungen

	Eheschließungen	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹
1950	750 452	11,0
1960	689 028	9,5
1970	575 233	7,4
1980	496 603	6,3
1990	516 388	6,5
2000	418 550	5,1
2010	382 047	4,7
2011	377 816	4,7
2012	387 423	4,8
2013	373 655	4,6
2013 nach Ländern		
Baden-Württemberg	48 426	4,6
Bayern	59 623	4,7
Berlin	12 963	3,8
Brandenburg	12 245	5,0
Bremen	2 619	4,0
Hamburg	6 746	3,9
Hessen	26 894	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	10 269	6,4
Niedersachsen	37 405	4,8
Nordrhein-Westfalen	79 895	4,5
Rheinland-Pfalz	19 223	4,8
Saarland	4 502	4,5
Sachsen	17 323	4,3
Sachsen-Anhalt	10 083	4,5
Schleswig-Holstein	15 861	5,6
Thüringen	9 578	4,4

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2.6.5 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende 2013				
	insgesamt	darunter Ausländer/ -innen	Familienstand vor der Eheschließung		
			ledig	verwitwet ¹	geschieden ²
Anzahl					
Männer					
Insgesamt	373 655	27 660	279 245	5 964	88 446
dar. Ausländer	27 660	X	21 960	228	5 472
unter 20	722	207	722	–	–
20 – 25	21 879	4 174	21 749	–	130
25 – 30	80 265	7 514	78 765	9	1 491
30 – 35	91 663	6 563	86 184	51	5 428
35 – 40	52 795	3 780	43 703	83	9 009
40 – 45	36 271	2 222	22 810	206	13 255
45 – 50	31 363	1 236	13 166	400	17 797
50 – 55	24 752	787	6 743	701	17 308
55 – 60	15 714	519	3 051	884	11 779
60 und mehr	18 231	658	2 352	3 630	12 249
Frauen					
Insgesamt	373 655	33 519	280 987	3 946	88 722
dar. Ausländerinnen ..	33 519	X	24 922	570	8 027
unter 20	3 812	889	3 810	1	1
20 – 25	44 956	6 509	44 358	3	595
25 – 30	105 295	8 897	101 215	49	4 031
30 – 35	84 450	7 094	74 751	154	9 545
35 – 40	40 528	4 113	28 947	212	11 369
40 – 45	26 704	2 432	12 578	388	13 738
45 – 50	26 772	1 517	8 060	570	18 142
50 – 55	21 023	1 043	4 233	776	16 014
55 – 60	10 772	596	1 884	613	8 275
60 und mehr	9 343	429	1 151	1 180	7 012

1 Einschl. Personen, deren frühere(r) Ehegatte/-gattin für tot erklärt worden ist.

2 Einschl. „Frühere Ehe aufgehoben“.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.6 Durchschnittliches Heiratsalter

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1985	29,8	26,6	56,9	38,9	26,7	24,1	48,3	35,6
1990	31,1	27,9	56,9	40,5	28,2	25,5	47,3	37,0
2000	35,0	31,2	60,8	44,4	31,9	28,4	50,2	40,8
2005	36,5	32,6	61,3	45,8	33,3	29,6	50,9	42,4
2010	37,3	33,2	62,6	48,0	34,1	30,3	52,9	44,7
2012	37,7	33,5	63,3	48,9	34,6	30,7	53,9	45,6
2013	37,8	33,6	63,8	49,3	34,7	30,9	54,4	46,0

2.6.7 Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder 2012

Geburtsjahrgänge (im Jahr 2012 erreichtes Alter von ... bis ... Jahren)	Frauen ohne Kind	Mütter	Mütter nach Zahl der Kinder			
			1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder
			%			
1988 – 1992 (20 – 24)	91	9	80	17	/	/
1983 – 1987 (25 – 29)	71	29	63	29	6	2
1978 – 1982 (30 – 34)	44	56	48	39	10	3
1973 – 1977 (35 – 39)	27	73	35	47	13	5
1968 – 1972 (40 – 44)	22	78	32	47	15	6
1963 – 1967 (45 – 49)	20	80	31	48	15	6
1958 – 1962 (50 – 54)	18	82	29	49	16	6
1953 – 1957 (55 – 59)	16	84	30	48	15	6
1948 – 1952 (60 – 64)	14	86	32	47	15	6
1943 – 1947 (65 – 69)	12	88	30	46	16	7
1937 – 1942 (70 – 75)	11	89	26	42	20	12

Ergebnisse des Mikrozensus, Hochrechnung auf Grundlage des Zensus 2011. – Bevölkerung am Hauptwohnsitz. – Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

2.6.8 Gerichtliche Ehelösungen

Gerichtliche Ehelösungen umfassen Ehescheidungen und Fälle, bei denen die Ehe aufgehoben wurde.

Die Nichtigkeit der Ehe bezeichnet die Ungültigkeit einer Eheschließung. Wird eine Ehe für nichtig erklärt, ist in der Folge so zu verfahren, als ob diese Ehe niemals bestanden hätte.

Die Aufhebung der Ehe bezeichnet die gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung.

	Rechtskräftige Urteile auf Ehelösungen								Nichtigkeit der Ehe ¹⁷	Aufhebung der Ehe	Abweisung der Klage
	insgesamt	Ehescheidungen									
		zusammen	je 1 000		davon Entscheidung in der Ehesache						
			Einwohner/ -innen ¹¹	bestehende Ehen ¹²	nach BGB: Scheidung ...			aufgrund anderer Vorschriften ¹⁶			
					vor einjähriger Trennung ¹³	nach einjähriger Trennung ¹⁴	nach dreijähriger Trennung ¹⁵				
1998	192 954	192 416	2,4	10,2	2 976	171 133	17 358	949	50	488	289
1999	190 760	190 590	2,3	9,9	2 916	168 641	18 112	921	X	170	267
2000	194 630	194 408	2,4	10,1	3 527	171 668	18 316	897	X	222	254
2002	204 606	204 214	2,5	10,8	3 072	182 225	17 889	1 028	X	392	286
2003	214 274	213 975	2,6	11,4	3 950	186 618	22 169	1 238	X	299	322
2004	214 062	213 691	2,6	11,5	4 260	184 004	24 402	1 025	X	371	309
2005	202 072	201 693	2,5	10,9	4 013	172 308	24 320	1 052	X	379	323
2006	191 209	190 928	2,3	10,4	3 311	161 543	25 055	1 019	X	281	393
2007	187 321	187 072	2,3	10,3	2 971	157 537	25 556	1 008	X	249	350
2008	192 148	191 948	2,3	10,6	3 054	162 450	25 160	1 284	X	200	393
2009 ¹⁸	186 039	185 817	2,3	10,4	3 265	153 830	27 536	1 186	X	222	307
2010	187 248	187 027	2,3	10,6	3 093	151 108	31 589	1 237	X	221	338
2011	187 900	187 640	2,3	...	2 600	153 688	29 922	1 430	X	260	315
2012	179 348	179 147	2,2	9,8	2 314	147 910	27 664	1 259	X	201	300
2013	170 033	169 833	2,1	...	1 904	141 201	26 072	656	X	200	302

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

2 Jeweils bezogen auf die verheirateten Frauen am Jahresanfang.

3 § 1565 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 1565 Abs. 2 BGB.

4 § 1565 Abs. 1 BGB.

5 § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB.

6 U. a. ausländische Vorschriften.

7 War bis 30.6.1998 im deutschen Rechtsbereich durch gerichtlichen Entscheid möglich, der vorherige Familienstand lebte wieder auf.

8 Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.9 Geschiedene Ehen nach Ehedauer, Antragstellung und Kinderzahl 2013

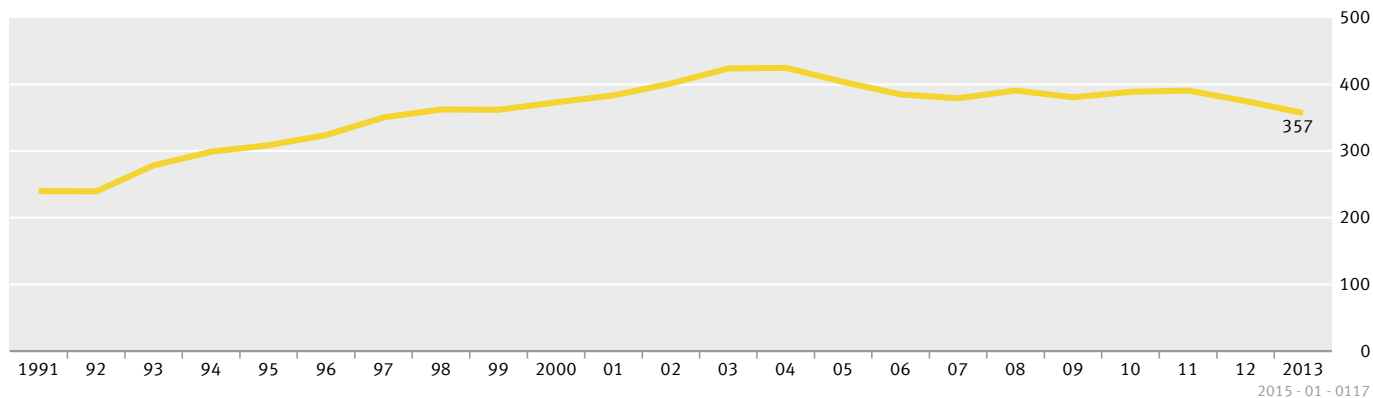
Ehedauer in Jahren ¹	Geschiedene Ehen					Davon			
	insgesamt	davon Antragsteller/-in			je 1 000 geschlossene Ehen	ohne	mit		
		Mann	Frau	beide			1	2	3 und mehr
minderjährige(n) Kind(er/n) ²									
Insgesamt	169 833	68 135	88 536	13 162	357,1 ³	84 989	44 637	31 845	8 362
0	41	17	22	2	0,1	35	5	0	1
1	1 177	440	635	102	3,0	975	164	33	5
2	5 633	2 127	3 110	396	14,9	4 172	1 140	273	48
3	7 313	2 778	4 027	508	19,1	4 832	1 919	489	73
4	6 697	2 497	3 648	552	17,7	4 042	2 016	552	87
5	8 577	3 225	4 701	651	22,7	4 805	2 617	983	172
6	8 851	3 290	4 905	656	24,0	4 575	2 828	1 216	232
7	8 482	3 290	4 595	597	22,7	4 027	2 731	1 459	265
8	8 052	3 080	4 318	654	20,7	3 614	2 543	1 584	311
9	7 939	3 088	4 265	586	20,0	3 282	2 383	1 881	393
10	7 246	2 775	3 922	549	18,9	2 889	2 136	1 834	387
11	6 783	2 625	3 615	543	17,3	2 408	2 020	1 874	481
12	6 321	2 468	3 388	465	16,2	2 114	1 794	1 886	527
13	6 158	2 459	3 169	530	14,7	1 908	1 744	1 958	548
14	5 954	2 336	3 147	471	13,8	1 713	1 733	1 941	567
15	5 455	2 240	2 757	458	13,1	1 490	1 537	1 859	569
16 bis 20	24 252	10 271	12 006	1 975	56,1	6 393	7 055	8 243	2 561
21 bis 25	20 631	8 718	10 318	1 595	41,8	10 721	5 970	3 034	906
26 und mehr	24 271	10 411	11 988	1 872	47,4	20 994	2 302	746	229
nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ⁴ ..	146 195	59 135	75 667	11 393	362,9	72 087	38 277	28 258	7 573
Neue Länder	23 638	9 000	12 869	1 769	325,2	12 902	6 360	3 587	789

1 Ermittelt als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2013: Ehedauer 0 = Eheschließung 2013, Ehedauer 1 = Eheschließung 2012 usw.
 2 Im Zeitpunkt der Urteilsverkündung.

3 Summe der 2013 geschiedenen Ehen, die eine Ehedauer von 0 bis 25 Jahren verzeichneten, bezogen auf jeweils 1 000 geschlossene Ehen gleicher Ehedauer.
 4 Einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2013 einen Wert von 357 bzw. 36 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2013 mehr als jede dritte Ehe im Laufe von 25 Jahren geschieden wurde.



2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.10 Ehescheidungen im Zeitvergleich

	Ehescheidungen		Durchschnittliches Alter Geschiedener ¹³		Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer
	je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴	je 1 000 bestehende Ehen ¹²	Männer	Frauen		
Deutschland						
1991	1,7	7,1	39,1	36,2	11,7	240,1
1993	1,9	8,0	39,2	36,3	11,6	278,4
1995	2,1	8,7	39,5	36,8	12,1	308,6
1997	2,3	9,9	40,1	37,4	12,4	350,4
1999	2,3	9,9	40,9	38,2	12,8	362,1
2001	2,4	10,3	41,4	38,7	12,9	383,6
2003	2,6	11,4	42,0	39,3	13,1	424,1
2005	2,5	10,9	43,0	40,3	13,6	403,7
2007	2,3	10,3	43,7	40,9	13,9	379,4
2009 ¹⁴	2,3	10,4	44,5	41,7	14,3	380,9
2011	2,3	...	45,1	42,2	14,5	391,0
2012	2,2	9,8	45,5	42,5	14,6	374,9
2013	2,1	...	45,7	42,8	14,7	357,1
Früheres Bundesgebiet¹⁵						
1991	2,0	8,3	39,3	36,4	11,9	302,3
1993	2,1	8,8	39,6	36,7	11,9	325,3
1995	2,2	9,2	39,8	37,0	12,2	340,5
1997	2,4	10,4	40,3	37,5	12,3	373,2
1999	2,4	10,2	41,0	38,2	12,5	375,6
2001	2,5	10,7	41,4	38,7	12,6	395,1
2003	2,7	11,8	41,9	39,2	12,8	436,1
2005	2,5	11,2	42,9	40,2	13,2	413,7
2007	2,3	10,6	43,6	40,8	13,6	389,5
2009 ¹⁴	2,3	10,7	44,4	41,6	14,0	389,9
2011	2,4	...	45,0	42,1	14,2	400,8
2012	2,3	10,1	45,4	42,4	14,4	382,8
2013	2,3	...	45,7	42,7	14,5	362,9
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁶						
1991	0,6	2,3	36,1	33,6	9,5	63,9
1993	1,2	4,8	36,1	33,5	9,9	140,7
1995	1,5	6,2	37,7	35,0	11,6	193,0
1997	1,9	7,8	39,2	36,6	13,0	257,1
1999	2,1	8,6	40,5	38,0	14,0	303,6
2001	2,1	8,9	41,5	39,0	14,7	331,8
2003	2,2	9,5	42,3	39,8	14,9	370,9
2005	2,1	9,1	43,4	40,9	15,6	355,8
2007	1,9	8,4	44,3	41,8	16,0	327,0
2009	2,0	8,6	45,1	42,5	16,1	334,8
2011	2,0	...	45,5	42,8	16,0	337,3
2012	1,9	8,5	45,8	43,1	16,0	332,5
2013	1,9	...	46,2	43,3	15,9	325,2

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2013 einen Wert von 357 bzw. 36 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2013 mehr als jede dritte Ehe im Laufe von 25 Jahren geschieden wurde.

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen (am Jahresanfang).

3 Bis 1981 nach Geburts-, ab 1982 nach Altersjahren.

4 Im Zusammenhang mit der vollständigen Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen zum 1.9.2009 im Zuge des FGG-Reformgesetzes und der Umstellung des Geschäftsstellenautomationssystems bei den meldenden Berichtsstellen ist in der Ehelösungsstatistik für das Jahr 2009 in Bayern von einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen auszugehen.

5 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

6 Ab 1995 ohne Berlin-Ost.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

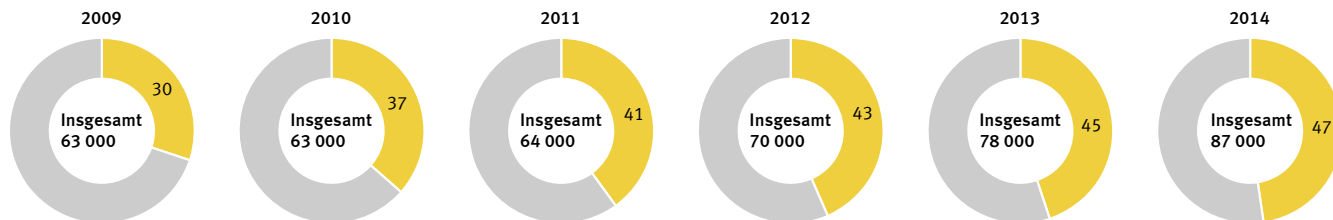
2.6.11 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften			Darunter eingetragene Lebenspartnerschaften		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1 000	%		1 000	%	
April 1996 ...	38	60,5	39,5	-	-	-
April 1998 ...	44	56,8	43,2	-	-	-
Mai 2000 ...	47	57,4	42,6	-	-	-
April 2002 ...	53	58,5	41,5	-	-	-
März 2004 ...	56	53,6	46,4	-	-	-
2006	62	62,9	37,1	12	66,7	33,3
2008	70	65,7	33,3	19	73,7	26,3
2010	63	57,1	42,9	23	56,5	43,5
2011	64	58,5	41,5	26	58,4	41,6
2012	70	56,7	43,3	30	55,5	44,5
2013	78	54,3	45,7	35	56,7	43,3
2014	87	54,7	45,3	41	57,9	42,1

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner/einer Lebenspartnerin im Haushalt ist freiwillig. Die Angaben dürften daher als untere Grenze interpretiert werden. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

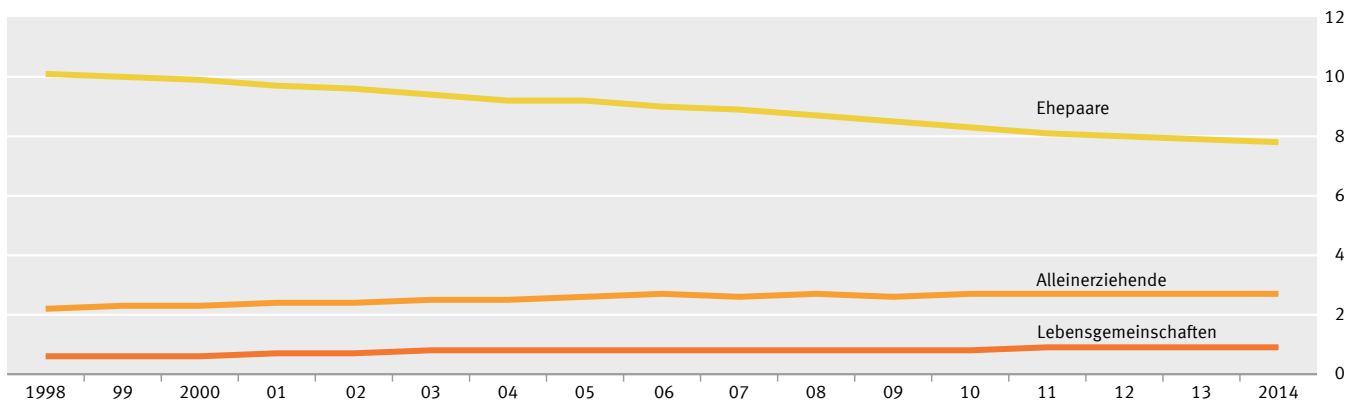
Anteil an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Familienformen

in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2015 - 01 - 0118

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.12 Familien nach Familienform und Zahl der Kinder in der Familie

	Familien mit ... Kind(ern) ohne Altersbegrenzung						Darunter Familien mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren					Minderjährige Kinder		
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	1	2	3	4 und mehr	zusammen	1	2	3	4 und mehr	1 000	je Familie	
			% der Familien insgesamt						% der Familien mit minderjährigen Kindern					
	1 000	%							1 000					
April 1996														
Insgesamt	13 155	-	50,6	37,1	9,4	2,9	9 429	40,0	44,0	12,2	3,8	15 604	1,65	
davon:														
Ehepaare	10 408	-	45,8	40,5	10,6	3,2	7 673	35,4	47,0	13,4	4,2	13 096	1,71	
Lebensgemeinschaften ..	511	-	65,8	26,0	6,1	2,2	452	63,3	27,7	6,6	2,4	650	1,44	
Alleinerziehende	2 236	-	69,6	23,9	5,0	1,5	1 304	58,5	31,6	7,4	2,4	1 859	1,43	
2014														
Insgesamt	11 434	- 13,1	52,6	35,8	9,1	2,5	8 061	52,9	36,3	8,6	2,1	12 955	1,61	
davon:														
Ehepaare	7 785	- 25,2	45,3	40,8	11,0	3,0	5 589	46,5	40,9	10,2	2,5	9 473	1,70	
Lebensgemeinschaften ..	938	83,5	65,2	27,6	5,5	1,6	833	66,7	26,9	4,9	1,5	1 180	1,42	
Alleinerziehende	2 712	21,3	69,3	24,3	5,0	1,4	1 639	68,0	25,5	5,1	1,4	2 302	1,40	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

2.6.13 Minderjährige Kinder nach Familienform

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	2014	2001	2014	2001	2014	2001
1 000						
Insgesamt	12 955	15 090	10 664	12 271	2 291	2 819
davon:						
Ehepaare	9 473	12 153	8 215	10 258	1 259	1 895
Lebensgemeinschaften ..	1 180	821	732	468	448	352
Alleinerziehende	2 302	2 116	1 717	1 544	584	572
%						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon:						
Ehepaare	73,1	80,5	77,0	83,6	54,9	67,2
Lebensgemeinschaften ..	9,1	5,4	6,9	3,8	19,5	12,5
Alleinerziehende	17,8	14,0	16,1	12,6	25,5	20,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

2.6.14 Familien mit minderjährigen Kindern 2014

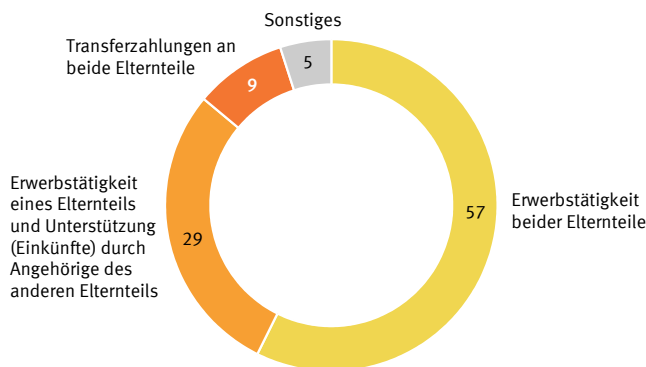
	Familien mit minderjährigen Kindern					
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
	1 000					
Insgesamt	8 061	5 608	2 453	100	100	100
1 Kind	3 427	2 521	906	42,5	45,0	36,9
2 Kinder	3 392	2 365	1 027	42,1	42,2	41,9
3 Kinder und mehr	1 242	722	520	15,4	12,9	21,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen
 2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.15 Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach Erwerbsbeteiligung der Eltern

	2014		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
	%		
Insgesamt	100	100	100
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	52,5	51,7	56,8
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	35,9	36,9	30,4
Kein Elternteil aktiv erwerbstätig	11,6	11,4	12,8
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	100	100	100
1 Elternteil vollzeittätig und 1 Elternteil teilzeittätig	74,2	79,2	50,5
Beide Elternteile vollzeittätig	22,6	17,8	45,9
Beide Elternteile teilzeittätig	3,1	3,0	3,6
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	100	100	100
Elternteil vollzeittätig	85,0	86,1	78,5
Elternteil teilzeittätig	15,0	13,9	21,5

Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 2014 in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt. Hochrechnung für die Jahre ab Mikrozensus 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Die Hochrechnung für die Vorjahre basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

Ergebnisse des Mikrozensus.

2015 - 01 - 0119

2.6.16 Kindertageseinrichtungen am 1.3.2014

	Tageseinrichtungen				Davon				Kinder in Tageseinrichtungen				Davon				Pädagogisches Personal (ohne Leitung und Verwaltung)				Davon			
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger				
	Anzahl	%				Anzahl	%				Anzahl	%				Anzahl	%							
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren																								
0 – 3	1 962	145,9	22,6	77,4	36 085	146,7	26,1	73,9	11 020	213,7	26,6	73,4												
2 – 8 (ohne Schulkinder)	18 279	- 27,9	31,9	68,1	896 893	- 34,8	33,5	66,5	136 616	- 13,7	32,5	67,5												
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 591	15,8	47,9	52,1	264 677	46,7	54,9	45,1	22 033	44,8	50,1	49,9												
mit Kindern aller Altersgruppen	29 583	52,3	32,8	67,2	2 087 471	47,9	35,1	64,9	332 942	93,0	33,8	66,2												
davon Tageseinrichtungen mit:																								
Alterseinheitlichen Gruppen	10 396	94,4	36,9	63,1	813 539	74,5	37,2	62,8	121 878	135,0	36,2	63,8												
Altersgemischten Gruppen	5 901	13,1	29,9	70,1	283 013	6,7	38,5	61,5	49 207	32,2	36,1	63,9												
Alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	13 286	50,1	30,9	69,1	990 919	45,8	32,5	67,5	161 857	94,1	31,3	68,7												
Insgesamt	53 415	9,8	33,1	66,9	3 285 126	10,2	36,2	63,8	502 611	43,8	34,0	66,0												
darunter:																								
Tageseinrichtungen mit integrativer Betreuung	17 875	33,3	31,7	68,3	1 325 468	35,3	33,9	66,1	215 787	73,4	32,7	67,3												
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	262	- 24,3	7,6	92,4	7 704	- 43,1	6,7	93,3	3 515	- 8,8	5,4	94,6												
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	668	100	10,5	89,5	29 748	84,3	14,3	85,7	6 951	150,8	12,5	87,5												
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 349	7,7	-	100	137 318	11,7	-	100	25 955	31,8	-	100												

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.17 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1.3.2014

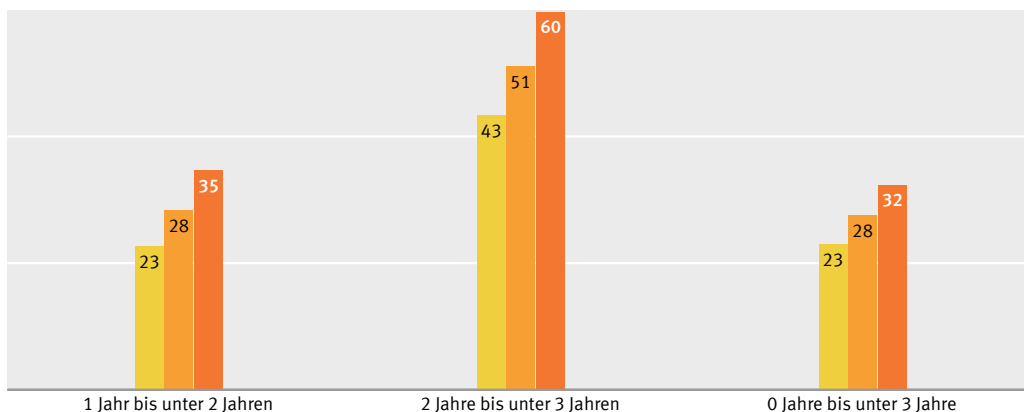
	Kinder unter 6 Jahren		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	0 – 3			3 – 6		
			zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹	zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland	2 607 422	15,5	660 750	32,3	17,5	1 946 672	93,5	41,7
Baden-Württemberg	343 263	8,9	76 295	27,8	9,8	266 968	94,8	19,8
Bayern	387 823	14,6	88 700	27,1	9,6	299 123	91,4	31,6
Berlin	138 372	26,1	46 984	46,0	30,8	91 388	94,2	61,0
Brandenburg	92 090	18,2	33 164	57,8	38,2	58 926	95,8	61,4
Bremen	19 057	23,7	4 447	26,9	15,4	14 610	90,2	32,7
Hamburg	65 260	40,1	21 939	43,0	21,8	43 321	90,2	42,8
Hessen	192 994	13,3	45 078	28,8	16,9	147 916	93,4	46,8
Mecklenburg-Vorpommern	59 856	14,8	21 562	56,1	40,6	38 294	95,1	65,9
Niedersachsen	238 063	18,0	52 830	27,9	10,4	185 233	93,5	24,3
Nordrhein-Westfalen	523 240	15,0	104 781	23,8	11,7	418 459	92,4	41,6
Rheinland-Pfalz	125 241	10,3	29 617	30,6	15,0	95 624	97,4	48,0
Saarland	26 290	4,5	5 646	27,0	19,4	20 644	96,1	42,6
Sachsen	152 807	23,8	52 297	49,9	41,0	100 510	95,7	79,3
Sachsen-Anhalt	79 568	6,9	29 677	58,3	47,0	49 891	95,0	80,4
Schleswig-Holstein	85 157	20,8	20 290	30,3	12,4	64 867	90,9	26,1
Thüringen	78 341	15,9	27 443	52,4	47,3	50 898	96,8	91,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

1 Anteil der durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe.

Betreuungsquoten von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung, in %

■ 2010 ■ 2012 ■ 2014



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2015 - 01 - 0120

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.18 Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Betreuungsumfang am 1.3.2014

	Kinder in Tagesbetreuung		Davon mit einer vertraglich vereinbarten Betreuungszeit in Stunden pro Woche von					Durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	bis zu 25 Stunden	mehr als 25 bis 35 Stunden	mehr als 36 bis unter 40 Stunden	mehr als 40 bis unter 45 Stunden	45 und mehr Stunden	
	Anzahl	%						
Insgesamt	3 411 853	12,1	21,7	36,5	2,5	10,8	28,5	41,3
und zwar:								
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils ...	856 440	23,8	17,9	41,7	2,5	10,7	27,3	39,5
In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.	538 014	19,2	17,1	43,7	2,2	9,9	27,1	38,1
	nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	19 277	10,5	26,6	24,2	2,8	14,2	32,2	53,6
1 – 2	236 906	154,1	19,5	24,9	2,7	15,8	37,1	58,5
2 – 3	404 567	93,1	19,1	30,3	2,8	13,4	34,4	51,4
3 – 6	1 946 672	0,5	14,6	39,6	2,8	11,5	31,5	44,6
6 – 11	785 049	2,5	40,2	36,1	1,6	6,1	16,0	23,3
11 – 14	19 382	-3,8	69,4	24,1	1,1	1,2	4,2	7,1

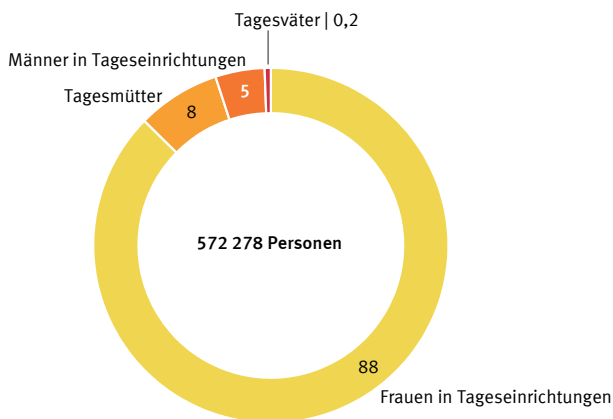
Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

2.6.19 Pädagogisch tätige Personen in der Kindertagesbetreuung am 1.3. 2014

	Pädagogisch tätige Personen			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	insgesamt	Männer	Frauen	unter 25	25 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr
	Anzahl	%						
In Kindertageseinrichtungen ...	527 418	4,9	95,1	12,5	34,8	25,2	23,8	3,7
darunter:								
Erzieher/-innen	354 976	3,6	96,4	7,3	35,2	27,6	26,2	3,7
Kinderpfleger/-innen	60 727	1,8	98,2	15,1	36,6	21,9	22,2	4,2
In öffentlich geförderter Kindertagespflege	44 860	3,0	97,0	1,6	31,3	31,1	27,0	8,9
darunter:								
Erzieher/-innen	5 807	1,4	98,6	2,0	36,2	27,6	27,2	7,1
Kinderpfleger/-innen	2 057	0,5	99,5	5,7	43,7	22,5	21,0	7,2

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

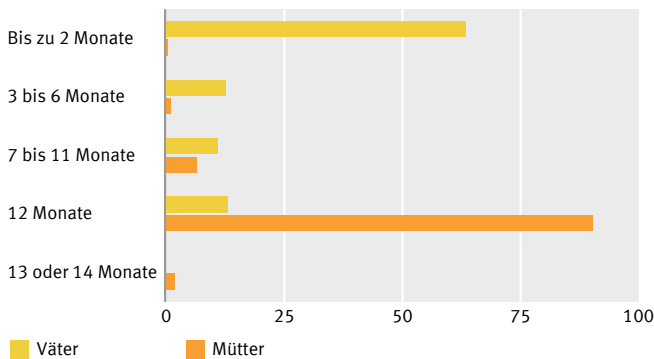
Pädagogisch tätige Personen in Kindertagesbetreuung 2014 in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. Stichtag: 1.3. – Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege.

Elterngeld nach voraussichtlicher Bezugsdauer 4. Quartal 2014 in %

Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten in Anspruch genommen werden. Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Anspruch auf zwei weitere Monatsbeträge ergeben sich über die Partnermonate. Alleinerziehende können allein bis zu 14 Monate Elterngeld erhalten.



Ergebnisse der Elterngeldstatistik.

2015 - 01 - 0121

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.20 Kindergeld

	Empfangsberechtigte ¹			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹						Ausgezählte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt ²	davon waren ... Kind(er)					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
	1 000	%		1 000	%					
2013	8 762	86,95	13,05	14 419	60,41	29,37	7,61	1,84	0,77	33 314
2014	8 826	86,22	13,78	14 533	60,38	29,36	7,63	1,86	0,77	33 472

Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.

1 Stand: Dezember.

2 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6.21 Elterngeld im 4. Quartal 2014

	Insgesamt		Davon		Höhe des durchschnittlichen monatlichen Anspruchs im Bezugszeitraum	
	Anzahl	%	Mütter	Väter	Mütter	Väter
			%		EUR	
Deutschland	816 782		88,0	12,0	737	1 133
Baden-Württemberg	102 116		87,0	13,0	768	1 252
Bayern	145 491		87,9	12,1	788	1 249
Berlin	36 893		84,4	15,6	737	984
Brandenburg	22 022		88,4	11,6	733	983
Bremen	6 667		88,4	11,6	672	985
Hamburg	21 609		86,6	13,4	840	1 204
Hessen	65 178		88,8	11,2	747	1 166
Mecklenburg-Vorpommern ...	15 443		90,7	9,3	668	938
Niedersachsen	75 616		88,6	11,4	705	1 111
Nordrhein-Westfalen	168 889		88,7	11,3	709	1 113
Rheinland-Pfalz	37 567		89,4	10,6	714	1 148
Saarland	7 754		91,4	8,6	710	1 137
Sachsen	40 976		85,9	14,1	714	971
Sachsen-Anhalt	17 641		87,5	12,5	666	964
Schleswig-Holstein	28 789		90,2	9,8	719	1 096
Thüringen	24 131		88,3	11,7	705	945

Ergebnisse der Elterngeldstatistik.

2.6.22 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2013

Am Jahresende 2013 waren 817 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt. Dem gegenüber standen 5 362 Adoptionsbewerbungen.

	Adoptierte Kinder und Jugendliche							
	insgesamt		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
			verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ¹	Deutsche/ Nichtdeutsche ¹
	Anzahl	%						
Insgesamt	3 793	100	3,0	58,8	38,2	89,3	2,8	8,0
im Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 1	183	4,8	0,2	3,6	1,1	4,6	0,1	0,1
1 – 3	1 133	29,9	0,7	5,7	23,4	28,3	0,3	1,3
3 – 6	563	14,8	0,3	6,3	8,2	13,2	0,5	1,1
6 – 12	1 023	27,0	0,8	22,3	3,8	23,8	0,8	2,3
12 und mehr	891	23,5	0,9	21,0	1,6	19,4	1,0	3,1
nach Staatsangehörigkeit								
Deutsche	3 132	82,6	1,8	51,3	29,5	77,9	1,3	3,3
Nichtdeutsche ¹	661	17,4	1,2	7,6	8,7	11,3	1,5	4,6
nach Geschlecht								
Männlich	1 907	50,3	1,2	29,1	20,0	45,1	1,3	3,8
Weiblich	1 886	49,7	1,8	29,8	18,2	44,2	1,4	4,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Staatenloser.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.23 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit 2013

	Adoptierte Kinder und Jugendliche			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Darunter mit den Adoptiv- eltern nicht verwandt
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	
Insgesamt	3 793	1 907	1 886	1 316	563	1 023	891	1 448
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	268	133	135	93	105	52	18	229
Europa	3 427	1 742	1 685	1 229	471	942	785	1 233
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	61	37	24	20	24	11	6	47
EU-Länder	3 254	1 650	1 604	1 203	442	909	700	1 187
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt ...	26	16	10	9	11	6	–	24
Deutschland	3 132	1 586	1 546	1 159	417	878	678	1 118
Bulgarien	33	18	15	22	7	2	2	31
Italien	5	4	1	2	–	2	1	1
Polen	34	16	18	6	7	13	8	12
Rumänien	20	7	13	6	4	2	8	10
Sonstige EU-Länder	30	19	11	8	7	12	3	15
Bosnien und Herzegowina	5	4	1	2	–	–	3	2
Russische Föderation	87	49	38	15	18	18	36	26
Serbien	4	3	1	–	–	1	3	–
Türkei	23	9	14	8	3	5	7	12
Ukraine	34	15	19	1	5	5	23	3
Sonstige europäische Länder	20	12	8	–	3	4	13	3
Afrika	94	47	47	42	23	15	14	68
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	63	36	27	34	19	7	3	57
Äthiopien	39	25	14	22	11	4	2	37
Kamerun	7	2	5	1	2	2	2	2
Sonstige afrikanische Länder	48	20	28	19	10	9	10	29
Amerika	103	39	64	33	35	18	17	77
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	73	30	43	29	33	10	1	72
Brasilien	6	2	4	2	1	1	2	1
Chile	3	1	2	–	1	–	2	1
Kolumbien	12	8	4	3	5	4	–	–
Peru	7	3	4	–	3	–	4	3
Vereinigte Staaten	6	3	3	1	1	2	2	2
Sonstige amerikanische Länder	69	22	47	27	24	11	7	70
Asien	165	78	87	10	34	47	74	68
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	70	30	40	9	29	24	8	52
Armenien	1	1	–	–	–	–	1	–
Indien	9	1	8	–	4	3	2	8
Philippinen	18	6	12	–	3	8	7	3
Sri Lanka	7	3	4	1	3	–	3	4
Thailand	65	36	29	6	18	20	21	37
Vietnam	6	2	4	–	–	2	4	2
Sonstige asiatische Länder	59	29	30	3	6	14	36	14
Sonstige	4	1	3	2	–	1	1	2
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	1	–	1	1	–	–	–	–

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2.7 Kirchen und Jüdische Gemeinden

2.7.1 Evangelische Kirche

	Kirchen- gemeinden	Theologen/ Theologinnen im aktiven Dienst	Kirchen- mitglieder	Äußerungen des kirchlichen Lebens						Gottesdienst- teilnehmende ¹³
				Taufen ¹	Konfirmierte	Trauungen	Bestattungen	Aufnahmen ²	Austritte	
				Anzahl	1 000	Anzahl				
2010	15 129	.	23 896	174 164	231 891	51 882	292 602	56 905	145 250	841
2011	15 007	.	23 620	174 196	238 487	48 398	283 101	53 303	141 497	852
2012	14 769	.	23 356	168 048	227 211	48 833	282 926	51 414	138 195	827
2013	14 412	.	23 040	165 058	218 691	45 249	287 667	50 116	176 551	764

1 Kindertaufen ohne Taufen von Erwachsenen (Taufen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr).

2 Einschl. Übertritten, Wiederaufnahmen und Taufen von Erwachsenen.

3 Gottesdienste am Sonntag Invokavit einschl. Kindergottesdienste.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland

2.7.2 Katholische Kirche

	Pfarreien und sonstige Seel- sorgestellen	Katholiken ¹	Äußerungen des kirchlichen Lebens							Teilnehmer/ -innen am sonntäglichen Gottesdienst
			Taufen	Erst- kommunionen	Trauungen	Bestattungen	Eintritte	Wiederauf- nahmen	Austritte	
			Anzahl	1 000	Anzahl				1 000 ²	
2010	11 524	24 651	170 339	224 932	48 524	252 965	3 576	7 403	181 193	3 103
2011	11 398	24 473	169 599	210 608	46 021	247 762	3 217	7 163	126 488	3 011
2012	11 222	24 340	167 505	202 088	47 161	247 502	3 091	7 185	118 335	2 861
2013	11 085	24 171	164 664	191 169	43 728	252 344	3 062	6 980	178 805	2 603

1 Katholikenzahl nach Angaben der Pfarreien und Bistümer.

2 Durchschnittszahlen.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.3 Kirchensteuer und Kirchgeld

	Evangelische Kirche			Katholische Kirche		
	insgesamt	Kirchensteuern		insgesamt	Kirchensteuern	
		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld
	1 000 EUR					
2010	4 255 540	4 226 245	29 295	4 802 718	4 794 017	8 701
2011	4 379 657	4 350 281	29 376	4 924 611	4 917 887	6 724
2012	4 624 472	4 595 335	29 137	5 197 801	5 188 199	9 602
2013	4 842 390	4 812 714	29 676	5 460 209	5 450 133	10 075
2014	5 077 770	5 048 660	29 110	5 691 209	5 681 190	10 020

1 Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter.

Quellen: Evangelische Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.4 Jüdische Gemeinden

	Mitglieder	Gemeinden	Rabbiner/ -innen	Synagogen	Betsäle	Ritualbäder	Gemeinde- bibliotheken
2010	104 024	108	56	96	34	37	92
2011	102 797	108	67	98	32	36	99
2012	102 135	108	69	99	31	37	100
2013	101 338	108	70	99	31	38	100
2014	100 437	108	71	100	34	38	100

Quellen: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Zentralrat der Juden in Deutschland

Methodik

■ Bevölkerung

Zum ständigen Arbeitsprogramm der **Bevölkerungsstatistik** gehören die Bevölkerungsfortschreibung sowie die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge innerhalb und über die Grenzen Deutschlands). Des Weiteren umfasst die Bevölkerungsstatistik auch analytische Berechnungen, z. B. über Sterblichkeit, Ehedauer, Heirats-, Scheidungs- und Geburtenhäufigkeit sowie Bevölkerungsvorausberechnungen.

Bevölkerungsfortschreibung

Die **Bevölkerungsfortschreibung** weist die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Veränderungen nach. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG §5 Abs. 1). Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf Gemeindeebene geführt. Die Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählungen dienen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen. Die Bevölkerungszahlen werden anhand einer Bilanzierung der Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik fortgeschrieben. Ferner werden Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen, Gebietsänderungen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehescheidungen sowie ab 2011 der Begründung und der Aufhebung von Lebenspartnerschaften berücksichtigt. Die nachgewiesenen Bevölkerungszahlen gehen von den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aus.

Volkszählungen wurden im früheren Bundesgebiet 1950, 1956 (Gebäude- und Wohnungszählung), 1961, 1970 und 1987 durchgeführt. Auch in der ehemaligen DDR dienten die Ergebnisse von Volkszählungen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Diese Zählungen fanden hier 1950, 1964, 1970 und 1981 statt. Seit dem 3.10.1990 beruht die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf zum gleichen Stichtag. Die Ergebnisse des Zensus vom 9.5.2011, der die erste Zählung nach der Vereinigung Deutschlands darstellt, sind in den Fortschreibungszahlen ab dem 31.12.2011 berücksichtigt.

Erfasst wird die Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. – bei mehreren Wohnungen in Deutschland – am Ort der *Hauptwohnung*. Bis 1983 – vor Einführung neuer Meldegesetze in den Ländern – basierte die Bevölkerungsfortschreibung auf dem Konzept der *Wohnbevölkerung*. Die Wohnbevölkerung wurde berechnet, indem Personen mit mehreren Wohnungen der Gemeinde zugeordnet wurden, von der sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Seit 1984 zählen diese Personen zur Gemeinde der Hauptwohnung (siehe auch „*Glossar*“).

Die Ergebnisse dienen u. a. als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Insbesondere gilt dies für den Mikrozensus, einer jährlichen Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlgrad von 1 %.

Fläche

Die Flächenangaben beziehen sich auf die Landfläche Deutschlands bis zur sogenannten Küstenlinie – der Grenze zwischen Meer und Festland bei einem mittleren Wasserstand – einschließlich der Binnengewässer (ohne den Bodensee). Die Angaben beruhen auf Unterlagen der Vermessungs- bzw. Katasterämter. Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück. Die Gebietsänderungen werden von den Statistischen Ämtern der Länder monatlich zu einem Stichtag im Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys) eingepflegt. Danach werden die entsprechenden Ergebnisse für die Regionaleinheiten (Land, Regierungsbezirk, Region (nur in Baden-Württemberg), Kreis, Gemeindeverband, Gemeinde) der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt (www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung > Gemeindeverzeichnis (GV-ISys)).

Verwaltungsgliederung

Deutschland ist in 16 Länder, 19 Regierungsbezirke, 402 Kreise (davon 107 kreisfreie Städte und 295 Landkreise) und 11 116 Gemeinden regional gegliedert (Stand: 31.12.2014). Als Gemeinden zählen auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen (2 Gemeinden) und Hamburg sowie alle Städte (einschl. kreisfreie Städte) und bewohnten gemeindefreien Gebiete. Baden-Württemberg weist unterhalb der Regierungsbezirksebene die Ebene der „Regionen“ aus. Das sind die Gebiete der 12 Regionalverbände, die nach dem Regionalverbandsgesetz vom 26.7.1971 als Körperschaften des öffentlichen Rechts als Träger der Regionalplanung gelten und bei der Landesplanung mitwirken. Die Tabelle in diesem Kapitel weist diese landesinterne Besonderheit nicht nach.

■ Geborene und Gestorbene

Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen – ebenso wie die Statistik der Eheschließungen – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Geburten und Sterbefälle von Personen, die nicht zur Bevölkerung Deutschlands gehören, werden hier nicht nachgewiesen.

■ Migration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht durch einen erweiterten Fragenkatalog seit 2005 Angaben zu **Personen mit Migrationshintergrund**. Hierbei handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte „ius soli-Kinder“) oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration.

Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist zu unterscheiden zwischen Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne und im weiteren Sinne. Personen mit *Migrationshintergrund im engeren Sinne* sind Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche, die im selben Haushalt mit einem Elternteil leben, der zugewandert ist oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde. Personen mit *Migrationshintergrund im weiteren Sinne* umfassen auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern im selben Haushalt leben. Diese Unterscheidung ist erforderlich, da nur für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne für jedes Berichtsjahr Daten vorliegen. Bei der anderen Personengruppe ist ein Nachweis nur im Vierjahresrhythmus möglich. Dies hängt damit zusammen, dass nur alle vier Jahre Angaben zum Migrationsstatus der Eltern erhoben werden, die nicht im selben Haushalt leben. Für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne werden in jedem Jahr vergleichbare Daten vorliegen. Dies ermöglicht eine verzerrungsfreie Analyse der Änderungen im Zeitablauf. Die zweite Abgrenzung (Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne) schließt zusätzlich die „Menschen mit nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus“ ein. Deren Migrationshintergrund wird nur mit den Daten von 2005, 2009 und 2013 definierbar.

Der Migrationsstatus einer Person wird aus seinen persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen seiner Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Ausländische Bevölkerung

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31.12. eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Daten melden die einzelnen Ausländerbehörden an das AZR. Ausgewiesen werden die Ausländerinnen und Ausländer, die am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässig sind, und zwar nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht. Die Zugänge in das Register schließen die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder mit ein. Die Abgänge aus dem Register enthalten u. a. die Sterbefälle ausländischer Personen. Die Auswertungen des Zensus 2011 basieren auf der Bevölkerung zum Zensusstichtag 9.5.2011. Zur ausländischen Bevölkerung Deutschlands zählen hier alle Bewohnerinnen und Bewohner, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer Vertretungen sowie deren Familienangehörige werden nicht erfasst.

Einbürgerungen

Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer **Bundesstatistik über die Einbürgerungen** ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) vom 15.7.1999, das am 1.1.2000 in Kraft getreten ist. Diese Bundesstatistik bezieht sich auf eingebürgerte ausländische Personen. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Wanderungen

Die **Wanderungsstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt die Zu- und Fortzüge bei einem Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung über Gemeindegrenzen. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (§ 4 BevStatG). Erhebungseinheit ist der Wanderungsfall, d. h. der Zu- oder Fortzug über die Gemeindegrenzen. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Bezug bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung und umgekehrt. Grundlage der Wanderungsstatistik sind die An- und Abmeldescheine, die nach dem Melderecht bei einem Wohnungswechsel in der Meldebehörde auszufüllen sind. Anschließend übermitteln die Meldebehörden diese an die Statistischen Ämter der Länder (Sekundärstatistik). Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die der Meldepflicht nicht unterliegen (Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und diplomatischen Vertretungen sowie deren Familienangehörige). An- und Abmeldungen von Amts wegen werden, sofern statistisch relevant, berücksichtigt.

Die Wanderungsstatistik weist die *Wanderungsfälle*, nicht die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr etwas größer sein als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen kann.

Die *Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland* beziehen sich bis 1990 auf die Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets – ohne die Wanderungen mit der ehemaligen DDR. Ab 1991 beziehen sie sich auf die Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Das *Herkunfts- bzw. Zielgebiet* bezeichnet das Gebiet, in dem eine Person unmittelbar vor ihrem Zuzug nach Deutschland gewohnt hat bzw. wo sie von Deutschland aus fortgezogen ist.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die 13. koordinierte **Bevölkerungsvorausberechnung** basiert auf der fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31.12.2013. Sie stellt Ergebnisse bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. In dieser Berechnung wurden unterschiedliche Annahmen vorgenommen: zur künftigen Entwicklung der Geburten (Fertilität), der Lebenserwartung (Mortalität) sowie des Wanderungssaldos über die Grenze Deutschlands (Migration). Tabelle 2.5.1 zeigt wesentliche Ergebnisse zweier Varianten dieser Berechnung. Die ausführlichen Ergebnisse dieser Varianten und auch der weiteren gerechneten Varianten finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung.

Familien, Kinder und Lebensformen

Die Angaben über **Haushalte und Familien** basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Das Mikrozensusgesetz 2005 stellte den Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche um. Die Ergebnisse ab 2005 liefern somit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres. Die methodischen Änderungen, die durch die gleitende Berichtswoche entstanden sind, haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte geführt, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien bzw. Lebensformen.

Die Statistik der **Eheschließungen** beruht – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamten und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Rechtliche Grundlage ist auch hier § 2 des Bevölkerungsstatistikgesetzes.

Für die Angaben zu **gerichtlichen Ehelösungen**, vor allem Ehescheidungen, werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen in Eheauflösungssachen ausgewertet, die die Familiengerichte seit In-Kraft-Treten des neuen Ehe- und Familienrechts am 1.7.1977 bei den Amtsgerichten abgeben müssen. Außerdem gilt die Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) vom 1.9.2009.

Kindertagesbetreuung

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie die Zahl der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe gilt in allen Erhebungen eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII). Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen fünf bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Methodik

Folgende Erhebungen werden in den amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken durchgeführt. Sie unterscheiden sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (ab 2015 alle zwei Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Angebote der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (ab 2014 alle zwei Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Alleinerziehende | Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartnerin bzw. -partner im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende | Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutsam ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person, die als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Person in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen kann. Alleinstehende können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, z. B. Onkel, Tante, Bruder, Schwester. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Altenquotient | Er drückt hier das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Ausländische Bevölkerung | Dazu zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländerinnen und Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes oder des Zensusgesetzes 2011. Sie werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Asylsuchende | Ausländerinnen und Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG beantragt haben und über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Bevölkerung | Zur Bevölkerung gehören alle Personen einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Melderechtsbestimmungen gemeldet sind bzw. gemeldet sein sollten. Personen, die mehrere Wohnungen in Deutschland haben, zählen zur Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung.

Bevölkerungsentwicklung | Damit wird zunächst die Veränderung des Bevölkerungsstandes zwischen dem Anfang und dem Ende eines Berichtszeitraums bezeichnet. Sie ergibt sich zum einen aus dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefällen) und dem Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegungen (Zu- und Fortzüge über die Gebietsgrenze hinweg). Darüber hinaus bezeichnet die Bevölkerungsentwicklung die langfristige Veränderung der Bevölkerungszahlen und -strukturen. Die Bevölkerungsentwicklung wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung abgebildet (siehe auch „Methodik“).

Bevölkerungsstand | Dieser umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Bevölkerung des ausgewiesenen Gebiets leben. Der Bevölkerungsstand wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt (siehe auch „Methodik“). Ferner wird die Zusammensetzung der Bevölkerung statistisch dargelegt.

Bevölkerungsvorausberechnung | Diese liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl und deren alters- und geschlechtsspezifische Struktur entwickeln würden, wenn die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Wanderungen eintreffen.

Ehelösungen (Scheidungen) | Hierzu zählt die Lösung der Ehe durch gerichtliches Urteil, also durch Ehescheidung oder Aufhebung der Ehe bzw. bis 30.6.1998 auch Nichtigkeit der Ehe (siehe Tabelle 2.6.8). Des Weiteren zählt dazu die Beendigung der Ehe durch Tod der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners (siehe Tabelle 2.2.10, Spalte „verheiratet“).

Eheschließungen | Hier werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Ausländerinnen und Ausländern. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den ausländischen Streitkräften gehören, die im früheren Bundesgebiet stationiert sind, bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehören und ihre Familienangehörigen. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. So wurden dort alle standesamtlichen Trauungen gezählt, bei denen mindestens ein Ehepartner seinen ständigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatte.

Eingetragene Lebenspartnerschaften | Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16.2.2001 ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Die Lebenspartner sind damit einander zur Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet.

Elterngeld | Es soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Familie | Abweichend von früheren Veröffentlichungen umfasst diese im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern bzw. Elternteile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben. Nicht zu den Familien zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Familienstand | Die Bevölkerungsfortschreibung weist bis 2011 als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet nach. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden in der Bevölkerungsfortschreibung unter dem Familienstand ledig dargestellt. Mit der Umstellung der Berechnung der Bevölkerungszahlen auf die Ergebnisse des Zensus 2011 können zusätzlich die drei Familienstände „in Lebenspartnerschaft lebend“, „Lebenspartnerschaft aufgehoben“ und „Lebenspartner verstorben“ nachgewiesen werden.

Geborene | Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen bzw. – seit 1.7.1998 – zwischen Kind miteinander verheirateter Eltern und Kind nicht miteinander verheirateter Eltern richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Kind miteinander verheirateter Eltern gilt ein Kind dann, wenn es nach Eingehen einer Ehe oder bis zu 300 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wurde. Zuvor hatten Kinder auch dann als ehelich gegolten, wenn sie bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod oder gerichtliches Urteil geboren worden waren.

Geburtenhäufigkeit | Die allgemeine Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

Gestorbene | Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Hauptwohnung | Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12.3.1994 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 11.3.1994 (BGBl. S. 529) ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung einer verheirateten Einwohnerin bzw. eines verheirateten Einwohners, die oder der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung einer minderjährigen Einwohnerin bzw. eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehung der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts | Ab 2005 ermittelt der Mikrozensus eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Dies ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt. Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, ist gleichzeitig Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts, wenn sie sich als selbstständige Landwirtin bzw. als selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit (Vollzeit) eingestuft hat oder wenn kein Haushaltsmitglied Angaben zum persönlichen monatlichen Nettoeinkommen gemacht hat.

Haushalt | Als (Privat-)Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammenwohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet (Mehrpersonenhaushalte). Des Weiteren umfasst der Begriff Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Eiںpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieterin bzw. -mieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt der Anstaltsleiterin bzw. des -leiters). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Familien bzw. Lebensformen leben (z. B. ein Ehepaar ohne Kinder sowie eine alleinerziehende Mutter mit Kindern). Mehrfach gezählt werden Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Hauptsitz und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen). Haushalte werden üblicherweise nicht nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden, da sie an jedem Wohnsitz Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen. Stehen ökonomische

Fragestellungen im Vordergrund (Einkommen und Verbrauch), betrachtet der Mikrozensus ausschließlich Haushalte am Hauptwohnsitz, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Die Zuordnung der Haushalte nach Haupt- und Nebenwohnsitz erfolgte im Mikrozensus bis einschließlich 2004 über den Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson. Ab 2005 ist die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts ausschlaggebend. Zu den Personen, die in Privathaushalten am Hauptwohnsitz (Nebenwohnsitz) leben, zählen entsprechend alle Haushaltsmitglieder mit Bezugsperson bzw. Haupteinkommensbezieherin oder Haupteinkommensbezieher des Haushalts am Ort der Hauptwohnung (Nebenwohnung). Insofern kann der persönliche Wohnsitz einzelner Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten vom Wohnsitz der Einheit „Haushalt“ abweichen.

Haushaltsnettoeinkommen | Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z. B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützung, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, muss das Haushaltsnettoeinkommen in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstufen. Ist die Haushaltsbezugsperson selbstständige Landwirtin bzw. selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit, sind keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens erforderlich.

Jugendquotient | Er gibt die unter 20-jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an.

Kinder | Das sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt. Sie leben mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Kindergeld | Darunter fallen die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den – ab 1996 wirksamen – Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 betrug es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kinder- und Jugendhilfe | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aechtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie für junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um beurteilen zu können, wie sich die Bestimmungen des SGB VIII auswirken, werden mehrere Bundesstatistiken durchgeführt (§§ 98ff. SGB VIII). Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dieses Kapitel bildet die Angaben zur Kindertagesbetreuung ab. Früher wurden in diesem Bereich vierjährlich Statistiken zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze erhoben (zuletzt 2002). An ihre Stelle traten neue Erhebungen: Zum 15.3.2006 wurden erstmals Daten

ermittelt zu den Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und – ab 2009 – „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken werden seitdem jährlich durchgeführt.

Kirchensteuer | Das Besteuerungsrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Reichsverfassung). Die Religionsgesellschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, sind danach berechtigt, nach landesrechtlichen Bestimmungen (Kirchensteuergesetze, Steuerordnungen) Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Kirchensteuer wird als Zuschlagsteuer in unterschiedlicher Höhe und nach unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen erhoben. Die finanziell größte Bedeutung hat die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer. Sie beträgt 9 % bzw. 8 % der Einkommen- bzw. Lohnsteuerschuld. Alternativ oder ergänzend kann die Kirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer und zu den Grundsteuer-Messbeträgen erhoben werden sowie als Kirchgeld nach besonderen Tarifen. Die Kircheneinkommen- und Kirchenlohnsteuer wird nach einheitlichem Verfahren als Diözesan- oder Landeskirchensteuer erhoben. Für die übrigen Zuschlagsteuern und für das Kirchgeld gelten unterschiedliche landesrechtliche Regelungen. Die Finanzämter führen die Kirchenlohnsteuer und die Kircheneinkommensteuer gegen Erstattung der Verwaltungskosten an die zuständigen Kirchensteuergläubiger ab. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle getauften Kirchenmitglieder, die im Bereich einer steuerberechtigten Kirche oder Religionsgesellschaft ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Im Kirchenlohnsteuerabzugsverfahren wird die von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber einbehaltene Kirchenlohnsteuer unmittelbar zusammen mit der Lohnsteuer an das Betriebsstätten-Finanzamt der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers abgeführt.

Lebendgeborene | Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes – unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta – Herztätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren.

Lebensformenkonzept | Seit 1996 stellt der Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin bzw. einem Lebenspartner im Haushalt. Die Beantwortung ist freiwillig. Bis 2004 richtete sich die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in der ersten Person?“ an alle Haushaltsmitglieder, die nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandt oder verschwägert waren. Der Mikrozensus 2005 stellte die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in einer Person dieses Haushalts?“ erstmals allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartnerin bzw. Ehepartner im Haushalt. Damit können ab 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden. Bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abzielte. Die Frage nach der Lebenspartnerschaft im Haushalt ist bewusst neutral formuliert und lässt das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Somit können auch gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebensgemeinschaft angeben. Dabei ist unerheblich, ob die Partnerschaft – nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 – als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Die seit 1996 erhobenen Informationen ermöglichen das sogenannte Lebensformenkonzept. Inhaltlich berücksichtigt es die traditionellen Lebensformen (Ehepaare) wie auch die „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen nach dem Lebensformenkonzept ist die Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften | Zu den nichtehelichen (gemischt-geschlechtlichen) oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zählt im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft, bei der zwei gemischt- oder gleichgeschlechtliche

Lebenspartner ohne Trauschein bzw. zwei gleichgeschlechtliche Partner mit Trauschein oder notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. Bis einschließlich 2005 war es unerheblich, ob die Partnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 als eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft registriert wurde. Ab 2006 erhebt der Mikrozensus auch eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe hierzu auch „Lebensformenkonzept“).

Migrationshintergrund | Bei Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften | siehe Lebensgemeinschaften.

Paare | Hierzu zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Dazu gehören Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paare ohne Kinder | Hierzu zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im befragten Haushalt. Neben noch kinderlosen und dauerhaft kinderlosen Paaren fallen darunter auch Paare, deren Kinder die Herkunftsfamilie bereits verlassen haben, etwa um einen eigenen Hausstand zu gründen. Ferner zählen zu den Paaren ohne Kinder auch solche Paare, deren Kinder noch im gemeinsamen Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Religionszugehörigkeit | Die Angaben beziehen sich nicht auf die religiöse Überzeugung, sondern auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Säuglingssterblichkeit | Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf die Lebendgeborenen eines gleich langen Berichtszeitraums, soweit möglich unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den Monaten, in denen die gestorbenen Säuglinge geboren sind.

Scheidungen | siehe Ehelösungen.

Scheidungshäufigkeit | Anzahl der Ehescheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. je 10 000 bestehende Ehen im Berichtsjahr. Die ehedauerspezifische Scheidungsziffer wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossener Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese erreichte 2013 einen Wert von 357 bzw. 36 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2013 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde. Zur Berechnung der Ziffer wird die durchschnittliche Bevölkerung herangezogen. Für 2011 wurde dazu der Zensusstichtag 9.5.2011 verwendet, ab 2012 die durchschnittliche Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

Scheidungsziffer | siehe Scheidungshäufigkeit.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige sowie deren Familienangehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ihre angestammte Heimat in den Staaten Ost- und Südosteuropas aufgegeben und ihren neuen Wohnsitz in Deutschland begründet haben.

Sterbetafel | Sie stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die in der Tabelle nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben. Die Allgemeine Sterbetafel 2010/2012 wurde auf Basis der Ergebnisse des Zensus vom 9.5.2011 berechnet. Erläuterungen zur Methode finden Sie unter www.destatis.de › *Zahlen und Fakten* › *Bevölkerung* › *Sterbefälle, Lebenserwartung*

Totgeborene | Hierzu zählen seit 1.4.1994 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt. Zuvor waren seit 1.7.1979 ein Mindestgewicht von 1 000 g erforderlich und davor mindestens 35 cm Körperlänge. Von der Standesbeamtin bzw. dem Standesbeamten nicht registriert werden Fehlgeburten (seit 1.4.1994 weniger als 500 g Geburtsgewicht). Sie bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung unberücksichtigt.

Wanderungen | Die Wanderungen ergeben sich aus der Gesamtheit der Wanderungsfälle, d.h. der Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen. Als Wanderungsfall gilt jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall (Änderung des Wohnungsstatus). Der Bezug einer Nebenwohnung bzw. der Auszug aus einer Nebenwohnung sowie Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge) gelten nicht als Wanderungen. Der Bezug einer Wohnung bzw. der Auszug aus einer Wohnung werden indirekt über die im Melderecht vorgeschriebenen An- und Abmeldungen bei den Meldebehörden ermittelt.

Wohnbevölkerung | Sie bildete bis Frühjahr 1983 die Grundlage für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft im früheren Bundesgebiet wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen. Bei Personen, die weder berufstätig noch in der Ausbildung waren, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Zensus 2011 | Im Jahr 2011 beteiligte sich Deutschland erstmalig an einer EU-weiten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung. Bei diesem Zensus wurden flächendeckend für ganz Deutschland demografische Basisdaten in der Form einer registergestützten Zählung mit ergänzender Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis erhoben. Im Gegensatz zu einer traditionellen Volkszählung mussten dementsprechend nicht mehr alle Bürgerinnen und Bürger befragt werden, vielmehr wurde – soweit möglich – auf Informationen bestehender Verwaltungsregister zurückgegriffen. Neben der Feststellung aktualisierter amtlicher Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Erfassung zentraler demografischer Strukturmerkmale für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wurde mit dem Zensus 2011 auch eine aktualisierte Grundlage für die laufende Fortschreibung der amtlichen Einwohnerzahl geschaffen. Bis zum nächsten Zensus (geplant für 2021), werden, auf der Grundlage der Basisdaten aus dem Zensus 2011, die Bevölkerungsbestände unter Berücksichtigung der seit dem Zählungstichtag (9.5.2011) beurkundeten Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Fortzüge bundesweit sämtlicher Gemeinden fortgeschrieben. Erste ausgewählte Ergebnisse wurden am 31.5.2013 publiziert, detailliertere Ergebnisse am 10.4.2014.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden. www.zensus2011.de bietet Ihnen alle Ergebnisse sowie umfangreiche Informationen zur Methodik des Zensus 2011.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Bevölkerung, Familien, Lebensformen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 12, Daten zu *Familien, Kinder* unter Code 22521, 22541, 22911 und 22922.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bevölkerung

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.3 Bevölkerungsfortschreibung

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10

Aufnahme des Merkmals „Geburtsstaat“ in die Daten der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik 2008

Heft 4/15

Die Ermittlung der Einwohnerzahlen und der demografischen Strukturen nach dem Zensus 2011

Broschüren

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2011)
Die Generation 65+ in Deutschland (Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2015)

■ Zensus 2011

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/09

Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011

Heft 4/11

Das Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011

Heft 8/11

Die Entwicklung des Fragebogens zur Haushaltsbefragung des Zensus 2011

Heft 6/12

Methoden der Mehrfachfallprüfung im Zensus 2011

Heft 10/12

Auswertung der Geburtsorte im Zensus 2011

Heft 11/12

Qualitätsaspekte des Anschriften- und Gebäuderegisters im Zensus 2011

Heft 11/12

Der Straßenthesaurus im Zensus 2011

Heft 11/12

Nutzung von Geoinformationssystemen im Anschriften- und Gebäuderegister für den Zensus 2011

Heft 12/12

Erhebung, Aufbereitung und Zusammenführung der Erwerbsregisterdaten im Zensus 2011

Heft 1/13

Der Referenzdatenbestand im Zensus 2011

Heft 3/13

Das Verfahren der Berufskodierung im Zensus 2011

Heft 7/13

GIS-gestützte Ermittlung der „EU-Orte“ im Rahmen des Zensus 2011 für die Datenlieferung an Eurostat

Statistik und Wissenschaft

Band 21

Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011 (2012)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Zensus Kompakt - Ergebnisse des Zensus 2011 (2014)
Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit (2013)

■ Geborene und Gestorbene

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Fachberichte

Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland 2012 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im November 2013)
Allgemeine Sterbetafel 2010/2012 – Methodische Erläuterungen und Ergebnisse (2015)

Mehr zum Thema

■ Geborene und Gestorbene

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/11 | Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit
- Heft 2/12 | Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde
- Heft 9/12 | Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen
- Heft 12/12 | Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen 2011
- Heft 2/13 | Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus

Broschüren

- | Geburten in Deutschland (2012)

STATmagazin

- | Von niedrigen Geburtenzahlen und fehlenden Müttern

■ Migration

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 2 | Ausländische Bevölkerung
- Reihe 2.1 | Einbürgerungen
- Reihe 2.2 | Bevölkerung mit Migrationshintergrund

■ Wanderungen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.2 | Wanderungen

Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/11 | Bevölkerungsentwicklung 2009

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Wirtschaft und Statistik

- Heft 1/10 | Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
- Heft 3/11 | Entwicklung der Privathaushalte bis 2030: Ende des ansteigenden Trends

■ Broschüren

- | Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2015)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Heft 1 | Demografischer Wandel in Deutschland
- Heft 2 | Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (2011)
- Heft 3 | Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Heft 4 | Auswirkungen auf Schülerzahlen und Kindertagesbetreuung (2009)
- Heft 4 | Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl (2009)

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.1 | Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 1.4 | Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen 2010 (Scheidungsstatistik)
- Reihe 3 | Haushalte und Familien

Mehr zum Thema

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachberichte

- Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland 2012 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im November 2013)
- Wie leben Kinder in Deutschland?, Ergebnisse des Mikrozensus 2010
- Alleinlebende in Deutschland?, Ergebnisse des Mikrozensus 2011
- Alleinerziehende in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2009
- Elterngeld regional: Geburten 2012
- Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2014

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/11 Ehescheidungen 2009
- Heft 11/13 Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung
- Heft 12/14 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

STATmagazin

- Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
- Paare in Deutschland: Gleich und gleich gesellt sich gern (2010)
- Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen 2012
- Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

■ Themenübergreifend

Broschüren

- Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen (2010)

Schriftenreihe

- Band 12 Regionale Standards, Ausgabe 2013



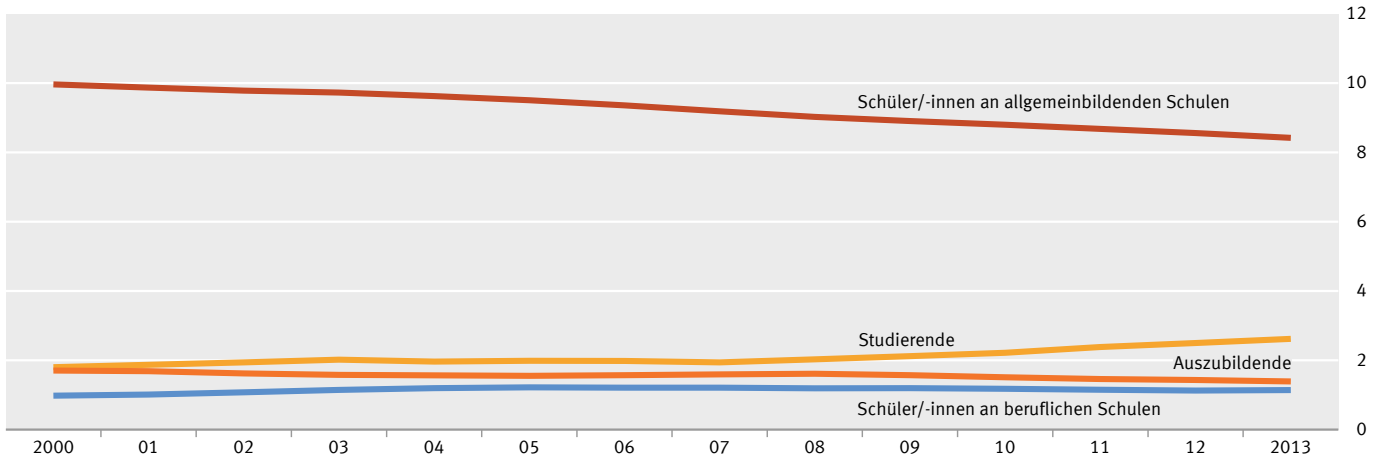
3 Bildung



Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in letzten zehn Jahren um **13 % zurückgegangen** | **Zwei von fünf** jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** haben **Abitur** | **Platz eins** der **Ausbildungsberufe** bei Männern belegte 2013 **Kfz-Mechatroniker**, bei Frauen **Medizinische Fachangestellte** | **Studienberechtigtenquote** sank auf **57 %** | **Jede fünfte Professur** übte eine **Frau** aus, bei **C4-Professuren** war es jede **neunte** | Knapp **7 %** des Bruttoinlandsproduktes waren **Bildungsausgaben**, knapp **3 %** flossen in **Forschung und Entwicklung**

Seite	
77	Auf einen Blick
	Tabellen
78	Bildungsstand der Bevölkerung Allgemeiner Schulabschluss Beruflicher Bildungsabschluss Nach Migrationshintergrund Schulbesuch nach Bildungsabschluss der Eltern
82	Integrierte Ausbildungsberichterstattung Nach ausbildungsrelevanten Sektoren und Ländern
83	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Schularten Nach Ländern Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler Abschlüsse
89	Auszubildende Nach Berufsgruppen Nach Ländern
91	Hochschulen Hochschularten Nach Ländern Studierende Studienanfängerinnen und -anfänger Fächergruppen Prüfungen Personal
96	Weiterbildung Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten Berufliche Weiterbildung Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prüfungen Volkshochschulen
98	Ausbildungsförderung Geförderte nach BAföG und AFBG Förderungsleistungen
99	Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben der Hochschulen Monetäre Kennzahlen
103	Forschungsausgaben und Forschungspersonal Nach durchführenden Bereichen Nach Sektoren Nach Ländern
106	Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen Anerkennungsverfahren Bearbeitete Anträge
108	Methodik
110	Glossar
113	Mehr zum Thema

Bildungsbeteiligung
in Mill.



Nationale Benchmarks 2006
Empfehlungen des Wissenschaftsrats, in %

● 2006 ● 2010 ● 2011 ● 2012 ● 2013 ● Benchmark

Studienberechtigtenquote (bereinigt) ^{1 12}



Studienanfängerquote bereinigt ^{1 13 14}



Absolventenquote ¹



- 1 Anteil der Studienberechtigten, Studienanfänger/-innen oder Absolventinnen/Absolventen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Jahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").
- 2 Bereinigte Studienberechtigte (ohne G8-Abgänger). Berlin: 2012 keine Trennung für G8 und G9 möglich.
- 3 Einschl. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.
- 4 Doppelter Abiturientenjahrgang in Hamburg (2010), Bayern und Niedersachsen (2011), Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen (2012) und Nordrhein-Westfalen (2013). 2013 in Hessen 1,5-facher Abiturientenjahrgang. Aussetzung der Wehrpflicht zum 1.7.2011. Für Berlin und Hessen keine Bereinigung möglich, da keine getrennten Schulabgängerzahlen für G8 und G9 vorliegen.

Benchmarks sind festgelegte Zielwerte, die in der Regel bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen.

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt also den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung.

Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs Studienanfängerin bzw. -anfänger ist, also im ersten Hochschulsemester steht. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen.

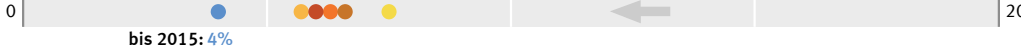
Bedingt durch die Umstellung der gymnasialen Schulausbildung von 13 auf 12 Jahre in einer Vielzahl von Bundesländern kommt es – zeitlich versetzt – zu sogenannten Doppelabiturientenjahrgängen, d.h. Abiturientenjahrgänge mit gleichzeitig Absolventen aus Klassenstufe 12 und 13 (G8-Effekt).

Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

Nationale Benchmarks 2008
Ziele des Dresdner Bildungsgipfels, in %

● 2008 ● 2010 ● 2011 ● 2012 ● 2013 ● Benchmark

Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss



Anteil ausbildungsfähiger junger Erwachsener ohne Berufsabschluss



3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.1 Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluss 2014

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon										
		noch in schulischer Ausbildung		mit allgemeinem Schulabschluss							ohne allgemeinen Schulabschluss ²	
				zusammen		davon						
	1 000	%	1 000	%	Hauptschul- abschluss	Abschluss der poly- technischen Oberschule	Realschul- abschluss	Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	1 000	%	
Insgesamt	70 321	2 589	3,7	64 916	92,3	36,6	7,5	24,5	31,1	0,3	2 554	3,6
15 – 25	8 501	2 552	30,0	5 694	67,0	19,4	–	36,6	43,8	0,2	243	2,9
25 – 35	10 061	28	0,3	9 686	96,3	19,5	–	32,4	47,9	0,2	326	3,2
35 – 45	10 284	/	/	9 831	95,6	23,7	6,6	30,2	39,2	0,3	431	4,2
45 – 55	13 243	/	/	12 718	96,0	28,6	13,9	26,2	31,1	0,3	495	3,7
55 – 65	10 880	/	/	10 458	96,1	39,5	15,5	19,2	25,6	0,2	397	3,6
65 und mehr	17 351	/	/	16 529	95,3	64,5	5,0	14,5	15,7	0,3	662	3,8
Männlich												
15 – 25	4 390	1 291	29,4	2 948	67,2	23,4	–	36,8	39,6	/	143	3,3
25 – 35	5 076	15	0,3	4 873	96,0	23,1	–	31,2	45,5	0,2	176	3,5
35 – 45	5 195	/	/	4 973	95,7	27,2	6,8	26,9	38,9	0,3	211	4,1
45 – 55	6 669	/	/	6 402	96,0	32,0	13,8	21,4	32,5	0,3	250	3,8
55 – 65	5 340	/	/	5 146	96,4	39,5	15,2	15,9	29,2	0,2	180	3,4
65 und mehr	7 553	/	/	7 239	95,8	59,6	5,1	12,1	22,9	0,3	266	3,5
Zusammen	34 222	1 309	3,8	31 581	92,3	36,6	7,5	22,2	33,4	0,2	1 226	3,6
Weiblich												
15 – 25	4 112	1 261	30,7	2 746	66,8	15,1	–	36,4	48,3	0,2	100	2,4
25 – 35	4 986	13	0,3	4 813	96,5	15,9	–	33,6	50,3	0,2	150	3,0
35 – 45	5 089	/	/	4 858	95,5	20,1	6,5	33,6	39,6	0,3	220	4,3
45 – 55	6 574	/	/	6 316	96,1	25,1	13,9	31,1	29,6	0,2	244	3,7
55 – 65	5 541	/	/	5 312	95,9	39,5	15,7	22,5	22,1	0,2	217	3,9
65 und mehr	9 798	/	/	9 289	94,8	68,2	5,0	16,3	10,2	0,3	397	4,0
Zusammen	36 099	1 280	3,5	33 335	92,3	36,5	7,5	26,8	29,0	0,3	1 328	3,7
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	12 822	773	6,0	10 396	81,1	36,1	0,8	25,8	37,0	0,4	1 607	12,5
15 – 25	2 185	759	34,7	1 322	60,5	26,2	–	34,2	39,3	/	98	4,5
25 – 35	2 528	10	0,4	2 314	91,5	27,1	–	25,5	47,1	0,3	192	7,6
35 – 45	2 665	/	/	2 346	88,0	34,9	0,6	27,6	36,5	0,4	308	11,5
45 – 55	2 186	/	/	1 862	85,2	37,3	1,5	27,1	33,7	0,4	315	14,4
55 – 65	1 660	/	/	1 380	83,1	44,2	1,8	22,4	31,3	0,4	275	16,6
65 und mehr	1 598	0	–	1 171	73,3	55,9	1,2	15,1	27,2	0,5	420	26,2
Männlich												
15 – 25	1 159	389	33,6	707	61,0	30,3	–	33,5	36,0	/	57	5,0
25 – 35	1 249	5	0,4	1 142	91,4	30,4	–	24,0	45,2	/	95	7,6
35 – 45	1 317	/	/	1 170	88,9	39,6	0,6	25,8	33,6	0,5	140	10,7
45 – 55	1 111	/	/	957	86,1	41,0	1,4	25,9	31,3	/	150	13,5
55 – 65	798	/	/	685	85,8	46,1	2,1	21,3	30,2	/	111	14,0
65 und mehr	766	0	–	581	75,8	55,0	1,1	13,2	30,1	/	182	23,8
Zusammen	6 400	396	6,2	5 242	81,9	39,1	0,8	24,5	35,2	0,4	736	11,5
Weiblich												
15 – 25	1 027	370	36,1	615	59,9	21,5	–	35,1	43,2	/	41	4,0
25 – 35	1 279	/	/	1 172	91,7	23,8	–	27,0	48,9	/	96	7,5
35 – 45	1 348	/	/	1 176	87,2	30,2	0,6	29,5	39,3	/	167	12,4
45 – 55	1 075	/	/	905	84,2	33,5	1,5	28,3	36,4	/	166	15,4
55 – 65	861	/	/	695	80,7	42,2	1,5	23,5	32,3	/	164	19,0
65 und mehr	832	0	–	591	71,0	56,8	1,3	17,1	24,3	/	237	28,5
Zusammen	6 422	377	5,9	5 154	80,2	32,9	0,7	27,1	38,8	0,4	871	13,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

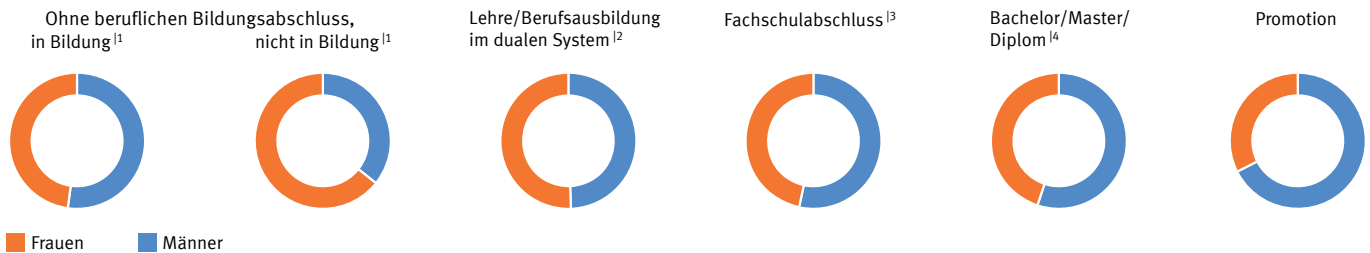
1 Einschl. 263 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Berufliche Bildungsabschlüsse nach Geschlecht 2014

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



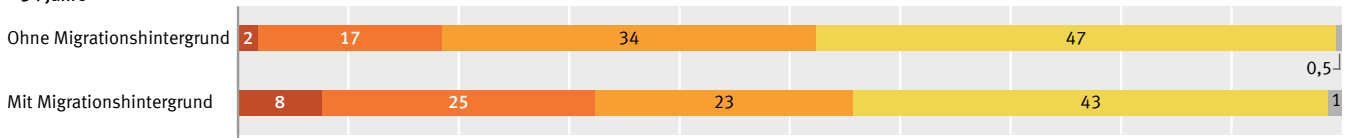
Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 0,5 % mit Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

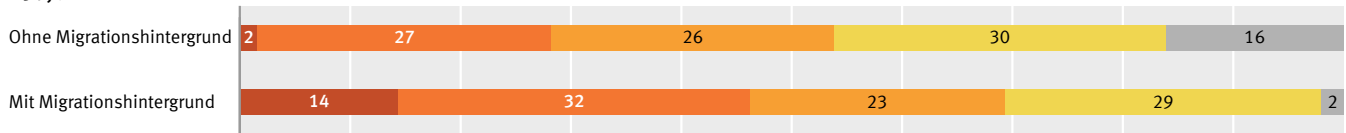
Bevölkerung nach Migrationshintergrund und allgemeinen Schulabschlüssen 2014

in %

25 – 34 Jahre

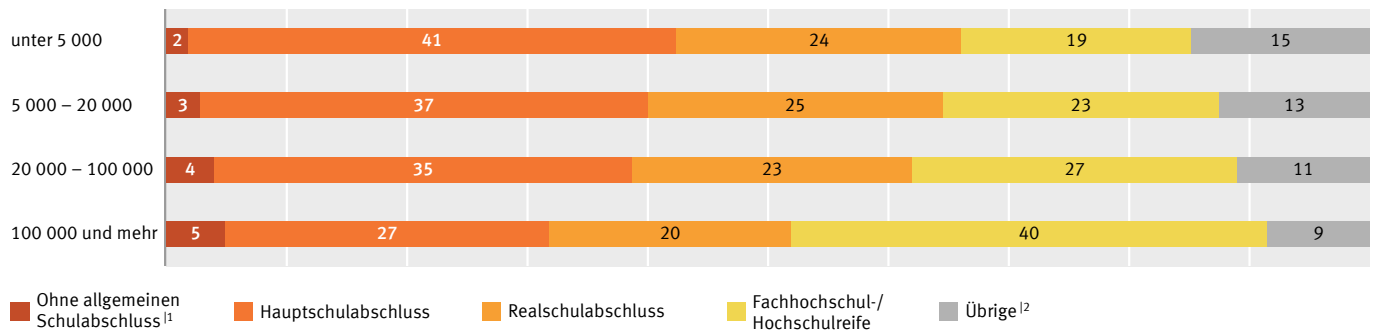


45 – 54 Jahre



Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen und allgemeinen Schulabschlüssen 2014

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

- 1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.
- 2 Einschl. Personen, die noch in schulischer Ausbildung sind, Personen mit Abschluss der polytechnischen Oberschule, Personen, die keine Angabe zur Art des allgemeinen Schulabschlusses gemacht haben sowie Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2015 - 01 - 0124

3 Bildung

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung
3.1.2 Bevölkerung nach beruflichem Bildungsabschluss 2014

Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insge- sam ¹		Davon								ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁶			
	zusammen ²		mit beruflichem Bildungsabschluss								zusammen		davon	
			Lehre/ Berufs- ausbildung im dualen System ³		Fach- schulab- schluss ¹⁴	Fach- schulab- schluss in der ehe- maligen DDR	Bachelor	Master	Diplom ¹⁵	Promotion				
	1 000	%									1 000	%		
Insgesamt ...	70 321	51 751	73,6	67,1	9,7	1,4	1,8	1,0	17,3	1,5	18 166	25,8	34,8	65,2
15 – 25	8 501	1 975	23,2	81,3	8,4	–	7,2	0,6	1,9	/	6 507	76,5	87,5	12,5
25 – 35	10 061	8 044	80,0	60,3	9,5	–	6,9	4,5	17,3	1,2	1 989	19,8	29,2	70,8
35 – 45	10 284	8 669	84,3	62,8	9,8	–	1,4	1,1	22,1	2,0	1 586	15,4	2,6	97,4
45 – 55	13 243	11 303	85,4	66,1	10,9	–	0,5	0,3	18,7	1,6	1 899	14,3	0,5	99,5
55 – 65	10 880	9 199	84,6	67,4	9,5	–	0,2	0,2	18,8	1,5	1 642	15,1	/	99,9
65 und mehr ..	17 351	12 561	72,4	72,6	8,9	–	0,1	0,1	14,0	1,5	4 543	26,2	/	100
Männlich														
15 – 25	4 390	1 016	23,1	87,8	4,3	–	5,6	0,5	1,2	–	3 362	76,6	87,4	12,6
25 – 35	5 076	4 011	79,0	63,3	8,2	–	6,9	4,6	15,5	1,2	1 050	20,7	32,2	67,8
35 – 45	5 195	4 416	85,0	62,2	10,0	–	1,5	1,3	22,2	2,3	765	14,7	2,8	97,2
45 – 55	6 669	5 805	87,1	63,7	12,1	–	0,4	0,3	20,4	2,0	842	12,6	/	99,6
55 – 65	5 340	4 732	88,6	63,9	10,9	–	0,3	0,2	21,1	2,1	586	11,0	/	99,9
65 und mehr ..	7 553	6 560	86,8	64,8	12,0	–	0,1	0,1	18,4	2,3	922	12,2	/	100
Zusammen ...	34 222	26 541	77,6	64,6	10,6	0,9	1,7	1,1	18,8	2,0	7 527	22,0	43,8	56,2
Weiblich														
15 – 25	4 112	959	23,3	74,4	12,8	–	9,0	0,7	2,6	/	3 145	76,5	87,6	12,4
25 – 35	4 986	4 033	80,9	57,4	10,9	–	6,8	4,4	19,1	1,2	940	18,8	25,9	74,1
35 – 45	5 089	4 253	83,6	63,4	9,7	–	1,4	1,0	22,0	1,6	822	16,1	2,4	97,6
45 – 55	6 574	5 497	83,6	68,7	9,6	–	0,5	0,3	17,0	1,1	1 057	16,1	0,5	99,5
55 – 65	5 541	4 467	80,6	71,1	8,0	–	0,2	0,1	16,4	0,9	1 055	19,0	/	99,9
65 und mehr ..	9 798	6 001	61,2	81,3	5,5	–	0,1	/	9,2	0,6	3 621	37,0	/	100
Zusammen ...	36 099	25 210	69,8	69,6	8,7	1,9	1,8	1,0	15,7	1,0	10 639	29,5	28,4	71,6
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund														
Insgesamt ...	12 822	6 798	53,0	63,4	7,7	0,2	4,2	3,0	19,6	1,7	5 959	46,5	28,7	71,3
15 – 25	2 185	344	15,8	80,3	5,4	–	9,3	/	3,1	–	1 832	83,9	82,6	17,4
25 – 35	2 528	1 612	63,8	56,9	6,5	–	9,2	7,6	17,8	1,6	900	35,6	19,3	80,7
35 – 45	2 665	1 692	63,5	63,6	7,3	–	3,3	2,7	20,7	1,9	960	36,0	1,9	98,1
45 – 55	2 186	1 315	60,2	64,8	9,0	–	2,0	1,3	21,0	1,4	860	39,3	/	99,5
55 – 65	1 660	1 010	60,9	65,3	8,5	–	1,3	0,9	21,9	1,5	644	38,8	/	99,9
65 und mehr ..	1 598	825	51,6	64,1	8,4	–	1,0	/	22,5	2,5	762	47,7	–	100
Männlich														
15 – 25	1 159	181	15,6	84,8	3,6	–	7,7	/	/	–	972	83,9	82,3	17,7
25 – 35	1 249	799	64,0	59,8	5,7	–	8,8	8,0	15,3	2,0	442	35,3	21,6	78,4
35 – 45	1 317	861	65,4	66,7	6,6	–	3,0	2,7	18,2	2,3	448	34,0	1,8	98,2
45 – 55	1 111	691	62,2	67,3	8,7	–	1,8	1,5	19,0	1,4	414	37,2	/	99,5
55 – 65	798	539	67,5	66,6	8,3	–	1,3	1,0	20,4	1,8	258	32,3	–	100
65 und mehr ..	766	472	61,6	62,7	9,0	–	/	/	22,5	3,5	289	37,7	–	100
Zusammen ...	6 400	3 543	55,4	65,6	7,2	0,1	3,8	3,0	17,8	2,0	2 822	44,1	32,1	67,9
Weiblich														
15 – 25	1 027	164	16,0	75,2	7,3	–	11,1	/	4,9	–	860	83,8	83,0	17,0
25 – 35	1 279	813	63,6	54,0	7,3	–	9,6	7,3	20,2	1,3	459	35,9	17,1	82,9
35 – 45	1 348	831	61,6	60,3	8,1	–	3,6	2,8	23,3	1,5	512	38,0	2,0	98,0
45 – 55	1 075	624	58,0	62,1	9,5	–	2,3	1,0	23,2	1,3	446	41,5	/	99,5
55 – 65	861	471	54,7	63,8	8,7	–	1,4	/	23,5	1,1	386	44,9	/	99,9
65 und mehr ..	832	353	42,4	65,9	7,6	–	/	/	22,4	/	473	56,9	–	100
Zusammen ...	6 422	3 255	50,7	60,9	8,1	0,2	4,7	3,0	21,5	1,3	3 137	48,8	25,7	74,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. 403 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

2 Einschl. 161 000 Personen, die keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 374 000 Personen mit Anlernausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.

5 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

3.2 Schulbesuch nach allgemeinem Schulabschluss der Eltern 2014

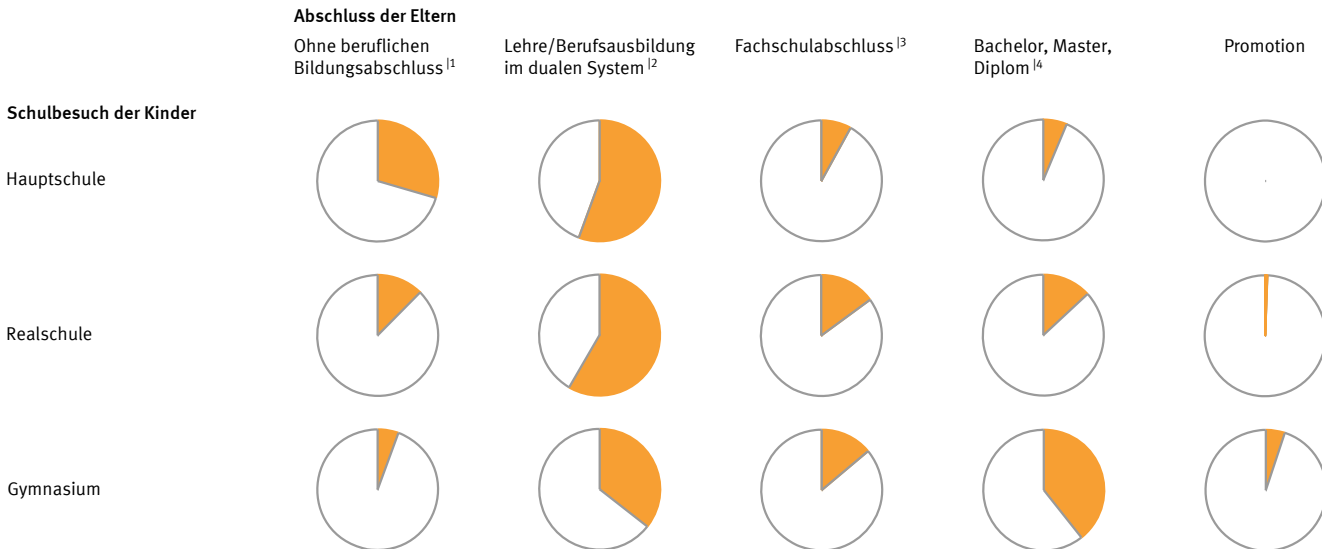
	Insgesamt ¹	Davon nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern ²					ohne allgemeinen Schulabschluss ³
		mit allgemeinem Schulabschluss					
		Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
1 000	%						
Insgesamt	10 229	19,3	5,9	30,0	40,6	0,2	3,8
Grundschule	2 799	16,7	4,0	30,0	45,1	/	3,8
Hauptschule	445	43,8	2,6	28,4	14,5	/	10,0
Realschule	1 385	23,4	6,7	38,3	27,7	/	3,4
Gymnasium	2 513	7,2	5,3	23,2	62,5	/	1,4
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 408	22,4	8,5	29,5	33,5	/	5,8
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	61	40,5	/	30,6	16,1	/	8,4
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/ Hochschulreife führt	254	21,7	4,4	35,5	33,7	/	4,3
Berufsschule	1 112	30,0	8,6	34,7	22,5	/	4,0
Sonstige berufliche Schulen ⁵	254	29,7	9,8	31,7	23,7	/	4,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen.

- 1 Einschl. 16 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben.
- 2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.
- 3 Einschl. Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch bzw. einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.
- 4 Schulartenabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
- 5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

Schulbesuch nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss der Eltern 2014

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

3.3 Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2013

	Insgesamt		Ausbildungsrelevante Sektoren							
			Berufsausbildung		Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)		Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sekundarstufe II)		Studium	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Anfänger/-innen										
Deutschland	2 021 027	716 042	35,4	255 401	12,6	537 740	26,6	511 843	25,3	
Baden-Württemberg	311 894	96 084	30,8	56 745	18,2	81 041	26,0	78 024	25,0	
Bayern	264 797	107 460	40,6	18 779	7,1	64 903	24,5	73 655	27,8	
Berlin	87 524	29 913	34,2	6 435	7,4	19 299	22,0	31 877	36,4	
Brandenburg	37 611	14 006	37,2	2 572	6,8	12 753	33,9	8 280	22,0	
Bremen	21 675	7 351	33,9	3 246	15,0	4 466	20,6	6 612	30,5	
Hamburg	49 999	18 357	36,7	3 608	7,2	11 575	23,2	16 459	32,9	
Hessen	153 479	51 297	33,4	16 967	11,1	41 621	27,1	43 594	28,4	
Mecklenburg-Vorpommern	25 614	10 733	41,9	1 998	7,8	6 303	24,6	6 580	25,7	
Niedersachsen	217 892	76 825	35,3	39 032	17,9	65 393	30,0	36 642	16,8	
Nordrhein-Westfalen	497 509	168 035	33,8	61 087	12,3	139 904	28,1	128 483	25,8	
Rheinland-Pfalz	100 188	38 493	38,4	14 391	14,4	23 917	23,9	23 387	23,3	
Saarland	25 672	8 375	32,6	3 767	14,7	7 801	30,4	5 728	22,3	
Sachsen	73 567	29 283	39,8	5 579	7,6	16 560	22,5	22 145	30,1	
Sachsen-Anhalt	38 964	17 426	44,7	3 779	9,7	7 885	20,2	9 874	25,3	
Schleswig-Holstein	76 424	26 607	34,8	14 360	18,8	25 253	33,0	10 204	13,4	
Thüringen	38 221	15 800	41,3	3 056	8,0	9 066	23,7	10 299	26,9	
Bildungsteilnehmer/-innen										
Deutschland	6 210 490	1 945 760	31,3	292 774	4,7	1 345 376	21,7	2 626 580	42,3	
Baden-Württemberg	874 713	259 811	29,7	69 831	8,0	197 872	22,6	347 199	39,7	
Bayern	863 437	315 272	36,5	23 489	2,7	168 761	19,5	355 915	41,2	
Berlin	301 872	77 089	25,5	6 693	2,2	52 167	17,3	165 923	55,0	
Brandenburg	124 618	40 240	32,3	2 583	2,1	31 523	25,3	50 272	40,3	
Bremen	71 988	20 645	28,7	3 745	5,2	12 355	17,2	35 243	49,0	
Hamburg	180 877	48 351	26,7	5 431	3,0	33 281	18,4	93 814	51,9	
Hessen	502 605	136 391	27,1	23 600	4,7	113 440	22,6	229 174	45,6	
Mecklenburg-Vorpommern	87 038	29 114	33,4	2 182	2,5	16 468	18,9	39 274	45,1	
Niedersachsen	563 743	201 620	35,8	40 239	7,1	143 331	25,4	178 553	31,7	
Nordrhein-Westfalen	1 572 884	450 461	28,6	66 963	4,3	360 163	22,9	695 297	44,2	
Rheinland-Pfalz	298 526	100 653	33,7	14 730	4,9	60 497	20,3	122 646	41,1	
Saarland	78 600	24 782	31,5	5 304	6,7	19 153	24,4	29 361	37,4	
Sachsen	245 202	80 653	32,9	5 850	2,4	40 703	16,6	117 996	48,1	
Sachsen-Anhalt	124 629	44 694	35,9	3 917	3,1	20 064	16,1	55 954	44,9	
Schleswig-Holstein	196 842	72 791	37,0	14 360	7,3	53 016	26,9	56 675	28,8	
Thüringen	122 916	43 193	35,1	3 857	3,1	22 582	18,4	53 284	43,3	
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen										
Deutschland	1 716 499	671 285	39,1	235 481	13,7	499 863	29,1	309 870	18,1	
Baden-Württemberg	276 210	100 121	36,2	54 323	19,7	72 995	26,4	48 771	17,7	
Bayern	226 527	101 954	45,0	14 404	6,4	61 901	27,3	48 268	21,3	
Berlin	61 227	24 461	40,0	4 859	7,9	13 861	22,6	18 046	29,5	
Brandenburg	34 162	15 130	44,3	2 679	7,8	9 803	28,7	6 550	19,2	
Bremen	20 507	6 595	32,2	2 427	11,8	7 146	34,8	4 339	21,2	
Hamburg	41 638	16 396	39,4	4 401	10,6	9 669	23,2	11 172	26,8	
Hessen	123 321	41 521	33,7	14 484	11,7	43 254	35,1	24 062	19,5	
Mecklenburg-Vorpommern	20 382	9 657	47,4	1 885	9,2	4 240	20,8	4 600	22,6	
Niedersachsen	169 672	64 306	37,9	35 309	20,8	46 977	27,7	23 080	13,6	
Nordrhein-Westfalen	452 323	160 808	35,6	59 934	13,3	167 919	37,1	63 662	14,1	
Rheinland-Pfalz	81 650	33 270	40,7	13 521	16,6	18 668	22,9	16 191	19,8	
Saarland	21 252	7 922	37,3	3 548	16,7	6 392	30,1	3 390	16,0	
Sachsen	58 792	27 308	46,4	4 920	8,4	11 041	18,8	15 523	26,4	
Sachsen-Anhalt	31 815	15 561	48,9	3 788	11,9	5 410	17,0	7 056	22,2	
Schleswig-Holstein	65 037	31 139	47,9	12 332	19,0	14 194	21,8	7 372	11,3	
Thüringen	31 988	15 140	47,3	2 667	8,3	6 393	20,0	7 788	24,3	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen wählen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland unterschiedliche Wege, um den Einstieg ins Erwerbsleben zu finden.

Ein Weg ist die **Berufsausbildung** im dualen System oder in vollzeitschulischer Form.

Eine weitere Möglichkeit ist der Besuch von Bildungsangeboten, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern (**Integration in Ausbildung**, z. B. Nachholen des Haupt- oder Realschulabschlusses, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen etc.).

Der **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** ist eine Fortsetzung der Schullaufbahn, um an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Für das **Studium** ist die Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung. Da es einen weiteren Weg der beruflichen Qualifizierung darstellt und viele Studienberechtigte sich zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden, wird das Studium zum Ausbildungs-geschehen gerechnet.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.1 Allgemeinbildende Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2013/14

	Insgesamt	Schulkinder- gärten und Vorklassen	Grundschulen	Haupt- schulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungs- gängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen, Freie Waldorf- schulen	Abend- schulen und Kollegs
Schulen										
Deutschland	33 810	1 329	15 749	4 248	1 782	3 191	2 399	3 124	1 666	322
Baden-Württemberg	5 621	435	2 409	869	–	578	503	458	300	69
Bayern	4 703	–	2 406	1 024	–	355	458	422	23	15
Berlin	1 252	–	426	419	–	82	8	115	176	26
Brandenburg	1 434	–	504	497	148	119	–	100	34	32
Bremen	238	2	99	–	27	20	–	46	38	6
Hamburg	654	224	220	5	–	31	–	78	88	8
Hessen	2 872	337	1 166	380	22	246	277	286	123	35
Mecklenburg-Vorpommern	708	–	323	–	189	95	–	72	25	4
Niedersachsen	3 976	267	1 758	481	248	323	495	294	101	9
Nordrhein-Westfalen	5 898	27	2 945	536	96	693	566	627	322	86
Rheinland-Pfalz	1 568	26	970	5	201	138	11	149	64	4
Saarland	388	11	162	1	49	38	3	35	85	4
Sachsen	1 485	–	824	–	336	156	–	153	5	11
Sachsen-Anhalt	932	–	537	–	162	117	–	83	25	8
Schleswig-Holstein	1 169	–	539	31	79	119	78	107	213	3
Thüringen	912	–	461	–	225	81	–	99	44	2
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte										
Deutschland	664 659	2 740	191 689	45 557	40 371	70 647	63 934	178 629	67 392	3 700
Baden-Württemberg	92 204	1 384	33 685 ²	15	–	13 160	15 183	24 361	4 318	98
Bayern	96 502	–	26 073	17 387	–	8 899	16 828	26 291	831	193
Berlin	26 240	–	6 783	3 708	–	1 827	48	5 852	7 662	360
Brandenburg	17 648	–	4 826	2 882	2 811	1 747	–	3 895	1 414	73
Bremen	5 325	2	1 585	–	295	259	–	1 365	1 737	82
Hamburg	15 042	532	3 939	21	–	981	–	4 006	5 468	95
Hessen	51 070	412 ³	14 393	3 040	298	5 605	4 970	15 871	6 095	386
Mecklenburg-Vorpommern	10 424	–	2 907	–	3 344	1 198	–	2 329	618	28
Niedersachsen	67 384	209	19 544	5 597	3 168	5 727	9 035	19 012	4 929	163
Nordrhein-Westfalen	156 625	201	41 021	12 750	1 717	19 502	17 223	40 918	21 479	1 814
Rheinland-Pfalz ⁴	35 006	–	10 339	64	7 778	3 022	309	9 979	3 437	78
Saarland	7 197	– ⁵	1 921	25	1 355	728	80	1 981	1 080	27
Sachsen	27 601	–	8 030	–	8 309	3 167	–	7 778	129	188
Sachsen-Anhalt	15 831	–	4 829	–	4 532	1 958	–	4 051	404	57
Schleswig-Holstein	23 211	–	6 969	68	1 634	1 361	258	6 197	6 695	29
Thüringen	17 349	–	4 845	–	5 130	1 506	–	4 743	1 096	29

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2 Einschl. Hauptschulen.

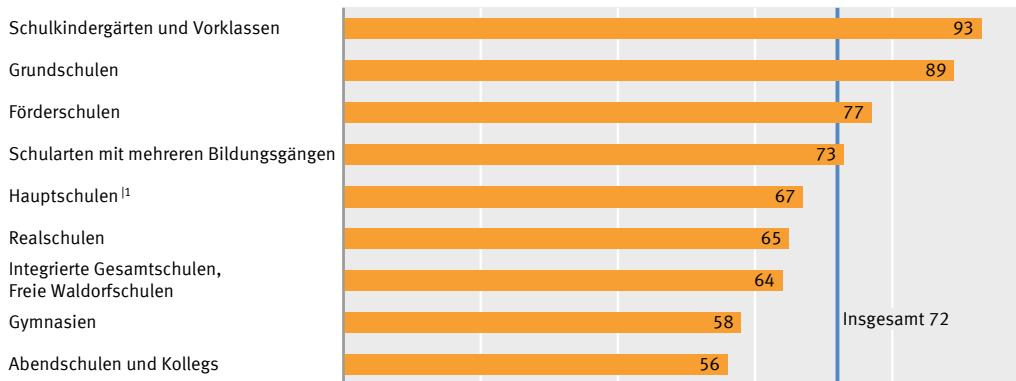
3 Vorklassen werden bei Grundschulen nachgewiesen.

4 Daten des Vorjahres.

5 Für Lehrkräfte kein Nachweis vorhanden.

Weibliche Lehrkräfte nach Schularten 2013/14

in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2015 - 01 - 0126

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen
 3.4.2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2013/14

	Insgesamt	Schulkinder- gärten und Vorklassen	Grundschulen	Haupt- schulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungs- gängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen, Freie Waldorf- schulen	Abend- schulen und Kollegs
Insgesamt										
Deutschland	8 420 111	27 696	2 708 400	651 309	453 930	343 343	1 015 160	2 329 990	835 227	55 056
Baden-Württemberg	1 153 093	8 177	347 745	127 422	–	52 176	239 350	317 073	56 559	4 591
Bayern	1 298 839	–	417 020	205 587	–	54 373	261 869	346 628	10 229	3 133
Berlin	328 186	–	106 927	45 578	–	9 435	667	75 862	85 556	4 161
Brandenburg	223 696	–	77 373	35 741	31 676	9 084	–	51 341	16 389	2 092
Bremen	65 129	14	20 917	–	3 654	1 000	–	18 664	19 745	1 135
Hamburg	186 072	8 264	53 341	308	–	5 230	–	53 197	63 977	1 755
Hessen	635 268	6 002	204 624	37 932	3 472	24 419	77 375	197 103	79 475	4 866
Mecklenburg-Vorpommern	136 773	–	49 358	–	40 002	8 247	–	31 220	7 482	464
Niedersachsen	869 262	2 864	286 215	57 408	38 093	31 304	141 205	246 075	64 197	1 901
Nordrhein-Westfalen	1 998 043	1 855	625 460	139 597	19 335	86 177	281 947	547 331	270 228	26 113
Rheinland-Pfalz	423 788	317	133 020	561	93 583	14 626	4 558	135 398	41 009	716
Saarland	92 323	203	29 711	262	11 955	3 581	1 253	26 063	18 734	561
Sachsen	338 322	–	126 464	–	97 486	18 551	–	91 801	1 564	2 456
Sachsen-Anhalt	182 491	–	66 453	–	47 098	11 146	–	52 445	4 726	623
Schleswig-Holstein	306 560	–	99 668	913	20 808	6 395	6 936	87 055	84 470	315
Thüringen	182 266	–	64 104	–	46 768	7 599	–	52 734	10 887	174
und zwar:										
Schülerinnen in %										
Deutschland	48,9	39,6	49,1	44,3	46,3	35,8	49,2	52,5	49,1	47,2
Baden-Württemberg	48,6	33,4	49,3	43,7	–	35,6	49,2	51,9	49,1	49,2
Bayern	48,9	–	49,4	44,7	–	37,0	50,5	51,5	50,4	49,4
Berlin	49,3	–	49,0	48,9	–	37,7	45,3	53,2	47,5	50,3
Brandenburg	49,1	–	49,1	48,8	45,1	37,4	–	54,0	48,9	42,6
Bremen	48,7	50,0	48,0	–	48,0	39,9	–	51,6	47,4	44,3
Hamburg	49,0	48,0	48,9	47,1	–	35,4	–	51,4	48,5	46,1
Hessen	49,0	39,2	49,0	43,8	46,5	36,2	48,3	52,5	48,5	46,5
Mecklenburg-Vorpommern	49,1	–	49,5	–	47,7	36,6	–	53,5	49,9	46,8
Niedersachsen	48,9	34,3	48,9	42,5	45,3	35,3	47,4	53,3	50,2	50,7
Nordrhein-Westfalen	49,0	41,8	49,2	42,2	44,2	34,2	48,6	52,8	50,3	47,1
Rheinland-Pfalz	49,1	29,0	48,3	38,9	45,2	35,7	77,1	53,2	48,8	46,4
Saarland	49,2	36,9	48,4	46,6	48,4	36,8	58,4	52,3	48,6	49,9
Sachsen	49,0	–	49,5	–	47,5	37,5	–	52,5	52,2	42,3
Sachsen-Anhalt	48,5	–	48,8	–	46,4	36,0	–	52,5	49,8	47,4
Schleswig-Holstein	48,9	–	48,2	40,1	46,0	35,9	48,9	52,4	47,9	50,8
Thüringen	49,0	–	48,9	–	46,9	36,4	–	52,9	48,6	33,9
Ausländer/-innen in %										
Deutschland	7,2	12,4	6,6	17,0	4,4	10,5	7,4	4,1	9,6	15,7
Baden-Württemberg	9,4	14,7	8,8	23,5	–	15,8	8,1	4,6	6,4	21,2
Bayern	6,9	–	6,7	14,7	–	9,4	4,7	3,8	3,5	20,1
Berlin	12,6	–	11,8	12,6	–	12,5	13,0	9,2	16,3	15,2
Brandenburg	1,6	–	1,7	1,7	2,1	0,5	–	1,1	1,3	3,4
Bremen	11,4	7,1	9,5	–	18,4	18,8	–	8,5	14,1	17,4
Hamburg	10,8	10,3	8,4	18,8	–	17,5	–	6,7	15,2	20,1
Hessen	9,9	11,9	7,4	21,1	14,7	15,0	13,6	6,8	12,3	21,0
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	–	1,6	–	2,0	1,2	–	2,5	3,0	1,9
Niedersachsen	5,6	13,5	6,5	12,2	4,6	8,7	5,5	2,8	4,6	5,8
Nordrhein-Westfalen	8,4	10,5	7,4	20,7	4,9	13,4	8,5	4,2	10,6	16,5
Rheinland-Pfalz	5,4	7,6	5,4	4,5	8,8	7,0	1,5	3,1	4,9	4,1
Saarland	8,3	22,7	10,1	6,5	10,0	9,4	4,0	4,1	10,2	11,1
Sachsen	2,2	–	2,0	–	2,2	2,3	–	2,3	2,9	9,0
Sachsen-Anhalt	2,0	–	2,5	–	2,0	1,2	–	1,3	2,6	2,2
Schleswig-Holstein	3,3	–	3,3	11,7	5,5	4,9	5,1	1,9	3,7	3,5
Thüringen	1,5	–	1,7	–	1,5	0,6	–	1,3	1,9	–

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

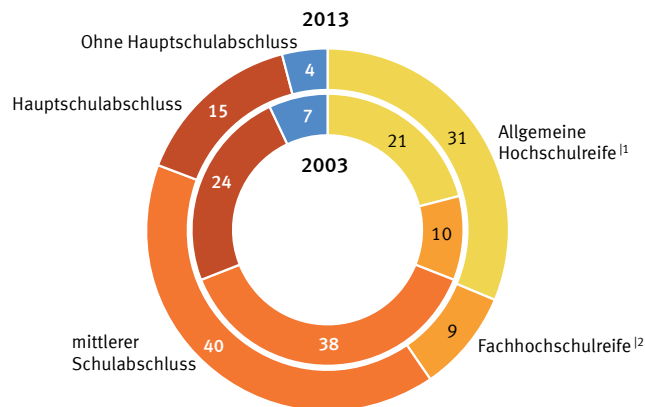
3 Bildung
 3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen
 3.4.3 Erwerb von allgemeinbildenden Abschlüssen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

	2013		2012	
	Insgesamt	Weiblich	Insgesamt	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	46 295	39,9	47 648	39,7
Förderschulen	26 211	39,7	26 953	39,3
Hauptschulen	9 775	39,3	11 031	39,8
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	10 309	41,0	9 664	40,5
Mit Hauptschulabschluss	182 770	41,1	189 292	41,3
Hauptschulen	84 691	42,1	91 833	42,1
Integrierte Gesamtschulen	19 356	43,9	17 752	44,6
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	47 267	40,1	47 913	40,1
Berufliche Schulen	31 456	38,0	31 794	38,7
Mit mittlerem Schulabschluss	479 242	49,4	432 032	49,3
Hauptschulen	46 065	46,5	39 260	46,8
Realschulen	195 682	50,4	189 647	50,5
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	135 617	49,0	115 620	48,7
Berufliche Schulen	101 878	49,2	87 505	48,8
Mit Fachhochschulreife ¹	105 208	46,5	144 399	47,2
Allgemeinbildende Schulen	1 068	47,6	13 945	52,3
Berufliche Schulen	104 140	46,5	130 454	46,6
Mit allgemeiner Hochschulreife ² ..	371 812	54,4	357 084	54,4
Allgemeinbildende Schulen	319 293	54,6	305 172	54,7
Berufliche Schulen	52 519	52,6	51 912	52,6

Ergebnisse der Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – Allgemeinbildende Schulen einschl. Externe.

- Schulischer Teil der Fachhochschulreife wird 2013 unter mittlerem Schulabschluss nachgewiesen.
- Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in %



- Einschl. fachgebundener Hochschulreife.
- Der schulische Teil der Fachhochschulreife wird ab dem Abgangsjahr 2013 (2012 in Sachsen) bei mittlerem Schulabschluss nachgewiesen.

2015 - 01 - 0127

3.4.4 Altersverteilung der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen

	2013					2003				
	Alter von ... bis unter ... Jahren									
	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben
	%									
Deutschland	30,4	25,8	30,5	13,1	0,2	23,5	29,7	39,4	7,2	0,3
Baden-Württemberg	35,0	23,4	25,4	14,5	1,6	23,6	24,4	42,2	8,5	1,4
Bayern	33,3	26,8	28,5	11,4	–	28,4	28,1	36,8	6,7	–
Berlin	19,3	27,1	35,7	17,9	–	17,3	33,9	41,3	7,5	–
Brandenburg	12,7	29,6	46,2	11,5	–	24,3	38,2	33,3	4,2	–
Bremen	31,2	24,8	24,2	19,8	–	13,5	24,8	53,2	8,5	–
Hamburg	38,7	26,5	22,4	12,4	–	16,5	42,1	38,0	3,5	–
Hessen	34,7	26,6	27,0	11,7	–	24,2	27,5	40,1	7,3	1,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	11,9	33,0	49,6	5,5	–	23,6	41,2	32,3	3,0	–
Niedersachsen	34,7	24,4	27,6	13,2	–	22,2	24,8	43,4	9,6	–
Nordrhein-Westfalen	32,3	23,9	29,9	13,8	–	22,4	30,4	40,9	6,3	–
Rheinland-Pfalz	37,0	25,3	23,2	14,5	–	29,0	23,8	39,1	8,0	–
Saarland	36,5	24,1	23,6	15,9	–	22,7	22,6	43,9	10,9	–
Sachsen	13,9	30,1	45,8	10,2	–	22,4	37,1	32,4	8,2	–
Sachsen-Anhalt	10,0	32,3	50,3	7,4	–	22,5	37,4	33,6	6,6	–
Schleswig-Holstein	29,4	27,0	29,1	14,5	–	22,9	28,7	40,0	8,4	–
Thüringen	10,4	28,4	47,0	14,2	–	20,2	39,3	35,1	5,4	–

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.5 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Ländern im Schuljahr 2013/14

	Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf					
	insgesamt	Förderschüler	Integrations-schüler ¹	davon		
				Förderquote insgesamt	Förderschul-besuchsquote	Integrations-quote ¹
Anzahl				%		
Deutschland	485 744	343 343	142 401	6,6	4,7	1,9
Baden-Württemberg	72 088	52 176	19 912	7,0	5,1	1,9
Bayern	73 648	54 373	19 275	6,3	4,6	1,6
Berlin	20 748	9 435	11 313	7,4	3,4	4,0
Brandenburg	16 187	9 084	7 103	8,2	4,6	3,5
Bremen	3 187	1 000	2 187	5,8	1,8	4,0
Hamburg	12 615	5 230	7 385	8,6	3,6	5,0
Hessen	31 047	24 419	6 628	5,7	4,5	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	13 141	8 247	4 894	10,8	6,8	4,0
Niedersachsen	31 304	31 304	–	4,1	4,1	–
Nordrhein-Westfalen	121 279	86 177	35 102	7,1	5,0	2,0
Rheinland-Pfalz	18 876	14 626	4 250	5,1	3,9	1,1
Saarland	3 581	3 581	–	4,5	4,5	–
Sachsen	25 867	18 551	7 316	8,4	6,0	2,3
Sachsen-Anhalt	14 891	11 146	3 745	9,0	6,8	2,3
Schleswig-Holstein	16 206	6 395	9 811	6,1	2,4	3,7
Thüringen	11 079	7 599	3 480	6,7	4,6	2,1

Von einem **sonderpädagogischen Förderbedarf** wird ausgegangen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie für ein erfolgreiches schulisches Lernen auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind.

Integrationsschüler/-innen werden integrativ an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Förderschüler/-innen dagegen nehmen ausschließlich am Unterricht in Förderschulen teil.

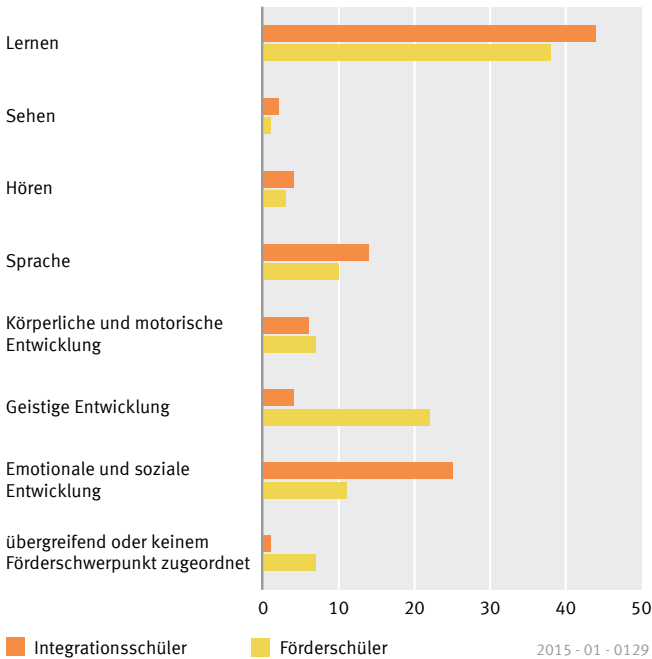
Die **Quoten** stellen die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der ersten bis zehnten Klasse an allen Schülerinnen und Schülern dieser Klassenstufe dar.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden nach **Förderschwerpunkten** nachgewiesen. Bei mehreren Förderschwerpunkten ist derjenige maßgebend, der den größten zeitlichen Anteil bei der sonderpädagogischen Förderung ausmacht.

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Ohne Niedersachsen und Saarland.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 2013/14 in %



3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.6 Berufliche Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2013/14

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Schulen								
Deutschland	8 833	2 795	2 473	869	877	275	1 544	1 795
Baden-Württemberg	1 561	451	560	–	277	38	235	147
Bayern	1 039	226	315	106	–	70	322	467
Berlin	337	86	99	49	19	28	56	67
Brandenburg	158	37	40	27	17	–	37	65
Bremen	68	21	18	13	9	3	4	6
Hamburg	154	81	23	15	11	5	19	40
Hessen	595	205	123	92	52	–	123	129
Mecklenburg-Vorpommern	132	41	37	15	17	–	22	– ⁴
Niedersachsen	943	334	241	134	97	13	124	183 ⁵
Nordrhein-Westfalen	1 673	649	321	210	224	–	269	399
Rheinland-Pfalz	438	126	84	25	39	94	70	135
Saarland	185	88	39	35	9	–	14	32
Sachsen	655	260	190	57	45	–	103	– ⁴
Sachsen-Anhalt	301	62	142	39	8	–	50	50
Schleswig-Holstein	319	34	152	26	31	24	52	75
Thüringen	275	94	89	26	22	–	44	– ¹⁶
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Deutschland	122 424	53 463	33 014	7 893	15 035	1 478	11 541	8 482
Baden-Württemberg	22 292	6 739	9 054	–	5 060	166	1 273	1 282
Bayern	15 945	8 148	1 972	2 815	–	889	2 121	2 140
Berlin	4 637	1 846	1 437	308	351	98	597	485
Brandenburg	2 165	2 165 ⁷	–	–	–	–	–	326
Bremen	1 159	668	257	62	106	3	63	–
Hamburg	2 678	1 646	422	69	182	20	339	–
Hessen	9 552	3 765	1 606	1 466	1 608	–	1 107	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁸	1 669	761	565	37	160	–	146	–
Niedersachsen	12 427	5 112	3 784	906	1 749	21	855	–
Nordrhein-Westfalen	26 203	11 631	7 801	1 201	2 956	–	2 614	2 800
Rheinland-Pfalz	5 823	2 412	1 766	–	779	236	630	839
Saarland	1 428	675	235	297	154	–	67	184
Sachsen	6 004	2 764	1 403	407	739	–	691	–
Sachsen-Anhalt	2 344	1 228	673	121	120	–	202	426
Schleswig-Holstein	4 349	2 231	940	52	720	45	361	–
Thüringen	3 749	1 672	1 099	152	351	–	475	–

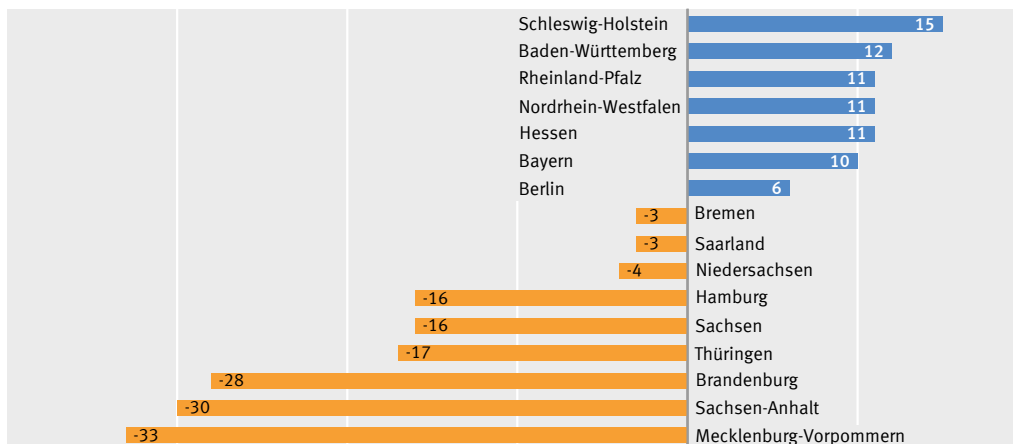
Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

- 1 Teilzeit-Berufsschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.
- 2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.
- 3 Einschl. Fachakademien in Bayern.
- 4 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen.

- 5 Ohne die Schüler/Schülerinnen der Gesundheitsdienstberufe, die den Berufsfachschulen und Fachschulen zugeordnet wurden.
- 6 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen und Fachschulen.
- 7 Einschl. Berufsfach-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Fachschulen.
- 8 Die Verteilung der Lehrkräfte nach Schularten wurde geschätzt.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Veränderungsrate 2013 gegenüber 2003, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2015 - 01 - 0131

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.7 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2013/14

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Insgesamt								
Deutschland	2 530 586	1 560 000	431 560	136 658	180 712	22 033	199 623	149 619
Baden-Württemberg	406 312	199 377	120 175	–	63 247	2 212	21 301	17 208
Bayern	373 596	270 612	21 376	42 797	–	13 129	25 682	29 048
Berlin	88 082	50 652	17 118	4 744	3 729	1 151	10 688	5 724
Brandenburg	44 048	29 045	3 175	2 366	3 193	–	6 269	4 443
Bremen	25 624	19 030	3 257	1 311	1 162	72	792	887
Hamburg	54 612	40 617	5 578	915	2 029	227	5 246	3 995
Hessen	189 921	114 542	21 655	22 598	15 137	–	15 989	11 793
Mecklenburg-Vorpommern ..	33 738	22 484	6 575	320	2 029	–	2 330	–
Niedersachsen	275 113	165 370	50 192	20 459	23 778	238	15 076	11 241
Nordrhein-Westfalen	584 775	373 943	101 749	23 453	34 674	–	50 956	46 755
Rheinland-Pfalz	123 859	74 650	20 431	1 563	9 420	4 092	13 703	7 438
Saarland ⁴	34 902	21 204	3 208	5 950	1 658	–	2 882	3 101
Sachsen	100 517	55 453	21 256	5 303	6 532	–	11 973	–
Sachsen-Anhalt	48 578	31 098	9 738	1 987	1 510	–	4 245	2 394
Schleswig-Holstein	94 744	62 829	13 819	1 311	9 882	912	5 991	5 592
Thüringen	52 165	29 094	12 258	1 581	2 732	–	6 500	–
und zwar:								
Schülerinnen in %								
Deutschland	44,8	38,7	57,5	52,3	52,3	41,7	53,1	77,0
Baden-Württemberg	45,4	38,4	54,4	–	54,6	41,9	34,1	79,5
Bayern	43,2	38,9	74,1	53,0	–	41,1	46,7	79,5
Berlin	48,5	44,0	51,3	50,6	48,2	43,4	65,0	71,2
Brandenburg	45,2	35,5	68,8	48,1	52,4	–	73,7	75,0
Bremen	44,6	42,4	46,9	52,2	53,3	48,6	64,3	80,6
Hamburg	45,8	43,3	57,6	38,1	42,4	51,1	54,9	71,9
Hessen	44,0	39,4	56,5	46,5	46,3	–	54,2	75,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	47,3	38,6	74,1	40,0	47,3	–	56,5	–
Niedersachsen	44,9	38,1	60,5	49,5	51,5	61,3	50,6	76,5
Nordrhein-Westfalen	43,6	38,4	50,6	63,8	52,9	–	51,7	76,6
Rheinland-Pfalz	43,0	36,9	51,0	49,0	47,1	39,6	61,9	77,5
Saarland ⁴	44,2	39,1	52,7	47,5	59,0	–	57,0	80,9
Sachsen	50,2	37,1	76,5	52,2	53,5	–	61,7	–
Sachsen-Anhalt	48,1	35,0	78,0	50,2	55,9	–	71,3	71,5
Schleswig-Holstein	44,6	40,5	53,8	30,1	53,4	47,8	55,7	74,7
Thüringen	48,3	35,0	72,4	49,8	54,4	–	59,7	–
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen im Abgangsjahr 2013								
Deutschland	1 055 428	614 604	234 609	67 323	53 308	14 977	70 607	52 817
Baden-Württemberg	187 126	75 973	81 331	–	19 166	1 301	9 355	5 692
Bayern	166 921	113 260	11 907	20 056	–	9 161	12 537	12 732
Berlin	30 731	18 536	5 795	2 267	635	585	2 913	2 056
Brandenburg	18 153	12 568	1 612	1 164	910	–	1 899	1 685
Bremen	9 327	6 124	1 790	619	302	77	415	242
Hamburg	21 366	15 116	2 917	939	742	76	1 576	1 479
Hessen	64 874	38 182	8 197	9 910	4 258	–	4 327	4 058
Mecklenburg-Vorpommern ..	12 164	8 446	2 057	365	514	–	782	–
Niedersachsen	109 228	55 333	31 280	9 941	6 631	271	5 772	3 796
Nordrhein-Westfalen	253 264	163 495	48 253	13 436	10 857	–	17 223	14 117
Rheinland-Pfalz	47 387	25 477	12 542	367	2 418	2 718	3 865	2 715
Saarland	13 093	8 006	1 373	2 684	402	–	628	916
Sachsen	36 977	20 716	8 130	2 420	1 775	–	3 936	–
Sachsen-Anhalt	18 201	11 460	4 211	1 018	394	–	1 118	1 022
Schleswig-Holstein	47 750	31 480	8 313	1 265	3 584	788	2 320	2 307
Thüringen	18 866	10 432	4 901	872	720	–	1 941	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

- 1 Teilzeit-Berufsschulen (einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sowie Berufsvorbereitungs- und Berufgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form).
 2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg. Einschl. Schulen des Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und teilweise Thüringen.

- 3 Einschl. Fachakademien in Bayern. Teilweise einschl. Schulen des Gesundheitswesens in Thüringen.
 4 Nach Geschlecht geschätzt.

3.5 Auszubildende

3.5.1 Auszubildende nach ausgewählten Berufsgruppen 2013

Kennziffer	Berufsgruppe	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderung gegenüber Vorjahr
		insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	
		Anzahl ¹	%		Anzahl ¹	%
	Insgesamt	1 391 886	61,4	38,6	525 897	- 4,2
	darunter:					
111	Landwirtschaft	9 795	88,9	11,1	4 503	9,6
121	Gartenbau	16 899	80,3	19,7	6 060	- 5,0
221	Kunststoff- und Kautschukherstellung und -verarbeitung	7 215	93,4	6,6	2 550	- 3,4
222	Farb- und Lacktechnik	6 294	87,2	12,8	2 370	- 10,8
223	Holzbe- und -verarbeitung	23 241	91,2	8,8	9 771	- 4,7
232	Technische Mediengestaltung	8 625	42,7	57,3	3 249	- 6,8
234	Drucktechnik und -weiterverarbeitung, Buchbinderei	3 969	81,6	18,4	1 383	- 10,8
242	Metallbearbeitung	24 435	95,6	4,4	7 407	- 16,1
244	Metallbau und Schweißtechnik	30 903	98,4	1,6	9 747	- 4,4
245	Feinwerk- und Werkzeugtechnik	22 269	94,5	5,5	6 483	- 5,2
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	56 574	94,4	5,6	18 036	- 4,7
252	Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik	81 915	96,9	3,1	25 710	- 5,2
261	Mechatronik und Automatisierungstechnik	33 567	93,9	6,1	9 864	- 3,3
262	Energetechnik	56 412	97,4	2,6	17 940	1,5
263	Elektrotechnik	19 278	93,7	6,3	5 952	- 8,7
272	Technisches Zeichnen, Konstruktion und Modellbau	17 607	59,9	40,1	5 955	- 5,4
292	Lebensmittel- und Genussmittelherstellung	19 833	70,2	29,8	7 830	- 6,1
293	Speisezubereitung	26 271	74,3	25,7	11 151	- 8,2
321	Hochbau	22 467	99,3	0,7	9 555	- 3,7
322	Tiefbau	7 482	99,2	0,8	3 348	- 5,2
332	Maler- und Lackierer-, Stuckateurarbeiten, Bauwerksabdichtung, Holz- und Bautenschutz	22 479	87,0	13,0	9 444	- 9,9
333	Aus- und Trockenbau, Isolierung, Zimmerei, Glaserei, Rollladen- und Jalousiebau	12 234	98,1	1,9	5 406	- 3,8
342	Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	36 789	98,9	1,1	12 357	2,9
343	Ver- und Entsorgung	6 975	97,3	2,7	2 268	0,4
413	Chemie	13 083	64,7	35,3	4 149	- 1,4
431	Informatik	19 668	93,4	6,6	7 254	- 1,2
432	IT-Systemanalyse, IT-Anwendungsberatung und IT-Vertrieb	4 341	80,6	19,4	1 521	- 12,1
434	Softwareentwicklung und Programmierung	11 433	91,2	8,8	4 434	1,2
513	Lagerwirtschaft, Post und Zustellung, Güterumschlag	39 093	88,4	11,6	17 607	- 6,5
516	Kaufleute - Verkehr und Logistik	16 227	58,8	41,2	5 721	- 7,5
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	8 436	94,4	5,6	3 711	- 0,9
612	Handel	40 446	58,0	42,0	14 676	- 5,9
613	Immobilienwirtschaft und Facility-Management	7 335	37,5	62,5	2 877	0,2
621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	110 328	42,6	57,4	57 159	- 2,7
622	Verkauf von Bekleidung, Elektronik, Kraftfahrzeugen und Hartwaren	11 118	57,8	42,2	4 044	- 9,1
623	Verkauf von Lebensmitteln	21 267	9,0	91,0	8 172	- 12,3
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- und Medizinbedarf	6 699	6,2	93,8	2 580	5,7
631	Tourismus und Sport	10 479	31,0	69,0	4 206	- 2,3
632	Hotellerie	23 736	27,4	72,6	10 242	- 1,0
633	Gastronomie	16 365	37,8	62,2	7 956	- 9,0
634	Veranstaltungsservice und -management	4 527	35,5	64,5	1 884	- 4,6
713	Unternehmensorganisation und -strategie	53 715	38,9	61,1	18 792	- 4,9
714	Büro und Sekretariat	81 261	25,2	74,8	30 561	- 6,6
721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	50 505	48,1	51,9	18 396	- 3,2
723	Steuerberatung	17 697	27,6	72,4	6 837	2,0
731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	15 012	4,8	95,2	5 628	- 1,0
732	Verwaltung	30 207	27,5	72,5	10 731	2,5
811	Arzt- und Praxishilfe	72 939	1,2	98,8	27 003	- 2,3
823	Körperpflege	25 599	10,4	89,6	11 424	- 6,9
825	Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik	16 149	35,6	64,4	5 466	- 3,1
832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	8 934	8,2	91,8	3 258	- 2,9
921	Werbung und Marketing	7 302	31,6	68,4	3 123	- 6,3
945	Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik	4 629	85,4	14,6	1 779	0,5

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

3.5.2 Auszubildende nach Ländern 2014

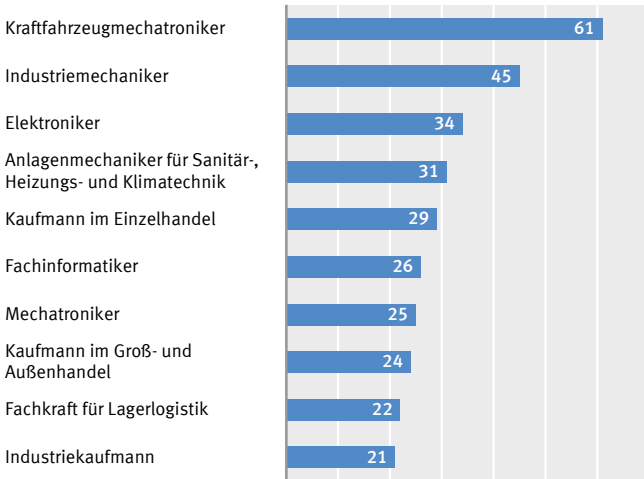
	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl	%		Anzahl	%
Deutschland	1 358 539	61,7	38,3	518 386	- 1,4
Baden-Württemberg	192 441	61,1	38,9	74 038	- 0,6
Bayern	242 061	60,9	39,1	91 972	- 0,9
Berlin	40 496	55,6	44,4	15 919	- 1,6
Brandenburg	26 265	65,3	34,7	10 077	- 2,0
Bremen	14 815	57,8	42,2	5 559	- 2,9
Hamburg	32 030	57,1	42,9	12 833	- 0,2
Hessen	97 731	61,7	38,3	37 042	- 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	19 399	62,6	37,4	7 851	- 2,1
Niedersachsen	146 272	62,2	37,8	56 036	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	309 563	62,2	37,8	115 310	- 4,0
Rheinland-Pfalz	68 673	63,8	36,2	26 394	- 0,5
Saarland	18 052	62,8	37,2	6 923	- 1,0
Sachsen	46 962	63,9	36,1	18 172	1,8
Sachsen-Anhalt	28 331	65,1	34,9	10 694	- 0,0
Schleswig-Holstein	49 330	60,8	39,2	19 382	0,4
Thüringen	26 118	65,7	34,3	10 184	0,3

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

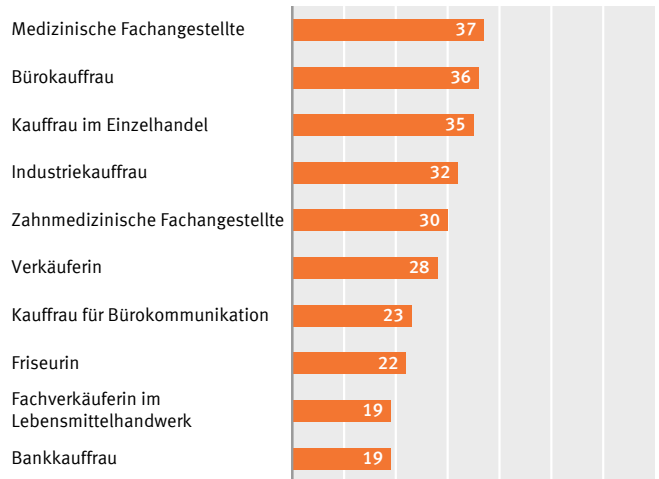
Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2013

in 1 000

Männer



Frauen



2015 - 01 - 0131

3.6 Hochschulen

3.6.1 Hochschulen, Studierende und Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2014/15

	Insgesamt		Davon			
			Universitäten	Pädagogische, Theologische und Kunsthochschulen	Fachhochschulen	Verwaltungsfachhochschulen ¹
	Anzahl	%	Anzahl			
Hochschulen						
Deutschland	425	100	107	74	215	29
Baden-Württemberg	70	16,5	13	14	39	4
Bayern	48	11,3	12	10	25	1
Berlin	44	10,4	12	5	27	–
Brandenburg	12	2,8	4	–	6	2
Bremen	8	1,9	2	1	4	1
Hamburg	20	4,7	6	2	10	2
Hessen	33	7,8	7	9	14	3
Mecklenburg-Vorpommern	7	1,6	2	1	3	1
Niedersachsen	29	6,8	11	2	14	2
Nordrhein-Westfalen	72	16,9	16	14	38	4
Rheinland-Pfalz	19	4,5	6	2	8	3
Saarland	6	1,4	1	2	2	1
Sachsen	24	5,6	6	6	10	2
Sachsen-Anhalt	10	2,4	2	3	4	1
Schleswig-Holstein	12	2,8	3	2	6	1
Thüringen	11	2,6	4	1	5	1
Studierende						
Deutschland	2 694 579	100	1 702 326	62 469	895 701	34 083
Baden-Württemberg	357 290	13,3	178 032	29 335	144 185	5 738
Bayern	368 218	13,7	237 931	4 229	122 046	4 012
Berlin	171 274	6,4	113 592	5 387	51 818	477
Brandenburg	49 642	1,8	36 371	–	12 305	966
Bremen	35 007	1,3	19 876	898	13 927	306
Hamburg	97 208	3,6	54 179	2 116	40 237	676
Hessen	237 813	8,8	152 644	2 441	79 386	3 342
Mecklenburg-Vorpommern	38 798	1,4	25 026	519	12 824	429
Niedersachsen	192 143	7,1	129 813	2 492	58 740	1 098
Nordrhein-Westfalen	721 347	26,8	476 785	7 671	226 102	10 789
Rheinland-Pfalz	122 515	4,5	79 783	601	39 583	2 548
Saarland	29 506	1,1	17 710	845	10 553	398
Sachsen	111 970	4,2	79 231	2 874	28 929	936
Sachsen-Anhalt	54 533	2,0	32 940	1 250	20 066	277
Schleswig-Holstein	56 400	2,1	33 680	1 011	19 992	1 717
Thüringen	50 915	1,9	34 733	800	15 008	374
darunter Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester²						
Deutschland	428 064	100	246 693	8 832	163 274	9 265
Baden-Württemberg	63 011	14,7	29 775	4 207	27 908	1 121
Bayern	64 441	15,1	38 580	526	24 318	1 017
Berlin	24 790	5,8	15 401	899	8 319	171
Brandenburg	7 593	1,8	5 315	–	2 021	257
Bremen	5 910	1,4	2 971	127	2 702	110
Hamburg	13 514	3,2	7 766	233	5 318	197
Hessen	35 506	8,3	21 755	275	12 678	798
Mecklenburg-Vorpommern	5 556	1,3	3 359	65	1 983	149
Niedersachsen	33 781	7,9	22 001	314	11 068	398
Nordrhein-Westfalen	106 736	24,9	59 362	1 137	42 564	3 673
Rheinland-Pfalz	17 169	4,0	10 109	52	6 408	600
Saarland	5 069	1,2	2 777	102	2 073	117
Sachsen	18 886	4,4	12 106	460	6 075	245
Sachsen-Anhalt	8 152	1,9	4 620	193	3 286	53
Schleswig-Holstein	9 225	2,2	5 239	115	3 607	264
Thüringen	8 725	2,0	5 557	127	2 946	95

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

1 Die FH Bund wird nur einmal gezählt und zwar für das Land Nordrhein-Westfalen.

2 Studierende, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Nähere Informationen hierzu siehe Erläuterungen bei Tabelle 3.6.2.

3.6 Hochschulen

3.6.2 Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Fachsemester des Wintersemesters 2014/15

	Insgesamt	Darunter weiblich	Deutsche	Darunter weiblich	Ausländer/-innen	Darunter weiblich	Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester	Darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2 694 579	47,8	2 375 296	47,6	319 283	49,2	662 645	49,0
Sprach- und Kulturwissenschaften	497 357	70,6	445 976	70,3	51 381	72,8	125 516	72,2
Sport	27 966	38,4	26 786	38,6	1 180	33,1	5 914	41,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	824 598	52,0	740 971	51,2	83 627	58,6	199 113	53,5
Mathematik, Naturwissenschaften	487 931	36,8	431 071	36,4	56 860	40,5	130 134	38,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	155 553	65,0	140 160	66,0	15 393	56,8	26 963	67,7
Veterinärmedizin	8 101	84,1	7 514	85,5	587	67,3	1 268	84,1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	53 075	54,2	47 705	54,4	5 370	52,7	14 797	55,3
Ingenieurwissenschaften	542 048	22,3	455 689	21,3	86 359	27,4	135 426	24,4
Kunst, Kunstwissenschaft	91 783	62,6	75 204	62,3	16 579	63,9	20 863	64,4
Sonstige Fächer und ungeklärt	6 167	53,2	4 220	53,5	1 947	52,6	2 651	54,0

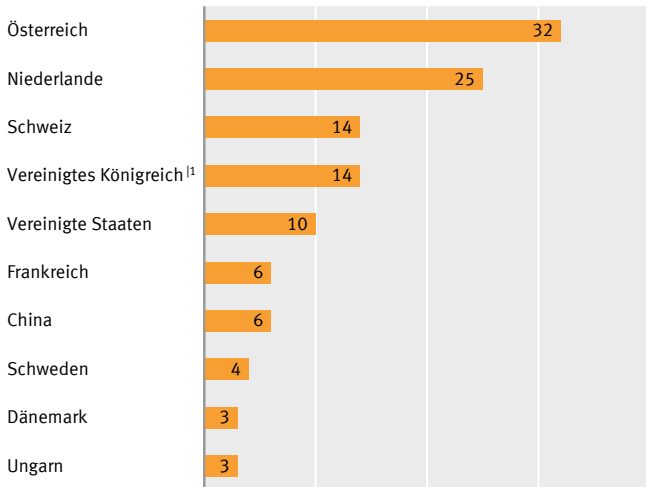
Bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern wird zwischen Studierenden im ersten Hochschulsesemester und Studierenden im ersten Fachsemester unterschieden.

Studierende im **ersten Hochschulsesemester** sind zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Studierende, die bereits im Ausland studiert haben und sich zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden im ersten Hochschulsesemester nachgewiesen und – falls ihre Fachsemester im Ausland angerechnet werden – in einem höheren Fachsemester.

Studierende im **ersten Fachsemester** belegen zum ersten Mal ein Studienfach. Studierende, die das Studienfach gewechselt haben, sind z. B. im ersten Fachsemester des neuen Studienfachs, aber in einem höheren Hochschulsesemester.

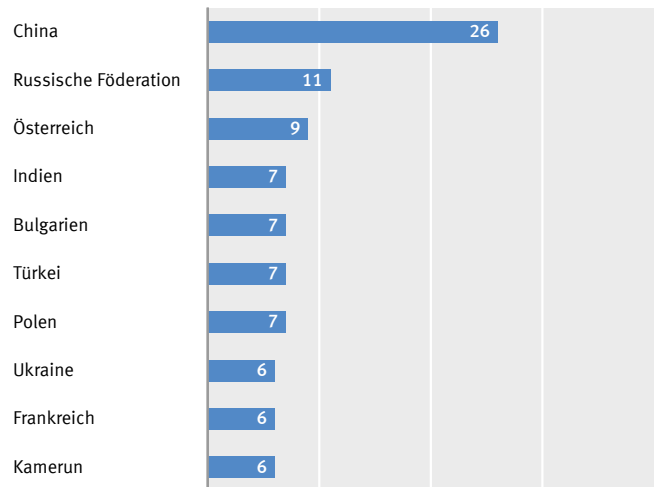
Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

Deutsche Studierende im Ausland 2012 in 1 000



1 Großbritannien und Nordirland.

Ausländische Studierende in Deutschland 2012/13 in 1 000



2015 - 01 - 0132

3.6 Hochschulen

3.6.3 Prüfungen an Hochschulen 2013

	Erworbene Abschlüsse		Davon					
	insgesamt	darunter von Frauen	universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen ²	Fachhochschulabschluss ³	Bachelorabschluss	Masterabschluss
	Anzahl	%						
Insgesamt	436 420	50,8	14,7	6,3	9,5	4,0	47,5	18,0
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	78 717	76,4	13,8	3,8	33,0	0,2	36,5	12,6
Sport, Sportwissenschaft	4 856	44,5	10,0	2,6	39,0	–	37,4	10,9
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	139 756	53,7	11,1	2,7	1,8	7,6	57,6	19,2
Mathematik, Naturwissenschaften ..	74 258	40,1	12,9	12,9	11,0	1,1	41,8	20,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	25 657	64,9	46,4	27,3	0,9	1,3	17,0	7,0
Veterinärmedizin	1 426	81,5	68,4	29,1	–	–	–	2,5
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 546	58,4	4,5	5,0	2,1	1,7	57,9	28,8
Ingenieurwissenschaften	85 094	23,2	11,8	3,7	0,6	5,6	56,2	22,2
Kunst, Kunstwissenschaft	17 107	65,6	24,9	1,5	11,4	3,4	44,0	14,8
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	3	66,7	–	66,7	–	–	33,3	–

Ergebnisse der Prüfungsstatistik. – Bezogen auf die erworbenen Abschlüsse im Wintersemester 2013/14 und im Sommersemester 2014.

1 Einschl. der Prüfungsgruppen „Künstlerischer Abschluss“ und „Sonstiger Abschluss“. Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Einschl. Lehramts-Bachelor und Lehramts-Master.

3 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

3.6.4 Nichtmonetäre Kennzahlen für Hochschulen 2013

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs sich im ersten Hochschulsesemester befindet. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen. Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

	Studienberechtigte		Studienanfänger/-innen ¹		Absolventen/Absolventinnen (Erststudium)		Studierende	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal ³	Betreuungsrelation ⁴
	Anzahl	Quote ²	Anzahl	Quote ²	Anzahl	Quote ²			
Deutschland	476 475	57,1	508 621 ⁵	57,4 ⁵	309 870	30,4	2 616 881	160 257	16,3
Baden-Württemberg	70 677	57,9	65 509	52,2	48 771	35,9	347 199	25 918	13,4
Bayern	63 454	46,1	59 080	41,6	48 268	30,2	355 915	24 942	14,3
Berlin	16 553	55,0	17 886	51,3	18 046	33,1	165 923	9 982	16,6
Brandenburg	8 645	53,7	8 116	44,1	6 550	23,8	50 272	2 503	20,1
Bremen	3 777	55,9	3 903	51,8	4 339	47,0	35 243	1 636	21,5
Hamburg	10 360	60,1	9 717	50,0	11 172	41,1	93 814	5 664	16,6
Hessen	43 068	67,4	37 373	56,4	24 062	32,3	227 608	11 992	19,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	4 172	40,2	4 546	36,5	4 600	23,0	39 274	3 331	11,8
Niedersachsen	45 279	51,3	38 264	42,6	23 080	25,1	177 571	11 730	15,1
Nordrhein-Westfalen	144 356	72,7	112 445	54,9	63 662	29,1	695 297	33 951	20,5
Rheinland-Pfalz	20 876	46,3	19 894	43,3	16 191	33,8	122 646	6 479	18,9
Saarland	5 948	56,5	5 034	46,3	3 390	28,6	28 657	2 285	12,5
Sachsen	11 605	44,3	11 501	37,8	15 523	30,4	113 394	7 840	14,5
Sachsen-Anhalt	5 414	36,2	5 942	34,0	7 056	25,8	55 954	4 119	13,6
Schleswig-Holstein	15 359	49,3	12 173	38,6	7 372	23,5	56 113	3 794	14,8
Thüringen	6 932	48,2	6 490	39,9	7 788	29,5	52 001	4 091	12,7

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.1 „Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung.

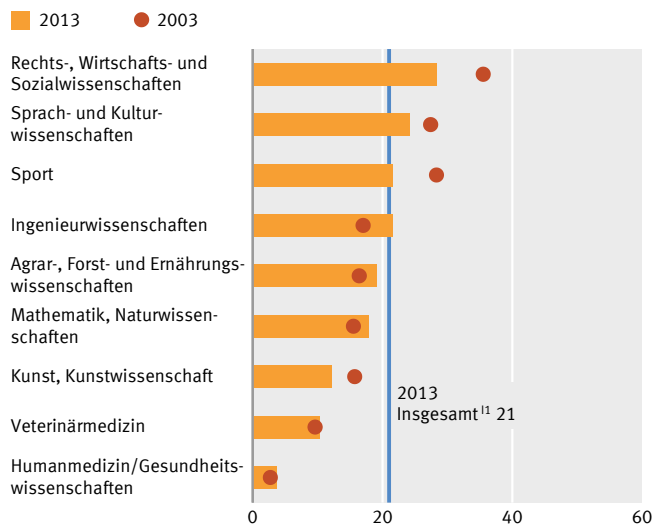
2 Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung berechnet nach dem Quotensummenverfahren. Bevölkerung auf Basis früherer Zählungen (Ergebnisse basieren nicht auf dem Zensus 2011).

3 Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal). – Ein Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einer Vollzeitanzstellung/Vollzeitausbildung entspricht. Bei den Vollzeitäquivalenten wird die geleistete Arbeitszeit/Ausbildungszeit in Beziehung gesetzt zur Arbeitszeit/Ausbildungszeit, die einer Vollzeitanzstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

4 Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal.

5 Einschl. Erwerb der HZB außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.

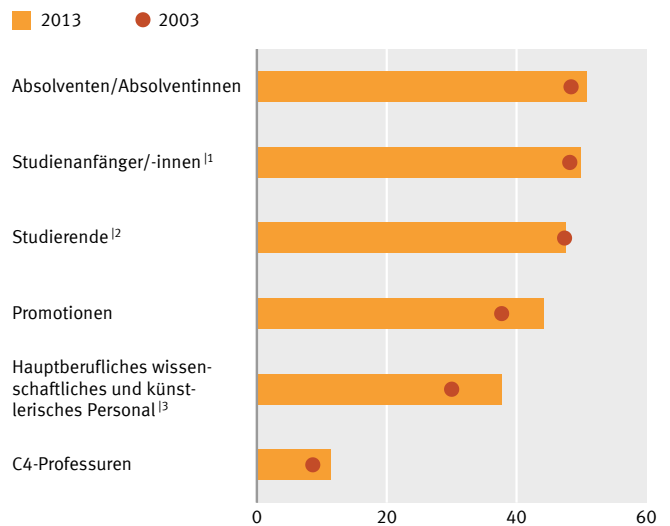
Betreuerrelation der Studierenden nach Fächergruppen
Verhältnis der Studierenden zum Personal in Vollzeitäquivalenten



Studierende im Wintersemester.

1 Ohne Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken. Einschl. sonstige Fächer.

Frauenanteile
In verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, in %



1 Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.
2 Studierende insgesamt im Wintersemester.
3 Personal nach der organisatorischen Zugehörigkeit am 1. Dezember ohne studentische Hilfskräfte.

2015 - 01 - 0133

3.6.5 Personal an Hochschulen 2013

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹					Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal				
		zusammen		davon an			zusammen		davon an		
				Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³			Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³
		Anzahl	%				Anzahl	%			
Deutschland	662 076	369 847	55,9	40,6	1,7	13,6	292 229	44,1	39,0	0,4	4,7
dar. hauptberuflich Tätige											
Baden-Württemberg ..	80 252	35 590	44,3	36,3	0,8	7,3	44 662	55,7	49,4	0,3	6,0
Bayern	77 949	35 217	45,2	39,1	0,7	5,4	42 732	54,8	48,3	0,4	6,1
Berlin	32 122	15 022	46,8	39,9	2,2	4,7	17 100	53,2	46,8	1,4	5,1
Brandenburg ⁴	6 696	3 944	58,9	45,7	1,2	11,9	2 752	41,1	27,5	1,4	12,2
Bremen	4 781	2 946	61,6	52,0	1,8	7,8	1 835	38,4	27,9	1,6	8,8
Hamburg	16 864	7 609	45,1	38,9	0,8	5,4	9 255	54,9	50,2	0,8	3,9
Hessen	39 914	17 067	42,8	36,5	0,4	5,9	22 847	57,2	49,6	0,3	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 175	4 693	38,5	34,1	0,3	4,2	7 482	61,5	55,8	0,2	5,4
Niedersachsen	42 775	18 658	43,6	37,6	0,6	5,4	24 117	56,4	50,2	0,4	5,7
Nordrhein-Westfalen ..	105 234	48 556	46,1	37,7	0,6	7,8	56 678	53,9	47,8	0,6	5,4
Rheinland-Pfalz	20 381	8 754	43,0	34,4	-	8,5	11 627	57,0	49,7	-	7,4
Saarland	9 112	3 131	34,4	29,6	0,9	3,9	5 981	65,6	62,2	0,4	3,0
Sachsen	31 184	14 940	47,9	41,8	1,2	4,9	16 244	52,1	45,8	0,7	5,5
Sachsen-Anhalt	14 248	5 409	38,0	31,9	0,8	5,3	8 839	62,0	54,4	0,8	6,8
Schleswig-Holstein ...	14 309	5 582	39,0	33,7	0,5	4,8	8 727	61,0	55,2	0,5	5,4
Thüringen	13 271	6 141	46,3	39,6	0,9	5,8	7 130	53,7	48,1	0,6	5,0

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen.

- 1 Ohne studentische Hilfskräfte.
- 2 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.
- 3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.
- 4 Einschl. Personal für die Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg.

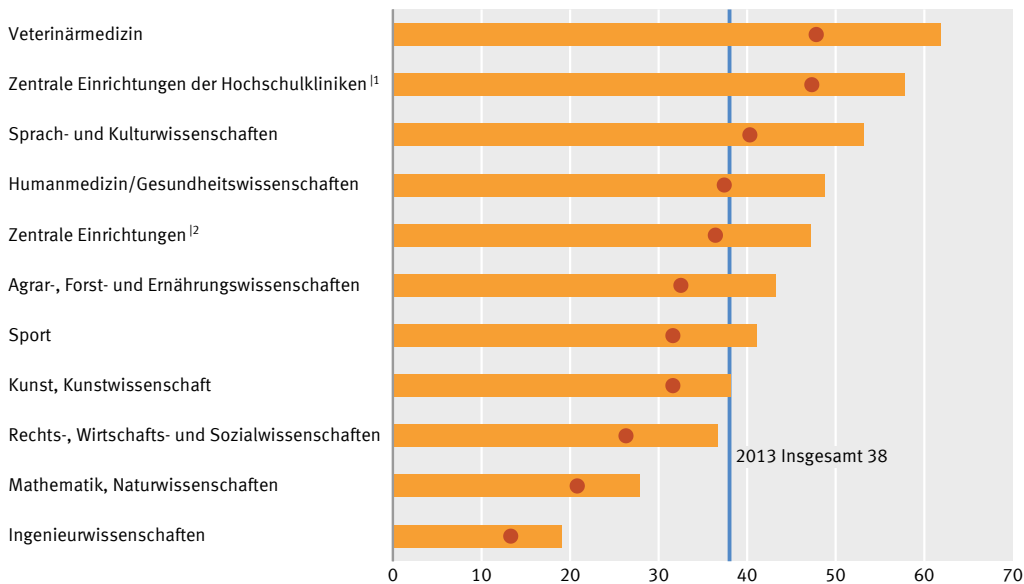
	Personal		Davon							
			Professoren/Professorinnen		Dozenten/Dozentinnen und Assistenten/Assistentinnen		wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen		Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	233 259	37,7	45 013	21,3	3 693	36,1	174 701	41,2	9 852	50,3
Sprach- und Kulturwissenschaften	27 587	53,2	6 353	36,4	531	45,0	17 389	57,9	3 314	61,9
Sport, Sportwissenschaft	1 747	41,1	259	19,3	13	23,1	1 119	45,9	356	42,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	30 296	36,6	10 896	24,4	1 225	30,7	16 542	44,4	1 633	43,5
Mathematik, Naturwissenschaften	52 955	27,8	8 961	15,0	682	27,6	42 226	30,3	1 086	35,4
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	56 188	48,7	3 742	18,3	663	52,3	51 707	50,9	76	72,4
Veterinärmedizin	1 278	61,8	178	24,7	40	60,0	1 056	68,2	4	50,0
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	4 466	43,2	1 019	23,1	13	38,5	3 326	49,0	108	52,8
Ingenieurwissenschaften	37 663	19,0	9 316	10,5	319	16,0	27 296	21,7	732	27,5
Kunst, Kunstwissenschaft	7 026	38,1	3 654	30,2	118	44,9	2 241	51,0	1 013	37,2
Zentrale Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen)	12 927	47,2	619	27,0	60	36,7	10 793	46,5	1 455	61,7
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin)	1 126	57,8	16	25,0	29	82,8	1 006	55,2	75	90,7

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen. – Zuordnung des Personals nach fachlicher Zugehörigkeit.

Weibliches Personal nach Fächergruppen

Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, in %

■ 2013 ● 2003



1 Nur Humanmedizin.
2 Ohne klinikspezifische Einrichtungen.

2015 - 01 - 0133

3.7 Weiterbildung

3.7.1 Berufliche Weiterbildung von Erwerbspersonen 2014

	Teilnehmer/-innen			
	insgesamt		männlich	weiblich
	1 000	%		
Deutschland	7 158	100	51,9	48,1
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 25	429	6,0	50,0	50,0
25 – 35	1 695	23,7	50,1	49,9
35 – 45	1 816	25,4	53,6	46,4
45 – 55	2 125	29,7	51,7	48,3
55 und mehr	1 093	15,3	52,7	47,3
nach Bildungsabschluss				
Allgemeine Schulausbildung				
Haupt- (Volks-)schulabschluss	872	12,2	68,0	32,0
Abschluss der Polytechnischen Oberschule	477	6,7	47,4	52,6
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	1 969	27,5	47,5	52,5
Fachhochschulreife	877	12,2	57,5	42,5
Hochschulreife	2 903	40,6	49,0	51,0
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	9	0,1	/	56,6
Ohne allgemeinen Schulabschluss ¹ ²	51	0,7	59,2	40,8
Berufliche Ausbildung				
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ³	3 018	42,2	53,3	46,7
Fachschulabschluss ⁴	1 050	14,7	46,9	53,1
Fachschule der ehemaligen DDR	93	1,3	18,2	81,8
Bachelor	167	2,3	50,3	49,7
Master	128	1,8	52,7	47,3
Diplom ⁵	1 998	27,9	52,1	47,9
Promotion	256	3,6	62,1	37,9
Ohne Berufsausbildung ¹ ⁶	449	6,3	54,3	45,7
nach Stellung im Beruf				
Selbstständige	770	10,8	60,8	39,2
Mithelfende Familienangehörige	8	0,1	/	/
Beamte/Beamtinnen	699	9,8	52,1	47,9
Angestellte ⁷	4 885	68,2	46,1	53,9
Auszubildende	120	1,7	56,2	43,8
Arbeiter/-innen	664	9,3	83,0	17,0
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	12	0,2	50,6	49,5
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	58	0,8	77,3	22,7
Produzierendes Gewerbe	1 514	21,1	79,8	20,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	789	11,0	55,4	44,6
Sonstige Dienstleistungen	4 785	66,8	42,2	57,8
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	12	0,2	50,6	49,5

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. ohne Angabe.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie einer geringen Anzahl von Personen mit Altnausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

5 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

7 Einschl. geringfügig Beschäftigte.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.2 Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen 2013

	Teilnahmen				Darunter in							
	insgesamt	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	Industrie und Handel				Handwerk			
					zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung
	Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%		
Insgesamt	115 872	65,0	35,0	86,8	58 092	59,0	41,0	78,3	47 898	79,2	20,8	97,0
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen												
Fachkaufmann/-kauffrau	10 509	46,0	54,0	85,1	7 065	31,0	69,0	80,0	3 396	77,7	22,3	95,7
Fachwirt/-in	35 601	54,5	45,5	81,0	24 096	45,1	54,9	73,6	10 185	79,4	20,6	97,8
Fachkraft für Datenverarbeitung	2 322	61,1	38,9	95,9	525	96,0	4,0	89,1	1 797	50,9	49,1	97,7
Fremdsprachliche Fachkraft	2 457	20,1	79,9	70,3	2 457	20,1	79,9	70,3	-	-	-	-
Fachkraft für Schreibtechnik	579	31,1	68,9	86,5	579	31,1	68,9	86,5	-	-	-	-
Betriebswirt/-in	4 044	71,6	28,4	81,2	3 993	71,5	28,5	81,0	51	70,6	29,4	88,2
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	8 514	45,4	54,6	88,6	1 854	50,8	49,2	78,0	3 657	61,1	38,9	95,2
Zusammen	64 026	51,7	48,3	82,9	40 569	44,5	55,5	75,8	19 086	72,9	27,1	96,9
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen												
Industriemeister/-in	11 532	95,2	4,8	87,3	11 532	44,5	55,5	87,3	-	-	-	-
Fachmeister/-in	2 394	85,2	14,8	74,4	2 394	85,2	14,8	74,4	-	-	-	-
Handwerksmeister/-in	23 268	81,8	18,2	97,8	-	-	-	-	23 268	81,8	18,2	97,8
Sonstige Meisterprüfungen	2 487	74,1	25,9	80,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	8 691	90,5	9,5	88,4	3 597	89,8	10,2	80,2	5 010	91,0	9,0	94,3
Zusammen	48 372	86,3	13,7	91,5	17 532	92,7	7,3	84,1	28 278	83,4	16,6	97,2
Sonstige Fortbildungsprüfungen												
Fachhelfer im Gesundheitswesen ..	2 844	0,1	99,9	90,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Fortbildungsprüfungen ..	630	78,6	21,4	97,1	-	-	-	-	531	79,7	20,3	97,7
Zusammen	3 474	14,3	85,7	91,5	-	-	-	-	531	79,7	20,3	97,7

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3.7.3 Volkshochschulen 2013

	Volkshochschulen	Kursveranstaltungen				Einzelveranstaltungen			
		insgesamt		Belegungen ¹		insgesamt		Besucher/-innen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	917	583 633	100	6 371 025	100	94 923	100	2 421 095	100
Baden-Württemberg	172	120 058	20,6	1 270 531	19,9	19 423	20,5	506 689	20,9
Bayern	190	127 265	21,8	1 472 185	23,1	38 731	40,8	1 001 704	41,4
Berlin	12	18 862	3,2	225 922	3,5	926	1,0	14 616	0,6
Brandenburg	19	6 707	1,1	59 304	0,9	670	0,7	8 527	0,4
Bremen	2	4 240	0,7	53 444	0,8	828	0,9	16 334	0,7
Hamburg	1	7 724	1,3	97 566	1,5	71	0,1	1 074	0,0
Hessen	32	40 644	7,0	422 205	6,6	3 614	3,8	99 911	4,1
Mecklenburg-Vorpommern	11	4 960	0,8	51 986	0,8	1 133	1,2	21 053	0,9
Niedersachsen	60	62 773	10,8	669 862	10,5	3 659	3,9	119 051	4,9
Nordrhein-Westfalen	132	98 700	16,9	1 100 253	17,3	13 851	14,6	350 665	14,5
Rheinland-Pfalz	70	27 945	4,8	295 221	4,6	4 043	4,3	103 363	4,3
Saarland	16	7 027	1,2	73 781	1,2	1 441	1,5	35 299	1,5
Sachsen	17	15 028	2,6	151 007	2,4	1 542	1,6	25 911	1,1
Sachsen-Anhalt	15	6 472	1,1	69 699	1,1	1 147	1,2	15 537	0,6
Schleswig-Holstein	145	26 008	4,5	265 464	4,2	2 905	3,1	82 979	3,4
Thüringen	23	9 220	1,6	92 595	1,5	939	1,0	18 382	0,8
nach Programmbereichen und Fachgebieten									
Politik, Gesellschaft, Umwelt	42 088	7,2	596 835	9,4	45 136	47,6	1 179 971	48,7
Kultur, Gestalten	93 853	16,1	935 746	14,7	21 089	22,2	836 905	34,6
Gesundheit	196 169	33,6	2 368 928	37,2	12 799	13,5	248 492	10,3
Arbeit, Beruf	62 750	10,8	552 379	8,7	5 960	6,3	59 621	2,5
Grundbildung, Schulabschlüsse	14 927	2,6	140 963	2,2	495	0,5	7 419	0,3
Sprachen	173 846	29,8	1 776 174	27,9	9 444	9,9	88 687	3,7

1 Mehrfachzählungen: Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin wird entsprechend der Zahl seiner/ihrer Belegungen gezählt.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

3.8 Ausbildungsförderung

3.8.1 Geförderte nach BAföG 2014

	Insgesamt	Schüler/-innen	Studierende
Anzahl			
Insgesamt	924 770	278 194	646 576
davon:			
Männlich	409 370	105 573	303 797
Weiblich	515 400	172 621	342 779
davon:			
Bei den Eltern wohnend	254 273	119 039	135 234
Nicht bei den Eltern wohnend ..	670 497	159 155	511 342
EUR			
Durchschnittliche monatliche Fördermittel pro Person	439	418	448

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Eine Förderung nach dem **BAföG** (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. auswärtige Unterbringung) sowie für Schülerinnen und Schüler an Abendschulen, Kollegs, Fach(ober-)schulen u. ä. gewährt.

Durch Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts wurden Nachzahlungen für die Kosten bei auswärtiger Unterbringung behinderter Auszubildender geleistet. Dies trug zum Teil zu einer wesentlichen Erhöhung des durchschnittlichen monatlichen Förderungsbetrages bei den Schülerinnen und Schülern bei.

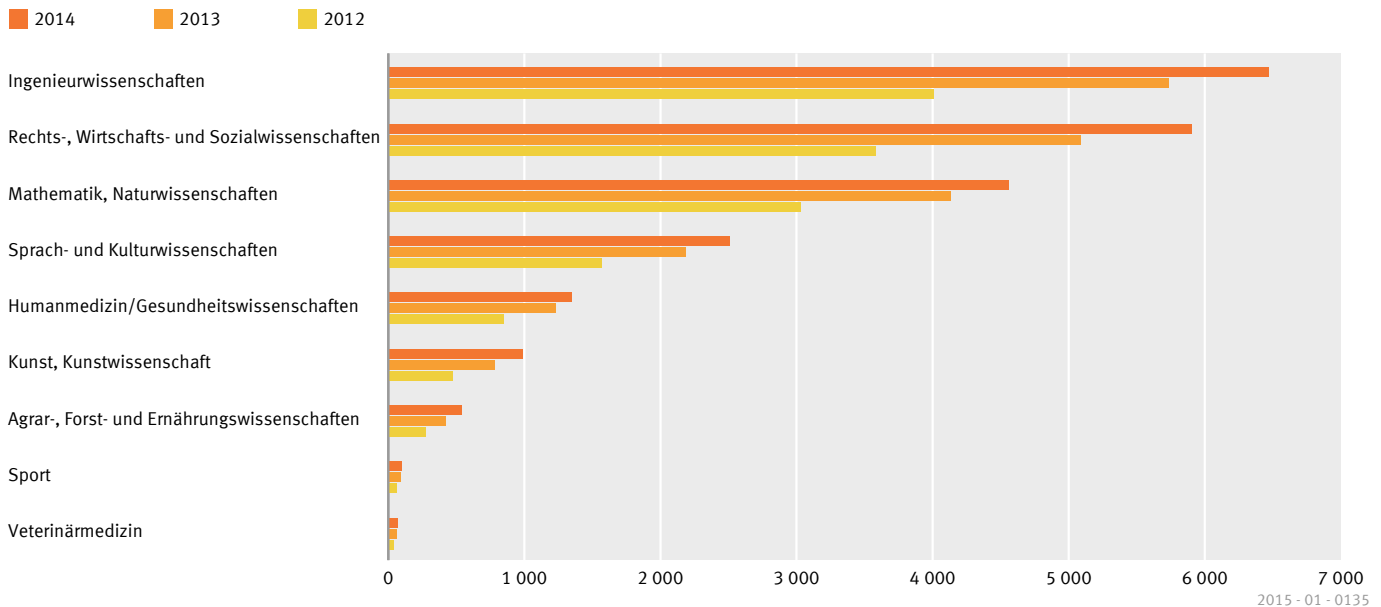
3.8.2 Geförderte nach AFBG

	Insgesamt	Davon	
		Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
Geförderte			
2013	171 396	72 242	99 154
2014	171 815	75 057	96 758
Finanzieller Aufwand in Mill. EUR			
Bewilligung insgesamt			
2013	576	416	160
2014	588	433	155
davon (2014):			
Darlehen			
Bewilligung	397	290	107
In Anspruch genommen	309	227	82
Zuschuss	190	143	48

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).

Förderleistungen nach dem **AFBG** (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) können Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten, die eine Fortbildungsmaßnahme über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-/Gehilfenprüfung bzw. eines Berufsfachschulabschlusses anstreben (z. B. Handwerksmeister/-in, Fachwirt/-in). Die Maßnahme muss unterhalb der Hochschulebene durchgeführt werden.

Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Fächergruppen



3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler für öffentliche Schulen nach Ländern

	Ausgaben je Schüler/-in							
	alle Schularten		allgemeinbildende Schulen		berufliche Schulen		dar. Berufsschulen im dualen System ¹	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	EUR							
Deutschland	6 300	6 200	6 800	6 700	4 300	4 200	2 700	2 700
Baden-Württemberg	6 300	6 200	6 700	6 700	5 000	4 900	2 800	2 800
Bayern	6 800	6 600	7 600	7 300	4 300	4 100	2 800	2 800
Berlin	7 500	7 400	8 200	8 200	4 700	4 700	3 100	3 000
Brandenburg	6 500	6 500	7 000	7 100	4 300	4 100	3 400	3 500
Bremen	6 300	6 300	7 400	7 400	3 800	3 700	2 600	2 500
Hamburg	7 600	7 400	8 500	8 300	5 000	4 900	3 300	3 300
Hessen	6 500	6 600	7 100	7 200	4 600	4 700	2 900	2 900
Mecklenburg-Vorpommern	6 100	6 000	6 800	6 900	3 600	3 300	2 700	2 400
Niedersachsen	5 900	5 800	6 500	6 400	4 000	4 100	2 300	2 400
Nordrhein-Westfalen	5 500	5 300	6 000	5 800	3 800	3 700	2 400	2 400
Rheinland-Pfalz	6 000	6 000	6 600	6 500	4 100	4 100	2 600	2 600
Saarland	5 800	5 600	6 700	6 400	3 600	3 500	2 400	2 400
Sachsen	6 700	6 900	7 200	7 600	4 900	4 700	3 100	3 000
Sachsen-Anhalt	7 400	7 500	8 200	8 500	4 300	4 300	3 000	2 900
Schleswig-Holstein	5 600	5 400	6 100	5 900	4 000	3 800	2 800	2 700
Thüringen	8 000	8 000	8 500	8 700	6 200	5 800	4 100	3 800

Einschl. Schulverwaltung.– Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Teilzeitunterricht.

3.9.2 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Finanzierungsbetrachtung 2011

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben in Mrd. EUR						
		öffentlicher Bereich				privater Bereich	Ausland	insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	zusammen			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	17,4	93,4	20,7	131,5	24,5	0,6	156,6
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	11,4	86,0	19,4	116,8	18,9	0,6	136,2
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	0,0	5,4	6,3	11,7	3,7	0,0	15,4
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	5,5	56,0	12,7	74,1	9,9	0,0	84,0
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	2,2	50,2	8,3	60,6	2,1	0,0	62,7
	Berufliche Bildungsgänge	1,1	5,5	1,9	8,5	0,2	0,0	8,7
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	2,2	0,3	0,2	2,7	7,6	0,0	10,3
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	5,8	22,8	0,2	28,7	5,3	0,6	34,6
	dar. Forschung und Entwicklung an Hochschulen	3,3	7,8	0,0	11,1	1,9	0,6	13,5
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	0,1	1,9	0,2	2,2	0,0	0,0	2,2
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,6	0,0	5,6
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	6,0	7,4	1,3	14,7	0,0	0,0	14,7
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	3,7	2,5	4,6	10,8	10,7	0,0	21,5
A+B	Bildungsbudget insgesamt	21,1	95,9	25,3	142,3	35,2	0,6	178,0
C	Forschung und Entwicklung	11,7	10,6	0,2	22,4	50,0	3,2	75,6
C10	Wirtschaft	1,9	0,3	0,0	2,2	46,8	2,1	51,1
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,9	0,4	0,1	1,4	0,1	0,0	1,5
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	5,5	2,1	0,0	7,7	1,2	0,5	9,5
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	3,3	7,8	0,0	11,1	1,9	0,6	13,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	2,0	1,3	1,3	4,6	0,4	0,1	5,1
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	31,5	100,0	26,7	158,2	83,7	3,2	245,1
	Nachrichtlich:							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte/-innen des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	0,0	11,3	0,0	11,3	0,0	0,0	11,3
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte/-innen des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Funktionen 118 und 138)	0,0	15,6	0,0	15,6	0,0	0,0	15,6

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12“ und „Bildungsfinanzbericht 2014“.

3 Bildung

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

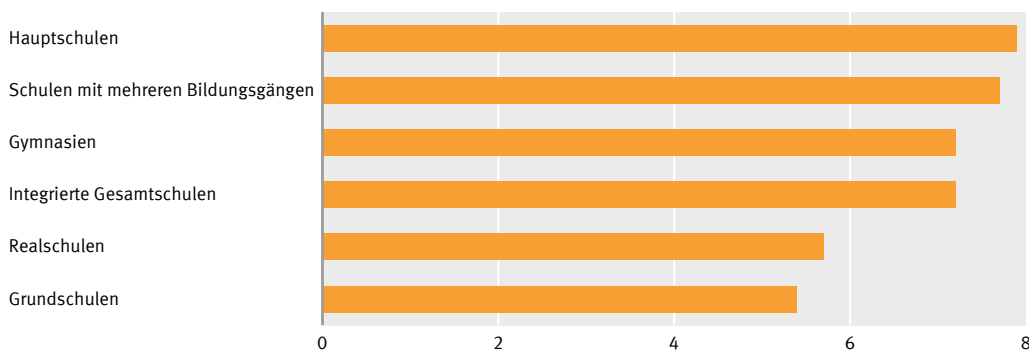
3.9.3 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Durchführungsbetrachtung

Bereichskennung	Bereich	Ausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
		2012	2011	2012	2011
		Mrd. EUR		%	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	156,8	156,6	5,7	5,8
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	136,4	136,2	5,0	5,0
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	/	15,4	/	0,6
A32	ISCED 1 – 4 – Schulen und schulnaher Bereich	/	84,0	/	3,1
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	/	62,7	/	2,3
	Berufliche Bildungsgänge	/	8,7	/	0,3
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	/	10,3	/	0,4
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	/	34,6	/	1,3
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	/	13,5	/	0,5
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	/	2,2	/	0,1
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	5,7	5,6	0,2	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	14,6	14,7	0,5	0,5
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	21,7	21,5	0,8	0,8
A+B	Bildungsbudget insgesamt	178,4	178,0	6,5	6,6
C	Forschung und Entwicklung	79,2	75,6	2,9	2,8
C10	Wirtschaft	53,8	51,1	2,0	1,9
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,6	1,5	0,1	0,1
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	9,9	9,5	0,4	0,4
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	13,9	13,5	0,5	0,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	5,1	5,1	0,2	0,2
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	248,9	245,1	9,0	9,1

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12“ und „Bildungsfinanzbericht 2014“.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2012

in 1 000 EUR



Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben.

2015 - 01 - 0136

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.4 Ausgaben der Hochschulen

	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben	
			zusammen		davon					
					Personalausgaben		übrige laufende Ausgaben			
	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Deutschland	46 301	2,9	42 327	4,8	26 583	4,6	15 744	5,2	3 974	- 14,4
Baden-Württemberg	6 963	2,8	6 360	4,6	4 030	3,7	2 330	6,0	603	- 12,9
Bayern	7 107	4,4	6 265	6,2	3 978	6,0	2 287	6,6	842	- 7,8
Berlin	3 016	4,1	2 851	4,8	1 759	4,0	1 092	6,1	165	- 6,8
Brandenburg	523	3,8	445	4,2	338	4,1	107	4,4	78	1,9
Bremen	438	0,4	413	2,4	291	5,0	122	- 3,3	26	- 24,2
Hamburg	1 636	5,9	1 548	5,4	924	8,0	625	1,7	88	16,0
Hessen	3 609	- 2,3	3 262	5,4	2 109	6,0	1 153	4,4	346	- 42,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 062	- 8,3	907	2,6	590	1,6	318	4,3	155	- 43,5
Niedersachsen	3 786	5,8	3 497	5,7	2 199	4,4	1 298	7,9	289	7,3
Nordrhein-Westfalen	9 608	3,1	8 972	5,2	5 327	4,9	3 645	5,7	636	- 20,2
Rheinland-Pfalz	1 668	3,6	1 599	4,1	1 006	4,4	594	3,6	69	- 5,8
Saarland	729	- 2,8	676	- 1,1	430	0,3	246	- 3,4	53	- 20,2
Sachsen	2 413	5,6	2 074	5,3	1 410	5,3	663	5,3	340	7,9
Sachsen-Anhalt	1 241	4,4	1 143	3,4	734	3,4	410	3,2	98	18,0
Schleswig-Holstein	1 456	0,7	1 360	1,3	785	1,2	574	1,4	96	- 7,2
Thüringen	1 045	3,4	954	3,8	674	3,9	281	3,5	91	- 0,8
	nach Hochschularten									
Universitäten	39 853	2,1	36 492	4,3	22 527	4,2	13 965	4,6	3 361	- 17,2
Universitäten, ohne medizinische Einrichtungen	19 001	2,5	17 068	4,8	11 746	4,3	5 322	5,7	1 933	- 13,8
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	20 852	1,7	19 424	4,0	10 782	4,0	8 643	4,0	1 428	- 21,5
Pädagogische Hochschulen	134	5,3	129	5,6	105	5,6	24	5,6	6	- 2,0
Theologische Hochschulen	41	6,5	40	7,0	29	8,6	11	3,1	1	- 6,2
Kunsthochschulen	621	2,6	592	6,0	427	4,8	165	9,4	29	- 38,2
Fachhochschulen	5 311	9,0	4 750	8,6	3 274	7,9	1 476	10,3	560	12,9
Verwaltungsfachhochschulen	342	1,4	324	6,1	221	4,7	103	9,0	17	- 44,4
	nach Fächergruppen									
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 111	3,2	2 059	2,9	1 734	3,2	325	0,8	52	18,6
Sport, Sportwissenschaft	177	- 0,1	165	2,2	126	2,6	39	0,9	13	- 22,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	2 907	4,0	2 800	5,1	2 192	5,7	608	3,1	107	- 17,9
Mathematik, Naturwissenschaften	5 083	2,2	4 513	3,2	3 557	4,2	956	- 0,4	570	- 5,1
Humanmedizin, Gesundheitswissen- schaften (einschl. zentrale Einrich- tungen der Hochschulkliniken)	20 924	1,8	19 493	4,0	10 825	4,1	8 669	4,0	1 431	- 21,4
Veterinärmedizin	178	1,9	165	- 0,1	128	2,9	37	- 9,2	13	34,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissen- schaften	508	3,2	472	2,9	370	4,2	102	- 1,5	36	7,6
Ingenieurwissenschaften	4 292	6,7	3 802	5,9	3 126	6,3	677	4,2	489	13,6
Kunst, Kunstwissenschaft	729	3,4	695	4,4	546	3,7	149	7,4	34	- 14,9
Hochschule insgesamt, zentrale Einrich- tungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	9 392	3,5	8 163	8,1	3 980	5,8	4 183	10,3	1 229	- 18,9

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.5 Monetäre Kennzahlen für Hochschulen

	Laufende Ausgaben (Grundmittel) ¹						Drittmittel je Professor/-in ¹³		Drittmittel je wissenschaftlichem Personal ¹²	
	je Studierende(n)		je wissenschaftl. Personal ¹²		je Professor/-in ¹³		2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr				
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Deutschland (Hochschulen)	6 910	-0,2	112 269	1,7	424 767	2,7	43 864	3,2	165 958	4,2
Deutschland (Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen)	5 873	0,0	122 487	1,8	371 199	2,9	45 059	3,0	136 553	4,1
Hochschulen insgesamt ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen nach Ländern										
Baden-Württemberg	6 909	6,1	117 400	10,3	367 764	10,9	44 394	1,8	139 066	2,4
Bayern	6 050	-0,6	106 078	-0,8	351 831	-0,5	40 979	6,2	135 914	6,5
Berlin	5 450	4,3	116 596	5,0	324 251	8,3	54 556	-4,8	151 719	-1,7
Brandenburg	5 507	6,4	117 642	8,0	343 549	6,5	46 166	1,7	134 820	0,3
Bremen	5 738	-4,5	122 955	-2,8	336 846	1,5	71 859	-3,7	196 863	0,5
Hamburg	5 537	-7,4	122 417	-1,5	368 350	-1,5	45 661	19,7	137 393	19,7
Hessen	5 907	-0,2	141 735	0,9	416 200	1,9	41 243	1,2	121 108	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	6 379	2,9	124 336	2,1	338 446	3,7	38 425	3,7	104 593	5,3
Niedersachsen	7 460	-1,5	136 206	0,1	403 534	1,7	47 707	4,5	141 340	6,2
Nordrhein-Westfalen	4 726	-4,0	123 225	-2,5	386 644	-0,2	44 437	0,0	139 430	2,4
Rheinland-Pfalz	5 318	-1,6	122 404	-0,3	344 022	-0,1	29 722	14,9	83 536	15,1
Saarland	6 677	7,6	137 996	39,0	426 876	9,9	33 983	-12,9	105 121	-31,1
Sachsen	6 783	3,1	134 383	2,1	377 174	4,6	71 805	4,2	201 536	6,7
Sachsen-Anhalt	7 101	3,3	141 538	3,6	394 999	4,1	33 432	1,3	93 301	1,9
Schleswig-Holstein	5 330	3,5	122 678	1,4	332 873	3,4	37 019	14,4	100 448	16,7
Thüringen	7 232	-2,4	123 146	-3,4	364 270	-1,2	45 140	11,8	133 526	14,5
Hochschulen nach Hochschularten										
Universitäten, ohne Medizinische Einrichtungen ¹⁴	6 642	-0,6	132 557	1,2	536 040	2,8	60 259	3,2	243 678	4,9
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	28 921	0,0	80 538	0,7	1 054 845	1,6	42 375	3,7	555 005	4,6
Kunsthochschulen	14 547	-0,3	111 969	2,2	247 760	3,6	6 836	5,3	15 127	6,7
Fachhochschulen	4 008	3,0	99 735	4,4	194 884	5,8	13 886	5,1	27 133	6,5
Hochschulen nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	4 895	-1,8	110 075	-0,6	409 342	0,9	27 652	1,4	102 830	3,0
Sport, Sportwissenschaft	6 648	3,9	136 396	3,5	784 751	3,2	32 675	16,5	187 996	16,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3 833	0,7	102 660	2,5	295 529	2,7	18 523	3,4	53 322	3,5
Mathematik, Naturwissenschaften	8 737	-0,7	140 335	1,4	483 214	3,9	71 082	2,6	244 754	5,1
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	22 763	-3,3	79 801	0,9	984 322	1,5	41 800	3,7	515 588	4,3
Veterinärmedizin	17 990	9,9	174 093	5,5	860 081	5,6	39 229	9,8	193 808	9,9
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 685	1,7	166 856	5,7	447 603	7,8	62 683	9,0	168 150	11,1
Ingenieurwissenschaften	6 607	0,9	138 219	2,4	365 053	2,9	69 095	1,2	182 488	1,8
Kunst, Kunstwissenschaft	9 188	-0,3	107 458	1,3	253 319	2,6	10 424	9,7	24 572	11,1
Fächergruppen zusammen	6 910	-0,2	112 269	1,7	424 767	2,7	43 864	3,2	165 958	4,2

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Laufende Ausgaben zuzüglich unterstellte Sozialbeiträge des verbeamteten Hochschulpersonals abzüglich der Einnahmen und Ausgaben für Mieten und Pachten.

2 Ohne Drittmittelpersonal.

3 Ohne drittmittelfinanzierte Professoren/Professorinnen.

4 Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.1 Nach durchführenden Bereichen

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	79 730	0,8	588 615	- 0,4	354 463	0,6
Öffentlicher Bereich und private Institutionen ohne Erwerbszweck	11 862	4,6	98 161	2,4	56 755	2,1
Bundes-, Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ^{1,2,3}	1 249	- 2,4	11 851	- 2,2	5 065	- 5,0
Überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen ³	10 613	5,5	86 310	3,0	51 690	2,8
Hochschulen ³	14 302	2,3	130 079	1,7	99 123	2,0
Unternehmensbereich	53 566	- 0,4	360375	- 1,9	198 585	- 0,5

1 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

2 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

3 Forschungsanteile.

3.10.2 Im öffentlichen Bereich und privaten Institutionen ohne Erwerbszweck

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal ¹			
	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ²	
			2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	11 862	4,6	98 161	2,4	56 755	4,7
nach Institutionen						
Bundesauftragseinrichtungen ³	1 046	- 0,1	9 450	1,4	3 938	0,4
Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ^{3,4}	203	- 12,8	2 401	- 4,2	1 127	- 21,6
Helmholtz-Zentren ⁵	4 012	7,0	30 764	4,6	17 894	12,4
Max-Planck-Institute	1 695	2,3	12 716	- 0,1	7 438	9,5
Fraunhofer-Institute	2 010	6,4	15 759	2,9	9 997	- 3,6
Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“) ⁵ ..	1 272	7,8	11 969	7,4	6 968	10,8
Sonstige Forschungseinrichtungen ^{3,4} ..	1 183	0,5	11 535	- 3,7	8 064	- 2,1
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen ^{3,4}	441	8,3	3 568	12,1	1 329	8,7
nach Wissenschaftszweigen						
Naturwissenschaften	5 740	5,2	45 581	3,3	25 722	5,4
Ingenieurwissenschaften	3 075	7,2	24 697	3,7	14 445	- 4,2
Medizin	1 049	2,5	9 094	3,9	4 861	11,7
Agrarwissenschaften	562	- 7,8	5 560	- 4,5	2 467	0,8
Sozial- und Geisteswissenschaften	1 436	4,0	13 229	- 0,9	8 102	2,6

Ohne Hochschulen.

1 Auf Vollzeitbeschäftigung umgerechnet.

2 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

3 Forschungsanteile.

4 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

5 Institute, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.3 Unternehmensbereich 2013

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)			Forschungspersonal	
	insgesamt	davon		darunter finanziert von der Wirtschaft	insgesamt
		interne FuE- Aufwendungen	externe FuE- Aufwendungen außer- halb des Wirtschafts- sektors		
	Mill. EUR			%	Vollzeitäquivalent
Insgesamt	59 177	53 566	5 611	91,0	360 375
	nach Wirtschaftszweigen				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	208	144	64	92,7	1 338
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	16	15	1	81,1	161
Verarbeitendes Gewerbe	51 001	46 049	4 952	92,4	298 838
H. v. Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	328	315	13	96,2	2 654
H. v. Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	118	113	5	91,1	1 350
H. v. Holzwaren, Papier, Pappe und Druckerzeugnissen	238	227	11	80,3	1 766
Kokerei und Mineralölverarbeitung	94	94	0	96,9	309
H. v. chemischen Erzeugnissen	3 810	3 347	464	93,6	21 481
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	5 235	4 075	1 160	86,4	18 767
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren sowie Glaswaren und Keramik	1 286	1 262	24	92,2	10 623
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metall- erzeugnissen	1 331	1 273	57	80,6	11 458
H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 770	7 342	428	95,0	56 346
H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 250	2 130	120	93,4	19 859
Maschinenbau	5 532	5 388	144	95,9	41 941
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	18 991	17 187	1 804	94,3	92 815
Sonstiger Fahrzeugbau	2 680	2 018	662	80,8	11 607
Sonst. H. v. Waren, Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	1 340	1 279	61	90,8	7 861
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung	235	209	27	89,2	1 020
Baugewerbe/Bau	85	80	5	84,3	1 016
Information und Kommunikation	3 291	3 170	121	87,3	23 240
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	308	290	17	99,8	1 483
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 607	32 01	406	75,1	29 069
dar. Institutionen für Gemeinschaftsforschung	427	270	157	32,8	3 372
Restliche Abschnitte	429	408	21	75,7	4 210

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Quellen: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2013

	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen ¹	Wirtschaft		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
	Mill. EUR				% des Bruttoinlandsprodukts ²			
Deutschland ³	79 730	11 862	14 302	53 566	2,84	0,42	0,51	1,91
Baden-Württemberg	20 204	1 748	2 187	16 268	4,80	0,42	0,52	3,87
Bayern	15 942	1 614	2 186	12 142	3,16	0,32	0,43	2,41
Berlin	4 021	1 384	955	1 682	3,58	1,23	0,85	1,50
Brandenburg	937	444	223	270	1,55	0,74	0,37	0,45
Bremen	793	284	212	296	2,69	0,97	0,72	1,01
Hamburg	2 318	470	516	1 333	2,33	0,47	0,52	1,34
Hessen	6 865	557	1 020	5 288	2,83	0,23	0,42	2,18
Mecklenburg-Vorpommern	683	265	241	178	1,83	0,71	0,65	0,48
Niedersachsen	7 009	971	1 293	4 745	2,84	0,39	0,52	1,92
Nordrhein-Westfalen	11 761	2 009	3 020	6 732	1,94	0,33	0,50	1,11
Rheinland-Pfalz	2 655	205	532	1 918	2,14	0,17	0,43	1,54
Saarland	462	133	150	179	1,42	0,41	0,46	0,55
Sachsen	2 871	848	862	1 162	2,74	0,81	0,82	1,11
Sachsen-Anhalt	780	273	279	228	1,43	0,50	0,51	0,42
Schleswig-Holstein	1 198	301	289	607	1,47	0,37	0,36	0,75
Thüringen	1 158	273	335	550	2,20	0,52	0,64	1,05

1 Interne FuE-Aufwendungen.

2 BIP für Deutschland; Stand Februar 2015.

3 Einschl. nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

3.10.5 Personal für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2013

	Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
Deutschland ¹	588 615	98 161	130 079	360 375
Baden-Württemberg	137 730	15 048	20 871	101 811
Bayern	113 129	13 412	20 186	79 531
Berlin	31 824	11 216	9 200	11 408
Brandenburg	9 378	3 953	2 335	3 091
Bremen	6 294	2 166	1 920	2 208
Hamburg	14 809	3 220	4 180	7 409
Hessen	46 681	4 257	8 469	33 954
Mecklenburg-Vorpommern	5 898	2 102	2 301	1 495
Niedersachsen	48 042	7 957	11 316	28 769
Nordrhein-Westfalen	93 116	16 343	24 821	51 952
Rheinland-Pfalz	19 747	1 910	4 665	13 171
Saarland	4 345	1 095	1 466	1 783
Sachsen	27 232	7 348	9 183	10 701
Sachsen-Anhalt	8 076	2 544	2 861	2 671
Schleswig-Holstein	10 680	2 665	2 809	5 205
Thüringen	11 201	2 491	3 494	5 215

1 Einschl. nicht zuzuordnendem Personal.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.11 Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen 2013

3.11.1 Anerkennungsverfahren nach Entscheidung vor Rechtsbehelf

Berufshauptgruppe ¹	Insgesamt	Abgeschlossene Verfahren	Entscheidung vor Rechtsbehelf				Noch keine Entscheidung
			negativ	positiv, d. h. vollständig gleichwertig	Auflage einer Ausgleichsmaßnahme	positiv, jedoch beschränkter Berufszugang ²	
Insgesamt	16 695	13 344	1 476	9 861	1 899	108	3 348
Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufe	21	21	6	15	–	–	–
Gartenbauberufe und Floristik	18	18	–	15	–	–	–
Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung	18	12	3	9	–	–	6
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung	84	60	27	33	–	–	21
Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung	27	24	9	15	–	–	3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe	216	168	72	93	–	–	51
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	477	357	141	207	6	–	123
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	702	516	153	339	–	21	189
Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	69	63	33	30	–	–	6
Textil- und Lederberufe	72	54	15	39	–	–	18
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	174	141	39	99	–	–	33
Bauplanungs-, Architektur- und Vermessungsberufe	24	24	15	9	–	–	3
Hoch- und Tiefbauberufe	144	117	30	24	3	63	27
(Innen-) Ausbauberufe	105	81	48	27	3	3	24
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	96	66	18	33	–	15	27
Mathematik-, Biologie-, Chemie- und Physikberufe	69	66	30	36	–	–	3
Informatik-, Informations- und Kommunikations-technologieberufe	66	57	27	30	–	–	6
Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung)	45	33	18	15	–	–	12
Führer/-innen von Fahrzeug- und Transportgeräten	27	21	6	15	–	–	6
Schutz-, Sicherheits- und Überwachungsberufe	15	12	9	3	–	–	3
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	27	18	9	12	–	–	6
Verkaufsberufe	258	222	42	177	–	–	36
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	183	153	60	96	–	–	30
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	561	462	156	303	–	–	99
Berufe in Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerberatung	42	36	24	12	–	–	6
Berufe in Recht und Verwaltung	69	57	21	12	24	–	12
Medizinische Gesundheitsberufe	12 732	10 236	348	8 058	1 830	–	2 496
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	309	213	102	84	21	3	93
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	15	12	6	6	–	–	3
Lehrende und auszubildende Berufe	12	9	3	–	6	–	–
Werbung, Marketing, kaufmännische und redaktionelle Medienberufe	3	3	3	–	–	–	–
Produktdesign und kunsthandwerkliche Berufe, bildende Kunst, Musikinstrumentenbau	6	3	–	3	–	–	3
Darstellende und unterhaltende Berufe	9	6	–	6	–	–	–

Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

1 Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010).

2 Beschränkter Berufszugang nach Handwerksordnung.

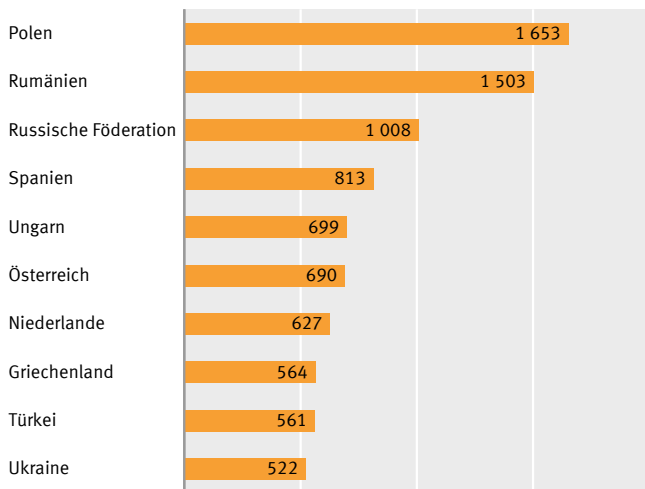
3.11 Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen 2013
 3.11.2 Bearbeitete Anträge der zehn häufigsten Referenzberufe nach Ausbildungsstaaten

Seit 1.4.2012 können Personen, die eine berufliche Ausbildung im Ausland abgeschlossen haben, auf Basis des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) einen Antrag auf Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung zu einer deutschen Berufsausbildung stellen. Das BQFG soll Fachkräften mit ausländischem Berufsabschluss helfen in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen zu können, die ihrer beruflichen Qualifikation entspricht.

Ausbildung wurde absolviert in ...	Insgesamt	Darunter									
		Arzt/Ärztin (Erteilung der Approbation)	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	Physiotherapeut/-in	Bürokaufmann/-kauffrau	Zahnarzt/Zahnärztin (Erteilung der Approbation)	Elektroniker/-in	Industriemechaniker/-in	Apotheker/-in (Erteilung der Approbation)	Tierarzt/Tierärztin (Erteilung der Approbation)	Logopäde/Logopädin
Insgesamt	16 695	6 687	3 810	579	429	294	195	189	186	162	159
Europäische Union	8 880	2 922	2 577	510	174	150	81	72	105	132	144
Übriges Europa	4 017	1 350	819	39	168	51	90	84	42	18	9
Afrika	999	726	45	6	21	12	6	6	12	3	-
Nordamerika	96	21	18	3	3	6	3	-	3	-	-
Süd- und Mittelamerika	351	186	42	12	6	18	-	3	12	3	-
Asien	2 280	1 449	303	12	60	60	15	24	12	6	-
Australien und Ozeanien	30	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-
Ohne Angabe, staatenlos, Staatsangehörigkeit ungeklärt	39	27	3	-	-	-	-	-	-	-	-

Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Anzahl der bearbeiteten Anträge der zehn häufigsten Ausbildungsstaaten 2013



Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

2015 - 01 - 0137

Methodik

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten zum Bildungsstand geben wichtige Aufschlüsse über die Qualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Bildungs- bzw. Ausbildungspotenzial unserer Gesellschaft. Sie werden auf der Grundlage des **Mikrozensusgesetzes** 2005 gewonnen. Ca. 1 % der Bevölkerung, die nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren ausgewählt werden, geben Auskunft u. a. über Schulbesuch und Bildungsstand.

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) bildet das berufliche Ausbildungsgeschehen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen vollständig und systematisch ab. Hierzu wird neben der Schulstatistik auch auf die Hochschulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Personalstatistik und die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) sowie dem Hessischen Statistischen Landesamt bearbeitet.

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die **Bundes-Schulstatistik** veröffentlicht Daten über Lehrende und Lernende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Aufgrund der im Grundgesetz geregelten Kulturhoheit der Länder wird in jedem Land eine an der jeweiligen Bildungspolitik orientierte und damit länderspezifische Schulstatistik durchgeführt. Für Ländervergleiche sowie für Bundeszwecke hat die Ständige Konferenz der Kultusminister einheitliche Begriffe und Definitionen sowie ein einheitliches Mindesterhebungsprogramm vorgegeben.

■ Auszubildende

Die **Berufsbildungsstatistik** erhebt und analysiert Daten über Auszubildende im dualen System (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) sowie über das nicht schulische Ausbildungspersonal. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz in der Fassung vom 5.2.2009. Die Angaben werden dabei von den zuständigen Stellen, z. B. Industrie- und Handelskammern, gemeldet (Sekundärstatistik). Neben den Berufen, die im dualen System ausgebildet werden, gibt es auch rein schulische Berufsausbildungen, insbesondere die meisten Gesundheitsdienstberufe. Angaben hierüber erhebt die **Schulstatistik**.

■ Hochschulen

Die **Studenten-, Prüfungs-, Personal-, Stellen-, Gasthörer- und Habilitationsstatistik** sind Totalerhebungen, die auf der Grundlage der zum 1.6.1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes jährlich bzw. semesterweise durchgeführt werden. Die Daten entstammen den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen und Prüfungsämter (Sekundärstatistik) und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

Die endgültigen Ergebnisse liegen je nach Einzelstatistik etwa drei bis neun Monate nach Ende des Berichtszeitraumes bzw. -punktes vor, vorläufige Daten der Studenten- und Personalstatistik z. T. auch deutlich früher. Hochschulstatistische Informationen stehen seit Mitte der 1970er Jahre für das frühere Bundesgebiet und seit 1992 für Deutschland in differenzierter Form zur Verfügung und sind regional auf den Ebenen Bund, Länder und einzelne Hochschulen vergleichbar.

■ Deutsche Studierende im Ausland

Die Statistik Deutsche Studierende im Ausland stützt sich auf eine Reihe verschiedenartiger Quellen. Hierzu gehören Eurostat, die OECD, das UNESCO Institute for Statistics sowie die jährliche Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den mit der Bildungsstatistik befassten Institutionen ausgewählter Staaten. Diese Statistik dokumentiert die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland.

■ Weiterbildung

Daten zur **betrieblichen Weiterbildung von Beschäftigten** werden im Rahmen der Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS - Continuing Vocational Training Survey) im Auftrag der Europäischen Kommission alle fünf Jahre erhoben.

Angaben zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen erhebt ebenfalls der **Mikrozensus**.

Aus der **Berufsbildungsstatistik** werden auch Zahlen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsprüfungen der Wirtschaftsorganisationen übernommen, z. B. der Handwerkskammern.

Die **Volkshochschulstatistik** erhebt und veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung im Auftrag des Verbandes der Volkshochschulen. In der amtlichen Statistik gibt es keine vergleichbare Erhebung. Um das weite Spektrum, insbesondere der Erwachsenenbildung, wenigstens in Auszügen darstellen zu können, greift das Statistische Bundesamt auf die Volkshochschulstatistik zurück.

■ Ausbildungsförderung

Die Statistiken nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage der jeweiligen Leistungsgesetze jährlich durchgeführt werden. Die Angaben zum BAföG und AFBG werden der amtlichen Statistik von den Landesrechenzentren bzw. IT-Dienstleistern, die mit der Berechnung der Förderungsbeiträge beauftragt sind, als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt (Sekundärstatistik).

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Die Datenbasis für die **Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler** bilden die Jahresrechnungsstatistik der staatlichen Haushalte und die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

Die **Hochschulfinanzstatistik** liefert wichtige Informationen zur allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern. Sie sind die Basis für eine Vielzahl von bildungs- und forschungspolitischen Entscheidungen. Die Statistik ist eine Totalerhebung, die jährlich bzw. vierteljährlich durchgeführt wird. Dabei sind alle Hochschulen und Hochschulkliniken bzw. die Stellen, die für diese Mittel bewirtschaften, auskunftspflichtig. Die Angaben für die Statistik entstammen weitestgehend den vorliegenden Verwaltungsdaten der Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt erhoben. Rechtsgrundlagen sind das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) sowie das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

■ Deutschlandstipendium

Die Statistiken zum Deutschlandstipendium (Stipendien und Mittelgeber) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage des Stipendienprogramm-Gesetzes (StipG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) jährlich durchgeführt werden. Die Angaben stammen von den einzelnen Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

In der **Statistik über Forschung und Entwicklung (FuE)** werden auf Grundlage der Verordnung Nr. 753/2004 der Europäischen Kommission die Sektoren Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (außeruniversitäre Einrichtungen), Hochschulen und Wirtschaft getrennt dargestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Daten für außeruniversitäre Einrichtungen durch eine Erhebung und berechnet die Ausgaben und das Personal für Hochschulen auf Grundlage der Hochschulstatistiken. Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH ermittelt die Daten zu FuE im Wirtschaftssektor durch eine Erhebung bei Unternehmen. Nach der Zusammenführung der Daten ergibt sich das Gesamtergebnis für alle Sektoren. Die jeweiligen Erhebungs- und Berechnungsverfahren entsprechen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD.

■ Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen

Seit 1.4.2012 können Personen, die eine berufliche Ausbildung im Ausland abgeschlossen haben, auf Basis des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) einen Antrag auf Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung zu einer deutschen Berufsausbildung stellen. Die Statistik nach dem BQFG bildet das Anerkennungs-geschehen bundesrechtlich geregelter Berufe ab.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abendgymnasien | Sie ermöglichen es befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Für die Aufnahme muss eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens zweijährige geregelte Berufstätigkeit nachgewiesen werden. Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll das 19. Lebensjahr im Schuljahr der Anmeldung vollendet haben. Die Schülerinnen und Schüler der Abendgymnasien müssen in der Regel während des Schulbesuchs – mit Ausnahme der Prüfungsphase – berufstätig sein.

Abendhauptschulen | Der Besuch der Abendhauptschule führt in einem einjährigen Ausbildungsgang (zwei Semester) zum Hauptschulabschluss. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Regel die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und dürfen weder eine allgemeinbildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen.

Abendrealschulen | Sie führen Erwachsene in Abendkursen (vier Semester) zum mittleren Schulabschluss.

Ausgaben der Hochschulen | Diese umfassen neben der Lehre und Forschung auch die Krankenbehandlung. Sie sind nach Ländern, Hochschularten und Fächergruppen sowie nach den Ausgabearten Personalausgaben, übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben dargestellt.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung | Hierbei handelt es sich um Ausgaben für systematische, schöpferische Arbeiten zur Erweiterung des Kenntnisstandes einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Ausgaben je Schülerin bzw. je Schüler | Sie sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers an öffentlichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Sie sind nach Schularten, Ländern und Ausgabearten dargestellt.

Auszubildende | Hierzu zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bzw. in einer Regelung für Menschen mit Behinderungen durchlaufen. Dazu gehören auch Jugendliche, deren Ausbildung voll oder teilweise durch staatliche Programme finanziert wird. Nicht als Auszubildende gelten Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich in beruflichen Schulen erfolgt (z. B. Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst).

Benchmarks | Die nationalen Benchmarks verfolgen politische Ziele. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in seinen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“ eine Studienberechtigtenquote von 50 %, eine Studienanfängerquote von 40 % und eine Absolventenquote von 35 %, gemessen am jeweiligen Altersjahrgang. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % zu halbieren.

Berufsaufbauschulen | Das sind Schulen, die neben einer Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht von Jugendlichen besucht werden, die in einer Berufsausbildung stehen oder eine solche abgeschlossen haben. Diese Schulen vermitteln eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allgemeine fachtheoretische Bildung und führen zu einem dem „Mittleren Schulabschluss“ gleichwertigen Bildungsstand (Fachschulreife). Der Bildungsgang umfasst in Vollzeitform mindestens ein Jahr, in Teilzeitform einen entsprechend längeren Zeitraum.

Berufsfachschulen | Das sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer für deren Besuch keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln allgemeine und fachliche Lerninhalte

und befähigen die Schülerin bzw. den Schüler den Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (gemäß BBiG bzw. HwO) zu erlangen. Alternativ kann die Schülerin bzw. der Schüler einen Abschluss in einen Berufsausbildungsabschluss absolvieren, der nur in Schulen erworben werden kann (außerhalb BBiG bzw. HwO).

Berufsgrundbildungsjahr | Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes (z. B. Wirtschaft, Metall) – fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres kann auf die Berufsausbildung im dualen System angerechnet werden.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen | Diese Schulen vermitteln eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie bauen auf einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden Berufsausbildung oder Berufsausübung und einem mittleren Schulabschluss auf und verleihen nach bestandener Abschlussprüfung die fachgebundene Hochschulreife. Durch eine Ergänzungsprüfung in einer zweiten Fremdsprache kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden als Vollzeitschulen geführt.

Teilzeit-Berufsschulen | Dies sind Einrichtungen im Rahmen der Schulpflichtregelungen, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in der beruflichen Ausbildung befinden (Berufsschulen im dualen System), in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen im dualen System werden in der Regel von Jugendlichen nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder bis zum Abschluss der praktischen Berufsausbildung besucht. Der Unterricht wird in der Regel als Teilzeitunterricht an zwei Tagen in der Woche oder als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten in Vollzeitform erteilt; er steht in enger Beziehung zur Ausbildung im Betrieb. Die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres (duales System) wird entweder in Teilzeit- oder in Blockform geführt. Auf Bundesebene werden diese Schulen den Teilzeit-Berufsschulen zugeordnet.

Berufsvorbereitungsjahr | Dies ist ein besonderer einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform.

Drittmittel | Zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre werden von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundausstattung) sogenannte Drittmittel eingeworben. Die Drittmittel je Professorin bzw. Professor geben an, wie viel Drittmittel je Professorin bzw. Professor eingeworben wurden. Beide Kennzahlen werden nach Ländern, nach Hochschularten und Fächergruppen dargestellt.

Fachakademien | Fachakademien sind berufliche Bildungseinrichtungen in Bayern, die den „Mittleren Schulabschluss“ voraussetzen und in der Regel im Anschluss an eine dem Ausbildungsziel dienende berufliche Ausbildung oder praktische Tätigkeit auf den Eintritt in eine angehobene Berufslaufbahn vorbereiten. Der Ausbildungsgang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre.

Fachgymnasien | Das sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch mindestens der „Mittlere Schulabschluss“ vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert in der Regel drei Jahre. Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Zugangsberechtigung für ein Studium an Hochschulen.

Fachhochschulen | Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieurinnen und Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung und Informatik. Das Studium ist in der Regel kürzer als das an wissenschaftlichen Hochschulen.

Fachhochschulreife | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachoberschulen.

Fachoberschulen | Aufbauend auf dem „Mittleren Schulabschluss“ vermitteln diese Schulen allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten. Sie führen zur Fachhochschulreife bzw. in drei Jahren auch zur allgemeinen Hochschulreife.

Fachschulen | Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Die Bildungsgänge in den Fachbereichen schließen an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen an. Sie führen in unterschiedlichen Organisationsformen des Unterrichts (Vollzeit- oder Teilzeitform) zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht. Sie können darüber hinaus Ergänzungs-/Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Nach bestandener Prüfung ist mit dem Abschlusszeugnis die Berechtigung verbunden, die Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter.../Staatlich geprüfte...“ bzw. „Staatlich anerkannter.../Staatlich anerkannte...“ zu führen. Nach Maßgabe der Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen kann zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden.

Förderschulen | Förderschulen haben in der Regel den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und emotional benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbstständigen allgemeinbildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z. B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sowie mit Gymnasien verbunden sind.

Forschungspersonal | Dazu zählen alle direkt in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitskräfte, ungeachtet ihrer Position.

Freie Waldorfschulen | Dies sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 bzw. 13 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie Höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschulen | Sie vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang in den Klassenstufen 1 bis 4. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In einigen Bundesländern umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufen an den Grundschulen der „Schulartunabhängigen Orientierungsstufe“ zugeordnet.

Gymnasien | Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sechs bzw. sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Zugangsberechtigung zum Studium an Hochschulen.

Hauptschulen | Hauptschulen vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor.

Hauptschulabschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Hauptschulabschluss sind Schülerinnen und Schüler nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht von derzeit neun bis zehn Schuljahren der Hauptschulen, Förderschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen.

Hochschulen | Dazu zählen alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Das Studium an Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Hochschulreife (Abitur) | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife sind insbesondere Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie der Fachgymnasien.

Integrierte Gesamtschulen | Das sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen (Grundstufe = Klassenstufe 1 – 4) und gymnasialen Oberstufen (Oberstufe = Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2) verbunden sein. Die Ergebnisse über die additiven und kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Kollegs | Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Für den Eintritt muss die Bewerberin bzw. der Bewerber – wie bei den Abendgymnasien – im Schuljahr der Anmeldung mindestens 19 Jahre alt werden. Zudem wird ebenfalls eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein gleichwertiger beruflicher Bildungsgang vorausgesetzt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mit einsemestrigem Vorkurs in der Regel sechs Semester. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten dürfen während der Schulbesuchszeit keine beruflichen Tätigkeiten ausüben.

Kunsthochschulen | Dies sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) | Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende(n) geben an, wie viel der Träger je Studierende(n) an die Hochschulen zahlen muss, damit die Hochschulen ihre Ausgaben decken. Wichtige monetäre Kennzahlen im Hochschulbereich sind die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende(n) sowie die Drittmittel je Professorin bzw. Professor.

Lehrkräfte | Dazu zählen alle Personen, die ganz oder teilweise eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. eine Schule leiten. Damit Lehrkräfte, die an mehreren Schulen tätig sind, nicht mehrfach als Person gezählt werden, werden sie grundsätzlich an derjenigen Schule bzw. Schulart erfasst, an der sie überwiegend tätig sind. Lässt sich die überwiegende Tätigkeit nicht feststellen, wird ersatzweise der überwiegend erteilte Unterricht zugrunde gelegt. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenzahl beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt sind Lehrkräfte, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50 % der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist. Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare werden den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstundenzahl unterrichten.

Pädagogische Hochschulen | Pädagogische Hochschulen sind überwiegend wissenschaftliche Hochschulen, z. T. mit Promotionsrecht. Sie bestehen nur noch in Baden-Württemberg als selbstständige Einrichtungen. In den übrigen Ländern sind sie in die Universitäten einbezogen und werden bei diesen nachgewiesen.

Personal an Hochschulen | Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen besteht aus den Professorinnen und Professoren, den Dozentinnen und Dozenten, den Assistentinnen und Assistenten, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören u. a. Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti (entpflichtete oder pensionierte Professorinnen und Professoren, die noch in Lehre oder Forschung tätig sind), Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Hilfskräfte.

Prüfungen an Hochschulen | Prüfungen (Abschlussprüfungen) an Hochschulen werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen sofern sie ein Studium beenden. Absolventinnen und Absolventen von universitären Studiengängen legen meist Diplom (U)- oder Staatsprüfungen (einschließlich Lehramtsprüfungen) ab. Promotionsprüfungen setzen in der Regel eine andere erste Abschlussprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluss sein.

Realschulen | Diese weiterführenden Schulen (Klassen 5 bzw. 7 bis 10) werden im Anschluss an die Grundschule oder die Orientierungsstufe besucht. Der „Mittlere Schulabschluss“ (Realschulabschluss) eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen; er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Außerdem besteht für Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit „Mittlerem Schulabschluss“ die Möglichkeit des Übergangs auf Gymnasien in Aufbauform.

Realschul- oder mittlerer Abschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Realschul- oder mittlerem Abschluss sind Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis einer Realschule, der Schularten mit mehreren Bildungsgängen, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als mittlerer Abschluss gilt insbesondere das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule sowie das Abschlusszeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Das sind weiterführende Schulen, die eine allgemeine Bildung vermitteln und die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung schaffen. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schüler/-innen erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den mittleren Schulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen | Hierbei handelt es sich um schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Schulen des Gesundheitswesens | Sie vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger, Masseur/Masseurinnen, Ergotherapeuten/-therapeutinnen, medizinische Bademeister/-innen u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt. Als Schulen des Gesundheitswesens zählen auch die Pflegevorschulen, die in der Regel als freie Einrichtungen den Krankenanstalten sowie sozialpflegerischen oder sozialpädagogischen Einrichtungen angegliedert sind. Der Abschluss einer Pflegevorschule berechtigt im Allgemeinen zum Eintritt in eine Krankenpflegeschule, teilweise auch zum Eintritt in eine Fachschule für Sozialarbeit. Von ihrem Niveau her sind die zu freien Einrichtungen zählenden

Pflegevorschulen denjenigen Berufsfachschulen gleichzusetzen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln. Die Pflegevorschulen gelten deshalb nicht als Ausbildungsstellen, die einen Ausbildungsabschluss vermitteln, sondern als berufsvorbereitende Einrichtungen.

Schulkindergärten | Diese sind überwiegend den Grund- oder Förderschulen angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in diese Schulen vor.

Schulpflicht | Sie beträgt in nahezu allen Ländern zwölf Jahre. Sie gliedert sich in eine neunjährige, zum Teil auch zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht (siehe Teilzeit-Berufsschulen)). Die Teilzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Vollzeitschule erfüllt werden.

Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Das sind Studierende im 1. Hochschulsesemester (Erstimmatrikulierte, d. h. erstmals an einer Hochschule in Deutschland Immatrikulierte) oder im ersten Semester eines bestimmten Studienganges (1. Fachsemester).

Studierende | Das ist die Bezeichnung für in einem Fachstudium immatrikulierte/ eingeschriebene Personen, jedoch ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. In den Ergebnissen auch enthalten sind ab Wintersemester 1992/93 die Nebenhörerinnen und Nebenhörer, d. h. Studierende einer Hochschule, die gleichzeitig an einer anderen Hochschule eingeschrieben sind.

Theologische Hochschulen | Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen (ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten).

Universitäten | Dazu zählen die Technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den Pädagogischen- und Theologischen Hochschulen).

Verwaltungsfachhochschulen | An diesen verwaltungsinternen Fachhochschulen werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet.

Vorklassen | Vorklassen an Grund-, Förder- und Gesamtschulen werden von Kindern besucht, die schulfähig, jedoch noch nicht schulpflichtig sind.

Weiterbildung | Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfasst.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Bildung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 21 und 91

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Fachberichte

Bildung in Deutschland
Bildungsstand der Bevölkerung

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/10 Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft auf den Bildungsstand der Bevölkerung
Heft 11/11 Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Bildungsvorausberechnung – Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 (2012)
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (2014)

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Fachberichte

Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2014)
Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2013)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer (2012)

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
Reihe 1.1 Private Schulen
Reihe 2 Berufliche Schulen

Fachberichte

Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2014)
Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2014)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern
Heft 5/13 Sonderpädagogische Förderung in Deutschland – eine Analyse der Datenlage in der Schulstatistik
Heft 10/14 Sonderpädagogischer Förderbedarf – eine differenzierte Analyse

Broschüren

Schulen auf einen Blick (2014)

Mehr zum Thema

■ **Auszubildende**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 | Berufliche Bildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11 | Die neue Berufsbildungsstatistik

Broschüren

| Berufsbildung auf einen Blick (2013)

Fachberichte

| Schnellmeldung Berufsbildungsstatistik (2014)

■ **Hochschulen**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.1 | Studierende an Hochschulen

Reihe 4.2 | Prüfungen an Hochschulen

Reihe 4.3.1 | Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.4 | Personal an Hochschulen

Fachberichte

| Hochschulstandort Deutschland (2009)

| Erfolgsquoten (2012)

| Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik (2014)

| Personal an Hochschulen (Vorbericht, 2014)

| Studierende an Hochschulen (Vorbericht, 2013)

| Private Hochschulen (2013)

| Promovierende in Deutschland (2010)

| Deutsche Studierende im Ausland

| Hochqualifizierte in Deutschland (2011)

| Indikatorenmodell für die Berichterstattung zum wissenschaftlichen Nachwuchs (2014)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/08 | Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen
seit 2000

Heft 4/09 | Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen

Heft 6/10 | Einfluss doppelter Abiturjahrgänge auf die Entwicklung der Studienanfängerquote

Heft 6/12 | Promovierende in Deutschland

Heft 8/12 | Von der Hochschulreife zum Studienabschluss

Heft 1/14 | Erhebung zu Karriereverläufen und internationaler Mobilität von Hochqualifizierten

Statistik und Wissenschaft

Band 11 | Amtliche Statistik und Hochschulranking (2007)

Broschüren

| Hochschulen auf einen Blick (2013)

STATmagazin

| Neue Wege zum Studium (2009)

| Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber (2010)

| Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)

■ **Weiterbildung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 | Berufliche Bildung

Mehr zum Thema

■ Weiterbildung

Fachberichte

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (2010)
Erhebung zu Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland (2010)
Weiterbildung (2014)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13 Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2010
Heft 12/13 Gestaltung der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen 2010

STATmagazin

Weiterbildung in kleinen innovativen Unternehmen (2014)

■ Ausbildungsförderung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.6 Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium)
Reihe 7 Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
Reihe 8 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen

Fachberichte

Bildungsfinanzbericht (2014)
Budget für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2012/2013)
Bildungsausgaben je Schülerinnen und Schüler (2012)
Finanzen der Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens (2009)
Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2010)

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/08 Bildungsausgaben in Deutschland
Heft 3/10 Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 3.6 Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/11 Die Bildungspersonalrechnung
Heft 3/14 Kommunales Bildungsmonitoring – Möglichkeiten und Perspektiven
Heft 7/14 Aktuelle Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren – Auszug aus dem Indikatorenbericht zur
nachhaltigen Entwicklung in Deutschland 2014
Heft 8/14 Auf dem Weg zur Gleichstellung? – Bildung, Arbeit und Soziales – Unterschiede zwischen
Frauen und Männern



4 Gesundheit



Durchschnittlicher Aufenthalt im Krankenhaus wird **immer kürzer** |
Psychische und Verhaltensstörungen durch **Alkohol** sind **zweithäufigster**
Grund für einen stationären **Krankenhausaufenthalt** | Sieben von zehn
Pflegebedürftigen werden **zu Hause** versorgt | **Krebspatienten** ver-
sterben im Schnitt mit **73 Jahren** | Jeder zweite **Erwachsene** hat **Überge-
wicht** | Drei Viertel der Bevölkerung sind **Nichtraucher** | Gesundheitsausgaben
2013: **3 910 Euro** pro Kopf

Seite

119 **Auf einen Blick**

Tabellen

120 **Gesundheitliche Lage**
Vollstationäre Patientinnen und Patienten | Diagnosen und Operationen | Schwerbehinderte Menschen |
Pflegebedürftige | Schwangerschaftsabbrüche | Sterbefälle | Body-Mass-Index | Rauchgewohnheiten

134 **Gesundheitsversorgung**
Krankenhäuser | Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | Gesundheitspersonal | Pflegeeinrichtungen

141 **Kosten im Gesundheitswesen**
Gesundheitsausgaben | Kostenstruktur der Krankenhäuser

144 **Methodik**

147 **Glossar**

149 **Mehr zum Thema**

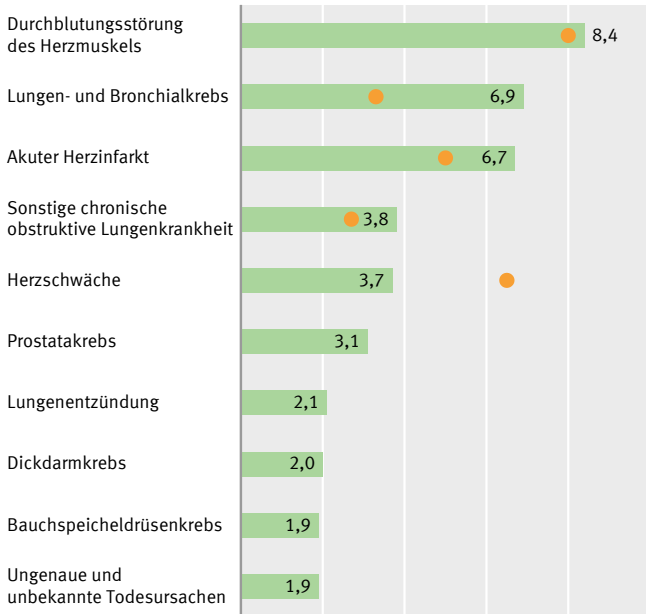
4.0 Auf einen Blick

Häufigste Todesursachen 2013

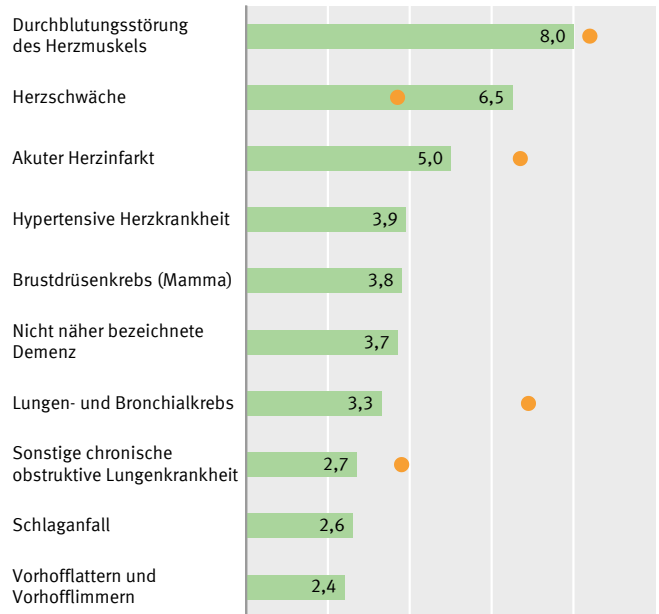
in %

● Vergleichswert des anderen Geschlechts

Männer

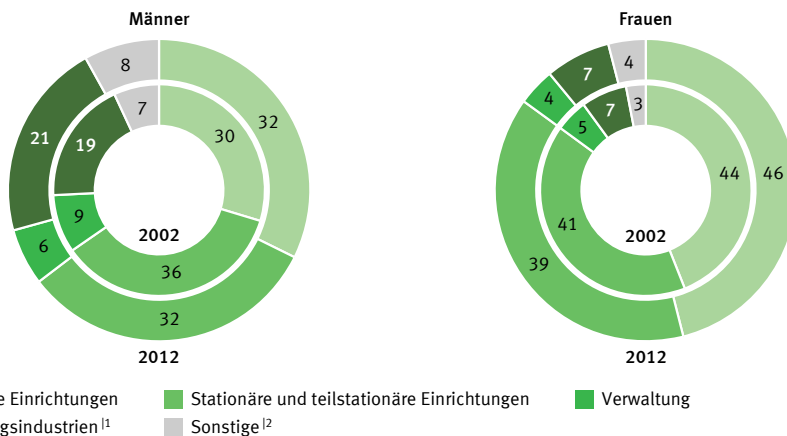


Frauen



Gesundheitspersonal nach Einrichtungen und Geschlecht

in %



1 Nähere Informationen hierzu siehe "Glossar" am Ende dieses Kapitels.
 2 Gesundheitsschutz, Rettungsdienste, sonstige Einrichtungen.

2015 - 01 - 0138

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.1 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	19 249 313	9,2	21,7	26,0	35,4	7,8	47,4	52,6	7,6	0,9
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	18 633 987	6,7	22,3	26,6	36,4	8,0	47,3	52,7	7,7	0,9
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	589 351	20,8	18,1	17,5	33,1	10,5	48,6	51,4	7,5	4,0
C00-D48	Neubildungen	1 824 701	1,7	9,3	35,3	48,6	5,1	50,5	49,5	8,0	-1,0
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	1 463 462	1,4	6,3	34,3	52,5	5,5	54,6	45,4	8,7	-1,2
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	55 137	0,1	4,0	56,4	37,2	2,3	74,2	25,8	9,1	0,1
C15	des Ösophagus	28 057	0,0	1,6	43,4	51,6	3,4	79,9	20,1	9,4	-2,4
C16	des Magens	45 760	0,0	4,1	32,6	56,5	6,9	62,1	37,9	10,1	-5,0
C18	des Dickdarmes	81 097	0,0	2,7	25,4	62,7	9,1	53,9	46,1	11,9	-1,9
C19-C21	des Rektums und des Anus	73 103	0,0	3,1	35,6	56,2	5,2	61,4	38,6	10,6	-3,2
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	27 304	1,1	2,4	30,4	62,0	4,1	70,2	29,8	8,2	2,1
C25	des Pankreas	46 759	0,0	2,2	30,9	61,6	5,3	52,7	47,3	10,2	2,2
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	205 320	0,0	1,5	41,3	54,9	2,3	66,5	33,5	7,7	-1,4
C43	Bösartiges Melanom der Haut	23 415	0,1	11,8	32,9	49,6	5,6	53,7	46,3	5,1	-4,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	134 561	0,0	10,4	46,8	39,0	3,9	0,6	99,4	6,3	-1,4
C53	der Cervix uteri	13 928	0,0	25,5	48,1	24,0	2,4	-	100	8,0	-5,7
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	20 623	0,0	2,8	35,1	55,7	6,3	-	100	9,0	-1,0
C61	der Prostata	69 499	0,0	0,1	26,1	68,2	5,6	100	-	7,7	-9,0
C67	der Harnblase	97 938	0,1	1,4	24,0	65,1	9,5	77,3	22,7	6,7	0,7
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	140 932	7,3	11,4	27,2	49,1	5,0	56,7	43,3	10,4	1,2
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	133 474	6,6	11,0	19,2	46,6	16,5	42,3	57,7	6,8	1,5
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	504 858	4,2	13,5	26,6	41,0	14,7	42,6	57,4	7,9	1,4
E10-E14	Diabetes mellitus	213 903	4,6	11,2	26,9	47,5	9,8	56,3	43,7	10,6	-0,1
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	1 222 006	4,1	44,4	34,7	13,9	2,9	53,5	46,5	20,3	0,2
F10	durch Alkohol	338 204	1,0	42,6	49,7	6,6	0,1	72,6	27,4	7,5	-2,0
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	101 376	0,6	80,2	16,0	2,8	0,4	72,9	27,1	11,8	5,3
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	753 022	5,9	19,8	31,0	36,9	6,4	52,3	47,7	6,8	0,6
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhängengebilde	334 430	3,4	8,1	23,5	56,7	8,3	45,3	54,7	3,2	-0,5
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	156 528	10,4	21,7	34,8	30,0	3,1	46,3	53,7	4,3	1,7
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	2 817 508	0,5	4,9	25,3	56,1	13,2	53,5	46,5	8,0	-1,5
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	651 894	0,0	3,0	32,4	57,4	7,3	67,2	32,8	6,1	-2,1
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	887 597	0,4	4,5	19,1	58,4	17,6	51,7	48,3	8,0	1,9
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	361 071	0,2	3,5	21,8	57,3	17,3	51,1	48,9	12,1	0,0
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	1 264 936	18,1	17,8	19,7	34,2	10,2	54,6	45,4	7,2	8,1
J09-J11	Grippe	14 027	40,6	20,0	19,6	16,3	3,5	51,8	48,2	5,9	194,4
J12-J18	Pneumonie	307 047	14,9	5,8	14,7	44,8	19,8	56,2	43,8	9,7	7,3
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	1 904 879	4,3	21,8	30,8	35,4	7,6	51,2	48,8	6,1	2,7
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	289 021	8,7	34,0	26,8	24,6	5,9	53,7	46,3	7,3	4,1
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	1 751 126	1,9	16,2	38,4	39,5	4,0	43,7	56,3	7,6	-1,0
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	1 021 225	3,4	24,0	28,6	36,3	7,7	45,1	54,9	5,5	-0,1
N00-N29	Krankheiten der Niere	407 212	3,4	22,4	31,3	35,2	7,8	56,3	43,7	6,2	1,4
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	947 021	0,0	99,7	0,2	0,0	0,0	-	100	4,1	1,6
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	179 620	100	0,0	0,0	0,0	0,0	54,6	45,4	9,2	0,8
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	103 986	63,0	22,9	10,1	3,8	0,2	54,4	45,6	5,8	-0,5
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	920 025	9,5	24,3	24,3	33,3	8,7	46,4	53,6	4,0	2,3
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	1 916 270	10,4	22,9	22,9	31,8	12,0	48,3	51,7	7,3	0,3
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	614 309	83,1	3,9	5,3	6,4	1,3	50,3	49,7	3,3	1,4
Z38	Gesunde Neugeborene	483 183	100	0,0	0,0	0,0	0,0	50,3	49,7	3,3	1,9

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Einschl. Sterbefälle und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.2 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten nach akuter Intoxikation (F10.0 Alkoholrausch)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
Insgesamt											
2000	54 041	62	9 514	6 906	12 220	13 075	6 979	3 939	1 097	221	28
2001	61 295	55	11 466	8 147	12 628	15 060	7 775	4 513	1 331	293	25
2002	63 124	38	12 807	8 316	12 356	15 209	7 995	4 800	1 303	278	20
2003	70 562	33	14 105	9 275	12 880	17 397	9 510	5 435	1 570	330	25
2004	81 212	23	16 423	11 040	13 444	19 991	11 236	6 586	1 991	442	34
2005	88 938	31	19 449	12 231	13 353	21 564	12 410	6 968	2 391	505	36
2006	87 535	18	19 423	12 768	12 283	20 730	12 960	6 447	2 390	478	38
2007	98 562	10	23 165	14 966	12 899	22 457	14 731	6 930	2 841	526	37
2008	109 283	21	25 709	16 976	13 805	24 368	17 097	7 437	3 209	620	41
2009	114 520	24	26 428	18 417	14 011	25 085	18 575	7 709	3 548	696	27
2010	115 436	21	25 995	19 074	13 876	24 742	19 383	7 719	3 857	723	46
2011	116 517	5	26 351	19 784	13 963	23 738	19 798	8 001	4 156	674	47
2012	121 595	56	26 673	20 843	14 749	24 008	21 504	8 833	4 137	733	59
2013	116 503	8	23 267	19 735	14 797	23 013	21 810	8 713	4 299	797	64
Männlich											
2000	38 843	39	5 957	5 069	9 231	9 825	4 959	2 904	740	109	10
2001	43 977	36	7 149	5 957	9 515	11 261	5 633	3 349	921	140	14
2002	45 098	25	7 847	6 038	9 328	11 400	5 829	3 576	898	140	15
2003	50 396	25	8 847	6 593	9 681	13 018	6 947	4 016	1 080	174	14
2004	57 572	16	10 178	7 872	10 112	14 834	8 134	4 791	1 394	223	16
2005	62 895	21	12 079	8 601	10 055	16 028	9 133	4 992	1 670	295	21
2006	62 139	12	12 201	9 094	9 141	15 452	9 658	4 620	1 680	265	16
2007	69 171	9	14 356	10 525	9 681	16 486	10 852	4 961	1 988	296	17
2008	76 654	14	15 797	11 902	10 318	17 949	12 759	5 320	2 249	329	17
2009	80 455	17	16 489	12 782	10 435	18 486	13 805	5 573	2 460	395	13
2010	81 175	19	16 163	13 248	10 317	18 307	14 469	5 577	2 632	423	20
2011	81 775	4	16 253	13 747	10 362	17 434	14 928	5 793	2 838	388	28
2012	84 972	34	16 203	14 311	11 020	17 536	16 125	6 417	2 856	443	27
2013	81 071	6	13 593	13 479	11 017	16 790	16 466	6 383	2 809	496	32
Weiblich											
2000	15 198	23	3 557	1 837	2 989	3 250	2 020	1 035	357	112	18
2001	17 315	19	4 315	2 189	3 113	3 799	2 142	1 164	410	153	11
2002	18 025	13	4 959	2 278	3 028	3 809	2 166	1 224	405	138	5
2003	20 166	8	5 258	2 682	3 199	4 379	2 563	1 419	490	156	11
2004	23 639	7	6 244	3 168	3 332	5 157	3 102	1 795	597	219	18
2005	26 041	10	7 369	3 630	3 297	5 536	3 277	1 976	721	210	15
2006	25 394	6	7 221	3 674	3 141	5 278	3 302	1 827	710	213	22
2007	29 390	1	8 808	4 441	3 218	5 971	3 879	1 969	853	230	20
2008	32 629	7	9 912	5 074	3 487	6 419	4 338	2 117	960	291	24
2009	34 065	7	9 939	5 635	3 576	6 599	4 770	2 136	1 088	301	14
2010	34 261	2	9 832	5 826	3 559	6 435	4 914	2 142	1 225	300	26
2011	34 742	1	10 098	6 037	3 601	6 304	4 870	2 208	1 318	286	19
2012	36 622	22	10 470	6 532	3 728	6 472	5 379	2 416	1 281	290	32
2013	35 432	2	9 674	6 256	3 780	6 223	5 344	2 330	1 490	301	32

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Die akute Intoxikation (Alkoholrausch) entspricht der Pos.-Nr. F10.0 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.3 Aus der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	1 640 026	5,6	15,0	44,2	32,6	2,6	45,9	54,1	25,1	- 0,5
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	1 527 206	4,9	15,5	45,3	31,7	2,6	45,8	54,2	25,4	- 0,7
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	4 841	5,2	13,9	40,9	34,2	5,8	52,3	47,7	24,5	2,2
C00-D48	Neubildungen	179 127	0,3	7,2	48,0	43,0	1,6	44,3	55,7	22,7	- 3,4
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	167 356	0,2	6,7	47,6	43,8	1,6	45,3	54,7	22,6	- 3,6
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	4 565	-	4,9	65,0	29,3	0,8	71,7	28,3	23,1	- 6,3
C15	des Ösophagus	1 959	-	2,2	56,7	40,3	0,8	80,1	19,9	22,4	3,9
C16	des Magens	4 575	-	4,4	36,7	55,6	3,3	57,8	42,2	22,2	- 7,1
C18	des Dickdarmes	11 523	-	3,0	32,4	58,1	6,5	48,8	51,2	22,2	- 3,7
C19-C21	des Rektums und des Anus	8 001	-	3,5	46,0	47,6	2,9	57,1	42,9	22,3	- 3,0
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	1 035	1,2	3,1	40,7	53,7	1,4	64,0	36,0	22,1	4,2
C25	des Pankreas	2 679	-	2,7	35,8	60,1	1,5	48,1	51,9	21,9	7,8
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	11 609	0,0	2,1	48,7	48,5	0,7	63,1	36,9	22,3	2,9
C43	Bösartiges Melanom der Haut	1 917	-	14,6	53,8	30,5	1,1	42,3	57,7	22,4	3,3
C50	der Brustdrüse (Mamma)	45 370	-	8,9	57,5	32,3	1,2	0,7	99,3	22,3	- 3,3
C53	der Cervix uteri	1 771	-	27,0	56,0	16,4	0,6	-	100	22,6	- 4,0
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	3 565	-	3,7	50,7	43,9	1,7	-	100	22,2	- 6,9
C61	der Prostata	25 458	-	0,4	40,9	58,4	0,3	100	-	22,6	- 11,9
C67	der Harnblase	6 180	-	1,7	36,4	59,8	2,1	75,6	24,4	22,4	1,8
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 643	1,9	15,8	48,0	33,3	0,9	51,5	48,5	23,0	0,3
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	7 240	71,2	9,9	13,2	4,9	0,8	48,8	51,2	21,4	20,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechsel- krankheiten	38 499	20,0	24,9	43,5	11,0	0,6	54,2	45,8	24,5	3,0
E10-E14	Diabetes mellitus	16 198	4,2	15,5	61,8	17,8	0,6	61,9	38,1	23,1	- 1,0
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	251 300	7,0	40,1	50,0	2,8	0,1	34,6	65,4	35,4	0,7
F10	durch Alkohol	17 619	-	37,8	59,3	3,0	0,0	71,4	28,6	78,3	- 4,6
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	3 115	0,1	81,9	16,8	1,2	-	71,4	28,6	89,1	9,7
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	48 354	4,4	21,7	44,3	28,0	1,6	50,1	49,9	30,1	0,6
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenangangs- gebilde	969	19,4	15,7	44,3	17,5	3,1	44,5	55,5	24,1	23,0
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4 586	5,6	16,9	67,6	9,1	0,9	54,1	45,9	28,1	- 3,2
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	247 572	0,1	5,2	40,5	49,5	4,7	63,4	36,6	24,9	2,0
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	89 675	0,0	4,2	46,8	46,3	2,7	74,2	25,8	21,3	- 0,6
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	13 715	0,4	9,6	48,1	36,8	5,1	62,4	37,6	22,2	3,8
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	98 650	0,1	4,7	33,8	54,8	6,6	56,6	43,4	29,8	6,2
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	70 107	37,4	9,4	33,8	18,3	1,1	53,4	46,6	22,8	3,9
J09-J11	Grippe	86	7,0	17,4	57,0	16,3	2,3	45,3	54,7	22,6	230,8
J12-J18	Pneumonie	3 573	2,6	8,9	35,7	46,4	6,5	54,2	45,8	21,9	11,1
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	18 241	2,6	20,7	47,8	25,5	3,3	46,7	53,3	22,5	- 3,2
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	18 856	39,4	19,7	34,7	5,8	0,4	46,3	53,7	23,6	2,7
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	507 778	0,4	11,2	51,1	35,6	1,8	42,5	57,5	22,2	- 3,6
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	4 791	3,0	18,4	44,7	29,9	4,0	42,6	57,4	22,7	9,2
N00-N29	Krankheiten der Niere	2 608	2,7	12,9	47,7	32,7	4,1	58,0	42,0	22,6	13,4
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	45	-	77,8	22,2	-	-	-	100	22,0	- 10,0
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	137	78,8	9,5	8,8	2,9	-	60,6	39,4	28,1	12,3
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4 417	37,2	30,0	26,7	5,9	0,2	46,5	53,5	25,2	3,2
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	16 913	13,3	32,9	27,6	22,2	4,1	35,0	65,0	22,1	- 0,2
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	103 433	0,7	9,0	27,5	51,2	11,6	40,7	59,3	24,1	2,1
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beein- flussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	109 467	14,5	8,4	30,0	44,5	2,6	47,4	52,6	21,4	2,9

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.4 Operationen und Prozeduren bei vollstationären Patientinnen und Patienten 2013

OPS	Prozedur ¹	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Männlich	Weiblich	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr			
			Anzahl	%							
	Insgesamt	51 959 503	3,2	2,3	15,4	29,0	43,1	6,9	50,8	49,2	2,0
1	Diagnostische Maßnahmen	9 987 123	4,5	2,6	12,7	29,0	44,7	6,4	52,8	47,2	0,7
3	Bildgebende Diagnostik	10 255 233	0,3	1,2	12,1	29,4	48,3	8,7	51,7	48,3	5,4
5	Operationen	15 818 274	0,4	2,8	22,8	32,1	37,2	4,7	47,3	52,7	0,7
5-01 – 5-05	Operationen am Nervensystem	724 323	0,7	1,7	17,8	38,1	38,9	2,8	50,6	49,4	1,0
5-06 – 5-07	Operationen an endokrinen Drüsen	175 206	0,1	0,6	24,5	50,3	24,0	0,5	29,3	70,7	-6,2
5-08 – 5-16	Operationen an den Augen	568 267	0,2	2,2	7,3	25,3	56,7	8,2	49,2	50,8	0,5
5-18 – 5-20	Operationen an den Ohren	155 830	1,0	31,1	22,6	24,5	18,5	2,3	56,5	43,5	1,9
5-21 – 5-22	Operationen an Nase und Nasennebenhöhlen	438 811	0,1	2,1	53,7	31,0	12,0	1,2	60,4	39,6	-2,1
5-23 – 5-28	Operationen an Mundhöhle und Gesicht	329 930	1,7	27,1	31,8	19,8	17,3	2,3	54,5	45,5	-2,1
5-29 – 5-31	Operationen an Pharynx, Larynx und Trachea	117 983	0,4	1,2	11,1	41,7	43,4	2,3	65,6	34,4	0,0
5-32 – 5-34	Operationen an Lunge und Bronchus	165 835	0,7	1,1	12,4	36,0	47,4	2,5	63,6	36,4	3,2
5-35 – 5-37	Operationen am Herzen	398 060	1,7	1,0	3,3	22,7	63,3	8,0	65,6	34,4	3,0
5-38 – 5-39	Operationen an den Blutgefäßen	733 553	0,3	0,6	7,5	34,3	51,7	5,5	56,0	44,0	0,3
5-40 – 5-41	Operationen am hämatopoetischen und Lymphgefäßsystem	198 407	0,1	1,0	12,3	42,4	41,4	2,9	30,2	69,8	0,4
5-42 – 5-54	Operationen am Verdauungstrakt	2 395 596	0,8	1,5	16,2	32,2	42,8	6,4	52,4	47,6	0,8
5-55 – 5-59	Operationen an den Harnorganen	569 613	0,4	1,5	11,0	30,6	50,0	6,5	65,4	34,6	-0,1
5-60 – 5-64	Operationen an den männlichen Geschlechtsorganen ..	213 081	1,9	13,5	12,8	22,4	45,5	3,9	99,6	/	-3,7
5-65 – 5-71	Operationen an den weiblichen Geschlechtsorganen	640 144	0,0	0,3	42,1	36,6	19,7	1,2	-	100	-2,1
5-72 – 5-75	Geburtshilfliche Operationen ..	794 623	-	0,0	99,8	0,2	0,0	0,0	-	100	2,2
5-76 – 5-77	Operationen an Kiefer- und Gesichtsschädelknochen	78 301	0,2	2,9	48,6	26,3	19,0	2,9	59,4	40,6	0,1
5-78 – 5-86	Operationen an den Bewegungsorganen	4 483 834	0,1	2,3	18,9	37,7	36,6	4,4	46,3	53,7	0,7
5-87 – 5-88	Operationen an der Mamma	170 265	0,0	0,1	20,2	48,0	29,2	2,3	3,3	96,7	-0,5
5-89 – 5-92	Operationen an Haut und Unterhaut	12 39 015	0,5	3,7	18,6	27,2	40,8	9,2	55,9	44,1	3,1
5-93 – 5-99	Zusatzinformationen zu Operationen	1 227 597	0,3	2,2	15,7	35,7	41,9	4,1	54,7	45,3	1,6
6	Medikamente	272 227	3,8	3,1	11,9	36,3	42,6	2,3	57,4	42,6	-6,1
8	Nichtoperative therapeutische Maßnahmen	13 680 338	3,4	2,6	9,6	27,6	48,3	8,5	54,7	45,2	1,8
9	Ergänzende Maßnahmen	1 928 315	34,2	1,6	29,2	8,9	19,5	6,5	35,8	64,2	3,3

Ergebnisse der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik). – Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen.

1 Ohne Duplikate.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.5 Schwerbehinderte Menschen nach Art, Ursache und Grad der schwersten Behinderung am 31.12.2013

	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung gegenüber 2011 insgesamt
			50	60	70	80	90	100	
	Anzahl	%							
Insgesamt	7 548 965	100	31,9	15,9	11,0	12,0	5,1	24,1	3,6
nach der Art der schwersten Behinderung									
Körperliche Behinderungen									
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	62 390	0,8	18,8	11,6	14,3	15,0	9,1	31,3	-3,0
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	985 086	13,0	34,0	20,2	13,8	11,4	5,6	15,1	0,9
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	906 221	12,0	45,6	19,9	11,9	8,6	4,0	9,9	4,5
Querschnittslähmung	17 031	0,2	1,2	1,2	1,9	4,6	2,6	88,5	0,7
Blindheit und Sehbehinderung	357 018	4,7	14,5	8,3	8,2	8,3	6,8	53,9	1,8
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹	294 172	3,9	28,5	17,0	14,8	13,4	6,7	19,6	3,8
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	180 697	2,4	39,6	21,7	8,7	12,5	3,8	13,8	0,7
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 870 556	24,8	32,3	16,8	10,6	13,4	5,2	21,7	3,6
Zusammen	4 673 171	61,9	33,6	17,5	11,5	11,6	5,3	20,4	2,8
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen									
Hirnorganische Anfälle	156 294	2,1	22,7	13,7	10,9	13,4	5,8	33,6	-0,3
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen ..	520 705	6,9	13,9	9,0	9,5	14,0	6,9	46,8	4,1
Störungen der geistigen Entwicklung ²	320 440	4,2	11,9	5,8	7,0	15,8	3,2	56,3	2,7
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	489 043	6,5	50,5	17,3	10,3	9,7	2,5	9,7	11,0
Suchtkrankheiten	57 121	0,8	31,5	20,3	15,3	14,0	4,7	14,1	2,9
Zusammen	1 543 603	20,4	26,6	11,9	9,6	12,9	4,5	34,5	5,4
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen									
Zusammen	1 332 191	17,6	32,1	15,0	10,7	12,3	5,2	24,8	4,1
nach der Ursache der schwersten Behinderung									
Angeborene Behinderung	298 308	4,0	12,8	6,6	6,4	12,8	3,3	58,0	-1,0
Allgemeine Krankheit ³	6 416 813	85,0	32,6	16,3	11,1	12,0	5,2	22,8	5,6
Arbeitsunfall ⁴ , Berufskrankheit	67 190	0,9	37,5	19,6	12,9	10,1	4,6	15,4	-2,7
Verkehrsunfall	38 172	0,5	28,3	15,5	12,2	12,7	5,0	26,2	-1,9
Häuslicher Unfall	7 205	0,1	37,2	16,1	10,5	9,8	3,8	22,7	-1,7
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	24 731	0,3	34,4	15,7	11,6	10,3	4,4	23,7	-1,8
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung ..	34 171	0,5	21,9	14,6	13,2	13,1	8,1	29,1	-26,3
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	662 375	8,8	33,9	16,3	11,5	11,9	5,3	21,2	-8,2

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

- 1 Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.
2 Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

- 3 Einschl. Impfschäden.
4 Einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.6 Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht am 31.12.2013

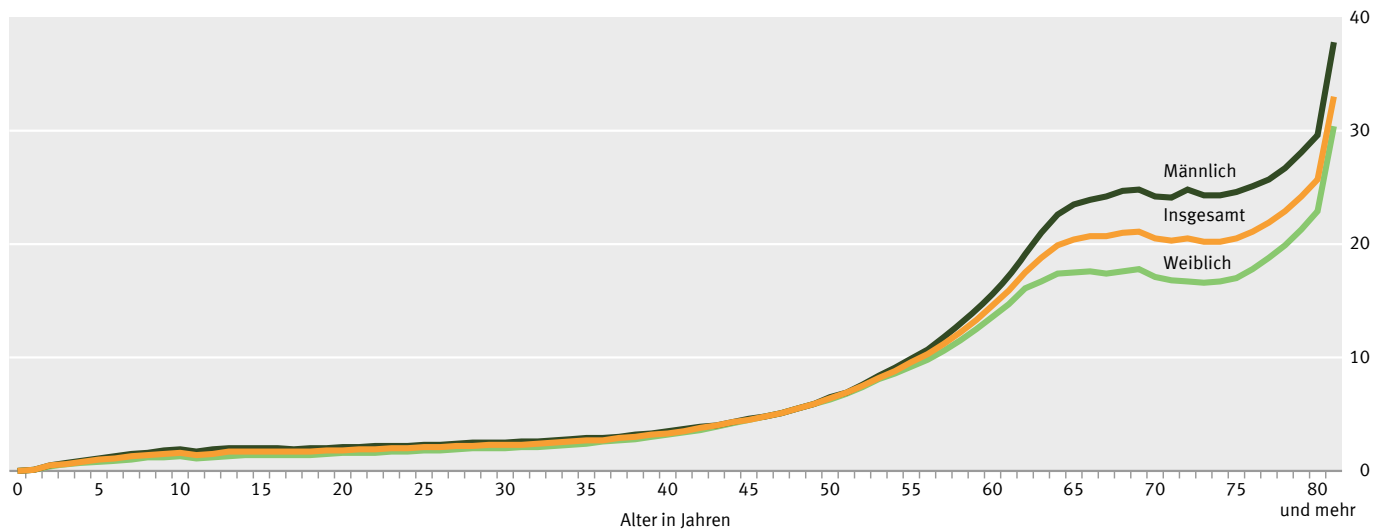
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹
Insgesamt	7 548 965	9	3 851 568	10	3 697 397	9
unter 4	13 928	1	7 731	1	6 197	0
4 – 6	14 109	1	8 273	1	5 836	1
6 – 15	99 847	2	60 749	2	39 098	1
15 – 18	41 342	2	24 624	2	16 718	1
18 – 25	120 515	2	69 808	2	50 707	2
25 – 35	236 602	2	132 385	3	104 217	2
35 – 45	363 342	4	188 880	4	174 462	3
45 – 55	931 886	7	476 347	7	455 539	7
55 – 60	697 958	12	366 441	13	331 517	12
60 – 62	348 220	17	183 759	18	164 461	15
62 – 65	589 609	20	324 840	22	264 769	17
65 – 70	811 954	21	456 369	24	355 585	17
70 – 75	946 478	20	528 612	24	417 866	17
75 – 80	895 892	23	459 202	27	436 690	20
80 und mehr	1 437 283	33	563 548	38	873 735	30

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

1 Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Bevölkerungsstand: 31.12.2013, vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014) in %.

Schwerbehindertenquote am 31.12.2013

Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



Bevölkerungsstand: 31.12.2013, vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2015 - 01 - 0139

4 Gesundheit
 4.1 Gesundheitliche Lage
 4.1.7 Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2013

Weitere Informationen zur Pflegeversicherung siehe Kapitel „Soziales“

	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt	Jeweiliger Anteil der Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz
	insgesamt	darunter weiblich	I	II	III ¹			
	Anzahl	%						
Insgesamt	2 626 206	64,6	55,8	31,9	11,8	0,5	100	35,0
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 861 775	61,3	63,1	28,7	8,2	–	70,9	25,1
davon:								
Allein durch Angehörige ¹²	1 245 929	58,4	66,0	26,9	7,1	–	47,4	23,7
Zusammen mit/durch ambulante(n) Pflegedienste(n)	615 846	67,2	57,1	32,3	10,5	–	23,5	27,8
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen	764 431	72,7	38,1	39,6	20,6	1,8	29,1	59,1

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

1 Einschl. Härtefälle.

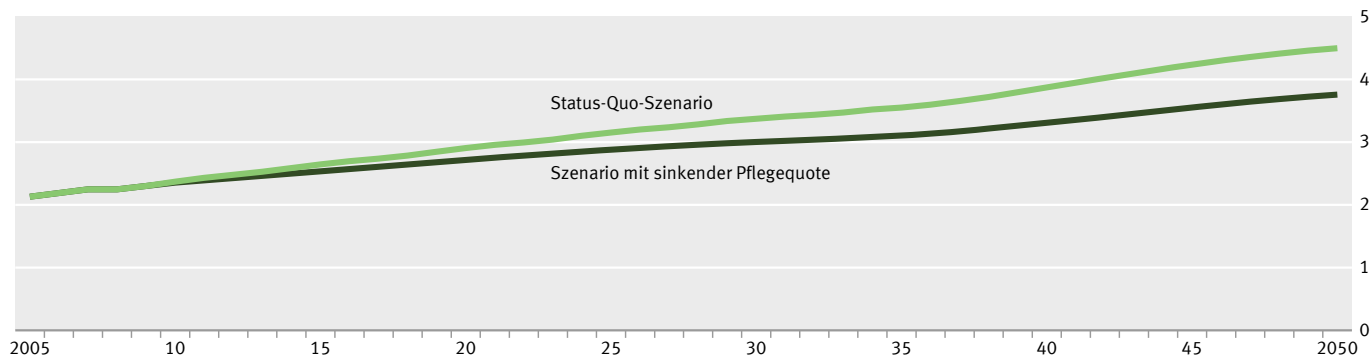
2 Entspricht den Empfängern/Empfängerinnen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 Abs. 1 SGB XI. Empfänger/Empfängerinnen von Kombinationsleistungen nach § 38 Satz 1 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

4.1.8 Pflegebedürftige nach dem Alter 2013

Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
	Anzahl		%				
Insgesamt	1 861 775	764 431	2 626 206	64,6	3,3	2,3	4,1
unter 15	73 473	375	73 848	39,0	0,7	0,8	0,6
15 – 60	248 439	35 323	283 762	46,9	0,6	0,6	0,6
60 – 65	74 296	20 966	95 262	48,3	1,9	2,0	1,8
65 – 70	91 349	26 333	117 682	49,1	3,0	3,2	2,8
70 – 75	176 897	56 352	233 249	53,1	5,0	5,1	5,0
75 – 80	281 800	99 106	380 906	59,9	9,8	8,9	10,4
80 – 85	341 530	141 297	482 827	67,5	21,0	17,4	23,4
85 – 90	345 007	193 792	538 799	75,6	38,2	29,6	42,2
90 und mehr ..	228 984	190 887	419 871	82,5	64,4	51,8	67,9

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

Pflegebedürftige bis 2050
 in Mill.



2015 - 01 - 0140

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.9 Schwangerschaftsabbrüche

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	%										
2012	106 815	100	0,3	3,2	6,2	24,0	23,3	20,8	14,5	7,0	0,6	0,0
2013	102 802	100	0,3	3,2	5,8	23,1	23,7	21,2	15,0	6,9	0,7	0,0
2014	99 715	100	0,4	3,2	5,3	21,8	24,1	21,8	15,9	6,8	0,7	0,0
2014												
Begründung des Abbruchs												
Medizinische Indikation	3 594	3,6	0,5	1,3	1,4	1,7	3,2	4,5	5,8	6,1	3,5	–
Kriminologische Indikation	41	0,0	1,1	–	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	–	–	–
Beratungsregelung	96 080	96,4	98,4	98,7	98,6	98,3	96,7	95,5	94,1	93,9	96,5	100
Art des Eingriffs												
Curetage	10 544	10,6	10,8	11,2	11,9	11,2	10,6	10,3	9,7	10,2	9,6	7,1
Vakuumaspiration	67 800	68,0	71,5	72,5	72,4	70,7	67,2	66,0	66,9	65,5	66,1	78,6
Hysterotomie/Hysterektomie	12	0,0	–	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–
Mifegyne	17 514	17,6	15,4	14,0	13,8	15,7	18,7	19,1	17,9	18,3	20,9	14,3
Medikamentös	3 290	3,3	2,2	2,2	1,9	2,1	2,9	3,8	4,7	5,6	2,7	–
Fetozid bei Mehrlings- schwangerschaften	67	0,1	–	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	–
Fetozid bei sonstigen Fällen	488	0,5	–	0,1	0,1	0,2	0,5	0,8	0,6	0,3	0,4	–
Vorangegangene Lebendgeborene												
Keine	39 261	39,4	100	100	85,2	62,3	39,1	22,9	14,7	13,0	12,6	7,1
1	25 316	25,4	–	–	13,2	25,6	30,3	28,4	24,7	22,7	20,9	21,4
2	23 159	23,2	–	–	1,6	9,5	21,7	32,1	37,5	37,7	40,2	50,0
3	8 310	8,3	–	–	0,0	2,1	6,6	11,4	15,6	17,5	16,7	7,1
4 und mehr	3 669	3,7	–	–	–	0,5	2,0	5,1	7,5	9,0	9,6	14,3
Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft von ... bis ... vollendete Wochen												
unter 5	6 966	7,0	5,4	5,1	5,8	6,1	7,1	7,3	7,7	7,9	12,3	28,6
5 – 6	29 078	29,2	31,2	25,9	25,0	27,9	29,2	30,6	30,4	30,2	32,2	7,1
7 – 8	36 080	36,2	32,8	35,6	36,3	37,0	36,4	35,8	35,2	36,4	35,9	50,0
9 – 11	24 811	24,9	30,4	32,7	32,0	27,8	24,9	22,7	22,0	20,5	17,2	14,3
12 – 21	2 196	2,2	0,3	0,5	0,7	0,8	1,8	2,7	3,9	4,8	2,2	–
22 und mehr	584	0,6	–	0,2	0,1	0,3	0,6	1,0	0,8	0,4	0,1	–

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

4.1.10 Schwangerschaftsabbrüche nach Land des Wohnsitzes der Frauen 2014

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Frauen der gleichen Altersgruppe (Quote) ¹										
Insgesamt ohne Ausland	98 465	55	.	27	67	93	97	86	68	24	2	.
Baden-Württemberg	10 452	43	.	19	47	69	72	68	59	21	2	.
Bayern	12 102	42	.	18	48	67	68	69	56	21	2	.
Berlin	8 643	105	.	56	154	160	160	142	120	48	6	.
Brandenburg	3 170	66	.	46	97	113	131	108	83	23	2	.
Bremen	1 421	95	.	44	135	155	153	133	112	43	2	.
Hamburg	3 318	76	.	50	136	123	106	97	87	40	3	.
Hessen	8 173	60	.	29	70	105	104	90	75	26	2	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 633	85	.	54	101	139	158	137	93	33	2	.
Niedersachsen	7 895	46	.	21	53	89	83	80	53	18	2	.
Nordrhein-Westfalen	20 105	51	.	25	67	95	90	77	59	21	2	.
Rheinland-Pfalz	3 816	44	.	19	51	77	81	68	53	19	2	.
Saarland	1 216	58	.	32	65	115	104	100	65	16	1	.
Sachsen	5 420	69	.	39	87	101	117	106	88	30	3	.
Sachsen-Anhalt	3 474	81	.	46	100	133	156	131	96	30	3	.
Schleswig-Holstein	3 210	52	.	30	76	97	105	81	61	21	2	.
Thüringen	3 417	82	.	45	106	115	145	133	108	36	3	.
Ausland	1 250	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

1 Vorläufige Berechnung mit durchschnittlicher Bevölkerung 2013 auf der Basis der Bevölkerungsfortschreibung gemäß Zensus 2011 (Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014).

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.11 Gestorbene Säuglinge 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Anzahl ²												%	
A00-R99	Krankheiten insgesamt	2 195	1 233	962	415	332	228	191	201	151	389	288	2,1
A00-B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	37	22	15	–	–	4	2	8	3	10	10	48,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	30	23	7	–	–	4	1	6	1	13	5	–3,2
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	52	38	14	–	–	1	–	5	–	32	14	–10,3
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1 084	610	474	291	216	146	128	96	73	77	57	–3,8
	darunter:												
P00-P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	274	155	119	112	83	34	29	4	7	5	–	0,4
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	389	230	159	139	90	41	41	29	15	21	13	–0,5
P21	Asphyxie unter der Geburt	56	30	26	7	4	8	13	10	7	5	2	12,0
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	30	15	15	2	5	6	6	4	–	3	4	–33,3
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	39	24	15	3	1	6	2	12	7	3	5	–32,8
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	57	30	27	3	1	20	15	6	8	1	3	–13,6
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	665	350	315	102	92	64	51	66	61	118	111	12,0
	darunter:												
Q00-Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	72	30	42	13	21	5	4	7	4	5	13	41,2
Q20-Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	226	127	99	11	10	26	15	35	27	55	47	10,8
Q30-Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	42	23	19	12	11	5	5	1	2	5	1	–4,5
Q90-Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	131	55	76	22	16	6	12	12	22	15	26	20,2
R95	Plötzlicher Kindstod	152	84	68	3	1	–	1	6	9	75	57	16,0
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	55	35	20	6	–	1	–	3	–	25	20	3,8

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.12 Gestorbene Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
je 100 000 Lebendgeborene des jeweiligen Geschlechts ²												%	
A00-R99	Krankheiten insgesamt	321,8	352,5	289,5	118,6	99,9	65,2	57,5	57,5	45,4	111,2	86,7	0,9
A00-B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	5,4	6,3	4,5	–	–	1,1	0,6	2,3	0,9	2,9	3,0	46,6
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechsellkrankheiten	4,4	6,6	2,1	–	–	1,1	0,3	1,7	0,3	3,7	1,5	– 4,4
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	7,6	10,9	4,2	–	–	0,3	–	1,4	–	9,1	4,2	– 11,4
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	158,9	174,4	142,7	83,2	65,0	41,7	38,5	27,4	22,0	22,0	17,2	– 5,0
darunter:													
P00-P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	40,2	44,3	35,8	32,0	25,0	9,7	8,7	1,1	2,1	1,4	–	– 0,8
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	57,0	65,7	47,9	39,7	27,1	11,7	12,3	8,3	4,5	6,0	3,9	– 1,8
P21	Asphyxie unter der Geburt	8,2	8,6	7,8	2,0	1,2	2,3	3,9	2,9	2,1	1,4	0,6	11,0
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	4,4	4,3	4,5	0,6	1,5	1,7	1,8	1,1	–	0,9	1,2	– 34,4
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	5,7	6,9	4,5	0,9	0,3	1,7	0,6	3,4	2,1	0,9	1,5	– 33,5
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	8,4	8,6	8,1	0,9	0,3	5,7	4,5	1,7	2,4	0,3	0,9	– 14,7
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	97,5	100,1	94,8	29,2	27,7	18,3	15,3	18,9	18,4	33,7	33,4	10,5
darunter:													
Q00-Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	10,6	8,6	12,6	3,7	6,3	1,4	1,2	2,0	1,2	1,4	3,9	38,9
Q20-Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	33,1	36,3	29,8	3,1	3,0	7,4	4,5	10,0	8,1	15,7	14,1	9,4
Q30-Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	6,2	6,6	5,7	3,4	3,3	1,4	1,5	0,3	0,6	1,4	0,3	– 5,3
Q90-Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	19,2	15,7	22,9	6,3	4,8	1,7	3,6	3,4	6,6	4,3	7,8	18,6
R95	Plötzlicher Kindstod	22,3	24,0	20,5	0,9	0,3	–	0,3	1,7	2,7	21,4	17,2	14,9
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	8,1	10,0	6,0	1,7	–	0,3	–	0,9	–	7,1	6,0	2,1

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene					Veränderung gegenüber Vorjahr		
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹²	unter 1	1 – 15	15 – 45		45 – 65	65 und mehr
Männlich									
A00-T98	Todesursachen insgesamt	429 645	1 088,6	1 268	577	11 402	77 201	339 197	3,2
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	8 357	21,2	22	23	265	1 320	6 727	2,9
	darunter:								
A15-A19	Tuberkulose	189	0,5	–	–	15	34	140	1,1
B20-B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	335	0,8	–	–	87	168	80	0,3
C00-C97	Bösartige Neubildungen	121 748	308,5	8	117	1 723	27 597	92 303	1,4
	darunter:								
C15-C26	der Verdauungsorgane	38 987	98,8	–	1	451	9 077	29 458	0,3
C30-C39	der Atmungsorgane und sonstiger intrathorakaler Organe	31 303	79,3	1	–	246	8 710	22 346	0,1
C50	der Brustdrüse (Mamma)	156	0,4	–	–	2	23	131	4,0
C60-C63	der männlichen Genitalorgane	13 748	34,8	–	1	58	1 124	12 565	3,1
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	10 255	26,0	1	31	254	1 643	8 326	5,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	13 347	33,8	23	27	308	2 374	10 615	4,7
	darunter:								
E10-E14	Diabetes mellitus	10 484	26,6	–	1	135	1 576	8 772	4,0
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	14 241	36,1	–	3	761	2 992	10 485	16,9
	darunter:								
F10-F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	4 967	12,6	–	1	736	2 778	1 452	8,0
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	12 470	31,6	38	63	445	1 721	10 203	6,2
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	153 309	388,4	11	32	1 476	18 995	132 795	2,1
	darunter:								
I10-I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	11 902	30,2	–	2	64	960	10 876	10,4
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	67 175	170,2	–	–	508	9 686	56 981	1,3
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	30 622	77,6	–	–	408	6 546	23 668	–0,9
I30-I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	37 042	93,9	6	20	489	3 901	32 626	3,6
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	23 167	58,7	4	6	176	2 287	20 694	–0,5
I70-I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	8 391	21,3	–	–	81	1 044	7 266	–0,5
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	34 431	87,2	14	41	260	3 628	30 488	6,8
	darunter:								
J09-J18	Grippe und Pneumonie	10 044	25,4	9	14	115	837	9 069	8,7
J45-J46	Asthma bronchiale	441	1,1	–	5	34	132	270	–5,6
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	20 564	52,1	7	6	725	6 616	13 210	0,6
	darunter:								
K70-K77	Krankheiten der Leber	9 950	25,2	–	1	500	4 886	4 563	0,2
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	9 463	24,0	–	2	35	588	8 838	7,6
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	635	1,6	610	6	12	4	3	2,6
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	887	2,2	350	80	144	208	105	5,3
R00-R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	13 518	34,2	143	32	884	4 651	7 808	4,9
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	84	0,2	84	–	–	–	–	7,7
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	20 423	51,7	35	129	4 249	5 700	10 310	3,3
	darunter:								
V01-V99	Transportmittelunfälle	2 789	7,1	1	32	1 186	813	757	–4,9
W00-W19	Stürze	4 972	12,6	–	9	147	620	4 196	6,0
X60-X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	7 449	18,9	–	6	2 010	2 817	2 616	2,2
X85-Y09	Tätlicher Angriff	180	0,5	13	5	63	60	39	–11,8

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2013

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65		65 und mehr
Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen ²	Anzahl					%		
Weiblich									
A00-T98	Todesursachen insgesamt	464 180	1 127,3	982	466	5 938	41 682	415 112	2,4
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	10 123	24,6	15	13	122	727	9 246	- 1,1
	darunter:								
A15-A19	Tuberkulose	122	0,3	-	-	3	18	101	1,7
B20-B24	HIV-Krankheit (Humane Immundefizienz-Viruskrankheit)	66	0,2	-	-	17	38	11	- 13,2
C00-C97	Bösartige Neubildungen	102 094	247,9	4	103	2 114	21 125	78 748	0,6
	darunter:								
C15-C26	der Verdauungsorgane	31 012	75,3	-	1	388	4 620	26 003	- 0,8
C30-C39	der Atmungsorgane u. sonstiger intrathorakaler Organe	15 566	37,8	-	1	152	4 960	10 453	2,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	17 853	43,4	-	1	600	4 529	12 723	0,6
C51-C58	der weiblichen Genitalorgane	10 913	26,5	-	-	292	2 559	8 062	- 1,3
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	8 576	20,8	1	32	183	1 021	7 339	1,4
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	17 850	43,3	7	23	182	1 104	16 534	- 0,1
	darunter:								
E10-E14	Diabetes mellitus	13 773	33,4	-	2	58	579	13 134	- 1,5
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	21 876	53,1	-	1	219	820	20 836	17,0
	darunter:								
F10-F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	1 452	3,5	-	-	175	650	627	14,5
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	13 284	32,3	14	63	293	1 274	11 640	6,1
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	201 184	488,6	9	41	732	6 665	193 737	1,1
	darunter:								
I10-I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	27 743	67,4	-	-	18	403	27 322	10,0
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	61 633	149,7	-	1	103	2 357	59 172	- 0,4
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	23 916	58,1	-	1	79	1 583	22 253	- 2,5
I30-I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	57 580	139,8	7	25	206	1 414	55 928	0,4
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	35 389	85,9	1	10	163	1 407	33 808	- 0,7
I70-I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	10 113	24,6	1	1	35	409	9 667	- 3,0
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	30 487	74,0	5	30	153	2 212	28 087	8,0
	darunter:								
J09-J18	Grippe und Pneumonie	10 321	25,1	1	17	71	407	9 825	7,0
J45-J46	Asthma bronchiale	709	1,7	-	3	19	99	588	1,7
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	19 548	47,5	3	5	323	2 947	16 270	- 0,5
	darunter:								
K70-K77	Krankheiten der Leber	5 305	12,9	-	1	213	2 023	3 068	5,3
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	12 425	30,2	1	2	31	383	12 008	5,8
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	29	0,1	-	-	27	2	-	- 6,5
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	482	1,2	474	2	5	-	1	- 11,7
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	819	2,0	315	57	97	194	156	18,7
R00-R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	11 671	28,3	108	21	322	1 656	9 564	4,9
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	68	0,2	68	-	-	-	-	28,3
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	13 710	33,3	20	93	1 217	1 944	10 436	4,3
	darunter:								
V01-V99	Transportmittelunfälle	982	2,4	1	29	309	215	428	- 6,0
W00-W19	Stürze	5 870	14,3	1	3	45	214	5 607	5,7
X60-X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	2 627	6,4	-	12	562	978	1 075	0,9
X85-Y09	Tätlicher Angriff	214	0,5	10	15	67	56	66	7,5

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. – Ohne Totgeborene und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 (vorläufige Ergebnisse).

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.14 Körpergröße, Körpergewicht und Body-Mass-Index

	Durchschnittliche Körpergröße	Durchschnittliches Körpergewicht	Body-Mass-Index von ... bis unter ...							
			unter 18,5		18,5 – 25		25 – 30		30 und mehr	
			Untergewicht	Normalgewicht	Übergewicht	starkes Übergewicht	Untergewicht	Normalgewicht	Übergewicht	starkes Übergewicht
2013				1999						
	m	kg	% standardisiert ¹							
Insgesamt	1,72	76,3	2,1	46,7	36,0	15,2	2,5	49,5	36,4	11,6
Männer im Alter von ... bis unter ... Jahren										
18 – 20	1,81	75,7	4,3	75,2	16,4	4,1	5,0	79,2	13,2	2,6
20 – 25	1,81	78,9	2,0	66,7	25,1	6,2	2,7	73,3	20,5	3,5
25 – 30	1,81	81,6	1,3	56,6	33,3	8,8	1,1	61,2	31,8	5,9
30 – 35	1,80	83,7	0,6	48,0	39,2	12,2	0,8	52,1	39,2	7,9
35 – 40	1,80	85,6	0,3	41,0	43,8	14,9	0,5	46,6	43,1	9,8
40 – 45	1,80	86,4	0,4	36,7	46,1	16,8	0,5	41,0	45,6	12,9
45 – 50	1,80	86,6	0,4	34,2	47,5	17,9	0,4	34,8	49,5	15,3
50 – 55	1,79	86,8	0,3	31,4	48,1	20,2	0,3	32,1	51,0	16,7
55 – 60	1,78	86,8	0,4	28,1	48,9	22,6	0,4	30,3	52,7	16,5
60 – 65	1,77	86,6	0,4	25,5	49,5	24,7	0,4	28,0	53,6	18,0
65 – 70	1,76	85,4	0,4	26,1	49,9	23,6	0,5	26,4	54,4	18,7
70 – 75	1,75	84,1	0,3	27,7	50,8	21,2	0,8	31,0	53,4	14,8
75 und mehr	1,73	80,4	0,6	33,3	49,4	16,7	1,6	43,4	45,9	9,0
Zusammen	1,78	84,3	0,7	38,8	43,7	16,8	0,9	42,5	44,3	12,2
Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahren										
18 – 20	1,68	60,9	13,0	73,7	10,5	2,8	16,4	72,8	8,8	1,9
20 – 25	1,68	62,9	8,9	72,5	13,6	5,0	11,0	74,3	11,3	3,4
25 – 30	1,67	64,7	6,2	69,9	16,8	7,1	7,0	71,6	15,8	5,6
30 – 35	1,67	66,4	5,0	66,0	19,5	9,5	5,3	70,0	18,3	6,5
35 – 40	1,67	67,5	3,7	63,6	22,3	10,4	3,8	66,8	21,7	7,8
40 – 45	1,67	68,1	2,9	62,1	23,6	11,4	3,3	62,4	24,2	10,1
45 – 50	1,67	68,8	2,7	59,2	25,9	12,2	2,1	55,9	30,2	11,8
50 – 55	1,66	69,7	2,1	53,2	29,7	15,0	1,8	50,2	34,0	14,1
55 – 60	1,65	70,4	1,9	47,9	32,9	17,3	1,7	48,1	35,4	14,7
60 – 65	1,64	71,3	1,6	42,0	35,6	20,8	1,2	40,4	41,2	17,2
65 – 70	1,64	71,2	1,5	40,3	37,9	20,3	1,2	38,5	41,3	19,1
70 – 75	1,64	70,8	1,6	39,8	39,2	19,4	1,8	41,1	41,1	16,0
75 und mehr	1,62	68,3	2,7	41,7	38,4	17,2	4,4	53,0	33,7	9,0
Zusammen	1,65	68,4	3,5	54,6	28,2	13,7	3,9	56,1	29,0	11,0
Insgesamt nach Ländern										
Baden-Württemberg	1,71	75,1	2,3	48,4	35,3	14,0	2,6	50,9	35,9	10,6
Bayern	1,72	75,6	2,2	47,7	35,5	14,5	2,5	49,3	36,4	11,7
Berlin	1,72	74,8	2,4	50,2	34,3	13,0	3,3	53,4	33,1	10,2
Brandenburg	1,71	77,1	1,3	44,5	37,7	16,4	2,0	47,6	35,9	14,4
Bremen	1,72	76,0	2,0	47,7	35,8	14,4	2,9	54,8	32,9	9,3
Hamburg	1,73	74,8	2,7	54,6	31,3	11,3	2,9	55,7	32,3	9,1
Hessen	1,72	76,2	2,2	46,5	35,8	15,4	2,4	49,6	36,4	11,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,72	78,5	1,9	41,6	37,7	18,9	2,2	45,2	37,4	15,3
Niedersachsen	1,73	77,3	1,7	46,5	36,6	15,1	2,5	50,4	36,9	10,3
Nordrhein-Westfalen	1,72	76,9	2,2	46,0	36,0	15,8	2,5	49,5	36,8	11,2
Rheinland-Pfalz	1,72	76,6	2,1	45,6	35,8	16,4	2,1	49,0	37,0	11,9
Saarland	1,71	75,9	2,0	45,8	37,0	15,1	2,3	52,7	34,7	10,4
Sachsen	1,71	76,2	1,6	45,4	37,2	15,8	2,4	46,8	37,8	13,1
Sachsen-Anhalt	1,71	77,6	1,8	42,2	37,3	18,6	2,1	45,7	37,9	14,3
Schleswig-Holstein	1,73	77,2	1,9	47,9	36,1	14,0	2,4	52,6	35,0	10,0
Thüringen	1,71	76,9	1,8	43,5	38,0	16,7	2,2	43,7	39,3	14,8

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung „Fragen zur Gesundheit“.

1 Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben über Größe und Gewicht, standardisiert auf den Altersaufbau gemäß Zensus 2011 (Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014; vorläufige Ergebnisse).

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.15 Rauchgewohnheiten

	Nichtraucher/-innen	Raucher/-innen	Raucher/-innen						Zigarettenraucher/-innen 2013		
			insgesamt	gelegentlich	regelmäßig	insgesamt	gelegentlich	regelmäßig	insgesamt	darunter nach der Zahl der täglich gerauchten Zigaretten	
	2013			1999			insgesamt	bis 20		mehr als 20	
	1 000		% standardisiert ¹⁾					1 000	%		
Insgesamt	42 051	13 643	25,2	3,7	21,5	27,4	3,4	24,0	11 046	88,1	11,9
Männer im Alter von ... bis unter ... Jahren											
15 – 20	1 333	252	15,9	3,4	12,5	27,9	5,6	22,3	187	96,8	3,2
20 – 25	1 168	622	34,7	5,7	29,1	43,0	5,3	37,7	496	93,5	6,5
25 – 30	1 090	763	41,2	6,1	35,0	43,6	4,9	38,8	625	92,0	8,0
30 – 35	1 086	798	42,4	6,0	36,4	44,5	4,6	39,9	660	88,3	11,7
35 – 40	1 083	689	38,9	5,1	33,7	46,4	4,4	42,0	574	85,7	14,3
40 – 45	1 429	841	37,0	4,8	32,2	44,4	3,9	40,5	693	83,7	16,3
45 – 50	1 687	947	36,0	4,1	31,8	41,0	3,5	37,5	792	81,1	18,9
50 – 55	1 617	883	35,3	3,8	31,6	35,5	3,2	32,3	738	79,9	20,1
55 – 60	1 471	707	32,4	3,8	28,7	29,3	3,2	26,2	571	80,2	19,8
60 – 65	1 515	535	26,1	3,4	22,7	24,6	2,9	21,6	420	80,6	19,4
65 – 70	1 327	302	18,5	2,5	16,0	20,3	2,6	17,7	230	82,0	18,0
70 – 75	1 732	257	12,9	2,1	10,9	16,7	2,1	14,6	187	84,6	15,4
75 und mehr	2 611	214	7,5	1,3	6,3	11,3	2,1	9,4	150	88,7	11,3
Zusammen	19 147	7 809	29,8	4,0	25,8	33,6	3,7	29,9	6 321	85,1	14,9
Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahren											
15 – 20	1 306	164	11,2	2,5	8,7	21,4	5,0	16,4	123	96,9	3,1
20 – 25	1 253	446	26,2	4,6	21,6	32,6	5,6	26,9	355	95,5	4,5
25 – 30	1 242	562	31,1	5,6	25,5	32,5	5,1	27,4	445	95,0	5,0
30 – 35	1 358	563	29,3	5,2	24,1	35,0	4,8	30,2	448	93,7	6,3
35 – 40	1 338	472	26,1	4,2	21,9	35,4	4,8	30,6	383	92,2	7,8
40 – 45	1 589	599	27,4	3,8	23,6	33,7	4,3	29,4	500	91,3	8,7
45 – 50	1 804	745	29,2	4,0	25,2	29,1	3,6	25,4	619	90,0	10,0
50 – 55	1 781	724	28,9	4,2	24,8	24,0	3,1	20,9	596	90,7	9,3
55 – 60	1 706	583	25,5	3,6	21,8	16,1	2,4	13,6	480	90,6	9,4
60 – 65	1 800	402	18,2	2,8	15,4	11,8	1,7	10,1	327	90,6	9,4
65 – 70	1 554	238	13,3	2,2	11,1	9,1	1,4	7,7	190	90,5	9,5
70 – 75	2 116	182	7,9	1,4	6,6	7,8	1,5	6,3	145	91,7	8,3
75 und mehr	4 058	155	3,6	0,8	2,8	3,9	0,9	3,3	116	94,7	5,3
Zusammen	22 903	5 834	20,9	3,3	17,5	21,7	3,2	18,5	4 725	92,1	7,9
Insgesamt nach Ländern											
Baden-Württemberg	5 589	1 596	22,6	3,7	18,9	25,2	3,3	21,9	1 256	90,7	9,3
Bayern	6 491	1 847	22,4	3,4	19,0	24,9	3,8	21,1	1 480	89,4	10,6
Berlin	1 635	663	28,8	3,9	24,9	33,8	4,0	30,0	555	89,6	10,4
Brandenburg	1 371	476	27,2	4,0	23,2	29,5	3,6	25,8	387	90,7	9,3
Bremen	324	125	28,7	5,0	23,8	33,7	3,1	30,5	98	82,4	17,6
Hamburg	803	277	25,4	3,7	21,7	31,7	4,0	27,8	221	86,8	13,2
Hessen	3 183	971	23,9	4,2	19,8	27,0	3,5	23,4	755	87,0	13,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	802	315	29,9	4,4	25,4	31,4	4,0	27,3	252	89,4	10,6
Niedersachsen	3 993	1 309	25,6	3,4	22,2	28,4	2,9	25,2	1 083	87,1	12,9
Nordrhein-Westfalen	9 048	3 166	26,6	3,2	23,4	27,7	2,9	24,9	2 642	85,2	14,8
Rheinland-Pfalz	2 072	649	24,9	4,0	20,9	28,1	3,5	24,7	516	85,0	15,0
Saarland	529	163	24,5	3,6	20,9	27,7	1,8	26,2	126	86,5	13,5
Sachsen	2 392	704	24,7	4,2	20,4	24,0	4,5	19,7	560	93,9	6,1
Sachsen-Anhalt	1 211	467	30,3	4,5	25,8	28,8	3,2	25,7	380	91,3	8,7
Schleswig-Holstein	1 429	500	27,1	3,2	23,9	31,5	4,4	27,0	415	87,4	12,6
Thüringen	1 177	416	28,2	4,9	23,2	26,2	4,1	21,8	323	91,3	8,7

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung „Fragen zur Gesundheit“.

1 Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben über die Rauchgewohnheiten, standardisiert auf den Altersaufbau gemäß Zensus 2011 (Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014; vorläufige Ergebnisse).

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.1 Ausgewählte Kennzahlen zu Krankenhäusern

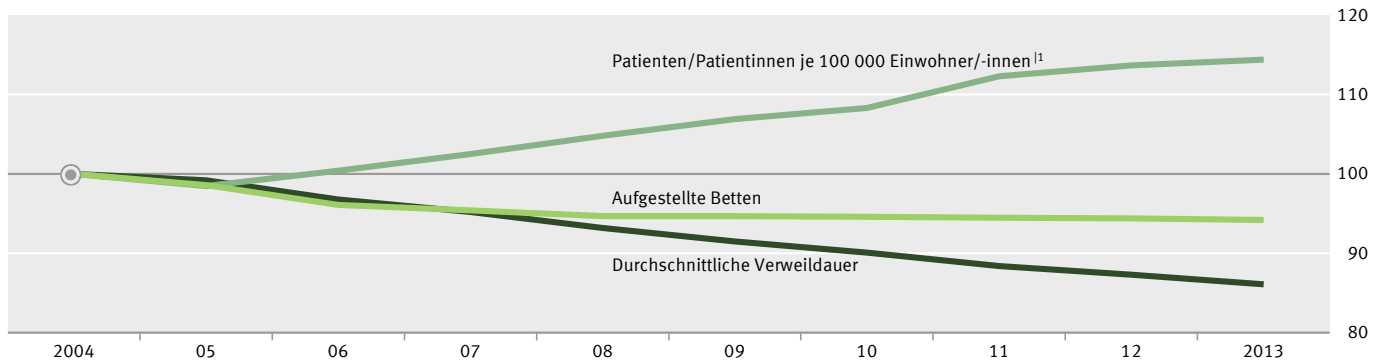
	Krankenhäuser		Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Berechnungstage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	1 000	Tage	%	
2009	2 084	503 341	615	17 817 180	21 762	142 414	8,0	77,5	
2010	2 064	502 749	615	18 032 903	22 057	141 942	7,9	77,4	
2011	2 045	502 029	626	18 344 156	22 870	141 676	7,7	77,3	
2012	2 017	501 475	624	18 620 442	23 152	142 024	7,6	77,4	
2013	1 996	500 671	621	18 787 168	23 296	141 340	7,5	77,3	
2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	272	56 726	535	2 090 033	19 717	15 892	7,6	76,8	
Bayern	366	75 675	602	2 883 438	22 954	21 218	7,4	76,8	
Berlin	81	20 070	591	794 009	23 363	6 022	7,6	82,2	
Brandenburg	55	15 191	620	556 606	22 725	4 386	7,9	79,1	
Bremen	14	5 111	779	205 721	31 356	1 463	7,1	78,4	
Hamburg	52	12 163	699	474 802	27 283	3 715	7,8	83,7	
Hessen	172	36 158	600	1 331 355	22 075	10 164	7,6	77,0	
Mecklenburg-Vorpommern	39	10 385	650	404 226	25 289	2 887	7,1	76,2	
Niedersachsen	197	42 302	543	1 655 203	21 262	12 263	7,4	79,4	
Nordrhein-Westfalen	370	120 247	685	4 420 386	25 169	33 475	7,6	76,3	
Rheinland-Pfalz	91	25 360	635	921 358	23 078	6 779	7,4	73,2	
Saarland	21	6 405	645	274 842	27 692	2 060	7,5	88,1	
Sachsen	79	26 340	651	1 003 215	24 781	7 550	7,5	78,5	
Sachsen-Anhalt	48	16 332	725	606 332	26 924	4 443	7,3	74,5	
Schleswig-Holstein	95	15 969	568	588 147	20 921	4 500	7,7	77,2	
Thüringen	44	16 237	750	577 497	26 666	4 523	7,8	76,3	

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014 (vorläufige Ergebnisse).

Entwicklung zentraler Indikatoren der Krankenhäuser

2004 = 100



1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014 (vorläufige Ergebnisse).

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2015 - 01 - 0141

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

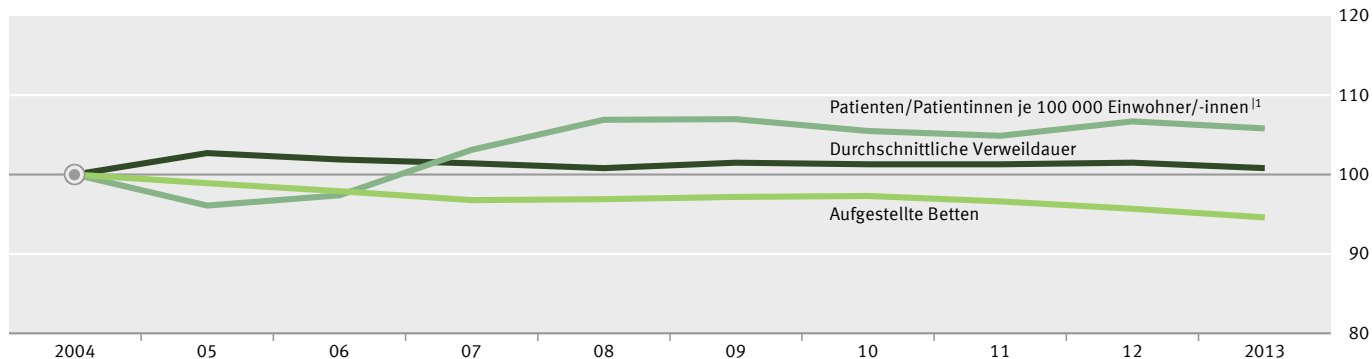
4.2.2 Vor-, nach- und teilstationäre Behandlungen in Krankenhäusern 2013

Bezeichnung der Fachabteilung	Kranken- häuser mit entsprechender Fachabteilung	Krankenhäuser mit						
		vorstationären Behandlungen		nachstationären Behandlungen		teilstationären Behandlungen		
		Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Berechnungs- tage
Anzahl								
Fachabteilungen insgesamt	X	X	4 336 205	X	993 593	X	724 685	6 575 804
davon:								
Allgemeine Fachabteilungen zusammen . .	X	X	4 268 856	X	981 750	X	550 482	2 176 202
davon:								
Augenheilkunde	148	143	85 949	107	35 457	8	13 648	13 814
Chirurgie	1 020	1 019	1 470 491	911	387 341	15	3 621	18 054
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	697	691	423 877	617	92 235	37	13 143	41 735
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	354	344	224 760	192	94 692	20	11 558	28 812
Haut- und Geschlechtskrankheiten	101	97	50 712	85	22 513	45	32 252	162 777
Herzchirurgie	63	63	8 976	50	3 372	4	166	167
Innere Medizin	1 105	1 088	1 015 110	931	131 202	262	336 127	1 143 358
Geriatrie	204	122	3 274	108	581	143	34 463	414 113
Kinderchirurgie	79	77	28 754	74	13 676	11	1 749	2 011
Kinderheilkunde	337	331	124 069	303	40 575	77	57 590	128 266
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	94	93	22 784	68	25 123	5	623	653
Neurochirurgie	151	150	73 389	124	8 868	6	1 382	4 896
Neurologie	337	333	117 219	282	17 452	38	13 115	45 917
Nuklearmedizin	88	88	25 351	70	2 871	8	1 750	1 796
Orthopädie	275	271	277 453	210	31 365	12	4 662	31 807
Plastische Chirurgie	76	74	30 378	67	22 297	1	24	24
Strahlentherapie	121	111	15 059	90	5 767	14	6 717	55 985
Urologie	395	390	246 967	340	42 814	18	2 352	3 713
Sonstige Fachbereiche/Allgemein- betten	107	86	24 284	50	3 549	28	15 540	78 304
Psychiatrische Fachabteilungen zusammen	X	X	67 349	X	11 843	X	174 203	4 399 602
davon:								
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	153	52	3 054	34	332	149	22 069	742 398
Psychiatrie und Psychotherapie	419	255	39 659	156	9 029	404	137 840	3 348 203
Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik	151	104	24 636	67	2 482	90	14 294	309 001

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2004 = 100



1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014 (vorläufige Ergebnisse).

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2015 - 01 - 0142

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.3 Krankenhausentbindungen

	Entbundene Frauen				Im Krankenhaus geborene Kinder		
	insgesamt	darunter durch			insgesamt	davon	
		Kaiserschnitt	Zangengeburt	Vakuumentraktion (Saugglocke)		lebend geboren	tot geboren
Anzahl	%			Anzahl	%		
2009	644 274	31,3	0,7	5,2	656 265	99,7	0,3
2010	656 390	31,9	0,6	5,3	668 950	99,7	0,3
2011	642 976	32,2	0,5	5,5	654 243	99,7	0,3
2012	653 215	31,9	0,5	5,7	665 780	99,7	0,3
2013	661 138	31,8	0,5	5,8	674 245	99,7	0,3
2013 nach Ländern							
Baden-Württemberg	89 241	32,6	0,2	6,9	91 268	99,8	0,2
Bayern	106 157	32,6	0,3	6,6	108 237	99,7	0,3
Berlin	35 952	28,2	0,1	8,7	36 765	99,5	0,5
Brandenburg	14 452	26,7	0,3	4,2	14 646	99,8	0,2
Bremen	8 080	31,8	0,4	6,2	8 248	99,6	0,4
Hamburg	21 103	34,0	0,3	7,0	21 615	99,7	0,3
Hessen	49 169	33,9	0,7	5,2	50 224	99,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 325	28,1	0,8	4,3	12 525	99,5	0,5
Niedersachsen	58 264	32,6	0,4	5,3	59 227	99,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	143 115	33,1	0,8	5,4	146 059	99,6	0,4
Rheinland-Pfalz	30 679	33,6	0,5	5,1	31 274	99,8	0,2
Saarland	7 333	38,1	0,8	7,3	7 478	99,6	0,4
Sachsen	33 903	23,8	0,7	4,5	34 506	99,6	0,4
Sachsen-Anhalt	16 305	29,3	0,5	3,8	16 560	99,7	0,3
Schleswig-Holstein	18 869	33,0	0,1	5,4	19 172	99,7	0,3
Thüringen	16 191	28,1	1,1	3,4	16 441	99,7	0,3

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4.2.4 Ausgewählte Kennzahlen zu Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Einrichtungen	Aufgestellte Betten		Patienten/ Patientinnen		Pflege tage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen ¹	1 000	Tage	%	
2009	1 240	171 489	209	2 005 491	2 449	51 126	25,5	81,7
2010	1 237	171 724	210	1 974 731	2 415	50 219	25,4	80,1
2011	1 233	170 544	213	1 926 055	2 401	48 981	25,4	78,7
2012	1 212	168 968	210	1 964 711	2 443	50 094	25,5	81,0
2013	1 187	166 889	207	1 953 636	2 422	49 455	25,3	81,2
2013 nach Ländern								
Baden-Württemberg	200	25 962	245	302 010	2 849	7 437	24,6	78,5
Bayern	269	30 355	242	363 840	2 896	8 560	23,5	77,3
Brandenburg	29	5 324	217	66 359	2 709	1 784	26,9	91,8
Hessen	96	16 392	272	173 322	2 874	4 684	27,0	78,3
Mecklenburg-Vorpommern	60	10 417	652	129 565	8 106	3 086	23,8	81,2
Niedersachsen	125	17 660	227	224 792	2 888	5 402	24,0	83,8
Nordrhein-Westfalen	150	20 534	117	231 204	1 316	6 530	28,2	87,1
Rheinland-Pfalz	59	7 700	193	86 096	2 157	2 392	27,8	85,1
Saarland	18	2 843	286	29 603	2 983	859	29,0	82,8
Sachsen	51	8 962	221	99 294	2 453	2 598	26,2	79,4
Sachsen-Anhalt	20	3 576	159	43 951	1 952	1 083	24,6	83,0
Schleswig-Holstein	63	10 159	361	130 693	4 649	3 090	23,6	83,3
Thüringen	35	5 813	268	60 775	2 806	1 611	26,5	75,9
Stadtstaaten zusammen:								
Berlin, Bremen, Hamburg	12	1 192	21	12 137	209	339	27,9	77,8

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014 (vorläufige Ergebnisse).

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.5 Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

	2000	2005	2010	2011	2012	2000	2005	2010	2011	2012
	1 000					%				
Beschäftigte insgesamt										
Insgesamt	4 205	4 504	4 975	5 060	5 155	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	40	39	36	37	37	0,9	0,9	0,7	0,7	0,7
Ambulante Einrichtungen	1 704	1 887	2 112	2 149	2 187	40,5	41,9	42,5	42,5	42,4
Arztpraxen	636	676	690	692	699	15,1	15,0	13,9	13,7	13,6
Zahnarztpraxen	318	341	352	356	362	7,6	7,6	7,1	7,0	7,0
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	244	314	411	424	438	5,8	7,0	8,3	8,4	8,5
Apotheken	202	218	229	231	228	4,8	4,8	4,6	4,6	4,4
Einzelhandel	84	88	111	115	116	2,0	2,0	2,2	2,3	2,3
Ambulante Pflege	187	214	280	291	302	4,4	4,8	5,6	5,7	5,9
Sonstige ambulante Einrichtungen	32	35	39	40	41	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 677	1 724	1 875	1 910	1 942	39,9	38,3	37,7	37,7	37,7
Krankenhäuser	1 102	1 064	1 114	1 130	1 148	26,2	23,6	22,4	22,3	22,3
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	117	113	120	119	119	2,8	2,5	2,4	2,3	2,3
Stationäre/teilstationäre Pflege	458	546	641	661	675	10,9	12,1	12,9	13,1	13,1
Rettungsdienste	44	49	54	56	58	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Verwaltung	240	227	224	221	221	5,7	5,0	4,5	4,4	4,3
Sonstige Einrichtungen	92	128	164	168	173	2,2	2,8	3,3	3,3	3,4
Vorleistungsindustrien	410	450	510	519	538	9,7	10,0	10,2	10,3	10,4
Pharmazeutische Industrie	96	109	126	129	141	2,3	2,4	2,5	2,5	2,7
Medizintechnische/augenoptische Industrie	117	126	140	145	150	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
Großhandel/Handelsvermittlung	99	116	134	133	134	2,4	2,6	2,7	2,6	2,6
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	97	98	110	112	112	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2
darunter Frauen										
Insgesamt	3 148	3 391	3 764	3 840	3 909	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	26	26	25	25	25	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Ambulante Einrichtungen	1 386	1 538	1 722	1 753	1 784	44,0	45,4	45,8	45,7	45,6
Arztpraxen	527	558	568	570	576	16,7	16,5	15,1	14,8	14,7
Zahnarztpraxen	263	284	294	297	303	8,4	8,4	7,8	7,7	7,7
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	189	242	322	333	344	6,0	7,1	8,6	8,7	8,8
Apotheken	172	186	194	195	192	5,5	5,5	5,1	5,1	4,9
Einzelhandel	52	54	71	74	75	1,7	1,6	1,9	1,9	1,9
Ambulante Pflege	160	188	245	255	265	5,1	5,5	6,5	6,6	6,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	23	26	29	29	30	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 303	1 347	1 475	1 512	1 538	41,4	39,7	39,2	39,4	39,3
Krankenhäuser	827	797	840	858	872	26,3	23,5	22,3	22,4	22,3
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	89	86	91	92	92	2,8	2,5	2,4	2,4	2,3
Stationäre/teilstationäre Pflege	387	464	544	562	573	12,3	13,7	14,4	14,6	14,7
Rettungsdienste	10	12	13	15	15	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Verwaltung	146	140	143	141	142	4,7	4,1	3,8	3,7	3,6
Sonstige Einrichtungen	64	94	122	125	129	2,0	2,8	3,2	3,3	3,3
Vorleistungsindustrien	213	235	265	269	276	6,8	6,9	7,0	7,0	7,1
Pharmazeutische Industrie	45	52	62	63	69	1,4	1,5	1,6	1,6	1,8
Medizintechnische/augenoptische Industrie	54	58	62	63	66	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7
Großhandel/Handelsvermittlung	54	64	73	73	73	1,7	1,9	2,0	1,9	1,9
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	60	61	68	69	69	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.6 Zugelassene Pflegeheime

	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
	Anzahl	%				Anzahl	%	EUR pro Person und Tag			Anzahl	
2001	9 165	90,9	35,9	56,0	8,2	674 292	96,2	39,00	52,00	66,00	19,00	475 368
2005	10 424	90,3	38,1	55,1	6,7	757 186	95,9	42,00	56,00	70,00	19,00	546 397
2007	11 029	89,9	39,2	55,1	5,8	799 059	95,8	43,00	57,00	71,00	20,00	573 545
2009 ¹²	11 634	89,3	39,9	54,8	5,4	845 007	95,6	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392
2011	12 354	86,7	40,5	54,4	5,1	875 549	94,9	45,03	59,57	74,92	20,69	661 179
2013	13 030	84,0	41,1	54,2	4,7	902 882	93,9	46,51	61,69	77,80	21,43	685 447

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

- Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.
- Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und – nicht mehr wie zuvor – in gerundeten Beträgen.

4.2.7 Zugelassene ambulante Pflegedienste

	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten		Und zwar ¹			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche			häusliche Krankenpflege/ Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
	Anzahl	%				Anzahl	% der Pflegedienste insgesamt	%		Anzahl
2001	10 594	51,9	46,2	1,9	10 463	98,8	96,7	68,7	49,8	189 567
2005	10 977	57,6	40,6	1,8	10 866	99,0	97,0	53,2	43,1	214 307
2007	11 529	59,9	38,5	1,7	11 431	99,1	97,2	60,2	44,6	236 162
2009	12 026	61,5	36,9	1,6	11 950	99,4	97,2	60,8	44,9	268 891
2011	12 349	62,9	35,7	1,4	12 238	99,1	97,2	61,6	41,7	290 714
2013	12 745	63,9	34,7	1,4	12 606	98,9	97,1	60,1	39,3	320 077

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

- Mehrfachnennungen möglich.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.8 Personal in Pflegeheimen 2013

Berufsabschluss	Personal		Darunter		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim					
	insgesamt	weiblich	50 Jahre und älter	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%								
Insgesamt	685 447	84,9	37,9	65,8	4,2	4,1	16,7	2,3	5,3	1,6
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	158 505	83,4	30,9	95,8	1,2	0,5	0,1	0,0	2,0	0,3
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	40 250	87,3	33,8	96,6	1,1	1,3	0,6	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	54 385	89,9	41,0	91,6	1,6	0,6	0,3	0,0	5,3	0,5
Krankenpflegehelfer/-in	16 875	89,0	43,0	96,3	1,3	1,2	0,8	0,0	0,2	0,2
Gesundheits- und Kinder- krankenpfleger/-in	3 625	96,9	50,5	88,4	2,7	1,6	1,5	0,1	5,2	0,6
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 693	79,5	25,0	73,6	18,2	4,4	1,0	0,1	2,1	0,6
Heilerziehungspflegehelfer/-in	460	82,6	27,8	75,0	11,1	8,3	2,8	0,2	1,7	0,9
Heilpädagoge, Heilpädagogin	333	86,8	47,1	25,5	53,5	6,3	0,9	0,6	10,8	2,4
Ergotherapeut/-in	7 632	90,3	25,0	16,9	68,9	10,5	0,4	0,1	0,3	3,0
Physiotherapeut/-in (Kranken- gymnast/-in)	998	83,2	38,8	37,5	34,4	4,4	0,9	0,4	2,8	19,6
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 507	88,5	44,7	60,2	13,6	6,2	5,4	2,0	8,6	3,9
Sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6 847	81,4	48,1	11,5	64,0	4,8	0,8	0,3	16,9	1,7
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 218	95,8	47,3	81,1	8,6	4,7	4,4	0,2	0,9	0,2
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	125	89,6	57,6	56,0	8,0	9,6	20,0	0,0	5,6	0,8
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	3 061	69,6	32,3	29,7	7,1	1,1	0,8	0,2	58,3	2,8
Sonstiger pflegerischer Beruf	48 314	91,1	46,2	60,3	5,9	30,8	2,5	0,1	0,2	0,3
Fachhauswirtschafter/-in für ältere Menschen	2 089	93,2	38,4	11,6	1,6	1,6	82,2	0,9	1,6	0,6
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	32 108	87,8	42,5	7,8	0,8	0,7	87,2	1,5	1,0	0,9
Sonstiger Berufsabschluss	167 799	81,7	50,2	36,1	4,4	4,4	28,5	8,0	14,5	4,0
Ohne Berufsabschluss	86 303	87,6	39,5	50,4	3,3	1,9	38,6	2,1	1,4	2,4
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in	48 320	78,1	2,9	95,0	0,4	0,1	2,8	0,1	1,3	0,4

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2013.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.9 Personal in Pflegediensten 2013

Berufsabschluss	Personal		Darunter		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst					
	insgesamt	Veränderung 2013 gegenüber 2003	weiblich	50 Jahre und älter	Pflegedienstleistung	Grundpflege	häusliche Betreuung	hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%								
Insgesamt	320 077	59,3	87,4	35,9	5,3	68,5	3,3	11,8	4,8	6,3
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	68 649	116,2	84,7	29,6	7,1	84,3	1,1	0,7	1,7	5,2
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	14 121	193,2	89,6	32,4	0,9	89,9	2,6	4,1	0,7	1,8
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	81 226	28,5	88,0	34,9	12,5	76,2	1,2	0,8	2,9	6,5
Krankenpflegehelfer/-in	13 667	41,2	89,7	38,1	0,5	88,9	2,9	4,7	0,8	2,3
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	8 030	49,8	97,4	37,1	10,6	72,7	1,9	0,9	2,5	11,4
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 374	110,4	79,5	15,8	2,0	72,2	6,0	7,4	1,9	10,4
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	269	34,5	81,8	23,0	0,4	73,2	9,7	8,9	1,5	6,3
Heilpädagogin, Heilpädagoge	102	9,7	82,4	25,5	2,9	60,8	8,8	8,8	7,8	10,8
Ergotherapeut/-in	512	93,2	86,9	17,6	0,4	48,8	19,9	4,3	1,6	25,0
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	242	X ¹	76,0	28,5	0,0	53,7	7,9	9,5	10,7	18,2
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	4 334	47,2	93,3	35,5	0,6	72,5	3,3	9,8	8,5	5,3
Sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 618	23,4	81,1	36,8	2,1	33,1	8,1	5,9	20,3	30,6
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 442	- 32,5	97,2	49,8	0,6	70,5	4,1	18,2	0,8	5,7
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	147	6,5	98,0	55,1	0,0	44,2	6,8	40,1	1,4	7,5
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 094	96,4	71,9	27,9	44,1	14,0	1,8	1,0	31,6	7,5
Sonstiger pflegerischer Beruf	23 566	21,3	90,3	42,0	0,2	76,7	8,2	10,9	0,9	3,1
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	845	- 19,6	97,0	48,2	0,2	27,3	7,0	61,8	1,5	2,1
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	6 261	56,0	96,3	45,4	0,2	21,8	3,8	69,9	1,1	3,4
Sonstiger Berufsabschluss	66 117	84,2	86,9	46,0	0,3	39,2	6,1	31,5	14,1	8,7
Ohne Berufsabschluss	16 698	X ²	83,4	34,0	0,0	47,2	5,3	35,2	2,3	10,0
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in ..	9 763	X ²	82,3	4,5	0,0	91,7	0,9	1,7	2,0	3,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2013.

1 Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in) wurde bis 2005 unter „sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe“ erhoben.

2 Vor 2013 wurden „ohne Berufsabschluss“ und „noch in Ausbildung“ zusammen dargestellt.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.1 Gesundheitsausgaben im Zeitvergleich

Weitere Informationen zu Sozialversicherungen siehe Kapitel „Soziales“

	2000	2010	2011	2012	2013	2000	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR					%				
Ausgaben insgesamt	213 831	290 297	295 525	302 812	314 939	100	100	100	100	100
nach Ausgabenträgern										
Öffentliche Haushalte	13 614	14 220	13 956	14 353	14 581	6,4	4,9	4,7	4,7	4,6
Gesetzliche Krankenversicherung	123 914	165 835	168 483	172 408	181 460	57,9	57,1	57,0	56,9	57,6
Soziale Pflegeversicherung	16 706	21 535	21 960	22 985	24 398	7,8	7,4	7,4	7,6	7,7
Gesetzliche Rentenversicherung	3 528	4 054	4 122	4 264	4 268	1,6	1,4	1,4	1,4	1,4
Gesetzliche Unfallversicherung	3 687	4 613	4 761	4 899	5 005	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6
Private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	17 604	26 773	27 723	27 963	28 898	8,2	9,2	9,4	9,2	9,2
Arbeitgeber/-innen	8 690	12 281	12 624	12 825	13 459	4,1	4,2	4,3	4,2	4,3
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	26 087	40 985	41 896	43 114	42 870	12,2	14,1	14,2	14,2	13,6
nach Leistungsarten										
Prävention, Gesundheitsschutz	7 466	10 918	10 647	10 756	10 906	3,5	3,8	3,6	3,6	3,5
Ärztliche Leistungen	58 229	80 058	82 155	84 128	87 647	27,2	27,6	27,8	27,8	27,8
Grundleistungen	19 669	22 995	23 514	23 936	24 840	9,2	7,9	8,0	7,9	7,9
Sonderleistungen	27 841	41 853	42 941	44 469	46 238	13,0	14,4	14,5	14,7	14,7
Laborleistungen	5 349	7 137	7 562	7 523	7 914	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5
Strahlendiagnostische Leistungen	5 370	8 072	8 137	8 199	8 655	2,5	2,8	2,8	2,7	2,7
Pflegerische und therapeutische Leistungen	52 352	70 007	72 576	75 542	79 546	24,5	24,1	24,6	24,9	25,3
Pflegerische Leistungen	41 023	52 350	53 819	55 932	58 802	19,2	18,0	18,2	18,5	18,7
Therapeutische Leistungen	10 727	16 820	17 903	18 728	19 803	5,0	5,8	6,1	6,2	6,3
Mutterschaftsleistungen	602	836	854	882	941	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unterkunft und Verpflegung	18 571	23 783	24 565	24 848	25 637	8,7	8,2	8,3	8,2	8,1
Waren	56 289	78 896	78 929	80 544	83 515	26,3	27,2	26,7	26,6	26,5
Arzneimittel	31 968	46 610	45 432	46 125	47 814	15,0	16,1	15,4	15,2	15,2
Hilfsmittel	11 642	15 027	15 554	16 246	17 081	5,4	5,2	5,3	5,4	5,4
Zahnersatz	4 468	5 104	5 276	5 289	5 325	2,1	1,8	1,8	1,7	1,7
Sonstiger medizinischer Bedarf	8 212	12 155	12 667	12 883	13 294	3,8	4,2	4,3	4,3	4,2
Transporte	3 426	4 986	5 284	5 536	5 940	1,6	1,7	1,8	1,8	1,9
Verwaltungsleistungen	11 332	15 091	15 154	15 184	15 293	5,3	5,2	5,1	5,0	4,9
Laufende Gesundheitsausgaben	207 664	283 738	289 308	296 537	308 484	97,1	97,7	97,9	97,9	98,0
Investitionen	6 167	6 559	6 217	6 275	6 455	2,9	2,3	2,1	2,1	2,0
nach Einrichtungen										
Gesundheitsschutz	1 806	2 184	1 924	1 924	1 924	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6
Ambulante Einrichtungen	102 368	143 951	145 823	149 357	155 513	47,9	49,6	49,3	49,3	49,4
Arztpraxen	30 578	43 616	44 364	44 983	46 403	14,3	15,0	15,0	14,9	14,7
Zahnarztpraxen	18 509	22 361	22 969	23 574	24 397	8,7	7,7	7,8	7,8	7,7
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5 872	9 585	10 156	10 420	11 034	2,7	3,3	3,4	3,4	3,5
Apotheken	29 043	41 186	39 940	40 502	41 752	13,6	14,2	13,5	13,4	13,3
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	11 312	15 390	15 919	16 636	17 615	5,3	5,3	5,4	5,5	5,6
Ambulante Pflege	5 789	10 042	10 593	11 326	12 344	2,7	3,5	3,6	3,7	3,9
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 265	1 770	1 880	1 915	1 967	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	80 712	107 802	111 174	114 050	118 681	37,7	37,1	37,6	37,7	37,7
Krankenhäuser	56 223	74 564	76 984	78 919	82 354	26,3	25,7	26,0	26,1	26,1
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	7 512	8 184	8 376	8 702	8 732	3,5	2,8	2,8	2,9	2,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	16 977	25 054	25 814	26 428	27 595	7,9	8,6	8,7	8,7	8,8
Rettungsdienste	2 057	3 095	3 297	3 471	3 773	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2
Verwaltung	12 649	16 773	16 893	17 021	17 220	5,9	5,8	5,7	5,6	5,5
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 438	8 441	8 559	8 984	9 772	3,5	2,9	2,9	3,0	3,1
Ausland	634	1 494	1 639	1 731	1 602	0,3	0,5	0,6	0,6	0,5
Laufende Gesundheitsausgaben	207 664	283 738	289 308	296 537	308 484	97,1	97,7	97,9	97,9	98,0
Investitionen	6 167	6 559	6 217	6 275	6 455	2,9	2,3	2,1	2,1	2,0

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2013

	Insgesamt	Ausgabenträger							
		öffentliche Haushalte	gesetzliche Krankenversicherung	soziale Pflegeversicherung	gesetzliche Rentenversicherung	gesetzliche Unfallversicherung	private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	Arbeitgeber/-innen	private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. EUR	%							
Ausgaben insgesamt	314 939	4,6	57,6	7,7	1,4	1,6	9,2	4,3	13,6
	nach Leistungsarten								
Prävention, Gesundheitsschutz	10 906	19,1	44,6	3,3	1,9	10,7	1,6	8,6	10,1
Ärztliche Leistungen	87 647	0,7	68,5	–	0,9	1,2	14,5	6,9	7,3
Grundleistungen	24 840	0,5	78,0	–	0,1	1,3	10,6	6,8	2,8
Sonderleistungen	46 238	0,8	62,9	–	1,4	1,1	15,8	6,5	11,4
Laborleistungen	7 914	0,7	68,8	–	0,8	1,4	17,4	8,1	2,8
Strahlendiagnostische Leistungen	8 655	0,5	71,2	–	0,2	1,4	16,4	7,9	2,6
Pflegerische und therapeutische Leistungen	79 546	5,1	46,0	28,6	1,8	1,2	5,0	3,0	9,4
Pflegerische Leistungen	58 802	5,8	39,6	38,7	0,6	1,0	3,9	2,8	7,6
Therapeutische Leistungen	19 803	3,4	62,5	–	5,3	1,8	8,3	3,6	15,1
Mutterschaftsleistungen	941	0,6	93,8	–	–	–	3,1	1,7	0,8
Unterkunft und Verpflegung	25 637	5,1	39,2	–	4,8	0,9	5,2	3,5	41,4
Waren	83 515	0,5	65,8	0,5	0,2	0,8	7,9	3,7	20,6
Arzneimittel	47 814	0,5	71,4	–	0,2	0,5	7,0	4,0	16,5
Hilfsmittel	17 081	0,5	41,9	2,6	0,1	1,6	5,9	2,7	44,8
Zahnersatz	5 325	0,2	39,0	–	0,0	0,2	28,0	6,0	26,5
Sonstiger medizinischer Bedarf	13 294	0,7	87,0	–	0,6	1,2	5,8	3,1	1,6
Transporte	5 940	1,1	84,8	–	1,7	3,9	5,1	2,0	1,4
Verwaltungsleistungen	15 293	–	64,3	5,5	1,9	4,5	23,9	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	308 484	2,8	58,8	7,9	1,4	1,6	9,3	4,4	13,9
Investitionen	6 455	94,0	2,3	–	1,6	–	2,2	–	–
	nach Einrichtungen								
Gesundheitsschutz	1 924	100	–	–	–	–	–	–	–
Ambulante Einrichtungen	155 513	1,1	60,7	3,1	0,2	1,0	10,0	5,1	18,9
Arztpraxen	46 403	0,5	72,4	–	0,3	1,7	12,9	7,4	4,7
Zahnarztpraxen	24 397	0,3	51,9	–	0,0	0,2	16,7	7,2	23,7
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	11 034	2,6	54,1	–	0,9	2,3	11,6	2,4	26,1
Apotheken	41 752	0,4	66,7	–	0,0	0,4	7,3	4,2	21,1
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	17 615	0,5	50,5	1,7	0,0	1,5	5,3	2,6	38,0
Ambulante Pflege	12 344	5,6	35,5	37,0	–	0,4	1,4	2,1	18,1
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 967	7,6	51,3	–	0,9	–	–	0,1	40,0
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	118 681	3,9	59,8	9,8	2,9	1,1	7,3	3,9	11,3
Krankenhäuser	82 354	0,5	82,8	–	–	1,3	9,9	3,6	1,9
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	8 732	13,3	31,0	–	39,3	1,6	1,4	11,7	1,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	27 595	11,0	0,3	42,1	–	0,4	1,4	2,3	42,5
Rettungsdienste	3 773	1,3	87,2	–	–	4,4	3,9	1,8	1,4
Verwaltung	17 220	–	59,2	6,9	2,2	10,4	21,3	–	–
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	9 772	2,4	14,0	68,7	0,9	1,8	2,8	9,2	0,2
Ausland	1 602	–	69,6	0,5	–	–	29,9	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	308 484	2,8	58,8	7,9	1,4	1,6	9,3	4,4	13,9
Investitionen	6 455	94,0	2,3	–	1,6	–	2,2	–	–

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.3 Kostenstruktur der Krankenhäuser

	Bruttogesamtkosten ¹	Kosten der Ausbildungsstätten	Aufwendungen für den Ausbildungsfonds ¹	Kosten der Krankenhäuser insgesamt	Darunter				Abzüge	Bereinigte Kosten ¹	
					Personalkosten			Sachkosten		zusammen	je Fall
					zusammen ²	ärztliches Personal	nicht-ärztliches Personal				
1 000 EUR ¹³										EUR	
2009	77 090 332	540 170	1 018 837	75 531 324	45 819 800	13 048 421	32 771 379	29 253 995	9 900 567	67 189 765	3 771
2010	79 911 222	552 005	1 039 109	78 320 108	47 463 378	13 901 239	33 562 139	30 310 976	10 269 243	69 641 979	3 862
2011	83 415 795	581 880	1 076 525	81 757 390	49 485 917	14 729 248	34 756 669	31 647 443	10 774 653	72 641 142	3 960
2012	86 825 988	616 040	1 117 062	85 092 885	51 860 879	15 768 032	36 092 848	32 557 940	11 234 746	75 591 241	4 060
2013	88 231 645	623 585	1 179 393	90 034 623	53 825 553	16 671 295	37 154 258	33 760 283	12 029 802	78 004 821	4 152
2013 nach Ländern											
Baden-Württemberg	11 117 598	71 355	177 703	11 366 656	6 948 606	2 063 034	4 885 572	4 075 363	1 943 393	9 423 263	4 509
Bayern	13 644 594	81 783	203 904	13 930 281	8 346 241	2 469 007	5 877 234	5 209 662	1 851 429	12 078 852	4 189
Berlin	4 111 547	30 569	40 747	4 182 863	2 333 411	779 568	1 553 843	1 748 510	590 982	3 591 881	4 524
Brandenburg	2 137 944	16 577	–	2 154 521	1 251 671	423 003	828 668	871 462	113 651	2 040 870	3 667
Bremen	975 054	8 456	10 932	994 442	561 871	181 777	380 095	399 765	52 893	941 549	4 577
Hamburg	2 782 180	25 668	7 288	2 815 136	1 537 622	523 832	1 013 790	1 205 120	509 462	2 305 674	4 856
Hessen	6 138 977	51 256	98 741	6 288 974	3 622 594	1 118 017	2 504 577	2 459 496	582 049	5 706 925	4 287
Mecklenburg-Vorpommern	1 820 400	8 474	–	1 828 874	1 085 785	357 864	727 921	721 722	277 412	1 551 462	3 838
Niedersachsen	7 694 454	53 279	151 539	7 899 271	4 765 814	1 439 401	3 326 413	2 872 819	1 203 937	6 695 334	4 045
Nordrhein-Westfalen	20 629 535	157 071	342 637	21 129 242	12 805 371	3 995 652	8 809 719	7 676 582	3 128 271	18 000 971	4 072
Rheinland-Pfalz	4 059 310	30 285	66 034	4 155 629	2 636 283	777 208	1 859 075	1 400 366	459 809	3 695 821	4 011
Saarland	1 278 396	13 996	21 716	1 314 107	813 758	238 043	575 714	457 871	129 596	1 184 511	4 310
Sachsen	4 117 831	24 064	–	4 141 895	2 392 770	776 336	1 616 434	1 709 618	287 402	3 854 493	3 842
Sachsen-Anhalt	2 468 341	16 113	–	2 484 454	1 545 441	495 605	1 049 837	910 488	222 030	2 262 424	3 731
Schleswig-Holstein	2 827 796	30 180	36 466	2 894 442	1 659 201	530 876	1 128 325	1 147 878	436 651	2 457 791	4 179
Thüringen	2 427 690	4 460	21 686	2 453 836	1 519 114	502 072	1 017 042	893 562	240 836	2 213 001	3 832

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Kostennachweis der Krankenhäuser.

1 Werte bereinigt um Fehlkodierungen beim Ausbildungsfonds seit 2007 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2 Einschl. der nicht zurechenbaren Personalkosten.

3 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der absoluten Kostenangaben in EUR berechnet werden.

Methodik

Die gesundheitsbezogenen Statistiken und Rechensysteme sammeln und analysieren Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland, über Aspekte der gesundheitlichen Lage und der Gesundheitsversorgung sowie über die Ausgaben und Kosten im Gesundheitswesen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie unter www.gbe-bund.de

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Ergebnisse der **Krankenhausstatistik** bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsleistungen. Sie dient damit auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Seit 1991 werden die Daten der Krankenhausstatistik auf einer bundeseinheitlichen **Rechtsgrundlage** erhoben, der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.4.1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 534). Auskunftsspflichtig sind Krankenhäuser und Vorsorge- oder **Rehabilitationseinrichtungen**. Das Erhebungsprogramm ist in drei Bereiche untergliedert: Die **Grunddaten** der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liefern Informationen über die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Einrichtungen und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen). Die **Diagnosedaten** geben Aufschluss u. a. über die Art der Erkrankung und ausgewählte sozio-demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. Die **Kostendaten** der Krankenhäuser stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Personal und Sachmittel dar.

Der Gesetzgeber hat die Übermittlung der Meldungen zur amtlichen Krankenhausstatistik an die Statistischen Landesämter neu geregelt:

Nach § 11a Bundesstatistikgesetz vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, sind alle Betriebe und Unternehmen gesetzlich verpflichtet, ihre Angaben auf elektronischem Weg an die Statistischen Landesämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann auf formlosen Antrag eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden.

Für die Datenlieferung auf elektronischem Weg stehen xml-Liefervereinbarungen zur Verfügung, die das Format der Datenlieferung beschreiben. Diese Daten können dann über einen sicheren Online-Zugang den Statistischen Landesämtern übermittelt werden.

Zur Unterstützung der Generierung der xml-Daten steht den Berichtspflichtigen das Modul der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG e. V.) zur Verfügung.

Die Befragten berichten bis zum 1.4. (Grund- und Diagnosedaten) bzw. 30.6. (Kostendaten) des dem Berichtsjahr folgenden Jahres. Vorläufige Ergebnisse stehen in der Regel Ende August bzw. Anfang November zur Verfügung, endgültige Ergebnisse etwa drei Monate später.

Infolge mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlage ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt, da einzelne Merkmale nicht mehr, verändert oder neu erhoben werden. Ein zeitlicher Vergleich der Kostendaten ist auf die bereinigten Kosten beschränkt, da das Kostenermittlungsprinzip mehrfach wechselte. Die geänderte Erhebung der Ausbildungskosten ab 2007 schränkt die Vergleichbarkeit zusätzlich ein. Die seit 1991 bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gewährleistet die räumliche Vergleichbarkeit innerhalb des Erhebungsgebietes. Auf internationaler Ebene gibt es derzeit keine einheitliche Rechtsgrundlage, sodass die Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Merkmalsdefinitionen und Erhebungsgrenzungen stark eingeschränkt ist.

■ Diagnosen, Operationen und Prozeduren

Seit 2005 ergänzt die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (**DRG-Statistik**) die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für „Diagnosis Related Groups“). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die ihre Leistungen nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) unterliegen (ohne psychiatrische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist, wie auch die Diagnosestatistik, eine jährliche Vollerhebung. Diese Daten erheben nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK). Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken. Das InEK stellt diese Datensätze wiederum dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (**Sekundärstatistik**).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette), unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Im Vordergrund stehen insbesondere Angaben zu Operationen und Behandlungsmaßnahmen, Art und Höhe der abgerechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen. Die Fallpauschalen (DRGs) werden nach Hauptdiagnosegruppen, den sogenannten „Major Diagnostic Categories“ (MDCs), ausgewiesen. Dies sind Kategorien, die grundsätzlich auf einem Körpersystem oder einer Erkrankungsätiologie aufbauen, die mit einem speziellen medizinischen Fachgebiet verbunden sind.

■ Schwerbehinderte Menschen

Zweck der **Statistik der schwerbehinderten Menschen** ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die **Rechtsgrundlage** ist § 131 des SGB IX.

Die Versorgungsämter liefern die Daten an die Statistischen Landesämter ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2013 wurden im Juli 2014 veröffentlicht.

Inhaltliche und formale Prüfungen in der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden insbesondere in den Statistischen Ämtern der Länder statt. Da die Landesämter auf Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter zurückgreifen, ist die Qualität auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob die gemeldete schwerbehinderte Person aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten in der Regel nur alle fünf Jahre, wenn die Person einen neuen Schwerbehindertenausweis beantragt. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen durch, um den Bestand zu aktualisieren.

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen

zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6% bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10% bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001 und von 4% bzw. 30 000 Personen von 2011 zu 2009), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5% bzw. 91 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6% bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003), Hamburg (Rückgang von 4% bzw. 5 700 Personen von 2009 im Vergleich zu 2007), Bayern (Rückgang von 3% bzw. 35 000 Personen von 2011 im Vergleich zu 2009).

■ Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen, Personal

Ziel der **Pflegestatistik** ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen die Pflegestatistik seit Dezember 1999 zweijährlich durch. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegegeld-Verordnung. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen befragen die Statistischen Landesämter die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger organisatorisch bedingt der 31.12. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2013 wurden im März 2015 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen kann mit Hilfe der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen sowie der Statistik über die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl von rund 2,63 Millionen stimmt mit der Zahl der Pflegebedürftigen, die in der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wurde, überein. Die grundsätzlichen methodischen Unterschiede der Statistiken wurden in früheren Berichten zur Pflegestatistik beschrieben. Ausführlicher zuletzt in dem Bericht „Pflegestatistik 2009: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse“. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort „Pflegestatistik“.

Das Statistische Bundesamt verwendet die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

■ Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus

Die Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus beziehen sich auf das Rauchverhalten sowie auf Körpergröße und -gewicht. Sie richten sich an 1% der Bevölkerung. Ihre Beantwortung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als Zusatzbefragung im Mikrozensus i. d. R. alle vier Jahre, zuletzt im Jahr 2013, durchgeführt. Davor wurden Zusatzbefragungen in den Jahren 2009, 2005, 2003 und 1999 durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse wurden auf die zum Zeitpunkt der Befragung fortgeschriebene Bevölkerung auf Basis der Ergebnisse des Zensus, Stand 10.4.2014, hochgerechnet. Die Anteilswerte beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen. Diese Werte wurden für alle Altersgruppen mit den Werten einer vorher festgelegten Standardbevölkerung (hier: Bevölkerung gemäß Zensus 2011 (Stand der Zensusdaten: 10.4.2014)) gewichtet und daraus der standardisierte Wert berechnet. Altersstandardisierte Werte ermöglichen den Vergleich von Bevölkerungen mit unterschiedlicher Altersstruktur, indem verzerrende Alterseinflüsse beseitigt werden.

■ Schwangerschaftsabbrüche

Die **Schwangerschaftsabbruchstatistik** gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Sie liefert damit wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die Statistik wird in Deutschland vierteljährlich durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 28.8.2013 (BGBl. I S. 3458). Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber der Arztpraxen und die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen. Ab 2010 ist die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften in vollendeten Wochen anzugeben.

■ Sterbefälle

Die **Todesursachenstatistik** ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 20. 4. 2013 (BGBl. I S. 826), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. 12. 2014 (BGBl. I S. 1926) geändert worden ist. Diese Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die die Einflussfaktoren der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, ihre regionalen Besonderheiten und Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht. Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen und Strategien abgeleitet, z. B. für die Gesundheitspolitik und die epidemiologische Forschung. Im Kern geht es um die Frage, durch welche präventiven und medizinisch-kurativen Maßnahmen die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Die Todesursachenstatistik ist eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland. Grundlage ist die von den Ärztinnen bzw. Ärzten ausgestellte Todesbescheinigung, auf der die Krankheiten aufgelistet sind, die zum Tode geführt haben. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, Begleiterkrankungen zu vermerken, die nicht direkt mit dem Tod in Verbindung stehen. Dabei unterscheidet man zwischen denjenigen Krankheiten, die unmittelbar und mittelbar zum Tode geführt haben, einschließlich derjenigen Krankheit, welche alle anderen bedingt (sogenanntes „Grundleiden“). Nur dieses Grundleiden als Auslöser aller anderen Krankheiten fließt als Todesursache in die Todesursachenstatistik ein (sogenannte „monokausale Aufbereitung“). Ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen existiert seit 1905, die ersten vorliegenden Aufzeichnungen stammen aus dem Jahre 1877.

Durch das einheitliche methodische Vorgehen (Vollerhebung, einheitliche Systematik der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision – ICD-10) und die Kontinuität der Erhebung wird sichergestellt, dass diese Daten der wissenschaftlichen Forschung zuverlässig zur Verfügung stehen.

■ Ausgaben und Personal im Gesundheitswesen

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung sowie der Gesundheitspersonalrechnung stehen zwei inhaltlich miteinander verzahnte gesundheitsbezogene Rechensysteme bereit, die eine tiefgehende Analyse des Gesundheitswesens aus unterschiedlichen Blickwinkeln ermöglichen. Methodischer Ausgangspunkt der zwei Rechenwerke ist die Abgrenzung des Gesundheitswesens nach dem „System of Health Accounts“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Zum Gesundheitswesen zählen nach dieser Abgrenzung sämtliche Institutionen und Personen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen, sie erhalten, fördern und wiederherstellen. Die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung bilden den Kernbereich des Gesundheitswesens. Tätigkeiten aus den Bereichen Soziales und Umwelt fließen in die Rechensysteme ein, wenn sie primär auf die Bewältigung oder

Linderung von Gesundheitsproblemen abzielen. Außen vor bleiben z. B. Altenwohnheime, Fitnesseinrichtungen oder Reformhäuser.

Bei beiden Rechensystemen handelt es sich um reine **Sekundärstatistiken**. Dies bedeutet, dass die im Gesundheitswesen bereits verfügbaren Datenquellen zu jeweils einem Gesamtsystem zusammengeführt werden. Dies beinhaltet keine eigenständigen Erhebungen im Sinne von Primärstatistiken.

Die **Gesundheitsausgabenrechnung** beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgaben-trägern. Neben den gesamten Gesundheitsausgaben weist sie nachrichtlich einen erweiterten Leistungsbereich aus. Dieser umfasst Ausgaben für Forschung, Ausbildung, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen und Einkommensleistungen. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. Auf internationaler Ebene koordiniert die OECD die Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Die **Gesundheitspersonalrechnung** liefert detaillierte Angaben über die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten im Gesundheitswesen zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres. Sie weist das Gesundheitspersonal nach Einrichtung, Beruf, Art der Beschäftigung, Geschlecht und Alter aus. Vergleichbare Daten liegen ab dem Berichtsjahr 2000 vor.

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie der Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung ist die Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Glossar

Ambulante Pflegedienste | Erfasst werden die ambulanten Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Art der Behandlung | Niedergelassene Allgemein- oder Gebietsärztinnen bzw. -ärzte sowie das Personal in der Ambulanz eines Krankenhauses (Poliklinik) können eine **ambulante ärztliche Behandlung** vornehmen. Eine **stationäre Behandlung** liegt vor, sofern die Patientin oder der Patient mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus/eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z. B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altenheime, Pflegeheime).

Aufwendungen für den Ausbildungsfonds (Ausbildungszuschlag) | Die in zahlreichen Bundesländern existierenden Ausbildungsfonds setzen sich zusammen aus Einzahlungen aller Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes. Die in den Fonds angesammelten Mittel dienen der Finanzierung der Ausbildungsbudgets der Krankenhäuser. Die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds werden seit 2007 erhoben. Sie erhöhen sowohl die Brutto-Gesamtkosten als auch die bereinigten Kosten; deshalb ist ein Vergleich mit vorangegangenen Jahren nur eingeschränkt möglich.

Ausgabenträger | Sie umfassen sämtliche öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (z. B. Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung).

Berechnungs-/Belegungstage, Pflēgetage | Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage im Krankenhaus bzw. der Pflēgetage in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entspricht der Summe der Patientinnen und Patienten, die an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24 Uhr vollstationär untergebracht sind (Summe der Mitternachtsbestände). Als Berechnungs-/Belegungstag bzw. Pflēgetag zählt der Aufnahmetag sowie jeder weitere Tag des Aufenthaltes ohne den Verlegung- oder Entlassungstag aus der stationären Einrichtung. Wird eine Patientin oder ein Patient am gleichen Tag aufgenommen und entlassen (sogenannter „Stundenfall“), gilt dieser Tag als Aufnahmetag; somit verursacht ein Stundenfall einen Belegungstag.

Beschäftigte | Bei den Angaben handelt es sich um Beschäftigungsfälle, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt.

Body-Mass-Index | Der Body-Mass-Index errechnet sich, indem man das Gewicht (in Kilogramm) durch die Größe (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Einrichtungen, Klassifikation nach | Sie gibt Aufschluss über den Leistungserbringer. Beispielhafte Einrichtungen sind die ambulanten Einrichtungen, die u. a. die Arztpraxen und Apotheken enthalten oder die stationären Einrichtungen, die u. a. die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gemeinsam umfassen.

Fallzahl | Die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ermitteln diese in den Grunddaten anhand des Patientenzu- und -abgangs. Zu unterscheiden ist zwischen einrichtungs- und fachabteilungsbezogener Fallzahl. Letztgenannte berücksichtigt (nur in Krankenhäusern) die internen Verlegungen. Die Ermittlung der Fallzahl enthält auch die Sterbefälle, seit 2002 ebenso die Stundenfälle innerhalb eines Tages. Vergleiche mit früheren Jahren sind auf der Basis neu berechneter Fallzahlen möglich.

Die Formel für die **einrichtungsbezogene Fallzahl** lautet:

$$= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2}$$

$$= \frac{\text{Vollstationäre Aufnahmen}}{2} + \frac{\text{Vollstationäre Entlassungen + Sterbefälle}}{2}$$

Die Formel für die **fachabteilungsbezogene Fallzahl** berücksichtigt demgegenüber interne Verlegungen:

$$= \frac{\text{Vollst. Aufn. + Verlegungen aus anderen Abteilungen}}{2} + \frac{\text{Vollst. Entl. + Verlegungen in andere Abt. + Sterbefälle}}{2}$$

Grundleiden | In der Todesursachenstatistik ist das Grundleiden diejenige Erkrankung/Diagnose, die ursächlich für den Tod einer Person ist. Eine solche Krankheit kann zwar weitere, ebenfalls auf der Todesbescheinigung vermerkte Erkrankungen auslösen, das Grundleiden ist jedoch die für die Statistik entscheidende Erkrankung. Beispiel: Seit fünf Jahren ist eine Frau an Brustkrebs erkrankt. Aufgrund dieser Erkrankung haben sich Hirnmetastasen gebildet, die am Ende zu einer Hirnblutung geführt haben. Alle diese Diagnosen (Brustkrebs, Hirnmetastasen, Hirnblutung) würden auf einer Todesbescheinigung vermerkt sein. Für die Statistik relevant wäre nur der Brustkrebs, da dieser alle folgenden Erkrankungen ausgelöst hat. Da sie sich bisher nur auf das Grundleiden beschränkt, heißt die Todesursachenstatistik auch „monokausale Statistik“. Im Gegensatz dazu wird zukünftig die elektronische Kodierung der Todesursachen ermöglichen, alle auf der Todesbescheinigung vermerkten Erkrankungen statistisch auszuwerten („multi-kausale Todesursachenstatistik“).

Kosten der Krankenhäuser | Diese werden seit 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt (wie schon in den Jahren 1991 bis 1995). Dabei werden zunächst die gesamten Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres für Personal und Sachmittel auf Basis der Krankenhaus-Buchführungsverordnung erfasst und später bereinigt um die nichtstationären Kosten, z. B. für Ambulanzen sowie Forschung und Lehre.

Krankenhäuser | Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, in denen das Personal durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden feststellen, heilen oder lindern soll oder Geburtshilfe leistet. In Krankenhäusern erfolgt die Unterbringung und Verpflegung der zu versorgenden Personen.

Krankheiten, Abgrenzung der | Grundlage für die Abgrenzung der Krankheiten in der Krankenhausdiagnosestatistik und der Todesursachenstatistik ist die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD). Sie ist Teil der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Leistungsarten, Klassifikation nach | Sie ermöglicht die Unterteilung der Gesundheitsaufgaben nach der Form der von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen Leistungen. Als Leistungsarten zählen z. B. die Prävention, ärztliche Leistungen, pflegerische und therapeutische Leistungen und Leistungen für Waren (u. a. Arznei- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

Nutzungsgrad der Betten bzw. Bettenauslastung | Sie gibt die durchschnittliche Auslastung der Betten in vom Hundert an. Hierzu wird die tatsächliche mit der maximalen Bettenbelegung in Relation gesetzt. Die maximale Bettenkapazität ergibt sich aus dem Produkt der aufgestellten Betten und der Anzahl der Kalendertage im Berichtsjahr. Die tatsächliche Bettenbelegung entspricht der Summe der Berechnungs- und Belegungstage/der Pflegetage, da jede Patientin bzw. jeder Patient pro vollstationären Tag in der Einrichtung ein Bett belegt.

$$\text{Durchschnittliche Bettenauslastung} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Aufgestellte Betten} \times \text{Kalendertage}} \times 100$$

Pflegebedürftige | Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als pflegebedürftige Person ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen).

Pflegeheime | Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Rauchgewohnheiten | Unter regelmäßigem Rauchen wird tägliches Rauchen verstanden, auch wenn es sich um geringe Tabakmengen handelt. Die Fragen beziehen sich auch auf die Intensität des Zigarettenrauchens.

Schwerbehinderte Menschen | Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem SGB IX, z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Verweildauer | Sie gibt die Zahl der Tage an, die eine Patientin oder ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen/Pflegetagen und der Fallzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. der Einrichtung.

$$\text{Durchschnittliche Verweildauer} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Patientinnen und Patienten (Fälle)}}$$

Vorleistungsindustrie | In diesem Sektor werden Vorleistungen ausschließlich für das Gesundheitswesen produziert. Ihm gehören die pharmazeutische, die medizintechnische und die augenoptische Industrie, der Großhandel und die Handelsvermittlung sowie die medizinischen und zahnmedizinischen Laboratorien an.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | In diesen Einrichtungen wird der Gesundheitszustand der dort untergebrachten und gepflegten Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan verbessert. Dies geschieht vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen. Den Patientinnen und Patienten wird bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte geholfen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur Gesundheit finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 23, Daten zur *Pflege (Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen)* unter Code 224

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gesundheitliche Lage

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 3 | Schwangerschaftsabbrüche
- Reihe 4 | Todesursachen in Deutschland
- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fachserie 13 Sozialeleistungen

- Reihe 5 | Schwerbehinderte Menschen

Fachberichte

- Schwerbehinderte Menschen (2013)
- Fragen zur Gesundheit – Körpermaße der Bevölkerung – Mikrozensus 2013
- Fragen zur Gesundheit – Kranke und Unfallverletzte – Mikrozensus 2013
- Fragen zur Gesundheit – Rauchgewohnheiten der Bevölkerung – Mikrozensus 2013
- Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen (2014)
- Pflegestatistik 2013 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse (2015)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 | Morbidität in den Arztpraxen
- Heft 2/10 | Schwerbehinderte Menschen 2007
- Heft 3/12 | Lebenslagen der behinderten Menschen, Ergebnis des Mikrozensus 2009

STATmagazin

- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2008)
- Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang (2010)
- Familienzuwachs: Mutter und Kind wohlauf? (2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich (2013)

■ Gesundheitsversorgung

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
- Reihe 7.3 | Gesundheitspersonal

Fachberichte

- Pflegestatistik 2013 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse (2015)

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsversorgung

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/10 | Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025
- Heft 4/11 | Krankenhäuser in Deutschland
- Heft 2/12 | 20 Jahre Krankenhausstatistik
- Heft 3/14 | Können Pflegekräfte aus dem Ausland den wachsenden Pflegebedarf decken?

STATmagazin

- | Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen (2009)
- | Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern (2010)

■ Kosten im Gesundheitswesen

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser
- Reihe 7.1 | Gesundheitsausgaben
- Reihe 7.2 | Krankheitskosten

Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 | Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?

STATmagazin

- | Männer und Frauen im Gesundheitswesen: Ein Kostenvergleich (2009)

■ Krankenversicherungen

Fachserie 13 Sozialeleistungen

- Reihe 1.1 | Angaben zur Krankenversicherung

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/09 | Onlinerecherche von Gesundheitsdaten

Broschüren

- | Gesundheit auf einen Blick (2010)

■ Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei tief gegliederte Datentabellen aus über 100 Datenquellen sowohl der amtlichen Statistik als auch einer Vielzahl anderer Institutionen. Aber auch Berichte und Analysen, insbesondere die Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, sind dort bequem verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter www.gbe-bund.de

Im Rahmen der GBE des Bundes sind u. a. folgende Berichte erschienen:

- | Gesundheit und Krankheit im Alter (2009)
- | Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (2011)

Themenhefte der Gesundheitsberichterstattung

- Heft 53 | Rückenschmerzen
- Heft 54 | Arthrose
- Heft 55 | Gastritis, Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre

5 Wohnen



Zensus 2011: rund **37 Millionen bewohnte Wohnungen** | und
rund 43 m² Wohnfläche je Person | **43 % der Haushalte** wohnten
2013 in den **eigenen vier Wänden** | **48 % der Haushalte** verfügten
2013 über **Haus- und Grundbesitz** | **18 % der Haushalte** 2013
finanziell **stark** durch Wohnkosten **belastet** | 2013 bezogen in Deutschland
1,7 % der Privathaushalte **Wohngeld**

Seite

153 **Auf einen Blick**

Tabellen

154 **Wohngeld**
Nach Ländern | Nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung | Wohngeldausgaben

156 **Haus- und Grundbesitz**
Nach Haushaltstyp | Nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

158 **Belastungen durch die Wohnsituation**
Finanzielle Belastung durch Wohnkosten | Probleme im Wohnumfeld | Mängel in der Wohnung/dem Haus

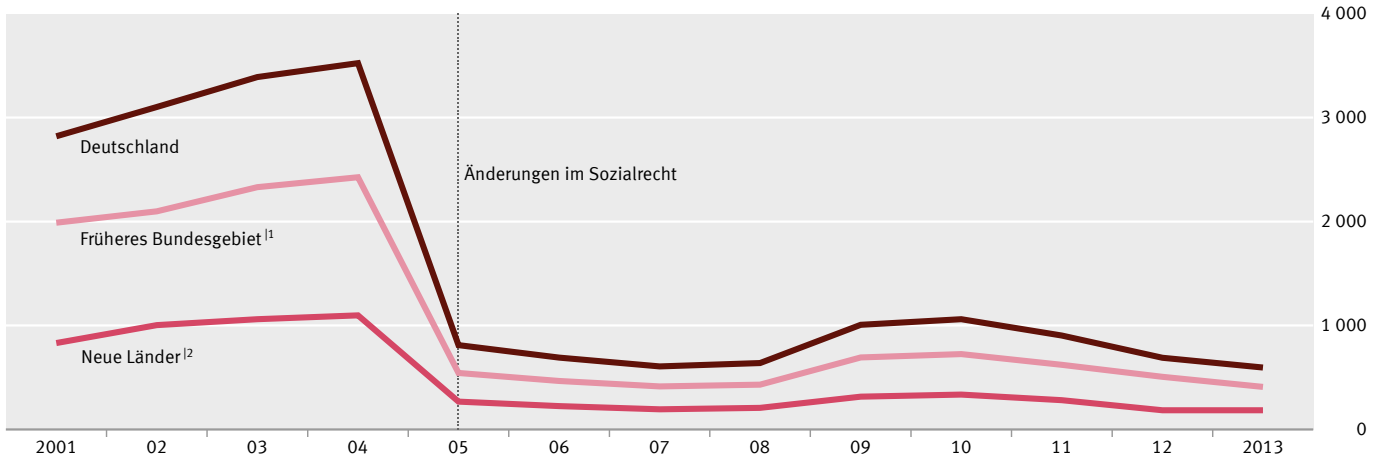
159 **Methodik**

161 **Glossar**

163 **Mehr zum Thema**

Haushalte mit Wohngeld
in 1 000

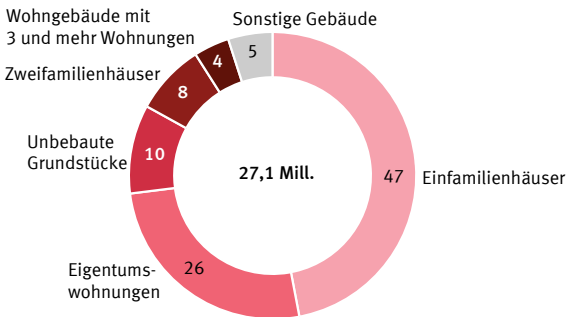
Infolge der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – „Hartz IV“) hat sich der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit der statistisch erfassten **Wohngeldhaushalte** zunächst deutlich reduziert. Für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II) entfiel ab diesem Zeitpunkt der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt. Außerdem entfiel der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.



Am Jahresende. – Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

- 1 Bis 2001 einschl. Berlin-West, ab 2002 ohne Berlin.
- 2 Bis 2001 einschl. Berlin-Ost, ab 2002 einschl. Berlin.

Haus- und Grundbesitztümer privater Haushalte am 1.1.2013
in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

2015 - 01 - 0143

5.1 Wohngeld

5.1.1 Wohngeldhaushalte nach Ländern am 31.12.2013

	Wohngeldhaushalte				Davon reine Wohngeldhaushalte		Davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte	
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹	davon		insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹
			Mietzuschuss	Lastenzuschuss				
	1 000	%	1 000		%	1 000	%	
Deutschland	664,7	1,7	612,7	52,0	594,7	1,5	70,0	0,2
Baden-Württemberg	68,8	1,4	65,0	3,8	64,5	1,3	4,3	0,1
Bayern	56,8	0,9	53,2	3,5	51,3	0,8	5,5	0,1
Berlin	27,2	1,4	26,9	0,3	26,2	1,4	1,0	0,1
Brandenburg	29,0	2,3	26,3	2,7	27,1	2,2	1,9	0,2
Bremen	5,8	1,7	5,4	0,4	5,5	1,5	0,4	0,1
Hamburg	13,6	1,4	13,3	0,3	13,0	1,3	0,6	0,1
Hessen	38,0	1,3	35,5	2,6	35,4	1,2	2,7	0,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	31,6	3,8	28,8	2,7	26,5	3,2	5,1	0,8
Niedersachsen	65,6	1,7	57,1	8,5	54,5	1,4	11,1	0,4
Nordrhein-Westfalen	149,7	1,8	138,5	11,2	132,8	1,6	16,9	0,3
Rheinland-Pfalz	29,5	1,6	25,9	3,6	26,8	1,4	2,7	0,2
Saarland	3,9	0,8	3,2	0,7	3,5	0,7	0,4	0,1
Sachsen	6,3	2,9	58,6	4,2	56,5	2,6	6,3	0,4
Sachsen-Anhalt	28,0	2,4	25,8	2,3	23,8	2,1	4,2	0,5
Schleswig-Holstein	25,5	1,8	22,9	2,6	22,2	1,6	3,2	0,4
Thüringen	28,9	2,6	26,3	2,7	25,3	2,3	3,7	0,5
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ...	457,1	1,5	420,0	37,1	409,3	1,3	47,8	0,2
Neue Länder einschl. Berlin	207,6	2,5	192,7	14,9	185,4	2,2	22,2	0,3

Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

1 Zahl der Privathaushalte gemäß Mikrozensus 2011 (Jahresdurchschnitt), nicht zensusbasiert.

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Bezugsberechtigt sind – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächere Haushalte, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für selbst nutzende Eigentümerinnen und Eigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, deren monatlichem Gesamteinkommen sowie der zu berücksichtigenden Miete bzw. Belastung. Den größeren Teil der Wohnkosten müssen in jedem Fall Mieterinnen und Mieter bzw. Eigentümerinnen und Eigentümer selbst tragen.

Wohngeldhaushalte umfassen reine Wohngeldhaushalte und wohngeldrechtliche Teilhaushalte.

Reine Wohngeldhaushalte sind Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder Wohngeld erhalten.

Der **wohngeldrechtliche Teilhaushalt** besteht aus der Anzahl derjenigen Mitglieder eines Mischhaushaltes, die beim Wohngeld zu berücksichtigen sind. In jedem Mischhaushalt gibt es mindestens eine Empfängerin oder einen Empfänger von Transferleistungen, die oder der nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 WoGG vom Wohngeld ausgeschlossen ist und daher bei der Wohngeldermittlung nicht berücksichtigt wird. In jedem Mischhaushalt gibt es genau einen wohngeldrechtlichen Teilhaushalt.

5 Wohnen

5.1 Wohngeld

5.1.2 Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.2013

	Wohngeldhaushalte insgesamt	Davon reine Wohngeldhaushalte							Davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte
		insgesamt	Erwerbstätige		Arbeitslose	Nicht-erwerbstätige			
			Selbstständige	abhängig Beschäftigte		Pensionäre/ Pensionärinnen, Rentner/-innen	Studierende	Sonstige	
	1 000	%							1 000
Insgesamt	664,7	594,7	1,8	34,5	5,8	44,6	5,8	3,8	70,0
davon:									
Zahl der Personen im Haushalt									
1	373,8	327,8	0,9	9,2	5,1	72,0	6,8	2,3	46,0
2	90,7	73,3	2,3	40,8	7,0	29,7	9,8	6,8	17,4
3	50,1	45,8	3,4	63,0	7,8	7,5	6,8	8,5	4,3
4	71,0	69,7	3,1	75,5	7,1	3,5	1,8	4,9	1,3
5 und mehr	79,0	78,1	3,0	81,2	5,0	2,2	0,6	3,6	0,9

Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

5.1.3 Wohngeldausgaben nach Ländern 2013

	Wohngeldausgaben	
	insgesamt	Durchschnitt je Einwohner/-in
	Mill. EUR	EUR
Deutschland	984,9	12
Baden-Württemberg	106,8	10
Bayern	84,6	7
Berlin	39,1	12
Brandenburg	34,1	14
Bremen	9,3	14
Hamburg	20,2	12
Hessen	61,1	10
Mecklenburg-Vorpommern	40,7	25
Niedersachsen	107,5	14
Nordrhein-Westfalen	243,9	14
Rheinland-Pfalz	41,6	10
Saarland	7,8	8
Sachsen	72,5	18
Sachsen-Anhalt	34,0	15
Schleswig-Holstein	45,6	16
Thüringen	35,9	17
nachrichtlich:		
Früheres Bundesgebiet	728,5	11
Neue Länder einschl. Berlin	256,4	16

Ergebnisse der Wohngeldstatistik. – Die Wohngeldausgaben können nicht nach reinen Wohngeldhaushalten und nach wohngeldrechtlichen Teilhaushalten unterschieden werden. Der Durchschnitt je Einwohner/-in bezieht sich auf die Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2013 (Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2013, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).

5.2 Haus- und Grundbesitz sowie Hypothekenrestschuld privater Haushalte am 1.1.2013

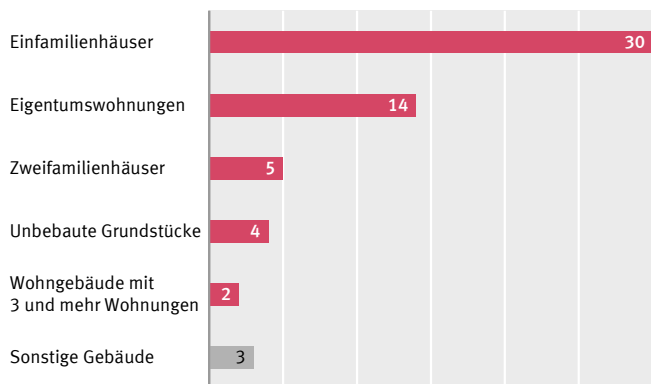
5.2.1 Nach dem Haushaltstyp

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Alleinlebende	davon		Allein-erziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Haushalte insgesamt	40 032	16 088	6 309	9 779	1 282	17 073	11 538	5 536	5 588
Haushalte in 1 000									
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	19 015	4 656	1 843	2 813	294	10 338	6 808	3 530	3 727
Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	18 912	4 623	1 830	2 792	291	10 289	6 771	3 517	3 710
und zwar:									
unbebaute Grundstücke	1 573	311	158	153	(21)	862	595	267	380
Einfamilienhäuser	12 051	2 083	805	1 279	190	7 070	4 453	2 617	2 707
Zweifamilienhäuser	2 140	418	183	235	(19)	1 189	813	376	515
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	786	195	97	99	/	395	285	111	182
Eigentumswohnungen	5 513	2 089	857	1 231	76	2 569	1 839	730	779
sonstige Gebäude	1 210	261	123	137	/	675	499	176	255
keine Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	102	(34)	/	/	/	(49)	(37)	/	/
100 EUR									
Durchschnittswert je Haushalt ¹									
Einheitswert	157	74	83	68	58	210	196	240	255
Verkehrswert	1 036	461	538	412	401	1 432	1 345	1 613	1 628
Restschuld	248	81	104	66	145	372	228	672	370
Durchschnittswert je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe des/der									
Einheitswertes	445	352	384	330	367	462	437	512	518
Verkehrswertes	2 439	1 867	2 074	1 722	1 931	2 595	2 534	2 708	2 718
Restschuld	1 014	718	802	648	941	1 142	963	1 316	941
Haushalte in %									
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz ¹	47,5	28,9	29,2	28,8	22,9	60,5	59,0	63,8	66,7
Haushalte mit Restschuld ¹	25,5	11,9	13,5	10,9	16,0	33,9	25,0	52,4	41,1

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

1 Bezogen auf die Haushalte insgesamt.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz am 1.1.2013 in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

2015 - 01 - 0144

5 Wohnen

5.2 Haus- und Grundbesitz sowie Hypothekenrestschuld privater Haushalte am 1.1.2013

5.2.2 Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

	Haushalte insgesamt	Darunter nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR ¹							
		unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
Haushalte insgesamt	40 032	4 893	5 632	3 051	6 571	6 241	6 577	4 276	2 599
	Haushalte in 1 000								
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	19 015	763	1 366	1 001	2 575	3 282	4 287	3 296	2 274
Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	18 912	749	1 351	996	2 557	3 266	4 270	3 289	2 263
und zwar:									
unbebaute Grundstücke	1 573	(51)	(102)	(83)	163	229	368	308	241
Einfamilienhäuser	12 051	398	725	514	1 427	2 038	2 877	2 293	1 657
Zweifamilienhäuser	2 140	(43)	123	103	284	356	485	395	301
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	786	/	(36)	(33)	85	104	154	143	191
Eigentumswohnungen	5 513	257	451	351	771	847	1 052	927	840
sonstige Gebäude	1 210	(60)	(87)	(52)	160	220	260	186	155
keine Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	102	/	/	/	(19)	(16)	(17)	/	/
	100 EUR								
Durchschnittswert je Haushalt ^{1,2}									
Einheitswert	157	31	49	71	89	142	219	296	530
Verkehrswert	1 036	153	285	437	559	887	1 392	2 079	3 801
Restschuld	248	15	32	57	88	182	357	600	1 073
Durchschnittswert je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe des/der									
Einheitswertes	445	303	284	314	317	367	444	496	777
Verkehrswertes	2 439	1 262	1 411	1 595	1 654	1 907	2 322	2 891	4 574
Restschuld	1 014	398	447	523	613	743	927	1 175	1 739
	Haushalte in %								
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz ^{1,2}	47,5	15,6	24,2	32,8	39,2	52,6	65,2	77,1	87,5
Haushalte mit Restschuld ^{1,2}	25,5	4,1	7,6	11,7	15,1	25,9	40,0	53,0	63,4

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

1 Selbsteinstufung des Haushalts am 1.1.2013. – Ohne Haushalte von Landwirten bzw. -wirtinnen.

2 Bezogen auf die Haushalte insgesamt.

5.3 Belastungen durch die Wohnsituation

5.3.1 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten 2013

	Die Wohnkosten sind für den Haushalt ... ¹		
	eine große Belastung	eine gewisse Belastung	keine Belastung
	%		
Haushalte insgesamt	17,7	57,5	24,8
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	18,3	53,5	28,2
Alleinerziehende ¹²	33,2	48,8	18,0
2 Personen ohne Kind	13,0	59,2	27,8
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	20,0	63,9	16,2
Sonstige Haushalte	19,5	63,4	17,1
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	14,6	59,3	26,1
Mieter/-innen	20,5	55,9	23,6
nach Besiedlungsdichte ¹³			
Hohe Besiedlungsdichte	16,8	55,3	27,8
Mittlere Besiedlungsdichte	17,7	58,2	24,1
Dünne Besiedlungsdichte	19,4	60,5	20,1

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

2 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.

3 Die Besiedlungsdichte nach der Klassifikation DEGURBA („Degree of urbanisation“) ist wie folgt definiert:

Hohe Besiedlungsdichte: Zusammenhängendes Gebiet aus benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 1 500 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 50 000.

Mittlere Besiedlungsdichte: Gruppe von benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 300 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 5 000.

Dünne Besiedlungsdichte: Bereiche außerhalb der städtischen Gebiete.

5.3.2 Probleme im Wohnumfeld 2013

	Es gibt Verschmutzung, Ruß u. a. Umweltbelastungen im Wohnumfeld ¹	Es gibt Kriminalität, Gewalt im Wohnumfeld ¹
	%	
Haushalte insgesamt	23,8	14,5
nach Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalte	26,8	17,4
Alleinerziehende ¹²	28,5	(19,1)
2 Personen ohne Kind	21,9	12,2
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	20,6	12,0
Sonstige Haushalte	19,2	(10,9)
nach Wohnsituation		
Eigentümer/-innen	18,1	8,4
Mieter/-innen	29,0	20,0
nach Besiedlungsdichte ¹³		
Hohe Besiedlungsdichte	33,1	23,3
Mittlere Besiedlungsdichte	19,8	10,3
Dünne Besiedlungsdichte	13,5	5,7

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

5.3.3 Mängel in der Wohnung/dem Haus 2013

	Es gibt ... in der Wohnung/dem Haus, in der/dem der Haushalt lebt ¹		
	Feuchtigkeitsschäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung
	%		
Haushalte insgesamt	13,0	4,9	27,9
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	13,5	6,2	31,7
Alleinerziehende ¹²	21,2	(9,6)	31,5
2 Personen ohne Kind	10,8	3,5	25,7
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	13,5	(4,1)	24,0
Sonstige Haushalte	(12,9)	/	22,9
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	8,8	2,2	20,3
Mieter/-innen	16,8	7,4	34,8
nach Besiedlungsdichte ¹³			
Hohe Besiedlungsdichte	14,3	6,7	35,3
Mittlere Besiedlungsdichte	11,7	4,1	25,2
Dünne Besiedlungsdichte	12,9	(3,1)	19,0

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

Methodik

■ Wohnungen

Die Statistiken des Wohnungswesens beschreiben quantitativ und qualitativ den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die **totalen Gebäude- und Wohnungszählungen** liefern hierzu wichtige Strukturdaten in tiefer regionaler Gliederung. Diese totalen Zählungen finden allerdings nur in längerfristigen Zeitabständen – seit 2011 alle 10 Jahre statt. Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung wurde mit dem Stichtag 9.5.2011 im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt. Dort wurden alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen schriftlich zu folgenden Merkmalen befragt:

- Gebäude: Gebäudeart, Gebäudetyp, Baujahr, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Heizungsart, Eigentumsverhältnis des Gebäudes.
- Wohnungen: Art der Wohnungsnutzung, Fläche, Raumzahl, Ausstattung, Eigentumsverhältnis der Wohnung.

Für die Zeit zwischen den Zählungen werden die Wohnungsbestände mit Hilfe der **Bautätigkeitsstatistik** fortgeschrieben. Damit auch in kürzeren Zeitabständen zuverlässige Daten zur Verfügung stehen – z. B. über das Mietengefüge, die Mietentwicklung und die Art der Unterbringung, u. a. in Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Haushalte – wurden Haushalte in der Regel im Abstand von vier Jahren im **Mikrozensus** zu ihrer Wohnsituation befragt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete seit 1985 das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10.6.1985 (BGBl. I S. 955) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14.6.1985 (BGBl. I S. 967). Die Erhebungen wurden auf der Basis einer 1%-Repräsentativ-Stichprobe durchgeführt (zuletzt 1985 und 1987). Das neue „Mikrozensusgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes“ vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1350) stellt die Erhebungen zur Wohnsituation der Haushalte auf eine neue Rechtsgrundlage. Seit 1998 fragt der Mikrozensus im Abstand von vier Jahren neben den Merkmalen der Grunderhebung auch nach der Wohnsituation der Haushalte, zuletzt im Jahr 2010. Erhebungsmerkmale sind:

- Art und Größe des Gebäudes mit Wohnraum; Baualtersgruppe; Fläche der gesamten Wohnung; Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter; Eigentumswohnung; Einzugsjahr des Haushalts; Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen
- bei Mietwohnungen: Höhe der monatlichen Miete sowie der anteiligen und sonstigen Betriebs- und Nebenkosten:

In der Ausgabe 2012 dieses Jahrbuchs wurden letztmalig Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010 veröffentlicht. Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) zum Stichtag 9.5.2011, die im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt wurde, enthält die Ausgabe 2014 dieses Jahrbuchs.

■ Wohngeld

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (WoGG) beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen **Wohngeldstatistik** Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Es handelt sich dabei um Vollerhebungen, die Ergebnisse liefern über die Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistik sind die §§ 34–36 WoGG. Die Wohngeldbehörden sind in diesen Erhebungen gemäß § 34 Abs. 2 WoGG zur Auskunft verpflichtet.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistik in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Zum 1.1.2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) in Kraft. Infolge dessen hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt der Wohngeldanspruch für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr in den jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Infolge dieser Änderungen entfielen auch die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss: Seit dem 1.1.2005 zählen die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nicht mehr zu den Wohngeldempfängerinnen und -empfängern.

Am 1.1.2009 sind mit der Wohngeldreform wesentliche Veränderungen in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise sind erstmals die Heizkosten in das Wohngeld einbezogen. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung wurden auf Neubauriveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10% erhöht. Außerdem wurden die Tabellenwerte der Wohngeldtabellen um 8% erhöht. Mit Hilfe dieser Wohngeldtabellen wird der jeweilige Wohngeldanspruch ermittelt. Dieser ist abhängig von den zu berücksichtigenden Haushaltsmitgliedern, deren monatlichen Gesamteinkommen und der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung.

Seit der Wohngeldreform sind wieder deutlich mehr Haushalte wohngeldberechtigt. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Da die Energiekosten wieder gesunken sind, wurde ab 1.1.2011 aufgrund Artikel 22 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (BGBl. I Nr. 63/2010) der zum 1.1.2009 eingeführte Betrag für Heizkosten (sogenannte Heizkostenkomponente) bei der Ermittlung der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung im Wohngeld wieder gestrichen.

■ Haus- und Grundbesitz, Immobilienvermögen

Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** liefert unter anderem Ergebnisse zum Haus- und Grundbesitz privater Haushalte. Sie ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Die EVS findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. An der Erhebung beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Zwischen der EVS und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung.

Die Ergebnisse der EVS 2013 basieren auf dem Mikrozensus 2012, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Der Nachweis in der Tabelle 5.2 zum Haus- und Grundbesitz privater Haushalte basiert auf den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Geld- und Sachvermögen“ der EVS 2013.

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Die Belastungen privater Haushalte durch Wohnkosten, Probleme im Wohnumfeld sowie Wohnungsmängel erfragt die europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). In Deutschland heißt die Erhebung **LEBEN IN EUROPA**. Neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen), die sehr differenziert erfasst werden, sind weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen Thema der Befragung, z. B. Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007). In diesen Jahren wurde ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Auf- und Abrundungen | Die maschinell erstellten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Eigentümerhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Eigentümerhaushalt auch die Fälle von mietfrei wohnenden Haushalten.

Haushalt | *EVS* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammen wohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensanteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. gepflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen.

EU-SILC | Gemäß Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC ist ein Haushalt definiert als Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Nicht befragt werden Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.).

Haushaltsnettoeinkommen | *EVS* | Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen (alle Einnahmen des Haushalts aus Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung) Einkommensteuer/Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden.

Haushaltstyp | *EVS* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder)

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren = (auch Adoptiv- und Pflegekinder) der Haupteinkommenspersonen oder deren (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt gemäß EU-Definition in:

- Haushalte ohne abhängige Kinder
- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
 - Ein Erwachsener unter 65 Jahren
 - Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
 - Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
 - Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
 - Andere Haushalte ohne abhängige Kinder
- Haushalte mit abhängigen Kindern
- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kind(ern)
 - Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
 - Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Haus- und Grundbesitz | *EVS* | Die Angaben zum Haus- und Grundbesitz erstrecken sich auf das gesamte Eigentum an unbebauten Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen im In- und Ausland, unabhängig davon, ob diese Immobilien selbst errichtet, gekauft oder durch Schenkung beziehungsweise Erbschaft erworben wurden oder ob sie selbst genutzt oder vermietet werden. Die Frage nach dem Haus- und Grundbesitz umfasste folgende Immobilienarten:

- Einfamilienhäuser (auch mit Einliegerwohnung)
 - Zweifamilienhäuser
 - Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen
 - Eigentumswohnungen (auch Zweit- und Freizeitwohnungen)
 - Sonstige Gebäude (Wochenend- und Ferienhäuser, Lauben und Datschen in Kleingärten, kombinierte Wohn- und Geschäftsgebäude sowie Betriebsgebäude, die nicht für eigene geschäftliche Zwecke genutzt werden)
 - Unbebaute Grundstücke (ohne landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- Zur Ermittlung des Immobilienvermögens machten die Haushalte folgende Angaben:
- Einheitswert: Steuerlicher Richtwert für Grundstücke und Gebäude, der durch das zuständige Finanzamt festgelegt wird. Er liegt in der Regel erheblich unter dem Verkehrswert.
 - Verkehrswert: Der geschätzte Preis, der im Falle des Verkaufes zum Erhebungszeitpunkt unter Berücksichtigung des Kaufpreises, der Wohnlage und Investitionen erzielt werden könnte.
 - Immobilienkredite/Hypothekenrestschuld: Die Restschuld ist die Summe der tatsächlich noch zu leistenden Gesamttilgungen für Darlehen (Hypotheken, Baudarlehen u. Ä.), die von den Haushalten für den Erwerb beziehungsweise die Instandsetzung des Haus- und Grundvermögens aufgenommen wurden.

Mängel (in der Wohnung/dem Haus) | *EU-SILC* | Diese umfassen ein undichtes Dach, feuchte Wände, Fußböden oder Fundamente, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, zu wenig Tageslicht in den Räumen, Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehr, Geschäfte, Industrie).

Miete | Die Nettokaltmiete (häufig auch Nettomiete, Grundmiete) bezeichnet den monatlichen Betrag, der mit der Vermieterin bzw. dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohnung zum Zeitpunkt der Zahlung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten (z. B. Beträge für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr) zusammen.

Mieterin bzw. Mieter | Wird einer Person gegen Entgelt mindestens ein Raum zur Nutzung überlassen, so ist sie Mieterin bzw. Mieter.

Mieterhaushalt | *EU-SILC* | Die Klassifizierung eines Haushaltes in Mieterhaushalt enthält auch die Fälle von Wohnen mit reduzierter Miete.

Wohngebäude (ohne Wohnheime) | Gebäude, die mindestens zur Hälfte der Gesamtnutzfläche zu Wohnzwecken genutzt werden. Wohnheime sind hier nicht berücksichtigt.

Wohngeld | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Mit der am 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind durch diese Änderungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Wohngeldhaushalte | Als Wohngeldhaushalte gelten Haushalte mit Wohngeldbezug, in denen alle Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt sind.

Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten | Seit 2005 gibt es neben den Wohngeldhaushalten die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten. In diesen Haushalten ist lediglich ein Teil der Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt, da mindestens ein Haushaltsmitglied Transferleistungen, etwa Arbeitslosengeld II, bezieht und deshalb nicht selbst wohngeldberechtigt ist.

Wohnkosten | *EU-SILC* | Es handelt sich hierbei um die monatlichen Wohnkosten des Haushalts. Bei Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. mietfrei wohnenden Haushalten zählen hierzu:

- Grundsteuer
- Laufende Kosten (z. B. Ausgaben für Gebäudeversicherung, Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Instandhaltungsrücklagen, Schornsteinfeger, bei Eigentumswohnungen regelmäßige Pauschalzahlungen wie Hausgeld oder Wohngeld, Ausgaben für Hausverwaltung, Aufzug)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl und sonstige Brennstoffe)

Bei Mieterinnen und Mietern zählen hierzu:

- Nettokaltmiete
- Betriebskosten (z. B. Ausgaben für Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, gemeinschaftliche Umlagen)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl, sonstige Brennstoffe, sofern nicht bereits in den Betriebskosten enthalten)

Der Haushalt beantwortet bei EU-SILC die Frage, wie stark die Belastung durch die monatlichen Wohnkosten für den Haushalt ist, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Wohnen (Gebäude und Wohnungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 31, Daten zum *Wohngeld* unter Code 22

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wohnungen

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Heft 1 | Bestand und Struktur der Wohneinheiten sowie Wohnsituation der Haushalte

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Heft 2 | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe:
Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte

Sonderheft 1 | Wohnverhältnisse privater Haushalte

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/09 | Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)

Heft 10/09 | Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte (EVS 2008)

■ Wohngeld

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4 | Wohngeld

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 | Wohngeld in Deutschland 2010

Heft 3/14 | Wohngeld in Deutschland 2012

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 | Wer muß worauf verzichten? Einschätzungen zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte (LEBEN IN EUROPA 2009)

Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2012.





6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

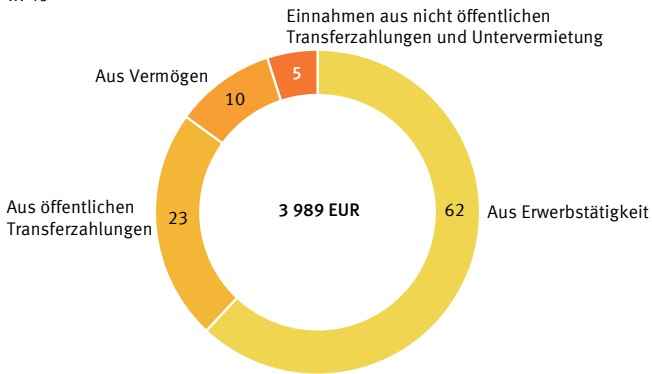
Haushalte verfügten 2012 durchschnittlich über **3 133 Euro** monatlich | **Drei Viertel** (74 %) davon entfallen auf **Konsum** | **Mobiltelefone** in **94 %** aller Haushalte | Durchschnittlich **3 Stunden** nutzte jede Person 2012/2013 täglich **Medien** | Pro Kopf werden jährlich **93 kg Gemüse** und **214 Eier** verbraucht | **Urlaubsreisen** 2013 für ein Viertel der Haushalte **unerschwinglich** | Jede **sechste Person** 2013 von **Armut** bedroht | 2014 rund **84 400** Verfahren für **Verbraucherinsolvenzen** eröffnet | **Ältere Personen** haben die **höchsten Schulden**

<i>Seite</i>	
167	Auf einen Blick
	Tabellen
168	Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte Konsumausgaben privater Haushalte
172	Ausstattung Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern
174	Zeitverwendung Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag
177	Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln Pflanzliche und tierische Erzeugnisse Tiefkühlkost Genussmittel
178	Einschätzung der Lebenssituation Finanzielle Kapazitäten Zurechtkommen mit dem Einkommen
179	Armut Median-Äquivalenzeinkommen Armutsgefährdungsquote Schwellenwerte für Armutsgefährdung
181	Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen Struktur überschuldeter Personen Hauptauslöser der Überschuldung Durchschnittliche Schulden Verbraucherinsolvenzen nach Ländern
184	Methodik
186	Glossar
189	Mehr zum Thema

6.0 Auf einen Blick

Haushaltsbruttoeinkommen 2012

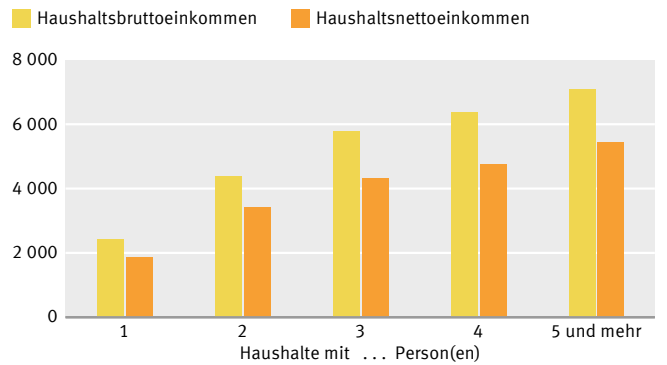
in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Einkommen nach der Haushaltsgröße 2012

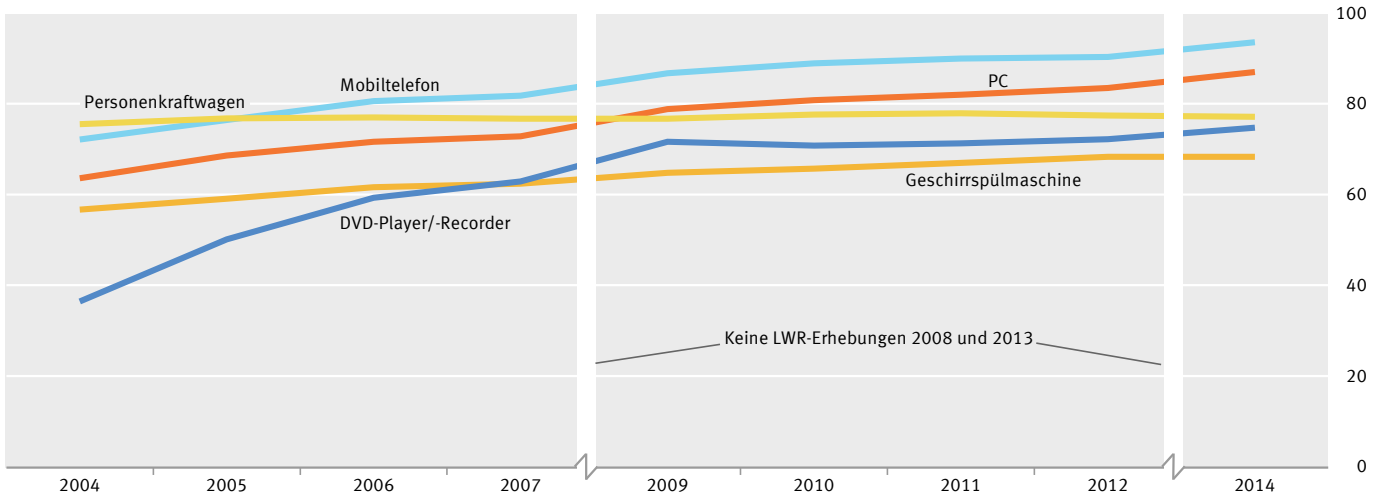
in EUR



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1.1. des jeweiligen Jahres

in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2015-01-0145

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Zeitvergleich

	2005	2006	2007 ¹⁾	2009	2010	2011	2012
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR							
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 489	3 584	3 711	3 758	3 871	3 989
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 087	2 062	2 147	2 198	2 274	2 381	2 462
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	16	20	19	19	19	20
Einnahmen aus Vermögen	334	337	364	373	363	385	403
dar. aus Vermietung und Verpachtung	59	58	60	66	68	66	65
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	869	872	864	924	904	884	896
darunter:							
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	446	448	451	471	473	472	476
(Brutto) Pensionen	113	123	126	128	119	117	128
Arbeitslosengeld I	39	31	23	20	19	16	17
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	42	47	47	51	48	50	50
Wohngeld	6	4	3	5	4	4	4
Kindergeld	76	75	73	78	81	79	79
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	186	203	189	198	199	202	209
darunter:							
Leistungen aus privaten Versicherungen	28	33	30	35	36	37	43
Unterstützung von privaten Haushalten	107	118	107	101	103	105	104
abzüglich:							
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	343	364	390	377	398	424
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	376	382	381	475	488	519	532
zuzüglich:							
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	–	–	–	25	27	31	34
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	–	–	–	2	2	2	2
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 764	2 839	2 873	2 922	2 988	3 069
zuzüglich:							
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	34	34	25	30	32	30
Sonstige Einnahmen	23	29	27	27	29	31	34
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 816	2 826	2 900	2 925	2 981	3 052	3 133
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	782	909	988	949	813	830	867
Private Konsumausgaben	1 996	2 089	2 067	2 156	2 168	2 252	2 310
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	268	287	297	302	305	312	321
Bekleidung und Schuhe	95	93	94	98	100	104	106
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	662	684	693	724	738	775	796
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	129	119	116	118	125	128
Gesundheitspflege	83	83	82	91	91	93	96
Verkehr	270	321	291	326	305	319	329
Nachrichtenübermittlung	62	62	60	57	56	57	57
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	233	229	231	236	244	245
Bildungswesen	13	14	14	17	16	16	16
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	106	106	110	113	113	119	127
Andere Waren und Dienstleistungen	81	78	78	83	88	88	90
Andere Ausgaben	1 564	1 629	1 763	1 633	1 547	1 563	1 624
Sonstige Steuern	16	16	14	12	13	13	13
dar. Kfz-Steuer	12	12	12	11	11	11	10
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	7	7	7	8	8	8	8
Versicherungsbeiträge	120	122	124	85	86	90	96
darunter:							
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	–	–	–	13	13	14	15
Beiträge für Kfz-Versicherungen	35	35	35	32	30	32	34
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	141	145	148	135	158	156	151
Tilgung und Verzinsung von Krediten	241	251	259	256	256	274	295
darunter:							
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	80	81	78	79	80	77
Zinsen für Konsumentenkredite	7	7	8	9	10	8	8
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	171	178	116	135	78	132	123
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	830	876	1 060	1 001	948	890	938

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Im Jahr 2008 fand keine LWR-Erhebung statt.

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.2 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2012

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sons- tige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Haushaltsbruttoeinkommen	3 989	2 415	2 705	4 598	5 913	6 054	(2 436)	3 571	4 813	4 884	4 001	2 873	2 700	2 283
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 462	1 323	1 496	2 442	4 536	4 337	(1 915)	2 766	3 743	3 801	2 541	159	65	/
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	/	/	32	(37)	(29)	–	/	(28)	(24)	(24)	/	/	–
Einnahmen aus Vermögen	403	232	(172)	522	525	614	/	188	372	417	446	515	444	252
dar. aus Vermietung und Verpachtung	65	41	/	95	61	90	/	(26)	38	59	86	105	78	/
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	896	714	644	1 338	608	819	(264)	403	479	448	785	1 895	1 958	1 796
darunter:														
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	476	442	/	849	(31)	280	/	/	(56)	101	381	1 309	1 437	1 317
(Brutto) Pensionen	128	91	/	266	/	(88)	/	/	/	(21)	128	378	351	(308)
Arbeitslosengeld I	17	(13)	/	(21)	/	(22)	/	/	(16)	(16)	(34)	/	/	–
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	50	58	(199)	(24)	(50)	(49)	/	(56)	(68)	(65)	70	/	/	/
Wohngeld	4	(5)	/	/	(7)	/	–	/	(9)	(4)	/	/	/	/
Kindergeld	79	(4)	246	6	332	192	/	100	192	127	28	/	/	/
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	209	139	387	264	207	255	(188)	192	190	194	203	298	221	202
darunter:														
Leistungen aus privaten Versicherungen	43	24	(22)	60	50	67	/	(24)	37	48	51	54	39	(30)
Unterstützung von privaten Haushalten	104	75	328	95	136	129	(181)	153	134	120	86	84	51	(97)
abzüglich:														
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	424	252	201	447	715	686	(235)	425	621	651	433	65	54	(45)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	532	310	285	591	848	860	(367)	528	704	727	528	234	233	202
zuzüglich:														
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	34	16	/	36	67	59	/	(19)	52	57	39	–	/	–
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	2	(2)	–	4	/	(2)	–	/	/	/	(2)	8	6	(5)
Haushaltsnettoeinkommen	3 069	1 871	2 230	3 600	4 417	4 568	(1 835)	2 637	3 540	3 562	3 081	2 582	2 419	2 041
zuzüglich:														
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	30	18	(15)	37	46	42	/	21	36	34	29	(38)	(20)	/
Sonstige Einnahmen	34	22	27	36	50	51	(8)	39	43	42	36	22	14	9
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 133	1 911	2 272	3 673	4 513	4 660	(1 856)	2 697	3 619	3 638	3 146	2 642	2 453	2 067
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	867	527	(284)	1 270	908	1 142	/	828	774	739	1 214	866	717	(696)
Private Konsumausgaben	2 310	1 479	1 832	2 758	3 185	3 201	(1 392)	1 978	2 502	2 558	2 341	2 244	1 990	1 694
Andere Ausgaben	1 624	948	733	2 114	2 144	2 382	(807)	1 578	1 792	1 706	1 963	1 240	1 143	1 042
Sonstige Steuern	13	6	(5)	17	20	20	/	11	13	14	13	12	12	(7)
dar. Kfz-Steuer	10	5	(4)	13	17	16	/	(8)	12	12	11	11	8	(5)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	8	5	(5)	9	10	15	/	(6)	9	13	12	/	/	/
Versicherungsbeiträge	96	56	63	115	140	149	(85)	79	113	114	97	80	73	53
darunter:														
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	15	9	(6)	22	17	21	/	8	13	14	17	23	17	(14)
Beiträge für Kfz-Versicherungen	34	19	(22)	40	46	59	/	27	38	39	35	28	28	(19)
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	151	106	91	201	150	196	(47)	63	121	164	176	139	159	236
dar. Geldspenden	10	7	(2)	13	13	9	/	6	7	8	11	10	12	17
Tilgung und Verzinsung von Krediten	295	120	190	367	650	372	/	252	494	350	334	129	101	(36)
darunter:														
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	77	34	(45)	73	201	105	/	83	150	100	61	31	25	/
Zinsen für Konsumentenkredite	8	5	(10)	9	14	13	/	9	12	12	7	4	4	/
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	123	(56)	/	166	(208)	(183)	/	(491)	(80)	100	138	(39)	(71)	/
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	938	599	367	1 240	966	1 446	(522)	676	962	950	1 193	841	727	674

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

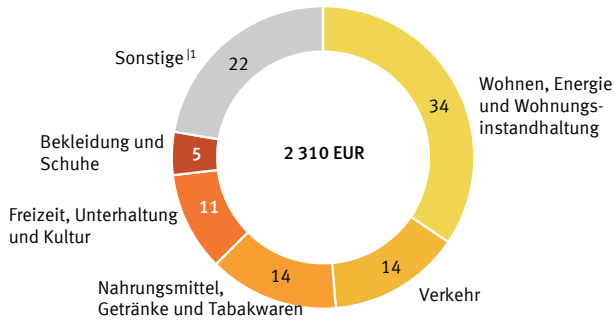
6.1.3 Private Konsumausgaben 2012

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR												
Bildungswesen	16	6	(40)	4	59	24	/	36	35	20	7	(4)	3	/
Nachhilfeunterricht	1	/	/	/	(5)	(3)	/	-	(2)	(2)	/	/	/	-
Gebühren, Kinderbetreuung	15	6	(38)	4	(54)	22	/	36	33	17	7	(4)	3	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	127	77	93	170	172	152	(79)	106	141	141	127	122	112	78
Verpflegungsdienstleistungen	87	55	62	113	116	106	(65)	81	95	96	87	83	75	50
Beherbergungsdienstleistungen	40	22	(31)	57	56	46	/	25	45	45	40	39	37	(28)
Andere Waren und Dienstleistungen	90	62	76	106	122	118	(74)	82	101	100	90	76	72	97
Schmuck, Uhren	9	7	4	11	8	10	/	6	7	12	8	9	6	(6)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	8	5	6	10	13	11	(6)	8	9	11	8	7	6	5
Dienstleistungen für die Körperpflege	19	14	15	25	18	23	(12)	13	18	19	19	21	23	21
Körperpflegeartikel und -geräte	28	17	29	29	41	44	(18)	29	34	31	29	22	20	15
Sonstige Dienstleistungen	26	18	24	31	41	29	(31)	27	33	27	26	17	17	50

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Private Konsumausgaben 2012

in %



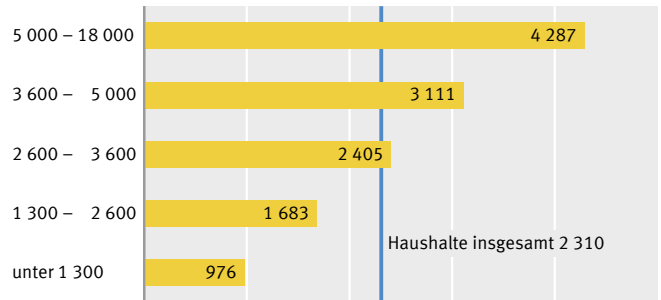
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

¹ Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Gesundheitspflege, andere Waren und Dienstleistungen, Nachrichtenübermittlung sowie Bildungswesen.

Private Konsumausgaben nach Nettoeinkommensklassen 2012

je Haushalt und Monat, in EUR

von ... bis unter ...



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2015 - 01 - 0146

6.2 Ausstattung

6.2.1 Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Gebrauchsgütern am 1.1.2014

	Ausstattungsgrad	Ausstattungsbestand
	Anteil der Haushalte in %	Anzahl der Güter je 100 Haushalte
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	77,1	104,5
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,0	13,6
Fahrrad	81,4	187,7
dar. E-Bike (Elektrofahrrad)	3,4	4,3
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	97,5	166,7
dar. Flachbildfernseher	76,4	111,6
Satelliten-TV-Anschluss	42,9	. ¹
Kabel-TV-Anschluss	46,5	. ¹
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	17,9	. ¹
Pay-TV-Receiver	17,6	21,5
DVD-Player/-Recorder	74,7	97,7
Camcorder (Videokamera)	19,0	21,8
Fotoapparat	85,5	152,2
Fotoapparat analog	34,5	43,2
Fotoapparat digital	75,6	109,0
MP3-Player	44,0	67,8
Spielkonsole (auch tragbar)	26,7	46,6
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	87,0	172,8
PC stationär	54,0	66,7
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC)	68,3	106,1
PC-Drucker (auch im Kombigerät)	75,4	86,8
Internetanschluss (auch mobil)	78,8	. ¹
Festnetztelefon	91,5	123,4
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	93,6	174,7
Navigationsgerät	48,3	55,2
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,8	122,6
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,8	56,9
Geschirrpülmaschine	68,3	69,6
Mikrowellengerät	72,9	75,6
Waschmaschine	95,6	98,5
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	40,3	40,7
Kaffeemaschine	84,6	117,5
dar. Kaffeevollautomat	12,4	12,6
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	26,0	30,1

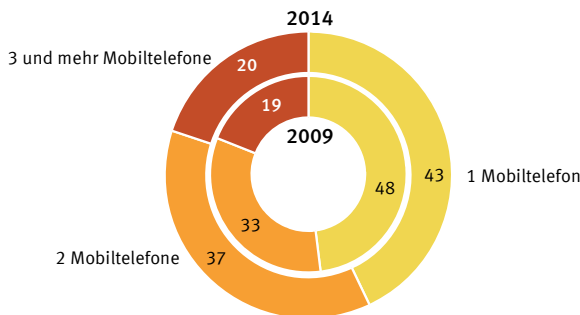
Der **Ausstattungsgrad** beschreibt, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Ein Ausstattungsgrad von 81 % bei Fahrrädern bedeutet zum Beispiel, dass 81 von 100 Haushalten mindestens ein Fahrrad besitzen.

Der **Ausstattungsbestand** gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Zum Beispiel bedeutet ein Ausstattungsbestand von 188 bei Fahrrädern, dass einige Haushalte mehr als ein Fahrrad besitzen. Im Falle einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

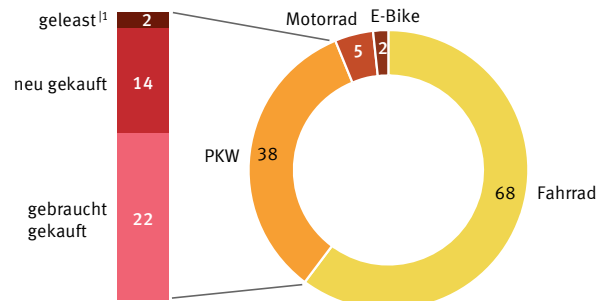
1 Vor 2013 wurden die jeweiligen Geräte erfasst, ab 2014 wird nur noch das Vorhandensein des jeweiligen Anschlusses erfragt.

Private Haushalte mit Mobiltelefon(en) am 1.1. in %



Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen am 1.1.2014 in Mill.



Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Einschl. Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen. Keine Ratenkäufe.

2015 - 01 - 0147

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.2 Ausstattung

6.2.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Gebrauchsgütern nach dem Haushaltstyp am 1.1.2014

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Anteil der Haushalte in %									
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	77,1	58,8	59,3	58,5	68,9	91,8	90,7	94,0	89,3
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,0	5,3	(10,7)	(2,2)	/	13,4	10,9	18,8	22,1
Fahrrad	81,4	70,2	72,9	68,6	95,0	88,0	84,7	95,1	91,5
dar. E-Bike (Elektrofahrrad)	3,4	(2,4)	(3,1)	(2,1)	/	4,8	6,2	(1,7)	(2,6)
Unterhaltungselektronik									
Fernseher	97,5	95,2	96,4	94,6	97,3	99,1	99,5	98,3	99,2
dar. Flachbildfernseher	76,4	65,7	67,7	64,5	65,2	84,5	85,0	83,6	86,2
Satelliten-TV-Anschluss	42,9	31,1	32,6	30,1	(35,9)	52,0	49,6	57,2	52,6
Kabel-TV-Anschluss	46,5	54,9	55,4	54,7	55,6	40,4	43,8	32,9	37,8
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	17,9	18,1	20,4	16,8	(15,2)	17,6	16,9	19,1	18,9
Pay-TV-Receiver	17,6	12,3	14,9	10,8	(12,9)	22,0	23,3	19,0	21,1
DVD-Player/-Recorder	74,7	63,3	67,8	60,6	87,2	81,3	77,9	88,9	85,8
Camcorder (Videokamera)	19,0	7,8	12,5	(4,9)	(21,4)	27,2	20,9	41,0	27,0
Fotoapparat	85,5	73,8	77,9	71,4	93,1	93,7	92,3	96,9	93,6
Fotoapparat analog	34,5	32,5	34,2	31,4	(25,8)	35,4	40,1	25,1	39,7
Fotoapparat digital	75,6	59,0	61,8	57,3	87,7	86,6	82,6	95,5	89,2
MP3-Player	44,0	32,1	32,7	31,7	55,7	46,7	35,6	71,1	69,2
Spielkonsole (auch tragbar)	26,7	10,8	14,2	8,8	69,0	30,9	16,1	63,7	51,5
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	87,0	77,4	79,8	76,0	98,0	92,3	89,3	99,0	97,4
PC stationär	54,0	38,8	48,4	33,2	44,8	63,2	62,0	65,8	73,5
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC)	68,3	55,6	57,1	54,7	84,0	73,0	66,1	88,4	88,0
PC-Drucker (auch im Kombigerät)	75,4	61,7	66,8	58,7	74,2	83,8	81,0	90,0	91,0
Internetanschluss (auch mobil)	78,8	67,5	70,2	65,9	82,7	85,6	81,9	93,8	91,3
Festnetztelefon	91,5	85,0	79,2	88,4	87,3	96,5	96,7	96,1	97,0
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	93,6	87,7	89,9	86,5	98,8	97,2	96,1	99,8	98,7
Navigationsgerät	48,3	28,0	34,1	24,5	(36,4)	63,5	62,0	66,7	65,5
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,8	99,7	99,9	99,5	100	99,9	99,9	100	99,9
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,8	32,9	27,6	36,0	(37,6)	63,7	65,1	60,5	68,1
Geschirrpülmaschine	68,3	47,4	41,0	51,1	68,0	83,8	80,4	91,4	83,7
Mikrowellengerät	72,9	63,6	67,1	61,5	75,4	79,0	77,3	82,8	81,8
Waschmaschine	95,6	90,7	86,2	93,3	99,3	99,0	98,6	99,8	98,9
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	40,3	23,3	19,5	25,6	(36,3)	52,6	48,9	60,9	54,7
Kaffeemaschine	84,6	76,7	79,3	75,2	77,4	91,3	91,4	90,9	90,0
dar. Kaffeevollautomat	12,4	6,0	(6,5)	5,7	/	17,3	16,0	20,2	17,7
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	26,0	16,5	16,6	16,3	(17,4)	32,9	35,3	27,6	35,6

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.3 Zeitverwendung

6.3.1 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Geschlecht 2012/2013

	Insgesamt		Davon			
	alle Personen	ausübende Personen	männlich		weiblich	
			alle Personen	ausübende Personen	alle Personen	ausübende Personen
Std : Min						
Persönlicher Bereich, Physiologische Regeneration	11:07	11:07	10:57	10:57	11:16	11:16
Schlafen	8:29	8:29	8:26	8:26	8:32	8:32
Essen und Trinken	1:41	1:43	1:40	1:41	1:43	1:44
Andere Tätigkeiten im persönlichen Bereich	0:57	0:58	0:52	0:54	1:01	1:03
Erwerbstätigkeit	2:43	7:52	3:19	8:25	2:09	7:11
darunter:						
Haupterwerbstätigkeit	2:18	7:01	2:49	7:30	1:48	6:25
Nebenerwerbstätigkeit	0:02	2:57	(0:02)	(2:46)	(0:02)	(3:07)
Andere Aktivitäten in Verbindung mit Erwerbstätigkeit	0:05	1:03	0:07	1:03	0:04	1:04
Wegezeiten Erwerbstätigkeit	0:18	1:01	0:22	1:05	0:14	0:56
Qualifikation, Bildung	0:32	5:17	0:33	5:21	0:32	5:13
Unterricht in der Schule	0:14	4:49	0:14	4:51	0:14	4:48
Betreuung in der Schule	0:01	2:33	(0:01)	(2:35)	(0:01)	(2:31)
Arbeitsgemeinschaften in der Schule	(0:00)	(1:29)	(0:00)	(1:27)	(0:00)	(1:30)
Hochschule	0:02	3:55	(0:03)	(3:55)	(0:02)	(3:55)
Vor- und Nachbereitung von Unterricht in Schule und Hochschule	0:07	1:53	0:07	1:56	0:06	1:51
Andere Aktivitäten im Bereich Qualifikation, Bildung	0:04	1:30	0:03	1:25	0:04	1:34
Wegezeiten Qualifikation, Bildung	0:05	1:09	0:05	1:08	0:05	1:09
Haushaltsführung und Betreuung der Familie	3:07	3:27	2:24	2:47	3:49	4:02
Zubereitung von Mahlzeiten, Hausarbeit in der Küche	0:40	1:02	0:24	0:46	0:55	1:12
Instandhaltung von Haus und Wohnung	0:27	0:58	0:19	0:55	0:35	1:00
Herstellen, Ausbessern, Ändern und Pflegen von Textilien	0:12	0:53	0:03	0:35	0:20	0:57
Gartenarbeit, Pflanzen- und Tierpflege	0:20	1:14	0:20	1:23	0:20	1:07
Bauen und handwerkliche Tätigkeiten	0:06	1:18	0:10	1:25	0:03	1:00
Einkaufen und Inanspruchnahme von Fremdleistungen	0:34	1:11	0:30	1:08	0:38	1:14
Betreuung von Kindern im Haushalt	0:13	1:43	0:08	1:19	0:18	1:58
Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen Haushaltsmitgliedern	0:01	0:53	0:01	0:56	0:01	0:51
Andere Aktivitäten im Bereich Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:46	0:15	0:45	0:19	0:47
Wegezeiten Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:47	0:14	0:46	0:19	0:47
Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:21	2:07	0:21	2:14	0:21	2:02
Ehrenamt, freiwilliges Engagement	0:07	2:32	0:08	2:37	0:06	2:27
Unterstützung anderer Haushalte	0:07	1:34	0:07	1:40	0:08	1:29
Teilnahme an Versammlungen	0:03	1:14	0:03	1:17	0:03	1:11
Wegezeiten Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:04	0:43	0:04	0:43	0:04	0:43
Soziales Leben und Unterhaltung	1:50	2:22	1:46	2:24	1:55	2:20
darunter:						
Soziale Kontakte	0:36	1:06	0:32	1:05	0:40	1:07
Unterhaltung und Kultur	0:19	2:47	0:20	2:52	0:19	2:43
Ausruhen, Zeit überbrücken	0:22	1:09	0:22	1:10	0:23	1:07
Wegezeiten Soziales Leben und Unterhaltung	0:15	0:59	0:15	0:58	0:16	0:59
Sport, Hobbys, Spiele	0:59	2:07	1:08	2:23	0:51	1:52
darunter:						
Sport, körperliche Bewegung	0:27	1:35	0:29	1:42	0:25	1:28
Jagen, Fischen, Sammeln	(0:00)	(1:59)	(0:01)	(2:23)	/	/
Rüstzeiten für sportliche Aktivitäten	0:01	0:26	0:01	0:28	0:01	0:24
Bildende, darstellende und literarische Kunst, Musizieren	0:03	1:23	0:03	1:26	0:03	1:20
Technische und andere Hobbys	0:04	1:07	0:04	1:21	0:03	0:54
Spiele	0:19	1:49	0:24	2:07	0:13	1:27
Wegezeiten Sport, Hobbys, Spiele	0:05	0:41	0:05	0:42	0:04	0:39
Mediennutzung	3:03	3:19	3:15	3:33	2:52	3:07
Lesen (auch elektronisch)	0:32	1:09	0:31	1:10	0:34	1:08
Fernsehen, Video und DVD	2:04	2:35	2:10	2:43	1:58	2:28
Radio, Musik oder andere Tonaufnahmen hören	0:04	0:54	0:05	0:56	0:04	0:52
Computer und Smartphone	0:23	1:15	0:29	1:25	0:16	1:03

Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.3 Zeitverwendung

6.3.2 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Alter 2012/2013

	Insgesamt		Davon nach dem Alter von ... bis ... Jahren									
	alle Personen	aus-übende Personen	10 – 17		18 – 29		30 – 44		45 – 64		65 und mehr	
			alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen
Std : Min												
Persönlicher Bereich, Physiologische Regeneration	11:07	11:07	11:48	11:48	10:57	10:57	10:36	10:36	10:52	10:52	11:50	11:50
Schlafen	8:29	8:29	9:35	9:35	8:41	8:42	8:11	8:11	8:10	8:10	8:40	8:40
Essen und Trinken	1:41	1:43	1:24	1:25	1:22	1:24	1:33	1:35	1:44	1:45	2:06	2:06
Andere Tätigkeiten im persönlichen Bereich	0:57	0:58	0:50	0:52	0:54	0:56	0:52	0:54	0:57	0:58	1:04	1:06
Erwerbstätigkeit	2:43	7:52	0:18	5:45	3:34	8:11	4:15	8:04	3:38	7:49	0:14	5:12
darunter:												
Haupterwerbstätigkeit	2:18	7:01	(0:13)	(6:28)	2:55	7:19	3:37	7:10	3:07	6:59	0:12	4:35
Nebenerwerbstätigkeit	0:02	2:57	/	/	/	/	(0:02)	(2:54)	(0:02)	(2:39)	/	/
Andere Aktivitäten in Verbindung mit Erwerbstätigkeit	0:05	1:03	(0:02)	(1:50)	0:11	1:21	0:08	1:05	0:05	0:49	/	/
Wegezeiten Erwerbstätigkeit	0:18	1:01	(0:02)	(0:58)	0:25	1:03	0:28	1:00	0:24	1:00	(0:01)	(1:01)
Qualifikation, Bildung	0:32	5:17	3:48	6:04	1:11	5:11	0:06	3:37	0:03	2:38	(0:01)	(1:29)
Unterricht in der Schule	0:14	4:49	2:16	4:47	0:17	4:57	/	/	/	/	/	/
Betreuung in der Schule	0:01	2:33	0:08	2:27	/	/	/	/	/	/	/	/
Arbeitsgemeinschaften in der Schule	(0:00)	(1:29)	(0:02)	(1:26)	/	/	/	/	/	/	/	/
Hochschule	0:02	3:55	/	/	0:13	4:01	/	/	/	/	/	/
Vor- und Nachbereitung von Unterricht in Schule und Hochschule	0:07	1:53	0:39	1:26	0:22	2:39	(0:01)	(3:18)	/	/	/	/
Andere Aktivitäten im Bereich Qualifikation, Bildung	0:04	1:30	0:10	0:47	0:07	1:50	(0:03)	(3:00)	(0:02)	(2:23)	(0:01)	(1:14)
Wegezeiten Qualifikation, Bildung	0:05	1:09	0:33	1:07	0:11	1:21	(0:01)	(0:52)	(0:00)	(0:49)	/	/
Haushaltsführung und Betreuung der Familie	3:07	3:27	1:04	1:29	1:50	2:20	3:36	3:49	3:19	3:33	4:01	4:10
Zubereitung von Mahlzeiten, Hausarbeit in der Küche	0:40	1:02	0:10	0:35	0:21	0:44	0:38	0:56	0:43	1:02	1:02	1:17
Instandhaltung von Haus und Wohnung	0:27	0:58	0:09	0:46	0:13	0:51	0:28	0:58	0:30	0:59	0:38	1:02
Herstellen, Ausbessern, Ändern und Pflegen von Textilien	0:12	0:53	(0:01)	(0:39)	0:04	0:34	0:12	0:44	0:15	0:55	0:18	1:04
Gartenarbeit, Pflanzen- und Tierpflege	0:20	1:14	0:08	0:51	0:08	0:56	0:16	1:06	0:24	1:17	0:30	1:24
Bauen und handwerkliche Tätigkeiten	0:06	1:18	(0:02)	(1:20)	0:05	1:23	0:06	1:19	0:08	1:20	0:07	1:13
Einkaufen und Inanspruchnahme von Fremdleistungen	0:34	1:11	0:16	1:14	0:24	1:03	0:31	1:04	0:38	1:12	0:45	1:19
Betreuung von Kindern im Haushalt	0:13	1:43	(0:01)	(0:47)	0:11	2:40	0:46	1:47	0:04	1:04	/	/
Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen Haushaltsmitgliedern	0:01	0:53	(0:01)	(0:52)	(0:01)	(0:40)	(0:01)	(0:47)	0:01	0:54	(0:02)	(0:59)
Andere Aktivitäten im Bereich Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:46	0:10	0:31	0:11	0:39	0:18	0:45	0:19	0:48	0:22	0:52
Wegezeiten Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:47	0:07	0:43	0:13	0:48	0:21	0:48	0:17	0:45	0:17	0:47
Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:21	2:07	0:11	1:59	0:14	2:07	0:16	1:57	0:23	2:06	0:31	2:16
Ehrenamt, freiwilliges Engagement	0:07	2:32	(0:03)	(2:10)	(0:06)	(2:53)	0:06	2:27	0:07	2:27	0:10	2:36
Unterstützung anderer Haushalte	0:07	1:34	(0:02)	(1:26)	(0:04)	(1:28)	0:05	1:20	0:09	1:33	0:11	1:44
Teilnahme an Versammlungen	0:03	1:14	0:04	1:39	(0:02)	(1:19)	0:02	1:09	0:03	1:18	0:05	1:06
Wegezeiten Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:04	0:43	0:02	0:32	0:03	0:42	0:03	0:39	0:04	0:44	0:05	0:46
Soziales Leben und Unterhaltung	1:50	2:22	1:52	2:21	2:11	2:52	1:41	2:15	1:38	2:09	2:03	2:26
darunter:												
Soziale Kontakte	0:36	1:06	0:37	1:05	0:40	1:17	0:33	1:02	0:34	1:04	0:38	1:07
Unterhaltung und Kultur	0:19	2:47	0:20	3:07	0:27	3:10	0:19	2:47	0:16	2:44	0:17	2:26
Ausruhen, Zeit überbrücken	0:22	1:09	0:20	1:06	0:18	1:10	0:18	1:07	0:20	1:05	0:35	1:13
Wegezeiten Soziales Leben und Unterhaltung	0:15	0:59	0:14	0:53	0:21	0:59	0:15	0:58	0:13	0:56	0:15	1:07

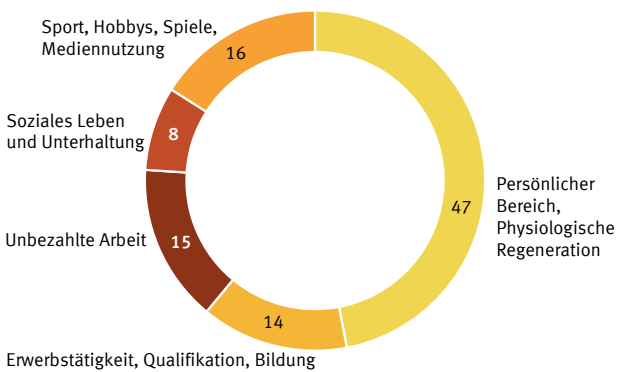
6.3 Zeitverwendung

6.3.2 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Alter 2012/2013

	Insgesamt		Davon nach dem Alter von ... bis ... Jahren									
			10 – 17		18 – 29		30 – 44		45 – 64		65 und mehr	
	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen
	Std : Min											
Sport, Hobbys, Spiele	0:59	2:07	2:08	2:59	1:05	2:35	0:41	1:55	0:46	1:51	1:05	1:54
darunter:												
Sport, körperliche Bewegung	0:27	1:35	0:37	1:56	0:24	1:46	0:21	1:34	0:25	1:32	0:33	1:27
Jagen, Fischen, Sammeln	(0:00)	(1:59)	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Rüstzeiten für sportliche Aktivitäten	0:01	0:26	0:01	0:27	(0:01)	(0:25)	(0:01)	(0:27)	0:01	0:28	(0:01)	(0:24)
Bildende, darstellende und literarische Kunst, Musizieren	0:03	1:23	0:08	1:07	(0:03)	(1:30)	(0:02)	(1:25)	0:02	1:28	(0:03)	(1:32)
Technische und andere Hobbys	0:04	1:07	0:02	1:01	(0:02)	(1:20)	0:02	0:57	0:03	1:03	0:07	1:11
Spiele	0:19	1:49	1:10	2:20	0:29	2:36	0:10	1:41	0:10	1:24	0:15	1:14
Wegezeiten Sport, Hobbys, Spiele	0:05	0:41	0:08	0:40	0:04	0:38	0:04	0:40	0:04	0:40	0:05	0:43
Mediennutzung	3:03	3:19	2:34	2:53	2:40	3:04	2:33	2:48	3:04	3:19	3:59	4:07
Lesen (auch elektronisch)	0:32	1:09	0:21	1:08	0:14	1:06	0:22	0:56	0:34	1:05	0:57	1:21
Fernsehen, Video und DVD	2:04	2:35	1:39	2:14	1:48	2:31	1:46	2:19	2:05	2:34	2:39	3:00
Radio, Musik oder andere Tonaufnahmen hören ...	0:04	0:54	0:09	0:57	0:05	1:04	0:03	0:53	0:03	0:49	0:06	0:52
Computer und Smartphone	0:23	1:15	0:24	1:29	0:33	1:29	0:22	1:04	0:23	1:13	0:16	1:16

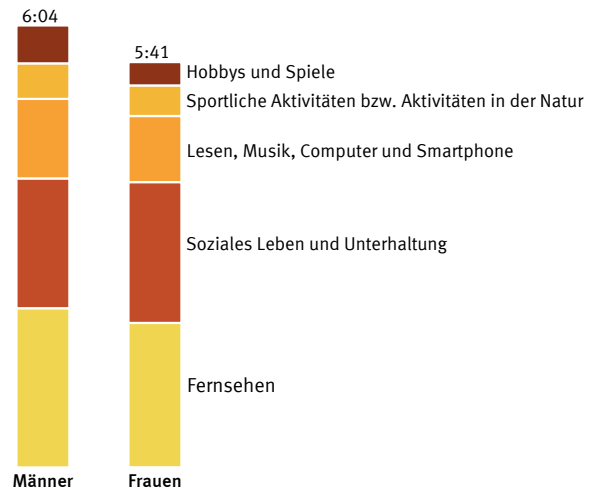
Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Zeitverwendung von Personen je Tag 2012/2013 nach ausgewählten Aktivitäten, in %



Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten.

Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen 2012/2013 für Freizeitaktivitäten je Tag nach Geschlecht, Std : Min



Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten.

2015 - 01 - 0150

6.4 Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

6.4.1 Pflanzliche Erzeugnisse

	2000/01	2011/12	2012/13 ¹	2013/14 ¹
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Getreide einschl. Körnermais (in Mehlwert) ..	76,0	95,0	90,9	96,8
Weizen (in Mehlwert)	58,7	69,9	67,7	72,7
Roggen (in Mehlwert)	9,6	8,5	8,3	8,2
Erzeugnisse aus sonstigem Getreide ¹²	7,7	16,6	14,8	15,9
Reis (als geschälter Reis)	3,7	5,3	5,5	5,2
Hülsenfrüchte	1,2	0,4	0,6	0,7
Kartoffeln (Frischgewicht)	70,0	64,5	58,6	57,9
Kartoffelstärke	0,8	4,5	6,5	4,9
Zucker (Weißzuckerwert)	35,3	32,0	32,1	31,5
Honig	1,1	1,0	1,0	1,0
Kakaomasse	2,6	3,8	3,1	3,4
Marktobstbau	75,2	68,8	68,0	69,0
Zitrusfrüchte (Frischgewicht) ¹³	40,1	37,1	35,2	31,7
Schalenfrüchte ¹³	3,9	4,2	4,3	4,7
Trockenobst ¹³	1,4	1,4	1,4	1,5
Gemüse (Frischgewicht) ^{14 15}	94,0	96,4	96,5	93,0

Bevölkerung zum Stichtag 31.12. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Teilweise revidierte Angaben.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Einschl. Glukose und Isoglukose auf Getreidegrundlage.
- 3 Ab 2009/10 Berechnungszeitraum Juli bis Juni.
- 4 Einschl. nicht abgesetzter Mengen.
- 5 Ab 2009/10 ohne Selbstversorger/-innen.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V., Bund Deutscher Champignon- und Kulturpilzanbauer e. V.

6.4.2 Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette

	2001	2011	2012	2013 ¹
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Fleisch und Fleischerzeugnisse ¹²	87,9	89,0	88,9	88,2
Rindfleisch, Kalbfleisch	9,9	13,4	13,2	12,9
Schweinefleisch	54,0	55,6	53,6	52,8
Schaf- und Ziegenfleisch	1,1	1,1	0,9	0,9
Pferdefleisch	0,1	0,0	0,0	0,0
Innereien	3,0	0,6	0,6	0,6
Geflügelfleisch	18,2	19,1	19,0	19,4
Sonstiges Fleisch (Wild, Kaninchen) ...	1,6	1,5	1,5	1,5
Fische und Fischerzeugnisse (Fanggewicht)	15,3	15,4	14,7	13,4
Frischmilcherzeugnisse ¹³	81,7	84,2	84,6	83,2
dar. Magermilch und Buttermilcherzeugnisse	3,6	1,6	1,6	1,5
Sahne ¹⁴	6,5	5,5	5,5	5,5
Kondensmilch (Produktgewicht) ¹⁵	5,4	2,5	2,5	2,0
Käse einschl. Schmelzkäse (Produktgewicht)	21,5	23,8	23,8	23,9
dar. Frischkäse einschl. Speisequark ..	8,6	6,7	6,7	6,7
Butter (Produktgewicht)	6,7	6,1	6,2	5,9
Pflanzliche Fette (Reinfett)	16,9	14,9	15,1	14,7
darunter in Produktgewicht:				
Margarine	6,5	4,9	5,0	4,6
Speisefette	0,9	0,4	0,5	0,5
Speiseöle	11,3	11,2	11,2	11,1
	St je Einwohner/-in und Jahr			
Eier, auch verarbeitet	223,0	212,0	216,0	214,0

Bevölkerung zum Stichtag 30.6. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Teilweise revidierte Angaben.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Schlachtgewicht (Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste).
- 3 Einschl. Sauermilch- und Milchlischgetränken sowie Eigenverbrauch und Direktverkauf der landwirtschaftlichen Betriebe.
- 4 Ohne Sauermilch-, Kefir-, Joghurt-, Milchlischerzeugnisse und Milchlischgetränke aus Sahne hergestellt.
- 5 Ab 2006 geänderte Berechnungsmethodik, Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quellen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

6.4.3 Tiefkühlkost

	2005	2012	2013	2014 ¹
	1 000 t			
Gemüse ¹²	444,3	474,0	476,1	488,1
Obst und Fruchtsäfte	64,2	68,9	66,2	67,0
Kartoffelerzeugnisse	406,2	426,7	422,0	411,2
Fleisch einschl. Wild und Geflügel ¹² ..	506,9	403,1	415,3	416,0
Fische und Fischerzeugnisse ¹²	274,6	287,5	291,6	294,3
Milcherzeugnisse und Süßspeisen	10,1	10,5	10,4	10,4
Fertiggerichte ¹²	570,0	947,3	954,6	964,4
Beilagen ¹³	13,8	14,6	14,9	15,0
Backwaren einschl. Teige	534,5	685,2	715,4	749,1
	Mill. t			
Eiskrem ¹⁴	535,4	632,7	627,0	617,0

Revidierte Angaben infolge veränderter Berichterstattung.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Eingeschränkte Vergleichbarkeit zu vorhergehenden Jahren; einschl. Teilfertigerrichte.
- 3 Getreide- und Mehlerzeugnisse.
- 4 Ab 2013 nur Markeneis. Mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsches Tiefkühlinstitut e. V., Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V., Eis Info Service (EIS) der deutschen Markeneishersteller

6.4.4 Ausgewählte Genussmittel

	Einheit	2001	2005	2013	2014 ¹
		je Einwohner/-in ¹² und Jahr			
Zigaretten	St	1 731	1 162	995	986
Zigarren/Zigarillos	St	31	49	44	48
Feinschnitt	g	168	403	319	319
Pfeifentabak	g	11	10	15	17
Bier ¹³	l	118	111	99	99
Branntwein zu Trinkzwecken	l Alkohol	2,15	1,98	2,10	2,16
Schaumwein ¹⁴	l	4,22	3,79	3,99	3,93
Trinkwein einschl. Schaumwein ¹⁵	l	24,7	24,5	25,7	24,4

Dem Verbrauch liegen – mit Ausnahme von Trinkweinen – versteuerte Mengen zugrunde.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Daten ab 2013 basieren auf Grundlage des Zensus 2011, Daten davor berechnet mit den Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.
- 3 Ohne alkoholfreies Bier.
- 4 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Satz.
- 5 Für Wirtschaftsjahre (August des Vorjahres bis Juli des angegebenen Jahres); ohne Verarbeitungswein für Brennereien und Essigherstellung. – Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

6.5 Einschätzung der Lebenssituation

Deprivation bezeichnet einen Zustand des unfreiwilligen Mangels oder der Benachteiligung in wesentlichen Bereichen des Lebens. Die aus LEBEN IN EUROPA ermittelten, nicht monetären (d. h. nicht in Euro messbaren) Deprivationsindikatoren stellen dar, wie die Haushalte ihre Situation in Bezug auf materielle und/oder soziale Entbehrung in verschiedenen Lebensbereichen selbst einschätzen.

6.5.1 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Finanzielle Kapazitäten

	Der Haushalt hat die finanzielle Kapazität, um . . .															
	sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise zu leisten				sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten				unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten				die Wohnung angemessen zu heizen			
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
	2013		2012		2013		2012		2013		2012		2013		2012	
%																
Haushalte insgesamt	75,6	24,4	76,2	23,8	89,8	10,2	89,6	10,4	63,9	36,1	63,4	36,6	94,0	6,0	94,6	5,4
nach Haushaltstyp:																
Einpersonenhaushalte	68,2	31,8	68,6	31,4	84,9	15,1	83,7	16,3	53,4	46,6	52,3	47,7	91,9	8,1	92,5	7,5
Alleinerziehende ¹	51,6	48,4	56,5	43,5	81,7	(18,3)	80,9	(19,1)	33,5	66,5	34,1	65,9	84,0	(16,0)	86,0	(14,0)
2 Personen ohne Kind	85,5	14,5	86,0	14,0	94,0	6,0	94,3	5,7	76,7	23,3	76,7	23,3	96,6	3,4	97,1	2,9
2 Personen mit Kind(ern) ¹	80,1	19,9	80,3	19,7	94,3	5,7	95,1	4,9	69,6	30,4	68,4	31,6	95,8	(4,2)	96,1	(3,9)
Sonstige Haushalte	78,9	21,1	79,1	20,9	94,2	(5,8)	94,6	(5,4)	73,2	26,8	73,5	26,5	96,2	(3,8)	96,6	(3,4)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013 und 2012. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5.2 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Zurechtkommen mit dem Einkommen

	Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen . . . zurecht											
	sehr schlecht		schlecht		relativ schlecht		relativ gut		gut		sehr gut	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	%											
Haushalte insgesamt	3,5	3,5	7,0	7,2	12,3	12,3	40,1	41,0	28,1	27,9	9,1	8,1
nach Haushaltstyp:												
Einpersonenhaushalte	4,7	5,3	10,0	10,5	14,6	14,8	38,8	37,7	24,0	24,6	8,0	7,1
Alleinerziehende ¹	(8,4)	(10,7)	(12,0)	(12,5)	21,1	20,3	40,2	38,6	(14,7)	(15,0)	/	/
2 Personen ohne Kind	(1,9)	(1,4)	3,9	3,6	8,2	8,7	39,8	41,9	34,3	33,9	11,9	10,5
2 Personen mit Kind(ern) ¹	(2,5)	(2,0)	5,2	5,7	12,2	11,5	42,4	45,2	29,2	27,5	8,4	8,1
Sonstige Haushalte	/	/	(4,9)	(4,4)	(11,9)	(10,8)	43,5	47,1	29,7	29,3	(7,8)	(6,0)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013 und 2012. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.6 Armut

6.6.1 Median-Äquivalenzeinkommen

	Median des Äquivalenzeinkommens pro Monat			
	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung
	2013		2012	
Insgesamt	1 632	100	1 633	100
	männlich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 583	97,0	1 534	93,9
18 – 24	1 668	102,2	1 661	101,7
25 – 49	1 773	108,6	1 807	110,6
50 – 64	1 798	110,2	1 798	110,1
65 und mehr	1 547	94,8	1 516	92,8
	weiblich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 548	94,9	1 566	95,9
18 – 24	1 495	91,6	1 504	92,1
25 – 49	1 703	104,4	1 718	105,2
50 – 64	1 653	101,3	1 650	101,0
65 und mehr	1 441	88,3	1 445	88,5
	Personen in Haushalten mit Kind(ern)¹			
Alleinerziehende	1 152	70,6	1 117	68,4
2 Erwachsene mit 1 Kind	1 839	112,7	1 827	111,9
mit 2 Kindern	1 725	105,7	1 696	103,9
mit 3 und mehr Kindern	1 476	90,5	1 458	89,3
	Höchster Schulabschluss (Personen ab 18 Jahren)			
Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I	1 315	80,6	1 310	80,2
Sekundarstufe II und Post-Sekundarstufe	1 599	98,0	1 607	98,4
Tertiärbereich	2 012	123,3	2 033	124,5
	Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)			
Erwerbstätig	1 846	113,1	1 864	114,2
Arbeitslos	810	49,6	786	48,1

Der **Median** ist der „mittlere Wert“ in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten. Das Medianeinkommen ist demnach der Einkommenswert, der die Menge aller Einkommen in genau zwei Hälften teilt: eine Hälfte, die über dem Medianeinkommen liegt, eine Hälfte, die darunter liegt.

Das **Äquivalenzeinkommen** ist ein personenbezogenes Nettoeinkommen, das der besseren Vergleichbarkeit von Einkommen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung dient. Es basiert auf der Annahme, dass das Haushaltseinkommen selbst kein ausreichender Indikator für den Lebensstandard ist, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum). Aus diesem Grund erhalten die einzelnen Mitglieder des Haushalts sogenannte Äquivalenzgewichte: Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird das Gewicht 1, Kindern unter 14 Jahren das Gewicht 0,3 und weiteren Personen ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 zugeordnet. Grundlage für die Gewichtung ist nach EU-Definition die modifizierte OECD-Skala. Das Konzept des Äquivalenzeinkommens dient der Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

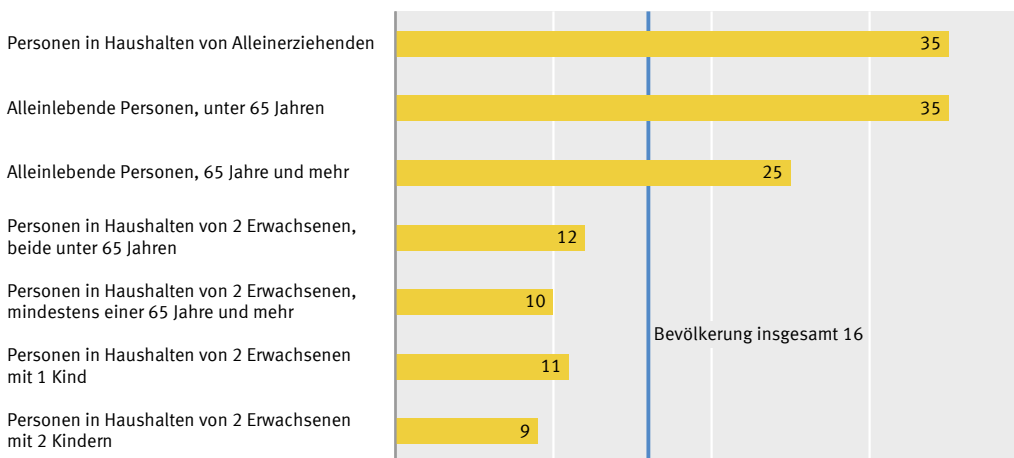
Ein Beispiel: Das Äquivalenzeinkommen in einem Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren läge bei einem verfügbaren Einkommen von 4 500 Euro monatlich bei 2 142,86 Euro (4 500/(1,0+0,5+0,3+0,3)). Eine alleinstehende Person mit einem verfügbaren Einkommen von 2 142,86 Euro würde demnach als diesem Haushalt gleichwertig eingestuft.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU SILC) 2013 und 2012.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers 2013

Anteil an Personen, in %



Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013.

2015 - 01 - 0148

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.6 Armut

6.6.2 Armutsgefährdungsquote

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	2013			2012		
Ausgewählte Schwellenwerte für Armutsgefährdung						
EUR/Jahr						
Alleinlebende	11 749	–	–	11 757	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	24 673	–	–	24 690	–	–
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers						
%						
Insgesamt	16,1	15,0	17,2	16,1	14,9	17,2
im Alter von ... bis ... Jahren						
bis 17	14,7	14,2	15,4	15,2	14,8	15,7
18 – 24	18,5	16,8	20,4	20,7	18,1	23,5
25 – 49	14,9	14,5	15,3	14,4	13,2	15,6
50 – 64	19,4	18,3	20,4	18,6	18,1	19,2
65 und mehr	14,9	12,7	17,0	15,0	13,3	16,6
nach Haushaltstyp						
Alleinlebende	31,9	31,5	32,2	32,4	32,0	32,7
Alleinerziehende ¹	35,2	–	–	38,8	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern ¹	8,5	–	–	7,7	–	–
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)						
Erwerbstätig	8,6	7,6	9,8	7,8	6,9	8,8
Arbeitslos	69,3	69,9	68,6	69,3	66,4	72,4
Im Ruhestand	15,0	13,2	16,7	15,1	14,5	15,6
Sonstig nicht erwerbstätig	27,0	31,2	25,0	26,6	28,5	25,7

Allgemein bezeichnet **Armut** eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, wird hier – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – meist die „relative Armut“ bzw. Armutsgefährdung betrachtet.

Der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** ist der Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Diese liegt nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze, wird Armutsgefährdung angenommen.

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung liegt, gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013 und 2012.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.6.3 Schwellenwert für Armutsgefährdung nach Ländern

	Einpersonenhaushalt		Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren	
	2013	2012	2013	2012
EUR				
Deutschland	892	870	1 873	1 828
Baden-Württemberg	979	952	2 055	1 999
Bayern	973	943	2 043	1 980
Berlin	814	803	1 710	1 687
Brandenburg	826	803	1 735	1 687
Bremen	797	806	1 674	1 693
Hamburg	934	928	1 961	1 948
Hessen	941	919	1 975	1 930
Mecklenburg-Vorpommern	735	724	1 544	1 520
Niedersachsen	887	861	1 863	1 808
Nordrhein-Westfalen	873	855	1 833	1 797
Rheinland-Pfalz	920	894	1 932	1 878
Saarland	869	856	1 826	1 797
Sachsen	775	755	1 626	1 585
Sachsen-Anhalt	773	753	1 622	1 580
Schleswig-Holstein	927	905	1 947	1 900
Thüringen	791	770	1 660	1 617
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	923	900	1 939	1 890
Neue Länder einschl. Berlin	786	769	1 651	1 614

Ergebnisse des Mikrozensus. Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.6.4 Armutsgefährdungsquote nach Ländern

	Nationalkonzept (gemessen am Bundesmedian)		Regionalkonzept (gemessen am Landes- bzw. regionalen Median)	
	2013	2012	2013	2012
%				
Deutschland	15,5	15,0	X	X
Baden-Württemberg	11,4	11,1	14,8	14,6
Bayern	11,3	11,0	14,6	14,1
Berlin	21,4	20,8	15,0	15,2
Brandenburg	17,7	18,1	14,3	14,4
Bremen	24,6	22,9	18,9	18,3
Hamburg	16,9	14,8	18,7	17,6
Hessen	13,7	13,3	15,9	15,9
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	22,8	13,5	13,2
Niedersachsen	16,1	15,7	15,8	15,2
Nordrhein-Westfalen	17,1	16,3	16,0	15,4
Rheinland-Pfalz	15,4	14,6	16,7	15,8
Saarland	17,1	15,4	15,9	14,6
Sachsen	18,8	18,8	11,9	11,9
Sachsen-Anhalt	20,9	21,1	14,1	14,0
Schleswig-Holstein	14,0	13,8	15,6	15,4
Thüringen	18,0	16,8	11,7	10,8
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	14,4	13,9	15,9	15,4
Neue Länder einschl. Berlin	19,8	19,6	13,1	13,0

Ergebnisse des Mikrozensus. Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.7.1 Struktur überschuldeter Personen und Hauptauslöser der Überschuldung 2013

	Personen insgesamt		Hauptauslöser der Überschuldung					
	Anzahl	%	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	unwirtschaftliche Haushaltsführung	gescheiterte Selbstständigkeit	sonstiges
Insgesamt	90 361	100	23,6	13,6	12,7	11,2	8,3	30,6
nach Haushaltsgröße								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	41 831	46,3	24,1	13,7	17,2	9,5	7,7	27,8
2	22 213	24,6	21,8	14,2	11,4	11,6	9,4	31,6
3	13 180	14,6	24,0	15,4	7,3	13,3	7,8	32,2
4	8 222	9,1	24,3	11,4	6,3	13,6	9,4	35,0
5 und mehr	4 915	5,4	25,6	10,2	6,1	15,2	7,5	35,4
nach Haushaltstyp								
Alleinlebende Frau	15 533	17,2	20,8	17,3	15,9	9,3	5,9	30,8
Alleinerziehende Frau								
mit 1 Kind	7 356	8,1	22,6	23,2	8,0	12,3	3,9	30,0
mit 2 Kindern	3 730	4,1	21,3	31,9	5,1	10,2	3,6	27,9
mit 3 und mehr Kindern ..	1 759	1,9	20,2	32,7	3,4	12,8	2,4	28,5
Alleinlebender Mann	25 556	28,3	26,4	11,6	17,6	9,4	8,9	26,1
Alleinerziehender Mann								
mit 1 Kind	1 100	1,2	20,4	29,5	9,5	8,3	9,7	22,6
mit 2 Kindern	301	0,3	22,9	32,2	6,6	6,0	8,6	23,7
mit 3 und mehr Kindern ..	127	0,1	26,8	28,3	5,5	8,7	4,7	26,0
Paar								
ohne Kind	13 686	15,1	21,5	8,2	12,5	11,2	12,7	33,9
mit 1 Kind	7 946	8,8	25,4	7,3	7,5	13,9	9,8	36,1
mit 2 Kindern	5 904	6,5	25,9	6,3	6,6	13,9	11,0	36,3
mit 3 und mehr Kindern ..	3 720	4,1	26,4	6,9	6,1	15,2	8,1	37,3
Sonstige Lebensform	3 643	4,0	21,1	11,2	17,1	18,0	6,0	26,6
nach Geschlecht								
Weiblich	44 500	49,2	22,0	17,2	10,7	11,7	5,8	32,6
Männlich	45 861	50,8	25,3	10,2	14,7	10,8	10,7	28,3
nach Familienstand								
Ledig	38 206	42,3	28,1	5,8	14,6	14,4	5,8	31,3
Verheiratet ¹	21 810	24,1	23,5	5,0	9,8	11,9	12,5	37,3
Verheiratet, getrennt lebend ..	8 285	9,2	17,3	33,7	9,5	6,1	8,6	24,8
Verwitwet	3 187	3,5	8,8	36,7	11,4	7,2	5,5	30,4
Geschieden	18 873	20,9	20,1	26,8	14,0	6,9	8,7	23,5
nach Alter								
von ... bis unter ... Jahren								
unter 25	6 103	6,7	25,2	3,8	8,3	20,4	1,3	41,0
25 – 35	24 058	26,6	27,1	9,5	10,1	15,9	4,4	33,0
35 – 45	21 403	23,7	24,2	17,0	11,6	10,2	8,8	28,2
45 – 55	21 553	23,9	23,4	17,8	15,2	7,3	11,0	25,3
55 – 65	11 786	13,0	22,6	13,8	16,8	7,1	12,6	27,1
65 – 70	2 614	2,9	12,2	12,3	16,3	8,0	12,4	38,8
70 und mehr	2 844	3,1	3,7	14,1	13,8	10,2	9,6	48,6

Personen, die in der **Überschuldungsstatistik** erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.7.2 Durchschnittliche Schulden je Gläubigerart 2013

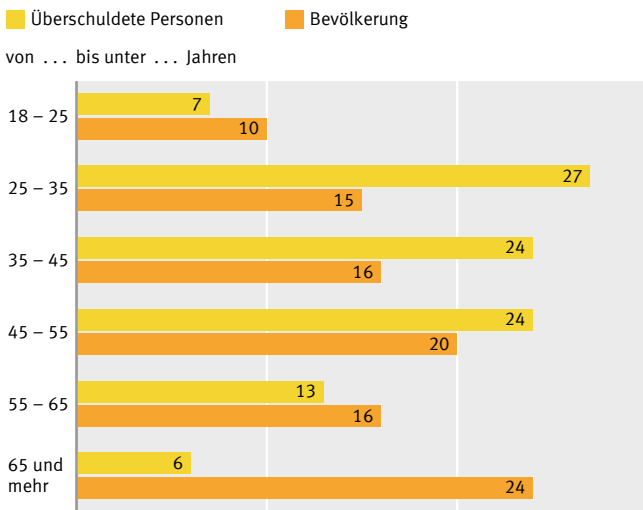
	Insgesamt	Durchschnittliche Schulden bei/aus								
		Kreditinstituten	Versandhäusern	öffentlichen Gläubigern	Inkassobüros	Telefongesellschaften	Vermietern/Vermieterinnen	Unterhaltsverpflichtungen	Privatpersonen	anderen Gläubigern
EUR										
Überschuldete Personen										
Insgesamt	32 996	17 882	535	3 520	3 676	851	885	428	549	4 671
nach Haushaltsgröße										
Haushalte mit ... Person(en)										
1	28 468	14 301	425	3 200	3 382	830	828	554	560	4 387
2	39 562	22 723	574	4 136	4 139	758	845	288	603	5 497
3	33 155	18 678	641	3 565	3 581	948	951	323	505	3 963
4	36 381	20 535	607	3 662	3 955	896	939	356	487	4 944
5 und mehr	35 776	19 903	887	3 095	3 884	1 114	1 276	395	435	4 788
nach Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	26 318	14 632	572	2 186	3 420	676	828	81	493	3 430
Alleinerziehende Frau										
mit 1 Kind	22 541	12 197	619	1 818	2 678	945	941	49	286	3 009
mit 2 Kindern	25 679	14 423	746	1 930	3 215	1 040	1 121	33	266	2 905
mit 3 und mehr Kindern	25 943	12 921	1 075	1 933	3 859	1 296	1 322	49	248	3 242
Alleinlebender Mann	29 991	14 323	322	3 769	3 423	919	815	851	602	4 968
Alleinerziehender Mann										
mit 1 Kind	57 765	22 305	571	21 813	4 868	901	855	912	424	5 117
mit 2 Kindern	56 379	21 245	466	19 954	5 458	741	1 235	1 050	1 236	4 994
mit 3 und mehr Kindern	34 423	18 702	436	4 388	2 438	920	1 040	665	80	5 754
Paar										
ohne Kind	49 778	30 054	578	4 617	5 026	629	805	416	845	6 808
mit 1 Kind	35 516	20 931	585	2 984	3 915	895	903	439	512	4 353
mit 2 Kindern	38 710	22 247	551	3 968	4 048	834	891	379	463	5 329
mit 3 und mehr Kindern	37 508	21 188	886	3 187	4 013	1 054	1 241	365	491	5 083
Sonstige Lebensform	22 691	9 647	564	3 039	1 947	1 074	901	262	554	4 702
nach Geschlecht										
Weiblich	28 647	16 574	684	2 091	3 570	826	931	66	414	3 490
Männlich	37 216	19 150	390	4 906	3 779	875	840	779	680	5 817
nach Familienstand										
Ledig	18 288	7 061	434	2 394	2 328	1 062	882	408	331	3 388
Verheiratet ¹	48 242	29 559	632	4 256	4 935	668	850	310	693	6 339
Verheiratet, getrennt lebend	48 645	31 971	470	3 723	4 151	723	840	326	678	5 763
Verwitwet	37 872	23 842	661	2 715	4 931	470	717	89	677	3 770
Geschieden	37 461	19 101	634	4 995	4 531	756	978	708	747	5 011
nach Alter										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 25	7 455	1 424	328	753	1 243	1 349	536	32	96	1 692
25 – 35	16 545	6 185	489	1 868	2 136	1 164	907	272	244	3 280
35 – 45	32 265	17 172	611	3 005	3 673	923	1 016	700	543	4 622
45 – 55	45 200	25 653	541	5 722	4 812	662	983	639	723	5 464
55 – 65	50 105	30 681	588	4 600	5 246	426	783	237	960	6 585
65 – 70	58 999	37 484	556	5 352	5 782	331	605	68	903	7 918
70 und mehr	45 188	27 532	501	4 450	4 905	275	380	75	809	6 262

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

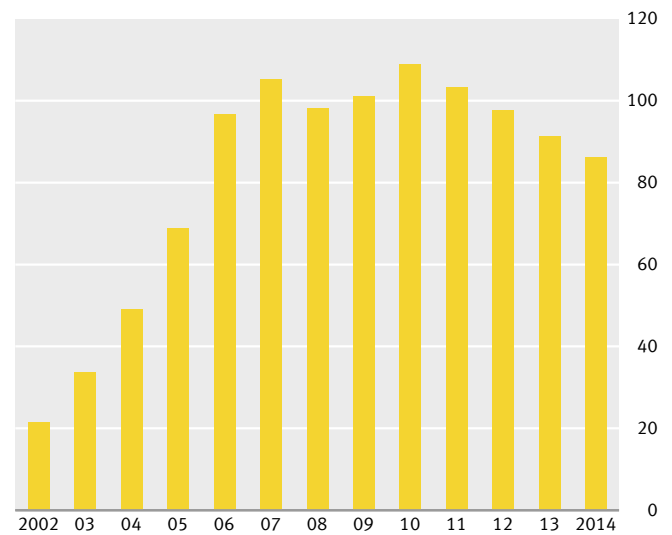
6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Überschuldete Personen nach Altersklassen 2013
im Vergleich zur entsprechenden Bevölkerung, in %



Ergebnisse der Überschuldungsstatistik und des Mikrozensus, dessen Daten nicht auf dem Zensus 2011 basieren.

Verbraucherinsolvenzen
in 1 000



Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

2015 - 01 - 0149

6.7.3 Verbraucherinsolvenzen nach Ländern 2014

	Insolvenzverfahren				Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt		
	Anzahl				%	1 000 EUR
Deutschland	84 443	271	1 584	86 298	-5,4	4 721 447
Baden-Württemberg	7 123	14	347	7 484	-3,4	488 652
Bayern	8 770	6	120	8 896	-2,0	492 689
Berlin	3 550	4	89	3 643	-9,9	199 583
Brandenburg	3 439	6	30	3 475	-5,7	150 351
Bremen	1 283	2	18	1 303	+2,0	55 202
Hamburg	2 335	5	12	2 352	-6,5	109 087
Hessen	5 148	21	172	5 341	-2,1	310 509
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 948	14	52	2 014	+4,7	76 700
Niedersachsen	11 391	40	182	11 613	-8,8	572 307
Nordrhein-Westfalen	22 058	94	333	22 485	-5,1	1 389 798
Rheinland-Pfalz	3 716	13	105	3 834	-9,6	212 021
Saarland	1 500	-	10	1 510	-0,5	85 769
Sachsen	3 773	40	14	3 827	-3,2	171 634
Sachsen-Anhalt	2 746	6	42	2 794	-20,0	116 725
Schleswig-Holstein	3 793	2	40	3 835	-0,6	184 300
Thüringen	1 870	4	18	1 892	-4,6	106 119

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse).

Ein Verfahren wird **mangels Masse** eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts die Gläubiger mittels eines **Schuldenbereinigungsplans** zufriedener zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Methodik

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Die privaten Haushalte erhalten ihre monatlichen Einkommen und Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen. Im Wesentlichen sind dies Erwerbstätigkeit, Vermögen sowie öffentliche und nicht öffentliche Transferzahlungen. Von ihren Einnahmen müssen die Haushalte vielfältige Ausgaben bestreiten. Neben den Konsumausgaben gehören dazu auch Steuern und Sozialabgaben, Ausgaben für Versicherungen und Vermögensbildung sowie Kreditrückzahlungen. Einen großen Teil der monatlichen Ausgaben privater Haushalte machen die Aufwendungen für Käufe von Waren und Dienstleistungen – die privaten Konsumausgaben – aus. Diese umfassen neben den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Wohnung und Bekleidung auch die Aufwendungen für Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Ergebnisse zu Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte liegen aus unterschiedlichen Erhebungen vor: der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Bei den **Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)** werden seit dem Erhebungsjahr 2005 jährlich rund 8 000 Haushalte befragt. Diese Haushalte werden als Unterstichprobe aus den Haushalten der letzten EVS ausgewählt.

An beiden Erhebungen beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Für die LWR ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht zulässig. In den EVS-Jahren 2008 und 2013 fanden keine LWR-Erhebungen statt. Zwischen der EVS, den LWR und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans von EVS und LWR herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung von EVS und LWR.

Die Ergebnisse zu den Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte einschließlich deren Konsumausgaben (Tabellen 6.1) resultieren aus den Angaben des „Haushaltsbuches“ der LWR 2012. Die Ergebnisse der LWR 2012 basieren auf einem Mikrozensus, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

■ Ausstattung

Die privaten Haushalte besitzen unterschiedliche Gebrauchsgüter. Die Palette reicht von Fahrzeugen über Geräte der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zu Haushalts- und Sportgeräten. Die Ergebnisse werden dargestellt als **Ausstattungsgrad** (Anteil der Haushalte, die über das jeweilige Gut verfügen) und als **Ausstattungsbestand** (Anzahl des jeweiligen Gutes in 100 Haushalten). Die technologische Entwicklung beeinflusst die Auswahl der erfragten Güter. „Traditionelle“ Güter wie Pkw, Fernseher, Telefon und Waschmaschine werden bereits seit vielen Jahren erfasst. Einige Güter, z. B. MP3-Player und Navigationsgeräte, wurden in den letzten Jahren neu in die Abfrage bei den Haushalten aufgenommen. Bei anderen Gütern, wie Telefon, PC und Fotoapparat, erfolgte eine Differenzierung bei der Abfrage in stationäre und mobile bzw. analoge und digitale Geräte. Ergebnisse zur Ausstattung liefern die beiden Erhebungen EVS und LWR (siehe „Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben“).

Die Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (Tabellen 6.2) stammen aus den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der LWR 2014. Die Ergebnisse der LWR 2014

basieren auf einem Mikrozensus, dem die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

■ Zeitverwendung

Erhebungen über die Zeitverwendung geben Aufschluss darüber, wie viel Zeit Menschen für verschiedene Lebensbereiche und Aktivitäten aufbringen. Die **Zeitverwendungserhebung 2012/2013** wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Zur Vermeidung saisonaler Schwankungen wurden von August 2012 bis Juli 2013 gut 5 000 Haushalte auf freiwilliger Basis befragt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach einem Quotenverfahren. Um ein möglichst exaktes Bild der Zeitverwendung zu erhalten, hielten über 11 000 Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren an jeweils drei vorgegebenen Tagen ihren Tagesablauf in einem Tagebuch fest. Eine tabellarische Gliederung strukturierte und vereinfachte die Eintragungen. Die 24 Stunden des Tages waren in einzelne Zeilen zu je zehn Minuten aufgeteilt. In verschiedenen Spalten beschrieben die Teilnehmenden mit eigenen Worten sowohl Hauptaktivitäten als auch gleichzeitige Aktivitäten, die nebenher erfolgten. Auch Wegezeiten und die dafür verwendeten Verkehrsmittel waren einzutragen. Zusätzlich gaben die Befragten durch einfaches Ankreuzen an, mit wem die Zeit verbracht wurde. Jeder Anschreibetag schloss mit Fragen zur subjektiven Einschätzung des konkreten Tagesverlaufs. Um die vielen verschiedenen Tagebucheintragen für die Datenauswertung zu vereinheitlichen, wurde ein Aktivitätenverzeichnis mit 165 verschiedenen Aktivitäten für die Datenerfassung genutzt. Zusätzlich machte jeder teilnehmende Haushalt in einem Haushaltsfragebogen Angaben über die Zusammensetzung des Haushalts, die Wohnsituation, das Einkommen, von privater Seite erhaltene Unterstützungsleistungen sowie zu Betreuungs- und Bildungsangeboten, die von Kindern unter zehn Jahren in Anspruch genommen wurden. Alle Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren füllten einen Personenfragebogen aus, in dem Informationen über ihre persönliche Situation abgefragt wurden, beispielsweise über Erwerbsbeteiligung, Bildung, ehrenamtliches und freiwilliges Engagement sowie Hilfeleistungen für andere Haushalte. Daneben enthielt der Personenfragebogen auch Fragen zur Inanspruchnahme von Freizeitangeboten und zum subjektiven Zeitempfinden. Die gewonnenen Daten wurden anhand des Mikrozensus 2012 auf alle Privathaushalte in Deutschland hochgerechnet. Diesem Mikrozensus lagen noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde.

■ Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

Den in Tabelle 6.4.2 dargestellten **Nahrungsmittelverbrauch** an ausgewählten tierischen Erzeugnissen sowie Ölen und Fetten ermittelt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bzw. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) anhand der sogenannten Versorgungsbilanzen. Die Daten zu Tabelle 6.4.3 sind dem Deutschen Tiefkühlinstitut e. V., dem Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) und dem Eis-Info Service der deutschen Markeneishersteller entnommen.

Tabelle 6.4.4 enthält, mit Ausnahme der Angaben für Wein, Ergebnisse der **Verbrauchssteuerstatistiken** über die versteuerten Mengen ausgewählter Genussmittel. Bei Tabakerzeugnissen und Bier fließen in die Berechnung des Verbrauchs auch solche Naturalien ein, die an die Beschäftigten der betreffenden Branchen steuerfrei gewährt wurden (Deputate, Hausrunk). Der tatsächliche Verbrauch differiert von den versteuerten Mengen um die Veränderungen der Bestände beim Handel und auf dem Transport.

■ Einschätzung der Lebenssituation, Armut

Einkommen, Armut und finanzielle Kapazitäten werden in der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch:

European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt. In Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung **LEBEN IN EUROPA** durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen, sehr differenziert erfassten Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen) weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007), in denen ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert wurde, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp. Die vorliegenden Ergebnisse aus EU-SILC basieren auf einem Mikrozensus, dem die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Armut nach Ländern

Zur Berechnung der Armut nach Ländern wird der **Mikrozensus** herangezogen. Der Mikrozensus („kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und dient dazu, die Lücke zwischen zwei Volkszählungen zu schließen. Die Erhebung basiert auf einer 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands und findet kontinuierlich über das Jahr verteilt statt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung (siehe hierzu auch „Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung“ in der „*Methodik*“ des Kapitels 13 „Arbeitsmarkt“).

Im Gegensatz zur deutschen EU-SILC-Erhebung, deren Ziel die präzise Ermittlung von nationalen Sozialindikatoren für das gesamte Bundesgebiet ist, erlaubt der Mikrozensus aufgrund seines großen Stichprobenumfangs auch für die Länder Analysen zur relativen Einkommensarmut in tiefer fachlicher Gliederung. Mit der Bereitstellung solcher Indikatoren aus dem Mikrozensus kann daher dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Indikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die **Armuts- und Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus** stehen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder auf dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung.

Wenngleich den Berechnungen zur Ermittlung von Armutsindikatoren aus beiden Erhebungen (EU-SILC, Mikrozensus) dieselben europäischen Definitionen zugrunde liegen, sind die in diesem Kapitel dargestellten Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus dennoch grundsätzlich **nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar**. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Erhebungen mit unterschiedlichen Erhebungszwecken, bei denen insbesondere die für die Armutsberechnungen bedeutsame Art der Einkommenserfassung völlig unterschiedlich ist. Nähere Informationen zur Einkommenserfassung im Mikrozensus und den daraus resultierenden Berechnungsmethoden bei der Ermittlung von Armutsgefährdung enthält das „Glossar“ dieses Kapitels.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Die **Überschuldungsstatistik** ist eine freiwillige Erhebung, die auf den Angaben von Schuldnerberatungsstellen basiert. Die Erhebung hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die beratenen Personen müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind die Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Für die Erhebung ausgewählt wurden die rund 1 100 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen werden die privaten und kommerziellen Beratungsstellen. Im Beratungsjahr 2013 haben 277 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen.

Die Überschuldungsstatistik liefert Angaben über die sozioökonomischen Strukturen der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen. Ferner erfasst sie Daten über die Art und Höhe des Einkommens und der Schulden sowie über die Auslöser der Überschuldung privater Personen.

Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen in Deutschland lassen sich aus der Überschuldungsstatistik nicht ableiten.

Insolvenzstatistik

Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Es wird im Wesentlichen zwischen Regelinsolvenzverfahren für Unternehmen sowie vereinfachten Verfahren für Verbraucherinnen und Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige mit überschaubaren Verhältnissen unterschieden. Das vorliegende Kapitel stellt lediglich Angaben zu den Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Informationen zu den Unternehmensinsolvenzen sowie den übrigen Arten von Insolvenzverfahren finden Sie im Kapitel 20 „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

In Bezug auf Verbraucherinsolvenzverfahren erfasst die **Insolvenzstatistik** Merkmale wie die Anzahl der bei den Gerichten angemeldeten Verfahren und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Neben den im vorliegenden Kapitel dargestellten Jahresergebnissen liegen auch monatliche Angaben vor. Die Statistik beruht auf den Angaben der Gerichte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Äquivalenzeinkommen | *EU-SILC* | Das Äquivalenzeinkommen ist eine fiktive Rechengröße. Sie wird verwendet, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Jeder einzelnen Person im Haushalt wird ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet. Dazu wird das Haushaltseinkommen auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). EU-SILC verwendet als Gewichtungsskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen, indem dieses durch die Summe der Gewichte dividiert wird. Es bildet die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Mikrozensus | Um Indikatoren zur Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsschwelle und -quote) zu ermitteln, verwendet der Mikrozensus dieselben Definitionen wie EU-SILC. Auch hier wird das Median-Äquivalenzeinkommen berechnet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu ermitteln. Zunächst wird jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen, indem man die Ober- und Untergrenze der Klasse, in der das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen liegt, durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder („Äquivalenzgewicht“) teilt. Das personenbezogene Äquivalenzeinkommen liegt zwischen den so ermittelten Grenzen. Unter Annahme der Gleichverteilung innerhalb der Äquivalenzklassen werden die in eine Klasse fallenden Personen gleichmäßig zwischen den ermittelten Grenzen verteilt. Ihnen wird als Hilfwert ein spitzer Eurobetrag zugewiesen, über den dann der Median berechnet werden kann. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt, wie bei EU-SILC, bei 60 % des Medianwertes. Eine spezifische Armutsgefährdungsschwelle für jeden Haushaltstyp erhält man, indem man den Schwellenwert mit dem jeweiligen Äquivalenzgewicht des Haushalts multipliziert.

Armutsgefährdung | *EU-SILC* | Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, betrachtet man in Deutschland und der EU meist „relative Armut“. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze (Schwellenwert) unterschreitet. Bei der Erhebung EU-SILC ist der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** definiert als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das unter diesem Schwellenwert liegt, gelten als armutsgefährdet. Das Äquivalenzeinkommen ist dabei ein aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen abgeleitetes Netto-Äquivalenzeinkommen. Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen geringer ist als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Sind staatliche Sozialleistungen im zugrunde liegenden Einkommen mit enthalten, so spricht man von der **Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers**, sonst von der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers.

Mikrozensus | Der Mikrozensus ermittelt die Armutsgefährdungsquote über den Hilfwert der **Armutswahrscheinlichkeit**. Als „armutsgefährdet“ gelten alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegt, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle. Ihnen wird eine Armutswahrscheinlichkeit von „1“ zugewiesen. Als „nicht armutsgefährdet“ gelten dagegen alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Armutswahrscheinlichkeit = 0). Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in der Einkommensklasse liegt, in die auch die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle fällt, können weder pauschal als „einkommensarm“ noch als „nicht einkommensarm“ klassifiziert werden. In diesen Fällen liegt die Armutswahrscheinlichkeit – je nach Abstand zu den Klassengrenzen – zwischen 0 und 1.

Armutsmessung, regionalisierte | Grundlage der Armutsmessung nach dem **Nationalkonzept** ist eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für alle Länder, die 60 % des Bundesmedians entspricht. Der Bundesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Regionen (hier Länder) wider. Nach dem **Regionalkonzept** wird die Armutsgefährdung an einer landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des jeweiligen Landesmedian gemessen. Der Landesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im jeweiligen Land errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau innerhalb der Region (hier Land) wider.

Auf- und Abrundungen | *LWR* | Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | *LWR* | Diese werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Einnahmen aus der Rückgabe von Leergut und Flaschenpfand) addiert werden. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Auswahlgrundlage | Die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Deprivationsindikatoren, haushaltsbezogene nicht monetäre | Dies sind in EU-SILC subjektive, nicht monetär (d. h. in Euro) gemessene Indikatoren zur Abbildung materieller und/oder sozialer Entbehrung (Deprivation) der Privathaushalte in verschiedenen Lebensbereichen (z. B. „selbst eingeschätzte Wohnsituation des Haushalts“ und „selbst eingeschätzte finanzielle Situation des Haushalts“).

Einkommenserfassung | Die Einkommenserfassung im Mikrozensus erfolgt über sogenannte Klassen und unterscheidet sich hierin erheblich von der Einkommenserfassung in EU-SILC. Das persönliche Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie die Summe sämtlicher Einkommen des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder (Haushaltsnettoeinkommen) werden im Mikrozensus durch Selbsteinstufung in 24 Einkommensklassen erhoben. Bei dieser Art der Erfassung berücksichtigen die Befragten vor allem umfangreichere und regelmäßig eingehende Einkommensbestandteile, während sie unregelmäßig eingehende und anteilmäßig geringe Einkommensbestandteile eher vernachlässigen. Diese Unterschätzung des Nettoeinkommens ist bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens und den weiteren, darauf basierenden Berechnungen zur Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Das Verfahren zur Ermittlung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle muss daher diesen klassierten Einkommensdaten gerecht werden.

Erwerbsstatus | *EU-SILC* | Die Zuweisung des Erwerbsstatus erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Es gilt der Erwerbsstatus, den die oder der Befragte überwiegend, das heißt über einen Zeitraum von insgesamt mehr als sechs Monaten im Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr) innehatte. Die Unterteilung erfolgt in:

- Vollzeitberufstätig: auch in Altersteilzeit und in Berufsausbildung
- Teilzeiterwerbstätig: auch in Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird
- Arbeitslos: Personen, die arbeitslos oder arbeitsuchend bei der Agentur für Arbeit gemeldet sind
- Ruhestand: Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre
- Sonstige Nichterwerbstätige: Personen in Ausbildung (Schule, Studium), Hausfrauen oder -männer oder aus anderen Gründen Nichterwerbstätige.

Haupteinkommensperson | *LWR* | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt, Haushaltsgröße | *LWR* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammenwohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. gepflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. Für die *LWR* ist – im Gegensatz zur EVS – nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht zulässig.

EU-SILC | Ein Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen (Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC). Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.), werden nicht befragt.

Haushaltsbruttoeinkommen | *LWR* | Alle Einnahmen des Haushalts aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen. Die Erfassung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, d. h. für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine sogenannte „unterstellte Eigentüermiete“. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentüermietwert abgezogen. In Einzelfällen kann dies bei entsprechend hohen Instandhaltungsaufwendungen einzelner Haushalte zur Nachweisung negativer Eigentüermietwerte bzw. Vermögenseinnahmen führen.

EU-SILC | Das Haushaltsbruttoeinkommen besteht aus den haushaltsbezogenen Komponenten des Bruttoeinkommens und der Summe der Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder.

Zum Haushaltsbruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen (z. B. Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung
- Regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten (z. B. Unterhaltszahlungen)

- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
 - Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.
- Zum Personenbruttoeinkommen zählen:
- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
 - Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren)
 - Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung
 - Alters- und Hinterbliebenenleistungen
 - Krankengeld und Invaliditätsleistungen
 - Ausbildungsbezogene Leistungen.

Haushaltsnettoeinkommen | *LWR* | Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommen-/Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen und seit dem 1.1.2009 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur sozialen und privaten Pflegeversicherung. Zum Haushaltsbruttoeinkommen addiert werden seit dem 1.1.2009 die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung bei freiwilliger und privater Krankenversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung.

EU-SILC | Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich aus dem gesamten Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug von regelmäßigen Vermögensteuern, regelmäßig geleisteten Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen.

Haushaltstyp | *LWR* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder).

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder derer (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

- Haushalte ohne abhängige Kinder
- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
 - Ein Erwachsener unter 65 Jahren
 - Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren oder älter
 - Zwei Erwachsene, mindestens einer im Alter von 65 Jahren oder älter
 - Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
 - Andere Haushalte ohne abhängige Kinder
- Haushalte mit abhängigen Kindern
- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
 - Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
 - Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mangels Masse abgewiesen | Ein Verfahren wird mangels Masse eingestellt, wenn das Vermögen eines Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Die Verfahrenskostenstundung ist nur bei natürlichen Personen möglich.

Median | *EU-SILC* | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte des Äquivalenzeinkommens).

Median-Äquivalenzeinkommen | In der Mitte liegender Wert in der aufsteigend sortierten Folge der Äquivalenzeinkommen.

Nahrungsverbrauch | Der Nahrungsverbrauch bezeichnet die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende, nicht aber die tatsächlich verzehrte Menge.

Private Konsumausgaben | *LWR* | Den größten Teil ihres ausgabefähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Die Ermittlung der privaten Konsumausgaben in den Wirtschaftsrechnungen erfolgt auf Grundlage des sogenannten Marktentnahmekonzepts. Das bedeutet, es werden ausschließlich die Ausgaben für Käufe von Waren und Dienstleistungen nachgewiesen, die am Markt realisiert werden (können). Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Gunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb. Der private Konsum nach dem Marktentnahmekonzept umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den eigenen Garten und für die Kleintierhaltung (z. B. für den Kauf von Sämereien oder von Futter).

Bei im Haushalt selbst produzierten oder zubereiteten Gütern erscheint dem Marktentnahmekonzept zufolge nur der Wert der bezogenen Materialien, Substanzen, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs durch die Be- oder Verarbeitung im Haushalt. Ebenfalls nicht erfasst werden Sachgeschenke anderer privater Haushalte. Eine Ausnahme bilden lediglich sogenannte Deputate (z. B. Bier für Brauereibeschäftigte, Energie/Brennstoffe für Beschäftigte im Bergbau und in Energieunternehmen). Diese Sachleistungen werden mit Durchschnittspreisen bewertet und den entsprechenden Ausgaben für den privaten Konsum hinzugerechnet. Güter, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Beschäftigten zu Vorzugspreisen abgeben, werden auch nur in dieser Höhe verbucht.

Die privaten Konsumausgaben enthalten keine Zahlung von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Das Gleiche gilt für die Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie für die Ausgaben zur Bildung von Geldvermögen.

Schulabschluss, höchster | *EU-SILC* | Aktueller Bildungsstatus einer Person nach der Klassifikation ISCED („International Standard Classification of Education“). Die Unterteilung erfolgt in:

ISCED 0, 1 und 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I

- Stufe 0: Kindergarten
- Stufe 1 (Primarstufe): Grundschule
- Stufe 2 (Sekundarstufe I): Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 – 10)

ISCED 3 und 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich

- Stufe 3 (Sekundarstufe II): Gymnasium (Klassen 11 – 13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- Stufe 4 (Postsekundare, nicht-tertiäre Stufe): Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule

ISCED 5 und 6: Tertiärbereich

- Stufe 5 (Tertiärer Bereich, Phase 1): Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- Stufe 6 (Tertiärer Bereich, Phase 2): Promotion, Habilitation

Schuldenbereinigungsplan | Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Sozialtransfers | *EU-SILC* | Laufende Transferleistungen, die während des Einkommensbezugszeitraums von staatlichen Einheiten oder von Organisationen ohne Erwerbszweck an private Haushalte gezahlt werden. Hierzu zählen beispielsweise

Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld I, Umschulungszuschüsse, Leistungen für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Bezug oder bei bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsgeld, Rente, Pension, Pflegegeld.

Überschuldete Personen | Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor. Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Unbezahlte Arbeit | *ZVE* | Zur unbezahlten Arbeit zählen zum einen Tätigkeiten der Haushaltsführung wie das Zubereiten von Mahlzeiten, die Instandhaltung von Haus und Wohnung, die Textilpflege, handwerkliche Tätigkeiten und das Einkaufen. Darüber hinaus umfassen die unbezahlten Arbeiten auch die Betreuung von Kindern des Haushalts und von anderen Haushaltsmitgliedern, die Unterstützung von Personen in anderen Haushalten sowie ehrenamtliches und freiwilliges Engagement.

Unerwartet anfallende Ausgaben | *EU-SILC* | Unerwartet anfallende, hohe Ausgaben von mehreren hundert Euro, z. B. Anschaffungskosten für eine neue Waschmaschine oder Beerdigungskosten. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, ob solche Kosten aus eigenen Finanzmitteln bewältigt werden können, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Verbraucherinsolvenzverfahren | Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse).

Ein Verfahren wird *mangels Masse* eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Zeitverwendung aller Personen | *ZVE* | Durchschnittliche Dauer einer Tätigkeit je Tag bezogen auf alle Personen ab zehn Jahren bzw. alle Personen der betrachteten Altersgruppe.

Zeitverwendung von Ausübenden | *ZVE* | Durchschnittliche Dauer einer Tätigkeit je Tag bezogen auf diejenigen Personen, die diese Tätigkeit tatsächlich ausüben. Im Unterschied zu den Durchschnittszeiten aller Personen können die Durchschnittszeiten der Ausübenden nicht addiert oder subtrahiert werden, weil sich diese Zeitangaben auf unterschiedliche Personengruppen beziehen.

Zurechtkommen mit dem Einkommen | *EU-SILC* | Zurechtkommen des Haushalts mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Einbezogen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, wie gut bzw. schlecht er mit dem monatlichen Einkommen zurechtkommt, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Ausstattung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 63211 (EVS) und 63111 (LWR), Daten zu *Einnahmen und Ausgaben* unter Code 63121, Daten zu *Armut* unter Code 63400, Daten zu *Verbraucherinsolvenzen* unter Code 52411

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 1 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (LWR) |
| | | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) |
| Heft 3 | | Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren |
| Heft 4 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte |
| Heft 5 | | Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum |

Datenreport 2013

- | | | |
|-------------|--|---|
| Kapitel 6.1 | | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung |
|-------------|--|---|

■ Ausstattung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 2 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (LWR) |
| Heft 1 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (EVS) |

Datenreport 2013

- | | | |
|-------------|--|---|
| Kapitel 6.1 | | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung |
|-------------|--|---|

STATmagazin

- | | |
|--|---|
| | Auto, Spülmaschine, Flachbildfernseher: Standard oder Luxus? (EVS 2013) |
|--|---|

■ Zeitverwendung

- | | |
|--|--|
| | Zeitverwendungserhebung 2012/2013 (Tabellenband) |
|--|--|

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|------------|--|---|
| Heft 11/14 | | Methodik und Durchführung der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 |
|------------|--|---|

■ Einschätzung der Lebenssituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 3 | | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union |
|---------|--|---|

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|------------|--|---|
| Heft 5/11 | | Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte.
LEBEN IN EUROPA 2009 |
| Heft 2/12 | | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |
| Heft 3/13 | | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union.
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011. |
| Heft 12/13 | | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union.
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012. |

Mehr zum Thema

■ Einschätzung der Lebenssituation

STATmagazin

| Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Datenreport 2013

Kapitel 6.2 | Einkommensungleichheit, Armut und materielle Entbehrung

■ Armut

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09 | Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen

Heft 11/09 | Die Längsschnittdaten von EU-SILC – Datenstruktur und Hochrechnungsverfahren

Heft 4/10 | Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland

Heft 12/10 | LEBEN IN EUROPA 2009 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 2/12 | Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung „LEBEN IN EUROPA“

Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

STATmagazin

| Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Datenreport 2013

Kapitel 6.2 | Einkommensungleichheit, Armut und materielle Entbehrung

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt. Sie sind unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abrufbar.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1 | Insolvenzverfahren

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 5 | Statistik zur Überschuldung privater Personen 2013

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/07 | Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006

Heft 4/08 | Insolvenzen in Deutschland 2007

Heft 11/08 | Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Heft 11/13 | Überschuldungsstatistik 2012: die amtliche Statistik zur Situation überschuldeter Personen in Deutschland

STATmagazin

| Überschuldung – letzter Ausweg die Privatinsolvenz (2008)

| Überschuldung – mehr als ein gesellschaftliches Randphänomen (2014)

Datenreport

Kapitel 6.1 | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung



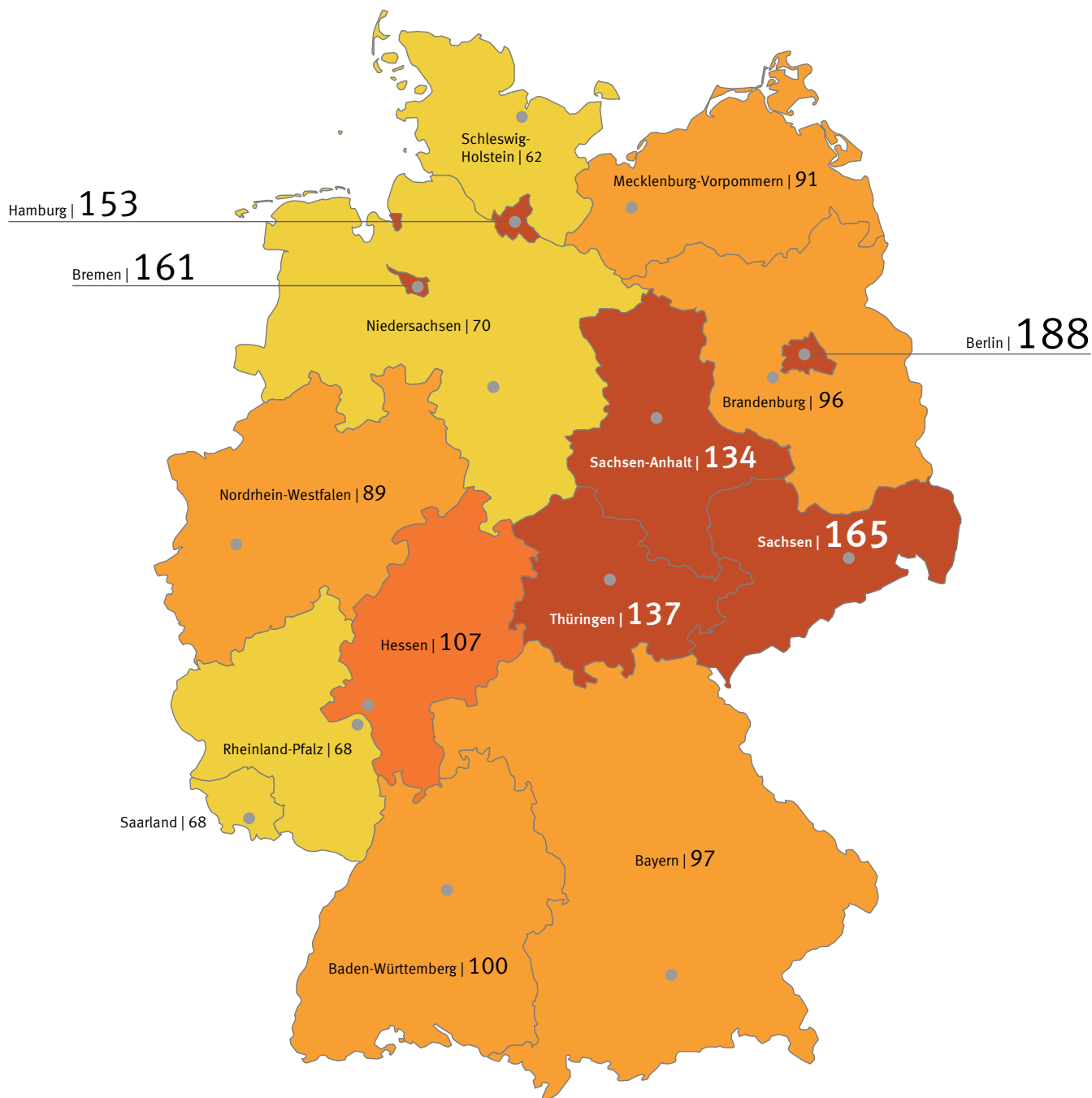
7 Kultur, Medien, Freizeit

320 Veranstaltungen wurden in der Spielzeit 2012/13 im Schnitt täglich an **Theatern** aufgeführt | In **930 Musikschulen** werden rund **1,33 Millionen Schülerinnen und Schüler** unterrichtet | Private Haushalte gaben 2012 im Schnitt **245 Euro** monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus | **46 %** der Online-Einkäuferinnen und -Einkäufer buchten 2014 ihre **Urlaubsunterkünfte** im **Internet** | Zuschauerinnen und Zuschauer **sehen** am Tag durchschnittlich **3 Stunden und 41 Minuten fern** | **36 000 Menschen** engagieren sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes

<i>Seite</i>	
193	Auf einen Blick
	Tabellen
194	Kulturstätten Museen Theater Buchproduktion Bibliotheken Staatliche Archive Musikschulen Deutscher Chorverband UNESCO-Welterbestätten Goethe-Institut
204	Kulturausgaben Nach Kulturbereichen Nach Körperschaften Nach Ländern Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit
205	Mediennutzung Internetzugang und Breitbandanschluss Internetnutzung und -aktivitäten Fernsehen und Sendeformate Hörfunk- und Landesrundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandradio
210	Bürgerschaftliches Engagement Bundesfreiwilligendienst Stiftungen Seelsorge
211	Sport Deutscher Olympischer Sportbund Spitzenverbände und Mitgliedschaften Sportabzeichen Deutsche Sporthilfe Olympische Spiele Paralympische Spiele
216	Methodik
219	Glossar
221	Mehr zum Thema

Öffentliche Ausgaben der Länder (einschl. Gemeinden) für Kultur 2011
 Grundmittel, je Einwohner/-in

■ unter 75 EUR
 ■ 75 bis unter 100 EUR
 ■ 100 bis unter 125 EUR
 ■ 125 EUR und mehr



2015 - 01 - 0153

7.1 Kulturstätten

7.1.1 Museen und Ausstellungen – Träger, Museumsarten und Besuche

	Museen	Ausstellungen	Besuche	Museen	Ausstellungen	Besuche
	2013			2012		
	Anzahl		1 000	Anzahl		1 000
Insgesamt	4 735	8 942	110 425	4 848	8 940	112 808
Träger						
Staatliche Träger	380	735	23 426	411	799	26 660
Lokale Gebietskörperschaften	1 925	4 388	21 505	2 002	4 474	23 575
Andere Formen des öffentlichen Rechts	348	703	26 493	366	779	29 015
Vereine	1 265	1 817	12 549	1 307	1 738	13 248
Gesellschaften/Genossenschaften	223	402	12 805	215	375	11 538
Stiftungen des privaten Rechts	188	435	8 174	118	271	3 596
Privatpersonen	209	163	2 429	263	191	2 573
Mischformen, privat und öffentlich	197	299	3 044	166	313	2 602
Museumsarten						
Historische und archäologische Museen	374	492	20 816	370	492	19 743
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	679	880	10 934	699	959	11 279
Kunstmuseen	508	1 764	18 633	519	1 792	19 663
Naturkundliche Museen	211	327	7 338	225	360	8 018
Naturwissenschaftliche und technische Museen	560	770	18 169	566	735	17 859
Schloss- und Burgmuseen	231	241	13 139	237	237	13 659
Volks- und Heimatkundemuseen	2 065	4 101	14 498	2 127	4 035	15 130
Sonstige museale Einrichtungen	107	367	6 898	105	330	7 456

Alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten **musealen Einrichtungen** werden erfasst. Diese müssen über eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung verfügen. Weitere Informationen finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de

Ohne Museen, die keine Angaben über Besuche machen konnten bzw. geschlossen waren.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

7.1.2 Öffentliche Theater 2012/13

	Gemeinden mit Theatern	Theaterunternehmen		Veranstaltungen am Ort	Gastspiele nach außen	Plätze	Betriebszuschuss je Besuch
		insgesamt	Spielstätten				
	Anzahl						
Deutschland	128	142	825	65 797	7 295	263 235	115,74
Baden-Württemberg	15	14	103	8 141	1 008	33 564	115,10
Bayern	17	20	99	7 483	501	33 964	102,31
Berlin	1	10	40	3 959	259	18 522	110,16
Brandenburg	5	6	29	2 290	291	6 473	111,71
Bremen	2	2	11	1 898	41	1 963	134,46
Hamburg	1	3	11	1 629	89	5 108	113,31
Hessen	6	6	47	3 796	264	15 431	132,81
Mecklenburg-Vorpommern	9	6	54	3 362	331	14 961	104,94
Niedersachsen	9	9	52	5 146	596	18 988	110,14
Nordrhein-Westfalen	22	26	139	9 743	1 007	43 088	120,66
Rheinland-Pfalz	6	6	24	2 019	329	5 953	118,67
Saarland	1	1	9	554	33	4 532	146,78
Sachsen	12	15	79	7 003	1 107	27 206	116,58
Sachsen-Anhalt	8	8	59	3 657	904	11 131	125,70
Schleswig-Holstein	5	3	22	1 914	232	9 639	111,64
Thüringen	9	7	47	3 203	303	12 712	127,05

Weitere Informationen finden Sie unter www.buehnenverein.de

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.3 Besuchszahlen öffentlicher Theater 2012/13

	Besuche insgesamt	Opern und Ballette	Operetten, Musicals	Schauspiele	Kinder- und Jugendstücke	Konzerte	Sonstige Veranstaltungen
	1 000						
Deutschland	18 659	5 553	1 946	5 286	2 771	1 629	1 228
Baden-Württemberg	2 202	758	151	668	340	179	105
Bayern	2 630	826	295	928	296	167	118
Berlin	1 716	555	430	327	211	109	85
Brandenburg	421	43	49	104	86	51	76
Bremen	286	83	25	62	66	18	32
Hamburg	798	342	10	324	26	42	48
Hessen	1 276	459	114	373	183	98	49
Mecklenburg-Vorpommern	575	95	39	152	123	94	63
Niedersachsen	1 272	303	127	407	228	122	83
Nordrhein-Westfalen	3 120	1 018	213	848	483	246	228
Rheinland-Pfalz	533	130	66	176	103	38	19
Saarland	184	68	14	44	32	19	8
Sachsen	1 780	451	207	471	266	177	149
Sachsen-Anhalt	635	103	81	99	144	98	55
Schleswig-Holstein	521	136	43	164	95	61	21
Thüringen	711	184	81	138	89	112	90

Die **Besuchszahlen** umfassen die Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort, auch geschlossene Veranstaltungen.

Ohne Theater, die keine Angaben über Besuche machen konnten. – Die Sachgruppen ergeben nicht die Summe „Insgesamt“, in der noch „Figurentheater“ enthalten sind. Diese wurden wegen ihrer geringen Werte nicht separat dargestellt.

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1.4 Privattheater 2012/13

	Gemeinden mit Theater	Privattheater	Veranstaltungen	Besuche	Plätze
	Anzahl			1 000	Anzahl
Deutschland	82	221	50 868	7 715	87 340
Baden-Württemberg	16	34	8 176	1 090	18 571
Bayern	16	35	5 941	740	10 563
Berlin	1	25	7 662	1 222	12 859
Brandenburg	3	6	1 280	83	725
Bremen	1	2	334	31	599
Hamburg	1	20	6 707	1 429	13 143
Hessen	4	15	3 043	457	4 042
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	345	31	214
Niedersachsen	6	12	1 756	196	3 399
Nordrhein-Westfalen	17	46	10 333	1 725	17 769
Rheinland-Pfalz	6	7	1 169	146	987
Saarland	1	1	268	21	159
Sachsen	3	9	2 698	435	2 004
Sachsen-Anhalt	1	1	194	18	90
Schleswig-Holstein	2	4	442	31	327
Thüringen	3	3	520	60	1 889

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.5 Buchproduktion nach Sachgruppen 2014

	Erstauflage				
	insgesamt	darunter Taschenbücher	Anteil der Taschenbücher	Übersetzungen ins Deutsche	Anteil an allen Übersetzungen
	Anzahl		%	Anzahl	%
Insgesamt ¹	73 863	9 809	13,3	9 962	100
Allgemeines, Informatik, Informationswissenschaft	2 103	84	4,0	77	0,8
Philosophie und Psychologie	3 586	438	12,2	444	4,5
Religion	4 934	419	8,5	576	5,8
Sozialwissenschaften	14 096	905	6,4	409	4,1
Sprache	1 821	106	5,8	15	0,2
Naturwissenschaften und Mathematik	1 681	76	4,5	109	1,1
Technik, Medizin, angew. Wissenschaften	12 499	592	4,7	800	8,0
Künste und Unterhaltung	10 122	1 114	11,0	2 017	20,2
Literatur	28 654	6 240	21,8	5 847	58,7
Belletristik	14 111	5 069	35,9	3 755	37,7
Kinder- und Jugendliteratur	8 142	975	12,0	1 997	20,0
Schulbücher	4 399	48	1,1	0	0,0
Geschichte und Geografie	7 254	619	8,5	363	3,6

Nur im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen sind hier berücksichtigt. Informationen zur **Buchproduktion** finden Sie unter www.boersenverein.de

1 Die Summe der Sachgruppen ergibt nicht die Gesamtsumme (Doppelzählungen).

Quelle: Deutsche Nationalbibliographie, VLB 2015; Berechnungen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels

7.1.6 Bibliotheken

	Bibliotheken	Bestand ¹	Benutzer/-innen	Entleihungen	Personal	Ausgaben	
						insgesamt	darunter für Erwerbung
	Anzahl	1 000			Anzahl	1 000 EUR	
Öffentliche Bibliotheken							
2012	7 979	123 142	7 742	377 175	11 497	906 047	101 260
2013	7 875	122 267	7 613	374 901	11 540	931 403	104 745
Wissenschaftliche Bibliotheken							
2012	249	241 372	2 941	93 990	10 802	880 522	297 390
2013	249	247 004	2 908	91 646	10 732	928 303	311 181
Wissenschaftliche Bibliotheken 2013 nach Arten							
Hoch-/Fachhochschulbibliotheken	139	17 559	683	16 743	1 216	76 917	35 552
Nationalbibliotheken ²	5	47 450	167	3 931	1 230	142 295	35 750
Regionalbibliotheken	26	20 932	235	7 924	1 106	89 803	12 880
Universitätsbibliotheken	79	161 063	1 822	63 048	7 180	619 288	227 000

Die **Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS)** umfasst alle Bibliothekssparten. Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten. Weitere Informationen finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

1 Bei öffentlichen Bibliotheken: Medien, bei wissenschaftlichen Bibliotheken: Bände und Dissertationen.

2 Einschl. Zentraler Fachbibliotheken.

Quelle: Hochschulbibliothekszentrum

7.1 Kulturstätten

7.1.7 Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2014

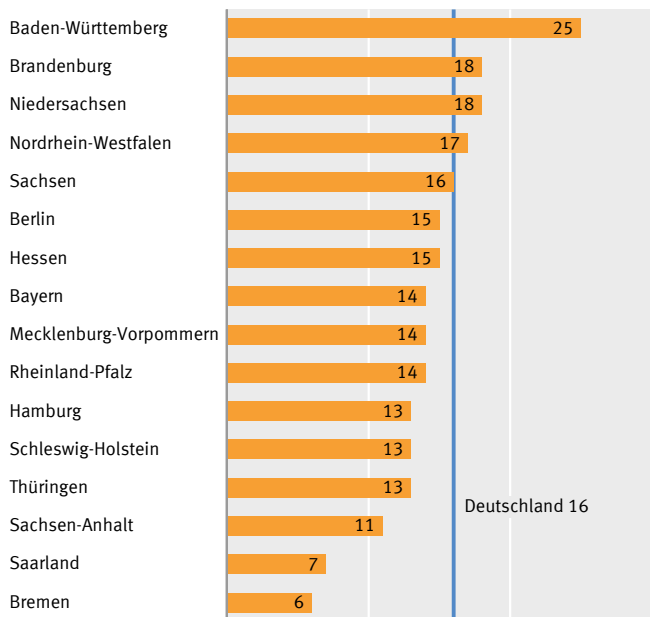
	Standorte	Benutzungstage	Personal	Archivalien	
				Zeitraum	Umfang
	Anzahl			Jahrhundert	lfd. Meter
Deutschland	72	184 158	2 233	7.-21.	1 741 180
Archive des Bundes					
Bundesarchiv	9	30 161	640	15.-21.	334 824
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	4 747	27	19.-21.	26 928
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ..	1	9 472	87	12.-21.	38 000
Zusammen	11	44 380	754	12.-21.	399 752
Archive der Länder					
Baden-Württemberg	7	12 374	192	9.-21.	149 059
Bayern	9	26 210	202	8.-21.	249 157
Berlin	1	14 354	67	13.-21.	44 900
Brandenburg	3	3 007	64	12.-21.	51 158
Bremen	1	6 451	22	12.-21.	12 650
Hamburg	2	9 218	48	12.-21.	38 988
Hessen	3	8 237	98	8.-21.	157 671
Mecklenburg-Vorpommern	2	2 813	37	12.-21.	33 600
Niedersachsen	7	14 005	164	9.-21.	96 798
Nordrhein-Westfalen	6	9 055	175	7.-21.	162 800
Rheinland-Pfalz	2	4 139	100	9.-21.	73 070
Saarland	1	984	11	12.-21.	15 140
Sachsen	6	14 446	104	10.-21.	103 503
Sachsen-Anhalt	4	4 585	71	10.-21.	49 834
Schleswig-Holstein	1	2 892	35	11.-21.	40 567
Thüringen	6	7 008	89	8.-21.	62 533
Zusammen	61	139 778	1 479	7.-21.	1 341 428

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Quelle: Bundesarchiv

Musikschülerinnen und Musikschüler 2014

je 1 000 Einwohner/-innen¹



¹ Bevölkerungsstand: 30.9.2014 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand: 10.4.2014).

2015 - 01 - 0154

7.1 Kulturstätten

7.1.8 Musikschulen nach Trägerschaft und Finanzierung 2014

	Musikschulen				Finanzierung erfolgt durch			Ausgaben	
	insgesamt	davon in Trägerschaft			Unterrichts- gebühren	öffentliche Mittel	sonstige Einnahmen	insgesamt	darunter Personalkosten
		Kommune	eingetragener Verein	sonstige					
Anzahl	%				1 000 EUR			%	
Deutschland	930	63,7	34,3	2,0	428 893	450 287	28 140	930 350	90,2
Baden-Württemberg	217	61,3	37,3	1,4	107 106	96 356	5 925	210 140	90,8
Bayern	215	63,7	34,9	0,9	61 924	75 661	4 561	142 254	91,3
Berlin	12	100	0,0	0,0	18 539	14 570	264	35 272	94,4
Brandenburg	26	80,8	11,5	7,7	11 827	18 443	363	31 299	89,3
Bremen	2	100	0,0	0,0	1 217	2 127	92	3 436	82,1
Hamburg	2	50,0	50,0	0,0	3 893	7 546	30	11 469	96,5
Hessen	65	16,9	81,5	1,5	35 593	19 102	2 102	57 260	87,4
Mecklenburg-Vorpommern	18	77,8	22,2	0,0	6 947	12 924	349	20 412	86,3
Niedersachsen	74	44,6	52,7	2,7	36 509	34 398	2 781	74 198	89,3
Nordrhein-Westfalen	159	79,9	19,5	0,6	80 361	87 518	6 000	189 000	91,0
Rheinland-Pfalz	42	73,8	21,4	4,8	17 958	17 756	1 899	38 695	93,2
Saarland	7	71,4	28,6	0,0	2 660	2 453	116	5 263	90,4
Sachsen	24	62,5	33,3	4,2	16 594	25 294	2 209	44 676	83,3
Sachsen-Anhalt	21	95,2	4,8	0,0	6 113	16 028	211	22 352	87,8
Schleswig-Holstein	21	19,0	57,1	23,8	13 481	6 196	669	20 936	86,2
Thüringen	25	100	0,0	0,0	8 170	13 916	571	23 688	91,3

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1.9 Lehrende und Lernende in Musikschulen 2014

	Lehrkräfte ¹	Schüler/ -innen	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			insgesamt	unter 6	6 – 10	10 – 15	15 – 19	19 und mehr
	Anzahl	%						
Deutschland	38 761	1 332 634	16,1	32,0	27,7	11,1	9,6	3,5
Baden-Württemberg	7 819	264 520	18,1	29,5	29,5	12,9	6,8	3,2
Bayern	4 981	179 659	14,6	31,5	29,3	11,6	9,6	3,5
Berlin	2 264	52 543	20,3	25,6	21,7	9,9	22,5	0,0
Brandenburg	1 424	43 809	20,1	27,5	27,0	12,4	11,2	1,9
Bremen	154	3 793	9,8	22,6	36,6	14,6	11,7	4,7
Hamburg	418	23 243	7,5	63,0	17,7	6,9	3,0	1,9
Hessen	2 754	90 991	15,9	28,7	29,0	11,2	13,6	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	839	21 663	14,8	25,7	30,6	13,5	13,0	2,4
Niedersachsen	2 949	141 683	20,5	30,9	24,9	9,1	8,5	6,1
Nordrhein-Westfalen	7 750	293 626	12,5	39,9	26,1	9,3	8,4	3,9
Rheinland-Pfalz	1 802	56 776	19,1	25,7	28,8	12,2	10,8	3,5
Saarland	265	6 749	14,7	33,9	29,7	10,9	10,5	0,2
Sachsen	2 240	63 292	17,5	27,1	31,0	12,9	7,9	3,7
Sachsen-Anhalt	873	24 870	15,0	25,6	28,2	11,6	9,8	9,9
Schleswig-Holstein	1 224	36 609	14,7	24,3	29,2	12,0	16,4	3,4
Thüringen	1 005	28 808	14,4	29,4	30,7	13,3	11,7	0,5

Die Erhebungsmethodik wurde geändert. Die Zahlen werden nicht mehr zu einem Stichtag, sondern auf Basis eines vollständigen Kalenderjahres erhoben.

1 Haupt- und nebenberuflich Beschäftigte.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1 Kulturstätten

7.1.10 Deutscher Chorverband 2014/15

	Chöre ¹		Mitglieder	
	insgesamt		darunter Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre	
	Anzahl		Anzahl	%
Insgesamt	21 074	1 412 001	207 657	14,7
darunter:				
ACHORDAS	3	97	0	0,0
Baden-Württembergischer Sängerbund e. V.	51	2 443	230	9,4
Badischer Chorverband	2 066	202 367	21 116	10,4
Bayerischer Sängerbund e. V.	617	39 010	8 562	21,9
Brandenburgischer Chorverband e. V.	207	10 499	3 435	32,7
Chorverband Bayerisch-Schwaben e. V.	588	30 423	7 133	23,4
Chorverband Bayern e. V.	41	4 417	1 664	37,7
Chorverband Berlin e. V.	271	13 114	4 245	32,4
Chorverband der Pfalz	857	74 383	5 243	7,0
Chorverband Hamburg e. V.	109	5 344	1 185	22,2
Chorverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.	102	4 948	1 787	36,1
Chorverband Niedersachsen-Bremen e. V.	1 400	83 941	22 390	26,7
Chorverband Nordrhein-Westfalen e. V.	2 787	187 282	25 258	13,5
Chorverband Rheinland-Pfalz e. V.	1 599	114 885	15 495	13,5
Chorverband Sachsen-Anhalt e. V.	369	14 072	3 893	27,7
Deutsche Sängerschaft	22	330	330	100
Fachverband Shantychöre Deutschland e.V.	103	3 272	44	1,3
Fränkischer Sängerbund e. V.	1 674	116 506	14 726	12,6
Hessischer Chorverband e. V.	144	8 010	581	7,3
Hessischer Sängerbund e. V.	2 217	154 399	12 599	8,2
Maintal-Sängerbund e. V.	335	19 379	4 235	21,9
Mitteldeutscher Sängerbund e. V.	632	35 967	3 856	10,7
Niedersächsischer Chorverband e. V.	409	21 946	4 077	18,6
Rheinland-Pfälzischer Chorverband e. V.	40	4 209	43	1,0
Saarländischer Chorverband	361	22 472	2 310	10,3
Sächsischer Chorverband e. V.	279	11 459	2 588	22,6
Sängerbund Schleswig-Holstein e. V.	386	10 978	2 069	18,8
Schwäbischer Chorverband e. V.	2 961	197 580	31 027	15,7
Shanty Chorverband im DMB	8	354	0	0,0
Thüringer Sängerbund	350	11 895	2 290	19,3
Kindertagesstätten mit Carusos- oder Felix-Siegel außerhalb der Mitgliedsverbände	86	6 020	5 246	87,1

Die Daten werden vom **Deutschen Chorverband** nach Angaben seiner Mitgliedsverbände und der zugehörigen Vereine zusammengestellt und berechnet. In die Berechnungen einbezogen werden aktive und fördernde Mitglieder in den Vereinen sowie alle regelmäßig singenden Kinder und Erzieher/-innen in den vom Deutschen Chorverband mit den Qualitätssiegeln „Carusos“ und „Felix“ ausgezeichneten Kindertagesstätten.

1 Einschl. Instrumental- und Tanzgruppen, Instrumentalgruppen, Neigungsgruppen, Pop- und Jazzchöre.

Quelle: Deutscher Chorverband e.V.

7.1.11 Versicherte in der Künstlersozialkasse

	Anzahl der Versicherten				
	insgesamt	in den Kunstbereichen			
		Wort	Bildende Kunst	Musik	Darstellende Kunst
2010 ...	168 883	41 830	59 507	46 129	21 417
2011 ...	173 284	42 599	60 767	47 613	22 305
2012 ...	177 219	43 222	62 001	48 856	23 140
2013 ...	177 143	43 076	61 884	49 011	23 172
2014 ...	179 130	43 126	62 314	49 937	23 753

Quelle: Künstlersozialkasse

Die **Künstlersozialkasse** führt das Künstlersozialversicherungs-gesetz (KSVG) durch, das 1983 in Kraft trat. Dieses bietet selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

In Deutschland werden 38 Denkmäler auf der **Welterbeliste der UNESCO** geführt. Sie stehen damit unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die 1972 von der UNESCO verabschiedete Konvention ist das international bedeutendste Instrument, um Kultur- und Naturstätten zu erhalten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen. Denkmäler werden nur dann in die Liste des Welterbes aufgenommen, wenn sie die in der Konvention festgelegten Kriterien der **Einzigartigkeit** und der **Authentizität** (bei Kulturstätten) bzw. der **Integrität** (bei Naturstätten) erfüllen und wenn ein überzeugender **Erhaltungsplan** vorliegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.unesco.de

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Dom zu Aachen	1978	Sakrale Kulturschätze aus spätantiker, karolingischer, ottonischer und staufischer Zeit	Kaiser Karl der Große	790 bis 800	Klassische Antike, Gotik, byzantinische Architektur
Dom zu Speyer	1981	Dom als Hauptwerk romanischer Baukunst in Deutschland	Kaiser Konrad II., Heinrich IV.	1025 bis 1106	Romanische Architektur
Residenz Würzburg	1981	Deckenbild, Wandgemälde, Spiegelkabinett	L. von Hildebrandt, Robert de Cotte, G. Boffrand, B. Neumann, G.B. Tiepolo	1740 bis 1780	Synthese des europäischen Barock, Raumkunstwerk des Rokoko
Wieskirche	1983	Stuckverzierungen, Deckengemälde	D. Zimmermann, J.B. Zimmermann	1745 bis 1754	Bayerisches Rokoko
Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl	1984	Ornamente, Treppe	K. Schlaun, F. Cuvilliers, B. Neumann	1725 bis 1728	Rokoko, herausragende Schlossbaukunst
Dom und St. Michael zu Hildesheim	1985	Historische Ausstattungsstücke, Stuckreliefs	Bischof Bernward von Hildesheim	1010 bis 1022	Religiöse, mittelalterliche Kunst, ottonische u. romanische Kunst
Römerbauten, Dom und Liebfrauenkirche in Trier	1986	Aula Palatina, Kaiserthermen, Porta Nigra	Kaiser Augustus	16 v. Chr. bis ca. 380 n. Chr.	Römerbauten, christliche Nachfolgebauten
Altstadt von Lübeck	1987	Rathaus, Burgkloster, Koberg, Holstentor, Salzspeicher	Heinrich der Löwe	1143 bis 1159	Stadtarchitektur/hochgotische Strukturen des Stadtkerns aus dem 13. Jh.
Schlösser und Parks von Potsdam-Sanssouci	1990, 1999	Bildgalerie, Orangerie, Schloss Charlottenhof, romantische Parks, Schloss Cäcilienhof, russische Kolonie Alexandrowska	Georg Wenzelslaus von Knobelsdorff, Karl-Friedrich Schinkel	1730 bis 1916	Rokokostil, Klassizismus sowie Synthese der Kunstrichtungen des 18. Jh.
Kloster Lorsch	1991	Begräbnisplatz der ostkarolingischen Könige	Gaugraf Cancor	751 bis 768	Vorromanische, karolingische Baukunst
Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar	1992	47 Kirchen und Kapellen, Gildehäuser, historisches Rathaus, Bürgerhäuser mit kunstvoll beschnitztem Fachwerk	Kaiser Heinrich II.	10. Jh. bis 1988	Altstadtkern im romanischen Stil
Altstadt von Bamberg	1993	Domstift, Stadtensemble, u. a. »klein Venedig«, 1 000 Häuser stehen unter Denkmalschutz	Kaiser Heinrich II.	11. bis 18. Jh.	Mittelalterliche Kirchen, barocke Bürgerhäuser
Kloster Maulbronn	1993	Aufwendigster Speisesaal des 13. Jh., Brunnenhaus als Glanzstück der Maulbronner Klosterarchitektur	Zisterzienserorden	1147 gegründet	Oberrheinische Spätromanik, frühgotische Baukunst, Spätgotik
Quedlinburger Altstadt	1994	Stiftskirche Servatii, Fachwerkbau „Alte Klopstock“	Sachsenherzog Heinrich	10. Jh., 1330 verschmolzen Alt- und Neustadt	Romanik, Fachwerkhäuser aus sechs Jahrhunderten, Jugendstilbauten
Völklinger Eisenhütte	1994	Einzigartige industrielle Anlagen zur Veranschaulichung der Roheisenproduktion	Ingenieur Julius Buch	1873	Industrieanlagen aus dem 19. und 20. Jh.
Kölner Dom	1996	Reliquienschrein für Gebeine der Heiligen Drei Könige, Flügelaltäre, ottonisches Gerokreuz	Stephan Lochner schuf Altar der Stadtpatrone	1248 – 1880 einst das größte Gebäude der Welt	Gotische und neogotische Baukunst, Originalbaupläne blieben unverändert
Bauhausstätten in Weimar und Dessau	1996	Haus am Horn in Weimar, Dessauer Bauhaus, Meisterhäuser in Dessau	Walter Gropius, Hannes Meyer, Lazlo Moholy-Nagy, Wassily Kandinsky, Georg Muches	1919 – 1933	Weimarer Bauhaus-Architektur
Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg	1996	Geburts- und Sterbehäuser von Luther, Gedenkstätte als ältestes Geschichtsmuseum im deutschsprachigen Raum	Martin Luther, Philipp Melanchthon	16. Jh.	Spätgotik, Barock
Klassisches Weimar	1998	Goethes und Schillers Wohnhaus, Stadtschloss, Herzogin Anna Amalia Bibliothek	Herzog Karl August, Johann Wolfgang von Goethe	18. – 19. Jh.	Weimarer Klassik
Wartburg	1999	Lutherstube, Bergfried, romanischer Palas, Dürerschrank, Werke von L. Cranach d. Ä.	Graf Ludwig der Springer, Geschlecht der Ludowinger	11. Jh.	Romanik, Gotik, Renaissance und Historismus

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Museumsinsel in Berlin	1999	Pergamon-Museum, Altes und Neues Museum, Bode-Museum, Kunst von Antike bis 19. Jh.	König Friedrich Wilhelm III., König Friedrich Wilhelm IV., Karl Friedrich Schinkel, Friedrich August Stüler	1810 – 1930	Neu-Klassizismus, Renaissance, Barock
Gartenreich Dessau-Wörlitz	2000	Venustempel, Pantheon, Werke von Rubens, van Dyck, Gemälde der Dürerzeit, Werke von Lucas Cranach	Fürst Leopold III., Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Friedrich W. von Erdmannsdorff	1765 – 1800	Klassizismus, Rokoko, Neugotik
Klosterinsel Reichenau	2000	Marienmünster, ottonische Wandmalereien, Handschriften aus 9. – 11. Jh., 40 Codices der Reichenauer Malerschule	Bischof Pirmin, Abt Heito I.	724 – 11. Jh.	Frühmittelalterliche Architektur, Romanik
Industrielle Kulturlandschaft Zollverein in Essen	2001	Bergwerk über Jahrzehnte größte und modernste Steinkohleförderanlage der Welt	Architekten Fritz Schupp, Martin Kremmer	1847	Bauhausstil, Industriekomplex
Altstädte von Stralsund und Wismar	2002	Stralsund: gotisches Rathaus, mächtige Kirchbauten, Katherinenkloster; Wismar: klassizistisches Rathaus, typische Handelshäuser (»Alter Schwedek«, »Dielenhaus«)	–	14. Jh.	Hansestädte aus der Blütezeit des Städtebundes mit mittelalterlichen Stadtkernen und zum Teil einzigartigen Sakralbauten
Oberes Mittelrheintal	2002	Enges Flusstal zwischen Bingen, Rudesheim und Koblenz, über dem bei St. Goarshausen die Loreley thront, im Wechselspiel von Natur und Mensch geformte Kulturlandschaft mit Weinterrassen und Burgen	–	–	Seit zwei Jahrtausenden einer der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen Mittelmeerregion und dem Norden Europas, Kulturlandschaft von großer Vielfalt und Schönheit
Rathaus und Rolandstatue in Bremen	2004	Rathaus als Saalgeschossbau und Fassade gehört zur eindrucksvollsten Schöpfung deutscher Renaissance, Rolandstatue ist die älteste noch am Platz erhaltene Statue in Deutschland	Lüder von Bentheim, Vredemann de Vries	15. – 17. Jh.	Gotik und Weser-Renaissance
Muskauer Park (Park Muzakowski)	2004	Das gemeinsame polnisch-deutsche Kulturerbe umfasst Schloss-, Bade- und Bergpark, Arboretum und Braunsdorfer Felder	Fürst Hermann von Pückler-Muskau	1815 – 1844	Durch Mittel der „Naturmalerei“ beeinflusste Landschaftsarchitektur
Obergermanisch-rätischer Limes	2005	Überreste antiker Grenzanlagen, u. a. Kastell Saalburg, Wachtürme, Erdwall, Graben und Holzpalisaden etc.	Römisches Imperium schuf in Süd- und Südwestdeutschland eine 550 km lange Militärgrenze von der Donau bis zum Rhein	100 – 160 n. Chr.	Römische Bauten und Grenzanlagen als technisches Bauwerk von z. T. hoher Ingenieurkunst
Altstadt von Regensburg mit Stadttamhof	2006	Patrizierhäuser, Geschlechtertürme, Dom, alte Steinbrücke, Minoriten- und Dominikanerkirche, größtes Ensemble und am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland	Patrizierfamilien	11. – 14. Jh.	Französische Kathedralgotik, mittelalterliche Glasmalerei, überragende Ingenieurleistung mit der steinernen Brücke über die Donau
Sechs Wohnsiedlungen der Berliner Moderne aus dem frühen 20. Jh.	2008	Gartenstadt Falkenberg (Trepow), Schillerpark-Siedlung (Wedding), Großsiedlung Britz (Neukölln), Wohnstadt Carl Legien (Prenzlauer Berg), Weiße Stadt (Reinickendorf), Großsiedlung Siemensstadt (Charlottenburg und Spandau)	Bruno Taut, Ludwig Lesser, Leberecht Migge und andere	1914 – 1934	Wendepunkt im Städtebau nach dem ersten Weltkrieg. Ästhetische Vorstellungen von Avantgarde aus Kunst und Kultur verbunden mit sozialen Ideen
Fagus-Werk in Alfeld	2011	Fabrikanlage, gilt als Ursprungswerk der modernen Industriearchitektur	Architekten Walter Gropius, Adolf Meyer; Peter Neufert (Erweiterung)	1911 – 1925, Erweiterung 1938	Moderne
Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen	2011	Grenzüberschreitendes archäologisches Erbe von 111 Pfahlbaufundstellen in sechs Alpenländern, davon 18 Fundstellen in Baden-Württemberg und Bayern, bedeutendste Funde sind älteste Textilien und Radfunde Europas aus der Zeit um 3000 v. Chr.	–	ab ca. 5000 v. Chr.	Erkenntnisse zu Handel und Mobilität in Siedelgemeinschaften der Jungsteinzeit wie der Metallzeiten
Markgräfliches Opernhaus Bayreuth	2012	Einzigartiges Monument der europäischen Fest- und Musikkultur des Barock	Theaterarchitekt Giuseppe Galli Bibiena	1746 – 1750	Barocke Theaterkultur
Bergpark Wilhelmshöhe	2013	Größter Bergpark Europas, u. a. mit Herkules, Wasserspielen, Schloss Wilhelmshöhe und seinen Sammlungen, Löwenburg	Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, Baumeister: v. a. Giovanni Francesco Guerniero	von 1696 bis ins 19. Jh.	Barockes Gesamtkunstwerk der Gartenarchitektur, Kunst- und Technikgeschichte, einzigartiges Beispiel für die Landschaftsarchitektur des Europäischen Absolutismus

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Karolingisches Westwerk und Civitas Corvey	2014	Kloster, ein der Basilika westlich vorgesetzter Kirchenraum aus roten Bruchsteinmauerwerk mit zwei Fassadentürmen und einem zentralen mittleren Turm, farbige Wandmalereien u. a. mit Ornamentbändern, Zeichnungen und Mustern, mythologische Figuren mit Bezug zur Antike sowie zur Kirche, Wiederaufbau im barocken Stil nach der Zerstörung der Stadt Corvey in 1265	Herrscherfamilie der Karolinger	822 gegründet, 873 bis 995 durch Westwerk erweitert	Einziges Modell karolingischer Architektur mit antiken Vorbildern, Barock
Hamburger Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus . . .	2015	Das größte zusammenhängende, einheitlich geprägte Speicherensemble der Welt vermittelt in einzigartiger Weise die maritime Industriearchitektur des Historismus und Modernismus. Das benachbarte Kontorhausviertel steht für moderne Architektur und Städtebau. Architektonisch bedeutsam ist das von Fritz Höger errichtete Chilehaus.	Fritz Höger, Franz Andreas Meyer, Architekten Hanssen und Meyer	1885 bis 1927	Moderne Backsteinarchitektur, neugotische Form der Hannoverschen Bauschule

Stand: Juli 2015.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Naturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Integrität	Charakteristika	Beschreibung
Grube Messel	1995	Eine der weltweit ergiebigsten Fossilienlagerstätten	Fundstelle dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde vor 49 Millionen Jahren	Aufnahme durch die UNESCO in die Welterbeliste als erstes deutsches Naturdenkmal
Deutsches Wattenmeer	2009	Das Wattenmeer bietet Lebensraum für ca. 10 000 Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen auf der weltweit größten zusammenhängenden Sand- und Schlickfläche	Das Wattenmeer entstand vor ca. 7 500 Jahren. Es ist mit rund 11 500 Quadratkilometern eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde	Das Wattenmeer wurde als grenzüberschreitende Weltnaturerbestätte in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Es umfasst Gebiete der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands: deutsche Nordseeküste (die Wattenmeer-Nationalparks Niedersachsens, Schleswig-Holsteins, Hamburgs (Erweiterung 2011) und zusätzlicher deutscher Offshore-Gebiete (2014)) sowie das niederländische und das dänische Wattenmeer-Schutzgebiet.
Alte Buchenwälder Deutschlands . . .	2011	Wertvollste verbliebene Reste naturnaher Tiefland-Buchenwälder	Die fünf deutschen Buchenwaldgebiete wurden als serielle Erweiterung der Naturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten“ in die Welterbeliste aufgenommen. Sie repräsentieren die unterschiedlichen Formen, Standorte und biogeografische Geschichte der Buchenwälder in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel	Grumsiner Forst (Brandenburg), Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen), Nationalpark Jasmund und Serrahner Buchenwald im Müritz-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern), Nationalpark Hainich (Thüringen)

Stand: Juli 2015.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten
7.1.14 Goethe-Institut 2014

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

	Institute und Verbindungsbüros	Personal ¹	Kulturelle Programme	Programm zur Bildungskoope-ration Deutsch	Deutschkurse		
					verkaufte Unter-richtseinheiten ²	Kurseinschrei-bungen	Prüfungsteilneh-mende gesamt
Insgesamt	164	2 659	6 038	2 773	20 022 574	274 742	302 126
Mitteleuropa	9	160	376	317	574 990	11 118	3 977
Nordafrika/Nahost	18	278	371	158	1 699 404	24 333	29 016
Nordamerika	11	134	571	144	417 189	9 460	1 569
Nordwesteuropa	9	123	451	195	301 051	7 149	5 495
Ostasien (mit China)	13	167	391	141	1 313 293	22 074	17 854
Osteuropa/Zentralasien	8	223	601	437	1 679 529	22 502	18 468
Region Deutschland	12	246	–	–	2 909 363	45 000	13 858
Subsahara-Afrika	13	157	498	147	1 262 695	11 170	22 499
Südamerika	13	234	592	178	1 539 187	25 956	6 443
Südasien	11	198	375	188	3 316 499	20 543	44 063
Südostasien/Australien/Neuseeland ..	12	200	438	207	2 181 503	31 030	20 580
Südosteuropa	12	234	493	341	1 560 628	19 455	74 958
Südwesteuropa	23	305	881	320	1 267 243	24 952	43 346

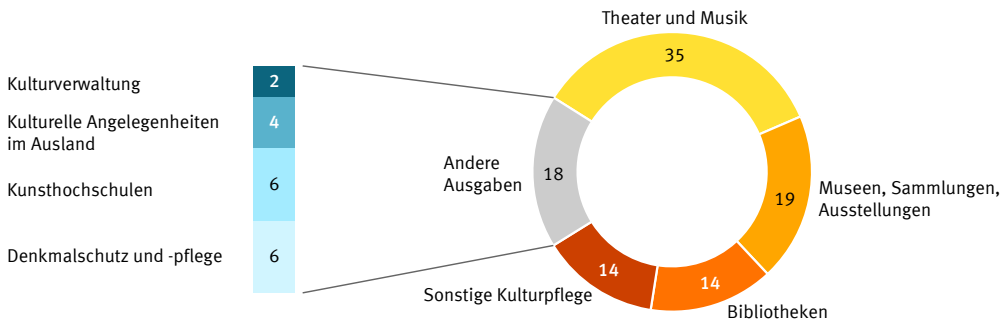
1 In Beschäftigungsumfängen (ohne Zentrale).

2 Anzahl der insgesamt an Kursteilnehmende verkauften Unterrichtseinheiten. Bsp.: In einem Deutschkurs, der 50 Unterrichtseinheiten umfasst und von 10 Kursteilnehmenden besucht wird, werden 500 Unterrichtseinheiten verkauft (50 Unterrichtseinheiten * 10 Kursteilnehmende).

Quelle: Goethe-Institut e.V.

Öffentliche Ausgaben für Kultur 2011

Grundmittel, in %



2015 - 01 - 0155

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Kulturbereichen, Körperschaften und Ländern 2011

Die Kulturausgaben werden nach dem **Grundmittelkonzept** berechnet. Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich.

	Kulturausgaben									
	je Einwohner/-in ¹	insgesamt	davon für die Bereiche							
			Theater und Musik	Bibliotheken	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	Denkmalschutz und Denkmalpflege	Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	Kunsthochschulen	Sonstige Kulturpflege	Kulturverwaltung
EUR	Mill. EUR	%								
Deutschland	117,11	9 407,0	34,6	14,4	19,5	5,6	4,0	5,7	13,7	2,4
nach Körperschaftsgruppen										
Bund	15,55	1 249,5	2,5	23,4	21,3	6,6	30,3	0,0	15,8	0,2
Länder	49,07	3 942,1	37,7	9,9	15,4	7,3	0,0	13,6	12,3	3,7
Gemeinden und Zweckverbände	52,48	4 215,5	41,2	15,9	22,8	3,8	-	-	14,4	1,9
nach Ländern (einschl. Gemeinden/Zweckverbänden)										
Baden-Württemberg	100,44	1 055,9	35,2	12,9	18,1	4,7	0,3	7,3	19,0	2,5
Bayern	96,78	1 204,2	38,2	13,5	21,9	5,6	0,0	6,1	9,4	5,4
Berlin	188,35	626,5	52,3	10,6	14,2	5,9	-0,7	11,9	4,6	1,3
Brandenburg ²	95,55	234,4	15,0	13,2	8,8	10,2	0,0	5,8	42,8	4,2
Bremen	160,99	105,0	48,3	11,4	17,3	0,5	0,0	11,8	8,7	2,0
Hamburg	153,31	263,4	48,4	12,6	14,7	4,9	0,0	7,3	10,1	2,0
Hessen	106,57	638,8	35,4	13,0	17,2	2,6	0,0	4,5	17,8	9,5
Mecklenburg-Vorpommern	90,56	145,5	42,2	9,3	18,8	1,9	0,4	4,2	11,3	12,0
Niedersachsen	69,89	543,4	37,4	17,5	21,1	4,2	0,1	6,2	11,9	1,5
Nordrhein-Westfalen	88,91	1 559,9	41,5	13,0	22,6	4,5	0,0	6,6	11,7	0,1
Rheinland-Pfalz	67,52	269,4	36,9	17,2	19,5	13,0	0,0	0,0	13,3	0,0
Saarland	67,98	67,8	38,5	8,4	11,9	6,0	0,2	12,4	22,6	0,0
Sachsen	164,50	666,9	40,3	13,5	20,5	6,2	0,0	6,4	16,0	-2,9
Sachsen-Anhalt	133,97	305,0	40,3	8,9	19,0	8,8	0,0	5,5	14,5	3,1
Schleswig-Holstein	61,90	173,4	41,3	18,5	16,6	5,2	1,0	6,7	10,4	0,3
Thüringen	136,58	298,0	41,6	9,1	19,4	9,8	0,0	5,1	4,7	10,4

1 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014 (vorläufige Ergebnisse).

2 Im Landeshaushalt Brandenburg werden unter „Sonstiger Kulturpflege“ auch Ausgaben der anderen Kultursparten veranschlagt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht

7.2.2 Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

	2004	2006	2007	2009 ¹	2010	2011	2012
EUR je Haushalt und Monat							
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	228	233	229	231	236	244	245
darunter:							
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	6	8	7	8	10	9	8
Foto-, Filmausrüstung und optische Geräte	4	3	3	3	3	3	3
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	13	13	14	14	15	12	11
Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	8	8	7	7	7	7	7
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	51	53	52	53	54	56	58
darunter:							
Besuch von Theater-, Musik-, Film-, Zirkus- u. ä. Veranstaltungen	8	8	8	8	8	9	9
Besuch von Museen, zoologischen und botanischen Gärten u. ä.	2	2	2	2	3	3	3
Bücher	12	13	12	12	11	12	12
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	22	22	21	21	22	22
%							
Anteil der privaten Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten privaten Konsumausgaben	11,5	11,1	11,1	10,7	10,9	10,8	10,6

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine LWR-Erhebung statt.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.3 Mediennutzung

Weitere Informationen zu IKT in Unternehmen siehe Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“

7.3.1 Ausstattung privater Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss 2014

	Haushalte	Haushalte mit Internetzugang	Haushalte mit Breitbandanschluss (z.B. DSL)
	1 000	%	%
Deutschland	39 409	84	81
Früheres Bundesgebiet ¹	31 068	85	82
Neue Länder einschl. Berlin	8 341	81	77
Haushalte mit ... und ohne Kind			
1 Person	15 823	73	68
2 Personen	12 942	85	82
3 und mehr Personen	3 426	99	98
Haushalte mit ... und mindestens einem Kind²			
1 Person	1 055	97	96
2 Personen	4 896	100	98
3 und mehr Personen	1 266	100	100
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR			
unter 1 300	10 035	69	63
1 300 – 2 000	9 339	79	74
2 000 – 3 200	10 423	91	88
3 200 und mehr	9 612	98	97

Haushalte mit **Breitbandanschluss** nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z. B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

- 1 Ohne Angaben für Berlin.
- 2 Kind/er unter 16 Jahren.

7.3.2 Private Internetnutzung von Personen

	2010	2011	2012	2013	2014
	%				
Insgesamt	75	76	80	81	80
Männlich	80	81	84	86	85
10 bis 15 Jahre	95	95	97	98	97
16 bis 24 Jahre	98	98	98	99	98
25 bis 44 Jahre	95	96	98	98	97
45 bis 64 Jahre	80	82	87	88	87
65 und mehr	42	43	47	52	51
Weiblich	71	72	76	77	76
10 bis 15 Jahre	96	96	97	98	97
16 bis 24 Jahre	98	99	99	99	99
25 bis 44 Jahre	95	96	98	98	98
45 bis 64 Jahre	71	75	82	84	82
65 und mehr	23	22	26	32	32
nach sozialer Stellung					
Erwerbstätige ¹	91	93	95	95	95
Arbeitslose	76	75	81	85	77
Schüler/-innen und Studierende	99	99	100	99	99
Rentner/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	42	42	47	51	50

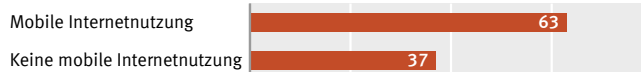
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

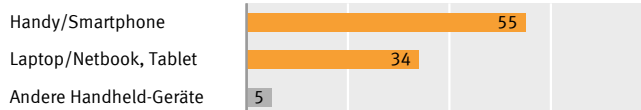
Internetnutzung ausserhalb des Hauses bzw. Arbeitsplatzes (mobile Internetnutzung) 2014

in %

Internetnutzung



Verwendete Geräte



2015 - 01 - 0156

7.3 Mediennutzung
7.3.3 Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2014

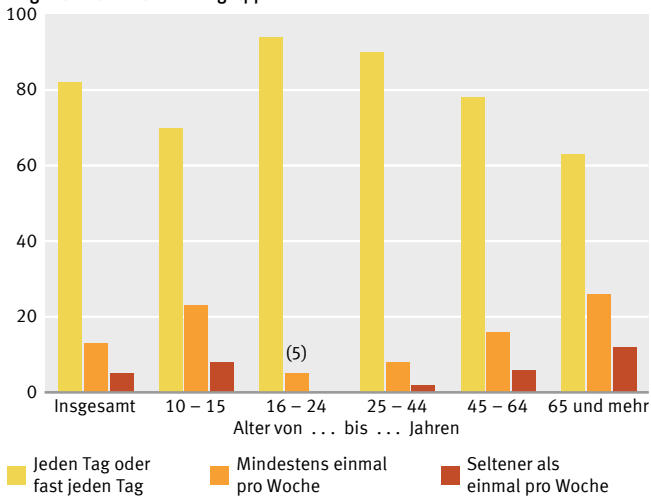
	Personen 1 000	Internetaktivitäten zu privaten Zwecken in den letzten drei Monaten						
		Senden oder Empfangen von E-Mails	Mitteilungen in sozialen Netzwerken, Foren, Blogs oder Chaträumen einstellen	Telefonieren/ Videotelefonate	Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen	Nutzung von Reisedienstleistungen	Verkauf von Waren und Dienstleistungen	Online-Banking
		%						
Insgesamt	58 556	91	50	28	90	61	30	52
Männlich	30 095	91	50	31	90	61	32	55
10 bis 15 Jahre	2 256	60	65	39	61	9	(5)	/
16 bis 24 Jahre	3 912	93	91	49	89	41	21	34
25 bis 44 Jahre	9 926	96	64	34	95	69	45	74
45 bis 64 Jahre	10 280	91	31	23	93	68	32	57
65 und mehr	3 721	92	12	20	86	71	23	50
Weiblich	28 461	91	50	25	89	61	28	50
10 bis 15 Jahre	2 128	67	70	29	60	11	/	/
16 bis 24 Jahre	3 732	96	90	38	89	57	21	37
25 bis 44 Jahre	9 834	95	62	26	96	71	42	70
45 bis 64 Jahre	9 850	91	29	20	92	65	26	49
65 und mehr	2 917	86	(10)	18	82	59	13	34
nach sozialer Stellung								
Erwerbstätige ¹	36 325	94	51	27	94	69	36	62
Arbeitslose	2 191	89	50	21	89	47	27	49
Schüler/-innen und Studierende	4 247	96	92	51	89	53	22	34
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	11 408	89	23	21	87	62	24	46

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

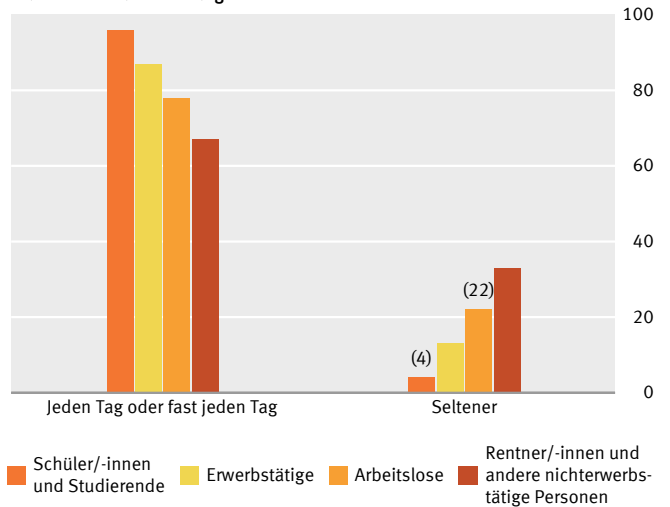
- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2014
in %

Insgesamt und nach Altersgruppen



Nach der sozialen Stellung



2015 - 01 - 0157

7.3 Mediennutzung

7.3.4 Private Einkäufe und Bestellungen über das Internet 2014

	Personen	Art der Waren und Dienstleistungen, die für den privaten Gebrauch in den letzten zwölf Monaten gekauft/bestellt wurden									
		Private Ge- brauchsgüter (z. B. Möbel, Spielzeug)	Filme, Musik	Bücher (auch elek- tronische), Zeitungen, Zeitschriften	Computer und Zubehör	Kleidung, Sportartikel	Elektronika- rtikel (einschl. Kameras)	Aktien, Versi- cherungen	Urlaubsunter- künfte (z. B. Zimmerreser- vierung in Hotels)	Andere Dienstleis- tungen für Urlaubsrei- sen (z. B. Fahrkarten)	Arzneimittel
	1 000	%									
Insgesamt	45 070	51	38	50	31	66	37	10	46	34	28
10 bis 15 Jahre	1 426	28	44	27	21	46	21	/	/	/	/
16 bis 24 Jahre	5 958	32	48	37	30	72	34	4	28	24	8
25 bis 44 Jahre	18 111	64	48	55	34	75	42	12	50	37	31
45 bis 64 Jahre	15 643	49	29	52	30	60	34	11	52	35	33
65 und älter	3 932	39	13	49	28	49	30	12	50	34	38
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹	31 311	55	41	52	32	69	40	11	52	37	29
Arbeitslose	1 562	48	33	37	30	59	30	/	17	20	28
Schüler/-innen und Studierende	3 220	34	50	47	33	70	35	5	27	31	10
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	7 551	48	22	49	26	58	30	10	44	29	37

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

7.3.5 Leinwände und Filmbesuche

Alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen **Filmwirtschaft** werden durch die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft erfasst und ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Filmstatistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.spio.de und zur Filmförderungsanstalt (FFA) unter www.ffa.de

	Einheit	2012	2013	2014
Leinwände	Anzahl	4 617	4 610	4 637
Sitzplätze	Anzahl	787 064	781 146	782 742
Filmbesuche insgesamt	Mill.	135,1	129,7	121,7
Filmbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	1,65	1,61	1,51
Durchschnittlicher Eintrittspreis	EUR	7,65	7,89	8,05
Bruttoeinnahmen	Mill. EUR	1 033,0	1 023,0	979,7
Filmabgabe	Mill. EUR	24,4	25,1	24,6
Nettoeinnahmen (einschl. Mehrwertsteuer)	Mill. EUR	1 008,6	997,9	955,1

Quelle: Filmförderungsanstalt

7.3.6 Filmproduktion

	2012	2013	2014
Spielfilme ¹ insgesamt	154	154	149
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	28	29	31
wertvoll	12	14	7
Dokumentarfilme	87	82	85
Deutsche Kurzfilme ² insgesamt	132	119	109
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	57	55	45
wertvoll	37	36	29
Deutsche Werbefilme ³	492	686	1 063

Der rapide Anstieg der deutschen Werbefilme im Jahr 2014 erklärt sich dadurch, dass vermehrt kleinere Kinostätten ihre gesamte Werbeanzahl melden. Außerdem ist die gesamte Werbezeit und Werbeanzahl insgesamt im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

- 1 Abendfüllende Filme, einschl. deutsch/ausländischer Koproduktionen sowie Kinder- und Jugendfilme.
- 2 Kultur-, Dokumentar-, Spiel- und Wirtschaftsfilme, die der Filmbewertungsstelle Wiesbaden vorgelegt wurden.
- 3 Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) geprüfte Filme.

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.

7.3 Mediennutzung

7.3.7 ARD und Landesrundfunkanstalten nach Ressorts 2014

	BR	HR	MDR	NDR/RB	RBB	SR/SWR	WDR	ARD
	Sendezeit in %							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Politik und Gesellschaft ..	19,0	23,1	28,7	51,5	37,2	33,9	55,7	36,6
Kultur und Wissenschaft ..	19,4	7,9	13,3	14,8	10,2	13,6	8,1	12,4
Religion	2,0	0,9	1,0	0,1	1,1	0,3	0,5	0,8
Sport	5,4	2,2	3,8	1,4	1,6	2,9	1,2	2,6
Fernsehspiel	13,6	5,4	9,8	4,3	11,9	4,2	4,7	7,4
Spielfilme	9,8	13,1	12,5	6,5	6,7	6,4	3,5	8,0
Unterhaltung	6,8	20,5	10,2	10,5	8,7	19,3	13,4	13,0
Musik	0,9	0,0	0,4	0,6	0,3	0,6	1,5	0,6
Familie	15,8	14,0	16,4	7,7	12,6	12,2	1,5	11,0
Bildung und Beratung	4,7	11,0	0,5	0,2	6,0	2,8	8,7	4,8
Spot/Überleitung	2,7	1,9	3,4	2,4	3,9	3,9	1,3	2,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.8 ZDF nach Sendeformaten 2014

	Sendezeit in %	Weitere Informationen finden Sie unter www.zdf.de
Insgesamt	100	
Information	42,3	
Fiction (ohne Kinderprogramm)	32,2	
Unterhaltung	8,6	
Sport	6,5	
Kinderprogramm	5,7	
Präsentation	2,2	
Werbung	1,2	
Übertragungen	0,7	
Konzert- und Bühnendarbietung	0,3	
Sonstiges	0,3	

Quelle: Zweites Deutsches Fernsehen

7.3.9 Marktanteile der Fernsehsender 2014

	%	Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de
RTL	13,3	
ARD Dritte ¹	12,5	
ARD Das Erste	12,4	
ZDF	10,3	
SAT 1	8,1	
Pro Sieben	5,5	
VOX	5,2	
kabel eins	3,9	
RTL II	3,8	
SUPER RTL	1,7	
KiKa	1,3	
Phoenix	1,2	
3SAT	1,1	
n-tv	1,1	
arte	1,0	
ZDFneo	1,0	
sixx	0,9	
ZDFinfo	0,7	
TV Rest	15,1	

Marktanteile im Tagesdurchschnitt.

1 Weitere 37 Sender.

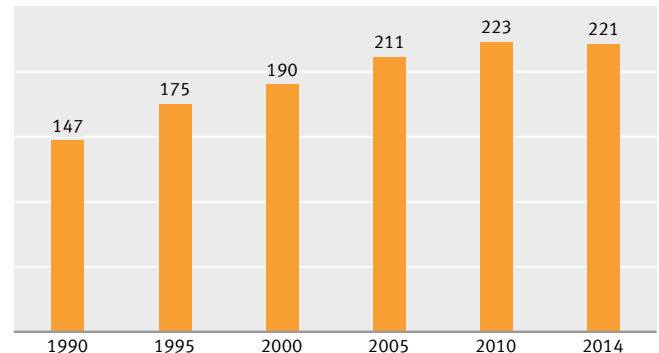
Quelle: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope

7.3.10 Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer nach Altersgruppen

	Zuschauer/-innen insgesamt	Davon im Alter von ... bis ...		
		3 – 13 Jahre	14 – 49 Jahre	50 Jahre und älter
	Minuten			
1995 ...	175	95	156	225
2000 ...	190	97	169	247
2001 ...	192	98	170	250
2002 ...	201	97	177	263
2003 ...	203	94	182	262
2004 ...	210	93	185	274
2005 ...	211	91	185	277
2006 ...	212	90	184	278
2007 ...	208	87	178	275
2008 ...	207	86	178	273
2009 ...	212	88	182	279
2010 ...	223	93	192	290
2011 ...	225	93	192	293
2012 ...	222	90	187	291
2013 ...	221	89	182	291
2014 ...	221	88	181	291

Quelle: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope, ab 2001 Fernsehpanel D+EU

Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer in Minuten



Quelle: Agf/GfK-Fernsehforschung

2015 - 01 - 0158

7.3 Mediennutzung

7.3.11 Landesrundfunkanstalten 2014

Jede der Landesrundfunkanstalten bietet in ihrem Sendegebiet mehrere Hörfunkprogramme an. Weitere Informationen finden Sie unter www.ard.de

	Insgesamt	Musiksendungen				Wortsendungen				Werbefunk
		zusammen	Rock-/Popmusik	Unterhaltungsmusik	Klassik	zusammen	Information und Service	Kultur und Bildung	Unterhaltung	
	Stunden	%	% der Musiksendungen		%	% der Wortsendungen			%	
Insgesamt	517 187	55,3	53,1	30,1	16,8	43,9	61,4	20,0	18,7	0,8
Bayerischer Rundfunk	54 754	53,3	40,0	30,0	30,0	46,0	74,0	18,4	7,6	0,7
Hessischer Rundfunk	52 726	60,5	60,7	20,3	19,0	38,3	68,1	13,8	18,1	1,1
Mitteldeutscher Rundfunk	64 785	61,3	35,9	54,4	9,6	38,0	74,9	8,9	16,2	0,7
Norddeutscher Rundfunk	73 404	27,3	59,2	17,6	23,2	72,4	52,4	16,4	31,2	0,3
Radio Bremen	35 040	53,6	61,4	22,7	15,9	45,2	60,9	32,8	6,3	1,2
Rundfunk Berlin-Brandenburg ..	65 380	48,7	89,1	7,5	3,4	50,3	43,4	27,1	29,5	1,0
Saarländischer Rundfunk	35 040	81,6	53,7	23,3	22,9	17,3	74,2	25,6	0,3	1,2
Südwestfunk	81 143	65,5	52,6	38,1	9,3	33,8	68,5	13,6	18,0	0,8
Westdeutscher Rundfunk	54 915	59,8	35,3	36,7	28,0	39,4	62,3	35,0	2,7	0,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.12 Deutsche Welle und Deutschlandradio 2014

Deutschlandradio mit seinen Programmen Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur sendet bundesweit. Die **Deutsche Welle** sendet Programme in fremden Sprachen sowohl in Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

	Deutsche Welle ¹		Deutschlandradio			
	fremdsprachiges Programm		Deutschlandradio Kultur		Deutschlandfunk	
	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%
Insgesamt	6 788	100	9 415	100	9 415	100
Wortsendungen ...	6 788	100	6 795	72	8 620	91
Musiksendungen ..	0	0,0	2 620	28	795	9

1 Bundesrundfunkanstalt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.1 Bundesfreiwilligendienst – Freiwillige im Mai 2015

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. 2010 wurden 78 387 Zivildienstleistende einberufen. 2009 waren es 90 514.

	Freiwillige		Davon		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	je 100 000 Einwohner/-innen ¹			unter 27		27 – 51		51 – 65		65 und mehr	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
Deutschland	35 849	44	16 486	19 363	11 258	13 027	2 607	3 512	2 405	2 677	216	147
Baden-Württemberg	4 418	42	2 205	2 213	1 876	1 921	223	222	89	64	17	6
Bayern	3 123	25	1 525	1 598	1 346	1 397	119	148	47	43	13	10
Berlin	1 233	37	565	668	268	346	121	177	165	138	11	7
Brandenburg	1 581	65	746	835	174	163	285	341	270	323	17	8
Bremen	322	49	147	175	104	139	24	22	18	14	1	0
Hamburg	771	44	330	441	277	368	30	58	22	15	1	0
Hessen	1 750	29	848	902	709	753	83	112	48	33	8	4
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 308	82	696	612	215	199	225	219	252	185	4	9
Niedersachsen	3 449	44	1 576	1 873	1 360	1 708	116	93	90	64	10	8
Nordrhein-Westfalen	7 824	45	3 572	4 252	3 173	3 829	244	277	134	137	21	9
Rheinland-Pfalz	1 119	28	491	628	403	504	55	92	28	30	5	2
Saarland	375	38	142	233	122	197	10	21	8	12	2	3
Sachsen	3 294	81	1 370	1 924	410	526	424	737	489	620	47	41
Sachsen-Anhalt	1 930	86	754	1 176	133	171	273	496	327	497	21	12
Schleswig-Holstein	1 222	43	552	670	479	577	49	58	21	30	3	5
Thüringen	2 130	99	967	1 163	209	229	326	439	397	472	35	23

Freiwillige im Dienst. – Stand: 29.5.2015.

1 Eigene Berechnung; Bevölkerungsstand: 31.12.2013 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand: 10.4.2014).

Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

7.4.2 Stiftungen 2014

Kernstück einer **Stiftung** ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt. Es ist dauerhaft der Realisierung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Stiftungs- und Errichtungsdichte beziehen sich jeweils auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die **Stiftungsdichte** entspricht der Bestandsdichte. Für die **Errichtungsdichte** werden die Stiftungsanerkennungen des jeweiligen Jahres in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt. Sie spiegelt die aktuelle Dynamik wider. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

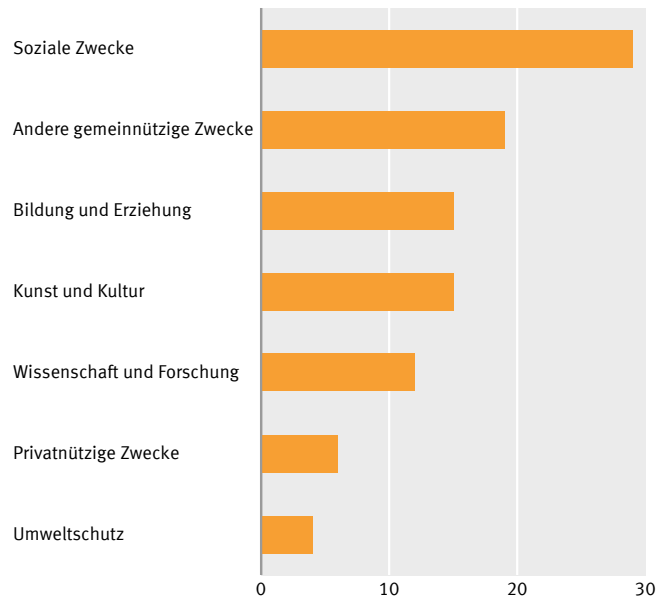
	Bestand	Errichtungen	Stiftungs- dichte ¹	Errichtungs- dichte ¹
Deutschland	20 784	691	25,7	0,86
Baden-Württemberg	3 128	103	29,4	0,97
Bayern	3 764	116	29,9	0,92
Berlin	845	30	24,7	0,88
Brandenburg	193	6	7,9	0,24
Bremen	328	6	49,9	0,91
Hamburg	1 337	34	76,6	1,95
Hessen	1 862	70	30,8	1,16
Mecklenburg-Vorpommern ..	161	6	10,1	0,38
Niedersachsen	2 152	60	27,6	0,77
Nordrhein-Westfalen	4 059	159	23,1	0,90
Rheinland-Pfalz	991	38	24,8	0,95
Saarland	173	2	17,5	0,20
Sachsen	487	21	12,0	0,52
Sachsen-Anhalt	274	8	12,2	0,36
Schleswig-Holstein	737	16	26,2	0,57
Thüringen	293	16	13,6	0,74

Verteilung nach dem Sitz der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts. – Ergebnisse einer Umfrage bei den Stiftungsaufsichtsbehörden 2015 und eigener Berechnungen.

1 Bezogen auf 100 000 Einwohner/-innen; Bevölkerungsstand: 31.12.2013 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand: 10.4.2014).

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts 2015
nach Stiftungszweckhauptgruppen, in %



Gewichtete Verteilung nach Stiftungszweckhauptgruppen.

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Datenbank Deutsche Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e.V., Stand: 4.5.2015

2015 - 01 - 0160

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.3 Seelsorge der evangelischen und katholischen Kirchen

	Beratungsstellen insgesamt	Anrufe bzw. Erstanfragen ¹				Beratung suchende Personen		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		zusammen	Telefon	E-Mail	Chat	männlich	weiblich	unter 20	20 – 30	30 – 45	45 – 65	65 und mehr
2008 ...	105	2 264 419	2 257 000	4 031	3 388	22	47	21	19	14	15	6
2009 ...	105	2 185 652	2 177 000	4 279	4 373	22	63	19	20	14	15	7
2010 ...	106	2 020 142	2 012 000	3 744	4 398	22	44	19	21	13	17	9
2011 ...	106	2 016 510	2 007 000	3 054	6 456	19	63	16	22	13	18	12
2012 ...	106	2 015 933	2 004 500	3 933 ³	7 501	24	47	16	8	{ ————— 76 ⁴ ————— }		
2013 ...	108	2 313 813	2 300 000	5 991 ³	7 822	27	45	15	8	{ — 70 ⁴ — }		
2014 ...	106	1 901 979	1 886 876	6 011 ³	9 092	34	66	7	8	{ ————— 73 ⁴ ————— }		

1 Telefonanrufe generell und Erstanfragen per Telefon können leider nicht unterschieden werden. Bei E-Mail und Chat wurden nur die Erstanfragen aufgenommen.

2 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Geschlecht bzw. Alter ergibt die Summe der Prozente nicht 100.

3 Im Jahr 2012: Folgemails 16 392. Im Jahr 2013: Folgemails 15 315.

4 Wegen geänderter Altersklassifizierung nur als Summe verfügbar.

Quelle: Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V.

7.5 Sport

7.5.1 Landessportbünde und Mitgliedschaften 2014

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wurde als Nachfolgeorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) gegründet. Die Angaben in den Tabellen 7.5.1 bis 7.5.3 beruhen auf Erhebungen des DOSB. Weitere Informationen finden Sie unter www.dosb.de

	Vereine	Aktive und passive Mitgliedschaften			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
Deutschland	90 802	23 691 030	60,1	39,9	23,0	18,5	13,8	44,7
Baden-Württemberg	11 399	3 714 517	60,0	40,0	23,0	18,0	12,9	46,1
Bayern	12 044	4 334 386	61,8	38,2	21,9	21,4	14,4	42,3
Berlin	2 427	607 809	63,6	36,4	21,9	19,4	17,1	41,6
Brandenburg	2 967	323 781	62,2	37,8	24,6	16,5	14,8	44,0
Bremen	414	162 773	60,6	39,4	23,4	16,1	13,5	46,9
Hamburg	802	574 655	58,8	41,2	19,3	15,6	19,0	46,1
Hessen	7 754	2 039 871	59,1	40,9	22,0	17,2	13,8	47,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 906	238 622	61,1	38,9	26,3	16,2	15,2	42,3
Niedersachsen	9 675	2 693 126	56,5	43,5	24,0	18,4	12,4	45,2
Nordrhein-Westfalen	19 292	5 076 115	60,9	39,1	24,1	18,4	13,3	44,1
Rheinland-Pfalz ¹	6 281	1 439 927	60,4	39,6	21,4	18,5	13,6	46,4
Saarland	2 116	377 507	60,3	39,7	20,0	17,6	13,8	48,6
Sachsen	4 533	611 345	60,1	39,9	25,0	15,2	15,9	43,9
Sachsen-Anhalt ¹	3 142	336 620	60,6	39,4	22,7	15,1	14,8	47,3
Schleswig-Holstein	2 616	793 834	55,4	44,6	26,6	18,1	11,9	43,5
Thüringen	3 434	366 142	62,7	37,3	21,8	16,1	15,9	46,2

1 Einschl. Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport
7.5.2 Spitzenverbände und Mitgliedschaften 2014

	Aktive und passive Mitgliedschaften ¹			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 15		15 – 27		27 – 41		41 und mehr	
				männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	%									
Insgesamt ¹²	25 546 797	61,4	38,6	13,0	9,8	11,6	6,7	8,7	5,0	28,1	17,1
Fußball	6 851 892	84,1	15,9	19,8	4,9	19,7	3,6	13,9	2,1	30,6	5,3
Turnen	5 018 819	31,2	68,8	12,6	19,1	3,6	7,9	2,5	8,8	12,6	33,0
Tennis	1 445 117	59,4	40,6	9,9	7,1	9,9	7,7	6,5	4,3	33,1	21,5
Schützen	1 373 890	75,8	24,2	3,2	1,6	9,0	3,8	9,4	3,5	54,2	15,3
Alpenverein	1 010 721	59,3	40,7	5,5	4,9	8,7	6,2	10,2	7,5	34,9	22,1
Leichtathletik	834 887	49,4	50,6	14,2	16,5	8,7	9,5	4,7	5,1	21,8	19,5
Handball	786 748	62,6	37,4	15,9	12,0	17,2	12,3	8,6	5,1	20,9	8,0
Reiten	697 067	23,6	76,4	2,4	20,0	2,6	23,8	2,7	13,4	15,9	19,3
Sportfischen	671 544	96,2	3,8	3,6	0,3	13,2	0,4	16,6	0,7	62,8	2,4
Golf	637 735	62,7	37,3	3,0	1,5	5,4	2,0	7,4	3,5	46,9	30,3
Behindertensport	633 278	41,3	58,7	2,7	2,2	3,0	2,8	3,7	5,5	31,9	48,2
Tischtennis	588 547	79,2	20,8	12,9	4,1	17,3	4,7	12,3	3,2	36,8	8,7
Schwimmen	565 702	48,5	51,5	24,2	24,8	7,5	7,4	3,8	4,3	13,0	15,1
Ski	564 686	55,6	44,4	9,6	8,7	10,3	8,1	6,5	5,5	29,2	22,0
DLRG	551 867	53,7	46,3	20,4	19,8	11,5	10,4	5,9	5,3	15,9	10,9
Volleyball	446 177	48,3	51,7	4,4	9,2	9,4	17,9	10,3	9,8	24,2	14,8
Tanzen	217 085	31,6	68,4	2,4	23,1	3,7	12,9	3,9	6,8	21,5	25,6
Badminton	200 271	61,6	38,4	10,4	8,2	15,7	12,3	12,2	6,8	23,3	11,1
Basketball	192 164	73,0	27,0	21,0	8,5	26,4	9,8	13,7	4,0	12,0	4,7
Segeln	186 808	73,1	26,9	5,7	3,4	8,6	4,4	8,6	3,2	50,2	15,8
Karate	165 859	64,9	35,1	29,2	16,4	13,6	7,9	7,5	4,3	14,5	6,5
Judo	161 164	71,8	28,2	41,3	17,0	15,3	6,5	6,7	2,3	8,5	2,4
Radsport	138 181	73,3	26,7	6,3	5,1	10,9	4,5	11,0	3,5	45,1	13,6
Kanu	119 392	63,9	36,1	8,2	5,2	11,4	6,1	8,5	5,1	35,7	19,8
Moderner Fünfkampf	109 825	40,4	59,6	12,0	13,6	7,3	5,8	3,7	8,0	17,3	32,3
Motoryacht	108 900	71,9	28,1	2,7	1,9	4,2	2,2	6,4	2,6	58,6	21,3
Aero	101 684	91,2	8,8	1,7	0,6	10,5	1,7	17,8	2,7	61,2	3,8
Kegeln	96 579	73,4	26,6	3,0	1,4	9,4	3,6	10,8	4,1	50,2	17,5
Schach	90 382	92,3	7,7	14,3	2,7	16,7	2,1	10,4	0,9	50,9	1,9
Rudern	82 597	66,6	33,4	6,3	3,1	13,7	6,2	9,4	5,5	37,2	18,7
Hockey	81 189	57,9	42,1	23,4	21,4	13,6	10,3	6,6	3,6	14,3	6,7
Boxsport	71 733	81,9	18,1	14,9	3,6	33,8	7,3	16,5	3,3	16,8	3,9
Ringen	64 270	80,1	19,9	17,0	4,5	16,5	3,3	10,7	2,9	35,9	9,3
Sporttauchen	62 790	69,4	30,6	5,5	4,1	10,6	5,8	12,4	6,4	41,0	14,2
Taekwondo	54 871	63,6	36,4	33,6	20,5	15,7	9,4	6,2	3,3	8,1	3,3
Triathlon	53 788	70,4	29,6	5,1	4,1	9,2	5,1	18,4	8,8	37,6	11,6
Ju-Jitsu	52 992	67,1	32,9	23,7	13,7	17,9	8,8	11,6	4,5	13,9	5,8
American Football	50 552	64,4	35,6	10,7	14,0	33,6	15,3	13,5	4,0	6,5	2,4
Snowboard	37 839	55,6	44,4	9,8	8,8	10,5	8,5	6,6	5,7	28,7	21,4
Billard	35 210	89,7	10,3	2,3	0,6	13,6	1,9	25,6	3,5	48,2	4,4
Rollsport	34 196	54,5	45,5	12,0	19,1	15,3	9,6	11,7	7,0	15,4	9,8
Eisstockschießen	28 894	85,0	15,0	2,1	0,5	11,6	2,3	10,6	2,2	60,8	10,0
Eishockey	28 071	90,7	9,3	35,4	3,3	34,5	4,0	15,2	1,3	5,7	0,6
Fechten	25 943	64,5	35,5	23,7	12,6	17,6	11,2	7,5	4,2	15,8	7,5
Gewichtheben	24 632	72,7	27,3	3,3	1,3	20,9	5,3	15,9	6,0	32,6	14,7
Baseball/Softball	23 364	79,1	20,9	9,8	2,2	42,2	10,0	23,9	7,5	3,3	1,1
Motorsport	22 767	93,7	6,3	7,1	0,6	23,2	2,4	20,7	1,5	42,7	1,8
Boccia, Boule	19 309	71,4	28,6	1,7	1,0	5,2	2,0	5,9	2,6	58,7	23,0
Kraftdreikampf	19 050	67,1	32,9	2,2	1,5	23,1	7,0	15,2	6,3	26,5	18,2
Eislaufen	18 293	17,9	82,1	9,6	51,0	2,4	17,1	1,2	6,1	4,7	8,0
Sportakrobatik	14 160	26,4	73,6	9,7	41,0	5,2	12,9	2,7	5,6	8,7	14,2
Rugby	13 985	84,7	15,3	18,1	3,3	29,0	4,7	18,0	3,9	19,5	3,4
Squash	11 756	73,7	26,3	5,6	2,9	15,7	8,0	17,1	7,3	35,3	8,1

1 Einschl. Mitglieder, die nicht in den Zahlen der Landessportbünde enthalten sind. – Ranking der Spitzenverbände nach Zahl der Mitglieder.

2 „Insgesamt“ umfasst auch „sonstige Sportarten von Spitzenverbänden, deren Mitgliederanzahl unter 10 000 Personen beträgt. Zum Beispiel: Dart, Minigolf oder Gehörlosensport.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.3 Deutsches Sportabzeichen 2014

Landessportbund	Insgesamt	Jugend	Erwachsene	Darunter Menschen mit Behinderungen		
				Insgesamt	Jugend	Erwachsene
Deutschland	790 258	584 286	205 972	7 274	4 206	3 068
Baden-Württemberg ¹	85 749	57 173	28 576	334	128	206
Bayern	90 818	70 189	20 629	669	225	444
Berlin	20 127	16 693	3 434	275	181	94
Brandenburg	6 150	4 966	1 184	48	44	4
Bremen	3 863	2 632	1 231	26	0	26
Hamburg	4 223	2 566	1 657	74	58	16
Hessen	61 261	47 573	13 688	168	93	75
Mecklenburg-Vorpommern	5 644	3 665	1 979	5	3	2
Niedersachsen	130 241	90 957	39 284	2 688	1 814	874
Nordrhein-Westfalen	227 308	167 332	59 976	1 340	423	917
Rheinland-Pfalz ²	52 594	39 587	13 007	59	7	52
Saarland	9 874	7 700	2 174	43	24	19
Sachsen	22 755	18 423	4 332	328	313	15
Sachsen-Anhalt	26 923	25 516	1 407	702	663	39
Schleswig-Holstein	25 327	15 125	10 202	403	131	272
Thüringen	17 401	14 189	3 212	112	99	13

Stand: 30.9.2014.

1 Beinhaltet Baden Nord, Baden Süd und Württemberg.

2 Beinhaltet Pfalz, Rheinhessen und Rheinland.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.4 Förderleistung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

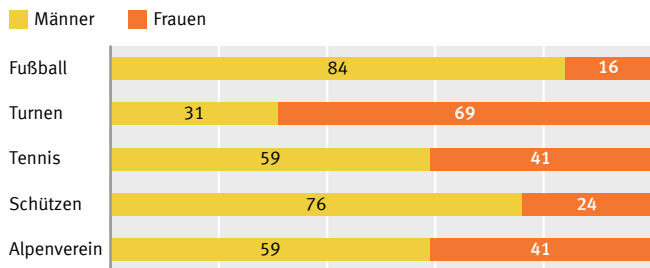
Die 1967 gegründete **Stiftung Deutsche Sporthilfe** unterstützt erfolgreich den Nachwuchs- und Spitzensport in Deutschland. Aktuell werden rund 3 800 Athleten aus fast allen olympischen Disziplinen, traditionsreichen nicht olympischen Sportarten sowie dem Behinderten- und Gehörlosensport materiell und ideell unterstützt. Weitere Informationen finden Sie unter www.sporthilfe.de

	Geförderte Athleten/ Athletinnen	Verbandsspezifische Förderleistungen										
		insgesamt	Deutscher Leichtathletikverband	Deutscher Schwimmverband	Deutscher Ruderverband	Deutscher Fechter-Bund	Deutscher Ski-Verband	Bund Deutscher Radfahrer	Deutscher Kanu-Verband	Deutscher Turner-Bund	Deutscher Schützen-Bund	Deutscher Hockey-Bund
	Anzahl	1 000 EUR										
2010	3 660	10 013	518	674	680	345	749	413	552	279	396	496
2011	3 360	11 609	724	641	856	480	683	443	501	338	365	859
2012	3 523	11 749	696	652	939	380	682	478	591	409	466	638
2013	3 591	11 890	705	659	862	383	610	503	532	392	339	724

Quelle: Stiftung Deutsche Sporthilfe

Vereinsmitglieder in ausgewählten Sportarten 2014

in %



Ranking nach Zahl der Mitglieder.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

2015 - 01 - 0161

7.5 Sport

7.5.5 Medaillenspiegel bei den Olympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
London 2012			
Insgesamt	11	19	14
Leichtathletik	1	4	3
Schwimmen	–	1	–
Turnen/RSG/Trampolin	–	3	–
Rudern	2	1	–
Judo	–	2	2
Radsport	1	3	1
Kanu	3	2	3
Fechten	–	1	1
Tischtennis	–	–	2
Reiten	2	1	1
Hockey	1	–	–
Mountainbike	–	1	–
Taekwondo	–	–	1
Beachvolleyball	1	–	–
Sotschi 2014			
Insgesamt	8	6	5
Rodeln	4	1	–
Skispringen	2	–	–
Ski Alpin	1	1	1
Nordische Kombination	1	1	1
Biathlon	–	2	–
Snowboard	–	1	1
Langlauf	–	–	1
Eiskunstlauf	–	–	1

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.6 Medaillenspiegel bei den Paralympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
London 2012			
Insgesamt	18	26	22
Leichtathletik	5	3	10
Radsport	4	7	3
Schwimmen	2	7	3
Reiten	2	3	2
Tischtennis	2	1	1
Judo	2	–	1
Rollstuhlbasketball	1	–	–
Segeln	–	2	–
Schießen	–	1	1
Rudern	–	1	–
Rollstuhlfechten	–	1	–
Sitzvolleyball	–	–	1
Sotschi 2014			
Insgesamt	9	5	1
Ski Alpin	6	4	1
Biathlon	2	1	–
Langlauf	1	–	–

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

7.5 Sport

7.5.7 Olympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	110	35	31,8	26	10	10	6
Lillehammer 1994	112	33	29,5	24	9	7	8
Nagano 1998	125	47	37,6	29	12	9	8
Salt Lake City 2002	149	67	45,0	36	12	16	8
Turin 2006	153	61	39,9	29	11	12	6
Vancouver 2010	150	57	38,0	30	10	13	7
Sotschi 2014	153	77	50,3	19	8	6	5
Sommerspiele							
Barcelona 1992	489	164	33,5	82	33	21	28
Atlanta 1996	479	191	39,9	65	20	18	27
Sydney 2000	444	196	44,1	56	13	17	26
Athen 2004	449	195	43,4	49	13	16	20
Peking 2008	421	188	44,7	41	16	10	15
London 2012	391	176	45,0	44	11	19	14

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.8 Paralympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	38	.	.	38	12	17	9
Lillehammer 1994	43	.	.	64	25	21	18
Nagano 1998	41	8	19,5	44	14	17	13
Salt Lake City 2002	26	4	15,4	33	17	1	15
Turin 2006	35	5	14,3	18	8	5	5
Vancouver 2010	21	6	28,6	24	13	5	6
Sotschi 2014	13	6	46,2	15	9	5	1
Sommerspiele							
Barcelona 1992	237	.	.	171	61	51	59
Atlanta 1996	227	77	33,9	149	40	58	51
Sydney 2000	251	66	26,3	95	16	41	38
Athen 2004	210	69	32,9	78	19	28	31
Peking 2008	174	66	37,9	59	14	25	20
London 2012	150	61	40,7	66	18	26	22

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

Methodik

Dieses Kapitel präsentiert die wichtigsten Daten für den Bereich Kultur, Medien und Freizeit. Eine bundeseinheitliche Statistik zu diesem Themengebiet existiert bisher nicht. Um dennoch einen möglichst umfassenden Überblick zu geben, sind im Folgenden unterschiedliche Statistiken zusammengestellt. Sie stammen aus den Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

Für das Themengebiet Kultur sind Statistiken dargestellt, die den Kulturbereichen gemäß der europäischen Kulturdefinition zugeordnet werden. Zusätzlich werden in diesem Kapitel Informationen zu Sport, bürgerschaftlichem Engagement, Seel- sorge und privater Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlicht.

■ Kulturstätten

Museen

Die statistische Erhebung wird jährlich bei allen Museen in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Museumsforschung durchgeführt. Die Erhebung ist freiwillig und umfasst u. a. Fragen zu den Besuchszahlen, Öffnungszeiten und Eintrittspreisen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de/ifm

Theater

Die Theaterstatistik wird jährlich vom Deutschen Bühnenverein, dem Bundesverband der Theater und Orchester, herausgegeben. Sie enthält Daten zu öffentlichen und privaten Theatern, Kulturorchestern und Festspielunternehmen in Deutschland sowie zu Theatern in Österreich und der Schweiz. Erfasst werden für jeden einzelnen Betrieb u. a. Angaben zu Veranstaltungen, Besucherinnen und Besuchern, Personal und Finanzen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.buehnenverein.de

Buchproduktion

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. gibt einen aktuellen und umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels (Kennzahlen, Daten zur Buchproduktion und -distribution). Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.boersenverein.de

Bibliotheken

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) ist die einzige, alle Bibliothekssparten umfassende und auf einheitlichen Definitionen basierende nationale Statistik für den Bereich der Bibliotheken. Für die Erstellung der DBS ist das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) zuständig. Die Durchführung und Auswertung von Erhebungen sowie die Betreuung der Statistik verantwortet das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen. Die DBS enthält Angaben der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland zu den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Finanzen und Personal. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

Staatliche Archive

Die Angaben über die staatlichen Archive des Bundes und der Länder werden vom Bundesarchiv auf Grundlage einer Abfrage zusammengestellt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Musikschulen

Die Informationen hierzu beruhen auf Unterlagen des Verbandes Deutscher Musikschulen. Der Verband Deutscher Musikschulen (VdM) ist der Fach- und Trägerverband der öffentlichen gemeinnützigen Musikschulen in Deutschland. Er engagiert sich als Fachpartner für die bundesweite Entwicklung und Umsetzung musikalischer Jugend- und Erwachsenenbildung und vertritt die gemeinsamen Belange der öffentlichen Musikschulen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter www.musikschulen.de

Deutscher Chorverband

Der Mitgliederbestand des Deutschen Chorverbandes e. V. wird jährlich bei allen zugehörigen Vereinen ermittelt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.deutscher-chorverband.de

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Ihre Statistiken bieten u.a. Informationen zur Entwicklung der Versicherungszahlen nach Berufsgruppen, Geschlecht, Alter und Einkommen sowie zur Entwicklung des Haushaltsvolumens und des Bundeszuschusses. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.kuenstlersozialkasse.de

UNESCO-Welterbestätten in Deutschland

1972 hat die UNESCO das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbekonvention) verabschiedet. Demnach sollen die Verantwortung und der Schutz eines Kultur- oder Naturgutes mit universellem Wert nicht allein in der Hand des Staates liegen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, sich an diesen Aufgaben unterstützend zu beteiligen. Ein zwischenstaatlich eingerichtete Komitee prüft jährlich, welche Kultur- oder Naturstätten neu in die Liste des „Welterbes“ aufgenommen werden. Dazu müssen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Stätten die festgelegten Kriterien der „Einzigartigkeit“ und der „Authentizität“ (historische Echtheit) eines Kulturdenkmals oder der „Integrität“ einer Naturerbestätte erfüllen. Ebenso muss neben dem aktuellen „Erhaltungszustand“ auch ein Erhaltungsplan vorgelegt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.unesco.de

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Die vorliegenden Informationen stammen vom Goethe-Institut e.V. Die Zentrale in München berät, koordiniert und sichert die Qualität der Arbeit im Ausland. Hier werden alle Daten ausgewertet, die im weltweiten Netzwerk des Goethe-Instituts generiert werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

■ Kulturausgaben

Öffentliche Ausgaben für Kultur

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur werden nach dem „Grundmittelkonzept“ abgegrenzt. Bei den „Grundmitteln“ handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich, Krediten und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

Die Datenbasis für die Berechnung der Kulturausgaben bildet die Jahresrechnungstatistik der staatlichen Haushalte sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Informationen zur Methodik dieser Statistiken finden Sie im Kapitel „Finanzen und Steuern“ und in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Die Kennzahl „Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner“ gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Bundesland (einschließlich der Gemeinden/ Zweckverbände) aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen zur Berechnung der öffentlichen Kulturausgaben enthält der „Kulturfinanzbericht“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, unter www.destatis.de/publikationen als Download abrufbar.

Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), einer jährlichen Erhebung im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Bei den LWR handelt es sich um eine Stichprobe, für die jährlich bundesweit 8 000 Haushalte freiwillig zu ihren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, ihren privaten Konsumausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die LWR wurden am jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Weitere Informationen zur Methodik der LWR-Erhebung finden Sie im Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“ und dem Qualitätsbericht (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Mediennutzung

Die Erhebung zur **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten** bildet die Basis für europaweit vergleichbare Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie zu Art und Umfang der Nutzung von Computer und Internet. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Ausstattung mit IKT und verschiedene Nutzungsaspekte des Internets bei den Haushaltmitgliedern. Ergänzend werden soziodemografische Merkmale erfasst.

Hauptnutzer auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft. Nationale Hauptnutzer sind die Bundesministerien und die amtliche Statistik.

Nationale Rechtsgrundlage ist das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22.12.2005 (BGBl. I S. 3685). Europäische Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 (ABl. EU Nr. L 283 S. 31), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Die methodische Konzeption der IKT-Erhebung folgt den in der europäischen Rechtsgrundlage festgelegten methodischen Vorgaben. Allgemeines Ziel der Vorgaben ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Auskunftserteilung erfolgt bei der IKT-Erhebung schriftlich. Die Erhebung wird dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Befragten erhalten die Fragebogen auf postalischem Weg vom jeweiligen Statistischen Landesamt und füllen sie selbstständig aus. Jeder Haushalt füllt einen Haushaltsfragebogen und jedes Haushaltsmitglied im Alter ab 10 Jahren (Stichtag für das Erhebungsjahr 2014: 31.12.2013) einen Personenfragebogen aus. Die Befragung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als repräsentative Quotenstichprobe mit bundesweit 12 000 Haushalten durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse des Erhebungsjahres 2014 wurden auf Basis des Mikrozensus 2013 auf die Grundgesamtheiten von ca. 40,1 Millionen Haushalten und ca. 74,3 Millionen Personen ab 10 Jahren frei hochgerechnet und mittels einer nichtlinearen Regressionsschätzung an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst. Der Mikrozensus 2013 berücksichtigte noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus.

Der Bezugszeitraum umfasst die letzten drei Monate (bei einigen Merkmalen die letzten zwölf Monate) vor der Erhebung. Der Erhebungszeitraum der IKT-Erhebung umfasst die Monate April und Mai des gleichen Jahres.

Weitere Informationen zur Methodik der IKT-Erhebung finden Sie in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Filmwirtschaft

Die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) erfasst alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft, wertet sie aus und stellt die Ergebnisse im Filmstatistischen Jahrbuch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter www.spio.de, ergänzende Angaben zur Filmförderungsanstalt (FFA) und zum Deutschen Filmförderfonds (DFFF) sind erhältlich unter www.ffa.de

Fernsehen

Auf ihren Internetseiten veröffentlicht die ARD Mediadaten und statistische Informationen über das Erste Deutsche Fernsehen, die Dritten Fernsehprogramme und die Partnerprogramme PHOENIX, Ki.KA, 3sat und ARTE. Die Programmstatistiken werden nach verschiedenen Kriterien systematisiert. Darüber hinaus stellt die ARD ihre Finanz- und Werbestatistik ins Netz. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) veröffentlicht seine Programm-, Finanz- und Unternehmensdaten im Netz. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de/intern bzw. www.zdf.de

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) ist der Zusammenschluss der Sender ARD, ProSiebenSat.1 Media AG, der Mediengruppe RTL Deutschland und ZDF zur gemeinsamen Durchführung und Weiterentwicklung der kontinuierlichen quantitativen Erfassung der Nutzung von Bewegtbildinhalten in Deutschland, einschließlich der Erhebung und Auswertung der Daten. Das AGF-Fernsehpanel umfasst 5 000 täglich berichtende Haushalte (Berichtsbasis Fernsehpanel D+EU), in denen fast 10 500 Personen leben. Damit wird die Fernsehnutzung von 72,2 Millionen Personen ab 3 Jahren bzw. 36,7 Millionen Fernsehhaushalten abgebildet (Stand: 1.1.2014). Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de

Hörfunk

Die ARD veröffentlicht in ihrem Jahrbuch jährlich eine statistische Übersicht über die Hörfunkprogramme aller ARD-Rundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR, WDR und Deutsche Welle) und des Deutschlandradios. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de

■ Bürgerschaftliches Engagement

Bundesfreiwilligendienst

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer aller Generationen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. Er fördert damit das lebenslange Lernen; jungen Freiwilligen bietet er die Chance, praktische und soziale Kompetenzen zu erwerben und erhöht für benachteiligte Jugendliche die Chancen des Einstiegs in ein geregelteres Berufsleben. Ältere Freiwillige werden ermutigt, ihre bereits vorhandenen Kompetenzen sowie ihre Lebens- und Berufserfahrung einzubringen und weiterzuvermitteln. Die Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes erfolgt arbeitsmarktneutral. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesfreiwilligendienst.de

Stiftungen

Die Informationen über deutsche Stiftungen aller Rechtsformen werden in der umfassenden „Datenbank Deutscher Stiftungen“ erfasst. Diese Datenbank des Bundesverbands Deutscher Stiftungen – der Dachverband der Stiftungen – ermöglicht Analysen, Studien und Trendaussagen über das Stiftungswesen in Deutschland. Neben der eigenen Recherche, ist die Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens Grundlage der Daten. Da die Beantwortung der Fragen freiwillig ist, sind die Informationen über die einzelnen Stiftungen unterschiedlich umfangreich. Seit 1991 werden Daten zu Stiftungen systematisch erfasst. Ende 2014 existierten 20 784 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Einen Überblick geben die aktuellen Publikationen „Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen“ und „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“, die im Oktober 2014 erschienen sind.

Methodik

Die individuelle Gestaltungsfreiheit für Stiftungen in Deutschland äußert sich in einer Vielfalt an Formen, Typen und einer großen Heterogenität, so dass dieses Segment nur unzureichend statistisch erfasst werden kann. Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen in den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie im Umweltschutz. Für die Abbildung der Stiftungstätigkeit wurden in Anlehnung an die §§ 52-54 AO, 42 Bereiche definiert, die zu 7 Hauptgruppen zusammengefasst wurden. Neben den oben genannten sind dies die „Anderen gemeinnützigen Zwecke“ und die „Privatnützigen Zwecke“. Rund zwei Drittel der Stiftungen geben mehr als einen Einzelzweck an, etwa die Hälfte ist in mehreren Schwerpunktbereichen tätig. Die Nennung von mehreren Einzelzwecken innerhalb einer Hauptgruppe führt zur einmaligen Zählung in dieser Hauptgruppe. Dies gleicht die unterschiedliche Zahl der Einzelzwecke in den Hauptgruppen aus, sodass Letztere gleichbehandelt werden. Die Nennung von mehreren Zwecken, die in verschiedenen Hauptgruppen liegen, führt zu gleichverteilten Anteilen. Ein Beispiel: Eine Stiftung gibt Medizin, Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung an. Es werden 0,5 für Wissenschaft und Forschung (Medizin) und 0,5 für andere gemeinnützige Zwecke (Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung) gezählt.

Stiftungen finden sich in Deutschland flächendeckend, doch gibt es erkennbare regionale Konzentrationen. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

Telefonseelsorge

Die Telefonseelsorge ist eine bundesweite Organisation. Umfassend ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielseitigen Lebens- und Berufskompetenzen stehen Ratsuchenden in 106 Telefonseelsorgestellen vor Ort zur Verfügung. Träger sind die Evangelische Kirche (www.ekd.de; www.diakonie.de) und die Katholische Kirche (www.dbk.de). Seit 1997 besteht eine Partnerschaft zwischen der Telefonseelsorge in Deutschland und der Deutschen TelekomAG, die sämtliche Gebühren für die unter den Sonderrufnummern geführten Gespräche trägt. Weitere Informationen finden Sie unter www.telefonseelsorge.de

■ Sport

Die Angaben zum Sport beruhen auf Erhebungen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und der Deutschen Sporthilfe. Daten über Förderleistungen der Deutschen Sporthilfe für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowie Angaben über die Teilnahme und Medaillengewinne bei Olympischen Spielen stellen den Bereich des Leistungs- bzw. Spitzensports dar. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de und www.sporthilfe.de

Olympische Spiele

Die Olympischen Spiele sind Wettkämpfe zwischen Athletinnen und Athleten in Einzel- oder Mannschaftswettbewerben, nicht zwischen Ländern. Die teilnehmenden Aktiven werden von ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) ausgewählt. In Deutschland übernimmt der Deutsche Olympische Sportbund seit 2006 diese Funktion. Die Meldungen der Aktiven werden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) entgegengenommen. Die Wettkämpfe finden unter der fachlichen Leitung der jeweiligen internationalen Fachverbände statt. Die Olympischen Spiele bestehen aus den Spielen der Olympiade und den Olympischen Winterspielen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Paralympische Spiele

Das Internationale Paralympic Komitee (IPC) wurde 1989 gegründet und ist eine der größten Sportorganisationen der Welt. Es repräsentiert eine große Zahl der Aktiven mit Behinderung und sorgt für vergleichbare Bedingungen des Leistungssports der Behinderten und Nicht-Behinderten. Eine Vereinbarung zwischen dem IOC und dem IPC garantiert seit 2001 die Durchführung der Paralympics. Sie sichert ferner, dass die Paralympics seit 2008 kurz nach den Olympischen Spielen und in den gleichen Wettkampfstätten und Einrichtungen wie die Olympischen Spiele stattfinden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Glossar

Bibliotheken | Die Bibliothek ist eine Einrichtung in öffentlicher, privater oder kirchlicher Trägerschaft, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Informationen für die Benutzerinnen und Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht. Die Palette der Dienstleistungen reicht vom Buch in gedruckter oder digitalisierter Form über Zeitungen, Zeitschriften, Tonträger und Bildmaterial bis hin zum Internetzugang für Online-Recherchen. Indem sie ihre Bestände zur Verfügung stellen und archivieren, dienen Bibliotheken der Versorgung der breiten Öffentlichkeit (öffentliche Bibliotheken) und der Forschung (wissenschaftliche Bibliotheken) mit Literatur und Informationen.

Breitbandanschluss | Haushalte mit Breitbandanschluss nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgelundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Buchproduktion | Daten zur Buchproduktion (Titelproduktion) werden anhand der im „Wöchentlichen Verzeichnis der Deutschen Bibliographie“ angezeigten Titel erstellt. Dabei werden nur Veröffentlichungen berücksichtigt, die im Buchhandel erhältlich sind.

Bürgerschaftliches Engagement | Als „Bürgerschaftliches Engagement“ gilt nach Definition des Deutschen Bundestages eine Tätigkeit, die freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und gemeinwohlorientiert ist. Das Engagement findet im öffentlichen Bereich statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.

Computer | Der Begriff „Computer“ umfasst sowohl stationäre Computer (PC) als auch mobile Computer (z. B. Laptop/Notebook, Netbook, Tablet).

DOSB | Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ist die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports. Er wurde am 20.5.2006 durch den Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Landessportbünde, olympische und nicht-olympische Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderen Aufgaben (z.B. der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband) sowie IOC- und persönliche Mitglieder. Er umfasst Breitensport bis Spitzensport und ist die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Goethe-Institut | Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Bildungsangebote ermöglichen Mobilität in einer weltweiten Lerngemeinschaft. Mit einem Netzwerk aus Goethe-Instituten, Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren nimmt das Goethe-Institut seit über sechzig Jahren weltweit zentrale Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahr.

Haushalte | Als Haushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften und in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Nicht zum Haushalt gehören Untermieterinnen und Untermieter, Gäste sowie Hausangestellte.

Haushaltstyp | Die Haushalte werden unterschieden durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren mit zusätzlich mindestens einem Kind (Person unter 16 Jahren) oder ohne Kind.

Internetzugang/-nutzung | In der Erhebung „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ (IKT-Erhebung) werden als Haushalte mit Internetzugang alle Haushalte erfasst, die einen Internetzugang zu Hause besitzen – unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Die Internetnutzung von Personen ist dagegen nicht ortsgelunden und umfasst auch die Nutzung außerhalb von zu Hause (z. B. Arbeitsplatz, Schule/Universität, Flughafen, Hotel).

Kauf/Bestellungen von Waren oder Dienstleistungen über das Internet | Unter Kauf oder Bestellungen über das Internet wird der Erwerb von Waren und Dienstleistungen auf elektronischem Weg über das Internet verstanden (z. B. über die Webseite der Verkäuferin bzw. des Verkäufers oder über einen Web-/Onlineshop). Nicht erforderlich ist hierbei die Bezahlung oder die Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung auf elektronischem Weg.

Künstlersozialkasse | In Deutschland besteht ein umfassender Sozialversicherungsschutz für Künstlerinnen und Künstler. Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Selbstständig erwerbstätige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten werden seit 1983 als Pflichtversicherte über die Künstlersozialkasse in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften aller Haushaltsmitglieder abzüglich Steuern und Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch 12.

Museen | Die Museumsstatistik erfasst alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen (Museen, Museumseinrichtungen bzw. -komplexe, Ausstellungshäuser), bei denen eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden ist.

Musikschulen | Musikschulen sind öffentliche gemeinnützige Einrichtungen der musikalischen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und erfüllen einen öffentlichen Bildungsauftrag. Sie bieten eine musikalische Frühreziehung und geben qualifizierten Instrumental- und Vokalunterricht. Ferner ermöglichen sie das gemeinsame Musizieren in Orchestern, Chören und Ensembles. Der Verband Deutscher Musikschulen (VdM) ist der Fach- und Trägerverband der öffentlichen gemeinnützigen Musikschulen in Deutschland.

Rundfunk | Das Rundfunksystem in Deutschland hat eine duale Struktur, bestehend aus öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Programmanbietern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfasst die Hörfunk-, Fernseh- und Telemedienangebote von ARD, ZDF, Deutschlandradio sowie die Deutsche Welle.

Die in der ARD vereinten neun Landesrundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR und WDR) produzieren für ein oder mehrere Bundesländer regional ausgerichtete Hörfunk- und Fernsehangebote sowie gemeinsam das nationale Erste Deutsche Fernsehen.

Das ZDF ist im Unterschied zur ARD zentral organisiert. Als nationaler Fernsehsender aller deutschen Bundesländer veranstaltet es ein bundesweit einheitliches Vollprogramm. Auch das von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltete Deutschlandradio bietet ein Programm für ganz Deutschland an.

Zum Gesamtangebot von ARD und ZDF gehören außerdem der Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX, der Kinderkanal Ki.KA sowie die Partnerprogramme 3sat und ARTE. Zusätzlich sind ARD und ZDF mit der Verbreitung von jeweils drei ausschließlich digital verbreiteten Spartenkanälen beauftragt.

Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland. Sie verbreitet weltweit multimediale Angebote in Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Die DW ist Mitglied der ARD.

Staatliche Archive des Bundes und der Länder | Die staatlichen Archive des Bundes (Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) und der Länder verwalten die Unterlagen von Verfassungsorganen, Behörden, Gerichten, Streitkräften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder und können diese Überlieferung durch Unterlagen privater Herkunft ergänzen.

Stiftung | Die Stiftung steht als Oberbegriff für eine Institution, die im privaten, öffentlichen und kirchlichen Recht verankert und ausgestaltet ist und in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sein kann. Kernstück der Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt und das dauerhaft der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist. Was die Ausgestaltung der Stiftungszwecke und die historische Ausprägung der Stiftung betrifft, weist das deutsche Stiftungswesen eine komplexe Vielfalt auf. Noch heute sind Stiftungen aus dem 10. Jahrhundert aktiv. Der Prototyp der Stiftung ist die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Theater | Die Theaterstatistik enthält Angaben über die öffentlich getragenen Theaterunternehmen (Stadttheater, Staatstheater und Landes Bühnen), die ortsfesten Privattheater, die in Theater integrierten Kulturorchester, die selbstständigen Kulturorchester mit eigenem Etat und zu Festspielunternehmen.

UNESCO-Welterbestätten | Die Welterbestätten der UNESCO stehen unter dem besonderen Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes folgt strengen Kriterien, die in der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention festgelegt sind. Die UNESCO-Welterbestätten in Deutschland umfassen u. a. Baudenkmäler, Städtensembles und Kulturlandschaften.

Sporthilfe, Deutsche | Diese Stiftung hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Förderung sportlicher Eliten. Einnahmen, die durch Spenden, Events, Vermarktung, Erlöse aus der Lotterie „GlücksSpirale“ und den Sport-Briefmarken erzielt werden, dienen Förderkonzepten für junge Talente und Top-Athletinnen und -Athleten sowie der Zukunftssicherung deutscher Spitzensportlerinnen und Spitzensportler.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Kultur, Medien, Freizeit* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 216 und 913, Daten zur *Informations- und Kommunikationstechnologie* unter Code 63931

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Kulturausgaben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturfinanzbericht 2012

■ Mediennutzung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 4 | Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Fachberichte

| Informationsgesellschaft in Deutschland (erschieden 2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/11 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 5/12 | Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 1/14 | Mobile Internetnutzung in Deutschland und Europa 2012
 Heft 8/14 | E-Commerce in privaten Haushalten 2013

Themenübergreifend

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturindikatoren auf einen Blick 2008



8 Soziales

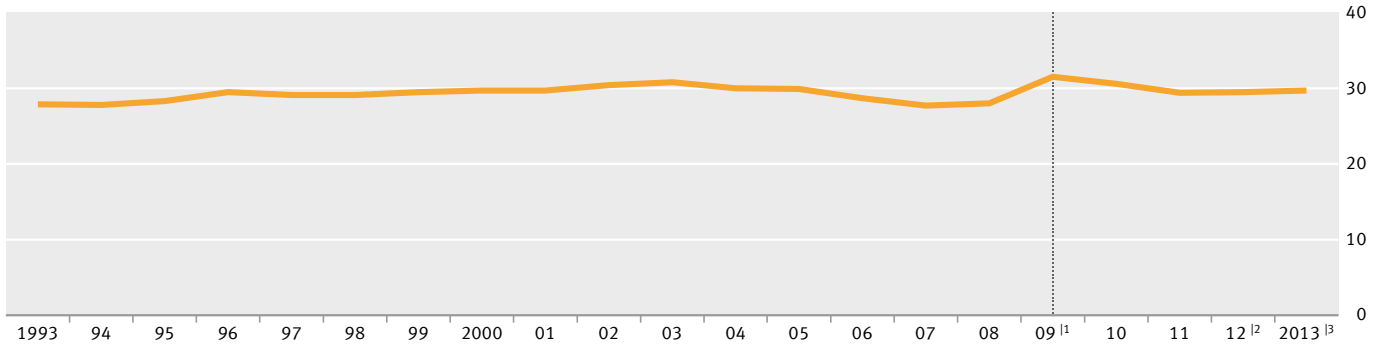


Rund jede **elfte Person** Ende 2013 auf **Mindestsicherungsleistungen** angewiesen | **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung 2013 für rund **962 000 Personen** | Staat gab 2013 netto je Einwohnerin bzw. je Einwohner **310 Euro Sozialhilfe** aus | **115 700 Gefährdungseinschätzungen** für Minderjährige im Jahr 2013 | Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinder- und Jugendhilfe stiegen 2013 auf **35,5 Milliarden Euro** | 2013 begannen rund **15 500** junge Menschen eine **Vollzeitpflege in einer anderen Familie**

Seite	
225	Auf einen Blick
	Tabellen
226	Sozialbudget nach Institutionen Sozialversicherungssysteme Sondersysteme Systeme des öffentlichen Dienstes Arbeitgebersysteme Entschädigungssysteme Förder- und Fürsorgesysteme
227	Sozialversicherungen Gesetzliche Rentenversicherung Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge Gesetzliche Krankenversicherung Soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung Gesetzliche Unfallversicherung
231	Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Witwergeld, Waisengeld Durchschnittliche Versorgungsbezüge Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt
232	Sozialleistungen Mindestsicherungsquote nach Ländern Hilfe zum Lebensunterhalt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII Ausgaben der Sozialhilfe Grundsicherung für Arbeit- suchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kriegsopferfürsorge Hilfen zur Erziehung Sozialpädagogische Familienhilfe Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung Gefährdungsein- schätzung Maßnahmen des Familiengerichts auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls Vorläufige Schutz- maßnahmen Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe
241	Methodik
244	Glossar
250	Mehr zum Thema

Sozialleistungsquote

in %



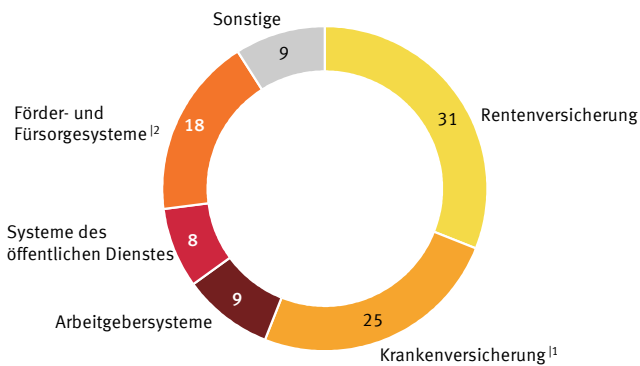
Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. – Stand: Mai 2014.

- 1 Der Anstieg 2009 ist in erster Linie Folge der durch die Finanzmarktkrise gesunkenen Wirtschaftskraft, verbunden mit höheren Ausgaben im Bereich des SGB II und des SGB III. Dazu kommt die erstmalige Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung ab 2009. Deshalb sind die Quoten vor und ab 2009 nicht miteinander vergleichbar.
- 2 Vorläufiges Ergebnis.
- 3 Geschätztes Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sozialbudget 2013

Leistungen nach Institutionen, in %



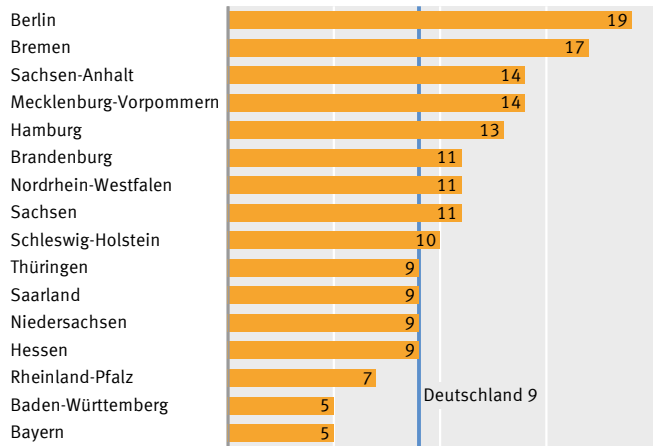
Sozialbudget einschl. Beiträge des Staates, ohne Verrechnungen. – Berechnungsstand: Mai 2014, geschätzt.

- 1 Einschl. private Krankenversicherung.
- 2 Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe etc.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Mindestsicherungsquote 2013

in %



Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. – Bevölkerungsstand: 31.12.2013 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014). Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, z. B. Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende, an der Gesamtbevölkerung dar.

2015 - 01 - 0162

8.1 Sozialbudget nach Institutionen 2013

	Leistungen						Finanzierung							
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten	der Arbeitgeber/-innen					Beiträge des Staates
Mill. EUR							tatsächlich	unterstellt						
Sozialleistungen insgesamt ¹⁾	812 242	486 491	293 128	–	32 623	–	863 683	258 293	203 458	91 672	–	294 597	15 662	–
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates	845 625	486 491	293 128	33 384	32 623	–	897 067	258 293	203 458	91 672	33 384	294 597	15 662	–
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung	263 801	238 279	4 351	16 842	3 792	537	265 881	87 321	88 551	–	7 058	82 503	338	109
Krankenversicherung	193 957	8 650	171 812	1 763	10 600	1 132	195 855	96 734	60 662	–	24 673	12 951	533	302
Pflegeversicherung	24 292	–	22 261	876	1 147	9	24 918	14 577	8 891	–	1 376	–	74	–
Unfallversicherung	12 595	6 169	3 121	231	2 941	133	13 793	1 611	10 943	–	43	783	402	13
Arbeitslosenversicherung	29 508	14 355	3 232	7 298	4 030	594	29 770	13 638	15 248	–	234	252	398	–
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte	2 987	2 876	23	3	69	16	2 995	601	–	–	–	2 394	1	–
Versorgungswerke	4 757	4 385	–	–	371	–	15 554	7 377	752	–	–	–	7 425	–
Private Altersvorsorge	260	260	–	–	–	–	13 781	10 753	–	–	–	3 028	–	–
Private Krankenversicherung	18 410	809	16 479	–	1 123	–	20 147	18 047	2 100	–	–	–	–	–
Private Pflegeversicherung	900	–	735	29	136	–	2 000	1 600	400	–	–	–	–	–
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen	47 844	47 570	–	–	274	–	49 170	251	–	–	–	31 520	1 158	1 681
Familienzuschläge	3 185	3 154	–	–	31	–	3 185	–	–	–	–	2 456	670	59
Beihilfen	13 710	5	13 568	–	137	–	13 880	–	–	–	–	2 808	286	257
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung	39 973	39 973	–	–	–	–	39 973	–	–	–	–	–	–	–
Betriebliche Altersversorgung	24 020	24 020	–	–	–	–	34 404	4 544	3 900	25 960	–	–	–	–
Zusatzversorgung	11 382	10 315	–	–	1 067	–	17 716	1 240	12 012	–	–	499	3 965	–
Sonstige Arbeitgeberleistungen	651	–	651	–	–	–	651	–	–	–	–	–	–	–
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung	1 527	1 029	325	–	83	90	1 527	–	–	–	–	1 527	–	–
Lastenausgleich	22	18	0	–	2	2	22	–	–	–	–	22	0	–
Wiedergutmachung	954	895	5	–	54	–	954	–	–	–	–	954	–	–
Sonstige Entschädigungen	331	68	253	–	9	–	331	–	–	–	–	331	–	–
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	41 855	41 598	–	–	257	–	41 855	–	–	–	–	41 855	–	–
Erziehungsgeld/Elterngeld	5 274	5 264	–	–	10	–	5 274	–	–	–	–	5 274	–	–
Grundsicherung für Arbeitssuchende	41 198	17 839	13 671	5 182	4 506	–	41 198	–	–	–	–	41 198	–	–
Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung	611	11	593	4	3	–	611	–	–	–	–	114	408	90
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2 572	2 444	–	–	127	–	2 572	–	–	–	–	2 568	3	–
Sozialhilfe	29 718	16 505	10 621	1 157	1 435	–	29 718	–	–	–	–	29 716	–	2
Kinder- und Jugendhilfe	30 779	–	30 442	–	337	–	30 779	–	–	–	–	30 779	–	–
Wohngeld	1 067	–	985	–	82	–	1 067	–	–	–	–	1 067	–	–

Berechnungsstand: Mai 2014, geschätzt.

1 Konsolidiert um Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung – Renten der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2014

	Renten insgesamt ¹	Renten an Versicherte							Renten an Hinterbliebene	
		zusammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zusammen	darunter Witwen- und Witwerrenten
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		
		1 000	%			1 000	%		1 000	%
Insgesamt	25 010	19 349	1 722	50,1	49,9	17 627	44,4	55,6	5 661	94,0
Allgemeine Rentenversicherung	23 983	18 728	1 657	48,8	51,2	17 072	43,3	56,7	5 255	93,8
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 027	621	65	84,7	15,3	556	79,9	20,1	406	97,5

1 Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.2 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge

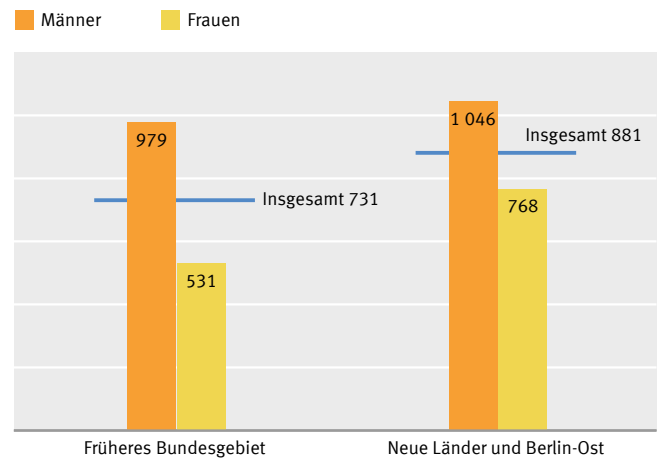
	Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung ¹	
	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente
	EUR			
Früheres Bundesgebiet				
Insgesamt				
2012	718	527	1 204	756
2013	719	526	1 196	753
2014	731	533	1 209	761
Männer				
2012	969	238	1 264	333
2013	967	239	1 257	337
2014	979	243	1 271	340
Frauen				
2012	517	559	742	761
2013	520	559	742	759
2014	531	567	755	767
Neue Länder und Berlin-Ost				
Insgesamt				
2012	838	535	1 038	667
2013	862	550	1 066	687
2014	881	561	1 088	702
Männer				
2012	1 010	290	1 163	349
2013	1 031	302	1 189	364
2014	1 046	311	1 207	373
Frauen				
2012	722	588	788	683
2013	747	604	818	704
2014	768	617	843	720

Stichtag: 1.7. – Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

1 Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge 2014 in EUR



Stichtag: 1.7. – Allgemeine Rentenversicherung. – Versichertenrente.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2015 - 01 - 0163

8.2 Sozialversicherungen

8.2.3 Gesetzliche Rentenversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2013

	Einnahmen			Ausgaben				Vermögen ¹³
	insgesamt	darunter		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen		sonstige Ausgaben ¹²	
		Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln		zusammen	darunter ausgezahlte Renten ¹¹		
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	Mill. EUR		
Insgesamt	280 582	69,3	25,2	272 552	259 345	91,4	13 207	37 734
davon:								
Allgemeine Rentenversicherung	265 697	72,9	24,6	257 668	245 035	91,4	12 633	36 918
Knappschaftliche Rentenversicherung ...	14 884	5,1	36,5	14 885	14 310	92,3	574	815

1 Rentenleistung an Versicherte, Witwer/Witwen (einschl. Witwer-/Witwenabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

3 Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.4 Gesetzliche Krankenversicherung – Kassen und Versicherte

Weitere Informationen zu Gesundheitsausgaben und Krankenversicherungsschutz siehe Kapitel „Gesundheit“

	Kassen ¹¹	Versicherte ¹²			Darunter					
		insgesamt	männlich	weiblich	pflichtversichert ¹³		freiwillig versichert		Rentner/-innen	
					1 000	%	1 000	%	1 000	%
		2011	153	69 637	47,1	52,9	29 878	42,9	4 919	7,1
2012	144	69 704	47,1	52,9	30 112	43,2	5 172	7,4	16 765	24,1
2013	134	69 861	47,2	52,8	30 458	43,6	5 306	7,6	16 671	23,9
2014	132	70 290	47,4	52,6	30 846	43,9	5 507	7,8	16 653	23,7
davon (2014):										
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	11	24 336	48,1	51,9	10 669	43,8	1 113	4,6	6 565	27,0
Betriebskrankenkassen (BKK)	107	11 659	49,6	50,4	5 280	45,3	1 124	9,6	2 123	18,2
Innungskrankenkassen (IKK)	6	5 448	52,7	47,3	2 831	52,0	343	6,3	855	15,7
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	1	722	53,7	46,3	187	26,0	33	4,6	310	43,0
Knappschaft-Bahn-See (KBS)	1	1 733	48,5	51,5	517	29,8	86	4,9	823	47,5
Ersatzkassen (EK)	6	26 391	44,3	55,7	11 362	43,1	2 809	10,6	5 976	22,6

Durchschnitt errechnet aus zwölf Monatswerten.

1 Anzahl der Kassen am Jahresende.

2 Versicherte = Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige zusammen.

3 Pflichtmitglieder einschl. Studierende, ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.5 Gesetzliche Krankenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen ¹¹	Ausgaben					Sonstige Ausgaben ¹⁴	Leistungen je versicherte Person	
		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					
	Behandlungen durch Ärzte/Ärztinnen ¹²			Krankenhausbehandlung	Arzneimittel ¹³	Krankengeld			
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	EUR			
2011	183 743	179 608	168 742	21,4	35,5	25,7	5,1	31 697	2 423
2012	189 658	184 249	173 152	21,3	35,6	25,3	5,3	32 764	2 484
2013	195 848	194 490	182 746	22,4	35,1	24,8	5,3	34 335	2 616
2014 ¹⁵	195 818	205 325	193 527	22,4	35,1	25,7	5,5	33 904	2 753
davon (2014) ¹⁵ :									
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	76 990	76 569	72 390	20,6	37,5	25,4	4,3	76 569	2 975
Betriebskrankenkassen (BKK)	30 167	30 501	28 672	24,4	32,7	24,6	7,1	30 501	2 459
Innungskrankenkassen (IKK)	13 811	14 030	13 207	22,7	34,0	25,1	7,4	14 030	2 424
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	2 481	2 447	2 238	20,0	39,2	25,9	0,1	2 447	3 099
Knappschaft Bahn-See (KBS)	6 858	6 877	6 538	18,5	40,2	25,1	3,6	6 877	3 771
Ersatzkassen (EK)	73 820	74 900	70 482	23,7	33,0	26,6	6,0	74 900	2 671

1 Ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

2 Einschl. Zahnärzte/-ärztinnen.

3 Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

4 Einschl. Verwaltungskosten.

5 Vorläufiges Ergebnis.

8 Soziales
 8.2 Sozialversicherungen
 8.2.6 Soziale Pflegeversicherung

Weitere Informationen zu Pflege siehe Kapitel „Gesundheit“

	Versicherte zum 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben					sonstige Ausgaben ¹²	
			insgesamt	darunter Beitrags-einnahmen	insgesamt	Leistungs-ausgaben	davon				
							Pflegegeld	Pflegesach-leistung	stationäre Pflege ¹¹		übrige Leistungs-ausgaben
1 000	Mill. EUR				%			Mill. EUR			
2011	69 684	2 315	22 243	22 129	21 930	20 893	22,7	14,3	52,8	10,2	1 037
2012	69 770	2 397	23 045	22 918	22 941	21 854	23,2	14,2	52,1	10,4	1 087
2013	69 950	2 480	24 957	24 863	24 329	23 173	24,5	14,5	50,1	10,9	1 156
2014	70 458	2 569	25 910	25 831	25 455	24 240	24,5	14,7	49,1	11,7	1 215

1 Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

2 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.7 Arbeitslosenversicherung – Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III

	Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld (SGB III)	Davon bei					
		Arbeitslosigkeit			Weiterbildung		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1 000	%			1 000	%		
2011 ..	886	829	54,6	45,4	57	56,0	44,0
2012 ..	900	849	55,1	44,9	51	52,8	47,2
2013 ..	975	915	56,4	43,6	60	52,4	47,6
2014 ..	952	888	55,9	44,1	64	52,8	47,2

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen **Arbeitslosengeld** als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtversichert hatte.

8.2.8 Arbeitslosenversicherung – Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter

	Kurzarbeiter/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%	
2011	148	80,4	19,6
2012	112	83,2	16,8
2013	124	83,2	16,8
2014	94	84,7	15,3

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter sind beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Leistung der Arbeitslosenversicherung an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unterschieden wird zwischen der „konjunkturellen Kurzarbeit“, dem „Transferkurzarbeitergeld“ und dem „Saison-Kurzarbeitergeld“.

8.2.9 Arbeitslosenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen		Ausgaben			
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	davon		
				Leistungen der aktiven Arbeitsförderung ¹¹	Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts ^{12 3}	sonstige Ausgaben ¹⁴
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR			
2011	38	68	38	11	19	7
2012	37	71	35	9	19	7
2013	33	85	33	9	16	7
2014	34	85	32	8	16	8

1 Darunter Leistungen zur Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen am Arbeitsleben, Eingliederungstitel etc.

2 Bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbetrag.

3 Darunter Arbeitslosen- und Insolvenzgeld.

4 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

8.2 Sozialversicherungen

8.2.10 Gesetzliche Unfallversicherung – Versicherte und Rentenbestand

	Versicherte	Rentenbestand am Jahresende			
		insgesamt	darunter		
			Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwenrenten	Waisenrenten
1 000	Anzahl	%			
2011	62 293	950 928	86,2	12,3	1,5
2012	62 380	933 198	86,3	12,2	1,4
2013	64 217	917 265	86,3	12,3	1,4
davon (2013):					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	50 680	742 054	85,7	12,9	1,5
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 306	92 066	89,5	9,3	1,2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ¹	10 230	83 145	88,9	9,9	1,2

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn-Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.11 Gesetzliche Unfallversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen

	Einnahmen		Ausgaben						sonstige Ausgaben ²	Vermögen am Jahresende
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					
					Renten	Heilbehandlung ¹	Verletztengeld	Unfallverhütung		
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%					Mill. EUR		
2011	14 362	85,9	14 323	10 590	52,8	29,7	6,0	9,5	3 733	19 109
2012	14 605	87,1	14 564	10 723	52,3	29,8	5,9	10,0	3 841	19 542
2013	14 652	87,3	14 675	10 884	51,5	30,3	6,2	10,1	3 791	19 830

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

² Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.3 Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

8.3.1 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und durchschnittliche Versorgungsbezüge

	Versorgungsempfänger/-innen am 1.1.2014				Versorgungsbezüge ¹ im Januar 2014		
	insgesamt	von Ruhegehalt	von Witwen-/Witwergeld	von Waisengeld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	1 000				EUR		
Bundesbereich	628,7	450,9	168,5	9,3	2 270	1 290	360
Bund	178,7	131,4	44,2	3,1	2 850	1 660	390
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	88,0	62,2	24,0	1,9	2 870	1 650	370
Berufssoldaten/-soldatinnen ..	90,7	69,3	20,3	1,2	2 840	1 680	410
Bundeseisenbahnvermögen	168,0	100,9	64,4	2,6	2 090	1 160	400
Post ^{1,2}	275,3	213,4	58,5	3,4	1 990	1 140	320
Rechtlich selbstständige Einrichtungen ^{1,3}	6,7	5,3	1,4	0,1	2 780	1 650	370
Landesbereich	793,5	625,8	153,7	14,0	2 930	1 720	390
Schuldienst	408,3	346,4	56,1	5,9	2 950	1 820	390
Vollzugsdienst	153,0	110,9	38,9	3,2	2 390	1 350	320
Übrige Bereiche	232,1	168,5	58,7	4,9	3 230	1 850	420
Kommunaler Bereich	115,8	81,8	31,7	2,3	2 860	1 670	380
Sozialversicherung ^{1,4}	21,3	15,7	5,1	0,4	2 740	1 660	370
Insgesamt	1 559,3	1 174,2	359,1	26,0	2 670	1 510	380
nachrichtlich: Versorgung nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes ^{1,5}							
Insgesamt	11,8	0,4	10,8	0,6	1 100	1 020	540
nachrichtlich: Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Insgesamt	23,8	16,8	6,6	0,4	2 840	1 560	390

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik. – Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie Versorgung nach Artikel G131 des Grundgesetzes.

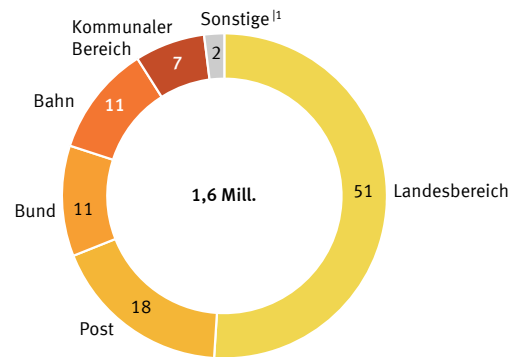
- 1 Bruttodurchschnittsbezüge.
- 2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.
- 3 Ohne Forschungseinrichtungen.
- 4 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.
- 5 Nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene Bedienstete mit Beamtenversorgung des Deutschen Reiches.

8.3.2 Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im öffentlichen Dienst

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	2000		2005		2013	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	66,2	100	45,4	100	60,0	100
Dienstunfähigkeit	40,8	61,7	13,0	28,7	10,4	17,3
Erreichen einer Altersgrenze ..	21,6	32,6	28,7	63,2	47,0	78,3
Besondere Altersgrenze ..	6,6	9,9	5,7	12,5	7,6	12,7
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung oder bei besonderer Altersgrenze	3,1	4,6	2,4	5,2	5,0	8,3
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7,7	11,6	6,8	14,9	17,2	28,7
Regelaltersgrenze	4,3	6,5	13,9	30,6	17,1	28,6
Vorruhestandsregelung	3,2	4,9	2,5	5,6	2,1	3,6
Sonstige Gründe	0,6	0,8	1,1	2,5	0,5	0,8

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1.1.2014 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz, in %



Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

- 1 Rechtlich selbstständige Einrichtungen unter Bundesaufsicht und Sozialversicherung.

8.4 Sozialleistungen

8.4.1 Mindestsicherungsquote nach Ländern

	2006 ¹	2007 ^{1 3}	2008 ¹	2009 ^{1 3}	2010 ¹	2011 ^{2 3}	2012 ²	2013 ^{2 3}
	%							
Deutschland	10,1	9,8	9,3	9,5	9,2	9,0	9,0	9,1
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1	5,4	5,2	5,0	5,0	5,1
Bayern	5,3	5,0	4,7	4,9	4,6	4,4	4,4	4,5
Berlin	20,0	19,9	19,3	19,5	19,2	19,9	19,5	19,4
Brandenburg	14,6	13,9	13,1	12,7	12,0	11,7	11,5	11,3
Bremen	17,5	17,0	16,3	16,7	16,8	16,7	16,7	17,1
Hamburg	13,8	13,6	13,1	13,3	13,0	13,2	13,1	13,2
Hessen	9,0	8,8	8,5	8,7	8,4	8,3	8,3	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5	15,0	14,4	14,0	13,7	13,7
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6	9,6	9,3	9,1	9,0	9,2
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3	10,7	10,7	10,6	10,7	11,0
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0	7,2	6,9	6,7	6,6	6,9
Saarland	9,8	9,6	9,1	9,4	9,2	9,0	9,1	9,4
Sachsen	14,1	13,6	12,7	12,6	11,9	11,4	11,0	10,8
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4	15,1	14,4	14,2	14,0	13,9
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7	9,7	9,5	9,5	9,5	9,6
Thüringen	12,7	12,2	11,1	11,1	10,4	9,8	9,6	9,4
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet	8,6	8,4	8,0	8,2	8,1	7,9	7,9	8,1
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6	14,5	13,9	13,6	13,4	13,3

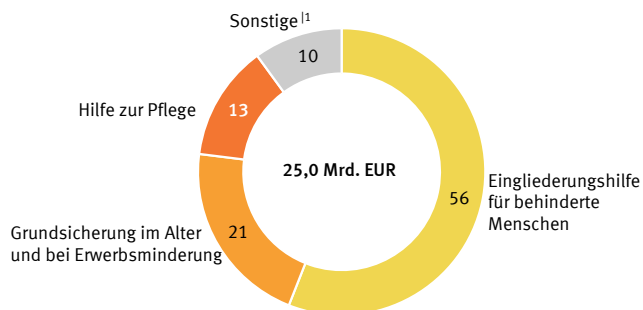
Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Zu diesen Leistungen zählen **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen, Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen, **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld** nach dem SGB II, Regelleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** sowie laufende Leistungen der **Kriegsopferfürsorge** nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

- 1 Bevölkerungsstand (2006 – 2010): 31.12. des jeweiligen Jahres auf Grundlage früherer Zählungen (Volkszählung 1987 im ehemaligen Bundesgebiet und Registerzählung 1990 in der ehemaligen DDR).
- 2 Bevölkerungsstand (ab 2011): 31.12. des jeweiligen Jahres (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014). Die Ergebnisse von 2006 bis 2010 sind nur eingeschränkt mit den Ergebnissen ab 2011 vergleichbar.
- 3 Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthalten die Mindestsicherungsquoten in ungeraden Jahren jeweils das Ergebnis des Vorjahres.

Nettoausgaben Sozialhilfe 2013

nach Hilfearten in %



Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung sowie Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.

2015 - 01 - 0165

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2013

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	370	194	176
unter 15	25	13	12
15 – 65	261	151	110
65 und mehr	84	30	55
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	4,6	4,9	4,3
unter 15	2,4	2,5	2,3
15 – 65	4,9	5,6	4,1
65 und mehr	5,0	4,1	5,7
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
unter 15	20	10	10
15 – 65	100	52	48
65 und mehr	3	1	2
Zusammen	122	63	59
In Einrichtungen ²			
unter 15	5	3	2
15 – 65	161	99	62
65 und mehr	81	28	53
Zusammen	248	131	117

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. – Empfänger/-innen am 31.12.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; Bevölkerungsstand: 31.12.2013 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).
 2 Als Einrichtung zählen z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime.

8.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII 2013

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt ¹	1 361	699	663
Hilfen zur Gesundheit	28	12	16
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	834	496	339
Hilfe zur Pflege ¹	444	155	289
Sonstige Hilfen ²	98	55	43
je 1 000 Einwohner/-innen³			
Insgesamt ¹	16,9	17,7	16,1
Hilfen zur Gesundheit	0,3	0,3	0,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	10,3	12,6	8,2
Hilfe zur Pflege ¹	5,5	3,9	7,0
Sonstige Hilfen ²	1,2	1,4	1,0
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	21	9	12
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	390	227	163
Hilfe zur Pflege ¹	130	52	78
Sonstige Hilfen ²	80	43	37
Zusammen¹	599	321	279
In Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	7	3	4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	533	322	211
Hilfe zur Pflege ¹	320	106	214
Sonstige Hilfen ²	19	14	6
Zusammen¹	865	438	428

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (im Laufe des Berichtsjahres).

- 1 Mehrfachzahlungen sind ausgeschlossen soweit aus den Meldungen erkennbar.
 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 3 Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung; Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2013 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).

8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2013

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	962	447	515
18 – 65	463	261	202
65 und mehr	499	186	313
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	14,2	13,6	14,8
18 – 65	9,1	10,2	8,0
65 und mehr	29,7	25,7	32,7
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
18 – 65	329	180	149
65 und mehr	428	161	267
Zusammen	757	341	416
In Einrichtungen			
18 – 65	134	81	53
65 und mehr	71	25	46
Zusammen	205	106	99

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; Bevölkerungsstand: 31.12.2013 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).

8.4.5 Ausgaben der Sozialhilfe 2013

Weitere Informationen zu Pflege und Behinderung siehe Kapitel „Gesundheit“

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen ¹	In Einrichtungen ¹
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	27 442	8 490	18 288
davon:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 372	703	669
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5447	4 051	1 396
Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	20 623	3 736	16 223
davon:			
Hilfen zur Gesundheit	89	54	35
Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung	664	.	.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	15 575	2 555	13 020
Hilfe zur Pflege	3 824	885	2 939
Sonstige Hilfen ²	470	242	228
darunter:			
Nettoausgaben	24 997	8 135	16 117
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ³	310	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Ohne Hilfen zur Gesundheit und Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.
 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 3 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2013 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
 – Leistungsberechtigte

Eine **Bedarfsgemeinschaft** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Sie umfasst mindestens eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person. Dies sind Empfängerinnen und Empfänger von **Arbeitslosengeld II**. Das **Sozialgeld** ist eine Geldleistung an nicht erwerbsfähige leistungsberechtigte Angehörige bzw. Partnerinnen und Partner in dieser Bedarfsgemeinschaft, sofern diese keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben.

	Bedarfsgemeinschaften	Leistungsberechtigte nach dem SGB II	Darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte			
			insgesamt	zusammen	Männer	Frauen
					Anzahl	%
2008	3 577 711	6 909 198	5 011 542	48,6	51,4	
2009	3 559 819	6 726 892	4 909 122	49,0	51,0	
2010	3 583 614	6 713 082	4 894 265	49,2	50,8	
2011	3 422 686	6 353 700	4 615 520	48,9	51,1	
2012	3 325 171	6 142 988	4 443 094	48,5	51,5	
2013	3 323 832	6 126 322	4 423 731	48,5	51,5	
2014	3 303 011	6 097 879	4 387 178	48,5	51,5	

Jahresdurchschnitte. – Werte können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.8 Empfängerinnen und Empfänger von
 Asylbewerberleistungen am 31.12.2013
 Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%		
Insgesamt	224 993	100	100	100
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 7	31 015	13,8	11,5	17,4
7 – 11	14 995	6,7	5,6	8,4
11 – 15	13 561	6,0	5,1	7,5
15 – 18	9 295	4,1	3,8	4,7
18 – 21	17 028	7,6	9,2	5,0
21 – 25	22 636	10,1	11,5	7,7
25 – 30	31 317	13,9	15,8	10,9
30 – 40	43 427	19,3	20,4	17,6
40 – 50	23 168	10,3	10,3	10,3
50 – 60	11 365	5,1	4,5	5,9
60 – 65	2 896	1,3	1,1	1,6
65 und mehr	4 290	1,9	1,2	3,0
Staatsangehörigkeit				
Afrika	37 513	16,7	19,7	11,8
Amerika	560	0,2	0,2	0,3
Asien	91 671	40,7	44,0	35,6
Europa	85 540	38,0	31,7	48,0
Übrige Staaten, staatenlos	1 373	0,6	0,6	0,7
Unbekannt	8 336	3,7	3,8	3,6

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen.

8.4.7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
 – Zahlungsansprüche

	Zahlungsansprüche aller Bedarfsgemeinschaften	Darunter für		Durchschnittlicher monatlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft
		Arbeitslosengeld II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	Sozialgeld (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	
1 000 EUR				EUR
2008	35 312 025	14 496 858	660 776	823
2009	36 324 664	14 665 708	777 551	850
2010	36 357 819	14 660 045	666 110	845
2011	33 213 671	13 742 121	531 763	809
2012	32 799 842	13 569 553	531 984	822
2013	33 675 960	13 848 047	577 257	844
2014	34 329 064	14 069 236	642 959	866

Jahressummen. – Werte können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.9 Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2013

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	1 517,1	929,1	588,0
davon:			
Regelleistungen	1 148,8	708,4	440,4
Besondere Leistungen ¹	368,3	220,7	147,6
Nettoausgaben	1 491,3	908,6	582,7
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ²	18,49	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

1 U. a. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

2 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2012 (vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

8.4 Sozialleistungen

8.4.10 Kriegsopterfürsorge

	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12. ¹											
2008	46 256	966	–	17 867	970	2 078	76	3 976	–	–	20 323
2010	42 204	491	–	15 277	795	1 581	249	4 583	–	–	19 025
2012	34 406	493	–	12 552	748	1 229	243	3 709	–	–	15 294
Empfänger/-innen einmaliger Leistungen bis zum 31.12. (im Laufe des Jahres) ¹											
2008	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135
2010	19 232	383	864	870	405	7 154	200	1 048	3 402	592	3 397
2012	14 198	413	669	792	362	4 493	179	851	2 654	588	3 151
Ausgaben in 1 000 EUR ²											
2008	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902
2010	478 252	6 904	346	226 700	2 479	3 684	4 623	21 960	4 153	2 062	202 866
2012	430 959	7 151	215	200 844	1 764	3 401	3 117	18 066	2 898	1 926	190 901

Ergebnisse der Statistik der Kriegsopterfürsorge. – Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland. – Ab 2010 einschl. der Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG). Außerdem sind ab 2010 bei den einzelnen Leistungsarten nur Leistungen im Inland dargestellt. Daher ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt.

1 Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Den Ausgaben stehen 2008 Einnahmen in Höhe von 144 Mill. Euro gegenüber, 2010 von 134 Mill. Euro und 2012 von 113 Mill. Euro.

8 Soziales
8.4 Sozialeleistungen
8.4.11 Hilfen zur Erziehung 2013

Weitere Informationen zu Kinderbetreuung, Kinder- und Elterngeld sowie Adoptionen siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Personen insgesamt im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 6	6 – 9	9 – 12	12 – 15	15 – 18	18 und mehr
				Anzahl	%				
Ambulante Hilfen									
Flexible Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ¹									
Begonnene Hilfen	28 581	55,2	44,8	28,5	17,0	16,9	17,2	14,4	5,9
Beendete Hilfen	27 939	55,3	44,7	24,2	14,1	16,7	17,7	17,5	9,9
Hilfen am 31.12.	38 775	57,0	43,0	22,1	16,5	19,9	18,3	15,1	8,1
Erziehungsberatung									
Begonnene Hilfen	310 082	53,2	46,8	26,0	19,2	17,6	17,1	13,6	6,6
Beendete Hilfen	308 283	53,5	46,5	22,4	18,6	18,4	17,6	14,8	8,3
Hilfen am 31.12.	140 804	53,6	46,4	22,4	19,4	19,9	17,6	13,6	7,1
Soziale Gruppenarbeit									
Begonnene Hilfen	7 435	72,7	27,3	–	20,3	27,4	24,6	16,9	10,2
Beendete Hilfen	7 199	72,4	27,6	–	8,2	26,9	27,9	23,4	13,4
Hilfen am 31.12.	8 817	69,6	30,4	–	17,2	35,6	31,3	12,0	3,6
Erziehungsbeistand									
Begonnene Hilfen	20 599	57,2	42,8	2,8	4,3	10,8	29,1	36,8	16,2
Beendete Hilfen	19 482	57,4	42,6	2,0	2,7	7,3	21,5	39,0	27,4
Hilfen am 31.12.	23 535	60,6	39,4	2,6	4,2	10,9	26,9	38,2	17,3
Betreuungshelfer/-innen									
Begonnene Hilfen	5 875	64,7	35,3	–	3,4	6,8	15,6	34,0	40,3
Beendete Hilfen	5 868	65,3	34,7	–	1,8	4,0	10,8	30,7	52,7
Hilfen am 31.12.	5 240	64,4	35,6	–	3,4	8,7	17,8	32,6	37,4
Stationäre/teilstationäre Hilfen									
Erziehung in einer Tagesgruppe									
Begonnene Hilfen	8 263	74,1	25,9	4,2	38,9	37,9	15,8	3,2	–
Beendete Hilfen	8 195	73,7	26,3	3,1	11,9	41,7	32,0	11,3	–
Hilfen am 31.12.	17 181	74,4	25,6	2,7	22,1	45,2	23,6	6,4	–
Vollzeitpflege in einer anderen Familie									
Begonnene Hilfen	15 498	49,9	50,1	51,0	13,0	10,7	11,4	10,2	3,7
Beendete Hilfen	13 731	49,7	50,3	29,2	11,4	9,8	11,8	15,0	22,8
Hilfen am 31.12.	67 812	50,9	49,1	25,4	18,0	17,3	17,6	16,1	5,5
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform									
Begonnene Hilfen	36 678	54,2	45,8	8,8	7,7	10,9	22,9	39,5	10,1
Beendete Hilfen	34 539	53,9	46,1	5,2	4,2	6,9	16,2	36,3	31,0
Hilfen am 31.12.	69 203	56,5	43,5	5,7	8,0	13,4	22,4	36,3	14,3
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung									
Begonnene Hilfen	3 344	58,4	41,6	–	–	3,7	12,9	45,4	38,0
Beendete Hilfen	3 088	58,1	41,9	–	–	1,4	8,5	31,5	58,7
Hilfen am 31.12.	3 525	61,0	39,0	–	–	2,8	12,2	42,8	42,2

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. stationärer Hilfen gemäß § 27 SGB VIII. – Zu den flexiblen Hilfen gemäß § 27 Absatz 2 SGB VIII gehören Hilfen, die keine Verbindung zu den Hilfearten der §§ 28 bis 35 SGB VIII aufweisen. Diese Hilfen sollen eine besonders individuelle Ausgestaltung und Kombination unterschiedlichster Unterstützungskomponenten gewährleisten, um so einem besonderen erzieherischen Bedarf gerecht zu werden.

8.4 Sozialleistungen

8.4.12 Sozialpädagogische Familienhilfe 2013

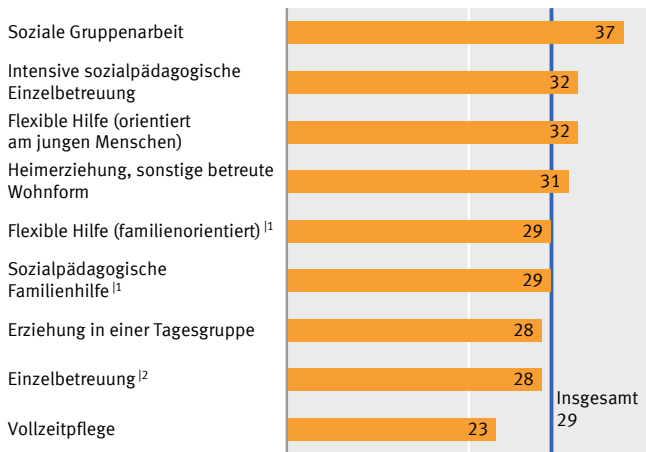
	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	durchschnittliche Dauer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Monate
Familien insgesamt	45 235	64,5	68 350	67,8	42 530	16
davon mit:						
1 Kind	21 509	64,4	29 746	67,7	19 121	14
2 Kindern	12 428	60,8	18 903	64,5	12 104	16
3 Kindern	6 521	65,6	10 913	68,2	6 546	17
4 und mehr Kindern	4 777	72,5	8 788	74,6	4 759	19
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	88 430	65,9	142 159	69,2	85 355	X
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	43 312	64,4	65 935	67,8	40 852	16
davon:						
Eltern leben zusammen	14 224	51,1	22 164	54,4	13 188	16
Elternteil lebt alleine	22 597	74,4	34 359	77,4	21 183	16
Elternteil lebt mit neuem Partner/neuer Partnerin zusammen	6 491	59,0	9 412	64,2	6 481	15
in einer Verwandtenfamilie	885	71,9	1 148	74,7	757	13
in einer nicht verwandten Familie	385	61,8	546	67,0	357	13

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

Begonnene erzieherische Hilfen für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund 2013

Anteil an allen unter 18-Jährigen mit begonnenen erzieherischen Hilfen, in %

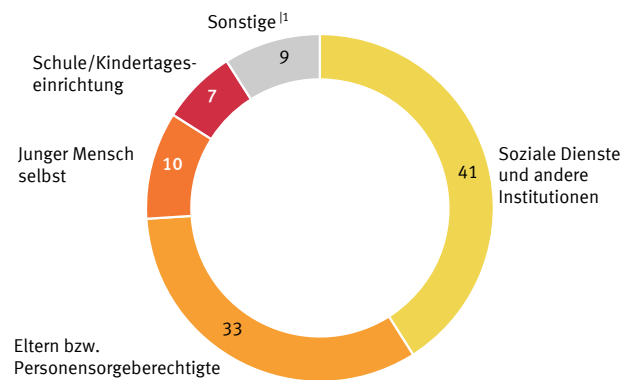


Ohne Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII.

- 1 Anteil der betreuten Familien.
- 2 Unterstützung durch Erziehungsbeistände und Betreuungshelfer/-innen.

Begonnene Hilfen zur Erziehung junger Menschen 2013

nach anregenden Institutionen oder Personen, in %



Ohne Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII.

- 1 Z. B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Arzt/Ärztin, Klinik, Gesundheitsamt, ehemalige Klienten/Klientinnen oder Bekannte.

2015 - 01 - 0166

8.4 Sozialleistungen

8.4.13 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung 2013

	Begonnene Hilfen			Hilfen am 31.12.			Beendete Hilfen		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	25 123	69,1	30,9	53 566	71,4	28,6	20 208	66,6	33,4
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	1 377	74,1	25,9	1 456	73,0	27,0	432	72,0	28,0
6 – 9	6 033	74,1	25,9	7 233	76,9	23,1	2 054	72,8	27,2
9 – 12	8 207	70,5	29,5	18 049	70,9	29,1	5 587	67,6	32,4
12 – 15	4 472	74,1	25,9	13 389	75,4	24,6	5 235	70,7	29,3
15 – 18	2 823	56,9	43,1	7 734	70,9	29,1	3 288	65,8	34,2
18 und mehr	2 211	53,2	46,8	5 705	57,2	42,8	3 612	55,6	44,4

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII.

8.4.14 Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 SGB VIII 2013

	Verfahren insgesamt	Davon nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung			
		akute Kindeswohlgefährdung	latente Kindeswohlgefährdung	keine Kindeswohlgefährdung aber Hilfebedarf	keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf
	Anzahl	%			
Insgesamt	115 687	14,9	18,5	32,7	33,9
Alter von ... bis unter ... Jahren					
unter 3	28 499	14,3	15,8	33,2	36,7
3 – 6	23 430	11,4	17,9	32,8	37,9
6 – 9	19 675	13,0	19,5	33,0	34,5
9 – 12	16 151	14,1	21,0	33,0	31,9
12 – 15	15 810	18,4	20,0	31,8	29,8
15 – 18	12 122	22,5	19,3	31,8	26,4

Eine **Kindeswohlgefährdung** liegt vor, wenn als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung eine Situation zu bejahen ist, in der eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes/Jugendlichen bereits eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist und diese Situation von den Sorgeberechtigten nicht abgewendet wird oder werden kann.

Kann die Frage nach der gegenwärtig tatsächlich bestehenden Gefahr nicht eindeutig beantwortet werden, besteht aber der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bzw. kann eine Kindeswohlgefährdung nicht ausgeschlossen werden, ist von einer „latenten Kindeswohlgefährdung“ auszugehen.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4.15 Maßnahmen des Familiengerichts auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls 2013

	Kinder und Jugendliche im Berichtsjahr					
	insgesamt	davon nach Geschlecht		davon im Alter von bis unter Jahren		
		männlich	weiblich	unter 6	6 – 14	14 – 18
	Anzahl	%				
Insgesamt	28 298	53,2	46,8	43,0	39,0	18,0
davon:						
Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 1666 Abs. 3 BGB	8 360	52,8	47,2	46,1	41,2	12,7
Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gegenüber Personensorgeberechtigten oder Dritten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	3 337	51,3	48,7	43,5	44,9	11,6
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	1 534	52,9	47,1	40,5	38,2	21,3
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	7 071	56,4	43,6	41,3	31,3	27,4
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	7 996	51,7	48,3	41,3	41,4	17,3

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4 Sozialleistungen

8.4.16 Vorläufige Schutzmaßnahmen 2013

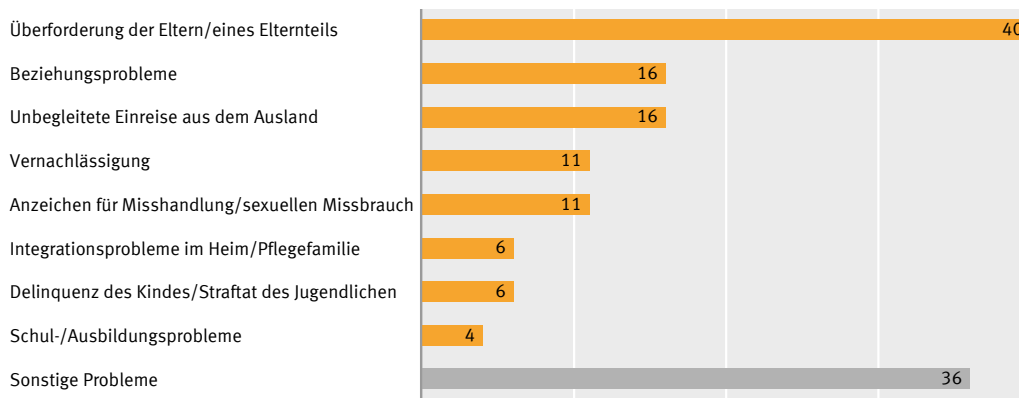
	Insgesamt		Inobhutnahme			Herausnahme
	Anzahl	%	zusammen	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	4 132	10,0	3 907	–	9,3	225
3 – 6	2 380	6,3	2 225	–	5,3	155
6 – 9	2 272	6,2	2 165	0,1	5,0	107
9 – 12	3 017	7,5	2 890	0,6	6,3	127
12 – 14	5 257	12,8	5 158	2,6	9,6	99
14 – 16	11 371	26,8	11 260	8,1	18,6	111
16 – 18	13 694	30,4	13 617	12,1	20,2	77
Insgesamt	42 123	100	41 222	23,6	74,3	901
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	28 883	73,3	28 108	14,6	52,1	775
Nicht deutsch	13 240	26,7	13 114	8,9	22,2	126
	Männlich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	2 212	5,3	2 093	–	5,0	119
3 – 6	1 326	3,1	1 242	–	2,9	84
6 – 9	1 252	3,0	1 192	0,1	2,8	60
9 – 12	1 662	3,9	1 595	0,3	3,5	67
12 – 14	2 080	4,9	2 042	0,8	4,1	38
14 – 16	5 196	12,3	5 152	3,2	9,0	44
16 – 18	8 460	20,1	8 420	7,3	12,7	40
Zusammen	22 188	52,7	21 736	11,6	40,0	452
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	13 257	31,5	12 860	5,3	25,2	397
Nicht deutsch	8 931	21,2	8 876	6,3	14,8	55
	Weiblich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 920	4,6	1 814	–	4,3	106
3 – 6	1 054	2,5	983	–	2,3	71
6 – 9	1 020	2,4	973	0,1	2,2	47
9 – 12	1 355	3,2	1 295	0,3	2,8	60
12 – 14	3 177	7,5	3 116	1,9	5,5	61
14 – 16	6 175	14,7	6 108	4,9	9,6	67
16 – 18	5 234	12,4	5 197	4,8	7,5	37
Zusammen	19 935	47,3	19 486	11,9	34,3	449
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	15 626	37,1	15 248	9,3	26,9	378
Nicht deutsch	4 309	10,2	4 238	2,7	7,4	71

Eine vorläufige Schutzmaßnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einer akuten, sie gefährdenden Situation. Minderjährige werden auf eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern) in Obhut genommen und – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung untergebracht, etwa in einem Heim.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Anlässe für vorläufige Schutzmaßnahmen 2013

in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Für jedes Kind oder jede(n) Jugendliche(n) konnten bis zu zwei Anlässe für die Maßnahme angegeben werden.

2015 - 01 - 0167

8.4 Sozialleistungen

8.4.17 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

	2011	2012	2013
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	686 756	675 786	660 668
davon unter:			
Gesetzlicher Amtsvormundschaft	5 575	4 950	5 171
Bestellter Amtsvormundschaft	32 280	31 619	32 219
Bestellter Amtspflegschaft	33 445	33 489	33 774
Beistandschaften nach § 1712 BGB	615 456	605 728	589 504
Sorgeerklärungen nicht miteinander verheirateter Eltern	134 940	X	161 376
davon:			
Abgegebene Sorgeerklärungen	134 872	X	160 644
Ersetzte Sorgeerklärungen	68	X	732
Tagespflegepersonen, für die eine Pflege-erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	55 078	54 509	55 130

Mit der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund (**gesetzliche Amtsvormundschaft**).

Die **bestellte Amtsvormundschaft** setzt voraus, dass ein(e) Minderjährige(r) nicht unter elterlicher Sorge steht. Dies kann durch Tod der Eltern eintreten, oder wenn die Eltern nicht in der Lage sind, die elterliche Sorge verantwortlich zu übernehmen.

Bei der **bestellten Amtspflegschaft** wird nur für Teile der elterlichen Sorge Amtspflege bestellt. Die verbleibenden Teile der elterlichen Sorge werden weiterhin durch die Eltern oder einen Elternteil wahrgenommen.

Mit der Einrichtung einer **Beistandschaft** für minderjährige Kinder (§ 1712 BGB) wird das Jugendamt zum Beistand des Kindes, um z. B. die Vaterschaft festzustellen oder/und Unterhaltsansprüche des Kindes geltend zu machen.

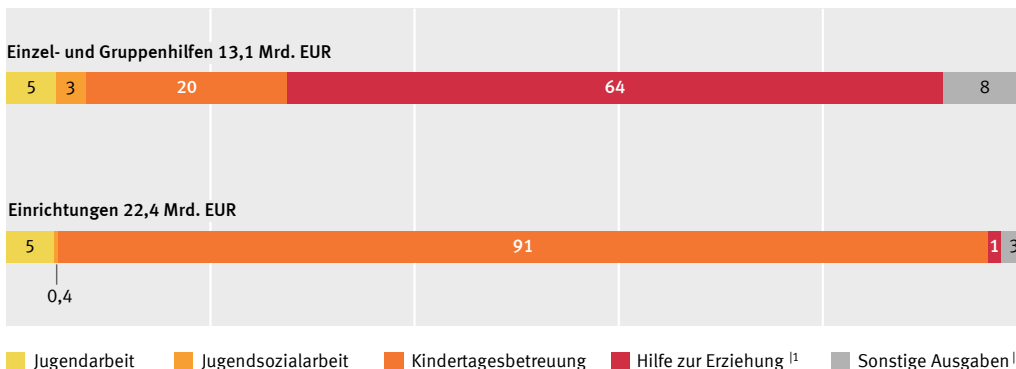
Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4.18 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2013

	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	1 000 EUR		
Jugendarbeit	1 693 551	637 108	1 056 443
Jugendsozialarbeit	477 953	391 286	86 667
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	578 681	530 939	47 742
dar. Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	268 170	266 108	2 062
Kindertagesbetreuung	23 012 955	2 568 085	20 444 870
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	8 706 551	8 408 787	297 764
Mitarbeiterfortbildung	22 520	11 071	11 448
Sonstige Aufgaben	861 748	528 910	332 839
Ausgaben zusammen	35 353 959	13 076 187	22 277 772
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	172 793	-	172 793
Ausgaben insgesamt	35 526 752	13 076 187	22 450 565
davon:			
Öffentliche Träger	22 203 696	11 912 410	10 291 287
Förderung von freien Trägern	13 323 056	1 163 778	12 159 278
Einnahmen insgesamt	2 707 200	911 567	1 795 633
Reine Ausgaben insgesamt	32 819 552	12 164 620	20 654 932

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2013 in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.
 2 Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

■ Sozialbudget nach Institutionen

Um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, zeigt die Tabelle 8.1 dieses Kapitels die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen sowie nach Leistungs- und Finanzierungsarten. Detaillierte Informationen aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken der **Sozialleistungen** runden das Kapitel ab. Da die Zahlen des Sozialbudgets zum Teil definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind, besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 9 dieses Jahrbuchs. Die Definitionen zum Sozialbudget, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2015.

Das „Glossar“ enthält Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt bereinigt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Dieses Kapitel enthält – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialleistungen in Deutschland zu geben. Daten, die nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Im Folgenden werden die Methodiken der Erhebungen dargestellt, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen. Es handelt sich bei diesen Bundesstatistiken um dezentrale Statistiken. Dies bedeutet, dass das Statistische Bundesamt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept entwickelt und Organisation sowie EDV-Technik vorbereitet. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen stellt das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität. Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 „Sozialleistungen“ (siehe hierzu „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Die **Versorgungsempfängerstatistik** liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar. Anspruch auf eine Leistung nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht haben Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze, aus Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind (Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt).

Leistungsberechtigt sind des Weiteren Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten oder von verstorbenen Pensionärinnen und Pensionären (Empfängerinnen und Empfänger von Witwen- und Witwengeld, Waisengeld). Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beschäftigten des Deutschen Reiches regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G131), soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.

Der *öffentliche Dienst* wird in der Versorgungsempfängerstatistik in den vier Ebenen Bundesbereich, Landesbereich, kommunaler Bereich und Sozialversicherung (einschl. Bundesagentur für Arbeit) dargestellt.

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts. Sie bildet zusammen mit der Personalstandstatistik die Basis für Berechnungen über die Höhe der bestehenden Versorgungsansparungen und der zukünftigen Versorgungsausgaben. Sie wird für die Ermittlung der Zuweisungssätze zum Versorgungsfonds des Bundes verwendet und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Sozialleistungen

Sozialhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden in der amtlichen **Sozialhilfestatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken in der Regel rund zehn bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht. Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik hat sich mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend geändert. Es gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempfängerinnen und Kurzzeitempfänger) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen; bis Ende 2004

Methodik

wurden diese Leistungen als „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.

- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Um die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beurteilen sowie das Gesetz fortentwickeln zu können, werden auch in der amtlichen **Asylbewerberleistungsstatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um Vollerhebungen. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die Stellen, die für die Durchführung des AsylbLG zuständig sind.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken veröffentlicht das Statistische Bundesamt in der Regel rund sieben Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfasst die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik die folgenden Erhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der **Kriegsopferfürsorgestatistik** ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird als zweijährliche Vollerhebung durchgeführt. Die Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten erheben die Statistischen Landesämter bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2012 lagen im Oktober 2013 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie über die finanziellen Aufwendungen, die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbunden sind.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe gemäß § 102 SGB VIII eine Auskunftspflicht, die nach Erhebungen differenziert ist.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfassen die amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stich-tage unterscheiden:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit (ab 2015 alle zwei Jahre Statistik der Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII)
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010, ab 2014 alle zwei Jahre): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind, z. B. über die Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte **Grundsicherung für Arbeitsuchende** ersetzt. Diese ist im SGB II geregelt.

Die Grundsicherungsstatistik wird gemäß § 53 SGB II von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt und berichtet über Leistungsansprüche hilfebedürftiger Personen, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Dabei wird zwischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unterschieden. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erhalten Arbeitslosengeld II, die nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten Sozialgeld.

Die Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind; sie besteht aus mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die jeweilige Wohngemeinschaft kann noch weitere Personen außerhalb des SGB II umfassen.

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger. Dabei wird – unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen – vorhandenes Einkommen und Vermögen der Personen angerechnet.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst

- den Regelbedarf und Mehrbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld),

Methodik

- Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Beiträge zur Sozialversicherung und
- sonstige Leistungen.

Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Sie ergänzt die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III, hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Die „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ zählt alle Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Beziehenden und Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen.

Glossar

Altersgrenze | Die *Altersgrenze* der Beamtenversorgung des Bundes ist der gesetzlich bestimmte Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Die allgemeine Antragsaltersgrenze liegt für Personen, die vor 1947 geboren wurden bei 65 Jahren. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze ab dem 1.1.2012 bis zum Jahr 2031 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Im Falle einer Schwerbehinderung ist ab dem 60. bzw. 62. Lebensjahr ein Antrag auf den vorgezogenen Ruhestand möglich.

Alterssicherung der Landwirte (AdL, Sozialbudget) | Dieses berufsspezifisch ausgerichtete Sondersystem der Alterssicherung regelt für selbstständig tätige landwirtschaftliche Unternehmer und ihre Familienangehörigen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit. Zu diesem Zweck gewährt die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Bundesträger der AdL bei Erfüllung der Voraussetzungen Renten wegen Alters und wegen Erwerbsminderung, Witwen, Witwer- und Waisenrenten und Rehabilitationsleistungen. Die gewährten Leistungen entsprechen weitgehend denen der gesetzlichen Rentenversicherung. Als besondere Leistung gibt es die sogenannte Betriebs- und Haushaltshilfe, die sicherstellt, dass der Hof bei Krankheit des Landwirts weitergeführt werden kann. Beitragspflichtig sind selbstständig tätige landwirtschaftliche Unternehmer und (ab 1995) deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt der landwirtschaftliche Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Einheitsbeitrags. Befreiung von der Versicherungspflicht ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere landwirtschaftliche Unternehmer erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Arbeitslosengeld | Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosengeld als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird auf Antrag bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Arbeitslosengeld als Lohnersatzleistung wird Arbeitslosen anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 % bzw. 67 % des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens 180 Kalendertage, bei älteren Arbeitslosen kann sie bis zu 720 Kalendertage betragen. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war, sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

Arbeitslosenversicherung (Sozialbudget) | Die Leistungen der Arbeitsförderung setzen sich aus den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung nach dem Dritten Kapitel des SGB III einerseits und den Entgeltersatzleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB III andererseits zusammen. Hauptziele der Arbeitsförderung sind die Verhinderung von Arbeitslosigkeit sowie, wenn diese bereits eingetreten ist, ihre schnellstmögliche Beendigung. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung dienen die Beratung und Vermittlung sowie die sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (z. B. die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung). Während die Beratung für alle Personengruppen (junge Menschen, Erwachsene und Arbeitgeber) zugänglich ist und die Vermittlung für alle Ausbildungssuchenden, Arbeitsuchenden und Arbeitgeber, sind bei den sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung die jeweiligen Voraussetzungen zu erfüllen. Das Arbeitslosengeld und das Insolvenzgeld sind ebenfalls an besondere Voraussetzungen geknüpft.

Asylbewerberleistungen | Diese Leistungen werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährt, das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Die Leistungsberechtigten erhalten Regelleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und

Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts). Diese werden entweder in Form von Grundleistungen gewährt (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Daneben erhalten die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution „Sozialhilfe“ ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung (Sozialbudget) | Das *Bundesausbildungsförderungsgesetz* (BAföG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 23. BAföG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/11 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstfördersatz für Studierende beträgt 670 Euro monatlich. Im Zuge des 25. BAföG-Änderungsgesetzes wurde bereits eine Erhöhung der Freibeträge und Bedarfssätze ab 1. August 2016 bzw. zum Wintersemester 2016/17 beschlossen. Der neue Höchstfördersatz für Studierende wird dann 735 Euro monatlich betragen. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn der auszubildenden Person bzw. ihren unterhaltsverpflichteten Eltern oder ihrer Ehegattin bzw. Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen. Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person sowie das Einkommen der Eltern und der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Die Geldleistungen nach dem BAföG werden infolge des 25. BAföG-ÄndG seit dem 1.1.2015 vollständig vom Bund erbracht. Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im *Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz* (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen finanziell unterstützt. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Gefördert werden sowohl Voll- wie auch Teilzeitmaßnahmen. Die Förderung selbst besteht aus Zuschüssen und zinsgünstigen Darlehensanteilen. Mit dem 25. BAföG-ÄndG werden ab 1.8.2016 auch im AFBG der Unterhaltsbedarfssatz und die Einkommensfreibeträge steigen. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen (Sozialbudget) | Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstunfällen.

Betriebliche Altersvorsorge (Sozialbudget) | Hierbei handelt es sich klassischerweise um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber direkt erfolgen – über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse – oder über externe Versorgungsträger erbracht werden (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Bundesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen des Bundes, Deutsche Bundesbank, Bundeseisenbahnvermögen und Versorgungsempfänger/-innen des Bundespensionservice für Post und

Telekommunikation, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht des Bundes, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Dienstunfähigkeit | Sie liegt vor, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, eine Richterin oder ein Richter sowie eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform | Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter der Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen einschließlich Zweckverbände aber ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig zwischen 65 % und 67 % des maßgeblichen Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro je Lebensmonat. Für Eltern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von mehr als 1 200 Euro vor der Geburt sinkt die Ersatzrate bis auf 65 %. Für Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro je Lebensmonat. Bei Mehrlingsgeburten wird ein Mehrlingszuschlag gewährt. Familien mit mehreren kleinen Kindern können einen Geschwisterbonus erhalten. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam grundsätzlich zwölf Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für die Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrags.

Mit dem Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit haben Eltern von Kindern, die ab dem 1.7.2015 geboren werden, die Möglichkeit, zwischen dem Bezug von ElterngeldPlus und dem Bezug vom bisherigen Elterngeld (Basiselterngeld) zu wählen oder beides zu kombinieren.

Das ElterngeldPlus berechnet sich wie das Basiselterngeld, beträgt aber maximal die Hälfte des Elterngeldbetrags, der Eltern ohne Teilzeiteinkommen nach der Geburt zustünde. Dafür wird es für den doppelten Zeitraum gezahlt: ein Elterngeldmonat = zwei ElterngeldPlus-Monate. Damit profitieren Eltern vom ElterngeldPlus auch über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus und genießen mehr Zeit für sich und ihr Kind. Alleinerziehende können das neue ElterngeldPlus im gleichen Maß nutzen.

Darüber hinaus bietet der neu eingeführte Partnerschaftsbonus die Möglichkeit, für vier weitere Monate ElterngeldPlus zu nutzen: Wenn Mutter und Vater in vier aufeinanderfolgenden Monaten gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, bekommt jeder Elternteil vier zusätzliche Monatsbeträge ElterngeldPlus. Die Höhe des Elterngeldes in einem Partnerschaftsbonus-Monat wird genauso berechnet wie in einem ElterngeldPlus-Monat. Alleinerziehende können ebenso vier zusätzliche Bonusmonate beantragen, vorausgesetzt sie arbeiten an vier aufeinander folgenden Monaten pro Woche zwischen 25 und 30 Stunden.

Seit dem 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag berücksichtigt. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen

des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro).

Entgeltfortzahlung (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge (Sozialbudget) | Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung (Sozialbudget) | *Pflichtmitglieder* der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze liegt. Des Weiteren zählen dazu Auszubildende, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieherinnen und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirtinnen und Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteilerinnen und Altenteiler sowie Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden – mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragsatzanteils in Höhe von 0,9 % – je zur Hälfte von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnerinnen und Rentnern und den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Die *freiwillige Mitgliedschaft* in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 395 Euro monatlich regelmäßig nicht übersteigt, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 450 Euro monatlich.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt. In Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld gezahlt – als Ersatz für Verdienstaufschlag für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung (Sozialbudget) | Versicherungspflichtig sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Gruppen von Selbstständigen (z. B. selbstständig tätige Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, Handwerkerinnen und Handwerker, Hebammen und Entbindungspfleger). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern bzw. durch eine Versicherungspflicht auf Antrag versicherungspflichtig zu werden. Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils

geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod der bzw. des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod der oder des Versicherten sind den Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe. Das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung (Sozialbudget) | Versichert sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine Ausnahme bilden Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirtinnen und Landwirte), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, z. B. für Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletzengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten). Die Beiträge für die Versicherten trägt allein die Unternehmerin bzw. der Unternehmer.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialbudget) | Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit diesen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung stellt.

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) sichert den Lebensunterhalt erwerbsfähiger Personen, soweit sie hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht durch Einkommen oder Vermögen sichern kann. Anspruch auf Arbeitslosengeld II können daher auch Personen haben, die mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen. Sozialgeld erhalten hilfebedürftige nicht erwerbsfähige Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Innerhalb der Bedarfsgemeinschaft ist wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | Die Leistung wurde durch das Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt, das zum 1.1.2003 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Sozialhilfe, die zum 1.1.2005 in Kraft getreten ist, wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort „Sozialhilfe“ im „Glossar“ sowie zur „Sozialhilfestatistik“ in der „Methodik“). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen mit Erreichen der Altersgrenze gem. § 41 SGB XII sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland

bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wird – wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – angerechnet, z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie Partnerinnen und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte „verschämte Armut“ verhindern. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Kinder- und Jugendhilfe (Sozialbudget) | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um die Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII beurteilen zu können, werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von den in Kindertageseinrichtungen geförderten Kinder über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII). Sie reichen von flexiblen Erziehungshilfen, Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungsshelferinnen und Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten. Hierzu werden die Erhebungsmerkmale jährlich erhoben, die seit 2007 für alle Hilfearten gleich sind. Auch die Erhebungen zu *Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtpflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnis sowie Sorgerechtsentziehungen* werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst. Seit dem 1.1.2012 findet ergänzend die Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII statt.

Die statistischen Erhebungen zu ausgewählten, mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) wurden für das Jahr 2012 ausgesetzt. Ab dem Jahr 2015 werden die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nach einer neuen Erhebungssystematik alle zwei Jahre erhoben. Die Kindertagesbetreuung gemäß §§ 22ff. SGB VIII wird seit 2006 jährlich mit folgenden Statistiken erhoben: „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und ab 2009 „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März (vorher 15. März). Vierjährig erfasst – zuletzt am 31.12.2014 – wurden die *übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe*, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter. Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen. Ab 2017 wird die Erhebung alle zwei Jahre durchgeführt.

Die *Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe* werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst. Sie geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch „Methodik“).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich (Sozialbudget) | Sie zeigen die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Auf diese Weise ist die gebotene Steuerfreistellung in jedem Fall gewährleistet. Soweit das Kindergeld dazu nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familien, und zwar vornehmlich der Familien mit geringem Einkommen. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kommunaler Bereich | Behörden, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Gemeinden, Gemeindeverbände, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Gemeinden einschl. Zweckverbände.

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter | Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben (§§ 95 ff. SGB II).

Landesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Länder, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Länder, ohne Sozialversicherungsträger.

Lastenausgleich (Sozialbudget) | Er umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ergeben haben: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparschäden und Schäden in der ehemaligen DDR. Der Ausgleich wurde gewährt als Leistung mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistung ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen). Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet. Infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – Lastenausgleich von den Lastenausgleichsempfängerinnen und -empfängern oder ihren Erben zurück.

Mindestsicherungsquote | Sie stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“),
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen,
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Pensionen (Sozialbudget) | Das sind Ruhegehälter sowie Witwen-, Witwer- und Waisengelder, die Gebietskörperschaften, ihre Wirtschaftsunternehmen und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften zahlen. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfängerinnen und Empfänger einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat die bzw. der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996. Sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber je zur Hälfte finanziert (außer Sachsen). Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeberinnen bzw. den Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages kompensiert (außer Sachsen).

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten angestoßen – insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen.

Seit dem 1.7.2008 betrug der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt sowie die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige.

Seit dem 1.1.2013 betrug der Beitragssatz 2,05 % (für Kinderlose 2,3 %). Mit Einführung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes zum 1.1.2013 haben Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erstmals Anspruch auf Regelleistungen der Pflegeversicherung (sog. Pflegestufe „0“) bzw. auf verbesserte Leistungen nach § 123 SGB XI (Pflegestufe I und II).

Seit dem 1.1.2015 beträgt der Beitragssatz 2,35 % (für Kinderlose 2,6 %). Durch das erste Pflegestärkungsgesetz wurden seit dem 1.1.2015 die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ausgeweitet und die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöht. Zudem wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

Private Altersvorsorge (Sozialbudget) | Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamtinnen und Beamte und Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen. In den begünstigten Personenkreis aufgenommen wurden 2008 auch Bezieherinnen und Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist gestiegen von 1 % in 2002/03 (über 2 % in 2004/05 und 3 % in 2006/07) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Private Krankenversicherung (Sozialbudget) | Ab dem Jahr 2009 ist die Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung im Sozialbudget erforderlich. Dies ist eine Folge der im Rahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007 ab dem 1.1.2009 für den Bereich der privaten Krankenversicherung eingeführten Krankenversicherungspflicht und – im Zusammenhang damit – der Einführung eines Basisstarifs mit Kontrahierungszwang und Beitragsbegrenzung. Die Änderung erfolgt gemäß den europäischen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)). Sie entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

Ruhegehalt | Bezüge pensionierter Beamtinnen und Beamter, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten.

Sonstige Arbeitgeberleistungen (Sozialbudget) | Beihilfen im Krankheitsfall, freiwillige Familienzulagen und Wohnungsbeihilfen der privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Sonstige Entschädigungen (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedlerinnen und Aussiedler) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Soziales Entschädigungsrecht (Sozialbudget) | Es umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen zusammen (Geld- und Sachleistungen). Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinischen Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt vom Einkommen der Berechtigten ab – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die Kriegsofferfürsorge mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen

Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Sozialhilfe (Sozialbudget) | Sie schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Das SGB XII „Sozialhilfe“ unterscheidet im Einzelnen folgende Leistungen:

- 3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
- 4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46b),
- 5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
- 6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
- 7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
- 8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
- 9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Zu weitreichenden Änderungen für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten seit 2005 bisherige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne) – sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind – sowie deren Familienangehörige. Deshalb wurden erwerbsfähige Hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (insbesondere Einkommen und Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerberinnen und Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Sozialversicherung | Umfasst die Bundesagentur für Arbeit, die gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Rentenversicherung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform nach SGB unter Aufsicht des Bundes und der Länder und die Knappschaftsversicherung.

Steuerliche Leistungen (Sozialbudget) | Darunter werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst: sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen. Entsprechend europäischer Konvention und Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)) fließen die steuerlichen Leistungen nicht mehr in die Berechnung der Sozialleistungsquote mit ein und werden nur noch nachrichtlich ausgewiesen.

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen | Dies betrifft Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt (Bundespräsidentin bzw. Bundespräsident, Bundeskanzlerin bzw. Bundeskanzler, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) sowie Angestellte bzw. Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund einer Dienststörung beschäftigt waren, und ihre Hinterbliebenen.

Versorgungsbezüge | Es wird der Bruttobetrag der laufenden Versorgungsbezüge für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen. Enthalten sind das Ruhegehalt der ehemaligen Bediensteten, das Witwen- und Witwergeld und das Waisengeld. Einmalige Zahlungen und Übergangsgelder sind nicht enthalten.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger | *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht* sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten und Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern. *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes* sind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene ehemalige Bedienstete sowie ihre Hinterbliebenen.

Versorgungswerke (Sozialbudget) | Sie basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerverfassung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Architektinnen und Architekten. Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Vorruhestand | Ausscheiden aus dem Dienst vor einer gesetzlichen Altersgrenze aufgrund einer speziellen gesetzlichen Regelung.

Waisengeld | Bezüge hinterbliebener Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wiedergutmachung (Sozialbudget) | Sie enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Witwen- und Witwergeld | Bezüge hinterbliebener Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wohngeld (Sozialbudget) | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Eigentümerinnen oder Eigentümer von Wohnraum, den sie selbst nutzen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 2011 Personen auch für die Kinder, die bei

der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Zusatzversorgung (Sozialbudget) | Dies ist die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte öffentlicher Arbeitgeber. Die Personen sind z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Soziales* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 22, bzw. zur Kinder- und Jugendhilfe unter Code 225, Daten zum *Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes* unter Code 742

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Sozialbudget nach Institutionen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Statistik (www.bmas.de)

■ Sozialversicherungen

Fachberichte

Staatliche Förderung der Riesterreute 2010

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6.1 Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 Entwicklung im Bereich der Beamtenversorgung

■ Sozialleistungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1 Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 2 Sozialhilfe

Reihe 6 Jugendhilfe

Reihe 7 Leistungen an Asylbewerber

Fachberichte

Elterngeld regional: Geburten 2012

Einnahmen und Ausgaben der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft 2010

Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2014

Kriegsopferfürsorge 2012

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 2013

Hilfe zur Pflege 2012

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/10 Erzieherische Hilfe im Jahr 2008

Heft 9/10 Erzieherische Hilfe, Migrationshintergrund und Transferleistungsbezug im Jahr 2008

Heft 11/10 Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertagesbetreuung

Heft 3/12 Das neue Bundeskinderschutzgesetz und dessen Umsetzung in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Heft 6/14 Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2012

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Kindertagesbetreuung regional 2014

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie stehen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download zur Verfügung.



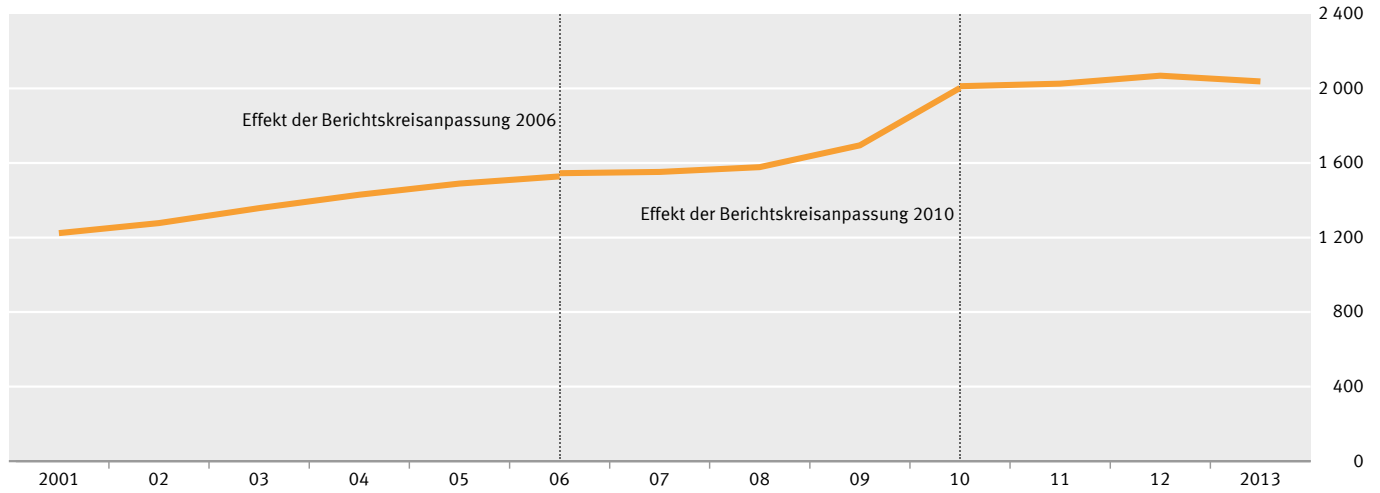
9 Finanzen und Steuern

Öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2014 mit **6,1 Milliarden Euro**
Finanzierungsüberschuß | **Verschuldung** Deutschlands 2013
auf 2 038 Milliarden Euro gesunken | **15 000** Einkommensteuer-
pflichtige hatten 2010 Einkünfte von **1 Million Euro und mehr** | 2010
wurden erstmals mehr als **6 Millionen** umsatzsteuerpflichtige Unternehmen
erfasst | **498 Unternehmen** waren 2013 **Umsatzmilliardäre** |
2014 pro Kopf rund **99 Liter Bier** und **986 Zigaretten** abgesetzt

<i>Seite</i>	
253	Auf einen Blick
	Tabellen
254	Öffentliche Finanzen Entwicklung der öffentlichen Finanzen Länderfinanzausgleich Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen Nettoausgaben Schulden und Finanzvermögen Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
267	Steuern Steueraufkommen nach Steuerarten Lohn- und Einkommensteuer Körperschaftsteuer Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb Gewerbesteuer Erbschaft- und Schenkungsteuer Umsatz- steuer Verbrauchsteuern
277	Methodik
279	Glossar
282	Mehr zum Thema

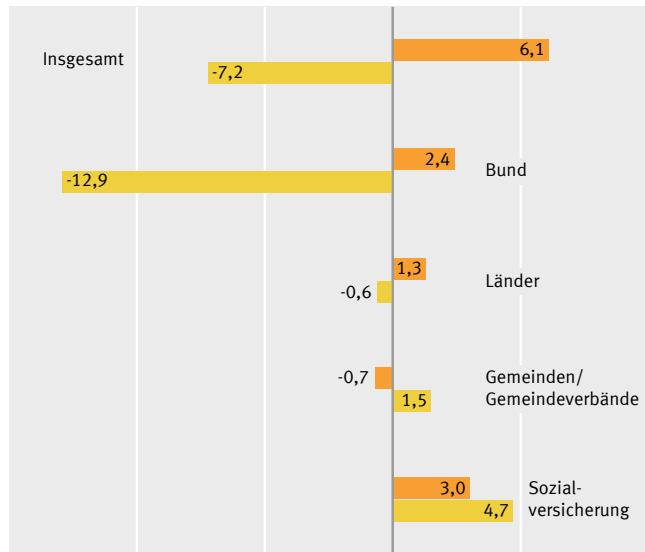
9.0 Auf einen Blick

Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Finanzierungssalden der Körperschaften des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR

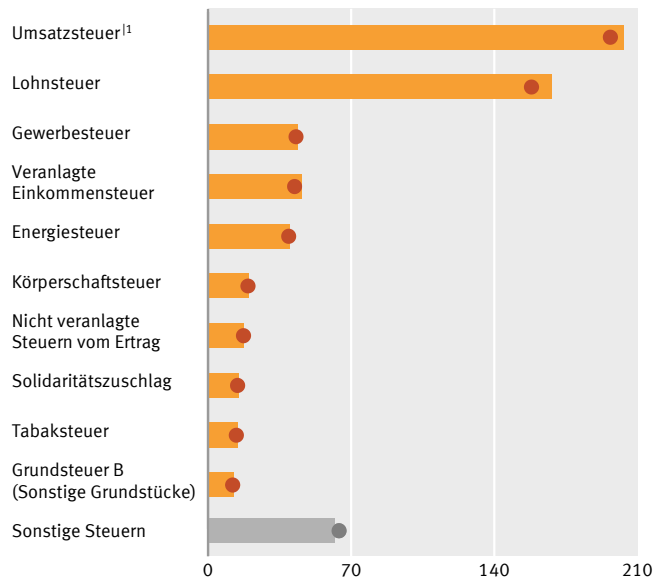
■ 1. bis 4. Vierteljahr 2014 ■ 1. bis 4. Vierteljahr 2013¹



1 Revidiertes Ergebnis.

Steueraufkommen nach ausgewählten Steuerarten
in Mrd. EUR

■ 2014 ● 2013



Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im Jahr 2013 und 2014 nach Steuerarten vor der Verteilung.

1 Einschl. Einfuhrumsatzsteuer.

2015 - 01 - 0169

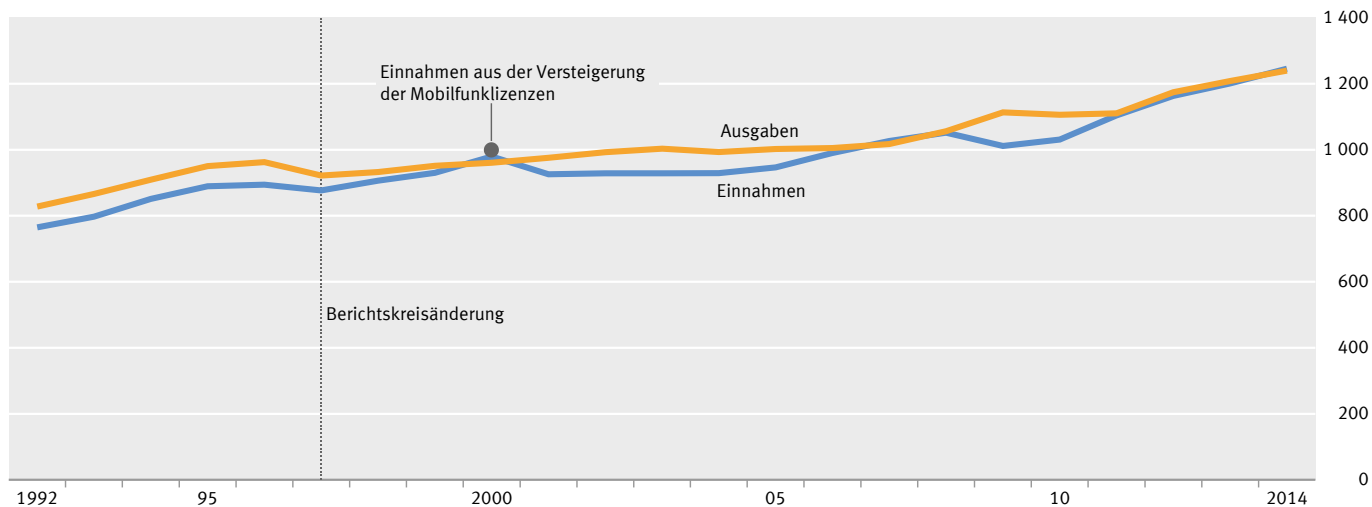
9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.1 Ausgaben, Einnahmen, Finanzierungssaldo und Schulden

	2000	2005	2010 ¹	2011	2012	2013	2014
	Mill. EUR						
Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts²	960 788	1 002 244	1 105 876	1 110 165	1 174 449	1 208 297	1 239 689
darunter:							
Bund	265 508	281 483	333 062	324 852	357 503	348 117	344 273
Länder	250 791	259 968	287 269	295 907	321 459	329 347	341 413
Gemeinden/Gemeindeverbände	146 074	153 183	182 267	184 878	196 864	206 272	217 616
Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts²	979 322	946 460	1 030 908	1 103 862	1 163 357	1 201 058	1 245 605
darunter:							
Bund	292 433	250 043	288 698	307 144	335 455	335 222	346 572
Länder	240 376	237 235	266 782	286 486	315 642	328 753	342 694
Gemeinden/Gemeindeverbände	148 009	150 945	175 392	183 908	197 770	207 764	216 960
Steuereinnahmen³	467 413	452 380	530 673	573 372	600 214	619 515	643 496
darunter:							
Bund	198 790	190 176	225 811	247 984	256 303	259 866	270 746
Länder	189 493	180 457	210 052	224 291	236 344	244 206	254 276
Gemeinden/Gemeindeverbände	57 297	60 036	70 442	76 633	81 251	84 342	87 488
Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts²	18 552	- 55 787	- 74 989	- 6 418	- 11 031	- 7 179	6 064
darunter:							
Bund	26 943	- 31 402	- 44 323	- 17 667	- 22 004	- 12 852	2 358
Länder	- 10 375	- 22 728	- 20 560	- 9 558	- 5 787	- 561	1 333
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 934	- 2 237	- 6 875	- 970	906	1 493	- 657
Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts⁴	1 210 918	1 489 853	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 918	.
darunter:							
Bund	774 834	903 282	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 257	.
Länder	338 073	471 339	600 110	615 399	644 929	624 915	.
Gemeinden/Gemeindeverbände	98 011	115 232	123 569	129 633	135 178	135 116	.
Sozialversicherung	539	823	665	631	.

- 1 Für die Schuldenstatistik ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.
- 2 Von 2000 bis 2011 Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik, ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse mit erweitertem Berichtskreis. Um Zahlungen zwischen den Einheiten bereinigt. 2000 einschl. einmaliger Versteigerungserlöse des Bundes aus den Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro.
- 3 Kassenmäßige Steuereinnahmen, nach der Steuerverteilung. – Ab 1994 Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder beim Bund abgesetzt und bei den Ländern entsprechend zugesetzt.
- 4 Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse.

2015 - 01 - 0170

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.2 Länderfinanzausgleich

	2000	2005	2010	2013	2014 ¹
	Mill. EUR				
Baden-Württemberg	- 1 957	- 2 235	- 1 709	- 2 415	- 2 356
Bayern	- 1 884	- 2 234	- 3 511	- 4 307	- 4 852
Berlin	+ 2 812	+ 2 456	+ 2 900	+ 3 328	+ 3 491
Brandenburg	+ 644	+ 588	+ 401	+ 518	+ 510
Bremen	+ 442	+ 366	+ 445	+ 588	+ 604
Hamburg	- 556	- 383	- 66	+ 88	- 55
Hessen	- 2 734	- 1 606	- 1 752	- 1 702	- 1 755
Mecklenburg-Vorpommern	+ 500	+ 434	+ 399	+ 461	+ 463
Niedersachsen	+ 568	+ 363	+ 259	+ 107	+ 276
Nordrhein-Westfalen	- 1 141	- 490	+ 354	+ 691	+ 897
Rheinland-Pfalz	+ 392	+ 294	+ 267	+ 242	+ 288
Saarland	+ 167	+ 113	+ 89	+ 137	+ 144
Sachsen	+ 1 182	+ 1 020	+ 854	+ 995	+ 1 034
Sachsen-Anhalt	+ 711	+ 587	+ 497	+ 559	+ 585
Schleswig-Holstein	+ 185	+ 146	+ 101	+ 168	+ 172
Thüringen	+ 670	+ 581	+ 472	+ 543	+ 554

Damit die Länder die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen können, müssen sie frei und unabhängig über ausreichende Finanzmittel verfügen. Der **Länderfinanzausgleich**, als eine von vier Stufen des grundgesetzlich geregelten bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dient der Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern mit dem Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+).

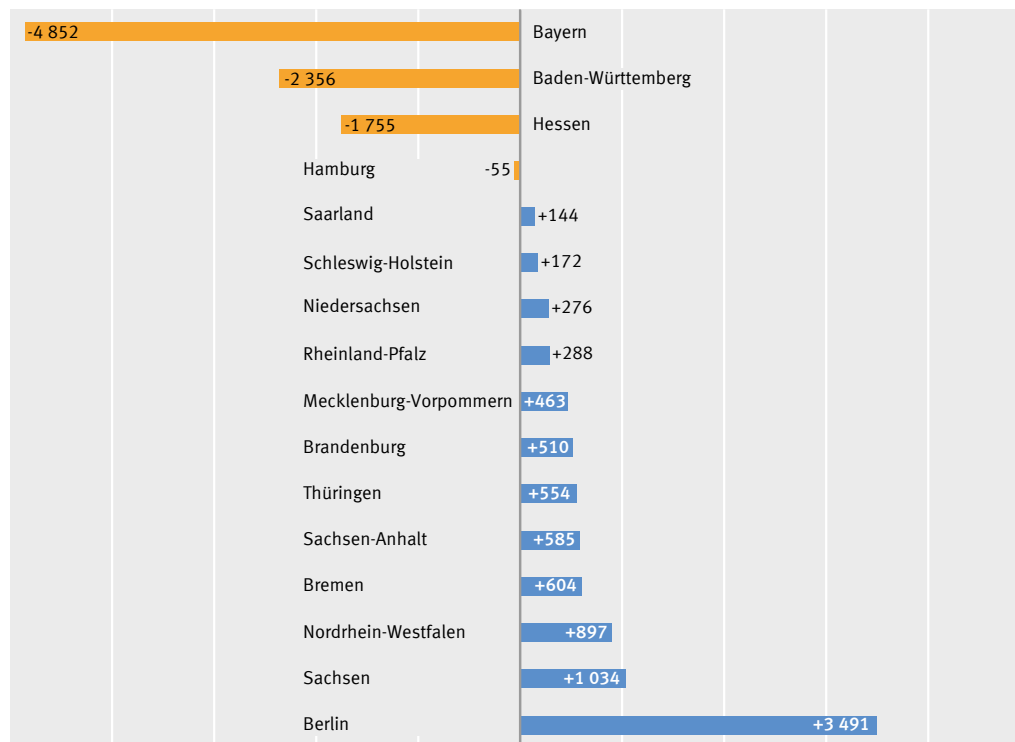
1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Länderfinanzausgleich 2014

in Mill. EUR

■ Ausgleichspflichtig (-), Geberländer ■ Ausgleichsberechtigt (+), Nehmerländer



Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2015 - 01 - 0171

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnisse). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die EU-Anteile.

9.2.1 Kassenergebnisse nach Körperschaftsgruppen

	Insgesamt		Veränderung 2014 gegen- über Vorjahr	Davon				
	2013	2014		Bund	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR				
Ausgaben								
Personalausgaben	243 722	254 939	4,6	46 330	–	131 203	58 286	19 120
Laufender Sachaufwand	322 264	338 204	4,9	28 546	–	40 838	51 011	217 809
Zinsausgaben	66 050	56 735	– 14,1	33 906	–	18 680	3 905	244
an öffentlichen Bereich	666	624	– 6,2	26	–	460	138	–
an andere Bereiche	65 385	56 110	– 14,2	33 880	–	18 220	3 767	244
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	1 023 584	1 043 128	1,9	224 387	29 768	143 512	120 407	525 054
an öffentlichen Bereich	532 799	539 227	1,2	167 955	–	108 276	52 220	210 776
an andere Bereiche	490 785	503 901	2,7	56 432	29 768	35 236	68 187	314 278
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	537 516	544 346	1,3	21 304	–	35 106	45 928	210 722
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 118 105	1 148 659	2,7	311 865	29 768	299 127	187 680	551 505
Baumaßnahmen	31 110	34 422	10,6	7 395	–	8 006	18 732	289
Erwerb von Sachvermögen	12 191	12 651	3,8	1 947	–	3 973	5 856	875
Vermögensübertragungen	41 969	44 637	6,4	17 664	–	24 038	2 778	157
an öffentlichen Bereich	19 778	19 781	0,0	5 560	–	13 242	980	–
an andere Bereiche	22 191	24 856	12,0	12 104	–	10 797	1 798	157
Darlehen	8 885	7 664	– 13,7	1 036	–	5 469	1 156	3
an öffentlichen Bereich	1 263	1 038	– 17,9	0	–	959	79	–
an andere Bereiche	7 622	6 626	– 13,1	1 036	–	4 510	1 077	3
Erwerb von Beteiligungen	15 097	11 249	– 25,5	4 424	–	4 437	2 088	301
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 670	1 436	– 14,0	20	–	1 205	211	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	20 730	21 028	1,4	78	–	4 842	884	–
Ausgaben der Kapitalrechnung	90 192	91 030	0,9	32 408	–	42 285	29 936	1 624
Bereinigte Ausgaben	1 208 297	1 239 689	2,6	344 273	29 768	341 413	217 616	553 129
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 051 874	1 091 349	3,8	299 065	30 880	234 962	79 475	446 968
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	21 057	28 983	37,6	9 520	–	7 840	11 238	385
Zinseinnahmen	17 237	14 015	– 18,7	8 748	–	3 283	903	1 081
vom öffentlichen Bereich	823	911	10,8	110	–	631	98	72
von anderen Bereichen	16 415	13 104	– 20,2	8 638	–	2 652	805	1 009
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	564 814	570 994	1,1	30 733	– 1 111	95 581	129 900	315 891
vom öffentlichen Bereich	536 182	543 387	1,3	24 098	–	85 960	120 292	313 037
von anderen Bereichen	28 632	27 607	– 3,6	6 635	– 1 111	9 621	9 609	2 853
Sonstige laufende Einnahmen	57 998	61 839	6,6	14 725	–	19 131	25 679	2 304
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	537 516	544 346	1,3	21 304	–	35 106	45 928	210 722
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 175 464	1 222 834	4,0	341 488	29 768	325 691	201 266	555 907
Veräußerung von Vermögen	13 936	11 100	– 20,3	2 831	–	3 080	5 005	183
Vermögensübertragungen	22 851	23 527	3,0	437	–	12 863	10 228	–
vom öffentlichen Bereich	17 678	18 468	4,5	62	–	10 040	8 366	–
von anderen Bereichen	5 173	5 059	– 2,2	375	–	2 823	1 862	–
Darlehensrückflüsse	8 224	8 283	0,7	1 894	–	5 145	1 213	32
vom öffentlichen Bereich	1 729	1 656	– 4,3	378	–	1 190	88	–
von anderen Bereichen	6 494	6 628	2,1	1 516	–	3 956	1 125	32
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	1 314	889	– 32,3	–	–	757	132	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	20 730	21 028	1,4	78	–	4 842	884	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	25 594	22 772	– 11,0	5 084	–	17 003	15 694	215
Bereinigte Einnahmen	1 201 058	1 245 605	3,7	346 572	29 768	342 694	216 960	556 122
Finanzierungssaldo	– 7 179	6 064	X	2 358	0	1 333	– 657	3 030

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.2 Kassenergebnisse nach Ländern 2014

	Insgesamt	Länder	Gemeinden/ Gemeindeverbände
	Mill. EUR		
Bereinigte Ausgaben			
Deutschland ¹	475 134	341 413	217 616
Baden-Württemberg	62 482	45 568	32 505
Bayern	74 227	50 594	34 687
Berlin	24 766	24 766	–
Brandenburg	14 282	10 911	6 928
Bremen	5 780	5 780	–
Hamburg	15 169	15 169	–
Hessen	39 537	25 609	19 114
Mecklenburg-Vorpommern . .	9 306	7 367	4 230
Niedersachsen	41 094	28 413	20 573
Nordrhein-Westfalen	105 402	67 850	55 836
Rheinland-Pfalz	22 284	16 601	10 652
Saarland	5 830	4 043	2 566
Sachsen	23 803	17 463	12 025
Sachsen-Anhalt	13 210	10 226	5 795
Schleswig-Holstein	14 923	10 354	7 499
Thüringen	11 636	9 260	5 127
Bereinigte Einnahmen			
Deutschland ¹	475 759	342 694	216 960
Baden-Württemberg	62 271	45 040	32 822
Bayern	77 686	52 588	36 153
Berlin	25 744	25 744	–
Brandenburg	14 855	11 371	7 040
Bremen	5 321	5 321	–
Hamburg	15 222	15 222	–
Hessen	38 378	24 887	18 676
Mecklenburg-Vorpommern . .	9 714	7 767	4 238
Niedersachsen	41 065	28 362	20 595
Nordrhein-Westfalen	102 378	66 375	54 287
Rheinland-Pfalz	21 321	16 026	10 265
Saarland	5 085	3 704	2 160
Sachsen	25 059	18 674	12 069
Sachsen-Anhalt	13 348	10 366	5 793
Schleswig-Holstein	14 637	10 139	7 427
Thüringen	12 057	9 488	5 320
Finanzierungssaldo			
Deutschland ¹	677	1 333	– 657
Baden-Württemberg	– 187	– 504	317
Bayern	3 458	1 993	1 466
Berlin	982	982	–
Brandenburg	576	463	113
Bremen	– 459	– 459	–
Hamburg	71	71	–
Hessen	– 1 164	– 727	– 438
Mecklenburg-Vorpommern . .	408	400	8
Niedersachsen	– 29	– 51	22
Nordrhein-Westfalen	– 3 024	– 1 475	– 1 549
Rheinland-Pfalz	– 962	– 574	– 388
Saarland	– 745	– 339	– 406
Sachsen	1 266	1 221	45
Sachsen-Anhalt	138	139	– 2
Schleswig-Holstein	– 287	– 215	– 71
Thüringen	421	228	193

1 Einschl. gemeinsamer Extrahaushalte.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Die rechnungsmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den abgeschlossenen Jahresrechnungen des Öffentlichen Gesamthaushalts.

9.3.1 Ausgaben und Einnahmen nach Körperschaftsgruppen und Arten

	Insgesamt			Davon					
	2010	2011	Veränderung 2011 gegen- über Vorjahr	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände einschl. Zweck- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Ausgaben									
Personalausgaben	207 860	211 423	1,7	27 856	13 505	–	105 600	47 312	17 149
Laufender Sachaufwand	276 003	280 318	1,6	21 840	262	–	26 254	41 338	190 624
Zinsausgaben	58 073	57 197	– 1,5	31 846	1 331	–	19 503	4 332	185
an öffentlichen Bereich	233	219	– 6,0	–	3	–	114	103	–
an andere Bereiche	57 840	56 978	– 1,5	31 846	1 328	–	19 389	4 230	185
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	779 168	775 316	– 0,5	217 339	1 690	23 348	115 704	104 558	312 676
an öffentlichen Bereich	289 846	290 759	0,3	161 577	114	–	70 247	43 494	15 326
an andere Bereiche	489 322	484 557	– 1,0	55 762	1 575	23 348	45 457	61 064	297 350
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	294 370	292 893	– 0,5	–	–	–	7 279	38 275	9 997
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 026 733	1 031 361	0,5	298 881	16 788	23 348	259 783	159 266	510 637
Baumaßnahmen	31 506	30 690	– 2,6	5 813	868	–	5 643	18 233	134
Erwerb von Sachvermögen	8 768	8 331	– 5,0	1 255	271	–	1 908	4 482	416
Vermögensübertragungen	50 209	49 557	– 1,3	15 290	5 949	–	24 856	3 461	2
an öffentlichen Bereich	24 731	24 998	1,1	5 243	5 027	–	13 765	963	–
an andere Bereiche	25 478	24 558	– 3,6	10 047	921	–	11 091	2 498	2
Darlehen	5 191	5 593	7,7	2 825	31	–	1 960	775	2
an öffentlichen Bereich	116	150	29,3	1	–	–	80	69	–
an andere Bereiche	5 075	5 443	7,3	2 825	31	–	1 880	706	2
Erwerb von Beteiligungen	6 444	8 291	28,7	788	5 057	–	751	1 694	1
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 276	1 298	1,7	–	–	–	1 058	240	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	24 251	24 956	2,9	–	–	–	52	768	–
Ausgaben der Kapitalrechnung	79 143	78 804	– 0,4	25 971	12 174	–	36 124	28 118	554
Bereinigte Ausgaben	1 105 876	1 110 165	0,4	324 852	28 962	23 348	295 907	187 384	511 192
Einnahmen									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	926 096	984 633	6,3	276 681	1 121	24 499	203 139	69 732	409 461
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	18 687	20 599	10,2	4 971	1 118	–	4 696	9 761	53
Zinseinnahmen	4 175	4 329	3,7	483	675	–	912	1 158	1 101
vom öffentlichen Bereich	177	178	0,6	70	12	–	66	31	–
von anderen Bereichen	3 998	4 150	3,8	413	664	–	846	1 127	1 101
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	318 007	316 583	– 0,4	10 365	16 806	– 1 151	58 284	106 759	125 522
vom öffentlichen Bereich	294 193	292 715	– 0,5	7 426	12 655	–	51 975	98 454	122 205
von anderen Bereichen	23 814	23 868	0,2	2 939	4 150	– 1 151	6 308	8 305	3 316
Sonstige laufende Einnahmen	36 404	37 001	1,6	8 259	507	–	7 927	19 810	498
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	294 370	292 893	– 0,5	–	–	–	7 279	38 275	9 997
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 008 999	1 070 252	6,1	300 759	20 226	23 348	267 679	168 944	526 638
Veräußerung von Vermögen	13 219	23 465	77,5	3 307	14 594	–	770	4 601	194
Vermögensübertragungen	26 361	27 280	3,5	390	19	–	14 369	12 503	–
vom öffentlichen Bereich	22 163	22 023	– 0,6	–	10	–	11 419	10 594	–
von anderen Bereichen	4 198	5 258	25,3	390	9	–	2 950	1 909	–
Darlehensrückflüsse	5 127	5 806	13,2	2 688	27	–	2 020	1 019	52
vom öffentlichen Bereich	635	919	44,7	713	–	–	151	55	–
von anderen Bereichen	4 492	4 887	8,8	1 976	27	–	1 869	964	52
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	1 454	2 014	38,5	–	–	–	1 701	313	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	24 251	24 956	2,9	–	–	–	52	768	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	21 909	33 610	53,4	6 385	14 640	–	18 807	17 668	246
Bereinigte Einnahmen	1 030 908	1 103 862	7,1	307 144	34 866	23 348	286 486	186 612	526 884
Finanzierungssaldo	– 74 989	– 6 418	X	– 17 667	5 904	0	– 9 558	– 771	15 674
Besondere Finanzierungsvorgänge									
darunter:									
Schuldentilgung am Kreditmarkt	352 003	369 750	5,0	259 984	13 062	–	87 452	9 252	–
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	415 957	394 217	– 5,2	277 327	10 053	–	97 792	9 046	–

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

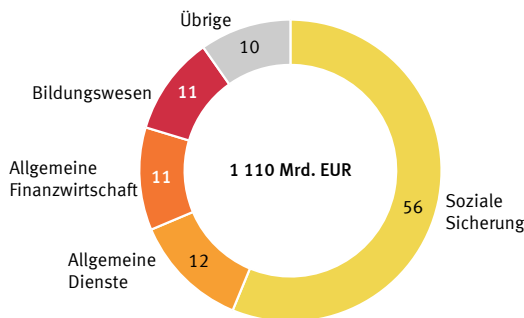
9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.2 Nettoausgaben nach Körperschaftsgruppen und Aufgabenbereichen

	Insgesamt			Davon					
	2010	2011	Veränderung 2011 gegenüber Vorjahr	Bund	Sondervermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. Zweckverbände	Sozialversicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Politische Führung und zentrale Verwaltung	34 283	35 600	3,8	4 714	746	-	9 349	20 791	-
Auswärtige Angelegenheiten	26 240	26 454	0,8	8 551	54	17 815	34	-	-
Verteidigung	27 346	27 095	-0,9	27 008	87	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	25 287	25 952	2,6	3 343	30	-	14 619	7 960	-
dar. Polizei/Bundespolizei	16 117	16 477	2,2	3 059	17	-	13 352	49	-
Rechtsschutz	11 842	12 014	1,5	384	4	-	11 626	-	-
Finanzverwaltung	10 223	10 003	-2,2	2 639	10	-	6 056	1 298	-
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	60 195	61 063	1,4	4	1 980	-	47 689	11 390	-
Hochschulen	24 078	25 612	6,4	3 195	632	-	21 785	-	-
Förderung von Schülern/Schülerinnen, Studierenden u. dgl.	5 722	6 100	6,6	2 221	121	-	2 102	1 656	-
Sonstiges Bildungswesen	1 946	2 057	5,7	605	18	-	946	487	-
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 913	13 427	4,0	9 561	544	-	2 978	344	-
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	9 294	9 306	0,1	488	42	-	3 964	4 812	-
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	626 162	624 915	-0,2	148 466	533	-	27 786	50 658	397 471
dar.: Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	509 424	508 910	-0,1	108 580	-	-	2 859	-	397 471
Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	34 318	37 527	9,4	6 864	10	-	10 400	20 253	-
dar. Sozialhilfe und soziale Einrichtungen	25 297	28 739	13,6	643	10	-	8 857	19 229	-
Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	28 075	29 347	4,5	321	510	-	8 097	20 419	-
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16 548	15 137	-8,5	1 335	437	-	5 971	7 394	-
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	20 642	19 792	-4,1	1 259	103	-	2 743	15 686	-
dar. Kommunale Gemeinschaftsdienste	12 419	12 212	-1,7	-2	-	-	356	11 857	-
dar.: Abwasserbeseitigung	4 295	4 337	1,0	-	-	-	194	4 143	-
Abfallbeseitigung	3 772	3 731	-1,1	-	-	-	53	3 678	-
Straßenreinigung	888	900	1,4	-	-	-	2	897	-
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10 300	10 255	-0,4	914	60	5 533	3 255	492	-
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	17 163	19 196	11,8	4 735	6 442	-	6 006	2 013	-
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	20 351	20 475	0,6	11 670	-5 718	-	5 236	9 287	-
dar.: Straßen	19 760	19 547	-1,1	7 450	406	-	3 876	7 814	-
dar.: Bundesautobahnen	3 777	3 861	2,2	3 580	226	-	56	-	-
Bundes- und Landesstraßen	4 924	4 435	-9,9	2 456	168	-	1 561	249	-
Kreisstraßen	1 101	1 174	6,6	-	-	-	152	1 021	-
Gemeindestraßen	8 444	8 647	2,4	1 389	11	-	885	6 363	-
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	2 612	2 867	9,8	348	10	-	1 035	1 473	-
Wirtschaftsunternehmen	15 226	15 637	2,7	10 966	-1 995	-	1 936	4 730	-
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 435	8 179	-13,3	4 910	88	-	1 444	1 737	-
Allgemeine Finanzwirtschaft	120 681	121 897	1,0	69 675	12 067	-	62 399	-23 756	1 512

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Nettoausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts 2011 nach Aufgabenbereichen in %



Nettoausgaben zeigen die Ausgaben, die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzieren sind.

2015 - 01 - 0172

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.3 Nettoausgaben nach Aufgabenbereichen 2011

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Wirtschaftsunternehmen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Mill. EUR										
Insgesamt	1 110 165	137 118	117 564	624 915	15 137	19 792	29 451	20 475	23 816	121 897
Bund	316 643	46 639	16 075	148 466	1 335	1 259	5 649	11 670	15 876	69 675
Sondervermögen des Bundes ..	16 286	931	3 337	533	437	103	6 502	- 5 718	- 1 907	12 067
EU-Anteile	23 348	17 815	-	-	-	-	5 533	-	-	-
Sozialversicherung	398 983	-	-	397 471	-	-	-	-	-	1 512
Länder ¹	354 905	71 733	98 153	78 445	13 365	18 429	11 767	14 523	9 847	38 643
Baden-Württemberg	47 321	7 755	13 368	6 876	2 000	2 929	1 171	2 014	1 978	9 230
Bayern	58 647	9 781	16 038	9 873	2 175	3 383	2 026	2 644	2 532	10 195
Berlin	14 578	3 611	5 005	5 127	641	802	188	386	330	- 1 513
Brandenburg	9 246	2 766	2 299	2 981	443	512	856	579	163	- 1 351
Bremen	3 252	632	924	940	113	47	89	55	291	161
Hamburg	10 279	1 997	2 697	2 235	329	203	134	215	204	2 265
Hessen	31 315	5 978	7 824	6 208	1 066	1 571	918	1 054	677	6 019
Mecklenburg-Vorpommern ...	5 685	1 643	1 826	1 992	342	352	447	334	144	- 1 395
Niedersachsen	32 900	6 197	8 840	7 098	1 175	1 293	1 046	1 231	1 087	4 932
Nordrhein-Westfalen	79 697	16 457	20 519	18 201	2 549	4 309	1 544	2 790	798	12 528
Rheinland-Pfalz	17 498	3 563	4 666	3 562	631	450	542	954	312	2 817
Saarland	4 196	973	1 009	820	138	81	110	195	30	841
Sachsen	12 474	3 871	5 086	4 680	535	883	1 026	880	451	- 4 938
Sachsen-Anhalt	8 354	2 206	2 689	2 712	418	514	620	311	368	- 1 484
Schleswig-Holstein	11 620	2 374	2 736	2 631	439	554	327	458	266	1 834
Thüringen	7 842	1 929	2 626	2 508	371	547	721	421	216	- 1 497

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.1 Entwicklung des Schuldenstandes des Öffentlichen Gesamthaushalts

	Schuldenstand		Veränderung des Schuldenstandes gegenüber Vorjahr		Als Schuldenstand gilt die Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht öffentlichen Bereich zählen: – Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich, – Wertpapiersschulden, – Kredite beim nicht öffentlichen Bereich.
	insgesamt	je Einwohner/-in ¹	absolut	Veränderungsrate	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	%	
31.12.2007	1 552 371	18 871	7 008	0,5	
31.12.2008	1 577 881	19 213	25 510	1,6	
31.12.2009	1 694 368	20 698	116 487	7,4	
31.12.2010 ² ..	2 011 677	24 607	317 309	18,7	
31.12.2011	2 025 438	25 244	13 761	0,7	
31.12.2012	2 068 289	25 725	42 851	2,1	
31.12.2013	2 037 918	25 289	- 30 371	- 1,5	

Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

1 Ab 2011 berechnet jeweils mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie der Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

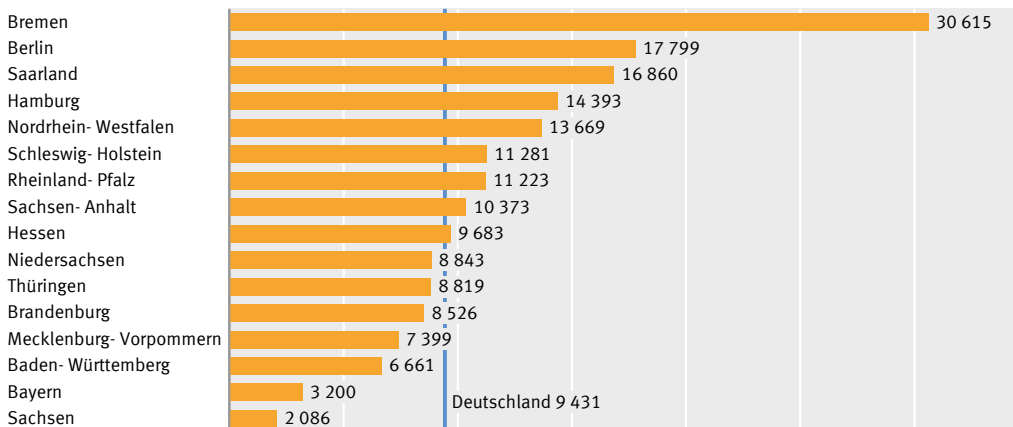
9.4.2 Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts nach Körperschaftsgruppen am 31.12.2013

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Schulden beim nicht öffentlichen Bereich	2 037 918	1 277 257	624 915	519 378	105 537	135 116	631
Kassenkredite	71 363	20 008	3 967	3 645	322	47 383	6
bei Kreditinstituten	54 305	5 435	1 622	1 300	322	47 242	6
beim sonstigen inländischen Bereich	12 707	10 431	2 145	2 145	–	132	–
beim sonstigen ausländischen Bereich	4 351	4 142	200	200	–	9	–
Wertpapiersschulden	1 566 692	1 192 126	373 920	312 006	61 915	646	–
Geldmarktpapiere	58 384	51 401	6 859	6 859	–	125	–
Kapitalmarktpapiere	1 508 308	1 140 725	367 062	305 147	61 915	521	–
Kredite	399 863	65 123	247 028	203 727	43 301	87 087	625
bei Kreditinstituten	260 737	30 138	143 517	119 112	24 405	86 457	625
beim sonstigen inländischen Bereich	112 059	9 796	101 638	83 003	18 636	625	–
beim sonstigen ausländischen Bereich	27 067	25 189	1 873	1 613	260	5	–
Schulden beim öffentlichen Bereich	60 889	10 690	34 242	29 437	4 805	7 281	8 677
Kassenkredite	16 608	3 029	3 337	2 454	884	1 835	8 407
beim Bund	23	12	0	0	–	–	10
bei Ländern	1 092	–	1 072	897	176	20	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	863	–	7	0	7	856	–
bei Zweckverbänden und dgl.	21	–	–	–	–	21	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	8 514	155	0	0	0	0	8 358
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	4 669	1 521	2 248	1 547	701	871	30
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen ..	1 426	1 341	10	10	–	67	9
Kredite	44 281	7 661	30 904	26 983	3 921	5 446	269
beim Bund	15 032	6 494	8 367	6 033	2 334	170	–
bei Ländern	9 964	0	8 987	7 910	1 077	976	0
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	2 107	–	20	20	–	2 087	–
bei Zweckverbänden und dgl.	48	–	–	–	–	48	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	268	10	101	59	42	11	147
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	9 774	147	9 128	9 038	90	499	0
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen ..	7 087	1 010	4 301	3 923	378	1 654	122
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2 122	10	1 140	893	247	893	79
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	198	10	11	3	9	124	54
Restkaufgelder	359	–	79	79	–	279	–
Finanzierungsleasing	1 565	0	1 049	811	238	490	26
ÖPP-Projekte nach ESVG ¹⁾	6 415	–	3 241	3 000	241	3 174	–
Bürgschaften	616 941	452 293	135 055	104 261	30 794	29 548	46

1 Bei ÖPP-Projekten nach ESVG handelt es sich um Projekte, bei denen der öffentliche Partner das Baurisiko oder der private Partner nur das Baurisiko und kein weiteres Risiko (Ausfallrisiko oder Nachfragerisiko) trägt. Nachgewiesen wird der Bauwert entsprechend dem Baufortschritt der Investitionsmaßnahmen aus den ÖPP-Projekten abzüglich der bis zum Ende des Berichtsjahres geleisteten Zahlungen an die Auftragnehmer.

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2013

je Einwohner/-in, in EUR



Schulden beim nicht öffentlichen Bereich. – Stichtag: 31.12.

2015 - 01 - 0173

9.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.3 Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2013

	Insgesamt	Davon		Schulden beim öffent- lichen Bereich	Kreditähnliche Rechts- geschäfte	Bürgschaften	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Ein- wohner/-in ¹
		Wertpapier- schulden und Kredite beim nicht öffentlichen Bereich	Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich				
Mill. EUR							EUR
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen							
Deutschland	760 030	708 681	51 349	41 522	2 033	164 603	9 431
Baden-Württemberg	70 597	70 432	166	3 197	169	43 776	6 661
Bayern	40 152	39 892	260	1 687	107	11 752	3 200
Berlin	60 413	60 285	128	1 012	16	8 890	17 799
Brandenburg	20 868	20 080	787	222	33	1 690	8 526
Bremen	20 040	19 936	105	1 528	0	1 440	30 615
Hamburg	25 083	24 994	89	2 265	231	20 465	14 393
Hessen	58 342	51 370	6 971	1 908	224	5 878	9 683
Mecklenburg-Vorpommern ..	11 815	11 177	638	556	126	1 378	7 399
Niedersachsen	68 879	65 149	3 729	1 153	188	10 518	8 843
Nordrhein-Westfalen	239 833	211 469	28 364	10 102	238	31 936	13 669
Rheinland-Pfalz	44 765	38 749	6 016	9 118	118	2 245	11 223
Saarland	16 721	14 758	1 963	479	8	2 325	16 860
Sachsen	8 431	8 325	106	6 774	28	4 746	2 086
Sachsen-Anhalt	23 328	22 278	1 050	410	125	3 240	10 373
Schleswig-Holstein	31 680	30 905	774	709	46	12 258	11 281
Thüringen	19 082	18 880	203	402	375	2 067	8 819
Länder							
Deutschland	624 915	620 948	3 967	34 242	1 140	135 055	7 755
Baden-Württemberg	63 895	63 889	6	2 517	91	37 403	6 029
Bayern	26 139	26 139	-	1 359	0	8 662	2 083
Berlin	60 413	60 285	128	1 012	16	8 890	17 799
Brandenburg	18 744	18 744	-	123	0	1 204	7 658
Bremen	20 040	19 936	105	1 528	0	1 440	30 615
Hamburg	25 083	24 994	89	2 265	231	20 465	14 393
Hessen	40 206	39 811	395	508	32	1 057	6 673
Mecklenburg-Vorpommern ..	9 908	9 908	-	8	105	934	6 204
Niedersachsen	56 504	56 464	39	653	114	8 170	7 254
Nordrhein-Westfalen	189 672	186 554	3 119	8 636	13	24 363	10 810
Rheinland-Pfalz	32 892	32 842	50	8 072	112	931	8 246
Saarland	13 481	13 458	22	416	0	1 936	13 592
Sachsen	4 116	4 116	-	6 198	0	3 057	1 018
Sachsen-Anhalt	20 192	20 192	-	310	120	2 923	8 979
Schleswig-Holstein	27 631	27 618	13	344	22	11 776	9 840
Thüringen	15 999	15 999	-	292	284	1 845	7 394
Gemeinden/Gemeindeverbände							
Deutschland	135 116	87 733	47 383	7 281	893	29 548	1 806
Baden-Württemberg	6 703	6 543	160	680	79	6 372	632
Bayern	14 013	13 753	260	328	106	3 090	1 117
Brandenburg	2 124	1 336	787	99	33	486	868
Hessen	18 135	11 559	6 576	1 400	192	4 821	3 010
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 908	1 269	638	548	21	444	1 195
Niedersachsen	12 375	8 685	3 690	500	75	2 348	1 589
Nordrhein-Westfalen	50 160	24 915	25 245	1 466	225	7 574	2 859
Rheinland-Pfalz	11 874	5 907	5 966	1 046	6	1 314	2 977
Saarland	3 241	1 300	1 941	63	8	389	3 268
Sachsen	4 315	4 208	106	575	28	1 689	1 068
Sachsen-Anhalt	3 136	2 087	1 050	100	5	317	1 395
Schleswig-Holstein	4 049	3 288	761	365	24	482	1 442
Thüringen	3 084	2 881	203	110	91	222	1 425

1 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.4 Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31.12.2013

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich ¹	550 466	218 233	154 287	136 662	17 626	64 970	112 976
Bargeld und Einlagen	184 714	30 323	37 003	34 492	2 512	36 513	80 874
Bargeld	453	81	140	125	15	213	18
Sichteinlagen	98 483	28 250	24 865	22 901	1 964	18 974	26 395
Sonstige Einlagen	85 778	1 992	11 998	11 466	532	17 326	54 461
Wertpapiere	153 645	100 561	31 959	31 139	821	4 354	16 770
Geldmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	4 657	40	282	242	39	417	3 917
Kapitalmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	148 988	100 521	31 677	30 896	781	3 937	12 853
Ausleihungen	135 511	70 399	59 212	52 890	6 322	3 658	2 241
Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	29 674	19 142	10 212	9 446	767	83	236
Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	105 837	51 257	49 000	43 445	5 555	3 575	2 005
Sonstige Forderungen ²	76 596	16 949	26 113	18 141	7 972	20 444	13 090

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

9.4.5 Finanzvermögen der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2013

	Insgesamt ¹	Bargeld und Einlagen	Wertpapiere		Ausleihungen		Sonstige Forderungen ²	Finanzvermögen beim nicht öffent- lichen Bereich je Einwohner/-in ³
			Ursprungslaufzeit		bis 1 Jahr	über 1 Jahr		
			bis 1 Jahr	über 1 Jahr				
	Mill. EUR							EUR
Deutschland	219 257	73 516	699	35 614	10 296	52 575	46 557	2 721
Baden-Württemberg	34 100	25 595	73	4 267	1	499	3 666	3 218
Bayern	31 488	12 522	67	2 228	0	10 916	5 755	2 509
Berlin	10 298	756	8	256	175	4 954	4 149	3 034
Brandenburg	7 110	2 612	4	642	-	3 025	827	2 905
Bremen	1 634	136	9	17	592	520	361	2 496
Hamburg	5 695	1 620	22	508	0	82	3 462	3 268
Hessen	11 360	4 194	39	1 497	446	1 112	4 073	1 885
Mecklenburg-Vorpommern	3 876	1 610	1	62	1	1 554	648	2 427
Niedersachsen	8 748	3 903	7	461	1	1 692	2 683	1 123
Nordrhein-Westfalen	76 327	8 623	289	24 029	9 069	25 482	8 836	4 350
Rheinland-Pfalz	9 136	2 144	101	211	2	1 594	5 083	2 291
Saarland	1 127	438	0	18	2	189	479	1 136
Sachsen	9 958	4 803	10	1 254	6	579	3 307	2 464
Sachsen-Anhalt	2 416	1 262	2	124	1	67	961	1 074
Schleswig-Holstein	3 346	1 940	64	21	1	232	1 089	1 192
Thüringen	2 640	1 360	4	19	0	77	1 180	1 220

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

3 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit dem Bevölkerungsstand zum 31.12.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2012

Die Jahresabschlussstatistik liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts (Tab. 9.3). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der öffentlichen Finanzen.

	Insgesamt	Grundstücks- und Wohnungswesen	Wasser- versorgung	Abwasser- entsorgung	Energie- versorgung	Öffentliche Verwal- tung, Verteidigung, Sozialversicherung
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	15 186	1 822	1 776	1 388	1 494	1 193
Beschäftigte	1 937 136	56 366	36 114	30 391	123 557	115 106
dar. weiblich	946 841	28 468	10 101	6 807	31 955	41 759
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	1 010 074	131 019	41 234	67 640	85 068	200 703
Immaterielle Vermögensgegenstände	8 120	119	633	988	1 473	240
Sachanlagen	498 290	123 331	38 090	64 846	51 611	28 512
Finanzanlagen	503 664	7 570	2 511	1 806	31 985	171 951
Umlaufvermögen	894 985	19 090	5 472	4 174	45 846	251 801
Vorräte zusammen	21 908	9 630	187	184	2 541	1 473
Forderungen	662 193	4 712	3 739	2 355	35 190	122 453
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	556 878	620	2 153	980	16 094	104 631
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	12 633	661	461	804	877	1 296
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	210 884	4 748	1 546	1 634	8 115	127 875
Sonstige Aktiva	52 049	3 593	98	185	1 047	6 241
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	392 888	62 388	16 400	19 291	46 362	36 975
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	121 682	13 780	5 991	4 294	12 950	23 828
Rücklagen	271 771	51 294	10 015	14 278	30 749	15 802
Gewinn/Verlust	- 565	- 2 686	394	719	2 663	- 2 655
Empfangene Ertragszuschüsse	21 603	196	5 811	9 794	4 070	701
Rückstellungen	180 803	7 616	1 782	2 297	24 923	22 945
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	25 232	715	429	602	4 293	3 512
Sonstige Rückstellungen	152 763	6 720	1 303	1 665	19 970	19 402
Verbindlichkeiten	1 255 470	78 342	19 040	34 040	53 103	373 405
Sonstige Passiva	106 344	5 160	3 771	6 577	3 505	24 719
Bilanzsumme	1 957 107	153 702	46 804	71 999	131 962	458 746
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	395 933	23 714	9 795	9 394	159 648	15 371
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	32 488	5 143	499	1 145	516	3 649
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 5 186	9	1	7	31	- 5 190
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 424	106	140	108	397	51
Sonstige betriebliche Erträge	61 667	2 650	788	770	6 490	13 197
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	22 756	394	90	101	19	8 233
Betriebsertrag ¹⁾	456 605	26 492	10 723	10 279	166 566	23 429
Materialaufwand	235 665	10 407	4 542	3 052	137 231	3 305
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	151 160	2 347	2 738	800	116 552	1 465
Personalaufwand	105 028	2 678	1 832	1 580	8 009	9 802
Löhne und Gehälter	74 435	2 118	1 437	1 205	6 259	4 108
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	30 593	560	394	375	1 750	5 694
Abschreibungen	30 273	4 931	1 892	2 579	4 192	904
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	29 529	4 711	1 839	2 527	4 121	821
Betriebsaufwand ²⁾	439 328	20 645	9 539	8 483	159 390	23 749
Betriebsfremde Erträge	53 382	524	317	107	3 376	17 499
Betriebsfremde Aufwendungen	49 328	2 919	803	1 300	3 164	16 110
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7 266	26	23	15	375	1 986
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21 331	3 452	699	602	7 387	1 069
Außerordentliches Ergebnis	- 654	- 78	- 70	- 13	- 1	- 23
Steueraufwand	3 981	325	126	33	1 611	20
Erträge aus Verlustübernahmen	3 375	56	78	15	580	111
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	13 520	3 134	309	51	4 077	84
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	6 550	- 30	271	519	2 279	1 052

Fußnoten siehe nächste Seite.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2012

	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	Gesundheitswesen	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	Landverkehr und Transport in Rohrleitungen	Übrige
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	1 070	841	556	511	490	4 045
Beschäftigte	31 917	653 914	61 257	17 162	157 059	654 293
dar. weiblich	15 114	465 293	10 942	9 035	26 746	300 621
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	132 232	44 168	13 206	5 198	31 167	258 437
Immaterielle Vermögensgegenstände	1 904	373	77	11	163	2 139
Sachanlagen	5 583	42 650	10 200	4 202	26 004	103 260
Finanzanlagen	124 745	1 145	2 929	986	4 999	153 038
Umlaufvermögen	26 423	17 585	6 401	917	7 493	509 783
Vorräte zusammen	369	1 521	268	14	880	4 839
Forderungen	18 147	11 791	2 639	606	5 738	454 824
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	673	6 850	659	78	850	423 290
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungsträger	309	3 463	799	244	402	3 317
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	7 907	4 273	3 494	297	874	50 119
Sonstige Aktiva	563	1 977	327	430	62	37 526
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	85 633	12 556	4 950	2 673	12 248	93 412
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	16 369	4 124	1 310	1 082	6 192	31 762
Rücklagen	62 554	10 435	2 901	2 390	7 335	64 016
Gewinn/Verlust	6 710	- 2 004	739	- 799	- 1 280	- 2 366
Empfangene Ertragszuschüsse	60	51	135	110	328	346
Rückstellungen	10 872	6 406	7 504	322	5 668	90 469
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	5 205	1 169	426	21	1 666	7 193
Sonstige Rückstellungen	4 705	5 124	6 973	281	3 900	82 721
Verbindlichkeiten	61 534	15 745	6 326	2 660	15 481	595 794
Sonstige Passiva	1 119	28 972	1 019	780	4 997	25 726
Bilanzsumme	159 218	63 730	19 934	6 546	38 721	805 746
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	4 579	42 956	11 005	1 021	25 861	92 588
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	343	4 207	2 352	120	4 881	9 634
Bestandserhöhung oder -verminderung	2	59	39	0	- 104	- 39
Andere aktivierte Eigenleistungen	17	11	8	2	118	1 466
Sonstige betriebliche Erträge	3 522	10 016	1 047	392	3 227	19 569
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	136	3 348	132	245	676	9 381
Betriebsertrag ¹⁾	8 128	54 782	12 099	1 414	29 102	113 591
Materialaufwand	2 808	14 420	5 859	648	15 856	37 538
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1 515	9 851	821	254	3 160	11 658
Personalaufwand	1 883	30 348	2 758	519	7 992	37 628
Löhne und Gehälter	1 496	24 482	2 147	411	6 400	24 371
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	387	5 866	611	108	1 592	13 256
Abschreibungen	358	3 175	1 033	224	2 252	8 734
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	336	3 111	1 000	212	2 233	8 618
Betriebsaufwand ²⁾	7 950	55 046	11 361	1 756	29 398	112 009
Betriebsfremde Erträge	9 137	158	236	175	586	21 268
Betriebsfremde Aufwendungen	6 330	363	373	179	670	17 118
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2 305	10	1	8	18	2 499
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2 985	- 469	602	- 347	- 381	5 732
Außerordentliches Ergebnis	51	- 40	- 11	- 262	- 12	- 196
Steueraufwand	496	79	115	19	32	1 124
Erträge aus Verlustübernahmen	114	22	13	175	1 594	618
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	1 085	16	111	30	1 253	3 369
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	1 568	- 582	377	- 483	- 84	1 662

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.2 Nach Rechtsformen 2012

	Insgesamt		Privatrechtlich		Öffentlich-rechtlich		
			zusammen	darunter GmbH	zusammen	Eigenbetriebe	Zweckverbände
Anzahl							
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	15 186	9 851	8 856		5 335	3 711	1 106
Beschäftigte	1 937 136	1 146 669	891 531		790 457	368 894	36 684
dar. weiblich	946 841	549 137	473 183		397 704	168 195	13 612
Mill. EUR							
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis							
Anlagevermögen	1 010 074	555 522	270 299		454 552	263 243	39 751
Immaterielle Vermögensgegenstände	8 120	5 740	2 776		2 380	1 440	316
Sachanlagen	498 290	265 783	168 981		232 507	124 359	34 652
Finanzanlagen	503 664	283 999	98 541		219 665	137 444	4 782
Umlaufvermögen	894 985	167 185	87 215		727 800	254 823	6 139
Vorräte zusammen	21 908	15 072	11 914		6 836	2 092	321
Forderungen	662 193	97 089	53 315		565 104	128 576	3 036
dar.: aus Lieferungen und Leistungen an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	556 878	30 963	21 323		525 915	106 188	946
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	12 633	4 993	4 503		7 640	5 237	403
Sonstige Aktiva	210 884	55 024	21 986		155 860	124 155	2 783
	52 049	18 890	4 488		33 159	6 404	189
Bilanz Passivseite							
Eigenkapital	392 888	241 119	134 432		151 769	52 699	15 965
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	121 682	60 496	28 616		61 186	20 619	3 818
Rücklagen	271 771	174 341	105 231		97 430	36 008	11 777
Gewinn/Verlust	- 565	6 282	584		- 6 847	- 3 928	370
Empfangene Ertragszuschüsse	21 603	4 946	3 027		16 657	9 076	5 562
Rückstellungen	180 803	131 160	30 895		49 643	11 635	2 746
dar.: Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen	25 232	17 374	6 348		7 858	1 480	509
Sonstige Rückstellungen	152 763	111 255	23 403		41 509	10 040	2 207
Verbindlichkeiten	1 255 470	327 364	167 824		928 106	413 486	17 232
Sonstige Passiva	106 344	37 008	25 824		69 337	37 573	4 573
Bilanzsumme	1 957 107	741 597	362 002		1 215 511	524 469	46 079
Gewinn- und Verlustrechnung							
Umsatzerlöse	395 933	317 344	211 211		78 589	35 776	7 275
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	32 488	15 985	10 535		16 503	8 542	1 353
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 5 186	- 96	- 13		- 5 090	- 67	- 9
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 424	2 047	1 210		376	184	65
Sonstige betriebliche Erträge	61 667	27 646	15 550		34 020	16 792	938
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	22 756	3 288	2 943		19 467	11 727	160
Betriebsbeitrag ¹	456 605	347 809	228 791		108 796	52 912	8 290
Materialaufwand	235 665	207 715	146 721		27 950	13 924	2 997
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	151 160	138 355	104 123		12 805	6 237	899
Personalaufwand	105 028	63 730	40 345		41 297	21 511	1 787
Löhne und Gehälter	74 435	45 409	32 503		29 025	13 260	1 372
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	30 593	18 321	7 843		12 272	8 251	415
Abschreibungen	30 273	19 211	11 086		11 061	5 289	1 637
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	29 529	18 930	10 852		10 599	5 091	1 587
Betriebsaufwand ²	439 328	334 378	220 203		104 950	50 895	7 562
Betriebsfremde Erträge	53 382	22 447	7 954		30 935	16 165	248
Betriebsfremde Aufwendungen	49 328	18 875	9 187		30 454	17 540	651
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7 266	4 057	1 429		3 208	1 844	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21 331	17 004	7 355		4 327	641	324
Außerordentliches Ergebnis	- 654	- 255	- 69		- 400	300	- 18
Steueraufwand	3 981	3 411	2 185		571	294	37
Erträge aus Verlustübernahmen	3 375	3 179	2 216		196	158	13
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	13 520	10 618	5 291		2 902	149	20
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	6 550	5 899	2 025		651	655	262

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen – Steueraufkommen nach Steuerarten

	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	Mill. EUR				%			
Insgesamt	573 351	600 046	619 708	643 617	100	100	100	100
Gemeinschaftsteuern (netto) nach Art. 106 Abs. 3 GG	403 567	426 190	442 752	461 985	70,4	71,0	71,4	71,8
Lohnsteuer ¹	139 749	149 065	158 198	167 983	24,4	24,8	25,5	26,1
Veranlagte Einkommensteuer ²	31 996	37 262	42 280	45 613	5,6	6,2	6,8	7,1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	18 136	20 059	17 259	17 423	3,2	3,3	2,8	2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	8 020	8 234	8 664	7 812	1,4	1,4	1,4	1,2
Körperschaftsteuer ²	15 634	16 934	19 508	20 044	2,7	2,8	3,1	3,1
Umsatzsteuer	138 957	142 439	148 315	154 228	24,2	23,7	23,9	24,0
Einfuhrumsatzsteuer	51 076	52 196	48 528	48 883	8,9	8,7	7,8	7,6
Bundessteuern³	99 134	99 794	100 454	101 804	17,3	16,6	16,2	15,8
Versicherungsteuer	10 754	11 138	11 553	12 046	1,9	1,9	1,9	1,9
Tabaksteuer	14 414	14 143	13 820	14 612	2,5	2,4	2,2	2,3
Kaffeesteuer	1 028	1 054	1 021	1 016	0,2	0,2	0,2	0,2
Branntweinsteuer	2 149	2 121	2 102	2 060	0,4	0,4	0,3	0,3
Alcopopsteuer	2	2	2	1	0,0	0,0	0,0	0,0
Schaumweinsteuer	454	450	434	412	0,1	0,1	0,1	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	16	14	14	15	0,0	0,0	0,0	0,0
Stromsteuer	7 247	6 973	7 009	6 638	1,3	1,2	1,1	1,0
Energiesteuer	40 036	39 305	39 364	39 758	7,0	6,6	6,4	6,2
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	8 422	8 443	8 490	8 501	1,5	1,4	1,4	1,3
Luftverkehrssteuer	905	948	978	990	0,2	0,2	0,2	0,2
Kernbrennstoffsteuer	922	1 577	1 285	708	0,2	0,3	0,2	0,1
Solidaritätszuschlag	12 781	13 624	14 378	15 047	2,2	2,3	2,3	2,3
Pauschalierte Eingangsabgaben	3	2	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0,0	0,0	0,0	2,8
Landessteuern³	13 095	14 201	15 723	17 556	2,3	2,4	2,5	2,7
Vermögensteuer	- 4	- 1	- 1	- 3	X	X	X	X
Erbschaftsteuer	4 246	4 305	4 633	5 452	0,7	0,7	0,7	0,8
Grunderwerbsteuer	6 366	7 389	8 394	9 339	1,1	1,2	1,4	1,5
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	-	-	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 420	1 432	1 635	1 673	0,2	0,2	0,3	0,3
Feuerschutzsteuer	365	380	392	409	0,1	0,1	0,1	0,1
Biersteuer	702	697	669	684	0,1	0,1	0,1	0,1
Zölle	4 571	4 462	4 231	4 552	0,8	0,7	0,7	0,7
Gemeindesteuern⁵	52 984	55 398	56 549	57 721	9,2	9,2	9,1	9,0
Grundsteuer A	368	375	385	383	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	11 306	11 642	11 992	12 308	2,0	1,9	1,9	1,9
Gewerbesteuer (brutto)	40 424	42 345	43 027	43 756	7,1	7,1	6,9	6,8
Sonstige Steuern der Gemeinden	886	1 037	1 145	1 275	0,2	0,2	0,2	0,2

Vor der Verteilung.

1 Nach Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld), ausschl. Pauschsteuer Mini-Jobs und Altersvorsorge.

2 Nach Abzug von Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt).

3 Ohne den gemeindlichen Bereich der Stadtstaaten.

4 Ab 1.7.2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

5 Einschl. des gemeindlichen Bereichs der Stadtstaaten, ohne steuerähnliche Einnahmen.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.1 Besteuerungsgrundlagen der Einkommensteuer

	2010	2009	Veränderung 2010 gegen- über Vorjahr
	Mrd. EUR		%
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft ¹	8,7	7,9	10,1
+ Gewerbebetrieb ¹	114,0	101,0	12,9
+ selbstständiger Arbeit ¹	70,8	68,8	2,9
+ nichtselbstständiger Arbeit ²	834,0	812,5	2,6
+ Kapitalvermögen ^{1,2}	9,9	11,9	- 16,8
+ Vermietung und Verpachtung ^{1,2}	17,0	14,5	17,2
+ Sonstige ^{1,2}	47,5	43,7	8,7
= Summe der Einkünfte	1 101,9	1 060,4	3,9
- Altersentlastungsbetrag	3,9	4,1	- 4,9
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1,1	1,1	0,0
= Gesamtbetrag der Einkünfte	1 096,6	1 054,8	4,0
- Verlustabzug	5,8	5,4	7,4
- Sonderausgaben	147,1	121,8	20,8
- außergewöhnliche Belastungen	11,6	10,9	6,4
- Altersvorsorgebeiträge	4,6	4,1	12,2
- Steuerbegünstigungen	0,4	0,4	0,0
= Einkommen	927,1	912,2	1,6
- Kinderfreibetrag	21,4	13,6	57,4
= zu versteuerndes Einkommen	905,4	898,4	0,8
= tarifliche Einkommensteuer	185,8	187,4	- 0,9
- Steuerermäßigungen	10,7	9,1	17,6
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	6,6	4,6	43,5
+ Anspruch auf Altersvorsorgezulage	0,6	1,6	- 62,5
+ hinzuzurechnende Steuer nach § 32d EStG	5,1	4,9	4,1
= festzusetzende Einkommensteuer	187,5	187,7	- 0,1

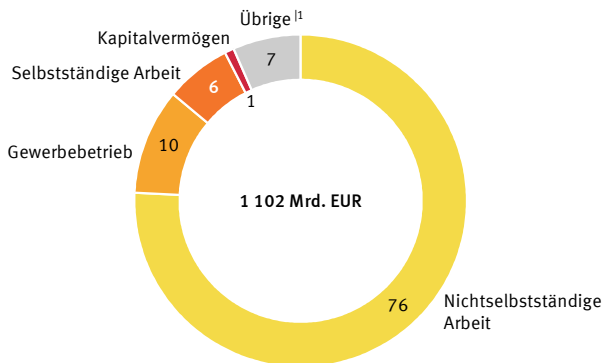
1 Gewinneinkünfte.
2 Überschusseinkünfte.

Die **Einkommensteuer** wird auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben. Bei bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer bei der Einkommensentstehung durch Steuerabzug (z. B. Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag) erhoben. Rechtsgrundlage ist das Einkommensteuergesetz (EStG).

Die **Lohnsteuer** ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben.

Einkunftsarten 2010

Anteil an den Einkünften insgesamt, in %



1 Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft sowie Sonstiges.

2015 - 01 - 0174

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.2 Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien Berufen 2010

Berufsgruppe ¹	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit					
	insgesamt			darunter überwiegende Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit ²		
	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
Freie Berufe insgesamt	1 958 032	67 235 800	34 338	1 253 887	64 346 894	51 318
Rechtsanwälte/-anwältinnen, Notare/Notarinnen (einschl. Patentanwälte/-anwältinnen)	79 162	4 792 639	60 542	62 559	4 688 736	74 949
Rechtsanwälte/-anwältinnen ohne Notariat	65 334	3 562 937	54 534	51 529	3 484 837	67 629
Rechtsanwälte/-anwältinnen mit Notariat ³	9 769	630 187	64 509	7 990	617 860	77 329
Notare/Notarinnen	2 100	351 236	167 255	1 463	340 986	233 073
Patentanwälte/-anwältinnen	1 959	248 279	126 738	1 577	245 053	155 392
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich sonstiger Rechtsberatung	11 651	501 814	43 070	7 152	476 050	66 562
Wirtschaftsprüfer/-innen und vereidigte Buchprüfer/-innen	2 685	164 337	61 206	1 726	154 121	89 294
Wirtschaftsprüfer/-innen	2 278	144 467	63 418	1 438	134 855	93 780
Vereidigte Buchprüfer/-innen	407	19 871	48 823	288	19 266	66 896
Steuerberater/-innen und Steuerbevollmächtigte	42 929	3 053 601	71 131	33 985	2 983 713	87 795
Sonstige Wirtschaftsberater/-innen (ohne Vermögensberater/-innen und -verwalter/-innen)	75 421	2 680 006	35 534	47 359	2 438 622	51 492
Markt- und Meinungsforschung	2 847	29 811	10 471	1 755	26 286	14 978
Unternehmens- und Public-Relations-Berater/-innen	72 574	2 650 195	36 517	45 604	2 412 335	52 897
Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung zusammen	39 959	1 256 564	31 446	25 647	1 202 311	46 879
Programmierungstätigkeiten	19 590	560 645	28 619	12 561	537 151	42 763
Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	15 578	599 736	38 499	10 321	576 349	55 842
Sonstige Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung	4 791	96 184	20 076	2 765	88 811	32 120
Forschungs- und Entwicklungstätigkeit	16 244	446 747	27 502	8 636	400 292	46 352
Werbung	13 256	160 075	12 076	8 567	149 391	17 438
Lehrtätigkeit	197 430	2 567 318	13 004	116 228	2 264 737	19 485
Sonstige Lehrtätigkeit	186 530	2 234 315	11 978	106 599	1 935 984	18 161
Fahr- und Flugschulen	10 900	333 003	30 551	9 629	328 754	34 142
Ärzte/Ärztinnen (Ärzte/Ärztinnen für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte/Ärztinnen und Fachärzte/-ärztinnen)	143 418	16 006 364	111 606	114 207	15 550 766	136 163
Zahnärzte/Zahnärztinnen (einschl. Dentisten/Dentistinnen), ohne Zahntechniker/-innen	44 826	5 902 183	131 669	43 359	5 883 880	135 701
Tierärzte/Tierärztinnen	10 455	504 597	48 264	8 875	495 150	55 592
Sonstige Heilberufe	188 796	5 246 423	27 789	134 913	4 999 683	37 059
Heilpraktiker/-innen	30 875	410 976	13 311	21 924	410 699	18 733
Psychologische Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen	37 577	1 372 759	36 532	27 908	1 330 370	47 670
Masseur/Masseurinnen, medizinische Bademeister/-innen, Krankengymnasten/-gymnastinnen, Entbindungspfleger/Hebammen und verwandte Berufe	58 681	1 719 405	29 301	47 497	1 677 497	35 318
Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	61 663	1 743 283	28 271	37 584	1 581 117	42 069
Architekten/Architektinnen, Innenarchitekten/-architektinnen, Vermessungs- und Bauingenieure/-ingenieurinnen (ohne Film- und Bühnenarchitekten/-architektinnen)	129 319	4 544 381	35 141	96 138	4 361 278	45 365
Tätigkeiten im Bereich Hochbau und Innenarchitektur	45 712	1 455 687	31 845	36 508	1 419 927	38 894
Tätigkeiten im Bereich Orts-, Regional- und Landesplanung	6 969	214 690	30 806	5 368	208 013	38 751
Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsgestaltung	4 051	110 307	27 230	3 098	106 990	34 535
Bautechnische Gesamtplanung	44 939	1 742 937	38 785	33 229	1 672 803	50 342
Sonstige Ingenieurbüros	25 116	901 961	35 912	15 825	837 146	52 900
Vermessungsingenieure/-ingenieurinnen	2 532	118 798	46 919	2 110	116 397	55 164
Ingenieure/Ingenieurinnen für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	40 638	1 490 044	36 666	28 973	1 422 996	49 115
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	3 560	86 432	24 279	1 894	77 169	40 744
Künstlerische Berufe	172 257	2 306 113	13 388	100 966	2 068 282	20 485
Bildende Künstler/-innen	41 073	448 590	10 922	30 749	436 227	14 187
Restauratoren/Restauratorinnen	2 311	37 117	16 061	1 866	35 995	19 290
Komponisten/Komponistinnen und Musikbearbeiter/-innen	12 458	214 114	17 187	7 589	197 615	26 040
Schriftsteller/-innen	44 735	677 150	15 137	18 347	572 026	31 178
Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler/-innen	64 487	822 746	12 758	37 625	726 782	19 316
Artisten/Artistinnen	2 146	28 127	13 107	1 517	26 568	17 514
Filmhersteller/-innen, Kameramann/-frau (einschl. Tonstudio)	5 047	78 269	15 508	3 273	73 068	22 324
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus	60 939	998 244	16 381	38 522	920 724	23 901
Tätigkeit für/in Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	1 301	15 510	11 922	785	13 942	17 761
Journalisten/Journalistinnen und Pressefotografen/-fotografinnen	59 638	982 734	16 478	37 737	906 782	24 029
Freiberuflich tätige Fotografen/Fotografinnen	13 803	195 894	14 192	9 736	189 144	19 427
Übersetzer/-innen und Dolmetscher/-innen	26 561	402 447	15 152	19 125	380 884	19 916
Textil-, Schmuck- und Möbeldesigner	32 498	502 757	15 470	24 788	484 595	19 550
Freiberuflich tätige Sachverständige	49 168	1 142 804	23 243	28 414	1 021 206	35 940
Lotsen/Lotsinnen	908	118 485	130 490	869	118 129	135 937
Sonstige	562 149	12 165 532	21 641	291 249	11 615 036	39 880

1 Die Daten sind aufgrund von Änderungen der Wirtschaftszweigsystematik zum Teil mit den vorherigen Erhebungen nicht vergleichbar.

2 Die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit überwiegen die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus nicht-selbstständiger Arbeit.

3 Diese Kombination ist nicht in allen Bundesländern vertreten.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.3 Veranlagte Einkommensteuerpflichtige 2010

Einkommensteuerpflichtige sind alle natürlichen Personen, soweit sie Einkünfte aus einer der im Einkommensteuergesetz bezeichneten sieben Einkunftsarten beziehen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständige Arbeit, nichtselbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte). Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht betrifft Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland. Die Gruppe der veranlagten Steuerpflichtigen umfasst die gesetzlich zur Veranlagung verpflichteten und freiwillig veranlagten Personen.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen				Festgesetzte Einkommensteuer			
	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%
Insgesamt	26 686 765	X	1 096 573 402	X	26 684 649	X	905 380 575	X	21 397 017	X	187 385 847	X
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)												
Zusammen	275 896	100	- 5 259 813	100	275 896	100	- 6 161 862	100	-	-	-	-
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR)												
0 – 7 500 ...	2 150 649	8,1	7 434 489	0,7	2 149 250	8,1	3 990 620	0,4	149 720	0,7	138 496	0,1
7 500 – 15 000 ...	3 561 024	13,5	40 919 224	3,7	3 560 632	13,5	28 907 303	3,2	1 734 595	8,1	782 230	0,4
15 000 – 25 000 ...	4 953 438	18,8	99 038 475	9,0	4 953 312	18,8	76 295 721	8,4	3 930 192	18,4	6 239 211	3,3
25 000 – 50 000 ...	9 271 073	35,1	332 035 311	30,1	9 270 970	35,1	271 650 345	29,8	9 127 650	42,7	39 287 793	21,0
50 000 – 100 000 ...	5 055 310	19,1	341 573 767	31,0	5 055 256	19,1	285 377 622	31,3	5 042 105	23,6	60 654 229	32,4
100 000 – 250 000 ...	1 232 365	4,7	171 018 998	15,5	1 232 341	4,7	144 842 486	15,9	1 227 618	5,7	44 074 276	23,5
250 000 – 500 000 ...	138 198	0,5	45 919 019	4,2	138 192	0,5	41 156 852	4,5	136 986	0,6	15 039 360	8,0
500 000 – 1 000 000 ...	34 243	0,1	22 842 890	2,1	34 239	0,1	20 966 305	2,3	33 788	0,2	7 965 146	4,3
1 000 000 – 2 500 000 ...	11 025	0,0	16 100 077	1,5	11 019	0,0	14 852 977	1,6	10 835	0,1	5 521 704	2,9
2 500 000 – 5 000 000 ...	2 230	0,0	7 564 253	0,7	2 228	0,0	7 093 177	0,8	2 221	0,0	2 494 523	1,3
5 000 000 oder mehr	1 314	0,0	17 386 712	1,6	1 314	0,0	16 409 046	1,8	1 307	0,0	5 188 878	2,8
Zusammen	26 410 869	100	1 101 833 215	100	26 408 753	100	911 542 437	100	21 397 017	100	187 385 847	100

9.8 Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010

Bestimmte juristische Personen, z. B. Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaften (AG) oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), unterliegen der **Körperschaftsteuer**. Es handelt sich hierbei um eine besondere Art der Einkommensteuer und eine Gemeinschaftsteuer nach Art. 106 Absatz 3 GG. Dies bedeutet, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer Bund und Ländern gemeinsam zusteht. Die Körperschaftsteuer erheben die Länder.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt ¹									
	Gesamtbetrag der Einkünfte		zu versteuerndes Einkommen/Verlust		festgesetzte Körperschaftsteuer				verbleibender Verlustvortrag zum 31.12. des Berichtsjahres	
	Steuerpflichtige	1 000 EUR	Steuerpflichtige	1 000 EUR	positiv		negativ		Steuerpflichtige	1 000 EUR
Gewinn- und Verlustfälle										
Insgesamt	1 007 152	131 561 760	774 749	107 307 509	423 325	23 607 629	-	-	514 089	578 711 970
dar. Nichtsteuerbelastete ..	583 826	-46 782 835	351 500	-52 771 223	-	-	-	-	511 644	463 743 034
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
unter – 25 Mill.	203	- 23 326 880	202	- 23 200 235	.	.	-	-	203	109 642 217
- 25 Mill. – – 5 Mill.	867	- 8 617 218	858	- 8 496 509	8	959	-	-	859	59 950 671
- 5 Mill. – – 1 Mill.	4 290	- 8 829 172	4 267	- 8 767 038	33	2 641	-	-	4 274	58 980 285
- 1 Mill. – – 500 000 ...	4 742	- 3 322 636	4 726	- 3 306 985	36	1 860	-	-	4 724	24 819 990
- 500 000 – – 100 000 ...	27 630	- 5 916 097	27 612	- 5 909 910	54	2 153	-	-	26 634	45 027 367
- 100 000 – – 50 000 ...	25 366	- 1 784 482	25 361	- 1 783 336	14	261	-	-	24 177	14 067 292
- 50 000 – – 25 000 ...	36 717	- 1 302 229	36 714	- 1 301 786	.	.	-	-	34 758	10 298 658
- 25 000 – – 0 ...	241 744	- 1 506 720	241 727	- 1 506 620	10	81	-	-	229 096	28 383 191
Zusammen	341 559	- 54 605 434	341 467	- 54 272 418	164	8 256	-	-	324 725	351 169 670
dar. Nichtsteuerbelastete ..	341 394	- 54 384 204	341 302	- 54 156 857	-	-	-	-	324 567	348 341 289
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
0 – 25 000 ...	428 683	2 416 207	237 192	1 412 227	229 892	211 807	-	-	148 687	57 374 120
25 000 – 50 000 ...	70 270	2 506 476	52 794	1 658 907	51 460	248 929	-	-	16 544	6 070 126
50 000 – 100 000 ...	57 699	4 081 226	46 675	3 001 565	45 855	450 042	-	-	10 479	7 544 786
100 000 – 500 000 ...	76 021	16 610 080	65 605	13 589 166	64 999	2 036 833	-	-	9 936	26 959 556
500 000 – 1 Mill.	14 915	10 467 721	13 071	8 710 508	13 058	1 304 986	-	-	1 821	15 454 493
1 Mill. – 5 Mill.	13 697	28 264 722	13 643	25 230 145	13 603	3 768 943	-	-	1 388	21 262 223
5 Mill. – 25 Mill.	3 479	35 736 259	3 474	32 341 209	3 469	4 812 236	-	-	404	23 213 565
25 Mill. und mehr	829	86 084 503	828	75 636 199	825	10 765 597	-	-	105	69 663 431
Zusammen	665 593	186 167 194	433 282	161 579 928	423 161	23 599 373	-	-	189 364	227 542 300
dar. Nichtsteuerbelastete ..	242 432	7 601 370	10 198	1 385 634	-	-	-	-	187 077	115 401 745

1 Ohne steuerbefreite Körperschaften, die zur Gliederung ihres verwendbaren Eigenkapitals verpflichtet sind, und ohne Organgesellschaften.

9.9 Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2010

Personengesellschaften und Gemeinschaften sind selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabschnitt	Einkünfte aus Gewerbebetrieb ¹²						Summe der Einkünfte ¹³		Anzahl der Beteiligten
		insgesamt		davon				Anzahl	1 000 EUR	
		Anzahl	1 000 EUR	Negative Einkünfte		Positive Einkünfte				
				Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	
A – N, P – S	Wirtschaftsabschnitte insgesamt	504 599	89 456 249	148 407	- 20 785 110	356 192	110 241 359	504 599	90 378 409	3 261 934
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 504	235 490	1 786	- 77 501	4 718	312 991	6 504	265 355	23 304
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 100	789 174	317	- 137 880	783	927 054	1 100	789 196	4 705
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 826	26 552 558	9 401	- 3 479 860	35 425	30 032 419	44 826	26 587 113	136 497
D	Energieversorgung	58 486	889 025	31 601	- 1 949 568	26 885	2 838 593	58 486	899 086	342 913
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 631	624 770	375	- 79 105	1 256	703 875	1 631	625 093	9 947
F	Baugewerbe	39 057	3 931 536	5 947	- 615 603	33 110	4 547 139	39 057	3 935 316	103 391
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	90 592	18 960 941	22 145	- 1 799 160	68 447	20 760 101	90 592	18 973 901	240 328
H	Verkehr und Lagerei	15 503	2 323 006	3 198	- 1 265 438	12 305	3 588 443	15 503	2 324 844	497 767
I	Gastgewerbe	25 924	920 695	7 271	- 328 844	18 653	1 249 539	25 924	927 523	78 132
J	Information und Kommunikation	21 281	2 562 137	6 241	- 2 304 211	15 040	4 866 347	21 281	2 566 910	100 990
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	20 796	10 182 310	6 571	- 3 038 070	14 225	13 220 380	20 796	10 571 644	926 524
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	81 319	8 536 910	26 142	- 3 467 023	55 177	12 003 933	81 319	8 730 239	367 649
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	26 501	5 971 022	7 173	- 900 725	19 328	6 871 747	26 501	6 058 115	87 021
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	24 224	3 605 544	6 538	- 631 509	17 686	4 237 053	24 224	3 617 843	150 284
P	Erziehung und Unterricht	2 828	110 910	851	- 22 565	1 977	133 475	2 828	112 100	7 728
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	6 169	1 039 965	1 938	- 179 658	4 231	1 219 623	6 169	1 124 367	27 257
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 516	214 743	5 038	- 215 512	10 478	430 255	15 516	219 248	66 229
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	21 482	2 005 384	5 585	- 292 517	15 897	2 297 901	21 482	2 039 200	88 307
	Nicht zuordenbar	860	128	289	- 362	571	491	860	11 316	2 961

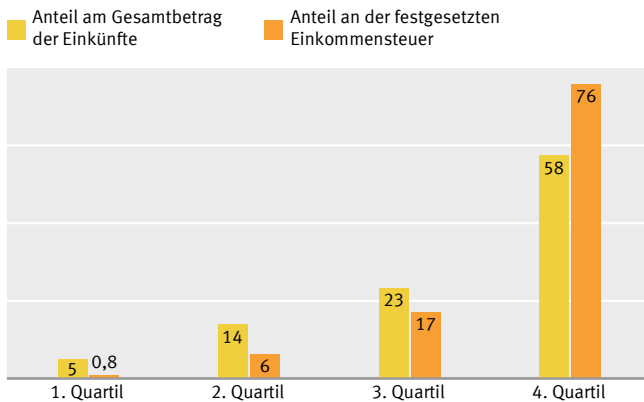
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

2 Einschl. Einkommen der Organgesellschaften.

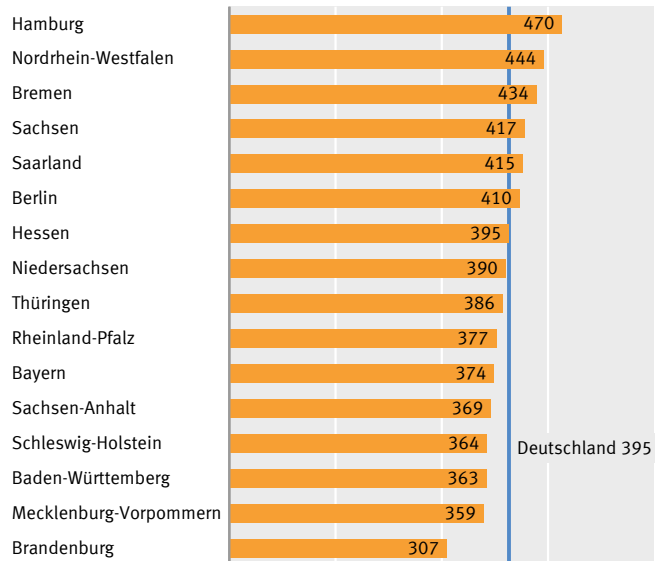
3 Bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, die zwischen - 5 000 und 5 000 Euro liegen, ist die Angabe des Wirtschaftszweiges nicht zwingend erforderlich.

Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2010 nach Einkunftshöhe der Steuerpflichtigen in Quartilen, in %

Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (4. Quartil 2010) erzielten 57,6 % der Einkünfte und zahlten 75,9 % der gesamten festgesetzten Einkommensteuer. Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den niedrigsten Einkünften (1. Quartil) vereinigten 4,9 % der Einkünfte auf sich und trugen 0,8 % zur festgesetzten Einkommensteuer bei.



Durchschnittliche Hebesätze der Gewerbesteuer 2013 in %



9.10 Gewerbesteuer 2010

Die Gewerbesteuer ist eine von den Gemeinden erhobene Realsteuer, der inländische Gewerbebetriebe unterliegen. Die Höhe richtet sich nach dem Gewerbebeitrag und dem örtlichen Hebesatz.

	Steuerpflichtige		Gewinn		Verlust		Abgerundeter Gewerbebeitrag ¹	Steuermessbetrag ¹	
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR			%
nach der Höhe des abgerundeten Gewerbebeitrags									
Insgesamt	3 285 892	100	2 462 297	306 457 561	823 595	- 98 877 926	226 583 671	9 335 314	100
mit Steuermessbetrag von 0									
mit negativem Gewerbebeitrag	908 991	27,7	95 991	16 158 563	813 000	- 78 998 648	- 70 405 148	-	-
ohne Gewerbebeitrag	452 850	13,8	446 991	14 369 214	5 859	- 1 281 911	-	-	-
mit positivem Gewerbebeitrag	677 747	20,6	677 226	9 780 330	521	- 223 641	7 945 157	-	-
Zusammen	2 039 588	62,1	1 220 208	40 308 108	819 380	- 80 504 200	- 62 459 991	-	-
mit positivem Steuermessbetrag									
Gewerbebeitrag von ... bis unter ... EUR									
unter 5 000	59 411	1,8	59 007	484 241	404	- 43 599	118 794	4 142	0,0
5 000 – 10 000	35 575	1,1	35 318	493 944	257	- 17 537	256 998	8 384	0,1
10 000 – 15 000	25 768	0,8	25 607	511 849	161	- 12 868	314 885	10 679	0,1
15 000 – 24 500	33 687	1,0	33 449	885 710	238	- 38 373	651 253	22 444	0,2
24 500 – 50 000	527 884	16,1	527 438	19 800 822	446	- 49 363	18 546 604	238 730	2,6
50 000 – 100 000	306 440	9,3	306 041	23 205 255	399	- 135 431	21 212 642	516 226	5,5
100 000 – 500 000	208 222	6,3	207 464	44 270 002	758	- 420 684	40 289 316	1 284 518	13,8
500 000 – 1 000 000	23 207	0,7	22 909	17 392 445	298	- 385 119	16 120 573	555 246	5,9
1 000 000 – 5 000 000	20 231	0,6	19 589	43 853 144	642	- 3 260 292	41 717 361	1 453 228	15,6
5 000 000 und mehr	5 879	0,2	5 267	115 252 043	612	- 14 010 461	149 815 236	5 241 716	56,1
Zusammen	1 246 304	37,9	1 242 089	266 149 453	4 215	- 18 373 726	289 043 662	9 335 314	100
nach Rechtsformgruppen									
Einzelgewerebetreibende	1 898 319	57,8	1 523 515	58 542 261	374 804	- 4 249 975	51 819 147	1 066 981	11,4
Personengesellschaften u. Ä.	390 820	11,9	281 481	98 672 215	109 339	- 20 196 087	60 382 948	2 516 695	27,0
Kapitalgesellschaften ¹²	949 682	28,9	625 705	137 183 147	323 977	- 68 759 942	106 714 690	5 305 733	56,8
Übrige juristische Personen	47 071	1,4	31 596	12 059 938	15 475	- 5 671 923	7 666 885	445 905	4,8
nach Wirtschaftsabschnitten¹³									
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	33 683	1,0	23 300	1 406 212	10 383	- 342 648	859 929	31 763	0,3
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	2 936	0,1	2 033	2 224 181	903	- 360 450	1 000 044	42 048	0,5
C Verarbeitendes Gewerbe	276 929	8,4	213 177	76 524 512	63 752	- 18 989 655	62 611 744	2 591 393	27,8
D Energieversorgung	124 594	3,8	53 065	8 123 790	71 529	- 5 246 258	10 491 167	467 474	5,0
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ..	11 050	0,3	8 292	2 469 989	2 758	- 560 689	1 760 278	77 240	0,8
F Baugewerbe	379 098	11,5	318 254	18 051 443	60 844	- 2 704 232	13 710 088	407 575	4,4
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	725 060	22,1	546 736	57 418 270	178 324	- 7 368 318	48 705 410	1 684 388	18,0
H Verkehr und Lagerei	111 578	3,4	91 426	8 568 722	20 152	- 2 841 523	6 893 124	267 519	2,9
I Gastgewerbe	204 546	6,2	156 846	5 897 858	47 700	- 1 294 731	4 414 941	114 773	1,2
J Information und Kommunikation	143 666	4,4	101 489	13 411 770	42 177	- 9 535 544	7 844 076	380 552	4,1
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	184 878	5,6	148 415	50 476 256	36 463	- 22 569 774	36 627 467	1 703 440	18,2
L Grundstücks- und Wohnungswesen	196 840	6,0	130 839	17 288 122	66 001	- 9 614 040	789 460	274 462	2,9
M Erbringung von freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	344 471	10,5	256 839	20 471 279	87 632	- 11 532 627	13 916 273	702 522	7,5
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	187 485	5,7	145 385	12 619 306	42 100	- 2 193 856	9 341 805	321 638	3,4
P Erziehung und Unterricht	18 377	0,6	12 085	423 720	6 292	- 159 744	227 848	9 498	0,1
Q Gesundheits- und Sozialwesen	30 712	0,9	20 346	1 286 706	10 366	- 559 667	588 368	34 766	0,4
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	64 430	2,0	45 204	2 133 222	19 226	- 1 119 114	1 027 365	53 900	0,6
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	245 559	7,5	188 566	7 662 201	56 993	- 1 885 056	5 774 284	170 364	1,8

1 Anzahl der Fälle = Steuerpflichtige aus Spalte 1.

2 Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

3 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Erbschaftsteuer wird als Erbanfallsteuer erhoben. Sie knüpft an den Erwerb der einzelnen Erbin bzw. des einzelnen Erben oder der sonstigen Erwerberin bzw. des sonstigen Erwerbers an. Schenkungsteuerpflichtig ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern die Schenkenden oder die Beschenkten Inländerinnen oder Inländer sind.

9.11.1 Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2013

Reinnachlass von ... bis unter ... EUR ¹	Nachlass- gegenstände insgesamt	Vermögensarten ²				Nachlassver- bindlichkeiten	Reinnachlass
		land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen	übriges Vermögen		
Anzahl³							
Insgesamt	56 773	7 584	34 581	3 669	55 606	56 377	57 231
unter 5 000 ...	1 361	136	517	101	1 222	1 658	1 819
5 000 – 10 000 ...	317	38	112	8	296	288	317
10 000 – 50 000 ...	7 057	551	2 203	75	6 765	6 933	7 057
50 000 – 100 000 ...	9 524	960	4 196	116	9 242	9 369	9 524
100 000 – 200 000 ...	12 127	1 505	7 125	245	11 914	11 976	12 127
200 000 – 300 000 ...	6 520	935	4 410	259	6 442	6 441	6 520
300 000 – 500 000 ...	7 527	1 322	5 643	514	7 462	7 464	7 527
500 000 – 2,5 Mill. ...	11 264	1 975	9 426	1 890	11 191	11 184	11 264
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	693	93	607	249	690	686	693
5 Mill. und mehr ...	383	69	342	212	382	378	383
1 000 EUR							
Insgesamt	32 250 883	355 507	10 359 135	3 000 007	18 536 234	6 482 886	25 767 997
unter 5 000 ...	438 364	5 696	177 302	96 523	158 843	553 826	- 115 461
5 000 – 10 000 ...	25 291	395	12 763	578	11 556	22 865	2 426
10 000 – 50 000 ...	491 795	5 952	149 443	8 267	328 133	256 718	235 077
50 000 – 100 000 ...	1 029 851	13 969	341 134	10 867	663 881	327 992	701 859
100 000 – 200 000 ...	2 283 462	31 552	860 106	18 023	1 373 782	526 860	1 756 601
200 000 – 300 000 ...	2 056 668	34 291	809 452	49 293	1 163 632	457 455	1 599 213
300 000 – 500 000 ...	3 574 321	63 594	1 380 199	77 558	2 052 970	623 269	2 951 053
500 000 – 2,5 Mill. ...	12 625 943	128 198	4 740 606	702 305	7 054 834	1 918 959	10 706 984
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	2 810 244	18 532	891 651	281 400	1 618 661	466 445	2 343 800
5 Mill. und mehr ...	6 914 942	53 329	996 480	1 755 192	4 109 942	1 328 496	5 586 446

Enthalten ist das im Rahmen einer Erstfestsetzung ermittelte vererbte Vermögen im Festsetzungsjahr.

- 1 Ausgenommen sind Fälle ohne Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten (sonstige Erwerbe, z. B. Vermächtnisse).
- 2 Die summierte Anzahl der Fälle der Vermögensarten kann größer sein als die Anzahl der Fälle beim Gesamtwert der Nachlassgegenstände.
- 3 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.11.2 Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe 2013

Steuerpflichtige Erwerbe ¹	Wert des anteiligen Reinerwerbs durch Erbfall ²	Wert der sonstigen Erwerbe	Wert der Erwerbe vor Abzug ^{2 3}	Wert der Erwerbe nach Abzug ^{2 3}	Gesamtwert der Vorerwerbe	Freibetrag § 16 ErbStG	Steuerpflichtiger Erwerb	Tatsächlich festgesetzte Steuer
Anzahl⁴								
Insgesamt	X	X	130 510	129 893	20 785	130 824	130 834	126 324
Erwerb von Todes wegen ...	94 444	26 261	103 857	103 851	7 966	104 128	104 138	103 163
Schenkungen	X	X	26 653	26 042	12 819	26 696	26 696	23 161
1 000 EUR								
Insgesamt	X	X	45 634 604	28 169 323	10 685 891	10 293 136	28 782 902	4 717 289
Erwerb von Todes wegen ...	21 759 815	4 344 040	26 089 067	21 946 201	2 009 731	6 742 588	17 297 795	3 627 149
Schenkungen	X	X	19 545 537	6 223 122	8 676 161	3 550 548	11 485 106	1 090 139

- 1 Erstfestsetzungen mit steuerpflichtigem Erwerb > 0 Euro.
- 2 Erwerbe von Todes wegen: Nachweis nur für maschinell gelieferte Fälle.
- 3 Vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen nach § 13 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG), Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG, Zugewinnausgleichsforderungen nach § 5 ErbStG, Freibetrag nach § 17 ErbStG, Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsaufgaben sowie abzugsfähigen Erwerbsnebenkosten und DBA-Vermögen (Doppelbesteuerungsabkommen).
- 4 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.12 Umsatzsteuer – Veranlagungen 2010

Die **Umsatzsteuer**, auch Mehrwertsteuer genannt, besteuert den Austausch von Lieferungen und Leistungen (= Umsatz). Sie zählt zu den indirekten Steuern, da Steuerschuldner (= Unternehmen) und wirtschaftlich Belastete (= Leistungsempfänger/-innen) nicht identisch sind. Seit dem 1.1.2007 beträgt der Steuersatz in Deutschland 19%, der ermäßigte Steuersatz 7%. Letzterer wird u. a. auf Lebensmittel, Zeitschriften und Bücher sowie künstlerische Leistungen angewandt.

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Innergemeinschaftliche Erwerbe		Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge ²	Abziehbare Vorsteuerbeträge ³	Verbleibende Umsatzsteuer/Überschuss
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%			
Insgesamt⁴	6 018 031	100	5 410 934	100	464 092	100	856 181	717 247	138 933
unter 17 501	2 455 896	40,8	10 989	0,2	845	0,2	2 921	5 003	- 2 082
17 501 – 50 000	1 121 245	18,6	35 122	0,6	327	0,1	5 910	3 711	2 199
50 000 – 100 000	713 829	11,9	51 012	0,9	485	0,1	8 523	4 899	3 625
100 000 – 250 000	745 146	12,4	118 396	2,2	1 528	0,3	19 530	11 440	8 090
250 000 – 500 000	381 525	6,3	134 731	2,5	2 359	0,5	21 652	13 510	8 141
500 000 – 1 Mill.	251 319	4,2	176 498	3,3	4 024	0,9	28 546	18 433	10 113
1 Mill. – 2 Mill.	154 344	2,6	215 950	4,0	6 359	1,4	35 607	23 797	11 810
2 Mill. – 5 Mill.	107 913	1,8	333 136	6,2	13 425	2,9	53 929	38 356	15 573
5 Mill. – 10 Mill.	40 219	0,7	280 035	5,2	16 047	3,5	43 951	33 027	10 923
10 Mill. – 25 Mill.	26 214	0,4	402 464	7,4	31 033	6,7	66 621	53 512	13 109
25 Mill. – 50 Mill.	9 581	0,2	333 619	6,2	30 715	6,6	50 503	41 922	8 580
50 Mill. – 100 Mill.	5 385	0,1	373 693	6,9	38 823	8,4	55 049	47 149	7 900
100 Mill. – 250 Mill.	3 234	0,1	493 977	9,1	53 356	11,5	71 865	63 322	8 543
250 Mill. und mehr	2 181	0,0	2 451 312	45,3	264 765	57,1	391 573	359 164	32 408

1 Umsätze der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

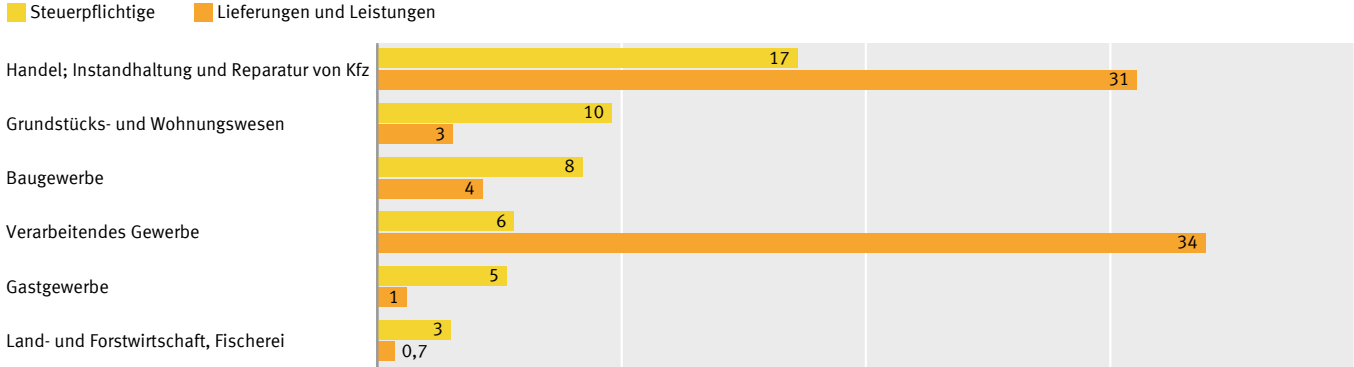
2 Umsatzsteuer insgesamt für alle steuerpflichtigen Umsätze.

3 Einschl. Vorsteuerberichtigungsbeträge.

4 Einschl. 7 470 Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis in Höhe von insgesamt – 943 Mill. Euro.

Umsatzsteuer – Veranlagungen 2010

Steuerpflichtige sowie Lieferungen und Leistungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹, in %



1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – Einschl. Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.13.1 Umsatzsteuerpflichtige sowie deren Lieferungen und Leistungen 2013

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%
Alle Rechtsformen												
Insgesamt	3 243 538	100	5 765 567	100	2 198 392	100	561 691	100	273 087	100	186 182	100
über 17 500 – 50 000	896 415	27,6	28 585	0,5	739 094	33,6	23 566	4,2	72 371	26,5	2 267	1,2
50 000 – 100 000	648 339	20,0	46 562	0,8	517 397	23,5	37 026	6,6	50 369	18,4	3 637	2,0
100 000 – 250 000	713 519	22,0	113 720	2,0	515 905	23,5	81 200	14,5	62 695	23,0	10 145	5,4
250 000 – 500 000	372 876	11,5	131 797	2,3	220 902	10,0	77 102	13,7	38 321	14,0	13 587	7,3
500 000 – 1 Mill.	252 588	7,8	177 711	3,1	115 295	5,2	79 741	14,2	25 805	9,4	18 077	9,7
1 Mill. – 2 Mill.	157 874	4,9	221 098	3,8	53 588	2,4	73 794	13,1	13 374	4,9	18 409	9,9
2 Mill. – 5 Mill.	111 075	3,4	343 265	6,0	26 838	1,2	79 903	14,2	6 739	2,5	20 629	11,1
5 Mill. – 10 Mill.	42 058	1,3	292 758	5,1	6 430	0,3	43 703	7,8	2 167	0,8	14 637	7,9
10 Mill. – 25 Mill.	27 285	0,8	419 524	7,3	2 364	0,1	34 019	6,1	838	0,3	12 494	6,7
25 Mill. – 50 Mill.	10 110	0,3	352 479	6,1	407	0,0	13 731	2,4	218	0,1	7 490	4,0
50 Mill. – 100 Mill.	5 560	0,2	386 413	6,7	128	0,0	8 511	1,5	101	0,0	6 920	3,7
100 Mill. – 250 Mill.	3 488	0,1	532 083	9,2	36	0,0	5 359	1,0	41	0,0	6 641	3,6
250 Mill. und mehr	2 351	0,1	2 719 573	47,2	8	0,0	4 036	0,7	48	0,0	51 250	27,5
Einzelunternehmen												
Gesellschaft bürgerlichen Rechts u. a. Personengesellschaften²												
Insgesamt	153 034	100	1 302 061	100	8 040	100	1 019 170	100	535 969	100	2 215 900	100
über 17 500 – 50 000	11 758	7,7	393	0,0	516	6,4	17	0,0	52 427	9,8	1 707	0,1
50 000 – 100 000	13 136	8,6	967	0,1	525	6,5	38	0,0	55 140	10,3	4 054	0,2
100 000 – 250 000	23 029	15,0	3 837	0,3	873	10,9	146	0,0	98 717	18,4	16 420	0,7
250 000 – 500 000	20 520	13,4	7 450	0,6	730	9,1	264	0,0	85 043	15,9	30 777	1,4
500 000 – 1 Mill.	21 917	14,3	15 833	1,2	909	11,3	649	0,1	82 338	15,4	58 890	2,7
1 Mill. – 2 Mill.	19 820	13,0	28 329	2,2	862	10,7	1 223	0,1	65 002	12,1	91 913	4,1
2 Mill. – 5 Mill.	19 053	12,5	60 240	4,6	1 070	13,3	3 480	0,3	52 286	9,8	162 917	7,4
5 Mill. – 10 Mill.	9 266	6,1	65 449	5,0	677	8,4	4 841	0,5	21 020	3,9	146 538	6,6
10 Mill. – 25 Mill.	7 553	4,9	117 580	9,0	658	8,2	10 608	1,0	13 816	2,6	212 852	9,6
25 Mill. – 50 Mill.	3 228	2,1	112 640	8,7	340	4,2	12 295	1,2	4 992	0,9	173 536	7,8
50 Mill. – 100 Mill.	1 865	1,2	129 202	9,9	280	3,5	19 451	1,9	2 648	0,5	184 302	8,3
100 Mill. – 250 Mill.	1 140	0,7	173 259	13,3	250	3,1	39 268	3,9	1 649	0,3	251 947	11,4
250 Mill. und mehr	749	0,5	586 881	45,1	350	4,4	926 892	90,9	891	0,2	880 047	39,7
Kommanditgesellschaften³												
Aktiengesellschaften⁴												
Gesellschaften mit beschränkter Haftung⁵												
Insgesamt	5 573	100	67 180	100	6 339	100	39 793	100	63 104	100	373 590	100
über 17 500 – 50 000	561	10,1	18	0,0	581	9,2	19	0,0	19 107	30,3	599	0,2
50 000 – 100 000	496	8,9	37	0,1	604	9,5	45	0,1	10 672	16,9	758	0,2
100 000 – 250 000	677	12,1	113	0,2	1 150	18,1	190	0,5	10 473	16,6	1 671	0,4
250 000 – 500 000	504	9,0	182	0,3	978	15,4	352	0,9	5 878	9,3	2 083	0,6
500 000 – 1 Mill.	526	9,4	386	0,6	907	14,3	653	1,6	4 891	7,8	3 481	0,9
1 Mill. – 2 Mill.	578	10,4	847	1,3	738	11,6	1 038	2,6	3 912	6,2	5 544	1,5
2 Mill. – 5 Mill.	931	16,7	3 047	4,5	642	10,1	1 987	5,0	3 516	5,6	11 063	3,0
5 Mill. – 10 Mill.	488	8,8	3 464	5,2	319	5,0	2 272	5,7	1 691	2,7	11 854	3,2
10 Mill. – 25 Mill.	439	7,9	6 909	10,3	211	3,3	3 257	8,2	1 406	2,2	21 804	5,8
25 Mill. – 50 Mill.	173	3,1	6 144	9,1	103	1,6	3 605	9,1	649	1,0	23 039	6,2
50 Mill. – 100 Mill.	98	1,8	7 041	10,5	45	0,7	3 121	7,8	395	0,6	27 863	7,5
100 Mill. – 250 Mill.	69	1,2	10 557	15,7	28	0,4	4 324	10,9	275	0,4	40 729	10,9
250 Mill. und mehr	33	0,6	28 435	42,3	33	0,5	18 930	47,6	239	0,4	223 102	59,7
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften												
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts												
Sonstige Rechtsformen⁶												

1 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Einschl. Offene Handelsgesellschaften und ähnlicher Gesellschaften.

3 Einschl. GmbH & Co. KG.

4 Einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien, Europäische AG und sonstige Kapitalgesellschaften.

5 Einschl. Unternehmungsgesellschaft haftungsbeschränkt.

6 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts, ausländische Rechtsformen.

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen
 9.13.2 Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer

Nr. der Klassifikation ¹		Steuerpflichtige ²	Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer		
			Lieferungen und Leistungen ³	innergemeinschaftliche Erwerbe	vor Abzug der Vorsteuerbeträge	abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer-vorauszahlung ⁴
			Anzahl	Mill. EUR			
	2010	3 165 286	5 240 997	449 972	842 546	704 234	138 801
	2011	3 215 095	5 687 179	513 263	925 789	786 744	139 566
	2012	3 250 319	5 752 249	524 684	938 810	797 362	142 437
	2013	3 243 538	5 765 567	523 320	938 447	791 246	148 698
2013 nach Wirtschaftsabschnitten							
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁵	94 283	41 258	1 347	4 447	4 627	- 175
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 970	21 259	665	4 269	3 454	815
C	Verarbeitendes Gewerbe	237 337	2 008 827	274 277	278 276	278 305	762
D	Energieversorgung	71 968	334 527	2 416	94 803	82 667	12 138
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 449	45 484	1 664	7 496	6 221	1 274
F	Baugewerbe	362 616	253 079	2 835	44 639	29 920	14 713
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	624 949	1 848 836	219 609	306 132	263 277	43 567
H	Verkehr und Lagerei	107 134	204 420	2 814	32 017	25 079	6 945
I	Gastgewerbe	221 816	70 777	395	10 435	6 325	4 113
J	Information und Kommunikation	124 177	194 418	5 149	38 519	24 152	14 359
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ⁶	25 185	66 620	1 720	17 578	12 870	4 696
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	294 551	137 851	1 082	18 742	10 021	8 722
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	474 744	223 365	5 398	41 478	21 917	19 564
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	180 971	134 773	2 511	23 819	13 182	10 637
P	Erziehung und Unterricht	44 510	10 321	109	1 226	522	704
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	49 430	86 918	392	2 387	1 562	824
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	100 788	36 103	222	4 510	2 835	1 675
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	215 660	46 730	714	7 675	4 311	3 364

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
 2 Voranmeldungspflichtige mit Jahresumsätzen über 17 500 Euro.
 3 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuern.

4 Negativer Vorauszahlungsbetrag (-) bedeutet Überschuss zugunsten der Steuerpflichtigen.
 5 Ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die eine Umsatzsteuer-Zahllast nicht entsteht.
 6 Ohne steuerfreie Umsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

9.14 Ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken

Weitere Informationen zum Verbrauch ausgewählter Genussmittel siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr		Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
		2014	2013				2014	2013	
Energieerzeugnisse					Bier				
Absatz ausgewählter Energieerzeugnisse ¹				%	Braustätten	Anzahl	1 352	1 352	0,0
Kraftstoffe:					Bierabsatz ⁵				
Benzin ²	1 000 hl	248 519	248 307	0,1	Insgesamt	1 000 hl	95 607	94 646	1,0
Gasöle (Dieselkraftstoff) ³	1 000 hl	421 324	407 933	3,3	Versteuert	1 000 hl	80 026	79 717	0,4
Flüssiggase	1 000 t	573	618	- 7,3	Steuerfrei	1 000 hl	15 581	14 928	4,4
darunter:					in andere EU-Länder	1 000 hl	10 128	10 079	0,5
Heizstoffe:					in Drittländer	1 000 hl	5 303	4 702	12,8
Heizöl leicht	1 000 hl	192 579	228 300	- 15,6	Branntwein ^{6,7}		2013/14	2012/13	%
Heizöl schwer	1 000 t	953	1 134	- 15,9	Erzeugung insgesamt	hl Alkohol	10 585 493	10 068 115	5,1
Flüssiggase	1 000 t	1 133	1 172	- 3,3	Brennereien insgesamt	Anzahl	20 153	19 157	5,2
Tabak					Schaumwein ⁸		2014	2013	%
Versteuerung von Tabakwaren ⁴					Versteuerte Menge insgesamt ...	hl	3 174 195	3 229 221	- 1,7
Versteuerte Mengen:									
Zigaretten	Mill. St	79 521	80 266	- 0,9					
Zigarillos, Zigarren	Mill. St	3 858	3 560	8,4					
Feinschnitt	t	25 700	25 734	- 0,1					
Pfeifentabak	t	1 359	1 200	13,2					

2014 vorläufiges Ergebnis.
 1 Netto, d. h. nach Abzug von Steuererstattungen und -vergütungen.
 2 Ohne Flugbenzin.
 3 Und ihnen im Siedeverhalten entsprechende Energieerzeugnisse.
 4 Berechnet aus den gegen Entgelt ausgelieferten Tabaksteuerzeichen (Nettowerte; Rücknahme von Steuerzeichen berücksichtigt).

5 Ohne alkoholfreies Bier und ohne Malztrunk.
 6 Quelle: Bundesmonopolverwaltung für Branntwein.
 7 Angaben umfassen Brennereien innerhalb und außerhalb des Branntweinmonopols.
 8 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Steuersatz.

Methodik

■ Öffentliche Finanzen

Die Daten der **Finanzstatistiken zum Öffentlichen Gesamthaushalt** bieten ein umfassendes, detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen, welche Einnahmen den Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert werden konnten und in welchem Umfang zurückgegriffen werden musste auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen). Künftige Belastungen der Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts aus aufgenommenen Fremdmitteln ergeben sich aus dem Stand der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken sind eine bedeutende Informationsquelle zur Kennzeichnung der Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Für Analysen und Vergleiche auf nationaler Ebene liefern die Finanzstatistiken relevante Informationen über die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand. Für die Abbildung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind sie eine bedeutende Basisstatistik. Mit der Statistik der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der öffentlichen Verschuldung bereit. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte. Die Erfassung der **öffentlichen Finanzen der Kernhaushalte** der Gebietskörperschaften erfolgt in Verbindung mit der Haushaltsaufstellung, dem Haushaltsvollzug und der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte. Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen beeinträchtigen die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen werden daher neben den Kernhaushalten auch die **Finanzen der Extrahaushalte** berücksichtigt. Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Der Prozess der Einbeziehung der Extrahaushalte in den Öffentlichen Gesamthaushalt ist in den verschiedenen finanzstatistischen Erhebungen unterschiedlich weit vorangeschritten.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen **Kassenstatistik** (Tabelle 9.2.1), der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnissen). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Insbesondere durch die Erweiterung des Berichtskreises um die Extrahaushalte ist der Vergleich mit den Rechnungsergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts beeinträchtigt.

Die **Rechnungsergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts** weisen die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf der Grundlage der abgeschlossenen Jahresrechnungen (Rechnungsergebnisse) aus (Tabelle 9.3.1). Sie umfassen im Berichtsjahr 2011 den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile der Europäischen Union, die Länder, Sondervermögen der Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung. Für die Darstellung einzelner Aufgabenbereiche (Tabellen 9.3.2 und 9.3.3) werden die Nettoausgaben ausgewiesen. Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Haushaltsebene finanzierten Ausgaben (Finanzierungs- oder Belastungsprinzip).

Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt grundsätzlich nach der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte. In der vierteljährlichen **Kassenstatistik** werden die Ausgaben und Einnahmen nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. In den detaillierten Rechnungsergebnissen sind die öffentlichen Ausgaben nach finanz- und gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten und nach Aufgabenbereichen gegliedert. Bei den Ausgabe- und Einnahmearten wird unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten

unterschieden zwischen laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen (periodenübergreifenden Transaktionen). Die Zahlungen der Kern- und Extrahaushalte untereinander werden bei der Zusammenfassung zu Körperschaftsgruppen bzw. zum Öffentlichen Gesamthaushalt zur Vermeidung von Doppelzählungen bereinigt. Die Ausgabe- und Einnahmesummen der einzelnen Haushaltsebenen lassen sich deshalb nicht zum Gesamtergebnis addieren. Die Finanzen der Stadtstaaten sind in der finanzstatistischen Darstellung grundsätzlich den Länderhaushalten zugerechnet.

In der jährlichen **Schulden- und Finanzvermögenstatistik** sind bereits ab dem Berichtsjahr 2010 mit den Kern- und Extrahaushalten alle Einheiten des Staatssektors einbezogen. Damit ist neben den bereits in den Vorjahren erhobenen Kernhaushalten Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auch der Kernhaushalt der Sozialversicherung Bestandteil der Erhebung. Alle Extrahaushalte der vier Kernhaushalte komplettieren den Berichtskreis der Schulden- und Finanzvermögenstatistik.

Die Ergebnisse der **Schuldenstatistik** sind nach Körperschaftsgruppen, Schuldarten sowie den jeweiligen Gläubigern differenziert dargestellt. Aus der Summe der Schulden aller Körperschaftsgruppen beim nicht öffentlichen Bereich resultiert der nationale Schuldenstand (Tabelle 9.4.2). Für eine vergleichende Analyse der Verschuldung der Länder (Tabelle 9.4.3) sollten sowohl die Verschuldung der Länder als auch die der kommunalen Ebene – aufgrund unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade – herangezogen werden (siehe hierzu Abbildung „Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2013“). Bedingt durch die Ausweitung des Berichtskreises und einer gleichzeitigen Anpassung der Erhebungsinhalte an die Anforderungen des ESGV 2010 im Berichtsjahr 2010, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen (Tabelle 9.4.1) nur eingeschränkt aussagefähig.

Die **Finanzvermögenstatistik** erhebt das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen (Bund, Länder) und kommunalen Haushalte (Gemeinden, Gemeindeverbände), die Träger der Sozialversicherung und die Bundesagentur für Arbeit sowie alle Extrahaushalte (öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors). Nachgewiesen wird nur das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich; dieses wird untergliedert in Bargeld und Einlagen, Wertpapiere, Ausleihungen und Sonstige Forderungen (Tabellen 9.4.4 und 9.4.5).

Die **Jahresabschlussstatistik** liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen die Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen der öffentlichen Haushalte (Tabellen 9.5.1 und 9.5.2). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der Finanzen des Öffentlichen Bereichs und sichern so das statistische Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen. Erhoben werden Angaben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises sowie zur Verwendung des Jahresergebnisses.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Steuern

Bei den Steuerstatistiken ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die **kassenmäßigen Steuereinnahmen**, den in jährlichen und mehrjährigen Zeitabständen erfolgenden **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** (Voranmeldungen und Veranlagungen) und den laufenden Angaben über die **Verbrauchssteuern**.

Rechtsgrundlage der Steuerstatistiken ist das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG, Art. 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.11.1995, BGBl. I S. 1250) in seiner jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565) in seiner jeweils geltenden Fassung.

Methodik

Die **Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen** (Tabelle 9.6) bildet die vierteljährlich und jährlich bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten ab. Neben dem Steueraufkommen sind auch die Steueranteile enthalten, die nach den Verteilungsvorgängen den Gebietskörperschaften verbleiben, sowie die Finanzanteile für die Europäische Union.

Die kommunalen Körperschaften bestimmen autonom **Hebesätze** (Abbildung S. 274). Sie dienen der Festsetzung der Steuern, die die Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (**Grundsteuer A**), für sonstige Grundstücke (**Grundsteuer B**) bzw. als Gewerbetreibende (**Gewerbesteuer**) zu entrichten haben. Daher ist das Istaufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer durch den Einfluss der Hebesätze als bundesweiter Vergleichsmaßstab ungeeignet. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Realsteuervergleich ermöglicht eine Vergleichbarkeit (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen).

Die **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** werden jährlich bzw. in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Sie betreffen die Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die Gewerbesteuerstatistik und die Umsatzsteuerstatistiken (Voranmeldungen und Veranlagungen). Grundlage für die Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen sind die aus dem Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Daher kann von einer sehr hohen Genauigkeit dieser Statistiken ausgegangen werden. Die Aktualität ist jedoch eingeschränkt. Gründe hierfür sind die lange Veranlagungsdauer, die anspruchsvolle Aufbereitung und die großen Datenmengen. Aufgrund periodenfremder Erstattungen oder Vorauszahlungen weicht das Steueraufkommen, das in den Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen nachgewiesen wird, von den auf das Kalenderjahr bezogenen kassenmäßigen Steuereinnahmen (Tabelle 9.6) ab.

Die **Einkommensteuerstatistik** (Tabellen 9.7.1 bis 9.7.3) enthält die Steuerpflichtigen mit Angaben über die Einkünfte, das Einkommen, die Einkommensteuer sowie Steuervergünstigungen der natürlichen Personen. Dazu zählen auch die Einkommensverhältnisse ausgewählter freier Berufe. Das Wohnsitzfinanzamt verschlüsselt die Art der freiberuflichen Tätigkeit anhand der von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben zum ausgeübten Beruf. Über die Einkommensteuerstatistik sind auch Angaben über die **Personengesellschaften und Gemeinschaften** (Tabelle 9.9) möglich, für die eine besondere Feststellung der Einkünfte erfolgt. Mit entsprechenden Angaben gehen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen in die **Körperschaftsteuerstatistik** (Tabelle 9.8) ein.

Die **Gewerbesteuerstatistik** (Tabelle 9.10) weist die Bemessungsgrundlagen für den Gewerbeertrag nach. Aus diesen Bemessungsgrundlagen leitet sich der Steuermessbetrag ab. Die Erhebung der Gewerbesteuer mittels Hebesatz durch die Gemeinden bildet die Gewerbesteuerstatistik nicht ab. Angaben zu den Gewerbesteuerhebesätzen liegen jedoch im Rahmen des Realsteuervergleichs vor oder können der Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ entnommen werden.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** (Tabellen 9.11.1 und 9.11.2) gibt einen Überblick über alle steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde.

In der **Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** werden die Unternehmen erfasst, die zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet sind (Tabelle 9.12). Somit werden auch – im Gegensatz zur Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) – Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro abgebildet. Aufgrund der geltenden Abgabefristen für die Umsatzsteuererklärung, liegen die Daten der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) im Vergleich zu den Daten der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) erst später vor. Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und verbleibende Umsatzsteuer, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig, in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform.

Die **Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)** bildet die Angaben der Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro ab, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind (Tabellen 9.13.1 und 9.13.2). Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und Umsatzsteuer-Vorauszahlung, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig (Tabelle 9.13.2), in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform (Tabelle 9.13.1).

Aus den **Verbrauchssteuerstatistiken** (Tabelle 9.14) gehen unter anderem die Verbrauchssteuer-Belastung und die versteuerten Mengen bestimmter Genussmittel (Bier, Schaumwein, Branntwein, Tabakwaren) sowie von Energieerzeugnissen hervor. Die Steuer bemisst sich bei den Tabakwaren nach Menge und Kleinverkaufspreis, bei den übrigen verbrauchssteuerpflichtigen Waren nach der abgesetzten Menge der Erzeugnisse. Die Periodizität ist bei den einzelnen Verbrauchssteuerstatistiken unterschiedlich, aber in allen Fällen sind Jahresangaben verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ausgaben/Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts | Sie sind nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert, in den Rechnungsergebnissen zusätzlich nach Aufgabenbereichen. Die Gliederung basiert auf der Systematik der kameralen staatlichen und kommunalen Haushalte.

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreneinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die der Finanzierung von eigenen Investitionen und denen anderer Träger dienen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen | Summe der Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Besondere Finanzierungsvorgänge | Nicht saldenrelevante Ausgaben und Einnahmen.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anlagenachweis, Ergebnisverwendung | Ausgewählte Angaben aus den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Inhaltlich entsprechen diese Positionen der Mindestgliederung, die durch HGB, Eigenbetriebsrecht und weitere spezialrechtliche Vorschriften (z. B. Krankenhausbuchführungsverordnung) vorgegeben ist.

Braustätte | Wird durch die Herstellungsgeräte und die sie umschließenden Räume gebildet und somit nicht als wirtschaftliche, sondern als technische und räumliche Betriebseinheit verstanden. Dargestellt werden die tatsächlich betriebenen Braustätten, die auch als Herstellungs-, Brauereibetrieb oder Brauerei bezeichnet werden.

Bundessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 GG dem Bund zusteht. Die Bundessteuern umfassen z. B. die Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (u. a. Energie-, Strom-, Tabak-, Kaffee-, Schaumweinsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer (seit 1.7.2009, davor Landessteuer) und die Versicherungssteuer.

Einkommen | Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Altersvorsorgebeiträge, Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke und Verlustabzug.

Erbanfall | Mit dem Tode (Erbfall) einer Person (Erblasserin bzw. Erblasser) geht deren Vermögen (Nachlass oder Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere Personen (Erbeninnen und Erben) über (§ 1922 BGB).

Erbschaftsteuer bzw. Schenkungsteuer | Der Steuer unterliegen die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen sowie das Vermögen bestimmter Stiftungen in Zeitabständen von 30 Jahren (§ 1 ErbStG).

Erwerbe vor/nach Abzug | Erwerbe vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen, Steuerbegünstigungen und Freibeträgen (außer persönlicher Freibetrag nach § 16 ErbStG) usw.

Eventualverbindlichkeiten | Darunter fallen Bürgschaften und Gewährleistungen der öffentlichen Haushalte, die lediglich die übernommenen Haftungssummen enthalten. Obligatorisch kraft Gesetz übertragene Bürgschaften bleiben unberücksichtigt.

Extrahaushalte | Alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Finanzierungssaldo | Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik ist der Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen. Dieser weicht von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Finanzierungssaldo des Staates aufgrund methodischer Unterschiede ab.

Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts | Nachgewiesen wird das Finanzvermögen entsprechend dem Schuldnerprinzip beim nicht öffentlichen Bereich. Dazu zählen Wertpapiere und Ausleihungen jeweils bei Kreditinstituten, beim sonstigen inländischen Bereich oder beim sonstigen ausländischen Bereich sowie Bargeld und Einlagen und alle sonstigen Forderungen.

Freiberuflich Tätige | Einkommensteuerpflichtige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Berufsgruppen.

Gemeindesteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG den Gemeinden/Gemeindeverbänden zusteht. Dazu gehören die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

Gemeinschaftsteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht. Sie umfassen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungsteuer und Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die Steuern vom Einkommen) sowie Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte | Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert u. a. um den Altersentlastungsbetrag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. In der Körperschaftsteuer ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der Einkünfte vermindert um den Freibetrag für Land- und Forstwirten bzw. -wirte und abziehbare Spenden und Beiträge sowie im Falle der Organshaft korrigiert um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaft.

Gesellschafter/Beteiligter | Eine Personengesellschaft/Gemeinschaft entsteht, wenn sich mindestens zwei natürliche und/oder juristische Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes zusammenschließen. Die natürlichen und/oder juristischen Personen werden als Gesellschafter oder Mitunternehmer bezeichnet. Der Begriff „Beteiligter“ ist diesen Begriffen gleichzusetzen. Im Gegensatz zur Kapitalgesellschaft haften die Gesellschafter einer Personengesellschaft unbeschränkt, das heißt sowohl mit dem Gesellschaftsvermögen als auch mit ihrem Privatvermögen soweit nicht einzelne Gesellschafter mit ihrer Haftung beschränkt sind (z. B. Kommanditisten einer KG).

Gewerbebetrieb | Das ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (§ 15 EStG). Die Betätigung darf weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbstständige Arbeit anzusehen sein. Ein Gewerbebetrieb liegt auch dann vor, wenn die Gewinnerzielungsabsicht nur ein Nebenzweck ist und seine Voraussetzungen im Übrigen gegeben sind.

Gewerbeertrag | Gewinn aus Gewerbebetrieb, modifiziert um eine Reihe von Hinzurechnungen und Kürzungen gemäß Gewerbesteuergesetz.

Gewinnfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Haushaltstechnische Verrechnungen | Interne Verrechnungen, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden.

Hebesatz | Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Messbeträge der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) angewandt wird (sog. Hebesatzanspannung) und der für die einzelnen Realsteuerarten in aller Regel unterschiedlich hoch ist.

Inneregemeinschaftliche Erwerbe | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Ein inneregemeinschaftlicher Erwerb liegt vor, wenn die Lieferung aus dem Gemeinschaftsgebiet der EU erfolgt. Die Lieferung muss von einem Unternehmer durch sein Unternehmen gegen Entgelt erfolgen. Die erworbene Lieferung unterliegt dann der Umsatzsteuer. Der inneregemeinschaftliche Erwerb ist in § 1a UStG geregelt.

Kassenkredite (bzw. Kassenverstärkungskredite) | Kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

Kernhaushalte | Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung (in der jährlichen Schulden- und Finanzvermögenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010, in der vierteljährlichen Kassenstatistik und vierteljährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2011).

Körperschaftsteuer | Eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen (insbesondere Kapitalgesellschaften, z. B. AG und GmbH), andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen, das die Körperschaft innerhalb des Kalenderjahres bezogen hat.

Körperschaftsteuerpflichtige | Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen nach den §§ 1 und 2 KStG.

Landessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 2 GG den Ländern zusteht. Die Landessteuern umfassen die Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterie-, Feuerschutz- und Biersteuer.

Lieferungen und Leistungen (Umsätze) | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Umsätze im Sinne der Umsatzsteuerstatistiken (Vor Anmeldungen und Veranlagungen) sind Lieferungen, sonstige Leistungen (Ausgangsumsätze) und der Eigenverbrauch der Unternehmen, abgekürzt „Lieferungen und Leistungen“.

Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer | Im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG ist Mitunternehmerin bzw. Mitunternehmer, wer als zivilrechtliche Gesellschafterin bzw. als zivilrechtlicher Gesellschafter einer Personengesellschaft unternehmerisches Risiko trägt und unternehmerische Initiative entfalten kann.

Nachlassgegenstände | Das Guthaben/Vermögen, das die Erblasserin oder der Erblasser hinterlässt. Nachlassgegenstände sind land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen sowie das übrige Vermögen (z. B. Kapitalforderungen, Wertpapiere, Bankguthaben, Versicherungen, Renten, Bargeld, Hausrat usw.).

Nachlassverbindlichkeiten | Erwerbslasten, die den Erwerb aus der Sicht der steuerpflichtigen Person schmälern. Dies sind z. B. Hypotheken, Steuerschulden, Verbindlichkeiten, Erbfallkosten und Schulden, die mit dem erworbenen Vermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Negative Einkünfte | Einkünfte, die kleiner als Null sind.

Nettoausgaben | Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzierenden Ausgaben (Belastungsprinzip).

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen | Sie entstehen durch Aufgabenauslagerungen, Neugründung oder Beteiligungserwerb. Es sind Einheiten, deren Eigner mehrheitlich – unmittelbar oder mittelbar – die Kernhaushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherung) sind.

Öffentlicher Gesamthaushalt | Er umfasst

- in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in den Rechnungsergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts den Bund, Sondervermögen des Bundes, die Länder, Sondervermögen der Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in der jährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.

Personengesellschaften/Gemeinschaften | Gesellschaften/Gemeinschaften, die selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten sind. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Positive Einkünfte | Einkünfte, die größer bzw. gleich Null sind.

Reinerwerb | Anteiliger Reinnachlass je Erwerberin bzw. Erwerber.

Reinnachlass | Nachlassgegenstände abzüglich Nachlassverbindlichkeiten.

Schulden beim nicht öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- bei Kreditinstituten,
- beim sonstigen inländischen Bereich sowie
- beim sonstigen ausländischen Bereich.

Der ausgewiesene **ationale Schuldenstand** entspricht ab dem Berichtsjahr 2010 der Summe der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich des öffentlichen Gesamthaushalts. Bis zum Berichtsjahr 2009 basierte der nationale Schuldenstand auf den Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite. Aufgrund dieser methodischen Umstellung und der Berichtskreiserweiterung zum Berichtsjahr 2010 ist ein Vergleich des Schuldenstandes zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Schulden beim öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- beim Bund,
- bei Ländern,
- bei Gemeinden/Gemeindeverbänden,
- bei Zweckverbänden,
- bei der Sozialversicherung,
- bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie
- bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen.

Zu beachten ist, dass die Schulden beim öffentlichen Bereich unkonsolidiert ausgewiesen werden.

Summe der Einkünfte | Bei Personengesellschaften und Gemeinschaften ist dies die Addition aus den Einkunftsarten: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Sonstige Einkünfte. In der Einkommensteuerstatistik werden zudem die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit berücksichtigt.

Sondervermögen des Bundes | Rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile des Bundesvermögens, die der Erfüllung einzelner, abgegrenzter Aufgaben dienen und getrennt vom übrigen Vermögen zu verwalten sind. Sie werden in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts und in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte nachgewiesen.

Sonstiger Erwerb | Erwerb durch Vermächtnisse, Verträge zugunsten Dritter, geltend gemachte Pflichtteilsansprüche usw.

Steuerbarer Umsatz | Gem. § 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umfasst der steuerbare Umsatz

- die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,
- die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandgebiet in das Inland (= Einfuhrumsatzsteuer, nicht Bestandteil der Umsatzsteuerstatistiken) und
- die innergemeinschaftlichen Erwerbe im Inland gegen Entgelt.

Steuermessbetrag nach dem Gewerbeertrag | Abgerundeter Gewerbeertrag, nach Anwendung einer bundeseinheitlichen sogenannten Steuermesszahl von 3,5 %. Bei natürlichen Personen/Personengesellschaften gilt vorab ein Freibetrag von 24 500 Euro. Für bestimmte Körperschaften gilt ein Freibetrag von 5 000 Euro.

Steuerpflichtiger Erwerb | Gemäß § 10 ErbStG die Bereicherung der Erwerberin oder des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist.

Umsatzsteuerpflichtige | Im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG ist ein Unternehmer umsatzsteuerpflichtig, wenn er eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Das Unternehmen umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt oder eine Personenvereinigung nur ihren Mitgliedern gegenüber tätig wird. Der Kreis der in der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erfassten Steuerpflichtigen umfasst die Unternehmen, die im Statistikjahr Umsatzsteuer-Vorankündigungen abgegeben haben, mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro. Nicht erfasst sind Jahreszahler (Unternehmer, die keine Vorankündigung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgeben müssen) und Kleinunternehmer (mit jährlichen Umsätzen unter 17 501 Euro). Die Abbildung der Unternehmen, die im Statistikjahr nach § 2 Abs. 1 UStG eine Umsatzsteuererklärung abgegeben haben (darunter fallen auch die Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro), erfolgt in der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht | Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz im Inland haben. Der Steuer unterliegen in diesem Fall sowohl das inländische als auch das ausländische Einkommen oder Vermögen. Beschränkte Steuerpflicht liegt vor, wenn der gewöhnliche Aufenthalt und der Wohnsitz der/des Steuerpflichtigen (bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch der Erblasserin bzw. des Erblassers oder der Schenkerin bzw. des Schenkers) bzw. der Sitz einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse nicht im Inland liegen. Zu versteuern ist hier nur das inländische Einkommen oder Vermögen. Zusammenveranlagte Ehegatten gelten als ein Steuerpflichtiger.

Verlustfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit negativen Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Vorerwerb | Dem Erbfall vorangegangene Schenkung von der Erblasserin oder dem Erblasser an die Erwerberin oder den Erwerber.

Wirtschaftszweig | Die Wirtschaftszweigklassifikation dient der Zuordnung der Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Grundsätzlich wird ein Unternehmen einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Maßgebend für die Zuordnung ist dabei die Haupttätigkeit des Unternehmens. Mit dem Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Steuerstatistiken der Umstieg von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Zu versteuerndes Einkommen | In der Körperschaftsteuerstatistik das Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 1 KStG, vermindert um die Freibeträge der §§ 24 und 25 KStG. In der Einkommensteuerstatistik wird das Einkommen um Kinderfreibeträge und den Härteausgleich gem. § 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV gemindert.

Zweckverband | Zusammenschluss von Gemeinden/Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Kann seinerseits als Träger, z. B. eines Eigenbetriebs, auftreten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Finanzen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 71, Daten zu *Steuern* unter Code 73

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Öffentliche Finanzen

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.1	Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte
Reihe 3.3	Rechnungsergebnisse der kommunalen Kern- und Extrahaushalte
Reihe 3.3.1	Rechnungsergebnisse der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände
Reihe 5	Schulden der öffentlichen Haushalte
Reihe 5.1	Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11	Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 7/11	Die gesetzliche Sozialversicherung in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 11/11	Integration in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 5/13	Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2014
Heft 5/14	Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 10/14	Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2013
Heft 12/14	Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2013

■ Steuern

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt
Reihe 7.1	Lohn- und Einkommensteuer
Reihe 7.1.1	Jährliche Einkommensteuer
Reihe 7.2	Körperschaftsteuer
Reihe 8.1	Umsatzsteuer (Vorankündigungen)
Reihe 8.2	Umsatzsteuer (Veranlagungen)
Reihe 9.1	Tabaksteuer
Reihe 9.2	Biersteuer
Reihe 9.3	Energiesteuer
Reihe 9.5	Schaumweinsteuer
Reihe 9.6	Luftverkehrssteuer
Reihe 9.7	Stromsteuer
Reihe 10.1	Realsteuervergleich
Reihe 10.2	Gewerbesteuer

Fachberichte

Jährliche Körperschaftsteuerstatistik (2009)
Staatliche Förderung der Riesterrente (2009)
Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften (2009)
Erbschaft- und Schenkungsteuer (2013)
Verbrauchssteuern (2000 – 2013)
Branntweinsteuer (2013)

Mehr zum Thema

■ Steuern

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10	Statistische Auswertung der Riester-Förderung
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/10	Jährliche Körperschaftsteuerstatistik – Methodik und erste Ergebnisse
Heft 4/11	Die neue Umsatzsteuerstatistik nach Veranlagungen
Heft 11/11	Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission
Heft 8/12	Weiterentwicklung der Gewerbesteuerstatistik
Heft 10/13	Das Taxpayer-Panel 2001 – 2008
Heft 10/14	Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) 2012
Heft 11/14	Analyse der Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Veranlagungen 2009

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Hebesätze der Realsteuern
Steuern regional – Ergebnisse der Steuerstatistiken



10 Wahlen



In **18. Legislaturperiode** regiert eine **Koalition** aus **CDU/CSU** und **SPD** | Zusammen hatte sie **504 von insgesamt 631 Sitzen** im Bundestag | An Wahl zum 18. Deutschen Bundestag nahmen **71,5 %** der Wahlberechtigten teil | Im **Europäischen Parlament** ist Deutschland mit **96 Sitzen** vertreten | Stärkste deutsche Fraktion ist derzeit die **CDU/CSU** mit **34 Sitzen** | **48 %** der deutschen Wahlberechtigten **beteiligten** sich 2014 an Wahl zum Europäischen Parlament

Seite

287 **Auf einen Blick**

Tabellen

288 **Wahl zum Deutschen Bundestag**

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

292 **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland**

Deutsche Sitze im Europäischen Parlament | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

293 **Landtagswahlen**

Sitzverteilung in den Länderparlamenten | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

294 **Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat**

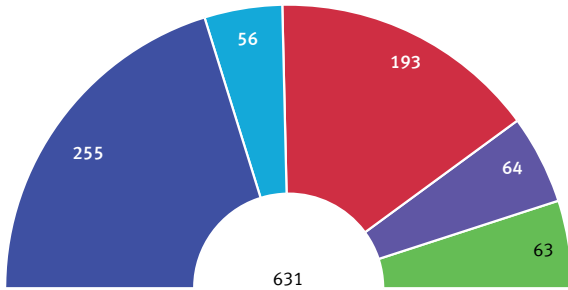
295 **Methodik**

296 **Glossar**

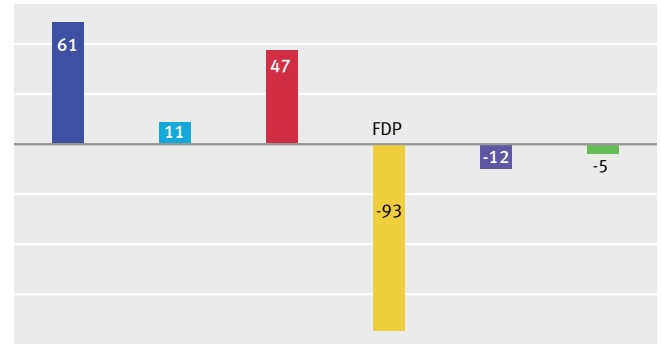
298 **Mehr zum Thema**

■ CDU ■ CSU ■ SPD ■ DIE LINKE ■ GRÜNE

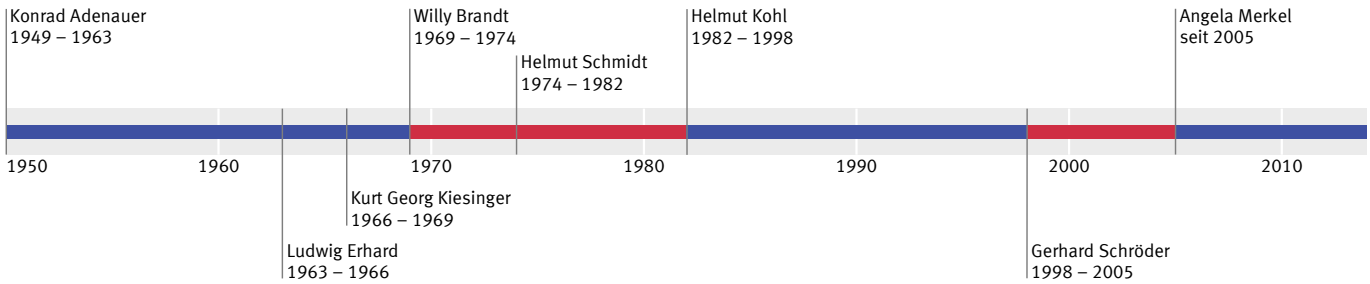
Sitzverteilung im 18. Deutschen Bundestag, Wahl am 22.9.2013



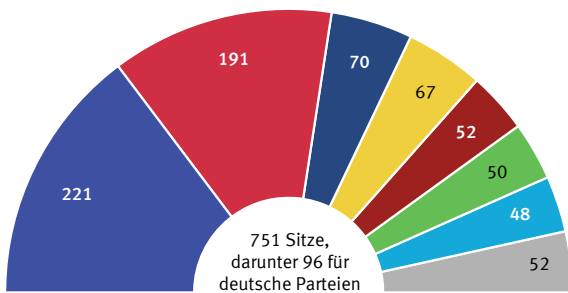
Gewinne und Verluste von Sitzen gegenüber der letzten Wahl



Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



Sitzverteilung im Europäischen Parlament, Wahl am 25.5.2014
Sitze der Fraktionen insgesamt und der deutschen Parteien



Fraktion

- EVP
- S&D
- EKR
- ALDE
- GUE/NGL
- Grüne/EFA
- EFDD
- Fraktionslose

Sitze (darunter Sitze für deutsche Parteien)

- 221 (29 CDU, 5 CSU)
- 191 (27 SPD)
- 70 (7 AfD, 1 FAMILIE)
- 67 (3 FDP, 1 FREIE WÄHLER)
- 52 (7 DIE LINKE, 1 Tierschutzpartei)
- 50 (11 GRÜNE, 1 PIRATEN, 1 ÖDP)
- 48 (Ohne Beteiligung einer deutschen Partei)
- 52 (1 Die PARTEI, 1 NPD)

2015 - 01 - 0178

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.1 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

	Sitze insgesamt	Davon entfielen auf					
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Bundestagswahl am 22.9.2013							
Deutschland	631	255	193	-	64	63	56
dar. Frauen	229	63	81	-	36	35	14
Baden-Württemberg	78	43	20	-	5	10	-
Bayern	91	-	22	-	4	9	56
Berlin	27	9	8	-	6	4	-
Brandenburg	20	9	5	-	5	1	-
Bremen	6	2	2	-	1	1	-
Hamburg	13	5	5	-	1	2	-
Hessen	45	21	16	-	3	5	-
Mecklenburg-Vorpommern ...	13	6	3	-	3	1	-
Niedersachsen	66	31	25	-	4	6	-
Nordrhein-Westfalen	138	63	52	-	10	13	-
Rheinland-Pfalz	31	16	10	-	2	3	-
Saarland	9	4	3	-	1	1	-
Sachsen	33	17	6	-	8	2	-
Sachsen-Anhalt	19	9	4	-	5	1	-
Schleswig-Holstein	24	11	9	-	1	3	-
Thüringen	18	9	3	-	5	1	-
Bundestagswahl am 27.9.2009							
Deutschland	622 ¹	194	146	93	76	68	45
dar. Frauen	204	42	56	23	40	37	6
Baden-Württemberg	84	37	15	15	6	11	-
Bayern	91	-	16	14	6	10	45
Berlin	23	6	5	3	5	4	-
Brandenburg	19	5	5	2	6	1	-
Bremen	6	1	2	1	1	1	-
Hamburg	13	4	4	2	1	2	-
Hessen	45	15	12	8	4	6	-
Mecklenburg-Vorpommern ...	14	6	2	1	4	1	-
Niedersachsen	62	21	19	9	6	7	-
Nordrhein-Westfalen	129	45	39	20	11	14	-
Rheinland-Pfalz	32	13	8	5	3	3	-
Saarland	10	4	2	1	2	1	-
Sachsen	35	16	5	4	8	2	-
Sachsen-Anhalt	17	5	3	2	6	1	-
Schleswig-Holstein	24	9	6	4	2	3	-
Thüringen	18	7	3	2	5	1	-

1 Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	Sonstige
	1 000	%						
Bundestagswahl am 22.9.2013								
Deutschland	61 946,9	71,5	41,5 ¹¹	25,7	4,8	8,6	8,4	10,9
Baden-Württemberg	7 689,9	74,3	45,7	20,6	6,2	4,8	11,0	11,7
Bayern	9 472,7	70,0	49,3	20,0	5,1	3,8	8,4	13,5
Berlin	2 505,7	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Brandenburg	2 065,9	68,4	34,8	23,1	2,5	22,4	4,7	12,4
Bremen	483,8	68,8	29,3	35,6	3,4	10,1	12,1	9,5
Hamburg	1 281,9	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
Hessen	4 413,3	73,2	39,2	28,8	5,6	6,0	9,9	10,5
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 350,7	65,3	42,5	17,8	2,2	21,5	4,3	11,6
Niedersachsen	6 117,5	73,4	41,1	33,1	4,2	5,0	8,8	7,8
Nordrhein-Westfalen	13 253,6	72,5	39,8	31,9	5,2	6,1	8,0	9,0
Rheinland-Pfalz	3 092,4	72,8	43,3	27,5	5,5	5,4	7,6	10,6
Saarland	796,1	72,5	37,8	31,0	3,8	10,0	5,7	11,7
Sachsen	3 406,4	69,5	42,6	14,6	3,1	20,0	4,9	14,8
Sachsen-Anhalt	1 930,9	62,1	41,2	18,2	2,6	23,9	4,0	10,0
Schleswig-Holstein	2 251,8	73,1	39,2	31,5	5,6	5,2	9,4	9,0
Thüringen	1 834,3	68,2	38,8	16,1	2,6	23,4	4,9	14,2
Bundestagswahl am 27.9.2009								
Deutschland	62 168,5	70,8	33,8 ¹²	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
Baden-Württemberg	7 633,8	72,4	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	9 382,6	71,6	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	2 471,7	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	2 128,7	67,0	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	488,0	70,3	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 256,6	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	4 398,9	73,8	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 400,3	63,0	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	6 112,1	73,3	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	13 288,3	71,4	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	3 103,9	72,0	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	808,6	73,7	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	3 518,2	65,0	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	2 028,6	60,5	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	2 234,7	73,6	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 913,6	65,2	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7

1 CDU: 34,1%, CSU: 7,4%.

2 CDU: 27,3%, CSU: 6,5%.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
			1 000	%	1 000	%					
Bundestagswahl am 22.9.2013											
Insgesamt											
Insgesamt	61 947	72,4	44 310	43 727	34,1	25,7	4,8	8,6	8,4	7,4	10,9
18 – 25	5 380	61,8	3 234	3 203	25,1	24,5	4,9	7,4	11,9	6,5	19,7
25 – 35	8 696	63,9	5 427	5 373	29,6	21,9	4,7	8,6	10,7	6,9	17,5
35 – 45	8 699	70,7	6 129	6 071	32,9	21,7	4,9	8,0	11,2	7,5	13,7
45 – 60	17 841	75,2	13 323	13 177	31,4	26,3	4,4	9,8	10,4	6,9	10,9
60 – 70	8 504	79,8	6 461	6 377	35,1	28,4	4,9	10,1	5,8	8,0	7,8
70 und mehr	12 827	74,8	9 736	9 526	43,6	28,3	5,2	6,7	3,3	8,3	4,6
Männer											
18 – 25	2 731	61,6	1 657	1 642	23,4	25,2	5,7	7,3	8,7	6,3	23,3
25 – 35	4 408	63,0	2 711	2 684	27,6	22,1	5,4	8,7	8,6	6,8	20,8
35 – 45	4 395	69,6	3 041	3 014	31,0	22,1	5,6	8,3	9,5	7,4	16,2
45 – 60	8 933	74,7	6 647	6 580	29,6	27,2	5,0	10,1	9,0	6,8	12,3
60 – 70	4 108	79,9	3 133	3 095	31,7	29,7	5,6	11,1	5,3	7,5	9,1
70 und mehr	5 284	79,9	4 290	4 210	39,9	29,8	5,9	7,7	3,0	8,0	5,7
Zusammen	29 859	72,7	21 479	21 225	31,4	26,6	5,5	9,1	7,3	7,2	13,0
Frauen											
18 – 25	2 649	62,0	1 577	1 561	27,0	23,8	4,0	7,5	15,3	6,7	15,8
25 – 35	4 288	64,9	2 717	2 690	31,7	21,8	4,1	8,5	12,8	7,0	14,2
35 – 45	4 304	71,8	3 088	3 057	34,9	21,4	4,1	7,8	12,9	7,7	11,2
45 – 60	8 908	75,7	6 676	6 597	33,2	25,3	3,7	9,4	11,8	6,9	9,6
60 – 70	4 396	79,7	3 328	3 281	38,3	27,2	4,2	9,0	6,3	8,4	6,5
70 und mehr	7 542	71,3	5 446	5 315	46,5	27,1	4,6	5,9	3,6	8,6	3,8
Zusammen	32 088	72,1	22 831	22 502	36,7	25,0	4,1	8,1	9,6	7,6	9,0

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.4 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

	Bevölkerung am 30.9.2013 ¹	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Anzahl			%						
Bundestagswahl am 22.9.2013									
Berlin	3 407 614	2 505 718	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Hamburg	1 748 788	1 281 918	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
München	1 402 455	917 148	71,2	37,8	23,9	7,7	4,6	14,1	11,9
Köln	1 028 952	722 435	72,5	33,0	29,8	6,0	8,1	14,1	9,0
Frankfurt am Main	698 570	414 972	70,7	33,7	26,6	7,0	8,5	14,4	9,8
Stuttgart	602 811	374 255	76,7	38,3	21,9	7,5	6,4	15,8	10,0
Düsseldorf	597 808	415 139	73,3	38,8	28,2	7,6	7,0	9,6	8,8
Dortmund	574 671	420 647	68,1	29,0	39,5	4,0	7,8	9,6	10,1
Essen	568 706	428 928	71,3	32,9	37,3	4,6	7,1	8,2	9,9
Bremen	547 157	400 633	69,9	29,1	34,9	3,5	10,3	12,8	9,4
Leipzig	526 909	430 321	67,9	34,6	18,7	3,0	21,9	9,2	12,6
Dresden	527 340	430 136	74,1	38,6	14,9	3,1	18,7	9,1	15,5
Hannover	517 201	374 279	72,4	31,6	35,1	4,5	7,2	13,9	7,7
Nürnberg	497 843	348 914	66,9	37,1	27,7	4,9	6,6	10,9	12,8
Duisburg	486 172	337 326	67,4	28,4	40,9	3,1	8,3	6,1	13,1
Bochum	361 186	279 860	72,3	29,8	39,7	3,6	8,0	9,2	9,7
Wuppertal	343 229	246 429	69,6	33,9	32,1	5,8	8,3	9,9	10,1
Bielefeld	328 502	238 358	72,5	35,2	32,7	4,0	8,5	11,6	8,1
Bonn	310 646	226 487	77,3	36,3	25,9	8,3	6,3	13,7	9,5
Karlsruhe	298 542	205 735	72,9	37,5	22,7	6,0	6,0	15,0	12,7
Münster	297 401	227 762	79,1	37,8	27,2	6,8	6,3	15,2	6,8
Mannheim	297 098	198 525	69,4	35,1	27,5	5,5	7,5	11,1	13,3
Augsburg	275 207	187 230	63,7	42,8	22,6	4,6	5,8	11,0	13,3
Wiesbaden	273 778	189 698	69,8	38,7	27,8	6,8	5,9	11,7	9,1
Gelsenkirchen	257 595	181 476	65,3	27,7	44,0	3,0	7,6	5,5	12,2
Mönchengladbach	255 407	192 676	66,2	43,7	28,1	5,9	6,4	6,2	9,7

Gemeinden mit 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr.

1 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.1 Deutsche Sitze im Europäischen Parlament

	Sitze insgesamt	Verteilung auf die Parteien						
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Europawahl am 25.5.2014								
Deutschland	96	29	27	11	3	7	5	14 ¹
dar. Frauen	35	5	13	6	1	4	2	4 ²
Europawahl am 7.6.2009								
Deutschland	99	34	23	14	12	8	8	-
dar. Frauen	37	8	10	7	5	4	3	-

1 AfD 7 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER, Tierschutzpartei, FAMILIE, PIRATEN, ÖDP, NPd und Die Partei.

2 AfD 2 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER und PIRATEN.

10.2.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern am 25.5.2014

	Wahlberechtigte	Wähler/-innen bzw. Wahlbeteiligung	Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig	gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Anzahl											
Deutschland	61 998 824	29 843 798	488 706	29 355 092	8 812 653	8 003 628	3 139 274	986 841	2 168 455	1 567 448	4 676 793
Baden-Württemberg	7 713 126	4 015 264	89 490	3 925 774	1 542 244	902 720	517 842	161 669	142 360	-	658 939
Bayern	9 503 690	3 886 041	14 589	3 871 452	-	779 399	466 916	118 364	113 914	1 567 448	825 411
Berlin	2 519 758	1 177 832	18 166	1 159 666	232 274	278 694	220 998	31 953	188 344	-	207 403
Brandenburg	2 060 156	961 109	26 563	934 546	233 468	251 482	57 057	20 051	183 727	-	188 761
Bremen	483 728	195 029	1 466	193 563	43 353	66 536	33 997	6 301	18 499	-	24 877
Hamburg	1 283 323	558 277	5 406	552 871	135 780	186 638	95 169	20 513	47 630	-	67 141
Hessen	4 422 994	1 867 868	24 314	1 843 554	564 294	558 541	238 657	74 773	103 573	-	303 716
Mecklenburg-Vorpommern	1 344 770	629 039	21 086	607 953	210 268	129 112	30 780	11 464	119 198	-	107 131
Niedersachsen	6 126 291	3 006 852	28 617	2 978 235	1 174 739	967 811	324 221	75 347	118 385	-	317 732
Nordrhein-Westfalen	13 265 031	6 941 739	95 723	6 846 016	2 439 979	2 307 234	688 410	274 991	322 197	-	813 205
Rheinland-Pfalz	3 093 894	1 763 166	41 702	1 721 464	661 339	529 232	139 047	63 988	62 977	-	264 881
Saarland	793 193	429 269	13 695	415 574	145 182	143 009	24 762	9 281	27 630	-	65 710
Sachsen	3 392 983	1 669 244	47 487	1 621 757	559 899	252 388	97 256	41 589	296 853	-	373 772
Sachsen-Anhalt	1 916 865	824 614	26 609	798 005	245 010	173 082	38 485	21 007	174 103	-	146 318
Schleswig-Holstein	2 257 089	978 082	7 697	970 385	334 121	309 934	120 245	36 394	43 302	-	126 389
Thüringen	1 821 933	940 373	26 096	914 277	290 703	167 816	45 432	19 156	205 763	-	185 407
%											
Deutschland	X	48,1	1,6	98,4	30,0	27,3	10,7	3,4	7,4	5,3	15,9
Baden-Württemberg	X	52,1	2,2	97,8	39,3	23,0	13,2	4,1	3,6	-	16,8
Bayern	X	40,9	0,4	99,6	-	20,1	12,1	3,1	2,9	40,5	21,3
Berlin	X	46,7	1,5	98,5	20,0	24,0	19,1	2,8	16,2	-	17,9
Brandenburg	X	46,7	2,8	97,2	25,0	26,9	6,1	2,1	19,7	-	20,2
Bremen	X	40,3	0,8	99,2	22,4	34,4	17,6	3,3	9,6	-	12,9
Hamburg	X	43,5	1,0	99,0	24,6	33,8	17,2	3,7	8,6	-	12,1
Hessen	X	42,2	1,3	98,7	30,6	30,3	12,9	4,1	5,6	-	16,5
Mecklenburg-Vorpommern	X	46,8	3,4	96,6	34,6	21,2	5,1	1,9	19,6	-	17,6
Niedersachsen	X	49,1	1,0	99,0	39,4	32,5	10,9	2,5	4,0	-	10,7
Nordrhein-Westfalen	X	52,3	1,4	98,6	35,6	33,7	10,1	4,0	4,7	-	11,9
Rheinland-Pfalz	X	57,0	2,4	97,6	38,4	30,7	8,1	3,7	3,7	-	15,4
Saarland	X	54,1	3,2	96,8	34,9	34,4	6,0	2,2	6,6	-	15,8
Sachsen	X	49,2	2,8	97,2	34,5	15,6	6,0	2,6	18,3	-	23,0
Sachsen-Anhalt	X	43,0	3,2	96,8	30,7	21,7	4,8	2,6	21,8	-	18,3
Schleswig-Holstein	X	43,3	0,8	99,2	34,4	31,9	12,4	3,8	4,5	-	13,0
Thüringen	X	51,6	2,8	97,2	31,8	18,4	5,0	2,1	22,5	-	20,3

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹⁾	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
			1 000	%	1 000	%					
Europawahl am 25.5.2014											
Insgesamt											
Insgesamt	61 999	49,2	29 844	29 355	30,0	27,3	10,7	3,4	7,4	5,3	15,9
18 – 25	4 956	36,8	1 793	1 771	24,1	21,3	17,0	3,0	7,0	4,1	23,6
25 – 35	8 703	37,3	3 145	3 110	25,4	20,0	15,6	3,1	8,1	4,1	23,7
35 – 45	8 420	44,1	3 706	3 667	28,5	21,3	15,6	3,5	6,7	4,6	19,8
45 – 60	17 939	50,7	9 014	8 900	26,7	27,0	14,0	3,2	7,9	4,6	16,7
60 – 70	8 697	58,2	4 953	4 870	29,4	32,3	6,9	3,5	8,5	5,8	13,6
70 und mehr	13 284	56,8	7 233	7 038	39,1	31,9	2,9	3,6	6,0	7,2	9,2
Männer											
18 – 25	2 538	37,0	927	916	23,8	21,2	12,1	3,6	7,3	4,1	27,8
25 – 35	4 433	36,8	1 581	1 565	24,6	19,4	12,3	3,7	8,5	4,1	27,3
35 – 45	4 250	43,5	1 845	1 826	27,2	21,0	12,7	4,2	7,2	4,8	22,9
45 – 60	9 001	50,2	4 511	4 455	25,7	27,4	11,8	3,6	8,3	4,7	18,6
60 – 70	4 207	58,6	2 428	2 387	26,6	32,9	6,3	3,7	9,5	5,6	15,5
70 und mehr	5 516	61,8	3 289	3 201	35,7	32,9	2,6	3,9	6,9	7,2	10,9
Zusammen	29 946	49,5	14 582	14 350	28,0	27,5	9,0	3,8	8,0	5,3	18,4
Frauen											
18 – 25	2 418	36,7	866	855	24,4	21,3	22,1	2,3	6,7	4,0	19,1
25 – 35	4 270	37,9	1 564	1 545	26,2	20,7	19,0	2,5	7,7	4,0	20,0
35 – 45	4 170	44,8	1 861	1 841	29,8	21,6	18,4	2,9	6,2	4,5	16,7
45 – 60	8 939	51,2	4 502	4 445	27,6	26,6	16,1	2,8	7,6	4,5	14,8
60 – 70	4 490	57,8	2 525	2 484	32,0	31,8	7,6	3,3	7,6	6,0	11,8
70 und mehr	7 767	53,2	3 944	3 836	41,9	31,1	3,1	3,4	5,4	7,3	7,9
Zusammen	32 053	48,9	15 262	15 005	31,9	27,1	12,3	3,0	6,8	5,4	13,5

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.3 Landtagswahlen

10.3.1 Sitzverteilung in den Länderparlamenten

	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹⁾	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	138	60	35	7	–	36	–
Bayern	15.9.2013	180	101	42	–	–	18	19 ²⁾
Berlin	18.9.2011	149	39	47	–	19	29	15 ³⁾
Brandenburg	14.9.2014	88	21	30	–	17	6	14 ⁴⁾
Bremen	10.5.2015	83	20	30	6	8	14	5 ⁵⁾
Hamburg	15.2.2015	121	20	58	9	11	15	8 ⁶⁾
Hessen	22.9.2013	110	47	37	6	6	14	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	4.9.2011 ⁷⁾	71	18	27	–	14	7	5 ⁸⁾
Niedersachsen	20.1.2013	137	54	49	14	–	20	–
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	237	67	99	22	–	29	20 ³⁾
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	101	41	42	–	–	18	–
Saarland	25.3.2012	51	19	17	–	9	2	4 ³⁾
Sachsen	31.8.2014	126	59	18	–	27	8	14 ⁶⁾
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	105	41	26	–	29	9	–
Schleswig-Holstein	6.5.2012	69	22	22	6	–	10	9 ⁹⁾
Thüringen	14.9.2014	91	34	12	–	28	6	11 ⁶⁾

Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

- 1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).
2 FW FREIE WÄHLER Bayern e. V. (FW FREIE WÄHLER).
3 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN).
4 Alternative für Deutschland (AfD) 11 Sitze und Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ Freie Wähler (BVB/FREIE WÄHLER) 3 Sitze.

- 5 Alternative für Deutschland (AfD) 4 Sitze und Bürger in Wut (BIW) 1 Sitz.
6 Alternative für Deutschland (AfD).
7 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.
8 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).
9 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) 6 Sitze und Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 3 Sitze.

10.3 Landtagswahlen

10.3.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

	Datum der Landtagswahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
		1 000	%						
Baden-Württemberg	27.3.2011	7 622,9	66,3	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
Bayern	15.9.2013	9 442,0	63,6	47,7	20,6	3,3	2,1	8,6	17,7
Berlin	18.9.2011	2 469,7	60,2	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2
Brandenburg	14.9.2014	2 094,5	47,9	23,0	31,9	1,5	18,6	6,2	18,9
Bremen	10.5.2015	487,6	50,2	22,4	32,8	6,6	9,5	15,1	13,5
Hamburg	15.2.2015	1 299,4	56,5	15,9	45,6	7,4	8,5	12,3	10,3
Hessen	22.9.2013	4 392,2	73,2	38,3	30,7	5,0	5,2	11,1	9,6
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ²	1 373,9	51,5	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5
Niedersachsen	20.1.2013	6 097,7	59,4	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	13 262,0	59,6	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	3 088,2	61,8	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
Saarland	25.3.2012	797,5	61,6	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
Sachsen	31.8.2014	3 376,6	49,1	39,4	12,4	3,8	18,9	5,7	19,8
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	1 988,2	51,2	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	2 239,6	60,2	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2
Thüringen	14.9.2014	1 812,4	52,7	33,5	12,4	2,5	28,2	5,7	17,8

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

2 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

10.4 Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Ministerpräsi- denten ¹	Parteizugehörigkeit der Minister/-innen ²						Stimmzahl im Bundesrat
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ³	Sonstige	
Bundesregierung	22.9.2013	CDU	9	6	–	–	–	–	X
Baden-Württemberg	27.3.2011	GRÜNE	–	7	–	–	5	–	6
Bayern	15.9.2013	CSU	11	–	–	–	–	–	6
Berlin	18.9.2011	SPD	3	3	–	–	–	2 ⁴	4
Brandenburg	14.9.2014	SPD	–	5	–	3	–	1 ⁴	4
Bremen	10.5.2015	SPD	–	4	–	–	3	–	3
Hamburg	15.2.2015	SPD	–	6	–	–	3	2 ⁴	3
Hessen	22.9.2013	CDU	8	–	–	–	2	–	5
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ⁵	SPD	3	5	–	–	–	–	3
Niedersachsen	20.1.2013	SPD	–	5	–	–	4	–	6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	SPD	–	9	–	–	3	–	6
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	SPD	–	5	–	–	3	–	4
Saarland	25.3.2012	CDU	3	3	–	–	–	–	3
Sachsen	31.8.2014	CDU	7	3	–	–	–	–	4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	CDU	4	4	–	–	–	–	4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	SPD	–	3	–	–	2	2 ⁶	4
Thüringen	14.9.2014	DIE LINKE	–	3	–	4	2	–	4

1 Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

2 In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

3 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

4 Parteilos.

5 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

6 Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 1 Ministerin, Parteilos 1 Ministerin.

Methodik

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Ausübung des Wahlrechts, mit der Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in der Europäischen Union sowie in Bund, Land und Gemeinde entscheiden.

■ Wahl zum Deutschen Bundestag, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsgrundlage der Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023)), geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 27.4.2013 (BGBl. I S. 962). Für die Europa- und Bundestagswahlen sind danach allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis. Sie erfasst alle Wahlberechtigten, die Wählerinnen und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel dienen hier als Grundlage. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses in der Wahlnacht bekannt gegeben. Das endgültige amtliche Wahlergebnis liegt etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag vor. Auf Bundes- und Landesebene ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die repräsentative Wahlstatistik ergänzt die Ergebnisse.

Die **repräsentative Wahlstatistik** ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, der altersspezifischen Unterschiede und der Struktur der Wählerinnen und Wähler sowie Nichtwählerinnen und -wähler. Der Bundeswahlleiter trifft, im Einvernehmen mit den Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder, eine Auswahl der Stichprobenwahlbezirke. Dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip auf der Basis mathematischer Grundsätze unter strikter Wahrung des Wahlheimnisses. Auf der Grundlage von Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck werden Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler erfasst. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz 2002 wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz durchgeführt und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben. Mit Änderung des Gesetzes am 27.4.2013 wurde die Anzahl der Geburtsjahresgruppen für die Stimmabgabe von fünf auf sechs erhöht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien für die Bundestagswahlen in den Tabellen orientiert sich an dem Ergebnis der Zweitstimmen der jeweils letzten Bundestagswahl, für die Europawahlen an dem Ergebnis der jeweils letzten Europawahl.

Abgeordnete | Die von den Wahlberechtigten ins Parlament gewählten Personen. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Wählbar ist, wer am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher (bzw. bei Europawahlen Unionsbürger/-in) ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Näheres regeln das Grundgesetz (Artikel 38) sowie das Bundes- bzw. Europawahlgesetz. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt. Bei der Europawahl 2014 waren 96 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählen.

Bundesrat | Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Deutscher Bundestag | Er ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Als zentrales Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands hat er eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die Gesetzgebungsfunktion. Dies bedeutet, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreativitätsfunktion wählt er etwa die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten, der Bundesrichterin und Bundesrichter und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus. Ferner kontrolliert er den Einsatz der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 22.9.2013.

Europäisches Parlament | Es ist das einzige, direkt vom Volk der Mitgliedstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Durch die Europawahl als demokratischer Akt können die Bürgerinnen und Bürger somit unmittelbar Einfluss auf die Unionspolitik nehmen. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, neben dem Rat (EU-Ministerrat) als Staatenkammer. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem für fünf Jahre gewählt. Die letzte Direktwahl der insgesamt 751 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 28 Mitgliedstaaten der EU vom 22. bis 25.5.2014 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 25.5.2014. Ein einheitliches Wahlgesetz auf EU-Ebene besteht nicht. Die Abgeordneten werden daher nach den verschiedenen nationalen Verfahren gewählt. Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU in fünfjährigem Turnus die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Landtage | Sie sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. In den Landtagswahlen wird ihre Zusammensetzung festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: In Berlin heißt der Landtag „Abgeordnetenhaus“, in Bremen und Hamburg „Bürgerschaft“. Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Parteien | Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Verfassungswidrig sind solche Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Parteien in einem besonderen Verfahren verbieten. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Rechtsgrundlage | *Bundestagswahl* | Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 3.5.2013 (BGBl. I S. 1084), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13.5.2013 (BGBl. I S. 1255). *Europawahl* | In allen Mitgliedstaaten gelten grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts: Artikel 14 des Vertrages über die Europäische Union und Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassungen ABl 2012 Nr. C326/13 und C326/47), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 34-38), geändert durch Artikel 1 der Richtlinie 2013/1/EU des Rates vom 20.12.2012 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 27-29) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und -bürger. Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedstaat nach den innerstaatlichen Bestimmungen. Maßgebend in der Bundesrepublik Deutschland ist das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 7.10.2013 (BGBl. I S. 3749), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 16.12.2013 (BGBl. I S. 4335).

Sitzverteilung | *Bundestagswahl* | Für die Sitzverteilung wurde erstmals 2013 ein neues zweistufiges Sitzverteilungsverfahren eingesetzt. In der ersten Stufe werden in einem ersten Schritt für jedes Land anhand der dortigen deutschen Bevölkerung Sitzkontingente ermittelt. Hierbei ist die Bedingung einzuhalten, dass insgesamt 598 Sitze zu vergeben sind. Im zweiten Schritt erfolgt sodann eine vorläufige Verteilung der ermittelten Sitzkontingente im jeweiligen Land auf die Parteien anhand der Zahl der Zweitstimmen pro Partei. Als Ergebnis der ersten Stufe wird für jede Partei das Maximum aus den nach Sitzkontingenten errechneten Sitzen und den direkt gewonnenen Wahlkreissitzen gebildet. Diese Sitzzahl stellt die auf Bundesebene garantierte Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei dar. In der zweiten Stufe werden die jeder Partei nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen zustehenden Sitze auf Bundesebene ermittelt. Da hierbei die Bedingung gilt, dass die in der ersten Stufe jeweils garantierte Mindestsitzzahl zu erreichen ist, muss in der Regel die Gesamtsitzzahl von 598 erhöht werden. Alsdann erfolgt die Verteilung der so ermittelten Sitze der Parteien auf ihre Landeslisten wiederum nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen unter der Bedingung, dass ihre errungenen Direktmandate garantiert sind.

Seit der Bundestagswahl 2009 wird das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zur Berechnung eingesetzt. Durch die Sperrklausel sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissitze erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Europawahl | Bei der Verteilung der Sitze zur Europawahl 2014 wurden erstmals alle Wahlvorschläge berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Anwendung einer Sperrklausel bei Europawahlen für nichtig erklärt. Zunächst werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder gelten dabei als verbunden und werden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden, wie auch erstmals bei der Europawahl 2009, nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdvisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Verhältniswahl | *Bundestagswahl* | Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer – mit der Personenwahl verbundenen – Verhältniswahl. Seit 1953 hat jede Wählerin bzw. jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der sogenannten Erststimme kann die Wählerin oder der Wähler nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten im Wahlkreis seines ersten Wohnsitzes wählen, mit der sogenannten Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Europawahl | Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Listenwahlvorschläge können für ein Bundesland aufgestellt werden oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Von den insgesamt 25 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der Europawahl 2014 nahmen 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land an der Wahl teil, 23 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder.

Wahlberechtigte | *Bundestagswahl* | Wahlberechtigt und wählbar sind nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wahlbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren.

Europawahl | Alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sind wahlberechtigt. Auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union leben, sind unter bestimmten Voraussetzungen wahlberechtigt. In Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union können unter den gleichen Voraussetzungen wie Deutsche an der Wahl der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen.

Wahlkreise | Das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist für Bundestagswahlen in Wahlkreise eingeteilt. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlkreise gesetzlich auf 299 festgelegt.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags-, Europa- bzw. Landtagswahlen stehen zum Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Wahlen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 14

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wahl zum Deutschen Bundestag

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009
	Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/13	Grundlagen und Daten der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013
Heft 12/13	Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013
Heft 12/14	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Mehr zum Thema

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2009
	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014
Heft 1	Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2014

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/14	Europawahl 2014
Heft 7/14	Achte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014
Heft 12/14	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich





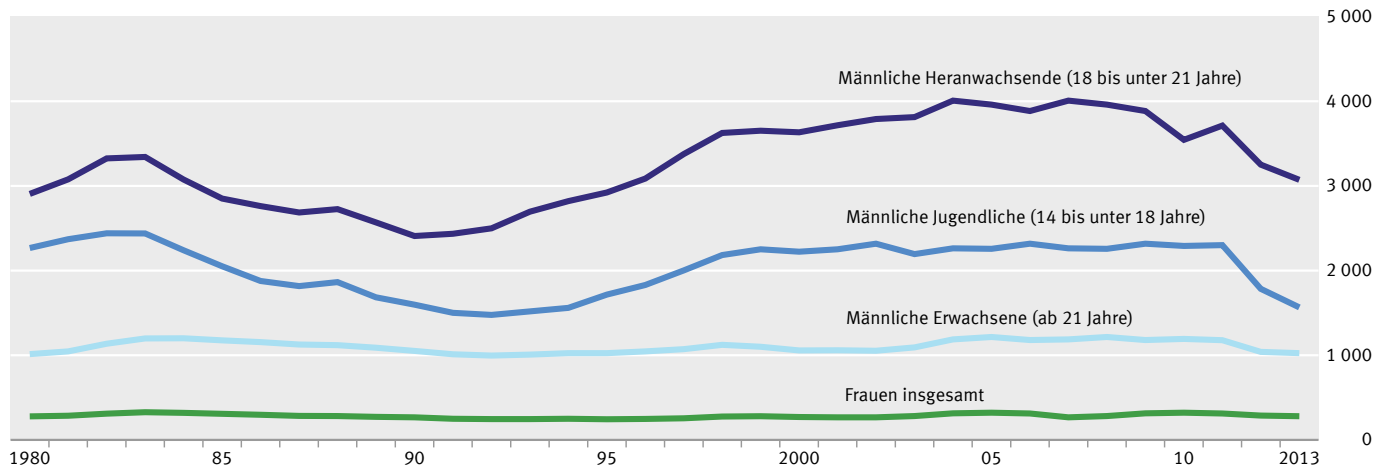
11 Justiz

2013 Anträge für rund **1,1 Millionen Zivilprozesse** neu bei Amtsgerichten eingereicht | **Einstellungsquote** staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren betrug **64 %** | In gerichtlichen Strafverfahren wurden rund **756 000** Personen **verurteilt** | **558 000** Verurteilte erhielten eine **Geldstrafe**, **116 000** eine **Freiheitsstrafe**, **13 000** eine **Jugendstrafe** | **69 %** der verhängten Freiheits- und Jugendstrafen wurden **zur Bewährung ausgesetzt** | Ende März 2014 saßen knapp **54 000 Strafgefangene** im Justizvollzug ein

<i>Seite</i>	
303	Auf einen Blick
	Tabellen
304	Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften Bundesverfassungsgericht Zivilgerichte Familiengerichte Bundespatentgerichte Staatsanwaltschaften Strafgerichte Fachgerichte
308	Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung Straftaten Abgeurteilte und Verurteilte Angewandtes Strafrecht Entziehung der Fahrerlaubnis Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr
312	Justizvollzug Belegung und Belegungsfähigkeit in den Justizvollzugseinrichtungen Strafgefangene
313	Methodik
314	Glossar
315	Mehr zum Thema

Verurteilte Deutsche

je 100 000 Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe ab 14 Jahren, ohne Straßenverkehrsdelikte



Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Gesamt-Berlin; seit 2007 Deutschland. – Ohne Straßenverkehrsdelikte.

2015 - 01 - 0179

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.1 Bundesverfassungsgericht

	2012	2013	2014
Neuzugänge	5 947	6 686	6 811
Erledigte Verfahren	5 605	6 521	6 589
Verfassungsbeschwerden	5 462	6 369	6 400
Normenkontrollverfahren	37	19	37
Andere Verfahren	106	133	152
Erledigt durch			
Senatsentscheidungen	41	33	39
Kammerentscheidungen	5 258	6 084	6 169
darunter:			
Nichtannahme	5 158	6 007	6 062
Stattgabe	90	72	97
Andere Erledigungsart	306	404	381

Quelle: Bundesverfassungsgericht

Mit **Verfassungsbeschwerden** können Bürgerinnen und Bürger eine Verletzung ihrer Grundrechte geltend machen; in **Normenkontrollverfahren** wird in der Regel auf Antrag von Gerichten die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft.

Entscheidungen, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sind den **Senaten** vorbehalten. Die **Kammern** befinden vor allem darüber, ob eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung angenommen wird.

11.1.2 Zivilgerichte

	2011	2012	2013
Erstinstanzliche Verfahren			
Amtsgerichte¹			
Neuzugänge	1 199 758	1 150 663	1 138 419
Erledigte Verfahren	1 209 201	1 165 234	1 138 823
davon:			
Nachbarschaftssachen	8 707	8 269	8 320
Verkehrsunfallsachen	131 163	130 775	129 486
Wohnungsmietsachen	275 199	273 782	266 273
Kaufsachen	138 749	147 411	150 534
Andere Sachgebiete	655 383	604 997	584 210
Landgerichte			
Neuzugänge	372 605	355 623	358 792
Erledigte Verfahren	370 603	356 445	348 651
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	28 770	28 577	28 828
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	45 722	42 282	38 407
Verkehrsunfallsachen	20 417	20 786	21 398
Kaufsachen	25 493	25 060	24 523
Andere Sachgebiete	250 201	239 740	235 495
Rechtsmittelverfahren			
Landgerichte			
Neuzugänge	59 677	57 482	55 374
Erledigte Verfahren	60 047	58 241	55 716
davon:			
Nachbarschaftssachen	1 042	1 026	1 034
Verkehrsunfallsachen	10 014	10 123	9 635
Wohnungsmietsachen	11 416	11 344	11 295
Kaufsachen	3 868	3 727	3 584
Andere Sachgebiete	33 707	32 021	30 168
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	52 877	52 560	51 363
Erledigte Verfahren	52 318	50 868	51 460
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	4 391	4 401	4 330
Verkehrsunfallsachen	3 148	3 041	3 195
Kaufsachen	3 716	3 624	3 787
Andere Sachgebiete	41 063	39 802	40 148
Bundesgerichtshof^{1,2}			
Neuzugänge	5 917	6 449	6 743
Erledigte Verfahren	5 989	6 012	6 623
dar. Revisionen	3 416	3 591	4 228

1 Ohne Mahnsachen und ohne freiwillige Gerichtsbarkeit.
2 Einschl. Familiensachen.

11.1.3 Familiengerichte

	2011	2012	2013
Amtsgerichte			
Neuzugänge	668 247	655 486	650 309
Erledigte Verfahren	688 993	675 432	668 713
davon:			
Scheidungsverfahren	215 820	205 891	195 335
Andere Eheverfahren	735	597	546
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	23 103	22 640	21 329
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	449 335	446 304	451 503
Oberlandesgerichte			
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen			
Neuzugänge	32 426	30 178	29 742
Erledigte Verfahren	31 018	31 275	30 338

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.4 Bundespatentgericht

	2012	2013	2014
Juristischer Beschwerdesenat			
Neuzugänge	51	54	53
Erledigungen	60	89	69
Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat			
Neuzugänge	81	103	60
Erledigungen	67	90	95
Technische Beschwerdesenate			
Neuzugänge	672	601	574
Erledigungen	880	842	831
Marken-Beschwerdesenate			
Neuzugänge	1 333	990	879
Erledigungen	1 362	1 210	959
Nichtigkeitssenate			
Neuzugänge	500	501	563
Erledigungen			
vor rechtskräftiger Entscheidung ..	128	147	137
durch Urteil (BPatG und BGH)	385	390	439

Für technische Erfindungen, die neu und gewerblich nutzbar sind, kann beim Patent- und Markenamt ein **Patent**, bei „erfinderischen Schritten“ die Registrierung eines **Gebrauchsmusters** beantragt werden. **Marken** sind rechtlich geschützte Zeichen für spezifische Waren oder Dienstleistungen.

Der **Juristische Beschwerdesenat** entscheidet z.B. über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts nach dem Geschmacksmustergesetz.

Der **Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden in Gebrauchsmuster- und Topografieschutzsachen.

Der **Technische Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts auf Patenterteilung/Nichterteilung.

Der **Marken-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts in Markensachen.

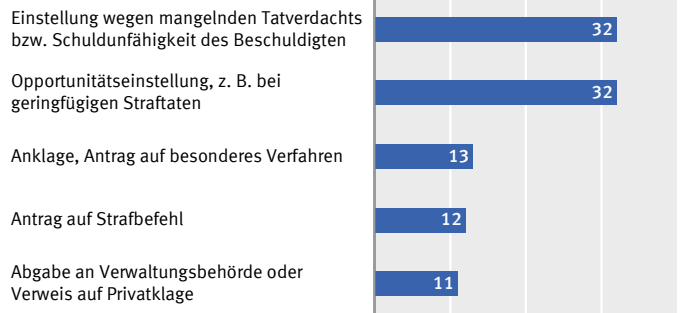
Der **Nichtigkeitssenat** entscheidet über Klagen gegen Entscheidungen, mit denen Patente/Schutz- erklärungen für nichtig erklärt worden sind.

11.1.5 Staatsanwaltschaften

	2011	2012	2013
Staatsanwaltschaften beim Landgericht¹			
Neuzugänge	4 587 467	4 564 814	4 564 505
Erledigte Verfahren	4 609 786	4 556 600	4 537 363
Einleitende Stelle			
Polizeibehörde	3 736 580	3 710 390	3 729 121
Staats- bzw. Anwaltschaft	711 640	691 993	671 919
Steuer- bzw. Zollfahndungsstelle	112 963	109 625	93 143
Verwaltungsbehörde	48 603	44 592	43 180
Art der Strafsache			
Vorsätzliche Körperverletzung	430 628	434 583	429 668
Diebstahl (einschl. Unterschlagung) ..	678 888	663 825	668 600
Betrug (einschl. Untreue)	899 753	894 125	887 302
Straßenverkehrsdelikte	836 907	808 240	801 190
Betäubungsmitteldelikte	259 014	258 440	283 545
Sonstige Straftaten	1 504 596	1 497 387	1 467 058

1 Einschl. Amtsanwaltschaften.

Von der Staatsanwaltschaft erledigte Ermittlungsverfahren 2013 in %



Ohne durch Abgabe, Verbindung mit einer anderen Sache, vorläufige Einstellung oder „anderweitig“ erledigte Verfahren.

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.6 Strafgerichte

	2011	2012	2013
Erstinstanzliche Verfahren ¹			
Amtsgerichte ²			
Neuzugänge	770 532	727 112	700 679
Erledigte Strafverfahren	772 867	736 029	700 394
dar. Straftaten im Straßenverkehr	134 093	127 367	117 494
Art der Einleitung			
Anklage	570 811	542 991	512 928
Einspruch gegen einen Strafbefehl	159 646	154 814	151 532
Andere Einleitungsart	42 410	38 224	35 934
Art der Erledigung			
Urteil	343 684	324 600	304 830
Einstellung gemäß § 153a StPO	59 191	57 655	54 385
Einstellung gemäß § 47 JGG	42 593	39 147	36 295
Einstellung aus anderen Gründen	92 576	90 118	88 496
Zurücknahme der Klage/Anklage, des Antrags/Einspruchs	53 437	51 453	49 041
Verbindung mit einer anderen Sache	106 761	98 296	91 808
Andere Erledigungsart	74 625	74 760	75 539
Landgerichte			
Neuzugänge	14 139	13 890	13 350
Erledigte Strafverfahren	13 867	13 625	13 077
dar. eingeleitet durch Anklage	11 849	11 635	11 006
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	28	25	17
Erledigte Strafverfahren	28	14	24
dar. eingeleitet durch Anklage	26	13	20
Rechtsmittelverfahren ¹			
Landgerichte			
Neuzugänge	51 371	48 861	47 254
Erledigte Berufungen	51 527	49 595	46 936
dar. Straftaten im Straßenverkehr	7 719	7 450	6 852
Berufung wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	47 020	45 226	42 795
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	152	192	186
zuungunsten des/der Beschuldigten	11 182	11 102	10 134
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	391	379	362
Art der Erledigung			
Urteil	26 092	24 799	23 709
Einstellung gemäß § 153a StPO	2 214	2 198	2 091
Einstellung aus anderen Gründen	2 435	2 459	2 350
Zurücknahme der Berufung	18 202	17 434	16 319
Andere Erledigungsart	2 584	2 705	2 467
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	6 137	5 948	5 863
Erledigte Revisionen	6 168	5 910	5 907
Revision wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	5 981	5 733	5 725
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	7	8	8
zuungunsten des/der Beschuldigten	170	157	168
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	33	44	36
Bundesgerichtshof			
Neuzugänge	3 406	3 479	3 480
Erledigte Verfahren	3 387	3 365	3 489
dar. Revisionen	2 905	2 968	2 995

1 Ohne Bußgeldverfahren.

2 Ohne Strafbefehlsverfahren, die ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind.

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.7 Fachgerichte

	2011	2012	2013		2011	2012	2013
Arbeitsgerichtsbarkeit				Verwaltungsgerichtsbarkeit			
Arbeitsgerichte				Erstinstanzliche Hauptverfahren			
				Verwaltungsgerichte			
Neuzugänge	404 434	403 550	403 486	Neuzugänge	119 531	132 789	151 463
Erledigte Klagen	406 073	400 998	403 457	Erledigte Verfahren	124 204	133 421	146 278
darunter:				Gegenstand des Verfahrens			
Klagen von Arbeitnehmern/-nehmerinnen ¹	399 678	377 365	379 574	Polizei-, Ordnungs-, Wohnrecht	15 743	14 836	13 081
Klagen von Arbeitgeber/-geberinnen ²	6 277	23 572	23 804	Asylrecht	17 858	19 505	23 572
Gegenstand der Klage³				Abgabenrecht	16 238	16 666	16 957
Arbeitsentgelt	179 913	169 720	162 128	Recht des öffentlichen Dienstes	12 628	12 002	13 480
Bestandsstreitigkeiten	204 181	211 640	222 433	Sonstige Sachen	61 737	70 412	79 188
Tarifliche Einstufungen	3 240	4 411	3 539	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	127 752	124 255	125 875	Urteil	34 155	33 551	33 386
Art der Erledigung				Beschluss	72 937	70 749	94 002
Streitiges Urteil	31 439	29 646	27 960	Andere Erledigungsart	17 112	29 121	18 890
Sonstiges Urteil	38 425	34 881	34 110	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Vergleich	230 333	234 920	242 399	Neuzugänge	952	975	1 061
Andere Erledigungsart	105 876	101 551	98 988	Erledigte Verfahren	899	969	881
Landesarbeitsgerichte				Rechtsmittelverfahren			
Neuzugänge	19 132	19 035	15 632	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Erledigte Berufungen	19 488	19 104	16 229	Neuzugänge	16 272	14 442	14 043
Bundesarbeitsgericht				Erledigte Verfahren	16 242	15 423	14 644
Neuzugänge	3 421	4 081	2 684	Art des Verfahrens			
Erledigte Verfahren	2 832	4 304	2 646	Berufungen	3 875	3 571	3 064
darunter:				Anträge auf Zulassung der Berufung	12 165	11 671	11 415
Revisionen	801	968	943	Beschwerden und Prozesskostenhilfeanträge	202	181	165
Nichtzulassungsbeschwerden	1 808	3 069	1 538	Bundesverwaltungsgericht, Revisionssenate			
Sozialgerichtsbarkeit				Neuzugänge	1 493	1 353	1 327
Sozialgerichte				Erledigte Verfahren	1 535	1 304	1 373
Neuzugänge	413 821	395 566	392 999	Finanzgerichtsbarkeit			
Erledigte Klagen	413 118	399 479	392 252	Finanzgerichte			
Gegenstand der Klage				Neuzugänge	39 949	38 840	37 888
Rentenversicherung	77 123	71 032	68 066	Erledigte Klagen	43 746	42 509	39 364
Angelegenheit nach dem SGB II	165 677	157 021	149 986	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	170 318	171 426	174 200	Urteil bzw. Vorbescheid	10 080	10 204	9 671
Art der Erledigung				Beschluss	14 757	13 910	12 922
Entscheidung	64 859	66 509	65 414	Zurücknahme der Klage	14 914	14 255	13 125
Gerichtlicher Vergleich	43 516	42 133	39 265	Andere Erledigungsart	3 995	4 140	3 646
Übereinstimmende Erledigungserklärung	39 330	39 131	36 633	Bundesfinanzhof			
Anerkenntnis	62 759	60 379	61 765	Neuzugänge	3 000	3 016	3 069
Zurücknahme	166 986	157 203	153 850	Erledigte Verfahren	3 004	2 962	3 046
Andere Erledigungsart	35 668	34 124	35 325	Art der Entscheidung			
Landessozialgerichte				Rechtsmittel war erfolglos	1 954	2 051	2 065
Neuzugänge	27 608	27 827	27 991	Verworfen als unzulässig	708	786	800
Erledigte Berufungen	26 327	27 138	26 845	Zurückgewiesen als unbegründet	1 246	1 265	1 265
Gegenstand				Rechtsmittel war erfolgreich	562	479	566
Rentenversicherung	8 186	7 931	8 088	Zurückgewiesen an Vorinstanz	224	153	198
Angelegenheit nach dem SGB II	3 985	4 601	4 640	Eigene Sachentscheidung getroffen	338	326	368
Sonstige Sachen	14 156	14 606	14 117	Rücknahme	488	432	415
Bundessozialgericht							
Neuzugänge	2 627	2 698	2 604				
Erledigte Verfahren	2 613	2 689	2 568				
Art des Verfahrens							
Revisionen	608	470	417				
Nichtzulassungsbeschwerden	2 005	2 219	2 151				

1 Einschl. der von Gewerkschaften und Betriebsräten eingereichten Klagen.

2 Und deren Organisationen.

3 Mehrere Gegenstände in einem Verfahren sind mehrfach gezählt.

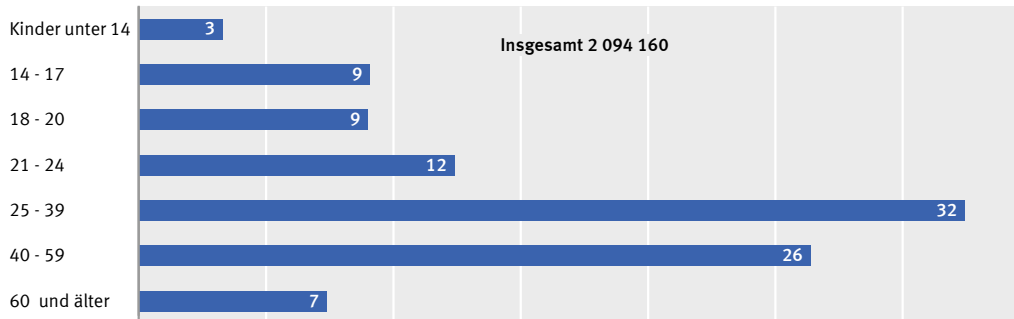
11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.2.1 Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige

	Bekanntgewordene	Aufgeklärte	Aufklärungsquote	Strafmündige Tatverdächtige (ab 14 Jahren)								
				insgesamt			Deutsche		Ausländer/-innen			
	Straftaten			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	Anteil an Tatverdächtigen insgesamt	
	Anzahl		%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%		
2011	5 990 679	3 276 153	55	2 027 243	75	25	1 556 275	26	470 968	23	23	
2012	5 997 040	3 259 882	54	2 018 669	75	25	1 538 110	26	490 559	23	24	
2013	5 961 662	3 249 396	55	2 024 885	74	26	1 499 222	26	525 663	23	26	
darunter (2013):												
Mord und Totschlag (Versuch und Vollendung; 211–213, 216)	2 122	2 032	96	2 609	88	12	1 845	14	764	8	29	
Gefährliche und schwere Körperverletzung (224, 226, 231)	127 869	104 989	82	131 721	84	16	97 132	16	34 589	14	26	
Gegen die sexuelle Selbstbestimmung (174-184b)	46 793	37 193	79	31 887	94	6	26 314	6	5 573	9	17	
darunter:												
Sexueller Missbrauch von Kindern (176, 176a, 176b)	12 437	10 488	84	8 532	96	4	7 534	4	998	2	12	
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (177, Abs. 2, 3 und 4, 178)	7 408	6 077	82	6 196	99	1	4 460	1	1 736	1	28	
Sonstige sexuelle Nötigung (177 Abs. 1 und 5)	4 868	3 884	80	3 814	98	2	2 861	2	953	1	25	
Schwerer und einfacher Diebstahl (242–244a, 247, 248a–c)	2 382 743	655 176	27	437 353	70	30	307 288	31	130 065	27	30	
darunter:												
Diebstahl von Kraftwagen (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	37 427	9 759	26	9 772	92	8	6 465	9	3 307	4	34	
Diebstahl von Fahrrädern (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	316 857	30 543	10	23 259	92	8	17 929	9	5 330	5	23	
Taschendiebstahl	135 617	7 673	6	6 099	70	30	2 048	26	4 051	31	66	
Schwerer Einbruchdiebstahl in Geldinstitute	1 633	533	33	314	92	8	204	7	110	8	35	
Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräume	93 990	18 641	20	15 377	94	6	11 295	7	4 082	4	27	
Wohnungseinbruchdiebstahl (244 Abs. 1 Nr. 3)	149 500	23 194	16	17 364	86	14	11 967	15	5 397	12	31	
Ladendiebstahl	356 152	328 427	92	237 626	61	39	159 467	40	78 159	35	33	
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (249–252, 255, 316a)	47 234	24 413	52	29 654	90	10	20 005	11	9 649	9	33	
Gegen die Umwelt (324–330a)	12 333	7 691	62	9 211	89	11	7 301	12	1 910	8	21	
Rauschgiftdelikte nach dem BTMG	253 525	239 677	95	209 785	88	12	166 566	14	43 219	8	21	

Ohne Vergehen im Straßenverkehr. – In Klammern §§ des Strafgesetzbuches.
 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Polizeilich ermittelte Tatverdächtige nach Altersgruppen 2013
 in %

In Altersjahren von ... bis ...



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

2015 - 01 - 0181

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

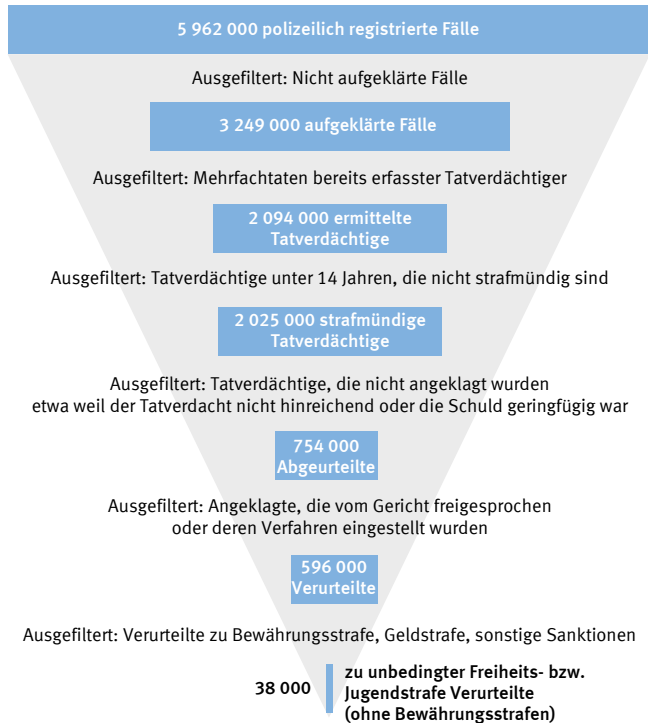
11.2.2 Abgeurteilte und Verurteilte

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus den Personen, gegen die andere Entscheidungen (u. a. Freispruch) getroffen worden sind.

	Abgeurteilte	Verurteilte										
		insgesamt	Deutsche						Ausländer/-innen ¹			
			zusammen			Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene	zusammen		Jugendliche	Heranwachsende
Anzahl	je 100 000 Strafmündige ²	% ³			Anzahl	% ³						
Früheres Bundesgebiet³												
1980	928 906	732 481	648 899	1 352	12	14	74	83 582	6	9	85	
1990	878 305	692 363	569 323	1 141	5	10	86	123 040	7	9	84	
2000	908 261	732 733	550 890	1 055	7	10	83	181 843	6	10	84	
Deutschland												
2010	1 018 006	813 266	643 599	988	7	10	83	169 667	6	8	86	
2011	1 003 458	807 815	630 240	969	7	10	83	177 575	5	8	87	
2012	960 225	773 901	596 959	918	6	10	84	176 942	5	7	88	
2013	935 788	755 938	570 896	885	6	9	86	185 042	4	7	89	
davon:												
Männer . .	752 721	609 527	455 934	1 461	6	9	85	153 593	4	7	89	
Frauen . .	183 067	146 411	114 962	345	5	7	87	31 449	4	7	89	

1 Einschl. Staatenloser sowie Verurteilter, die den Stationierungsstreitkräften angehören.
 2 Ab 14 Jahren.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Ausfilterung im Strafverfahren 2013



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik), Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

2015 - 01 - 0182

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

11.2.3 Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte

	Insgesamt	Verurteilt zu								Strafarrest	Geldstrafe ¹
		Freiheitsstrafe									
		zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	bis einschl. 9 Monate	mehr als ... bis einschließlich ...			lebenslange			
					9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre		5 – 15 Jahre		
Anzahl	%	Anzahl									
2011											
Heranwachsende	25 578	1 234	87	813	188	189	35	9	–	2	24 342
Erwachsene	680 062	125 116	70	76 604	16 643	21 784	8 377	1 614	94	10	554 936
2012											
Heranwachsende	23 098	1 030	86	701	148	139	34	8	–	3	22 065
Erwachsene	659 108	120 779	70	73 191	16 275	21 441	8 140	1 637	95	17	538 312
2013											
Heranwachsende	21 830	923	86	597	146	142	34	4	–	1	20 906
Erwachsene	652 371	114 957	70	69 216	15 771	20 497	7 868	1 513	92	8	537 406

1 Soweit nicht neben oder in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt.

11.2.4 Nach Jugendstrafrecht Verurteilte

	Insgesamt	Verurteilt zu								Erziehungsmaßnahmen	
		Jugendstrafe				Zuchtmitteln				zusammen	darunter Erteilung von Weisungen
		zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	6 Monate (Mindeststrafe) bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	zusammen	Jugend-arrest	Auferlegung besonderer Pflichten	Ver-warnung nach § 14 JGG		
										Anzahl	%
2011											
Jugendliche	51 325	5 411	65	2 977	2 434	57 994	10 509	31 468	16 017	17 972	17 826
Heranwachsende	50 850	10 757	60	5 122	5 635	52 130	8 565	29 827	13 738	14 065	14 011
2012											
Jugendliche	44 984	4 761	64	2 534	2 227	49 978	8 914	27 013	14 051	16 563	16 428
Heranwachsende	46 711	10 042	58	4 697	5 345	47 227	7 556	27 237	12 434	13 560	13 486
2013											
Jugendliche	39 518	4 323	64	2 296	2 027	43 295	7 554	23 514	12 227	15 017	14 896
Heranwachsende	42 219	8 864	59	4 169	4 695	42 252	6 927	24 209	11 116	12 931	12 839

Eine Jugendstrafe, einzelne Zuchtmittel bzw. Erziehungsmaßnahmen können nebeneinander angeordnet sein. Die Werte können nicht zum „Insgesamt“ addiert werden.

11.2.5 Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbote

	Entziehung der Fahrerlaubnis				Fahrverbote				
	insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer		insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer von		
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis einschl. ... Monaten	
	Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl	1 – 2	2 – 3	
2010	102 278	13	21 523	80 755	28 162	7	11 062	5 323	11 777
2011	101 044	13	20 313	80 731	28 361	7	11 247	5 494	11 620
2012	99 126	13	19 871	79 255	27 307	7	11 049	5 071	11 187
2013	94 213	13	19 388	74 825	26 232	7	10 664	4 981	10 587
davon (2013):									
Jugendliche	659	X	297	362	736	X	336	135	265
Heranwachsende	5 564	3	2 162	3 402	2 054	4	841	465	748
Erwachsene	87 990	13	16 929	71 061	23 442	7	9 487	4 381	9 574

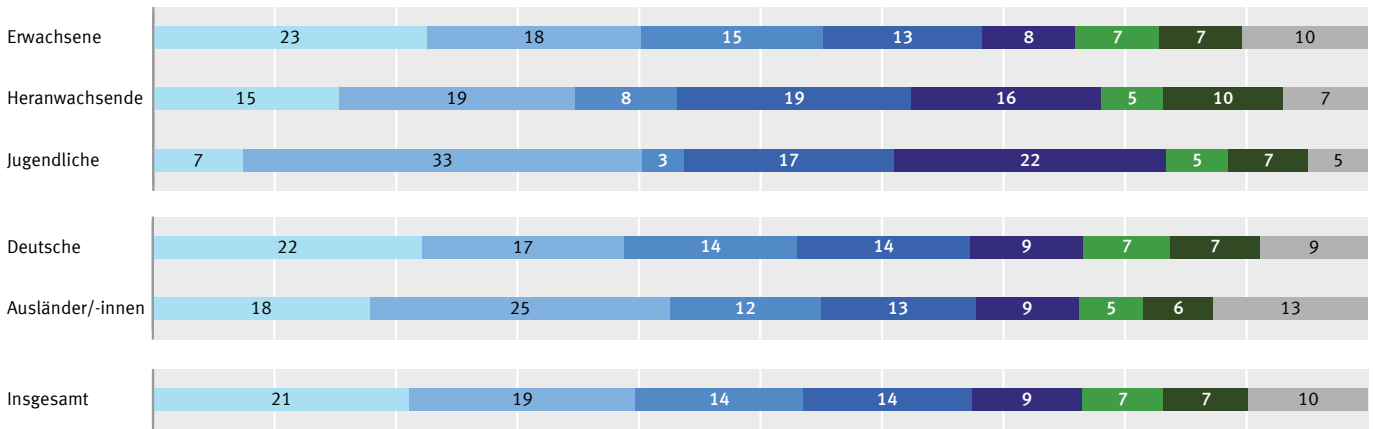
Auch soweit die schwerste der Aburteilung zugrunde liegende Straftat kein Straßenverkehrsdelikt war.

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
 11.2.6 Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

	Verurteilte			Verstöße gegen das Strafgesetzbuch (§§ des StGB)					Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz
	insgesamt	davon mit Vergehen		unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (142)	fahrlässige Tötung i. V. m. Verkehrsunfall (222)	fahrlässige Körperverletzung i. V. m. Verkehrsunfall (229) ¹	Volltrunkenheit i. V. m. Verkehrsunfall (323a) ²	Gefährdung des Straßenverkehrs (315b-c, 316)	
		ohne Trunkenheit	in Trunkenheit						
Anzahl	%			Anzahl					
Früheres Bundesgebiet³									
1980	329 300	46	54	43 338	3 113	64 981	2 611	155 139	60 118
1990	258 681	40	60	41 219	1 698	39 971	2 089	139 324	34 380
2000	209 894	45	55	31 610	1 229	21 967	1 038	108 280	45 770
Deutschland									
2011	172 201	48	52	31 557	642	13 211	263	82 356	44 172
2012	166 688	49	51	31 200	644	12 356	251	79 102	43 135
2013	159 664	50	50	30 715	596	11 556	231	74 029	42 537
davon (2013):									
Jugendliche	2 929	81	19	260	3	80	1	524	2 061
Heranwachsende	9 774	55	45	2 401	73	1 076	11	3 933	2 280
Erwachsene	146 961	49	51	28 054	520	10 400	219	69 572	38 196

1 Bis 1997: § 230 StGB.
 2 Bis einschl. 1980 § 330a StGB – Vollrausch in Verbindung mit Verkehrsunfall.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Verurteilte nach Deliktgruppen 2013
 in %



2015 - 01 - 0183

11.3 Justizvollzug

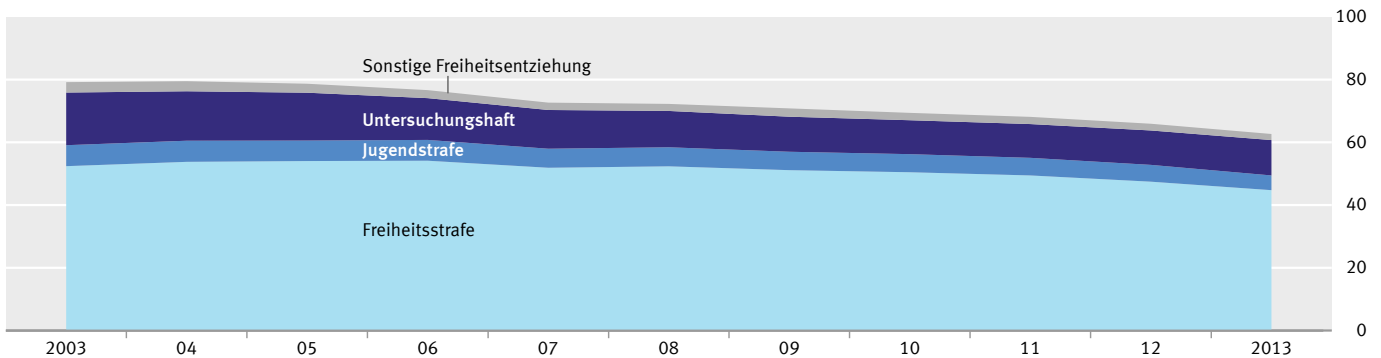
11.3.1 Belegungsfähigkeit und Belegung der Justizvollzugseinrichtungen am 30.11.2013

	Anstalten	Belegungsfähigkeit				Belegung ¹				
		insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
			Einzel-	gemeinsame		Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer
Anzahl							% der Belegungsfähigkeit			
Deutschland	185	76 556	55 061	21 495	62 632	45 151	17 481	82	82	81
Baden-Württemberg	19	7 793	4 815	2 978	6 576	3 933	2 643	84	82	89
Bayern	36	11 892	7 946	3 946	11 264	6 619	4 645	95	83	118
Berlin	7	4 715	4 101	614	3 848	3 471	377	82	85	61
Brandenburg	5	1 946	1 552	394	1 359	1 251	108	70	81	27
Bremen	1	724	628	96	504	463	41	70	74	43
Hamburg	6	2 194	1 974	220	1 515	1 423	92	69	72	42
Hessen	16	5 935	4 252	1 683	4 668	3 899	769	79	92	46
Mecklenburg-Vorpommern	5	1 491	1 039	452	1 177	818	359	79	79	79
Niedersachsen	13	6 575	5 112	1 463	4 697	4 088	609	71	80	42
Nordrhein-Westfalen	38	19 204	12 859	6 345	15 099	10 567	4 532	79	82	71
Rheinland-Pfalz	10	3 524	3 200	324	3 105	2 494	611	88	78	189
Saarland	2	973	907	66	786	705	81	81	78	123
Sachsen	10	3 780	2 593	1 187	3 375	2 145	1 230	89	83	104
Sachsen-Anhalt	5	2 215	1 679	536	1 806	1 378	428	82	82	80
Schleswig-Holstein	6	1 645	1 470	175	1 133	1 056	77	69	72	44
Thüringen	6	1 950	934	1 016	1 720	841	879	88	90	87

1 Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber/-innen).

Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs

in 1 000



Stichtag: jeweils 30.11.

2015 - 01 - 0184

11.3.2 Strafgefangene am 31.3.2014

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Jugendstrafe			Freiheitsstrafe mehr als ... bis einschließlich ...					
		bis unter 1 Jahr	1 – 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	bis einschl. 9 Monate	9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre	5 – 15 Jahre	lebenslange
Anzahl										
Insgesamt	54 007	1 194	1 771	1 945	18 709	4 296	8 602	11 406	4 131	1 953
14 – 18	500	135	215	150	0	0	0	0	0	0
18 – 21	2 341	461	840	877	58	14	36	51	4	0
21 – 25	6 183	570	699	904	1 554	372	877	1 045	147	15
25 – 30	10 473	28	17	14	4 303	1 093	2 053	2 306	589	70
30 – 40	16 578	0	0	0	6 874	1 565	3 113	3 460	1 159	407
40 und mehr	17 932	0	0	0	5 920	1 252	2 523	4 544	2 232	1 461
%										
Männeranteil	94	94	96	98	92	94	95	95	96	95
Frauenanteil	6	6	4	2	8	6	5	5	4	5

Methodik

Die Justizgeschäftsstatistiken liefern verfahrensbezogene Informationen zu Geschäftsanfall und Geschäftserledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Strafverfolgungsstatistik berichtet über Abgeurteilte und Verurteilte, die Strafvollzugsstatistik über Gefangene. Die Erhebungen in der Justiz werden als koordinierte Länderstatistiken auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen geführt. Das Statistische Bundesamt bereitet sie zum Bundesergebnis auf. Dabei liegen aus der Strafverfolgungsstatistik erst seit 2007 flächendeckende Angaben für Deutschland vor. Soweit in diesem Kapitel Zeitreihen zur Strafverfolgungsstatistik präsentiert werden, beziehen sich die Ergebnisse bis 2006 auf das frühere Bundesgebiet.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die verfahrensbezogenen Justizstatistiken über **Geschäftsanfall** und **Geschäftserledigung** bei Gerichten und Staatsanwaltschaften dienen in erster Linie der Kapazitätsmessung bei den Justizorganen. Dazu führen die Statistischen Ämter der Länder bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften der Länder Verfahrenserhebungen durch. Diese ermöglichen differenzierte Ergebnisse zu Neuzugängen und erledigten Verfahren in den jeweiligen Gerichtszweigen und Instanzen. Die Geschäftsstatistiken über das Bundesverfassungsgericht sowie über die anderen Bundesgerichte, die nicht die Statistischen Ämter der Länder erstellen, ergänzen die Ergebnisse dieser Justizstatistiken.

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Die personenbezogenen **Statistiken der Strafrechtspflege** dienen der Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen und der Messung der gerichtlich registrierten Kriminalität. Um ein vollständigeres Bild über Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität entwerfen zu können, werden zusätzlich Ergebnisse der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen. Diese führen die Kriminalämter des Bundes und der Länder durch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik informiert über die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten (mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr) sowie über die polizeilich ermittelten **Tatverdächtigen**.

Die Strafverfolgungsstatistik weist die **Abgeurteilten** (Angeklagten) und **Verurteilten** nach. Erwachsene (21 Jahre und mehr) werden nach allgemeinem Strafrecht, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugendstrafrecht behandelt. Bei Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) kann – je nach Grad der sittlichen Reife der Angeklagten – entweder allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Große Differenzen ergeben sich zwischen den Zahlen für die bekannt gewordenen bzw. aufgeklärten **Straftaten** sowie für die Tatverdächtigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik und die Verurteilten aus der Strafverfolgungsstatistik. Der Grund hierfür ist vor allem, dass nicht alle bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt werden. Ferner wird nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen Anklage erhoben und nicht jedes Strafverfahren endet mit einer Verurteilung, sondern auch mit einer anderen Entscheidung.

■ Justizvollzug

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegkapazität und tatsächliche Belegung in ausgewählten Kalendermonaten (Gefangenenbestand nach Vollzugsarten) sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsmonats (Gefangenenbewegung). Demografische Merkmale, d. h. Alter und Familienstand, sowie kriminologische Merkmale, wie Straftat, Art und Höhe der Strafe oder Vorstrafen, erfasst die Statistik nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag 31.3.

Glossar

Abgeurteilte | In der Terminologie der Strafverfolgungsstatistik sind Abgeurteilte Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgeschlossen worden sind – durch Urteil oder Einstellungsbeschluss. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten sowie aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden (u. a. Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens). Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit oder in Tatmehrheit begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfasst, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Aufgeklärte Straftat | Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt eine Straftat dann als aufgeklärt, wenn nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis eine mindestens namentlich bekannte oder auf frischer Tat ergriffene tatverdächtige Person festgestellt worden ist.

Berufung | Sie richtet sich gegen die tatsächliche Würdigung eines Falles.

Beschwerde | Sie ist das Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung, die kein Urteil ist.

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten | Dazu zählen alle Gefangenen und Verurteilten, die sich zu einem bestimmten Stichtag in einer Einrichtung des Justizvollzugs befinden. Die Justizvollzugsstatistik erfasst die Strafgefangenen (Vollzug von Freiheits- und Jugendstrafe), die Sicherungsverwahrten sowie die Einsitzenden in Untersuchungs-, Abschiebehaft und sonstiger Freiheitsentziehung getrennt.

Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) | Begeht eine Person eine Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten, sieht das Strafgesetzbuch die Entziehung der Fahrerlaubnis vor. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden, wenn eine Verurteilung der Person wegen Schuldunfähigkeit nicht möglich ist.

Fahrverbot | Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Person die Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten begangen hat. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Maßnahmen | Im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes handelt es sich hierbei um Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln. Diese können nebeneinander angeordnet werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit | Dazu zählen die Zivil-, Familien- und Straferichte, deren erste Instanz die Amtsgerichte darstellen. Die übergeordneten Landgerichte bzw. Oberlandesgerichte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in erster Instanz urteilen. Ansonsten haben sie die Funktion der Rechtsmittelinstanz. Die Landgerichte entscheiden über Berufungen/Beschwerden, die Oberlandesgerichte über Berufungen/Beschwerden und Revisionen.

Revision | Sie richtet sich gegen die rechtliche Würdigung eines Falles.

Tatverdächtige | Jede Person ist tatverdächtig, die aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben.

Verurteilte | Das sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht eine Freiheitsstrafe, Strafhaft und/oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe und/oder Maßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann eine Person nur dann, wenn sie zum Zeitpunkt der Tat strafmündig war, d. h. 14 Jahre und mehr (§ 19 StGB).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Justiz (Rechtspflege)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 24

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 2.1	Zivilgerichte
Reihe 2.2	Familiengerichte
Reihe 2.3	Strafgerichte
Reihe 2.4	Verwaltungsgerichte
Reihe 2.5	Finanzgerichte
Reihe 2.6	Staatsanwaltschaften
Reihe 2.7	Sozialgerichte
Reihe 2.8	Arbeitsgerichte

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3	Strafverfolgung
---------	-----------------

■ Justizvollzug

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 4.1	Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen
-----------	--

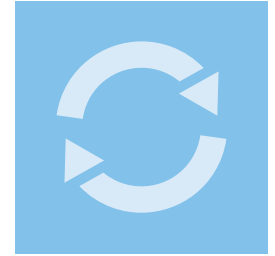
Wirtschaft und Statistik

Heft 3/15	Staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit in Deutschland
-----------	---

Broschüren

	Justiz auf einen Blick (2015)
--	-------------------------------





12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Deutsche Wirtschaft 2014 in solider Verfassung | **Brutto-**
inlandsprodukt stieg auf 2 904 Milliarden | **Staat** erzielt Finanzierungs-
überschuss | Fast **70 %** der **Wertschöpfung** entstand in **Dienst-**
leistungsbereichen | Inländischer **Konsum** stützt Konjunktur |
Arbeitnehmerentgelte legten **kräftig** zu

Seite

319 Auf einen Blick**Tabellen****320 Inlandsproduktsberechnung (Stand: Mai 2015)**

Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen | Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen | Erwerbstätigkeit, Arbeitsstunden | Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen | Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbe-
reichen | Verwendung des Bruttoinlandsprodukts | Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwen-
dungszwecken | Bruttoinvestitionen

327 Vermögensrechnung (Stand: Mai 2015)

Kapitalproduktivität, Kapitalintensität | Anlagevermögen nach Vermögensarten

329 Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Stand: Mai 2015)

Hauptaggregate der Sektoren | Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften | Produk-
tionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben | Einnahmen und Ausgaben sowie
Finanzierungssaldo des Staates | Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte | Einnahmen und
Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

334 Güterbilanzen zu Herstellungspreisen (Stand: Mai 2015)

Inländische Produktion und Importe | Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

336 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte (Stand: Mai 2014)**336 VGR der Länder (Stand: November 2014/Februar 2015)**

Bruttoinlandsprodukt nach Ländern

337 Methodik**339 Glossar****342 Mehr zum Thema**

12.0 Auf einen Blick

Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2014
in Mrd. EUR

Entstehung	=	Verwendung	=	Verteilung	
Bruttowertschöpfung 2 611,3		Konsumausgaben 2 166,6		Volkseinkommen 2 181,4	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 19,6		Private Konsumausgaben 1 604,3		Arbeitnehmerentgelt 1 482,0	
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe 677,1		Konsumausgaben des Staates 562,3		Unternehmens- und Vermögenseinkommen 699,5	
Baugewerbe 124,4		+ _____			
Handel, Verkehr, Gastgewerbe 404,1					
Information und Kommunikation 122,2		Bruttoinvestitionen 550,6		Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat 287,4	
Finanz- und Versicherungsdienstleister 104,8		Bruttoanlageinvestitionen 581,3		+ _____	
Grundstücks- und Wohnungswesen 290,1		Vorratsveränderungen -30,6			
Unternehmensdienstleister 284,1		+ _____		Abschreibungen 513,0	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit 477,2				- _____	
Sonstige Dienstleister 107,6					
+ _____		Außenbeitrag 186,5		Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt 78,0	
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 292,5		Exporte 1 325,0			
		Importe 1 138,5			

Bruttoinlandsprodukt 2 903,8

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd. EUR ¹³	%	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin und Saarland)												
1925	-	-	-	-	41,6	1 170	34,0	540	20,4	59,9	19,0	140
1926	-	-	-	-	43,6	1 210	35,6	560	21,0	59,0	19,4	150
1927	-	-	-	-	48,7	1 350	39,9	620	23,5	58,8	21,7	160
1928	-	-	-	-	52,1	1 430	42,9	670	25,9	60,3	24,0	170
1929	-	-	-	-	52,3	1 430	42,9	660	26,5	61,9	24,6	180
1930	-	-	-	-	48,8	1 330	39,3	600	24,9	63,3	23,0	170
1931	-	-	-	-	40,8	1 100	31,9	490	20,6	64,6	18,9	160
1932	-	-	-	-	33,6	900	25,3	380	15,6	61,8	14,3	130
1933	-	-	-	-	34,5	920	26,1	400	15,6	59,8	14,3	130
1934	-	-	-	-	38,8	1 030	29,9	450	17,5	58,7	16,1	130
1935	-	-	-	-	43,2	1 140	33,7	500	19,2	56,9	17,6	140
1936	-	-	-	-	47,9	1 260	37,9	560	21,1	55,6	19,4	140
1937	-	-	-	-	53,8	1 400	42,4	630	23,4	55,2	21,5	150
1938	-	-	-	-	59,2	1 520	47,3	690	26,0	54,9	24,0	160
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)												
1950	218,2	-	49,7	1 059	50,4	1 075	40,1	856	23,4	58,2	20,4	124
1951	239,3	9,7	61,0	1 287	61,7	1 302	48,7	1 028	28,3	58,0	24,8	145
1952	261,7	9,3	69,8	1 461	70,5	1 477	55,4	1 160	31,6	57,1	27,6	156
1953	285,0	8,9	74,9	1 555	75,6	1 570	59,2	1 230	34,8	58,8	30,4	165
1954	307,1	7,8	80,4	1 651	80,8	1 660	63,4	1 301	38,1	60,1	33,3	174
1955	344,3	12,1	91,9	1 868	92,3	1 876	72,7	1 477	43,4	59,7	37,9	188
1956	370,9	7,7	101,6	2 040	102,0	2 048	80,7	1 621	48,7	60,3	42,5	202
1957	393,4	6,1	110,7	2 195	111,2	2 204	88,5	1 754	53,4	60,4	46,0	213
1958	410,9	4,5	119,0	2 330	119,2	2 335	94,7	1 855	57,7	60,9	49,6	227
1959	443,2	7,9	130,3	2 524	130,3	2 524	103,1	1 996	62,0	60,2	53,2	240
1960	481,4	8,6	146,0	2 799	146,2	2 802	116,1	2 226	69,4	59,7	59,8	262
Früheres Bundesgebiet												
1960	511,3	-	154,8	2 792	154,9	2 795	122,8	2 215	73,8	60,1	63,7	262
1961	535,0	4,6	169,6	3 019	169,4	3 016	133,3	2 373	83,2	62,4	71,8	289
1962	559,9	4,7	184,5	3 245	184,3	3 243	144,2	2 538	92,1	63,9	79,5	315
1963	575,7	2,8	195,5	3 407	195,4	3 404	152,3	2 653	98,8	64,9	85,3	334
1964	614,0	6,7	214,8	3 706	214,5	3 701	167,3	2 886	108,0	64,5	94,0	365
1965	646,9	5,4	234,8	4 005	234,3	3 997	183,3	3 127	119,7	65,3	103,9	398
1966	664,9	2,8	249,6	4 220	249,2	4 213	194,2	3 283	128,9	66,4	111,4	427
1967	662,9	-0,3	252,8	4 263	252,4	4 258	194,7	3 284	128,8	66,1	111,4	441
1968	699,0	5,5	272,7	4 583	272,9	4 586	213,8	3 593	138,2	64,7	119,0	468
1969	751,2	7,5	305,2	5 081	305,7	5 088	236,7	3 941	155,5	65,7	133,5	511
1970	789,0	5,0	345,3	5 693	345,5	5 696	271,2	4 471	184,4	68,0	157,4	590
1970	56,8	-	360,6	5 945	361,6	5 963	282,1	4 652	185,1	65,6	158,4	591
1971	58,6	3,1	400,2	6 529	400,8	6 539	311,4	5 080	209,9	67,4	179,0	657
1972	61,1	4,3	436,4	7 076	436,6	7 080	339,6	5 507	232,6	68,5	197,3	715
1973	64,0	4,8	486,0	7 842	486,2	7 845	380,3	6 136	264,6	69,6	222,9	794
1974	64,6	0,9	526,0	8 477	526,3	8 481	411,4	6 630	292,7	71,1	245,3	878
1975	64,1	-0,9	551,0	8 912	552,0	8 928	430,5	6 962	306,0	71,1	254,3	932
1976	67,2	4,9	597,4	9 709	599,0	9 735	467,7	7 602	330,7	70,7	272,9	997
1977	69,5	3,3	636,5	10 367	637,2	10 378	497,2	8 097	355,0	71,4	293,4	1 064
1978	71,6	3,0	678,9	11 071	682,1	11 122	531,6	8 667	379,0	71,3	312,6	1 118
1979	74,5	4,2	737,4	12 017	738,6	12 038	573,3	9 343	410,3	71,6	337,9	1 179
1980	75,6	1,4	788,5	12 808	790,0	12 831	609,3	9 897	445,9	73,2	366,7	1 255
1981	76,0	0,5	825,8	13 388	825,9	13 390	635,5	10 302	467,8	73,6	384,7	1 313
1982	75,7	-0,4	860,2	13 956	859,6	13 945	659,6	10 701	482,8	73,2	395,8	1 361
1983	76,9	1,6	898,3	14 624	900,4	14 659	689,5	11 226	493,5	71,6	403,1	1 398
1984	79,0	2,8	942,0	15 398	947,9	15 495	726,5	11 876	512,8	70,6	417,3	1 433
1985	80,9	2,3	984,4	16 132	990,7	16 234	762,4	12 493	533,5	70,0	434,2	1 468
1986	82,7	2,3	1 037,1	16 984	1 041,2	17 050	805,7	13 194	561,7	69,7	457,2	1 515
1987	83,9	1,4	1 065,1	17 439	1 067,8	17 482	825,4	13 514	587,3	71,2	478,0	1 558
1988	87,0	3,7	1 123,3	18 280	1 131,7	18 416	878,2	14 290	611,8	69,7	498,2	1 598

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

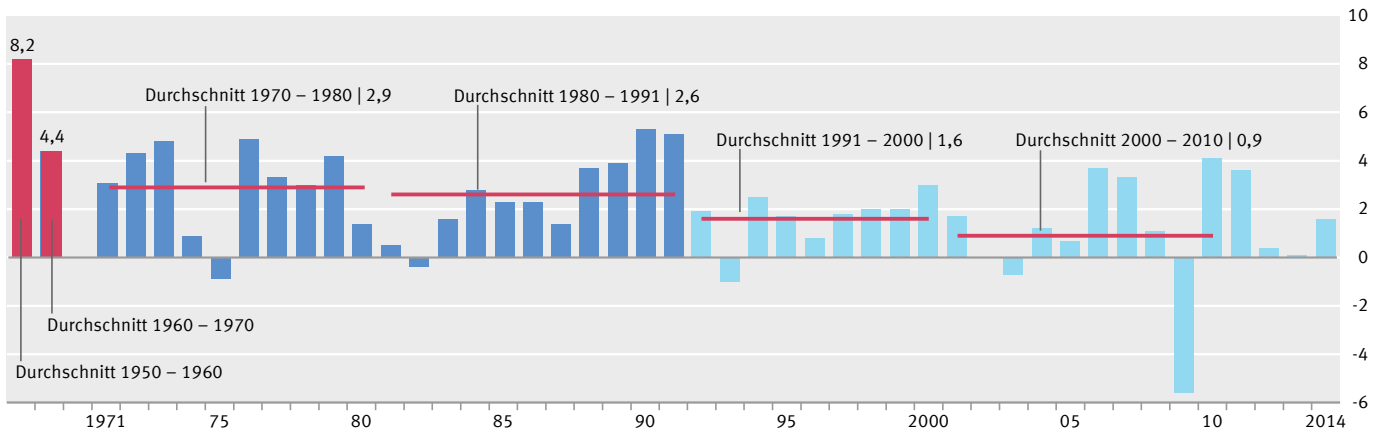
	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	%	Mrd. EUR ³	EUR ³
Früheres Bundesgebiet												
1989	90,4	3,9	1 200,7	19 346	1 211,1	19 514	938,7	15 125	639,9	68,2	521,8	1 641
1990	95,1	5,3	1 306,7	20 658	1 317,9	20 836	1 017,9	16 092	690,0	67,8	562,5	1 717
1991	100	5,1	1 415,8	22 096	1 417,8	22 128	1 089,0	16 996	747,4	68,6	609,2	1 822
Deutschland												
1991	79,1	-	1 579,8	19 751	1 596,5	19 960	1 224,0	15 303	856,8	70,0	702,6	1 659
1992	80,6	1,9	1 695,3	21 035	1 711,4	21 234	1 304,2	16 182	928,7	71,2	761,4	1 829
1993	79,8	-1,0	1 748,6	21 539	1 759,9	21 679	1 324,2	16 313	950,6	71,8	780,8	1 907
1994	81,8	2,5	1 830,3	22 479	1 830,7	22 485	1 373,0	16 862	975,5	71,1	793,6	1 943
1995	83,2	1,7	1 898,1	23 243	1 894,3	23 197	1 426,2	17 464	1 010,7	70,9	818,5	2 001
1996	83,8	0,8	1 924,7	23 502	1 922,7	23 478	1 445,2	17 647	1 019,8	70,6	826,9	2 025
1997	85,4	1,8	1 964,7	23 944	1 958,7	23 871	1 467,7	17 887	1 024,2	69,8	825,1	2 025
1998	87,1	2,0	2 015,3	24 568	2 001,5	24 400	1 496,6	18 245	1 045,8	69,9	842,1	2 043
1999	88,8	2,0	2 061,8	25 117	2 044,4	24 905	1 516,1	18 470	1 076,0	71,0	867,5	2 069
2000	91,4	3,0	2 113,5	25 715	2 099,0	25 540	1 550,7	18 868	1 117,4	72,1	897,9	2 090
2001	93,0	1,7	2 176,8	26 437	2 158,0	26 208	1 592,6	19 342	1 134,3	71,2	914,8	2 138
2002	93,0	0,0	2 206,3	26 749	2 180,2	26 433	1 603,4	19 440	1 141,9	71,2	921,9	2 168
2003	92,3	-0,7	2 217,1	26 867	2 198,5	26 642	1 610,6	19 518	1 143,6	71,0	920,5	2 195
2004	93,4	1,2	2 267,6	27 485	2 284,7	27 693	1 690,0	20 484	1 146,1	67,8	925,4	2 206
2005	94,1	0,7	2 297,8	27 865	2 320,7	28 142	1 715,5	20 803	1 144,0	66,7	924,1	2 212
2006	97,6	3,7	2 390,2	29 019	2 435,1	29 565	1 811,1	21 988	1 164,4	64,3	938,1	2 229
2007	100,8	3,3	2 510,1	30 513	2 551,9	31 021	1 883,6	22 897	1 197,2	63,6	969,3	2 261
2008	101,8	1,1	2 558,0	31 150	2 589,4	31 531	1 899,8	23 134	1 241,6	65,4	1 008,1	2 314
2009	96,1	-5,6	2 456,7	30 005	2 515,8	30 727	1 821,6	22 249	1 246,7	68,4	1 009,5	2 314
2010	100	4,1	2 576,2	31 511	2 630,4	32 173	1 923,0	23 521	1 283,8	66,8	1 039,0	2 372
2011	103,6	3,6	2 699,1	33 005	2 768,5	33 854	2 027,3	24 790	1 338,7	66,0	1 087,7	2 451
2012	104,0	0,4	2 749,9	33 569	2 822,2	34 452	2 055,3	25 091	1 389,7	67,6	1 131,7	2 519
2013	104,1	0,1	2 809,5	34 219	2 881,9	35 101	2 099,9	25 577	1 428,3	68,0	1 165,5	2 572
2014	105,8	1,6	2 903,8	35 247	2 981,8	36 194	2 181,4	26 479	1 482,0	67,9	1 210,8	2 642

Die Ergebnisse von 1925 bis erste Angabe 1970, von zweite Angabe 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll vergleichbar.

- 1 Preisbereinigte Ergebnisse bis erste Angabe 1970 in Preisen von 1991 (jeweils in Mrd. EUR); preisbereinigte Ergebnisse ab zweite Angabe 1970 in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex (1991 = 100 bzw. 2010 = 100).
- 2 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
- 3 Für den Zeitraum 1925 bis 1938 auf das frühere Bundesgebiet umgerechnete Ergebnisse des Statistischen Reichsamtes in Mrd. RM bzw. Reichsmark.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr, in %



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

12.2 Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen

	2011	2012	2013	2014
	in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR			
Wertschöpfung und Inlandsprodukt				
Bruttowertschöpfung	2 424,1	2 470,2	2 525,6	2 611,3
+ Nettogütersteuern	275,0	279,7	283,9	292,5
Gütersteuern	282,0	286,1	290,3	299,2
abzügl.: Gütersubventionen	7,0	6,4	6,4	6,8
= Bruttoinlandsprodukt	2 699,1	2 749,9	2 809,5	2 903,8
- Abschreibungen	474,2	490,8	502,1	513,0
= Nettoinlandsprodukt	2 224,9	2 259,1	2 307,4	2 390,8
Nettoproduktionsabgaben ¹	265,9	275,1	278,7	286,6
Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 336,7	1 387,6	1 426,2	1 479,7
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	622,3	596,4	602,5	624,6
Nationaleinkommen und Volkseinkommen				
Bruttoinlandsprodukt	2 699,1	2 749,9	2 809,5	2 903,8
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	219,1	213,7	206,0	207,1
- Primäreinkommen an die übrige Welt	149,7	141,4	133,6	129,1
= Bruttonationaleinkommen	2 768,5	2 822,2	2 881,9	2 981,8
- Abschreibungen	474,2	490,8	502,1	513,0
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 294,3	2 331,5	2 379,8	2 468,9
- Produktions- und Importabgaben ²	295,0	300,5	304,5	313,8
+ Subventionen ³	28,0	24,4	24,7	26,4
= Volkseinkommen	2 027,3	2 055,3	2 099,9	2 181,4
Arbeitnehmerentgelt (Inländer/-innen)	1 338,7	1 389,7	1 428,3	1 482,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	688,7	665,7	671,6	699,5
Nationaleinkommen und verfügbares Einkommen				
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 294,3	2 331,5	2 379,8	2 468,9
+ Laufende Transfers aus der übrigen Welt	50,3	51,5	52,6	55,5
- Laufende Transfers an die übrige Welt	83,5	87,0	94,1	93,0
= Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft	2 261,1	2 295,9	2 338,2	2 431,3

1 Produktions- und Importabgaben abzügl. Subventionen.

2 Vom Staat empfangen.

3 Vom Staat geleistet.

12.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	2011	2012	2013	2014
	Durchschnitt in 1 000			
Bevölkerung ¹	81 779	81 917	82 103	82 384
- Nichterwerbspersonen	37 858	37 714	37 695	37 710
= Erwerbspersonen	43 921	44 203	44 408	44 674
- Erwerbslose ²	2 399	2 224	2 182	2 090
= Erwerbstätige (Inländer/-innen)	41 522	41 979	42 226	42 584
- Selbstständige ³	4 546	4 544	4 457	4 400
= Arbeitnehmer (Inländer/-innen)	36 976	37 435	37 769	38 184
+ Pendlersaldo	48	54	55	54
= Arbeitnehmer/-innen im Inland	37 024	37 489	37 824	38 238
+ Selbstständige ³	4 546	4 544	4 457	4 400
= Erwerbstätige im Inland	41 570	42 033	42 281	42 638
	Mill. Stunden			
Geleistete Arbeitsstunden im Inland ⁴				
der Erwerbstätigen	57 912	57 763	57 608	58 461
der Arbeitnehmer/-innen	48 701	48 736	48 833	49 784

1 Bis vollständige Zeitreihen der laufenden Bevölkerungsstatistik auf Grundlage des Zensus 2011 vorliegen (Ergebnis zum Stichtag 9.5.2011: 80 219 695 Einwohner), werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterhin die auf Grundlage früherer Zählungen ermittelten Daten der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen.

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung; Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren. Hochrechnung anhand der Bevölkerungseckwerte auf Grundlage des Zensus 2011; vor 2011 Rückrechnung.

3 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

4 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

12.4 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

	2011	2012	2013	2014
Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet) ¹	3,6	0,4	0,1	1,6
Erwerbsquote (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)	53,7	54,0	54,1	54,2
Erwerbslosenquote (Erwerbslose in % der Erwerbspersonen)	5,5	5,0	4,9	4,7
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je erwerbstätige Person in EUR	64 929	65 422	66 448	68 103
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR	46,6	47,6	48,8	49,7
Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je erwerbstätige Person) ¹¹	2,2	-0,7	-0,5	0,8
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ¹¹	2,0	0,6	0,4	0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	3 009	3 085	3 142	3 225
Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	27,5	28,5	29,2	29,7
Lohnstückkosten (Personenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-innen in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	0,7	3,3	2,4	1,8
Lohnstückkosten (Stundenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	0,4	3,1	2,2	1,7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 443	2 511	2 563	2 633
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat (ohne marginal Beschäftigte) ¹²	2 847	2 910	2 965	3 038
Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	22,3	23,2	23,8	24,3
Lohnquote (unbereinigt; Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens)	66,0	67,6	68,0	67,9
Lohnquote (bereinigt) ¹³	67,3	68,9	69,1	68,8
Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in % des Volkseinkommens je erwerbstätige Person)	74,1	75,8	76,0	75,8
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte) ¹⁴	9,6	9,4	9,1	9,4
Staatsquote (Ausgaben des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	44,6	44,2	44,3	44,0
Defizitquote (Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	-0,9	0,1	0,1	0,6

Die **Defizitquote** wird definiert als negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Die **Sparquote** wird definiert als Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil (Ausgabenkonzept) in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

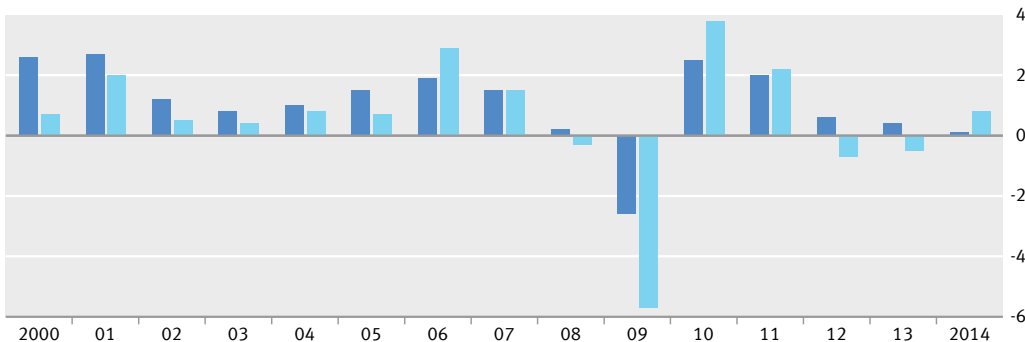
Die **Arbeitsproduktivität** wird berechnet als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde.

- 1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
- 2 Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“).
- 3 Arbeitseinkommensquote multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr, hier 1991.
- 4 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %

■ Je Stunde ■ Je Kopf



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person bzw. je geleistete Erwerbstätigenstunde. 2015 - 01 - 0187

12.5 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			% der Bruttowertschöpfung insgesamt		
Alle Wirtschaftsbereiche	2 470,2	2 525,6	2 611,3	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21,6	21,7	19,6	0,9	0,9	0,8
Produzierendes Gewerbe	757,9	775,7	801,5	30,7	30,7	30,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	645,9	659,2	677,1	26,1	26,1	25,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5,9	5,3	...	0,2	0,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	558,7	561,3	581,3	22,6	22,2	22,3
Energieversorgung	54,9	65,9	...	2,2	2,6	...
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	26,4	26,7	...	1,1	1,1	...
Baugewerbe	112,0	116,5	124,4	4,5	4,6	4,8
Dienstleistungsbereiche	1 690,7	1 728,3	1 790,2	68,4	68,4	68,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	390,0	393,4	404,1	15,8	15,6	15,5
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	239,2	239,8	244,7	9,7	9,5	9,4
Verkehr und Lagerei	112,6	114,0	117,5	4,6	4,5	4,5
Gastgewerbe	38,2	39,6	41,9	1,5	1,6	1,6
Information und Kommunikation	117,2	118,0	122,2	4,7	4,7	4,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	102,4	103,2	104,8	4,1	4,1	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	277,5	281,3	290,1	11,2	11,1	11,1
Unternehmensdienstleister	260,5	270,3	284,1	10,5	10,7	10,9
Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleister ..	147,0	154,4	...	6,0	6,1	...
Sonstige Unternehmensdienstleister	113,5	115,9	...	4,6	4,6	...
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit ...	441,8	458,4	477,2	17,9	18,1	18,3
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung ..	152,9	156,7	...	6,2	6,2	...
Erziehung und Unterricht	111,0	114,2	...	4,5	4,5	...
Gesundheits- und Sozialwesen	177,9	187,5	...	7,2	7,4	...
Sonstige Dienstleister	101,4	103,8	107,6	4,1	4,1	4,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung	33,6	34,7	...	1,4	1,4	...
Sonstige Dienstleister a. n. g.	60,9	62,0	...	2,5	2,5	...
Häusliche Dienste	6,9	7,0	...	0,3	0,3	...

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wirtschaftsstruktur in Deutschland in %



Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

2015 - 01 - 0188

12.6 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	2 060,8	2 112,7	2 166,6	2,4	2,5	2,6
Private Konsumausgaben	1 539,5	1 571,5	1 604,3	2,2	2,1	2,1
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	1 497,4	1 527,7	1 558,9	2,1	2,0	2,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	42,1	43,8	45,4	3,5	4,1	3,7
Konsumausgaben des Staates	521,3	541,2	562,3	3,1	3,8	3,9
Bruttoinvestitionen	527,4	533,5	550,6	- 5,2	1,2	3,2
Bruttoanlageinvestitionen	551,2	555,8	581,3	1,3	0,8	4,6
Ausrüstungen ¹	181,7	177,9	185,6	- 2,2	- 2,1	4,3
Bauten	273,9	279,2	293,6	3,4	1,9	5,2
Sonstige Anlagen ²	95,6	98,8	102,1	2,1	3,3	3,3
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	- 23,9	- 22,3	- 30,6	X	X	X
Inländische Verwendung	2 588,2	2 646,2	2 717,3	0,8	2,2	2,7
Außenbeitrag	161,7	163,3	186,5	X	X	X
Exporte	1 262,9	1 280,1	1 325,0	4,4	1,4	3,5
abzüglich: Importe	1 101,1	1 116,9	1 138,5	2,1	1,4	1,9
Bruttoinlandsprodukt	2 749,9	2 809,5	2 903,8	1,9	2,2	3,4

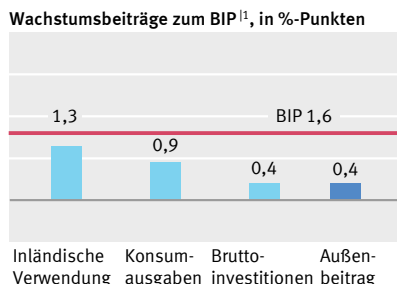
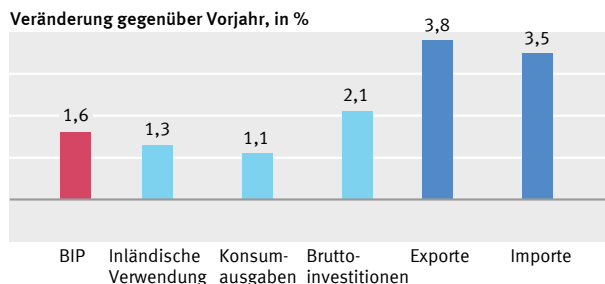
1 Einschl. militärischer Waffensysteme.
2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

12.7 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Index 2010 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	102,7	103,5	104,7	0,8	0,8	1,1
Private Konsumausgaben	103,0	103,8	105,0	0,7	0,8	1,1
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	103,0	103,8	105,0	0,6	0,8	1,1
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	103,0	104,5	105,1	1,8	1,4	0,5
Konsumausgaben des Staates	101,9	102,7	103,8	1,2	0,7	1,1
Bruttoinvestitionen	99,6	99,8	101,9	- 7,3	0,2	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	106,5	105,9	109,4	- 0,7	- 0,6	3,3
Ausrüstungen ¹	102,9	100,5	104,8	- 3,0	- 2,4	4,3
Bauten	109,1	109,0	112,7	0,6	- 0,1	3,4
Sonstige Anlagen ²	106,9	108,2	109,5	0,1	1,3	1,2
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	X	X	X	X	X	X
Inländische Verwendung	102,1	102,7	104,1	- 0,9	0,7	1,3
Außenbeitrag	X	X	X	X	X	X
Exporte	111,1	112,8	117,1	2,8	1,6	3,8
abzüglich: Importe	107,1	110,5	114,3	- 0,0	3,1	3,5
Bruttoinlandsprodukt	104,0	104,1	105,8	0,4	0,1	1,6

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.
2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2014
Preisbereinigt



Der **Wachstumsbeitrag** ist definiert als rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

1 Die Wachstumsbeiträge sind – abgesehen von Rundungsdifferenzen – jeweils additiv: Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen ergeben die inländische Verwendung, welche wiederum zusammen mit dem Außenbeitrag das BIP ergibt.

12.8 Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken in jeweiligen Preisen

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland insgesamt		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	148,0	154,7	159,0	10,1	10,4	10,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen	48,7	48,7	50,1	3,3	3,3	3,3
Bekleidung und Schuhe	73,0	74,4	76,8	5,0	5,0	5,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	357,1	367,4	367,5	24,5	24,7	24,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Aus- rüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	99,3	99,8	102,3	6,8	6,7	6,7
Gesundheitspflege	76,0	77,1	81,5	5,2	5,2	5,4
Verkehr	206,7	205,4	208,4	14,2	13,8	13,7
Nachrichtenübermittlung	41,0	42,0	43,1	2,8	2,8	2,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	141,5	143,5	146,9	9,7	9,7	9,7
Bildungswesen	11,3	11,7	12,1	0,8	0,8	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	76,8	79,1	82,9	5,3	5,3	5,5
Andere Waren und Dienstleistungen	180,6	182,6	187,1	12,4	12,3	12,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	1 460,0	1 486,1	1 517,6	100	100	100
Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt	65,0	70,1	70,3	X	X	X
abzügl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	27,6	28,5	29,0	X	X	X
Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 497,4	1 527,7	1 558,9	X	X	X

12.9 Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bruttoinvestitionen insgesamt	527,4	533,5	550,6	- 5,2	1,2	3,2
Bruttoanlageinvestitionen	551,2	555,8	581,3	1,3	0,8	4,6
Ausrüstungsinvestitionen	181,7	177,9	185,6	- 2,2	- 2,1	4,3
Maschinen und Geräte ¹	133,0	129,8	...	1,1	- 2,4	...
Fahrzeuge	48,7	48,1	...	- 10,4	- 1,4	...
Staat	13,2	12,3	9,4	8,6	- 7,5	- 23,5
Übrige Sektoren	168,5	165,6	176,2	- 3,0	- 1,7	6,4
Bauinvestitionen	273,9	279,2	293,6	3,4	1,9	5,2
Wohnbauten	160,3	164,6	174,0	6,3	2,7	5,7
Staat	1,0	1,0	1,0	26,5	2,6	6,0
Übrige Sektoren	159,3	163,7	173,0	6,2	2,7	5,7
Nichtwohnbauten	113,6	114,5	119,6	- 0,3	0,8	4,4
Hochbau (Nichtwohngebäude)	75,4	75,8	78,3	- 0,2	0,5	3,3
Tiefbau (sonstige Bauten)	38,2	38,7	41,3	- 0,5	1,5	6,7
Staat	32,2	33,4	35,2	- 4,9	3,8	5,4
Übrige Sektoren	81,4	81,1	84,4	1,6	- 0,3	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	95,6	98,8	102,1	2,1	3,3	3,3
Nutztiere und Nutzpflanzungen	0,3	0,3	...	X	X	X
Geistiges Eigentum	95,3	98,5	...	2,1	3,3	...
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	- 23,9	- 22,3	- 30,6	X	X	X

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.

12.10 Kapitalproduktivität, Kapitalintensität

	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoanlagevermögen ¹	Erwerbstätige	Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100		Messzahl 2010 = 100	Index 2010 = 100	
1991	79,1	68,9	94,6	114,8	72,9
1992	80,6	71,1	93,3	113,4	76,2
1993	79,8	73,1	92,1	109,2	79,3
1994	81,8	75,1	92,1	108,9	81,5
1995	83,2	77,1	92,5	107,9	83,3
1996	83,8	79,0	92,6	106,2	85,3
1997	85,4	80,8	92,5	105,6	87,4
1998	87,1	82,7	93,6	105,2	88,3
1999	88,8	84,7	95,2	104,8	89,0
2000	91,4	86,7	97,3	105,5	89,1
2001	93,0	88,5	97,0	105,1	91,2
2002	93,0	89,9	96,6	103,4	93,1
2003	92,3	91,3	95,6	101,1	95,5
2004	93,4	92,5	95,9	100,9	96,5
2005	94,1	93,7	95,9	100,4	97,8
2006	97,6	95,1	96,6	102,6	98,4
2007	100,8	96,5	98,3	104,4	98,2
2008	101,8	98,0	99,6	103,9	98,4
2009	96,1	98,9	99,7	97,1	99,2
2010	100	100	100	100	100
2011	103,6	101,2	101,3	102,4	99,8
2012	104,0	102,3	102,5	101,6	99,9
2013	104,1	103,4	103,1	100,7	100,3
2014	105,8	104,5	103,9	101,2	100,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1992	1,9	3,2	-1,3	-1,2	4,6
1993	-1,0	2,8	-1,3	-3,6	4,1
1994	2,5	2,8	0,0	-0,3	2,8
1995	1,7	2,6	0,4	-0,9	2,2
1996	0,8	2,4	0,0	-1,6	2,4
1997	1,8	2,3	-0,1	-0,5	2,4
1998	2,0	2,3	1,2	-0,4	1,1
1999	2,0	2,4	1,6	-0,4	0,8
2000	3,0	2,3	2,3	0,6	0,1
2001	1,7	2,1	-0,3	-0,4	2,4
2002	0,0	1,6	-0,4	-1,6	2,1
2003	-0,7	1,5	-1,1	-2,2	2,6
2004	1,2	1,4	0,3	-0,2	1,0
2005	0,7	1,3	0,0	-0,6	1,3
2006	3,7	1,5	0,8	2,2	0,7
2007	3,3	1,5	1,7	1,7	-0,2
2008	1,1	1,5	1,3	-0,4	0,2
2009	-5,6	1,0	0,1	-6,6	0,9
2010	4,1	1,1	0,3	3,0	0,8
2011	3,6	1,2	1,3	2,4	-0,2
2012	0,4	1,2	1,1	-0,8	0,1
2013	0,1	1,0	0,6	-0,9	0,4
2014	1,6	1,1	0,8	0,5	0,3

Unter **Kapitalintensität** versteht man das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Unter **Kapitalproduktivität** versteht man das Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.

3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2010 = 100).

12.11 Anlagevermögen nach Vermögensarten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. EUR									
Brutto									
Sachanlagen	11 922,9	12 693,3	13 252,4	13 543,3	13 840,1	14 377,9	14 912,7	15 308,8	15 698,1
Nutztiere und Nutzpflanzen	10,0	9,9	10,9	10,5	10,8	11,9	12,8	12,8	12,7
Ausrüstungen ¹	2 056,9	2 123,1	2 192,5	2 217,7	2 248,0	2 292,6	2 334,2	2 337,3	2 346,2
Maschinen und Geräte ¹	1 595,8	1 626,2	1 666,4	1 680,9	1 692,7	1 715,6	1 745,3	1 745,9	1 751,1
Fahrzeuge	461,1	497,0	526,1	536,8	555,2	577,0	589,0	591,4	595,1
Bauten	9 856,0	10 560,3	11 049,0	11 315,1	11 581,3	12 073,4	12 565,7	12 958,7	13 339,2
Wohnbauten	5 526,9	5 948,7	6 225,2	6 387,7	6 567,6	6 863,4	7 176,3	7 439,9	7 692,9
Nichtwohnbauten	4 329,1	4 611,6	4 823,8	4 927,4	5 013,8	5 210,0	5 389,5	5 518,8	5 646,3
Geistiges Eigentum	676,6	698,9	724,8	742,4	766,1	797,0	832,0	868,1	904,1
Alle Anlagegüter	12 599,5	13 392,2	13 977,2	14 285,8	14 606,3	15 174,9	15 744,8	16 176,9	16 602,2
Netto									
Sachanlagen	7 077,1	7 509,0	7 804,5	7 914,6	8 038,2	8 313,1	8 578,5	8 751,6	8 925,4
Nutztiere und Nutzpflanzen	7,8	7,6	8,5	8,1	8,3	9,3	10,1	10,0	10,1
Ausrüstungen ¹	1 045,4	1 092,3	1 139,0	1 140,9	1 154,2	1 179,6	1 198,2	1 185,2	1 197,0
Maschinen und Geräte ¹	787,8	811,2	840,7	841,7	844,4	857,8	874,4	864,9	878,1
Fahrzeuge	257,7	281,1	298,3	299,2	309,8	321,7	323,8	320,3	318,9
Bauten	6 023,8	6 409,1	6 656,9	6 765,7	6 875,8	7 124,2	7 370,2	7 556,4	7 718,3
Wohnbauten	3 532,0	3 773,6	3 918,2	3 987,2	4 067,3	4 220,4	4 383,1	4 514,1	4 621,0
Nichtwohnbauten	2 491,8	2 635,5	2 738,8	2 778,5	2 808,5	2 903,8	2 987,1	3 042,2	3 097,3
Geistiges Eigentum	351,7	363,5	376,9	385,5	397,0	414,0	432,2	450,7	468,8
Alle Anlagegüter	7 428,8	7 872,5	8 181,4	8 300,1	8 435,2	8 727,1	9 010,7	9 202,3	9 394,2
Preisbereinigt, Kettenindex (2010 = 100)									
Brutto									
Sachanlagen	95,3	96,7	98,1	99,0	100	101,1	102,2	103,2	104,3
Nutztiere und Nutzpflanzen	99,7	98,4	101,2	100,7	100	98,9	98,2	98,3	97,8
Ausrüstungen ¹	94,8	97,0	99,3	99,4	100	100,5	101,0	101,2	101,8
Maschinen und Geräte ¹	96,8	98,3	100,2	100	100	100	100,5	100,7	101,3
Fahrzeuge	88,4	92,8	96,6	97,5	100	102,1	102,7	102,9	103,5
Bauten	95,4	96,6	97,8	98,9	100	101,2	102,5	103,6	104,8
Wohnbauten	94,2	95,7	97,2	98,6	100	101,6	103,3	104,9	106,5
Nichtwohnbauten	97,0	97,8	98,6	99,3	100	100,7	101,3	101,8	102,5
Geistiges Eigentum	92,1	94,2	96,2	98,2	100	102,4	104,5	106,6	108,5
Alle Anlagegüter	95,1	96,5	98,0	98,9	100	101,2	102,3	103,4	104,5
Netto									
Sachanlagen	97,5	98,5	99,4	99,6	100	100,6	101,2	101,6	102,1
Nutztiere und Nutzpflanzen	99,6	98,0	101,5	100,8	100	98,6	98,0	98,2	97,7
Ausrüstungen ¹	93,5	96,9	100,4	99,5	100	100,8	101,1	100,8	102,1
Maschinen und Geräte ¹	95,2	98,0	101,2	100,3	100	100,3	101,1	101,2	103,1
Fahrzeuge	88,5	94,0	98,1	97,4	100	101,9	101,0	99,7	99,3
Bauten	98,2	98,8	99,3	99,6	100	100,6	101,2	101,7	102,1
Wohnbauten	97,2	98,0	98,8	99,4	100	100,9	101,9	102,8	103,3
Nichtwohnbauten	99,7	99,8	100	100	100	100,1	100,3	100,2	100,4
Geistiges Eigentum	92,4	94,5	96,6	98,4	100	102,6	104,8	106,8	108,6
Alle Anlagegüter	97,2	98,3	99,3	99,6	100	100,7	101,4	101,8	102,4

Bestand am Jahresende

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.

12.12 Hauptaggregate der Sektoren 2014

	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	Mrd. EUR					
Produktionswert	5 307,7	3 763,8	234,5	422,0	887,4	-
dar. FISIM ¹	82,8	-	82,8	-	-	-
- Vorleistungen	2 696,4	2 113,0	134,2	135,0	314,2	-
dar. FISIM ¹	55,5	20,0	1,9	2,6	31,0	-
= Bruttowertschöpfung	2 611,3	1 650,8	100,3	287,0	573,2	-
- Abschreibungen	513,0	284,8	9,7	65,6	152,8	-
= Nettowertschöpfung ²	2 098,3	1 366,0	90,6	221,4	420,4	- 186,5
- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 479,7	981,4	68,9	224,1	205,4	12,0
- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,0	9,9	0,8	0,1	8,3	-
+ Empfangene sonstige Subventionen	25,0	23,2	-	0,3	1,5	-
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	624,6	397,9	21,0	- 2,5	208,2	- 198,5
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 482,0	-	-	-	1 482,0	9,7
- Geleistete Subventionen	26,4	-	-	26,4	-	5,3
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	313,8	-	-	313,8	-	4,5
- Geleistete Vermögenseinkommen	749,7	381,8	282,7	50,9	34,3	189,8
+ Empfangene Vermögenseinkommen	824,5	122,8	268,4	23,5	409,8	114,9
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 468,9	138,9	6,7	257,5	2 065,8	- 264,6
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	337,8	60,9	10,1	-	266,7	7,9
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	345,4	-	-	345,4	-	0,4
- Geleistete Nettosozialbeiträge ³	599,4	-	-	-	599,4	3,2
+ Empfangene Nettosozialbeiträge ³	600,2	22,6	94,6	482,2	0,7	2,4
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	510,3	16,1	42,1	451,4	0,7	0,4
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	503,9	-	-	-	503,9	6,8
- Geleistete sonstige laufende Transfers	284,7	24,6	124,6	63,4	72,2	43,9
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	245,2	10,8	124,7	18,8	90,8	83,5
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 431,3	70,7	49,2	589,2	1 722,2	- 227,0
- Konsumausgaben	2 166,6	-	-	562,3	1604,3	-
dar. FISIM ¹	28,6	-	-	2,6	25,9	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 6,0	- 42,3	-	48,3	-
= Sparen	264,7	64,7	6,9	26,9	166,2	- 227,0
- Geleistete Vermögenstransfers	35,4	0,8	2,9	24,6	7,1	3,8
+ Empfangene Vermögenstransfers	33,9	15,1	-	11,5	7,3	5,4
- Bruttoinvestitionen	550,6	301,0	8,8	62,2	178,6	-
+ Abschreibungen	513,0	284,8	9,7	65,6	152,8	-
- Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ..	- 3,4	- 2,9	-	- 1,4	0,9	3,4
= Finanzierungssaldo	228,8	65,7	4,8	18,6	139,7	- 228,8

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

2 Für den Sektor „übrige Welt“ Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt.

3 Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

12.13 Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften

	2011	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			
Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 353,6	1 380,1	1 403,8	1 456,6
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	944,8	984,4	1 011,7	1 050,2
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 13,7	– 10,5	– 11,5	– 12,5
= Betriebsüberschuss	422,5	406,2	403,6	418,9
+ Empfangene Vermögenseinkommen	467,3	447,5	409,8	391,1
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	357,4	331,0	310,6	293,6
= Unternehmensgewinne	532,3	522,8	502,8	516,4
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	374,3	387,1	373,5	363,8
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 0,7	6,0	3,6	7,1
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	158,7	129,6	125,7	145,5
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 264,6	1 290,9	1 314,4	1 366,0
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	880,8	918,9	944,4	981,4
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 14,5	– 11,4	– 12,2	– 13,3
= Betriebsüberschuss	398,3	383,5	382,3	397,9
+ Empfangene Vermögenseinkommen	143,5	137,0	135,2	122,8
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	45,7	41,6	40,3	34,8
= Unternehmensgewinne	496,1	478,9	477,3	485,9
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	359,5	369,2	354,8	340,7
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 0,8	5,2	2,9	6,3
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	137,4	104,5	119,6	138,9
Finanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	89,1	89,2	89,4	90,6
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	64,0	65,5	67,3	68,9
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	0,8	0,9	0,8	0,8
= Betriebsüberschuss	24,2	22,7	21,3	21,0
+ Empfangene Vermögenseinkommen	323,7	310,5	274,6	268,4
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	311,7	289,4	270,4	258,8
= Unternehmensgewinne	36,2	43,9	25,5	30,5
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	14,8	17,8	18,8	23,1
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	0,1	0,9	0,6	0,8
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	21,3	25,2	6,1	6,7

12.14 Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben

	Staat insgesamt			Gebietskörperschaften			Sozialversicherung		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd. EUR								
Marktproduktion	16,2	17,6	17,9	16,2	17,6	17,9	–	–	–
+ Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	381,3	392,5	404,1	351,9	362,4	373,1	29,3	30,1	31,0
= Produktionswert	397,5	410,1	422,0	368,2	380,0	391,0	29,3	30,1	31,0
– Vorleistungen	126,5	131,5	135,0	117,6	122,5	125,9	8,9	9,0	9,1
= Bruttowertschöpfung	271,0	278,6	287,0	250,5	257,5	265,1	20,5	21,1	21,9
– Abschreibungen	61,6	63,7	65,6	60,5	62,6	64,5	1,1	1,1	1,1
= Nettowertschöpfung	209,4	214,9	221,4	190,0	194,9	200,6	19,4	20,0	20,8
– Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	224,1	193,3	197,6	203,3	19,4	20,0	20,7
– Sonstige Nettoproduktionsabgaben ²	– 0,4	– 0,3	– 0,2	– 0,4	– 0,3	– 0,2	–	–	–
= Betriebsüberschuss ³	– 2,9	– 2,4	– 2,5	– 2,9	– 2,4	– 2,5	–	–	–
Sonstige Nichtmarktproduktion	367,9	378,7	389,9	338,7	348,7	359,0	29,3	30,0	30,9
– Verkäufe aus Nichtmarktproduktion	62,5	64,4	67,4	60,7	62,4	65,0	1,8	2,0	2,4
+ Soziale Sachleistungen	215,8	226,9	239,8	30,3	31,8	33,8	185,5	195,1	206,0
= Konsumausgaben des Staates	521,3	541,2	562,3	308,3	318,1	327,8	213,0	223,2	234,5

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen.

3 Aus Marktproduktion.

12.15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen	1 217,8	1 249,4	1 295,0	3,3	2,6	3,6
Verkäufe	92,0	95,8	99,4	2,4	4,1	3,8
Marktproduktion (ohne Gütersteuern)	16,2	17,6	17,9	10,2	8,7	1,3
Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	75,8	78,2	81,6	0,9	3,1	4,4
Sonstige Subventionen	0,4	0,3	0,3	- 16,6	- 27,0	- 12,7
Vermögenseinkommen	21,9	21,3	23,5	- 8,5	- 2,7	10,6
Zinsen	13,9	12,9	11,3	2,7	- 7,1	- 12,3
Sonstiges (Kapitalerträge, Nettopachten u. Ä.)	1,5	1,5	1,5	- 3,1	- 0,3	- 1,2
Ausschüttungen	6,5	6,9	10,8	- 26,6	5,9	56,1
Steuern ²	619,8	637,9	659,2	4,2	2,9	3,3
Produktions- und Importabgaben	300,5	304,5	313,8	1,9	1,4	3,0
Gütersteuern	281,6	286,0	294,8	1,5	1,6	3,1
Sonstige Produktionsabgaben	18,9	18,5	19,0	7,6	- 1,9	2,8
Einkommen- und Vermögensteuern	319,3	333,3	345,4	6,5	4,4	3,6
Nettosozialbeiträge	454,3	465,4	482,2	2,7	2,4	3,6
Tatsächliche Sozialbeiträge	421,4	431,8	448,3	2,9	2,5	3,8
Unterstellte Sozialbeiträge	32,9	33,5	34,0	0,2	1,8	1,4
Sonstige laufende Transfers	18,4	18,4	18,8	3,0	0,4	2,1
Nichtlebensversicherungsleistungen	0,2	0,3	0,3	3,3	2,8	2,0
Laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	1,8	1,6	1,4	29,5	- 14,2	- 8,1
Übrige laufende Transfers	16,3	16,6	17,1	0,7	2,0	3,1
Vermögenstransfers	11,0	10,4	11,5	5,9	- 5,9	10,4
Vermögenswirksame Steuern	4,3	4,6	5,5	1,4	7,6	17,7
Investitionszuschüsse	4,0	3,6	2,6	9,7	- 11,6	- 28,5
Sonstige Vermögenstransfers	2,7	2,2	3,5	7,8	- 18,9	58,7
- Ausgaben	1 215,2	1 245,3	1 276,4	1,0	2,5	2,5
Vorleistungen	126,5	131,5	135,0	3,1	4,0	2,6
Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	224,1	2,1	2,3	3,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	4,6	2,9	- 2,9
Vermögenseinkommen	63,2	56,3	50,9	- 5,9	- 10,8	- 9,6
Subventionen ³	24,4	24,7	26,4	- 13,0	1,4	6,8
Gütersubventionen	6,4	6,4	6,8	- 8,7	1,2	4,7
Sonstige Subventionen	18,0	18,3	19,6	- 14,4	1,5	7,5
Monetäre Sozialleistungen	429,7	439,9	451,4	1,2	2,4	2,6
Soziale Sachleistungen	215,8	226,9	239,8	2,9	5,1	5,7
Sonstige laufende Transfers	54,5	62,0	63,4	5,6	13,8	2,2
Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen	0,2	0,3	0,3	3,3	2,8	2,0
Laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	4,4	5,3	6,3	- 1,6	20,6	18,2
Übrige laufende Transfers	49,8	56,4	56,8	6,3	13,3	0,7
Vermögenstransfers	27,7	24,8	24,6	- 9,7	- 10,4	- 0,8
Investitionszuschüsse	20,0	20,9	21,5	- 9,8	4,4	2,8
Sonstige Vermögenstransfers	7,7	3,9	3,2	- 9,3	- 48,9	- 19,8
Bruttoinvestitionen	62,1	62,8	62,2	1,6	1,0	- 0,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,1	0,1
= Finanzierungssaldo	2,6	4,2	18,6	X	X	X
nachrichtlich:						
Konsumausgaben	521,3	541,2	562,3	3,1	3,8	3,9
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	332,3	347,5	363,8	2,6	4,6	4,7
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	189,0	193,7	198,5	4,0	2,5	2,5

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.

3 Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

12.16 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

	2011	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	203,6	193,1	201,3	208,2
– Saldo der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten	37,1	33,3	27,5	26,8
= Unternehmensgewinne	166,5	159,7	173,8	181,5
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 338,7	1 389,7	1 428,3	1 482,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 087,7	1 131,7	1 165,5	1 210,8
Nettolöhne und -gehälter	288,0	291,8	297,8	304,9
Abzüge der Arbeitnehmer/-innen	190,9	197,1	201,4	209,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	251,0	258,0	262,8	271,2
+ Empfangene Vermögenseinkommen	416,1	425,9	416,5	406,3
Übrige Zinsen, Pachteinkommen	58,3	53,9	48,5	44,2
Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	292,0	306,8	300,0	292,8
Sonstige Kapitalerträge	65,7	65,2	67,9	69,3
– Geleistete übrige Zinsen	5,6	5,5	6,9	4,0
= Primäreinkommen	1 915,7	1 969,9	2 011,7	2 065,8
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	474,5	480,5	492,1	503,9
Geldleistungen der Sozialversicherung	288,0	291,8	297,8	304,9
Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen ...	53,3	54,5	56,1	56,7
Beamtenpensionen. Leistungen der Unterstützungs-				
kassen, Beihilfen und Vorruhestandsgeld	58,4	60,5	62,7	65,6
Monetäre Sozialleistungen der Gebiets-				
körperschaften	74,8	73,8	75,5	76,8
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	81,1	84,0	86,5	91,6
Nichtlebensversicherungsleistungen	53,9	55,5	56,3	57,6
Sozialbeiträge ¹	0,7	0,7	0,7	0,7
Übrige laufende Transfers	26,5	27,8	29,4	33,2
– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	228,3	244,2	256,5	266,7
Einkommensteuer	221,0	236,9	249,2	259,3
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	7,2	7,3	7,3	7,4
– Geleistete Sozialbeiträge	536,8	550,7	562,4	580,8
Tatsächliche Sozialbeiträge	501,1	514,9	526,0	543,9
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-				
innen	215,3	222,2	226,4	234,3
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen	190,9	197,1	201,4	209,2
Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nicht-				
erwerbstätigen, Beiträge für Empfänger sozialer				
Leistungen einschließlich deren Eigenbeiträge ...	94,9	95,5	98,2	100,4
Unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen ...	35,7	35,8	36,4	36,9
– Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienst-				
leistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme	16,4	17,0	18,0	18,6
– Geleistete monetäre Sozialleistungen	0,7	0,7	0,7	0,7
– Geleistete sonstige laufende Transfers	68,9	69,9	71,3	72,2
Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen	54,3	55,7	57,0	57,9
Übrige laufende Transfers	14,7	14,2	14,3	14,3
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 620,1	1 651,9	1 681,3	1 722,2
– Private Konsumausgaben	1 506,8	1 539,5	1 571,5	1 604,3
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	45,9	47,1	47,2	48,3
= Sparen	159,2	159,5	157,0	166,2
nachrichtlich:				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 620,1	1 651,9	1 681,3	1 722,2
+ Soziale Sachleistungen	324,0	332,3	347,5	363,8
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	1 944,1	1 984,2	2 028,8	2 086,0
– Individualkonsum	1 830,8	1 871,7	1 919,0	1 968,1
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	45,9	47,1	47,2	48,3
= Sparen	159,2	159,5	157,0	166,2

Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

1 Unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfen, Unterstützungen u. Ä., welche private Organisationen ohne Erwerbszweck von privaten Haushalten empfangen.

12.17 Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen aus der übrigen Welt . . .	1 541,7	1 550,8	1 600,4	3,4	0,6	3,2
Exporte	1 262,9	1 280,1	1 325,0	4,4	1,4	3,5
Waren	1 073,9	1 081,4	1 120,3	4,3	0,7	3,6
Dienstleistungen	188,9	198,7	204,7	5,3	5,2	3,0
dar. FISIM ¹	7,7	7,6	6,6	-2,0	-0,7	-13,6
Primäreinkommen	213,7	206,0	207,1	-2,5	-3,6	0,6
Arbeitnehmerentgelt	11,2	11,5	12,0	5,2	3,1	4,2
Vermögenseinkommen	197,0	189,0	189,8	-2,9	-4,1	0,4
Subventionen	5,6	5,5	5,3	-1,8	-1,9	-2,3
Laufende Transfers	51,5	52,6	55,5	2,4	2,1	5,6
Vermögenstransfers	13,6	12,2	12,8	10,5	-10,4	4,7
Ausgaben an die übrige Welt	1 342,1	1 354,7	1 371,6	1,2	0,9	1,2
Importe	1 101,1	1 116,9	1 138,5	2,1	1,4	1,9
Waren	877,0	872,5	891,4	1,2	-0,5	2,2
Dienstleistungen	224,2	244,3	247,1	5,7	9,0	1,2
dar. FISIM ¹	4,4	4,2	4,1	7,4	-3,4	-3,5
Primäreinkommen	141,4	133,6	129,1	-5,5	-5,6	-3,4
Arbeitnehmerentgelt	9,1	9,4	9,7	5,9	3,4	3,0
Vermögenseinkommen	127,8	119,8	114,9	-6,3	-6,2	-4,1
Produktions- und Import- abgaben	4,5	4,3	4,5	-1,9	-4,7	3,6
Laufende Transfers	87,0	94,1	93,0	4,3	8,1	-1,1
Vermögenstransfers	12,5	10,1	11,0	X	X	X
Finanzierungssaldo	199,6	196,1	228,8	X	X	X
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	161,7	163,3	186,5	X	X	X
Waren	197,0	208,9	228,9	X	X	X
Dienstleistungen	-35,2	-45,6	-42,4	X	X	X
Primäreinkommen	72,3	72,4	78,0	X	X	X
Laufende Transfers	-35,6	-41,6	-37,5	X	X	X
Vermögenstransfers	1,1	2,1	1,8	X	X	X

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

12.18 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Inländische Produktion und Importe 2011

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern					
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹⁾	private Konsumausgaben im Inland	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR									
Alle Gütergruppen	5 107,2	1 019,6	6 126,8	2 635,7	1 304,1	499,5	501,9	1 185,5	6 126,8
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ...	49,9	29,1	79,0	50,2	19,3	0,0	0,3	9,2	79,0
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	12,0	100,3	112,3	100,7	1,9	0,1	0,1	9,4	112,3
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	166,1	49,0	215,2	60,6	105,3	0,4	0,0	48,8	215,2
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	22,8	47,1	69,9	12,8	29,8	0,0	0,2	27,2	69,9
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	82,7	22,7	105,4	65,0	9,7	0,0	3,9	26,7	105,4
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	68,5	43,0	111,6	61,6	31,2	0,1	0,0	18,7	111,6
Chemische Erzeugnisse	125,8	74,8	200,6	92,4	10,6	0,1	0,0	97,5	200,6
Pharmazeutische Erzeugnisse	31,0	32,5	63,5	- 1,0	10,7	17,2	0,0	36,6	63,5
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	111,7	36,4	148,1	85,0	9,5	0,0	4,5	49,1	148,1
Metalle und Metallerzeugnisse	232,5	87,6	320,1	206,4	5,0	0,0	18,9	89,8	320,1
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	66,1	94,2	160,3	41,0	16,9	0,4	21,8	80,2	160,3
Elektrische Ausrüstungen	95,1	43,6	138,7	54,8	9,0	0,0	13,2	61,7	138,7
Maschinen	216,5	71,8	288,3	78,9	1,3	0,0	51,3	156,8	288,3
Fahrzeuge	322,7	105,3	428,0	103,3	60,5	0,1	48,8	215,3	428,0
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	93,6	32,5	126,0	45,0	25,5	0,6	25,4	29,7	126,0
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ...	114,3	3,0	117,3	75,8	37,7	0,2	0,0	3,5	117,3
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	55,4	9,7	65,0	33,9	19,3	0,6	0,0	11,2	65,0
Bauarbeiten	264,6	0,2	264,8	89,9	5,2	0,0	169,1	0,6	264,8
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	853,8	43,4	897,2	451,6	306,6	11,2	20,4	107,3	897,2
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ...	236,3	25,1	261,5	151,2	55,9	0,0	27,5	26,8	261,5
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	1 060,0	64,5	1 124,5	616,5	340,5	5,0	88,6	73,8	1 124,5
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	825,9	3,8	829,7	159,9	192,8	463,4	7,9	5,6	829,7
%									
Alle Gütergruppen	83,4	16,6	100	43,0	21,3	8,2	8,2	19,4	100
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ...	63,1	36,9	100	63,6	24,4	0,0	0,4	11,7	100
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	10,7	89,3	100	89,7	1,7	0,1	0,1	8,4	100
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	77,2	22,8	100	28,2	48,9	0,2	0,0	22,7	100
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	32,6	67,4	100	18,4	42,6	0,0	0,2	38,9	100
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	78,5	21,5	100	61,7	9,2	0,0	3,7	25,4	100
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	61,4	38,6	100	55,2	28,0	0,1	0,0	16,7	100
Chemische Erzeugnisse	62,7	37,3	100	46,1	5,3	0,0	0,0	48,6	100
Pharmazeutische Erzeugnisse	48,8	51,2	100	- 1,6	16,8	27,1	0,0	57,7	100
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	75,4	24,6	100	57,4	6,4	0,0	3,0	33,1	100
Metalle und Metallerzeugnisse	72,6	27,4	100	64,5	1,6	0,0	5,9	28,1	100
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	41,2	58,8	100	25,6	10,5	0,2	13,6	50,0	100
Elektrische Ausrüstungen	68,6	31,4	100	39,5	6,5	0,0	9,5	44,5	100
Maschinen	75,1	24,9	100	27,4	0,5	0,0	17,8	54,4	100
Fahrzeuge	75,4	24,6	100	24,1	14,1	0,0	11,4	50,3	100
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	74,2	25,8	100	35,7	20,3	0,4	20,1	23,5	100
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ...	97,5	2,5	100	64,6	32,2	0,2	0,0	3,0	100
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	85,1	14,9	100	52,2	29,7	1,0	0,0	17,2	100
Bauarbeiten	99,9	0,1	100	33,9	2,0	0,0	63,9	0,2	100
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	95,2	4,8	100	50,3	34,2	1,2	2,3	12,0	100
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ...	90,4	9,6	100	57,8	21,4	0,0	10,5	10,3	100
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	94,3	5,7	100	54,8	30,3	0,4	7,9	6,6	100
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	99,5	0,5	100	19,3	23,2	55,9	1,0	0,7	100

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), Ausgabe 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

12.19 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2011

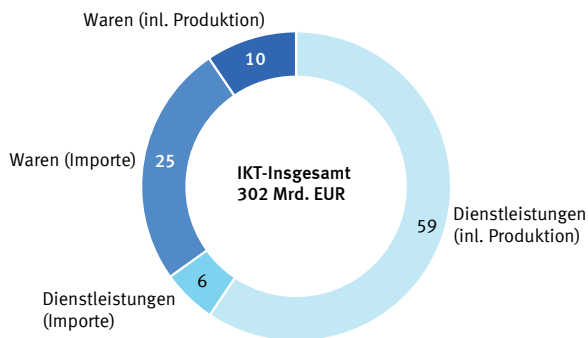
	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern				
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	Konsumausgaben im Inland	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR								
Volkswirtschaft insgesamt	5 107,2	1 019,6	6 126,8	2 635,7	1 803,7	501,9	1 185,5	6 126,8
1.–7. IKT-Gütergruppen insgesamt	208,6	93,8	302,5	152,4	43,5	40,5	66,1	302,5
1.–4. IKT-Waren	28,8	76,7	105,5	30,9	12,1	15,2	47,3	105,5
1. Computer und Zubehör	4,6	21,7	26,3	3,3	2,3	8,6	12,1	26,3
2. Telekommunikationsgeräte und -einrichtungen	4,8	13,9	18,8	3,4	1,9	4,1	9,4	18,8
3. Unterhaltungselektronik	3,0	10,9	13,9	0,2	7,1	1,5	5,0	13,9
4. Sonstige Informations- und Kommunikationstechnik	16,4	30,2	46,6	24,0	0,7	1,1	20,8	46,6
5.–7. IKT-Dienstleistungen	179,8	17,1	197,0	121,5	31,4	25,3	18,8	197,0
5. Software	87,1	12,0	99,2	62,1	2,3	20,2	14,5	99,2
6. Telekommunikationsdienstleistungen	69,2	4,1	73,3	42,5	27,7	0,0	3,0	73,3
7. Sonstige IKT-Dienstleistungen	23,6	1,0	24,6	16,9	1,4	5,1	1,2	24,6
%								
Anteil der IKT-Gütergruppen zur Volkswirtschaft insgesamt	4,1	9,2	4,9	5,8	2,4	8,1	5,6	4,9

Zusammengefasste IKT-Gütergruppen auf Basis der detaillierten IKT-Güterliste der OECD 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

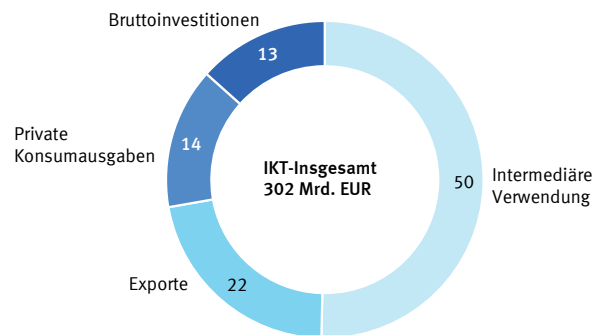
Aufkommensstruktur der IKT 2011

in %



Verwendungsstruktur der IKT 2011

in %



2015 - 01 - 0190

12.20 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte

	Einheit	2008	2009	2010
Exporte	Mrd. EUR	1 191,2	1 008,1	1 188,6
Exportinduzierte Importe	Mrd. EUR	485,5	408,6	515,9
	in % der Exporte	40,8	40,5	43,4
Exportinduziertes BIP	Mrd. EUR	705,7	599,5	672,7
	in % des BIP	28,5	25,2	27,0
Exportabhängige Erwerbstätige	Mill.	10,3	9,7	9,9
	Anteil ¹ in %	25,5	24,1	24,5
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. EUR	2 473,8	2 374,2	2 495,0
Erwerbstätige	Mill.	40,3	40,4	40,6

Berechnungsstand: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vor der Generalrevision 2014.

1 Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt.

Die **exportinduzierten Importe** sind Waren ausländischen Ursprungs, zur Lohnveredelung importierte Waren sowie bei der inländischen Produktion für den Export eingesetzte importierte Vorleistungen (Waren und Dienstleistungen).

Das **exportinduzierte Bruttoinlandsprodukt** umfasst das Bruttoinlandsprodukt, das bei der inländischen Produktion von Exportgütern direkt oder bei der Produktion von Vorleistungsgütern für die Exportgüterproduktion im Inland entstanden ist.

Die **exportabhängigen Erwerbstätigen** umfassen neben den Erwerbstätigen die direkt in der Exportgüterproduktion arbeiten, auch die Erwerbstätigen, die Vorleistungsgüter für die Exportgüterproduktion im Inland produzieren.

Der **Importanteil** ist der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Gütern für die letzte Verwendung (Konsum, Investitionen und Exporte).

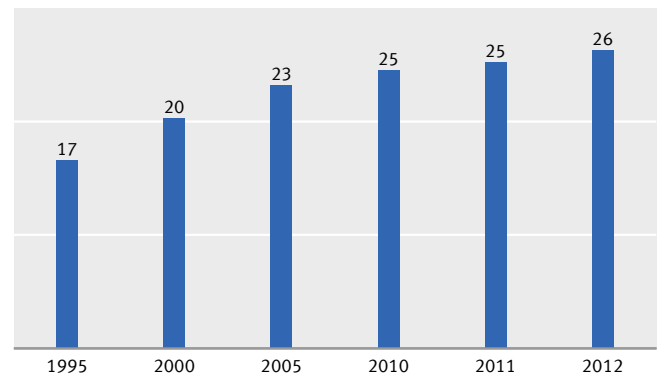
12.21 Bruttoinlandsprodukt nach Ländern 2014

	In jeweiligen Preisen	
	Wert	Anteil an Deutschland
	Mrd. EUR	%
Deutschland	2 903,8	100
Baden-Württemberg	438,3	15,1
Bayern	521,9	18,0
Berlin	117,3	4,0
Brandenburg	61,9	2,1
Bremen	30,2	1,0
Hamburg	103,1	3,6
Hessen	250,5	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	38,5	1,3
Niedersachsen	253,6	8,7
Nordrhein-Westfalen	624,7	21,5
Rheinland-Pfalz	127,6	4,4
Saarland	33,5	1,2
Sachsen	108,7	3,7
Sachsen-Anhalt	55,6	1,9
Schleswig-Holstein	84,0	2,9
Thüringen	54,3	1,9
nachrichtlich:		
Früheres Bundesgebiet		
ohne Berlin	2 467,5	85,0
einschl. Berlin	2 584,8	89,0
Neue Länder		
ohne Berlin	319,0	11,0
einschl. Berlin	436,2	15,0

Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015.

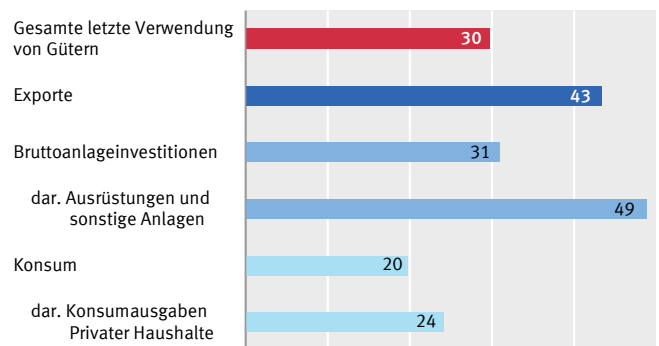
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Exportabhängigkeitsquote der Erwerbstätigen in %



Exportabhängige Erwerbstätige in % aller Erwerbstätigen im Inland.
Berechnungsstand: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vor der Generalrevision 2014.

Importanteil der letzten Verwendung von Gütern 2010 in %



Einbezogen sind direkt für die letzte Verwendung importierte Güter und bei der inländischen Produktion eingesetzte importierte Vorleistungen.
Berechnungsstand: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vor der Generalrevision 2014.

2015 - 01 - 0191

Methodik

■ Zweck und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland zu geben. Dabei werden alle Wirtschaftseinheiten (Personen, Institutionen) mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren) einbezogen. Die Wirtschaftseinheiten und ihre Tätigkeiten werden zu großen Gruppen (Wirtschaftsbereiche, Sektoren) zusammengefasst.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen. Die Ergebnisse werden in der gesamten EU in gleicher Weise berechnet, basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). So ist sichergestellt, dass europaweit vergleichbare harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen. Innerhalb der EU dienen die Angaben zum Bruttonationaleinkommen (BNE) beispielsweise zur Berechnung der Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die EU.

Zur Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftseinheiten gerechnet, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Wirtschaftsgebiet haben (Inlandskonzept). Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft sein (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland). Die Region außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebiets wird nicht als Ausland bezeichnet, sondern als „übrige Welt“. Die Staatsangehörigkeit ist im Allgemeinen für die Abgrenzung ohne Bedeutung. Ebenso ist es unerheblich, welche Rechtsform die Wirtschaftseinheiten haben.

Die deutschen VGR bestehen aus der Inlandsproduktsberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Vermögensrechnung, der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitsvolumenrechnung und der Finanzierungsrechnung.

Die **Inlandsproduktsberechnung** ist vor allem auf die zahlenmäßige Darstellung von Marktvorgängen ausgerichtet. Berechnet und veröffentlicht werden vierteljährliche und jährliche Angaben zur Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BIP) in jeweiligen Preisen sowie preisbereinigt. Ebenfalls werden Ergebnisse für die Produktionsfaktoren nachgewiesen, z. B. Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbsspersonen (**Erwerbstätigenrechnung**) und zum Anlagevermögen bzw. Kapitalstock (**Vermögensrechnung**). Die ermittelten Größen – allen voran das BIP – sind wichtige Daten für die laufende Wirtschaftsbeobachtung sowie für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Die Tabellen der **Input-Output-Rechnung (IOR)** geben einen detaillierten und tief gegliederten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Modell- und Simulationsrechnungen sowie Prognosen. Die Input-Output-Rechnung ist ein integraler Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dies bedeutet, dass ihre Eckdaten vollständig mit den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung abgestimmt sind. Als Darstellungseinheiten werden in den Input-Output-Tabellen nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzte „homogene Produktionseinheiten“ verwendet. Sie werden zu Produktionsbereichen zusammengefasst, die jeweils ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

■ Berechnungsmethode

Für die Berechnung der Ergebnisse der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Revisionszeitpunkt vorliegen. Zusätzlich werden weitere Datenquellen

ausgewertet wie administrative Daten (z. B. Finanz- und Steuerstatistiken, Daten der Bundesagentur für Arbeit), Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen (z. B. Lufthansa, Telekom, Kreditinstitute), Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus) sowie Informationen von Verbänden. Hinzu kommen Expertenschätzungen und Fortschreibungen von Zeitreihen.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird durch zwei Ansätze berechnet: den Entstehungs- und den Verwendungsansatz. Zwischen den beiden daraus resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis des BIP und seiner Aggregate führt.

Auf der **Entstehungsseite** (Produktionsansatz) wird die wirtschaftliche Leistung aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt, basierend auf allen zum Zeitpunkt der Berechnung verfügbaren Produktionsstatistiken (z. B. Kostenstrukturerhebung, Monaterhebung im Einzelhandel). Ausgehend von den Produktionswerten der Wirtschaftseinheiten wird durch Abzug der Vorleistungen (intermediärer Verbrauch) die Bruttowertschöpfung errechnet, die die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche misst und die zentrale Kennzahl der Entstehungsrechnung ist. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann das BIP, indem – als Bewertungskorrektur beim Übergang von Herstellungspreisen zu Marktpreisen – die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Auf der **Verwendungsseite** (Ausgabenansatz) wird die wirtschaftliche Leistung mit Hilfe der Verwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen ermittelt: Sie können im Inland konsumiert oder investiert oder ins Ausland exportiert werden. Zu bestimmen sind daher private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe), aus deren Summe sich das BIP des Verwendungsansatzes ergibt. In die verwendungsseitige Rechnung werden insbesondere Daten des Einzelhandels, der Investitionserhebung und der Außenhandelsstatistik mit einbezogen.

Die wirtschaftliche Leistung kann im Wirtschaftskreislauf als dritte Möglichkeit mit Hilfe der **Verteilungsrechnung** ermittelt werden, d. h. anhand der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. In Deutschland ist allerdings bis jetzt eine eigenständige Berechnung über die Verteilungsseite nicht möglich, da keine ausreichenden Basisdaten über die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorliegen.

Die **Preisbereinigung** erfolgt in den deutschen VGR seit der großen Revision 2005 entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Anders als bei der früheren Festpreisbasis wird dabei nicht für die gesamte Zeitreihe ein festes Jahr verwendet, sondern jeweils das Vorjahr als Basisjahr (also z. B. die jahresdurchschnittlichen Preise von 2010 für Ergebnisse von 2011). Dadurch werden bei der Vorjahrespreismethode immer aktuelle Preisrelationen berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten genauer macht (insbesondere das Wachstum des BIP). Durch Verkettung („Chain-linking“) werden für jedes Merkmal vergleichbare Zeitreihen gebildet.

■ Struktur der Darstellung

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Form eines geschlossenen **Kontensystems** mit doppelter Verbuchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Sie werden in einer Reihe von **Tabellen** dargestellt, die das Kontensystem ergänzen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teils tiefer untergliedert, teils nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst, teils in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. preisbereinigte Angaben, Angaben je Einwohnerin und Einwohner).

Als kleinste **Darstellungseinheit** dienen Institutionen, die entweder selbst bilanzieren oder bei denen es aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht möglich

Methodik

wäre, eine vollständige Rechnungsführung zu erstellen. Die Zusammenfassung der kleinsten Darstellungseinheiten zu Gruppen richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. In den VGR werden die folgenden **Sektoren** unterschieden:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Kapital- und Personengesellschaften wie AGs, GmbHs, OHGs und KGs; rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Krankenhäuser und Pflegeheime),
- Finanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Banken, Versicherungen),
- Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung),
- Private Haushalte (als Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch als Produzentinnen und Produzenten, z. B. selbstständige Landwirtinnen und Landwirte oder Versicherungsvertreterinnen und Versicherungsvertreter, Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, Händlerinnen und Händler, Gastwirtinnen und Gastwirte, „Freiberuflerinnen und Freiberufler“),
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine).

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben, wird als „übrige Welt“ bezeichnet (siehe auch Abschnitt „Zweck und Abgrenzung der VGR“).

■ Aktualität und Genauigkeit

Das **Jahresergebnis** des Bruttoinlandsprodukts und seiner wichtigsten Komponenten wird in Deutschland bereits sehr früh veröffentlicht, nämlich ca. 15 Tage nach Ende der Berichtsperiode, also Mitte Januar, in einer Pressekonferenz. Alle Veröffentlichungstermine der deutschen VGR werden etwa ein Jahr im Voraus festgelegt und publiziert.

Die aktuellen Ergebnisse der VGR werden zu jedem dieser Veröffentlichungstermine überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Diese **Revisionen** finden in der laufenden Rechnung kontinuierlich statt, um aktuelle Informationen in das Zahlenwerk einzubeziehen, die von den bisherigen Datengrundlagen signifikant abweichen. Jeweils im August geschieht dies für die zurückliegenden vier Jahre. Darüber hinaus findet alle fünf bis zehn Jahre eine sogenannte umfassende Revision statt, bei der neue Methoden, neue Basisstatistiken etc. in die VGR eingearbeitet werden. Bei diesen sogenannten großen Revisionen werden die gesamten Zeitreihen – aktuell bis 1991 zurück – überarbeitet und bei Bedarf revidiert. Die Ergebnisse der letzten umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden im September 2014 veröffentlicht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abschreibungen | Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Das Risiko für Verluste durch versicherbare Schadensfälle ist dabei mit eingeschlossen. Abschreibungen werden sowohl auf Sachanlagen als auch auf immaterielles Anlagevermögen berechnet, wie Suchbohrungen oder Computerprogramme, jedoch nicht auf Tiere. Abschreibungen auf Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden sind in den Abschreibungen auf Bauten enthalten. Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu Wiederbeschaffungspreisen (jeweiligen Preisen) bewertet. Sie ermöglichen den Übergang vom Brutto- zum Nettokonzep bei Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Betriebsüberschuss.

Anlagevermögen | Alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter: Ausrüstungen, Wohnbauten, Nichtwohnbauten und Sonstige Anlagen. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Kumulationsmethode, ausgehend von den Bruttoanlageinvestitionen und Angaben über die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegütergruppen. Bei der Anwendung des Bruttokonzep (Bruttoanlagevermögen) werden die Anlagen mit ihrem Neuwert – ohne Berücksichtigung der Wertminderung – dargestellt, während beim Nettokonzep (Nettoanlagevermögen) die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und eine Vergütung erhalten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Sozialdienstleistende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontäre). Auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie geringfügig Beschäftigte zählen dazu.

Arbeitnehmerentgelt | Von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern geleistete Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dazu gehören neben den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an private Sozialschutzsysteme auch unterstellte Sozialbeiträge, die den Gegenwert der sozialen Leistungen darstellen, die direkt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden.

Arbeitseinkommensquote | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person.

Arbeitsproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde. Diese Definition für Arbeitsproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird – ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Außenbeitrag | Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Er wird auch als Exportüberschuss bezeichnet, da Deutschland traditionell mehr exportiert als importiert, der Saldo folglich in der Regel positiv ist.

Betriebsüberschuss | Selbstständigeneinkommen, das sich nach Abzug des Arbeitnehmerentgelts von der Nettowertschöpfung ergibt. Dabei sind ein kalkulatorischer Unternehmerlohn sowie das Entgelt für das eingesetzte eigene und fremde Sach- und Geldkapital der jeweiligen Wirtschaftseinheit eingeschlossen.

Bruttoanlageinvestitionen | Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land, wobei sich letztere in der Volkswirtschaft weitgehend saldieren. Als Anlagen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Ausgenommen sind zum einen nur militärisch nutzbare Anlagen

und Güter, die in die Konsumausgaben des Staates eingehen, zum anderen geringwertige Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden (z. B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen, sind dagegen Bestandteile der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden untergliedert in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) und sonstige Anlagen (größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten).

Bruttoinlandsprodukt | Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer Periode. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum und ist damit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei der Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts wird zwischen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung unterschieden.

Bruttolöhne und -gehälter | Alle Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus ihrem Arbeits- oder Dienstverhältnis zufließen. Dazu gehören auch die Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bruttonationaleinkommen | Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich der Primäreinkommen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Zu den Primäreinkommen zählen neben den Arbeitseinkommen von Pendlerinnen und Pendlern vor allem Zinsen und andere grenzüberschreitende Vermögens-einkommen sowie Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen an die bzw. von der EU. Es handelt sich in erster Linie um einen Einkommensindikator.

Bruttowertschöpfung | Produktionswert abzüglich Vorleistungen für einzelne Wirtschaftsbereiche; umfasst also nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, da die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte abgezogen werden. Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, d. h. ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Defizitquote | Negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Entstehungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her berechnet und dargestellt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich dabei als Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Erwerbslose | Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aber für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einer Arbeit suchen (Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).

Erwerbslosenquote | Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Erwerbslose und Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.

Erwerbsquote | Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Erwerbstätige | Alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

Exporte | Alle Verkäufe von Waren und Dienstleistungen an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Finanzierungssaldo des Staates | Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, so ist der Finanzierungssaldo negativ und man spricht von einem Staatsdefizit. Bei einem positiven Finanzierungssaldo spricht man dagegen von einem Staatsüberschuss.

FISIM | Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Dies umfasst die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen.

Güterbilanz | In der Input-Output-Tabelle nachgewiesene Güterströme, gegliedert nach zusammengefassten Gütergruppen. Die Güterbilanz zeigt das Aufkommen von Waren und Dienstleistungen aus inländischer Produktion und aus Importen sowie die Verwendung der Waren und Dienstleistungen nach Verwendungskategorien. Für jede Gütergruppe entspricht das gesamte Güteraufkommen der gesamten Güterverwendung.

Gütersteuern | Alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Dazu zählen Mehrwertsteuer, Importabgaben (Zölle und Importsteuern), sonstige Gütersteuern (z. B. Verbrauchsteuern, Vergnügungssteuern, Versicherungsteuer).

Gütersubventionen | Alle Subventionen, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Dazu gehören Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen.

Herstellungspreis | Betrag, den Produzenten je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen von Käufern erhalten – ohne die zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer) und zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Handelsspannen werden als Dienstleistungen des Handels nachgewiesen.

Importe | Alle Käufe von Waren und Dienstleistungen bei Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben inländischer Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt. Die eingeführten Waren werden in der Güterbilanz zudem zum Grenzwert (cif – cost, insurance, freight) dargestellt.

Input-Output-Tabelle | Zeigt, wie sich die inländische Produktion und die Importe nach Gütergruppen zusammensetzen und wie diese Güter verwendet werden. Dabei wird zwischen der intermediären Verwendung der einzelnen Produktionsbereiche (Verbrauch von Vorleistungsgütern) und der letzten Verwendung (Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen, Exporte) unterschieden. Außerdem beschreibt sie, welche intermediären Inputs (Vorleistungen) und Primärinputs (Wertschöpfungskomponenten) bei der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden.

Intermediäre Verwendung | Verbrauch von Vorleistungen.

Kapitalintensität | Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, berechnet als Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

Kapitalproduktivität | Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

Kettenindex | Zeitliche Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes, die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema

haben. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zurzeit 2005 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem Preisbasisjahr bei der früheren Festpreisrechnung.

Konsumausgaben der privaten Haushalte | Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, z. B. der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck | Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, d. h. Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter abzüglich selbsterstellter Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben des Staates | Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben im Inland | In der Güterbilanz nachgewiesene Konsumausgaben, bei denen – anders als in der Inlandsproduktsberechnung – auch die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland einbezogen und die Konsumausgaben der inländischen Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt ausgeschlossen werden.

Laufende Transfers | Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen sowie sonstige laufende Transfers.

Lohnquote (bereinigt) | Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person) multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr.

Lohnquote (unbereinigt) | Arbeitnehmerentgelt in Prozent des Volkseinkommens.

Lohnstückkosten | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Personenkonzept) bzw. je Erwerbstätigenstunde (Stundenkonzept).

Nettogütersteuern | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Nettoinlandsprodukt | Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen.

Nettonationaleinkommen | Zu Marktpreisen: Bruttonationaleinkommen abzüglich Abschreibungen. Zu Faktorkosten: Abzüglich des Saldos aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen; wird als Volkseinkommen bezeichnet.

Nettowertschöpfung | Bruttowertschöpfung abzüglich Abschreibungen.

Nettozugang an Wertsachen | Käufe abzüglich Verkäufe von Goldbarren und nichtumlauffähigen Goldmünzen sowie Schmuck, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten zum Zweck der Werterhaltung. Wird nur zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen veröffentlicht.

Nichterwerbspersonen | Bevölkerungsgruppe, die weder als Erwerbstätige noch als arbeitsuchende Erwerbslose aktiv am Erwerbsleben beteiligt ist und damit nicht zu den Erwerbspersonen zählt.

Pendlersaldo | Übergangspolition vom Inländerkonzept (Wohnortprinzip) zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip), bei der zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Pendlerinnen und Pendler hinzugezählt („einpendeln“) beziehungsweise davon abgezogen werden („auspendeln“).

Private Konsumausgaben | Summe aus Konsumausgaben der privaten Haushalte und Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktions- und Importabgaben | Indirekte Steuern, die sich aus den Gütersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern) und sonstigen Produktionsabgaben (z. B. Grundsteuer) zusammensetzen.

Produktionswert | Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten getätigten Verkäufe von Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, ohne Gütersteuern, aber zuzüglich der produzierten und noch nicht verkauften Waren sowie bei Unternehmen auch zuzüglich der selbst erstellten Anlagen. Der Produktionswert der sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden stattdessen durch Addition der Aufwandsposten (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Abschreibungen) dieser Institutionen ermittelt.

Sachanlagen | Materielle Anlagegüter (im Gegensatz zu den immateriellen Anlagegütern). Dazu zählen Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Ausrüstungen und Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sektoren in den VGR | Gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, übrige Welt.

Sonstige Anlagen | Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter (Computersoftware, Urheberrechte, Ausgaben für Suchbohrungen) sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Sparquote | Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Staat | Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatsquote | Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Subventionen | Laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Übrige Welt | Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Ausgangspunkt für die Ermittlung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist der im Rahmen der Entstehungsrechnung als Saldo ermittelte Nettobetriebsüberschuss einschl. des Selbstständigeneinkommens aller Wirtschaftseinheiten. Durch Addition des Saldos der aus dem Ausland empfangenen Vermögenseinkommen abzüglich der an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen erhält man die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Sie bilden zusammen mit dem Arbeitnehmerentgelt das Volkseinkommen.

Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft | Volkseinkommen erhöht um die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen sowie um die empfangenen laufenden Transfers aus der übrigen Welt und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers an die übrige Welt.

Verteilungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung anhand der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen berechnet und dargestellt wird. Allerdings ist in Deutschland bisher keine eigenständige, komplette Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf diesem Wege möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur lückenhafte statistische Basisdaten vorliegen, sodass diese Größen als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet werden.

Verwendungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Ausgabenseite her berechnet und dargestellt wird. Sie zeigt, wie die Güter aus der Inlandsproduktion und den Importen verwendet werden, wobei der Vorleistungsverbrauch bereits abgezogen ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird dabei ermittelt aus den privaten Konsumausgaben, den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen sowie dem Außenbeitrag.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten) | Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländischen Haushalten letztlich zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Das Volkseinkommen ist eine häufig genutzte Größe der Verteilungsrechnung.

Vorleistungen | Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen), die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen (in- und ausländischen) Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt haben. Die Vorleistungen umfassen neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, Transportkosten, Post- und Telekommunikationsgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. Die Vorleistungen schließen nicht die eingesetzte Handelsware ein.

Vorratsveränderungen | Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet und anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet werden. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die durch reine Preisverschiebungen der Buchwerte während der Lagerzeit entstehen. Zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen wird der Nettozugang an Wertsachen veröffentlicht.

Wachstumsbeitrag | Rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

Wirtschaftswachstum | Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 81

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Inlandsproduktsberechnung

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.1	Inlandsproduktsberechnung – Erste Jahresergebnisse
Reihe 1.2	Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse
Reihe 1.3	Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1
Reihe 1.4	Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
Reihe 1.5	Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/14	Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014
Heft 12/14	Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Heft 1/15	Bruttoinlandsprodukt 2014
Heft 2/15	Illegale Aktivitäten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

■ Güterbilanz

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 2	Input-Output-Rechnung
---------	-----------------------



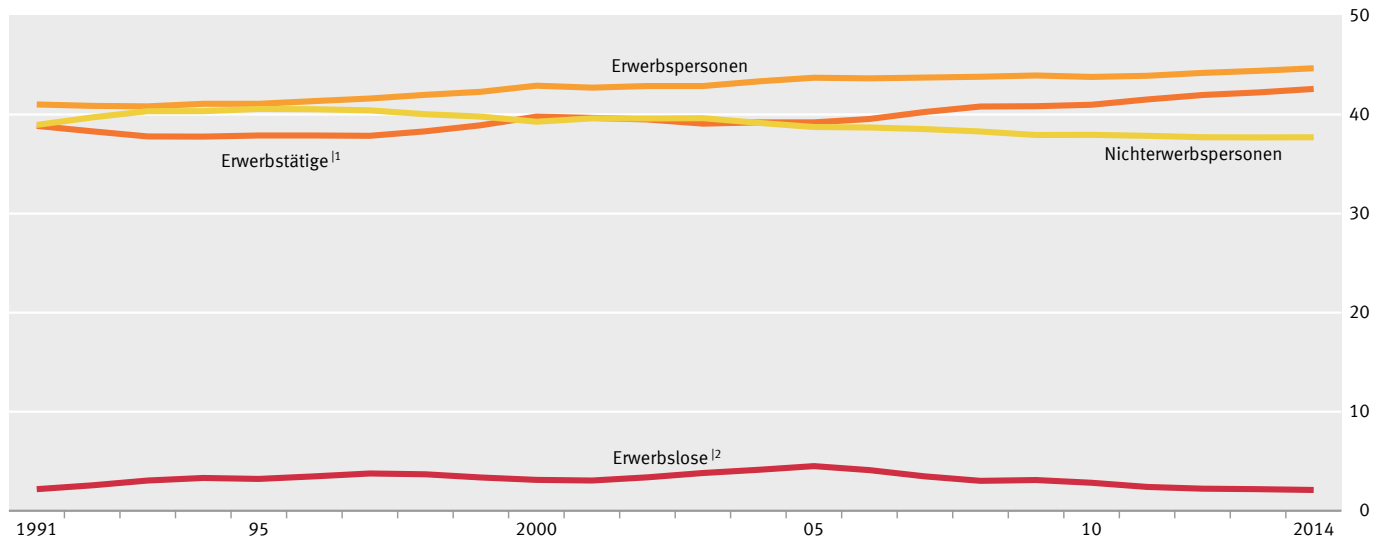
13 Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen seit 1991 um **10 %** auf **42,6 Millionen** angestiegen | **Erwerbslosenquote** in den letzten 10 Jahren mehr als halbiert (2014: **5 %**) | Weniger als **1 %** der Arbeitnehmer/-innen arbeiten in der **Land-, Forstwirtschaft und Fischerei** | **61 %** der **erwerbstätigen Frauen** haben ein **Normalarbeitsverhältnis**, **75 %** der Männer | Erwerbstätigenquote **älterer Personen** (55 bis 64 Jahre) steigt auf **65 %** | **Selbstständigigenquote** mit 10,5 % leicht rückläufig | **Öffentlicher Dienst** 2014: Bislang stärkster Personalzuwachs an kommunalen **Kitas** mit 6,4 %

Seite	
345	Auf einen Blick
	Tabellen
346	Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung Entwicklung im Zeitverlauf Nach Ländern Überwiegender Lebensunterhalt
349	Erwerbstätige und Erwerbslose Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Ländern Nach Alter Geleistete Arbeitsstunden Nach Erwerbsform Atypisch Beschäftigte Erwerbstätigenquote Erwerbslosenquote
356	Generation 55 Plus Ältere Erwerbstätige nach Stellung im Beruf Erwerbstätigenquote
357	Personal des öffentlichen Dienstes Nach Arbeitgebern Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte Nach Besoldungs- und Entgeltgruppen Nach Aufgabenbereichen
359	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach ausgewählten Personengruppen Nach Berufshaupt- gruppen und ausgewählten Berufsgruppen
362	Arbeitslose Nach ausgewählten Personengruppen Ländern Arbeitslosenquote Gemeldete Arbeitsstellen
364	Methodik
368	Glossar
370	Mehr zum Thema

Erwerbsbeteiligung

in Mill.

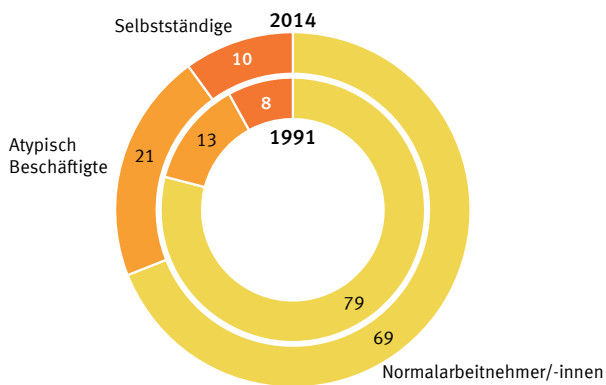


Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

- 1 Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).
- 2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung.

Erwerbstätige nach Erwerbsform

in %

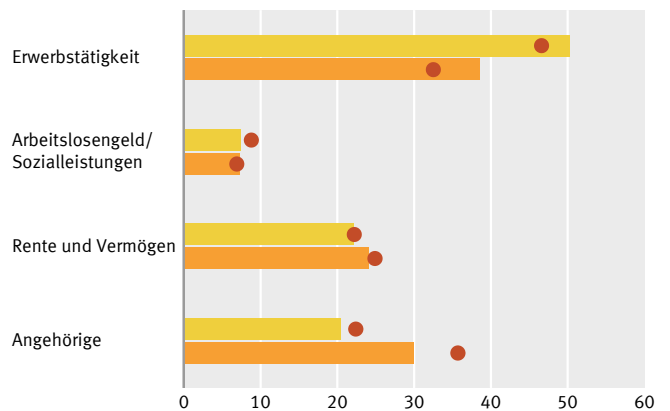


Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige.

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2014

in %

■ Männer ■ Frauen ● 2004



Ergebnisse des Mikrozensus.

2015 - 01 - 0192

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

13.1.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

	Bevölkerung ¹	Erwerbs- personen ² ³	Davon			
			Erwerbslose ³	Erwerbstätige ¹ ²		
				zusammen	davon	
				Arbeitnehmer/ innen ¹ ²	Selbstständige ¹ ² ⁴	
	1 000					%
Früheres Bundesgebiet						
1970	60 651	26 798	103	26 695	83,7	16,3
1971	61 302	26 943	132	26 811	84,7	15,3
1972	61 672	27 131	177	26 954	85,3	14,7
1973	61 976	27 479	208	27 271	85,8	14,2
1974	62 054	27 358	346	27 012	86,2	13,8
1975	61 829	26 947	613	26 334	86,3	13,7
1976	61 531	26 861	634	26 227	86,9	13,1
1977	61 400	26 884	600	26 284	87,5	12,5
1978	61 327	27 109	566	26 543	87,8	12,2
1979	61 359	27 533	484	27 049	88,3	11,7
1980	61 566	27 978	483	27 495	88,5	11,5
1981	61 682	28 329	798	27 531	88,7	11,3
1982	61 638	28 634	1 302	27 332	88,7	11,3
1983	61 423	28 934	1 850	27 084	88,7	11,3
1984	61 175	29 251	1 930	27 321	88,8	11,2
1985	61 024	29 683	1 976	27 707	89,0	11,0
1986	61 066	30 044	1 807	28 237	89,1	10,9
1987	61 077	30 391	1 759	28 632	89,3	10,7
1988	61 450	30 795	1 760	29 035	89,5	10,5
1989	62 063	31 170	1 595	29 575	89,6	10,4
1990	63 254	31 829	1 423	30 406	89,8	10,2
1991	64 074	32 279	1 266	31 013	89,9	10,1
Deutschland						
1991	79 984	41 023	2 172	38 851	90,8	9,2
1992	80 594	40 879	2 573	38 306	90,6	9,4
1993	81 179	40 836	3 050	37 786	90,3	9,7
1994	81 422	41 086	3 306	37 780	90,1	9,9
1995	81 661	41 090	3 205	37 885	90,0	10,0
1996	81 896	41 361	3 471	37 890	89,8	10,2
1997	82 052	41 625	3 764	37 861	89,7	10,3
1998	82 029	41 997	3 682	38 315	89,7	10,3
1999	82 087	42 293	3 366	38 927	89,8	10,2
2000	82 188	42 906	3 114	39 792	90,0	10,0
2001	82 340	42 726	3 059	39 667	89,9	10,1
2002	82 482	42 874	3 376	39 498	89,7	10,3
2003	82 520	42 885	3 810	39 075	89,5	10,5
2004	82 501	43 345	4 127	39 218	89,1	10,9
2005	82 464	43 726	4 506	39 220	88,8	11,2
2006	82 366	43 663	4 104	39 559	88,7	11,3
2007	82 263	43 732	3 473	40 259	88,8	11,2
2008	82 120	43 823	3 018	40 805	89,0	11,0
2009	81 875	43 943	3 098	40 845	89,0	11,0
2010	81 757	43 804	2 821	40 983	89,1	10,9
2011	81 779	43 921	2 399	41 522	89,1	10,9
2012	81 917	44 203	2 224	41 979	89,2	10,8
2013	82 103	44 408	2 182	42 226	89,4	10,6
2014	82 384	44 674	2 090	42 584	89,7	10,3

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept).

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Zu den **Erwerbslosen** zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik auf Grundlage früherer Zählungen, Jahresdurchschnitte.

2 Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept (Wohnort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2015.

3 Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der ILO. – Angaben vor 1991 basieren auf einer Schätzung unter Einbezug verschiedener Quellen. Zwischen 1991 und 2004 geschätzte Jahresdurchschnittswerte auf Basis des Mikrozensus. Ab 2005 Jahresdurchschnittswerte aus dem unterjährig erhobenen Mikrozensus. Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

4 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

13 Arbeitsmarkt

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

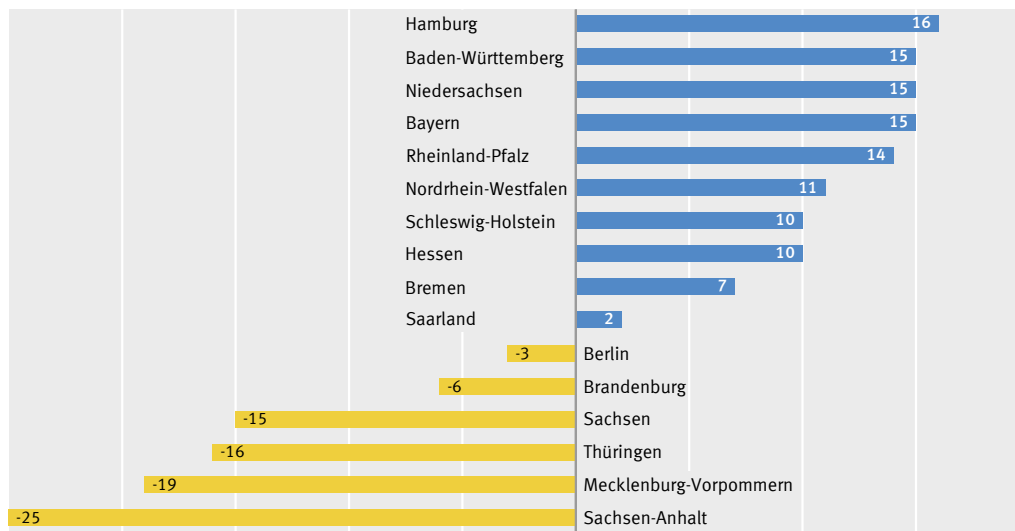
13.1.2 Erwerbsbeteiligung nach Ländern 2014

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen	Davon		Nichtenerwerbspersonen
			Erwerbstätige	Erwerbslose	
	1 000				
Deutschland	80 896	42 032	39 942	2 090	38 865
Baden-Württemberg	10 666	5 755	5 577	179	4 911
Bayern	12 643	6 874	6 677	197	5 769
Berlin	3 443	1 823	1 644	179	1 620
Brandenburg	2 449	1 282	1 196	86	1 167
Bremen	659	329	307	22	330
Hamburg	1 762	954	907	47	808
Hessen	6 059	3 130	2 990	139	2 930
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 594	816	738	78	778
Niedersachsen	7 799	3 978	3 794	184	3 821
Nordrhein-Westfalen	17 579	8 774	8 285	488	8 805
Rheinland-Pfalz	3 996	2 065	1 986	79	1 932
Saarland	989	485	457	28	504
Sachsen	4 045	2 082	1 931	151	1 963
Sachsen-Anhalt	2 238	1 142	1 042	100	1 096
Schleswig-Holstein	2 819	1 419	1 355	65	1 400
Thüringen	2 156	1 123	1 056	67	1 033

Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätige nach Ländern 2014

Veränderung gegenüber 1991, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2015 - 01 - 0193

13 Arbeitsmarkt
 13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
 13.1.3 Erwerbsbeteiligung und überwiegender Lebensunterhalt 2014

Weitere Informationen zu Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialleistungen siehe Kapitel „Soziales“

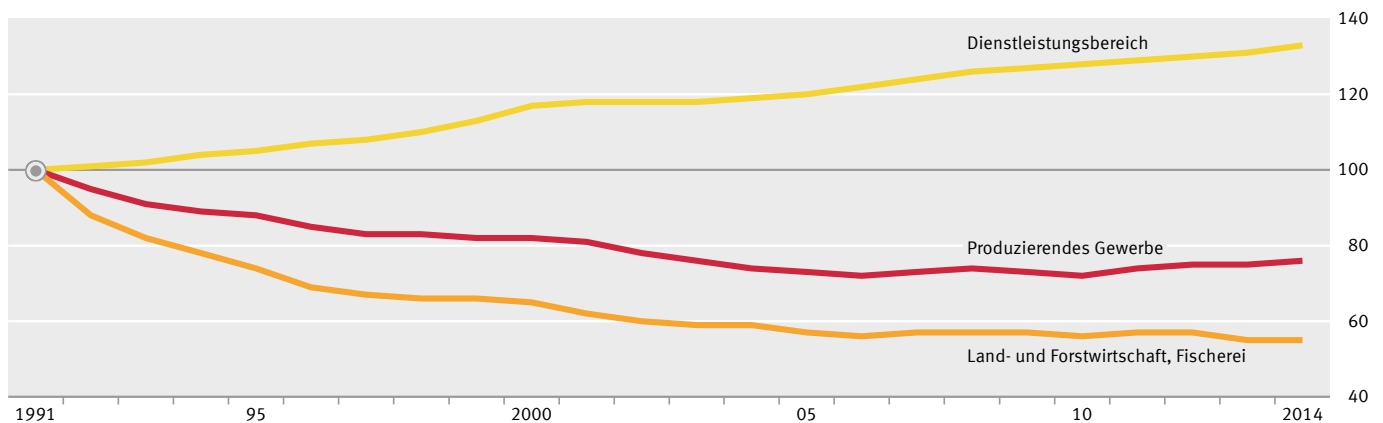
	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbs-/Berufstätigkeit		Arbeitslosengeld I, II und sonstige Sozialleistungen ¹		Rente und Vermögen		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bevölkerung	80 896	100	35 802	44,3	5 923	7,3	18 735	23,2	20 437	25,3
Männer	39 651	100	19 885	50,2	2 918	7,4	8 776	22,1	8 073	20,4
Frauen	41 245	100	15 916	38,6	3 006	7,3	9 959	24,1	12 364	30,0
Erwerbspersonen	42 032	100	35 775	85,1	2 633	6,3	1 103	2,6	2 521	6,0
Männer	22 534	100	19 873	88,2	1 395	6,2	620	2,8	645	2,9
Frauen	19 498	100	15 902	81,6	1 238	6,3	482	2,5	1 876	9,6
davon:										
Erwerbstätige	39 942	100	35 753	89,5	1 086	2,7	1 030	2,6	2 073	5,2
Männer	21 344	100	19 862	93,1	451	2,1	580	2,7	452	2,1
Frauen	18 597	100	15 891	85,4	635	3,4	450	2,4	1 621	8,7
Erwerbslose	2 090	100	X	X	1 547	74,0	73	3,5	448	21,4
Männer	1 189	100	X	X	944	79,4	41	3,4	193	16,2
Frauen	901	100	X	X	603	66,9	32	3,5	255	28,3
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	8 269	100	7 019	84,9	885	10,7	199	2,4	165	2,0
Männer	4 367	100	3 735	85,5	460	10,5	110	2,5	62	1,4
Frauen	3 902	100	3 284	84,2	426	10,9	90	2,3	103	2,6
Nichterwerbspersonen	38 865	100	X	X	3 291	8,5	17 632	45,4	17 915	46,1
Männer	17 118	100	X	X	1 523	8,9	8 155	47,6	7 427	43,4
Frauen	21 747	100	X	X	1 768	8,1	9 477	43,6	10 488	48,2
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	7 656	100	X	X	841	11,0	4 213	55,0	2 599	33,9
Männer	3 442	100	X	X	397	11,5	1 788	51,9	1 255	36,4
Frauen	4 214	100	X	X	443	10,5	2 425	57,6	1 344	31,9

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Sonstige Sozialleistungen sind u. a. Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld/Erziehungsgeld, Pflegeversicherung, BAföG.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

1991 = 100



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

2015 - 01 - 0194

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.1 Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010	2014 ²	Veränderung 2014 gegenüber 1991
		Durchschnitt in 1 000						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	38 790	37 958	39 917	39 326	41 020	42 638	9,9
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 174	866	758	668	661	651	- 44,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 856	12 128	11 358	10 095	10 036	10 472	- 24,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	301	182	120	87	71
C	Verarbeitendes Gewerbe	10 064	8 040	7 828	7 243	7 138	7 466	- 25,8
D	Energieversorgung	378	335	264	247	249
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	225	251	252	241	247
F	Baugewerbe	2 888	3 320	2 894	2 277	2 331	2 445	- 15,3
G-T	Dienstleistungsbereiche	23 760	24 964	27 801	28 563	30 323	31 515	32,6
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 576	5 673	6 037	5 797	5 813	5 961	6,9
H	Verkehr und Lagerei	2 195	1 955	1 897	1 897	1 983	2 089	- 4,8
I	Gastgewerbe	1 043	1 157	1 445	1 514	1 680	1 814	73,9
J	Information und Kommunikation	959	948	1 081	1 149	1 162	1 226	27,8
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 206	1 259	1 288	1 260	1 214	1 198	- 0,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	253	331	439	444	463	466	84,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 113	1 357	1 860	2 148	2 408
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 195	1 339	1 950	2 187	2 764
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 280	3 109	2 943	2 769	2 741
P	Erziehung und Unterricht	1 696	1 827	1 977	2 098	2 292
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 114	3 605	4 138	4 449	4 882
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	382	420	520	571	621
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 128	1 262	1 400	1 443	1 509
T	Häusliche Dienste	620	722	826	837	791
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	35 227	34 161	35 922	34 916	36 533	38 238	8,5
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	509	340	330	302	309	342	- 32,8
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 264	11 450	10 650	9 329	9 259	9 686	- 27,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	297	178	117	84	69
C	Verarbeitendes Gewerbe	9 756	7 717	7 539	6 941	6 857	7 202	- 26,2
D	Energieversorgung	378	335	264	247	249
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	221	247	248	235	241
F	Baugewerbe	2 612	2 973	2 482	1 822	1 843	1 932	- 26,0
G-T	Dienstleistungsbereiche	21 454	22 371	24 942	25 285	26 965	28 210	31,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 892	4 936	5 300	5 045	5 127	5 327	8,9
H	Verkehr und Lagerei	2 076	1 820	1 746	1 749	1 845	1 960	- 5,6
I	Gastgewerbe	746	845	1 134	1 217	1 383	1 531	105,2
J	Information und Kommunikation	918	886	989	1 004	1 018	1 084	18,1
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 098	1 143	1 154	1 101	1 061	1 045	- 4,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	207	275	373	381	393	408	97,1
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	868	1 046	1 475	1 634	1 836
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 016	1 163	1 768	1 982	2 535
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 280	3 109	2 943	2 769	2 741
P	Erziehung und Unterricht	1 629	1 742	1 867	1 944	2 123
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 896	3 330	3 811	4 041	4 449
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	302	319	396	420	440
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	906	1 035	1 160	1 161	1 223
T	Häusliche Dienste	620	722	826	837	791

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2015.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.2 Geleistete Arbeitsstunden im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010	2014 ²	Veränderung 2014 gegenüber 1991
		Durchschnitt in Mill. Stunden						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	60 261	57 999	57 960	55 500	57 013	58 461	- 3,0
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 284	1 822	1 488	1 212	1 148	1 085	- 52,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	21 429	19 067	17 386	15 260	15 003	15 699	- 26,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	424	279	187	136	112
C	Verarbeitendes Gewerbe	15 184	12 326	11 659	10 676	10 246	10 867	- 28,4
D	Energieversorgung	601	528	408	372	372
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	355	400	391	377	381
F	Baugewerbe	4 865	5 533	4 742	3 698	3 892	3 972	- 18,4
G-T	Dienstleistungsbereiche	36 547	37 111	39 085	39 028	40 862	41 677	14,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 723	8 635	8 639	8 113	7 991	7 991	- 8,4
H	Verkehr und Lagerei	3 599	3 144	2 901	2 803	2 871	2 987	- 17,0
I	Gastgewerbe	1 829	2 064	2 258	2 171	2 289	2 292	25,3
J	Information und Kommunikation	1 433	1 422	1 572	1 675	1 717	1 817	26,8
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	2 061	2 046	2 039	1 921	1 814	1 791	- 13,1
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	416	494	598	564	569	550	32,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 780	2 131	2 769	3 150	3 599
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 832	1 971	2 580	2 791	3 453
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 855	4 541	4 225	3 917	3 814
P	Erziehung und Unterricht	2 434	2 531	2 633	2 749	2 940
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 741	5 200	5 679	5 959	6 506
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	627	662	775	812	882
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 787	1 834	1 930	1 922	1 963
T	Häusliche Dienste	429	437	487	481	456
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	52 089	49 252	48 837	46 215	47 846	49 784	- 4,4
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	718	532	478	421	429	463	- 35,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	20 098	17 539	15 746	13 576	13 281	14 012	- 30,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	415	271	180	130	107
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 499	11 606	10 994	10 015	9 628	10 305	- 28,9
D	Energieversorgung	601	528	408	372	372
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	343	390	379	363	369
F	Baugewerbe	4 240	4 744	3 784	2 696	2 805	2 866	- 32,4
G-T	Dienstleistungsbereiche	31 273	31 180	32 613	32 218	34 136	35 309	12,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	7 150	6 935	6 919	6 464	6 506	6 665	- 6,8
H	Verkehr und Lagerei	3 312	2 817	2 534	2 461	2 560	2 700	- 18,5
I	Gastgewerbe	1 192	1 224	1 399	1 424	1 564	1 625	36,3
J	Information und Kommunikation	1 336	1 285	1 369	1 377	1 420	1 540	15,3
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 813	1 772	1 731	1 572	1 480	1 474	- 18,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	314	372	451	439	433	441	40,4
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 227	1 441	1 923	2 101	2 442
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 379	1 531	2 133	2 331	2 999
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 855	4 541	4 225	3 917	3 814
P	Erziehung und Unterricht	2 276	2 390	2 464	2 540	2 719
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 239	4 603	5 000	5 169	5 694
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	451	457	516	529	555
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 299	1 375	1 460	1 412	1 493
T	Häusliche Dienste	429	437	487	481	456

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2015.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.3 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden nach Ländern 2014

	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Wirtschaftsbereich			insgesamt	Wirtschaftsbereich		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
	Durchschnitt in 1 000	%			Durchschnitt in Mill. Stunden	%		
Erwerbstätige								
Deutschland	42 652,0	1,5	24,6	73,9	58 475,6	1,9	26,9	71,3
Baden-Württemberg	6 019,7	1,2	31,2	67,6	8 204,6	1,5	33,6	64,9
Bayern	7 162,2	2,0	27,6	70,4	9 860,1	2,7	29,8	67,6
Berlin	1 805,4	0,0	12,2	87,8	2 544,4	0,0	13,3	86,6
Brandenburg	1 085,2	2,9	22,7	74,4	1 568,4	3,1	24,9	72,0
Bremen	420,9	0,1	19,2	80,7	559,5	0,1	21,2	78,6
Hamburg	1 193,4	0,2	12,9	86,9	1 676,4	0,2	13,8	85,9
Hessen	3 308,7	0,9	21,6	77,4	4 538,9	1,1	23,7	75,2
Mecklenburg-Vorpommern	731,6	3,2	19,0	77,8	1 045,6	3,6	20,9	75,5
Niedersachsen	3 930,6	2,8	23,8	73,4	5 316,3	3,4	26,4	70,2
Nordrhein-Westfalen	9 085,8	0,9	23,0	76,1	12 124,1	1,1	25,6	73,3
Rheinland-Pfalz	1 967,7	2,2	26,0	71,7	2 639,1	2,6	28,9	68,5
Saarland	520,3	0,5	27,6	71,9	692,8	0,6	30,2	69,2
Sachsen	2 021,6	1,4	26,9	71,6	2 895,9	1,6	29,4	69,0
Sachsen-Anhalt	1 008,7	2,2	26,2	71,7	1 448,9	2,4	28,6	69,0
Schleswig-Holstein	1 342,3	2,8	19,5	77,7	1 836,9	3,5	21,8	74,8
Thüringen	1 047,9	2,1	30,0	67,9	1 523,8	2,3	32,2	65,5
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	34 951,6	1,5	25,0	73,5	47 448,6	1,9	27,4	70,7
Neue Länder einschl. Berlin	7 700,4	1,7	22,4	75,9	11 027,0	1,8	24,5	73,6
darunter Arbeitnehmer/-innen								
Deutschland	38 247,0	0,9	25,3	73,8	49 783,3	0,9	28,2	70,9
Baden-Württemberg	5 428,1	0,6	32,5	66,9	7 038,8	0,6	35,7	63,7
Bayern	6 352,0	0,6	28,9	70,5	8 248,4	0,6	31,8	67,5
Berlin	1 577,4	0,0	12,3	87,7	2 106,3	0,0	13,5	86,5
Brandenburg	954,6	2,8	22,3	74,8	1 308,6	3,1	24,5	72,4
Bremen	386,6	0,1	20,0	79,9	493,7	0,1	22,6	77,4
Hamburg	1 073,6	0,1	13,4	86,4	1 445,0	0,1	14,6	85,3
Hessen	2 971,5	0,5	22,1	77,4	3 875,4	0,5	24,4	75,1
Mecklenburg-Vorpommern	662,5	3,0	18,7	78,3	906,8	3,4	20,7	75,9
Niedersachsen	3 529,8	1,6	24,9	73,5	4 524,9	1,6	28,3	70,1
Nordrhein-Westfalen	8 240,8	0,6	23,7	75,7	10 462,7	0,6	26,8	72,6
Rheinland-Pfalz	1 763,4	1,3	27,0	71,6	2 232,7	1,2	30,7	68,1
Saarland	477,7	0,3	28,6	71,1	608,8	0,3	31,9	67,8
Sachsen	1 793,9	1,4	26,9	71,7	2 443,9	1,5	29,5	68,9
Sachsen-Anhalt	916,9	2,1	26,0	71,9	1 265,4	2,3	28,6	69,1
Schleswig-Holstein	1 182,5	1,6	19,9	78,5	1 521,9	1,7	22,5	75,8
Thüringen	935,7	1,9	30,2	67,9	1 299,9	2,1	32,8	65,1
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	31 406,0	0,8	26,0	73,3	40 452,4	0,7	29,0	70,3
Neue Länder einschl. Berlin	6 841,0	1,6	22,5	76,0	9 331,0	1,8	24,7	73,5

Jahresdurchschnitt 2014; Stand: Februar 2015. – Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.4 Erwerbstätige nach Erwerbsform

	Insgesamt			Selbstständige		Abhängig Beschäftigte						
	1 000	zusammen	darunter ohne Beschäftigte	%	1 000	zusammen	davon	atypisch Beschäftigte				
								Normalarbeitnehmer/-innen	zu-sammen ¹	darunter ²		
										befristet	Teilzeit	geringfügig
2000	33 530	3 418	49,6		29 862	23 850	6 012	2 265	3 944	1 749	.	
Männer	18 862	2 465	46,2		16 354	14 785	1 569	1 201	390	254	.	
Frauen	14 667	952	58,6		13 507	9 065	4 442	1 063	3 554	1 495	.	
2005	33 116	3 795	55,6		28 992	22 138	6 854	2 498	4 673	2 416	.	
Männer	18 159	2 641	51,7		15 463	13 615	1 848	1 327	591	448	.	
Frauen	14 956	1 154	64,4		13 529	8 523	5 006	1 171	4 082	1 968	.	
2010	35 145	3 917	55,4		31 076	23 131	7 945	2 858	4 942	2 517	743	
Männer	18 918	2 669	50,8		16 223	13 821	2 402	1 411	670	575	504	
Frauen	16 227	1 248	65,1		14 853	9 309	5 543	1 447	4 272	1 942	238	
2011 ³	35 109	3 919	55,9		31 042	23 185	7 857	2 811	4 965	2 612	746	
Männer	18 790	2 656	51,0		16 108	13 776	2 333	1 383	680	569	496	
Frauen	16 319	1 263	66,3		14 934	9 410	5 524	1 428	4 285	2 043	250	
2012	35 444	3 917	55,9		31 391	23 682	7 709	2 640	4 937	2 489	717	
Männer	18 983	2 662	50,9		16 295	13 993	2 302	1 312	694	546	494	
Frauen	16 461	1 255	66,4		15 096	9 689	5 406	1 328	4 243	1 943	223	
2013	35 631	3 810	54,9		31 701	24 063	7 638	2 524	4 969	2 444	679	
Männer	19 002	2 574	49,9		16 409	14 177	2 232	1 240	711	551	460	
Frauen	16 628	1 235	65,3		15 291	9 886	5 405	1 284	4 259	1 893	219	
2014	35 879	3 744	54,7		32 021	24 515	7 506	2 464	4 868	2 335	666	
Männer	19 095	2 515	49,7		16 562	14 357	2 206	1 203	706	533	451	
Frauen	16 783	1 229	64,8		15 459	10 159	5 300	1 261	4 162	1 801	215	

Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird und die direkt in dem Unternehmen arbeiten, mit dem ein Arbeitsvertrag besteht.

Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne Wehr-/Zivil- oder Freiwilligendienstleistende. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.

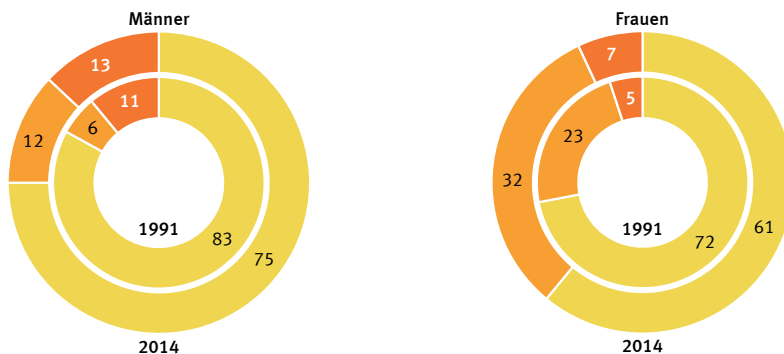
2 Überschneidungen möglich.

3 Ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

Erwerbstätige nach Erwerbsform und Geschlecht

in %

■ Normalarbeitnehmer/-innen ■ Atypisch Beschäftigte ■ Selbstständige



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige.

2015 - 01 - 0195

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.5 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2014		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	36 604	20 680	15 924	36 566	20 135	16 432	38 938	21 048	17 891	39 942	21 344	18 597
dar. 15 – 65	36 231	20 439	15 793	36 047	19 806	16 240	38 270	20 637	17 633	38 976	20 739	18 236
15 – 20	1 381	799	582	1 266	728	537	1 162	664	499	1 036	580	457
20 – 25	2 946	1 602	1 344	2 916	1 545	1 371	3 127	1 643	1 484	2 870	1 508	1 362
25 – 30	3 601	1 963	1 638	3 348	1 808	1 541	3 743	1 975	1 768	3 875	2 033	1 842
30 – 35	5 170	2 932	2 238	3 854	2 192	1 661	3 841	2 111	1 730	4 160	2 244	1 915
35 – 40	5 539	3 159	2 380	5 288	2 959	2 330	4 181	2 286	1 895	4 025	2 177	1 848
40 – 45	5 047	2 769	2 279	5 835	3 174	2 662	5 804	3 131	2 674	4 707	2 524	2 183
45 – 50	4 593	2 497	2 095	4 896	2 595	2 301	5 746	3 060	2 686	5 718	3 028	2 690
50 – 55	3 663	2 074	1 589	4 202	2 222	1 980	4 908	2 568	2 341	5 483	2 856	2 627
55 – 60	3 105	1 826	1 280	3 039	1 707	1 332	3 904	2 106	1 798	4 408	2 312	2 096
60 – 65	1 186	818	368	1 402	877	526	1 854	1 094	759	2 693	1 477	1 216
65 und mehr	372	241	131	520	328	191	668	411	258	966	605	361
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	29 140	16 593	12 547	29 380	16 310	13 070	31 221	16 952	14 269	32 335	17 348	14 987
Neue Länder einschl. Berlin ..	7 463	4 087	3 377	7 187	3 825	3 362	7 718	4 095	3 622	7 607	3 997	3 610
%												
Insgesamt	52,6	61,5	44,3	51,5	58,4	45,0	54,8	60,9	49,1	56,8	62,4	51,5
dar. 15 – 65	65,4	72,8	57,7	65,4	71,2	59,5	71,0	75,9	66,0	73,6	77,8	69,3
15 – 20	29,7	33,4	25,7	25,7	28,6	22,7	27,3	30,0	24,3	25,9	28,0	23,6
20 – 25	66,1	69,4	62,6	59,3	61,2	57,4	63,6	65,4	61,8	63,9	65,0	62,7
25 – 30	75,6	81,0	70,1	69,7	74,0	65,2	75,4	78,5	72,3	77,6	80,2	74,8
30 – 35	80,1	89,3	70,5	75,7	84,6	66,4	79,8	86,8	72,6	82,1	88,3	75,9
35 – 40	81,2	90,0	71,8	79,3	87,2	71,2	81,7	88,6	74,8	83,7	90,0	77,4
40 – 45	81,8	89,1	74,5	80,9	86,5	75,1	84,7	89,6	79,6	85,9	90,9	80,8
45 – 50	80,3	87,6	73,1	79,8	84,7	74,8	84,0	88,1	79,6	86,0	89,7	82,1
50 – 55	74,1	83,4	64,6	75,2	80,8	69,7	80,2	84,5	76,0	83,2	86,7	79,6
55 – 60	56,5	66,0	46,8	63,3	71,3	55,3	71,3	77,7	65,0	76,9	81,5	72,4
60 – 65	19,9	27,8	12,2	28,1	35,8	20,7	40,8	48,9	32,9	52,3	59,0	46,0
65 und mehr	2,6	4,3	1,5	3,3	5,0	2,1	3,9	5,6	2,6	5,6	8,0	3,7
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	53,4	63,0	44,5	52,5	60,1	45,3	55,3	61,7	49,2	57,4	63,3	51,8
Neue Länder einschl. Berlin ..	49,6	56,3	43,4	47,8	52,2	43,7	53,0	57,6	48,7	54,4	58,7	50,4

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.6 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2014		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	3 127	1 691	1 435	4 583	2 574	2 009	2 948	1 698	1 250	2 090	1 189	901
dar. 15 – 65	3 124	1 689	1 434	4 578	2 572	2 007	2 944	1 695	1 249	2 082	1 184	898
15 – 20	111	60	52	218	120	98	139	78	61	98	57	42
20 – 25	274	167	106	529	316	213	322	191	130	229	134	96
25 – 30	266	157	109	479	285	194	343	211	132	253	150	103
30 – 35	364	188	175	458	262	196	307	178	129	241	139	102
35 – 40	408	210	199	547	304	243	304	176	128	198	114	84
40 – 45	371	195	176	628	333	295	353	200	154	203	110	93
45 – 50	365	188	177	544	296	247	363	198	165	233	126	107
50 – 55	344	173	171	527	284	243	334	184	149	245	136	109
55 – 60	524	276	247	475	254	221	324	181	143	215	123	92
60 – 65	97	75	22	173	117	57	156	99	57	166	97	69
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	8	5	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	1 702	977	724	2 900	1 646	1 254	1 977	1 144	832	1 428	819	609
Neue Länder einschl. Berlin ..	1 425	714	711	1 683	929	754	972	554	418	662	370	292
%												
Insgesamt	7,9	7,6	8,3	11,1	11,3	10,9	7,0	7,5	6,5	5,0	5,3	4,6
dar. 15 – 65	7,9	7,6	8,3	11,3	11,5	11,0	7,1	7,6	6,6	5,1	5,4	4,7
15 – 20	7,4	6,9	8,1	14,7	14,2	15,4	10,7	10,5	10,9	8,7	8,9	8,4
20 – 25	8,5	9,5	7,3	15,4	17,0	13,4	9,3	10,4	8,1	7,4	8,1	6,6
25 – 30	6,9	7,4	6,2	12,5	13,6	11,2	8,4	9,7	6,9	6,1	6,9	5,3
30 – 35	6,6	6,0	7,3	10,6	10,7	10,6	7,4	7,8	7,0	5,5	5,8	5,1
35 – 40	6,9	6,2	7,7	9,4	9,3	9,5	6,8	7,2	6,3	4,7	5,0	4,4
40 – 45	6,8	6,6	7,2	9,7	9,5	10,0	5,7	6,0	5,4	4,1	4,2	4,1
45 – 50	7,4	7,0	7,8	10,0	10,3	9,7	5,9	6,1	5,8	3,9	4,0	3,8
50 – 55	8,6	7,7	9,7	11,1	11,3	10,9	6,4	6,7	6,0	4,3	4,6	4,0
55 – 60	14,4	13,1	16,2	13,5	13,0	14,2	7,7	7,9	7,4	4,7	5,1	4,2
60 – 65	7,5	8,4	5,6	11,0	11,7	9,7	7,8	8,3	7,0	5,8	6,2	5,4
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	0,9	0,8	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	5,5	5,6	5,5	9,0	9,2	8,8	6,0	6,3	5,5	4,2	4,5	3,9
Neue Länder einschl. Berlin ..	16,0	14,9	17,4	19,0	19,5	18,3	11,2	11,9	10,3	8,0	8,5	7,5

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsforschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.7 Entwicklung der Erwerbslosen und Erwerbslosenquoten

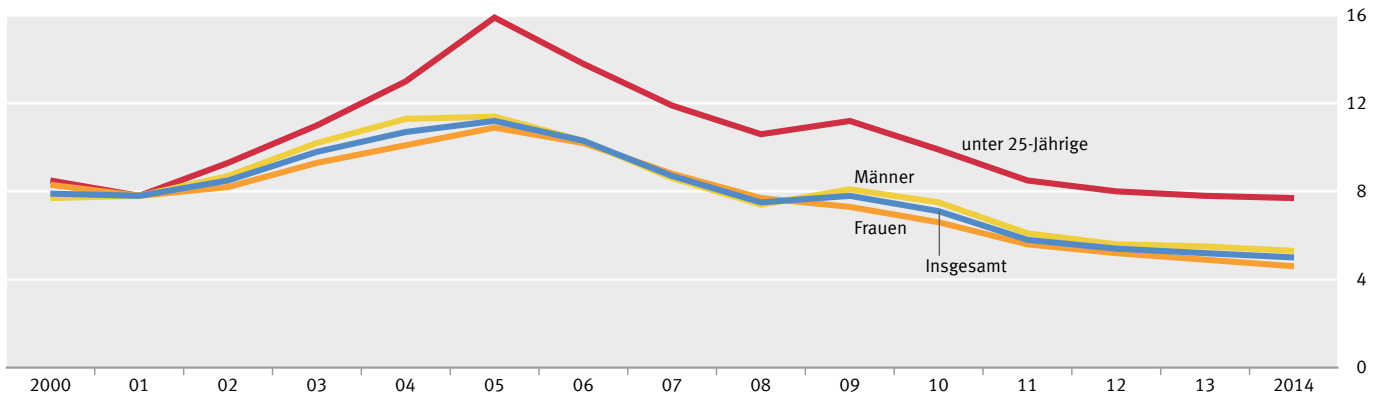
	Erwerbslose			Erwerbslosenquoten ¹		
	und zwar im Alter von ... bis ... Jahre			und zwar von Personen im Alter von ... bis ... Jahre		
	15 – 74	15 – 24	25 – 74	15 – 74	15 – 24	25 – 74
	1 000			%		
2000	3 123	382	2 741	7,9	8,5	7,8
Männer	1 689	228	1 462	7,7	9,5	7,4
Frauen	1 434	154	1 279	8,3	7,4	8,4
2005	4 571	745	3 826	11,2	15,5	10,6
Männer	2 567	435	2 133	11,4	16,8	10,7
Frauen	2 004	311	1 693	10,9	14,0	10,5
2010	2 946	460	2 486	7,1	9,9	6,7
Männer	1 696	268	1 428	7,5	10,9	7,1
Frauen	1 249	191	1 058	6,6	8,8	6,3
2011	2 399	389	2 010	5,8	8,5	5,5
Männer	1 336	223	1 112	6,1	9,2	5,7
Frauen	1 063	166	897	5,6	7,8	5,3
2012	2 224	353	1 872	5,4	8,0	5,1
Männer	1 236	205	1 031	5,6	8,7	5,2
Frauen	989	147	841	5,2	7,3	4,9
2013	2 182	340	1 842	5,2	7,8	4,9
Männer	1 231	197	1 034	5,5	8,5	5,2
Frauen	951	143	808	4,9	7,1	4,7
2014	2 090	328	1 762	5,0	7,7	4,7
Männer	1 188	190	998	5,3	8,3	5,0
Frauen	902	138	764	4,6	7,1	4,4

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

1 Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen nach europäischer Abgrenzung (Personen in Privathaushalten).

Erwerbslosenquoten nach Personenkreisen

in %



Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

2015 - 01 - 0196

13.3 Generation 55 Plus – Ältere Erwerbstätige

Unsere Gesellschaft altert. Zum einen nimmt die Lebenserwartung des Einzelnen zu, zum anderen stagniert die Geburtenrate. Dieser Prozess verändert in zunehmendem Maße auch die Erwerbstätigkeit. So hat in den vergangenen Jahren die Erwerbstätigkeit älterer Menschen immer weiter zugenommen. Rund 28 % der 60- bis 64-jährigen gingen 2005 einer Erwerbstätigkeit nach, 2014 war mehr als die Hälfte (52 %) dieser Altersgruppe erwerbstätig. Von den 65- bis 69-jährigen arbeiteten 2014 immerhin noch 14 %. Dagegen lag 2005 dieser Anteil noch bei 6 %.

Die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen im fortgeschrittenen Alter differiert stark voneinander. So waren 2014 von den 60- bis 64-jährigen Männern 59 % erwerbstätig, aber nur 46 % der Frauen. In der Altersgruppe der 65- bis 69-jährigen gingen noch 17 % der Männer und 10 % der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach.

13.3.1 Ältere Erwerbstätige nach Stellung im Beruf

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätige	Darunter	
		Selbstständige ¹	Abhängig Beschäftigte
	1000		
	2005		
50 – 55	4 202	547	3 606
55 – 60	3 039	426	2 568
60 – 65	1 402	287	1 075
65 – 70	354	133	184
70 – 75	108	45	45
	2010		
50 – 55	4 908	617	4 265
55 – 60	3 904	496	3 384
60 – 65	1 854	334	1 501
65 – 70	404	165	217
70 – 75	180	68	92
	2014		
50 – 55	5 483	694	4 768
55 – 60	4 408	565	3 821
60 – 65	2 693	410	2 264
65 – 70	555	193	341
70 – 75	273	115	142

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Ohne mithelfende Familienangehörige.

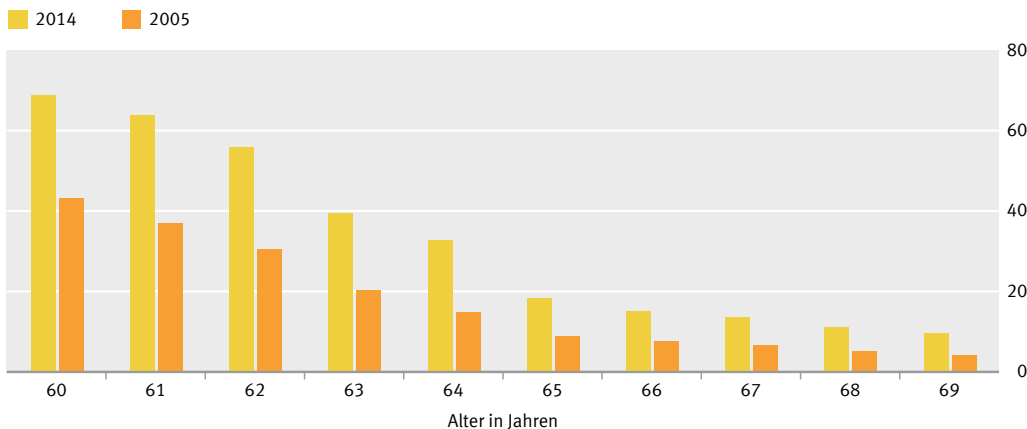
13.3.2 Erwerbstätigenquote Älterer

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt %	Männer	Frauen
	2005		
55 – 60	63,3	71,3	55,3
60 – 65	28,1	35,8	20,7
65 – 70	6,5	8,4	4,7
	2010		
55 – 60	71,3	77,7	65,0
60 – 65	40,8	48,9	32,9
65 – 70	8,5	10,7	6,5
	2014		
55 – 60	76,9	81,5	72,4
60 – 65	52,3	59,0	46,0
65 – 70	13,7	17,5	10,3

Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätigenquote nach ausgewählten Altersjahren

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2015 - 01 - 0296

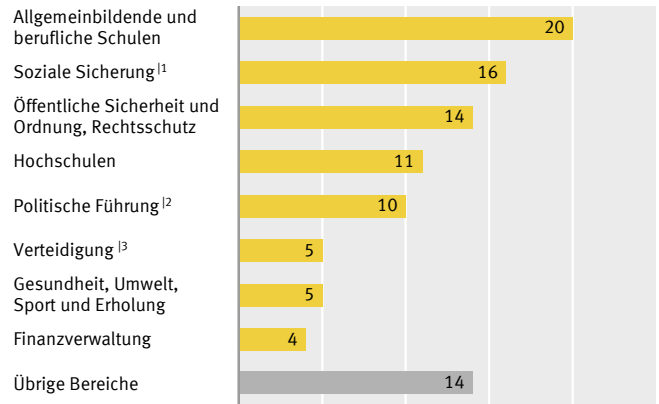
13.4 Personal des öffentlichen Dienstes
13.4.1 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

	Insgesamt	Davon			
		Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung ¹
	1 000				
Insgesamt					
2000	4 908,9	597,7	2 390,7	1 572,0	348,6
2005	4 599,4	560,9	2 298,1	1 373,0	367,4
2010	4 586,1	530,3	2 317,8	1 355,2	382,8
2014	4 652,5	496,6	2 356,6	1 428,0	371,4
Vollzeitbeschäftigte					
2000	3 697,0	555,2	1 804,8	1 066,0	271,1
2005	3 237,7	496,0	1 610,4	871,5	259,9
2010	3 106,7	461,2	1 567,5	819,6	258,4
2014	3 162,3	437,1	1 607,1	871,4	246,7
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	1 153,6	33,1	564,1	485,6	70,8
2005	1 135,3	34,9	575,5	439,6	85,3
2010	1 189,5	38,5	609,8	444,8	96,3
2014	1 345,6	43,8	681,5	511,1	109,2
Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	58,2	9,4	21,7	20,5	6,6
2005	226,4	30,0	112,2	61,9	22,2
2010	290,0	30,6	140,5	90,9	28,1
2014	144,6	15,8	68,0	45,5	15,5

Ergebnisse der Personalstandstatistik. – Stichtag 30.6.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2014
in %



Ergebnisse der Personalstandstatistik.

- 1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
- 2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.
- 3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

2015 - 01 - 0197

13.4.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Besoldungs- und Entgeltgruppen am 30.6.2014

Einstufungen	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 652,5	100	496,6	100	2 356,6	100	1 428,0	100	371,4	100
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen	1 848,2	39,7	349,2	70,3	1 279,8	54,3	186,1	13,0	33,0	8,9
Besoldungsordnung B	11,0	0,2	3,0	0,6	4,2	0,2	3,6	0,3	0,1	0,0
Besoldungsordnung R	27,9	0,6	0,5	0,1	27,4	1,2	-	-	-	-
Besoldungsordnung C, W	37,3	0,8	0,3	0,1	37,0	1,6	-	-	0,0	0,0
Besoldungsordnung A	1 669,3	35,9	339,6	68,4	1 121,8	47,6	175,6	12,3	32,3	8,7
davon:										
A16 – A13	525,5	11,3	42,4	8,5	443,9	18,8	34,4	2,4	4,8	1,3
A12 – A9	810,6	17,4	115,3	23,2	566,0	24,0	102,9	7,2	26,4	7,1
A8 – A5	314,2	6,8	164,5	33,1	110,4	4,7	38,3	2,7	1,1	0,3
A4 – A2	18,9	0,4	17,4	3,5	1,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
In Ausbildung	102,7	2,2	5,7	1,2	89,4	3,8	6,9	0,5	0,6	0,2
Arbeitnehmer/-innen	2 804,3	60,3	147,3	29,7	1 076,8	45,7	1 241,8	87,0	338,4	91,1
E15Ü – E13 TVöD/TV-L ²	341,1	7,3	11,0	2,2	275,4	11,7	41,9	2,9	12,8	3,4
E12 – E9 TVöD/TV-L	768,9	16,5	31,3	6,3	301,9	12,8	295,5	20,7	140,3	37,8
E8 – E5 TVöD/TV-L	1 166,9	25,1	72,2	14,5	350,8	14,9	622,3	43,6	121,5	32,7
E4 – E1 TVöD/TV-L	300,7	6,5	19,7	4,0	61,0	2,6	208,5	14,6	11,4	3,1
Sonstige ³	126,7	2,7	5,5	1,1	47,0	2,0	33,6	2,4	40,5	10,9
In Ausbildung	100,2	2,2	7,6	1,5	40,7	1,7	40,0	2,8	11,8	3,2

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. außertarifliche Angestellte.

3 Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD/TV-L zugeordnet wurden und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte (Angestellte in der Sozialversicherung, die aufgrund einer Dienstordnung ein Gehalt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten).

Bei Beamtinnen und Beamten ist das Grundgehalt der Hauptbestandteil der Dienstbezüge. Es bestimmt sich nach der **Besoldungsgruppe** des verliehenen Amtes. Die Besoldungsordnungen A und B regeln die Besoldung für den Beamten- und Soldatenbereich, die Besoldungsordnungen W und C die der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Die Besoldungsordnung R regelt die Besoldung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht überwiegend auf den **Entgeltgruppen** (E1 bis E15 Ü) des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) und des Tarifvertrags der Länder (TV-L).

13.4 Personal des öffentlichen Dienstes

13.4.3 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2014

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2012)	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 652,5	100	496,6	100	2 356,6	100	1 428,0	100	371,4	100
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	479,9	10,3	43,4	8,7	132,7	5,6	303,8	21,3	–	–
Verteidigung	246,9	5,3	246,9	49,7	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	453,8	9,8	48,4	9,7	282,4	12,0	123,0	8,6	–	–
dar. Polizei	310,9	6,7	44,1	8,9	266,7	11,3	–	–	–	–
Rechtsschutz	178,6	3,8	4,8	1,0	173,7	7,4	–	–	–	–
Finanzverwaltung	187,3	4,0	43,4	8,7	143,3	6,1	0,6	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 610,6	34,6	15,8	3,2	1 414,7	60,0	180,1	12,6	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	945,3	20,3	–	–	837,7	35,5	107,6	7,5	–	–
Hochschulen	516,6	11,1	0,4	0,1	516,3	21,9	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	764,5	16,4	3,9	0,8	30,5	1,3	358,7	25,1	371,4	100
dar. Kindertagesbetreuung	200,9	4,3	–	–	8,6	0,4	192,4	13,5	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	247,3	5,3	7,6	1,5	47,8	2,0	191,9	13,4	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	140,5	3,0	–	–	23,4	1,0	117,1	8,2	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	133,7	2,9	0,0	0,0	18,5	0,8	115,2	8,1	–	–
Sonstiges	350,1	7,5	82,3	16,6	113,1	4,8	154,7	10,8	–	–
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	147,3	8,0	21,8	6,3	58,5	4,6	67,0	36,0	–	–
Verteidigung	191,4	10,4	191,4	54,8	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	326,8	17,7	38,8	11,1	239,4	18,7	48,5	26,1	–	–
dar. Polizei	265,8	14,4	36,6	10,5	229,2	17,9	–	–	–	–
Rechtsschutz	116,8	6,3	2,8	0,8	114,0	8,9	–	–	–	–
Finanzverwaltung	155,6	8,4	36,7	10,5	118,9	9,3	0,0	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	724,6	39,2	3,3	1,0	707,8	55,3	13,4	7,2	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	642,9	34,8	–	–	632,5	49,4	10,4	5,6	–	–
Hochschulen	58,1	3,1	0,3	0,1	57,8	4,5	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	72,5	3,9	1,3	0,4	7,2	0,6	30,9	16,6	33,0	100
dar. Kindertagesbetreuung	1,5	0,1	–	–	0,2	0,0	1,4	0,7	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	15,0	0,8	1,6	0,5	7,2	0,6	6,2	3,3	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	1,2	0,1	–	–	0,2	0,0	1,0	0,5	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	19,1	1,0	–	–	7,1	0,6	12,0	6,5	–	–
Sonstiges	79,0	4,3	51,4	14,7	19,6	1,5	8,0	4,3	–	–
Zusammen	1 848,2	100	349,2	100	1 279,8	100	186,1	100	33,0	100
Arbeitnehmer/-innen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	332,5	11,9	21,6	14,6	74,2	6,9	236,8	19,1	–	–
Verteidigung	55,5	2,0	55,5	37,7	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	127,0	4,5	9,6	6,5	42,9	4,0	74,5	6,0	–	–
dar. Polizei	45,1	1,6	7,5	5,1	37,6	3,5	–	–	–	–
Rechtsschutz	61,7	2,2	2,1	1,4	59,7	5,5	–	–	–	–
Finanzverwaltung	31,6	1,1	6,7	4,5	24,4	2,3	0,6	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	886,0	31,6	12,5	8,5	706,9	65,6	166,7	13,4	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	302,4	10,8	–	–	205,2	19,1	97,2	7,8	–	–
Hochschulen	458,6	16,4	0,1	0,1	458,5	42,6	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	692,0	24,7	2,6	1,7	23,3	2,2	327,7	26,4	338,4	100
dar. Kindertagesbetreuung	199,4	7,1	–	–	8,4	0,8	191,0	15,4	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	232,2	8,3	6,0	4,1	40,6	3,8	185,7	15,0	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	139,2	5,0	–	–	23,2	2,2	116,1	9,3	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	114,6	4,1	0,0	0,0	11,4	1,1	103,2	8,3	–	–
Sonstiges	271,1	9,7	31,0	21,0	93,5	8,7	146,7	11,8	–	–
Zusammen	2 804,3	100	147,3	100	1 076,8	100	1 241,8	100	338,4	100

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.5.1 Am Arbeitsort nach Ländern am 30.6.2014

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Darunter Ausländer/-innen			Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	darunter aus		insgesamt	darunter Frauen
					EU-Mitgliedstaaten	sonstigen europäischen Staaten		
	1 000	%		1 000	%		1 000	%
Deutschland ¹	30 175	53,8	46,2	2 563	53,2	31,6	5 087	64,2
Baden-Württemberg	4 266	54,9	45,1	530	56,9	32,0	730	65,5
Bayern	5 065	54,4	45,6	540	58,0	28,5	791	67,7
Berlin	1 269	48,9	51,1	119	45,4	32,7	153	55,0
Brandenburg	796	51,6	48,4	25	66,6	17,9	100	55,4
Bremen	306	56,1	43,9	23	41,4	38,1	49	60,3
Hamburg	893	53,4	46,6	84	43,5	30,4	110	60,3
Hessen	2 360	54,6	45,4	282	50,1	31,1	391	64,1
Mecklenburg-Vorpommern	549	48,4	51,6	12	69,3	13,6	69	54,1
Niedersachsen	2 722	54,7	45,3	159	54,7	28,5	530	65,8
Nordrhein-Westfalen	6 285	55,2	44,8	542	46,0	39,4	1281	64,9
Rheinland-Pfalz	1 321	53,8	46,2	106	56,2	29,1	269	65,9
Saarland	372	55,7	44,3	35	71,9	17,3	72	65,5
Sachsen	1 511	51,0	49,0	32	59,5	17,0	178	57,5
Sachsen-Anhalt	774	50,4	49,6	14	58,4	20,4	88	58,7
Schleswig-Holstein	897	52,3	47,7	43	52,4	29,7	182	62,4
Thüringen	782	51,5	48,5	16	62,4	17,4	87	57,4

Vorläufiges Ergebnis.

1 Einschl. der Personen „ohne Angabe“.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.5.2 Am Arbeitsort nach wirtschaftlicher Gliederung am 30.6.2014

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%	
	Insgesamt	30 175	46,2	8,5
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	245	32,2	19,6
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	79	11,4	6,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 613	25,3	8,1
D	Energieversorgung	232	25,8	2,4
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	233	18,7	5,9
F	Baugewerbe	1 697	13,1	10,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 180	51,9	7,2
H	Verkehr und Lagerei	1 555	24,9	11,2
I	Gastgewerbe	939	56,2	27,1
J	Information und Kommunikation	926	34,4	7,0
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	996	56,1	3,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	232	51,5	5,6
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 927	51,7	6,2
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	2 065	41,6	19,1
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1 703	63,4	2,1
P	Erziehung und Unterricht	1 159	70,3	5,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 265	77,0	5,2
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	258	52,2	11,7
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	799	68,3	7,3
T	Häusliche Dienste	45	86,6	25,5
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	21	38,4	19,0
	Keine Zuordnung möglich	5	36,8	22,6

Vorläufiges Ergebnis.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
 13.5.3 Am Arbeitsort nach ausgewählten Personengruppen

	Insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer/ -innen ¹	Vollzeit- beschäftigte ¹	Teilzeit- beschäftigte ¹
	1 000						
1999	27 418	15 440	11 979	25 566	1 839	.	.
2000	27 842	15 608	12 233	25 927	1 899	.	.
2001	27 798	15 497	12 301	25 830	1 949	23 026	4 501
2002	27 660	15 288	12 372	25 713	1 930	22 741	4 633
2003	26 949	14 834	12 116	25 123	1 813	22 072	4 579
2004	26 548	14 618	11 930	24 799	1 739	21 587	4 654
2005	26 300	14 404	11 895	24 578	1 712	21 210	4 775
2006	26 534	14 563	11 971	24 785	1 739	21 269	4 946
2007	27 050	14 916	12 134	25 247	1 788	21 595	5 129
2008	27 695	15 226	12 470	25 826	1 854	22 030	5 331
2009	27 603	14 988	12 615	25 756	1 830	21 721	5 538
2010	27 967	15 149	12 817	26 071	1 879	21 774	5 841
2011	28 644	15 531	13 112	26 608	2 019	.	.
2012	29 280	15 838	13 442	27 070	2 193	.	.
2013	29 616	15 966	13 650	27 257	2 341	21 841	7 424
2014	30 175	16 241	13 934	27 595	2 563	22 091	7 740

Die Bundesagentur für Arbeit hat im August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik bis 1999 durchgeführt. Weitere Informationen siehe Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit „Beschäftigungsstatistik - Revision 2014“ (www.statistik.arbeitsagentur.de).

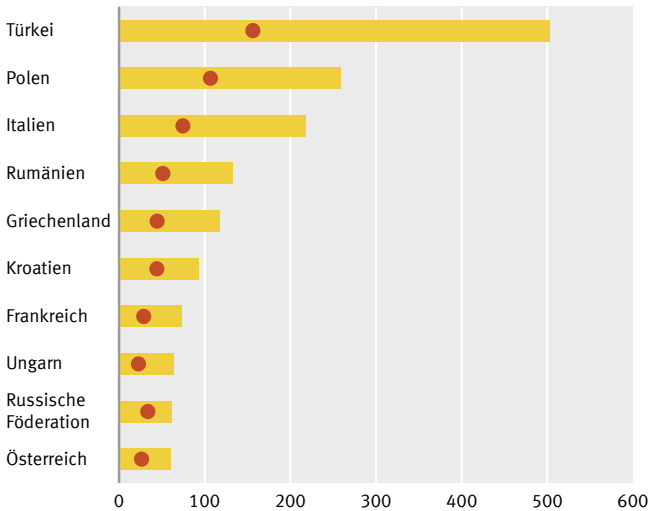
Vorläufiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6.

1 Die Merkmale „Staatsangehörigkeit“ und „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung“ enthalten nicht die Fälle „Ohne Angabe“.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 30.6.2014
 in 1 000

● darunter Frauen



Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2015 - 01 - 0198

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.5.4 Am Arbeitsort nach Berufshauptgruppen und ausgewählten Berufsgruppen am 30.6.2014

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Ins-gesamt	Frauen	Aus-länder/-innen	Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Ins-gesamt	Frauen	Aus-länder/-innen
		1 000	%				1 000	%	
	Insgesamt	30 174,5	46,2	8,5	53	Schutz-, Sicherheits-, Überwachungsberufe	304,5	28,1	7,4
11	Land-, Tier-, Forstwirtschaftsberufe	225,1	26,9	19,8	531	Obj., Pers., Brandschutz, Arbeitssicherh.	286,3	27,0	7,7
111	Landwirtschaft	134,1	22,9	27,6	533	Gewerbe, Gesundheitsaufsicht, Desinfektion ...	12,1	48,4	3,4
12	Gartenbauberufe, Floristik	248,8	31,1	11,3	54	Reinigungsberufe	762,4	77,1	25,8
121	Gartenbau	214,8	20,9	12,7	61	Einkauf-, Vertriebs- und Handelsberufe	902,6	37,1	4,5
21	Rohstoffgewinnung, Glas-, Keramikverarbeitung ..	129,5	10,9	10,7	611	Einkauf und Vertrieb	674,1	34,3	4,7
211	Berg-, Tagebau und Sprengtechnik	31,0	6,4	10,1	612	Handel	166,1	42,8	4,5
22	Kunststoff- und Holzherst., -verarbeitung	523,1	14,8	12,0	62	Verkaufsberufe	1 994,1	73,6	7,7
221	Kunststoff, Kautschukherstell., -verarbeitung ...	233,9	24,9	16,7	621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	1 165,5	72,3	8,1
23	Papier-, Druckberufe, tech. Mediengestalt.	268,2	34,5	8,5	622	Verkauf Bekleid., Elektro, Kfz, Hartwaren	395,8	59,9	6,8
232	Technische Mediengestaltung	104,7	49,3	6,0	623	Verkauf von Lebensmitteln	323,7	88,3	8,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau	1 319,4	8,5	12,2	63	Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	689,6	68,1	21,7
241	Metallerzeugung	100,5	5,7	18,4	631	Tourismus und Sport	78,7	74,5	6,3
242	Metallbearbeitung	653,0	12,4	13,9	632	Hotellerie	160,1	78,1	19,5
25	Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	1 688,8	9,0	8,5	633	Gastronomie	424,4	63,9	26,3
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	1 191,1	11,2	9,3	71	Berufe Unternehmensführung, -organisation ...	3 951,3	64,8	4,5
26	Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	983,1	10,4	6,2	711	Geschäftsführung und Vorstand	180,1	20,7	6,6
262	Energietechnik	434,9	3,4	5,3	713	Unternehmensorganisation und -strategie	1 483,4	48,6	4,4
263	Elektrotechnik	454,7	18	7,5	714	Büro und Sekretariat	207,4	79,9	4,5
27	Techn. Entwickl., Konstr., Produktionssteuer.	991,9	19,8	6,1	72	Finanzdienstl. Rechnungsw., Steuerberatung ...	1 381,3	61,6	3,0
271	Technische Forschung und Entwicklung	227,3	12,0	8,2	721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	781,6	56,1	2,7
272	Techn. Zeichnen, Konstruktion, Modellbau	227,2	32,6	3,7	722	Rechnungswesen, Controlling und Revision	431,5	65,9	3,7
28	Textil- und Lederberufe	124,5	55,8	13,8	723	Steuerberatung	168,2	76,5	2,5
281	Textiltechnik und -produktion	41,4	37,5	15,5	73	Berufe in Recht und Verwaltung	975,3	75,5	2,0
282	Textilverarbeitung	62,0	72,6	13,6	731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	169,7	75	2,9
29	Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	773,3	42,5	22,9	732	Verwaltung	752,0	75,6	1,8
291	Getränkeherstellung	14,3	8,3	5,5	733	Medien-Dokumentations-Informationsdienst ...	53,6	75,4	3,1
292	Lebensmittel- u. Genussmittelherstellung	304,1	30,4	20,1	81	Medizinische Gesundheitsberufe	2 292,1	83,1	5,0
293	Speisenzubereitung	455	51,6	25,3	811	Arzt- und Praxishilfe	591,0	98,5	4,4
31	Bauplanung, Architektur, Vermessungsberufe	231,4	26,1	4,5	813	Gesundh., Krankenpf., Rettungsd., Geburtsh. ...	984,0	81,3	5,0
311	Bauplanung u. -überwachung, Architektur	197,0	25,8	5,0	814	Human- und Zahnmedizin	233,6	51,9	11,0
32	Hoch- und Tiefbauberufe	547,9	1,4	16,1	817	Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde	210,9	81,1	2,7
321	Hochbau	417,8	1,3	18,4	818	Pharmazie	134,3	84,8	3,3
33	(Innen-) Ausbauberufe	365,8	3,0	12,0	82	Nichtmed. Gesundheit, Körperpf., Medizintech. ...	803,2	82,0	7,4
331	Bodenverlegung	48,9	0,9	15,5	821	Altenpflege	489,5	85,1	7,6
332	Maler-, Stuckat., Bauwerksabd., Bautenschutz ..	171,2	4,6	11,3	822	Ernährungs-, Gesundheitsberatung, Wellness ...	13,8	77,1	3,3
333	Aus-, Trockenbau. Iso. Zimmer. Glas. Roll.bau ...	145,7	1,9	11,6	823	Körperpflege	171,9	92,4	10,7
34	Gebäude- u. versorgungstechnische Berufe	665,6	4,2	6,7	825	Medizin-, Orthopädie- und Rehatechnik	119,5	58,7	3,0
341	Gebäudetechnik	275,7	7,1	6,4	83	Erziehung, soz., hauswirt. Berufe, Theologie ...	1 451,2	84,2	4,5
342	Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik	227	0,7	6,0	831	Erziehung, Sozialarb., Heilerziehungspf.	1 222,4	83,7	3,2
343	Ver- und Entsorgung	162,9	4,0	8,1	832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	189,7	94,1	12,3
41	Mathematik-Biologie-Chemie-, Physikberufe	394,3	35,7	7,8	833	Theologie und Gemeindeführung	39,1	52,7	7,4
412	Biologie	43,6	67,1	7,2	84	Lehrende und auszubildende Berufe	586,5	55,4	7,6
413	Chemie	299,6	33,2	7,6	841	Lehrtätigkeit an allgemeinbild. Schulen	197,8	73,4	4,6
414	Physik	41,5	19,7	9,7	843	Lehr-, Forschungstätigkeit an Hochschulen	184,3	42,6	14,5
42	Geologie-, Geografie-, Umweltschutzberufe	38,7	27,2	3,4	844	Lehrtätigk. außerschul. Bildungseinricht.	60,9	55,6	6,8
422	Umweltschutztechnik	15,9	17,2	1,6	91	Geistes-Gesellschafts-Wirtschaftswissen.	70,8	61,4	5,9
43	Informatik- und andere IKT-Berufe	659,2	15,8	6,9	912	Geisteswissenschaften	7,7	48,9	6,7
431	Informatik	206,7	17,7	6,0	914	Wirtschaftswissenschaften	8,9	45,1	6,1
434	Softwareentwicklung und Programmierung	165,7	12,6	9,4	92	Werbung, Marketing, kaufm., red. Medienberufe ..	515,3	54,3	5,8
51	Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführ.)	1 766,3	28,7	13,7	921	Werbung und Marketing	382,5	53,9	6,5
513	Lagerwirt., Post, Zustellung, Güterumschlag ...	1 427,6	27,4	15,0	924	Redaktion und Journalismus	77,6	50,3	4,2
516	Kaufleute – Verkehr und Logistik	173,8	36,2	7,3	93	Produktdesign, Kunsthandwerk	61,8	48,8	6,4
52	Führer von Fahrzeug- und Transportgeräten	1 029,3	4,5	10,7	94	Darstellende, unterhaltende Berufe	112,2	34,5	13,5
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	839,2	5,1	11,0	1	Angehörige der regulären Streitkräfte	2,2	43,6	16,7
522	Fahrzeugführung im Eisenbahnverkehr	27,4	3,5	3,5		keine Zuordnung möglich	344,1	40,7	4,0
525	Bau- und Transportgeräteführung	142,9	1,4	10,0					

1 Klassifikation der Berufe (KldB 2010).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – Vorläufiges Ergebnis.

13.6 Arbeitslose

13.6.1 Nach ausgewählten Personengruppen

	Arbeitslose insgesamt	Und zwar						
		Frauen	im Alter von ... bis unter ... Jahren			Langzeit-arbeitslose ¹	Ausländer/-innen	Schwerbehinderte
			15 – 20	15 – 25	55 – 65			
Deutschland								
1991	2 602 203	1 321 649	95 800	395 739	.	.	221 884	.
1995	3 611 921	1 761 311	95 222	431 103	734 754	.	436 261	.
2000	3 889 695	1 836 317	101 342	428 510	842 115	1 454 189	465 660	184 097
2005	4 860 909	2 257 639	124 055	620 132	581 702	1 588 089	672 801	180 907
2010	3 238 965	1 478 924	55 300	325 548	532 012	1 140 368	500 904	175 381
2011	2 976 488	1 390 126	47 776	279 102	542 589	1 068 130	470 298	180 354
2012	2 897 126	1 346 726	46 707	274 144	544 491	1 046 635	474 305	176 040
2013	2 950 338	1 353 232	46 523	276 278	570 736	1 069 721	504 470	178 632
2014	2 898 388	1 333 314	45 715	258 301	580 314	1 076 752	529 511	181 110
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin								
1991	1 596 457	753 491	51 579	230 959	.	.	191 064	.
1995	2 427 083	1 043 519	72 317	306 526	553 789	.	392 779	.
2000	2 380 987	1 068 861	63 864	257 016	558 901	936 570	401 916	140 463
2005	3 246 755	1 499 568	85 497	411 707	398 208	990 280	582 519	135 396
2010	2 227 473	1 022 250	40 773	223 337	354 103	783 029	428 688	129 246
2011	2 026 545	955 697	35 385	190 739	360 156	738 253	398 311	133 192
2012	1 999 918	939 258	34 890	193 212	363 855	717 954	404 049	130 540
2013	2 080 342	962 604	35 312	203 235	385 433	753 949	432 583	133 845
2014	2 074 553	961 495	34 831	196 564	395 938	771 165	455 267	136 712
Neue Länder einschl. Berlin								
1991	1 005 745	568 157	44 221	164 780	.	.	30 820	.
1995	1 184 838	717 792	22 904	124 577	180 965	.	43 482	.
2000	1 508 707	767 457	37 478	171 494	283 215	517 620	63 744	43 634
2005	1 614 154	758 071	38 559	208 425	183 495	597 809	90 283	45 511
2010	1 011 492	456 673	14 527	102 211	177 909	357 339	72 215	46 135
2011	949 943	434 429	12 391	88 363	182 433	329 877	71 987	47 162
2012	897 209	407 468	11 818	80 932	180 636	328 681	70 257	45 500
2013	869 995	390 629	11 211	73 043	185 303	315 772	71 888	44 787
2014	823 835	371 819	10 884	61 737	184 377	305 586	74 244	44 398

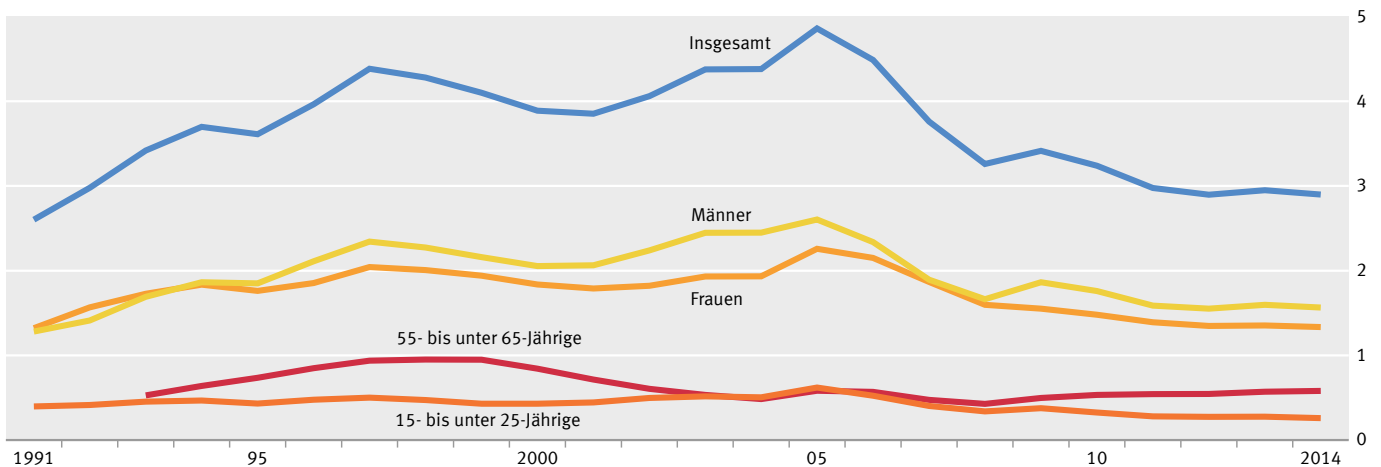
Jahresdurchschnitte. – Ab 2005 Änderung der Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II).

1 Ein Jahr und länger arbeitslos.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen

in Mill.



Jahresdurchschnitte. – Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist im Wesentlichen durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geprägt („Hartz IV-Effekt“).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2015-01-0199

13 Arbeitsmarkt

13.6 Arbeitslose

13.6.2 Nach Ländern 2014

	Registrierte Arbeitslose			Arbeitslosenquoten ¹			Gemeldete Arbeitsstellen ²
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	Anzahl			%			Anzahl
Deutschland	2 898 388	1 565 074	1 333 314	6,7	6,8	6,6	490 310
Baden-Württemberg	230 372	120 526	109 846	4,0	3,9	4,0	71 974
Bayern	264 603	141 389	123 215	3,8	3,8	3,7	73 092
Berlin	202 927	113 776	89 151	11,1	11,8	10,3	20 279
Brandenburg	124 628	68 566	56 062	9,4	9,8	8,9	12 158
Bremen	37 091	20 363	16 727	10,9	11,2	10,6	4 742
Hamburg	73 663	40 366	33 297	7,6	7,9	7,1	14 027
Hessen	184 378	98 132	86 245	5,7	5,7	5,7	35 734
Mecklenburg-Vorpommern ..	93 067	52 131	40 936	11,2	12,0	10,3	10 056
Niedersachsen	267 624	143 007	124 617	6,5	6,5	6,5	48 325
Nordrhein-Westfalen	763 213	412 016	351 198	8,2	8,3	8,1	99 525
Rheinland-Pfalz	115 741	61 998	53 744	5,4	5,4	5,3	23 602
Saarland	36 911	19 884	17 027	7,2	7,2	7,2	5 734
Sachsen	187 494	101 762	85 732	8,8	9,1	8,6	22 721
Sachsen-Anhalt	125 559	67 537	58 023	10,7	10,8	10,5	12 451
Schleswig-Holstein	100 957	55 377	45 580	6,8	7,1	6,4	16 853
Thüringen	90 160	48 245	41 915	7,8	7,8	7,8	16 776

Jahresdurchschnitt.

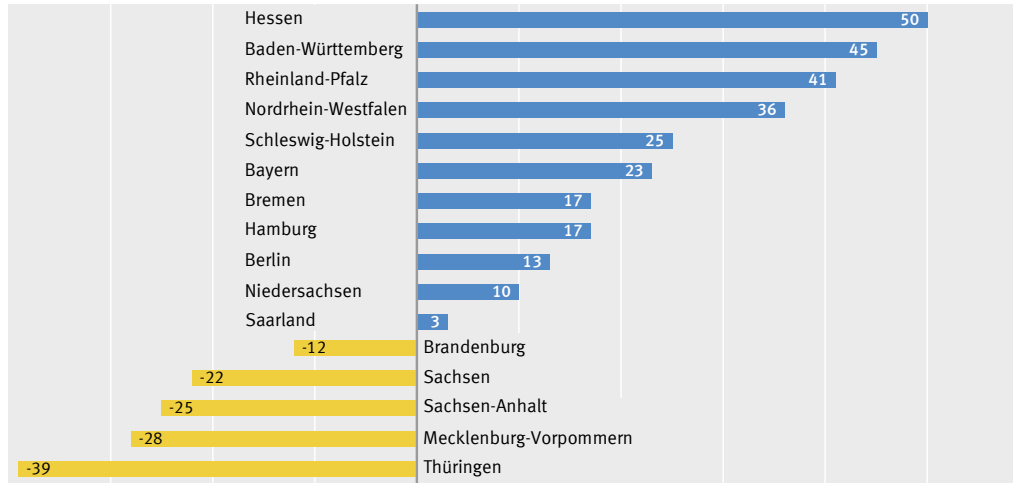
1 Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Die Angaben für Deutschland enthalten auch alle Arbeitsstellen, die der BA gemeldet sind, deren Arbeitsort jedoch im Ausland liegt. Somit ergibt die Summe aller Bundesländer nicht die Zahl für Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach Ländern 2014

Veränderung gegenüber 1991, in %



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2015 - 01 - 0200

Methodik

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung/Erwerbstätige und Erwerbslose

Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden nationalen – und international vergleichbaren – Arbeitsmarktbeobachtung benötigt, zum anderen als Bezugszahl für weitere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen für Deutschland. Daneben publiziert der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) jährliche und vierteljährliche Durchschnittszahlen zur Erwerbstätigkeit für Länder sowie jährliche Zahlen für Kreise, die auf die Eckzahlen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes abgestimmt sind.

Gesamtwirtschaftliche Monatsdaten zur Erwerbstätigkeit nach dem Inländerkonzept als Ursprungswerte und saisonbereinigte Werte werden seit 2005 gemeinsam mit Erwerbslosenzahlen und -quoten (sowohl Ursprungswerte als auch mit Trendbereinigung) publiziert. Monatliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlands-konzept werden ebenfalls veröffentlicht. Die Erwerbslosenzahlen erhebt der Mikrozensus (siehe hierzu auch den Abschnitt „Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung“).

Zu den **Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – unabhängig vom Umfang oder Ertrag dieser Tätigkeit. Hierbei liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst werden. Grundlage für die Definition bilden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), die im Einklang stehen mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Ergebnisse nach der ILO-Definition sind aufgrund ihrer großen Verbreitung und ihrer Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet.

Je nach Verwendungszweck wird die Zahl der Erwerbstätigen für Deutschland insgesamt und gegliedert nach Stellung im Beruf nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) oder nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Beide Konzepte unterscheiden sich durch den Pendlersaldo.

Die quartalsweise und jährlich veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen nach wirtschaftsfachlicher Gliederung weisen die VGR stets nach dem Inlandskonzept nach. Sie gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Berichtsperiode wird aus unterschiedlichen amtlichen und externen erwerbsstatistischen Quellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft (z. B. kurzfristige, mittelfristige und langfristige Erhebungen für einzelne Wirtschaftsbereiche) oder um Stichprobenerhebungen mit unterschiedlicher Periodizität (z. B. Mikrozensus). Daneben zählen insbesondere die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte sowie die Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst zu den wichtigsten Quellen. Insgesamt fließen zurzeit 60 erwerbsstatistische Quellen in die Experten- und ökonomischen Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung der VGR des Bundes ein. Alle Quellen werden laufend beobachtet und analysiert. Zudem erfolgen laufend Konsistenzprüfungen mit anderen Aggregaten der VGR und der arbeitsmarktstatistischen Berichterstattung.

Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft des früheren Bundesgebiets sind ab dem Jahr 1950 verfügbar. Für sechs zusammengefasste Wirtschaftsabschnitte liegen Daten ab 1970 vor. Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab 1991 für 64 Wirtschaftsabteilungen verfügbar.

Vorläufige gesamtwirtschaftliche monatliche Erwerbstätigenzahlen werden bereits 30 Tage nach Monatsende veröffentlicht. Somit liegen auch erste Quartalsergebnisse für die Gesamtwirtschaft mit Veröffentlichung des dritten Monatsergebnisses eines Quartals vor, d. h. ebenfalls nach rund 30 Tagen. Ausführliche Quartalsergebnisse werden 45 bis 50 Tage nach Quartalsende publiziert. Diese sind gegliedert nach Stellung im Beruf (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und zehn zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008). Erste vorläufige Jahresdaten werden wenige Tage nach Jahresablauf veröffentlicht.

Da die Ausgangsdaten, die für die Erwerbstätigenrechnung der VGR benötigt werden, nur sukzessive im Zeitverlauf anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten – und damit der Genauigkeitsgrad – mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Daten in mehreren Zeitabständen den jeweils aktuellen Erkenntnissen anzupassen. Mehrjährige Beobachtungen zeigen, dass die ersten vorläufigen Ergebnisse (Bundesrechnung) von den endgültigen Zahlen zur Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Letzte endgültige Zahlen werden in der Regel nach drei Jahre nach Jahresende publiziert.

Beim Vergleich mit anderen Statistiken ist zu berücksichtigen, dass es sich um zeitraumbezogene Ergebnisse handelt (Monats-, Quartals-, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte) und nicht um Stichtagsergebnisse oder Ergebnisse, die auf eine Berichtswoche bezogen sind. Indem sie umfangreiche erwerbsstatistische Informationen und aufwendige Kontrollverfahren einbezieht, gilt die Erwerbstätigenzahl der VGR als umfassendster und – vom Verlauf her – als sicherster Indikator für die Bestimmung der Gesamterwerbstätigkeit.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Seit 1957 – und für die neuen Länder seit 1991 – liefert er entsprechende statistische Informationen.

Bis 2004 bezogen sich die Fragen des Mikrozensus auf die Verhältnisse in einer einzigen Berichtswoche im Frühjahr. Seit 2005 wird der Mikrozensus als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform verteilt sich das gesamte Befragungsvolumen auf alle Wochen des Jahres, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ist es damit grundsätzlich möglich, neben Jahres- auch unterjährige Ergebnisse bereitzustellen.

Der Mikrozensus ist eine unverzichtbare Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft und die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Indem er sozioökonomische Eck- und Strukturdaten laufend bereitstellt, schließt er die Datenlücke zwischen den Bevölkerungszensens. Dabei ist er als Mehrzweckstichprobe konzipiert, die zahlreiche unterschiedliche Erhebungsteile als Ersatz für Einzelerhebungen umfasst. Für viele kleinere Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- oder Kontrollinstrument.

Die **Arbeitskräfteerhebung** (Labour Force Survey, LFS) ist seit 1968 Teil des Mikrozensus. Sie wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form durchgeführt. Der Europäischen Kommission dient der LFS als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit dem LFS gemessen.

Methodik

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt in der Regel 1 % der Bevölkerung. Im Jahr 2014 wurde die Erhebung in etwa 337 700 Haushalten mit rund 683 500 Personen durchgeführt. Die Befragung erfolgt dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder mit Hilfe von Interviewerinnen und Interviewern. Diesen stehen Laptops (CAPI) zur Verfügung. Die Befragten haben auch die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen. Die meisten Erhebungsmerkmale unterliegen der Auskunftspflicht.

Die Stichproben wurden als Zufallsstichproben aus der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. dem Bevölkerungsregister „Statistik“ (neue Länder) auf Vorrat gezogen. Ihre Aktualisierung erfolgt jährlich anhand der Bautätigkeitsstatistik. Auswahlseinheiten sind Flächen (sogenannte „Auswahlbezirke“) mit durchschnittlich neun Wohnungen (Flächenstichprobe). In den Auswahlbezirken werden alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz erfasst. Für eine hohe Genauigkeit der Ergebnisse wird die Auswahlgrundlage vor Stichprobenziehung nach Gebäudegrößenklassen und Regionaleinheiten mit durchschnittlich 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschichtet. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Auswahlbezirke ausgetauscht, d. h. die Haushalte in den Auswahlbezirken verbleiben bis zu vier Jahre in der Stichprobe („partielle Rotation“). Mit dem Zensus 2011 wurde eine neue Datengrundlage geschaffen. Die Nutzung von Zufallsstichproben auf Basis dieser Daten kann voraussichtlich ab dem Berichtsjahr 2016 erfolgen.

Die zweistufige Hochrechnung verfolgt das Ziel, zufallsbedingte und systematische Fehler zu reduzieren. Zunächst wird eine Kompensation der bekannten ausgefallenen Haushalte vorgenommen. Anschließend erfolgt eine gebundene Hochrechnung an Eckzahlen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Ab der Veröffentlichung der Jahresergebnisse für den Mikrozensus 2013 werden Bevölkerungseckwerte auf Basis des Zensus 2011 genutzt. Um Vergleiche zu Vorjahresergebnissen zu ermöglichen, wurden auch die Hochrechnungsfaktoren für die Ergebnisse der Jahre 2011 und 2012 neu berechnet.

Aufgrund der Auskunftspflicht liegt die Ausfallquote der Haushalte („Unit-Nonresponse“) im Mikrozensus auf Jahresebene nur bei ca. 5 %. Hierbei handelt es sich überwiegend um nicht erreichbare Personen. Die Quote der Nichtbeantwortung einer Frage bzw. eines Merkmals („Item-Nonresponse“) liegt in den meisten Fällen für wichtige Merkmale deutlich unter 10 %. In Einzelfällen – insbesondere bei sensiblen Merkmalen mit freiwilliger Auskunftserteilung – kann sie aber deutlich höher liegen.

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 – d. h. weniger als 50 Fälle in der Stichprobe – geht der einfache relative Standardfehler über 15 % hinaus. Solche Ergebnisse sollten wegen ihres geringen Aussagewertes für Vergleiche nicht herangezogen werden. Besetzungszahlen unter 5 000 werden deshalb bei Veröffentlichungen durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Der Mikrozensus liefert Informationen über die Erwerbsbeteiligung, den erlernen und ausgeübten Beruf sowie weitere arbeitsplatz- und betriebsbezogene Merkmale. Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur (Demografie), dem Haushalts- und Familienzusammenhang sowie über die Bildung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Merkmale der LFS, zu denen auch die zur Erwerbsbeteiligung gehören, werden für die EU-Mitgliedstaaten und eine Reihe weiterer Länder harmonisiert erhoben. Dies bedeutet, die Erhebungen sind europaweit vergleichbar.

Der Erwerbsstatus wird nach dem **Labour-Force-Konzept** erfasst. Dieses hat die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) entwickelt. In der EU wurde dieses Konzept konkretisiert. Das Konzept stellt die internationale Vergleichbarkeit der Merkmale sicher. Danach wird jeder Person der Bevölkerung ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben: Eine Person ist entweder erwerbstätig oder erwerbslos. Andernfalls zählt sie als Nichterwerbsperson. In die **nationale Berichterstattung** fließen die Erwerbslosenzahlen und -quoten ein, die auf Basis des Mikrozensus bestimmt wurden.

Die weitergehenden Strukturmerkmale des Mikrozensus und darauf basierende Analysen finden Eingang in Hauspublikationen wie den Datenreport (gemeinsam herausgegeben mit „GESIS“ und „WZB“), die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und das Online-Magazin „STATmagazin“. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt und ausführliche methodische Erläuterungen finden sich in der Fachserie 1, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ sowie in Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“.

Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und aus dem Mikrozensus unterscheiden sich, obwohl beide im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept ermittelt werden. Dies ist vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen:

Der *Mikrozensus* ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet, dem Stichprobenzufallsfehler. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering.

Das *Labour-Force-Konzept* zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltsbefragungen z. T. nicht vollständig, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Die *Erwerbstätigenrechnung* greift dagegen im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur „Geringfügigen Beschäftigung“ zurück. Sie zielt generell darauf ab, ein möglichst umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit aus ökonomischer Sicht zu erlangen.

Die unterschiedlichen methodischen Ansätze implizieren unterschiedliche Anwendungsgebiete beider Erhebungen. Für die Betrachtung konjunktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen der Erwerbstätigkeit wird die Zahl aus der Erwerbstätigenrechnung herangezogen. Die Arbeitskräfteerhebung bzw. der Mikrozensus werden dagegen meist verwendet für europäische Vergleiche sowie für differenziertere Analysen von Teilpopulationen.

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Die Personalstandstatistik erhebt Daten zum Personal der öffentlichen Arbeitgeber. Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundes-eisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Die Personalstandstatistik ist Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die Ergebnisse sind ferner Grundlage für Benchmarking, insbesondere im kommunalen Bereich. Sie werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenziale zu erkennen. Die Personalstandstatistik bildet die Basis für Berechnungen im Zusammenhang mit künftigen Versorgungsausgaben und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Darüber hinaus fließen ihre Ergebnisse in die Erwerbstätigenrechnung und die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit ein.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die **Beschäftigungsstatistik** der Bundesagentur für Arbeit (BA) beruht auf dem „Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“. Dieses wurde mit Wirkung vom 1.1.1973 im früheren Bundesgebiet eingeführt, nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine vollständige Überarbeitung und Neugestaltung des Verfahrens erfolgte zum 1.1.1999. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitliche Meldungen an die Sozialversicherungsträger über demografische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände. Die maschinelle Verarbeitung der anfallenden Betriebsmeldungen ermöglicht sowohl Auswertungen zur kurzfristigen, laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung als auch weitergehende Strukturanalysen und -vergleiche in größeren Zeitabständen.

Vierteljährliche Bestandsergebnisse zum Quartalsende für das frühere Bundesgebiet liegen seit dem Stichtag 30.6.1974 vor, für die neuen Länder und Berlin-Ost – von gewissen Einschränkungen der Merkmalsgliederungen abgesehen – seit dem 31.3.1992.

Die Daten werden in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren erhoben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber übermitteln ihre Meldungen in der Regel an die zuständigen Krankenkassen. Diese prüfen die Meldungen auf formale und inhaltliche Richtigkeit und nehmen – falls erforderlich – Korrekturen vor. Die von den Krankenkassen geprüften Daten werden an die Datenstellen der Rentenversicherung weitergeleitet.

Nach einer weiteren Prüfung werden die Daten, die für die Arbeitsverwaltung relevant sind, an die BA übermittelt. Diese führt für jede versicherte Person unter ihrer Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle eingehenden Meldungen in der Reihenfolge des Wirksamkeitsdatums gespeichert werden. Diese Versichertendatei („Register“) bildet die Grundlage stichtagsbezogener Auszahlungen für statistische Zwecke.

Der Beschäftigtenbestand wird monatlich durch eine automatisierte Auswertung der Versichertenkonten durchgeführt, jeweils sechs Monate nach dem Berichtsstichtag (jeweils letzter Tag eines Monats). Die Wartezeit von sechs Monaten zwischen Berichtsstichtag und Auszahlungszeitpunkt ist ein Kompromiss zwischen größtmöglicher Aktualität der Ergebnisse und möglichst vollständiger Erfassung aller für den Berichtsstichtag relevanten Meldungen. Erfahrungsgemäß liegen der BA nach sechs Monaten etwa 95 % der Meldungen vor.

Die BA stellt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder über eine online zugängliche Datenbank das Datenmaterial zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten insbesondere für Auswertungen im Rahmen des erwerbsstatistischen Berichtssystems. Die Statistischen Ämter der Länder nutzen sie für vertiefte Regionalanalysen.

Als Registerauswertung ermöglicht die Beschäftigungsstatistik gegenüber den Stichprobenerhebungen eine weitaus tiefere Differenzierung in den Merkmalskombinationen, vor allem nach Regionen und wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe.

Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen laut Erwerbstätigenrechnung stellen die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anteil von knapp 71 %. Berücksichtigt man zusätzlich die geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die auch Sozialabgaben geleistet werden, erhöht sich dieser Anteil auf fast 83 %.

Abweichungen zu Ergebnissen anderer erwerbsstatistischer Quellen (z. B. dem Mikrozensus) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden. Diese betreffen u. a. den Berichtszeitraum (Stichtag, Zeitraum, Berichtswoche), den Berichtsweg (Betriebsmeldung, Selbstauskünfte von Haushalten) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (Arbeitsort, Wohnort).

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse sind bei der Bundesagentur für Arbeit erhältlich. Entsprechende Informationen im Internetangebot der BA finden Sie unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Die Statistik der geringfügigen Beschäftigung umfasst zum einen die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Seit dem 1.1.2013 liegt die Geringfügigkeitsgrenze bei 450 Euro (Minijobs). Eine Zeitgrenze (vormals weniger als 15 Stunden in der Woche) gibt es nicht mehr. Zum anderen zählt die kurzfristige Beschäftigung mit weniger als 50 Arbeitstagen pro Kalenderjahr (im Zeitraum vom 1.1.2015 bis 31.12.2018: 3 Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage) zur geringfügigen Beschäftigung.

Die Grundlage der Statistik der geringfügigen Beschäftigung bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Eine weitere Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung durch die Hartz-Gesetze erfolgte am 1.4.2003. Danach ist neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird. Der Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung bleibt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, wenn die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag entrichtet und die Einkünfte der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers zusammen monatlich 450 Euro nicht übersteigen.

Die statistischen Informationen werden nur noch an eine zentrale Stelle entrichtet, die „Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft“ in Essen.

Auf der Basis der Meldungen über geringfügig Beschäftigte kann monatlich, nach einer Wartezeit von wenigstens sechs Monaten, eine zuverlässige Statistik erstellt werden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen Ergebnisse zu „geringfügig entlohnten Beschäftigten“ (ausschließlich und im Nebenjob). Daten zur „kurzfristigen Beschäftigung“ werden nicht aufbereitet. Quartalsauswertungen zur ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung stehen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ab 30.6.1999 und die im Nebenjob geringfügig Beschäftigten ab Juni 2003 zur Verfügung.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat im August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik durchgeführt. Hintergrund ist u. a. eine modernisierte Datenaufbereitung und eine Erweiterung der Personengruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Abweichung der neu aufbereiteten Daten zu früheren veröffentlichten Ergebnissen waren so bedeutend, dass eine rückwirkende Revision der Daten ab 1999 erforderlich war.

■ Arbeitslose, Arbeitsuchende und gemeldete Stellen

Datengrundlage für die Erstellung der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** sind die Meldungen der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger). Diese Statistik ist damit eine Vollerhebung und umfasst alle bei den zuständigen Trägern gemeldeten Personen.

Grundlage für die **Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen** sind die bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern in gemeinsamer Einrichtung zur Vermittlung gemeldeten Stellenangebote.

Ergebnisse über Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und gemeldete Stellen/Arbeitsstellen sind für das frühere Bundesgebiet ab 1950 verfügbar. Für die neuen Länder liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor.

Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft durch folgende verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist:

Bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) abgegrenzt. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung und werden im Folgenden entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit der Einführung des SGB II ab dem 1.1.2005 in Deutschland geändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die BA im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Weitere Definitionen und Abgrenzungen hinsichtlich der dargestellten Personengruppen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ausgewiesenen Größen sind im Sozialgesetzbuch (SGB III und IV) festgelegt.

Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich daher ab Januar 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen. Ab Berichtsmonat Januar 2007 werden diese Daten integriert verarbeitet (vorher additiv).

Außerdem wurde der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA ab 2005 auf die Monatsmitte gelegt. Bis dahin wurden statistische Erhebungen jeweils am Monatsende durchgeführt. Damit kann in der Regel schon am Ende des Berichtsmonats über den Arbeitsmarkt berichtet werden. Zudem passen Monatsmittezahlen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes nach dem Konzept der ILO.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die BA monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten und gemeldete Arbeitsstellen nach ausgewählten Merkmalen sowie die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.

In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erfasst die BA die Zahl der Stellenangebote, die ihr von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestimmt durch die

Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Betrieben das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Seit 2006 erfolgt die Befragung quartalsweise und die Ergebnisse fließen u. a. in die EU-Statistik für offene Stellen ein.

Nach den Ergebnissen dieser Betriebsbefragung erfasst die BA mit den ihr gemeldeten Arbeitsstellen rund die Hälfte des gesamten Stellenangebots. Insofern hat die BA-Monatsstatistik der gemeldeten Arbeitsstellen zwar ihre Bedeutung als Konjunkturindikator, ist aber zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet.

Die monatliche Arbeitsmarktberichterstattung über die Bestandsergebnisse der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten sowie deren Veränderung sind von höchstem politischem und öffentlichem Interesse. Diese hochaktuellen Arbeitsmarktdaten werden – gemeinsam mit den Erwerbstätigen- und Erwerbslosendaten des Statistischen Bundesamtes – als wichtigste Indikatoren für die Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Allerdings eignen sich die Daten der BA nur für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung. Wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist ihre Aussagekraft für internationale Vergleiche stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund werden für zwischenstaatliche Vergleiche die Daten der Erwerbslosen nach der ILO-Definition aus dem Mikrozensus bzw. der Arbeitskräftestichprobe in der Europäischen Union verwendet.

Ausführliche methodische Hinweise können Sie den Monats-, Methoden- und Qualitätsberichten der BA entnehmen.

Diese sowie weitere statistische Informationen finden Sie im Internetangebot der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Abhängig Beschäftigte/abhängig Erwerbstätige/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die ihre Haupttätigkeit auf vertraglicher Basis für eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber in einem abhängigen Arbeitsverhältnis ausüben und hierfür eine Vergütung erhalten. Nicht von Bedeutung dabei ist der zeitliche Umfang der ausgeübten Tätigkeit oder ob aus dieser der überwiegende Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Altersteilzeit | Sie ermöglicht älteren Beschäftigten eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens (Blockmodell) oder einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (Teilzeitmodell). Während der Gesamtlaufzeit der Altersteilzeit wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Die Personalstandstatistik weist alle Altersteilzeitbeschäftigten als Teilzeitbeschäftigte nach – unabhängig davon, welches Modell gewählt wurde und in welcher Phase sie sich befinden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen in beruflicher Ausbildung einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre, Führungskräfte und Hauspersonal. Ebenfalls den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugeordnet werden geringfügig entlohnte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte einschließlich Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende sowie – nach Aussetzung der Wehrpflicht – Personen im freiwilligen Wehrdienst und Freiwilligendienst sowie Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, wenn sie in diesen Gesellschaften arbeiten. Auch dazu zählen Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie Personen in Beschäftigungsprogrammen, z. B. von den Arbeitsagenturen geförderte Beschäftigungen wie „Ein-Euro-Jobs“. Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, gelten ebenfalls als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlaub, Krankheit, Streik, Elternurlaub, Altersteilzeit in Freistellungsphase usw.).

Personalstandstatistik | Das sind Beschäftigte in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Hierunter fallen Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Dienstleistungsangestellte. Beamtinnen und Beamte sind nicht enthalten.

Arbeitslose | Als Arbeitslose nach § 16 SGB III zählen Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind,
- in der Bundesrepublik Deutschland wohnen,
- nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben,
- sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a (1) SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.

Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer | Nichtdeutsche Arbeitslose, die eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Arbeitslose Schwerbehinderte | Schwerbehinderte im Sinne des § 2 (2) SGB IX sind Personen, die über einen Grad der Behinderung von wenigstens 50 verfügen. Den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können.

Arbeitslosenquote | Sie zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Beziehung setzt. Der Kreis der Erwerbstätigen als ein Teil der

Bezugsgröße kann unterschiedlich abgegrenzt werden:

- Alle zivilen Erwerbstätigen: Sie ergeben sich aus der Summe der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldatinnen und Soldaten) sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.
- Alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen: Sie ergeben sich aus der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildende), der geringfügig Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten), der Personen in Arbeitsgelegenheiten und der auspendelnden Grenzarbeiterinnen und Grenzarbeiter. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition (seit 1950).

Aufgabenbereich | Die Untergliederung erfolgt in Abstimmung mit der Finanzstatistik auf der Grundlage des geltenden staatlichen Funktionenplans bzw. des kommunalen Gliederungsplans oder Produktrahmens. Die Zusammenfassung der staatlichen und kommunalen Aufgabenbereiche wird entsprechend dem Schlüssel der Finanzstatistik vorgenommen.

Auszubildende | Das sind Personen in anerkannten Ausbildungsberufen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre).

Beamtinnen und Beamte | *Mikrozensus* | Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst), Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten. Ferner zählen auch Personen im freiwilligen Wehrdienst, Pfarrerinnen und Pfarrer, Priester und andere kirchlichen Würdenträgerinnen und Würdenträger dazu.

Personalstandstatistik | Bedienstete, die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, einschließlich der Beamtinnen und Beamten in Ausbildung und der Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt.

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) | Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Bundesbereich | Personal des Bundes sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes stehen, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit (Öffentlicher Dienst im Bundesbereich).

Einstufung | Die Beschäftigten sind bei den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nachgewiesen, die für die Auszahlung der Bezüge zum Zeitpunkt des Berichtsstichtags maßgeblich waren.

Erwerbstätigenquote | Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der selben Altersgruppe.

Erwerbslose | Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Erwerbslosenquote | Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende

Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.

Erwerbstätige | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. In der *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* werden je nach Verwendungszweck die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept) oder mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) dargestellt.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle effektiv geleisteten Arbeitsstunden von erwerbstätigen Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von deren Wohnort. Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereit. Zur Berechnung der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben, tarifliche Vorgaben (wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden, Arbeitszeitkontensalden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf sowie Teilzeitbeschäftigung (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) berücksichtigt. Als Quellen werden neben den Geschäftsstatistiken der BA Statistiken des Statistischen Bundesamtes, das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandstatistik des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und eigene Erhebungen des IAB verwendet.

Gemeldete Arbeitsstellen | Sozialversicherungspflichtige, geringfügige oder sonstige Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Tagen, die den Arbeitsagenturen und den gemeinsamen Einrichtungen (§ 44b SGB II) zur Besetzung gemeldet wurden. Da keine generelle Meldepflicht besteht, handelt es sich nur um einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

Geringfügige Beschäftigung | Es werden zwei Arten von geringfügigen Beschäftigungen im Bereich der Beschäftigungsstatistik unterschieden:

- Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Seit dem 1.1.2013 liegt die Grenze bei 450 Euro. Diese Beschäftigung kann ausschließlich oder als Nebenjob zu einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden.
- Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die innerhalb eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage (im Zeitraum vom 1.1.2015 bis 31.12.2018: 3 Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage) nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.

Kommunaler Bereich | Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Kommunen stehen (Öffentlicher Dienst im kommunalen Bereich).

Landesbereich | Personal der Länder sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Länder stehen, ohne Sozialversicherungsträger (Öffentlicher Dienst im Landesbereich).

Langzeitarbeitslose | Alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern arbeitslos gemeldet waren.

Mithelfende Familienangehörige | Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb mithelfen, der von einem Familienmitglied als Selbstständige bzw. als Selbstständiger geleitet wird. Sie

erhalten hierfür keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Für sie werden keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

Nichterwerbspersonen | Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Öffentlicher Dienst | Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Personal im öffentlichen Dienst | Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter) einschließlich des Personals in Ausbildung. Nicht enthalten sind geringfügig Beschäftigte, Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige („Ein-Euro-Jobs“) sowie Freiwilligendienste.

Richterinnen und Richter | Berufsrichterinnen bzw. -richter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes.

Selbstständige | Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter leiten (einschließlich selbstständiger Handwerkerinnen und Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeisterinnen und Zwischenmeister. Zu den Selbstständigen zählen auch von den Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige, z. B. Empfängerinnen und Empfänger von Einstiegsgeld und Gründungszuschuss.

Soldatinnen und Soldaten | Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten. Freiwillig Wehrdienstleistende sind nicht enthalten.

Sozialversicherung | Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit. In Anlehnung an die Finanzstatistik und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dieser Bereich gesondert dargestellt, obwohl es sich um Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform handelt, die unter der Rechtsaufsicht von Bund und Ländern stehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherungen oder nach dem Recht der Arbeitsförderung SGB III zu zahlen sind. Dazu gehören auch insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikantinnen und Praktikanten, Werkstudentinnen und Werkstudenten, Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden, behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen, Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe, Berufsbildungswerken oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen sowie Personen, die ein freiwilliges soziales, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst ableisten.

Teilzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person beträgt (einschließlich aller Beschäftigten in Altersteilzeit, unabhängig vom gewählten Modell).

Vollzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt (bei Lehrkräften entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden). Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum Arbeitsmarkt finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 13, Daten zum Personal des öffentlichen Dienstes unter Code 74

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung / Erwerbstätige und Erwerbslose

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.1 | Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.2 | Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/14 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6 | Personal des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/11 | Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte / Arbeitslose / Arbeitsstellen

Bundesagentur für Arbeit – Statistik (www.statistik.arbeitsagentur.de)

■ Themenübergreifend

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.2 | Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse

Reihe 1.4 | Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse

Reihe 1.5 | Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/14 | Auf dem Weg zur Gleichstellung?

Heft 9/14 | Erwerbstätigkeit in Deutschland – Ergebnisse des Zensus 2011

Broschüren

| Qualität der Arbeit (2012)

| Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt (2012)

■ STATmagazin

| Berufspendler: Infrastruktur wichtiger als Benzinpreis (2014)

| Erwerbstätigkeit 2014 weiterhin auf Wachstumskurs (2015)



14 Verdienste und Arbeitskosten

Vollzeitbeschäftigte verdienen durchschnittlich knapp über **46 500 Euro** brutto im Jahr | **Stundenverdienste** im **früheren Bundesgebiet** gut **ein Drittel höher** als in **neuen Ländern** | Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **in leitender Stellung** verdienen rund **drei Mal so viel** wie **Ungelernte** | Eine **Stunde Arbeit kostet** in Deutschland durchschnittlich **31,80 Euro** | **Tarifverdienste** stiegen 2014 **stärker** als tatsächlich gezahlte **Verdienste** | Seit **1. Januar 2015 flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn** in Deutschland

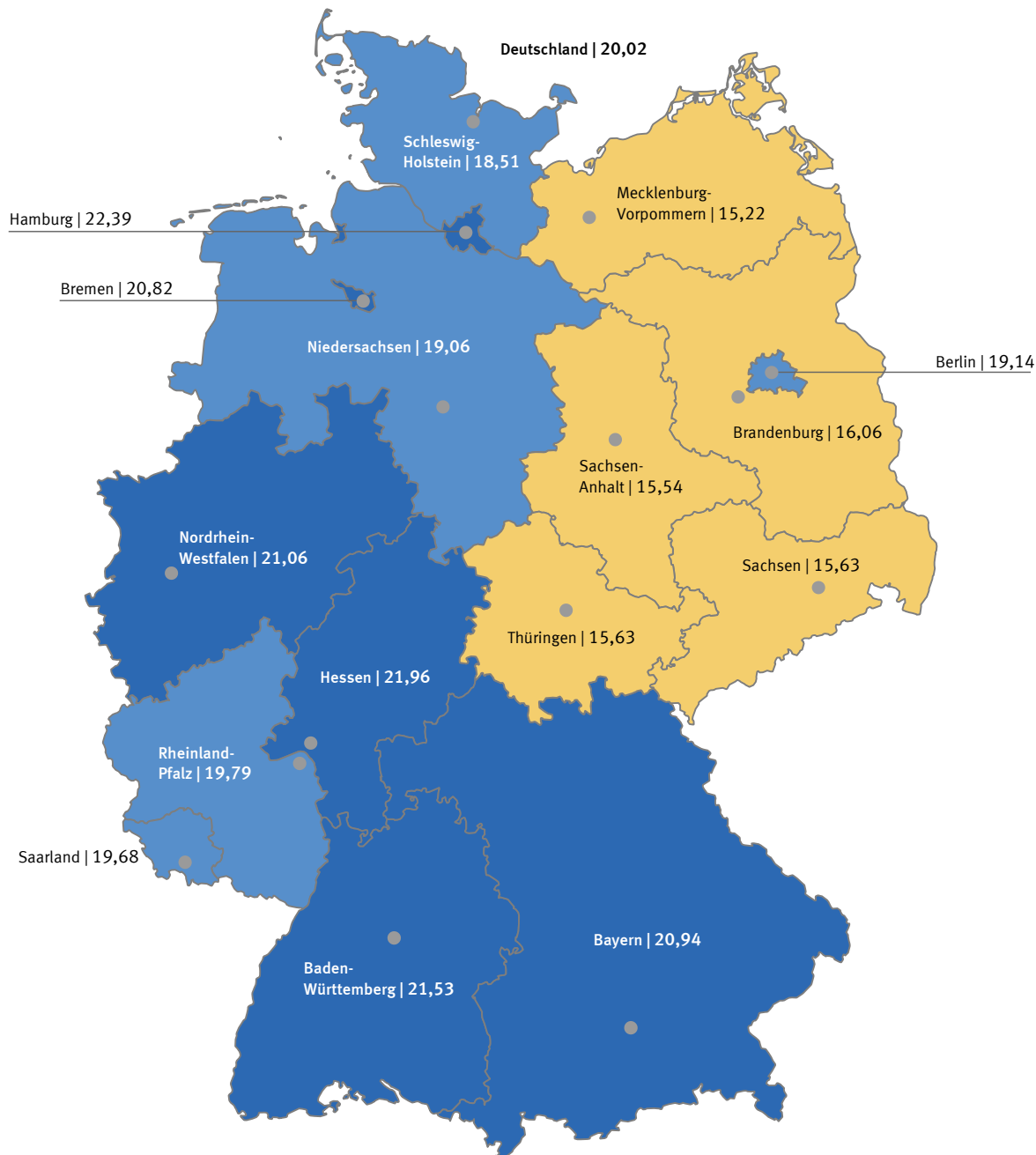
<i>Seite</i>	
373	Auf einen Blick
	Tabellen
374	Bruttoverdienste Nach Wirtschaftszweigen Nach Geschlecht Nach Beschäftigungsart Nach Betriebsgrößenklassen Nominallohnindex
378	Tarifverdienste und Mindestlöhne Index der tariflichen Monatsverdienste Tarifbindung Tarifverdienste Mindestlöhne
380	Verdienste im öffentlichen Dienst Besoldung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten Tarifverdienste der Beschäftigten bei Bund und Kommunen
381	Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde Nach Wirtschaftszweigen Zusammensetzung der Arbeitskosten
383	Methodik
385	Glossar
386	Mehr zum Thema

14.0 Auf einen Blick

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2014

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (einschl. Beamtinnen und Beamte) im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, in EUR

■ unter 18
 ■ 18 bis unter 20
 ■ 20 und mehr



14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst		
			insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Sonderzahlungen
			Stunden	EUR					
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,1	22,82	20,74	3 881	3 527	46 575	42 325	4 250
B-N	Privatwirtschaft ²	38,9	23,18	20,75	3 923	3 512	47 082	42 138	4 944
B-F	Produzierendes Gewerbe	38,5	24,29	21,74	4 067	3 641	48 807	43 697	5 110
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,5	24,92	22,22	4 390	3 914	52 676	46 972	5 704
C	Verarbeitendes Gewerbe	38,3	25,43	22,61	4 236	3 766	50 835	45 196	5 640
D	Energieversorgung	38,7	31,07	27,17	5 225	4 570	62 700	54 846	7 854
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,4	19,55	18,03	3 429	3 163	41 154	37 956	3 198
F	Baugewerbe	39,1	18,34	17,22	3 118	2 927	37 415	35 120	2 295
G-S	Dienstleistungsbereich	39,5	21,99	20,17	3 773	3 460	45 275	41 525	3 749
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	39,3	22,16	19,82	3 787	3 388	45 440	40 654	4 786
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,4	20,97	18,86	3 587	3 225	43 046	38 706	4 341
H	Verkehr und Lagerei	40,7	17,71	16,43	3 130	2 904	37 559	34 844	2 714
I	Gastgewerbe	39,6	12,80	12,27	2 205	2 113	26 455	25 354	(1 101)
J	Information und Kommunikation	39,2	31,10	27,48	5 299	4 683	63 591	56 192	7 399
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,6	33,84	28,12	5 675	4 715	68 104	56 578	11 525
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	38,8	25,34	22,24	4 277	3 755	51 325	45 055	(6 270)
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	28,13	24,83	4 799	4 235	57 583	50 826	6 757
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,6	14,38	13,66	2 410	2 289	28 925	27 473	1 452
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	39,7	21,74	20,72	3 751	3 575	45 014	42 898	2 117
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	39,9	20,87	20,10	3 622	3 488	43 466	41 859	1 607
P	Erziehung und Unterricht	40,0	24,47	23,71	4 250	4 118	51 004	49 417	1 587
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	21,49	20,20	3 685	3 463	44 215	41 560	2 655
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,5	21,44	19,74	3 679	3 387	44 148	40 643	3 506
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,2	20,76	19,20	3 533	3 269	42 397	39 226	3 171

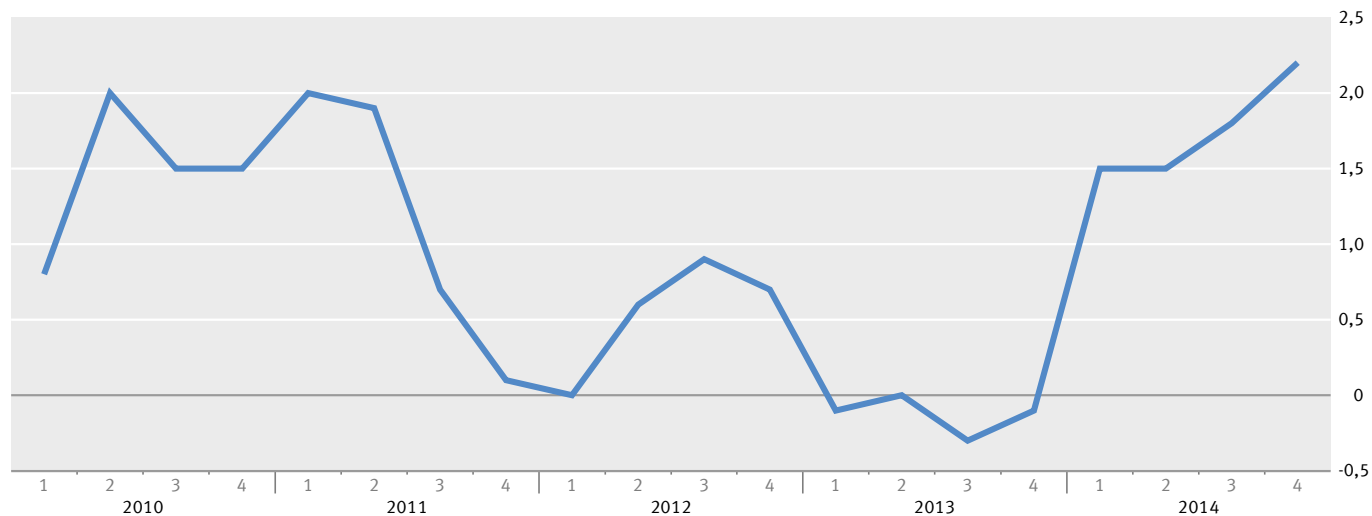
Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Reallohnindex

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in %



Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

2015 - 01 - 0202

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.2 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin			Neue Länder		
		Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen		
		Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst
		EUR		%	EUR		%	EUR		%
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3 728	3 075	82,5	3 864	3 156	81,7	2 818	2 657	94,3
B-N	Privatwirtschaft ²	3 690	2 962	80,3	3 845	3 086	80,3	2 651	2 262	85,3
B-F	Produzierendes Gewerbe	3 762	3 046	81,0	3 931	3 201	81,4	2 721	2 310	84,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 930	3 744	95,3	4 025	3 764	93,5	3 577	3 711	103,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 941	3 021	76,7	4 098	3 184	77,7	2 806	2 195	78,2
D	Energieversorgung	4 737	3 902	82,4	4 847	3 973	82,0	4 050	3 647	90,0
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	3 163	3 160	99,9	3 278	3 295	100,5	2 713	2 869	105,8
F	Baugewerbe	2 931	2 870	97,9	3 085	2 991	97,0	2 333	2 419	103,7
G-S	Dienstleistungsbereich	3 701	3 082	83,3	3 812	3 145	82,5	2 905	2 751	94,7
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	3 607	2 920	81,0	3 747	3 030	80,9	2 555	2 232	87,4
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 486	2 706	77,6	3 604	2 805	77,8	2 459	2 016	82,0
H	Verkehr und Lagerei	2 919	2 829	96,9	3 021	2 879	95,3	2 351	2 560	108,9
I	Gastgewerbe	2 299	1 913	83,2	2 383	2 013	84,5	1 849	1 575	85,2
J	Information und Kommunikation	4 995	3 788	75,8	5 077	3 880	76,4	4 114	3 093	75,2
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5 307	3 873	73,0	5 358	3 922	73,2	4 158	3 337	80,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	4 110	3 261	79,3	4 376	3 406	77,8	2 815	2 686	95,4
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	4 800	3 346	69,7	4 924	3 451	70,1	3 598	2 550	70,9
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 327	2 186	93,9	2 410	2 266	94,0	1 918	1 814	94,6
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	3 901	3 246	83,2	3 951	3 268	82,7	3 574	3 144	88,0
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 594	3 288	91,5	3 615	3 273	90,5	3 456	3 335	96,5
P	Erziehung und Unterricht	4 427	3 858	87,1	4 458	3 848	86,3	4 173	3 907	93,6
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 245	3 050	71,8	4 313	3 094	71,7	3 806	2 828	74,3
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	3 882	2 670	68,8	4 043	2 724	67,4	3 159	2 484	78,6
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 783	2 816	74,4	3 936	2 916	74,1	2 749	2 210	80,4

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.3 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen 2014

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Analyse Zwecken in verschiedene Leistungsgruppen eingestuft. Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnissen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende Fachkenntnisse erfordern. In der Regel ist hierzu ein Hochschulstudium erforderlich. In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. In der Regel erfordert dies eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist. Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber Fertigkeiten für spezielle, branchenbündene Aufgaben erforderlich sind. In der **Leistungsgruppe 5** werden „Ungeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammengefasst, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Geschlecht	Deutschland					Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin					Neue Länder						
	Leistungsgruppen	bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen		
Stunden	EUR				Stunden	EUR				Stunden	EUR						
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)																	
Insgesamt ...	35,6	21,94	20,02	3 397	3 099	35,4	22,85	20,77	3 516	3 195	36,9	16,60	15,64	2 665	2 511		
Männer ...	38,3	23,94	21,65	3 988	3 607	38,3	24,96	22,49	4 149	3 738	38,8	17,30	16,22	2 919	2 737		
Frauen ...	32,2	18,94	17,56	2 650	2 458	31,7	19,57	18,08	2 697	2 492	34,9	15,77	14,95	2 389	2 265		
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen																	
Insgesamt ...	39,1	22,82	20,74	3 881	3 527	39,1	23,78	21,52	4 035	3 652	39,6	17,06	16,04	2 935	2 760		
1	39,6	43,03	37,44	7 409	6 446	39,6	44,23	38,27	7 610	6 584	39,9	33,39	30,78	5 781	5 330		
2	39,1	27,26	24,75	4 638	4 210	39,1	28,09	25,41	4 771	4 316	39,6	21,31	19,96	3 665	3 433		
3	39,1	18,61	17,21	3 160	2 922	39,0	19,41	17,89	3 288	3 030	39,6	14,44	13,67	2 487	2 354		
4	39,2	15,23	14,21	2 591	2 417	39,1	15,84	14,73	2 690	2 502	39,6	11,77	11,22	2 024	1 930		
5	38,5	12,78	12,05	2 136	2 014	38,4	13,08	12,32	2 185	2 057	38,8	10,41	9,97	1 755	1 679		
Männer ...	39,2	24,21	21,87	4 127	3 728	39,2	25,23	22,70	4 294	3 864	39,7	17,44	16,35	3 007	2 818		
1	39,6	45,66	39,30	7 857	6 762	39,6	46,74	40,03	8 037	6 884	39,8	35,59	32,43	6 161	5 614		
2	39,2	28,75	25,94	4 893	4 414	39,1	29,54	26,58	5 021	4 518	39,6	21,86	20,33	3 762	3 500		
3	39,2	19,31	17,85	3 289	3 039	39,1	20,18	18,58	3 427	3 157	39,7	14,63	13,85	2 525	2 391		
4	39,4	15,81	14,74	2 704	2 522	39,3	16,42	15,27	2 804	2 608	39,7	12,16	11,60	2 099	2 003		
5	38,6	13,07	12,36	2 195	2 074	38,6	13,37	12,62	2 244	2 118	38,8	10,69	10,24	1 801	1 725		
Frauen ...	38,9	19,68	18,18	3 328	3 075	38,8	20,34	18,72	3 430	3 156	39,4	16,36	15,50	2 804	2 657		
1	39,7	34,26	31,25	5 912	5 392	39,7	35,27	31,97	6 080	5 511	39,9	28,90	27,42	5 009	4 751		
2	39,1	24,09	22,21	4 093	3 774	39,0	24,77	22,73	4 200	3 856	39,5	20,56	19,46	3 531	3 343		
3	38,9	17,14	15,88	2 895	2 682	38,7	17,79	16,42	2 995	2 765	39,5	14,10	13,34	2 417	2 286		
4	38,6	13,57	12,68	2 273	2 124	38,4	14,13	13,16	2 359	2 197	39,2	10,82	10,30	1 843	1 754		
5	38,2	12,27	11,52	2 035	1 911	38,1	12,58	11,78	2 081	1 950	38,8	9,95	9,51	1 677	1 602		
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)																	
Insgesamt ...	25,0	17,78	16,61	1 933	1 806	24,4	18,38	17,12	1 946	1 813	29,0	14,75	14,01	1 858	1 765		
1	25,5	31,89	29,96	3 538	3 324	25,1	32,43	30,37	3 534	3 310	28,6	28,64	27,52	3 559	3 420		
2	26,2	23,92	22,29	2 726	2 540	25,6	24,47	22,75	2 725	2 533	30,9	20,41	19,34	2 736	2 592		
3	25,2	17,28	16,03	1 891	1 755	24,4	17,92	16,58	1 902	1 760	29,4	14,31	13,52	1 829	1 727		
4	25,0	12,86	12,10	1 398	1 316	24,4	13,34	12,52	1 412	1 326	28,4	10,74	10,24	1 325	1 263		
5	22,9	11,15	10,63	1 111	1 059	22,4	11,41	10,87	1 112	1 059	26,5	9,52	9,21	1 098	1 062		
Männer ...	25,9	18,40	17,22	2 073	1 939	25,4	19,11	17,83	2 112	1 972	28,7	14,79	14,06	1 842	1 751		
1	25,2	34,34	32,01	3 754	3 500	25,1	35,02	32,55	3 812	3 544	25,9	29,87	28,46	3 358	3 200		
2	27,4	25,69	23,74	3 061	2 829	27,2	26,36	24,29	3 114	2 869	29,2	21,12	19,99	2 677	2 534		
3	26,8	17,74	16,48	2 067	1 919	26,3	18,57	17,20	2 119	1 962	29,7	13,90	13,15	1 795	1 697		
4	26,4	12,47	11,84	1 428	1 355	25,7	12,84	12,18	1 435	1 361	29,3	10,95	10,45	1 393	1 329		
5	23,7	10,73	10,34	1 106	1 066	23,2	10,91	10,52	1 100	1 061	27,3	9,66	9,28	1 147	1 102		
Frauen ...	24,9	17,67	16,50	1 908	1 782	24,2	18,24	16,99	1 916	1 785	29,1	14,74	14,00	1 861	1 768		
1	25,7	30,89	29,13	3 448	3 251	25,1	31,36	29,47	3 419	3 213	29,7	28,19	27,18	3 642	3 512		
2	26,0	23,64	22,06	2 675	2 496	25,4	24,17	22,50	2 666	2 482	31,1	20,31	19,24	2 746	2 602		
3	25,0	17,22	15,98	1 872	1 737	24,2	17,84	16,51	1 878	1 738	29,4	14,36	13,56	1 833	1 731		
4	24,7	12,95	12,17	1 391	1 307	24,1	13,45	12,60	1 407	1 318	28,2	10,68	10,18	1 308	1 247		
5	22,7	11,28	10,72	1 112	1 057	22,2	11,56	10,97	1 116	1 059	26,3	9,47	9,18	1 082	1 049		
nachrichtlich: Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen																	
Insgesamt ...	-	-	-	303	-	-	-	-	309	-	-	-	-	(250)	-		
Männer ...	-	-	-	294	-	-	-	-	301	-	-	-	-	(240)	-		
Frauen ...	-	-	-	309	-	-	-	-	314	-	-	-	-	258	-		

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten
 14.1 Bruttoverdienste
 14.1.4 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen bzw. -eigenschaften 2014

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin		Neue Länder	
	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	EUR					
Betriebe insgesamt	3 881	3 527	4 035	3 652	2 935	2 760
nach Betriebsgrößenklassen						
mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen						
bis zu 49	3 197	2 960	3 360	3 100	2 418	2 292
50 – 99	3 427	3 133	3 606	3 284	2 573	2 416
100 – 249	3 675	3 333	3 834	3 463	2 771	2 593
250 – 499	4 037	3 612	4 157	3 710	3 234	2 960
500 – 999	4 597	4 068	4 712	4 157	3 517	3 240
1 000 und mehr	5 360	4 643	5 415	4 683	4 273	3 858
nach Betriebseigenschaften						
Mit Handwerkseigenschaft	3 037	2 847	3 198	2 988	2 295	2 198
Ohne Handwerkseigenschaft	3 982	3 608	4 131	3 728	3 036	2 849

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14.1.5 Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex)

Nr. der Klassifi- kation ¹	Wirtschaftsgliederung	Nominallohnindex							
		2010 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	103,3	105,9	107,4	110,2	3,3	2,5	1,4	2,6
B-N	Privatwirtschaft²	103,8	106,4	107,6	110,4	3,8	(2,5)	1,1	2,6
B-F	Produzierendes Gewerbe	104,8	108,1	109,9	113,0	4,8	(3,1)	1,7	2,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	104,2	107,2	110,4	111,4	4,2	(2,9)	3,0	0,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	105,0	108,4	110,4	113,7	5,0	(3,2)	1,8	3,0
D	Energieversorgung	102,7	105,6	106,2	106,8	2,7	(2,8)	0,6	0,6
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	103,0	105,5	106,9	109,2	3,0	(2,4)	1,3	2,2
F	Baugewerbe	103,8	107,4	108,1	110,8	3,8	(3,5)	0,7	2,5
G-S	Dienstleistungsbereich	102,4	104,7	106,0	108,7	2,4	(2,2)	1,2	2,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	102,7	106,1	105,7	107,4	2,7	(3,3)	- 0,4	1,6
H	Verkehr und Lagerei	101,8	104,0	105,0	106,6	1,8	(2,2)	1,0	1,5
I	Gastgewerbe	102,5	104,9	104,7	108,8	2,5	(2,3)	- 0,2	3,9
J	Information und Kommunikation	102,8	102,9	102,7	106,4	2,8	(0,1)	- 0,2	3,6
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	103,1	105,5	108,2	112,1	3,1	(2,3)	2,6	3,6
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	102,6	104,1	108,9	109,9	2,6	(1,5)	4,6	0,9
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	103,4	101,9	101,8	104,5	3,4	(- 1,5)	- 0,1	2,7
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	103,9	105,5	108,9	112,2	3,9	(1,5)	3,2	3,0
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	102,2	105,0	107,0	110,6	2,2	(2,7)	1,9	3,4
P	Erziehung und Unterricht	100,9	103,5	105,8	108,3	0,9	(2,6)	2,2	2,4
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	102,4	105,9	108,4	110,7	2,4	(3,4)	2,4	2,1
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	101,8	97,4	98,5	101,8	1,8	(- 4,3)	1,1	3,4
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	102,5	105,2	105,7	109,3	2,5	(2,6)	0,5	3,4

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.1 Index der tariflichen Monatsverdienste

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Ohne Sonderzahlungen				Mit Sonderzahlungen			
		2010=100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		2010 = 100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
A-S	Gesamtwirtschaft	107,1	110,2	2,5	2,9	106,9	110,3	2,4	3,2
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	107,1	110,2	2,5	2,9	106,9	110,3	2,4	3,2
B-N	Privatwirtschaft ²	107,6	110,7	2,6	2,9	107,1	110,2	2,5	2,9
B-F	Produzierendes Gewerbe	108,3	111,5	2,8	3,0	107,5	110,7	2,8	3,0
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	107,1	110,2	2,5	2,9	107,3	110,0	2,9	2,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	107,3	109,2	2,6	1,8	106,8	107,5	3,7	0,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	108,6	111,9	2,9	3,0	107,6	110,9	2,9	3,1
	darunter:								
	Chemische Industrie	108,7	112,2	2,4	3,2	107,1	110,6	2,1	3,3
	Metallgewerbe	108,8	112,1	3,0	3,0	107,7	111,0	3,0	3,1
D	Energieversorgung	107,7	110,3	2,6	2,4	107,0	110,0	2,7	2,8
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	107,0	110,5	2,6	3,3	107,4	111,7	2,5	4,0
F	Baugewerbe	107,2	109,9	2,7	2,5	107,1	109,8	2,5	2,5
G-S	Dienstleistungsbereich	106,7	109,8	2,4	2,9	106,7	110,1	2,3	3,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	107,4	110,7	2,3	3,1	107,2	110,4	2,4	3,0
H	Verkehr und Lagerei	106,5	109,4	2,2	2,7	106,5	109,4	2,1	2,7
I	Gastgewerbe	105,6	107,2	1,8	1,5	105,4	107,2	1,7	1,7
J	Information und Kommunikation	106,2	109,0	2,2	2,6	106,3	108,9	2,4	2,4
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	106,1	108,5	2,7	2,3	105,9	108,9	2,2	2,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	107,9	110,8	3,3	2,7	108,0	110,9	3,3	2,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen	107,6	110,9	2,6	3,1	107,5	110,9	2,5	3,2
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	107,2	110,2	1,5	2,8	107,1	110,1	1,5	2,8
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	106,8	110,2	2,4	3,2	106,8	110,8	2,1	3,7
P	Erziehung und Unterricht	106,0	109,0	2,1	2,8	106,1	109,2	2,1	2,9
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	107,1	110,2	2,9	2,9	107,1	110,7	2,6	3,4
R	Kunst, Unterhaltung, Erholung	106,3	109,4	2,4	2,9	106,5	110,1	2,3	3,4
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	106,8	110,0	2,7	3,0	106,9	110,6	2,4	3,5

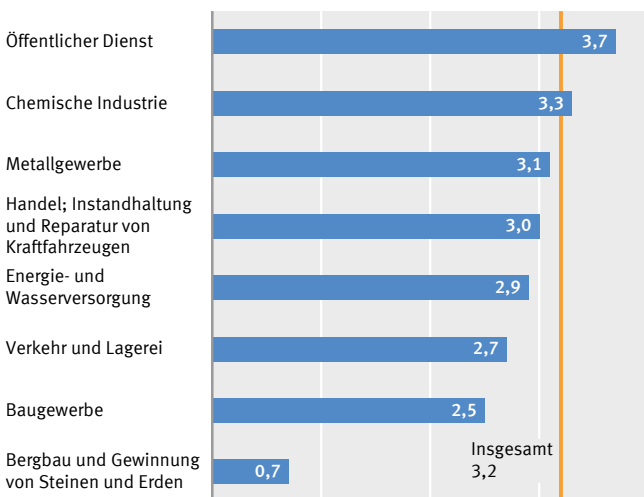
Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

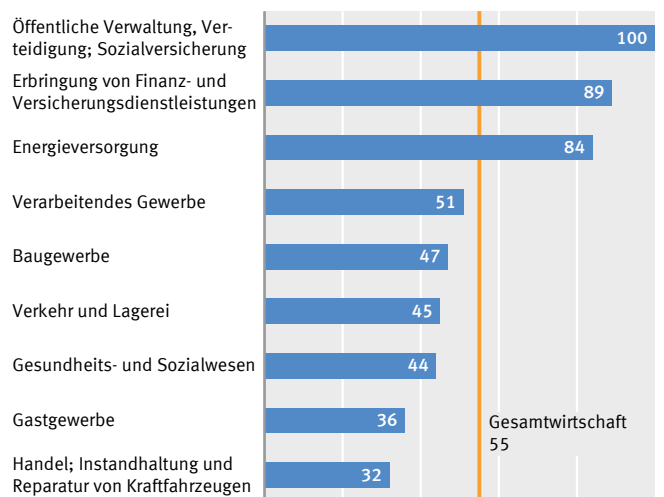
Index der tariflichen Monatsverdienste mit Sonderzahlungen 2014

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Tarifbindung nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2010

in %

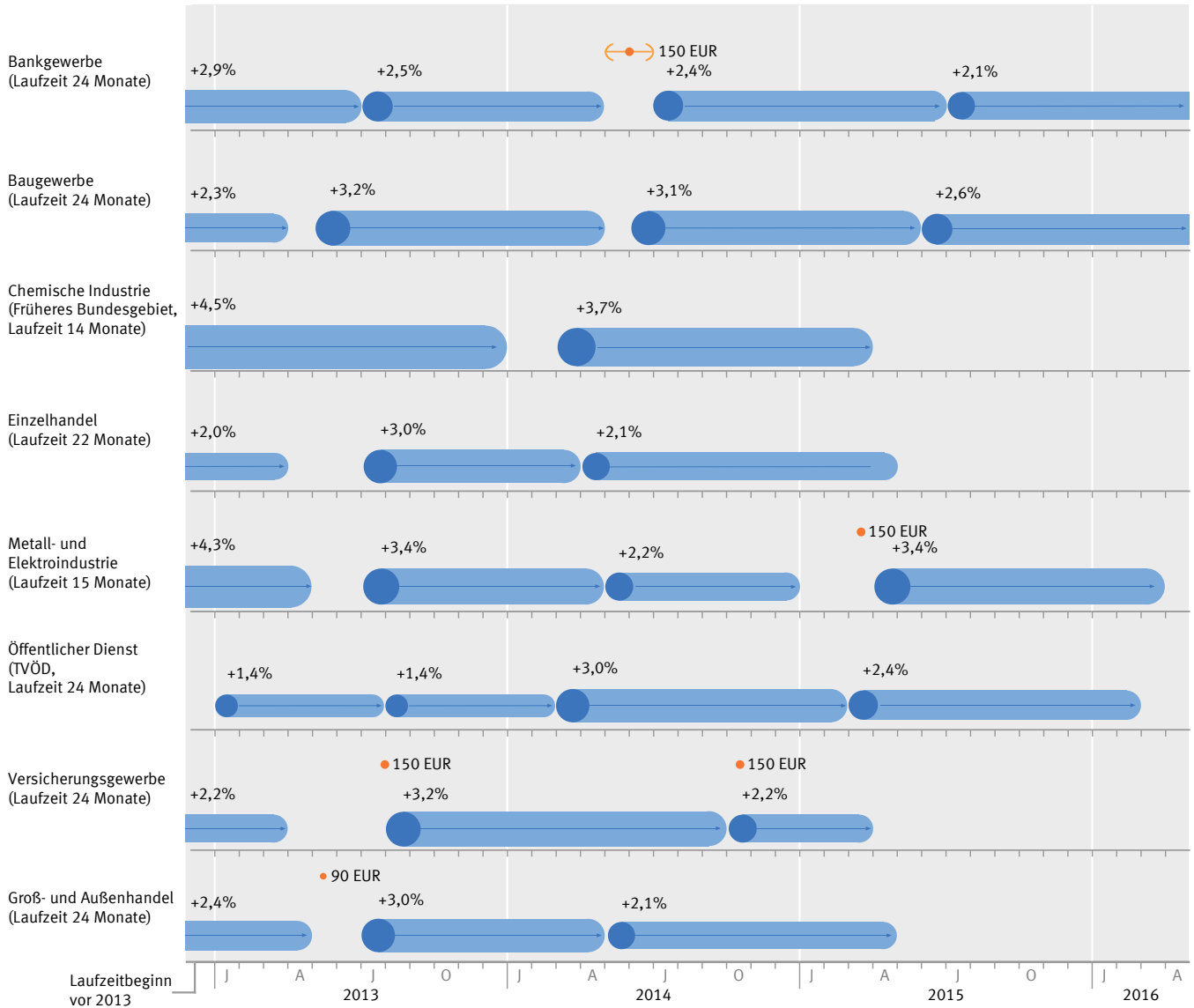


Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2010. – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben.

2015 - 01 - 0204

Laufzeiten, Tarifierhöhungen sowie Einmalzahlungen ausgewählter Tarifabschlüsse

- Tarifierhöhungen
- Einmalzahlung
- Laufzeit des Tarifabschlusses
- ↔ Auszahlungszeitraum



2015 - 01 - 0203

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.2 Branchenspezifische Mindestlöhne in Deutschland

	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	Neue Länder	Seit dem 1.1.2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In einer Übergangszeit bis zum 31.12.2016 sind für laufende branchenspezifische Mindestlöhne auch Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Sofern branchenspezifische Mindestlöhne über 8,50 Euro liegen, können sie auch danach fortbestehen. Am 1.5.2015 galten in 16 Branchen branchenspezifische Mindestlöhne.
	EUR je Stunde		
Abfallwirtschaft	8,86	8,86	
Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit)	8,80 ¹	8,20 ^{1,2}	
Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen	13,35	12,50	
Baugewerbe			
Werker/-innen, Maschinenwerker/-innen	11,15	10,75	
Fachwerker/-innen, Maschinistinnen/Maschinisten, Kraftfahrer/-innen	(Berlin: 14,05)	10,75	
Dachdeckerhandwerk	11,85	11,85	
Elektrohandwerk	10,10 ¹	9,35 ^{1,2}	
Fleischwirtschaft	8,00	8,00	
Friseurhandwerk	8,00 ¹	7,50 ^{1,2}	
Gebäudereinigung			
Innen- und Unterhaltungsreinigungsarbeiten	9,55	8,50	
Glas- und Fassadenreinigungsarbeiten	12,65	10,63	
Gerüstbau	10,50	10,50	
Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau	7,40	7,20	
Maler- und Lackiererhandwerk			
ungelernte Arbeitnehmer/-innen	10,00	10,00	
gelernte Arbeitnehmer/-innen, Gesellinnen/Gesellen	12,80 (Berlin: 12,60)	10,90	
Pflegebranche	9,40	8,65	
Schornsteinfegerhandwerk	12,78	12,78	
Textil- und Bekleidungsindustrie	8,50 (mit Berlin-West)	7,50 (mit Berlin-Ost)	
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	8,50 ¹	8,00 ^{1,2}	

Stand: 1.5.2015

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst 2015

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.1 Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten

Besoldungs- gruppe lediger Beamtinnen/ Beamter	Stufe 1	Stufe 4	Stufe 6	Stufe 8
	EUR			
A 2	1 974,72	2 097,74	2 167,73	2 237,70
A 3	2 050,34	2 180,14	2 254,62	2 329,12
A 4	2 093,25	2 247,86	2 335,90	2 420,56
A 5	2 109,02	2 287,37	2 396,87	2 504,08
A 6	2 154,17	2 377,66	2 504,08	2 632,76
A 7	2 261,41	2 522,14	2 710,65	2 852,86
A 8	2 392,34	2 720,81	2 927,35	3 097,80
A 9	2 581,96	2 935,26	3 158,96	3 344,99
A 10	2 763,68	3 217,08	3 508,93	3 748,44
A 11	3 158,96	3 691,46	3 935,62	4 179,79
A 12	3 386,86	4 019,32	4 309,99	4 602,99
A 13	3 971,66	4 563,45	4 836,69	5 106,41
A 14	4 084,44	4 849,46	5 201,76	5 554,05
A 15	4 992,48	5 573,81	5 923,78	6 271,40
A 16	5 507,53	6 179,56	6 584,18	6 986,46

Stand: 1.3.2015.

Zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen erhalten verheiratete Beamtinnen und Beamte einen **monatlichen Familienzuschlag** von 126,70 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 133,04 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 113,74 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 354,38 Euro. Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst 2015

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.2 Tarifverdienste der Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6 ¹
	EUR			
1	–	1 699,30	1 767,82	1 852,91
2	1 863,54	2 112,89	2 301,94	2 437,87
3	2 012,46	2 278,35	2 443,79	2 508,77
4	2 044,34	2 396,50	2 561,95	2 610,38
5	2 145,97	2 479,23	2 674,21	2 733,30
6	2 235,78	2 585,57	2 774,66	2 851,47
7	2 278,35	2 668,29	2 875,10	2 957,82
8	2 427,23	2 798,30	3 022,81	3 097,26
9 ¹²	2 586,77	2 999,18	3 688,02	3 931,43
9a ¹²	2 586,77	2 904,65	3 383,71	–
9b ¹²	2 586,77	2 999,18	3 688,02	–
10	2 916,44	3 468,92	4 174,88	4 284,42
11	3 022,81	3 590,64	4 485,25	4 728,69
12	3 129,17	3 955,78	4 929,53	5 172,96
13	3 489,62	4 077,52	5 039,05	5 270,33
14	3 785,38	4 442,64	5 367,72	5 671,99
15	4 179,74	4 807,81	5 878,91	6 183,20

Stand: 1.3.2015.

- Für den Bund gilt Stufe 6 nur für die Entgeltgruppen 1 bis 8. Für die Entgeltgruppen 10 bis 15 ist Stufe 5 die höchste Entwicklungsstufe.
- Entgeltgruppe 9 gilt nur für Beschäftigte der Kommunen, Entgeltgruppen 9a und 9b gelten nur für Beschäftigte des Bundes.

14.4 Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	2000	2005	2010	2012	2013	2014
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	25,00	27,00	29,00	30,70	31,30	31,80
B-N	Privatwirtschaft ²	24,90	27,10	29,10	30,90	31,30	31,80
B-F	Produzierendes Gewerbe	26,50	29,30	31,90	33,80	34,70	35,40
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30,80	32,50	37,60	40,90	43,20	42,60
C	Verarbeitendes Gewerbe	27,50	30,20	32,90	35,00	36,20	37,00
D	Energieversorgung	36,00	41,40	44,00	46,80	46,40	46,20
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	23,30	25,30	26,10	27,40	27,50	28,50
F	Baugewerbe	20,10	21,60	23,70	25,10	25,30	25,50
G-S	Dienstleistungsbereich	24,10	25,90	27,60	29,30	29,70	30,10
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	23,30	25,30	26,90	28,60	28,70	29,00
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,40	22,90	24,20	25,90	25,80	25,80
H	Verkehr und Lagerei	22,10	23,40	25,10	25,50	25,20	25,00
I	Gastgewerbe	13,00	13,90	14,60	15,80	15,70	16,20
J	Information und Kommunikation	32,40	36,20	38,80	41,30	41,40	42,50
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33,20	38,20	44,00	47,10	48,30	49,80
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27,10	28,60	30,70	32,80	33,20	32,90
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29,10	31,90	35,50	38,20	38,10	39,00
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	15,10	15,10	16,70	18,40	19,00	19,30
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	25,20	26,70	28,70	30,20	31,10	31,60
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	24,90	28,00	31,10	33,00	34,10	35,10
P	Erziehung und Unterricht	32,30	32,10	33,20	34,70	35,50	36,30
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	22,40	23,30	24,90	26,60	27,50	27,70
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24,60	24,00	25,70	26,50	27,30	27,10
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22,10	22,80	24,40	26,40	26,10	26,90

Jahresschätzung Arbeitskosten.

- Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Verdienste sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen sie **Kosten** dar und sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um diese Kostenseite abzubilden, gibt es neben den Verdienstatistiken auch EU-weit vereinheitlichte Arbeitskostenstatistiken, die sowohl die Verdienste als auch die Lohnnebenkosten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erfassen. So lässt sich feststellen, welche Kosten die Arbeitgeberin und der Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde entstehen. Im Jahr 2014 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 31,80 Euro. In der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verzeichneten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit 49,80 Euro die höchsten, im Gastgewerbe mit 16,20 Euro die niedrigsten Arbeitskosten.

14.5 Zusammensetzung der Arbeitskosten in der Gesamtwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe

Kostenart	Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigte(n) Arbeitnehmer/-in ¹				
	Produzierendes Gewerbe			Gesamtwirtschaft	
	2012	2004	1992	2012	2004
	Euro				
Bruttoarbeitskosten	57 542	49 770	36 207	52 895	47 129
Arbeitnehmerentgelt	57 117	49 452	35 982	52 527	46 829
Bruttoverdienste	44 708	37 765	27 766	40 644	35 247
Bruttoverdienste (ohne Auszubildende)	44 179	37 320	27 440	40 092	34 758
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	32 464	28 163	20 279	30 285	26 742
Sonderzahlungen insgesamt	4 881	3 721	2 717	3 618	3 000
Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer/-innen	142	223	252	106	156
Vergütung für nicht gearbeitete Tage	6 134	4 845	3 984	5 620	4 489
Urlaubsvergütung	4 425	3 756	2 894	4 088	3 524
Vergütung gesetzlicher Feiertage	1 534	890	905	1 400	818
Vergütung sonstiger betrieblicher oder tariflicher arbeitsfreier Tage	174	199	185	132	147
Sachleistungen	558	367	208	463	371
Bruttoverdienste der Auszubildenden	529	444	326	552	489
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	12 409	11 688	8 216	11 883	11 582
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	10 124	9 918	6 589	8 484	8 345
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	8 296	7 782	5 239	6 955	6 464
Rentenversicherungsbeiträge	4 037	3 431	2 337	3 432	2 921
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	596	1 123	826	503	951
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	2 945	2 453	1 539	2 574	2 117
Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung	672	612	455	423	374
Sonstige Sozialversicherungsbeiträge	29	69	65	10	34
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung ²	1 828	2 136	1 350	1 529	1 881
Aufwendungen für betriebliche Ruhegeldzusagen	1 405	1 596	1 092	840	982
Zuwendungen an Pensionskassen	173	158	75	496	416
Zuwendungen an Unterstützungskassen	61	76	59	61	219
Beiträge zur Direktversicherung	72	141	48	63	121
Beiträge an Pensionsfonds	29	44	-	17	23
Sonstige Aufwendungen	88	121	58	52	120
Unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	2 155	1 660	1 566	3 246	3 099
Entgeltfortzahlung	1 687	1 076	1 028	1 650	1 158
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	1 571	1 059	1 028	1 549	1 128
Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld	116	17	.	101	30
Unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge von Beamtinnen und Beamten	0	0	0	1 046	1 109
Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer/-innen	458	555	496	369	505
Entlassungsentschädigungen	312	382	423	223	332
Aufstockungsbeträge zum Bruttoverdienst im Rahmen der Altersteilzeit	146	173	73	147	173
Sonstige freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber	11	29	42	180	327
Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende	129	109	60	153	137
Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	284	231	154	249	219
Sonstige Aufwendungen	124	87	71	95	82
Steuern auf die Lohnsumme oder die Beschäftigtenzahl	17	.	.	25	.
Nachrichtlich:					
Nettoarbeitskosten (Bruttoarbeitskosten abzüglich Lohnsubventionen)	57 484	49 663	36 189	52 816	47 018
Lohnsubventionen (dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen)	58	107	17	79	111
Lohnnebenkosten	12 834	12 005	8 441	12 252	11 882
dar.: gesetzliche Lohnnebenkosten	10 129	8 967	6 327	9 829	8 868

Ergebnis der Arbeitskostenerhebung. – Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

1 Vollzeitbeschäftigte sowie entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollzeiteneinheiten umgerechnete Teilzeitbeschäftigte, ohne Auszubildende.

2 Ab 2012 ohne Entgeltumwandlung.

Methodik

Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben Einblicke in die Kostensituation der Wirtschaft und ihre Veränderung. Damit bilden sie eine wichtige Informationsgrundlage, z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik.

Die amtliche Statistik über Verdienste und Arbeitskosten umfasst im Wesentlichen

- die Vierteljährliche Verdiensterhebung über Verdienste und Arbeitszeiten, Statistiken über Tarifverdienste sowie Dienstbezüge (jährlich),
- in mehrjährigen Abständen erstellte Statistiken über die Verdienststrukturen sowie die Arbeitskosten (Bruttoverdienste sowie Lohnnebenkosten).

■ Bruttoverdienste

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** beruht auf dem Verdienststatistikgesetz, das zum 1.1.2007 in Kraft getreten ist. Sie ersetzt seitdem die „Laufende Verdiensterhebung“. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst vierteljährlich Angaben zur Berechnung der bezahlten Arbeitsstunden sowie Bruttostunden-, Bruttomonats- und Bruttogehältern der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Merkmale werden zudem nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Betriebsgrößenklassen untergliedert dargestellt.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Stichprobe umfasst eine Auswahl von 40 500 Betrieben. Die Ergebnisse beziehen sich auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erstreckt sich die Erhebung auf die Abschnitte B bis S. In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ wird aufgrund der Nutzung bereits vorhandener Statistiken fast komplett auf eine Erhebung verzichtet. Nur in den Bereichen P 85.5 „Sonstiger Unterricht“ und P 85.6 „Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht“ werden Betriebe befragt.

Grundsätzlich umfasst die Erhebung Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst die Erhebung in den Wirtschaftszweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“, „Bauinstallation“ und „sonstiges Ausbaugewerbe“, „Einzelhandel“, „Gastgewerbe“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Ein Betrieb im Sinne dieser Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Die Verdiensterhebung enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stichprobenbetriebe. Eine Ausnahme bilden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, ehrenamtlich Tätige, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Im Gegensatz zu den Tarifverdiensten umfassen die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste auch die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht tarifgebundenen Betrieben und von außertariflich bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie spiegeln somit die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste wider.

Nicht nur die Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch die Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflussen die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Um die Verdienstenentwicklung unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen darzustellen, werden Indizes nach der Formel von „Laspeyres“ errechnet – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur.

Die Verdienststrukturerhebung und die Vierteljährliche Verdiensterhebung verwenden für gleiche Merkmale gleiche Abgrenzungen. Im Unterschied zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst die Verdienststrukturerhebung weitere Merkmale und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Der Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten informiert über die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste und tariflichen Arbeitszeiten für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der privaten Haushalte.

In den Index der Tarifverdienste fließen rund 600 ausgewählte Tarifverträge und Besoldungsordnungen aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ein. Die zur Berechnung des Tarifverdienstindex herangezogenen Tarifverträge und Besoldungsordnungen umfassen in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig mindestens 75 % der tarifgebundenen Beschäftigten sowie der nach Besoldungsordnung entlohnten Beamtinnen und Beamten. Die übrigen Tarifbeschäftigten werden proportional auf die ausgesuchten Tarifverträge verteilt.

Seit der Umstellung des Tarifindex auf Basis 2010 = 100 werden Tarifindizes sowohl ohne Sonderzahlungen als auch mit Sonderzahlungen berechnet. Die Tarifindizes ohne Sonderzahlungen messen die Entwicklung der tariflichen Grundvergütung, d. h. der Tarifverdienste und Besoldungsordnungen, die dauerhaft und regelmäßig zu zahlen sind. In die Tarifindizes mit Sonderzahlungen fließen dagegen auch tariflich festgelegte Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Beiträge zu vermögenswirksamen Leistungen und/oder zur betrieblichen Altersversorgung mit ein.

Die Basisdaten für die Gewichtung des Tarifindex werden aus der Verdienststrukturerhebung (VSE) gewonnen. Die VSE wird im Abstand von vier Jahren bei rund 34 000 Betrieben für etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt. Die VSE erfasst keine Gebietskörperschaften. Die Angaben hierzu werden aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet. Dem Bereich Landwirtschaft liegt die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft zu Grunde, die parallel zur VSE durchgeführt wird. Im Tarifindex werden die Verdienstveränderungen der einzelnen Tarifverträge gemäß dem Anteil der Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig an der Gesamtzahl der Beschäftigten in allen erfassten Wirtschaftszweigen berücksichtigt.

Der Tarifindex berechnet sich als sogenannter Laspeyres-Index mit festem Basisjahr. Dies bedeutet, dass sich die Indexwerte auf die Beschäftigtenstrukturen des jeweils aktuell gültigen Basisjahres beziehen. Der Tarifindex umfasst voll- und teilzeit sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte.

Mindestlöhne

Seit 1.1.2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen. Allerdings sind in einer Übergangszeit bis zum 31.12.2016 Ausnahmen vorgesehen. So sind für laufende branchenspezifische Mindestlöhne auch Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Sofern branchenbezogene Mindestlöhne ab Januar 2017 über 8,50 Euro liegen, können sie danach fortbestehen. Für Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller hat der Gesetzgeber zudem eine Übergangsfrist bis 2017 vereinbart. Dauerhaft vom Mindestlohn ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Auszubildende. Weiter gilt der Mindestlohn nicht für Personen, die ein Pflichtpraktikum oder ein freiwilliges Praktikum von bis zu drei Monaten während der Ausbildung oder des Studiums absolvieren sowie für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit. Ausführliche Informationen zum Thema „Mindestlöhne“ finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Verdienste und Arbeitskosten > Mindestlöhne

Methodik

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Die monatlichen Dienstbezüge, die in der Tabelle 14.3.1 nachgewiesen sind, beziehen sich auf die folgenden Besoldungsgruppen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nach der „Besoldungsordnung A“:

A16: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, A15: Regierungsdirektor/-in, A14: Oberregierungsrat/-rätin, A13: Regierungsrat/-rätin, A12: Amtsrat/-rätin, A11: Amtmann/Amtfrau, A10: Oberinspektor/-in, A9: Inspektor/-in, A8: Hauptsekretär/-in, Hauptwerkmeister/-in, A7: Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in, A6: Sekretär/-in, Werkmeister/-in, A5: Assistent/-in, A4: Amtsmeister/-in, A3: Hauptamtsgehilfe/-gehilfin, A2: Oberamtsgehilfe/-gehilfin.

Verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen einen monatlichen Familienzuschlag von 123,96 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 130,18 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 111,29 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 346,75 Euro (Stand: 1.3.2014). Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte.

Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes. Weitere Informationen finden Sie in der Veröffentlichung „Verdienste im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden“.

■ Arbeitskosten

Jahresschätzung der Arbeitskosten

Die Berechnung der Jahresschätzung der Arbeitskosten basiert auf dem Niveau der Arbeitskosten je geleistete Stunde der Arbeitskostenerhebung, die alle vier Jahre stattfindet. Die Fortschätzung des Niveaus für Zwischenjahre erfolgt anhand der jährlichen Veränderungsrate des Arbeitskostenindex. Revisionen des Arbeitskostenindex können die Ergebnisse der Jahresschätzung der Arbeitskosten vom aktuellen Rand bis zu jenem Jahr verändern, das auf das Berichtsjahr der letzten Arbeitskostenerhebung folgt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Jahresschätzung beruhen auf dem Rechenstand des Arbeitskostenindex vom vierten Quartal 2014.

Arbeitskostenerhebung

Die Arbeitskostenerhebung wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt, zuletzt für das Berichtsjahr 2012. Die Ergebnisse beschränken sich auf das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich (Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)) und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten. Die Stichprobe der Arbeitskostenerhebung umfasst eine Auswahl von maximal 34 000 Unternehmen, die unter Auskunftspflicht summierte Angaben über zuletzt rund 10,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meldeten. Die Angaben der Wirtschaftszweige „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ werden dabei größtenteils nicht erhoben, sondern aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet.

Arbeitskostenindex

Der **Vierteljährliche Arbeitskostenindex** basiert auf der Größe „Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde“. Er gibt an, wie sich die gesamten Arbeitskosten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt haben. Der Index ermöglicht es, die Arbeitskostenentwicklung in die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten zu unterteilen: nämlich in die Entwicklung der Kosten für Bruttoverdienste sowie der Lohnnebenkosten. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskostenindex werden zu jedem Veröffentlichungstermin überprüft. Neue Informationen werden eingearbeitet und die Ergebnisse bei Bedarf entsprechend revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ erfasst Angaben für folgende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Den größten Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne die unten aufgeführten Sozialversicherungspflichtigen),
- Geringfügig und kurzfristig Beschäftigte,
- Nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, die zumindest teilweise erfolgsunabhängige Verdienstbestandteile erhalten,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und im Inland arbeiten,
- Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Saisonarbeitskräfte sowie Aushilfskräfte, die als abhängig Beschäftigte eine bezahlte Leistung erbringen,
- Beamtinnen und Beamte in den Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und „Erziehung und Unterricht“.

Nicht einbezogen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Beamtinnen und Beamte außerhalb der oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Inland haben und im Ausland arbeiten, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Personen, die keinen Verdienst für ihre Leistung erhalten, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Die „Verdienststrukturerhebung“ und die „Arbeitskostenerhebung“ erfassen zusätzlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

Arbeitskosten | Sie umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten in Form von Geld- und Sachleistungen, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Arbeitsvolumen | Dieses umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige innerhalb Deutschlands eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit.

Arbeitszeit | Als bezahlte Arbeitszeit gelten die im Berichtszeitraum bezahlten geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Die bezahlten geleisteten Stunden sind in der Regel die „hinter der Stechuhr“ verbrachten Zeiten, d. h. innerhalb der Arbeitsstätten bzw. auf der Arbeitsstelle, abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie der Mittagszeit. Bezahlte Ausfallstunden umfassen z. B. bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, durch Arbeitszeitflexibilisierung im Berichtszeitraum abgefeierte und bezahlte Stunden, die entweder im vorangegangenen Zeitraum bereits vorgearbeitet wurden oder im Folgezeitraum noch zu leisten sind, bezahlte Arbeitspausen sowie bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen, z. B. Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u. Ä.

Bruttoverdienst | Er umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich

- sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen),
- steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit,
- steuerfreie Beiträge der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG),
- steuerfreie Essenszuschüsse und
- pauschale Lohnsteuer nach §§ 40, 40a und 40b EStG, sofern sie von der Arbeitgeberin bzw. vom Arbeitgeber getragen wird.

Geleistete Arbeitsstunden | Die geleisteten Arbeitsstunden, die in die Berechnung der durchschnittlichen Jahresangaben der Arbeitskosten einfließen, beziehen sich auf den Teil des Arbeitsvolumens, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tatsächlich geleistet wird.

Leistungsgruppen | Diese werden für Analysezwecke gebildet. Sie stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach folgender Qualifikation dar: Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu gehören z. B. angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel erwerben die Personen ihre Fachkenntnisse in einem Hochschulstudium.

In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vieltätigen Tätigkeiten. Hierfür benötigen sie in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Sie führen die Tätigkeiten überwiegend selbstständig aus. In die Gruppe gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung.

Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten. Für die Ausführung der Tätigkeiten ist zwar keine berufliche Ausbildung erforderlich, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben die Arbeitskräfte in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren.

Die **Leistungsgruppe 5** fasst „Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten benötigen sie keine berufliche Ausbildung. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen innerhalb von maximal drei Monaten vermittelt werden.

Mindestlohn, gesetzlicher | Seit 1.1.2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen. In einer Übergangszeit bis zum 31.12.2016 sind für laufende branchenspezifische Mindestlöhne auch Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Sofern branchenspezifische Mindestlöhne über 8,50 Euro liegen, können sie auch danach fortbestehen. Dauerhaft vom Mindestlohn ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Auszubildende. Weiter gilt der Mindestlohn nicht für Personen, die ein Pflichtpraktikum oder ein freiwilliges Praktikum von bis zu drei Monaten während der Ausbildung oder des Studiums absolvieren sowie für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit.

Nominallohnindex | Dieser Index umfasst die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Der Nominallohnindex wird als sogenannter Laspeyres-Kettenindex berechnet, d. h. die Struktur der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dem jeweiligen Vorjahr entnommen.

Sonderzahlungen | Sie entsprechen den „sonstigen Bezügen“ gemäß den Lohnsteuerrichtlinien. Dies sind unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen.

Vollzeiteinheiten | Dazu zählen alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Verdienste und Arbeitskosten* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 62

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bruttoverdienste

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 1 | Verdienste in der Landwirtschaft
- Reihe 2.1 | Arbeitnehmerverdienste – vierteljährliche Ergebnisse
- Reihe 2.2 | Index der Arbeitnehmerverdienste
- Reihe 2.3 | Arbeitnehmerverdienste – Jahresergebnisse
- Reihe 2.4 | Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen
Verdienststrukturen 2010

Fachberichte

- | Reallohnindex und Index der Bruttomonatsverdienste (einschl. Sonderzahlungen)
Verdienstindizes für Erbbauzinsberechnungen

Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/10 | Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik. Ein Fazit aus Sicht der Vierteljährlichen Verdiensterhebung
- Heft 1/11 | Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen
- Heft 7/12 | Vierteljährliche Verdiensterhebung: Einführung der rollierenden Stichprobe
- Heft 2/13 | Verdienststrukturerhebung 2010
- Heft 8/13 | Vierteljährliche Verdiensterhebung: neue Nutzer, neue Indizes, die neuesten Ergebnisse

STATmagazin

- | Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich (2013)

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 4 | Tarifverdienste
- Reihe 4.3 | Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Fachberichte

- | Tarifbindung in Deutschland 2010

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 | Tarifverdienste online
- Heft 4/12 | Bilanz der Tarifrunde 2011: Höhere Tarifabschlüsse, weniger Einmalzahlungen
- Heft 4/13 | Bilanz der Tarifrunde 2012: Höhere Tarifabschlüsse, Regelungen zur Zeitarbeit
- Heft 10/13 | Neuberechnung des Index der Tarifverdienste verbessert Kohärenz der Verdienststatistiken

Unter www.destatis.de/tarifdatenbank hat das Statistische Bundesamt eine Tarifdatenbank eingerichtet. Sie wird laufend um neue Tarifverträge und aktuelle Tarifinformationen ergänzt.

Mehr zum Thema

■ **Tarifverdienste und Mindestlöhne**

Zurzeit sind Tarifinformationen zu folgenden Branchen abrufbar:

- Bankgewerbe
- Baugewerbe
- Chemische Industrie
- Einzelhandel
- Gesundheitswesen
- Metall- und Elektroindustrie
- Öffentlicher Dienst der Länder
- Versicherungsgewerbe

■ **Verdienste im öffentlichen Dienst**

Fachberichte

- Verdienste im öffentlichen Dienst für Beamte und Tarifbeschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden

■ **Arbeitskosten**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2012
- Heft 1 Ergebnisse für Deutschland
- Heft 2 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet
- Heft 3 Ergebnisse für die neuen Länder

Fachberichte

- Aufwendungen und Anwartschaften betrieblicher Altersversorgung 2012

Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/14 Arbeitskostenerhebung 2012

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 2.5 Nettoverdienste (Modellrechnung)





15 Preise

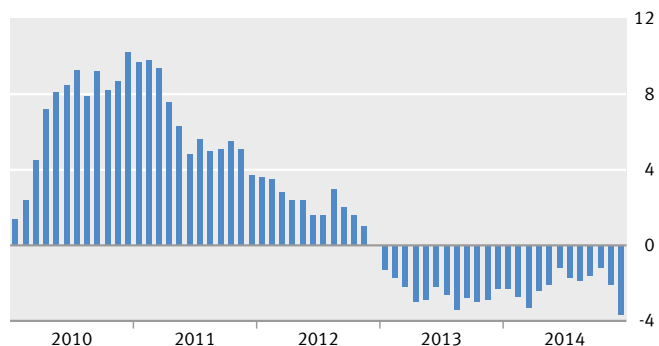
Entwicklung der **Energiepreise** schwächt Preisänderungsraten **2014** in nahezu allen Bereichen ab | **Einfuhrpreise** im Jahresdurchschnitt 2014 um **2,2% niedriger** als 2013 | **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte 2014 mit **- 1,0%** im Vergleich zum Vorjahr mit stärkstem Rückgang seit 2009 | **Großhandelspreise** fallen um **1,2%** gegenüber 2013 | **Erzeugerpreise** für Dienstleistungen steigen nach wie vor | **Verbraucherpreise** 2014 mit **+ 0,9%** geringer gestiegen als in den Vorjahren

<i>Seite</i>	
391	Auf einen Blick
	Tabellen
392	Energiepreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
393	Nahrungsmittelpreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
394	Einfuhrpreise Einfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
395	Ausfuhrpreise Ausfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
396	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . der Produkte des Holzeinschlags Holzprodukte zur Energieerzeugung
397	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie
398	Erzeugerpreise für Dienstleistungen Verkehr und Lagerei Information und Kommunikation Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen
399	Großhandelsverkaufspreise Index der Großhandelsverkaufspreise Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik . . . mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör Sonstiger Großhandel Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt
400	Bau- und Immobilienpreise Baupreisindizes Preisindex für Bauland Baukostenindex für Wohngebäude Häuserpreisindex
401	Kaufwerte für baureifes Land Kauffälle Veräußerte Fläche Durchschnittlicher Kaufwert
402	Verbraucherpreise Verbraucherpreisindex Verbrauchsgüter Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer Langlebige Gebrauchsgüter Dienstleistungen Nettokaltmiete
403	Methodik
406	Glossar
407	Mehr zum Thema

15.0 Auf einen Blick

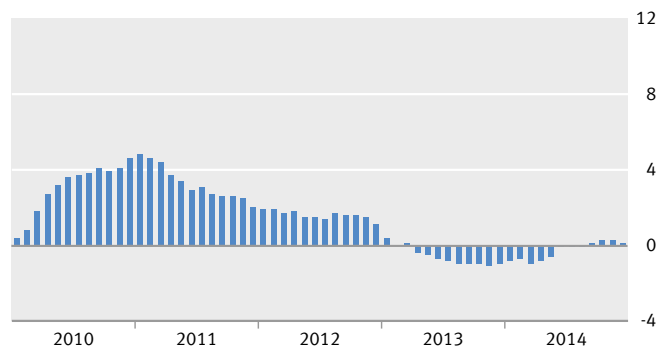
Index der Einfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



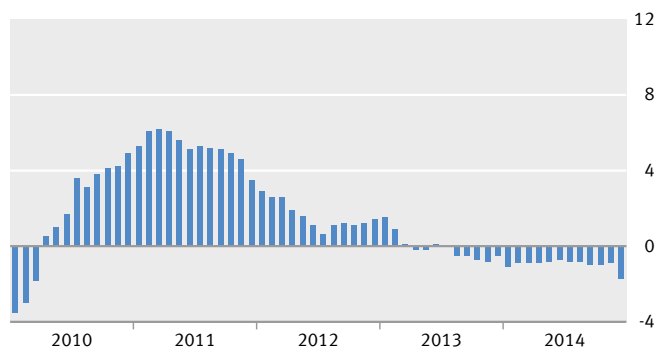
Index der Ausführpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



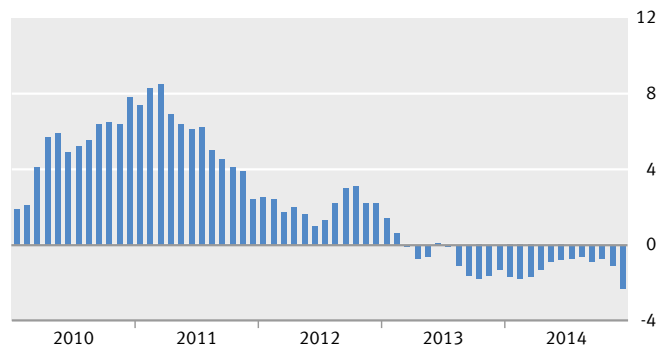
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



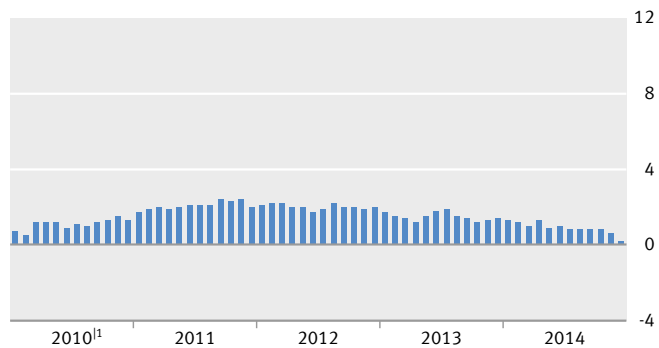
Index der Großhandelsverkaufspreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



Index der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



1 Grundsätzliche Änderungen der Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigen.

15.1 Energiepreise

	Anteil an Energie ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Energie	100	137,6	128,0	115,2	- 7,0	- 10,0
Primärenergieträger						
Erdöl	43,3	145,0	136,0	123,8	- 6,2	- 9,0
Erdgas, verflüssigt oder gasförmig	25,9	132,1	122,3	105,4	- 7,4	- 13,8
Kohle	4,0	109,9	93,3	85,7	- 15,1	- 8,1
Sekundärenergieträger						
Mineralölzeugnisse	23,5	141,3	131,6	121,1	- 6,9	- 8,0
Elektrischer Strom	2,2	89,6	83,5	69,9	- 6,8	- 16,3
Kokereierzeugnisse	1,3	103,8	86,4	79,6	- 16,8	- 7,9
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Energie	100	113,0	112,0	108,5	- 0,9	- 3,1
Primärenergieträger						
Erdöl und Erdgas	142,2	143,4	129,4	0,8	- 9,8
Kohle	113,0	114,1	113,0	1,0	- 1,0
Sekundärenergieträger						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	45,1	100,5	99,5	97,8	- 1,0	- 1,7
Erdgas (Verteilung)	27,8	126,2	127,1	121,8	0,7	- 4,2
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	123,3	117,1	110,7	- 5,0	- 5,5
Fernwärme	4,1	116,2	119,7	118,7	3,0	- 0,8
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	4,0	103,1	104,9	106,3	1,7	1,3
Verbraucherpreisindex für Energie	100	116,4	118,0	115,5	1,4	- 2,1
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	64,0	115,8	120,6	119,5	4,1	- 0,9
Strom	24,6	110,3	123,4	125,8	11,9	1,9
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	14,4	116,3	119,5	118,0	2,8	- 1,3
Gas	13,6	110,4	111,8	111,7	1,3	- 0,1
Flüssige Brennstoffe	10,4	135,7	127,5	117,5	- 6,0	- 7,8
Feste Brennstoffe	1,0	108,5	113,3	111,8	4,4	- 1,3
Kraftstoffe	36,0	117,5	113,5	108,5	- 3,4	- 4,4

Der **Einfuhrpreisindex** enthält vor allem Primärenergieträger wie Erdöl oder Erdgas. Weiterverarbeitete Energieträger wie Mineralölzeugnisse werden nur in geringem Umfang eingeführt.

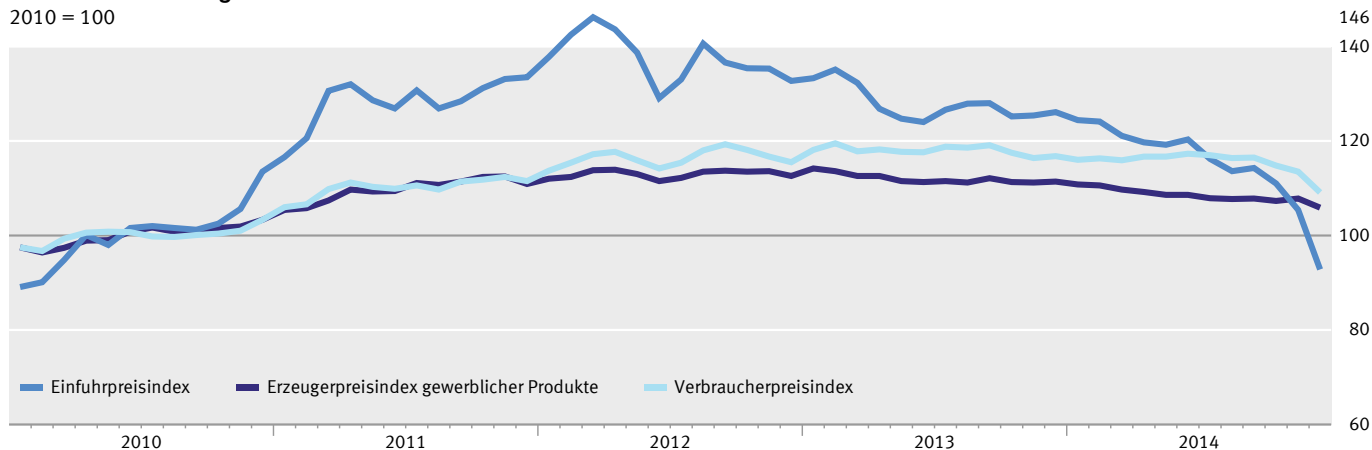
Die in Deutschland genutzte Sekundärenergie stammt größtenteils aus inländischer Produktion: Strom wird zu 93 % im Inland erzeugt. Dieselmotoren stammen zu 78 % und Benzin zu 74 % aus deutschen Raffinerien. Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** enthält daher überwiegend Sekundärenergieträger. Zu einem geringen Anteil wird auch Primärenergie in Deutschland gewonnen – insbesondere durch die Braunkohleförderung.

Der **Verbraucherpreisindex** enthält vor allem Sekundärenergieträger wie Kraftstoffe, Strom und Gas. Primärenergieträger sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher von geringer Bedeutung.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Preisindizes für Energie

2010 = 100



2015 - 01 - 0206

15.2 Nahrungsmittelpreise

	Anteil an Nahrungsmitteln	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
		2010 = 100			%	
	%				%	
Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel ¹	100	109,9	110,5	111,6	0,5	1,0
darunter:						
Gemüse und Früchte	32,1	108,2	112,0	111,0	3,5	-0,9
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	14,6	103,7	92,6	106,0	-10,7	14,5
Fleisch und Zubereitungen von Fleisch	14,1	112,0	111,3	108,6	-0,6	-2,4
Milch und Milcherzeugnisse, Eier	12,7	108,8	113,3	114,7	4,1	1,2
Getreide und Getreideerzeugnisse	9,0	120,9	119,2	113,5	-1,4	-4,8
Fische, Krebs- und Weichtiere und Zubereitungen daraus	8,1	113,2	119,0	122,6	5,1	3,0
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	119,4	120,7	111,8	1,1	-7,4
darunter:						
Tiere	32,7	121,5	120,8	112,7	-0,6	-6,7
Milch	25,5	106,3	122,4	120,7	15,1	-1,4
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	148,0	124,9	106,4	-15,6	-14,8
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	107,1	105,0	102,3	-2,0	-2,6
Handelsgewächse (z. B. Raps, Zuckerrüben)	7,3	130,9	109,6	98,4	-16,3	-10,2
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel	100	109,8	112,9	112,8	2,8	-0,1
darunter:						
Fleisch und Fleischerzeugnisse	29,4	110,9	113,9	111,0	2,7	-2,5
Milch und Milcherzeugnisse	17,8	103,5	111,7	116,5	7,9	4,3
Back- und Teigwaren	16,9	107,4	110,3	112,5	2,7	2,0
Obst- und Gemüseerzeugnisse	6,7	116,9	119,7	120,1	2,4	0,3
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	3,4	122,0	115,1	108,0	-5,7	-6,2
Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel	100	105,7	110,4	111,5	4,4	1,0
darunter:						
Fleisch und Fleischwaren	22,9	108,5	113,4	113,4	4,5	0,0
Brot und Getreideerzeugnisse	19,2	106,8	109,2	110,6	2,2	1,3
Molkereiprodukte und Eier	15,8	104,6	110,0	116,9	5,2	6,3
Gemüse	12,4	98,1	104,1	100,6	6,1	-3,4
Obst	9,7	109,1	117,0	116,8	7,2	-0,2

Der **Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel** umfasst sowohl unverarbeitete als auch weiterverarbeitete Nahrungsmittel. Er verläuft daher zwar stabiler als der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte, weist aber gleichzeitig mehr Schwankungen auf als der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte.

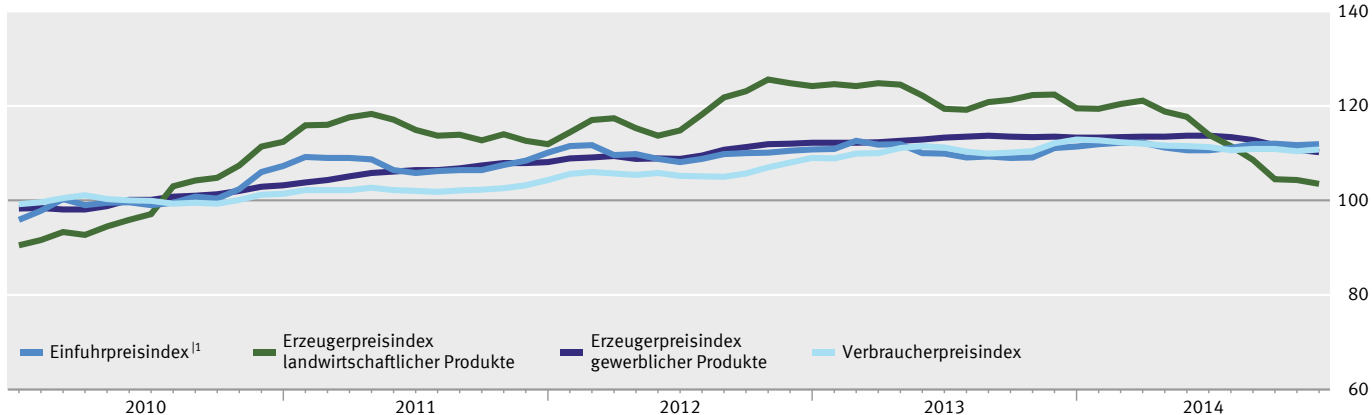
Der **Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte** misst die durchschnittliche Preisentwicklung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen spielen vor allem Angebotsschwankungen aufgrund klimatischer Faktoren eine große Rolle. Daraus resultierende Preisschwankungen wirken sich – bei einem globalisierten Markt – weltweit aus.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel** misst die durchschnittliche Preisentwicklung weiterverarbeiteter Nahrungsmittel. Hier spielen die Rohstoffkosten eine geringere Rolle als bei den landwirtschaftlichen Produkten, da der Verarbeitungsgrad höher ist. Stabileren Faktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten haben hier größeres Gewicht, sodass die Preise im Ernährungsgewerbe weniger stark schwanken.

1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

Preisindizes für Nahrungsmittel

2010 = 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

15.3 Einfuhrpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex	100	108,7	105,9	103,6	- 2,6	- 2,2
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,0	105,9	103,0	101,9	- 2,7	- 1,1
darunter:						
Metalle	6,8	107,1	99,1	97,1	- 7,5	- 2,0
Chemische Grundstoffe	5,5	114,8	112,6	111,4	- 1,9	- 1,1
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	3,6	85,7	84,2	84,0	- 1,8	- 0,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	27,4	99,5	97,7	97,1	- 1,8	- 0,6
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,3	102,5	102,1	102,1	- 0,4	0,0
Maschinen	8,6	104,1	103,8	104,0	- 0,3	0,2
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	20,6	106,4	106,8	107,0	0,4	0,2
Gebrauchsgüter	4,9	101,8	101,0	100,2	- 0,8	- 0,8
darunter:						
Geräte der Unterhaltungselektronik	1,5	95,9	93,8	90,9	- 2,2	- 3,1
Verbrauchsgüter	15,7	107,8	108,7	109,1	0,8	0,4
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	100	99,6	98,6	- 0,4	- 1,0
Energie	13,4	137,6	128,0	115,2	- 7,0	- 10,0
Erdöl und Erdgas	9,2	140,1	130,8	116,9	- 6,6	- 10,6
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	3,3	139,3	129,3	119,0	- 7,2	- 8,0
Kohle	0,5	109,9	93,3	85,7	- 15,1	- 8,1
Elektrischer Strom	0,3	89,6	83,5	69,9	- 6,8	- 16,3
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	3,6	111,7	109,6	107,8	- 1,9	- 1,6

Vorleistungsgüter sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden.

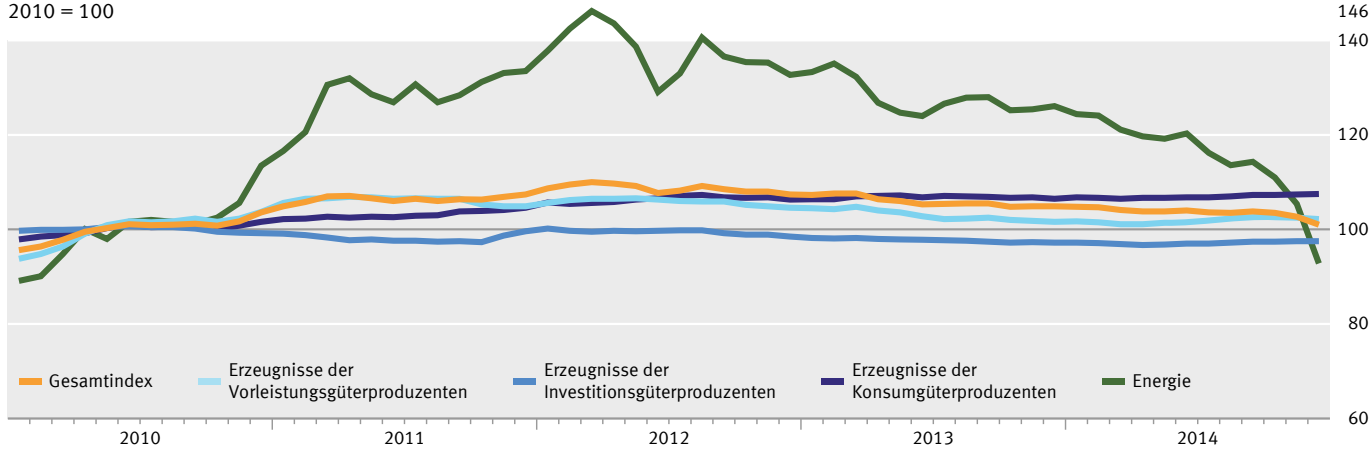
Investitionsgüter werden vor allem für Unternehmen hergestellt und können dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Konsumgüter sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden.

Zur **Energie** zählen alle Energieprodukte, unabhängig davon, ob sie für Unternehmen oder Privathaushalte bestimmt sind.

Einfuhrpreisindizes

2010 = 100



2015 - 01 - 0208

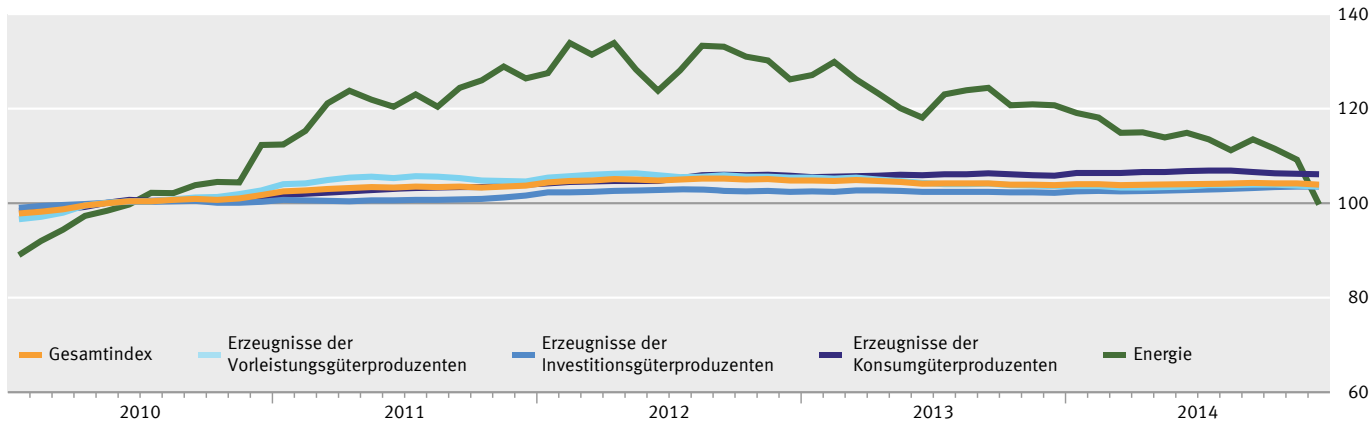
15.4 Ausfuhrpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Ausfuhrpreisindex	100	104,9	104,3	104,0	-0,6	-0,3
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,6	105,8	104,4	103,6	-1,3	-0,8
darunter:						
Chemische Grundstoffe	6,2	112,3	111,0	109,9	-1,2	-1,0
Metalle	5,1	107,8	101,2	98,6	-6,1	-2,6
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	44,8	102,6	102,4	102,9	-0,2	0,5
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	17,7	104,0	102,8	103,0	-1,2	0,2
Maschinen	16,4	103,6	104,8	106,0	1,2	1,1
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	16,4	105,2	105,9	106,5	0,7	0,6
Gebrauchsgüter	3,4	101,9	101,9	102,3	0,0	0,4
darunter:						
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	0,8	102,8	103,4	105,0	0,6	1,5
Verbrauchsgüter	13,0	106,1	106,9	107,6	0,8	0,7
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,6	101,1	100,8	103,1	-0,3	2,3
Energie	2,3	130,1	123,2	112,9	-5,3	-8,4
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	1,4	137,6	128,8	119,9	-6,4	-6,9
Erdöl und Erdgas	0,5	133,5	131,8	117,2	-1,3	-11,1
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,0	117,2	115,8	109,0	-1,2	-5,9

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Ausfuhrpreisindizes

2010 = 100



2015 - 01 - 0209

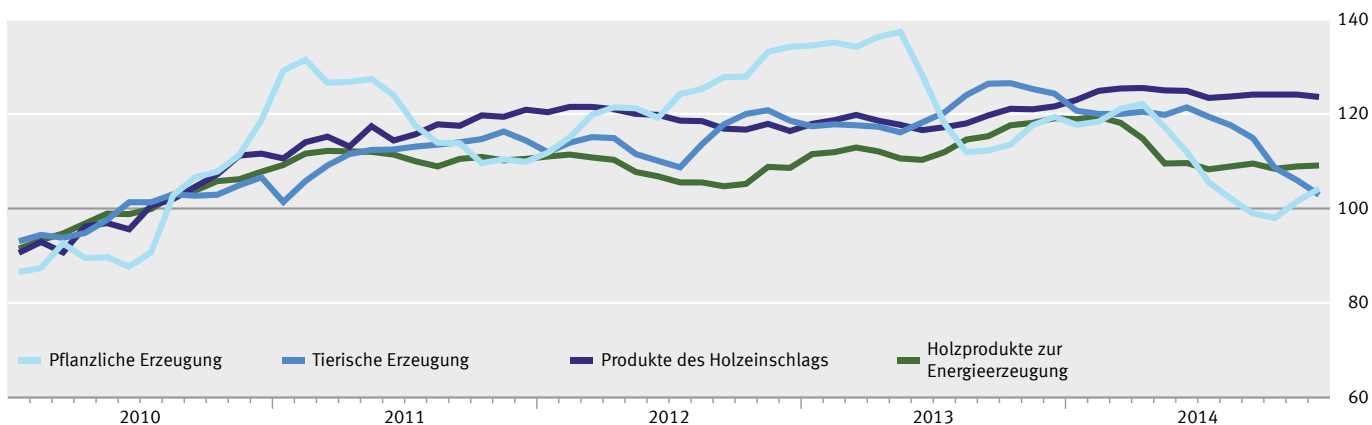
15.5 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	119,4	120,7	111,8	1,1	- 7,4
Pflanzliche Erzeugung	39,4	126,4	120,2	105,5	- 4,9	- 12,2
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	148,0	124,9	106,4	- 15,6	- 14,8
Getreide	14,9	148,4	125,0	106,2	- 15,8	- 15,0
Getreidesaatgut	0,3	125,6	121,2	117,5	- 3,5	- 3,1
Handelsgewächse	7,3	130,9	109,6	98,4	- 16,3	- 10,2
Raps	5,7	127,9	101,6	87,2	- 20,6	- 14,2
Zuckerrüben	1,7	140,9	136,5	136,5	- 3,1	0,0
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	3,6	97,2	170,6	129,5	75,5	- 24,1
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	107,1	105,0	102,3	- 2,0	- 2,6
Gemüse	5,1	110,9	105,4	102,6	- 5,0	- 2,7
Pflanzen und Blumen	7,1	104,3	104,7	102,0	0,4	- 2,6
Obst	1,1	109,4	128,0	97,8	17,0	- 23,6
Tierische Erzeugung	60,6	114,9	121,1	115,9	5,4	- 4,3
Tiere	32,7	121,5	120,8	112,7	- 0,6	- 6,7
Rinder	8,8	126,9	123,6	116,9	- 2,6	- 5,4
Schweine	18,6	120,9	120,2	109,5	- 0,6	- 8,9
Schafe und Ziegen	0,4	120,1	119,9	122,0	- 0,2	1,8
Geflügel	4,8	113,8	118,2	117,0	3,9	- 1,0
Milch	25,5	106,3	122,4	120,7	15,1	- 1,4
Eier	2,4	117,4	110,2	108,0	- 6,1	- 2,0
Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags	100	119,1	119,0	124,3	- 0,1	4,5
Stammholz und -abschnitte zusammen	74,3	119,8	120,1	125,5	0,3	4,5
Industrieholz	21,3	111,1	107,9	113,2	- 2,9	4,9
Brennholz	4,4	146,7	154,5	157,9	5,3	2,2
nachrichtlich:						
Holzprodukte zur Energieerzeugung	100	108,0	113,8	111,9	5,4	- 1,7
Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln	36,8	104,0	111,3	103,1	7,0	- 7,4
Pellets, Briketts, Scheiten o. ä. Formen aus Sägespänen u. a. Sägebeneprodukten	23,6	109,1	127,5	123,6	16,9	- 3,1
Industrieholz	39,6	111,1	107,9	113,2	- 2,9	4,9

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Erzeugerpreisindizes landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

2010 = 100



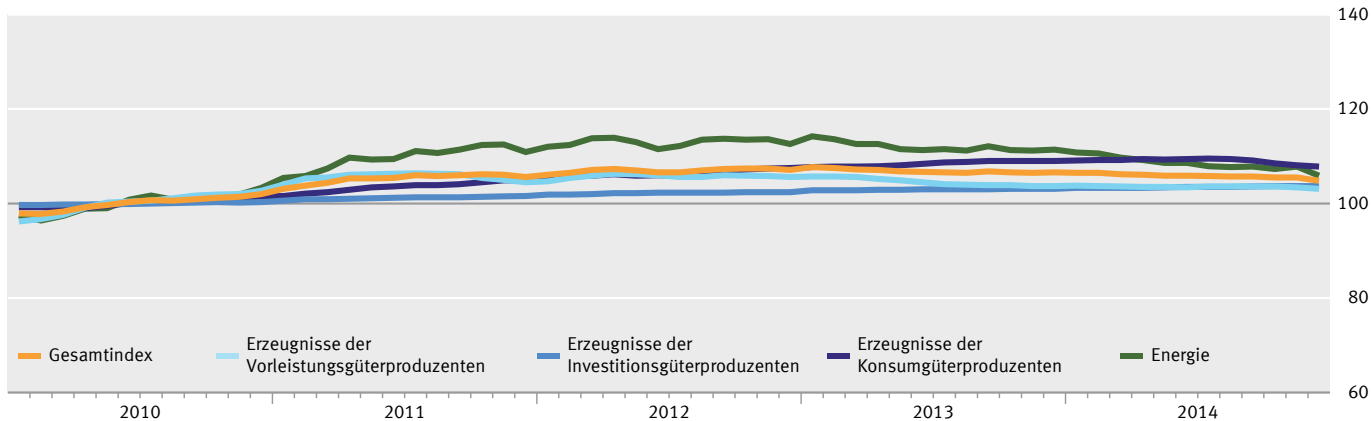
2015 - 01 - 0210

15.6 Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	100	107,0	106,9	105,8	- 0,1	- 1,0
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	31,1	105,8	104,6	103,5	- 1,1	- 1,1
darunter:						
Metalle	5,5	106,8	101,6	99,1	- 4,9	- 2,5
Gummi- und Kunststoffwaren	3,8	106,6	107,3	107,7	0,7	0,4
Chemische Grundstoffe	3,1	113,7	111,7	109,3	- 1,8	- 2,1
Papier, Pappe und Waren daraus	2,2	105,3	104,6	104,4	- 0,7	- 0,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	23,9	102,2	103,0	103,5	0,8	0,5
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,8	101,5	101,8	101,9	0,3	0,1
Maschinen	6,8	103,9	105,4	106,5	1,4	1,0
Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (einschl. Wartung)	2,6	103,3	105,2	106,8	1,8	1,5
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	1,4	105,4	105,1	105,1	- 0,3	0,0
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	18,1	106,3	108,4	109,0	2,0	0,6
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterproduzenten	15,8	106,8	109,0	109,5	2,1	0,5
darunter:						
Nahrungsmittel	9,3	109,8	112,9	112,8	2,8	- 0,1
Getränke	1,7	104,8	106,7	108,1	1,8	1,3
Erzeugnisse der Gebrauchsgüterproduzenten	2,3	103,3	104,3	105,7	1,0	1,3
darunter:						
Möbel	1,2	104,6	106,2	107,9	1,5	1,6
Energie	26,9	113,0	112,0	108,5	- 0,9	- 3,1
darunter:						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	12,2	100,5	99,5	97,8	- 1,0	- 1,7
Erdgas (Verteilung)	7,5	126,2	127,1	121,8	0,7	- 4,2
Kokerei- und Mineralölherzeugnisse	.	123,3	117,1	110,7	- 5,0	- 5,5
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	1,1	103,1	104,9	106,3	1,7	1,3
Erdöl und Erdgas	.	142,2	143,4	129,4	0,8	- 9,8

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte

2010 = 100



2015 - 01 - 0211

15.7 Erzeugerpreise für Dienstleistungen

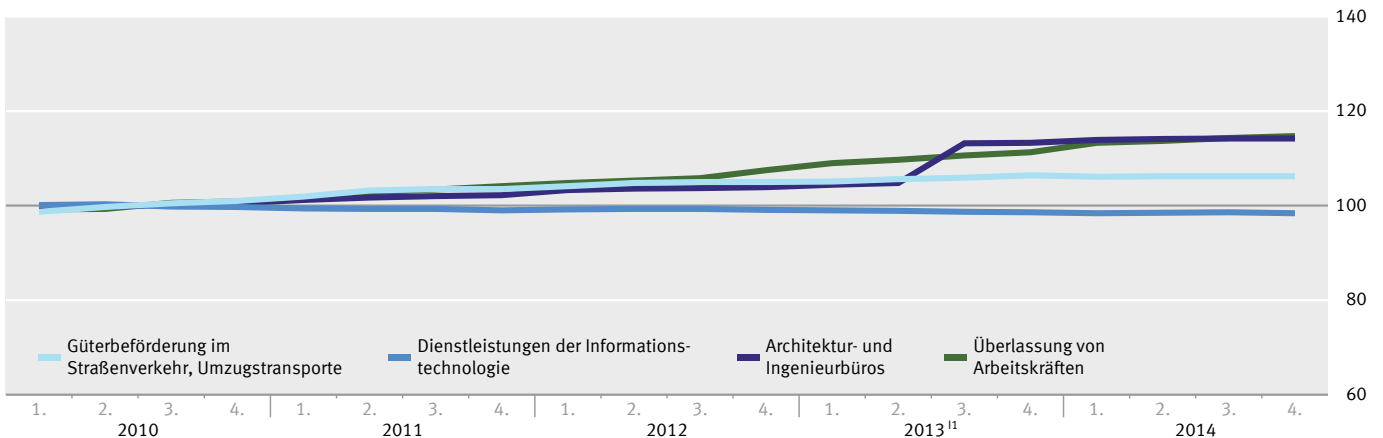
	Umsatz ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2012	2013	2014	2013	2014
	Mrd. EUR	2010 = 100			%	
Verkehr und Lagerei						
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34,5	104,7	105,8	106,2	1,1	0,4
Post-, Kurier- und Expressdienste	27,5	101,4	103,0	104,4	1,6	1,4
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26,0	128,9	129,6	140,7	0,5	8,6
Lagerei	7,5	102,5	103,6	104,1	1,1	0,5
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6,0	105,3	108,3	110,7	2,8	2,2
Luftfracht	4,2	127,7	127,8	131,3	0,1	2,7
Frachtschlag	2,8	101,2	101,8	102,2	0,6	0,4
Information und Kommunikation						
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80,8	99,2	98,8	98,5	-0,4	-0,3
Telekommunikationsdienstleistungen (Fernmeldedienste)	72,7	94,8	93,6	93,1	-1,3	-0,5
Datenverarbeitung, Hosting u. Ä.; Webportale	5,5	94,5	92,5	91,1	-2,1	-1,5
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; Recherchedienste	3,1	102,3	103,4	104,2	1,1	0,8
Verlegen von Software (ohne Computerspiele)	0,7	100,1	100,1	99,7	0,0	-0,4
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen						
Architektur- und Ingenieurbüros	45,1	103,6	108,9	114,1	5,1	4,8
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Buchführung	23,5	103,9	109,9	110,7	5,8	0,7
Public Relations- und Unternehmensberatung	20,9	102,0	102,9	103,7	0,9	0,8
Werbung	20,2	99,9	101,3	102,5	1,4	1,2
Rechtsberatung	18,3	101,9	107,8	113,6	5,8	5,4
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8,8	103,5	105,3	107,3	1,7	1,9
Markt- und Meinungsforschung	2,2	100,7	101,4	102,0	0,7	0,6
Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen						
Überlassung von Arbeitskräften	27,6	105,9	110,2	114,0	4,1	3,4
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15,2	102,5	104,1	106,4	1,6	2,2
Wach- und Sicherheitsdienste	4,2	104,5	107,7	110,4	3,1	2,5
Personalvermittlung	1,7	108,8	112,5	116,5	3,4	3,6

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

1 Quelle: Dienstleistungsstatistik, Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

2010 = 100



1 Drittes Quartal 2013: Anhebung der Gebührensätze als Folge der Einführung der neuen Honorarordnung für Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure.

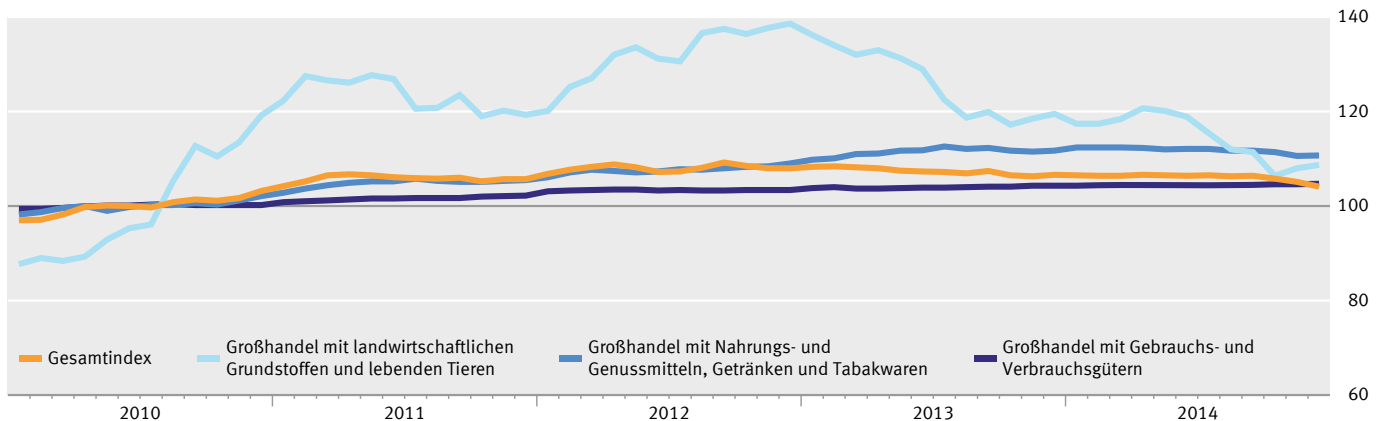
15.8 Großhandelsverkaufspreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Index der Großhandelsverkaufspreise	100	108,0	107,4	106,1	- 0,6	- 1,2
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	4,5	132,2	126,0	114,6	- 4,7	- 9,0
darunter:						
Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	2,9	140,4	129,8	117,5	- 7,5	- 9,5
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	16,0	107,7	111,5	111,8	3,5	0,3
darunter:						
Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,4	102,5	112,7	110,5	10,0	- 2,0
Großhandel mit Getränken	2,1	104,3	106,9	109,0	2,5	2,0
Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	1,4	110,6	112,6	111,1	1,8	- 1,3
Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	1,1	110,0	116,3	117,2	5,7	0,8
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ¹	21,8	103,4	104,0	104,5	0,6	0,5
darunter:						
Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik	4,3	99,2	99,1	98,5	- 0,1	- 0,6
Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	8,2	90,0	87,6	86,3	- 2,7	- 1,5
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	8,9	105,7	107,4	107,9	1,6	0,5
Sonstiger Großhandel	35,1	112,5	109,5	107,0	- 2,7	- 2,3
darunter:						
Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineral-ölerzeugnissen	12,4	121,3	115,8	110,2	- 4,5	- 4,8
Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	7,4	107,9	102,5	99,8	- 5,0	- 2,6
Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	4,5	105,2	106,5	108,1	1,2	1,5
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,5	109,2	110,1	109,7	0,8	- 0,4

1 Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren zählt hier nicht zum Großhandel mit Verbrauchsgütern.

Indizes der Großhandelsverkaufspreise

2010 = 100



2015 - 01 - 0213

15.9 Bau- und Immobilienpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Baupreisindizes						
Konventioneller Neubau von Wohngebäuden	100	105,4	107,5	109,4	2,0	1,8
Rohbauarbeiten	45,5	105,3	107,1	108,7	1,7	1,5
darunter:						
Mauerarbeiten	11,0	103,5	104,8	106,4	1,3	1,5
Betonarbeiten	15,7	104,8	106,0	106,9	1,1	0,8
Zimmer- und Holzbauarbeiten	4,6	108,3	110,8	113,4	2,3	2,3
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten	4,8	106,5	109,5	111,3	2,8	1,6
Ausbauarbeiten	54,5	105,5	107,9	110,0	2,3	1,9
darunter:						
Putz- und Stuckarbeiten	4,1	104,6	106,8	108,6	2,1	1,7
Tischlerarbeiten	9,6	105,0	107,4	108,1	2,3	0,7
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen	7,0	107,0	110,3	113,2	3,1	2,6
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden	4,6	107,7	111,1	114,0	3,2	2,6
Konventioneller Neubau von Bürogebäuden	100	105,5	107,6	109,6	2,0	1,9
Konventioneller Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden						
Betriebsgebäuden	100	105,8	107,8	109,7	1,9	1,8
Straßenbau	100	106,3	108,9	110,3	2,4	1,3
Brücken im Straßenbau	100	105,2	106,5	107,7	1,2	1,1
Ortskanäle	100	104,5	106,4	108,0	1,8	1,5
Instandhaltung von Wohngebäuden	100	106,1	109,0	111,5	2,7	2,3
Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart	100	105,8	109,8	112,8	3,8	2,7
Preisindex für Bauland ¹	100	106,1	108,4	113,6	2,2	4,8
Baukostenindex für Wohngebäude	100	106,0	106,9	107,9	0,8	0,9
darunter:						
Materialkosten	58,8	106,2	107,4	108,4	1,1	0,9
Arbeitskosten	36,9	105,7	106,2	107,2	0,5	0,9
Häuserpreisindex						
Neu erstellte Wohnimmobilien	13,0	108,1	109,4	113,4	1,2	3,7
Bestehende Wohnimmobilien	87,0	106,9	110,6	113,2	3,5	2,4

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

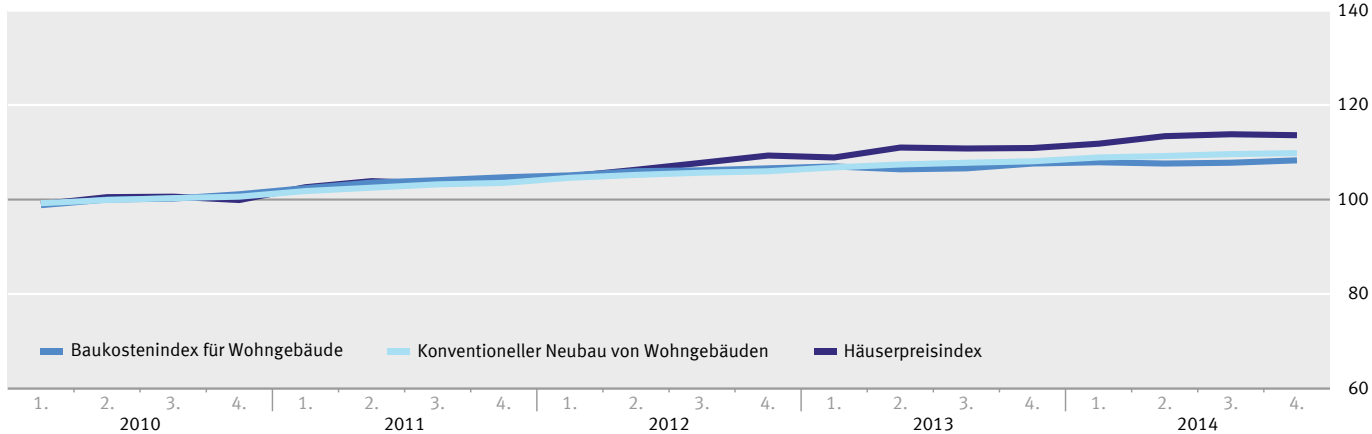
Der **Baukostenindex** für Wohngebäude misst hingegen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte. Honorare für Architekten und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baukostenindex noch eines Baupreisindex.

Der **Häuserpreisindex** misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden.

1 Angaben für die Jahre 2013 und 2014 sind vorläufig.

Bau- und Immobilienpreisindizes

2010 = 100

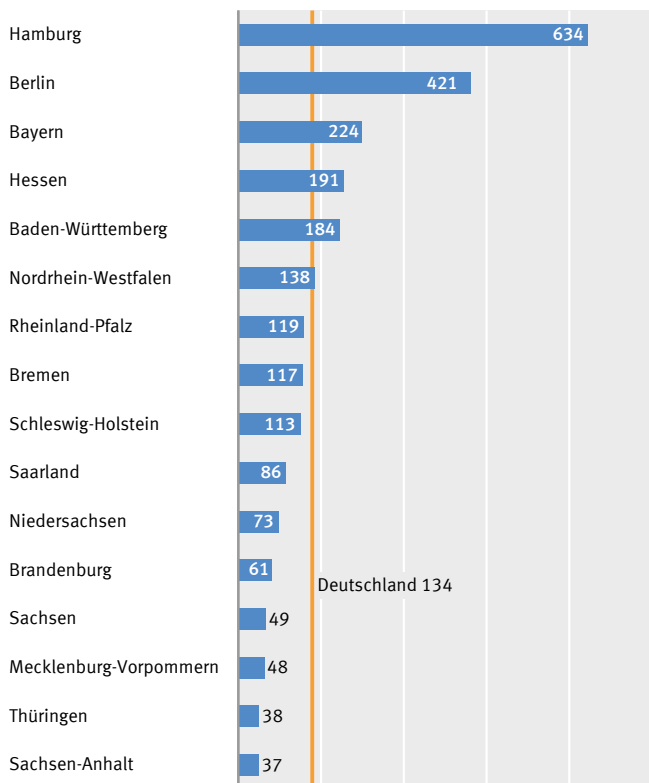


15.10 Kaufwerte für baureifes Land 2013

	Kauffälle	Veräußerte Fläche	Durchschnittlicher Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	EUR je m ²
Deutschland	74 873	73 908	134
Baden-Württemberg	6 640	4 834	184
Bayern	16 046	14 374	224
Berlin	1 335	1 984	421
Brandenburg	5 699	6 344	61
Bremen	229	242	117
Hamburg	983	969	634
Hessen	5 211	4 392	191
Mecklenburg-Vorpommern	1 366	1 788	48
Niedersachsen	14 058	14 676	73
Nordrhein-Westfalen	5 743	4 361	138
Rheinland-Pfalz	5 294	3 723	119
Saarland	892	786	86
Sachsen	4 571	9 263	49
Sachsen-Anhalt	2 070	1 887	37
Schleswig-Holstein	2 417	2 202	113
Thüringen	2 319	2 084	38

Die Kaufwerte für baureifes Land beziehen sich auf Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind. Es handelt sich nicht um einen Index, sondern um absolute Werte. Die Ergebnisse sind nicht über die Zeit vergleichbar.

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2013 in EUR je m²



2015 - 01 - 0215

15.11 Verbraucherpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2012	2013	2014	2013	2014
	%	2010 = 100			%	
Verbraucherpreisindex	100	104,1	105,7	106,6	1,5	0,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	106,3	110,4	111,5	3,9	1,0
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8	104,8	107,0	110,3	2,1	3,1
Bekleidung und Schuhe	4,5	103,3	104,4	105,5	1,1	1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	31,7	105,4	107,5	108,4	2,0	0,8
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	5,0	101,1	102,1	102,5	1,0	0,4
Gesundheitspflege	4,4	103,2	99,4	101,4	- 3,7	2,0
Verkehr	13,5	107,7	107,5	107,3	- 0,2	- 0,2
Nachrichtenübermittlung	3,0	94,8	93,4	92,3	- 1,5	- 1,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	100,6	103,1	104,4	2,5	1,3
Bildungswesen	0,9	94,0	95,1	93,1	1,2	- 2,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,5	103,6	106,0	108,2	2,3	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	102,6	104,3	106,1	1,7	1,7
Verbrauchsgüter	30,8	109,0	111,5	111,7	2,3	0,2
darunter:						
Nahrungsmittel	9,1	105,7	110,4	111,5	4,4	1,0
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	6,8	115,8	120,6	119,5	4,1	- 0,9
Kraftstoffe	3,8	117,5	113,5	108,5	- 3,4	- 4,4
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	9,1	102,7	104,1	104,8	1,4	0,7
darunter:						
Bekleidungsartikel	3,3	103,3	104,2	105,3	0,9	1,1
Schuhe und Schuhzubehör	0,8	103,1	104,6	105,5	1,5	0,9
Heimtextilien	0,4	103,7	104,7	105,9	1,0	1,1
Langlebige Gebrauchsgüter	8,1	98,0	97,4	96,9	- 0,6	- 0,5
darunter:						
Kauf von Fahrzeugen	3,3	101,0	100,8	101,2	- 0,2	0,4
Möbel und Leuchten	1,7	101,4	102,4	102,9	1,0	0,5
Informationsverarbeitungsgeräte	0,6	80,6	74,3	71,6	- 7,8	- 3,6
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	31,0	102,4	103,8	105,5	1,4	1,6
darunter:						
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	3,3	101,7	107,2	110,4	5,4	3,0
Telekommunikationsdienstleistungen	2,6	95,1	93,6	92,5	- 1,6	- 1,2
Versicherungsdienstleistungen	2,3	102,0	104,1	105,8	2,1	1,6
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	1,1	104,0	108,3	112,2	4,1	3,6
Nettokaltmiete	21,0	102,5	103,8	105,4	1,3	1,5

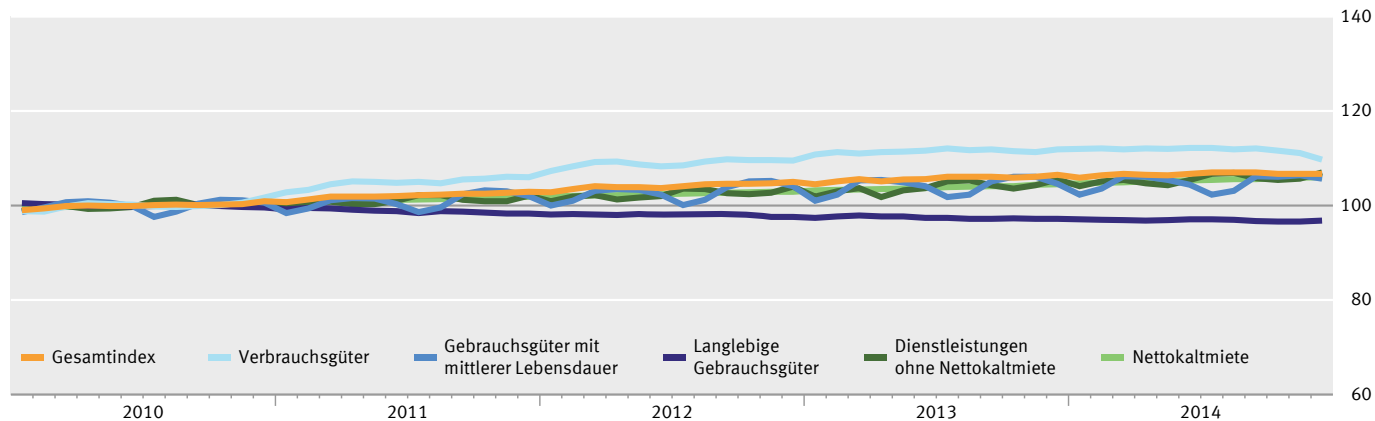
Verbrauchsgüter, z. B. Nahrungsmittel, werden relativ oft gekauft oder fast täglich konsumiert.

Gebrauchsgüter werden in der Regel seltener gekauft. Beim Verbraucherpreisindex sind Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer beispielsweise Bekleidungsartikel und Schuhe, langlebige Gebrauchsgüter sind u. a. Fahrzeuge, Möbel und Computer.

Bei den **Dienstleistungen** spielen die Wohnungsmieten eine wichtige Rolle. Aber auch andere Dienstleistungen, z. B. Versicherungsdienstleistungen, gehören hier dazu.

Verbraucherpreisindizes

2010 = 100



2015 - 01 - 0216

Methodik

■ Preisstatistik

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen Erzeugung, Außenhandel, Großhandel sowie privater Konsum. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden nur in wenigen Bereichen berechnet, als Kaufwerte für Bauland bzw. landwirtschaftliche Grundstücke sowie für ausgewählte Energieträger.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden z. B. zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die in privaten und gewerblichen Verträgen vorkommen. Solche Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten zu berechnen.

■ Berechnung von Preisindizes

Die meisten Preisindizes der amtlichen Statistik geben Auskunft über die Preisentwicklung im Zeitablauf. Sie zeigen an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Zusätzlich werden Veränderungsraten berechnet, welche die prozentuale Preisentwicklung zum Vorjahresmonat und zum Vormonat angeben. Die Berechnung von Preisindizes für den zeitlichen Preisvergleich kann in fünf Schritten dargestellt werden:

1. Schritt: Zunächst wird der Geltungsbereich der Preisstatistik festgelegt (z. B. sämtliche Konsumausgaben der privaten Haushalte oder sämtliche Verkäufe von Produktionsbetrieben bestimmter Wirtschaftsbereiche in Deutschland). Dann erfolgt eine Untergliederung aller im Geltungsbereich umgesetzten Waren und Dienstleistungen in einzelne Güterbereiche. Dabei werden in der Regel international abgestimmte Güterklassifikationen verwendet, z. B. in der Erzeugerpreisstatistik das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
2. Schritt: Anschließend werden für jeden Güterbereich konkrete Waren und Dienstleistungen für die Preismessung ausgewählt. Häufig werden in einem repräsentativen Stichprobenverfahren zunächst Berichtsstellen ermittelt (z. B. Geschäfte, Produktionsbetriebe etc.). Aus deren Angebot werden dann die wichtigsten Produkte für die Preiserhebung bestimmt. Die Gesamtheit der ausgewählten Waren und Dienstleistungen bezeichnet man auch als „Warenkorb“.
3. Schritt: Für die Produkte des Warenkorbes erfolgt eine monatliche oder vierteljährliche Preisbeobachtung, z. B. durch schriftliche Preismeldung, Onlinemeldung der ausgewählten Betriebe, Internetrecherche oder durch Preiserhebung in den Einzelhandelsgeschäften vor Ort. Letztere führen Erhebungsbeauftragte der amtlichen Statistik durch. Im Zuge der Preisbeobachtung wird der Warenkorb regelmäßig aktualisiert. Konkrete Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden.
4. Schritt: Aus den erhobenen Preisdaten werden fortlaufende Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen erstellt. Beim Austausch von konkreten Produktrepräsentanten oder bei Veränderungen der Produkteigenschaften wird die Vergleichbarkeit der Preise durch Mengen- oder Qualitätsbereinigung rechnerisch hergestellt. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, wird dies in der Preisstatistik wie eine Preiserhöhung behandelt. Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Würden sie unterlassen, käme dies entweder der

Annahme gleich, dass Produktänderungen aus Käufersicht irrelevant seien oder dass bei Produktwechsellern die Preisunterschiede voll den Qualitätsunterschieden zuzuschlagen wären. Da beide Annahmen in der Regel nicht pauschal zutreffen, ist es notwendig, qualitative Veränderungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und aus der Preisberechnung herauszurechnen. Die fortlaufenden Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen werden anschließend zu Teilindizes zusammengefasst.

5. Schritt: Schließlich wird der gesamte Preisindex als gewichteter Mittelwert der Teilindizes der einzelnen Güterbereiche berechnet. Die Gewichtungsinformationen sind im sogenannten Wägungsschema enthalten und spiegeln die Bedeutung der einzelnen Güterbereiche für die Grundgesamtheit aller Waren und Dienstleistungen wider. Güterbereiche mit hohen Umsätzen gehen mit einem entsprechend hohen Gewicht in den Gesamtindex ein. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema in der Regel nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung darstellen zu können, unbeeinflusst von Änderungen in der Zusammensetzung der Grundgesamtheit.

■ Außenhandelspreisindizes

Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Die Außenhandelspreise werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Import- und Exportunternehmen erhoben. In einigen Fällen werden auch internationale Börsennotierungen herangezogen. Zu den mit dem Ausland gehandelten Waren zählen u. a. Getreide, Rohkaffee, Erdöl, Erdgas, Erze, Fahrzeug- und Maschinenbauerzeugnisse. Beobachtet werden tatsächlich gezahlte Preise „frei deutsche Grenze“. Nicht enthalten in den Preisen sind öffentliche Abgaben wie Zölle und Einfuhrumsatzsteuer bei der Einfuhr oder Umsatzsteuer und Exporthilfen bei der Ausfuhr. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen in Euro umgerechnet. Die Indizes der Außenhandelspreise werden für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren sowie für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet und veröffentlicht. Die Waren werden gegliedert nach ausgewählten Positionen des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) sowie nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4). Räumlich erfolgt eine Gliederung nach dem Handel mit Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern.

■ Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps oder Rinder. Obwohl es sich um einen Erzeugerpreisindex handelt, werden die Preise überwiegend nicht bei den Erzeugerinnen und Erzeugern erhoben, da diese ihre Produkte aufgrund saisonaler Schwankungen nur sehr unregelmäßig verkaufen. Die Preise werden monatlich hauptsächlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland erfragt, die pflanzliche und tierische Erzeugnisse regelmäßig von den landwirtschaftlichen Betrieben kaufen, vermarkten oder hierüber Statistiken führen. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich gezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tieferer Ebene für 35 landwirtschaftliche Erzeugnisse dargestellt, gegliedert nach pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

■ Erzeugerpreise der Produkte des Holzeinschlags

Der Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Da die Landesforstverwaltungen als Preisführer im Rohholzmarkt gelten, kann der Index als repräsentativ für die Entwicklung der Rohholzpreise in Deutschland gelten.

Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich gezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 20 Holzprodukte dargestellt, gegliedert nach Stammholz und Stammholzabschnitte, nach Industrieholz sowie nach Brennholz. Seit Januar 2010 wird zudem aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags der Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung berechnet. Dieser misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können.

■ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe, Nahrungsmittel und Kraftwagen. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Erzeuger gewerblicher Produkte dem Statistischen Bundesamt monatlich die mit ihren Abnehmern vertraglich vereinbarten Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), aber einschließlich Verbrauchsteuern und anderer gesetzlicher Abgaben, z. B. Umlagen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Die Ergebnisse des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für 1 260 Güterarten des Güterverzeichnis der Produktionsstatistiken (GP 2009) dargestellt.

■ Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Berichtsfirmen dem Statistischen Bundesamt quartalsweise die Nettopreise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer einschließlich Ökosteuer, Tabaksteuer) und anderen gesetzlichen Abgaben (z. B. Luftverkehrsabgabe). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 25 Dienstleistungsbereiche der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) dargestellt. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

■ Großhandelsverkaufspreisindex

Der Großhandelsverkaufspreisindex misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind. Zu den abgesetzten Waren zählen z. B. Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut. Die Waren können sowohl im Inland produziert als auch nach Deutschland importiert worden sein. Direkte Verkäufe an den Endabnehmer bzw. ins Ausland werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Großhandelsunternehmen dem Statistischen Bundesamt monatlich die tatsächlich erzielten Preise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern wie der Tabaksteuer und anderer gesetzlicher Abgaben. Die Ergebnisse des Großhandelsverkaufspreisindex werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 64 Wirtschaftszweige der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) veröffentlicht.

■ Baupreisindizes

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden. In ihnen schlagen sich neben

Veränderungen bei den Faktorkosten auch Veränderungen der Produktivität, der Gewinnmargen der Bauunternehmen sowie Änderungen bei der Umsatzsteuer nieder. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind dagegen nicht Bestandteil eines Baupreisindex. Erhoben werden die Preise vierteljährlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die als Auftragnehmer regelmäßig Bauleistungen erbringen für den Neubau von Wohn-, Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden, von Straßen, Brücken und Ortskanälen sowie für die Instandhaltung von Wohngebäuden. In der Regel sind dies Unternehmen des Baugewerbes. Es können jedoch auch Unternehmen anderer Wirtschaftszweige sein. Die Berichtsfirmen melden vierteljährlich vertraglich vereinbarte Preise für die Ausführung von Bauleistungen (keine Angebotspreise). Baupreisindizes werden von derzeit 177 repräsentativ ausgewählten Bauleistungen berechnet.

■ Baukostenindex für Wohngebäude

Der Baukostenindex für Wohngebäude misst die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren, insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte. Dieser Index wird daher häufig auch als Faktor- oder Inputpreisindex bezeichnet. Die Berechnung des Baukostenindex erfolgt auf der Grundlage bereits vorhandener, vorwiegend amtlicher Datenquellen und Informationen. Zur Abdeckung der Preisentwicklung für Baumaterialien sowie für die darüber hinaus berücksichtigten Kostenfaktoren Ausrüstungen, Energie, Betriebsstoffe und Bauhilfsstoffe werden die Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte herangezogen. Die Zeitreihen der Erzeugerpreisstatistik gelten dabei als Einkaufspreisindizes für die Bauunternehmen. In die Berechnung der Baukostenindizes fließen die Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ein. Für die Abdeckung der Arbeitskosten wird auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Arbeitskostenindex zurückgegriffen – speziell auf die Zeitreihen für den gesondert berechneten Wirtschaftszweig des Baugewerbes. Der Arbeitskostenindex enthält sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten. Neben dem Baukostenindex insgesamt werden auch die Indizes für die Materialkosten und die Arbeitskosten veröffentlicht.

■ Häuserpreisindex

Der Häuserpreisindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien. Zur Berechnung des Häuserpreisindex werden vierteljährlich von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte die in den Kaufverträgen angegebenen Preise (Transaktionspreise, keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer erhoben. Neben dem Häuserpreisindex insgesamt werden auch Preisindizes für neu erstellte sowie für bestehende Wohnimmobilien veröffentlicht.

■ Kaufwerte für Bauland

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe bzw. Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland vorgesehen sind (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland). Der Großteil der Verkäufe und Käufe bezieht sich hierbei auf baureifes Land. Ergebnisse werden nicht in Form von Preisindizes ausgewiesen, sondern als absolute Werte (in Euro pro m² Boden). Die ausgewiesenen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die den Durchschnittswerten jeweils zugrundeliegenden Grundstücke in ihrer Struktur ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein können.

Die Kaufwerte für Bauland werden vierteljährlich ermittelt, vor allem aus Meldungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, in wenigen Bundesländern

aber auch aus Meldungen der Finanzämter. Veröffentlicht werden die Anzahl der Käufe bzw. Verkäufe, die Summe der Fläche sowie die Durchschnittspreise je m² („Kaufwert“) für die Baulandarten, für Gemeindegrößenklassen und Baugebiete.

■ Verbraucherpreisindizes

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Nach dem Inlandskonzept werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, d.h. neben den Ausgaben von beispielsweise Single-Haushalten, Ehepaaren, Familien oder Rentnerehepaaren auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat bzw. zum Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet. Für die Messung der Preisentwicklung der einzelnen Güter des Warenkorbes notieren Preiserheberinnen und Preiserheber in ganz Deutschland monatlich die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchsteuern beobachtet. Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für rund 600 Positionen auf der Grundlage der „Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ in der für den Verbraucherpreisindex geltenden Fassung (SEA-VPI) sowie für unterschiedliche Zusammenfassungen dargestellt.

■ Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) berechnet das Statistische Bundesamt für europäische Zwecke den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser misst die Preisentwicklung in Deutschland nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren. Der HVPI für Deutschland wird aus der gleichen Datenbasis abgeleitet wie der VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich derzeit im Wesentlichen darin, dass der deutsche VPI zusätzlich Wohneigentum einbezieht, das die Eigentümerin bzw. der Eigentümer selbst nutzt. Außerdem berücksichtigt der deutsche HVPI im Gegensatz zum VPI keine Glücksspiele. Seit Januar 2012 werden die Gewichte des HVPI unter Verwendung von vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Vorvorjahr (t-2) jährlich neu berechnet, wobei eine Korrektur von Vergangenheitswerten nicht vorgesehen ist.

■ Berechnung von räumlichen Preisindizes

Für einen Preisvergleich müssen die Preise von gleichen oder vergleichbaren Gütern gegenüber gestellt werden. Beim zeitlichen Preisvergleich ist dies dadurch gewährleistet, dass immer die gleichen Güter in denselben Berichtsstellen beobachtet werden. Beim räumlichen Preisvergleich werden hingegen die Preisunterschiede gemessen, die zu einem Zeitpunkt in unterschiedlichen Berichtsstellen bestehen. Um hier einen reinen Preisvergleich zu ermöglichen, der nicht durch Unterschiede in der Güterauswahl und der Güterqualität beeinflusst ist, müssen die Güter sehr eng definiert werden. In allen Berichtsstellen müssen Güter ausgewählt werden, die der Definition entsprechen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die ausgewählten Güter in möglichst allen betrachteten Regionen repräsentativ für die jeweilige Verbrauchskategorie sind, d.h. in allen betrachteten Regionen eine hohe Verbrauchsbedeutung haben.

Beim räumlichen Preisvergleich können sich die Berichtsstellen in unterschiedlichen Ländern befinden (internationaler Preisvergleich) oder in verschiedenen Regionen eines Landes (regionaler Preisvergleich). Für den internationalen Preisvergleich werden jährlich Preismessungen in Berlin und Bonn durchgeführt, die in die Berechnung von internationalen Kaufkraftparitäten und Preisniveauindizes durch

das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) eingehen. Weitere Informationen zu den Preisniveauindizes finden Sie im Kapitel „Internationales“.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Baukostenindex für Wohngebäude | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren, insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte.

Baupreisindizes | Diese messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

Deflationierung | Bereinigung von nominalen wirtschaftlichen Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zur Berechnung realer Wachstumsraten.

Ein- und Ausfuhrpreisindizes | Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Im Einfuhrpreisindex sind dies z. B. Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Rohstoffe und Getreide, im Ausfuhrpreisindex z. B. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Erzeugerpreisindizes | Sie messen die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags | Dieser misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Dazu zählen Stammholz und Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kundinnen und Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

Erzeugerpreisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung | Dieser Index misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können. Er wird aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags berechnet und im Rahmen des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags als Sondergliederung veröffentlicht.

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau.

Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte | Dieser Index misst die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps oder Rinder.

Gebrauchsgüter | Dies sind Waren, die eine gewisse Zeit genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden, z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel. Im Verbraucherpreisindex unterscheidet man zusätzlich Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidungsartikel und Schuhe, und langlebige Gebrauchsgüter, wie Schränke und Fernsehgeräte.

Großhandelsverkaufspreisindex | Er misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind, z. B. für Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut.

Häuserpreisindex | Dieser misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien.

Inflation | In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise allgemein und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von „Inflation“. Ist dies der Fall, kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor. Gemessen am Verbraucherpreisindex bedeutet „Inflationsrate“ dessen prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – also Vorjahresmonat oder Vorjahr.

Investitionsgüter | So bezeichnet man Erzeugnisse, die vor allem für Unternehmen hergestellt werden und dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden können, z. B. Produktionsmaschinen, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse, Schienen- und Kraftfahrzeuge.

Kaufwerte für Bauland | Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe beziehungsweise Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland) vorgesehen sind.

Konsumgüter | Das sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel und von Dienstleistern) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden. Zum Beispiel Haushaltsgeräte, Möbel sowie Unterhaltungselektronik, aber auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und pharmazeutische Erzeugnisse. Zu den Konsumgütern gehören auch Dienstleistungen, die private Haushalte erwerben, z. B. Handwerkerleistungen, Versicherungen und Gesundheitsleistungen.

Preisindizes | Die Preisstatistik veröffentlicht Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Indizes messen relative Unterschiede. Sie normieren Zahlen, indem ein Bezugswert auf 100 gesetzt wird. Zeitliche Preisindizes zeigen, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Liegt beispielsweise der Verbraucherpreisindex in einem Monat bei 120, sind die Preise in diesem Monat 20% höher als im Durchschnitt des Basisjahres. Räumliche Preisindizes geben die Relation des Preisniveaus einer Region zu einer Vergleichsregion an.

Primärenergieträger | Das sind weitgehend unverarbeitete Energieträger, wie Erdöl oder Erdgas.

Sekundärenergieträger | Das sind weiterverarbeitete Energieträger, wie Strom oder Kraftstoffe.

Verbraucherpreisindex | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Miete, Strom, Kraftstoffe und Friseurleistungen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat oder dem Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Verbrauchsgüter | Dazu zählen Waren, die im Zuge ihrer Nutzung verbraucht werden, z. B. Nahrungsmittel oder Putzmittel.

Vorleistungsgüter | Das sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel Metalle, Holz, chemische Grundstoffe, Gummi- und Kunststoffwaren, Papier und Karton sowie elektronische Bauelemente.

Wertsicherungsklauseln/Preisgleitklauseln | Von diesen Klauseln spricht man, wenn Zahlungen in privaten oder gewerblichen Verträgen mittels Preisindizes an die Preisentwicklung angepasst werden. Dies soll sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Preise* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 61

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Energiepreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)
- Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland
- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr
- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

Fachbericht

- | Daten zur Energiepreisentwicklung (monatlich)

■ Nahrungsmittelpreise

STATmagazin

- | Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Einfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Ausfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für Land- und Forstwirtschaft

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/10 | Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung

■ Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Fachserie 17 Preise

- Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

Mehr zum Thema

■ Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/14 | Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2010

■ Erzeugerpreise für Dienstleistungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/05 | Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
 Heft 11/07 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik
 Heft 8/08 | Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung
 Heft 7/10 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurbüros und für die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
 Heft 9/12 | Der Markt für technische, physikalische und chemische Untersuchungen im Spiegel der Preis- und Dienstleistungsstatistiken
 Heft 4/13 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen

■ Großhandelsverkaufspreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 6 | Index der Großhandelsverkaufspreise

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/14 | Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 2010

■ Bau- und Immobilienpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 4 | Preisindizes für die Bauwirtschaft
 Reihe 5 | Kaufwerte für Bauland

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 | Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2010
 Heft 11/11 | Preisindizes für Wohnimmobilien
 Heft 10/12 | Preisindizes für Wohnimmobilien
 Heft 11/13 | Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2010

■ Verbraucherpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland

Fachberichte

Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung (2011)
 Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex (2013)
 Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (monatlich)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/08 | Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland
 Heft 2/09 | Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 10/09 | Inflationsmessung nach Einkommensgruppen – Wer ist wie stark betroffen?
 Heft 11/10 | Behandlung saisonaler Erzeugnisse in der deutschen Verbraucherpreisstatistik
 Heft 3/12 | Geschäftstypengewichtung im Verbraucherpreisindex
 Heft 8/12 | Jährliche Neugewichtung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex
 Heft 12/12 | Berechnung eines regelbedarfsrelevanten Verbraucherpreisindex für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach SGB XII
 Heft 5/13 | Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2010
 Heft 11/14 | Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen?

Mehr zum Thema

■ Verbraucherpreise

STATmagazin

- Aktuell niedrige Inflationsraten – Gefahr einer Deflation? (2009)
- Inflation: Für alle gleich? (2011)
- Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Themenübergreifend

Fachserie 17 Preise

- Reihe 9.2 | Preise und Preisindizes für Verkehr

Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/14 | Internationale Preisvergleiche für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung
- Heft 2/14 | Small-Area-Verfahren zur Schätzung regionaler Mietpreise
- Heft 4/14 | Automatisierte Preiserhebung im Internet
- Heft 1/15 | Ist ökologischer Konsum teurer?
- Heft 2/15 | Preisentwicklung 2014

Broschüren

- Preise auf einen Blick (2011)

Statmagazin

- Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)





16 Außenhandel

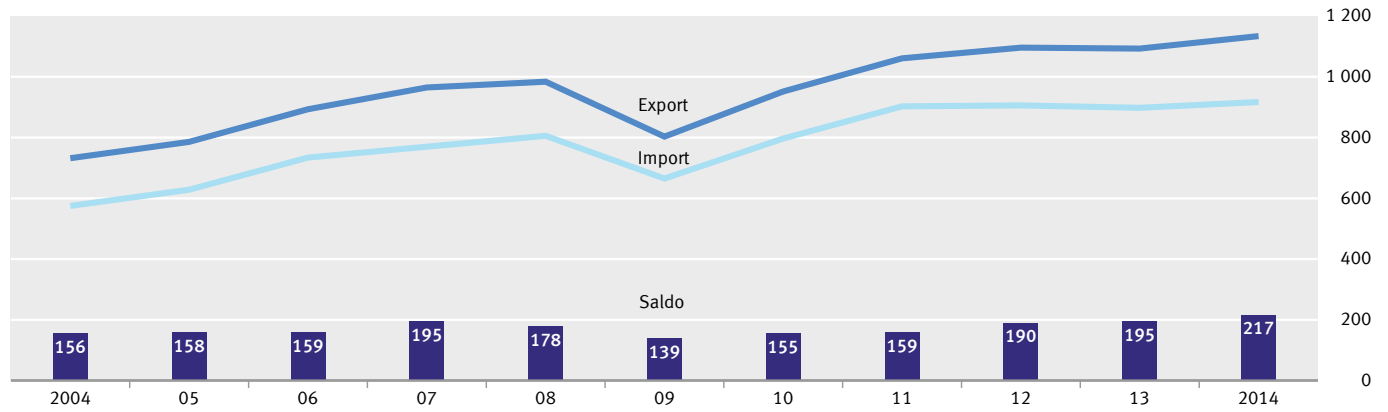
Deutsche Wirtschaft in hohem Maße **exportorientiert** | Ausfuhren erreichten 1 134 Milliarden Euro im Jahr 2014 | **Wichtigste Empfängerländer** deutscher Waren sind **Frankreich**, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich | **Wichtigste Exportgüter** sind **Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile**, gefolgt von Maschinen | **Importe** betragen 917 Milliarden Euro | **Außenbilanzsaldo** erreichte **Rekordüberschuss** von 217 Milliarden Euro

<i>Seite</i>	
413	Auf einen Blick
	Tabellen
414	Gesamtentwicklung Ex- und Import Ex- und Import je Einwohner/-in
415	Handelspartner Ex- und Import nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel
418	Handelswaren Ex- und Import nach Güterabteilungen, industriellen Hauptgruppen und Warengruppen
421	Ex- und Import nach Bundesländern Export Import
422	Handelskennzahlen Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote Außenhandelsbilanz Deutscher Export-Performance-Index Terms of Trade
423	Unternehmensstruktur Außenhandel nach Unternehmensgrößen Unternehmen nach Beschäftigten Anteil der Wirtschaftszweige am Ex- und Import
425	Methodik
426	Glossar
427	Mehr zum Thema

16.0 Auf einen Blick

Entwicklung des Außenhandels

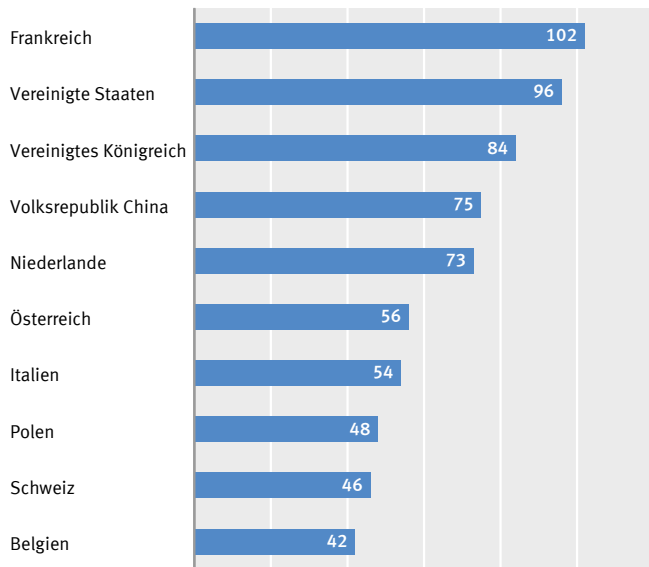
in Mrd. EUR



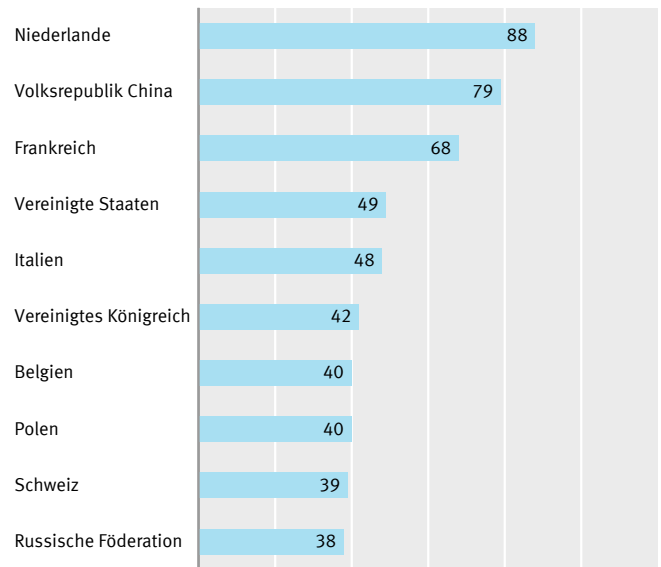
Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands 2014

in Mrd. EUR

Export



Import



2015 - 01 - 0217

16 Außenhandel

16.1 Gesamtentwicklung

16.1.1 Export und Import

	Tatsächliche Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Export	Import	Außenhandelsbilanz	Export	Import	Außenhandelsbilanz
	Mill. EUR			%		
2000	597 440	538 311	59 129	17,1	21,0	- 9,3
2001	638 268	542 774	95 494	6,8	0,8	61,5
2002	651 320	518 532	132 788	2,0	- 4,5	39,1
2003	664 455	534 534	129 921	2,0	3,1	- 2,2
2004	731 544	575 448	156 096	10,1	7,7	20,1
2005	786 266	628 087	158 179	7,5	9,1	1,3
2006	893 042	733 994	159 048	13,6	16,9	0,5
2007	965 236	769 887	195 349	8,1	4,9	22,8
2008	984 140	805 842	178 298	2,0	4,7	- 8,7
2009	803 312	664 615	138 697	- 18,4	- 17,5	- 22,2
2010	951 959	797 097	154 863	18,5	19,9	11,7
2011	1 061 225	902 523	158 702	11,5	13,2	2,5
2012	1 095 766	905 925	189 841	3,3	0,4	19,6
2013	1 093 115	898 164	194 950	- 0,2	- 0,9	2,7
2014	1 133 540	916 636	216 905	3,7	2,1	11,3

Die Außenhandelsbilanz ist die Differenz zwischen Exporten und Importen.

16.1.2 Export und Import je Einwohner/-in

	Je Einwohner/-in		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Export	Import	Export	Import
	EUR		%	
2000	7 263	6 600	17,0	20,2
2001	7 742	6 628	6,6	0,4
2002	7 891	6 327	1,9	- 4,5
2003	8 051	6 517	2,0	3,0
2004	8 867	7 027	10,1	7,8
2005	9 538	7 660	7,6	9,0
2006	10 849	8 960	13,7	17,0
2007	11 740	9 407	8,2	5,0
2008	12 001	9 880	2,2	5,0
2009	9 820	8 159	- 18,2	- 17,4
2010	11 645	9 803	18,6	20,2
2011	13 211	11 304	13,5	15,3
2012	13 608	11 318	3,0	0,1
2013	13 534	11 189	- 0,5	- 1,1
2014	14 025	11 411	3,6	2,0

16.2 Handelspartner

16.2.1 Export nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2010	2011	2012	2013	2014	2010	2011	2012	2013	2014
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	951 959	1 061 225	1 095 766	1 093 115	1 133 540	18,5	11,5	3,3	-0,2	3,7
Europa	675 008	752 279	751 056	748 143	770 918	15,2	11,4	-0,2	-0,4	3,0
EU-Länder	572 919	629 953	622 674	623 472	657 162	13,9	10,0	-1,2	0,1	5,4
davon:										
Eurozone	389 063	421 845	407 666	403 592	414 894	12,9	8,4	-3,4	-1,0	2,8
Belgien	45 039	46 976	43 822	42 438	42 221	7,6	4,3	-6,7	-3,2	-0,5
Estland	1 189	1 552	1 582	1 687	1 720	40,5	30,5	1,9	6,6	2,0
Finnland	7 644	8 449	8 034	8 166	8 800	7,9	10,5	-4,9	1,6	7,8
Frankreich	89 582	101 444	102 911	99 980	102 067	10,2	13,2	1,4	-2,8	2,1
Griechenland	5 846	5 073	4 738	4 728	4 955	-11,5	-13,2	-6,6	-0,2	4,8
Irland	4 155	4 472	4 658	5 461	5 492	13,6	7,6	4,2	17,2	0,6
Italien	58 589	62 044	55 529	53 247	54 481	15,7	5,9	-10,5	-4,1	2,3
Lettland	960	1 322	1 433	1 426	1 517	18,7	37,8	8,4	-0,5	6,4
Luxemburg	5 506	6 185	5 602	5 542	5 547	24,5	12,3	-9,4	-1,1	0,1
Malta	417	323	323	359	684	41,1	-22,5	0,0	11,0	90,6
Niederlande	62 978	69 423	70 381	70 970	73 145	18,4	10,2	1,4	0,8	3,1
Österreich	52 156	57 671	56 591	56 276	56 234	13,2	10,6	-1,9	-0,6	-0,1
Portugal	7 769	7 026	6 154	6 364	7 115	25,4	-9,6	-12,4	3,4	11,8
Slowakei	8 715	10 377	10 340	10 637	11 279	32,5	19,1	-0,4	2,9	6,0
Slowenien	3 590	3 954	3 851	4 096	4 128	17,8	10,1	-2,6	6,4	0,8
Spanien	34 222	34 811	31 047	31 349	34 935	9,4	1,7	-10,8	1,0	11,4
Zypern	708	742	669	865	574	11,5	4,8	-9,8	29,3	-33,6
Nicht-Eurozone	183 856	208 108	215 008	219 880	242 268	16,1	13,2	3,3	2,3	10,2
Bulgarien	2 175	2 370	2 688	2 646	3 305	14,0	9,0	13,4	-1,5	24,9
Dänemark	14 054	14 769	14 894	15 844	16 876	9,7	5,1	0,8	6,4	6,5
Kroatien	2 040	2 255	2 200	2 042	2 242	-10,1	10,5	-2,4	-7,2	9,8
Litauen	1 745	2 207	2 374	2 472	2 573	23,6	26,5	7,5	4,2	4,1
Polen	37 666	43 503	41 823	42 473	47 544	21,0	15,5	-3,9	1,6	11,9
Rumänien	7 292	8 801	9 160	9 637	10 696	13,9	20,7	4,1	5,2	11,0
Schweden	19 377	22 034	21 092	20 700	21 591	24,6	13,7	-4,3	-1,9	4,3
Tschech. Republik	26 708	30 824	31 289	31 073	33 509	21,2	15,4	1,5	-0,7	7,8
Ungarn	14 133	15 775	16 207	17 504	19 865	21,1	11,6	2,7	8,0	13,5
Vereinigtes Königreich	58 666	65 570	73 283	75 488	84 067	10,2	11,8	11,8	3,0	11,4
Europa ohne EU	102 089	122 326	128 382	124 670	113 756	23,2	19,8	5,0	-2,9	-8,8
dar.: Norwegen	7 366	7 857	8 516	8 202	8 497	18,3	6,7	8,4	-3,7	3,6
Russische Föderation	26 354	34 459	38 103	35 802	29 318	27,8	30,8	10,6	-6,0	-18,1
Schweiz	41 659	47 875	48 933	46 924	46 270	17,3	14,9	2,2	-4,1	-1,4
Türkei	16 253	20 118	20 100	21 372	19 318	39,8	23,8	-0,1	6,3	-9,6
Afrika	19 984	20 733	21 936	21 817	22 618	14,6	3,7	5,8	-0,5	3,7
dar. Südafrika	7 656	8 665	8 813	8 528	8 314	33,4	13,2	1,7	-3,2	-2,5
Amerika	99 464	110 424	128 703	130 427	135 530	26,3	11,0	16,6	1,3	3,9
dar. NAFTA-Länder	78 901	88 714	104 751	107 116	113 798	21,9	12,4	18,1	2,3	6,2
dar. Vereinigte Staaten	65 574	73 776	86 971	89 348	96 077	20,6	12,5	17,9	2,7	7,5
Brasilien	10 386	11 163	11 727	11 287	10 410	43,0	7,5	5,1	-3,8	-7,8
Asien	148 231	167 574	179 630	179 038	191 421	31,0	13,0	7,2	-0,3	6,9
dar.: ASEAN-Länder	17 840	19 577	22 746	22 005	22 426	28,8	9,7	16,2	-3,3	1,9
China	53 791	64 863	66 746	66 912	74 504	44,3	20,6	2,9	0,2	11,3
Japan	13 149	15 115	17 138	17 076	16 919	20,9	15,0	13,4	-0,4	-0,9
Indien	9 282	10 856	10 421	9 146	8 925	14,7	17,0	-4,0	-12,2	-2,4
Australien und Ozeanien	8 972	9 479	10 727	9 946	9 578	25,5	5,6	13,2	-7,3	-3,7
dar. Australien	7 849	8 348	9 362	8 585	7 805	24,0	6,4	12,2	-8,3	-9,1

16.2 Handelspartner

16.2.2 Import nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2010	2011	2012	2013	2014	2010	2011	2012	2013	2014
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	797 097	902 523	905 925	898 164	916 636	19,9	13,2	0,4	- 0,9	2,1
Europa	541 719	622 869	629 304	633 705	650 482	16,8	15,0	1,0	0,7	2,6
EU-Länder	445 090	506 211	504 494	513 463	533 513	16,8	13,7	- 0,3	1,8	3,9
davon:										
Eurozone	300 716	338 988	339 072	342 401	351 393	16,1	12,7	0,0	1,0	2,6
Belgien	33 304	38 328	37 763	38 995	39 863	18,8	15,1	- 1,5	3,3	2,2
Estland	420	534	491	499	521	21,8	27,0	- 8,0	1,7	4,4
Finnland	6 031	6 578	6 175	6 057	7 334	13,7	9,1	- 6,1	- 1,9	21,1
Frankreich	60 673	65 948	64 035	64 018	67 552	13,8	8,7	- 2,9	0,0	5,5
Griechenland	1 912	1 942	1 814	1 786	1 725	10,8	1,6	- 6,6	- 1,5	- 3,4
Irland	13 556	12 334	10 093	8 781	8 948	- 1,9	- 9,0	- 18,2	- 13,0	1,9
Italien	41 977	47 844	47 957	46 930	48 487	12,9	14,0	0,2	- 2,1	3,3
Lettland	581	658	679	636	629	49,3	13,2	3,3	- 6,3	- 1,0
Luxemburg	2 722	2 974	2 765	3 038	3 259	2,6	9,3	- 7,0	9,9	7,3
Malta	262	418	331	483	338	- 17,7	59,4	- 20,8	45,9	- 30,1
Niederlande	67 205	81 804	85 738	88 680	88 137	20,9	21,7	4,8	3,4	- 0,6
Österreich	33 013	37 028	36 419	36 793	36 432	19,8	12,2	- 1,6	1,0	- 1,0
Portugal	4 022	4 707	4 875	5 107	5 262	16,1	17,0	3,6	4,8	3,0
Slowakei	9 174	10 726	12 015	12 253	12 915	25,3	16,9	12,0	2,0	5,4
Slowenien	3 659	4 438	4 582	4 589	4 888	24,6	21,3	3,3	0,1	6,5
Spanien	21 955	22 491	23 206	23 639	25 009	15,8	2,4	3,2	1,9	5,8
Zypern	251	236	132	117	95	52,3	- 5,8	- 44,0	- 11,4	- 19,0
Nicht-Eurozone	144 374	167 223	165 421	171 062	182 120	18,5	15,8	- 1,1	3,4	6,5
Bulgarien	1 646	2 087	2 227	2 727	2 600	26,2	26,8	6,7	22,5	- 4,6
Dänemark	10 630	12 178	11 346	11 581	11 739	0,4	14,6	- 6,8	2,1	1,4
Kroatien	716	848	876	906	951	8,6	18,4	3,4	3,5	4,9
Litauen	1 451	1 694	1 772	1 742	1 562	32,2	16,8	4,6	- 1,7	- 10,3
Polen	27 637	32 305	33 027	36 013	39 761	24,7	16,9	2,2	9,0	10,4
Rumänien	6 464	8 362	8 619	9 171	10 170	14,1	29,4	3,1	6,4	10,9
Schweden	12 820	14 115	13 774	13 908	14 123	26,1	10,1	- 2,4	1,0	1,5
Tschech. Republik	28 702	32 684	32 493	33 010	36 880	19,6	13,9	- 0,6	1,6	11,7
Ungarn	16 388	18 208	18 467	19 491	22 038	19,0	11,1	1,4	5,5	13,1
Vereinigtes Königreich	37 923	44 741	42 820	42 513	42 295	16,9	18,0	- 4,3	- 0,7	- 0,5
Europa ohne EU	96 629	116 659	124 811	120 242	116 969	16,8	20,7	7,0	- 3,7	- 2,7
dar.: Norwegen	17 167	20 634	26 273	22 115	19 235	0,0	20,2	27,3	- 15,8	- 13,0
Russische Föderation	31 840	40 886	42 765	41 234	38 403	26,4	28,4	4,6	- 3,6	- 6,9
Schweiz	32 507	36 996	37 775	38 321	39 329	15,7	13,8	2,1	1,4	2,6
Türkei	10 017	11 790	12 071	12 298	13 286	20,1	17,7	2,4	1,9	8,0
Afrika	17 040	21 945	24 145	23 108	20 172	19,7	28,8	10,0	- 4,3	- 12,7
dar. Südafrika	5 362	6 215	5 106	4 767	4 900	36,1	15,9	- 17,9	- 6,6	2,8
Amerika	71 680	80 568	80 549	75 023	73 715	18,5	12,4	0,0	- 6,9	- 1,7
dar. NAFTA-Länder	53 127	58 187	59 851	56 931	56 026	15,9	9,5	2,9	- 4,9	- 1,6
dar. Vereinigte Staaten	45 241	48 531	51 070	48 582	48 600	15,2	7,3	5,2	- 4,9	0,0
Brasilien	9 445	11 260	10 615	8 885	9 259	31,6	19,2	- 5,7	- 16,3	4,2
Asien	163 523	173 115	167 873	162 960	169 354	33,1	5,9	- 3,0	- 2,9	3,9
dar.: ASEAN-Länder	23 600	26 036	26 789	27 186	29 238	36,6	10,3	2,9	1,5	7,5
China	77 270	79 528	78 529	74 544	79 349	36,3	2,9	- 1,3	- 5,1	6,4
Japan	22 475	23 595	21 910	19 492	19 056	18,6	5,0	- 7,1	- 11,0	- 2,2
Indien	6 241	7 536	7 022	6 968	7 040	22,4	20,8	- 6,8	- 0,8	1,0
Australien und Ozeanien	3 134	4 026	4 054	3 368	2 913	14,1	28,4	0,7	- 16,9	- 13,5
dar. Australien	2 253	2 968	3 025	2 527	2 029	15,2	31,7	1,9	- 16,5	- 19,7

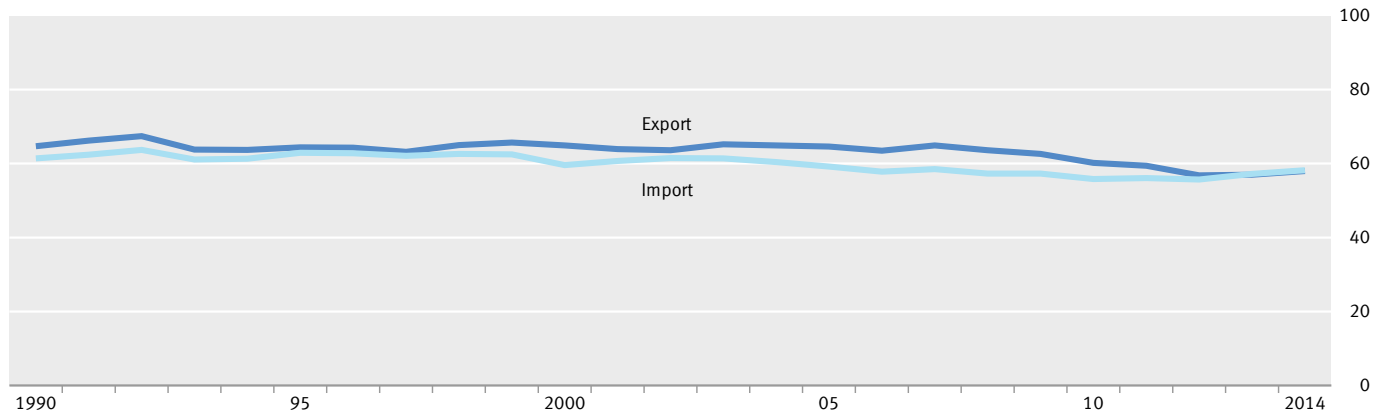
16.2 Handelspartner

16.2.3 Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

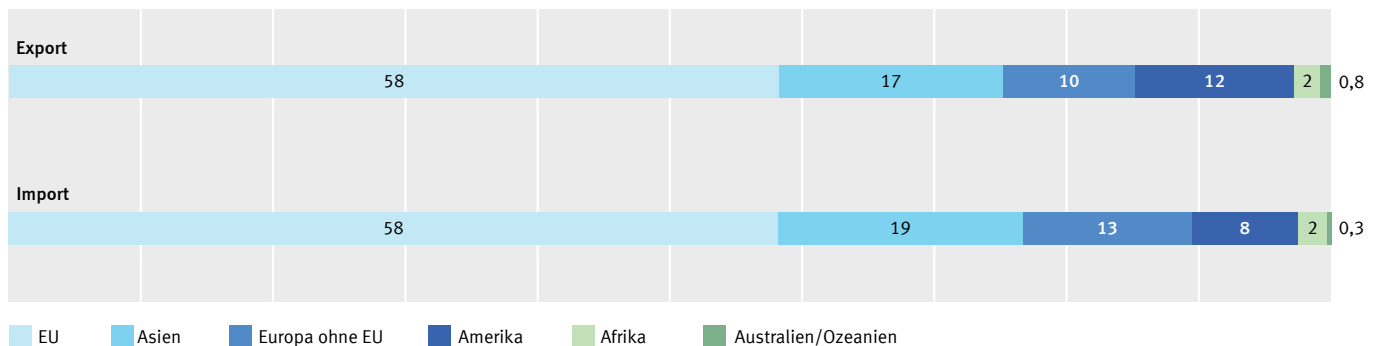
	Export			Import		
	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone
	%					
2010	60,2	40,9	19,3	55,8	37,7	18,1
2011	59,4	39,8	19,6	56,1	37,6	18,5
2012	56,8	37,2	19,6	55,7	37,4	18,3
2013	57,0	36,9	20,1	57,2	38,1	19,0
2014	58,0	36,6	21,4	58,2	38,3	19,9

Als „Eurozone“ wird die Gruppe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung eingeführt hat. Die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung eingeführt haben, bilden die Ländergruppe „Nicht-Eurozone“.

Anteil des EU-Handels am deutschen Außenhandel in %



Außenhandel nach Ländergruppen 2014 in %



2015 - 01 - 0218

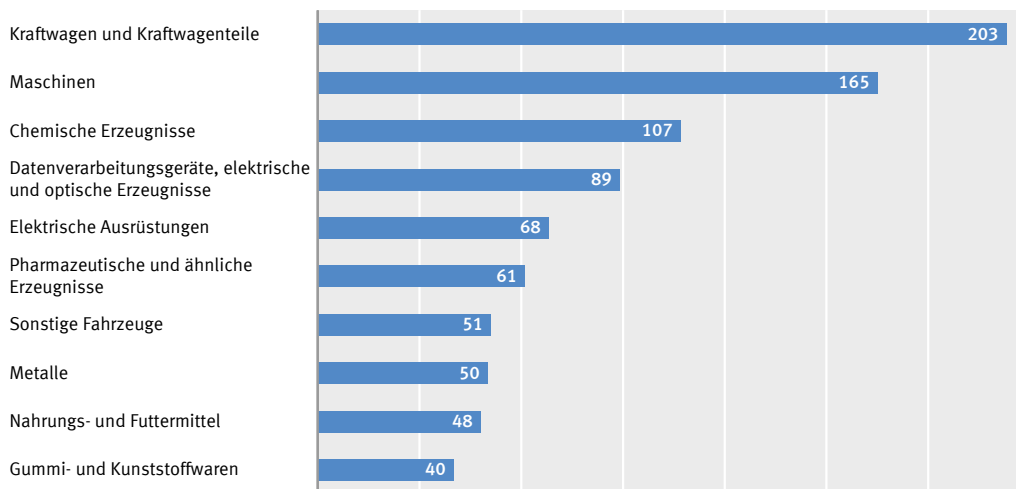
16.3 Handelswaren

16.3.1 Export nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export			
		2014		2013	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 133 540	100	1 093 115	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	9 193	0,8	9 782	0,9
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	356	0,0	334	0,0
03	Fische und Fischereierzeugnisse	243	0,0	267	0,0
05	Kohle	134	0,0	123	0,0
06	Erdöl und Erdgas	10 704	0,9	10 978	1,0
07	Erze	134	0,0	133	0,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 266	0,1	1 308	0,1
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	48 447	4,3	48 335	4,4
11	Getränke	5 076	0,4	4 990	0,5
12	Tabakerzeugnisse	3 257	0,3	3 322	0,3
13	Textilien	10 667	0,9	10 425	1,0
14	Bekleidung	14 610	1,3	13 883	1,3
15	Leder und Lederwaren	6 185	0,5	5 546	0,5
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	6 162	0,5	6 038	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	18 866	1,7	18 619	1,7
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	14 821	1,3	15 327	1,4
20	Chemische Erzeugnisse	106 725	9,4	105 602	9,7
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	61 461	5,4	57 967	5,3
22	Gummi- und Kunststoffwaren	39 723	3,5	39 069	3,6
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	13 563	1,2	13 121	1,2
24	Metalle	50 140	4,4	52 688	4,8
25	Metallerzeugnisse	39 100	3,4	38 375	3,5
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	89 262	7,9	84 997	7,8
27	Elektrische Ausrüstungen	68 257	6,0	67 009	6,1
28	Maschinen	164 887	14,5	164 053	15,0
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	202 626	17,9	190 244	17,4
30	Sonstige Fahrzeuge	50 948	4,5	49 426	4,5
31	Möbel	8 667	0,8	8 450	0,8
35	Energieversorgung	3 454	0,3	3 757	0,3
89	Sonstige Waren	84 605	7,5	68 947	6,3

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren des Exportes 2014 in Mrd. EUR



2015 - 01 - 0219

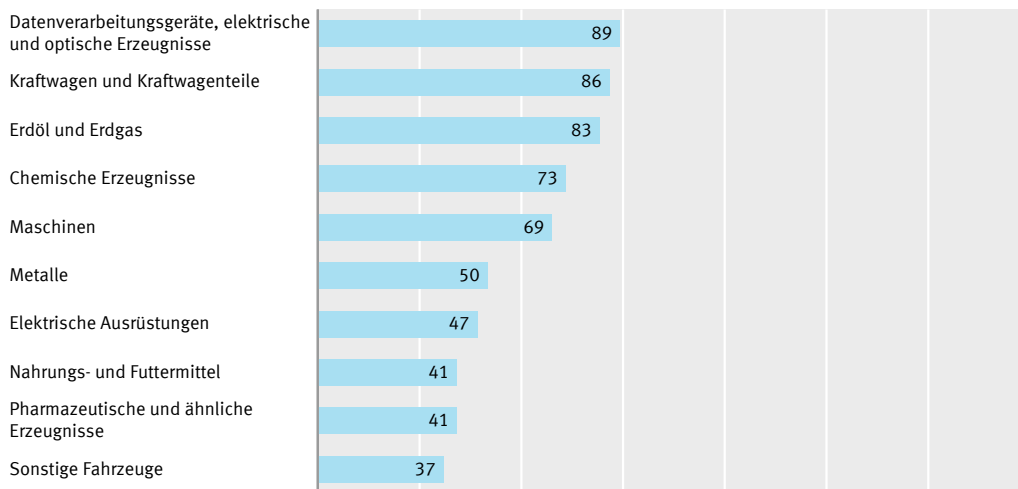
16.3 Handelswaren

16.3.2 Import nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Import			
		2014		2013	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	916 636	100	898 164	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	26 962	2,9	27 929	3,1
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	790	0,1	776	0,1
03	Fische und Fischereierzeugnisse	636	0,1	571	0,1
05	Kohle	4 157	0,5	4 179	0,5
06	Erdöl und Erdgas	82 579	9,0	95 636	10,6
07	Erze	7 258	0,8	7 343	0,8
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 479	0,2	1 500	0,2
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	40 701	4,4	40 616	4,5
11	Getränke	5 360	0,6	5 529	0,6
12	Tabakerzeugnisse	968	0,1	1 029	0,1
13	Textilien	10 078	1,1	9 954	1,1
14	Bekleidung	28 327	3,1	26 887	3,0
15	Leder und Lederwaren	11 223	1,2	10 226	1,1
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	5 644	0,6	5 434	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	14 469	1,6	14 180	1,6
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	27 255	3,0	30 878	3,4
20	Chemische Erzeugnisse	73 486	8,0	72 281	8,0
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	40 658	4,4	37 927	4,2
22	Gummi- und Kunststoffwaren	26 375	2,9	25 923	2,9
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	9 302	1,0	8 763	1,0
24	Metalle	50 172	5,5	52 609	5,9
25	Metallerzeugnisse	24 831	2,7	24 047	2,7
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	88 673	9,7	84 274	9,4
27	Elektrische Ausrüstungen	47 243	5,2	44 815	5,0
28	Maschinen	69 248	7,6	67 799	7,5
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	86 408	9,4	81 050	9,0
30	Sonstige Fahrzeuge	36 522	4,0	36 896	4,1
31	Möbel	10 718	1,2	9 854	1,1
35	Energieversorgung	1 708	0,2	1 814	0,2
89	Sonstige Waren	83 405	9,1	67 445	7,5

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren des Importes 2014
in Mrd. EUR



16.3 Handelswaren

16.3.3 Ex- und Import nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export				Import			
		2014		2013		2014		2013	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 133 540	100	1 093 115	100	916 636	100	898 164	100
11	Landwirtschaftsgüter	9 792	0,9	10 382	0,9	28 388	3,1	29 276	3,3
21	Vorleistungsgüter	341 536	30,1	337 762	30,9	265 118	28,9	261 243	29,1
22	Investitionsgüter	502 144	44,3	484 430	44,3	264 586	28,9	254 339	28,3
23	Gebrauchsgüter	31 222	2,8	30 763	2,8	36 774	4,0	36 350	4,0
24	Verbrauchsgüter	158 636	14,0	153 532	14,0	143 720	15,7	138 082	15,4
25	Energie	29 114	2,6	30 186	2,8	115 699	12,6	132 507	14,8
31	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	61 097	5,4	46 060	4,2	62 350	6,8	46 367	5,2

1 Gliederung nach den Main Industrial Groupings (MIGS).

16.3.4 Ex- und Import nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export				Import			
		2014		2013		2014		2013	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 133 540	100	1 093 115	100	916 636	100	898 164	100
1 – 4	Ernährungswirtschaft	65 594	5,8	66 049	6,0	73 642	8,0	74 646	8,3
5 – 8	Gewerbliche Wirtschaft	1 034 286	91,2	1 008 236	92,2	794 840	86,7	791 741	88,2
7 + 8	Fertigwaren	955 385	84,3	925 754	84,7	618 117	67,4	595 264	66,3
1	Lebende Tiere	1 278	0,1	1 355	0,1	1 601	0,2	1 774	0,2
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	22 385	2,0	22 518	2,1	18 907	2,1	18 945	2,1
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	31 898	2,8	32 093	2,9	42 710	4,7	43 476	4,8
4	Genussmittel	10 033	0,9	10 083	0,9	10 424	1,1	10 451	1,2
5	Rohstoffe	17 385	1,5	17 789	1,6	101 025	11,0	114 532	12,8
6	Halbwaren	61 517	5,4	64 693	5,9	75 699	8,3	81 945	9,1
7	Vorzeugnisse	123 429	10,9	122 785	11,2	93 141	10,2	92 281	10,3
8	Enderzeugnisse	831 956	73,4	802 969	73,5	524 976	57,3	502 984	56,0
9	Andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	33 660	3,0	18 830	1,7	48 154	5,3	31 778	3,5

1 Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002 (EGW 2002).

16.4 Ex- und Import nach Bundesländern

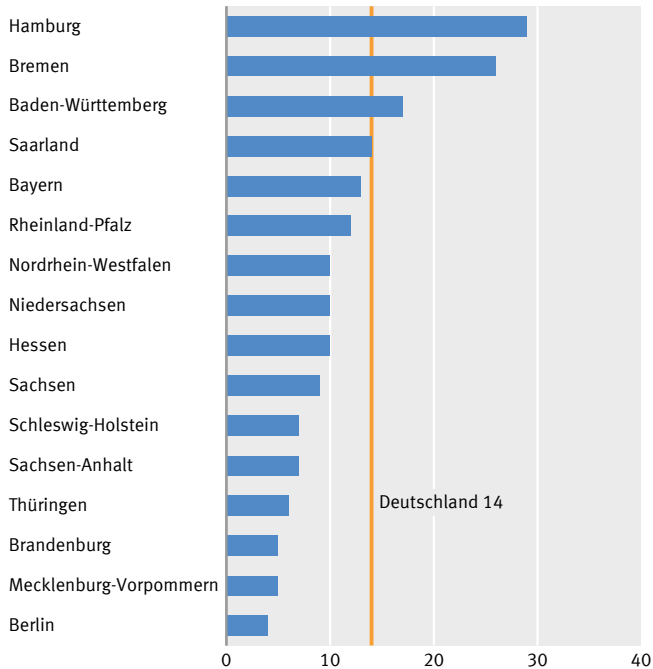
16.4.1 Export

	2013		2014	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR		%	
Deutschland	1 093 115	1 133 540	100	3,7
Baden-Württemberg	173 299	181 374	16,0	4,7
Bayern	166 390	168 892	14,9	1,5
Berlin	12 926	13 309	1,2	3,0
Brandenburg	12 933	13 192	1,2	2,0
Bremen	14 668	17 331	1,5	18,2
Hamburg	49 180	51 179	4,5	4,1
Hessen	56 946	58 511	5,2	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	7 299	7 223	0,6	-1,0
Niedersachsen	77 409	77 769	6,9	0,5
Nordrhein-Westfalen	178 806	180 572	15,9	1,0
Rheinland-Pfalz	46 507	48 071	4,2	3,4
Saarland	13 286	13 792	1,2	3,8
Sachsen	31 430	35 975	3,2	14,5
Sachsen-Anhalt	14 801	14 979	1,3	1,2
Schleswig-Holstein	18 970	19 595	1,7	3,3
Thüringen	12 114	13 028	1,1	7,5
Waren ausländischen Ursprungs	202 999	215 766	19,0	6,3
Nicht ermittelte Bundesländer	3 153	2 984	0,3	-5,4

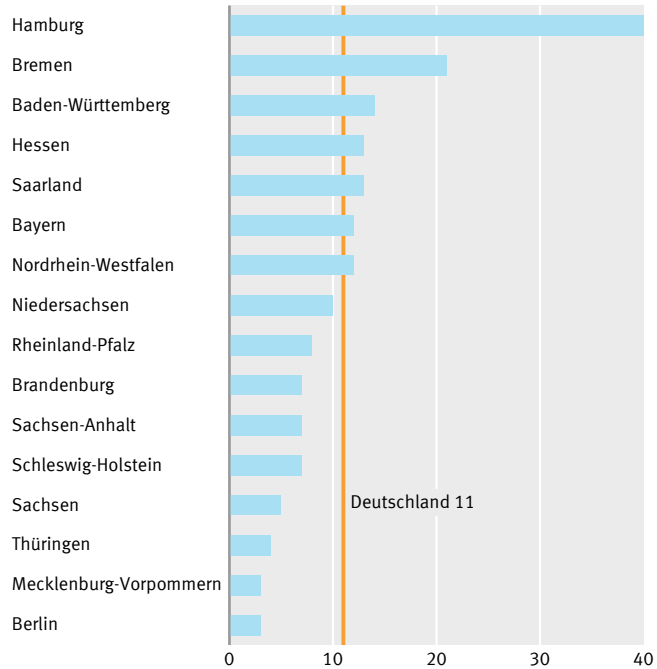
16.4.2 Import

	2013		2014	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR		%	
Deutschland	903 722	922 258	100	2,1
Baden-Württemberg	140 873	150 739	16,3	7,0
Bayern	146 767	150 154	16,3	2,3
Berlin	9 730	9 699	1,1	-0,3
Brandenburg	18 668	18 265	2,0	-2,2
Bremen	13 697	13 556	1,5	-1,0
Hamburg	68 904	70 778	7,7	2,7
Hessen	78 882	80 733	8,8	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	4 425	5 191	0,6	17,3
Niedersachsen	82 455	78 241	8,5	-5,1
Nordrhein-Westfalen	205 642	206 681	22,4	0,5
Rheinland-Pfalz	31 184	31 880	3,5	2,2
Saarland	11 466	12 695	1,4	10,7
Sachsen	18 989	20 534	2,2	8,1
Sachsen-Anhalt	16 783	16 048	1,7	-4,4
Schleswig-Holstein	19 192	19 796	2,1	3,1
Thüringen	8 293	8 640	0,9	4,2
Für das Ausland bestimmte Waren	27 687	28 509	3,1	3,0
Nicht ermittelte Bundesländer	85	120	0,0	42,0

Export der Bundesländer 2014 pro Kopf, in 1 000 EUR



Import der Bundesländer 2014 pro Kopf, in 1 000 EUR



2015 - 01 - 0221

16.5 Handelskennzahlen

16.5.1 Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote

	Exportquote	Importquote	Importabhängigkeitsquote
	%		
2010	37,0	30,9	32,9
2011	39,3	33,4	35,5
2012	39,8	32,9	35,4
2013	38,9	32,0	34,4
2014	39,0	31,6	34,1

Export- und Importquote stellen das Verhältnis zwischen den Exporten/Importen und dem Bruttoinlandsprodukt dar (Exportquote = Export/BIP; Importquote = Import/BIP). Die **Importabhängigkeitsquote** bezieht die Importe auf die gesamte Inlandsnachfrage, d. h. auf das um den Außenhandelsaldo bereinigte Bruttoinlandsprodukt (Import/(BIP – Export – Import)).

16.5.2 Außenhandelsbilanz

	Außenhandelsbilanz	Normierte Außenhandelsbilanz	Außenbeitragsquote
	Mill. EUR	%	
2010	154 863	8,9	6,0
2011	158 702	8,1	5,9
2012	189 841	9,5	6,9
2013	194 950	9,8	6,9
2014	216 905	10,6	7,5

Die **normierte Außenhandelsbilanz** bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Export und Import) auf den gesamten Handel (Summe der Exporte und Importe). Die **Außenbeitragsquote** stellt das Verhältnis der Außenhandelsbilanz an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) dar.

16.5.3 Deutscher Export-Performance-Index

	2010	2011	2012	2013	2014
	2010 = 100				
Export-Performance-Index	100	99	93	94	97
Export-Performance-Index ohne Energieprodukte	100	102	96	96	98
Index der deutschen Exporte	100	117	112	115	119

Der **Export-Performance-Index** ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland, bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr. Die berechneten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Exporte in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Importen dieser Länder. Zur Methode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 4/2012, S. 338f.

Quelle: UN Comtrade und Berechnungen des Statistischen Bundesamts

16.5.4 Index des Volumens und der Durchschnittswerte, Terms of Trade

	Export		Import		Terms of Trade
	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	
	2010 = 100				
2010	100	100	100	100	100
2011	108,4	102,9	108,9	104,3	98,7
2012	109,3	106,6	106,2	109,6	97,3
2013	109,4	106,0	107,3	107,5	98,6
2014	112,3	107,0	111,7	105,6	101,3

Der **Index des Volumens** (nach Laspeyres) stellt das Handelsvolumen in Preisen eines Basisjahres dar. Er gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Entwicklung des Außenhandels wieder.

Der **Index der Durchschnittswerte** (nach Paasche) gibt Auskunft über die Entwicklung der Durchschnittswerte der Im- und Exporte. Sie werden mit Mengen des aktuellen Berichtszeitraums gewichtet.

Die **Terms of Trade** geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat. Sie errechnen sich aus dem Durchschnittswertindex für Exporte, bezogen auf den Durchschnittswertindex für Importe.

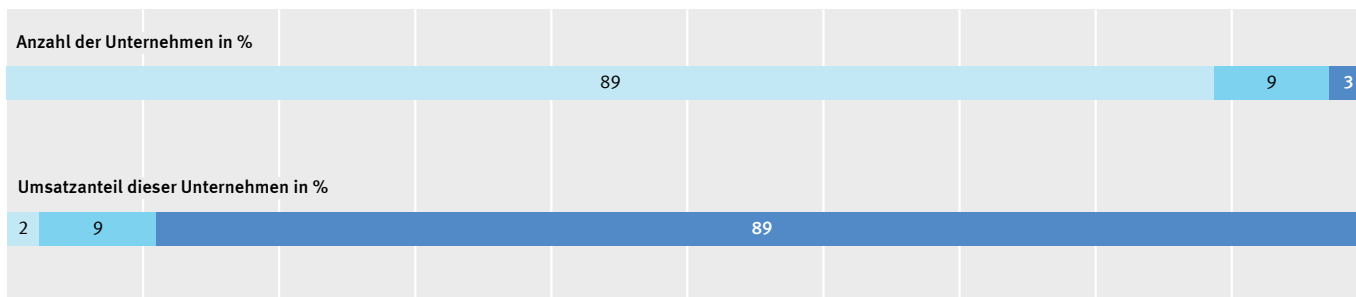
16.6 Unternehmensstruktur

16.6.1 Außenhandel nach Unternehmensgrößen 2014

Unternehmen mit ... bis unter ... EUR Umsatz	Export				Import			
	Unternehmen		Umsatz		Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%	Mrd. EUR	%
Insgesamt	332 597	100	1 134	100	701 212	100	917	100
unter 100 000	230 618	69,3	5	0,4	571 484	81,5	8	0,9
100 000 – 500 000	50 279	15,1	12	1,0	72 056	10,3	17	1,8
500 000 – 1 Mill.	13 800	4,1	10	0,9	18 050	2,6	13	1,5
1 Mill. – 10 Mill.	28 404	8,5	97	8,6	31 196	4,4	102	11,1
10 Mill. – 50 Mill.	6 993	2,1	159	14,0	6 350	0,9	141	15,4
50 Mill. – 100 Mill.	1 250	0,4	92	8,1	1 016	0,1	74	8,1
100 Mill. – 1 Mrd.	1 163	0,3	321	28,3	967	0,1	258	28,1
1 Mrd. und mehr	90	0,0	437	38,6	93	0,0	304	33,1

Unternehmen nach Größenklassen 2014

Export in EUR



■ unter 1 Mill.
 ■ 1 – 10 Mill.
 ■ 10 Mill. und mehr

2015 - 01 - 0222

16.6.2 Unternehmen im Außenhandel nach Beschäftigten 2013

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Export			Import		
	Unternehmen		Umsatz	Unternehmen		Umsatz
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	317 871	100	100	661 828	100	100
0 – 9	118 064	37,1	7,3	276 866	41,8	9,6
10 – 49	51 729	16,3	9,0	86 024	13,0	13,9
50 – 249	18 550	5,8	14,7	24 658	3,7	17,7
250 und mehr	4 666	1,5	51,6	6 530	1,0	37,1
Unbekannt	124 862	39,3	17,5	267 750	40,5	21,7

16.6 Unternehmensstruktur

16.6.3 Anteil der Wirtschaftszweige im Außenhandel am Export und Import 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Export	Import
		Wertmäßiger Anteil in %	
	Insgesamt	100	100
	darunter:		
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,2
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	52,5	33,3
10	H. v. Nahrungs- und Futtermittel	3,0	2,3
11	H. v. Getränken	0,2	0,3
13	H. v. Textilien	0,4	0,3
14	H. v. Bekleidung	0,3	0,3
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	0,1	0,1
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0,4	0,3
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	0,9	0,5
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,2	0,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,7	2,7
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	5,0	3,1
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1,3	1,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1,9	1,2
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	0,6	0,4
24	Metallerzeugung und Metallbearbeitung	2,6	2,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	2,2	1,1
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2,1	1,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	3,8	2,1
28	Maschinenbau	7,8	3,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,9	7,7
30	Sonstiger Fahrzeugbau	2,9	2,1
31	H. v. Möbeln	0,4	0,2
32	H. v. sonstigen Waren	0,8	0,5
33	Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	0,2	0,3
D	Energieversorgung	0,5	1,6
E	Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,3	0,2
F	Baugewerbe	0,1	0,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	13,1	26,7
H	Verkehr und Lagerei	0,6	1,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen² ..	16,7	16,7
	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen³	16,0	19,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ enthält auch Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften (WZ 70.10.1).

3 Diese Position umfasst die Abschnitte J „Information und Kommunikation“; K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; L „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie N „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Methodik

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen und helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Sie sind auch eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der **grenzüberschreitende Warenverkehr** Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme stellen die Veredelungsgeschäfte dar: Diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen.

Die wichtigsten **Erhebungsmerkmale** der Außenhandelsstatistik sind die Lieferichtung (Ein- oder Ausfuhr), die Warenart, der Wert, die Menge, das Partnerland sowie das inländische Herkunfts- bzw. Zielbundesland.

Das **Erhebungsgebiet** umfasst das Gebiet Deutschlands nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebiets.

Die Außenhandelsstatistik ist eine vom Gesetzgeber angeordnete monatliche Erhebung, die der Auskunftspflicht unterliegt. Die Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik bilden Verordnungen des Europäischen Parlamentes und des Rates der EU. Dabei existieren Grund- und Durchführungsverordnungen sowohl für den Teilbereich Intrahandelsstatistik als auch für die Extrahandelsstatistik. Neben den EU-Rechtsgrundlagen stützt sich die Außenhandelsstatistik auf nationales Recht (Außenhandelsstatistikgesetz bzw. -durchführungsverordnung sowie das Bundesstatistikgesetz).

In der Außenhandelsstatistik wird erhebungstechnisch zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden.

Die **Extrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittländern (Länder außerhalb der EU).

Die **Erhebung der Extrahandelsdaten** erfolgt über die Zollverwaltung im Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- oder Ausfuhrförmlichkeiten. Die Statistikdaten werden überwiegend elektronisch im Rahmen des IT-Zollverfahrens „ATLAS“ an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Erhebungssystem im Extrahandel garantiert eine nahezu vollständige Erfassung aller grenzüberschreitenden Warenbewegungen.

Die **Intrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU, d. h. die Warentransaktionen innerhalb der Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um ein Erhebungssystem in Form einer Direktanmeldung durch die am Intrahandel beteiligten Unternehmen.

Das **Intrastat-System** ist durch eine enge Verknüpfung mit dem Umsatzsteuersystem gekennzeichnet, das eine (indirekte) Kontrolle der statistischen Meldungen über die monatlich von den Unternehmen bei den Finanzämtern abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen ermöglicht.

Ausgenommen von der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik sind u. a. Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut). Seit Januar 2007 sind auch Warenverkehre zur oder nach Reparatur von der Anmeldung befreit. Die Befreiungstatbestände sind in den jeweiligen Befreiungslisten für die beiden Erhebungssysteme aufgeführt.

Bei direkter Firmenbefragung (Intrastat-System) sind diejenigen Unternehmen von der Meldung befreit, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von derzeit 500 000 Euro nicht übersteigen (bis Ende 2011 betrug die Anmeldeschwelle 400 000 Euro).

In den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind Zuschätzungen für befreite Warenverkehre sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten. In den endgültigen Ergebnissen werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle so weit wie möglich durch die nachträglich eingegangenen Meldungen ersetzt. Die Zuschätzungen im Intrahandel werden nach Partnerländern, Bundesländern und Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufgeteilt.

Erste monatliche Gesamtergebnisse werden in Form einer Pressemitteilung knapp 40 Tage nach Ende des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht. Rund zwei Wochen danach liegen vorläufige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung vor. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert. Endgültige Ergebnisse liegen etwa zehn Monate nach Ablauf eines Berichtsjahres vor.

Aufgrund unterschiedlicher Revisionsstände kann es zu Abweichungen zwischen den im Statistischen Jahrbuch und den in GENESIS-Online veröffentlichten Außenhandelsergebnissen kommen.

Außenhandelsergebnisse der EU-Mitgliedstaaten werden auch von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlicht. Dabei gibt es aber methodische Unterschiede gegenüber den nationalen Veröffentlichungen. In den EU-Veröffentlichungen gilt im Intrahandel das **Versendungsland** bei den Einfuhren als Partnerland. Das ist das Land, aus dem die Waren versandt werden, ohne dass sie in anderen Ländern anderen als beförderungsbedingten Aufenthalten oder Rechtsgeschäften unterworfen werden. Im Extrahandel ist dagegen – wie in den nationalen deutschen Außenhandelsergebnissen generell – das **Ursprungsland** maßgeblich.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Außenbeitragsquote | Sie stellt das Verhältnis des Außenhandelsaldos – d. h. der Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – zur gesamten Wirtschaftsleistung dar. In der Regel bezieht der Begriff „Außenbeitrag“ neben Waren auch Dienstleistungen ein. Die hier abgebildete Außenbeitragsquote umfasst jedoch ausschließlich Waren.

Außenhandelsbilanz | Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Außenhandelsbilanz, normierte | Die normierte Außenhandelsbilanz bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren).

Bestimmungsland | Dies ist das Land, in dem die Waren aus Deutschland ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt als Bestimmungsland das letzte zum Zeitpunkt der Ausfuhr bekannte Land, in das die Waren körperlich verbracht werden sollen.

Eurozone/Nicht-Eurozone | Die Eurozone umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, in denen der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Nicht-Eurozone beinhaltet alle übrigen Mitgliedstaaten der EU.

Exportquote | Sie stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Export-Performance-Index, deutscher | Der deutsche Export-Performance-Index ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland durch den Vergleich zwischen den Marktanteilen in einer bestimmten Periode gegenüber den Marktanteilen in einem Basisjahr. Die betrachteten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser 25 Länder. Der Index der deutschen Exporte gibt wieder, wie stark sich die tatsächlichen Werte für die 25 größten Partnerländer der deutschen Exporte bezogen auf ein Basisjahr verändert haben.

Importabhängigkeitsquote | Sie stellt das Verhältnis der Einfuhren zu dem um den Außenhandelsaldo – die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – bereinigten Bruttoinlandsprodukt dar.

Importquote | Sie stellt das Verhältnis der Importe zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Index der Durchschnittswerte (nach „Paasche“) | Er gibt Auskunft über die Bewegung der Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerte auf der Grundlage der statistischen Werte. Der Durchschnittswertindex ist kein echter Preisindex, weil Durchschnittswerte und nicht Einzelpreise seine Berechnungsgrundlage bilden. Die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt laufend berechneten echten Preisindizes (Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise) finden Sie im Kapitel 15 „Preise“.

Index des Volumens (nach „Laspeyres“) | Dieser gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder.

Länder | Die Bezeichnung der Länder richtet sich nach dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Partnerland | Als Partnerland wird in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich das Ursprungsland (bei der Einfuhr) bzw. das Bestimmungsland (bei der Ausfuhr) nachgewiesen.

Terms of Trade | Sie geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat.

Ursprungsland | Dies gilt als das Land, in dem eine Ware vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so gilt als Ursprungsland das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat. Werden Waren deutschen Ursprungs wiedereingeführt, tritt anstelle des Ursprungslandes grundsätzlich das Land, aus dem diese Waren körperlich nach Deutschland gelangen. Gleiches gilt für die Wiedereinfuhr von Waren nach Veredelung.

Warengliederung | Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW), nach Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) sowie nach den Industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS).

Wert (tatsächlicher Wert) | Den internationalen Standards entsprechend wird als Warenwert der Grenzübergangswert („Statistischer Wert“) zugrunde gelegt.

Der Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutsche Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die anlässlich der Einfuhr bzw. Ausfuhr erhoben wurden, sind nicht im „Statistischen Wert“ enthalten.

Bei Waren, die unentgeltlich oder im Rahmen eines Miet- oder Leasinggeschäftes geliefert werden, ist als statistischer Wert der Preis der Ware anzusetzen, der im Falle eines Kaufgeschäfts unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vermutlich berechnet worden wäre. Entsprechend wird bei (unentgeltlichen) Warenverkehren zur Veredelung verfahren.

Bei der Versendung/beim Eingang nach Veredelung entspricht der Wert dem Gesamtbetrag, der beim Verkauf der veredelten Waren berechnet worden wäre.

Wirtschaftszweig | Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Sie dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen, Betrieben und anderen statistischen Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Außenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 51000

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Außenhandel

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1 | Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel

Fachberichte

| Deutscher Außenhandel – Export und Import im Zeichen der Globalisierung, Ausgabe 2015
Außenhandel und Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland 2010 – 2014

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 | Weiterentwicklung der internationalen Handelsstatistik
Heft 9/12 | Außenhandel nach Wirtschaftszweigen 2010
Heft 4/14 | Der deutsche Außenhandel im Jahr 2013





17 Zahlungsbilanz

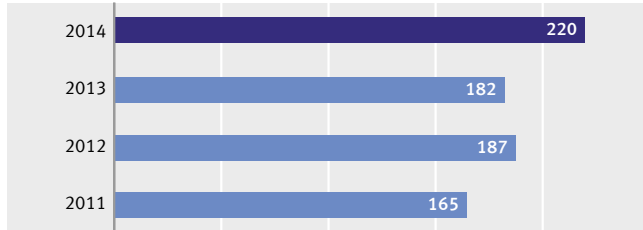
Die Zahlungsbilanz bildet alle wirtschaftlichen **Transaktionen zwischen Deutschland und der übrigen Welt** ab | In den letzten Jahren **Überschuss der Warenexporte über die -importe** | 2014 betrug er **229 Milliarden Euro** | Traditionell mehr Dienstleistungsimporte als -exporte | 2014 **Dienstleistungsdefizit von 39 Milliarden Euro** – **Hauptgrund:** Deutsche tragen Geld durchs **Reisen** ins Ausland

<i>Seite</i>	
431	Auf einen Blick
	Tabellen
432	Zahlungsbilanz Entwicklung Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren
434	Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen Deutsche Netto-ODA-Leistungen Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern
435	Direktinvestitionen Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweig
437	Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland
438	Methodik
439	Glossar
440	Mehr zum Thema

17.0 Auf einen Blick

Leistungsbilanz

Saldo in Mrd. EUR



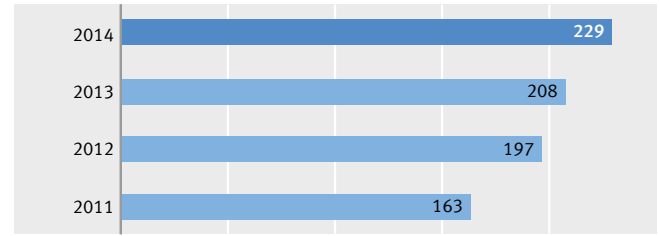
Dienstleistungsverkehr

Saldo in Mrd. EUR



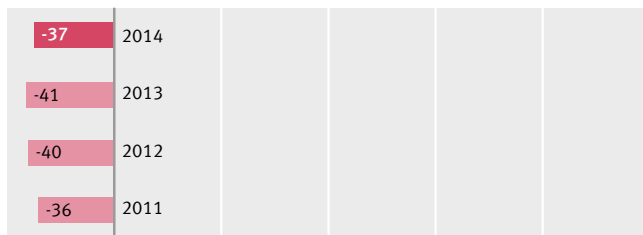
Warenverkehr (fob-Werte) ¹

Saldo in Mrd. EUR



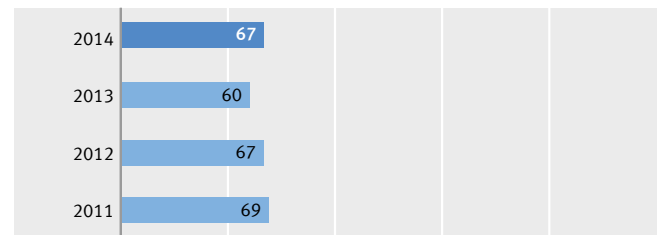
Sekundäreinkommen

Saldo in Mrd. EUR



Primäreinkommen ²

Saldo in Mrd. EUR



1 Außenhandel frei an Bord (fob) einschl. Ergänzungen.
 2 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.
 Quelle: Deutsche Bundesbank

17.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Vermögensänderungsbilanz** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Internetseite der **Deutschen Bundesbank** unter www.bundesbank.de

	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	Mill. EUR							
Leistungsbilanz/Vermögensänderungsbilanz								
	Ausfuhr bzw. Einnahmen				Einfuhr bzw. Ausgaben			
Warenhandel (fob) ¹	1 030 114	1 074 091	1 083 535	1 123 764	866 687	877 512	875 938	894 463
Dienstleistungen ²	180 200	192 313	200 828	209 335	212 671	228 218	245 583	248 446
Fertigungsdienstleistungen ³	4 125	3 879	3 177	3 499	3 558	3 701	3 177	3 525
Transportleistungen	42 916	44 209	45 323	43 376	51 449	54 408	57 385	56 455
Reiseverkehr	27 930	29 683	31 081	32 613	61 686	65 105	68 794	69 406
Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen ⁴	4 220	4 468	4 996	7 361	2 265	2 252	2 397	7 717
Finanzdienstleistungen	18 799	19 470	19 442	17 869	10 976	10 686	11 261	11 536
Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	7 715	7 976	9 870	10 403	5 326	4 956	6 348	6 119
Instandhaltungs- und Reparaturdienstleistungen	2 117	2 850	4 368	5 119	792	1 120	8 778	6 395
Bauleistungen ⁵	+ 1 010	.	.	.	- 487
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	17 006	19 652	20 628	21 673	16 149	18 248	21 486	19 201
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	50 791	55 379	56 492	59 967	57 578	64 925	62 850	62 826
Forschung und Entwicklung	11 692	12 878	15 036	15 540	7 963	9 287	11 075	12 006
Freiberufliche Dienstleistungen und Managementberatungsleistungen	18 371	20 719	21 977	22 412	24 326	27 913	27 261	25 530
Technische Dienstleistungen, Provisionen und sonstige Dienstleistungen	20 727	21 782	19 479	22 015	25 289	27 725	24 514	25 290
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit	795	799	1 334	1 389	2 045	1 973	2 065	2 652
Regierungsleistungen ⁶	3 786	3 948	4 115	3 988	847	845	1 039	1 058
Primäreinkommen	220 642	207 628	191 201	195 594	151 541	140 817	130 957	128 675
Arbeitnehmerentgelt	12 229	12 775	12 777	13 268	8 916	9 159	11 708	12 232
Vermögenseinkommen	202 714	189 304	172 868	177 008	138 007	127 111	114 889	111 974
Sonstige Primäreinkommen ⁷	5 699	5 549	5 555	5 319	4 618	4 547	4 361	4 469
Sekundäreinkommen	54 009	56 406	58 083	57 752	89 514	96 545	99 153	95 173
Staat	14 808	15 133	17 115	14 772	35 809	40 885	43 291	39 076
Alle Sektoren ohne Staat ⁸	39 201	41 273	40 968	42 981	53 705	55 660	55 862	56 097
Leistungsbilanz insgesamt	1 484 966	1 530 438	1 533 647	1 586 446	1 320 414	1 343 092	1 351 630	1 366 758
Saldo der Leistungsbilanz	164 552	187 345	182 017	219 688
Vermögensänderungsbilanz	12 512	14 123	15 894	16 586	10 870	12 695	14 752	13 760
Nicht produzierte Sachvermögen	8 083	9 969	11 131	12 167	6 934	8 226	10 019	9 431
Vermögensübertragungen	4 429	4 154	4 763	4 419	3 935	4 470	4 733	4 329
Saldo der Vermögensänderungsbilanz	1 642	1 427	1 142	2 826
Saldo insgesamt	166 194	188 772	183 159	222 513
Kapitalbilanz								
	Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland				Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland			
Kapitalverkehr								
Direktinvestitionen	+ 77 306	+ 77 735	+ 53 360	+ 88 717	+ 69 814	+ 42 110	+ 44 385	+ 5 508
Wertpapieranlagen	+ 18 788	+ 109 712	+ 143 233	+ 149 427	+ 53 103	+ 54 951	- 21 263	+ 21 680
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen ⁹	+ 28 591	+ 24 386	+ 24 286	+ 31 783
Übriger Kapitalverkehr ¹⁰	+ 133 636	+ 163 040	- 184 720	+ 25 848	+ 17 391	+ 121 648	- 194 044	+ 22 196
Währungsreserven ¹¹	+ 2 836	+ 1 297	+ 838	- 2 564
Kapitalverkehr insgesamt	+ 261 157	+ 376 169	+ 36 997	+ 293 211	+ 140 309	+ 218 708	- 170 922	+ 49 384
Saldo der Kapitalbilanz	+ 120 849	+ 157 461	+ 207 920	+ 243 827
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ¹²	- 45 345	- 31 312	+ 24 761	+ 21 314

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.

2 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.

3 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden.

4 In den Prämienzahlungen enthaltene Dienstleistungskomponenten. Die Nettoprämien sowie die Versicherungsleistungen werden in den Sekundäreinkommen bzw. – im Fall der Lebensversicherung – in der Kapitalbilanz erfasst. Ab 2014 einschl. Provisionen für Versicherungsmakler.

5 Seit 2014 werden Baustellen, die weniger als ein Jahr bestehen, als Dienstleistungen ausgewiesen. Die Neuanlage und Liquidation von Baustellen, die länger als ein Jahr bestehen, werden unter Direktinvestitionen, die Gewinne unter Primäreinkommen erfasst. Bis einschl. 2013 wird keine Unterscheidung nach der Fristigkeit vorgenommen und der Ausweis erfolgt unter den Direktinvestitionen.

6 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

7 Enthält u. a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

8 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen).

9 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften.

10 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen.

11 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen.

12 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.2 Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren

	Monetäre Finanzinstitute ¹		Unternehmen und Privatpersonen ²		Staat		Bundesbank	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Mill. EUR								
Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme +)								
Aktiva								
Direktinvestitionen	+ 5 831	- 2 557	+ 82 886	+ 55 917
Wertpapieranlagen	+ 22 046	+ 13 861	+ 142 421	+ 144 893	- 5 530	- 4 878	- 9 510	- 10 643
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen ³	+ 21 231	+ 13 494	+ 10 552	+ 10 793
Übriger Kapitalverkehr	+ 76 332	- 56 647	- 14 629	+ 10 049	+ 14 024	+ 7 397	- 49 880	- 145 519
Währungsreserven ⁴	- 2 564	+ 838
Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme +)								
Passiva								
Direktinvestitionen	+ 8	- 456	+ 5 499	+ 44 840
Wertpapieranlagen ⁵	- 9 286	- 28 032	+ 14 683	+ 2 643	+ 16 283	+ 4 126	.	.
Übriger Kapitalverkehr	+ 32 495	- 158 237	+ 4 141	- 8 583	- 5 594	- 1 577	- 8 846	- 25 647

1 Ohne Deutsche Bundesbank.

2 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften.

4 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen.

5 Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Als **Direktinvestitionen** gelten Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, sofern dem Kapitalgeber 10% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar bzw. unmittelbar und mittelbar zusammen mehr als 50% zuzurechnen sind; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch kurzfristige Finanz- und Handelskredite, Baustellen mit einer Dauer über einem Jahr sowie alle Anlagen in Grundbesitz.

17.3 Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst Leistungen an Entwicklungsländer (nach Definition des Fachausschusses für Entwicklungszusammenarbeit – Development Assistance Committee, DAC) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer, die von öffentlichen Stellen vergeben werden und bei denen jede Transaktion mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert. **Bilateral** = deutsche bilaterale ODA-Leistungen, **multilateral** = deutscher Anteil an den ODA-Leistungen multilateraler Geber. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbesondere Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern.

17.3.1 Deutsche Netto-ODA-Leistungen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR							
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	8 313	8 978	9 693	8 674	9 804	10 136	10 067	10 717
Bilateral	5 604	5 807	6 283	5 096	6 082	6 256	6 678	7 119
Multilateral	2 709	3 171	3 410	3 578	3 722	3 880	3 389	3 598

17.3.2 Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern 2013

	Mill. EUR		Mill. EUR		Mill. EUR
Insgesamt	7 118,6	Mauritius	0,1	Peru	60,4
Europa	446,9	Mosambik	47,2	Trinidad und Tobago	–
darunter:		Namibia	20,0	Uruguay	10,5
Albanien	22,4	Niger	17,0	Venezuela	5,1
Bosnien und Herzegowina	27,0	Nigeria	55,2	Asien	2 405,5
Kosovo	24,1	Ruanda	20,9	darunter:	
Moldau Rep.	8,0	Sambia	27,0	Afghanistan	413,3
Montenegro	13,1	Senegal	16,1	Armenien	21,4
Mazedonien	42,8	Seychellen	0,0	Aserbaidtschan	– 1,7
Serbien	23,1	Sierra Leone	8,2	Bangladesch	83,9
Türkei	172,3	Simbabwe	23,8	Bhutan	0,3
Ukraine	51,9	Somalia	10,9	China	279,9
Weißrussland	10,4	Sudan	14,3	Georgien	12,8
Afrika	1 805,7	Südafrika	39,5	Indien	356,0
darunter:		Südsudan	26,0	Indonesien	27,3
Ägypten	141,7	Swasiland	– 0,4	Irak	18,6
Algerien	4,6	Tansania	56,5	Iran, Islam. Rep.	43,4
Angola	3,1	Togo	13,9	Jemen	93,5
Äthiopien	64,7	Tschad	8,2	Jordanien	36,1
Benin	38,4	Tunesien	51,0	Kambodscha	28,6
Botsuana	0,4	Uganda	31,7	Kasachstan	– 19,1
Burkina Faso	33,4	Zentralafrikanische Republik	3,4	Kirgisistan	22,6
Burundi	18,7	Amerika	978,5	Korea, Demokr. Volksrep.	2,0
Côte d'Ivoire	79,0	darunter:		Laos	19,5
Dschibuti	1,4	Argentinien	14,7	Libanon	23,6
Eritrea	0,6	Bolivien	29,5	Malaysia	6,9
Gabun	0,6	Brasilien	164,1	Malediven	0,7
Gambia	0,2	Chile	19,3	Mongolei	24,8
Ghana	42,7	Costa Rica	5,4	Myanmar	6,5
Guinea	3,7	Dominikanische Republik	0,0	Nepal	33,3
Guinea-Bissau	0,3	Ecuador	24,0	Oman	–
Kamerun	63,1	El Salvador	16,8	Pakistan	70,3
Kap Verde	0,9	Guatemala	8,1	Palästinensische Gebiete	88,4
Kenia	74,2	Guyana	0,2	Philippinen	27,5
Kongo	0,6	Grenada	1,1	Sri Lanka	– 2,7
Kongo, Demokr. Rep.	66,3	Haiti	8,7	Syrien, Arab. Rep.	234,9
Lesotho	3,2	Honduras	13,5	Tadschikistan	20,1
Liberia	18,2	Jamaika	– 3,1	Thailand	2,5
Libyen	4,8	Kolumbien	37,9	Timor-Leste	5,9
Madagaskar	10,5	Kuba	2,0	Turkmenistan	1,1
Malawi	20,7	Mexiko	105,1	Usbekistan	24,2
Mali	51,3	Nicaragua	12,2	Vietnam	108,7
Marokko	40,9	Panama	– 9,8	Ozeanien	9,9
Mauretanien	12,6	Paraguay	4,9	Entwicklungsländer, nicht aufteilbar	1 472,1

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

17.4 Direktinvestitionen

Der Stand der Direktinvestitionen in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 setzt sich zusammen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, und den Krediten und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Davon sind die Kredite an die Kapitalgeber und an Schwesterunternehmen (in Abhängigkeit vom Sitz der Konzernzentrale) abzuziehen. Ausführliche methodische Erläuterungen enthält die Statistische Sonderveröffentlichung 10 „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2015“, S. 77 ff.

17.4.1 Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Wirtschaftszweig der Investitionsobjekte	Stand am Jahresende								
	2012	2013	nach ausgewählten Kapitalgeberländern						
			Frankreich	Vereinigtes Königreich	Niederlande	Belgien	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
Mill. EUR									
Insgesamt	437 414	458 353	26 108	33 778	100 341	7 998	26 220	33 651	16 855
Verarbeitendes Gewerbe	116 375	116 996	5 355	10 199	33 005	3 272	10 277	7 487	4 209
darunter:									
Kokerei und Mineralölverarbeitung	15 329	14 348	, ¹	, ¹	8 134	–	–	, ¹	–
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	15 469	15 525	423	1 343	3 184	1 045	856	2 877	535
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	10 263	11 227	995	994	3 163	, ¹	654	341	, ¹
Herstellung von Mess- und Kontrollgeräten, Uhren und elektromedizinischen Geräten	6 858	7 811	514	394	1 428	178	517	2 174	399
Maschinenbau	14 796	16 378	509	374	2 577	465	2 759	1 790	479
Energieversorgung	16 191	13 889	1 732	346	742	, ¹	588	, ¹	, ¹
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	49 195	47 452	4 327	3 548	10 304	783	5 053	3 012	6 309
Information und Kommunikation	35 452	58 589	750	5 734	12 160	– 41	293	226	210
Banken	58 038	53 745	7 709	2 626	5 847	897	1 375	352	3 223
Fonds; Private Equity Funds und Wagniskapitalgeber/ Venture Capital Unternehmen; Sonstige Finanzierungsinstitutionen	21 294	21 106	2 138	3 043	7 043	– 5	90	792	–
Versicherungen und Rückversicherungen ²	3 739	5 040	– 469	– 85	– 146	, ¹	138	3 182	, ¹
Grundstücks und Wohnungsbauwesen	26 540	28 700	670	1 044	7 054	696	2 331	783	76
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben (Beteiligungsgesellschaften)	75 026	77 126	2 485	3 403	17 793	1 155	3 332	15 368	1 818
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8 235	7 728	689	691	2 075	– 17	875	– 28	49

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Bis 2012 einschl. Pensions- und Unterstützungskassen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17 Zahlungsbilanz
 17.4 Direktinvestitionen
 17.4.2 Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts

Anlageland	Stand am Jahresende 2013								
	Alle Wirtschaftszweige	darunter:							
		Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Maschinenbau	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Banken	Fonds; Private Equity Funds u. Wagniskapitalgeber/Venture Capital Unternehmen; Sonstige Finanzierungsinstitutionen	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben (Beteiligungsgesellschaften)
Mill. EUR									
Insgesamt	918 966	67 145	28 945	18 943	82 466	136 494	76 387	77 847	54 933
Europa	489 621	26 071	13 494	11 061	41 278	82 552	53 695	- 9 662	45 365
EU-Länder (EU-27)	410 661	23 065	9 717	9 857	37 323	63 110	50 225	- 16 384	41 361
darunter:									
Belgien	37 204	10 343	262	85	986	3 258	481	13 243	165
Dänemark	5 622	235	144	, ¹	90	1 391	, ¹	552	339
Frankreich	35 188	2 299	1 660	892	1 561	8 338	1 177	53	1 236
Irland	11 896	825	, ¹	91	, ¹	1 133	2 694	690	78
Italien	31 881	1 705	1 058	946	695	6 030	3 786	1 610	175
Luxemburg	62 359	, ¹	59	, ¹	-	352	14 894	18 627	16 661
Niederlande	- 70 867	1 324	744	758	208	3 041	596	- 100 914	10 242
Österreich	27 935	519	778	2 909	1 030	7 833	1 282	2 118	1 300
Portugal	3 588	75	127	, ¹	451	1 132	150	, ¹	157
Schweden	31 237	739	601	12	14 140	1 542	457	1 330	158
Spanien ²	25 027	1 042	706	1 416	1 082	3 938	1 340	1 296	1 853
Tschechische Republik	20 864	374	558	611	4 585	2 954	459	77	147
Ungarn	14 652	296	392	354	5 108	1 671	989	, ¹	639
Vereinigtes Königreich ³	107 436	1 782	916	753	2 480	9 732	18 879	31 477	7 763
Andere europäische Länder	78 961	3 005	3 777	1 204	3 955	19 442	3 470	6 721	4 004
darunter:									
Norwegen	6 528	704	244	, ¹	85	340	, ¹	1 154	482
Russische Föderation	22 884	552	585	179	2 160	6 294	1 239	894	98
Schweiz	28 702	722	2 304	653	260	9 520	1 211	1 770	3 137
Türkei	7 888	577	590	260	1 104	1 397	, ¹	634	135
Afrika	8 425	588	177	178	2 235	1 002	,¹	81	334
dar. Südafrika	5 008	367	132	97	2 098	737	, ¹	13	111
Amerika	295 133	24 016	8 659	3 191	18 480	25 908	16 489	80 633	8 383
darunter:									
Argentinien	2 402	308	28	74	516	520	, ¹	, ¹	, ¹
Brasilien	19 415	2 984	1 344	1 033	5 923	1 786	, ¹	182	52
Kanada	11 573	1 135	410	455	276	1 824	, ¹	- 232	246
Mexiko	9 034	1 211	109	381	3 653	1 289	, ¹	345	4
Vereinigte Staaten	241 673	17 064	6 755	1 195	8 068	18 405	15 398	77 677	7 010
Asien	108 727	15 262	6 459	4 236	20 323	22 244	5 515	5 089	485
darunter:									
China ⁴	47 813	6 664	4 503	1 996	14 072	8 652	1 156	1 692	28
Hongkong	2 730	109	80	- 30	, ¹	2 213	- 1 023	253	243
Japan	12 000	1 122	215	-	3 735	3 181	129	1 120	7
Korea, Republik	6 953	1 370	633	320	664	1 293	, ¹	461	-
Malaysia	4 594	576	75	234	52	425	, ¹	, ¹	-
Singapur	12 035	1 466	81	12	, ¹	3 369	2 801	615	109
Vereinigte Arabische Emirate	1 799	161	14	70	, ¹	766	, ¹	, ¹	16
Ozeanien und Polarregionen	17 060	1 209	155	276	150	4 788	,¹	1 706	365
dar. Australien	16 350	1 147	144	259	150	4 561	, ¹	1 707	365

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Einschl. der Kanarischen Inseln.

Quelle: Deutsche Bundesbank

3 Einschl. Guernsey, Insel Man und Jersey.

4 Ohne Hongkong.

17.5 Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland

	Aktiva			Passiva			Saldo		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Mill. EUR								
Insgesamt	7 280 692	6 910 178	7 625 672	6 633 172	6 079 752	6 569 439	647 520	830 426	1 056 233
Direktinvestitionen ¹⁾	1 447 587	1 493 098	1 635 584	1 087 606	1 141 492	1 166 526	359 981	351 606	469 058
Beteiligungskapital	1 107 932	1 131 350	1 248 469	465 893	486 606	516 831	642 039	644 744	731 638
Börsennotierte Unternehmen	44 883	59 682	69 932	29 208	33 779	36 385	15 675	25 903	33 547
Nicht-börsennotierte Aktiengesellschaften	518 436	519 319	575 496	196 096	202 996	213 593	322 340	316 323	361 903
Sonstige Anteilsrechte ²⁾	544 612	552 349	603 041	240 590	249 832	266 852	304 022	302 517	336 189
Direktinvestitionskredite (an)	339 655	361 748	387 115	621 713	654 886	649 695	- 282 058	- 293 138	- 262 580
Direktinvestitionsunternehmen	172 193	184 142	200 575	138 364	162 157	141 615	33 829	21 985	58 960
Direktinvestoren ³⁾	52 719	53 546	59 904	273 965	278 218	293 111	- 221 246	- 224 672	- 233 207
Schwestergesellschaften	114 743	124 060	126 636	209 384	214 511	214 969	- 94 641	- 90 451	- 88 333
Wertpapieranlagen	2 091 967	2 235 963	2 532 983	2 674 450	2 588 529	2 801 111	- 582 483	- 352 566	- 268 128
Aktionen ⁴⁾	222 954	285 329	332 546	407 335	491 809	496 616	- 184 381	- 206 480	- 164 070
Investmentfondsanteile ⁵⁾	343 527	381 490	441 499	123 929	126 983	129 170	219 598	254 507	312 329
Schuldverschreibungen kurzfristig ⁶⁾	25 962	27 649	27 862	205 627	182 720	180 303	- 179 665	- 155 071	- 152 441
Schuldverschreibungen langfristig ⁷⁾	1 499 524	1 541 495	1 731 076	1 937 560	1 787 017	1 995 023	- 438 036	- 245 522	- 263 947
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	943 790	623 440	784 495	948 158	619 680	816 164	- 4 368	3 760	- 31 669
Übrige Kapitalanlagen	2 608 718	2 413 924	2 513 865	1 922 958	1 730 051	1 785 638	685 760	683 873	728 227
Finanzkredite ⁸⁾	595 569	568 921	588 817	340 751	322 712	324 679	254 818	246 209	264 138
dar. Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	442 010	404 753	414 980	-	-	-	442 010	404 753	414 980
Bargeld und Einlagen	1 823 127	1 643 594	1 715 147	1 345 123	1 164 978	1 213 845	478 004	478 616	501 302
dar. Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	814 539	782 918	898 653	933 155	778 664	836 210	- 118 616	4 254	62 443
Handelskredite und Anzahlungen ¹⁰⁾	81 895	83 901	88 063	94 423	96 846	97 124	- 12 528	- 12 945	- 9 061
Versicherungs-, Altersvorsorgeleistungen und Standardgarantiesysteme	33 826	33 874	33 238	115 478	119 103	122 688	- 81 652	- 85 229	- 89 450
Sonstige Anteilsrechte ¹¹⁾	51 174	60 739	66 275	5 186	5 418	5 434	45 988	55 321	60 841
Sonstige Forderungen/Verbindlichkeiten	23 127	22 895	22 325	7 939	7 508	7 488	15 188	15 387	14 837
SZR-Verbindlichkeiten	-	-	-	14 058	13 486	14 380	- 14 058	- 13 486	- 14 380
Währungsreserven	188 630	143 753	158 745	-	-	-	188 630	143 753	158 745

Stichtag, soweit nicht anders angegeben, Jahresende.

- 1 Als Direktinvestitionen gelten Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, sofern dem Kapitalgeber 10% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar bzw. mittelbar und mittelbar zusammen mehr als 50% zuzurechnen sind; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch kurzfristige Finanz- und Handelskredite, Baustellen mit einer Dauer über einem Jahr sowie alle Anlagen in Grundbesitz.
- 2 Enthält Grundbesitz, Kapitalanteile an nicht-AGs und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Bauleistungen.
- 3 Kredite, die entgegen der Richtung der Direktinvestitionsbeziehung vergeben werden, also vom Direktinvestitionsunternehmen an den Direktinvestor.
- 4 Einschl. Genussscheine.
- 5 Einschl. reinvestierter Erträge.
- 6 Ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr.
- 7 Ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen.
- 8 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u.ä.
- 9 Ohne Bundesbank; näheres zur Sektorengliederung siehe „Glossar“ am Ende dieses Kapitels.
- 10 Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Anzahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.
- 11 Anteilsrechte, die nicht unter den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen auszuweisen sind.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Maßgebend für die Wertansätze sind Marktpreise; bei den Positionen in Fremdwährung werden die Devisenkurse und bei den Wertpapierpositionen zusätzlich die Börsenkurse berücksichtigt. Die Werte für das Beteiligungskapital und für die Kredite im Rahmen der Direktinvestitionen beruhen im wesentlichen auf den Bilanzen der Investitionsobjekte.

Als „kurzfristig“ sind Aktiva und Passiva mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, als „langfristig“ mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr oder ohne Laufzeitbegrenzung bezeichnet.

Methodik

■ Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern (in Deutschland ansässige natürliche und juristische Personen) und Ausländern (im Ausland ansässige natürliche und juristische Personen) dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Vermögensänderungsbilanz** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter www.bundesbank.de

Zwischen den vorgenannten drei Teilbilanzen gibt es einen buchhalterischen Zusammenhang. Nimmt man Leistungs- und Vermögensänderungsbilanz zusammen, so geht ein dortiger Überschuss mit einer Zunahme von Auslandsforderungen beziehungsweise einer Abnahme von Auslandsverbindlichkeiten in der Kapitalbilanz einher. Ein Defizit in der Leistungs- und Vermögensänderungsbilanz bedeutet umgekehrt eine Abnahme von Forderungen beziehungsweise Zunahme an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Angaben über die **Leistungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen** werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erfasst und zusammengestellt. Dies geschieht nach den Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC). Die Angaben sind mit den Angaben in der Zahlungsbilanz nicht voll vergleichbar, da sie teilweise auf anderen Unterlagen beruhen. Einerseits sind in der Zahlungsbilanz Leistungen enthalten, die nach den OECD/DAC-Richtlinien nicht berücksichtigt werden. Andererseits sind bestimmte in der DAC-Statistik zu erfassende Leistungen nach den Konzepten der Zahlungsbilanzstatistik nicht aufzunehmen. Weitere Informationen bietet die Homepage des BMZ unter www.bmz.de

■ Direktinvestitionen

Angaben über den Stand **deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland** ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank seit Ende 1976 jährlich. Sie geben Auskunft über den Stand der Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf der Grundlage internationaler Unternehmensbeteiligungen. Ausführliche methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen enthält die Statistische Sonderveröffentlichung 10 „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2015“, S. 77 ff.

Glossar

Direktinvestitionen | Sie setzen sich zum einen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens zusammen, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist. Dazu kommen die Kredite und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Kapitalbeziehungen innerhalb multinationaler Konzerne werden saldiert, Kredite an Kapitalgeber in Abzug gebracht und grenzüberschreitende Schwesterkredite nach dem Sitz der Konzernzentrale zugeordnet (siehe hierzu Tabellen 17.4.1 und 17.4.2).

Forderungen | Das sind wirtschaftliche Rechte gegen das Vermögen ausländischer Volkswirtschaften. In der Tabelle 17.2 über den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden sie als inländische Nettokapitalanlagen im Ausland bezeichnet. Zu den Forderungen zählen insbesondere Finanzkredite, Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Gliederung des Kapitalverkehrs nach Sektoren | Diese folgt der Systematik der nationalen Zahlungsbilanzveröffentlichungen der Deutschen Bundesbank. Sie fasst Sektoren zusammen, die im Zuge der Überarbeitung des Methodenhandbuchs zur Erstellung der Zahlungsbilanz (BPM6) an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nach ESVG 2010) angepasst wurden. Es werden folgende Sektoren unterschieden: Monetäre Finanzinstitute, Unternehmen und Privatpersonen, Staat, Deutsche Bundesbank. Unternehmen und Privatpersonen entsprechen den VGR-Sektoren Finanzielle Kapitalgesellschaften ohne Monetäre Finanzinstitute, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den Unternehmen rechnen auch die Unternehmen in öffentlichem Besitz, wie etwa die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG. Der Sektor „Staat“ umfasst den Bund einschließlich des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens (European Recovery Program), die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung.

Kapitalbilanz | Sie enthält alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen ändern (z. B. Bargeld und Einlagen, Wertpapiere oder Beteiligungen sowie die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank).

Leistungsbilanz | Diese umfasst alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, sowie die Primär- und Sekundäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen und laufende Übertragungen), die im Berichtszeitraum stattgefunden haben.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) | Es handelt sich hierbei um Leistungen an Entwicklungsländer (nach Definition des Development Assistance Committee, DAC) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer. Öffentliche Stellen vergeben diese Leistungen. Jede Transaktion hat zum Hauptziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert.

Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten) | In dieser Position schlagen sich alle Erfassungslücken sowie Ungenauigkeiten bei der periodengerechten Zuordnung nieder. Der Saldo wird gesondert ausgewiesen.

Sekundäreinkommen | Unter den Sekundäreinkommen werden – im Gegensatz zur Vermögensänderungsbilanz – regelmäßige Zahlungen verstanden, denen keine erkennbare Leistung der anderen Seite gegenübersteht. Beispiele hierfür sind die Überweisungen der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihre Heimatländer, Einkommens- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen, aber auch Zahlungen des Staates an internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder Leistungen im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe.

Verbindlichkeiten | Das sind alle Anrechte auf Teile des deutschen Volksvermögens, die sich in der Hand von Ausländern befinden (Tabelle 17.2: Ausländische

Nettokapitalanlagen im Inland). Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere Finanzkredite, Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Vermögensänderungsbilanz | Sie umfasst die nicht produzierten Sachvermögen, wie den Erwerb bzw. die Veräußerung von Frequenzspektralen im Mobilfunk. Des Weiteren enthält sie Vermögensübertragungen, die im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen (Sekundäreinkommen) diejenigen unentgeltlichen Leistungen umfassen, die nicht direkt das Einkommen oder den Verbrauch der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass).

Warenhandel (fob-Werte) | Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel (Lagerverkehr auf inländische Rechnung u. a.). Die Einfuhr wurde umgerechnet von den cif-Werten (cost, insurance, freight = Kosten, Versicherungen, Fracht inbegriffen) der Außenhandelsstatistik auf fob-Werte (free on board = frei an Bord).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, deren Daten in diesem Kapitel überwiegend verwendet wurden. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Zahlungsbilanz* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben von der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de) stammen.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Zahlungsbilanz

| Statistisches Beiheft Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank

■ Direktinvestitionen

| Bestandserhebung über Direktinvestitionen (Statistische Sonderveröffentlichung 10, Deutsche Bundesbank, April 2015)

18 Umwelt



Fast **10 %** der **Unternehmensinvestitionen** im Produzierenden Gewerbe flossen 2012 in **Umweltschutzmaßnahmen** | Einnahmen an **Umweltsteuern** betragen 2014 rund **57,3 Mrd. EUR** | Mehr als **zwei Drittel** des Abfallaufkommens **recycelt** | Gut **1 Million Tonnen** Klärschlamm **thermisch entsorgt** | Bei **2 538 Unfällen** im Jahr 2013 wurden **11 074 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe** freigesetzt | **26 %** der **Wälder** waren 2014 **geschädigt** | **CO₂-Emissionen von Pkw** der privaten Haushalte stiegen 2013 auf **104,8 Mill. t**

Seite

443 **Auf einen Blick****Tabellen**444 **Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich**

Investitionen | Laufende Aufwendungen | Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz

447 **Wasser und Abwasser**

Wassergewinnung nach Ländern, nach Wirtschaftsbereichen | Öffentliche Wasserabgabe | Öffentliche und nicht-öffentliche Abwasserentsorgung | Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation | Klärschlamm Entsorgung | Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallkriterien, nach Wassergefährdungsklassen

453 **Abfallbilanz**

Abfallaufkommen | Verwertungsquote | Recyclingquote

454 **Klimawirksame Stoffe**

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe | Nach Stoffarten | Nach Wirtschaftszweigen

456 **Straftaten gegen die Umwelt**

Straftaten | Verurteilte

457 **Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen**

Material- und Energieflüsse | Primärenergieverbrauch | Verwendung von Energieträgern im Inland | Treibhausgasemissionen | Luftschadstoffe

461 **Umweltzustand – Waldschäden**

Nach Ländern | Nach Baumarten und Altersstufen

462 **Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit**

Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren | Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

463 **Methodik**466 **Glossar**468 **Mehr zum Thema**

18.0 Auf einen Blick

Entnahmen und Abgaben von Material (ohne Wasser) 2012

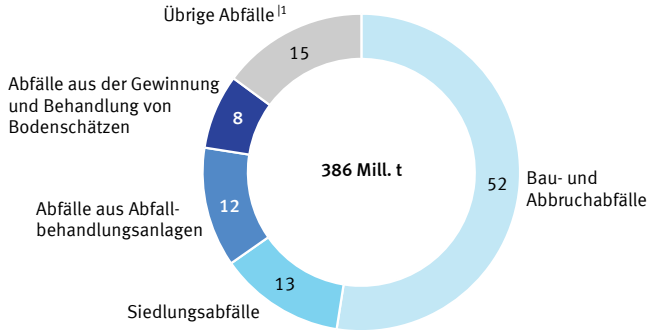
in Mill. t



1 Einschl. dissipativen Verlusten, ohne Emissionen im Wasser, Wirtschaftsdünger als Trockenmasse.
2 Insbesondere für bzw. aus Verbrennungsprozessen (O₂, N₂ bzw. H₂O).

Abfallaufkommen 2013

in %

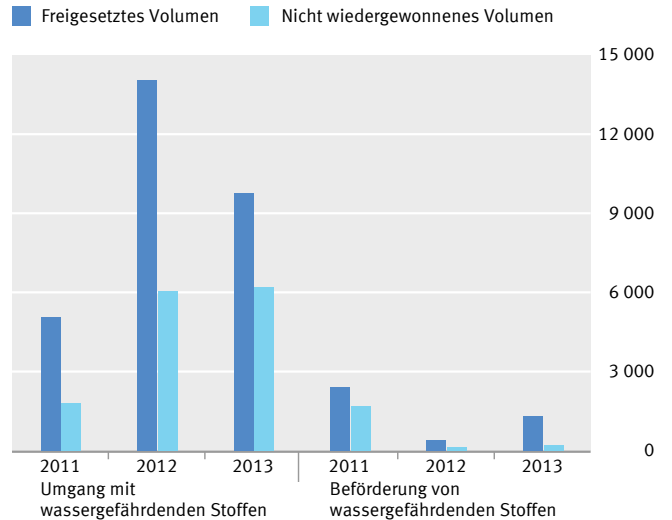


Vorläufiges Ergebnis.

1 Insbesondere aus Produktion und Gewerbe.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

in m³



2015 - 01 - 0224

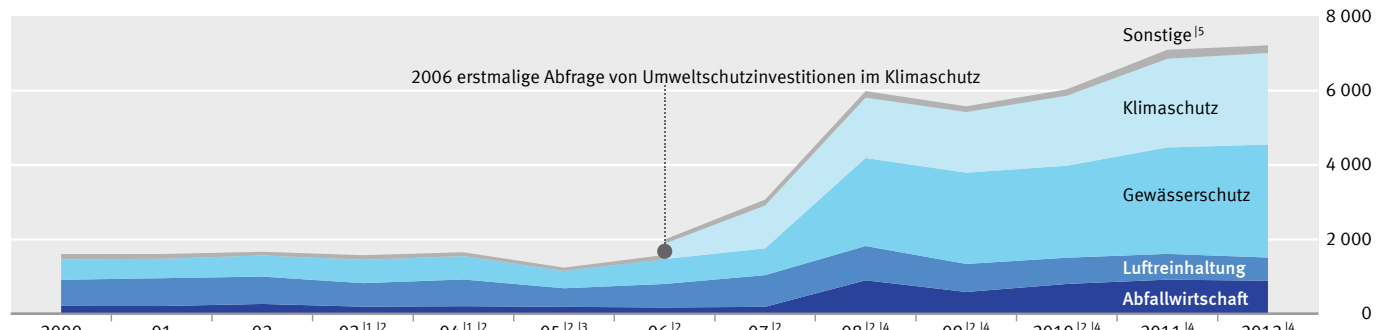
18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
18.1.1 Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2012

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Investitionen								
		insgesamt ²	davon für den Umweltschutz							
			zusammen	Abfallwirt- schaft	Gewässer- schutz	Lärmbe- kämpfung	Luftrein- haltung	Naturschutz und Land- schafts- pflege	Boden- sanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR									
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	43 698	74 362 867	7 220 788	887 953	3 041 032	75 307	624 092	75 477	55 750	2 461 177
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	378	1 044 131	109 359	10 489	66 484	3 897	14 690	5 299	53	8 447
darunter:										
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	355	359 087	12 740	644	.	.	1 693	.	.	7 479
Verarbeitendes Gewerbe	36 394	55 954 834	2 104 977	128 418	418 866	65 555	515 968	13 945	33 447	928 778
darunter:										
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	4 713	3 806 832	170 690	3 297	28 068	2 731	26 451	886	62	109 195
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	779	1 379 237	155 081	23 074	29 675	4 294	11 359	75	3 477	83 127
Kokerei und Mineralölverarbeitung	47	763 694	73 437	266	15 428	2 141	35 818	-	8 144	11 640
H. v. chemischen Erzeugnissen	1 181	4 763 796	454 165	20 883	184 119	2 995	88 793	848	3 310	153 217
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 730	2 799 957	79 559	10 508	5 917	1 999	11 654	1 159	1 050	47 272
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 480	1 763 429	127 643	13 836	5 773	3 875	36 786	3 605	1 553	62 214
Metallerzeugung und -bearbeitung	904	2 929 786	293 410	9 370	39 253	14 291	149 929	440	1 328	78 797
H. v. Metallerzeugnissen	6 729	4 006 249	97 387	7 783	10 899	5 574	22 466	1 599	2 412	46 653
Maschinenbau	5 243	6 293 430	106 696	6 349	15 203	3 044	13 927	2 011	2 306	63 855
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 002	13 603 327	210 362	17 527	41 984	18 084	59 949	1 637	5 128	66 053
Energieversorgung	1 899	11 216 641	1 672 726	15 558	99 039	3 825	73 005	47 781	15 411	1 418 107
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 027	6 147 262	3 333 726	733 488	2 456 643	2 030	20 428	8 452	6 839	105 845
darunter:										
Wasserversorgung	1 631	1 901 714	536 231	3 887	503 270	19 648
Abwasserentsorgung	1 404	2 874 115	2 025 208	55 979	1 928 508	968	6 493	1 799	3 414	28 048
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 928	1 357 773	762 681	671 175	.	.	.	1 019	.	53 189

Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr; in der Energieversorgung alle Unternehmen; in der Wasserversorgung werden Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr, in der Abfallbeseitigung ab 1 Mill. Euro Umsatz einbezogen.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
- 2 Aktive Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Sachanlagen.

**Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe
in Mill. EUR**



Ohne Baugewerbe.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Additive und integrierte Investitionen.
- 3 Ohne Energie- und Wasserversorgung.
- 4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 5 Lärmbekämpfung, Bodensanierung sowie Naturschutz und Landschaftspflege.

2015 - 01 - 0225

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

18.1.2 Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2013

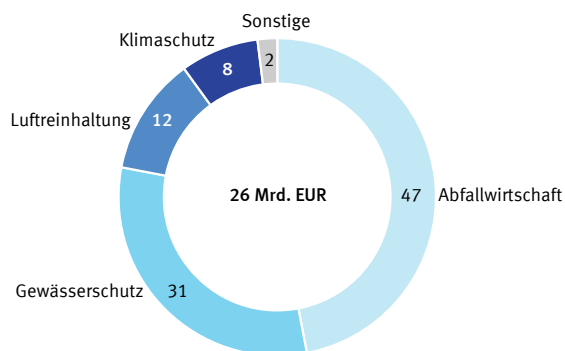
Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen ²	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz							
		insgesamt	davon						
			Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbe-kämpfung	Luftrein-haltung	Naturschutz und Land-schaftspflege	Boden-sanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR								
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	21 940	26 024 531	12 190 566	7 940 724	264 108	3 088 450	164 438	213 751	2 162 494
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	136	241 674	38 883	80 879	7 403	29 914	33 730	41 927	8 938
Verarbeitendes Gewerbe	20 337	9 065 656	2 772 023	3 018 329	210 845	2 253 067	46 452	124 443	640 497
darunter:									
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	2 573	628 231	168 682	359 808	4 019	35 058	948	1 577	58 140
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	541	572 291	220 446	220 363	1 825	49 177	797	800	78 883
Kokerei und Mineralölverarbeitung	40	768 204	50 897	147 544	2 829	520 627	4 706	29 060	12 541
H. v. chemischen Erzeugnissen	818	2 109 872	682 682	921 157	23 464	392 168	4 036	39 684	46 681
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	209	231 117	92 367	80 076	501	16 454	4 355	7 744	29 620
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1 683	(328 286)	X	46 762	(3 467)	43 891	X	4 423	X
H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	812	341 027	116 050	56 831	9 014	127 844	10 036	1 327	19 924
Metallerzeugung und -bearbeitung	648	1 548 387	341 438	429 020	107 872	620 928	1 576	6 112	41 442
H. v. Metallerzeugnissen	3 162	312 823	(142 158)	97 929	6 352	(41 452)	(2 177)	1 925	20 830
Maschinenbau	3 306	322 751	142 605	96 025	7 526	38 517	(4 225)	X	24 367
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	715	908 459	265 648	268 907	32 171	239 865	8 199	16 323	77 346
Energieversorgung	635	3 701 200	900 948	652 025	44 348	681 102	70 540	32 751	1 319 486
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	832	13 016 002	8 478 712	4 189 493	1 511	124 367	13 716	14 630	193 574
darunter:									
Wasserversorgung	164	716 207	34 206	663 355	5	299	1 817	392	16 132
Abwasserentsorgung	113	3 787 057	378 573	3 353 398	(176)	11 570	9 481	3 725	30 134
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	543	8 429 553	7 987 250	171 688	1 330	110 433	2 408	9 137	147 307

Vorläufige Ergebnisse.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr; ohne Baugewerbe.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2013
nach Umweltbereichen, in %



2015 - 01 - 0226

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
 18.1.3 Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2012

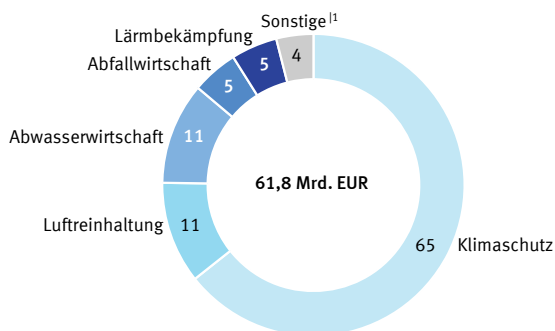
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz für den Umweltschutz						
		insgesamt	davon erzielt mit Umweltschutzgütern und -leistungen für					
			Abfallwirtschaft	Abwasserwirtschaft	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Klimaschutz	sonstige ²
		1 000 EUR						
		nach ausgewählten Wirtschaftszweigen						
	Insgesamt	61 774 459	2 930 103	6 533 473	2 752 030	6 569 925	40 301 799	2 687 129
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	37 528	2 607	5 376
C	Verarbeitendes Gewerbe	46 071 263	2 398 525	3 423 520	2 509 942	6 279 048	30 103 861	1 356 368
	darunter:							
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 623 911	28 830	97 155	34 292	946 923	1 273 380	243 331
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 918 437	276 200	897 767	199 433	13 755	2 335 594	195 688
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 602 311	42 352	391 520	132 228	366 375	1 605 269	64 567
25	H. v. Metallerzeugnissen	3 509 009	355 808	34 077	107 236	602 998	2 228 847	180 043
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	3 624 838	27 870	289 288	.	669 224	2 571 437	.
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	5 438 221	103 830	21 574	.	130 370	5 146 874	.
28	Maschinenbau	14 214 877	1 051 934	1 413 112	163 282	1 796 420	9 274 713	515 417
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 840 097	365 190	68 207	1 770 714	1 309 105	303 869	23 012
D – E	Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	338 952	94 961	103 103
F	Baugewerbe	6 439 869	195 075	2 408 022	145 376	57 729	3 172 819	460 848
	darunter:							
42	Tiefbau	2 512 530	48 148	1 718 603	85 155	259	497 276	163 088
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	3 011 076	116 152	393 914	26 549	56 406	2 179 139	238 917
B – F	Produzierendes Gewerbe	52 887 612	2 676 929	5 891 937	2 655 334	6 363 469	33 374 248	1 925 694
G – U	Sonstige Wirtschaftszweige	8 886 847	253 174	641 535	96 696	206 456	6 927 551	761 435
	darunter:							
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	4 192 022	185 639	533 547	74 103	137 595	2 730 573	530 565
	darunter:							
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	3 837 653	141 464	504 065	63 286	102 993	2 661 012	364 834

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2012
 nach Umweltbereichen, in %



1 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

2015 - 01 - 0227

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.1 Wassergewinnung nach Ländern 2010

	Insgesamt	Davon				
		Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	angereichertes Grundwasser	Fluss-, See- und Talsperrenwasser
	Mill. m ³					
	Insgesamt					
Deutschland	33 036	5 351	490	829	558	25 808
Baden-Württemberg	4 645	473	145	31	6	3 990
Bayern	4 527	863	171	114	17	3 362
Berlin	528	66	–	113	32	317
Brandenburg	677	418	0	8	14	237
Bremen	1 198	16	–	0	–	1 182
Hamburg	527	122	0	2	0	402
Hessen	4 658	302	49	2	39	4 265
Mecklenburg-Vorpommern	132	96	0	2	1	33
Niedersachsen	4 105	664	15	5	3	3 418
Nordrhein-Westfalen	5 924	1 383	34	424	413	3 670
Rheinland-Pfalz	2 195	242	39	51	1	1 861
Saarland	182	86	3	0	–	94
Sachsen	562	241	13	64	16	228
Sachsen-Anhalt	367	115	2	7	15	228
Schleswig-Holstein	2 622	204	1	6	0	2 411
Thüringen	188	59	18	0	0	111
	darunter: Öffentliche Wassergewinnung					
Deutschland	5 081	3 104	431	395	468	682
Baden-Württemberg	652	341	132	2	2	175
Bayern	843	601	156	60	3	23
Berlin	207	62	–	113	32	–
Brandenburg	126	120	0	3	3	–
Bremen	13	13	–	–	–	–
Hamburg	111	111	–	–	–	–
Hessen	342	258	45	0	38	–
Mecklenburg-Vorpommern	94	80	0	2	–	12
Niedersachsen	538	462	10	0	2	63
Nordrhein-Westfalen	1 185	476	20	121	368	200
Rheinland-Pfalz	247	177	33	27	–	10
Saarland	64	62	2	–	–	–
Sachsen	272	60	13	63	7	128
Sachsen-Anhalt	74	53	2	4	12	3
Schleswig-Holstein	179	179	–	–	–	0
Thüringen	135	49	18	–	–	68

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.2 Wassergewinnung nach Wirtschaftsbereichen

	Wassergewinnung insgesamt		Nichtöffentliche Wasserversorgung					Öffentliche Wasserversorgung	
			zusammen		darunter				
			Energieversorgung		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	
2007	32 302	27 174	6 773	19 684	176	7 191	4 806	5 128	4 833
2010	33 036	27 955	7 126	20 656	187	6 783	4 534	5 081	4 663
davon: 2010 nach Ländern									
Baden-Württemberg	4 645	3 993	1 483	3 539	29	418	718	652	878
Bayern	4 527	3 684	1 120	2 917	23	754	1 044	843	1 826
Berlin	528	321	52	317	10	2	31	207	1
Brandenburg	677	551	261	151	9	384	110	126	91
Bremen	1 198	1 185	42	1 108	7	75	17	13	2
Hamburg	526	415	116	161	1	211	46	111	1
Hessen	4 658	4 316	314	3 969	10	1 89	201	342	385
Mecklenburg-Vorpommern	132	38	238	8	8	16	72	94	52
Niedersachsen	4 105	3 567	718	3 046	13	412	396	538	228
Nordrhein-Westfalen	5 924	4 739	1 193	2 528	34	2 190	931	1 185	408
Rheinland-Pfalz	2 195	1 948	393	309	6	1 569	217	247	190
Saarland	183	119	81	77	7	41	44	64	37
Sachsen	562	290	374	61	7	226	293	272	87
Sachsen-Anhalt	368	294	231	87	6	183	143	74	40
Schleswig-Holstein	2 622	2 443	320	2 370	9	68	140	179	360
Thüringen	188	53	190	7	8	44	131	135	77

18.2.3 Öffentliche Wasserabgabe

	Wasserabgabe zum Letztgebrauch			Wasserwerks-eigengebrauch	Wasserverlust/ Messdifferenz	Nachrichtlich: Wasserabgabe über Weiterver- teilung
	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe ¹	durchschnitt- licher täglicher Pro-Kopf- Verbrauch ²			
	Mill. m ³	%	l			
2007	4 544	79,7	122	150	462	1 999
2010	4 500	79,5	121	145	474	2 002
davon: 2010 nach Ländern						
Baden-Württemberg	564	80,3	115	12	73	460
Bayern	722	80,6	129	23	98	168
Berlin	193	73,3	113	3	8	4
Brandenburg	112	84,5	105	4	12	9
Bremen	37	80,3	122	0	2	1
Hamburg	103	93,1	134	3	5	6
Hessen	301	88,0	121	9	35	217
Mecklenburg-Vorpommern	85	75,0	106	2	8	3
Niedersachsen	461	78,8	126	18	30	161
Nordrhein-Westfalen	1 101	78,7	135	27	89	518
Rheinland-Pfalz	219	80,4	119	8	24	54
Saarland	53	78,8	112	2	7	28
Sachsen	187	67,9	84	9	29	227
Sachsen-Anhalt	106	73,1	91	2	18	46
Schleswig-Holstein	164	78,2	133	6	10	30
Thüringen	93	77,7	89	17	26	70

1 Anteil bezogen auf die Wasserabgabe zum Letztgebrauch insgesamt.

2 Bezogen auf die angeschlossene Bevölkerung.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.4 Öffentliche und nicht öffentliche Abwasserentsorgung

	Eingeleitete Abwassermenge			Davon nach Art des Abwassers			
	insgesamt	davon		häusliches und betriebliches Schmutz- wasser	Fremdwasser	Nieder- schlags- wasser	nicht öffentliches Abwasser
		behandelt	unbehandelt				
Mill. m ³	%						
2007	34 621	31,8	68,2	15,1	6,1	8,0	70,8
2010	35 237	31,0	69,0	14,3	6,5	7,6	71,6
davon: 2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	5 461	31,8	68,2	10,2	8,4	11,5	69,9
Bayern	5 189	36,0	64,0	18,4	6,3	9,3	66,0
Berlin	391	21,2	78,8	18,3	–	2,8	78,9
Brandenburg	310	87,0	13,0	69,2	3,6	6,3	20,9
Bremen	1 242	6,3	93,7	4,2	0,5	0,4	94,9
Hamburg	562	29,7	70,3	17,8	6,5	4,0	71,7
Hessen	5 135	18,2	81,8	5,8	5,3	6,3	82,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	109	87,0	13,0	63,8	9,1	10,1	17,0
Niedersachsen	3 980	18,8	81,2	11,4	3,0	0,9	84,6
Nordrhein-Westfalen	6 538	45,0	55,0	21,5	10,2	10,0	58,3
Rheinland-Pfalz	2 413	28,5	71,5	9,4	4,6	7,7	78,2
Saarland	252	71,2	28,8	24,5	18,5	26,3	30,6
Sachsen	478	94,1	5,9	35,1	26,6	27,6	10,7
Sachsen-Anhalt	309	75,1	24,9	38,7	11,6	11,7	38,0
Schleswig-Holstein	2 616	8,0	92,0	6,2	0,7	0,6	92,5
Thüringen	252	91,7	8,3	47,7	19,6	18,8	13,9

18.2.5 Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation

	Bevölkerung insgesamt		Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation				Bevölkerung ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation				
	1 000	% ¹	zusammen		mit Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		ohne Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		darunter mit Anschluss an		
			1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	Kleinkläranlagen abflusslose Gruben	
										1 000	% ¹
2007	82 261	79 052	96,1	78 158	95,0	894	1,1	3 209	3,9	2 435	731
2010	81 751	78 950	96,6	78 239	95,7	711	0,9	2 801	3,4	2 205	575
davon: 2010 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 750	10 675	99,3	10 671	99,3	3	0,0	75	0,7	45	29
Bayern	12 519	12 107	96,7	12 073	96,4	34	0,3	412	3,3	360	51
Berlin	3 444	3 429	99,6	3 429	99,6	–	–	15	0,4	1	14
Brandenburg	2 508	2 175	86,7	2 174	86,7	0	0,0	333	13,3	78	254
Bremen	660	658	99,7	658	99,7	–	–	2	0,3	0	1
Hamburg	1 779	1 764	99,2	1 764	99,2	–	–	15	0,8	4	11
Hessen	6 064	6 034	99,5	6 031	99,5	3	0,0	30	0,5	13	16
Mecklenburg-Vorpommern	1 647	1 443	87,6	1 441	87,6	2	0,1	204	12,4	181	23
Niedersachsen	7 932	7 487	94,4	7 487	94,4	1	0,0	445	5,6	438	7
Nordrhein-Westfalen	17 851	17 469	97,9	17 469	97,9	0	0,0	381	2,1	327	37
Rheinland-Pfalz	4 007	3 978	99,3	3 976	99,2	2	0,1	29	0,7	13	16
Saarland	1 020	1 014	99,4	992	97,3	22	2,1	6	0,6	4	1
Sachsen	4 154	3 762	90,6	3 615	87,0	148	3,6	391	9,4	316	76
Sachsen-Anhalt	2 345	2 203	94,0	2 161	92,2	42	1,8	142	6,0	112	29
Schleswig-Holstein	2 831	2 682	94,7	2 679	94,6	3	0,1	149	5,3	144	6
Thüringen	2 241	2 069	92,3	1 618	72,2	451	20,1	172	7,7	168	3

Stand: jeweils 30.6. – Einwohner/-innen am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung.

1 Anteil bezogen auf Bevölkerung insgesamt.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.6 Klärschlamm Entsorgung aus der öffentlichen, biologischen Abwasserbehandlung

	Direkte Klärschlamm-entsorgung insgesamt		Davon						
			stoffliche Verwertung						
			zusammen		in der Landwirtschaft ¹		bei landschaftsbaulichen Maßnahmen		sonstige stoffliche Verwertung
	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	
2012	1 844 398	835 568	542 022	29,4	235 439	12,8	58 107	3,2	
2013	1 794 734	755 731	491 327	27,4	203 712	11,4	60 692	3,4	
davon: 2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	246 597	14 587	2 535	1,0	8 878	3,6	3 174	1,3	
Bayern	265 066	105 679	46 893	17,7	56 415	21,3	2 371	0,9	
Berlin	47 107	–	–	–	–	–	–	–	
Brandenburg	83 581	33 547	18 093	21,6	13 162	15,7	2 292	2,7	
Bremen	17 471	7 464	7 464	42,7	–	–	–	–	
Hamburg	47 512	–	–	–	–	–	–	–	
Hessen	146 604	66 991	48 381	33,0	16 375	11,2	2 235	1,5	
Mecklenburg-Vorpommern	37 970	36 218	32 977	86,9	1 564	4,1	1 677	4,4	
Niedersachsen	155 970	128 069	90 397	58,0	13 507	8,7	24 165	15,5	
Nordrhein-Westfalen	400 244	99 600	77 192	19,3	9 952	2,5	12 456	3,1	
Rheinland-Pfalz	85 332	63 941	57 392	67,3	2 968	3,5	3 581	4,2	
Saarland	19 671	12 164	9 121	46,4	3 043	15,5	–	–	
Sachsen	72 112	55 433	12 628	17,5	39 038	54,1	3 767	5,2	
Sachsen-Anhalt	57 146	42 061	20 417	35,7	18 400	32,2	3 244	5,7	
Schleswig-Holstein	73 040	53 202	51 817	70,9	538	0,7	847	1,2	
Thüringen	39 311	36 775	16 020	40,8	19 872	50,6	883	2,2	

	Davon								
	thermische Entsorgung						sonstige direkte Entsorgung ¹³		
	zusammen		Monoverbrennung ¹²		Mitverbrennung ¹²				unbekannt ¹²
	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	
2012	1 008 830	–	–	–	–	–	–	–	
2013	1 034 771	230 581	12,8	250 326	13,9	553 864	30,9	4 232	0,2
davon: 2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	232 010	–	–	–	–	232 010	94,1	–	–
Bayern	158 359	54 915	20,7	94 444	35,6	9 000	3,4	1 028	0,4
Berlin	47 107	47 107	100	–	–	–	–	–	–
Brandenburg	50 034	7 039	8,4	42 510	50,9	485	0,6	–	–
Bremen	10 007	5 540	31,7	4 467	25,6	–	–	–	–
Hamburg	47 512	47 512	100	–	–	–	–	–	–
Hessen	79 613	51 227	34,9	23 038	15,7	5 348	3,6	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	1 643	409	1,1	1 234	3,2	–	–	109	0,3
Niedersachsen	27 901	–	–	27 901	17,9	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	300 644	–	–	–	–	300 644	75,1	–	–
Rheinland-Pfalz	21 090	4 642	5,4	15 664	18,4	784	0,9	301	0,4
Saarland	7 507	–	–	7 507	38,2	–	–	–	–
Sachsen	16 679	12	0,0	16 667	23,1	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	12 477	7 898	13,8	1 946	3,4	2 633	4,6	2 608	4,6
Schleswig-Holstein	19 652	4 280	5,9	12 412	17,0	2 960	4,1	186	0,3
Thüringen	2 536	–	–	2 536	6,5	–	–	–	–

Einschl. der von anderen Abwasserbehandlungsanlagen bezogenen Klärschlämme, ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen.

1 Nach Klärschlammverordnung (AbfKlärV); im eigenen Bundesland und in anderen Bundesländern verwerteter Klärschlamm nach Bericht für die EU-Kommission.

2 Ab 2013.

3 Ab 2013. Hierzu zählt auch die Abgabe an Trocknungsanlagen, wenn die weitere Entsorgung nicht bekannt ist.

4 Anteil bezogen auf die „Direkte Klärschlamm Entsorgung insgesamt“.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.7 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und Flussgebietseinheiten 2013

Flussgebietseinheit	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³	% des freigesetzten Volumens	
Deutschland	2 538	11 074,0	6 396,9	57,8
Unfälle beim Umgang				
Donau	102	531,6	303,1	57,0
Rhein	333	1 878,3	1 480,8	78,8
Ems	33	2 456,1	2 305,8	93,9
Weser	125	791,4	256,9	32,5
Elbe/Labe	199	3 717,5	1 749,5	47,1
Oder	3	23,0	20,5	89,1
Maas	23	3,6	3,3	92,1
Eider	13	151,5	30,1	19,9
Schlei/Trave	11	4,1	0,2	4,2
Warnow/Peene	9	221,9	52,6	23,7
Unfälle bei der Beförderung				
Donau	155	62,6	21,7	34,6
Rhein	727	163,0	35,4	21,7
Ems	81	29,4	6,7	22,6
Weser	285	77,2	20,1	26,0
Elbe/Labe	326	860,1	28,8	3,3
Oder	7	46,9	46,2	98,6
Maas	56	23,5	12,3	52,5
Eider	17	28,7	22,2	77,3
Schlei/Trave	29	3,3	0,8	23,0
Warnow/Peene	4	0,4	0,0	0,0

18.2.8 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und betroffenen Gebieten 2013

Betroffenes Gebiet	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen
	Anzahl	m ³	
Unfälle insgesamt	2 538	11 074,0	6 396,9
Unfälle beim Umgang			
Unfälle zusammen	851	9 779,0	6 202,8
davon im:			
Wasserschutzgebiet	77	250,7	57,2
Heilquellenschutzgebiet	7	0,7	0,5
Überschwemmungsgebiet	20	2 031,2	2 018,5
Risikogebiet (Hochwasser)	9	3,6	0,3
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	8	7,9	3,9
anderen Gebiet ¹	730	7 484,8	4 122,5
Unfälle bei der Beförderung			
Unfälle zusammen	1 687	1 295,1	194,1
davon im:			
Wasserschutzgebiet	211	32,6	10,1
Heilquellenschutzgebiet	12	2,1	0,1
Überschwemmungsgebiet	16	28,3	4,2
Risikogebiet (Hochwasser)	5	3,6	0,5
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	32	26,4	12,1
anderen Gebiet ¹	1 411	1 202,2	167,1

1 Einschl. ohne Angabe.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.9 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Wassergefährdungsklassen
 und Unfallbereichen

	Unfälle insgesamt	Dabei		
		freigesetztes Volumen	nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
2012	2 292	14 456,7	6 188,5	42,8
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 043	185,6	60,1	32,4
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	157	10 465,0	4 037,4	38,6
2013	2 538	11 074,0	6 396,9	57,8
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 157	209,7	63,7	30,4
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	161	8 073,6	5 005,2	62,0
2013 nach Wassergefährdungsklassen (WGK) und Arten der freigesetzten Stoffe				
WGK 1	163	1 214,0	187,7	15,5
WGK 2	1 630	1 057,3	721,3	68,2
WGK 3	342	141,6	63,8	45,0
WGK unbekannt ¹	403	8 661,1	5 424,1	62,6
Mineralölprodukte zusammen	2 164	1 213,2	787,7	64,9
WGK 1	78	53,5	19,8	37,1
WGK 2	1 592	1 027,5	709,1	69,0
WGK 3	319	116,5	50,9	43,7
WGK unbekannt	175	15,8	7,9	50,1
Sonstige Stoffe zusammen	374	9 860,8	5 609,1	56,9
WGK 1	85	1 160,5	167,9	14,5
WGK 2	38	29,8	12,2	41,0
WGK 3	23	25,1	12,8	51,1
WGK unbekannt ¹	228	8 645,3	5 416,1	62,6
2013 nach Unfallbereichen und Wassergefährdungsklassen (WGK) der freigesetzten Stoffe				
Unfälle beim Umgang zusammen	851	9 779,0	6 202,8	63,4
WGK 1	88	437,8	178,1	40,7
WGK 2	457	757,7	631,1	83,3
WGK 3	73	70,5	14,3	20,3
WGK unbekannt ¹	233	8 513,0	5 379,3	63,2
Lageranlagen ¹	522	6 488,6	3 636,6	56,0
Abfüll- und Umschlaganlagen ¹	71	254,2	64,7	25,5
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen ¹	113	540,4	245,2	45,4
Sonstige Anlagen ¹	145	2 495,8	2 256,2	90,4
Unfälle bei der Beförderung zusammen	1 687	1 295,1	194,1	15,0
WGK 1	75	776,2	9,6	1,2
WGK 2	1 173	299,7	90,2	30,1
WGK 3	269	71,1	49,5	69,6
WGK unbekannt ¹	170	148,1	44,8	30,3
Straßenfahrzeuge ¹	1 575	452,8	114,9	25,4
Eisenbahnwagen	18	3,3	1,1	33,7
Schiffe	81	40,0	30,9	77,2
Rohrfernleitungen	2	796,0	46,0	5,8
Sonstige Beförderungsmittel	11	2,9	1,2	39,6

¹ Enthält auch Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärsubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe.

18.3 Abfallbilanz 2013

	Abfallaufkommen insgesamt	Davon Verbleib in Abfallentsorgungsanlagen mit							Verwertungsquote ¹	Recyclingquote ²
		Beseitigungsverfahren				Verwertungsverfahren				
		zusammen	Ablagerung	thermische Beseitigung	Behandlung zur Beseitigung	zusammen	energetische Verwertung	stoffliche Verwertung		
1 000 t									%	
Abfallaufkommen insgesamt	386 183	81 802	67 434	10 015	4 353	304 381	38 375	266 006	79	69
Gefährliche Abfälle ³	23 986	7 842	4 331	1 556	1 955	16 144	2 559	13 585	67	57
Nicht gefährliche Abfälle ³	362 197	73 960	63 103	8 460	2 397	288 237	35 816	252 421	80	70
Siedlungsabfälle⁴ insgesamt	49 570	6 469	135	5 236	1 098	43 100	11 471	31 629	87	64
davon:										
Haushaltstypische Siedlungsabfälle	43 942	5 506	7	4 519	980	38 437	9 799	28 638	87	65
davon:										
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle gemeinsam über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	14 028	4 895	–	4 002	893	9 133	7 069	2 064	65	15
Sperrmüll	2 486	361	–	297	64	2 125	801	1 324	85	53
Abfälle aus der Biotonne	4 050	0	–	–	–	4 050	21	4 029	100	99
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	5 049	4	1	0	3	5 045	229	4 816	100	95
Andere getrennt gesammelte Fraktionen	18 329	246	7	219	20	18 084	1 679	16 405	99	89
Glas	2 516	2	2	0	–	2 515	172	2 343	100	93
Papier, Pappe, Kartonagen	7 609	16	–	2	14	7 592	59	7 533	100	99
gemischte Verpackungen/Wertstoffe	5 541	200	–	196	4	5 341	879	4 461	96	81
Elektroaltgeräte	597	0	–	–	0	597	1	596	100	100
Sonstiges (Verbunde, Metalle, Textilien usw.)	2 067	28	5	21	2	2 040	568	1 471	99	71
Sonstige Siedlungsabfälle	5 627	964	128	717	118	4 664	1 672	2 992	83	53
davon:										
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, getrennt vom Hausmüll angeliefert oder eingesammelt	3 840	726	3	647	76	3 114	1 552	1 563	81	41
Straßenkehrriecht/Garten- und Parkabfälle (Boden und Steine)	899	193	121	51	22	706	54	652	79	72
Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	634	5	–	1	4	628	43	585	99	92
Marktabfälle	72	9	–	8	2	62	1	61	87	85
Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	7	0	0	–	0	6	0	6	93	93
Andere getrennt gesammelte Fraktionen ..	176	30	4	11	14	147	22	125	83	71
Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen	29 250	28 914	28 898	0	16	336	6	330	1	1
Bau- und Abbruchabfälle	202 735	22 062	21 111	132	820	180 672	1 498	179 174	89	88
darunter:										
Boden (einschl. Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut	115 509	16 964	16 236	14	714	98 545	6	98 539	85	85
Übrige Abfälle (insbesondere aus Produktion und Gewerbe)	57 577	17 659	13 046	2 998	1 614	39 918	10 312	29 606	69	51
Sekundärabfälle⁵	47 052	6 697	4 244	1 649	804	40 354	15 088	25 267	86	54

Vorläufiges Ergebnis.

- 1 Anteil des Inputs aller mit einem Verwertungsverfahren eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 2 Anteil des Inputs aller mit dem Verfahren „Stoffliche Verwertung“ eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 3 Die Abfallarten sind durch die Abfallverzeichnisverordnung bestimmt. Gefährliche Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind dort mit einem Sternchen (*) versehen. Alle anderen gelten als nicht gefährliche Abfälle.

4 Siedlungsabfälle: Haushaltsabfälle und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehrriecht.

5 Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen ohne Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (EAV 1908), Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser (EAV 1909), Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser (EAV 1913) und Sekundärabfälle, die als Rohstoffe/Produkte aus dem Entsorgungsprozess herausgehen.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.1 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als							
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel	
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen		
	t									
Insgesamt	9 145	- 702	6 897	4 815	222	1 859	616	1 471	161	
	nach Stoffarten									
FKW	91	1	.	-	-	.	.	-	91	
darunter:										
R 14	52	- 2	.	-	-	.	.	-	52	
R 116	34	1	-	-	-	-	-	-	34	
R 318	4	2	-	-	-	-	-	-	4	
H-FKW	6 861	- 564	4 722	3 839	47	836	616	1 453	70	
darunter:										
R 23	16	2	9	4	.	.	-	-	7	
R 134	20	6	20	9	1	10	-	-	-	
R 134a	6 218	- 657	4 679	3 819	45	815	612	922	5	
R 143a	4	1	4	.	.	4	-	-	-	
R 152a	236	33	.	-	-	.	.	.	-	
R 227ea	53	13	.	2	.	1	-	5	.	
R 245fa	47	- 14	1	.	-	.	-	46	-	
R 365mfc	135	28	.	-	.	-	-	125	.	
R 1234yf	2	2	2	1	-	0	-	-	-	
FKW und H-FKW zusammen	6 952	- 563	4 722	3 839	47	836	616	1 453	161	
Blends	2 192	- 140	2 174	976	176	1 023	-	.	-	
darunter:										
R 404 A	994	- 111	994	408	61	525	-	-	-	
R 407 A	15	- 111	15	6	1	8	-	-	-	
R 407 C	535	- 34	535	264	30	241	-	-	-	
R 410 A	331	29	331	224	6	101	-	-	-	
R 413 A	1	- 1	1	0	0	1	-	-	-	
R 417 A	21	- 7	21	10	3	8	-	-	-	
R 422 A	10	2	10	0	4	6	-	-	-	
R 422 D	149	- 2	149	9	59	80	-	-	-	
R 437 A	8	0	8	0	1	7	-	-	-	
R 507	106	- 34	106	51	9	46	-	-	-	
	nach Wirtschaftszweigen¹²									
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 183	- 194	29	7	2	20	.	1 071	.	
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ...	478	30	2	.	.	2	.	-	-	
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	100	- 54	98	82	1	16	.	-	.	
28 Maschinenbau	1 541	- 15	1 479	996	68	415	.	4	.	
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	3 009	- 343	3 008	2 989	3	16	.	-	.	
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	594	9	594	244	42	308	-	-	-	
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ¹³	875	- 16	875	353	80	442	.	-	.	
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	428	- 122	406	-	-	406	.	-	.	
Übrige Wirtschaftszweige	938	4	406	146	26	234	59	396	77	

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.2 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen CO₂-Äquivalent 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als						
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr ²	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen	
	1 000 t CO ₂ - Äquivalent								
Insgesamt	16 923	- 1 354	13 405	8 375	594	4 436	877	1 531	1 110
	nach Stoffarten								
FKW	845	29	.	-	-	.	.	-	843
darunter:									
R 14	386	- 10	.	-	-	.	.	-	385
R 116	413	16	-	-	-	-	-	-	413
R 318	45	23	-	-	-	-	-	-	45
H-FKW	9 551	- 817	6 897	5 562	67	1 268	876	1 511	267
darunter:									
R 23	240	39	134	65	.	.	-	-	106
R 134	22	7	22	10	2	11	-	-	-
R 134a	8 892	- 940	6 691	5 461	64	1 165	875	1 318	8
R 143a	19	7	19	.	.	18	-	-	-
R 152a	29	4	.	-	-	.	.	-	-
R 227ea	172	44	.	7	.	4	-	17	.
R 245fa	48	- 15	1	.	-	.	-	48	-
R 365mfc	107	22	.	-	.	-	-	99	.
R 1234yf	0	0	0	0	-	0	-	-	-
FKW und H-FKW zusammen	10 395	- 789	6 898	5 562	67	1 268	877	1 511	1 110
Blends	6 528	- 566	6 508	2 813	527	3 168	-	.	-
darunter:									
R 404 A	3 897	- 436	3 897	1 602	238	2 057	-	-	-
R 407 A	31	- 2	31	12	2	16	-	-	-
R 407 C	949	- 60	949	468	53	427	-	-	-
R 410 A	691	60	691	467	13	211	-	-	-
R 413 A	2	- 3	2	0	0	2	-	-	-
R 417 A	49	- 16	49	23	7	18	-	-	-
R 422 A	31	6	31	1	11	18	-	-	-
R 422 D	406	- 5	406	25	162	218	-	-	-
R 437 A	14	0	14	1	1	12	-	-	-
R 507	423	- 137	423	205	35	183	-	-	-
	nach Wirtschaftszweigen³								
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 697	- 293	109	20	9	79	.	1 453	.
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	685	43	5	.	.	5	.	-	-
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	182	- 71	176	144	2	31	.	-	.
28 Maschinenbau	3 518	- 150	3 355	2 009	176	1 170	.	5	.
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	4 313	- 491	4 312	4 276	5	30	.	-	.
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1 449	- 56	1 449	585	113	751	-	-	-
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ⁴	2 352	- 39	2 351	944	220	1 188	.	-	.
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	778	- 184	614	-	-	614	.	-	.
Übrige Wirtschaftszweige	1 949	- 117	1 035	398	69	568	78	74	764

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Um die Vergleichbarkeit der CO₂-Äquivalente (GWP-Wert) darzustellen sind die Werte für das Berichtsjahr 2012 rückwirkend an den Stand der CO₂-Äquivalente nach IPCC- 2007 angepasst worden.

3 H. v. = Herstellung von.

4 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.5 Straftaten gegen die Umwelt

	Insgesamt	Art der Straftat (§§ des Strafgesetzbuches)									
		Gewässerverunreinigung	Bodenverunreinigung	Luftverunreinigung	Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nicht ionisierenden Strahlen	umweltgefährdende Abfallbeseitigung	unerlaubtes Betreiben von Anlagen	unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen u. a. gefährlichen Stoffen und Gütern	Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete	besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat	schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften
		(324)	(324a)	(325)	(325a)	(326)	(327)	(328)	(329)	(330)	(330a)
Straftaten ¹											
1995	35 643	7 075	1 602	377	66	24 619	1 526	124	62	108	84
2000	34 415	5 912	2 294	311	42	24 349	1 144	168	47	.	148
2005	18 376	3 759	1 748	176	45	11 909	559	115	15	.	50
2006	17 305	3 791	1 511	195	64	10 786	551	140	24	.	243
2007	16 528	3 439	1 639	198	68	10 357	517	117	28	.	165
2008	14 999	3 291	1 253	188	65	9 426	531	128	31	.	86
2009	14 474	3 119	1 135	211	18	9 227	534	145	29	.	56
2010	13 716	3 001	1 072	204	25	8 726	495	108	22	.	63
2011	13 342	2 912	999	256	24	8 486	469	113	36	.	47
2012	12 749	2 587	1 038	165	23	8 189	494	108	30	.	115
2013	12 333	2 561	960	139	25	7 907	455	102	34	.	150
Verurteilte ²											
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
1995	3 306	537	44	9	–	2 456	239	7	2	9	3
2000	3 417	284	123	10	1	2 873	112	9	2	1	2
2005	2 209	207	87	7	–	1 822	74	5	–	6	1
2006	1 873	214	66	5	–	1 525	56	4	–	3	–
Deutschland											
2007	1 807	182	108	2	–	1 417	91	5	–	2	–
2008	1 505	168	87	4	–	1 140	90	6	1	7	2
2009	1 334	167	71	7	2	1 014	66	3	–	3	1
2010	1 301	154	76	7	–	986	70	3	1	4	–
2011	1 163	164	63	3	–	870	49	5	1	7	1
2012	1 078	129	60	3	–	797	79	2	1	7	–
2013	1 094	108	51	3	1	864	57	1	–	6	3

1 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik).

2 Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik.

18 Umwelt

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Energie“

18.6.1 Material- und Energieflüsse – Entnahmen

	2005	2010	2011	2012
	Mill. t			
Verwertete inländische Entnahme¹	1 075	1 015	1 109	1 078
Abiotische verwertete Rohstoffe	828	766	827	797
Energieträger	221	196	202	209
dar. Braunkohle	178	169	177	185
Mineralische Rohstoffe	607	570	625	588
Erze	0	0	0	0
Sonstige mineralische Rohstoffe	606	569	624	588
Baumineralien	544	505	560	528
dar. Feldsteine, Kiese, gebrochene Natursteine	343	322	358	335
Industriemineralien	63	64	64	59
Biotische verwertete Rohstoffe	248	249	282	281
Pflanzliche Biomasse aus der Landwirtschaft	221	223	253	253
Biomasse aus der Forstwirtschaft (Laub- und Nadelholz)	27	26	29	27
Biomasse von Tieren	0	0	0	0
Entnahme von Gasen	1 016	979	950	965
dar. Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	936	901	872	887
Einfuhr^{1,2}	564	593	616	604
Rohstoffe	326	323	334	335
Halbwaren	114	127	131	124
Fertigwaren	122	140	148	142
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme	2 181	2 111	2 104	1 998
dar. Abraum der Braunkohle	1 727	1 707	1 690	1 586

1 Summenbildung ohne Gase.

2 Einschl. importierter Abfall zur letzten Verwendung.

18.6.2 Material- und Energieflüsse – Abgaben

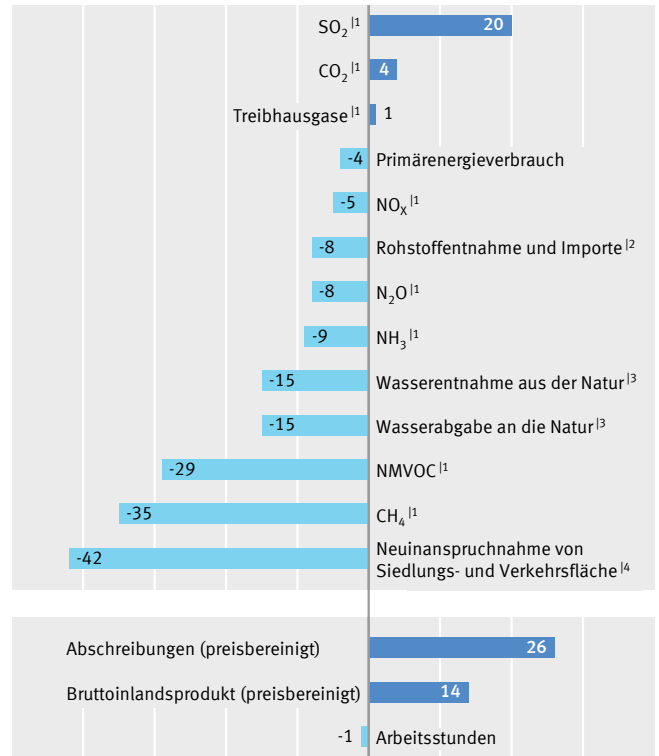
	2005	2010	2011	2012
	Mill. t			
Verwertete inländische Abgabe	1 438	1 386	1 348	1 366
Luftemissionen ¹	872	839	820	831
dar. Kohlendioxid	862	829	810	822
Dissipativer Gebrauch von Produkten	35	36	34	33
dar. organischer Dünger	26	24	24	25
Dissipative Verluste (Brems- und Reifenverluste)	0	0	0	0
Abgabe von sonstigen Gasen	531	511	494	502
dar. Wasser aus Verbrennungs- prozessen	393	376	360	366
Ausfuhr	357	365	378	377
Rohstoffe	78	80	87	85
Halbwaren	130	120	122	123
Fertigwaren	149	164	170	169
Nichtverwertete inländische Abgabe^{1,2}	2 181	2 111	2 104	1 998
Saldo	859	835	948	903
dar. Abfall an Deponie	46	34	37	37

1 Ohne FCKW und Halone.

2 Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Die Tabelle zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie vermittelt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden an die europäischen Vorgaben angepasst.

Eingesetzte Umweltressourcen Veränderungsrate 2013 gegenüber 2000, in %



1 2012.

2 Abiotisch.

3 2010.

4 2012. – Gleitendes Vierjahresmittel.

2015 - 01 - 0228

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.3 Primärenergieverbrauch

	2005	2010	2011	2012	2013 ¹
	PJ				
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	142	184	180	189	196
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	90	83	101	68	68
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	4 008	3 919	3 962	3 883	3 917
Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren	224	227	223	225	232
Papier, Pappe und Waren daraus	304	249	239	230	234
Chemische Erzeugnisse	1 405	1 447	1 458	1 428	1 365
Glas-, -waren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	255	280	292	280	276
Metalle	684	653	691	691	697
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	3 533	3 480	3 224	3 039	3 024
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	92	99	94	92	90
Bauarbeiten	216	209	222	197	207
Handelsleistungen, Instandhaltung- und Reparaturarbeiten an Kfz	454	418	404	401	419
Verkehrs- und Lagereleistungen	942	992	962	940	919
Beherbergungs- und Gastronomie-dienstleistungen	127	113	107	106	110
Informations- und Kommunikations-dienstleistungen	96	88	81	81	80
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	49	45	38	38	40
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	37	43	40	41	40
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	142	153	143	141	150
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	72	83	81	77	79
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	144	152	136	134	142
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	130	123	104	96	104
Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens	182	188	166	163	176
Sonstige Dienstleistungen	169	142	126	125	131
Alle Produktionsbereiche	10 624	10 512	10 171	9 810	9 890
Private Haushalte	3 948	3 993	3 677	3 755	3 936
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)²	14 571	14 505	13 848	13 566	13 826
Bunkerungssaldo ³	- 294	- 325	- 318	- 290	- 236
Fackel- und Leitungsverluste/ Statistische Differenz ⁴	281	37	69	172	84
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inlandskonzept)⁵	14 558	14 217	13 599	13 447	13 674

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Kraftwerksverluste und Eigenverbrauch beim Energieerzeuger.

3 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

4 Differenz zwischen aufkommens- und verwendungsseitiger Berechnung.

5 Konzept der nationalen Energiebilanz.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.4 Verwendung von Energieträgern im Inland

	2005	2010	2011	2012	2013 ¹
	PJ				
Steinkohle	2 108	2 004	2 007	1 969	2 033
Braunkohle	1 703	1 652	1 719	1 798	1 782
Erdöl (roh)	4 920	4 053	3 979	4 042	3 937
Ottokraftstoffe	1 245	987	995	925	910
Flugturbinenkraftstoff	426	419	400	417	415
Dieselmotorkraftstoff	1 294	1 405	1 443	1 450	1 498
Heizöl	1 533	1 295	1 127	1 146	1 184
Flüssiggas	149	157	153	157	163
Andere Mineralölprodukte	1 411	1 302	1 287	1 244	1 176
Erdgas, Erdölgas	3 111	3 245	2 960	2 941	3 118
Andere Gase	227	231	232	227	230
Erneuerbare Energien	1 061	1 783	1 840	1 608	1 655
Wasserkraft	70	75	64	78	83
Wind-, Photovoltaikanlagen	103	178	246	277	298
Holz, Stroh und andere feste Stoffe	338	532	511	458	475
Biodiesel und andere flüssige Stoffe	192	318	292	130	123
Klärgas einschl. Biogas	42	291	320	261	278
Siedlungsabfälle einschl. Deponiegas	88	106	110	114	120
Geo-/Solarthermie, Wärmepumpen	17	39	43	60	59
Nicht erneuerbare Abfälle, Abwärme und Andere	211	244	255	231	220
Strom	2 098	2 111	2 080	2 096	2 061
Kernenergie	1 779	1 533	1 178	1 085	1 061
Fernwärme	469	495	450	461	467
Energieträger insgesamt	23 531	22 672	21 850	21 566	21 691
- Ausstoß der Umwandlungsbereiche	8 959	8 167	8 002	8 000	7 865
+ Fackel- und Leitungsverluste ^{2/} Statistische Differenz ³	281	37	69	172	84
- Bunkerungssaldo ⁴	294	325	318	290	236
Primärenergieverbrauch insgesamt⁵	14 558	14 217	13 599	13 447	13 674

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Fackel- und Leitungsverluste werden nicht dem Verbraucher/der Verbraucherin zugeordnet.

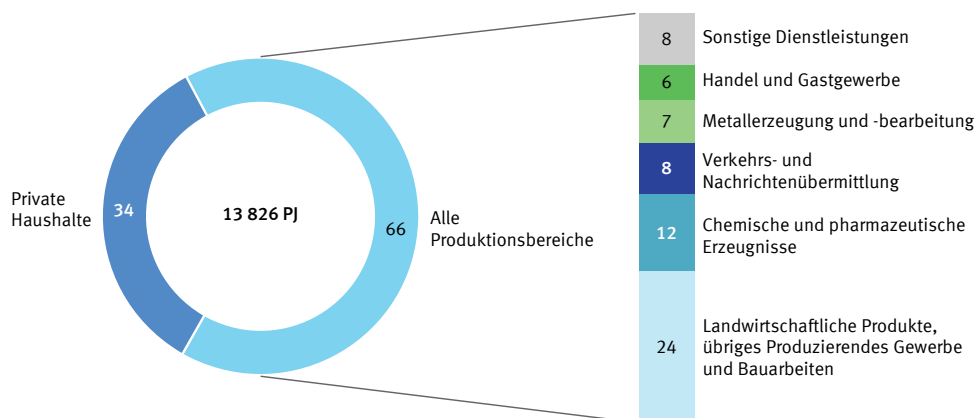
3 Differenz zwischen aufkommenseitiger und verwendungseitiger Berechnung.

4 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

5 Konzept der nationalen Energiebilanz (Inlandskonzept).

Primärenergieverbrauch 2013

in %



Vorläufiges Ergebnis. – Umwandlungen werden den (End-)Abnehmern zugerechnet.

2015 - 01 - 0229

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.5 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Treibhausgasemissionen (einschließlich CO₂-Emissionen aus Biomasse)

	2005	2010	2012
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente		
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	79 658	78 161	79 861
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	13 804	9 621	9 783
Hergestellte Waren	192 829	188 803	190 561
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	389 286	390 445	401 736
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	48 005	48 949	49 405
Bauarbeiten	10 095	10 060	9 955
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz	22 578	20 394	21 550
Verkehrs- und Lagereleistungen	72 731	82 273	85 032
Dienstleistungen	45 645	46 179	46 714
Alle Produktionsbereiche	874 631	874 884	894 596
Private Haushalte	235 025	236 605	215 257
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 109 656	1 111 489	1 109 852
Übergangssaldo¹	- 50 911	- 58 812	- 61 014
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Brutto)	1 058 745	1 052 677	1 048 838
Emissionen/Absorptionen aus LULUCF ²	9 117	- 4 694	- 3 488
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Netto)	1 067 862	1 047 983	1 045 350

Die Treibhausgasemissionen umfassen die Emissionen an CO₂, N₂O, CH₄, SF₆ sowie die voll- und teilfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFCs und HFCs). Die Luftemissionen wurden gegliedert nach Produktionsbereichen einerseits und Energieträgern bzw. Prozessen andererseits. Die Daten basieren auf emissionsrelevanten Energieeinsätzen und sonstigen emissionserzeugenden Anlagen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Bei der Berechnung, die auf Daten des Umweltbundesamtes beruhen, wurden spezifische Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

1 Der Übergangssaldo bewirkt den Übergang vom Inländer- (VGR) zum Inlandskonzept, welches für das Reporting gemäß Kyoto-Protokoll verwendet wird.

2 Die Berücksichtigung des Saldos von Emission und Absorption von CO₂ durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) führt vom Brutto- zum Nettowert.

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2012
	t		
Schwefeldioxid (SO₂)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	2 693	3 930	4 511
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	5 818	5 026	4 844
Hergestellte Waren	165 925	147 761	142 205
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	214 061	203 983	210 893
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 545	2 167	2 354
Bauarbeiten	1 549	1 340	1 165
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	381 698	503 291	500 262
Alle Produktionsbereiche	775 288	867 498	866 234
Private Haushalte	47 482	48 870	44 276
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	822 771	916 368	910 510
Stickstoffoxide (NO_x)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	164 772	154 872	155 120
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	9 724	7 677	6 587
Hergestellte Waren	215 639	197 218	195 428
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	278 656	311 893	319 223
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	51 190	44 542	43 391
Bauarbeiten	53 391	39 379	34 461
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	919 224	994 944	993 537
Alle Produktionsbereiche	1 692 597	1 750 525	1 747 747
Private Haushalte	490 649	349 063	293 162
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	2 183 246	2 099 588	2 040 910
Ammoniak (NH₃)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	530 375	514 044	512 654
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	36	33	32
Hergestellte Waren	14 427	13 736	13 906
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	2 119	2 151	2 272
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	227	265	295
Bauarbeiten	256	291	287
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	3 498	4 284	4 365
Alle Produktionsbereiche	550 937	534 804	533 810
Private Haushalte	25 710	18 297	16 017
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	576 647	553 101	549 827

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen
 18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2012
	t		
Flüchtige Kohlenwasserstoffe ohne Methan (NMVOC)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	14 504	12 789	11 875
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	566	347	309
Hergestellte Waren	693 226	612 884	573 748
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 178	14 751	16 611
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 216	1 772	1 498
Bauarbeiten	7 921	5 196	4 497
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	65 055	58 099	54 074
Alle Produktionsbereiche	795 667	705 839	662 611
Private Haushalte	361 754	353 678	324 939
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 157 421	1 059 517	987 550
Feinstaubemissionen (PM₁₀)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	46 980	46 733	46 679
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	16 902	15 288	16 172
Hergestellte Waren	34 449	24 375	23 971
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 282	10 780	11 297
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	2 703	2 091	1 913
Bauarbeiten	7 750	6 614	6 465
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	69 682	77 299	78 770
Alle Produktionsbereiche	189 748	183 180	185 267
Private Haushalte	55 108	62 869	56 663
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	244 856	246 049	241 930

18.7 Umweltzustand – Waldschäden
 18.7.1 Waldschäden nach Ländern

Die Erfassung der Schäden erfolgt nach den Schadstufen 0 bis 4. In der Schadstufe 0 (ohne Schädmerkmale) werden Bäume erfasst, deren Nadel- bzw. Blattverlust unter 10% liegt. Der Schadstufe 1 (Warnstufe; schwach geschädigt) werden Bäume mit einer Kronenverlichtung von 11% bis 25% zugeordnet. Erst ab der Schadstufe 2 (Nadel- bzw. Blattverlust über 25%) sind eindeutige Schäden festzustellen. Daher repräsentieren die zusammengefassten Schadstufen 2 bis 4 die geschädigte Waldfläche. Die Ergebnisse basieren auf den jährlichen Waldschadenserhebungen der Landesforstverwaltungen.

	Waldschäden der Probestämme der Schadstufe 2 – 4			
	2005	2010	2013	2014
	%			
Deutschland	29	23	23	26
Baden-Württemberg	43	35	35	42
Bayern	32	27	20	23
Berlin	41	24	21	17
Brandenburg	14	7	11	10
Bremen	7	11	9	8
Hamburg ¹
Hessen	33	25	26	34
Mecklenburg-Vorpommern	12	17	14	16
Niedersachsen	13	17	19	19
Nordrhein-Westfalen	25	23	29	36
Rheinland-Pfalz	31	26	23	24
Saarland	34	27	29	27
Sachsen	15	14	17	15
Sachsen-Anhalt	20	15	16	16
Schleswig-Holstein	33	26	19	22
Thüringen	34	32	30	33

1 Ab 2002 liegen keine Angaben mehr vor.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.7.2 Waldschäden nach Baumarten und Altersstufen

	Anteil der Schadstufen ¹ an den Probestämmen				
	Schadstufe 0	Schadstufe 1	Schadstufe 2 – 4		
	Bäume insgesamt		Bäume bis 60 Jahre	Bäume über 60 Jahre	
	%				
	2014				
Fichte	33	39	28	11	40
Kiefer	38	50	12	5	14
Sonstige					
Nadelbäume ²	42	36	22	9	33
Buche	14	38	48	20	55
Eiche	24	40	36	14	41
Sonstige					
Laubbäume ³	45	34	21	15	24
	2005				
Fichte	27	42	31	8	45
Kiefer	34	47	19	10	26
Sonstige					
Nadelbäume ²	35	40	25	13	40
Buche	16	40	44	14	53
Eiche	15	34	51	17	62
Sonstige					
Laubbäume ³	44	40	16	14	20

1 Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 Vor allem Tanne, Lärche, Douglasie.

3 Hauptsächlich Esche, Ahorn, Birke, Erle, Hainbuche, Linde und Pappel.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.1 Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren

	2005	2010	2011	2012	2013	2014 ¹
	Mill. EUR					
Umweltbezogene Steuern und Gebühren insgesamt	63 900	63 070	66 458
darunter:						
Umweltbezogene Steuern	55 236	54 887	58 186	57 774	57 448	57 304
Energiesteuer ²	40 101	39 838	40 036	39 305	39 364	39 758
Kraftfahrzeugsteuer	8 673	8 488	8 422	8 443	8 490	8 501
Stromsteuer	6 462	6 171	7 247	6 973	7 009	6 638
Kernbrennstoffsteuer	–	–	922	1 577	1 285	708
Luftverkehrssteuer	–	–	905	948	978	990
Emissionsberechtigungen	–	390	653	528	321	709
Abwassergebühren	4 683	4 436	4 542
Abfallgebühren ³	3 981	3 747	3 730

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Bis einschl. 2006 unter der Bezeichnung „Mineralölsteuer“ nachgewiesen.

3 Einschl. Straßenreinigung.

18.8.2 Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

	Einheit	2005	2010	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹
Energieproduktivität (1a)	1990 = 100	124,7	135,7	149,2	146,0	155,8
Primärenergieverbrauch (1b)	2008 = 100	97,7	95,4	90,2	92,3	87,9
Rohstoffproduktivität (1c)	1994 = 100	133,1	147,4	148,6	147,4	...
Treibhausgasemissionen (2)	1990 = 100	79,5	75,6	74,5	76,3	...
Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch (3a)	%	6,6	10,3	12,2	12,4	...
Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch (3b) ...	%	10,2	17,0	23,7	25,4	27,8
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (4) ²	ha pro Tag	114,0	87,0	74,0	73,0	...
Artenvielfalt und Landschaftsqualität (5)	2015 = 100	72,0	68,0
Staatsdefizit (6a)	%	3,3	4,1	– 0,1	– 0,1	– 0,6
Strukturelles Defizit (6b)	%	2,0	2,1	0,0	– 0,7	– 1,1
Schuldenstand (6c)	%	67,1	80,5	79,3	77,1	74,7
Verhältnis der Bruttoanlage- investitionen zum BIP (7)	%	19,1	19,3	20,0	19,8	20,0
BIP je Einwohner (10) in Preisen von 2010 ...	1 000 EUR	29,4	31,5	32,7	32,7	33,1
Gütertransportintensität (11a)	1999 = 100	110,2	112,2	108,8
Personentransportintensität (11b)	1999 = 100	97,2	93,9	91,7
Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung (11c)	%	17,2	17,8	18,2
Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung (11d)	%	11,6	10,4	9,7
Stickstoffüberschuss (12a) ³	kg/ha	103,0	95,0	101,0
Ökologischer Landbau (12b)	%	4,6	5,6	5,8	6,0	...
Schadstoffbelastung der Luft (13)	1990 = 100	46,8	43,0	42,0	42,5	...

Die Nummer in Klammern entspricht der Nummer des jeweiligen Indikators in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nähere Informationen hierzu siehe www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de

1 Vorläufige Ergebnisse (teilweise geschätzt). Stand: Mai 2015.

2 Gleitender Vierjahresdurchschnitt, Bezug auf das betreffende Jahr und die drei Vorjahre.

3 Gleitender Dreijahresdurchschnitt, Bezug auf das mittlere Jahr.

Seit 2002 gibt es eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für Deutschland. Sie umfasst übergreifend die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Zur Messung der Wirksamkeit der Strategie dienen Nachhaltigkeitsindikatoren, die meist mit politischen Zielvorgaben versehen sind. Die Bundesregierung legt Indikatoren und Ziele fest. Das Statistische Bundesamt übernimmt die regelmäßige Berichterstattung in Indikatorenberichten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Tabelle zeigt Zeitreihen derjenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden.

Methodik

Umweltdaten spielen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, sei es zu Fragen der Treibhausgase, der Energiegewinnung und -verwendung oder der Waldschäden.

Die Tabellen dieses Kapitels sind gegliedert in die Bereiche **Umweltstatistiken** und **Umweltökonomische Gesamtrechnungen**. Bei den „Umweltstatistiken“ werden Ergebnisse der Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) veröffentlicht. Demgegenüber stellen die „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ ein methodisch abgestimmtes Gesamtbild von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt dar, in das sowohl die umweltstatistischen Ergebnisse als auch andere Quellen als Grundlage einfließen.

■ Umweltstatistiken

Es werden insbesondere die Ergebnisse der Statistiken über die Investitionen für den Umweltschutz dargestellt, die laufenden Aufwendungen sowie die Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die Abfallwirtschaft sowie die Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe. Diese Statistiken liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Die rechtliche Grundlage für diese Erhebungen bildet das Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16.8.2005 (BGBl. I S. 2446), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2014 (BGBl. I S. 1724) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

■ Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

Die dezentrale Erhebung der **Investitionen für den Umweltschutz** erfasst bei Unternehmen und dazugehörigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes Bestandszugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Die Angaben werden seit 1975 jährlich erhoben. Bei den Investitionen für den Umweltschutz wird unterschieden zwischen den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz (seit 2006). Seit dem Berichtsjahr 2003 werden neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben.

Die dreijährliche zentrale Erhebung über **laufende Aufwendungen für den Umweltschutz** liefert seit 1996 Informationen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Hierbei werden alle laufenden Aufwendungen für Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der Umwelt dienen, nach Arten erhoben. Das sind zum einen Aufwendungen für den Betrieb von Anlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen (u. a. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie) und zum anderen Aufwendungen für nicht anlagenbezogene Maßnahmen (Gebühren und Beiträge, insbesondere für die kommunale Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung).

Die jährliche dezentrale Erhebung der **Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** wird bei repräsentativ ausgewählten Betrieben des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs durchgeführt. Sie liefert Informationen über den Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gegliedert nach Art der Waren und Leistungen und nach Absatzgebieten. Des Weiteren gibt sie die Anzahl der Beschäftigten an, die in den Betrieben für den Umweltschutz tätig sind. Aus dem Dienstleistungsgewerbe sind in die Erhebung Institute und Einrichtungen einbezogen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen, Gutachten, Projektbetreuungen und ähnliche Dienstleistungen durchführen. Entsorgungsleistungen sind nicht Gegenstand der Erhebung.

■ Wasser und Abwasser

Die Statistik der **öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung** erfasst u. a. Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser, die Zahl der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung betreiben. Zusätzlich werden jährlich seit 2006 bei den Betreibern von öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen die Mengendaten über die Verwertung und den Verbleib des Klärschlammes aus der öffentlichen Abwasserbehandlung erhoben.

Die Statistik der **nicht öffentlichen Wasserversorgung und nicht öffentlichen Abwasserentsorgung** enthält u. a. Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung von Wasser sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind alle Betriebe des nicht öffentlichen Bereichs, die Wasser gewinnen oder Wasser/Abwasser in ein Gewässer einleiten und nicht öffentliche Betriebe, die aus Fremdbezug jährlich mindestens 10 000 m³ Wasser beziehen.

Die Erhebung der **Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** führen die nach Landesrecht zuständigen Behörden alle fünf Jahre durch. Erfasst werden ausschließlich Anlagen, die nach der jeweiligen Landesgesetzgebung wiederkehrend prüfpflichtig sind. Die Erhebung ermöglicht einen umfassenden Überblick über das bestehende Gefährdungspotenzial der erfassten Anlagen im Rahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes.

Die Erhebungen der **Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe** finden jährlich statt. Auskunftspflichtig sind die Dienststellen, die nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständig sind. Dies sind in der Regel die Unteren Wasserbehörden oder Polizeidienststellen.

■ Abfallbilanz

Die Angaben aus den abfallstatistischen Erhebungen werden mit Hilfe eines Rechenmodells zur **Abfallbilanz** (Tabelle 18.3) für Deutschland zusammengeführt. Die Aufbereitung der Erhebungen in Form einer Bilanz wird durch § 6 Abs. 1 UStatG angeordnet. Sie zeigt das inländische Abfallaufkommen nach Abfallkategorien und Verwertungs- bzw. Beseitigungspfaden und weist Verwertungs- und Recyclingquoten auf Bundesebene aus. Damit macht sie die Zielerreichung der Vorgaben aus der EU-Abfallrahmenrichtlinie für Recyclingquoten messbar und vergleichbar. Die Berechnung der Abfallbilanz erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem Bruttomengenprinzip. Ausgehend vom Input aller registrierten Abfallentsorgungsanlagen werden je im Inland erzeugter Abfallart die behandelten und beseitigten Abfallmengen zusammengefasst. Errechnet wird dies über den Input der Anlagen abzüglich des Imports und zuzüglich der Exporte. Mehrfach behandelte Abfallströme erhöhen in gewissem Umfang das Abfallaufkommen. Deshalb werden die erneut behandelten Abfälle, die bereits aus einer Behandlung entstanden sind, separat ausgewiesen.

■ Klimawirksame Stoffe

In dieser dezentralen Erhebung werden bundesweit ca. 14 000 Unternehmen befragt. Die jährliche Erhebung richtet sich an Unternehmen, die bestimmte **klimawirksame Stoffe** herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung, Wartung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Erhebung liefert Ergebnisse über die verwendeten Stoffe sowohl in metrischen als auch in GWP/CO₂-Äquivalent (Global Warming Potential) gewichteten Tonnen (Tabelle 18.4.1 und 18.4.2), wobei Letzteres die aussagekräftigere Zahl für die Interpretation des Emissionspotenzials liefert, da sie die klimaschädigende Wirkung der Stoffe darstellt.

■ Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten gegen die Umwelt gefährden nicht nur die Gesundheit von Menschen. Sie schädigen oft nachhaltig die Pflanzen- und Tierwelt. Zu den „klassischen“ Umweltdelikten zählen Verunreinigungen von Gewässern, Boden und Luft, ferner illegale Behandlung, Lagerung und Transport von Abfällen in größerem Ausmaß. Bei der Bewertung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der registrierten Fälle abhängig ist vom sogenannten Kontroll- und Anzeigeverhalten. Die „Dunkelziffer“ kann hoch sein. Die Angaben zu den „registrierten Fällen“ basieren auf der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, die Angaben zu „gerichtlich Verurteilten“ auf der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

■ Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen verfolgen das Ziel, Zusammenhänge zwischen der Inanspruchnahme von Natur und Umwelt und den verursachenden sozioökonomischen Aktivitäten darzustellen.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen gliedern sich in die vier Themenbereiche:

- Material- und Energieflussrechnungen
- Nutzung von Fläche und Raum
- Umweltzustand
- Umweltschutzmaßnahmen

Die Gliederung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – diesen Themenbereichen.

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen Umwelt und Ökonomie. Die Tabellen 18.6.1 und 18.6.2 geben einen Überblick über die betrachteten Materialströme und die wichtigsten Parameter. Sie zeigen, stark zusammengefasst, die Entnahmen und Abgaben an Materialien, bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands.

Die **Entnahmen** sind gegliedert in:

- Verwertete inländische Entnahme (einschließlich Gewinnung biotischer Rohstoffe)
- Entnahme von Gasen
- Einfuhr an Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Rohstoffentnahme (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserentnahme

Die **Abgaben** sind gegliedert in:

- Luftemissionen
- Dissipativer Gebrauch von Produkten (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Saatgut und Streusalz)
- Ausfuhr von Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Abgabe (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserabgabe

Die aktivitätsbezogenen Material- und Energieflussrechnungen (Tabellen 18.6.3 ff.) stellen die Material- und Energieflüsse als Aufkommen und Verwendung der jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung dar. Die Untergliederung der Tabellen folgt der durch EG-Verordnungen verbindlich eingeführten statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Die Tabellen zeigen die jeweils durch spezifische ökonomische Aktivitäten verursachten mengenmäßigen Belastungen, z. B. Luftemissionen. Um zu solchen gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen zu

gelangen, sind neben der Nutzung von Daten aus Primärerhebungen der amtlichen Statistik, in der Regel weitere Berechnungen erforderlich (z. B. Umschlüsselungen, Ergänzungen fehlender Daten etc.). Die Ergebnisse der Material- und Energieflussrechnungen weisen deshalb in vielen Fällen Abweichungen von den ursprünglichen Daten der verwendeten Basisstatistiken auf.

Die Daten über **Emissionen** von Treibhausgasen und sonstigen Luftschadstoffen werden auf der Grundlage des „zentralen Emissionsinventars“ (ZES) des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit Energiebilanz, Energiestatistik, Verkehrsstatistik und den internationalen Emissionsreports Deutschlands (Kyoto-Report) erstellt.

■ Umweltzustand – Waldschäden

Waldschäden (Tabellen 18.7.1 und 18.7.2) werden seit 1984 einheitlich nach den Vereinbarungen ermittelt, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und die Forstverwaltungen der Länder getroffen haben. Alle Länder wenden dabei ein Stichprobenverfahren (Probebäume) an, das flächenbezogene Aussagen über den Waldzustand liefert. Als wichtigster Vitalitätsweiser wird dabei die Verlichtung der Baumkronen erfasst (= Nadel-/Blattverlust).

Für die Waldschadenserhebungen werden die Erhebungspunkte durch die Knotenpunkte eines Gitternetzes festgelegt, dessen Linienabstand bei einer Vollerhebung höchstens 4 km und bei einer Teilstichprobe höchstens 16 km beträgt.

Die Informationen, die zur Beschreibung des Waldzustandes auf Bundesebene notwendig sind, wurden 1998 erstmals unmittelbar aus den von den Ländern bereitgestellten Einzelbaumdaten des 16 x 16 km-Stichprobennetzes ermittelt (EU-weit vorgegebene Netzdichte).

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Die Angaben über die gesamtwirtschaftlichen **Ausgaben für den Umweltschutz** im Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt. Sie umfassen Ausgaben für folgende Umweltbereiche: Abfallentsorgung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Umweltschutz werden jeweils drei Jahre nach dem Berichtsjahr der zugrunde liegenden Basisstatistiken veröffentlicht.

Die Definition von **Umweltsteuern** basiert auf einem auf internationaler Ebene erarbeiteten Konzept einer Statistik über umweltbezogene Steuern. Sie orientiert sich an der Besteuerungsgrundlage – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist danach, dass die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. Konkret sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr oder Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland quantitativ am bedeutsamsten sind somit bei den Steuern die Energiesteuer (früher Mineralölsteuer) und die Stromsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1.7.1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage).

Die hier präsentierten Ergebnisse (Tabelle 18.8.2) beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Die Mehrwertsteuer auf Kraftfahrzeuge, Mineralöl oder Strom ist nicht einbezogen.

Die Ergebnisse zu den Umweltsteuern werden ein halbes Jahr nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht.

Die Zunahme der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** ist in Deutschland ein bedeutsames strukturelles Umweltproblem. In den Jahren 2010 bis 2013 hat sie um durchschnittlich 73 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität.

Weitere Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche finden Sie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2) sowie im Kapitel 1 „Geografie und Klima“ (Tabelle 1.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

Die **Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie** (Tabelle 18.8.3) sind Teil des Indikatoren-satzes der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Ausgewählt wurden diejenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden. Die Ausgangsdaten zu den Indikatoren stammen teils vom Statistischen Bundesamt und teils aus anderen Quellen, desgleichen auch die Methodik der Berechnung. Den Textbeschreibungen zu den Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie (siehe „Indikatorenberichte zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“) werden so weit wie möglich Zusatzinformationen aus den Rechenergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen beigelegt, aus denen sich Informationen über die Beteiligung von Haushalten und Produktionsbereichen an den jeweiligen Umweltbelastungen ergeben. Der Indikator zur Rohstoffproduktivität wird bei den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abfallbeseitigung | Jedes Entsorgungsverfahren, das keine Verwertung ist, z. B. Ablagerung, Abfallverbrennung oder Behandlungsverfahren, mit denen Abfälle für ein solches Verfahren vorbereitet werden.

Abfallentsorgung | Hierzu zählen Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Zuordnung der Abfallmenge in der Bilanz erfolgt nach dem jeweiligen anlagenpezifischen Entsorgungsschwerpunkt.

Abfallverwertung | Jedes Verfahren, durch das Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie unmittelbar oder mittelbar andere Materialien ersetzen. Man unterscheidet zwischen der energetischen und der stofflichen Verwertung. Unter stofflicher Verwertung (Recycling) versteht man die Aufbereitung von Abfällen zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen. Die Aufbereitung von Abfällen zu Materialien für die Verwendung als Brennstoff zählt zur energetischen Verwertung.

Abfüllanlagen | Abfüllen bezieht sich hier auf das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden.

Ablagerung | Ablagerung von Abfällen in oder auf dem Boden (z. B. Deponien oder Lagerung in Behältern in einem Bergwerk), Verpressung in Hohlräumen.

Additive (oder End-of-Pipe) Maßnahmen | Dies sind im Umweltschutz in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen, die z. B. der Entsorgung von Abfällen (Beispiel Verbrennungsanlage), dem Schutz von Gewässern (Beispiel Kläranlage), der Lärmbekämpfung (Beispiel Lärmschutzwand) oder der Luftreinhaltung (Beispiel Luftfilter) dienen. Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

Angereichertes Grundwasser | Es besteht überwiegend aus planmäßig versickertem Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und gegebenenfalls Uferfiltrat.

Anlagen | Das sind selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Komponenten (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen). Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Aufwendungen für Umweltschutz | Sie beinhalten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, die Entsorgungskosten von Emissionen. Hinzu kommen die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für getätigte Umweltschutzinvestitionen.

Ausgaben für Umweltschutz | Neben den laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Ausgaben für Energie, Ersatzteile u. a.) umfassen sie die Investitionen für Umweltschutzzwecke.

Beförderung wassergefährdender Stoffe | Dies bezeichnet den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung). Nicht zur Beförderung (sondern zum Umgang) zählen Übernahme und Ablieferung, Ver- und Auspacken sowie Be- und Entladen wassergefährdender Stoffe.

Behandeln von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Einwirken auf wassergefährdende Stoffe, um deren Eigenschaften zu verändern.

Behandlung zur Beseitigung | Physikalische, thermische, chemische oder biologische Verfahren, die die Beschaffenheit der Abfälle verändern, um ihr Volumen oder ihre gefährlichen Eigenschaften zu verringern oder ihre Handhabung zu erleichtern. Die entstehenden Abfälle können mit einem Beseitigungsverfahren entsorgt werden.

Blends | Das sind Gemische bzw. Zubereitungen aus zwei und mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie werden zunehmend als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW eingesetzt – vorwiegend als Kältemittel.

Die GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der Blends werden mittels der GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der in ihnen enthaltenen Stoffe ermittelt und fallen daher unterschiedlich aus.

Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) | Darunter fällt der gesamte energetische Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte zuzüglich des nicht energetischen Verbrauchs von Energieträgern. Bei den Umwandlungsbereichen ergibt sich der Energieverbrauch aus der Differenz zwischen der Menge der eingesetzten Energieträger (überwiegend Primärenergieträger) und der erzeugten Energieträger (Sekundärenergieträger). Mit Ausnahme der nicht energetischen Verwendung von Energie wird die eingesetzte Energiemenge bei ihrer Nutzung vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben.

Fremdwasser | Hierunter ist das in Abwasseranlagen abfließende Wasser zu verstehen, welches weder durch häuslichen oder gewerblich-industriellen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt wurde (Schmutzwasser) noch aus Niederschlägen stammt. Es ist der unerwünschte Abfluss in einem Entwässerungssystem. Im Einzelnen sind dies insbesondere Drainage- und Sickerwasser, in die Kanalnetze eindringendes Grundwasser, über einen Schmutzwasserkanal (z. B. über Schachtabdeckungen) zufließendes Oberflächenwasser oder unerlaubt eingeleitetes Wasser und Wasser von Baustellen.

Grundwasser | Das ist die Bezeichnung für unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erdkrinde zusammenhängend ausfüllt (ohne Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser).

GWP-Wert/CO₂-Äquivalente (Global Warming Potential) | Dieser Wert zeigt die klimaschädigende Wirkung eines Stoffes. Er gibt das Treibhauspotenzial eines Stoffes an, also seinen potenziellen Beitrag zur Erwärmung der bodennahen Luftschichten relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂), dessen Wert mit 1,0 definiert wird. Das bedeutet, dass sich die Treibhauspotenziale anderer Stoffe relativ zum CO₂ bemessen.

Haushalte und Kleingewerbe | Diese Abnehmergruppe umfasst die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und sonstige Kleinabnehmer, bei denen die Wassermenge für gewerbliche und private Nutzung nicht durch getrennte Wasserzähler erfasst, sondern über einen Hauszähler zusammen abgerechnet wird, wie zum Beispiel Bäckereien, Metzgereien, Arztpraxen oder Rechtsanwaltskanzleien.

Herstellen von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen wassergefährdender Stoffe.

Integrierte Maßnahmen im Umweltschutz | Sie sind definitionsgemäß immer ein integrierter, d. h. in der Regel nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Ihr Kennzeichen ist außerdem, dass sie Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen lassen. Als Beispiele seien hier die Kreislaufführung von Stoffen oder die Nutzung von Reaktionswärme (Wärmetauscher, Kopplung mit anderen Prozessen) genannt.

Klärschlamm | Das ist die Bezeichnung für den bei der Abwasserbehandlung angefallenen und beseitigten Stoff, einschließlich der zugegebenen Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel.

Klimawirksam | Fluoriderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen sind im Sinne der Erhebung klimawirksam. Diese Stoffe werden in vollhalogenierte (FKW) und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (H-FKW) und deren Blends unterschieden. Die FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratome ersetzt sind, während bei den H-FKW die Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratome ersetzt werden.

Lageranlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.

Lagern | Das ist die Bezeichnung für das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung.

Privatisierte öffentliche Unternehmen | Als solche werden außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen erfasst, die zu mehr als 50 % im Besitz der öffentlichen Hand sind (z. B. Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes). Sie werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Teil der Unternehmen und nicht als Teil des Staatssektors betrachtet.

Quellwasser | Das ist ein örtlich begrenzter und natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, ohne Überlaufwasser.

R-Bezeichnung | Die sogenannte Kältemittel-Kurzbezeichnung wurde als Kurzzeichen-System anstelle der chemischen Benennung oder Formel zur Bezeichnung der Kältemittel eingeführt (DIN 8962). Durch Kleinbuchstaben (z. B. R 134a) werden Reinstoffe gekennzeichnet, Großbuchstaben stehen für Blends (z. B. R 410A).

Rohrleitungsanlagen | Dazu zählen außer den Rohren insbesondere die Formstücke, Armaturen, Flansche und Pumpen.

Rohrleitungen | Feste oder flexible Leitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Schmutzwasser | Durch Gebrauch verändertes Wasser.

Siedlungs- und Verkehrsfläche | Sie umfasst Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe Siedlungsfläche und versiegelte Fläche dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Thermische Abfallbeseitigung | Teilweise oder vollständige Beseitigung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch Verbrennen in Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur thermischen Zersetzung brennbarer fester oder flüssiger Stoffe unter Sauerstoffmangel (Pyrolyseanlagen) sowie in Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen (z. B. Anlagen zur Veraschung von Leiterplatten). Hauptzweck ist die Beseitigung des Schadstoffpotenzials des Abfalls.

Trockenmasse | Das ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil.

Uferfiltrat | Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | Der Umgang mit diesen Stoffen findet statt in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) oder zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen). Zum Umgang zählt auch das innerbetriebliche Befördern wassergefährdender Stoffe.

Umschlaganlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

Umschlagen | Darunter fällt das Laden und Löschen (Entladen) von Schiffen sowie das Umladen von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

Umweltschutzinvestitionen | Bestandszugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen). Als Sachanlagen für den Umweltschutz gelten alle Sachanlagen, deren Zweck der Schutz vor schädlichen Einflüssen auf die Umwelt ist. Es sind nur produktionsbezogene Sachanlagen zu melden. Diese begrenzen oder

vermeiden Emissionen, die (potenziell) bei der Produktionstätigkeit entstehen. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen für Zwecke des Umweltschutzes (einschließlich der noch im Bau befindlichen Sachanlagen). Nicht enthalten sind Kosten der Finanzierung, des Erwerbs von Beteiligungen, Wertpapieren usw., des Erwerbs von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. sowie des Erwerbs von ganzen Unternehmen.

Unfall | Als Unfall gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen beziehungsweise das Austreten bei deren Beförderung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Verwenden | Dazu zählt das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Wassergefährdende Stoffe | Das sind überwiegend feste und flüssige Stoffe (einschließlich Zubereitungen), die geeignet sind, dauernd oder in einem nicht nur unerheblichen Ausmaß nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit herbeizuführen.

Wassergefährdungsklassen (WGK) | Wassergefährdende Stoffe werden gemäß ihren physikalischen, chemischen oder biologischen Stoffeigenschaften in folgende Kategorien eingestuft:

1 = schwach wassergefährdend

2 = wassergefährdend

3 = stark wassergefährdend

Die Stoffart JGS (Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärssubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe) ist in keine Wassergefährdungsklasse eingestuft. Bei entsprechend großen freigesetzten Mengen oder besonderen örtlichen Verhältnissen kann JGS jedoch zu einer Gefahr für Gewässer und Boden werden. Unfälle mit JGS werden daher seit 1998 sowohl beim Umgang als auch bei der Beförderung mit erfasst.

Wasserverlust/Messdifferenz | Hierbei handelt es sich um die Menge des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Sie setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z. B. durch Rohrbrüche, undichten Rohrverbindungen oder Armaturen sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte oder unkontrollierte Entnahmen.

Wasserwerkseigenverbrauch | Das ist der betriebsinterne Wasserverbrauch innerhalb der Versorgungsanlage, z. B. für Filterspülung, Rohrnetzspülung oder den Sozialbereich.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Umwelt* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 32, Daten zu den *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* unter Code 85 und zu den *Nachhaltigkeitsindikatoren* unter Code 911

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Investitionen für den Umweltschutz

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 3 | Investitionen, sowie Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz

■ Wasser und Abwasser

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 2 | Wasserwirtschaft

Fachberichte

| Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung – Klärschlamm

■ Abfall(bilanz)

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 1 | Abfallentsorgung

■ Klimawirksame Stoffe (Luftverunreinigungen)

Fachberichte

| Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2013

■ Straftaten gegen die Umwelt

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3 | Strafverfolgungsstatistik

Bundeskriminalamt – Statistik (www.bka.de)

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09 | Weiterentwicklung des Indikators „Rohstoffproduktivität“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
 Heft 2/12 | Berücksichtigung von sekundären Rohstoffen bei der Berechnung von indirekten Importen
 Heft 6/12 | Umweltökonomische Analyse des Güterverkehrs 1995 bis 2010
 Heft 8/12 | Luftemissionen
 Heft 6/14 | Direkte und indirekte CO₂-Emissionen in Deutschland 2000 bis 2010

STATmagazin

| Trend zum spritsparenden Auto bremst Kraftstoffverbrauch (2010)
 | Weniger Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte (2011)
 | T-Shirts, Jeans, Blusen: So viel Wasser steckt in unserer Kleidung (2013)

Mehr zum Thema

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/13 | Test des OECD-Indikatorensets Green Growth in Deutschland
- Heft 7/13 | Nachhaltigkeitsindikatoren: ein Beispiel für den Dialog zwischen Politik und Statistik
- Heft 7/14 | Aktuelle Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren

■ Themenübergreifend

Fachberichte

- | Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – 2014

Broschüren

- | Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht (2014)





19 Land- und Forstwirtschaft

14 % der Bodenfläche sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | Über die **Hälfte** der Bodenfläche ist **Landwirtschaftsfläche** | **287 000 Betriebe** bewirtschaften **16,7 Millionen Hektar** landwirtschaftlich **genutzte Fläche** | Auf über **einem Viertel** des Ackerlandes **Weizen** angebaut | **5 %** der rund 12,4 Millionen **Rinder** 2013 **ökologisch** gehalten | 6 300 Betriebe bewirtschaften eine Anbaufläche von **115 000 Hektar** Freilandgemüse | **1,5 Millionen Tonnen Geflügelfleisch** aus gewerblichen Schlachtungen | **292,6 Eier** hat jede Legehenne im Durchschnitt gelegt

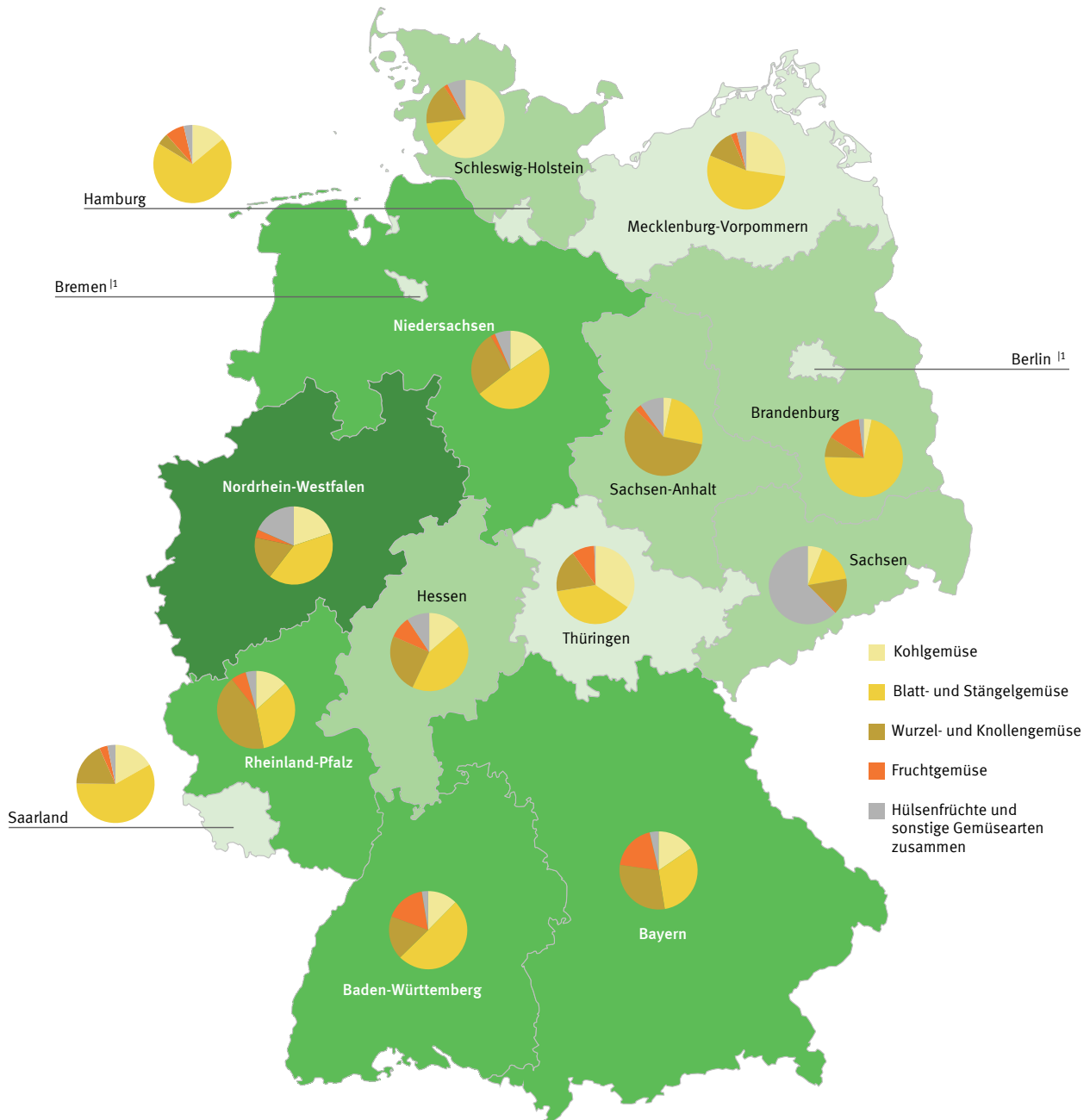
Seite	
473	Auf einen Blick
	Tabellen
474	Flächennutzung Boden-, Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten
475	Landwirtschaftliche Betriebe Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten Betriebssysteme Viehhaltung Einkommenskombinationen Rechtliche und sozialökonomische Gliederung Arbeitskräfte
480	Pachtentgelte und Kaufwerte Pachtflächen und Pachtentgelte Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
481	Ökologischer Landbau Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche Viehbestand
482	Düngemittel Inlandsabsatz nach Nährstoffen und Düngerarten
483	Forstbetriebe und Forstwirtschaft Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen Holzeinschlag
484	Anbau und Ernte Feldfrüchte Gemüse Strauchbeeren Baumobst und Erdbeeren Speisepilze
489	Weinanbau und Weinerzeugung Bestockte Rebflächen Weinmosternte Weinerzeugung
491	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung Viehbestand (Rinder, Schweine, Schafe) Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung Geflügel Haltung von Legehennen Schlachttier- und Fleischuntersuchung
495	Aquakultur Erzeugung aus Aquakultur
496	Methodik
498	Glossar
500	Mehr zum Thema

19.0 Auf einen Blick

Gemüseanbau im Freiland 2014

in ha

■ unter 2 500
 ■ 2 500 bis unter 10 000
 ■ 10 000 bis unter 20 000
 ■ 20 000 und mehr



1 Für Berlin und Bremen gibt es in dieser Erhebung aufgrund der geringen Bedeutung keine Ergebnisse.

19.1 Flächennutzung

Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. – Die Bezeichnungen wurden dem „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen“ (Stand: 1991) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) entnommen.

19.1.1 Bodenfläche nach Nutzungsarten 2013

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Landwirtschaftsfläche		Waldfläche		Wasserfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	357 341	48 482	13,6	186 193	52,1	108 162	30,3	86 71	2,4	
Baden-Württemberg	35 751	5 129	14,3	16 272	45,5	13 695	38,3	390	1,1	
Bayern	70 550	8 189	11,6	34 569	49,0	24 766	35,1	1 443	2,0	
Berlin	892	626	70,2	39	4,4	163	18,3	60	6,7	
Brandenburg	29 654	2 782	9,4	14 619	49,3	10 531	35,5	1 022	3,4	
Bremen	419	235	56,1	119	28,3	8	2,0	52	12,4	
Hamburg	755	454	60,0	186	24,6	48	6,4	61	8,0	
Hessen	21 115	3 302	15,6	8 867	42,0	8 480	40,2	294	1,4	
Mecklenburg-Vorpommern	23 211	1 876	8,1	14 475	62,4	5 074	21,9	1 413	6,1	
Niedersachsen	47 614	6 588	13,8	28 552	60,0	10 474	22,0	1 109	2,3	
Nordrhein-Westfalen	34 110	7 761	22,8	16 606	48,7	8 798	25,8	671	2,0	
Rheinland-Pfalz	19 854	2 837	14,3	8 288	41,7	8 348	42,0	274	1,4	
Saarland	2 570	536	20,8	1 102	42,9	874	34,0	26	1,0	
Sachsen	18 420	2 357	12,8	10 088	54,8	5 004	27,2	382	2,1	
Sachsen-Anhalt	20 452	2 240	11,0	12 579	61,5	5 045	24,7	474	2,3	
Schleswig-Holstein	15 800	2 021	12,8	11 042	69,9	1 664	10,5	802	5,1	
Thüringen	16 173	1 549	9,6	8 791	54,4	5 190	32,1	199	1,2	

19.1.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten 2013

	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ¹		Erholungsfläche, Friedhof		Verkehrsfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	48 482	25 786	53,2	4 596	9,5	18 100	37,3	
Baden-Württemberg	5 129	2 810	54,8	350	6,8	1 969	38,4	
Bayern	8 189	4 348	53,1	432	5,3	3 409	41,6	
Berlin	626	375	59,9	118	18,9	133	21,2	
Brandenburg	2 782	1 392	50,0	291	10,4	1 100	39,5	
Bremen	235	149	63,2	37	15,9	49	20,9	
Hamburg	454	292	64,3	67	14,8	94	20,8	
Hessen	3 302	1 636	49,6	237	7,2	1 429	43,3	
Mecklenburg-Vorpommern	1 876	860	45,8	327	17,4	689	36,7	
Niedersachsen	6 588	3 624	55,0	503	7,6	2 461	37,4	
Nordrhein-Westfalen	7 761	4 571	58,9	754	9,7	2 436	31,4	
Rheinland-Pfalz	2 837	1 243	43,8	363	12,8	1 231	43,4	
Saarland	536	343	64,0	32	6,1	161	30,0	
Sachsen	2 357	1 322	56,1	261	11,1	773	32,8	
Sachsen-Anhalt	2 240	914	40,8	542	24,2	783	35,0	
Schleswig-Holstein	2 021	1 137	56,2	188	9,3	696	34,5	
Thüringen	1 549	769	49,7	94	6,1	685	44,3	

1 Ohne Abbauland.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2014

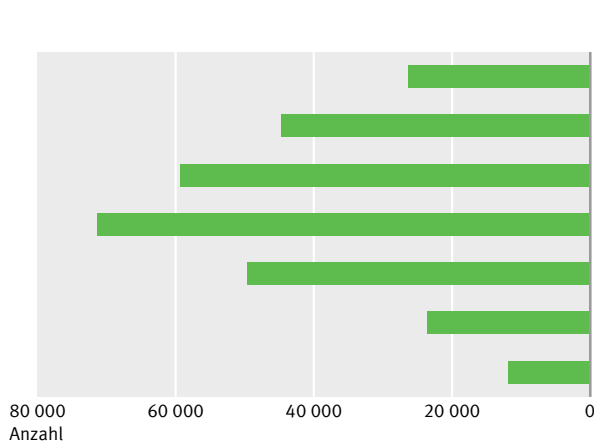
	Insgesamt ¹	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5 ¹	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Zahl der Betriebe in 1 000								
Deutschland	286,8	26,3	44,8	59,3	71,4	49,6	23,6	11,8
darunter:								
Baden-Württemberg	42,3	7,2	7,3	8,8	9,6	6,3	2,6	.
Bayern	93,2	4,0	16,5	25,4	28,6	14,0	4,0	0,7
Brandenburg	5,4	0,4	0,6	0,8	0,9	0,6	0,6	1,5
Hessen	16,9	0,9	2,8	3,8	4,3	2,9	1,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	4,9	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	41,1	2,5	5,2	6,1	9,0	10,4	6,0	1,9
Nordrhein-Westfalen	34,8	3,6	4,7	6,1	9,9	7,4	2,6	0,4
Rheinland-Pfalz	18,8	4,6	2,9	3,4	3,3	2,6	1,6	.
Saarland	1,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,2	0,7	1,2	1,2	1,1	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,3	0,3	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	13,3	0,8	1,8	1,6	2,5	3,3	2,5	0,8
Thüringen	3,5	0,4	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3	0,8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1 000 ha								
Deutschland	16 724,8	46,8	326,3	887,2	2 388,3	3 490,7	3 196,5	6 389,2
darunter:								
Baden-Württemberg	1 422,0	12,1	53,2	131,0	317,5	440,9	347,7	.
Bayern	3 141,2	8,9	121,1	386,7	948,5	957,8	518,7	199,5
Brandenburg	1 313,6	0,6	4,6	11,7	30,1	41,7	81,3	1 143,6
Hessen	768,0	1,9	20,6	58,1	143,5	207,4	218,5	118,1
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 340,3	0,6	3,9	9,0	22,0	30,6	76,9	1 197,4
Niedersachsen	2 625,9	3,9	37,5	90,0	313,0	747,4	818,2	615,9
Nordrhein-Westfalen	1 460,1	4,8	34,0	90,0	336,8	523,5	338,3	132,7
Rheinland-Pfalz	703,5	9,6	21,4	49,3	109,0	184,9	215,0	.
Saarland	77,5	0,2	1,4	3,0	8,1	15,7	32,7	16,3
Sachsen	904,2	1,0	8,3	16,9	34,2	41,8	82,1	719,9
Sachsen-Anhalt	1 169,1	0,4	2,9	7,1	19,9	31,5	70,8	1 036,5
Schleswig-Holstein	993,6	1,9	12,4	23,7	84,8	241,5	342,9	286,5
Thüringen	781,0	0,5	4,0	8,9	16,1	19,7	46,6	685,3

Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung 2014.

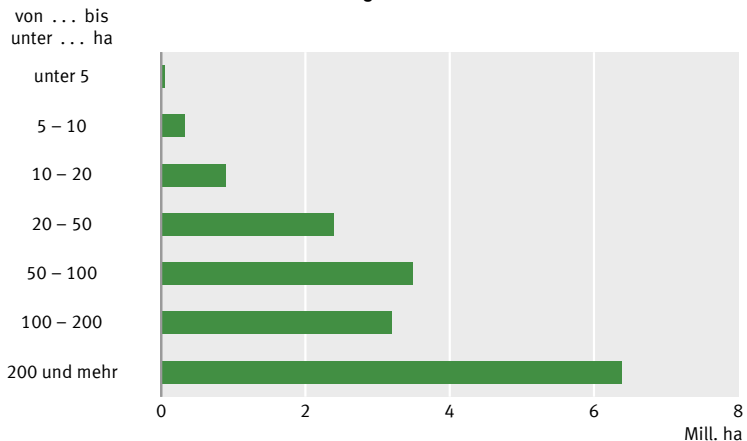
1 Einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2014

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größe der Fläche



Fläche dieser Betriebe insgesamt



2015 - 01 - 0231

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten

	Insgesamt	Darunter										
		Ackerland								Dauerkulturen zusammen	Dauergrünland	
		zusammen	darunter						zusammen		darunter	
			Getreide zur Körner- gewinnung ¹		Handelsgewächse		Pflanzen zur Grünerte				Wiesen	Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)
	zusammen	dar. Weizen	zusammen	dar. Winter- raps ¹	zusammen	dar. Silomais/ Grünmais						
	1 000 ha											
2013	16 699,6	11 875,9	6 533,7	3 128,2	1 535,5	1 460,0	2 760,3	2 003,2	199,8	4 621,0	1 826,8	2 584,6
2014	16 724,8	11 869,2	6 468,6	3 219,7	1 466,3	1 391,9	2 857,1	2 092,6	202,9	4 650,7	1 829,6	2 620,3
	darunter: 2014 nach Ländern											
Baden-Württemberg	1 422,0	822,2	518,8	232,2	60,6	53,4	187,5	125,4	50,0	549,3	368,2	145,4
Bayern	3 141,2	2 075,6	1 165,9	535,1	147,8	122,2	578,7	425,4	12,6	1 052,9	711,7	299,3
Brandenburg	1 313,6	1 027,9	513,7	160,3	152,3	135,0	281,9	175,4	4,5	281,2	62,3	207,9
Hessen	768,0	479,0	306,7	167,2	64,9	63,4	69,3	42,6	5,9	282,9	124,5	143,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 340,3	1 075,3	562,4	350,2	245,6	244,3	200,9	147,0	3,2	261,8	60,5	196,3
Niedersachsen	2 625,9	1 885,5	895,0	410,4	129,1	127,1	596,6	522,9	21,0	719,3	68,6	628,7
Nordrhein-Westfalen	1 460,1	1 055,2	627,9	279,3	69,3	66,9	226,8	178,9	15,4	389,0	188,8	169,1
Rheinland-Pfalz	703,5	410,0	244,5	119,9	47,0	45,3	63,9	33,1	70,5	222,7	61,8	155,5
Saarland	77,5	37,3	22,1	8,8	4,4	4,2	8,9	4,5	0,4	39,7	20,4	18,2
Sachsen	904,2	715,2	396,0	194,9	136,3	131,9	139,0	81,5	5,3	183,7	58,3	118,3
Sachsen-Anhalt	1 169,1	996,9	562,0	338,2	179,8	173,7	155,6	119,1	2,5	169,5	38,4	121,1
Schleswig-Holstein	993,6	668,2	287,0	192,4	100,6	100,0	247,7	175,8	6,8	318,3	31,5	283,5
Thüringen	781,0	612,1	362,8	229,1	127,4	123,5	97,6	59,7	2,7	166,2	32,6	121,5

Ergebnisse der jeweiligen Bodennutzungshaupterhebung.

1 Einschl. Saatguterzeugung.

19.2.3 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013

	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Standardoutput		Arbeitsleistung	Viehbestand
	1 000	1 000 ha	Mill. EUR	1 000 EUR/Betrieb	1 000 AK-E	1 000 GV
Insgesamt¹	285,0	16 699,6	46 205,3	162,1	522,7	13 088,8
Ackerbaubetriebe ¹	80,6	5 761,0	9 362,8	116,2	110,3	253,9
Gartenbaubetriebe	7,1	57,7	2 917,8	410,7	44,3	/
Dauerkulturbetriebe	21,1	207,9	2 031,4	96,2	40,7	6,8
dar. Weinbau (Rebanlagen)	14,2	114,3	1 096,4	77,2	25,1	(1,3)
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	117,8	5 943,4	14 587,8	123,8	201,6	7 701,2
dar. Milchvieh	59,0	3 967,1	11 486,4	194,8	132,8	5 599,9
Veredlungsbetriebe	17,6	907,0	8 501,9	482,4	33,1	2 705,9
Pflanzenbauverbundbetriebe	3,5	174,4	728,1	207,5	12,4	19,3
Viehhaltungsverbundbetriebe	7,7	554,9	1 947,3	253,4	16,5	768,6
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe ...	29,6	3 093,3	6 128,3	206,9	63,9	1 628,3

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. nicht klassifizierbare Betriebe.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.4 Viehhaltung nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 2013

	Betriebe mit Viehhaltung insgesamt		Darunter Betriebe mit							
			Rindern				Schweinen		Geflügel	
	(GV = Großvieheinheit)		zusammen		darunter mit Milchkühen					
	Betriebe	GV	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
1 000										
Insgesamt	199,2	13 088,8	130,4	12 370,7	78,8	4 251,4	49,1	28 697,4	58,7	177 333,1
Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha										
unter 5	8,0	710,9	2,2	90,3	0,4	10,9	2,2	3 852,0	2,8	69 393,6
5 – 10	27,1	223,8	11,9	147,5	2,9	21,7	4,7	193,7	11,6	4 537,3
10 – 20	40,5	696,1	25,4	670,1	12,3	181,9	8,3	851,9	15,6	5 042,2
20 – 50	55,8	2 434,6	40,7	2 444,7	26,7	798,2	14,6	4 995,5	16,0	16 283,1
50 – 100	41,6	3 947,8	30,9	3 853,6	23,0	1 363,7	12,1	9 330,5	8,6	37 684,6
100 – 200	18,8	2 674,5	13,8	2 649,7	10,0	957,1	5,4	5 616,0	3,2	26 293,4
200 – 500	4,9	1 016,7	3,5	939,3	2,0	327,6	1,3	2 250,4	0,8	10 763,2
500 – 1 000	1,3	489,5	1,1	539,2	0,6	194,4	0,3	649,0	0,1	2 285,8
1 000 und mehr	1,1	894,9	1,0	1 036,3	0,8	396,0	0,3	958,3	0,1	5 049,9
Größenklassen der Großvieheinheiten von ... bis unter ... GV										
unter 50	125,2	2 099,2	73,4	2 054,7	32,3	513,5	26,3	2 553,9	45,2	8 937,8
50 – 100	35,0	2 508,6	27,8	2 596,0	22,2	906,0	9,4	4 685,7	7,6	12 372,2
100 – 200	27,3	3 795,8	20,7	3 684,7	17,4	1 346,6	9,2	9 419,1	4,2	30 669,1
200 und mehr	11,7	4 685,2	8,6	4 035,3	6,8	1 485,3	4,2	12 038,7	1,7	125 353,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

19.2.5 Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Bestandsgrößenklassen 2013

Betriebe mit ...	Betriebe	Jeweilige Viehkategorie		Viehbestand insgesamt in GV	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha	Arbeitskräfte in AK-Einheiten
		Tiere	Großvieheinheit (GV)			
	1 000					
Rindern in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	14,5	80,2	59,8	164,3	345,8	14,7
10 – 19	17,2	245,5	180,5	240,2	388,4	18,0
20 – 49	31,8	1 058,6	774,8	911,3	1 071,0	45,6
50 – 99	28,5	2 035,7	1 475,0	1 644,2	1 557,2	52,4
100 – 199	24,1	3 397,4	2 462,3	2 655,1	2 119,6	54,2
200 – 499	12,2	3 475,7	2 442,7	2 579,8	2 039,4	38,4
500 und mehr	2,2	2 077,6	1 452,3	1 536,1	1 899,7	37,7
Zusammen	130,4	12 370,7	8 847,3	9 731,1	9 421,0	261,1
Milchkühen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	9,8	50,7	50,7	198,3	260,9	12,6
10 – 19	12,7	186,5	186,5	388,4	364,0	20,4
20 – 49	28,4	921,4	921,4	1 688,2	1 364,9	55,1
50 – 99	18,9	1 314,7	1 314,7	2 328,4	1 652,5	44,6
100 – 199	7,0	909,7	909,7	1 544,8	1 115,2	22,9
200 – 499	1,7	493,5	493,5	824,9	1 115,5	20,7
500 und mehr	0,5	374,8	374,8	595,3	673,1	16,3
Zusammen	78,8	4 251,4	4 251,4	7 568,2	6 546,1	192,5
Schweinen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 49	19,8	217,1	25,3	539,3	753,4	29,4
50 – 99	3,1	219,8	24,4	113,7	144,2	4,8
100 – 399	7,8	1 729,1	195,2	395,8	406,7	12,4
400 – 999	9,0	6 054,5	654,9	902,2	693,9	17,8
1 000 – 1 999	6,8	9 393,2	962,5	1 098,5	674,5	15,3
2 000 – 4 999	2,2	6 387,9	609,9	713,5	454,1	9,6
5 000 und mehr	0,5	4 695,9	452,6	486,9	181,8	6,4
Zusammen	49,1	28 697,4	2 924,9	4 250,0	3 308,7	95,8
Schafen	20,0	1 893,3	158,6	758,8	1 083,7	29,6
Ziegen	10,8	130,2	10,4	457,6	584,0	18,8
Legehennen ¹⁾	54,1	47 986,7	191,9	1 808,9	1 903,2	78,7
Schlacht- und Masthähnen und -hühnern	4,5	97 145,6	388,6	560,0	245,1	8,0
Truthühnern	1,9	13 255,7	53,0	121,8	122,5	4,2

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Ohne Junghennen und Junghennenkühen.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.6 Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen 2013

	Insgesamt	Und zwar mit Einkommen aus ¹							
		Verarbeitung und Direktvermarktung landw. Erzeugnisse	Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten	Pensions- und Reitsportpferdehaltung	Erzeugung erneuerbarer Energien	Arbeiten für andere landw. Betriebe	Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft ²	Forstwirtschaft	übrige Einkommenskombinationen ³
1 000									
Deutschland	94,1	14,2	8,8	12,5	46,5	17,0	6,3	21,0	11,2
Baden-Württemberg	16,9	3,9	1,6	2,0	9,6	2,3	1,3	3,0	1,4
Bayern	33,7	2,8	3,4	2,2	15,6	6,8	2,5	13,3	6,1
Berlin	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	1,4	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,1
Bremen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Hessen	4,4	0,9	0,3	1,3	1,9	0,6	0,2	0,4	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,0	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1
Niedersachsen	12,6	1,5	0,6	1,6	7,3	2,7	0,8	1,8	1,4
Nordrhein-Westfalen	9,9	1,8	0,3	2,5	4,5	1,5	0,5	1,4	0,8
Rheinland-Pfalz	5,8	1,1	1,1	0,6	3,4	0,7	0,3	0,2	0,3
Saarland	0,6	0,2	0,0	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen	1,5	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2
Sachsen-Anhalt	0,8	0,2	/	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
Schleswig-Holstein	4,2	0,6	0,8	1,0	2,0	0,8	0,2	0,2	0,2
Thüringen	0,9	0,3	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1

1 Mehrfachnennungen möglich.

2 Z. B. Landschaftspflege, Straßenbau oder Winterdienst für Kommunen.

3 Z. B. Fischzucht, Be- und Verarbeitung von Holz, Herstellung handwerklicher Erzeugnisse.

19.2.7 Landwirtschaftliche Betriebe in rechtlicher und sozialökonomischer Gliederung 2013

	Insgesamt		Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha					
	Betriebe	LF	unter 20		20 – 50		50 und mehr	
			Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha
Insgesamt	285,0	16 699,6	128,2	1 256,6	71,5	2 378,6	85,4	13 064,3
Einzelunternehmen	256,0	10 897,1	120,7	1 213,6	67,4	2 239,0	67,9	7 444,6
Haupterwerbsbetriebe	124,0	8 129,1	28,7	301,0	37,8	1 315,1	57,5	6 512,9
Nebenerwerbsbetriebe	132,1	2 768,1	92,1	912,6	29,6	923,8	10,4	931,7
Personengemeinschaften ¹	23,7	2 881,4	6,0	35,4	3,6	124,2	14,1	2 721,8
Juristische Personen	5,3	2 921,1	1,5	7,7	0,5	15,4	3,3	2 897,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Personengesellschaften.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.8 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

	Arbeitskräfte			Davon							
	insgesamt	und zwar		Familienarbeitskräfte ¹			ständige Arbeitskräfte ¹			Saisonarbeitskräfte ¹	
		voll- beschäftigt	männlich	zusammen	und zwar		zusammen	und zwar		zusammen	dar. männlich
					voll- beschäftigt	männlich		voll- beschäftigt	männlich		
1 000											
Insgesamt	1 020,5	303,9	634,5	505,6	180,5	331,2	200,7	123,4	136,9	314,3	166,4
Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha											
unter 5	103,1	20,5	55,7	38,3	9,0	24,0	27,2	11,5	13,9	37,6	17,8
5 – 10	103,1	13,6	66,3	72,9	9,5	49,5	10,6	4,1	6,1	19,6	10,7
10 – 20	148,5	28,0	96,0	107,3	22,6	71,6	12,3	5,5	7,6	28,9	16,7
20 – 50	210,1	65,8	132,1	136,2	55,8	89,1	20,6	10,0	13,6	53,3	29,3
50 – 100	173,8	67,1	108,0	97,0	51,8	62,0	28,2	15,2	19,8	48,6	26,2
100 – 200	123,3	41,3	73,8	42,3	24,7	27,2	27,2	16,6	20,5	53,7	26,2
200 und mehr	158,6	67,6	102,6	11,5	7,1	7,7	74,5	60,5	55,3	72,7	39,6
Rechtsformen											
Einzelunternehmen	777,2	208,9	483,2	505,6	180,5	331,2	59,3	28,4	39,1	212,4	112,9
Haupterwerbsbetriebe	477,4	178,1	286,2	257,5	153,6	163,3	49,5	24,5	32,7	170,4	90,2
Nebenerwerbsbetriebe	299,9	30,8	197,0	248,0	26,9	167,9	9,8	3,9	6,4	42,0	22,7
Personengemeinschaften ^{1,2} ..	164,2	48,2	98,9	X	X	X	79,5	48,2	54,8	84,7	44,1
Juristische Personen	79,1	46,8	52,4	X	X	X	61,9	46,8	43,0	17,2	9,4
darunter: nach Ländern											
Baden-Württemberg	181,6	31,1	106,3	81,1	22,0	52,0	21,4	9,2	13,7	79,1	40,6
Bayern	241,6	79,5	152,4	184,0	67,3	118,1	24,5	12,2	15,7	33,2	18,6
Brandenburg	39,4	16,5	25,3	5,7	2,1	3,9	17,9	14,4	12,1	15,9	9,2
Hessen	52,7	11,5	32,2	30,7	7,9	20,8	7,2	3,5	4,9	14,8	6,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	25,0	13,4	17,0	4,4	1,6	3,0	14,5	11,8	10,9	6,2	3,1
Niedersachsen	140,2	42,2	88,5	65,2	27,9	43,9	26,5	14,2	18,6	48,5	25,9
Nordrhein-Westfalen	116,4	31,3	72,0	58,8	22,7	39,3	19,0	8,5	13,4	38,7	19,2
Rheinland-Pfalz	90,5	18,0	53,9	32,6	11,3	21,0	11,5	6,7	7,7	46,4	25,2
Saarland	3,5	1,0	2,2	2,3	0,6	1,5	0,7	0,3	0,4	0,5	0,3
Sachsen	34,8	17,5	21,9	8,5	2,9	5,8	18,7	14,5	12,1	7,6	4,0
Sachsen-Anhalt	23,8	12,7	16,1	4,2	1,7	3,0	13,9	11,1	10,0	5,8	3,1
Schleswig-Holstein	44,6	15,5	29,7	22,3	10,2	14,9	10,4	5,3	7,6	12,0	7,2
Thüringen	22,3	12,5	14,4	4,2	1,4	2,9	13,7	11,1	9,1	4,5	2,4

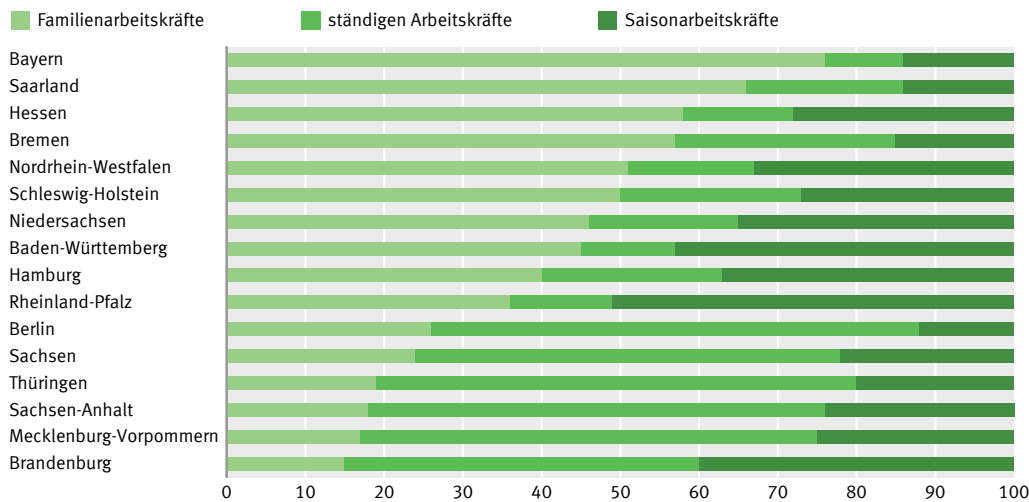
Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Im Betrieb beschäftigt.

2 Einschl. Personengesellschaften.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

Anteil der ... an den Arbeitskräften insgesamt, in %



2015 - 01 - 0232

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte

19.3.1 Pachtflächen und Pachtentgelte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

	Landwirtschaftliche Betriebe mit Angabe des Jahrespachtentgeltes											
	insgesamt				und zwar mit							
					Ackerland				Dauergrünland			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt
1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	
Deutschland	195,0	14 439,1	8 852,7	243	137,1	12 126,5	5 786,3	277	124,7	9 639,6	2 217,2	153
darunter:												
Baden-Württemberg	29,7	1 270,4	779,5	216	20,4	1 098,1	471,5	246	19,1	976,8	272,0	129
Bayern	61,3	2 579,4	1 338,9	290	45,3	2 169,9	872,1	338	43,8	1 927,5	430,3	191
Brandenburg	3,8	1 263,0	910,2	121	2,8	1 112,1	642,9	131	2,5	880,1	183,5	90
Hessen	13,4	707,6	447,7	153	8,8	531,7	229,0	192	8,6	460,0	138,0	87
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,8	1 080,6	701,0	202	1,8	836,9	437,2	232	1,7	664,8	111,8	111
Niedersachsen	28,7	2 193,7	1 141,5	376	22,1	1 930,8	770,8	435	17,1	1 280,0	300,1	226
Nordrhein-Westfalen	20,5	1 015,3	553,2	385	15,5	848,8	358,8	460	11,4	566,9	151,1	200
Rheinland-Pfalz	14,2	656,9	418,3	214	7,1	528,8	254,7	209	6,3	414,1	129,2	96
Saarland	0,9	72,7	46,9	89	0,5	45,6	.	100	0,6	48,2	.	80
Sachsen	3,8	855,2	639,1	146	2,4	767,1	476,0	162	2,8	696,5	115,3	85
Sachsen-Anhalt	3,1	1 111,4	835,4	231	2,1	874,2	573,8	259	1,5	578,5	90,6	109
Schleswig-Holstein	10,0	897,9	445,8	363	6,9	783,3	280,0	423	7,6	645,0	157,8	255
Thüringen	2,3	714,0	581,9	144	1,3	588,0	399,1	162	1,5	486,4	112,8	72

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.2 Jahrespachtentgelt der landwirtschaftlichen Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken

	1999	2003	2007	2010	2013
	EUR je ha Pachtfläche				
Deutschland	158	174	183	203	243
darunter:					
Baden-Württemberg	172	183	189	197	216
Bayern	227	232	235	251	290
Brandenburg	63	74	80	98	121
Hessen	133	137	140	148	153
Mecklenburg-Vorpommern ..	93	113	125	152	202
Niedersachsen	255	268	279	307	376
Nordrhein-Westfalen	281	310	312	337	385
Rheinland-Pfalz	178	185	192	199	214
Saarland	79	87	85	86	89
Sachsen	96	108	116	128	146
Sachsen-Anhalt	140	160	172	198	231
Schleswig-Holstein	254	265	261	294	363
Thüringen	100	114	120	130	144

1999 und 2010 Ergebnisse der Landwirtschaftszählung, 2003, 2007 und 2013 der Agrarstrukturerhebung. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.3 Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke 2013

	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche ¹	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar ²
	Anzahl	ha	EUR
Deutschland	45 061	101 558	16 381
darunter:			
Baden-Württemberg	5 810	4 536	21 604
Bayern	4 917	6 588	39 797
Brandenburg	3 961	19 885	8 533
Hessen	4 795	4 209	13 608
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 844	16 070	14 255
Niedersachsen	6 010	12 944	25 181
Nordrhein-Westfalen	2 386	3 483	33 951
Rheinland-Pfalz	4 694	3 927	11 684
Saarland	806	506	9 719
Sachsen	1 867	7 172	9 211
Sachsen-Anhalt	2 954	10 024	11 162
Schleswig-Holstein	969	4 425	25 013
Thüringen	4 048	7 791	8 191

Ergebnisse der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke. – Ohne Stadtstaaten.

- 1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.
- 2 Summe der Kaufpreise bezogen auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

19.4 Ökologischer Landbau

19.4.1 Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betrieben mit ökologischem Landbau 2013

	Insgesamt			Und zwar mit					
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche		Ackerland			Wiesen und Weiden ¹		
		insgesamt ²	dar. ökologisch bewirtschaftet	Betriebe	Fläche		Betriebe	Fläche	
	1 000	1 000 ha	%		zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet		zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet
Deutschland	18,0	1 047,0	96,4	11,2	469,2	94,0	15,6	525,0	98,4
darunter:									
Baden-Württemberg	3,3	124,0	89,6	2,1	46,8	83,8	2,9	70,5	93,7
Bayern	6,3	217,6	98,3	3,9	97,0	97,0	5,7	115,0	99,3
Brandenburg	0,7	137,7	98,6	0,6	88,9	98,0	0,5	45,7	99,6
Hessen	1,7	81,6	99,4	1,1	27,7	99,2	1,6	48,4	99,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	0,7	120,4	99,9	0,5	46,4	100	0,7	72,2	99,9
Niedersachsen	1,2	79,5	93,0	0,8	34,1	87,5	1,0	36,4	96,5
Nordrhein-Westfalen	1,4	62,9	97,3	0,7	18,1	95,4	1,3	36,4	98,1
Rheinland-Pfalz	1,0	47,3	95,7	0,4	13,5	86,4	0,6	27,9	99,7
Saarland	0,1	9,3	95,3	0,1	2,6	87,3	0,1	6,2	98,5
Sachsen	0,4	35,3	97,3	0,3	21,2	96,0	0,4	12,7	99,7
Sachsen-Anhalt	0,3	53,4	99,8	0,3	32,2	99,6	0,3	19,4	100
Schleswig-Holstein	0,4	35,8	94,0	0,3	20,1	90,3	0,4	15,0	98,8
Thüringen	0,2	39,8	85,3	0,2	20,1	72,3	0,2	17,6	98,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Mähweiden und Almen.

2 Einschl. Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.4.2 Viehbestand in Betrieben mit ökologischem Landbau 2013

	Insgesamt		Dar. mit ökologischer Wirtschaftsweise in der Viehhaltung		
	Betriebe	Tiere ¹	Betriebe ²	Tiere	%
	1 000				
Rinder	10,3	649,8	9,9	621,8	95,7
Schweine	1,9	247,0	1,8	193,9	78,5
Schafe	2,3	230,8	2,2	226,3	98,0
Ziegen	1,8	43,5	1,7	42,2	97,1
Gänse, Enten, Truthühner	1,0	(315,5)	0,9	/	/
Einhufer (z. B. Pferde)	4,4	35,0	4,1	31,9	91,3

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Viehbestände, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

2 Einschl. Betriebe, die nicht vollständig auf die ökologische Wirtschaftsweise in der Viehhaltung (bzw. der jeweiligen Tierart) umgestellt sind.

19.5 Düngemittel

19.5.1 Inlandsabsatz nach Nährstoffarten

Wirtschaftsjahr	Insgesamt				Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
	1 000 t Nährstoff				kg Nährstoff			
2005/06	1 785	274	426	1 897	105,3	16,2	25,1	106,0
2009/10	1 569	235	363	2 075	92,9	13,9	21,5	117,8
2010/11	1 786	286	434	2 276	106,9	17,1	26,0	130,7
2011/12	1 640	247	386	2 398	98,1	14,8	23,1	138,1
2012/13	1 649	284	421	2 539	98,9	17,1	25,3	146,3
2013/14	1 675	284	457	2 871	100,3	17,0	27,4	166,3

1 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, einschl. Brache.

19.5.2 Inlandsabsatz nach Düngerarten

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)						Phosphat (P ₂ O ₅)			
	zusammen	Kalkammonsalpeter	Ammonnitrat-Harnstoff-Lösung	Harnstoff	andere Einnährstoffdünger ¹	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Superphosphat ²	andere Phosphatdünger ³	Mehrnährstoffdünger
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	1 785	805	230	301	276	173	274	23	8	243
2009/10	1 569	713	188	280	276	113	235	22	6	207
2010/11	1 786	728	200	377	325	156	286	20	9	258
2011/12	1 640	682	173	311	332	142	247	12	7	228
2012/13	1 649	631	171	357	337	153	284	16	5	263
2013/14	1 675	619	174	357	374	151	284	17	6	261

Wirtschaftsjahr	Kali (K ₂ O)					Kalk (CaO)				
	zusammen	Kaliohsalz ⁴	Kaliumchlorid ⁵	Kaliumsulfat ⁶	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Kohlensaurer Kalk ⁷	Branntkalk ⁸	Konverterkalk ⁹	andere Kalkdünger ¹⁰
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	426	8	215	25	178	1 897	1 352	76	148	321
2009/10	363	10	233	18	101	2 075	1 483	67	185	339
2010/11	434	12	253	27	142	2 276	1 656	59	219	343
2011/12	386	7	255	22	101	2 398	1 720	67	227	383
2012/13	421	7	276	21	117	2 539	1 824	78	271	366
2013/14	457	9	301	24	123	2 871	2 108	92	276	395

1 Z. B. Stickstoff-Magnesia, Ammoniumnitrat, Ammonsulfat, Ammonsulfatsalpeter und andere Salpetersorten, Kalkstickstoff.

2 Auch Triple-Superphosphat.

3 Weicherdiges Rohphosphat, teilaufgeschlossenes Rohphosphat, Dicalciumphosphat, Rohphosphat mit wasserlöslichem Anteil, Thomasphosphat, Rohphosphat mit kohlensaurem Kalk.

4 Einschl. Rückstandkali.

5 Einschl. Kaliumchlorid mit Magnesium.

6 Einschl. Kaliumsulfat mit Magnesium.

7 Einschl. kohlensaurer Magnesiumkalk.

8 Einschl. Magnesium-Branntkalk.

9 Einschl. Hüttenkalk.

10 Einschl. Misch-, Carbo- und Rückstandkalk.

19.6 Forstbetriebe und Forstwirtschaft

19.6.1 Landwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen 2013

	Insgesamt		Wald		Kurzumtriebsplantagen	
	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha
Deutschland	153,1	1 303,2	152,8	1 299,6	1,2	3,6
Baden-Württemberg	23,6	135,4	23,5	135,2	/	(0,2)
Bayern	76,2	550,0	76,2	549,5	/	/
Brandenburg	2,5	(73,6)	2,5	(72,4)	0,1	1,2
Hessen	5,1	24,6	5,1	24,5	/	/
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	48,0	1,5	47,8	(0,0)	0,2
Niedersachsen	14,7	166,4	14,6	165,9	/	/
Nordrhein-Westfalen	13,2	(154,8)	13,1	(154,5)	/	/
Rheinland-Pfalz	6,3	20,0	6,3	19,9	/	/
Saarland	0,3	1,8	0,3	1,8	0,0	0,0
Sachsen	3,0	(42,4)	3,0	(42,1)	/	/
Sachsen-Anhalt	1,2	30,6	1,2	30,5	0,0	0,1
Schleswig-Holstein	4,3	43,6	4,3	43,4	/	/
Thüringen	1,0	10,8	1,0	10,7	0,0	(0,1)
Berlin, Bremen, Hamburg	0,0	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0

Kurzumtriebsplantagen sind bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt (z. B. Pappeln, Weiden). Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts. Landwirtschaftliche Betriebe können sowohl Wald als auch Kurzumtriebsplantagen besitzen. Deshalb addieren sich zwar die Flächen auf insgesamt, nicht aber die Anzahl der Betriebe.

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

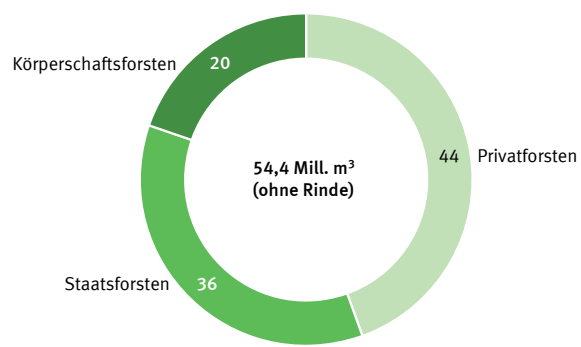
19.6.2 Holzeinschlag

Der jährliche **Holzeinschlag** wird stark von den jeweiligen Witterungsbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen bzw. Wetterphänomenen (z. B. Orkane) beeinflusst. Die Einordnung der jährlichen Holzeinschlagszahlen ist daher nur anhand mehrjähriger Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Insgesamt	Laubholz				Nadelholz					
		zusammen	Eiche		Buche und sonstiges Laubholz		zusammen	Kiefer und Lärche		Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz	
			Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen	Industrie-, Energieholz ¹
1 000 m ³ ohne Rinde											
2003/07 D	60 330	11 693	898	1 283	2 829	6 682	48 637	5 873	5 523	26 868	10 373
2008/12 D	53 268	12 784	624	1 339	2 525	8 296	40 483	5 607	6 422	19 668	8 786
2013	53 207	14 315	669	1 576	2 389	9 682	38 892	6 484	7 049	17 300	8 059
2014	54 356	14 229	623	1 588	2 574	9 444	40 128	6 420	6 873	18 497	8 337

1 Einschl. nicht verwertetes Holz.

Holzeinschlag nach Waldeigentumsarten 2014 in %



Staatsforsten bezeichnen Wald im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes. **Körperschaftsforsten** umfassen Gemeindeforsten (einschließlich Kreisforsten sowie Forsten von Gemeinde- und Kreisverbänden) und Forsten sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist, gilt als **Privatwald**.

2015 - 01 - 0233

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

Anbau und Ernte von Feldfrüchten ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Ackerland									
	insgesamt	Getreide zur Körnergewinnung (einschl. Saatguterzeugung) ¹								
		zusammen	Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	Sommer- weizen ²	Roggen und Wintermeng- getreide	Wintergerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale ³	Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)
Anbaufläche in 1 000 ha										
2008/13 D	11 884,7	6 678,2	3 118,0	77,1	706,7	1 273,9	447,3	150,6	410,9	493,8
2013	11 875,9	6 526,0	3 066,2	62,0	784,6	1 211,0	359,4	131,5	414,3	497,0
2014	11 869,2	6 460,6	3 159,0	60,7	629,9	1 227,8	345,9	123,8	432,3	481,3
darunter: 2014 nach Ländern										
Baden-Württemberg	822,2	517,9	226,1	6,1	10,0	90,0	64,0	21,9	25,2	74,7
Bayern	2 075,6	1 165,7	527,6	7,5	41,5	237,6	99,4	26,7	93,5	131,8
Brandenburg	1 027,9	511,5	156,8	3,5	184,8	82,0	6,6	11,2	45,2	21,3
Hessen	479,0	306,4	161,4	5,8	15,2	70,3	18,3	9,0	19,8	6,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 075,3	561,4	347,7	2,5	64,0	118,2	6,7	6,7	11,5	4,1
Niedersachsen	1 885,5	893,9	405,7	4,7	135,0	140,5	36,3	9,8	80,9	80,9
Nordrhein-Westfalen	1 055,2	627,2	276,1	(3,2)	18,2	135,2	8,5	7,3	71,4	107,3
Rheinland-Pfalz	410,0	244,1	115,3	4,6	10,7	35,3	42,7	5,8	18,4	11,2
Saarland	37,3	22,0	8,2	0,6	2,9	3,1	1,6	2,2	3,0	0,4
Sachsen	715,2	395,8	193,2	1,7	35,1	92,6	22,3	8,5	23,8	18,5
Sachsen-Anhalt	996,9	561,3	329,3	8,8	77,8	95,7	7,4	4,7	19,2	18,4
Schleswig-Holstein	668,2	286,9	188,6	3,8	22,8	54,5	4,2	6,0	6,1	/
Thüringen	612,1	362,8	221,2	7,9	10,9	72,1	27,8	3,8	14,2	5,0
Ertrag in dt je ha										
2008/13 D	X	69,7	76,2	57,7	52,1	65,7	51,5	46,8	58,7	98,5
2013	X	73,2	80,3	62,1	59,8	69,3	54,2	47,7	64,9	89,1
2014	X	80,5	86,8	60,9	61,2	77,3	59,8	50,6	70,3	107,6
darunter: 2014 nach Ländern										
Baden-Württemberg	X	81,0	83,5	61,4	52,8	76,2	59,7	52,5	72,5	115,7
Bayern	X	79,2	82,8	66,8	57,0	73,1	60,9	50,8	71,3	108,9
Brandenburg	X	64,1	76,4	32,0	51,7	71,8	44,3	42,0	57,1	89,2
Hessen	X	75,7	84,7	55,8	61,9	66,9	55,2	53,0	70,1	102,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	X	84,0	90,7	60,0	63,4	80,9	57,6	47,8	65,0	89,8
Niedersachsen	X	83,4	89,6	57,5	70,8	79,7	61,4	50,2	74,1	104,5
Nordrhein-Westfalen	X	89,0	90,8	66,0	72,7	78,9	59,8	56,3	79,3	111,7
Rheinland-Pfalz	X	67,5	72,2	50,2	65,2	64,9	56,3	47,8	59,4	102,5
Saarland	X	59,4	68,4	51,2	53,8	56,4	45,5	42,8	59,3	99,9
Sachsen	X	80,7	88,4	50,6	59,3	80,1	63,7	57,6	64,5	98,3
Sachsen-Anhalt	X	80,8	87,3	69,0	58,7	79,9	63,6	48,2	65,1	97,9
Schleswig-Holstein	X	98,7	104,8	79,3	80,8	96,8	55,1	56,2	76,3	.
Thüringen	X	79,8	82,9	63,3	75,0	81,3	63,4	40,9	70,7	104,3

1 Ab 2010 ohne anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2 Einschl. Hartweizen (Durum).

3 Einschl. Sommergetreide.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

	Ackerland										Dauerwiesen und Mäh- weiden ¹³
	Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹¹		Hackfrüchte		Raps und Rübsen ¹¹	Pflanzen zur Grünernete				alle anderen Ackerflächen	
	Erbsen (ohne Frisch- erbsen)	Acker- bohnen	Kartoffeln ¹¹	Zuckerrüben		Legumino- sen zur Ganz- pflanzen- ernete ^{12,13}	Feldgras/ Grasanbau auf dem Ackerland ¹³	Silomais/ Grünmais einschl. Lieschkol- benschrot ¹⁴	Getreide zur Ganz- pflanzen- ernete ¹⁵		
Anbaufläche in 1 000 ha											
2008/13 D	48,7	14,8	252,9	379,1	1 400,6	259,4	387,4	1 852,0	.	.	4 492,3
2013	37,9	16,5	242,8	357,4	1 465,6	273,9	360,3	2 003,2	67,4	524,9	4 411,4
2014	41,7	20,5	244,8	372,5	1 394,2	273,8	347,1	2 092,6	88,3	533,0	4 450,0
darunter: 2014 nach Ländern											
Baden-Württemberg	2,6	1,4	5,7	15,8	53,7	33,0	12,4	125,4	11,9	42,4	513,6
Bayern	8,5	4,8	40,8	59,8	122,2	100,0	28,8	425,4	19,3	100,5	1 011,0
Brandenburg	5,7	0,3	9,8	9,2	135,2	29,5	49,2	175,4	8,6	93,5	270,2
Hessen	1,0	2,1	4,2	13,4	63,5	10,0	14,0	42,6	(2,0)	19,8	268,4
Mecklenburg-Vorpommern ..	1,4	1,0	12,2	24,3	244,4	17,0	30,4	147,0	2,8	33,5	256,8
Niedersachsen	(1,5)	2,2	105,3	101,4	127,4	8,0	56,8	522,9	/	63,5	697,2
Nordrhein-Westfalen	(1,0)	2,1	31,5	54,0	67,3	5,6	36,0	178,9	(5,9)	45,7	357,9
Rheinland-Pfalz	1,2	(0,4)	7,3	18,0	45,3	10,5	15,9	33,1	2,8	31,3	217,3
Saarland	0,1	0,0	0,1	-	4,2	1,0	2,7	4,5	0,6	2,0	38,7
Sachsen	4,3	1,3	6,9	13,0	132,1	20,2	28,8	81,5	3,9	27,4	176,5
Sachsen-Anhalt	8,5	1,4	13,1	46,4	173,7	12,2	14,6	119,1	3,8	42,7	159,5
Schleswig-Holstein	(0,4)	1,2	5,7	8,5	100,3	10,3	43,3	175,8	18,1	17,8	314,9
Thüringen	5,6	2,3	2,0	8,6	123,6	16,5	13,4	59,7	6,0	11,7	154,1
Ertrag in dt je ha											
2008/13 D	30,9	35,8	430,7	670,2	37,6	71,8	68,0	436,7	.	X	.
2013	34,1	36,3	398,3	638,8	39,5	69,1	68,7	389,7	239,7	X	64,6
2014	37,2	42,7	474,2	798,6	44,8	77,9	80,6	473,3	295,1	X	72,8
darunter: 2014 nach Ländern											
Baden-Württemberg	36,3	39,2	473,2	878,4	47,0	65,4	65,3	485,3	229,6	X	58,6
Bayern	35,8	35,8	458,5	904,0	45,0	81,7	79,6	526,1	284,6	X	76,9
Brandenburg	31,4	33,5	428,1	765,5	42,5	71,3	53,3	369,4	194,8	X	60,6
Hessen	31,4	39,9	450,2	859,7	44,5	65,1	69,4	548,6	283,2	X	66,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	35,1	53,3	393,1	791,0	44,6	57,6	72,7	405,8	345,6	X	61,3
Niedersachsen	48,1	57,3	479,2	831,6	42,3	99,9	104,1	491,1	358,0	X	94,3
Nordrhein-Westfalen	44,7	46,1	527,0	872,5	42,9	68,1	75,3	485,3	309,0	X	66,9
Rheinland-Pfalz	38,2	35,9	389,8	841,3	43,1	77,1	66,0	492,6	266,1	X	62,3
Saarland	31,7	33,0	352,7	-	39,7	68,0	64,4	470,3	305,8	X	60,1
Sachsen	35,7	42,4	488,7	845,7	46,0	95,4	94,7	438,9	282,0	X	75,2
Sachsen-Anhalt	39,3	49,7	541,6	796,9	48,0	60,3	61,8	463,0	261,3	X	55,4
Schleswig-Holstein	415,5	848,9	.	82,3	95,9	439,5	393,6	X	85,6
Thüringen	41,1	38,5	466,9	774,9	44,6	103,8	103,7	453,3	288,8	X	67,2

1 Einschl. Saat- bzw. Pflanzguterzeugung.

2 Z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80% Leguminosen.

3 Ertrag in Trockenmasse berechnet (Raufutterernte einschl. Grünfütter- und Weidenutzung).

4 Ertrag in Grünmasse (35% Trockenmasse).

5 Einschl. Teigreife.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.2 Gemüse 2014

Anbau und Ernte von Gemüse ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Gemüse im Freiland											Gemüse unter hohen begehren Schutzabdeckungen insgesamt ^{3 4}
	insgesamt	darunter										
		Kohlgemüse		Blattgemüse		Stängelgemüse		Wurzel- und Knollengemüse		Fruchtgemüse zusammen ¹	Hülsenfrüchte zusammen ²	
	zusammen	dar. Blumenkohl	zusammen	dar. Eissalat	zusammen	dar. Spargel (im Ertrag)	zusammen	dar. Möhren und Karotten				
	Zahl der Betriebe in 1 000											
Deutschland	6,3	2,7	1,4	.	0,9	.	2,0	3,1	1,7	2,3	1,6	1,8
	Anbaufläche in ha											
Deutschland	115 201	19 529	4 057	16 911	3 772	28 753	20 122	29 930	10 111	8 921	9 237	1 273
darunter:												
Baden-Württemberg	11 113	1 380	120	2 506	471	3 079	2 220	2 004	919	1 861	157	441
Bayern	14 835	2 297	295	1 536	468	3 208	2 472	4 420	1 003	2 835	245	236
Brandenburg	6 062	194	32	129	28	4 249	2 852	511	262	855	19	42
Hessen	6 885	941	94	.	(102)	.	1 831	1 688	188	626	619	31
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 787	488	6	684	.	281	219	218	183	46	.	17
Niedersachsen	17 376	2 687	708	2 876	1 370	5 641	4 465	4 718	1 639	336	755	83
Nordrhein-Westfalen	22 155	4 399	880	3 826	1 006	5 167	3 431	3 946	2 609	751	3 806	191
Rheinland-Pfalz	19 191	2 563	1 340	3 882	230	2 553	1 067	8 142	1 672	1 228	405	51
Saarland	148	25	2	.	0	.	32	27	10	5	.	4
Sachsen	4 173	254	107	326	.	351	194	612	65	24	2 597	38
Sachsen-Anhalt	4 071	137	(47)	169	.	837	598	2 405	659	(118)	(372)	19
Schleswig-Holstein	5 904	3 738	279	.	4	.	415	1 030	871	102	231	39
Thüringen	1 058	366	133	10	0	390	327	187	.	99	6	37
	Erntemenge in t⁵											
Deutschland	3 541 253	952 051	121 406	394 757	129 815	251 733	114 090	1 470 327	609 353	338 093	79 335	161 366
darunter:												
Baden-Württemberg	287 813	79 980	2 989	53 235	16 404	18 479	10 988	89 291	47 311	42 747	1 666	(31 958)
Bayern	604 334	151 659	9 696	46 097	16 449	25 035	15 226	216 273	59 838	(153 602)	2 709	29 100
Brandenburg	98 625	8 659	544	1 722	369	17 242	17 079	23 012	12 920	45 698	60	11 183
Hessen	195 280	57 286	2 792	.	(3 316)	.	11 499	84 596	9 600	15 113	5 257	2 285
Mecklenburg-Vorpommern ..	37 040	8 827	96	7 898	.	2 636	793	15 597	14 250	874	.	2 437
Niedersachsen	446 551	71 144	21 549	64 168	43 445	35 803	25 941	248 190	104 162	8 199	8 655	21 196
Nordrhein-Westfalen	658 287	195 882	25 367	104 145	35 262	62 113	18 112	228 074	167 641	25 865	35 442	24 236
Rheinland-Pfalz	623 177	86 177	44 207	85 412	11 989	60 171	6 311	344 340	94 636	33 144	3 368	4 833
Saarland	3 315	853	55	.	5	.	168	1 147	497	152	.	179
Sachsen	64 190	9 096	2 497	6 780	.	1 891	990	28 363	3 040	539	17 332	3 766
Sachsen-Anhalt	141 730	4 308	(1 257)	2 294	.	4 411	3 029	121 621	38 703	(4 871)	(3 330)	7 189
Schleswig-Holstein	334 999	256 953	6 696	.	115	.	1 718	60 233	54 603	2 225	1 279	8 859
Thüringen	34 942	18 949	3 248	203	1	2 287	2 238	9 130	.	4 334	28	11 750

1 Einleggurken, Salatgurken, Speisekürbisse, Zucchini, Zuckermais.

2 Buschbohnen, Stangenbohnen, Dicke Bohnen, Frischerbsen.

3 Feldsalat, Kopfsalat, sonstige Salate, Paprika, Radies, Salatgurken, Tomaten.

4 Einschl. Gewächshäusern.

5 Ohne Spargel (nicht im Ertrag) und Chicorée.

19.7 Anbau und Ernte

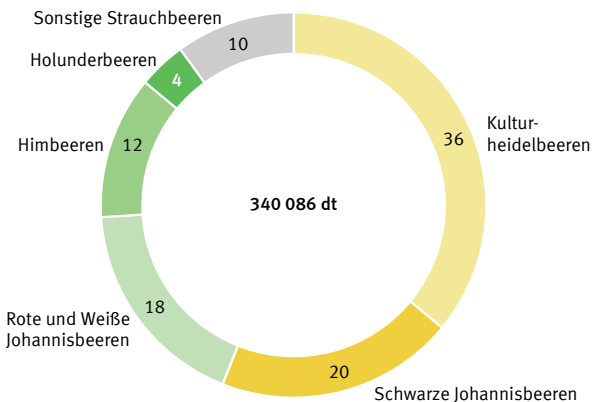
19.7.3 Strauchbeeren 2014

	Betriebe	Anbaufläche	Ertrag je ha	Erntemenge ¹
	Anzahl	ha	dt	
Deutschland	1 287	7 716	X	355 774
darunter:				
Baden-Württemberg	465	1 659	X	88 698
Bayern	147	1 103	X	39 985
Niedersachsen	236	1 799	X	112 415
	und zwar:			
	im Freiland			
Rote und Weiße Johannisbeeren	541	686	88	60 462
Schwarze Johannisbeeren	435	1 773	39	68 418
Himbeeren	561	974	43	42 298
Kulturheidelbeeren	406	2 083	58	120 771
Schwarzer Holunder	121	619	X	X
Holunderbeeren	95	X	X	14 901
Holunderblüten	47	X	X	263
Sanddorn (abgeerntet)	22	235	26	6 164
Sanddorn (nicht abgeerntet)	30	437	X	X
Stachelbeeren	310	259	57	14 894
Brombeeren	253	137	53	7 251
Sonstige Strauchbeeren	69	306	13	3 998
Aroniabeeren	36	55	X	929
Zusammen	1 271	7 566	X	340 086
	unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern			
Himbeeren	86	129	103	13 336
Sonstige Strauchbeeren	33	21	X	2 352
Zusammen	100	151	X	15 688
dar. in Betrieben mit ökologischer Erzeugung				
mit vollständig ökologischer Erzeugung	214	1 865	X	37 404
mit teilweise ökologischer Erzeugung ²	9	44	X	1 475
Zusammen	223	1 909	X	38 878

Anbauflächen und Erntemengen nach Strauchbeerenarten werden jährlich erfasst. Die Anbaufläche umfasst auch die Flächen, auf denen noch nicht ertragsfähige Junganlagen stehen.

1 Bei den Angaben zur Erntemenge sind die Holunderblüten nicht enthalten.
 2 Hier wird nur die Anzahl der Betriebe mit teilweise ökologischer Erzeugung nachgewiesen; Angaben zu Fläche und Erntemenge beziehen sich auf die gesamte Strauchbeerenfläche (konventionell und ökologisch).

Strauchbeerenernte im Freiland 2014
in %



2015 - 01 - 0234

19.7 Anbau und Ernte

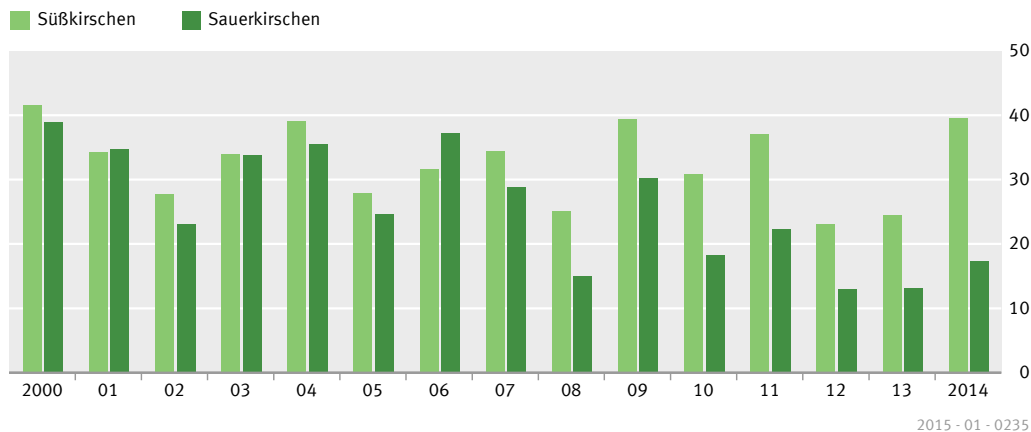
19.7.4 Ernte von Baumobst und Erdbeeren 2014

Anbau und Ernte von Obst ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen.

	Baumobst						Erdbeeren			
	insgesamt	davon					insgesamt	davon		darunter
		Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen aller Art ¹		im Freiland	unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen ²	
t										
Deutschland	1 280 849	1 115 900	44 972	39 571	17 351	63 055	168 791	159 132	9 659	(4 176)
darunter:										
Baden-Württemberg	387 627	327 634	15 797	20 140	1 647	22 409	32 434	29 920	2 514	/
Bayern	60 138	44 357	7 492	2 955	553	4 782	12 171	12 002	169	497
Brandenburg	31 804	28 896	266	877	449	1 316	3 483	3 380	103	.
Hessen	10 795	852	777	389	.	7 633	6 776	857	123
Mecklenburg-Vorpommern ..	.	36 436	118	34	75	.	.	7 753	.	5
Niedersachsen	358 966	342 704	7 067	4 540	138	4 517	43 215	41 592	1 624	1 198
Nordrhein-Westfalen	70 703	61 261	4 683	833	574	3 351	36 362	33 343	3 019	/
Rheinland-Pfalz	64 314	33 583	4 029	3 738	5 476	17 487	5 576	5 288	288	/
Saarland	1
Sachsen	101 089	92 524	2 588	576	3 811	1 590	3 900	3 795	105	1
Sachsen-Anhalt	33 619	389	2 459	1 151	.	888	812	77	26
Schleswig-Holstein	12 601	370	273	56	.	12 516	12 292	223	.
Thüringen	50 496	42 709	125	1 743	2 937	2 982	.	1 942	.	.

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden.
2 Einschl. Gewächshäusern.

Erntemengen von Süß- und Sauerkirschen im Zeitvergleich
in 1 000 t



2015 - 01 - 0235

19.7 Anbau und Ernte

19.7.5 Speisepilze

Ernteflächen und Erntemengen nach den bedeutendsten Speisepilzarten in Betrieben ab 0,1 ha Produktionsfläche werden seit dem Jahr 2012 jährlich ausgewiesen.

	2014		2013	
	Speisepilze insgesamt	Darunter Champignons	Speisepilze insgesamt	Darunter Champignons
Zahl der Betriebe				
Deutschland	34	29	35	31
Erntefläche in 1 000 m²				
Deutschland	2 605	2 489	2 640	2 615
darunter:				
Niedersachsen	1 320	.	1 326	.
Nordrhein-Westfalen	489	489	481	.
Erntemenge in dt				
Deutschland	599 226	584 446	598 844	591 933
darunter:				
Niedersachsen	300 059	.	291 352	.
Nordrhein-Westfalen	131 884	131 884	129 298	.

19.7.6 Ökologische Produktion von Gemüse im Freiland und Speisepilzen 2014

Ökologische Produktion von Gemüse und Speisepilzen in Betrieben, die gem. Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau, Verordnung (EG) Nr. 834/2007 vollständig auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt haben.

	Betriebe	Anbaufläche	Erntemenge ¹
	1 000	ha	t
Gemüse im Freiland insgesamt	1,1	10 533	258 898
davon:			
Kohlgemüse	0,7	1 416	50 185
Blatt- und Stängelgemüse	0,8	2 573	31 633
dar. Spargel (im Ertrag)	0,1	1 126	5 505
Wurzel- und Knollengemüse	0,8	3 210	132 266
Fruchtgemüse	0,7	1 378	29 050
Hülsenfrüchte	0,5	1 567	8 575
Sonstige Gemüsearten	0,4	389	7 188
Speisepilze insgesamt²	0,0	36	6 936

1 Erntemengen ohne Chicorée und Spargel (nicht im Ertrag).
2 Die dargestellten Flächen sind Ernteflächen.

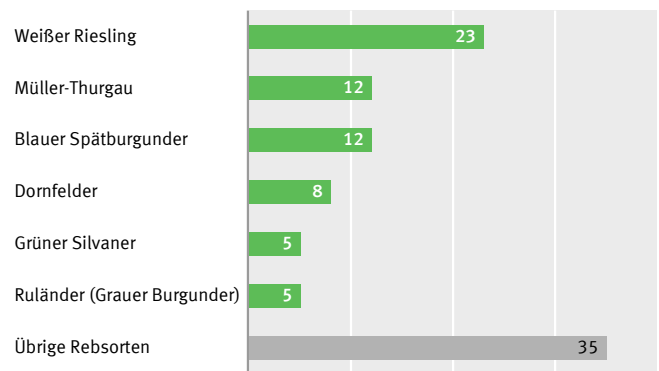
19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.1 Bestockte Rebflächen nach Rebsorten

	1999 ¹	2009 ²	2014
	ha		
Bestockte Rebfläche (Keltertrauben)	104 260	102 276	102 439
Weiße Sorten	79 106	65 437	66 498
Bacchus	3 283	1 977	1 767
Burgunder, Weißer	2 402	3 944	4 794
Chardonnay	531	1 228	1 678
Elbling, Weißer	1 043	572	524
Faberrebe	1 586	551	380
Gutedel, Weißer	1 199	1 132	1 142
Huxelrebe	1 289	613	492
Kerner	6 829	3 585	2 882
Morio-Muskat	1 166	488	398
Müller-Thurgau	20 672	13 632	12 761
Ortega	1 054	622	513
Riesling, Weißer	22 355	22 637	23 440
Ruländer	2 638	4 577	5 627
Scheurebe	3 126	1 656	1 423
Silvaner, Grüner	6 859	5 213	5 031
Traminer, Roter (Gewürztraminer)	849	848	918
Sonstige weiße Sorten	2 226	2 162	2 727
Rote Sorten	25 154	36 839	35 941
Dornfelder	3 766	8 001	8 015
Limberger, Blauer	1 118	1 749	1 820
Müllerrebe (Schwarzriesling)	2 289	2 307	2 084
Portugieser, Blauer	4 880	4 203	3 469
Spätburgunder, Blauer	8 647	11 744	11 783
Trollinger, Blauer	2 530	2 431	2 287
Sonstige rote Sorten	1 924	6 404	6 482

1 Angaben der in der Landwirtschaftszählung durchgeführten Weinbauerhebung.
2 Grunderhebung der Rebflächen.

Wichtigste Rebsorten in Deutschland 2014 in %



2015 - 01 - 0236

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.2 Weinmosternte nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Weinmost insgesamt				Weißmost		Rotmost	
	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	durchschnittliches Mostgewicht	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge
	ha	hl	1 000 hl	°Oechsle ¹	ha	1 000 hl	ha	1 000 hl
2013	99 488	84,8	8 432	79	63 695	5 171	35 793	3 261
2014	100 075	92,0	9 212	77	64 515	5 837	35 560	3 375
	darunter: 2014 nach Ländern und Anbaugebieten							
Baden-Württemberg	26 649	88,5	2 359	79	12 273	1 039	14 376	1 321
Baden	15 483	85,4	1 322	82	8 944	784	6 539	538
Württemberg	11 166	92,9	1 037	76	3 329	255	7 837	782
Bayern	6 104	76,8	469	81	4 936	386	1 168	83
Franken	6 053	76,8	465	81	4 901	383	1 152	82
Hessen	3 528	72,0	254	77	2 978	219	550	35
Hessische Bergstraße	439	68,7	30	79	346	24	93	6
Rheingau	3 089	72,5	224	77	2 632	195	457	29
Rheinland-Pfalz	62 422	97,0	6 055	76	43 262	4 136	19 161	1 919
Ahr	550	79,6	44	77	87	7	463	37
Mittelrhein	438	62,2	27	77	374	23	65	5
Mosel	8 472	100,6	852	74	7 655	773	817	79
Nahe	4 111	82,3	338	77	3 070	246	1 041	92
Pfalz	23 040	96,3	2 218	77	14 363	1 344	8 677	874
Rheinhausen	25 811	99,8	2 575	76	17 713	1 743	8 098	832
Saarland	101	99,8	10	75	91	9	11	1
Sachsen	467	42,1	20	78	376	16	91	3
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	763	55,8	43	75	570	31	193	12

1 °Oechsle (Grad Oechsle) ist eine Maßeinheit für das Mostgewicht des Traubenmostes.

19.8.3 Weinerzeugung nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Wein und Most		Weißwein und -most zusammen	Rotwein und -most zusammen
	insgesamt	dar. Anteil an Wein mit g. U. ¹		
	1 000 hl	%	1 000 hl	
2013	8 409	96,2	5 141	3 268
2014	9 202	96,3	5 789	3 413
	darunter: 2014 nach Ländern und Anbaugebieten			
Baden-Württemberg	2 356	99,6	1 038	1 318
Baden	1 322	99,4	784	538
Württemberg	1 034	99,9	254	780
Bayern	442	99,5	347	95
Franken	439	99,6	345	94
Hessen	251	99,6	216	36
Hessische Bergstraße	30	98,8	23	7
Rheingau	221	99,7	192	29
Rheinland-Pfalz	6 082	94,6	4 133	1 949
Ahr	50	92,3	13	38
Mittelrhein	28	97,8	23	5
Mosel	1 408	95,6	1 145	263
Nahe	243	98,6	172	71
Pfalz	1 689	96,9	1 002	687
Rheinhausen	2 663	92,3	1 778	886
Saarland	7	99,6	6	1
Sachsen	20	97,1	16	3
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	41	99,8	30	11

1 g. U. = geschützter Ursprungsbezeichnung.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.1 Rinder

	Rinderbestand						Durchschnittlicher Bestand je Haltung	
	insgesamt	davon					Rinder insgesamt	Milchkühe
		Kälber und Jung- rinder bis einschl. 1 Jahr	männliche Rinder über 1 Jahr	Färsen	Milchkühe	sonstige Kühe		
Anzahl								
3. Mai 2013	12 587 019	3 848 701	1 117 975	2 724 702	4 223 042	672 599	80	52
3. November 2013	12 685 993	3 878 249	1 113 226	2 753 799	4 267 611	673 108	80	54
3. Mai 2014	12 702 049	3 874 211	1 113 726	2 732 932	4 311 376	669 804	82	56
3. November 2014	12 742 190	3 908 567	1 095 383	2 768 963	4 295 680	673 597	82	56
am 3. November 2014 nach Ländern								
Baden-Württemberg	1 015 781	295 064	77 148	232 262	349 144	62 163	56	40
Bayern	3 231 621	957 609	222 958	762 997	1 216 166	71 891	64	35
Berlin	783	175	114	168	131	195	27	16
Brandenburg	568 083	164 521	30 807	116 066	163 871	92 818	127	224
Bremen	10 086	2 623	558	2 540	3 900	465	103	71
Hamburg	6 283	1 675	731	1 574	1 152	1 151	57	52
Hessen	468 083	131 509	38 130	108 525	146 884	43 035	52	44
Mecklenburg-Vorpommern ..	565 609	165 824	33 352	115 800	182 508	68 125	173	215
Niedersachsen	2 651 326	901 672	307 455	525 850	845 318	71 031	120	77
Nordrhein-Westfalen	1 463 442	503 072	201 164	272 591	420 572	66 043	80	60
Rheinland-Pfalz	368 229	100 232	23 895	83 780	119 947	40 375	68	56
Saarland	51 008	14 012	4 226	11 562	14 978	6 230	69	65
Sachsen	510 649	143 194	20 442	113 165	192 486	41 362	70	141
Sachsen-Anhalt	352 729	99 242	14 531	81 801	127 028	30 127	113	194
Schleswig-Holstein	1 130 678	325 396	100 050	267 317	398 555	39 360	141	88
Thüringen	347 800	102 747	19 822	72 965	113 040	39 226	82	171

19.9.2 Schweine

	Schweinebestand						Durchschnittlicher Bestand je Betrieb		
	insgesamt	davon					Schweine insgesamt	Mastschweine	Zuchtschweine
		Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine mit 50 kg Lebendgewicht und mehr	Zuchtschweine mit 50 kg Lebend- gewicht und mehr				
1 000				Zuchtsauen	Eber zur Zucht	Anzahl			
3. Mai 2013	27 690,1	8 167,0	5 286,5	12 154,6	2 054,9	27,1	984	510	185
3. November 2013	28 133,3	8 219,1	5 449,1	12 382,5	2 057,7	25,0	1 007	525	191
3. Mai 2014	28 097,7	8 257,0	5 699,0	12 037,7	2 080,2	24,0	1 038	531	199
3. November 2014	28 339,0	8 097,8	5 759,2	12 407,6	2 052,3	22,1	1 057	544	204
am 3. November 2014 nach Ländern ¹⁾									
Baden-Württemberg	1 936,9	693,5	342,4	720,1	178,4	/	722	317	141
Bayern	3 401,6	918,8	659,8	1 561,5	259,2	2,3	595	320	98
Brandenburg	851,1	344,5	181,0	232,9	91,5	1,2	4 255	1 438	835
Hessen	609,1	168,1	126,5	270,6	42,8	/	525	257	97
Mecklenburg-Vorpommern ..	853,5	310,3	173,3	279,0	90,6	0,3	4 741	1 911	967
Niedersachsen	8 826,9	2 208,6	1 827,3	4 267,9	519,2	3,9	1 283	711	226
Nordrhein-Westfalen	7 357,7	1 883,5	1 484,0	3 546,1	436,1	/	915	535	186
Rheinland-Pfalz	203,9	57,6	45,1	86,6	14,4	0,2	684	337	100
Saarland	5,9	1,5	1,3	2,6	0,4	0,0	310	147	57
Sachsen	679,1	242,7	153,8	210,4	71,8	0,4	3 537	1 315	708
Sachsen-Anhalt	1 247,4	548,0	243,3	303,1	152,1	0,9	5 308	1 703	1 195
Schleswig-Holstein	1 512,0	369,7	338,3	708,2	94,8	1,0	1 485	806	252
Thüringen	853,8	350,9	183,3	218,5	100,8	0,3	4 615	1 438	954

1 Seit Mai 2010 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schweinebestände mehr erhoben.

19 Land- und Forstwirtschaft

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.3 Schafe

	Schafbestand			Durchschnittlicher Schafbestand je Betrieb
	insgesamt	darunter		
		weibliche Schafe zur Zucht	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr	
1 000				Anzahl
3. November 2013	1 570,0	1 117,5	409,5	156
3. November 2014	1 600,8	1 126,5	435,4	161
am 3. November 2014 nach Ländern ¹				
Baden-Württemberg	215,7	153,2	58,8	165
Bayern	276,6	190,3	80,2	127
Brandenburg	77,5	56,6	19,3	287
Hessen	115,6	81,9	31,1	134
Mecklenburg-Vorpommern ..	68,8	44,3	22,0	231
Niedersachsen	170,1	111,6	52,8	156
Nordrhein-Westfalen	133,2	95,4	33,0	121
Rheinland-Pfalz	62,9	44,2	17,2	126
Saarland	6,7	4,9	1,6	85
Sachsen	69,4	50,4	17,5	177
Sachsen-Anhalt	74,0	53,2	19,1	283
Schleswig-Holstein	196,1	135,4	55,9	166
Thüringen	134,2	105,1	27,0	339

1 Seit 2011 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schafbestände mehr erhoben.

19.9.4 Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung

	Geschlachtete Tiere					Schlachtmenge					
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	zusammen ¹	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	1 000					1 000 t					
2012	3 617	340	58 213	1 022	12	6 619	1 135	47	5 460	20	3
2013	3 487	315	58 622	1 002	11	6 624	1 106	44	5 494	20	3
2014	3 573	321	58 814	992	9	6 671	1 133	45	5 516	20	2
2014 nach Ländern											
Baden-Württemberg	544	12	4 958	164	1	596	181	1	412	3	0
Bayern	900	18	5 160	104	1	806	309	2	494	2	0
Brandenburg	38	1	1 049	69	0	110	11	0	98	1	0
Bremen	78	0	794	1	0	99	24	0	75	0	0
Hamburg	1	0	1	0	-	0	0	0	0	0	-
Hessen	34	1	484	267	1	62	11	0	46	5	0
Mecklenburg-Vorpommern ..	148	6	435	13	0	86	44	1	41	0	0
Niedersachsen	591	131	18 986	62	2	1 956	173	19	1 782	1	0
Nordrhein-Westfalen	736	136	19 416	121	2	2 093	225	20	1 865	2	1
Rheinland-Pfalz	77	1	1 185	19	1	135	23	0	111	0	0
Saarland	2	0	8	2	0	2	1	0	1	0	0
Sachsen	15	3	128	11	0	16	4	0	12	0	0
Sachsen-Anhalt	4	0	4 674	6	0	436	1	0	434	0	0
Schleswig-Holstein	319	10	497	148	1	151	100	1	47	3	0
Thüringen	85	1	1 036	5	0	123	25	0	98	0	0

1 Einschl. Ziegen.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.5 Eingelegte Bruteier und geschlüpfte Küken

	Eingelegte Bruteier zur Erzeugung von Hühnerküken		Geschlüpfte Küken ¹				
	Legerassen	Mastrassen	Legerassen	Mastrassen	Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken
					Gebrauchsschlachtküken		
1 000							
2012	137 986	854 315	51 866	668 789	22 827	975	47 682
2013	19 208	1 043	47 866
2014	19 983	1 059	51 127

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von mindestens 1 000 Eiern.

1 Ausschließlich aussortierter Hahnenküken.

19.9.6 Geflügelfleischerzeugung nach Geflügelarten

	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr
	2014	2013		2014	2013	
	1 000		%	Schlachtmenge (t)		%
Insgesamt ¹.....	725 078	701 905	3,3	1 526 311	1 456 793	4,8
darunter:						
Jungmasthühner	634 456	613 405	3,4	971 723	910 298	6,7
Suppenhühner	32 673	31 433	3,9	41 471	40 641	2,0
Enten	20 272	19 791	2,4	44 809	44 877	- 0,2
Gänse	600	581	3,3	2 947	2 788	5,7
Truthühner	37 070	36 689	1,0	465 248	458 075	1,6

1 Einschl. Perlhühner, Strauße, Fasane, Wachteln und Tauben.

19.9.7 Betriebe mit Haltung von Legehennen am 1.12.

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze insgesamt	Davon für Legehennen in							
			Käfighaltung ²		Bodenhaltung		Freilandhaltung		ökologischer Erzeugung	
	Anzahl	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
2010	1 139	36 717	6 682	18,2	23 045	62,8	4 729	12,9	2 260	6,2
2011	1 224	40 027	5 567	13,9	25 720	64,3	5 788	14,5	2 952	7,4
2012	1 277	41 907	5 511	13,2	26 827	64,0	6 133	14,6	3 435	8,2
2013	1 355	44 506	5 113	11,5	28 692	64,5	6 972	15,7	3 729	8,4
2014	1 498	46 638	5 029	10,8	29 689	63,7	7 877	16,9	4 044	8,7

1 In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen.

2 Ab 2010 zulässig unter Käfighaltung: Kleingruppenhaltung sowie Haltung in ausgestalteten Käfigen.

19.9.8 Legehennen und Eiererzeugung

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze ²	Legehennen ² ⁴ im Durchschnitt	Erzeugte Eier ³	Legeleistung		Auslastung der Haltungskapazität
					Eier je Henne	Eier je Henne und Tag	
	Anzahl	1 000	Anzahl	%			
2010	1 194	35 936 284	27 197 377	8 007 263	294,4	0,81	74,9
2011	1 281	38 436 035	32 547 421	9 683 286	297,5	0,82	84,0
2012	1 307	40 758 549	35 513 678	10 589 169	298,2	0,82	86,8
2013	1 413	43 416 203	37 341 763	10 989 243	294,3	0,81	85,6
2014	1 538	46 269 796	39 500 237	11 557 003	292,6	0,80	85,4

Die **Legeleistung** ist ein Indikator für die Wirtschaftlichkeit der Legehennenhaltung.

1 Zahl der im Jahr mindestens einmal aktiven Betriebe. – In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; die Unternehmen geben ihre Meldungen untergliedert nach Betrieben ab.

2 Durchschnitt der Werte aus den Monaten.

3 Einschl. Bruch-, Knick- und Junghenneneier.

4 Einschl. legereifer Junghennen und Legehennen, die sich in der Mauser befinden.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.9 Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung 2014

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Rinder ¹	Schweine	Schafe	Ziegen
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	3 602 101	58 975 000	1 004 373	21 221
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	1 848	8 744	15	2
Zur Schlachtung angenommen	3 600 253	58 966 256	1 004 358	21 219
Als genussuntauglich beurteilte geschlachtete Tiere insgesamt	27 260	133 513	11 789	28
darunter:				
Mikrobiologische Kriterien				
Fleisch entspricht nicht den mikrobiologischen Kriterien	813	209	27	3
Parasitenbefall				
Cysticerkose	92	39	4 938	–
Trichinose	–	–	–	–
Parasitenbefall (sonstige)	222	37	5	–
Substantielle und hygienische Mängel				
Unzureichende Ausblutung	555	1 771	12	–
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	3 981	11 510	12	–
Fleisch von abgemagerten Tieren	1 677	4 884	201	15
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	201	11 183	6 145	–

Erfasst werden die Ergebnisse der amtlichen Überwachung der **Schlacht-tier- und Fleischuntersuchungen**. Diese vermitteln einen Überblick über Art und Umfang der Untersuchungen, die Zahl der Beanstandungen und die Beanstandungsgründe und liefern Informationen, inwieweit das für den menschlichen Verzehr vorgesehene Fleisch den Anforderungen an Genussfähigkeit entspricht. Die Kenntnisse hierüber sind eine Grundlage für den vorbeugenden Verbraucherschutz.

1 Einschl. Kälber.

19.9.10 Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchung 2014

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Hühner ¹	Enten	Gänse	Puten
	Anzahl			
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	675 004 859	20 169 446	564 133	38 014 610
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	215 783	22	8	346
Gesamtzahl der zur Schlachtung angenommenen bzw. notgeschlachteten Tiere	674 789 076	20 169 424	564 125	38 014 264
	kg			
Durchgeführte konventionelle Geflügelfleischuntersuchungen	1 068 723 499	47 025 254	2 368 394	549 272 823
davon:				
Als genussuntauglich beurteiltes Geflügelfleisch	13 523 507	1 686 818	6 188	6 592 008
darunter:				
Substantielle und hygienische Mängel				
darunter:				
Unzureichende Ausblutung	415 932	51 890	207	57 451
Organoleptische Anomalien	1 552 118	891	68	938
Fleisch von abgemagerten Tieren	704 296	134 211	717	809 231
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	584 211	52 204	157	7 968
Fleisch mit pathologischen Veränderungen				
darunter:				
Fleisch von Tieren, die an einer Allgemeinerkrankung leiden (wie generalisierte Septikämie, Pyämie, Toxämie oder Viträmie)	1 103 458	63	170	1 008 084
Generalisierte Tumore oder Abszesse (wenn sie in verschiedenen inneren Organen oder der Muskulatur vorkommen) ..	300 520	1 182	773	2 861
Entzündungen der Gelenke	394 780	173 535	85	1 174 659
Hämatome, Verletzungen, Vernarbungen	1 081 126	189 365	333	1 181 771
Tiefe Dermatitis, infizierte Brustbeulen	2 513 793	208 565	45	1 281 655

1 Einschl. Suppenhühner.

19.10 Aquakultur

	Erzeugung aus Aquakultur insgesamt	Und zwar					Muscheln
		Fische	und zwar				
			karpfenartige Fische	dar. Gemeiner Karpfen	forellenartige Fische	dar. Regenbogenforelle ¹	
Zahl der Betriebe							
2012 ^{1,2}	5 376	5 349	3 402	3 355	2 634	2 353	10
2013 ^{1,2}	6 119	6 093	3 915	3 852	2 917	2 598	11
darunter: 2013 nach Ländern							
Baden-Württemberg	197	197	27	26	187	172	–
Bayern	4 873	4 866	3 448	3 396	2 063	1 812	–
Brandenburg	43	43	34	33	13	12	–
Hessen	70	70	15	13	64	61	–
Mecklenburg-Vorpommern	21	20	8	8	8	6	–
Niedersachsen	182	175	46	43	137	118	4
Nordrhein-Westfalen	243	242	16	13	236	218	–
Rheinland-Pfalz	.	32	5	5	32	32	–
Saarland	2	2	–	–	2	2	–
Sachsen	224	224	178	178	67	62	–
Sachsen-Anhalt	14	14	8	8	9	9	–
Schleswig-Holstein	42	33	27	26	11	9	7
Thüringen	176	175	103	103	88	85	–
Erzeugte Menge in t							
2012 ^{1,2}	26 591	19 595	5 956	5 521	11 781	8 116	6 933
2013 ^{1,2}	25 517	20 410	6 098	5 700	12 258	8 334	5 036
darunter: 2013 nach Ländern							
Baden-Württemberg	3 455	3 455	40	31	3 413	2 670	–
Bayern	6 362	6 359	2 529	2 339	3 720	1 957	–
Brandenburg	1 073	1 073	710	695	333	252	–
Hessen	701	691	25	18	558	452	–
Mecklenburg-Vorpommern	908	908	.	257	122	67	–
Niedersachsen	3 400	2 159	136	111	1 191	483	1 193
Nordrhein-Westfalen	1 447	1 447	.	10	1 407	1 164	–
Rheinland-Pfalz	.	298	.	6	288	237	–
Saarland	.	.	–	–	.	.	–
Sachsen	2 480	2 480	2 002	1 877	183	166	–
Sachsen-Anhalt	411	411	.	48	.	339	–
Schleswig-Holstein	4 063	.	99	91	93	.	3 842
Thüringen	914	908	222	216	593	494	–

Ergebnisse ohne Aquarien- und Zierarten, ohne Brut- und Aufzuchtanlagen.

1 Ohne Lachsforelle.

2 Einschl. Stadtstaaten.

Aquakultur ist die kontrollierte Aufzucht von Wasserlebewesen wie Fischen, Krebstieren, Weichtieren und Algen. Traditionell ist die Aquakultur in Deutschland geprägt durch klassische Karpfenteichwirtschaften und Forellenzuchten. Dabei sind die bedeutendsten Fischarten die „Regenbogenforelle“ und der „Gemeine Karpfen“.

Methodik

Die Land- und Forstwirtschaft prägt insbesondere die ländlichen Regionen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: Über 80 % des Nahrungsbedarfs können aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dabei dient die Landwirtschaft nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Vielmehr erhalten landwirtschaftliche Betriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum und prägen die Kulturlandschaft. Ihnen kommt damit eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu.

Statistiken über die Landwirtschaft und ihre Produkte sind eine wesentliche Grundlage, um Aufkommen und Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungs- und Futtermittel) darzustellen. Zudem zeigen sie den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft auf. Für wirtschaftliche und politische Entscheidungen stellen diese Informationen eine wichtige Datenbasis dar – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

■ Flächennutzung

Die allgemeine **Flächenstatistik** liefert Grundlageninformationen zur Bodennutzung der gesamten Fläche Deutschlands, insbesondere für raumordnungs- und umweltrelevante Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Die Flächennutzung durch die Landwirtschaft wird damit in einen größeren Flächennutzungsrahmen gestellt. Die allgemeine Flächenstatistik basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster, während sich die Erhebung der landwirtschaftlichen Bodennutzung auf die Befragung landwirtschaftlicher Betriebe stützt.

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Die Ergebnisse zur Land- und Forstwirtschaft beruhen auf Erhebungen über Strukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Viehbestand und tierische Erzeugung und der Lebensmittelsicherheit, Weinanbau und Weinerzeugung sowie der Forstwirtschaft. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – im Agrarstatistikgesetz angeordnet. Erhebungseinheiten sind in der Regel landwirtschaftliche Betriebe. Dies sind nach dem Agrarstatistikgesetz technisch-wirtschaftliche Einheiten mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Tätigkeiten als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführen. Sofern keine speziellen Erfassungsgrenzen gelten, gehören landwirtschaftliche Betriebe zur Grundgesamtheit, wenn sie eine der folgenden Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten: a) 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), b) 10 Rinder, c) 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen, d) 20 Schafe, e) 20 Ziegen, f) 1 000 Stück Geflügel, g) 0,5 ha Hopfenfläche, h) 0,5 ha Tabakfläche, i) 1 ha Dauerkulturfläche im Freiland, j) jeweils 0,5 ha Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstanbaufläche, k) 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, l) 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, m) 0,1 ha Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, n) 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze.

Die **Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben** umfassen die im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen (LZ – 1949, 1960, 1971, 1979, 1991, 1999, 2010) und die sie ergänzenden **Agrarstrukturerhebungen**. Diese sind zurzeit alle drei Jahre durchzuführen.

Im Jahr 2013 wurde die **Agrarstrukturerhebung** als Stichprobenerhebung durchgeführt. Hierbei wurden 80 000 landwirtschaftliche Betriebe zu Merkmalen der Bodennutzung, über Viehbestände, über Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale, wie die Bewässerung im Freiland befragt.

■ Kaufwerte

Die **Statistik der Kaufwerte** für landwirtschaftliche Grundstücke liefert Angaben über veräußerte Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden. Erfasst werden Verkäufe, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens

1 000 m² groß ist. Die Daten werden bei Finanzämtern und Gutachterausschüssen für Grundstückspreise erhoben. Aus den Summen der erzielten Kaufpreise werden jährlich durchschnittliche Kaufwerte, bezogen auf die Summe der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung berechnet. Da sich die durchschnittlichen Kaufwerte jeweils auf andere Grundstücke beziehen, bringt ein Zeitvergleich der Kaufwerte nicht die reinen Preisveränderungen zum Ausdruck. Auch der allmähliche Übergang des Berichtswegs von den Finanzämtern zu den Gutachterausschüssen schränkt die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein.

■ Forstwirtschaft

In der **Holzschlagstatistik** werden die Mengen des eingeschlagenen Holzes ohne Rinde nachgewiesen, differenziert nach vier Holzartengruppen sowie nach Holzsorten.

■ Anbau und Ernte, Weinanbau und Weinerzeugung

Zu den landwirtschaftlichen **Erzeugungsstatistiken** zählen diejenigen Erhebungen, mit deren Hilfe die Erzeugung an pflanzlichen und tierischen Produkten festgestellt bzw. unmittelbar oder mittelbar berechnet wird. Dazu zählen u. a. die Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestandserhebung, Schlachtungs- und Schlachtgewichtstatistik, Eier- und Geflügelstatistiken, Gemüse- und Speisepilzerhebung, Strauchbeerenerhebung, Zierpflanzenenerhebung, Baumschulerhebung und Baumobstanbauerhebung.

In der jährlichen **Bodennutzungshaupterhebung** wird die Nutzung der Flächen erhoben. Die Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie detaillierte Angaben zum Anbau auf dem Ackerland werden darin erfasst. Zusätzlich werden spezielle Erhebungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt: Der **Anbau und die Ernte von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren** wird jährlich erhoben, die **Baumschulflächen** und der **Anbau von Zierpflanzen** alle vier Jahre sowie **Flächen und Bestände der Baumobstanlagen** alle fünf Jahre. Im **Weinbau** werden jährlich die bepflanzten Flächen aus der Weinbaukartei ermittelt. Alle fünf Jahre findet zudem künftig eine sogenannte **Grunderhebung der Rebflächen** statt, in der weitere strukturelle Informationen über die Bewirtschaftung gewonnen werden. Die erste Grunderhebung nach diesem neuen Rhythmus ist im Jahr 2015.

Um die pflanzliche Produktion errechnen zu können, werden die Ernteerträge von landwirtschaftlichen Feldfrüchten, Grünland, Baumobst und Wein durch Berichtserstatter geschätzt oder von landwirtschaftlichen Betrieben gemeldet („**Ernte- und Betriebsberichterstattung**“). Für einige Arten werden außerdem objektive Ertragsmessungen auf repräsentativer Basis durchgeführt, und zwar für Getreide, Kartoffeln und Raps unter der Bezeichnung „**Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung**“. Aus den geschätzten bzw. ermittelten Ernteerträgen werden die Erntemengen unter Zuhilfenahme der aus den oben dargestellten Erhebungen ermittelten Flächen berechnet. Für die Feststellung der endgültigen Weinmosternte werden wiederum Daten aus der Weinbaukartei genutzt. Die Weinbaukartei ist auch die Datenquelle für die Ermittlung der Bestände an Wein und Traubenmost in den Wein anbauenden Ländern sowie für die Weinerzeugung.

■ Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

Die **Erhebungen über die Viehbestände** finden jährlich im Mai und November statt. Dabei werden die Rinderbestände durch Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) erfasst. Die Schweinebestände werden in einer Stichprobenerhebung bei höchstens 20 000 Betrieben mit mindestens 10 Zuchtsauen oder 50 oder mehr Schweinen bestimmt. Seit 2011 werden die Schafbestände immer im November auf Basis einer Stichprobenerhebung bei 5 000 Betrieben mit 20 oder mehr Schafen errechnet.

Die **Fleischerzeugung** wird monatlich ermittelt. Die Merkmale sind die Zahl und das Schlachtgewicht der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde. In der halbjährlich durchgeführten **Fleischuntersuchungsstatistik** werden die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchungen dargestellt. Dabei werden die Gründe für die Beanstandungen der Tiere bzw. des Fleisches detailliert nachgewiesen.

Hinzu kommen monatliche **Geflügelstatistiken** über die Erzeugung von Geflügel mit Erhebungen in Brütereien (Bruteieranlagen, Kükenschlupf), Geflügelschlachtereien (geschlachtetes Geflügel) und Unternehmen mit Hennenhaltung (Hennenhaltungsplätze, Zahl der legenden Hennen und Zahl der im Vormonat produzierten Eier). Die Erhebung in Brütereien findet dabei in allen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes statt. Zur Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung werden alle Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen herangezogen. Auskunftspflichtig zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sind alle zugelassenen Geflügelschlachtereien.

■ Aquakultur

Die **Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben** wird jährlich für das jeweils abgeschlossene Kalenderjahr durchgeführt. Dabei werden Daten zur erzeugten Menge insgesamt, zur Erzeugung in Brut- und Aufzuchtanlagen sowie zur aus Wildfängen in die Aquakultur zugeführten Menge erhoben. Zusätzlich werden alle drei Jahre Daten zur Struktur der Aquakulturbetriebe sowie zur Vermarktung von Aquakulturprodukten erhoben.

■ Stichprobenergebnisse

Stichprobenergebnisse erfordern für die Beurteilung der Datenqualität eine statistische Bewertung durch eine Fehlerrechnung, da eine Stichprobe immer mit Fehlern behaftet ist. Als Maß für die Größe des Zufallsfehlers dient der „einfache relative Standardfehler“.

Der „einfache relative Standardfehler“ ist das Intervall, in dem der „wahre“ Wert mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. Beispiel: Im November 2014 wurden 28,3 Millionen Schweine in Deutschland gehalten (vgl. Tabelle 19.9.2). Bei einem relativen Standardfehler von 1 % läge der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 % zwischen 28,017 Millionen und 28,583 Millionen Schweinen.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Fehlerrechnungsergebnisse zu Fehlerklassen aggregiert und mit einem entsprechenden Kennzeichen in der Veröffentlichung dargestellt:

() = Einfacher relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 15 %. Der Ausgabewert des angegebenen Zahlenwertes ist eingeschränkt, da er relativ unsicher ist.

/ = Einfacher relativer Standardfehler von 15 % und mehr. Die Angabe des Zahlenwertes ist wegen des hohen Fehlerwertes nicht sicher genug.

Durch diese Kennzeichnung soll die Nutzerin bzw. der Nutzer in die Lage versetzt werden, die Zuverlässigkeit der Ergebnisse für seine Zwecke abschätzen zu können.

Ausführlichere methodische Erläuterungen und ein detaillierter Ergebnismachweis sind den speziellen Veröffentlichungen innerhalb der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ zu entnehmen (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ackerland | Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstiger Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erberbsgartenbau, auch unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Ferner Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Anbauflächen | *Bodennutzungshaupterhebung* | Bestandsflächen zum Zeitpunkt der Erhebung mit ihrer Hauptnutzung.

Gemüseerhebung | Flächen – einschließlich Mehrfachanbau auf gleicher Fläche. *Strauchbeerenerhebung* | Flächen einschließlich Jungpflanzen.

Aquakulturbetriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten mit Erzeugung in Aquakultur im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 762/2008, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen.

Arbeitskräfte | Im Berichtszeitraum (März des Vorjahres bis Februar des Berichtsjahres) im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) | Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb (landwirtschaftliche Arbeiten sowie Arbeiten in Einkommenskombinationen) vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person (Arbeitskraft).

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) | Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung des Betriebes. Sie untergliedert sich in Allgemeine, Haupt- und Einzel-BWA. Grundlage für die Zuordnung der Betriebe ist ab 2010 der Anteil des Standardoutputs (SO) der einzelnen Betriebszweige am Gesamtstandardoutput des Betriebes.

Dauergrünland | Grünlandflächen (Wiesen oder Weiden), die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung (einschließlich Abweiden) sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind; auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung sowie ertragsarme (Hutungen oder Heiden) und vorübergehend aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch.

Einkommenskombinationen | Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt und mit denen Umsätze erzielt werden. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten.

Ernteerträge | Für *landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland* | Eingebraachte Ernte, für Getreide auf 14 % Feuchtigkeit, für Hülsen- und Ölfrüchte auf 9 % Feuchtigkeit umgerechnet. Für Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Wiesen und Weiden werden die Ernteschätzungen in Trockenmasse angegeben.

Für *Gemüse und Obst* | Marktfähige Ernteware (Feldabfuhr), unabhängig davon, ob sie auf den Markt gelangt oder nicht (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste, die nach der Ernte auftreten).

Für *Wein* | Eingebraachte Ernte (Weinmosternte: Erntemenge der geernteten Trauben bzw. des Traubenmostes, angegeben in Hektoliter Wein).

Familienarbeitskräfte | Betriebsinhaberin bzw. -inhaber, deren/dessen Ehegatte oder Ehegattin (bzw. eine gleichgestellte Person) sowie weitere Familienangehörige und Verwandte, die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb leben und arbeiten.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdN) | Im Gegensatz zur „landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ umfasst die FdN im Wesentlichen nur diejenigen Flächen des Acker- und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Nicht einbezogen werden Flächen, die einer Sonderbewertung unterliegen (z. B. garten- und weinbaulich genutzte Flächen) und alle Flächenverkäufe zu Sonderkonditionen.

Forstwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und keine der für landwirtschaftliche Betriebe geltenden Erfassungsgrenzen erreichen, aber über mindestens 10 ha Waldfläche oder Fläche mit schnell wachsenden Baumarten verfügen.

Großvieheinheit (GV) | Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutzhierarten bestimmt.

Inlandsabsatz von Düngemitteln | Lieferungen der Düngemittelproduzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Diese Mengen sind nicht mit dem tatsächlichen Verbrauch in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau identisch. Inlandsabsatz und tatsächlicher Verbrauch weichen z. B. durch die Lagerhaltung voneinander ab. Außerdem kann der Absatz in anderen Bundesländern erfolgen, wenn Absatzorganisationen die Düngemittel an die Endverbraucher liefern. Der Nährstoffaufwand je ha bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Erntejahres.

Kaufwert | Durchschnittlicher Preis eines Grundstücks in Euro je m². Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden ermittelt, indem die für die Grundstücke gezahlten Preise auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bezogen werden. Die gezahlten Preise enthalten keine Grunderwerbsnebenkosten (Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten u. a.). Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der verkauften Grundstücke von Jahr zu Jahr sind die jeweiligen Kaufwerte nicht voll vergleichbar. Deshalb wird in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke auf die Berechnung von Veränderungsraten (insbesondere von Kaufwerten) verzichtet.

Landwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die über eine Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder über Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügen, für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 genannten Tätigkeiten nach NACE Rev. 2 (pflanzliche Erzeugung, Tierhaltung, landwirtschaftliche Dienstleistungen) als Haupt- oder Nebentätigkeit ausüben.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Baum-, Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nussanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes und Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern.

Landwirtschaftsfläche | Ackerland, Grünland, Gartenland, Weingarten, Moor, Heide, Obstanbaufläche, landwirtschaftliche Betriebsfläche und Brachland. Die Datenerhebung basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster.

Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche | *Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)*, die vollständig oder teilweise auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt ist. Dies beinhaltet:

Umgestellte LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen bereits als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

In Umstellung befindliche LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 gegenwärtig in Umstellung befindet. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Ökologischer Landbau | Der landwirtschaftliche Betrieb produziert pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Pachtflächen | Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Hierzu zählt auch eine gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche, die vorübergehend stillgelegt ist. Die Pachtfläche umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche aus Einzelgrundstücken und geschlossenen Hofpachten von Familienangehörigen und anderen Verpächterinnen und Verpächtern.

Rebfläche | Mit Reben bestockte Flächen, unabhängig davon, ob sie im Ertrag stehen oder nicht, sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Saisonarbeitskräfte | Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb. Hierzu zählen keine Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sozialökonomische Gliederung der Betriebe | Haupterwerbsbetriebe sind Einzelunternehmen, bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes mehr als 50 % beträgt. Alle Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenwerbsbetrieben zugeordnet.

Ständige Arbeitskräfte | In einem unbefristeten oder für mindestens sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehende Personen. Hierzu rechnen auch Verwandte der BetriebsinhaberIn oder des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben.

Standardoutput | Standardisierte Rechengröße, die den durchschnittlichen Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung eines landwirtschaftlichen Betriebes beschreibt. Er wird in der amtlichen Statistik für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung genutzt. Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Vieh- art aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Dabei werden durchschnittliche Erträge und Preise angesetzt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Wirtschaftsjahren berechnet werden. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken | Erfasst werden Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdN) mindestens 0,1 ha groß ist. Der Nachweis erfolgt in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Land- und Forstwirtschaft* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 41, Daten zur *Flächennutzung* unter Code 33, Daten zur *Kaufwertestatistik* unter Code 615

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Flächennutzung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 5.1 | Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Heft 5 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010
Bodenbearbeitung, Bewässerung, Landschaftselemente

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4 | Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput

Reihe 2.1.5 | Sozialökonomische Verhältnisse

Reihe 2.1.7 | Einkommenskombinationen

Reihe 2.1.8 | Arbeitskräfte

Heft 1 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 2 | Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer

Heft 4 | Arbeitskräfte

Heft 4 | Hofnachfolge

STATmagazin

| Idylle ade! Vom Bauern zum Unternehmer (2011)

■ Pachtentgelte und Kaufwerte

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.6 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

Reihe 2.4 | Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke

Heft 3 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Eigentums- und Pachtverhältnisse

■ Ökologischer Landbau

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.1 | Ökologischer Landbau

■ Düngemittel

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 8.2 | Düngemittelversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 | Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft

Mehr zum Thema

■ **Forstbetriebe und Forstwirtschaft**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.1 | Betriebe mit Waldflächen
- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

■ **Anbau und Ernte**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung)
- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung
- Reihe 3.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- Reihe 3.1.3 | Gemüseanbau und -ernte
- Reihe 3.1.4 | Baumobstflächen
- Reihe 3.1.6 | Anbau von Zierpflanzen
- Reihe 3.1.7 | Baumschulerhebung
- Reihe 3.1.8 | Bodennutzung der Betriebe (Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten)
- Reihe 3.1.9 | Strauchbeerenanbau und -ernte
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte
- Reihe 3.3.1 | Forstwirtschaftliche Bodennutzung (Holzeinschlagsstatistik)

■ **Weinanbau und Weinerzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.2.3 | Betriebe mit Weinbau
- Reihe 3.1.5 | Rebflächen
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte – Weinmost
- Reihe 3.2.2 | Weinerzeugung
- Reihe 3.2.3 | Weinbestände

■ **Viehwirtschaft und tierische Erzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.3 | Viehhaltung der Betriebe
- Reihe 4 | Viehbestand und tierische Erzeugung
- Reihe 4.1 | Viehbestand
- Reihe 4.2.1 | Schlachtungen und Fleischerzeugung (bis 2012)
- Reihe 4.2.3 | Geflügel
- Reihe 4.3 | Schlacht tier- und Fleischuntersuchung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 4.6 | Erzeugung in Aquakulturbetrieben

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/12 | Aquakultur – Ergebnisse und Methodik

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 1 | Ausgewählte Zahlen der Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturhebung
- Heft 6 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
Wirtschaftsdünger, Stallhaltung, Weidehaltung

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Wer produziert unsere Nahrungsmittel? – Aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/09 Betriebsregister Landwirtschaft
Heft 3/10 Die Landwirtschaftszählung 2010
Heft 12/11 Schätzung regionaler Daten mithilfe von Small Area-Schätzmethoden
Heft 12/11 Nacherhebung Bewässerung zur Landwirtschaftszählung 2010
Heft 12/12 Erhebung zum Nachwuchsmangel in der Nutztiermedizin
Heft 8/13 Erhebungen zum Gemüseanbau in Deutschland neu konzipiert
Heft 12/14 Ermittlung von Kreisergebnissen in der Agrarstatistik

Broschüre

Landwirtschaft auf einen Blick (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichung

Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt – Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)



20 Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen im Überblick

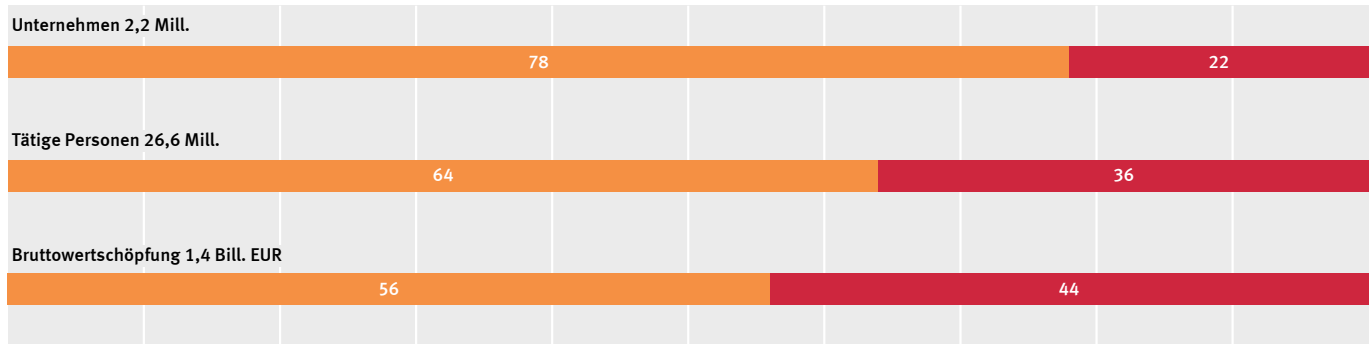
Fast 4 von 5 Unternehmen waren 2013 im Dienstleistungsbereich tätig | Gut **60 %** aller **tätigen Personen** 2012 bei kleinen und mittleren Unternehmen | Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** 2014 um gut **7 %** gegenüber Vorjahr **zurückgegangen** | **12 %** der Unternehmen nutzen **Cloud Computing** | 2012 rund **584 000 Handwerksunternehmen** | Knapp **13 000 Betriebe** mit **250** und mehr sozialversicherungspflichtig **Beschäftigten**

<i>Seite</i>	
505	Auf einen Blick
	Tabellen
506	Unternehmen im Überblick Anzahl Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Bruttoinvestitionen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen Kleine und mittlere Unternehmen
512	Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland Anteil Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Herkunft der Muttergesellschaft
513	Gewerbeanzeigen Nach Ländern Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Rechtsformen
516	Insolvenzen Zusammensetzung Unternehmensinsolvenzen nach Ländern, ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen Insolvenzhäufigkeit
519	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen Internetzugang Internetzugangart Datenübertragungsrate Website Cloud Computing E-Commerce IKT-Branche
523	Handwerksunternehmen Anzahl Tätige Personen Umsatz Nach Gewerbegruppen Nach Ländern Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezweigen
525	Betriebe im Überblick Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
526	Methodik
528	Glossar
530	Mehr zum Thema

20.0 Auf einen Blick

Unternehmen, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in Unternehmen 2013

in %

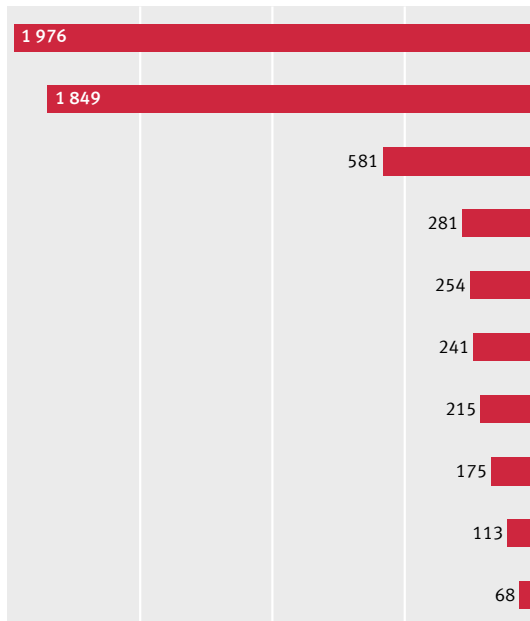


■ Dienstleistungen ■ Produzierendes Gewerbe

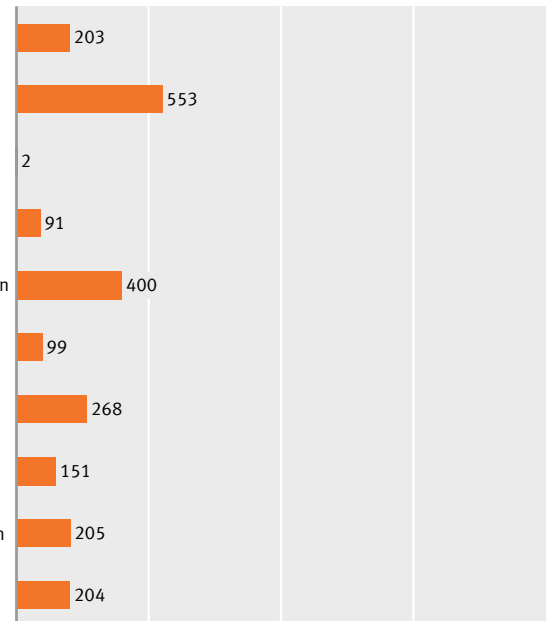
Strukturdaten der Unternehmen 2013

nach Wirtschaftsabschnitten

Umsatz, in Mrd. EUR



Unternehmen, in 1 000



2015 - 01 - 0237

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
	Insgesamt ²⁾	2 193 983	26 626 367	6 072 406	1 449 123	182 445
B – F	Produzierendes Gewerbe	479 399	9 678 926	2 836 472	641 584	81 871
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 706	61 061	12 745	5 487	1 168
05	Kohlenbergbau	5	22 511	2 387	1 785	297
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	3 764	3 432	1 159	356
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 605	31 331	6 413	2 302	444
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	92	3 455	513	241	71
C	Verarbeitendes Gewerbe	202 824	7 220 296	1 975 826	490 617	58 638
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	27 703	797 141	172 858	30 701	4 266
11	Getränkeherstellung	1 932	70 354	20 300	5 054	1 028
12	Tabakverarbeitung	36	10 508	17 329	1 493	240
13	H. v. Textilien	3 750	80 039	12 410	3 700	363
14	H. v. Bekleidung	2 764	43 243	8 647	2 274	114
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 022	17 084	3 001	704	149
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	11 556	135 350	24 524	5 889	689
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 836	143 034	40 335	9 608	1 365
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	11 853	159 054	19 921	7 335	741
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	80	19 269	140 054	3 559	739
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 268	337 603	164 690	35 462	5 504
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	643	125 910	47 851	15 754	1 603
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	7 143	413 038	80 957	23 779	2 734
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	9 945	242 117	47 275	14 668	1 892
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 771	260 888	101 155	18 477	3 093
25	H. v. Metallerzeugnissen	42 451	876 965	127 256	47 880	4 581
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	8 070	321 103	70 379	24 122	2 662
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	6 180	506 435	112 660	37 172	3 042
28	Maschinenbau	16 392	1 087 732	246 773	79 994	6 461
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 635	815 128	389 525	78 339	13 867
30	Sonstiger Fahrzeugbau	1 092	125 878	36 322	10 585	1 051
31	H. v. Möbeln	8 905	144 089	20 224	6 650	558
32	H. v. sonstigen Waren	18 449	254 640	32 804	13 702	1 294
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	12 347	233 694	38 577	13 716	602
D	Energieversorgung	1 974	219 936	581 264	43 302	10 490
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 046	206 551	51 434	21 143	5 934
36	Wasserversorgung	1 646	36 010	10 237	4 486	1 947
37	Abwasserentsorgung	1 415	42 960	11 406	7 163	2 611
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung ..	1 919	124 464	29 329	9 306	1 363
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	66	3 117	463	187	14
F	Baugewerbe	267 849	1 971 082	215 203	81 035	5 641
41	Hochbau	24 529	290 609	55 376	17 363	1 123
42	Tiefbau	7 424	199 496	28 000	10 266	1 105
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	235 896	1 480 977	131 827	53 407	3 413

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	1 714 584	16 947 441	3 235 934	807 539	100 574
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	553 302	5 965 438	1 848 714	245 688	19 384
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	98 944	796 182	202 927	32 533	3 512
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	147 873	1 835 399	1 154 055	126 081	8 720
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	306 485	3 333 857	491 732	87 074	7 151
H	Verkehr und Lagerei	90 871	2 062 370	281 276	96 912	20 659
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 887	846 565	85 297	36 750	7 351
50	Schifffahrt	3 110	29 477	30 786	7 134	1 673
51	Luftfahrt	519	57 768	22 239	2 312	1 499
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 952	625 655	113 946	38 098	9 393
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	10 403	502 904	29 007	12 618	743
I	Gastgewerbe	204 068	1 898 353	68 394	31 247	3 298
55	Beherbergung	44 463	506 699	23 880	11 548	1 861
56	Gastronomie	159 605	1 391 654	44 514	19 699	1 438
J	Information und Kommunikation	99 314	1 113 159	241 384	107 653	14 432
58	Verlagswesen	7 645	206 620	33 213	13 324	711
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 993	63 629	11 025	5 038	528
60	Rundfunkveranstalter	393	40 522	16 373	7 401	665
61	Telekommunikation	2 550	105 368	62 831	23 631	6 413
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	68 005	606 524	105 562	51 867	5 431
63	Informationsdienstleistungen	11 729	90 497	12 380	6 393	683
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	848	158 308	251 140	23 382	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	205 323	511 967	112 925	70 380	23 626
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	400 049	2 224 671	253 734	136 200	8 319
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	104 365	626 822	46 825	35 036	828
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	81 495	416 241	83 716	33 572	3 143
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	113 223	597 589	65 383	38 419	1 713
72	Forschung und Entwicklung	5 226	143 601	12 418	8 873	1 646
73	Werbung und Marktforschung	27 885	253 117	26 474	10 866	425
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	58 564	145 015	16 201	7 794	470
75	Veterinärwesen	9 291	42 286	2 717	1 641	94
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	150 512	2 975 389	175 355	94 702	10 794
77	Vermietung von beweglichen Sachen	18 591	110 013	31 098	17 805	7 449
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 971	935 738	36 728	26 802	369
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	10 476	97 611	28 819	6 521	255
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 255	183 040	5 707	4 381	99
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	71 135	1 180 121	32 111	21 501	1 155
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	38 084	468 867	40 892	17 692	1 466
S³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 297	37 786	3 012	1 375	62

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
	Insgesamt²⁾	6 072 406	66,5	73,1	23,9	15,1	8,7
B – F	Produzierendes Gewerbe	2 836 472	91,6	75,6	22,6	15,9	6,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	12 745	91,7	64,8	43,1	26,7	16,3
05	Kohlenbergbau	2 387	98,6	78,3	74,8	60,5	14,3
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	3 432	83,2	59,9	33,8	13,2	20,6
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	6 413	93,3	63,5	35,9	20,4	15,5
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	513	96,7	51,2	46,9	39,3	7,6
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 975 826	88,5	72,8	24,8	18,4	6,4
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	172 858	91,0	81,8	17,8	12,3	5,4
11	Getränkeherstellung	20 300	96,1	65,5	24,9	16,4	8,5
12	Tabakverarbeitung	17 329	79,0	33,9	8,6	4,4	4,2
13	H. v. Textilien	12 410	93,8	69,7	29,8	23,2	6,7
14	H. v. Bekleidung	8 647	88,3	72,4	26,3	17,3	9,0
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	3 001	82,0	75,4	23,5	17,6	5,9
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	24 524	95,4	76,2	24,0	17,6	6,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	40 335	92,4	75,9	23,8	17,1	6,8
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	19 921	99,1	62,7	36,8	28,1	8,7
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	140 054	78,0	74,4	2,5	1,3	1,2
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	164 690	80,8	78,2	21,5	13,8	7,8
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	47 851	89,5	66,0	32,9	18,6	14,4
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	80 957	90,0	70,4	29,4	22,1	7,3
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	47 275	92,0	69,0	31,0	22,1	8,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	101 155	96,3	81,3	18,3	14,4	3,9
25	H. v. Metallerzeugnissen	127 256	96,3	61,8	37,6	27,9	9,7
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	70 379	93,1	65,5	34,3	26,0	8,3
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	112 660	88,5	67,1	33,0	27,2	5,8
28	Maschinenbau	246 773	92,4	67,7	32,4	25,7	6,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	389 525	81,4	79,7	20,1	14,9	5,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	36 322	104,6	77,1	29,1	24,7	4,5
31	H. v. Möbeln	20 224	95,1	65,9	32,9	25,3	7,6
32	H. v. sonstigen Waren	32 804	89,5	57,7	41,8	28,3	13,5
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	38 577	97,0	65,0	35,6	28,5	7,0
D	Energieversorgung	581 264	.	91,6	7,4	2,8	4,7
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	51 434	.	58,0	41,1	17,9	23,2
36	Wasserversorgung	10 237	.	53,7	43,8	17,2	26,6
37	Abwasserentsorgung	11 406	.	36,2	62,8	19,7	43,1
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	29 329	.	68,1	31,7	17,2	14,5
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	463	.	54,0	40,4	27,3	13,1
F	Baugewerbe	215 203	101,2	62,7	37,7	27,6	10,0
41	Hochbau	55 376	103,4	72,7	31,4	20,0	11,4
42	Tiefbau	28 000	101,9	64,9	36,7	30,2	6,5
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	131 827	100,2	57,9	40,5	30,3	10,2

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	3 235 934	44,4	70,8	25,0	14,3	10,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 848 714	23,8	88,1	13,3	8,7	4,4
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	202 927	26,7	84,6	16,0	10,8	5,1
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 154 055	19,3	90,2	10,9	6,6	4,1
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	491 732	33,4	84,5	17,7	12,8	4,6
H	Verkehr und Lagerei	281 276	73,4	65,6	34,5	21,5	12,9
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	85 297	81,7	58,1	43,1	25,6	17,5
50	Schifffahrt	30 786	72,9	76,7	23,2	4,3	18,9
51	Luftfahrt	22 239	91,3	88,5	10,4	19,7	-9,3
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	113 946	61,7	66,1	33,4	20,0	13,5
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	29 007	81,5	56,2	43,5	35,6	7,9
I	Gastgewerbe	68 394	101,8	56,5	45,7	29,4	15,4
55	Beherbergung	23 880	101,9	54,2	48,4	30,8	16,3
56	Gastronomie	44 514	101,7	57,7	44,3	28,6	14,9
J	Information und Kommunikation	241 384	78,3	55,0	44,6	24,0	20,6
58	Verlagswesen	33 213	85,4	59,1	40,1	24,0	16,1
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 025	75,4	54,0	45,7	16,3	29,4
60	Rundfunkveranstalter	16 373	81,5	55,2	45,2	17,5	27,7
61	Telekommunikation	62 831	69,8	62,4	37,6	11,0	26,6
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	105 562	80,1	50,2	49,1	32,6	16,5
63	Informationsdienstleistungen	12 380	86,0	47,9	51,6	31,4	20,2
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	251 140	35,4	26,1	9,3	4,6	4,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	112 925	87,8	37,0	62,3	8,1	54,2
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	253 734	80,6	46,9	53,7	31,2	22,5
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	46 825	96,6	24,8	74,8	37,3	37,5
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	83 716	71,0	57,8	40,1	27,1	13,0
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	65 383	84,5	43,1	58,8	34,1	24,7
72	Forschung und Entwicklung	12 418	93,6	48,4	71,5	55,5	15,9
73	Werbung und Marktforschung	26 474	65,1	58,5	41,0	21,8	19,2
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	16 201	82,2	51,0	48,1	21,3	26,8
75	Veterinärwesen	2 717	86,3	39,4	60,4	21,8	38,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	175 355	78,7	44,9	54,3	35,5	18,8
77	Vermietung von beweglichen Sachen	31 098	86,4	39,3	59,1	9,2	49,8
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	36 728	91,9	26,3	73,0	71,2	1,8
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	28 819	43,6	77,0	22,6	9,2	13,4
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 707	91,4	22,9	76,8	64,7	12,1
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	32 111	90,5	32,4	67,9	47,3	19,7
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	40 892	74,7	55,9	43,3	28,8	14,4
S³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	3 012	78,5	54,0	45,7	25,2	20,4

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2012

Als **KMU** definiert werden alle Unternehmen, in denen weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und deren Jahresumsatz einen Schwellenwert von 50 Mill. Euro nicht überschreitet. Als **Kleinstunternehmen** gelten dabei alle Unternehmen, in denen weniger als 10 Beschäftigte tätig sind und deren Jahresumsatz unter 2 Mill. Euro liegt. Kleine Unternehmen sind all jene, die weniger als 50 tätige Personen umfassen und deren Jahresumsatz weniger als 10 Mill. Euro beträgt. Diese Definition basiert auf einer Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
B – N ohne K, S95	Insgesamt					
	KMU	99,3	60,3	32,2	46,9	41,5
	Kleinstunternehmen	80,8	18,4	6,2	11,6	11,0
	Kleine Unternehmen	15,4	22,1	10,9	16,7	14,2
	Mittlere Unternehmen	3,0	19,7	15,0	18,6	16,3
	Großunternehmen	0,7	39,7	67,8	53,1	58,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	KMU	98,3	39,8	37,7	31,1	37,4
	Kleinstunternehmen	54,2	5,6	3,8	3,9	4,4
	Kleine Unternehmen	36,9	18,1	16,6	14,6	19,4
	Mittlere Unternehmen	7,2	16,1	17,3	12,6	13,5
	Großunternehmen	1,7	60,2	62,3	68,9	62,6
	Zusammen	100	100	100	100	100
C	Verarbeitendes Gewerbe					
	KMU	97,3	44,1	20,5	29,8	23,3
	Kleinstunternehmen	61,2	6,7	1,9	3,2	2,1
	Kleine Unternehmen	27,9	15,0	5,7	9,3	6,8
	Mittlere Unternehmen	8,2	22,4	12,9	17,3	14,4
	Großunternehmen	2,7	55,9	79,5	70,2	76,7
	Zusammen	100	100	100	100	100
D	Energieversorgung					
	KMU	71,7	12,9	2,9	9,4	20,3
	Kleinstunternehmen	17,3	0,2	0,0	0,2	6,0
	Kleine Unternehmen	22,8	1,9	0,4	1,4	2,3
	Mittlere Unternehmen	31,6	10,8	2,5	7,8	12,0
	Großunternehmen	28,3	87,1	97,1	90,6	79,7
	Zusammen	100	100	100	100	100
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen					
	KMU	95,9	56,4	51,0	56,3	63,4
	Kleinstunternehmen	30,7	2,5	2,8	3,5	6,3
	Kleine Unternehmen	46,5	19,6	16,8	20,7	26,3
	Mittlere Unternehmen	18,7	34,2	31,5	32,2	30,8
	Großunternehmen	4,1	43,6	49,0	43,7	36,6
	Zusammen	100	100	100	100	100
F	Baugewerbe					
	KMU	99,9	92,2	84,6	87,4	86,8
	Kleinstunternehmen	82,0	37,5	25,2	26,6	31,6
	Kleine Unternehmen	16,5	40,0	38,2	41,2	36,7
	Mittlere Unternehmen	1,3	14,7	21,2	19,6	18,4
	Großunternehmen	0,1	7,8	15,4	12,6	13,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	KMU	99,2	63,3	37,1	52,1	52,8
	Kleinstunternehmen	79,2	21,1	6,4	11,9	12,1
	Kleine Unternehmen	16,4	23,8	12,7	19,1	18,6
	Mittlere Unternehmen	3,6	18,4	18,0	21,1	22,1
	Großunternehmen	0,8	36,7	62,9	47,9	47,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
H	Verkehr und Lagerei					
	KMU	98,8	49,6	37,7	45,6	29,2
	Kleinstunternehmen	68,7	9,2	5,0	7,3	4,8
	Kleine Unternehmen	24,8	20,5	14,4	19,5	14,1
	Mittlere Unternehmen	5,3	19,9	18,3	18,9	10,3
	Großunternehmen	1,2	50,4	62,3	54,4	70,8
	Zusammen	100	100	100	100	100

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2012

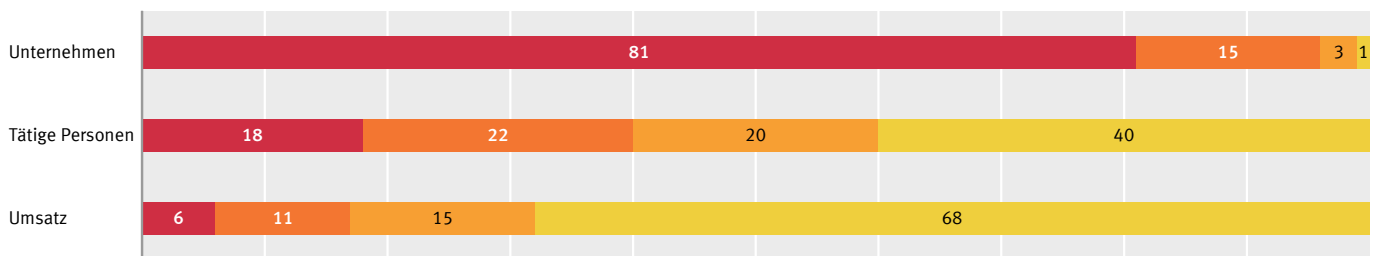
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
I	Gastgewerbe					
	KMU	99,9	90,3	84,4	85,3	86,4
	Kleinstunternehmen	76,6	30,0	25,8	24,3	21,1
	Kleine Unternehmen	21,3	42,3	36,9	38,8	48,4
	Mittlere Unternehmen	2,0	18,0	21,7	22,2	16,8
	Großunternehmen	0,1	9,7	15,6	14,7	13,6
	Zusammen	100	100	100	100	100
J	Information und Kommunikation					
	KMU	99,3	55,8	32,2	36,9	20,0
	Kleinstunternehmen	85,4	15,9	6,3	8,3	4,0
	Kleine Unternehmen	11,1	18,8	10,4	12,0	6,3
	Mittlere Unternehmen	2,8	21,2	15,5	16,6	9,7
	Großunternehmen	0,7	44,2	67,8	63,1	80,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
L	Grundstücks- und Wohnungswesen					
	KMU	99,9	89,4	74,2	75,3	78,6
	Kleinstunternehmen	95,7	63,6	31,2	35,9	34,8
	Kleine Unternehmen	3,5	13,9	20,2	19,5	21,3
	Mittlere Unternehmen	0,7	11,9	22,7	19,9	22,6
	Großunternehmen	0,1	10,6	25,8	24,7	21,4
	Zusammen	100	100	100	100	100
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen					
	KMU	99,8	77,1	63,1	73,1	60,5
	Kleinstunternehmen	90,2	36,5	22,9	29,5	22,7
	Kleine Unternehmen	8,6	26,3	22,4	26,3	19,3
	Mittlere Unternehmen	1,0	14,3	17,7	17,3	18,5
	Großunternehmen	0,2	22,9	36,9	26,9	39,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen					
	KMU	98,6	47,6	46,2	49,6	43,9
	Kleinstunternehmen	80,1	9,9	10,6	12,0	13,5
	Kleine Unternehmen	13,4	13,0	15,1	14,7	15,9
	Mittlere Unternehmen	5,1	24,7	20,5	22,9	14,5
	Großunternehmen	1,4	52,4	53,8	50,4	56,1
	Zusammen	100	100	100	100	100
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern					
	KMU	99,9	89,3	83,6	84,4	93,5
	Kleinstunternehmen	95,3	55,5	42,3	44,9	54,2
	Kleine Unternehmen	4,0	20,7	20,4	20,7	22,8
	Mittlere Unternehmen	0,6	13,2	20,9	18,7	16,5
	Großunternehmen	0,1	10,7	16,4	15,6	6,5
	Zusammen	100	100	100	100	100

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Unternehmen, Umsatz und tätige Personen nach Unternehmensgrößenklassen 2012

in %



■ Kleinstunternehmen ■ Kleine Unternehmen ■ Mittlere Unternehmen ■ Großunternehmen

2015 - 01 - 0238

20.2 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2012

Auslandskontrollierte Unternehmen sind im Inland ansässig und werden von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland kontrolliert, das die Unternehmenspolitik bestimmt. Durch die Beobachtung auslandskontrollierter Unternehmen kann die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der globalisierten Welt abgebildet werden.

20.2.1 Nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen ^{1,2}	Umsatz ^{1,2}	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ^{1,2}
		%			
B – N ohne K, S95	Insgesamt	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,4	0,4	0,3	0,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	21,7	43,6	43,7	33,4
D	Energieversorgung	1,5	2,0	7,9	12,0
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,7	0,5	0,3	0,5
F	Baugewerbe	2,5	2,6	1,3	2,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	30,6	19,5	33,6	21,5
H	Verkehr und Lagerei	4,7	4,1	2,4	3,2
I	Gastgewerbe	1,9	2,6	0,5	1,1
J	Information und Kommunikation	7,7	5,3	4,2	9,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	8,1	1,5	0,7	2,9
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	14,7	6,6	3,3	7,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5,5	11,2	1,8	4,5
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	0,1	0,1	0,0	0,1

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Werte zum Teil geschätzt.

20.2.2 Nach Herkunft der Muttergesellschaft

	Unternehmen	Tätige Personen ¹	Umsatz ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹
	%			
Welt (ohne Deutschland)	100	100	100	100
darunter:				
Europa (ohne Deutschland) ^{1,2}	75,7	71,0	68,8	71,6
Afrika	0,5	0,4	0,7	0,4
Nord- und Mittelamerika ^{1,2}	15,6	22,4	20,9	20,6
Südamerika	0,1	0,1	0,2	0,1
Asien	7,6	5,6	9,1	6,8
Australien und Ozeanien	0,5	0,4	0,4	0,6

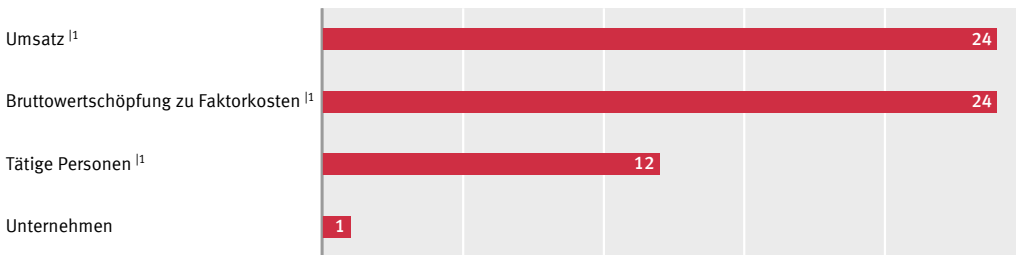
Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Werte zum Teil geschätzt.

2 Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.

Auslandskontrollierte Unternehmen 2012

Anteil an allen Unternehmen, in %



Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Werte zum Teil geschätzt.

2015 - 01 - 0239

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.1 Gewerbeanzeigen nach Ländern 2014

	Anmeldung			Abmeldung		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		Betriebsgründung	sonstige Neugründung		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung
Deutschland	722 285	123 978	461 678	693 485	111 152	445 525
Baden-Württemberg	92 014	14 924	55 845	88 815	11 738	55 868
Bayern	125 730	20 798	77 500	112 958	17 228	67 698
Berlin	44 924	8 728	32 524	35 251	6 634	24 826
Brandenburg	18 015	3 923	9 994	18 062	3 760	10 813
Bremen	5 740	1 084	3 884	5 111	875	3 580
Hamburg	20 264	3 339	14 234	18 219	2 272	13 256
Hessen	63 569	9 433	41 769	66 449	9 226	44 572
Mecklenburg-Vorpommern	10 833	2 421	6 296	11 240	2 518	6 706
Niedersachsen	61 661	11 356	37 857	57 544	10 390	35 128
Nordrhein-Westfalen	154 497	24 934	103 910	151 245	23 236	101 409
Rheinland-Pfalz	35 153	5 588	23 037	34 549	4 971	23 534
Saarland	7 107	1 341	4 521	6 932	1 239	4 493
Sachsen	30 073	6 310	18 044	30 677	6 185	18 625
Sachsen-Anhalt	12 513	2 989	7 457	14 017	3 551	8 414
Schleswig-Holstein	27 426	3 924	17 473	27 402	4 019	17 775
Thüringen	12 766	2 886	7 333	15 014	3 310	8 828

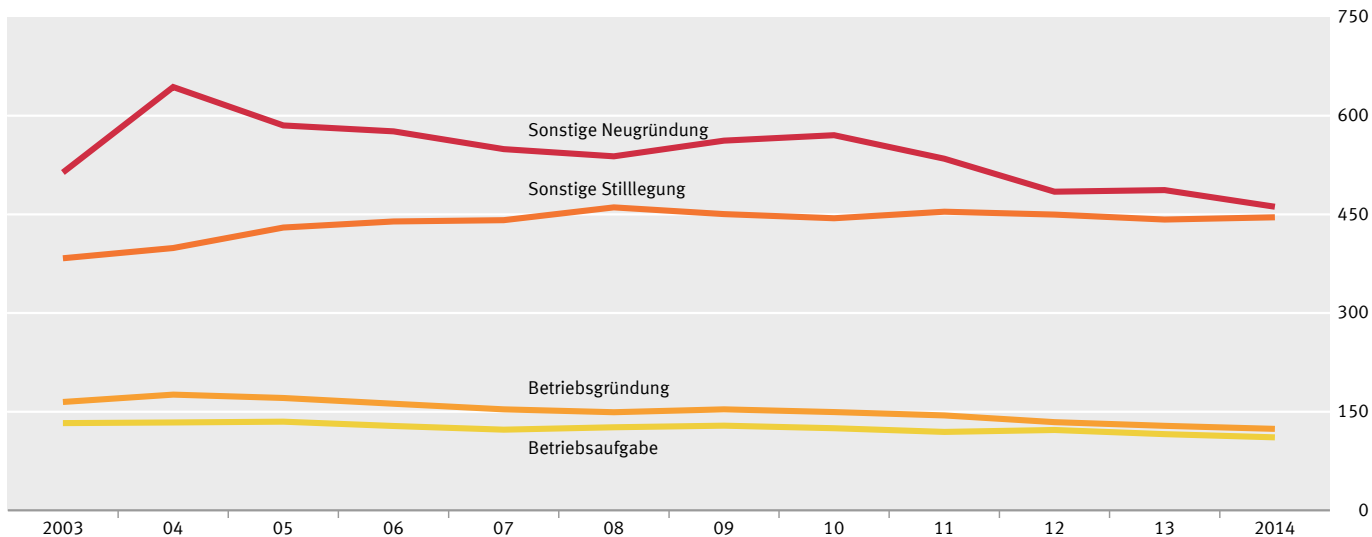
Eine **Gewerbeanmeldung** ist abzugeben bei Neugründungen, Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen von Betrieben. Die Neugründungen umfassen Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen (Neugründungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Eine **Gewerbeabmeldung** ist abzugeben bei vollständigen Aufgaben, Umwandlungen, Fortzügen und Übernahmen von Betrieben. Die vollständigen Aufgaben beinhalten Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen (Stilllegungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Neugründungen und vollständige Aufgaben

in 1 000



2015-01-0240

20.3 Gewerbeanzeigen

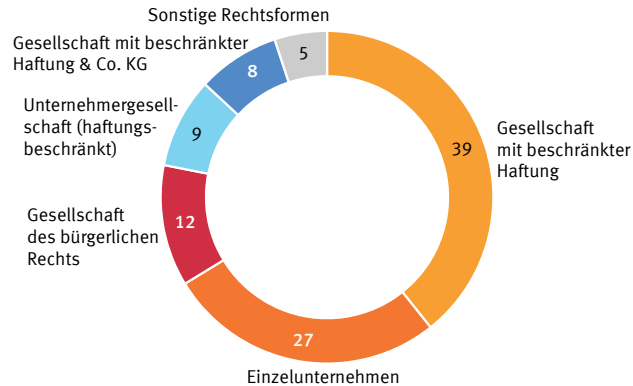
20.3.2 Gewerbeanmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2014

Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbeanmeldungen insgesamt	Neuerichtungen				Zuzug	Übernahmen ²	
			Betriebsgründung		sonstige Neugründung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenwerb			
A – S	Insgesamt	722 285	123 978	86 263	461 678	251 116	4 004	80 080	52 545
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 090	560	489	3 576	2 487	11	572	371
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	29 585	6 333	4 387	16 512	11 797	323	3 829	2 588
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	8 826	2 177	1 683	4 960	4 033	100	909	680
F	Baugewerbe	106 288	14 584	13 192	72 982	13 042	161	12 581	5 980
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	160 370	32 699	17 415	97 255	62 438	1 340	15 922	13 154
H	Verkehr und Lagerei	20 517	4 449	2 914	12 083	4 126	95	2 551	1 339
I	Gastgewerbe	54 858	13 441	9 336	22 858	7 460	109	833	17 617
J	Information und Kommunikation	29 369	5 241	4 023	17 940	12 995	138	5 166	884
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	22 937	4 272	2 945	13 004	5 734	145	5 032	484
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	18 231	6 063	5 140	7 766	3 987	101	3 508	793
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	73 222	13 085	10 755	48 201	34 924	282	10 227	1 427
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	84 919	9 650	6 627	63 014	36 378	544	9 319	2 392
P	Erziehung und Unterricht	13 429	1 718	899	9 844	7 176	21	1 370	476
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	9 456	1 355	996	6 894	3 712	38	910	259
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 051	2 037	1 281	10 513	7 912	37	1 585	879
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	70 137	6 314	4 181	54 276	32 915	559	5 766	3 222
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	569 699	33 491	22 144	445 168	234 606	254	59 062	31 724
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	56 147	26 386	21 384	11 434	11 434	499	4 870	12 958
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	15 662	9 905	6 492	343	343	400	2 215	2 799
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	36 751	14 577	13 614	10 898	10 898	41	2 309	8 926
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	89 313	59 646	41 468	4 692	4 692	2 359	15 398	7 218
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	16 277	10 957	10 016	2 345	2 345	26	1 753	1 196
	Aktiengesellschaft	2 320	1 210	277	–	–	663	267	180
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 261	916	83	71	71	7	218	49
	Genossenschaft	354	251	135	–	–	50	22	31
	Eingetragener Verein	895	513	444	233	233	12	25	112
	Sonstige Rechtsformen	2 296	1 565	328	80	80	160	218	273

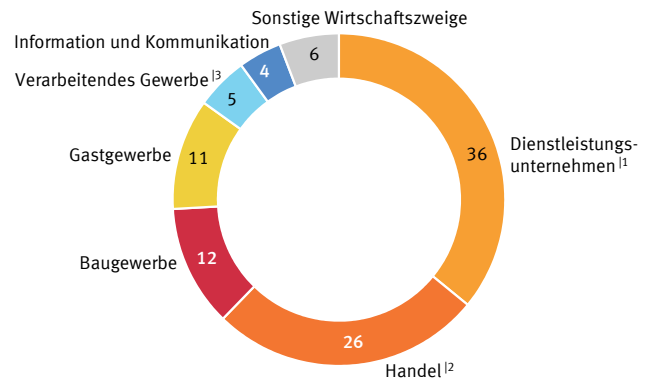
Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf, Pacht.

Betriebsgründungen nach Rechtsformen 2014
in %



Betriebsgründungen nach Wirtschaftsabschnitten 2014
in %



- 1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.
- 2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.
- 3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2015 - 01 - 0241

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.3 Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2014

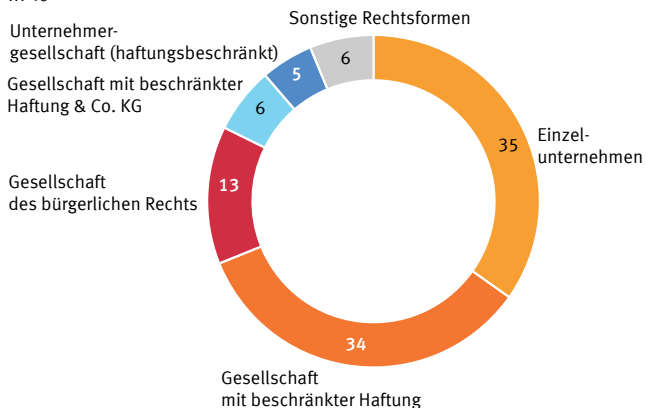
Nr. der Klassifikation ¹¹		Gewerbeabmeldungen insgesamt	Aufgaben				Fortzug	Übergaben ¹²	
			Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	693 485	111 152	76 293	445 525	173 237	5 025	79 442	52 341
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 292	400	355	2 867	1 310	8	531	486
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	27 612	6 689	4 900	13 841	6 262	464	3 775	2 843
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 374	1 169	846	2 476	1 622	142	755	832
F	Baugewerbe	105 524	12 702	11 383	73 632	9 391	204	11 085	7 901
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	168 301	35 110	19 312	101 256	48 475	1 472	16 736	13 727
H	Verkehr und Lagerei	25 155	4 523	3 345	16 413	3 865	150	2 493	1 576
I	Gastgewerbe	55 964	13 701	10 391	28 633	6 770	124	956	12 550
J	Information und Kommunikation	25 422	3 568	2 557	15 265	8 429	288	5 099	1 202
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	27 450	3 562	2 154	17 646	5 503	248	5 411	583
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 566	3 786	3 160	6 438	2 261	217	3 278	847
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	60 650	8 178	6 544	40 002	22 870	495	10 236	1 739
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	83 620	8 732	5 971	62 108	25 106	574	9 247	2 959
P	Erziehung und Unterricht	9 472	1 337	645	6 160	3 339	29	1 425	521
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	7 543	737	557	5 543	2 514	41	913	309
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 793	1 652	1 002	7 629	4 125	38	1 506	968
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	60 747	5 306	3 171	45 616	21 395	531	5 996	3 298
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	562 439	38 619	26 481	435 583	163 295	345	58 578	29 314
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	55 616	24 289	19 911	7 777	7 777	680	4 849	18 021
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	11 713	7 129	4 284	177	177	581	2 118	1 708
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	39 587	14 941	14 028	7 452	7 452	44	2 359	14 791
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	68 196	43 557	28 724	1 928	1 928	3 235	15 282	4 194
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	8 915	5 639	5 019	889	889	62	1 721	604
	Aktiengesellschaft	2 586	1 299	293	–	–	634	280	373
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 634	1 267	136	79	79	6	211	71
	Genossenschaft	368	259	67	–	–	62	19	28
	Eingetragener Verein	585	365	304	99	99	6	27	88
	Sonstige Rechtsformen	2 061	1 497	377	59	59	57	196	252

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

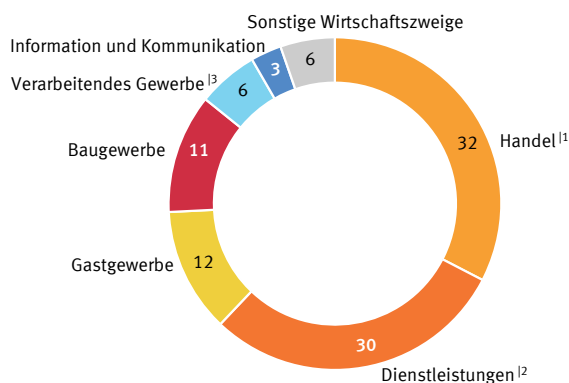
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt, Erbfolge, Verkauf, Verpachtung.

Betriebsaufgaben nach Rechtsformen 2014
in %



Betriebsaufgaben nach Wirtschaftsabschnitten 2014
in %



1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2015 - 01 - 0242

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.4 Insolvenzen

20.4.1 Zusammensetzung der Insolvenzen

Weitere Informationen zu Verbraucherinsolvenzen siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	2000	2005	2010	2014	2000	2005	2010	2014
	Anzahl				%			
Insgesamt	42 259	136 554	168 458	134 871	100	100	100	100
Unternehmen	28 235	36 843	31 998	24 085	66,8	27,0	19,0	17,9
Übrige Schuldner/-innen	14 024	99 711	136 460	110 786	33,2	73,0	81,0	82,1
davon:								
Natürliche Personen als Gesell- schafter u. Ä.	1 129	3 446	1 814	846	2,7	2,5	1,1	0,6
Verbraucher/-innen	10 479	68 898	108 798	86 298	24,8	50,5	64,6	64,0
Ehemals selbstständig Tätige mit Regel- insolvenzverfahren	19 919	17 620	14 515	.	14,6	10,5	10,8
Ehemals selbstständig Tätige mit verein- fachtem Verfahren	4 818	5 445	5 958	.	3,5	3,2	4,4
Nachlässe und Gesamtgut	2 416	2 630	2 783	3 169	5,7	1,9	1,6	2,3

Ergebnisse der Insolvenztstatistik.

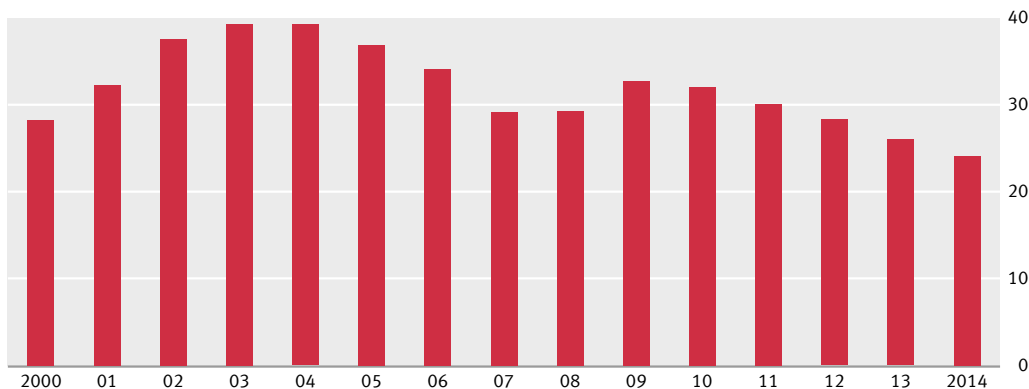
20.4.2 Unternehmensinsolvenzen nach Ländern 2014

	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Arbeitnehmer/ -innen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl				1 000 EUR
Deutschland	24 085	17 877	6 208	126 681	25 221 843
Baden-Württemberg	1 796	1 256	540	13 384	2 871 186
Bayern	2 947	2 174	773	20 464	3 065 265
Berlin	1 305	817	488	3 852	689 713
Brandenburg	544	440	104	2 500	282 617
Bremen	273	198	75	425	857 339
Hamburg	1 035	870	165	5 159	3 580 541
Hessen	1 492	977	515	5 478	929 405
Mecklenburg-Vorpommern	308	238	70	3 027	159 202
Niedersachsen	2 186	1 559	627	13 379	1 987 744
Nordrhein-Westfalen	7 823	6 031	1 792	40 234	4 538 790
Rheinland-Pfalz	971	678	293	4 486	617 052
Saarland	322	222	100	1 178	69 680
Sachsen	1 082	856	226	4 391	3 338 314
Sachsen-Anhalt	573	434	139	2 359	361 129
Schleswig-Holstein	987	809	178	3 993	1 567 827
Thüringen	441	318	123	2 372	306 039

Ergebnisse der Insolvenztstatistik.

Unternehmensinsolvenzen im Zeitvergleich

in 1 000



2015 - 01 - 0243

20.4 Insolvenzen

20.4.3 Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen 2014

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EUR
A – N, P – S	Insgesamt	17 877	6 208	24 085	- 7,3	126 681	25 221 843
	nach Wirtschaftsabschnitten						
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	117	26	143	5,9	280	156 844
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 551	246	1 797	- 21,1	33 958	3 267 923
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	161	79	240	11,6	1 875	850 472
F	Baugewerbe	2 990	992	3 982	- 3,6	14 222	1 880 943
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 328	1 217	4 545	- 5,4	19 253	3 213 744
H	Verkehr und Lagerei	1 413	323	1 736	- 12,7	9 800	2 680 197
I	Gastgewerbe	1 775	575	2 350	- 7,4	7 724	385 902
J	Information und Kommunikation	522	243	765	3,5	5 619	960 054
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	471	182	653	- 21,4	712	4 124 988
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	525	256	781	- 8,0	948	1 318 304
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 786	977	2 763	- 4,5	5 672	4 863 587
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 558	618	2 176	- 2,2	15 987	779 335
P	Erziehung und Unterricht	197	43	240	- 14,3	922	50 938
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	453	65	518	- 9,8	4 858	390 519
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	375	137	512	- 8,9	1 352	154 676
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	655	229	884	- 7,2	3 499	143 418
	nach dem Alter der Unternehmen						
	unter 8 Jahren	8 221	3 910	12 131	- 7,5	41 736	6 560 943
	dar. bis 3 Jahre	3 759	2 052	5 811	- 5,4	18 308	1 955 286
	8 Jahre und mehr	7 727	1 811	9 538	- 8,9	82 477	17 460 326
	Unbekannt	1 929	487	2 416	0,0	2 468	1 200 574
	nach Rechtsformen						
	Einzelunternehmen	8 555	1 397	9 952	- 8,0	18 159	3 382 580
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 445	474	1 919	- 8,7	22 538	4 706 826
	darunter:						
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	1 129	319	1 448	- 6,7	20 101	3 987 387
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	180	99	279	- 13,4	1 225	188 231
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	7 459	4 083	11 542	- 5,6	81 684	13 592 796
	darunter:						
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	846	1 270	2 116	18,5	3 292	203 406
	Aktiengesellschaft, KGaA	163	36	199	- 12,7	2 253	3 261 806
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	97	102	199	- 36,4	328	145 971
	Sonstige Rechtsformen	158	116	274	- 11,6	1 719	131 864

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.4 Insolvenzen

20.4.4 Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmensinsolvenzen		Unternehmen ²	Insolvenzhäufigkeiten ³	
		2014	2013		2014	2013
		Anzahl				
A – N, P – S	Insgesamt	24 085	25 995	3 243 538	74	80
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	143	135	94 283	X	X
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 797	2 279	239 307	75	95
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	240	215	83 417	29	26
F	Baugewerbe	3 982	4 131	362 616	110	114
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 545	4 804	624 949	73	77
H	Verkehr und Lagerei	1 736	1 988	107 134	162	186
I	Gastgewerbe	2 350	2 538	221 816	106	114
J	Information und Kommunikation	765	739	124 177	62	60
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	653	831	25 185	X	X
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	781	849	294 551	27	29
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 763	2 892	474 744	58	61
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 176	2 225	180 971	120	123
P	Erziehung und Unterricht	240	280	44 510	54	63
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	518	574	49 430	105	116
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	512	562	100 788	51	56
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	884	953	215 660	41	44

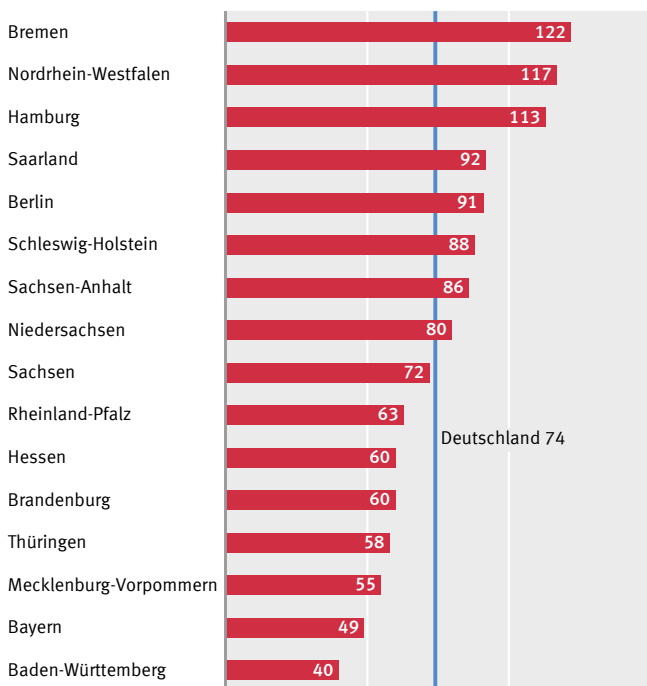
Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Umsatzsteuerstatistik 2013.

3 Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik 2013.

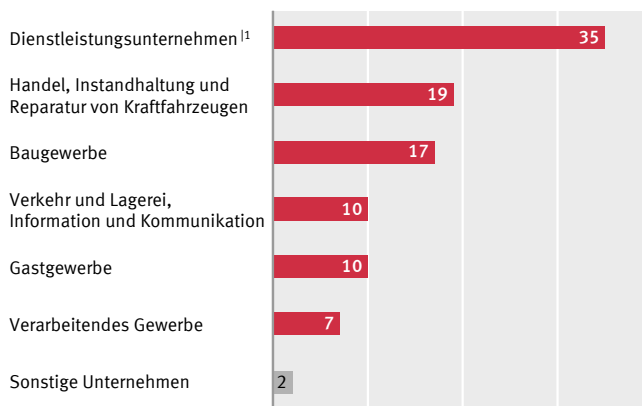
Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Ländern 2014



Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben der Insolvenzstatistik 2014 und der Umsatzsteuerstatistik 2013.

Insolvenzen von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten 2014

in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

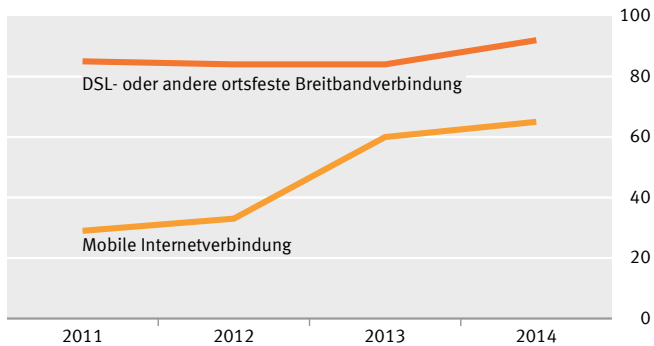
20.5.1 Kernindikatoren 2011 bis 2014

Indikatoren	2011	2012	2013	2014
	%			
Unternehmen mit				
Einsatz von Computern	85	86	88	91
Internetzugang	82	85	87	89
Verkäufen über eine Website oder über EDI ^{1 2}	13	17	19	17
Einkäufen über eine Website oder über EDI ^{1 2}	44	41	42	36
Unternehmen mit Internetzugang				
über eine feste Breitbandverbindung	85	84	84	92
über eine mobile Verbindung	29	33	60	65
und einer Website	60	57	66	67
Tätige Personen im Unternehmen, die für geschäftliche Zwecke				
einen Computer mit Internetzugang nutzten	54	55	55	54

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

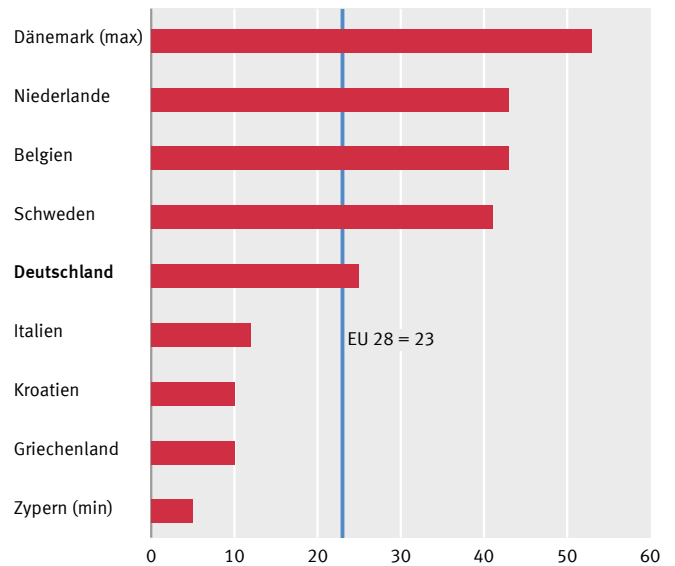
- 1 Die Ergebnisse für dieses Merkmal beziehen sich auf das vorausgegangene Kalenderjahr.
- 2 Vor 2012 bezog sich die Fragestellung auf das Internet oder andere computergestützte Netzwerke (z. B. EDI).

Internetzugangsarten von Unternehmen
in % der Unternehmen mit Internetzugang



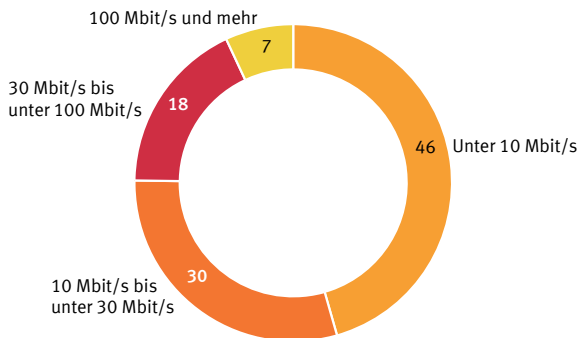
Mehrfachnennung möglich.

Schnelles Internet von 30 Mbit/s und mehr 2014
in Unternehmen ab 10 Beschäftigten, in %



Maximale Datenübertragungsrate der schnellsten Internetverbindung 2014

in % der Unternehmen mit festem Breitband



20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.2 Unternehmen mit Bezug kostenpflichtiger IT-Dienste über Cloud Computing 2014

	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten		
		10 – 49	50 – 249	250 und mehr
	%			
Anteil der Unternehmen mit Bezug kostenpflichtiger IT-Dienste über Cloud Computing an den Unternehmen mit Internetzugang	12	10	16	27
und zwar für folgende Zwecke:				
E-Mail	46	50	41	29
Office-Anwendungen (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation usw.)	21	22	21	15
Betrieb von Unternehmensdatenbanken	34	35	31	26
Speicherung von Dateien	56	58	52	45
Softwareanwendungen im Finanz- oder Rechnungswesen	25	24	29	22
CRM-Software	18	/	19	22
Rechenkapazität zur Ausführung unternehmenseigener Software	20	/	18	23

Cloud Computing ist eine Technologie, bei der über das Internet IT-Leistungen wie Software, Rechenkapazität oder Speicherplatz (sogenannte Cloud Services), bedarfsgerecht und in Echtzeit von externen Anbietern kostenpflichtig bereitgestellt werden.

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

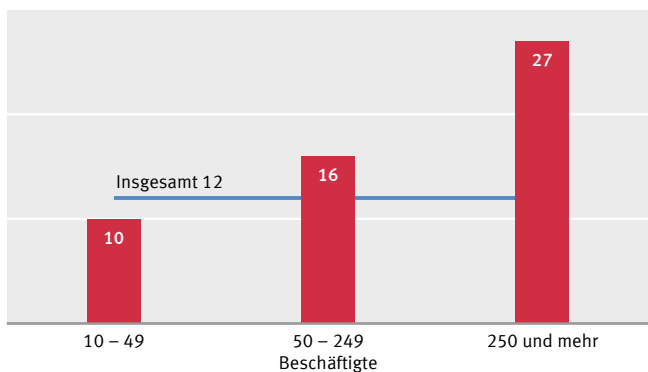
20.5.3 Unternehmen mit Nutzung von Cloud Servern externer Informationsanbieter 2014

	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigte		
		10 – 49	50 – 249	250 und mehr
	% der Unternehmen mit Bezug kostenpflichtiger IT-Dienste als Cloud Service			
Unternehmen mit Nutzung von Cloud Servern externer Informationsanbieter				
in Form gemeinsam genutzter Server mehrerer (externer) Anwender	58	60	53	54
in Form ausschließlich dem Unternehmen zur Verfügung stehender Server	37	34	41	46

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

Unternehmen mit Nutzung von Cloud Computing 2014

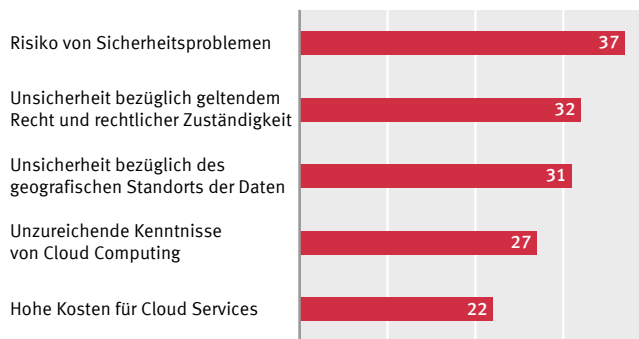
in % der Unternehmen mit Internetzugang



Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

Gründe für die Nichtnutzung von Cloud Computing in Unternehmen 2014

in % der Unternehmen ohne Bezug von Cloud Computing



Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

2015 - 01 - 0246

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.4 Unternehmen mit E-Commerce 2013

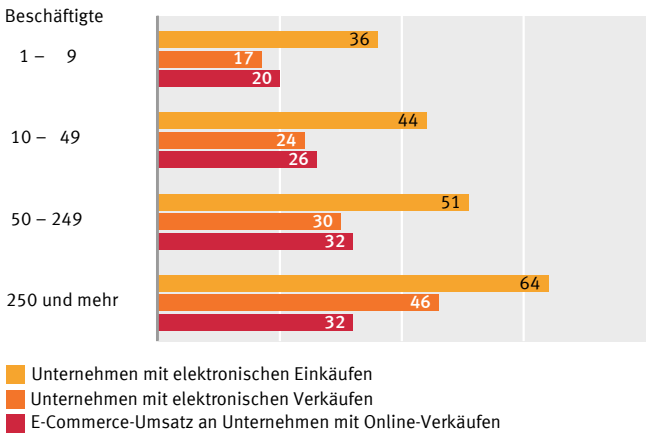
E-Commerce-Indikator Wirtschaftszweig-Auswahl ¹	Unternehmen mit E-Commerce				
	insgesamt	mit ... bis ... Beschäftigten			
		1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
Unternehmen mit elektronischen Einkäufen in % an allen Unternehmen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	36	36	44	51	64
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	37	33	46	51	68
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	37	36	47	59	67
Unternehmen mit elektronischen Verkäufen in % an allen Unternehmen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	17	17	24	30	46
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	18	16	20	30	54
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	29	28	36	54	63
Umsatz aus elektronischen Verkäufen in % am Gesamtumsatz der Unternehmen mit Online-Verkäufen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	30	20	26	32	32

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

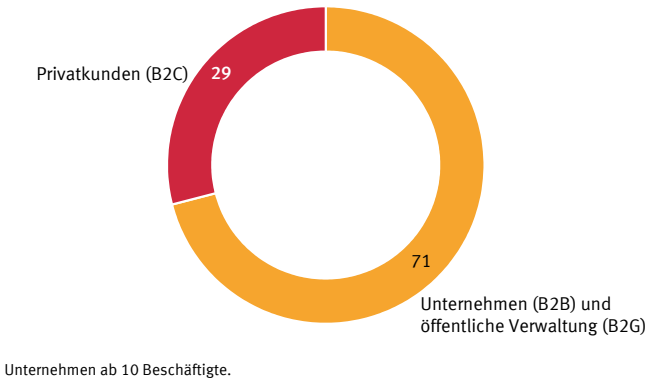
E-Commerce in Unternehmen 2013

in % nach Beschäftigtengrößenklassen



Umsatz über eine Website nach Kundentypen 2013

in % am Website-Umsatz der Unternehmen mit Website-Verkäufen



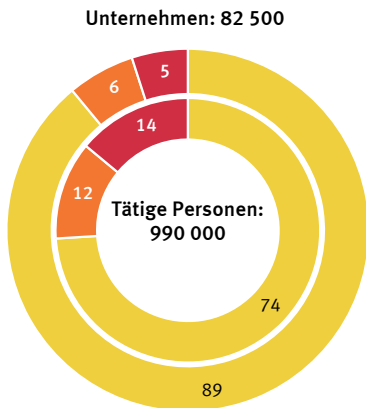
2015 - 01 - 0247

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
 20.5.5 Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2012

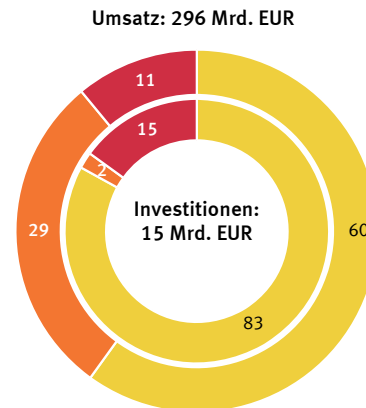
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsbereich	Unternehmen	Tätige Personen ²	Umsatz	Investitionen
		Anzahl		Mill. EUR	
IKT im Verarbeitenden Gewerbe ³					
Herstellung von					
26.1	elektronischen Bauelementen und Leiterplatten	1 777	76 645	18 513	1 974
26.2	Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 074	22 151	5 726	70
26.3	Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	820	22 983	4 790	111
26.4	Geräten der Unterhaltungselektronik	235	13 086	3 565	63
26.8	magnetischen und optischen Datenträgern	148	704	196	6
	Insgesamt ⁶	4 054	135 569	32 789	2 224
Handel mit IKT-relevanten Waren ⁴					
Großhandel mit					
46.51	Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software ..	2 787	75 945	52 187	227
46.52	elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	1 964	43 337	33 648	123
	Insgesamt ⁶	4 751	119 282	85 835	349
IKT-Dienstleistungen ⁵					
58.2	Verlegen von Software	635	14 098	4 607	283
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	467	56 768	32 975	4 888
61.2	Drahtlose Telekommunikation	363	21 854	21 453	1 808
61.3	Satellitentelekommunikation	47	772	415	17
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 621	25 484	9 455	438
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie ..	65 708	557 561	98 955	4 567
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 592	49 556	8 080	645
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikations- geräten	1 316	9 348	1 061	18
	Insgesamt ⁶	73 749	735 441	177 000	12 665
	IKT-Branche insgesamt	82 554	990 292	295 624	15 238
Nachrichtlich:					
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	203 664	7 169 663	1 967 653	59 155
	Großhandel insgesamt ⁴	150 222	1 905 028	1 177 750	9 887
	Dienstleistungen insgesamt ⁵	908 154	8 611 374	1 023 044	76 296

1 Unterteilungen entsprechen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
 2 Anzahl der tätigen Personen zum Stichtag 30. September des Berichtsjahres.
 3 Ergebnisse der Strukturserhebungen und der Investitionserhebung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).
 4 Daten aus der Handelsstatistik.
 5 Daten aus der Strukturserhebung im Dienstleistungsbereich; Unternehmen oder Einrichtungen mit einem Gesamtumsatz von 17 500 Euro und mehr, aus den Wirtschaftsabschnitten J und S/Abteilung 95.
 6 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Unternehmen und tätige Personen in der IKT-Branche 2012
 in % nach Wirtschaftsbereichen



Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2012
 in % nach Wirtschaftsbereichen



■ IKT-Dienstleistungen ■ IKT-Handel ■ IKT-Warenproduktion

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen 2012

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz	
		insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR
Handwerk insgesamt	583 668	5 079 129	9	510,1	100
I Bauhauptgewerbe	77 766	681 124	9	84,1	123
II Ausbaugewerbe	235 726	1 391 812	6	138,1	99
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	79 037	1 296 372	16	103,1	80
IV Kraftfahrzeuggewerbe	54 022	561 058	10	114,4	204
V Lebensmittelgewerbe	28 351	564 550	20	40,5	72
VI Gesundheitsgewerbe	21 716	191 204	9	13,1	69
VII Handwerke für den privaten Bedarf	87 050	393 009	5	16,7	42

Die Ergebnisse weisen **Handwerksunternehmen** nach dem Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A (zulassungspflichtig) und Anlage B Abschnitt 1 (zulassungsfrei) der Handwerksordnung mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2012 aus. Tätige Personen umfassen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie (geschätzte) tätige Unternehmerinnen und Unternehmer. Es sind auch diejenigen erfasst, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal). Die Umsatzergebnisse sind ohne Umsatzsteuer.

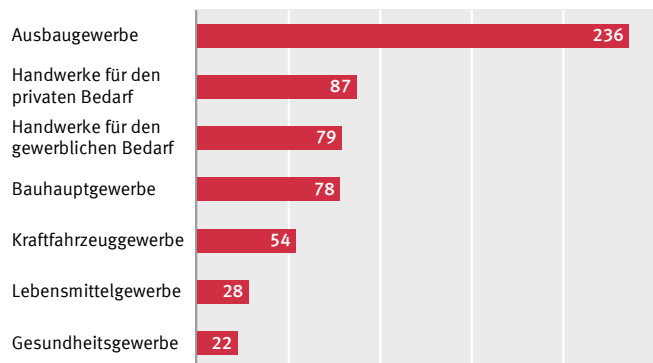
Ergebnisse der Handwerkszählung.

20.6.2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Ländern 2012

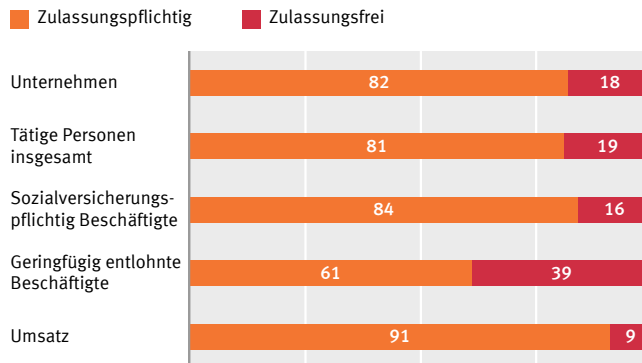
	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz		Tätige Personen	Umsatz
		insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person		
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR	%	
Deutschland	583 668	5 079 129	9	510,1	100	100	100
Baden-Württemberg	76 046	717 296	9	83,3	116	14,1	16,3
Bayern	105 915	900 587	9	98,9	110	17,7	19,4
Berlin	16 661	163 430	10	12,0	74	3,2	2,4
Brandenburg	23 473	151 926	6	12,5	82	3,0	2,4
Bremen	3 118	31 185	10	2,7	86	0,6	0,5
Hamburg	8 824	90 173	10	9,2	102	1,8	1,8
Hessen	40 933	323 780	8	31,0	96	6,4	6,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 006	94 070	7	8,2	87	1,9	1,6
Niedersachsen	48 875	495 150	10	48,0	97	9,7	9,4
Nordrhein-Westfalen	113 976	1 079 616	9	109,6	101	21,3	21,5
Rheinland-Pfalz	30 268	247 162	8	24,9	101	4,9	4,9
Saarland	6 640	58 046	9	5,2	89	1,1	1,0
Sachsen	38 794	282 369	7	23,8	84	5,6	4,7
Sachsen-Anhalt	17 989	142 968	8	12,5	87	2,8	2,4
Schleswig-Holstein	19 602	169 620	9	16,6	98	3,3	3,2
Thüringen	19 548	131 751	7	11,9	91	2,6	2,3

Ergebnisse der Handwerkszählung.

Handwerksunternehmen nach Gewerbegruppen 2012 in 1 000



Handwerk nach Zulassungspflicht 2012 in %



2015 - 01 - 0249

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.3 Beschäftigte und Umsatz in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezügen

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Gewerbegruppe/Gewerbebezweig	Beschäftigte			Umsatz		
		2012 ²⁾	2013 ²⁾	2014 ²⁾³⁾	2012	2013	2014 ³⁾
		30.9.2009 = 100			2009 = 100		
	Insgesamt	98,7	98,2	98,2	105,1	104,5	107,0
	davon:						
	I Bauhauptgewerbe	97,3	96,6	96,6	107,8	108,1	111,0
	darunter:						
01, 05	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	95,9	95,3	95,3	105,6	105,8	108,9
03	Zimmerer	103,5	104,8	106,0	116,6	118,9	121,4
04	Dachdecker	99,9	98,0	97,3	109,9	108,1	110,6
	II Ausbaugewerbe	100	100,2	100,6	106,3	105,0	106,5
	darunter:						
09	Stuckateure	95,7	95,2	95,8	106,1	107,5	109,8
10	Malerei und Lackierer	94,8	93,0	93,2	104,6	105,3	107,8
23, 24	Klempner; Installateur und Heizungsbauer	101,0	102,2	103,5	105,3	107,3	108,9
25	Elektrotechniker	101,8	102,3	102,7	106,7	101,5	102,8
27	Tischler	100,3	100,4	100,1	108,5	108,6	109,5
39	Glaser	100	99,9	99,5	102,1	101,2	101,7
	III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	101,6	101,6	102,3	117,0	115,9	119,3
	darunter:						
13	Metallbauer	99,6	98,9	98,8	109,4	108,0	109,6
16	Feinwerkmechaniker	104,3	104,8	106,2	127,0	126,1	131,1
19	Informationstechniker	95,2	93,3	91,4	95,4	89,4	91,6
21	Landmaschinenmechaniker	103,7	105,0	106,5	125,1	126,3	129,0
	IV Kraftfahrzeuggewerbe	99,1	98,5	98,3	96,6	95,4	97,8
	darunter:						
20	Kraftfahrzeugtechniker	98,7	98,1	97,8	95,5	94,4	96,7
	V Lebensmittelgewerbe	97,0	95,1	93,4	102,3	102,4	103,3
	davon:						
30	Bäcker	98,0	95,9	93,4	102,3	102,6	105,1
31	Konditoren	97,4	96,3	95,3	106,8	107,0	109,8
32	Fleischer	94,9	93,4	93,1	102,0	102,1	101,4
	VI Gesundheitsgewerbe	100,6	101,0	101,9	103,1	105,5	111,4
	darunter:						
33	Augenoptiker	98,6	99,1	99,7	102,0	104,2	109,2
35	Orthopädietechniker	105,4	108,9	113,4	105,5	111,7	116,6
37	Zahn techniker	99,8	98,6	97,6	100	99,0	100,6
	VII Handwerke für den privaten Bedarf	91,8	90,4	89,0	101,4	103,2	106,9
	darunter:						
08	Steinmetzen und Steinbildhauer	94,1	92,3	92,9	102,7	103,0	105,0
38	Friseur	90,9	89,4	87,5	98,9	100,4	102,9

Ergebnisse über das Handwerk werden vollständig aus Verwaltungsdaten gewonnen. Dies führt zu Abweichungen bei den Merkmalsdefinitionen.

Die **Beschäftigtenangaben** werden aus Daten der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte werden bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zusätzlich zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Die **Umsatzergebnisse** werden aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewonnen. Die Daten über die Umsatzsteuer-Voranmeldung werden von den Finanzverwaltungen der Länder an die amtliche Statistik gemeldet. Bei der Interpretation sind einige Besonderheiten zu beachten.

Die Umsätze einiger Unternehmen sind nicht in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten. So fehlen die Umsätze von Unternehmen mit Umsätzen bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr sowie von jenen Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht. Letzteres gilt nur, sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten.

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung. – Für das Ausüben eines zulassungspflichtigen Gewerbes ist der Meisterbrief nötig.

1 Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A der Handwerksordnung.

2 Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren.

3 Vorläufiges Ergebnis.

20.7 Betriebe im Überblick

20.7.1 Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Betriebe insgesamt	Mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	3 881 417	3 467 291	326 359	74 965	12 802
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 712	1 974	591	114	33
C	Verarbeitendes Gewerbe	261 528	192 927	46 875	17 249	4 477
D	Energieversorgung	62 213	60 104	1 216	675	218
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	13 999	9 891	3 054	949	105
F	Baugewerbe	394 915	357 349	34 100	3 287	179
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	761 269	671 811	75 688	12 558	1 212
H	Verkehr und Lagerei	133 709	108 877	19 626	4 509	697
I	Gastgewerbe	259 935	240 446	17 422	1 958	109
J	Information und Kommunikation	137 595	123 964	10 411	2 764	456
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	86 022	76 905	6 046	2 342	729
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	326 308	322 320	3 423	515	50
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	527 924	496 416	26 835	4 047	626
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	217 161	189 893	18 348	7 816	1 104
P	Erziehung und Unterricht	90 586	70 256	17 140	2 775	415
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	249 460	204 709	31 785	10 933	2 033
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	108 422	104 280	3 399	634	109
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	247 659	235 169	10 400	1 840	250

Die **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** umfassen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) beitragspflichtig sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem SGB III zu zahlen sind. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2014. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2012 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.7.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte insgesamt	In Betrieben mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	27 195 414	4 632 826	6 550 263	7 445 940	8 566 385
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	64 601	4 651	11 963	10 552	37 435
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 612 130	382 118	1 009 077	1 845 002	3 375 933
D	Energieversorgung	244 496	9 906	28 237	71 781	134 572
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	243 583	20 433	67 266	90 027	65 857
F	Baugewerbe	1 554 623	563 610	622 643	293 402	74 968
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 311 592	1 044 421	1 490 166	1 193 465	583 540
H	Verkehr und Lagerei	1 510 315	180 143	407 425	438 659	484 088
I	Gastgewerbe	885 348	329 258	342 185	169 134	44 771
J	Information und Kommunikation	888 434	112 813	216 585	269 670	289 366
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 000 492	118 668	126 160	253 876	501 788
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	235 402	99 813	66 096	48 156	21 337
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 737 285	468 024	506 195	398 750	364 316
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 970 197	212 748	408 820	797 271	551 358
P	Erziehung und Unterricht	1 121 429	125 059	335 809	264 348	396 213
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 775 652	609 204	651 091	1 057 386	1 457 971
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	253 198	74 636	63 214	63 335	52 013
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	786 637	277 321	197 331	181 126	130 859

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2014. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2012 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Methodik

■ Unternehmen im Überblick

In den Wirtschaftsabschnitten B – J, L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) werden Strukturerhebungen bei den Unternehmen und Betrieben durchgeführt. Die Europäische Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung, ABL EU L 97 S. 13) stellt hierfür den rechtlichen Rahmen.

In diesem Kapitel werden zusammenfassend die wichtigsten Angaben zur Struktur der Unternehmen aller abgedeckten Wirtschaftsabteilungen dargestellt. Detaillierte Ergebnisse und Informationen zur Methodik der einzelnen Wirtschaftsbereiche finden Sie in den Kapiteln 21 bis 27 dieses Jahrbuchs.

Kleine und mittlere Unternehmen

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle. Statistische Ergebnisse zu diesem Thema erfreuen sich einer großen Nachfrage. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen einer wirtschaftsbereichsübergreifenden Analyse ausgewählte Informationen über KMU zusammengestellt. Sie basiert auf Daten mehrerer Bereichsstatistiken, die das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Gastgewerbe sowie ausgewählte Bereiche aus den sonstigen Dienstleistungen und damit rund 80 % aller Unternehmen abdecken. Bei diesen Bereichsstatistiken werden jährlich Angaben in der Regel mittels Stichprobenerhebungen direkt bei den Unternehmen erhoben.

■ Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

Struktur und Tätigkeit auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland bildet die sogenannte „**Inward Foreign Affiliates Statistics (Inward-FATS)**“ ab. Die Statistik basiert auf einer Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, jährlich und in einheitlicher Form qualitativ hochwertige Daten an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ziel der Statistik ist, Informationen über Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zu gewinnen sowie über deren Bedeutung für die Volkswirtschaft der Europäischen Union insgesamt. Ferner ermöglicht Inward-FATS, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten. Die Datenaufbereitung für Inward-FATS nimmt in Deutschland zentral das Statistische Bundesamt vor. Als Datenquellen dienen dabei das Unternehmensregister sowie bereits vorhandene Daten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken. Die Ergebnisse aus Inward-FATS umfassen lediglich den Bereich der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe, der Handel und das Gastgewerbe sowie der Dienstleistungsbereich, jedoch ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

■ Gewerbeanzeigen

Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbe-, -ab- und -ummeldungen. Eine **Gewerbemeldung** ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird, eine Übernahme erfolgt (sei es durch Kauf oder Erbfolge), eine Gesellschafterin bzw. ein Gesellschafter eintritt, eine neue Rechtsform gewählt wird oder der Betrieb in einen anderen Meldebezirk verlegt wird. Dementsprechend wird eine **Gewerbeabmeldung** bei Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Übergabe (Verkauf, Verpachtung, Eintritt der Erbfolge), bei Austritt einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Die **Gewerbeummeldung** die bei einer Änderung oder Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit, einer Verlegung innerhalb des Meldebezirks oder bei sonstigen Veränderungen erforderlich ist, wird statistisch nicht ausgewertet. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe ebenso wie für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

■ Insolvenzen

Seit Einführung der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wird zwischen **Regelinsolvenzverfahren** und **vereinfachten Insolvenzverfahren** für Verbraucherinnen und Verbraucher unterschieden. Das Regelinsolvenzverfahren kommt insbesondere für Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige in Betracht. Als Insolvenzen gelten alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Fälle, in denen ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Seit dem Jahr 2002 kommt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Diese Gesetzesänderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse. Die Statistik beruht auf Meldungen der Gerichte.

■ Informations- und Kommunikationstechnologien

Die **Statistiken zu Informations- und Kommunikationstechnologien** geben detaillierte Auskünfte über die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Informationstechnologien wie Computer, Netzwerke und Internet. Im Mittelpunkt der Erhebung stehen darüber hinaus insbesondere die verschiedenen Nutzungsaspekte des Internets, wie etwa Rechnungsstellung, E-Commerce, Social Media oder Cloud Computing. Ein sich jährlich in Teilen ändernder Merkmalskatalog gewährleistet die Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien. Er trägt so dem dynamischen Wandel der Informationsgesellschaft Rechnung.

Die IKT-Erhebung wird auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe als schriftliche Befragung bei maximal 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung EG Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft.

■ Handwerksunternehmen

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse stammen aus der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Die Tabellen 20.6.1 und 20.6.2 zeigen Ergebnisse zu tätigen Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen und Bundesländern für das Berichtsjahr 2012. Diese sind der **Handwerkszählung** entnommen. Tabelle 20.6.3 stellt Messzahlen zur Entwicklung der Jahre 2012, 2013 und 2014 für Gewerbegruppen und ausgewählte Gewerbe-zweige dar. Sie stammen aus der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung**.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die Handwerkszählung das statistische Unternehmensregister aus. Dadurch werden Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Bei der Handwerkszählung 1995 wurden noch Angaben bei ca. 563 000 Unternehmen erhoben.

Ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Verwaltungsdaten aus. Die zuvor durchgeführte Stichprobenerhebung bei rund 41 000 Handwerksunternehmen ist entfallen.

Methodik

■ Betriebe im Überblick

Durch Auswertungen aus dem statistischen **Unternehmensregister** zu Betrieben sowie zu deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten können wirtschaftliche Strukturen in Deutschland dargestellt werden. Die Auswertungen umfassen nahezu alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

Das statistische Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank der Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, z. B. aus den statistischen Rückläufen des Produzierenden Gewerbes, des Handels oder des Dienstleistungsbereichs. Die Statistischen Ämter der Länder führen das Unternehmensregister. Es dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die Zeitdifferenz zwischen dem Berichtszeitpunkt und dem Zeitpunkt, zu dem Daten aus dem Unternehmensregister planmäßig für die Nutzerinnen und Nutzer verfügbar werden, beträgt zurzeit knapp eineinhalb Jahre. Im Unternehmensregister lagen etwa Mitte 2014 qualitativ gesicherte Angaben aus administrativen Quellen zum Berichtsjahr 2012 bzw. zum Berichtsstichtag 31.12.2012 vor. Diese liegen den dargestellten Tabellen zu Grunde.

Die Auswertung des Unternehmensregisters für das Statistische Jahrbuch bezieht alle Betriebe ein, die zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2012) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) verfügten bzw. Einbetriebsunternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, aber mit steuerbarem Umsatz von mehr als 17 500 Euro, unabhängig davon, ob sie zu einem bestimmten späteren Stand des Unternehmensregisters noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht.

Vor allem die Datenlage in den Verwaltungen bestimmt die Qualität der Angaben des Unternehmensregisters. Mit der Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen und der kombinierten Plausibilisierung verbessert sich die Qualität der Angaben im Unternehmensregister insgesamt.

Glossar

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Betriebsaufgabe | Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Betriebsgründung | Gründung eines Betriebes durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\text{Bruttobetriebsüberschuss} = \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} - \text{Personalaufwendungen}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Hier wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Produktionswert minus Waren- und Dienstleistungskäufen insgesamt ermittelt.

Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger oder es bestehen gegen sie Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger und es bestehen gegen sie keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Eröffnetes Insolvenzverfahren | Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen, oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Gewerbegruppe | Die Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerks werden zu Gewerbegruppen zusammengefasst. Ergebnisse für die Gewerbegruppen zeigen die Tabellen 20.6.1 und 20.6.3. Eine detaillierte Aufstellung

der Gewerbegruppen und ihrer jeweiligen Gewerbebezüge finden Sie jeweils im Anhang der Fachserien der Handwerksstatistiken (Fachserie 4, Reihe 7.1 und 7.2).

Gewerbebezüge | Das sind die Handwerksberufe, die nach dem Verzeichnis der Gewerbe (Anlage A und B1 der Handwerksordnung in der gültigen Fassung) als zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Handwerksunternehmen | Das sind Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke betrieben werden können. Das Handwerk wird über bestimmte berufliche Tätigkeiten abgegrenzt. Es gibt Tätigkeiten, für deren berufliche Ausübung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Handwerksordnung regelt, welche Tätigkeiten dies sind und welche Voraussetzungen für deren Ausübung jeweils erfüllt sein müssen. In der Handwerksordnung werden zulassungspflichtige, zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe unterschieden, für deren Ausübung als stehendes Gewerbe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen. Die Ausübung zulassungspflichtiger Gewerbe ist nur den in der Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften gestattet. Wer demgegenüber den selbstständigen Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes beginnt, hat dies der Handwerkskammer anzuzeigen, in deren Bezirk seine gewerbliche Niederlassung liegt.

Insolvenzverfahren | Ziel eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. der Sanierung des Unternehmens. Den redlichen Schuldnerinnen und Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Es wird zwischen Regelinsolvenzverfahren und vereinfachten Insolvenzverfahren unterschieden.

Insolvenzantrag, mangels Masse abgewiesen | Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt seit 1.12.2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) | Der Begriff KMU umfasst Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen der Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003 wie folgt:

Größenklasse	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	bis 9 <i>und</i>	bis 2 Mill. Euro
Kleine Unternehmen	bis 49 <i>und</i>	bis 10 Mill. Euro <i>und</i> kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen	bis 249 <i>und</i>	bis 50 Mill. Euro <i>und</i> kein kleines Unternehmen
Großunternehmen	über 249 <i>oder</i>	über 50 Mill. Euro

Nachlassinsolvenzverfahren | Eine besondere Art des Insolvenzverfahrens und ein wichtiges Mittel zur Beschränkung der Haftung von Erbinnen und Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Glossar

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen, Pensionskassen und -fonds gehören Erträge aus Kapitalanlagen zum Produktionswert explizit dazu.

Regelinsolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei solchen natürlichen Personen, die selbstständig wirtschaftlich tätig sind. Dazu gehört u. a. auch die persönlich haftende Gesellschafterin bzw. der Gesellschafter einer OHG oder die Mehrheitsgesellschafterin bzw. der Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft. Das Regelinsolvenzverfahren findet auch Anwendung bei Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. die mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Sonstige Neugründung | Gründung der Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau). Dieses ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung.

Sonstige Stilllegung | Vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau), das nicht im Handelsregister eingetragen war und keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigte. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stilllegung.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Wirtschaftsabschnitt K | Hier werden Umsatzäquivalente verwendet, für Versicherungen sind dies die gebuchten Bruttobeiträge und für Pensionskassen und -fonds die Pensionsbeiträge.

Unternehmen | In der amtlichen Statistik wird ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Vereinfachte Insolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen wird hier der Wert der erhaltenen Rückversicherungsdienstleistungen plus Provisionen und sonstige externe Aufwendungen verstanden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Produzierenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42, Daten zu *kleinen und mittleren Unternehmen* unter Code 48121, Daten zu *auslandskontrollierten Unternehmen* unter Code 48131, Daten zu *Gewerbeanzeigen* unter Code 523, Daten zu *Insolvenzen* unter Code 524, Daten zu *IKT* unter Code 52911, Daten zum *Handwerk* unter Code 53

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmen im Überblick

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2	Indizes für das Produzierende Gewerbe
Reihe 3	Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 5	Baugewerbe
Reihe 6	Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/12	Unternehmen unter ausländischer Kontrolle
Heft 1/14	Die wirtschaftliche Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland
Heft 12/14	Die wirtschaftliche Bedeutung auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland 2012

STATmagazin

Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln (2011)

■ Gewerbeanzeigen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen
---------	-----------------

■ Insolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1	Insolvenzverfahren
-----------	--------------------

■ Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/09	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
Heft 12/10	Statistische Analyse des Einflusses von IKT auf die Produktivität von Unternehmen

Fachberichte

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen 2014
E-Commerce in Unternehmen 2012
IKT-Branche in Deutschland 2010

Mehr zum Thema

■ **Handwerksunternehmen**

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 7.1 | Beschäftigte und Umsatz im Handwerk – Messzahlen und Veränderungsraten
Reihe 7.2 | Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/08 | Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk
Heft 1/12 | Handwerkszählung 2008





21 Verarbeitendes Gewerbe

6,1 Millionen Personen waren 2014 in **45 000 Betrieben** tätig |

Erzeugnisse im Wert von rund **1 760 Milliarden Euro** umgesetzt |

46 % des Umsatzes **exportiert** | **Größte Bereiche** sind

Maschinenbau mit 1 Million Beschäftigten und **Herstellung von**

Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 797 000 Beschäftigten |

2014 Baumaschinen im Wert von **5,5 Milliarden Euro** hergestellt

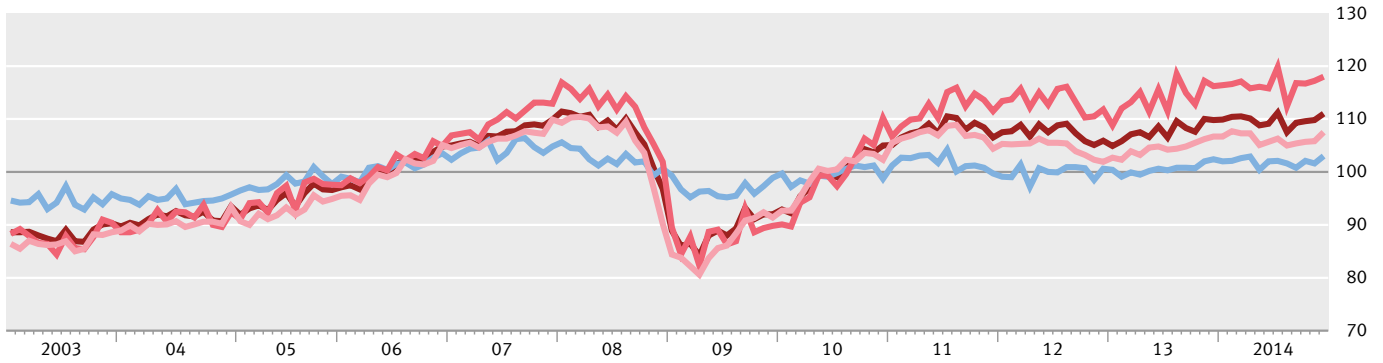
<i>Seite</i>	
535	Auf einen Blick
	Tabellen
536	Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach Beschäftigtengrößenklassen
539	Indizes Auftragseingang Produktion Umsatz
542	Produktion ausgewählter Erzeugnisse
547	Methodik
548	Glossar
549	Mehr zum Thema

21.0 Auf einen Blick

■ Verarbeitendes Gewerbe
 ■ Vorleistungsgüter
 ■ Investitionsgüter
 ■ Konsumgüter

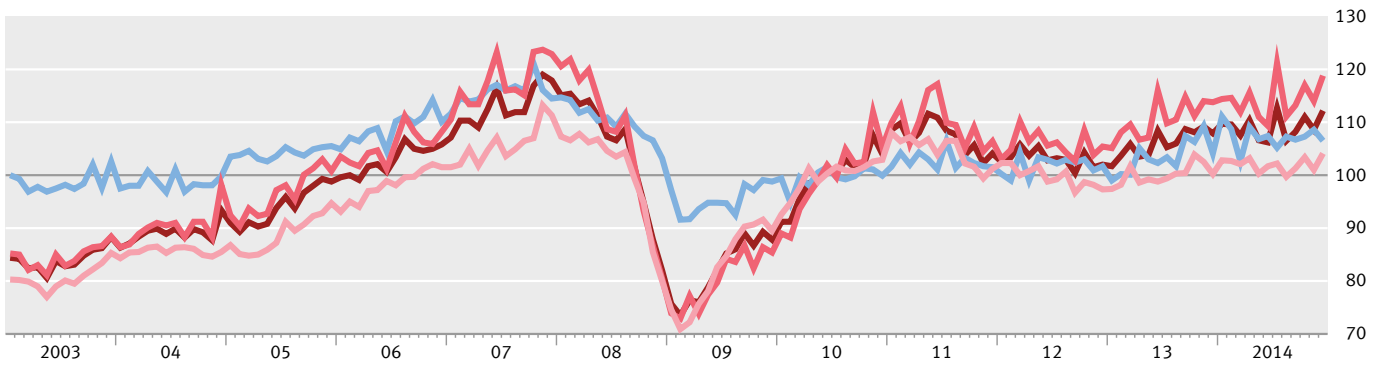
Produktionsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



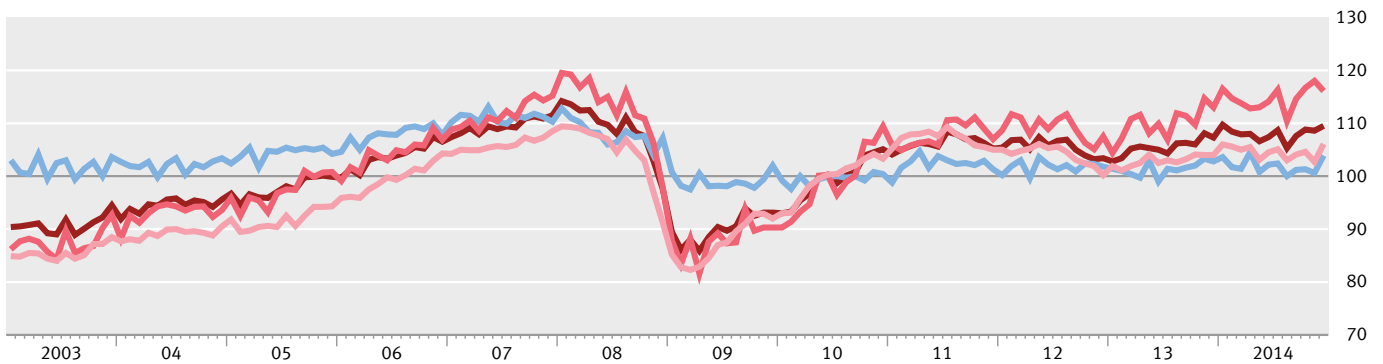
Auftragsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



Umsatzindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



2015 - 01 - 0250

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.1 Nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹	Entgelte	Umsatz ²	Exportquote ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR		%
2011	44 865	5 901	247 693	1 749 786	44,3
2012	45 274	5 985	259 224	1 755 473	44,9
2013	45 424	6 008	267 804	1 750 121	45,8
2014	45 253	6 075	277 599	1 760 139	46,3
davon (2014):					
Baden-Württemberg	8 257	1 235	60 744	328 262	54,3
Bayern	6 996	1 222	58 683	328 578	51,2
Berlin	730	94	4 468	24 150	53,6
Brandenburg	1 200	99	3 391	26 031	28,0
Bremen	275	51	2 741	23 474	56,2
Hamburg	445	86	5 077	79 154	25,7
Hessen	2 840	406	19 408	112 152	50,8
Mecklenburg-Vorpommern	696	56	1 619	14 009	30,8
Niedersachsen	3 569	530	24 505	196 428	45,0
Nordrhein-Westfalen	10 038	1 220	55 772	337 698	43,1
Rheinland-Pfalz	2 202	289	13 397	90 487	53,1
Saarland	487	92	4 095	26 376	46,6
Sachsen	3 050	271	8 981	60 917	37,5
Sachsen-Anhalt	1 480	134	4 275	41 747	27,6
Schleswig-Holstein	1 213	122	5 278	38 623	40,6
Thüringen	1 775	169	5 165	32 054	30,6

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

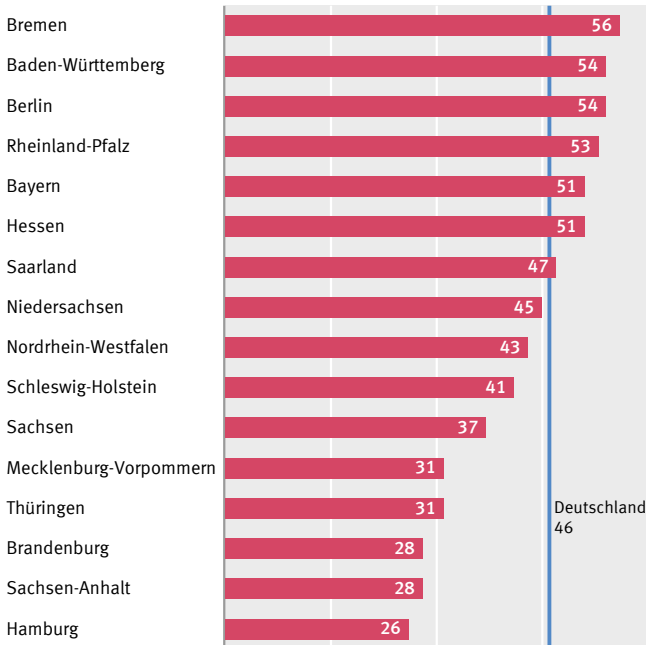
1 Stand: Ende September.

2 Ohne Umsatzsteuer.

3 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

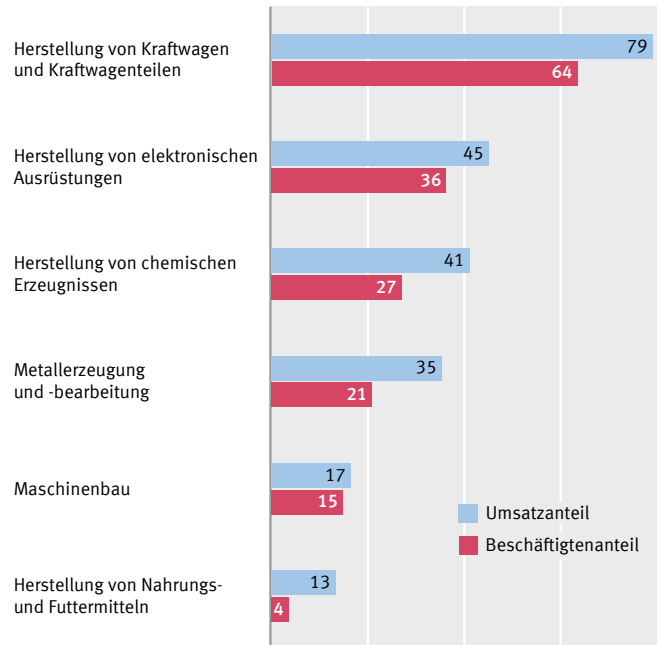
Exportquote 2014

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in %



Unternehmenskonzentration 2013

Anteil der zehn größten Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am Branchenumsatz und deren Beschäftigtenanteil, in %



2015 - 01 - 0251

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.2 Nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Betriebe ¹²	Tätige Personen ¹²	Entgelte	Umsatz ¹³	Exportquote ¹⁴	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		2014					2013
		Anzahl	1 000	Mill. EUR		%	Mill. EUR
	Insgesamt	45 253	6 075	277 599	1 760 139	46,3	55 877
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 068	56	2 625	11 114	14,4	1 231
05	Kohlenbergbau	25	26	1 319	2 572	5,5	564
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	29	3	239	3 527	.	308
07	Erzbergbau	-	-	-	-	-	-
08	Gew. von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	997	25	934	4 657	13,9	322
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	17	2	133	358	.	36
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 185	6 018	274 974	1 749 025	46,5	54 647
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 267	499	13 983	151 389	21,6	3 523
11	Getränkeherstellung	561	61	2 517	20 793	11,1	925
12	Tabakverarbeitung	27	10	582	12 811	11,5	238
13	H. v. Textilien	711	63	2 046	11 576	45,3	322
14	H. v. Bekleidung	272	31	1 011	7 588	37,7	92
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	128	17	569	3 429	29,9	139
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	1 170	80	2 605	19 286	23,2	512
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	919	131	5 296	37 095	39,4	1 284
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1 347	100	3 404	15 345	13,2	587
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	67	18	1 228	83 472	10,5	706
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 611	332	18 720	145 170	58,5	5 559
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	330	112	6 471	45 662	65,9	1 333
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 208	386	14 330	75 697	36,9	2 640
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 131	185	7 046	37 704	23,8	1 623
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 054	252	11 731	95 761	40,7	2 911
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 626	653	24 842	107 707	30,4	3 921
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 859	282	14 307	68 263	58,8	2 429
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 223	414	19 812	89 497	48,6	2 809
28	Maschinenbau	6 136	1 019	50 824	230 733	60,8	5 935
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 312	797	47 757	370 978	63,9	13 769
30	Sonstiger Fahrzeugbau	320	124	7 341	41 611	64,7	1 115
31	H. v. Möbeln	1 011	101	3 526	18 175	28,8	446
32	H. v. sonstigen Waren	1 620	151	5 745	26 328	52,4	1 125
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 275	198	9 283	32 955	23,6	701

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

4 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.3 Betriebe, tätige Personen und Umsatz nach Beschäftigtengrößeklassen 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Anzahl	%					
Betriebe¹²								
	Insgesamt	45 253	49,7	22,4	17,7	6,2	2,5	1,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 068	87,1	6,6	3,5	1,1	0,9	0,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 185	48,8	22,8	18,1	6,3	2,6	1,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 267	55,4	20,4	16,6	5,3	1,7	0,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 611	35,5	26,2	22,0	9,1	4,0	3,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 208	40,5	27,2	22,5	6,4	2,4	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 054	28,4	24,5	24,3	12,6	6,1	4,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 626	55,2	24,4	14,6	3,9	1,5	0,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 859	42,5	23,8	20,5	8,1	3,0	2,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 223	39,3	23,7	21,4	8,8	3,8	3,0
28	Maschinenbau	6 136	39,5	24,7	20,9	9,1	3,7	2,2
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 312	27,9	19,9	24,0	12,2	8,2	7,9

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		1 000	%					
Tätige Personen in Betrieben¹²								
	Insgesamt	6 075	10,8	11,8	20,4	16,0	12,8	28,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	56	25,8	8,5	10,0	8,2	13,9	33,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 018	10,7	11,8	20,5	16,0	12,8	28,2
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	499	17,0	15,3	27,1	19,2	12,5	8,9
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	332	5,4	9,3	16,4	15,3	13,2	40,5
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	386	11,1	16,0	28,5	18,3	13,4	12,6
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	252	3,9	7,3	16,4	17,9	17,1	37,4
25	H. v. Metallerzeugnissen	653	20,7	19,8	25,9	15,8	11,8	6,0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	282	9,3	11,4	20,7	18,1	13,6	27,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	414	6,9	9,0	17,9	17,0	14,3	35,0
28	Maschinenbau	1 019	7,3	10,5	19,5	18,8	15,3	28,5
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	797	1,5	2,4	6,4	7,1	9,2	73,4

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Mill. EUR	%					
Umsatz in Betrieben¹³								
	Insgesamt	1 760 139	6,2	7,8	16,5	15,1	13,5	40,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11 114	42,3	12,5	10,4	9,1	10,1	15,6
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 749 025	6,0	7,8	16,5	15,2	13,5	41,0
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	151 389	11,0	13,9	30,8	22,4	13,7	8,3
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	145 170	5,3	8,7	16,5	14,1	12,0	43,4
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	75 697	8,7	14,0	26,8	19,3	15,7	15,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	95 761	2,3	5,5	12,1	15,3	19,2	45,5
25	H. v. Metallerzeugnissen	107 707	15,4	17,9	26,2	18,1	14,9	7,6
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	68 263	5,4	7,9	17,8	17,5	14,0	37,3
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	89 497	4,8	6,4	16,1	17,1	14,1	41,5
28	Maschinenbau	230 733	4,9	7,5	16,3	18,8	18,1	34,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	370 978	0,7	1,7	3,6	4,0	6,0	84,1

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.1 Auftragseingang (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Auftragseingänge** aus dem Inland und aus dem Ausland bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2009	2010	2011	2012	2013	2014
		2010 = 100					
C	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	82,3	100	107,6	103,1	105,7	108,7
	Inland	86,1	100	107,2	100,8	101,4	103,1
	Ausland	79,2	100	107,8	105,0	109,1	113,4
	Vorleistungsgüter	82,4	100	104,9	99,6	99,7	101,7
	Inland	81,6	100	105,2	98,9	98,9	99,4
	Ausland	83,2	100	104,7	100,5	100,6	104,3
	Investitionsgüter	80,5	100	110,0	105,7	110,2	114,0
	Inland	88,4	100	110,1	103,2	104,5	107,4
	Ausland	75,5	100	110,0	107,2	113,8	118,1
	Konsumgüter	95,5	100	103,1	101,8	103,1	106,9
	Inland	98,9	100	102,5	97,0	97,4	98,9
	Ausland	92,5	100	103,6	105,9	107,9	113,7
	Gebrauchsgüter	87,2	100	105,3	98,6	100	100,2
	Inland	94,9	100	110,4	101,1	101,2	100,2
	Ausland	80,4	100	100,9	96,4	99,0	100,2
	Verbrauchsgüter	98,7	100	102,3	102,9	104,1	109,2
	Inland	100,3	100	99,8	95,5	96,1	98,5
	Ausland	97,1	100	104,5	109,2	111,0	118,3
13	H. v. Textilien	89,7	100	97,0	90,2	91,6	95,7
	Inland	90,0	100	96,2	87,9	87,0	88,8
	Ausland	89,2	100	97,9	93,0	97,0	103,8
14	H. v. Bekleidung	100,7	100	103,5	98,8	94,1	98,5
	Inland	99,9	100	103,3	97,3	93,0	96,2
	Ausland	102,0	100	103,6	101,2	95,8	102,2
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	90,9	100	98,6	96,7	96,2	95,5
	Inland	91,9	100	100	96,7	95,0	96,4
	Ausland	89,5	100	96,5	96,8	97,8	94,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	84,1	100	100,9	98,0	96,6	96,4
	Inland	84,1	100	101,9	97,9	96,9	95,3
	Ausland	84,2	100	100,1	98,0	96,4	97,3
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	99,7	100	102,9	105,6	108,7	115,5
	Inland	102,2	100	97,1	92,3	94,4	97,9
	Ausland	97,9	100	106,4	113,7	117,5	126,3
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	77,1	100	102,4	97,7	96,3	98,8
	Inland	74,7	100	101,4	96,0	95,5	93,7
	Ausland	81,1	100	104,1	100,2	97,5	107,0
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	83,6	100	111,0	107,4	108,8	110,9
	Inland	84,7	100	112,1	107,5	108,2	109,4
	Ausland	81,1	100	108,8	107,1	110,0	113,8
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	85,8	100	103,7	100,2	101,8	109,7
	Inland	89,5	100	106,2	102,5	102,5	111,0
	Ausland	82,6	100	101,9	98,5	101,2	108,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	83,3	100	111,3	102,3	103,8	102,7
	Inland	83,0	100	109,4	97,8	98,8	97,4
	Ausland	83,7	100	113,5	107,2	109,3	108,7
28	Maschinenbau	75,6	100	113,7	106,6	106,8	109,5
	Inland	79,4	100	115,3	106,4	106,9	109,0
	Ausland	73,4	100	112,9	106,7	106,8	109,9
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	82,1	100	106,1	105,9	109,4	116,6
	Inland	89,4	100	105,1	101,4	102,7	108,4
	Ausland	77,9	100	106,6	108,4	113,2	121,3
30	Sonstiger Fahrzeugbau	77,7	100	130,4	100,4	141,6	128,6
	Inland	117,3	100	132,2	95,1	108,0	98,3
	Ausland	60,7	100	129,6	103,1	158,2	143,5

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Ausgewählte Wirtschaftszweige lt. EU-Verordnung (EG) Nr. 1893/2006.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.2 Produktion

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Produktionsleistung**, bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2009	2010	2011	2012	2013	2014
		2010 = 100					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	89,5	100	108,3	107,1	106,9	108,9
	Vorleistungsgüter	86,9	100	107,3	104,5	104,0	105,9
	Investitionsgüter	88,3	100	112,4	113,2	113,4	116,1
	Konsumgüter	96,9	100	102,2	99,8	100,2	101,6
	Gebrauchsgüter	91,3	100	104,6	100,5	99,6	100
	Verbrauchsgüter	97,9	100	101,7	99,6	100,3	101,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	108,7	100	100,2	94,3	83,4	82,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	89,3	100	108,5	107,3	107,2	109,3
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	98,2	100	100,6	100,6	100,4	100,5
11	Getränkeherstellung	98,6	100	103,6	103,2	103,7	104,9
12	Tabakverarbeitung	117,0	100	96,1	81,6	76,7	72,6
13	H. v. Textilien	89,3	100	101,5	94,0	93,4	95,7
14	H. v. Bekleidung	100,3	100	98,8	89,5	86,8	91,4
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	92,6	100	106,2	96,7	96,3	110,1
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	94,1	100	116,2	115,6	113,7	111,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	92,5	100	100,6	98,5	97,0	96,1
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	99,0	100	101,2	98,1	93,8	94,0
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	101,5	100	99,9	101,6	98,8	98,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	85,1	100	101,0	98,1	98,6	97,3
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	99,4	100	104,8	102,4	107,8	113,4
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	88,4	100	105,8	103,7	105,2	105,7
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	93,1	100	108,1	103,3	102,8	105,1
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	82,6	100	104,7	100,8	100,2	103,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	87,3	100	111,7	110,0	111,1	114,2
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	86,1	100	114,1	112,0	111,5	115,6
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	85,0	100	108,6	105,0	101,7	103,5
28	Maschinenbau	90,3	100	113,7	115,1	113,2	114,6
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	79,8	100	113,2	112,7	114,1	119,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	105,7	100	113,4	119,7	124,4	126,4
31	H. v. Möbeln	98,2	100	103,3	101,6	96,8	97,4
32	H. v. sonstigen Waren	92,8	100	104,6	108,4	111,3	115,6
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	97,0	100	108,1	107,9	109,4	111,1

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.3 Umsatz (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten Umsätze, bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2009	2010	2011	2012	2013	2014
		2010 = 100					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	90,3	100	106,6	105,2	104,8	107,3
	Vorleistungsgüter	87,7	100	107,4	104,0	102,5	104,2
	Investitionsgüter	88,4	100	108,3	108,8	109,4	114,2
	Konsumgüter	99,2	100	102,6	101,7	101,0	101,6
	Gebrauchsgüter	92,8	100	104,9	100,9	99,6	100,7
	Verbrauchsgüter	100,3	100	102,3	101,8	101,2	101,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	96,2	100	98,3	83,2	73,8	67,5
C	Verarbeitendes Gewerbe	90,3	100	106,7	105,4	105,0	107,6
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	99,9	100	102,4	102,8	102,7	102,1
11	Getränkeherstellung	102,7	100	102,8	103,7	102,5	101,7
12	Tabakverarbeitung	108,2	100	88,7	76,0	68,4	74,8
13	H. v. Textilien	90,8	100	99,3	92,2	93,4	95,9
14	H. v. Bekleidung	99,4	100	102,7	99,6	93,9	95,2
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	85,0	100	108,3	101,6	99,5	109,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	95,2	100	103,7	102,8	101,4	103,3
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	93,2	100	101,0	98,4	97,3	96,3
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	100,5	100	100,3	97,2	93,6	93,5
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	97,1	100	98,4	95,6	96,2	90,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	84,4	100	101,9	98,9	97,8	98,7
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	100,9	100	103,6	106,7	110,1	113,9
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	89,2	100	106,2	104,5	105,8	106,5
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	94,6	100	105,7	101,3	101,1	102,6
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	87,1	100	108,9	105,6	102,3	102,9
25	H. v. Metallerzeugnissen	90,3	100	112,2	111,5	112,5	113,8
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	89,6	100	110,9	106,4	107,4	113,9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	86,2	100	112,6	107,3	102,6	102,8
28	Maschinenbau	93,1	100	116,0	117,3	114,7	117,4
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	82,6	100	107,5	106,8	108,4	115,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	93,6	100	92,6	98,1	102,0	119,4
31	H. v. Möbeln	99,5	100	103,2	101,4	96,8	97,4
32	H. v. sonstigen Waren	92,0	100	104,3	107,6	109,9	112,8
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	96,5	100	97,6	95,2	95,9	93,7

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2014

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Erdöl und Erdgas					
Rohöl	1 000 t	2 048	2,9	.	.
Erdgas	1 000 MWh	82 534	- 8,1	833	- 12,6
Steine und Erden					
Kalkstein (ohne gebrochene Kalksteine für den Tiefbau und ohne Naturwerksteine)	1 000 t	15 171	- 1,2	212	1,7
Bausand u. a. natürliche Sande	1 000 t	71 841	8,8	375	5,6
Feldsteine, Kies, gebrochene Natursteine	1 000 t	185 474	- 1,0	1 246	1,9
Nahrungsmittel					
Würste und ähnliche Erzeugnisse	1 000 t	1 469	0,7	7 012	- 0,2
Fischfilets, gefroren	1 000 t	42	- 9,3	126	- 7,2
Lachs, Heringe und andere geräucherte Fische	1 000 t	24	8,0	252	9,5
Frucht- und Gemüsesäfte (nicht gefroren)	Mill. l	.	.	1 958	- 3,7
Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und -pasten	1 000 t	237	2,3	512	- 6,6
Margarine (ohne flüssige Margarine)	1 000 t	372	- 4,0	373	- 13,5
Butter	1 000 t
Buttermilch, Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt u. a. fermentierte Erzeugnisse, flüssig	1 000 t	2 512	- 1,8	3 232	1,2
Speiseeis, auch kakaohaltig	1 000 l	587 449	1,4	770	4,9
Mehl von Getreide	1 000 t	5 812	1,5	1 727	- 10,4
Frisches Brot, Brötchen u. ä. ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten	1 000 t	4 828	0,9	9 511	0,0
Feine Backwaren, gesüßt, auch gefroren	4 575	1,1
Leb- und Honigkuchen u. ä. Kekse u. ä. Kleingebäck, gesüßt; Waffeln	1 000 t	658	2,2	2 034	- 5,0
Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt	1 000 t	267	- 2,6	.	.
Weißzucker	1 000 t	3 816	11,5	2 059	- 12,3
Schokolade u. a. kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln	1 000 t	1 367	- 0,7	5 812	- 5,5
Kaffee, geröstet	1 000 t	531	- 4,2	1 567	5,2
Fertiggerichte	1 000 t	1 129	- 0,9	3 081	2,1
Getränke					
Spirituosen	1 000 hl	.	.	1 039	- 2,5
Bier aus Malz (ohne alkoholfreies Bier)	1 000 hl	84 280	0,5	5 804	4,0
Mineral-, Tafel- und Heilwasser (ohne Quellwasser)	1 000 l	12 664 594	- 0,4	2 377	1,8
Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 l	8 725 829	- 3,3	4 608	- 1,3
Nektare	1 000 l
Andere nicht alkoholhaltige Getränke (ohne Milchfettgehalt)	1 000 l	2 272 568	2,1	1 427	5,7
Tabakerzeugnisse					
Zigarren, Stumpfen und Zigarillos, Tabak enthaltend	Mill. St	2 582	0,8	258	- 2,1
Zigaretten, Tabak enthaltend	Mill. St	178 943	- 1,6	1 486	- 2,5
Textilien					
Garne	1 000 t	81	- 7,5	448	- 4,0
Gewebe	1 000 m ²	883 595	0,5	1 371	0,7
Teppiche	1 000 m ²	79 023	1,8	658	- 1,7
Bekleidung					
Strumpfhosen	1 000 St	35 881	- 11,9	22	- 6,9
Herren-, Damen-, Kinderstrümpfe u. a. Strumpfwaren	1 000 Paar	72 033	1,5	459	7,2
Pullover, Strickjacken, Westen u. ä. Waren	1 000 St	3 442	- 7,0	65	7,1
Oberbekleidung für Männer oder Knaben (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 244	13,2	285	11,1
Oberbekleidung für Frauen oder Mädchen (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 751	10,7	217	8,7
Sport-, Bade- und Strandbekleidung	1 000 St	1 112	1,3	40	2,8
Lederbekleidung	1 000 St	.	.	31	- 4,0
Unterwäsche für Männer oder Knaben	1 000 St	4 692	- 18,6	44	- 7,4
Unterwäsche für Frauen oder Mädchen	1 000 St	12 985	- 0,7	81	4,6
T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken	1 000 St	12 175	- 9,8	138	- 4,4
Leder und Lederwaren					
Rind- und Kalbleder, enthaart	t	17 337	23,2	404	20,5
Reisekoffer, Handkoffer, Kosmetikkoffer und Dokumentenkoffer, Aktentaschen, Schulranzen u. ä. Behältnisse	1 000 St	288	20,2	10	10,4
Schuhe mit Oberteil aus Leder (ohne Sportschuhe)	1 000 Paar	27 477	73,6	513	40,7
Schuhe mit einem Metallschutz in der Vorderkappe	1 000 Paar	4 967	4,1	249	8,1
Holz und Holzwaren					
Schnittholz (ohne Stäbe u. Friese für Parkett aus Eichenholz)	1 000 m ³	18 280	.	3 705	1,4

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2014

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Laminatböden	1 000 m ²	186 614	- 6,5	895	- 7,5
Parkettböden	1 000 m ²	8 010	- 20,4	192	- 19,9
Fenster, Fenstertüren, Rahmen und Verkleidungen dafür	1 000 St	2 191	- 2,1	840	- 3,1
Türen und Rahmen, Türverkleidungen (auch Türschwellen)	1 000 St	11 407	2,5	1 137	2,6
Papier					
Zeitungsdruckpapier	1 000 t	2 147	0,4	976	0,0
Wellpapier u. -pappe	1 000 t	1 790	- 24,6	1 241	- 14,0
Verpackungsmittel aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen	1 000 t	6 524	0,3	.	.
Etiketten aus Papier und Pappe	1 000 t	174	9,1	1 386	6,0
Druckerzeugnisse					
Geschäftsdrucksachen und andere Drucke	1 851	- 1,2
Kataloge, Plakate, Werbedrucke, Kalender aller Art	5 590	0,8
Zeitungen und Zeitschriften	2 630	0,5
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse					
Koks u. Schmelzkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf	1 000 t-Trocken	7 528	- 11,3	619	- 31,2
Motorenbenzin (einschl. Flugbenzin)	1 000 t	19 599	- 1,3	4 654	- 13,4
Leichtöl, leichtes Rohbenzin	1 000 t	5 149	1,2	2 256	- 5,2
Flugturbinenkraftstoff aus Leuchtöl (Kerosin)	1 000 t	4 894	2,4	1 997	- 8,6
Dieselmotorkraftstoff	1 000 t	29 942	0,6	8 295	- 10,8
Heizöl, leicht	1 000 t	12 925	- 9,0	4 390	- 17,0
Schmieröle	1 000 t	2 560	7,5	3 427	- 2,1
Flüssiggas	1 000 t	2 555	- 5,8	486	- 10,2
Chemische Erzeugnisse					
Chlor	1 000 t	2 446	7,7	416	- 2,7
Ruß	1 000 t	.	.	583	1,5
Wasserstoff	Mill. m ³	1 714	- 3,7	241	- 4,4
Sauerstoff	Mill. m ³	.	.	362	9,6
Stickstoff	Mill. m ³	.	.	256	2,0
Schwefelsäure einschl. Oleum, ber. auf SO ₂	1 000 t	2 024	6,6	117	- 8,9
Ammoniak, ber. auf N	1 000 t	747	- 18,7	321	- 12,9
Natriumhydroxid, ber. auf NaOH	1 000 t
Aluminiumhydroxid, ber. auf Al ₂ O ₃	1 000 t	.	.	379	1,1
Ethylen	1 000 t	2 762	6,0	1 035	- 8,8
Propylen	1 000 t	2 816	2,6	1 286	- 2,3
Natriumcarbonat, ber. auf Na ₂ CO ₃	1 000 t	.	.	274	3,3
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	1 351	- 0,1	1 037	- 5,7
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Wirkstoffgewicht)	1 000 t	188	3,4	3 103	11,2
Kunststoffe	1 000 t	17 103	1,0	24 312	- 2,7
Synthetischer Kautschuk und Faktis	1 000 t	1 269	10,5	1 321	4,7
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	336	- 4,2	790	- 3,7
Texturierte Garne u. a. Garne, ungezwirnt	1 000 t	40	10,0	248	44,6
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Acryl oder Vinylpolymeren	1 000 t	1 024	4,9	1 810	10,6
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Alkydharzen	1 000 t	67	- 7,8	274	- 3,9
Organische Löse- und Verdünnungsmittel	1 000 t	224	- 3,4	347	- 2,5
Druckfarben	1 000 t	528	- 1,4	1 524	- 1,0
Arzneiwaren	21 765	5,3
Organische grenzflächenaktive Stoffe (ohne Seifen)	1 000 t	.	.	1 760	.
Seifen	1 000 t	.	.	217	3,1
Universalwaschmittel	1 000 t	404	- 21,1	682	- 22,4
Geschirrspülmittel	1 000 t	255	- 28,8	360	- 21,0
Photochemische Erzeugnisse	699	- 0,4
Duftstoffe und Körperpflegemittel	5 116	4,2
dar. Körperpflegemittel	4 630	4,2
Klebstoffe	1 000 t	834	- 5,0	1 600	- 0,7
Gummi- und Kunststoffwaren					
Gummiwaren					
Bereifungen, neu	1 000 St	72 790	2,2	3 421	- 0,8
dar. Luftreifen für Pkw, neu	1 000 St	60 016	1,2	2 479	- 2,6

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2014

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Kunststoffwaren					
Rohre und Schläuche, nicht biegsam	1 000 t	529	6,2	1 394	4,9
Monofile	1 000 t	819	- 2,2	2 341	- 1,7
Verpackungsmittel, Lager- und Transportbehälter	.	.	.	3 834	5,6
Badewannen, Duschen und Waschbecken	1 000 St	1 110	- 5,4	158	- 7,0
Fenster, Fensterbänke	1 000 St	11 121	- 2,9	2 855	- 2,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden					
Mehrschichten-Isolierverglasung	1 000 m ²	21 859	- 4,2	1 031	- 1,7
Flaschen bis 2,5 l	Mill. St	9 092	5,3	987	3,9
Geschirr, aus Porzellan	1 000 t	43	1,7	436	0,2
Geförnte feuerfeste keramische Bauteile	1 000 t	784	0,3	778	1,8
Fliesen, Boden- und Wandplatten	1 000 m ²	54 656	- 2,2	539	2,7
Mauerziegel, Ziegel für Boden- u. Straßenbeläge	1 000 m ³	6 968	- 2,1	559	2,0
Dachziegel	1 000 St	660 167	2,0	703	6,4
Zement	1 000 t	31 717	2,6	2 126	4,2
Kalk	1 000 t	7 100	- 1,1	552	- 1,7
Gips	1 000 t	2 835	1,4	287	5,0
Baublöcke und Mauersteine aus Kalksandstein	1 000 m ³	3 580	2,2	294	3,6
Dachsteine aus Beton	Mill. St	189	- 0,7	212	0,4
Gipskartonplatten, gem. DIN 18 180	1 000 m ²	218 075	1,8	290	2,9
Transportbeton	1 000 m ³	34 558	0,1	2 358	2,6
Schleifkörper	1 000 t	62	1,9	563	3,8
Eisen- und Stahlerzeugnisse					
Blöcke, Strangguss, Flüssigstahl, aus unlegiertem Stahl	1 000 t	6 968	- 2,1	2 630	- 11,6
Gewalztes Halbzeug	1 000 t	4 445	9,3	795	- 3,5
Warmbreitband mit einer Breite von 600 mm oder mehr	1 000 t	8 523	- 2,8	3 940	- 5,5
Breitflachstahl, Quartblech	1 000 t	3 011	10,4	2 183	.
Walzdraht, warmgewalzt	1 000 t	5 157	- 0,8	2 178	- 7,6
Betonstahl in Stäben, warmgewalzt	1 000 t	2 422	- 2,1	721	- 9,7
Kaltgewalzte Bleche in Rollen oder Tafeln	1 000 t	3 590	2,4	2 617	- 6,8
Schmelztauchveredelte Bleche	1 000 t
Rohre und Hohlprofile, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	69	12,2	230	0,4
Präzisionsstahlrohre, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	331	8,3	480	5,8
Kaltgewalzter Bandstahl (ohne Elektrobund)	1 000 t	1 061	- 1,6	921	- 4,6
NE-Metalle und -erzeugnisse					
Silber, in Rohform oder als Pulver	t	1 567	13,5	748	- 13,8
Gold, in Rohform oder als Pulver	t	55	10,9	1 671	- 2,2
Aluminiumlegierungen, Primäraluminium	1 000 t	314	15,6	482	15,0
Aluminiumlegierungen, Sekundäraluminium	1 000 t	872	7,8	978	7,9
Kupferlegierungen, in Rohformen	1 000 t	51	5,3	265	0,7
Gießereierzeugnisse					
Teile aus					
Gusseisen mit Kugelgraphit	1 000 t	1 398	.	2 534	1,7
Stahlguss	1 000 t
Leichtmetallguss	1 000 t	705	6,9	4 817	5,9
Buntmetallguss	1 000 t	71	.	680	4,1
Metallerzeugnisse					
Brücken und -elemente	1 000 t	79	20,0	228	20,1
Türme und Gittermaste	1 000 t	295	- 24,8	546	- 33,1
Andere Konstruktionen und Teile	1 000 t	.	.	5 529	.
darunter:					
Skelettkonstruktionen	1 000 t	375	- 3,0	904	- 0,8
Stütz- und Trägerkonstruktionen	1 000 t	587	- 3,6	1 529	- 0,2
Tore, Türen, Fenster, deren Rahmen und Verkleidungen aus Stahl	1 000 St	968	2,8	908	1,3
Zentralheizungskessel (ohne Dampfkessel)	1 000 St	.	.	779	- 10,0
Blechformteile aus Stahl und NE-Metall	1 000 t	4 489	2,3	12 715	0,8
Drehteile aus Metall für Armaturen, Maschinenbau, Fahrzeuge	.	.	.	4 135	5,3
Drehteile aus Metall für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	.	.	.	2 750	8,9
Werkzeuge für die Holzbearbeitung	t
Haushaltswerkzeuge	t	2 570	1,2	43	5,9

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2014

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Beschläge für Kraftfahrzeuge	1 000 t	216	- 4,9	1 658	- 1,3
Baubeschläge für Türen und Fenster	1 000 t	178	1,3	1 449	2,0
Abwasch- und Waschbecken aus Stahl (nicht rostend)	1 000 St	2 560	- 3,1	151	- 4,3
Koch-, Brat- und Backgeschirr aus Stahl (nicht rostend)	t	6 923	22,1	.	.
Briefkästen und Kastenanlagen	t	5 271	3,9	93	1,1
Maschinen					
Verbrennungsmotoren und Turbinen	1 000 St	343	19,1	8 031	10,3
Flüssigkeitspumpen	1 000 St	71 833	7,3	4 715	2,4
Luft- oder Gaskompressoren	1 000 St	13 567	4,0	4 776	- 2,4
Armaturen	1 000 t	448	- 1,6	7 734	1,1
dar. Sanitärarmaturen	1 000 t	.	.	2 650	.
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebs Elemente	1 000 t	1 139	26,7	12 463	6,8
Krane	1 000 St	53	2,9	1 963	.
Elektrokraftkarren u. a. mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren	1 000 St	173	11,8	2 870	13,3
Büromaschinen	1 000 St
Klimageräte	1 000 St	11 772	.	.	.
Verpackungsmaschinen	1 000 St	51	- 4,9	4 600	6,4
Haushalts-, Personenwaagen; Waagen für Stetigförderer, Absack-, Abfüll-, Dosier- u. a. Waagen	1 000 St	310	0,9	727	5,4
Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen	1 000 St	51	- 21,3	2 464	- 13,6
Erntemaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	61	- 14,9	2 400	- 7,2
Werkzeugmaschinen zur Span abhebenden Bearbeitung	1 000 St	84	20,3	7 982	- 0,4
dar. Drehmaschinen	1 000 St	7	4,0	1 551	0,6
Werkzeugmaschinen zur spanlosen Bearbeitung	1 000 St	52	7,3	2 819	- 12,6
Holzbearbeitungsmaschinen	1 000 St	66	- 21,2	.	.
Handgeführte Maschinen und Druckluftwerkzeuge	1 000 St	8 321	4,3	1 445	9,1
Löt- und Schweißmaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	1 412	.	.	.
Maschinen für die Metallerzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	St	1 177	- 16,6	1 861	10,9
Bau- und Baustoffmaschinen	1 000 St	195	- 8,4	5 540	- 0,5
Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung	1 000 St	367	3,8	3 518	3,2
Spinnmaschinen	1 000 St	16	- 11,5	1 454	4,1
Maschinen für das Papiergewerbe	1 000 St	19	- 39,9	798	- 15,7
Maschinen für das Druckgewerbe	1 000 St	30	- 9,5	2 338	- 7,4
Kunststoffmaschinen	1 000 St	42	7,7	4 790	- 0,9
Elektrische Haushaltsgeräte					
Kühl-, Gefrierschränke; Tiefkühltruhen	1 000 St	2 615	- 1,3	1 218	- 1,2
Haushaltsgeschirrspülmaschinen	1 000 St
Küchenherde, Kochplatten, Grill- und Bratgeräte, andere elektrische Öfen	1 000 St	5 296	8,0	1 443	0,3
Elektrische Durchlauferhitzer	1 000 St	894	- 4,9	172	- 4,9
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St	14 565	2,2	3 424	0,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.					
Elektromotoren und -generatoren	1 000 St	92 734	1,9	.	.
Transformatoren	1 000 St	48 844	- 8,8	1 534	- 10,1
Steckvorrichtungen u. a. Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektr. Stromkreisen	Mill. St	.	.	4 610	7,2
Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	1 000 St	140 412	9,6	7 590	6,6
Zusammengesetzte elektronische Schaltungen (Baugruppen)	.	.	.	5 998	6,6
Solarzellen	1 000 St	249 662	68,6	556	4,5
Starterbatterien	1 000 St	14 523	4,3	726	- 2,1
Glasfaserkabel	t	18 266	- 2,8	241	- 1,0
Bestückte Leiterplatten	Mill. St	675	- 60,1	1 076	4,7
Akkumulatorenladegeräte	1 000 St	483	- 27,6	178	27,8
Einbruchs- oder Diebstahlarmsgeräte, Feuermelder u. ä. Geräte (Hör- und Sichtsignalgeräte) für Gebäude	1 000 St	11 522	101,6	548	7,2
Nachrichtentechnik, Videotuner, Satelliten-Receiver u. Fernsehgeräte					
Mobiltelefone (Handys)	1 000 St
Videotuner, Satelliten-Receiver	1 000 St	530	- 12,8	.	.
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	180	0,0	142	- 13,5

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2014

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren					
Röntgenapparate und -geräte für medizinische Zwecke	1 000 St	10	- 19,1	943	- 0,8
Elektrodiagnoseapparate und -geräte für medizinische Zwecke	.	.	.	783	- 2,2
Prüfstände für Kraftfahrzeuge	t	18 651	- 2,5	505	- 0,1
Ferngläser	1 000 St	75	- 1,8	42	1,7
Laser (ohne Diodenlaser)	1 000 St	97	- 4,4	607	- 5,0
Armbanduhrn, Taschen- u. ä. Uhren	1 000 St	306	18,3	312	8,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile					
Personenkraftwagen	1 000 St	5 584	- 11,7	149 509	- 12,0
Lastkraftwagen	1 000 St	352	2,1	9 258	- 10,6
Karosserien und Aufbauten für Kraftwagen	1 000 St	.	.	2 204	- 5,5
Wohnanhänger ab 750 kg	1 000 St
Anhänger zum Befördern von Gütern	1 000 St	253	11,0	3 426	5,3
Sonstige Fahrzeuge					
Boote und Jachten	1 000 St	12	- 3,9	1 193	- 14,4
Zweiräder u. a. Fahrräder mit Kugellager	1 000 St	933	- 5,4	323	- 3,3
Rollstühle	1 000 St	128	15,9	151	15,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse					
Sitzmöbel	1 000 St	11 208	- 0,9	2 058	- 1,3
Holzmöbel					
für Büros	1 000 St	5 104	6,7	961	3,7
für Läden	1 000 St	939	8,8	1 165	0,2
für Küchen	1 000 St	30 476	0,9	3 876	1,7
für Badezimmer	1 000 St	3 152	- 4,3	364	- 6,6
für Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer	1 000 St	525	13,2	212	10,8
Auflegematratzen	1 000 St	5 703	4,6	543	6,2
Schmuckwaren und Teile dafür aus Silber, Gold oder Platin	.	.	.	360	- 0,7
Klaviere und Flügel	1 000 St	7	- 10,0	102	- 0,2
Sportgeräte für Gymnastik	.	.	.	135	- 2,9
Puppen, nur Nachbildungen von Menschen darstellend	1 000 St	70	6,5	3	12,2
Spielfahrzeuge, zum Besteigen und Fortbewegen durch Kinder geeignet	1 000 St	2 043	- 39,2	89	- 4,9
Spielzeug, Tiere oder nichtmenschliche Wesen darstellend, Füllmaterial enthaltend, aus Holz und aus Kunststoff	1 000 St	17 145	4,3	70	4,4
Elektrische Eisenbahnen (einschl. Zubehör)	.	.	.	142	- 8,6
Schreiber und Markierstifte mit Filzspitze	1 000 St	586 242	0,0	183	3,2
Kinderwagen	1 000 St	134	1,1	38	- 2,6

Methodik

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Herstellung von Waren sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Dies schließt sowohl die Tätigkeiten von Industrie- als auch von Handwerksbetrieben und -unternehmen ein. Das vorliegende Kapitel enthält ebenfalls Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Im oben beschriebenen Erhebungsbereich erstreckt sich der Berichtskreis der **Strukturerhebungen** in der Regel auf Unternehmen/Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr, der Berichtskreis der **Konjunkturerhebungen** auf Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr. Bei der **Vierteljährlichen Produktionserhebung** werden auch die kleinen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr befragt.

Der kurzfristigen Berichterstattung dienen die Monatsberichte und die Produktionserhebungen; diese liefern aktuelle Daten für die Konjunkturanalyse und das Ausgangsmaterial zur Berechnung von Indizes. Wichtigste Indikatoren für die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind der Index des Auftragseingangs (nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes), der Produktionsindex sowie absolute Zahlen über Beschäftigte, Entgelte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.3.2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5.12.2012 (BGBl. I S. 2466).

Glossar

Auslandsumsatz | Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Betrieb | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Exportquote | Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von den Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden.

Index des Auftragseingangs | Der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2010 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang wird bei ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Die Gewichtung erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Umsatzes | Der Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2010 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Die Gewichtung erfolgt mit Umsatzanteilen des Basiszeitraums.

Index der Produktion | Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird auf Basis 2010 = 100 unter Ausschaltung der Preisveränderungen monatlich berechnet. Grundlage für die Fortschreibung der Entwicklung der Wirtschaftszweige sind die Ergebnisse der „Monatlichen Produktionserhebung“. Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu den Aggregaten erfolgt mit der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Basisjahres.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse | Die Ergebnisse erstrecken sich auf Güter bzw. Güterarten, die nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009“ gruppiert und zum Absatz bestimmt sind. In manchen Fällen (vor allem bei den Grundstoffen) wird die Gesamtproduktion ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Summe der zum Absatz und der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion. Als zur Weiterverarbeitung bestimmt gelten die selbst hergestellten Erzeugnisse, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem anderen Erzeugnis verarbeitet oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden. Der Bewertung der für den Absatz bestimmten Erzeugung liegen die erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreise ab Werk, einschließlich Verpackung zugrunde. Nicht einbezogen sind die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sowie die den Kunden gewährten Rabatte.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Verarbeitenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Struktur- und Konjunkturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.1.1 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes – Monats- und Jahresergebnisse
- Reihe 4.1.2 | Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen
- Reihe 4.1.4 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern
- Reihe 4.2.1 | Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 4.2.3 | Konzentrationsstatistische Daten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie für das Baugewerbe
- Reihe 4.3 | Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes

■ Indizes

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 2.1 | Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 2.2 | Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes

■ Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 3.1 | Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 3.2 | Struktur der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

■ Themenübergreifend

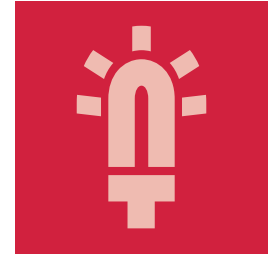
Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.2.4 | Material- und Wareneingang

Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/10 | 150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe





22 Energie

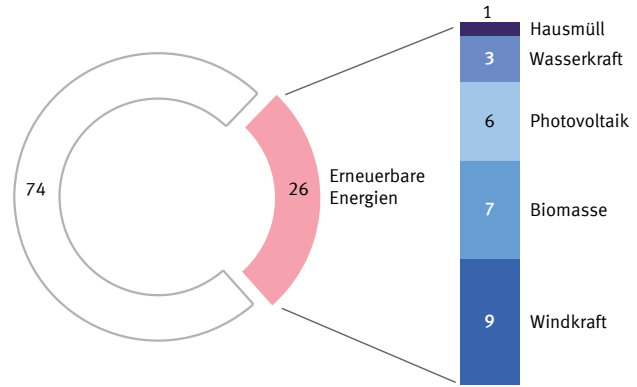
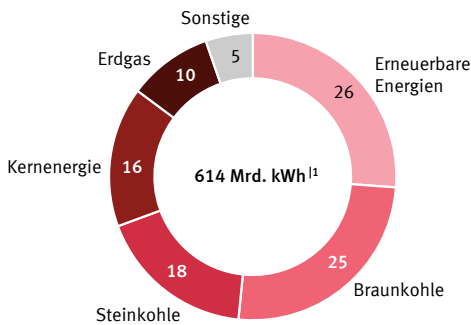
614 Milliarden Kilowattstunden Strom 2014 brutto erzeugt | Rund **26 %** davon stammen aus **erneuerbaren Energien** | **Vor 20 Jahren** lag dieser Anteil noch bei knapp **4 %** | 2014 rund **9 %** des Stroms allein aus **Windkraft** erzeugt | Knapp **16 %** der Stromproduktion entfallen auf **Kernenergie** | **Wichtigste Energieträger** zur Elektrizitätserzeugung sind nach wie vor **Braun- und Steinkohlen** mit über **43 %** | Aus **Erdgas** rund **10 %** des Stroms hergestellt

<i>Seite</i>	
553	Auf einen Blick
	Tabellen
554	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie Nach Engpassleistung Nach Elektrizitätserzeugung Nach Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung
555	Wärme Erzeugung Bezug Verwendung Abgabe
556	Leitungsgebundenes Gas Aufkommen Verwendung Abgabe
556	Klärgas Aufkommen Verwendung
556	Flüssiggas Abgabe
557	Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe
558	Methodik
559	Glossar
560	Mehr zum Thema

22.0 Auf einen Blick

Bruttostromerzeugung 2014

in %

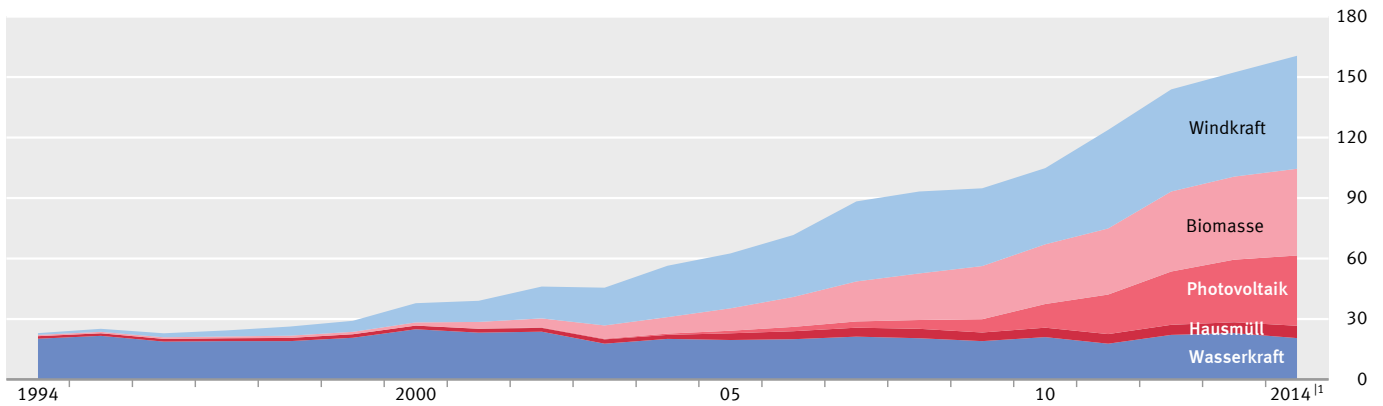


1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien

in TWh



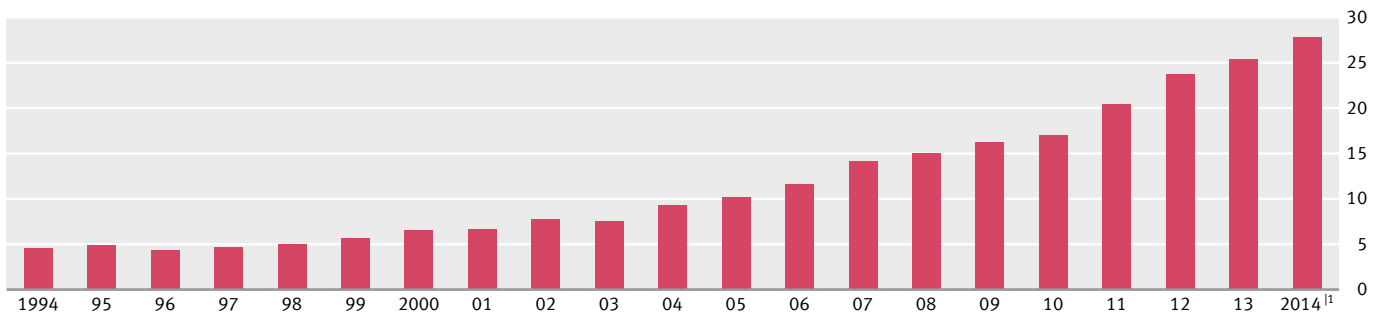
Geothermische Bruttostromerzeugung aufgrund geringer Strommengen nicht dargestellt.

1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch

in %



1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2015 - 01 - 0252

22 Energie

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Umwelt“

22.1.1 Engpassleistung

Die **Engpassleistung** einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Energieträger ¹	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹²				Industrie			
	2014		2013		2014		2013		2014		2013	
	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%
Insgesamt	112 566	100	105 733	100	102 832	100	9 733	100
Wasser	10 314	9,2	3 753	3,5	10 284	10,0	30	0,3
Steinkohle ¹³ ¹⁴	29 180	25,9	31 612	29,9	28 838	28,0	342	3,5
Braunkohle ¹⁴	23 107	20,5	22 609	21,4	22 358	21,7	749	7,7
Heizöl ¹⁵	2 906	2,6	2 582	2,4	2 610	2,5	296	3,0
Erdgas	26 726	23,7	21 649	20,5	21 950	21,3	4 776	49,1
Sonstige Wärmekraft ¹⁶	7 576	6,7	10 797	10,2	4 067	4,0	3 510	36,1
Kernenergie	12 696	11,3	12 702	12,0	12 696	12,3	–	–
Sonstiges ¹⁷	61	0,1	30	0,0	30	0,0	31	0,3

1 Zuordnung nach dem Hauptenergieträger.

2 Ohne Einspeisung Dritter.

3 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

4 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

5 Einschl. Dieselkraftstoff.

6 Einschl. Biomasse.

7 Geothermie und sonstige Energie.

22.1.2 Elektrizitätserzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹¹				Industrie			
	2014		2013		2014		2013		2014		2013	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Insgesamt	507 434	100	434 976	100	462 543	100	44 891	100
Wasser	23 496	4,6	21 992	5,1	23 314	5,0	182	0,4
Steinkohle ¹² ¹³	121 712	24,0	106 911	24,6	120 701	26,1	1 011	2,3
Braunkohle ¹³	160 921	31,7	152 444	35,0	157 152	34,0	3 769	8,4
Heizöl ¹⁴	2 291	0,5	870	0,2	1 078	0,2	1 213	2,7
Erdgas	62 200	12,3	32 500	7,5	40 925	8,8	21 276	47,4
Sonstige Wärmekraft ¹⁵	38 827	7,7	23 016	5,3	21 968	4,7	16 859	37,6
Kernenergie	97 290	19,2	97 129	22,3	97 290	21,0	–	–
Sonstiges ¹⁶	698	0,1	113	0,0	115	0,0	583	1,3

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

22.1.3 Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2014		2013		2014		2013		2014		2013	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
Insgesamt	5 299	100	3 203	100	4 602	100	697	100
Wasser	92	1,7	87	2,7	91	2,0	1	0,1
Steinkohle ² ³	1 212	22,9	1 046	32,7	1 188	25,8	24	3,5
Braunkohle ³	1 552	29,3	1 437	44,9	1 478	32,1	74	10,6
Heizöl ⁴	39	0,7
Erdgas	719	13,6	340	10,6	414	9,0	305	43,8
Sonstige Wärmekraft ⁵	612	11,6	394	12,3	353	7,7	259	37,1
Kernenergie	1 061	20,0	1 060	33,1	1 061	23,1	-	-
Sonstiges ⁶	12	0,2

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.2 Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme

	2011		2012		2013	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Nettowärmeerzeugung	129 302 227	80,4	133 831 650	83,2	136 112 578	80,6
Bezug Inland	34 228 838	21,3	34 509 365	21,5	35 817 815	21,2
davon von:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	26 122 873	16,2	27 325 943	17,0	29 007 194	17,2
Verarbeitendem Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 072 767	1,9	3 351 031	2,1	3 535 779	2,1
sonstigen Lieferanten	5 033 199	3,1	3 832 391	2,4	3 274 842	1,9
Bezug Ausland	-	-	-	-	-	-
Wärmebetriebsverbrauch	2 754 888	1,7	3 033 933	1,9	2 975 085	1,8
Zur Abgabe verfügbar	160 776 178	100	165 307 082	100	168 955 308	100
Abgabe Inland	150 895 181	93,9	154 009 036	95,8	157 258 938	93,1
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	28 480 746	15,2	27 701 230	17,2	29 250 340	17,3
Letztverbraucher	122 414 435	76,1	126 307 806	78,6	128 008 598	75,8
davon an:						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	52 854 984	32,9	55 261 061	34,4	53 191 995	31,5
Verkehr	102 405	0,1	1 204 267	0,7	243 304	0,1
Private Haushalte sowie Wohngebäude	45 651 848	28,4	47 432 128	29,5	51 246 232	30,3
Sonstige Letztverbraucher	23 805 198	14,8	22 410 350	13,9	23 327 066	13,8
Abgabe Ausland	66 004	0,0	-	-	44 059	0,0
Abgabe insgesamt (ohne Netzverluste)	150 961 185	93,9	154 009 036	95,8	157 302 997	93,1
Netzverluste	9 814 993	6,1	11 298 046	7,0	11 652 311	6,9

22.3 Aufkommen, Verwendung und Abgabe von leitungsgebundenem Gas

	2011		2012		2013	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Inlandsgewinnung	143 341	13,1	124 707	11,3	120 069	10,2
Einfuhr	970 856	88,8	957 385	86,9	1 058 928	90,0
Speichersaldo ¹⁾	- 20 996	- 1,9	19 206	1,7	- 2 646	- 0,2
Aufkommen	1 093 201	100	1 101 298	100	1 176 351	100
Eigen- und Betriebsverbrauch	15 195	1,4	11 306	1,0	7 831	0,7
Zur Abgabe an Letztverbraucher verfügbar	1 078 006	98,6	1 089 992	99,0	1 168 520	99,3
Abgabe an inländische Abnehmer	887 357	81,2	905 695	82,2	930 687	79,1
davon:						
Produzierendes Gewerbe	516 466	47,2	504 291	45,8	497 695	42,3
dar. Elektrizitätsversorgungsunternehmen	140 111	12,8	132 524	12,0	116 990	9,9
Haushalte	260 216	23,8	285 289	25,9	298 086	25,3
Sonstige Abnehmer	110 676	10,1	116 115	10,5	134 905	11,5
Ausfuhr	190 649	17,4	184 297	16,7	237 833	20,2

1 Einschl. Messdifferenzen und nicht erfasster Mengen.

22.4 Aufkommen und Verwendung von Klärgas

	2011		2012		2013	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gewinnung	5 621 381	100	5 683 760	100	5 725 425	100
Eigenverbrauch	5 089 345	90,5	5 107 540	89,9	5 154 769	90,0
davon:						
Zur Stromerzeugung	4 389 093	78,1	4 494 303	79,1	4 569 214	79,8
Zu reinen Heiz- und/oder Antriebszwecken	700 253	12,5	613 238	10,8	585 555	10,2
Verluste	285 315	5,1	290 230	5,1	309 259	5,4
Zur Abgabe verfügbar	246 721	4,4	285 990	5,0	261 397	4,6
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	232 989	4,1	223 480	3,9	195 601	3,4
Sonstige Endabnehmer	13 732	0,2	62 510	1,1	65 796	1,1
nachrichtlich:						
Eigenstromerzeugung aus Klärgas	1 209 453	100	1 249 971	100	1 291 383	100
Verbrauch an selbsterzeugtem Strom im Betrieb	1 108 024	91,6	1 171 717	93,7	1 198 104	92,8
Abgabe von selbsterzeugtem Strom insgesamt	101 429	8,4	78 254	6,3	93 279	7,2

22.5 Abgabe von Flüssiggas

	2011		2012		2013	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gesamte Abgabe	57 870 350	100	56 714 320	100	56 475 033	100
Abgabe an Wiederverkäufer	32 834 958	56,7	30 501 620	53,8	30 134 845	53,4
davon an:						
Verkaufsgesellschaften	32 749 728	56,6	30 421 862	53,6	30 060 922	53,2
Gasversorgungsunternehmen	85 230	0,1	79 758	0,1	73 923	0,1
Abgabe an Letztverbraucher	25 035 392	43,3	26 212 700	46,2	26 340 188	46,6
davon:						
Produzierendes Gewerbe	11 473 036	19,8	12 698 347	22,4	12 341 894	21,9
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	4 279	0,0	7 806	0,0	4 499	0,0
Private Haushalte	6 218 139	10,7	5 740 395	10,1	6 195 162	11,0
Sonstige Endabnehmer	7 339 937	12,7	7 766 152	13,7	7 798 633	13,8

22.6 Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt ²	Davon Energieträger ³					
			Kohle	Heizöl	Erdgas	erneuerbare Energien ⁴	Strom	sonstige ⁵
		TJ	%					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4 041 151	16,0	3,3	27,2	3,2	21,2	29,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	75 020	.	1,1	21,3	0,2	40,2	.
05	Kohlebergbau	46 241	.	0,3	.	.	46,5	.
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	.	–	.	80,9	–	18,8	.
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	16 278	17,1	4,2	36,4	0,8	38,6	2,8
09	Erbringung von Dienstleistungen im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	.	–	.	.	–	.	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 966 131	15,8	3,4	27,3	3,2	20,9	29,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	199 193	5,0	4,0	57,1	1,3	27,9	4,8
11	Getränkeherstellung	24 309	.	6,7	55,0	.	31,9	3,0
12	Tabakverarbeitung	2 297	5,2	4,3	47,4	.	40,3	.
13	H. v. Textilien	18 285	2,0	4,8	50,4	.	38,6	.
14	H. v. Bekleidung	1 446	–	15,4	42,8	.	38,5	.
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 190	.	12,2	40,5	0,8	38,5	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	100 357	.	.	7,0	70,5	15,5	6,1
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	273 008	6,9	0,7	37,6	14,0	26,1	14,7
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	18 358	–	1,6	44,7	0,1	50,5	3,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	417 924	.	.	11,6	.	6,5	58,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 210 194	2,9	2,2	31,9	0,1	14,8	48,2
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	26 979	–	2,2	41,4	.	27,3	.
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	82 920	.	4,0	27,9	.	60,2	7,0
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	275 193	20,2	2,9	38,0	1,7	16,0	21,1
24	Metallerzeugung und -verarbeitung	899 738	51,9	.	13,5	.	15,6	18,4
25	H. v. Metallerzeugnissen	101 446	.	4,5	36,0	.	53,9	4,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	28 808	.	2,8	24,4	.	58,9	13,1
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	41 269	.	3,2	25,4	.	53,3	.
28	Maschinenbau	79 956	.	9,4	32,7	.	50,4	6,8
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	121 390	.	1,5	31,4	0,2	50,1	.
30	Sonstiger Fahrzeugbau	12 899	.	3,1	47,4	0,4	39,6	.
31	H. v. Möbeln	10 788	–	8,9	12,2	35,6	40,3	2,9
32	H. v. sonstigen Waren	10 153	–	6,1	37,4	1,8	51,0	3,8
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	8 029	0,1	7,0	32,3	0,6	35,9	24,1

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stromes erfassen.

3 Einschl. nichtenergetischem Verbrauch (ausgenommen Strom und Fernwärme).

4 Beinhaltet feste und flüssige biogene Stoffe, Bio-, Klär- und Deponiegas und sonstige erneuerbare Energien.

5 Fernwärme, sonstige Mineralölerzeugnisse, hergestellte Gase, Abfälle und Dampf.

Methodik

Der Wirtschaftssektor Energie umfasst die Bereiche „Elektrizität“, „Gas“ und „Wärme“. Die hier dargestellten Daten stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Daten liefern ein Grundgerüst für die Erstellung der nationalen Energiebilanzen und sind Bestandteil der internationalen Berichterstattung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur (IEA) verpflichtet hat.

Daten für die Bereiche „Elektrizität“ und „Erdgas“ auf der Erzeugungs- bzw. Gewinnungsstufe werden monatlich erfasst. Für die Wärmeerzeugung und das Aufkommen von anderen Gasarten, wie Flüssiggas oder Klärgas, liegen hingegen nur Jahresdaten vor. Aufgrund der derzeitigen Rechtsgrundlage (Energiestatistikgesetz) können bei der Elektrizitätserzeugung nur Anlagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie befragt werden, deren Leistung größer 1 Megawatt (MW) ist.

Neben der Erzeugungsseite liegen auch jährliche Angaben zur Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vor.

■ Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Die in den Tabellen 22.1.1 bis 22.1.3 nachgewiesenen Zahlen über Engpassleistung, Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch beziehen sich auf Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und auf Stromerzeugungsanlagen der Industrie. Berichtspflichtig sind Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

Die Angaben zur Engpassleistung beziehen sich auf die Werte am Jahresende. Der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung aus Wasserkraft und Kernenergie wurde nach der Wirkungsgradmethode bewertet.

■ Wärme

Die Tabelle 22.2 enthält Angaben zu Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme (Wärmebilanz). Berichtspflichtig sind hier Heizwerke mit größer oder gleich 2 MW thermischer Engpassleistung und Heizkraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

■ Leitungsgebundenes Gas

Die inländische Erdgas- und Erdölgasgewinnung der Erdgasproduzenten stellt Tabelle 22.3 dar. Sie zeigt auch den Bezug und die Abgabe nach Abnehmergruppen.

■ Klärgas

Die Tabelle 22.4 enthält Daten zum Aufkommen und zur Verwendung von Klärgas. Berichtspflichtig sind hier Kläranlagen, die Klärgas gewinnen.

■ Flüssiggas

Die Abgabe von Flüssiggas (ausschließlich Propan und Butan) zeigt die Tabelle 22.5. Berichtspflichtig sind Unternehmen, die Flüssiggas an Letztverbraucher und Wiederverkäufer abgeben.

■ Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

Die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stellt die Tabelle 22.6 dar. Neben dem Energieverbrauch (in Terajoule) insgesamt zeigt sie die Anteile der einzelnen Energieträger.

Glossar

Brennstoffverbrauch | Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitäts- und/oder Wärmeerzeugung.

Engpassleistung | Die Engpassleistung einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Elektrizitätserzeugung einer Erzeugungseinheit | *Brutto-Elektrizitätserzeugung* | Das ist die erzeugte elektrische Arbeit, gemessen an den Generatorklemmen.

Netto-Elektrizitätserzeugung | Das ist die um ihren Betriebs-Eigenverbrauch verminderte Brutto-Elektrizitätserzeugung.

Flüssiggas | Das sind Propan und Butan gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Klärgas | Es entsteht aus Klärschlamm, der bei der Reinigung von Abwasser in Kläranlagen gewonnen wurde.

Nettowärmeerzeugung | Das ist die gemessene nutzbare Wärme, die in einer Berichtszeit von einer Wärmeerzeugungsanlage (Heizwerks- oder Kraftwerksprozess) an Wärmeverbraucher außerhalb dieser Anlage mit Hilfe eines Trägermediums (z. B. Wasser oder Dampf) abgegeben wurde.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Energie* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 43

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Energie

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 6 | Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/10

| Kraft-Wärme-Kopplung 2003 bis 2008

Heft 8/11

| Sich ständig wandelnde Energiemärkte – eine Herausforderung für die amtliche Energiestatistik

23 Bauen



Rund **757 000 Personen** in gut **74 000 Betrieben** des Bauhauptgewerbes tätig | 2014 baugewerblicher **Umsatz** von **99 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Davon **36 %** im **Wohnungsbau** erzielt | **Wohnfläche pro Kopf** lag 2013 bei **46 m²** | Im Schnitt **4 Räume** je Wohnung | 2014 gut **251 000 Neubauwohnungen genehmigt** | 2013 mehr als **192 000 Neubauwohnungen** mit einer Gesamtwohnfläche von 21 Millionen m² **fertig gestellt**

Seite

563 **Auf einen Blick**

Tabellen

564 **Strukturdaten der Betriebe**

Bauhauptgewerbe | Ausbaugewerbe | Nach Ländern | Umsatz | Nach Beschäftigtengrößenklassen

567 **Indizes**

Auftragseingang | Auftragsbestand | Produktion

567 **Bautätigkeit**

Wohnungsbestand | Baugenehmigungen | Baufertigstellungen

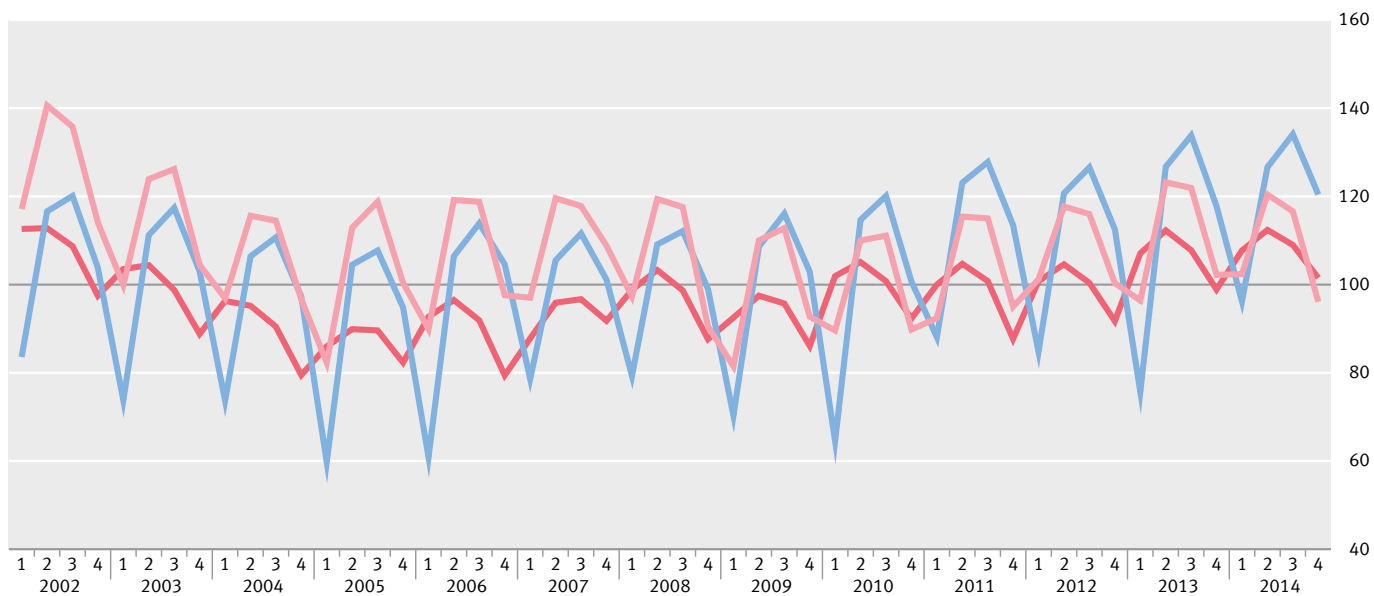
570 **Methodik**

571 **Glossar**

572 **Mehr zum Thema**

Entwicklung im Bauhauptgewerbe
preisbereinigt, 2010 = 100

— Produktion — Auftragseingang — Auftragsbestand



2015 - 01 - 0253

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.1 Im Bauhauptgewerbe nach Ländern

	Betriebe	Tätige Personen ¹	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ²
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2011	74 424	734	20 114	912	92 192
2012	75 181	745	20 692	885	92 625
2013	75 332	756	21 421	892	95 478
2014	74 018	757	22 321	930	99 429
2014 nach Ländern					
Baden-Württemberg	7 240	91	2 905	115	12 940
Bayern	13 312	141	4 283	167	20 140
Berlin	2 534	21	572	24	2 889
Brandenburg	4 804	34	814	43	3 933
Bremen	151	3	102	4	458
Hamburg	843	9	323	10	1 725
Hessen	5 898	51	1 495	61	6 683
Mecklenburg-Vorpommern	1 352	16	409	21	1 918
Niedersachsen	6 266	82	2 516	101	11 099
Nordrhein-Westfalen	11 942	127	4 012	159	16 315
Rheinland-Pfalz	4 137	39	1 157	48	4 992
Saarland	739	9	273	11	1 015
Sachsen	6 777	57	1 384	70	6 167
Sachsen-Anhalt	2 816	29	742	37	3 254
Schleswig-Holstein	2 227	23	670	28	2 888
Thüringen	2 980	26	663	33	3 012

Alle Betriebe.

1 Durchschnitt aus zwölf Monatswerten.

2 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.2 Im Ausbaugewerbe nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ^{1 2}	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2011	7 491	300	8 752	382	35 789
2012	7 792	312	9 290	394	36 520
2013	8 165	327	9 929	411	38 018
2014	8 239	333	10 340	418	39 923
2014 nach Ländern					
Baden-Württemberg	1 062	45	1 572	51	6 068
Bayern	1 374	60	1 840	72	7 624
Berlin	306	14	419	18	1 632
Brandenburg	262	9	232	12	989
Bremen	66	2	82	3	326
Hamburg	161	7	268	9	1 013
Hessen	570	24	779	29	2 988
Mecklenburg-Vorpommern	169	6	153	8	643
Niedersachsen	868	36	1 079	45	3 893
Nordrhein-Westfalen	1 639	63	2 031	84	7 310
Rheinland-Pfalz	412	16	481	20	1 700
Saarland	97	3	109	5	386
Sachsen	501	19	521	25	2 217
Sachsen-Anhalt	253	10	271	13	1 129
Schleswig-Holstein	235	9	248	11	985
Thüringen	268	10	255	13	1 019

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Durchschnitt aus vier Vierteljahreswerten.

2 Einschl. gewerblich Auszubildender.

3 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz						
		zusammen	Gewerblicher Bau		Wohnungs- bau	Öffentlicher Bau und Straßenbau		
			Hochbau	Tiefbau		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
Mill. EUR	Anteil am baugewerblichen Umsatz in %							
2011	93 429	92 192	22,3	14,2	33,6	6,9	13,2	9,8
2012	93 823	92 625	22,8	14,0	35,0	6,0	12,8	9,3
2013	96 603	95 478	22,7	13,4	35,3	6,2	12,6	9,7
2014	100 547	99 429	22,6	13,3	36,0	5,8	12,6	9,6

Alle Betriebe.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.4 Umsatz im Ausbaugewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz		
		insgesamt	Bauinstallation	sonstiger Ausbau
Mill. EUR				
2011	37 347	35 789	78,3	21,7
2012	37 466	36 520	78,5	21,5
2013	38 968	38 018	78,4	21,6
2014	40 828	39 923	78,4	21,6

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.5 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe im Juni 2014

	Insgesamt	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)	Errichtung von Fertigteilbauten	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	Brücken- und Tunnelbau; Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	Sonstiger Tiefbau	Abbrucharbeiten, vorbereitende Baustellenarbeiten, Test- und Suchbohrungen	Dachdeckerei und Zimmerei	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, a. n. g.
Betriebe insgesamt	74 018	19 116	542	3 151	2 596	2 131	4 564	24 691	17 227
	mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	89,5	85,6	86,9	66,5	64,9	75,3	93,6	95,5	94,0
20 – 49	7,4	10,6	6,8	18,1	21,4	15,6	5,0	4,1	4,3
50 – 99	2,0	2,6	2,6	8,4	9,8	5,7	0,9	0,3	1,2
100 – 199	0,8	0,9	2,2	5,0	2,8	2,7	0,5	0,1	0,4
200 – 499	0,2	0,3	1,1	1,8	0,9	0,7	0,0	0,0	0,1
500 und mehr	0,0	0,0	0,4	0,2	0,2	0,1	–	–	0,0
Tätige Personen insgesamt	768 190	242 539	9 441	95 906	66 825	43 712	30 620	161 351	117 796
	in Betrieben mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	45,6	42,3	23,9	15,7	19,1	23,6	59,0	78,0	53,5
20 – 49	21,3	25,0	12,4	18,2	26,0	23,0	21,7	17,5	19,0
50 – 99	13,1	13,9	10,6	19,3	25,8	19,5	8,0	3,1	12,1
100 – 199	10,2	9,6	15,5	23,2	14,5	17,4	.	.	8,3
200 und mehr	9,8	9,3	37,5	23,6	14,6	16,6	.	.	7,1
	Art der tätigen Personen (in %)								
Tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	7,0	4,8	3,8	1,6	1,8	2,7	12,2	12,2	12,2
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer/-innen, Kaufmännische/technische Auszubildende	19,5	20,3	28,1	20,7	20,5	20,9	19,2	16,2	19,9
Facharbeiter/-innen einschl. Polieren/Polierinnen und Meistern/Meisterinnen	52,6	59,9	53,4	46,6	47,9	47,7	37,7	56,8	45,0
Fachwerker/-innen und Werker/-innen	16,5	10,6	11,9	27,6	26,8	25,3	29,8	6,9	20,4
Gewerblich Auszubildende und Umschüler/-innen ...	4,4	4,4	2,8	3,4	3,1	3,3	1,1	7,9	2,5

Alle Betriebe.

23.1.6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe Ende Juni 2014

	Einheit	Insgesamt	Elektroinstallation	Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	Sonstige Bauinstallation, a. n. g.	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	Bautischlerei und -schlosserei	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	Malerei und Glaserei	Sonstiger Ausbau, a. n. g.
Betriebe insgesamt ¹	Anzahl	20 444	4 970	6 860	806	636	769	1 641	1 394	3 203	165
dar. mit 20 tätigen Personen und mehr	%	40,7	45,6	42,0	43,8	53,1	37,1	32,5	29,0	37,4	37,6
Tätige Personen insgesamt ¹	Anzahl	510 591	143 633	171 699	21 388	23 650	16 872	32 565	26 710	70 328	3 746
dar. in Betrieben mit 20 tätigen Personen und mehr	%	67,3	74,1	67,7	71,1	82,6	60,5	53,5	50,1	60,6	61,5

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 tätigen Personen und mehr.

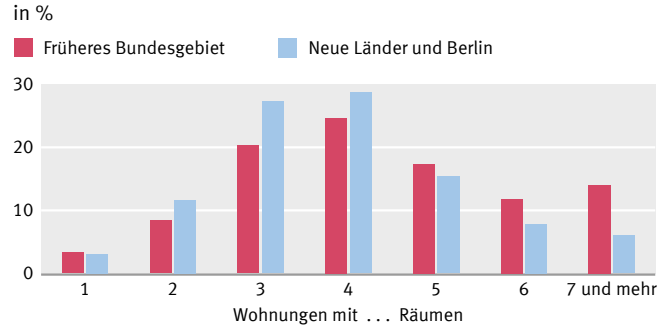
23.2 Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestands und der Produktion im Bauhauptgewerbe

	Gewichtung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Auftragseingang, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	99,2	100	104,4	108,8	110,9	108,9
Hochbau	49,97	95,1	100	109,3	115,4	117,9	116,8
Tiefbau	50,03	103,3	100	99,6	102,3	104,0	100,9
Auftragsbestand, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	93,0	100	98,3	99,4	106,5	107,7
Hochbau	47,23	92,8	100	103,2	108,6	116,3	119,8
Tiefbau	52,77	93,1	100	94,0	91,2	97,9	96,8
Produktion, 2010 = 100²							
Bauhauptgewerbe ..	100	99,5	100	113,1	111,2	113,5	119,3
Hochbau	62,10	98,2	100	113,5	113,1	115,5	121,1
Tiefbau	37,90	101,6	100	112,5	108,0	110,2	116,3

Preisbereinigt.

- 1 Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.
- 2 Berechnungsmethode 2010 = 100 in „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

Struktur des Wohnungsbestandes 2013



Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

2015 - 01 - 0254

23.3 Bautätigkeit

23.3.1 Strukturdaten zum Wohnungsbestand

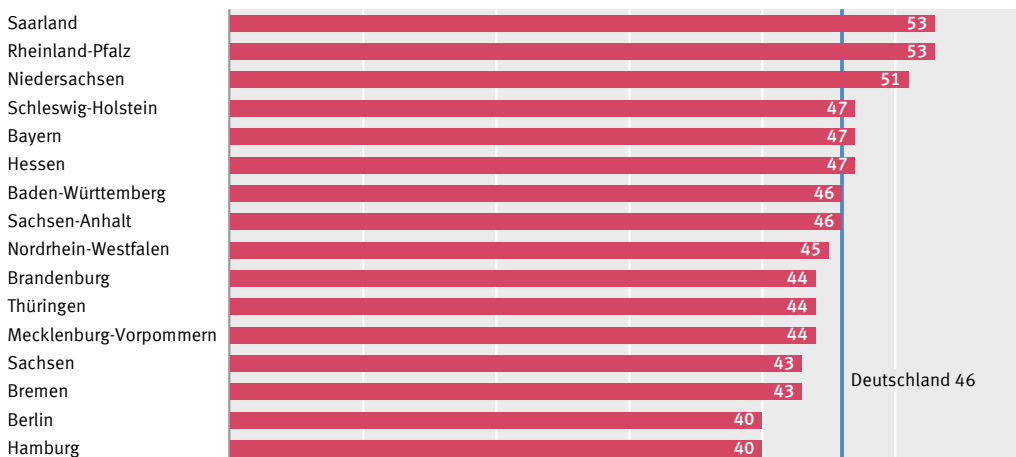
	Einheit	2000	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹
Wohnungen								
Insgesamt	Anzahl	38 383 645	40 057 282	40 183 563	40 479 270	40 630 302	40 805 805	40 995 141
Je 1 000 Einwohner/-innen ..	Anzahl	467	488	491	495	506	507	508
Wohnfläche								
Insgesamt	1 000 m ²	3 245 487	3 462 334	3 479 042	3 680 628	3 699 480	3 720 884	3 743 543
Je Wohnung	m ²	84,6	86,4	86,6	90,9	91,1	91,2	91,3
Je Einwohner/-in	m ²	39,5	42,2	42,5	45,0	46,1	46,2	46,3
Räume								
Insgesamt	Anzahl	167 636 286	176 859 737	177 523 489	177 813 831	178 563 517	179 410 436	180 298 583
Je Wohnung	Anzahl	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2

Fortschreibungsergebnisse bis 2009 auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost). Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Ohne Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen. – Stand: jeweils Jahresende.

1 Ab 2010 Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin bzw. Einwohner 2013

in m²



Wohnfläche in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

2015 - 01 - 0255

23.3 Bautätigkeit

23.3.2 Baugenehmigungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2011	144 797	338 033	204 724	36 061	23 324	55 751
2012	139 492	339 051	216 594	36 166	23 953	58 279
2013	141 902	339 388	242 149	35 424	25 967	63 357
2014	138 375	327 463	251 175	33 052	26 499	63 937
davon (2014):						
Wohngebäude insgesamt	111 610	140 702	246 024	6 709	26 107	39 884
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	79,0	50,7	35,8	51,6	50,5	50,3
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,6	8,1	7,8	8,3	8,1	8,1
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	12,2	39,9	52,1	38,7	40,1	40,1
Wohnheime	0,2	1,4	4,3	1,4	1,3	1,5
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	7,1	24,0	29,2	23,7	24,2	24,0
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	0,7	1,9	3,3	2,1	1,9	2,2
Wohnungsunternehmen	17,8	31,6	39,6	29,0	32,1	31,3
Immobilienfonds	0,2	0,7	0,9	0,8	0,8	0,8
Sonstige Unternehmen	3,5	5,6	6,9	5,1	5,5	5,4
Private Haushalte	77,9	60,2	49,3	63,1	59,7	60,3
Nichtwohngebäude insgesamt	26 765	186 761	5 151	26 343	392	24 053
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	1,8	2,5	20,7	3,3	11,5	7,1
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,8	7,6	17,3	9,8	20,0	18,2
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	23,8	15,3	3,3	16,1	3,6	5,9
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,5	21,0	6,3	18,5	10,5	18,8
Handels- einschl. Lagergebäude	27,8	40,1	29,4	34,0	32,3	23,8
Hotels und Gaststätten	1,7	1,7	8,2	2,3	7,7	4,3
Sonstige Nichtwohngebäude	24,7	11,8	14,9	16,0	14,3	21,8
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	12,7	10,6	32,4	12,2	22,5	24,6
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	10,4	8,4	16,5	9,9	9,1	21,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24,1	15,5	3,6	16,3	3,4	6,0
Produzierendes Gewerbe	17,4	28,8	5,0	25,5	7,5	24,0
Dienstleistungen ³	27,1	41,8	57,4	41,5	58,4	42,7
Private Haushalte	21,0	5,5	17,4	6,8	21,6	6,1

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

23.3 Bautätigkeit

23.3.3 Baufertigstellungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2010	111 330	260 194	142 891	29 636	16 415	40 267
2011	125 022	276 057	164 178	30 728	18 898	45 095
2012	128 458	295 905	180 611	31 615	20 475	47 673
2013	130 914	303 447	192 276	32 540	21 478	52 491
davon (2013):						
Wohngebäude insgesamt	103 331	113 787	188 397	5 310	21 181	29 893
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	82,6	59,9	45,3	61,3	59,4	59,8
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,2	8,7	9,0	9,2	8,7	8,7
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	9,1	30,2	41,9	28,3	30,8	30,2
Wohnheime	0,1	1,1	3,8	1,2	1,1	1,4
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	5,6	18,2	23,6	17,6	18,7	18,2
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,4	2,4	1,2	1,3	1,6
Wohnungsunternehmen	16,5	26,6	34,7	23,7	27,6	26,5
Immobilienfonds	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Sonstige Unternehmen	3,5	4,4	5,5	4,2	4,3	4,1
Private Haushalte	79,3	67,2	56,8	70,5	66,3	67,5
Nichtwohngebäude insgesamt	27 583	189 660	3 879	27 230	297	22 598
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	1,4	2,6	37,7	3,5	19,7	7,2
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,5	7,6	13,5	9,2	18,3	17,7
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	27,1	18,3	3,6	19,7	4,5	7,0
Fabrik- und Werkstattgebäude	12,8	20,4	7,2	17,4	11,0	16,6
Handels- einschl. Lagergebäude	26,7	38,2	24,6	32,7	30,3	24,5
Hotels und Gaststätten	1,6	1,1	1,9	1,6	2,5	2,8
Sonstige Nichtwohngebäude	23,9	11,8	11,5	15,9	13,7	24,3
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	13,4	11,7	46,4	13,6	29,9	27,7
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	11,5	9,3	14,8	11,0	11,4	25,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27,3	18,5	3,6	19,8	4,5	7,2
Produzierendes Gewerbe	17,2	28,2	3,8	24,1	5,6	21,4
Dienstleistungen ³	25,2	39,2	62,7	39,5	57,5	41,8
Private Haushalte	18,9	4,9	15,2	5,7	20,9	4,6

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

- 3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Methodik

Die Baustatistiken (Bauberichterstattung und Bautätigkeitsstatistik) stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar.

■ Bauberichterstattung

Die Bauberichterstattung, die in das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe integriert ist (siehe hierzu Kapitel 20), liefert wichtige Konjunkturindikatoren über die Bauwirtschaft (Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden). Diese Indikatoren werden bei den Betrieben von Unternehmen des Baugewerbes erhoben.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung.

■ Bautätigkeit

Die Angaben der **Bautätigkeitsstatistik** (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, Bauabgänge und Bauüberhang) beziehen sich auf Gebäude und werden beim Bauherrn bzw. bei der Bauaufsichtsbehörde erfasst. Sie ergänzen die Konjunkturindikatoren durch Informationen über die Struktur des Baugeschehens. Die **Bautätigkeitsstatistik** erstreckt sich auf alle genehmigungspflichtigen bzw. ihnen gleichgestellten Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Erfasst werden Baugenehmigungen und Baufertigstellungen nach ausgewählten Merkmalen, wie Nutz- und Wohnflächen sowie Kosten. Die Erhebung des Bauüberhangs stellt die am Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben fest.

Die **Wohnungsbestandsdaten** beschreiben den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes wurde auf Grundlage der Daten durchgeführt, die in der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.5.1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. vom 30.9.1995 (neue Länder und Berlin-Ost) erhoben wurden. Ab dem Berichtsjahr 2010 basieren die Daten auf der Gebäude- und Wohnungszählung vom 9.5.2011, die im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt wurde.

Rechtsgrundlage für die Durchführung dieser Statistiken ist das Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) vom 5.5.1998 (BGBl. I S. 869) in der jeweils gültigen Fassung.

Baufertigstellungen | Zeitpunkt der Bezugsfertigstellung, zu dem die Arbeiten am Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und zu dem das Gebäude bzw. die Wohnung bezogen oder – bei leer stehenden Gebäuden – bezugsfertig wird.

Baugenehmigungen | Erteilung von bauamtlichen Genehmigungen zur Bauausführung – gleichgültig ob vorläufig, endgültig oder mit Einschränkungen.

Baujahr | Jahr der Bezugsfertigstellung des Gebäudes.

Bauüberhang | Die Statistik des Bauüberhangs stellt das Bindeglied zwischen den Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsmeldungen dar. Sie erfasst am Jahresende genehmigte, aber noch nicht begonnene bzw. bereits im Bau befindliche Gebäude.

Betrieb | Als Einheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbstständige Betriebe behandelt.

Eigentumswohnungen | Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 7.7.2009 (BGBl. I S. 1707).

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Gebäude | Selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Teil als selbstständiges Gebäude, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist. Nicht zu den Gebäuden zählen Unterkünfte.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Inhaberinnen und Inhabern, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Auszubildenden auf Baustellen im Bundesgebiet tatsächlich geleisteten Stunden (nicht die bezahlten).

Gewerblicher Bau | Überwiegend gewerblichen Zwecken dienende Bauten, auch der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, Pipelines, Kinos, Hotels, Bürogebäuden, Lager- und Kühlhäusern, Markthallen, Ställen, Scheunen usw.

Hochbauten | Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z. B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind (z. B. Zivilschutzanlagen, Tiefgaragen).

Index des Auftragsbestands | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser auf der Basis 2010 = 100 vierteljährlich preisbereinigt (Volumenindex). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsbestandsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Auftragsingangs | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser Index auf der Basis 2010 = 100 monatlich preisbereinigt (Volumenindex). Als Auftragsingänge gelten die im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsingangsanteilen des Basiszeitraums.

Nichtwohngebäude | Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (gemessen an der Gesamtnutzfläche). Zu den Nichtwohngebäuden zählen z. B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, wie Fabrikgebäude, Hotels und dergleichen.

Öffentlicher Bau und Straßenbau | Bauten, die überwiegend für die Ausübung staatlicher und kommunaler Funktionen benötigt werden (z. B. Gerichte, Finanzämter, Kasernen, Kanalisation, Sportanlagen, Schulen) sowie Straßenbauten (z. B. Straßen, Autobahnen und Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze), unabhängig vom Auftraggeber.

Räume | Wohn- und Schlafräume mit 6 m² und mehr sowie alle abgeschlossenen Küchen (ohne Rücksicht auf die Größe).

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie aus Nebengeschäften. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen sind nicht einbezogen. Es handelt sich hierbei um den steuerlichen Umsatz. Das sind die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge im Bundesgebiet. Die Umsätze werden in der Regel nach den vereinbarten Entgelten besteuert und ohne Umsatzsteuer erfasst. Seit dem 1.1.1980 werden auch Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen versteuert und damit in die Meldungen einbezogen.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Die Anteile der Unternehmen an Arbeitsgemeinschaften werden im Baugewerbe in die Unternehmensdaten einbezogen.

Veranschlagte Kosten des Bauwerkes | Kosten der Baukonstruktion (einschließlich Erdarbeiten), die Kosten aller fest verbundenen Einbauten und die Kosten für besondere Bauausführungen. Die veranschlagten Kosten werden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung ermittelt. Sie schließen die Umsatzsteuer ein.

Wohnungsbau | Bauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sowie der Umbau oder die Erweiterung bisher anderweitig genutzter Gebäude und Räume zu Wohnungen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Wohnhäusern oder Wohnungen.

Wohnfläche | Fläche aller Wohn- und Schlafräume sowie aller Küchen und Nebenräume. Unberücksichtigt bleiben dabei die nicht zum Wohnen bestimmten Boden-, Keller- und Wirtschaftsräume.

Wohngebäude | Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (gemessen an der Gesamtnutzfläche).

Wohnheime | Wohngebäude (mit einer Heimleitung), die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheim, Seniorenwohnheim). Wohnheime besitzen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Gemeinschaftsräume). Die in Wohnheimen lebenden Personen führen einen eigenen Haushalt.

Wohnung | Gesamtheit der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Bauen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 44 sowie 31

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 5 | Baugewerbe

■ Bautätigkeit

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1 | Bautätigkeit

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

STATmagazin

| Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)



24 Binnenhandel

6,0 Millionen Personen in **553 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der **tätigen Personen** im **Einzelhandel**, knapp **ein Drittel** im **Großhandel** | **2013 Umsatz** von **1,8 Billionen Euro** erwirtschaftet | Davon setzte **Großhandel** mit 1,2 Billionen Euro deutlich **mehr als Hälfte** um | **Einzelhandel** tätigte mit 492 Milliarden Euro **weniger als ein Drittel** | **Kfz-Handel** erzielte Umsatz von **203 Milliarden Euro** | **Weihnachtsgeschäft** bringt im **Spielwarenhandel** fast **28 %** des Jahresumsatzes ein

Seite

575 **Auf einen Blick**

Tabellen

576 **Strukturdaten der Unternehmen im Handel**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

577 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung |
Personalaufwendungen | Bruttobetriebsüberschuss

579 **Aufwendungen im Handel**

580 **Methodik**

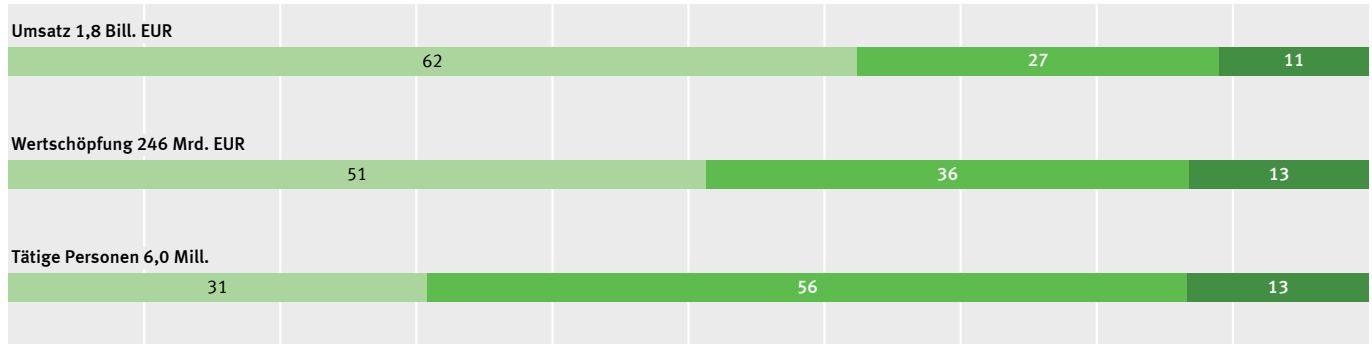
581 **Glossar**

582 **Mehr zum Thema**

24.0 Auf einen Blick

Umsatz, Bruttowertschöpfung und tätige Personen im Handel 2013

in %

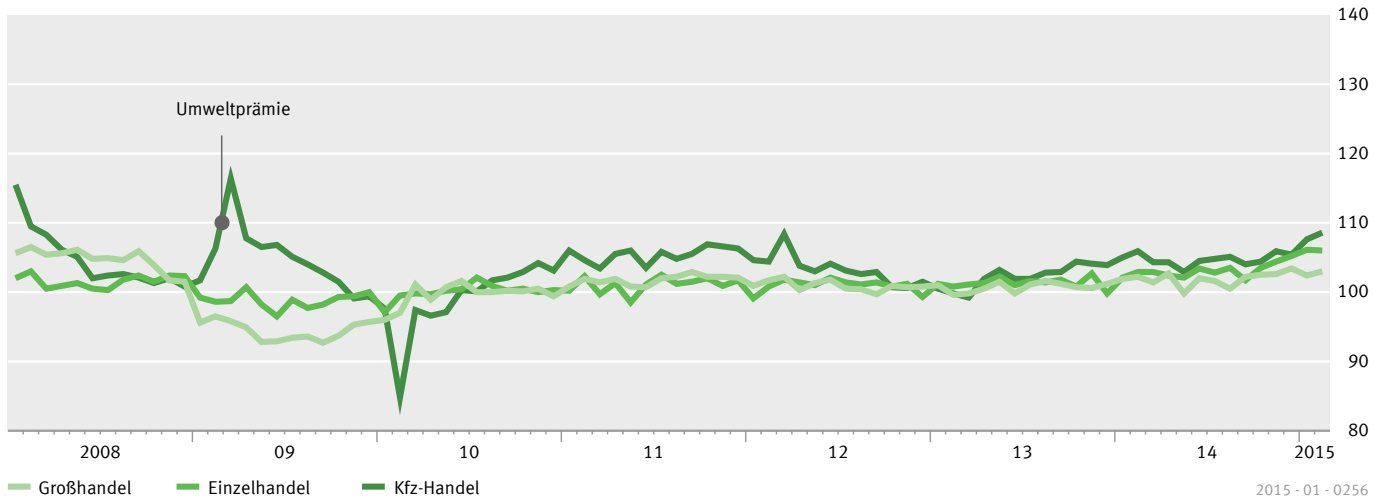


■ Großhandel¹
■ Einzelhandel¹
■ Kfz-Handel²

- 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
- 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Reale konjunkturelle Entwicklung im Handel

Kalender- und saisonbereinigte Werte, 2010 = 100



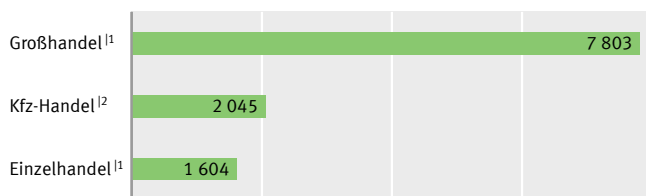
24.1 Strukturdaten der Unternehmen im Handel 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl			Mill. EUR		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	553 302	731 279	5 965 438	1 848 714	245 688	19 384
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	98 944	113 101	796 182	202 927	32 533	3 512
45.1	Handel mit Kraftwagen	35 289	40 922	381 460	136 030	17 198	2 253
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	43 828	48 392	262 357	25 986	8 917	867
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	14 849	18 627	134 744	37 658	5 813	354
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4 978	5 160	17 621	3 252	604	38
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	147 873	180 771	1 835 399	1 154 055	126 081	8 720
46.1	Handelsvermittlung	39 359	40 284	96 778	9 321	6 218	196
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	6 383	8 459	62 049	68 761	3 370	505
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	13 504	17 249	245 292	185 177	15 546	1 187
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	29 586	37 353	485 615	232 302	34 460	1 721
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	5 211	6 699	118 580	81 468	11 561	461
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	20 526	25 065	267 427	103 115	19 083	1 620
46.7	Sonstiger Großhandel	28 230	37 373	454 713	402 890	30 632	2 658
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5 074	8 288	104 944	71 020	5 210	372
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	306 485	437 407	3 333 857	491 732	87 074	7 151
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	33 200	67 537	1 137 091	208 553	27 373	2 645
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	33 582	46 975	231 150	19 835	4 067	358
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	6 775	8 446	78 318	15 177	1 884	107
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	17 385	21 358	107 623	20 550	3 668	387
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	44 838	54 977	383 170	55 866	12 830	865
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	24 381	30 235	143 568	14 684	3 348	272
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	112 627	170 055	1 056 977	114 717	27 180	2 003
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	5 476	5 974	21 426	1 122	271	30
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	28 221	31 850	174 534	41 227	6 454	484

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Umsatz je Unternehmen 2013

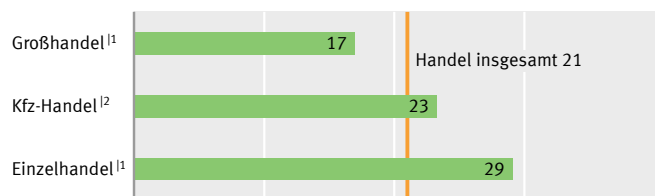
in 1 000 EUR



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Rohertragsquote 2013

Anteil des Rohertrags am Umsatz, in %



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2015 - 01 - 0257

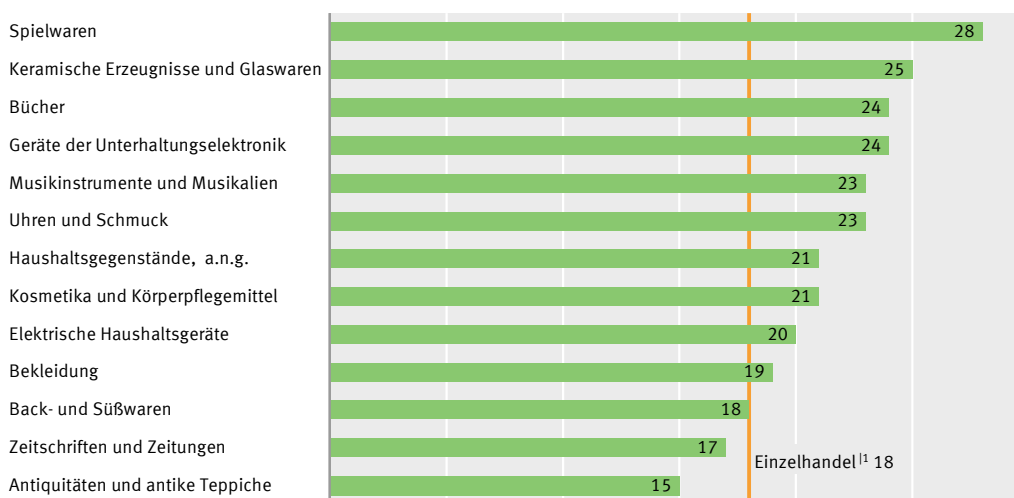
24.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Rohertragsquote	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Brutto-betriebs-überschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %					
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 848 714	20,9	23,8	88,1	13,3	8,7	4,4
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	202 927	23,2	26,7	84,6	16,0	10,8	5,1
45.1	Handel mit Kraftwagen	136 030	18,5	21,1	88,3	12,6	8,7	3,9
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	25 986	46,3	55,4	65,3	34,3	21,2	12,9
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	37 658	23,9	26,6	84,9	15,4	11,2	4,0
45.4	Handel mit Kraftträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraftträdern	3 252	27,8	30,0	81,4	18,6	9,5	9,0
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 154 055	17,0	19,3	90,2	10,9	6,6	4,1
46.1	Handelsvermittlung	9 321	85,1	91,9	36,0	66,7	27,9	38,4
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	68 761	7,6	8,9	95,2	4,9	2,6	2,2
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	185 177	13,9	17,0	93,6	8,4	4,5	3,6
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	232 302	25,1	28,3	87,2	14,8	9,3	5,3
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	81 468	19,1	21,5	88,0	14,2	9,0	4,8
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	103 115	26,2	29,3	82,5	18,5	11,8	6,4
46.7	Sonstiger Großhandel	402 890	11,7	13,0	92,7	7,6	4,7	2,8
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	71 020	12,4	14,2	93,6	7,3	5,3	1,9
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	491 732	29,0	33,4	84,5	17,7	12,8	4,6
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	208 553	20,7	26,0	90,5	13,1	10,8	2,0
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	19 835	32,1	36,2	80,3	20,5	14,3	6,0
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	15 177	17,9	19,7	87,8	12,4	6,1	6,3
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	20 550	28,5	33,1	84,1	17,8	13,0	4,7
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	55 866	39,8	43,2	78,3	23,0	15,9	6,2
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	14 684	36,1	39,1	78,1	22,8	15,1	7,6
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	114 717	37,7	41,0	76,7	23,7	16,3	7,3
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	1 122	38,7	42,1	75,8	24,1	11,4	12,5
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	41 227	32,3	37,3	88,3	15,7	9,7	5,6

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

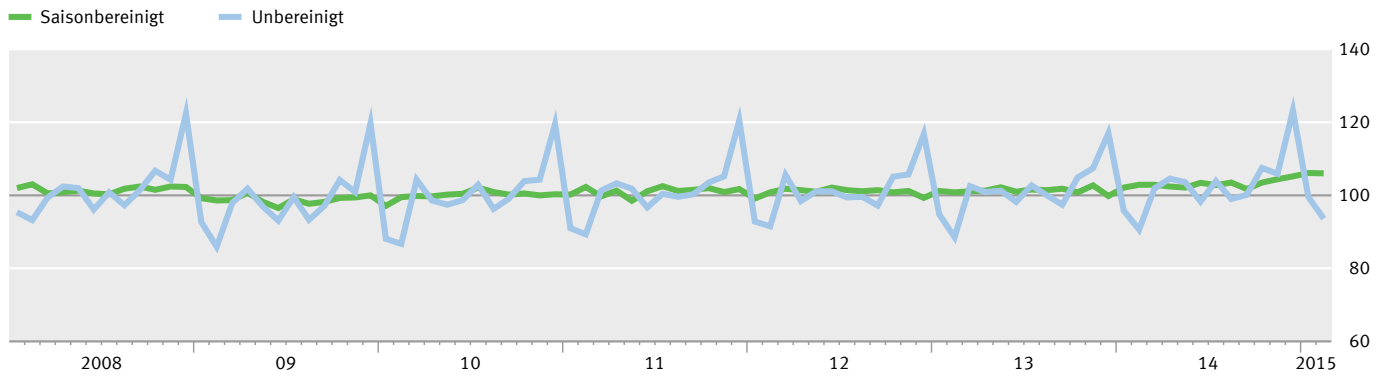
Weihnachtsgeschäft in ausgewählten Branchen 2014

Anteil am Gesamtumsatz, in %

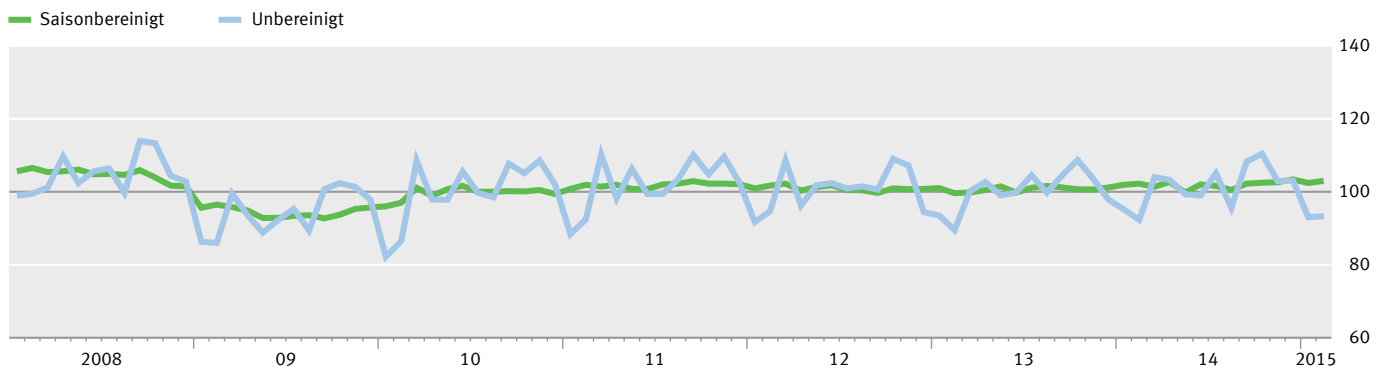


1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

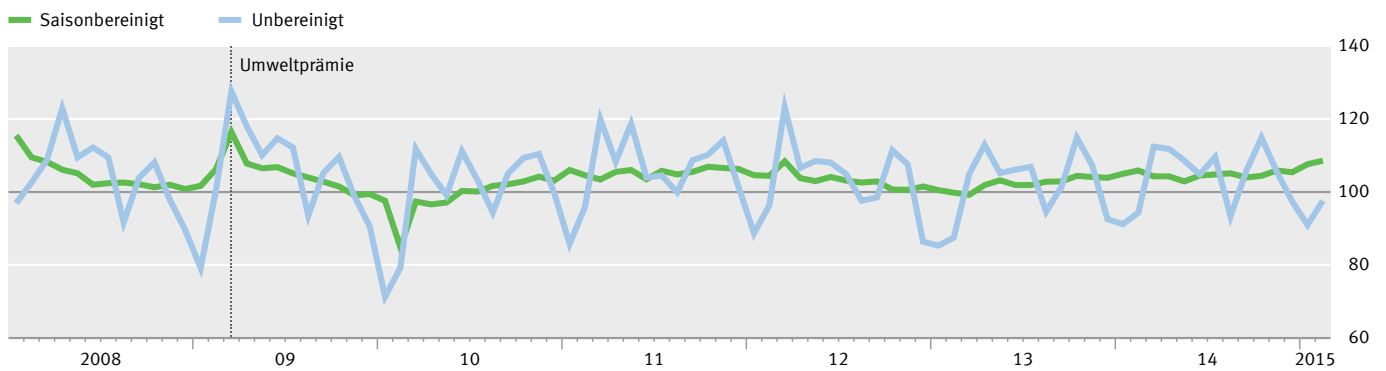
Reale konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel
2010 = 100



Reale konjunkturelle Entwicklung im Großhandel
2010 = 100



Reale konjunkturelle Entwicklung im Kfz-Handel
2010 = 100



2015 - 01 - 0259

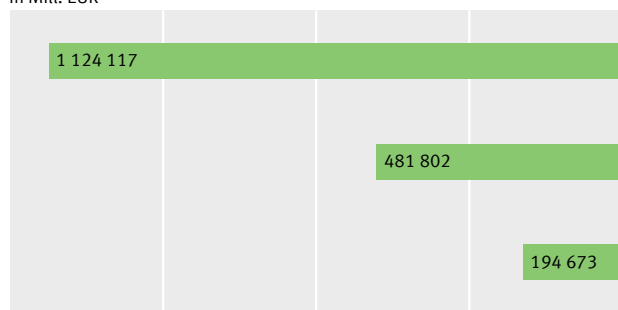
24.3 Aufwendungen im Handel 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Aufwendungen				
		insgesamt	davon			
			Bezüge von Handelswaren	Entgelte und Sozialabgaben	Leistungen	Sonstige
Mill. EUR						
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen . . .	1 800 591	1 440 538	161 297	128 882	69 874
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	194 673	150 946	21 842	12 840	9 045
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 124 117	949 059	76 504	72 945	25 609
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	481 802	340 533	62 951	43 096	35 220

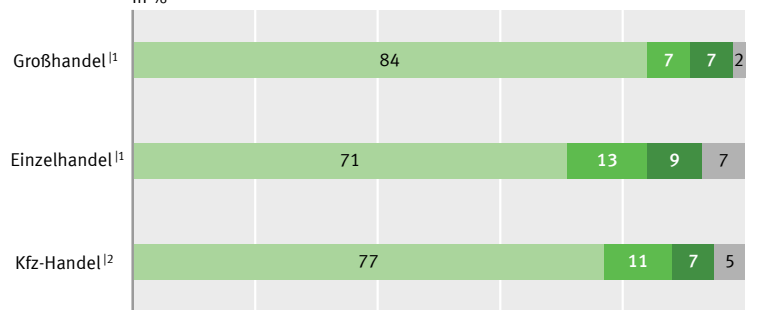
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Aufwendungen 2013

in Mill. EUR



in %



■ Bezüge von Handelswaren ■ Entgelte und Sozialabgaben ■ Leistungen ■ Sonstige

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2015 - 01 - 0260

Methodik

■ Binnenhandel

Die **Handelsstatistik** umfasst monatliche Vollerhebungen im Kraftfahrzeug- und Großhandel, eine monatliche Stichprobenerhebung im Einzelhandel und jährliche Stichprobenerhebungen über den gesamten Binnenhandel. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) bestimmt den Erhebungsbereich der Handelsstatistik: Der Abschnitt G dieser Klassifikation umfasst alle Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Zum Abschnitt G gehören die Abteilungen 45 „Kfz-Handel“, 46 „Großhandel (und Handelsvermittlung)“ und 47 „Einzelhandel“. Die jährliche Stichprobe wählt aus dem Handel höchstens 8,5 % der Unternehmen mit Sitz in Deutschland aus. In der monatlichen Vollerhebung im Kfz-Handel sind alle Unternehmen auskunftspflichtig, die mindestens 10 Millionen Euro Jahresumsatz erwirtschaften oder mindestens 100 Beschäftigte haben. Für die monatliche Großhandelsstatistik besteht Auskunftspflicht bei mindestens 20 Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten. Informationen unterhalb dieser Grenzen gewinnen die Statistiken aus Verwaltungsdaten. Die monatliche Einzelhandelsstatistik ist dagegen eine dreifach geschichtete Stichprobenerhebung. Auskunftspflichtig sind Stichprobenunternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 250 000 Euro.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Handelsstatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

■ Konjunktur- und Strukturdaten sowie betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

Zum Erhebungsprogramm der Monaterhebungen im Handel gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Handelsstatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monaterhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung im Handel** stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Handelsstatistiken dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Handel vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben. Schließlich erfolgt eine Aufgliederung des Gesamtumsatzes nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Neben dem jährlichen Erhebungsprogramm gibt es in mehrjährlichem Abstand wiederkehrende zusätzliche Merkmale (z. B. „Verkaufsfläche“ im Einzelhandel).

Nach §11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird für die Bereiche Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen. Für den Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) erhebt zentral das Statistische Bundesamt die Daten.

In der monatlichen Einzelhandelsstatistik stellt die Aktualität ein herausragendes Qualitätskennzeichen dar. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf seiner Homepage unter Konjunkturindikatoren erste vorläufige Ergebnisse für ausgewählte

Wirtschaftszweige gut 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Wirtschaftlich tief gegliederte Ergebnisse stehen rund 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse für die monatlichen Kraftfahrzeughandels- und Großhandelsstatistiken stehen nach 60 Tagen in GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Handelsstatistik – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt wegen ihres großen Stichprobenumfangs und der geringfügigen Antwortausfälle. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Handelsstatistik nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsraten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das in der Jahreserhebung angewandte Stichtagsprinzip. Im Einzelhandel werden ferner in der monatlichen Statistik nur Unternehmen einbezogen, die mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz haben, wogegen in der Jahreserhebung auch Angaben von Unternehmen mit weniger als 250 000 Euro Jahresumsatz berücksichtigt werden.

Die in der Jahreserhebung erhobenen **Merkmale** überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen anderer Erhebungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Handelsstatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Handelsstatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Einzelhandel | Wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt, betreibt Einzelhandel. Als Tätigkeiten des Einzelhandels zählen auch die der Apotheken und der Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte.

Großhandel | Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmerinnen und Abnehmer als private Haushalte absetzt (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler). Zum Großhandel zählen in der Regel der Absatz an Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und wirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sowie der Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen, Bürobedarf, Dental- und Laborbedarf usw.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Rohertrag | Bruttoumsatz minus Umsatzsteuer minus Wareneinsatz ergibt den Rohertrag.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Binnenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Binnenhandel

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

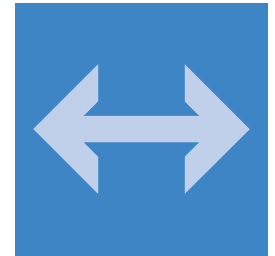
Reihe 4 | Verkaufsflächen im Einzelhandel, Warensortiment im Handel

Fachberichte

| Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneingang, Wareneinsatz, Rohertrag im Handel 1994 bis 2009

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken



25 Transport und Verkehr

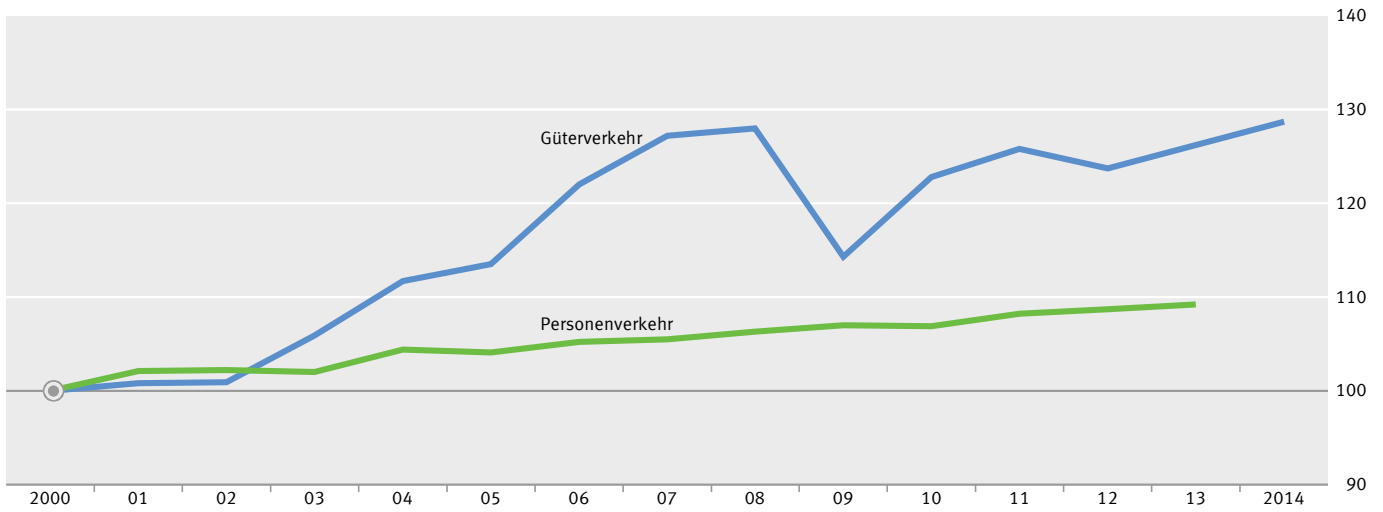
2,1 Millionen Personen in **91 000 Unternehmen** tätig | 2013
Umsatz von **281 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **78% der Güter**
auf **Straßen** befördert | Länge der **Autobahnen** beträgt **12 900 km** |
Über **44 Millionen Pkw** sind zugelassen | **3 377 Menschen starben** 2014
im **Straßenverkehr** | Knapp **60 Millionen** Passagiere starteten oder
landeten am **größten** deutschen **Flughafen Frankfurt/Main** | **Duisburg**
ist bedeutendster **Binnenhafen**, **Hamburg** bedeutendster **Seehafen**

<i>Seite</i>	
585	Auf einen Blick
	Tabellen
586	Unternehmensdaten im Verkehr Strukturdaten Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
587	Personenverkehr Straßenverkehr Eisenbahnverkehr Seeverkehr Luftverkehr
589	Güterverkehr Eisenbahnverkehr Straßenverkehr Binnenschiffsverkehr Seeverkehr Luftverkehr Rohrleitungen
595	Infrastruktur und Fahrzeugbestände Straßen Schienenstrecken Bundeswasserstraßen Rohölleitungen Kraftfahrzeuge Bestand an Schiffen Bestand an Luftfahrzeugen
597	Straßenverkehrsunfälle Nach Art der Verkehrsbeteiligung Nach Altersgruppen Nach Schwere der Verletzung
599	Methodik
601	Glossar
602	Mehr zum Thema

25.0 Auf einen Blick

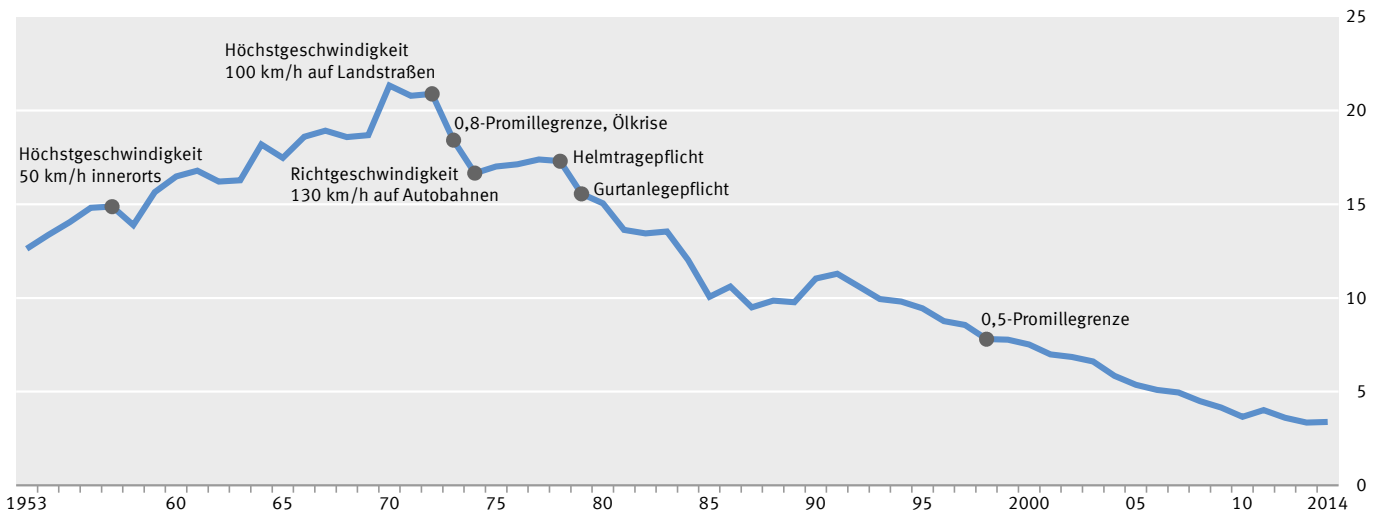
Güter- und Personenverkehr

tkm bzw. Pkm, 2000 = 100



Getötete im Straßenverkehr

in 1 000



2015 - 01 - 0261

25.1 Unternehmen in Verkehr und Lagerei

25.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
H	Verkehr und Lagerei	90 871	2 062 370	281 276	96 912	20 659
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 887	846 565	85 297	36 750	7 351
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	16	19 895	4 736	1 602	172
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	135	28 163	6 863	1 639	281
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	24 848	385 296	30 012	14 443	3 452
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	35 852	409 922	40 034	17 103	2 818
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	36	3 290	3 652	1 964	627
50	Schifffahrt	3 110	29 477	30 786	7 134	1 673
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	65	2 639	1 200	363	368
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	2 110	18 709	27 395	6 242	1 256
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	274	3 967	345	141	25
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	662	4 162	1 847	388	24
51	Luftfahrt	519	57 768	22 239	2 312	1 499
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	465	51 805	17 633	1 504	1 311
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	55	5 964	4 606	808	188
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 952	625 655	113 946	38 098	9 393
52.1	Lagerei	1 230	62 906	9 479	3 045	574
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	14 723	562 749	104 468	35 053	8 820
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	10 403	502 904	29 007	12 618	743
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	10 403	502 904	29 007	12 618	743

Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

25.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
H	Verkehr und Lagerei	281 276	73,4	65,6	34,5	21,5	12,9
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	85 297	81,7	58,1	43,1	25,6	17,5
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	4 736	95,1	66,1	33,8	17,2	16,7
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6 863	56,8	76,0	23,9	20,5	3,4
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	30 012	81,1	55,8	48,1	31,5	16,6
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	40 034	83,8	56,6	42,7	24,6	18,1
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	3 652	92,3	47,7	53,8	7,9	45,9
50	Schifffahrt	30 786	72,9	76,7	23,2	4,3	18,9
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	1 200	73,0	68,1	30,2	10,5	19,7
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	27 395	74,2	77,1	22,8	3,4	19,3
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	345	86,6	58,3	40,9	29,2	11,8
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	1 847	51,0	80,0	21,0	7,7	13,3
51	Luftfahrt	22 239	91,3	88,5	10,4	19,7	- 9,3
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	17 633	90,8	90,2	8,5	22,0	- 13,5
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	4 606	93,0	82,2	17,5	10,9	6,6
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	113 946	61,7	66,1	33,4	20,0	13,5
52.1	Lagerei	9 479	68,9	66,9	32,1	20,7	11,5
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	104 468	61,1	66,1	33,6	19,9	13,6
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	29 007	81,5	56,2	43,5	35,6	7,9
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	29 007	81,5	56,2	43,5	35,6	7,9

Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

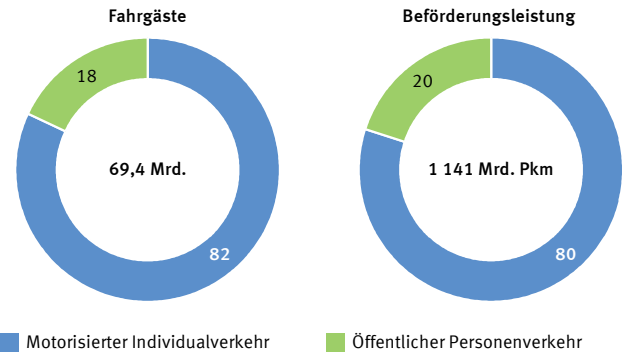
25.2 Personenverkehr

25.2.1 Personenverkehr im Überblick

	Insgesamt	Öffentlicher Personenverkehr				Motorisierter Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) ¹
		Straßenpersonenverkehr (Busse und Straßenbahnen)		Eisenbahnverkehr	Luftverkehr	
		Linienverkehr	Gelegenheitsverkehr			
Beförderte Personen in Mill.						
2005 ..	67 698	9 010	90	2 159	146	56 293
2010 ..	68 381	9 201	79	2 431	167	56 503
2011 ..	68 743	9 277	77	2 483	176	56 730
2012 ..	69 004	9 253	74	2 550	179	56 948
2013 ..	69 404	9 306	74	2 613	181	57 230
Beförderungsleistung in Mrd. Pkm						
2005 ..	1 088	56	27	77	53	876
2010 ..	1 117	56	22	84	53	902
2011 ..	1 131	57	21	85	55	912
2012 ..	1 136	56	20	89	56	913
2013 ..	1 141	58	19	90	56	918

1 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Personenverkehr 2013 in %



2015 - 01 - 0262

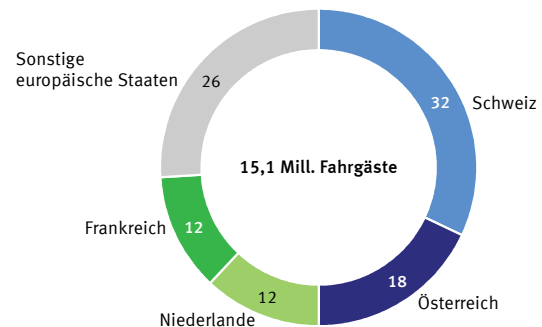
25.2.2 Linien- und Gelegenheitsverkehr von Bussen und Bahnen 2013

	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	Mill.	Mill. Pkm	Mill. Fahrzeug-km	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	11 305	166 761	4 327	1,0	1,2	1,3
Linienverkehr	11 231	147 345	3 656	1,0	1,6	1,1
Liniennahverkehr	11 091	107 789	3 418	1,0	1,3	-0,2
Eisenbahnen	2 482	52 788	633	2,6	2,6	-0,5
Straßenbahnen	3 792	16 667	299	0,6	0,6	-0,3
Omnibusse	5 506	38 334	2 485	0,4	-0,3	-0,2
Linienfernverkehr	140	39 556	238	4,3	2,5	24,9
Eisenbahnen	131	36 827	141	-0,0	-1,4	-1,6
Omnibusse	8	2 729	96	178,0	122,6	106,0
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen ..	74	19 416	672	-0,5	-1,9	2,6
Gelegenheitsnahverkehr	24	791	40	3,5	6,6	16,5
Gelegenheitsfernverkehr	50	18 625	632	-2,4	-2,2	1,8
Nahverkehr zusammen	11 116	108 580	3 458	1,0	1,3	-0,1
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	58	21 354	728	7,5	5,3	9,2

25.2.3 Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr nach und von Deutschland

Staat des Ein- bzw. Ausstiegs	2013		2012		Veränderung 2013 gegenüber Vorjahr	
	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende
	Fahrgäste in 1 000				Fahrgäste in %	
Insgesamt	6 597	8 551	6 702	7 674	-1,6	11,4
Schweiz	1 955	2 841	1 909	2 193	2,4	29,5
Österreich	1 314	1 427	1 302	1 332	0,9	7,1
Niederlande ..	827	1 008	898	1 036	-7,9	-2,7
Frankreich ...	781	1 017	660	963	18,3	5,6
Sonstiges Europa	1 722	2 258	1 932	2 151	-10,9	5,0

Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr 2013 nach und von Deutschland (ein- und aussteigende Fahrgäste), in %



2015 - 01 - 0263

25 Transport und Verkehr
 25.2 Personenverkehr
 25.2.4 Ein- und aussteigende Fahrgäste im Seeverkehr
 nach Fahrtgebieten

	2014	2013	Veränderung 2014 gegenüber Vorjahr
	1 000		%
Insgesamt	30 779	29 848	3,1
Verkehr innerhalb Deutschlands ..	18 333	17 689	3,6
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	12 447	12 159	2,4
dar.: Europa	12 434	12 143	2,4
davon:			
Europäische Union	10 927	10 775	1,4
darunter:			
Dänemark	8 027	7 970	0,7
Schweden	1 969	1 817	8,4
Finnland	122	126	-2,9
Polen	135	145	-6,9
Litauen	91	108	-15,8
Sonstiges Europa	1 508	1 369	10,2

25.2.5 Luftverkehr auf Flugplätzen 2014

	Starts		Fluggäste			Fracht (einschl. Post)		
	insgesamt	dar. im ge- werblichen Verkehr	ein- steigende	aus- steigende	Durchgang	Einladung	Ausladung	Durchgang
	1 000					1 000 t		
Insgesamt	1 159	1 007	104 316	104 816	584	2 331	2 108	77
Berlin-Schönefeld	34	31	3 627	3 652	13	3	3	1
Berlin-Tegel	92	88	10 307	10 363	13	23	18	0
Bremen	26	19	1 380	1 388	5	0	1	0
Dortmund	24	10	967	988	2	0	0	-
Dresden	14	11	867	872	16	0	0	0
Düsseldorf	105	103	10 894	10 923	22	55	42	0
Erfurt	11	4	109	109	7	1	1	1
Frankfurt am Main	232	231	29 564	29 850	136	1 112	1 020	32
Friedrichshafen	13	5	276	274	-	0	0	-
Hahn	19	10	1 182	1 199	66	74	53	6
Hamburg	74	70	7 359	7 382	17	16	13	0
Hannover	36	33	2 621	2 645	21	7	8	0
Karlsruhe/Baden-Baden ..	12	8	473	474	4	1	0	0
Köln/Bonn	57	55	4 725	4 693	20	376	360	15
Leipzig	41	29	1 148	1 148	30	460	444	4
Lübeck	6	4	84	85	0	-	-	-
Memmingen	8	4	373	374	1	-	-	-
München	183	182	19 750	19 821	107	182	127	14
Münster/Osnabrück	8	7	439	439	8	0	1	0
Niederrhein	11	7	897	910	1	-	-	-
Nürnberg	27	21	1 621	1 616	18	4	3	2
Paderborn-Lippstadt	15	4	378	379	4	0	0	-
Rostock-Laage	14	5	56	56	3	0	0	-
Saarbrücken	8	4	176	176	45	0	0	-
Stuttgart	61	58	4 865	4 826	21	16	15	0
Sylt-Westerland	26	3	77	74	-	-	-	-
Zweibrücken	2	2	101	100	5	0	0	0

25.2 Personenverkehr

25.2.6 Grenzüberschreitender Luftverkehr nach Staaten

	Starts		Einsteigende Fluggäste		Fracht (einschl. Post)			
	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	Einladung		Ausladung	
					2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr
Insgesamt	714	0,6	81 584	3,4	2 221	1,1	1 999	4,2
Europa	614	0,8	63 356	4,0	639	1,3	591	1,5
Frankreich	44	-5,8	3 558	0,5	90	4,9	69	0,5
Italien	60	-0,2	5 803	3,3	67	8,1	70	8,6
Spanien	81	6,0	12 137	6,2	62	4,0	36	-0,1
Türkei	48	8,1	7 188	5,4	52	5,0	60	14,8
Vereinigtes Königreich	66	0,0	6 276	2,4	102	1,3	85	-5,6
Afrika	18	-5,0	2 788	-0,7	63	-1,0	46	10,7
Ägypten	7	-0,1	1 005	3,7	15	8,9	12	23,8
Marokko	3	-4,0	355	-3,6	0	24,5	0	-15,8
Nigeria	1	0,4	103	-1,3	4	0,9	1	-47,7
Südafrika	1	-0,7	386	3,2	29	-8,9	12	9,6
Tunesien	4	4,3	536	3,8	1	26,4	1	69,4
Amerika	35	-1,4	7 697	1,9	526	-1,4	400	5,7
Brasilien	2	-7,0	438	6,0	41	-17,7	26	-1,4
Dominikanische Republik	1	3,6	277	4,5	2	28,0	6	9,7
Kanada	4	1,2	968	5,1	39	2,8	26	23,6
Mexiko	1	34,0	268	24,1	24	-0,3	12	21,1
Vereinigte Staaten	25	-3,4	5 222	0,3	399	0,4	308	5,2
Asien	47	1,9	7 743	2,3	992	2,5	962	5,1
China ¹	8	12,3	1 307	5,0	355	8,7	310	18,3
Indien	3	-6,1	625	-4,2	71	-3,1	121	0,9
Japan	3	12,9	641	-3,6	65	-0,4	62	-0,8
Thailand	2	3,6	388	-6,0	38	-8,6	22	-11,0
Vereinigte Arabische Emirate	8	1,3	1 751	5,2	151	-1,2	168	3,4
Australien und Ozeanien	0	-33,3	0	-99,9	0	-25,3	0	-100
Australien	0	50,0	0	-100	0	-24,7	0	-100

1 Einschl. Hongkong.

25.3 Güterverkehr

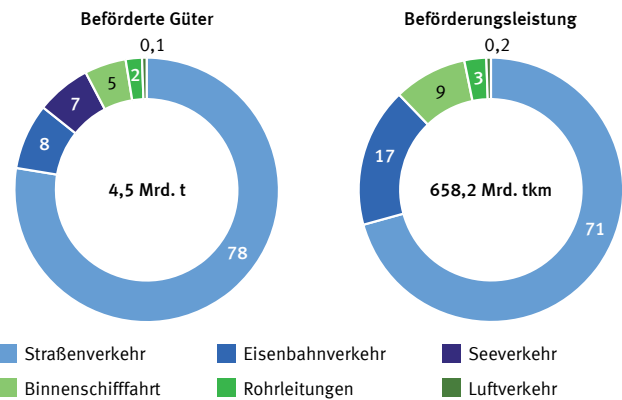
25.3.1 Güterverkehr im Überblick

	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenverkehr ¹	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Rohrleitungen	Luftverkehr
Beförderte Güter in Mill. t							
1991 ..	3 795	416	2 919	230	150	79	1,5
2000 ..	4 126	309	3 244	242	238	89	2,4
2005 ..	3 996	317	3 062	237	281	95	3,0
2010 ..	4 076	356	3 125	230	273	89	4,2
2013 ..	4 353	374	3 367	227	294	87	4,3
2014 ..	4 485	365	3 499	228	300	88	4,4
Beförderungsleistung in Mrd. tkm							
1991 ..	398	82	246	56	X	14	0,4
2000 ..	511	83	346	66	X	15	0,8
2005 ..	580	95	403	64	X	17	1,0
2010 ..	628	107	441	62	X	16	1,4
2013 ..	645	113	453	60	X	18	1,4
2014 ..	658	113	468	59	X	18	1,4

1 Deutsche und ausländische Lkw; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Güterverkehr 2014

in %



2015 - 01 - 0264

25.3 Güterverkehr

25.3.2 Eisenbahn-Güterverkehr 2014

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	365 003	238 687	45 888	61 889	18 538
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3 764	2 718	647	309	90
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	41 273	29 343	387	11 539	4
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	51 462	38 848	4 122	8 357	135
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	11 287	4 926	2 227	3 337	796
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	42 472	34 513	3 870	3 769	320
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	41 276	32 159	4 603	3 577	937
Metalle und Metallerzeugnisse	59 906	45 972	4 775	6 627	2 532
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	14 001	8 104	2 185	2 786	926
Sekundärrohstoffe, Abfälle	14 574	11 462	1 948	1 042	121
Sonstige Produkte	84 986	30 643	21 123	20 544	12 677

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik NST-2007.

25.3.3 Kombiniertes Verkehr der Eisenbahn 2014

	Insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
Beförderte Einheiten in 1 000 ¹					
Container und Wechselbehälter	4 198	2 167	753	759	520
Kraftfahrzeuge	710	52	269	275	114
Sattelzuganhänger	674	50	255	253	114
Lkw/Sattelzug	37	2	14	21	0
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container und Wechselbehälter	66 458	30 585	13 677	12 428	9 768
Kraftfahrzeuge	18 651	1 360	6 983	7 426	2 883
Sattelzuganhänger	17 422	1 299	6 550	6 691	2 883
Lkw/Sattelzug	1 229	61	433	735	0

Tonnagedaten sind Bestandteil der Werte von Tabelle 25.3.2.

1 Beladene und unbeladene Einheiten.

Kombiniertes Verkehr: Der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) wird mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

25.3 Güterverkehr

25.3.4 Güterverkehr deutscher Lastkraftwagen 2013

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Darunter			Durchgangsverkehr
		Verkehr innerhalb Deutschlands	grenzüberschreitender Verkehr		
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	2 938 189	2 809 265	63 608	47 564	1 181
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	151 722	142 762	3 479	4 258	/
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	7 321	6 764	(436)	/	/
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	915 158	903 449	6 254	3 612	/
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	432 341	403 600	14 515	10 622	429
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	88 065	85 699	1 096	1 119	/
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	473 884	445 607	15 520	9 707	(194)
Metalle und Metallerzeugnisse	137 063	125 368	5 504	4 268	/
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	140 266	128 457	6 074	4 193	/
Sekundärrohstoffe, Abfälle	251 288	244 235	2 815	3 001	/
Sonstige Produkte	341 080	323 323	7 915	6 733	(152)

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.3.5 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt 2014

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
		1 000 t			
Insgesamt	228 489	55 621	50 556	103 894	18 418
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16 901	5 051	2 690	5 693	3 467
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	35 502	5 202	205	28 280	1 815
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	56 452	13 191	10 791	31 324	1 146
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	13 074	3 306	3 702	4 945	1 121
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	37 578	13 454	7 028	13 548	3 548
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	26 555	6 924	9 100	9 399	1 132
Metalle und Metallerzeugnisse	12 066	1 619	4 934	4 108	1 405
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	2 254	615	1 287	330	22
Sekundärrohstoffe, Abfälle	12 265	4 889	4 100	1 521	1 756
Sonstige Produkte	15 843	1 371	6 720	4 746	3 007

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.6 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2014 – die 20 umschlagstärksten Binnenhäfen

	Umschlag insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr	
			Versand	Empfang
1 000 t				
1 Duisburg	52 431	5 042	8 032	39 357
2 Köln	12 017	5 262	3 692	3 063
3 Hamburg	11 671	11 167	147	357
4 Mannheim	8 495	2 119	2 009	4 367
5 Ludwigshafen am Rhein	7 276	2 592	1 681	3 003
6 Neuss	7 083	1 915	1 598	3 570
7 Karlsruhe	6 637	2 463	1 305	2 869
8 Frankfurt am Main ..	4 490	2 018	579	1 894
9 Berlin	4 095	3 294	1	800
10 Gelsenkirchen	3 885	2 003	1 335	547
11 Marl	3 833	1 015	1 019	1 800
12 Hamm	3 614	770	363	2 481
13 Wesseling	3 423	1 938	1 301	183
14 Kehl	3 320	1 565	572	1 183
15 Saarlouis	3 288	228	675	2 385
16 Bremen	3 255	3 043	68	144
17 Krefeld	3 227	1 325	601	1 301
18 Mainz	3 195	1 053	833	1 310
19 Rheinberg	3 074	344	676	2 055
20 Heilbronn	3 011	1 516	143	1 352

25.3.7 Containerumschlag in der Binnenschifffahrt – die 20 umschlagstärksten Binnenhäfen

	2014		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹	%	
1 Duisburg	476		16,3
2 Mannheim	146		5,8
3 Gernersheim	140		11,8
4 Wörth am Rhein	132		5,1
5 Mainz	111		0,3
6 Emmerich am Rhein	107		0,3
7 Köln	104		1,4
8 Hamburg	98		4,5
9 Neuss	86		- 14,4
10 Ludwigshafen am Rhein	82		- 2,4
11 Frankfurt am Main	81		22,5
12 Bremerhaven	80		18,5
13 Düsseldorf	73		18,4
14 Bonn	62		9,9
15 Bremen	61		7,6
16 Voerde (Niederrhein)	43		- 11,8
17 Andernach	41		- 1,7
18 Braunschweig	38		- 15,2
19 Gernsheim	35		1,3
20 Weil am Rhein	34		14,7

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

25.3.8 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	2014			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	304 060	125 454	178 606	2,2	2,2	2,2
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24 235	10 617	13 618	0,1	- 3,5	3,2
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	38 012	678	37 334	1,2	225,4	- 0,1
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	28 805	2 445	26 360	2,0	4,5	1,8
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	44 493	19 959	24 534	- 3,3	- 10,9	3,9
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	16 951	5 321	11 630	2,4	15,9	- 2,9
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	35 991	21 425	14 566	3,7	- 1,8	12,9
Metalle und Metallerzeugnisse	18 781	12 707	6 073	30,4	43,2	9,8
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	31 707	18 090	13 618	- 8,0	- 8,7	- 7,0
Sekundärrohstoffe, Abfälle	6 092	2 976	3 117	6,0	1,3	11,0
Sonstige Produkte	58 994	31 237	27 757	6,0	8,5	3,2

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.9 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr nach Fahrtgebieten

	2014			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	304 060	125 454	178 606	2,2	2,2	2,2
Verkehr innerhalb Deutschlands	7 565	3 940	3 625	8,5	10,0	6,9
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ..	296 496	121 515	174 981	2,0	1,9	2,1
darunter:						
Afrika	15 833	6 736	9 097	10,0	7,1	12,2
Amerika	42 114	17 243	24 870	- 5,3	- 3,4	- 6,5
darunter:						
Vereinigte Staaten	15 034	7 797	7 237	- 17,6	- 7,4	- 26,3
Brasilien	10 275	2 966	7 309	8,0	- 3,8	13,7
Asien	66 318	36 367	29 951	4,4	2,5	6,8
darunter:						
China	24 473	9 120	15 354	4,9	- 2,9	10,0
Indien	3 559	1 914	1 645	10,6	5,9	16,7
Europa	169 962	60 290	109 671	2,5	2,5	2,4
Europäische Union	115 607	48 539	67 068	2,4	4,3	1,1
darunter:						
Schweden	25 124	11 404	13 720	0,8	1,9	0,0
Vereinigtes Königreich	18 282	6 348	11 934	7,5	1,0	11,3
Finnland	15 847	5 553	10 295	1,5	0,9	1,8
Dänemark	11 851	5 883	5 968	- 0,2	6,7	- 6,2
Niederlande	7 931	3 064	4 868	- 12,4	- 6,0	- 15,9
Sonstiges Europa	54 355	11 752	42 603	2,6	- 4,3	4,7
darunter:						
Russische Föderation	27 942	7 004	20 938	- 0,8	- 2,4	- 0,2
Ozeanien und Polargebiete	1 656	567	1 089	- 3,8	- 7,2	- 1,9
Unbekannt	614	311	303	- 5,7	97,9	- 38,7

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.10 Güterumschlag im Seeverkehr
 – die 20 umschlagstärksten Häfen

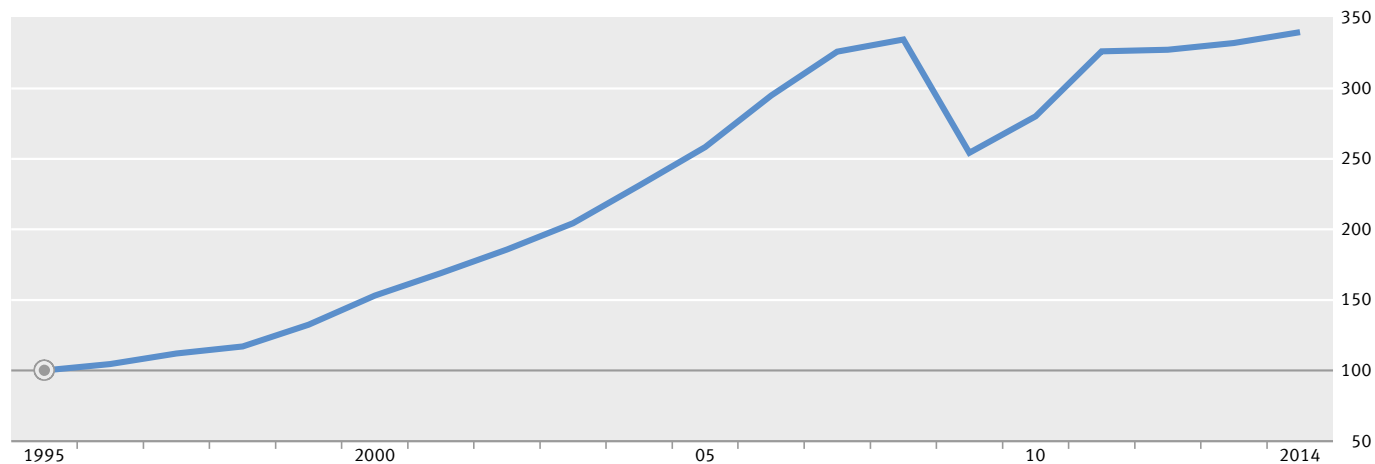
		2014	Veränderung gegenüber Vorjahr
		1 000 t	%
1	Hamburg	126 004	4,5
2	Bremerhaven	53 643	- 1,6
3	Wilhelmshaven	23 647	- 1,9
4	Rostock	19 474	9,5
5	Lübeck	17 237	1,4
6	Bremen	12 799	2,0
7	Brunsbüttel	8 643	2,9
8	Brake	6 259	11,4
9	Bützflath	5 585	5,8
10	Puttgarden/Fehmarn	4 542	- 5,1
11	Emden	4 330	- 1,2
12	Kiel	4 038	8,7
13	Wismar	3 359	- 12,5
14	Nordenham	2 537	3,4
15	Cuxhaven	2 534	- 0,7
16	Sassnitz	1 279	- 20,4
17	Duisburg	1 140	4,3
18	Stralsund	915	9,5
19	Vierow	761	3,5
20	Norddeich	539	- 2,5

25.3.11 Containerumschlag im Seeverkehr
 – die 5 umschlagstärksten Häfen

		2014	Veränderung gegenüber Vorjahr
		1 000 TEU ¹	%
1	Hamburg	9 775	5,1
2	Bremerhaven	5 731	- 1,6
3	Lübeck	142	9,2
4	Wilhelmshaven	64	- 5,9
5	Jade-Weser-Port	62	- 15,1

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Containerumschlag im Seeverkehr
 in TEU, 1995 = 100



Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe.
 Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

2015 - 01 - 0265

25 Transport und Verkehr

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.1 Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1991	2000	2010	2013	2014
	1 000 km				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	230,7	231,0	230,5	230,4
dar. Autobahnen	10,9	11,5	12,8	12,9	12,9
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	44,1	41,7	37,9	37,9	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,4	2,4	...
Bundeswasserstraßen	7,3	7,5	7,7	7,7	7,7
Rohrleitungen	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4

25.4.2 Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1.1.2014

	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Land(es)-, Staatsstraßen	Kreisstraßen
	km				
Deutschland	230 377	12 917	39 389	86 210	91 861
Baden-Württemberg	27 402	1 054	4 369	9 913	12 066
Bayern	41 892	2 515	6 525	14 019	18 833
Berlin	246	77	169	-	-
Brandenburg	12 257	794	2 787	5 701	2 975
Bremen	116	75	41	-	-
Hamburg	204	81	123	-	-
Hessen	16 104	975	3 021	7 168	4 940
Mecklenburg-Vorpommern . .	9 987	554	1 992	3 293	4 148
Niedersachsen	28 173	1 434	4 763	8 273	13 703
Nordrhein-Westfalen	29 569	2 216	4 654	12 932	9 767
Rheinland-Pfalz	18 391	877	2 930	7 217	7 367
Saarland	2 047	240	336	846	625
Sachsen	13 471	567	2 368	4 792	5 744
Sachsen-Anhalt	10 968	411	2 142	4 083	4 332
Schleswig-Holstein	9 889	536	1 556	3 670	4 127
Thüringen	9 661	511	1 613	4 303	3 234
	%				
Anteil an Straßen des überörtlichen Verkehrs	100	5,6	17,1	37,4	39,9

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

25.4.3 Schienen-Infrastruktur 2010

	Insgesamt	Eisenbahnen	Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	Industrieanschlussstrecken
	km			
Insgesamt	41 303	37 877	2 407	1 019
Schmalspur	874	358	501	15
Normalspur	40 430	37 520	1 907	1 003
dar. für Hochgeschwindigkeitsverkehr	2 369	2 369	-	-

Bei der **Normalspur** beträgt die Spurweite des Gleiskörpers 1,435 m. Kleinere Spurweiten werden als **Schmalspur** bezeichnet.

Eigentum sowie gepachtete oder regelmäßig betriebene fremde Strecke.

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.4 Eisenbahn-Infrastruktur nach Ländern in km

	Streckenlänge			
	2005	2010	2012	2013
Insgesamt	38 206	37 877	37 941	37 860
Baden-Württemberg	4 110	4 098	4 105	4 105
Bayern	6 154	6 235	6 310	6 308
Berlin	607	601	583	580
Brandenburg	2 774	2 730	2 739	2 739
Bremen	168	164	165	164
Hamburg	282	356	352	350
Hessen	2 625	2 573	2 573	2 573
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 543	1 670	1 690	1 671
Niedersachsen	4 194	4 102	4 114	4 100
Nordrhein-Westfalen	5 910	5 423	5 400	5 373
Rheinland-Pfalz	2 062	2 052	2 057	2 057
Saarland	365	365	370	370
Sachsen	2 339	2 416	2 409	2 409
Sachsen-Anhalt	2 192	2 214	2 199	2 190
Schleswig-Holstein	1 283	1 278	1 278	1 278
Thüringen	1 598	1 601	1 597	1 594

25.4.5 Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

	Bestand am 1.1.			Neuzulassungen		
	2015	2014	Veränderung 2015 gegen- über Vorjahr	2014	2013	Veränderung 2014 gegen- über Vorjahr
	1 000		%	1 000		%
Krafträder	4 145,4	4 055,0	2,2	148,8	138,6	7,4
Pkw	44 403,1	43 851,2	1,3	3 036,8	2 952,4	2,9
Kraftomnibusse einschl. Obussen ...	77,5	76,8	0,9	5,7	5,8	-3,0
Lkw	2 701,3	2 629,2	2,7	264,6	254,3	4,1
Zugmaschinen	2 111,1	2 081,8	1,4	80,2	77,6	3,3
Übrige Kraftfahrzeuge	277,1	272,9	1,6	15,3	15,1	1,4
Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zusammen	53 715,6	52 966,8	1,4	3 551,5	3 443,9	3,1
Kraftfahrzeuge mit Versicherungs- kennzeichen	2 044,1	X	.	.	X
Kraftfahrzeuganhänger	6 674,3	6 500,4	2,7	271,3	247,9	9,5

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.4.6 Bestand an Schiffen am 31.12.

	Binnenschiffe		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
	Güterschiffe	Fahrgastschiffe	Güterschiffe	Fahrgastschiffe
2000	2 448	924	689	131
2005	2 457	1 000	603	112
2010	2 357	980	571	92
2013	2 275	998	395	89
2014	368	88

Quellen: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

25.4.7 Bestand an Luftfahrzeugen am 31.12.

	Insgesamt	Flugzeuge mit einem Startgewicht			Hubschrauber
		bis 2 t ¹⁾	über 2t bis 20t	über 20t	
2000	12 272	9 950	907	595	820
2005	12 249	9 961	804	680	804
2010	13 445	10 696	949	799	1 001
2013	13 506	10 944	879	794	889
2014	13 157	10 762	837	768	790

1 Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

25.5 Straßenverkehrsunfälle

25.5.1 Verunglückte 2014

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Darunter Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						Fußgänger/ -innen	Sonstige
		Mofas, Mopeds	Motor- rädern	Pkw	Bussen	Güterkraft- fahrzeugen	Fahrrädern		
Getötete									
Anzahl									
Insgesamt	3 377	87	587	1 575	13	143	396	523	53
unter 15	71	1	1	26	–	1	12	28	2
15 – 18	91	6	28	28	–	–	14	14	1
18 – 25	496	2	98	320	–	12	15	42	7
25 – 35	456	6	113	259	–	16	14	44	4
35 – 45	334	5	87	160	1	35	19	22	5
45 – 55	518	14	138	213	–	40	43	62	8
55 – 65	424	18	87	167	1	32	53	62	4
65 und mehr	987	35	35	402	11	7	226	249	22
Ohne Angabe	–	–	–	–	–	–	–	–	–
%									
Anteil an Getöteten insgesamt	100	2,6	17,4	46,6	0,4	4,2	11,7	15,5	1,6
Verletzte									
Anzahl									
Insgesamt	389 535	15 865	30 343	215 387	5 766	9 453	77 900	30 638	4 183
unter 15	28 603	178	148	10 739	998	90	9 535	6 651	264
15 – 18	19 953	3 867	4 322	4 971	307	59	4 626	1 639	162
18 – 25	66 745	2 646	5 072	46 401	446	1 143	7 472	3 065	500
25 – 35	66 880	2 072	4 631	42 767	532	2 064	10 880	3 294	640
35 – 45	52 662	1 784	3 732	32 434	562	2 085	8 843	2 701	521
45 – 55	65 071	2 603	6 772	35 102	801	2 378	13 212	3 500	703
55 – 65	42 415	1 479	4 117	21 451	733	1 313	9 728	3 049	545
65 und mehr	46 624	1 214	1 535	21 421	1 381	313	13 319	6 641	800
Ohne Angabe	582	22	14	101	6	8	285	98	48
%									
Anteil an Verletzten insgesamt	100	4,1	7,8	55,3	1,5	2,4	20,0	7,9	1,1

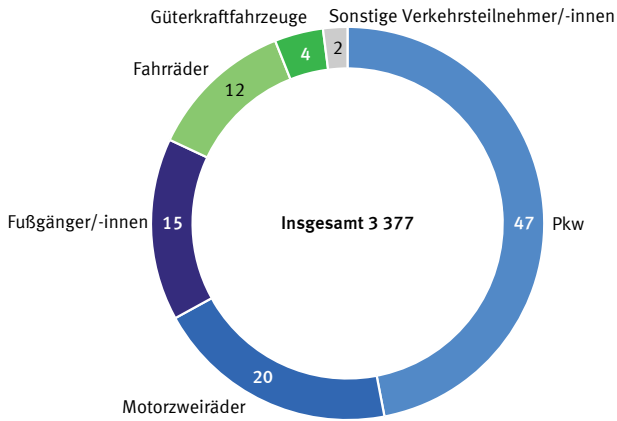
25.5.2 Unfälle und Verunglückte im Zeitvergleich

	1970	1990	2000	2010	2013	2014	Veränderung gegen- über Vorjahr in %
Polizeilich erfasste Unfälle	1 392 007	2 010 575	2 350 227	2 411 271	2 414 011	2 406 685	– 0,3
davon:							
Unfälle mit Personenschaden	377 610	340 043	382 949	288 297	291 105	302 435	3,9
davon:							
Innerorts	254 198	218 177	245 470	195 833	199 650	209 618	5,0
Außerorts ohne Autobahnen	107 762	97 559	111 901	73 635	73 003	73 916	1,3
Auf Autobahnen	15 650	24 307	25 578	18 829	18 452	18 901	2,4
Unfälle mit Sachschaden	1 014 397	1 670 532	1 967 278	2 122 974	2 122 906	2 104 250	– 0,9
davon:							
Schwerwiegende Unfälle mit Sach- schaden im engeren Sinne ¹⁾	X	X	107 582	92 107	80 824	70 479	– 12,8
Sonstige Sachschadensunfälle	X	X	1 859 696	2 030 867	2 042 082	2 033 771	– 0,4
Verunglückte insgesamt	550 988	456 064	511 577	374 818	377 481	392 912	4,1
davon:							
Getötete	19 193	7 906	7 503	3 648	3 339	3 377	1,1
Schwerverletzte	164 437	103 403	102 416	62 620	64 057	67 732	5,7
Leichtverletzte	367 358	344 755	401 658	308 550	310 085	321 803	3,8

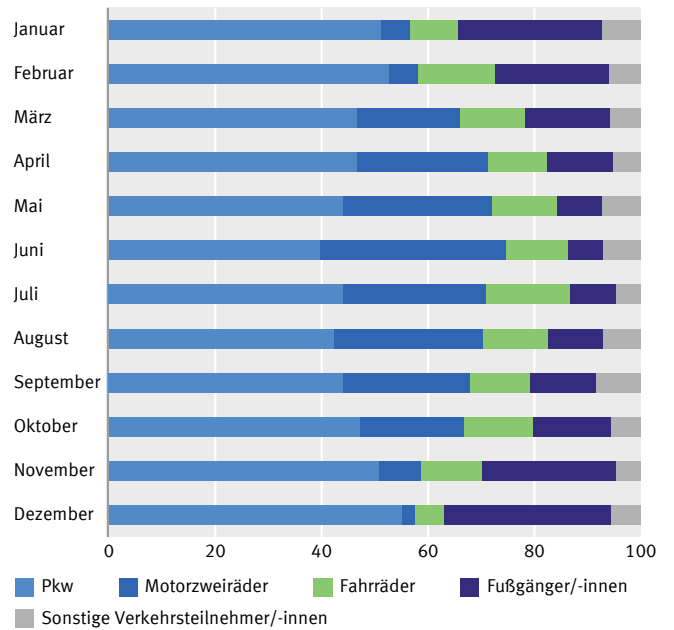
Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

1 Bis 1994 Abgrenzung der Unfälle nach Schadenshöhe, ab 1995 Unfälle in Verbindung mit einem Straftatbestand oder einer Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. – Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sind in „sonstige Sachschadensunfälle“ enthalten.

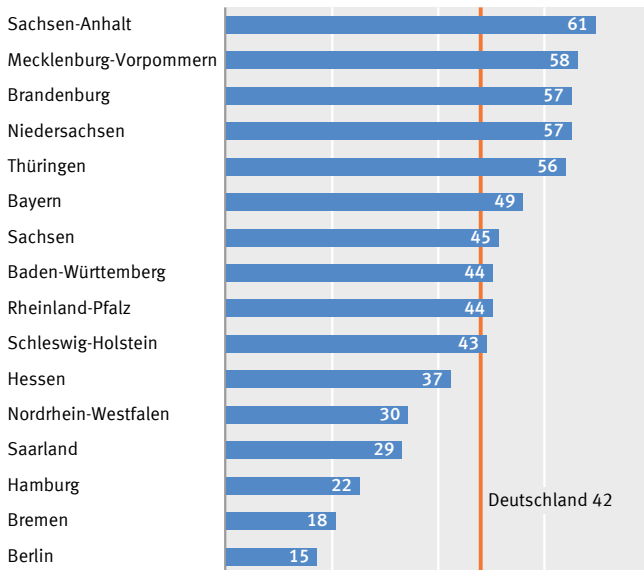
Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Verkehrsbeteiligung 2014
in %



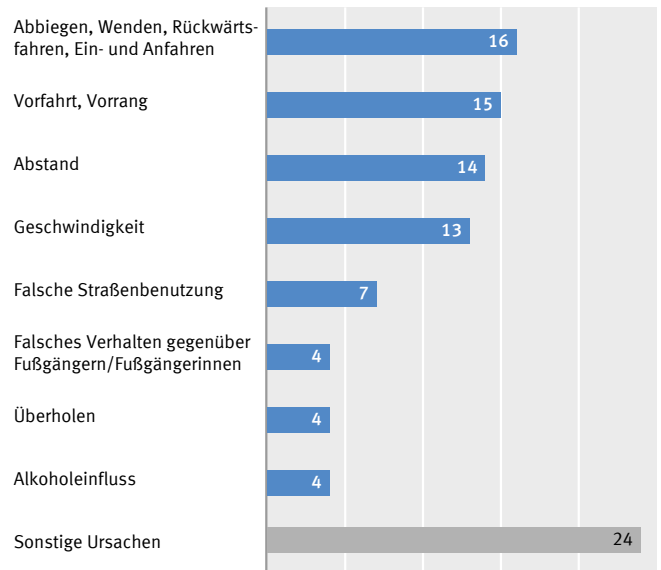
Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Monaten 2014
in %



Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Ländern 2014
je 1 Mill. Einwohner/-innen



Fehlverhalten der Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer bei Unfällen mit Personenschaden 2014
in %



2015 - 01 - 0266

Methodik

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Berufstätigen, Reisenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern) gewährleistet arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über Verkehrsunternehmen und das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Der Verkehrssektor kann institutionell und funktional abgegrenzt werden. In der **institutionellen** Darstellung liegen Informationen zu Unternehmen vor, die mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Verkehrsbereichen tätig sind. Das sind diejenigen Unternehmen, die als Haupttätigkeit Güter- oder Personenbeförderung ausüben oder die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr (z. B. Betrieb von Häfen, Flughäfen, Lagerei). Dabei werden Angaben für das gesamte Unternehmen ausgewiesen. Die Angaben umfassen also auch z. B. die Umsätze und tätigen Personen in Nebentätigkeiten außerhalb der Verkehrstätigkeiten, ohne dass der Verkehrsanteil erkennbar wäre. Unternehmen, die Verkehrstätigkeiten als Nebentätigkeit betreiben, sind anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet. Sie sind daher nicht in den Ergebnissen enthalten. Den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 liegt eine institutionelle Abgrenzung zugrunde.

Die weiteren Tabellen dieses Kapitels orientieren sich an der Tätigkeit „Transport“ (**funktionale** Darstellung) und den dafür erforderlichen unmittelbaren Voraussetzungen bzw. den Auswirkungen, die sich durch den Verkehr ergeben. Sie umfassen dabei alle wichtigen Angaben, insbesondere zu Verkehrsleistungen (beförderte Personen und Güter), zur Verkehrsinfrastruktur und den Verkehrsmittelbeständen sowie zum Unfallgeschehen. In die funktionale Darstellung der Verkehrsleistungsstatistiken werden diejenigen Unternehmen einbezogen, die eine bestimmte Transporttätigkeit ausüben – unabhängig davon, ob diese Transporttätigkeit die Haupttätigkeit, eine Nebentätigkeit oder eine Hilfstätigkeit (z. B. Werkverkehr von Unternehmen des Handels) der Unternehmen darstellt. In der funktionalen Darstellung geht es auch bei der Verkehrsinfrastruktur, den Verkehrsmittelbeständen und den Unfällen immer um eine Gesamtabbildung dieser Tatbestände in Deutschland, unabhängig von eventuellen institutionellen Zuordnungen.

■ Institutionelle Verkehrsstatistik

Unternehmensdaten im Verkehr

Die Angaben zu den Unternehmen in den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 dieses Kapitels stammen aus der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 27 „Weitere Dienstleistungen“.

■ Funktionale Verkehrsstatistik

Die verkehrszweigspezifisch konzipierten amtlichen funktionalen Statistiken des Verkehrs – von Eisenbahnen, auf Straßen, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Luftverkehr und in Rohrleitungen – bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Verkehrspolitik. Dies umfasst z. B. die Planung infrastruktureller Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplanung), die Verkehrssicherheitspolitik sowie die Vorbereitung und Durchführung internationaler Verhandlungen. Außerdem erfüllen die amtlichen Verkehrsstatistiken internationale Verpflichtungen zur Datenlieferung. Sie sind ebenfalls Bestandteil der politischen Arbeit von verkehrswirtschaftlichen Verbänden, von Tarifparteien, von wissenschaftlichen Instituten sowie von anderen Forschungsinstitutionen.

Die **Verkehrsleistungsstatistiken** bilden den Schwerpunkt der amtlichen funktionalen Verkehrsstatistik. Sie werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt sowie für den Straßengüterverkehr vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die Verkehrsleistungsstatistiken weisen die Beförderungsmenge bzw. das Beförderungsaufkommen im Güter- und Personenverkehr (Tonnen/Personen) nach sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer/Personenkilometer). Dies

geschieht in regionaler Gliederung sowie im Güterverkehr in güterspezifischer Gliederung. Die Leistungsstatistiken des Personenverkehrs erfassen grundsätzlich beförderte Personen als Beförderungsfälle. Dies bedeutet, dass eine Person mehrfach gezählt wird, wenn sie im Berichtszeitraum mehrere Fahrten unternommen hat. Die beförderten Güter werden mit ihrem Gewicht nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen der durchgeführten Beförderungen. Eine wichtige Untergliederung der veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistiken bilden die Hauptverkehrsverbindungen.

Die Angaben der amtlichen Statistik zum Personen- und Güterverkehr entstammen einem in sich abgestimmten System von Erhebungen, auch wenn die verkehrstatistischen Daten für die einzelnen Verkehrszweige getrennt erfasst, aufbereitet und dargestellt werden. Insbesondere die gleiche Rechtsgrundlage, die Erhebung vergleichbarer Merkmale sowie die Anwendung einheitlicher Güter- und Regionalsystematiken (z. B. des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) stellen die Einheitlichkeit der Darstellung in Bezug auf verkehrszweigübergreifende Fragestellungen und die zeitliche Vergleichbarkeit sicher. Die Ergebnisse der monatlichen oder vierteljährlichen Verkehrsleistungsstatistiken stehen mit hoher Genauigkeit ca. 30 bis 60 Tage nach Ende des Berichtszeitraums zur Verfügung. Rechtsgrundlage für die Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrstatistikgesetz – VerkStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Angaben zum motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern ermittelt nicht die amtliche Statistik, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Unter der Zielsetzung der funktionalen Verkehrsstatistik sind auch die **Registerstatistiken** einzuordnen, vor allem die Statistiken zu den Kraftfahrzeugen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) durchführt. Auch in anderen Bereichen ergänzen Auswertungen von Verwaltungsregistern die Erhebungen, insbesondere zur Infrastruktur und zum Verkehrsmittelbestand. Zu erwähnen sind hier die Angaben zum Bestand an Binnenschiffen, Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs.

■ Personenverkehr

Das Berichtssystem über den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen besteht aus vierteljährlichen, jährlichen und fünfjährigen Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und Erhebungen im Schienenfernverkehr andererseits. Methodisch sind die Statistiken in den beiden genannten Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr werden Unternehmen befragt, die Personennahverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) oder mit Straßenbahnen (einschließlich Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) betreiben bzw. Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibussen und Obussen). Die Erhebungen umfassen nicht nur die Unternehmen, die eine Konzession für die Personenbeförderung haben. Sie enthalten auch die Subunternehmen, die im Auftrag eines anderen Unternehmens, das über eine Konzession verfügt, Personen befördern. Erhebungsbereich und Fragenprogramme sind – abhängig von der Größe der Unternehmen – unterschiedlich abgegrenzt, um kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. So umfasst die jährliche Erhebung alle Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen und eine Stichprobe der kleineren Unternehmen. Im Schienenfernverkehr werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.

Die hier dargestellte Verkehrsleistungsstatistik der **Luftfahrt** erfasst die Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen, die mindestens 150 000 Passagiere pro Jahr aufweisen (Inlandskonzept). Für diese Hauptverkehrsflughäfen werden außerdem für Luftfahrzeuge, Personen und Güter

(Fracht und Post) die Herkunfts- und Zielflugplätze ermittelt. Die Darstellung des Personen- und Güterverkehrs ist auf den gewerblichen Luftverkehr beschränkt. Überflüge über das Inland werden nicht erhoben.

Im Seeverkehr wird der Personenverkehr seit dem Jahr 2000 erhoben und ausgewertet. Weitere Informationen zum Erhebungssystem finden Sie unter *Güterverkehr*.

Die Angaben zum **motorisierten Individualverkehr** mit Pkw und Zweirädern (MIV) berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich in einem Personenverkehrsmodell. Für die Ermittlung der beförderten Personen und der Beförderungsleistungen wird dabei eine Vielzahl von Datenquellen ausgewertet.

■ Güterverkehr

Die Angaben zum **Eisenbahngüterverkehr** entstehen aus einem in sich abgestimmten System von Erhebungen. Erhoben werden monatlich und jährlich Angaben vor allem zur Beförderungsmenge und Beförderungsleistung. Kleinere Unternehmen werden dabei nur jährlich mit einem verkürzten Erhebungsprogramm einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen, die auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs eine jährliche Verkehrsleistung von mindestens 10 Millionen Tonnenkilometern oder von einer Million Tonnenkilometern im „Kombinierten Verkehr“ aufweisen.

Für den **Straßengüterverkehr** erfasst eine Stichprobenerhebung die Verkehrsleistungen deutscher Lastkraftfahrzeuge laufend. Die Ergebnisse werden monatlich und jährlich veröffentlicht. In die Erhebung einbezogen sind sowohl der gewerbliche Straßengüterverkehr als auch der Werkverkehr. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt die Erhebung durch. Von der Erhebung des KBA grundsätzlich ausgenommen sind die Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- oder Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Tabelle 25.3.4 dieses Kapitels zeigt daher die Transporte deutscher Lkw im In- und Ausland (Inländerkonzept). Auch die übrigen Staaten der Europäischen Union sind verpflichtet, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) entsprechende Ergebnisse für ihre nationalen Lkw zu liefern. Unter Heranziehung dieser Daten sowie weiterer Quellen für Nicht-EU-Staaten (z. B. aus der Mautstatistik) ermittelt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auch Angaben zum Verkehr in- und ausländischer Lkw in Deutschland (Inlandskonzept). Diese stellt Tabelle 25.3.1 dar.

Die Statistik des **Güterverkehrs der Binnenschifffahrt** umfasst Umschlag und Transporte in- und ausländischer Schiffe auf Binnengewässern des Inlandes (Inlandskonzept). Auskunftspflichtig sind die Fracht- bzw. Schiffsführerinnen und -führer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen bei allen Be- und Entladevorgängen in deutschen Binnenhäfen. Nicht einbezogen ist der Verkehr der Binnenfischerei, der Nassbaggerei, Fähr- und Hafenverkehr sowie Transporte für den Schiffsbetrieb (Treibstoff, Proviant u. Ä.). Der Durchgangsverkehr wird den Meldungen der Wasserstraßenverwaltung des Bundes entnommen.

Die **Seeverkehrsstatistik** umfasst sämtliche Ankünfte und Abgänge von deutschen und ausländischen (See-) Schiffen in Häfen, wenn die Fahrt ganz oder teilweise auf See stattfindet (Inlandskonzept). Somit enthält sie auch den Seeverkehr der Binnenhäfen. Die See wird dann befahren, wenn die Fahrt nicht ausschließlich auf Binnenwasserstraßen (Flüsse und Kanäle) im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes stattfindet. Auskunftspflichtig zur Statistik des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See sind die Verfrachterinnen und Verfrachter, die Schiffsführerinnen und Schiffsführer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen. Das Jahrbuch weist für den Seeverkehr generell die Bruttogewichte der Güter nach, also die Nettogewichte einschließlich der Verpackung der Güter, jedoch ohne die Gewichte der Ladungsträger (z. B. Container), in denen die Güter befördert werden.

Die Statistik der **Transporte in Rohrleitungen** weist den Eingang von Rohöl in Raffinerien nach. Diesen übermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

dem Statistischen Bundesamt in monatlicher und jährlicher Periodizität. Der Transit und andere Beförderungsmengen, die nicht zu Raffinerien befördert werden, bleiben unberücksichtigt.

■ Infrastruktur und Fahrzeugbestände

Die Statistik der **Straßen des überörtlichen Verkehrs** erstellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Straßen des überörtlichen Verkehrs sind Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Nicht enthalten sind Gemeindestraßen. Deren Länge wurde zuletzt 1993 ermittelt und betrug damals 413 000 Kilometer.

Die **Schieneinfrastrukturstatistik** führt das Statistische Bundesamt bei Unternehmen durch, die Schienenstrecken des öffentlichen Verkehrs im Inland betreiben (Infrastrukturunternehmen). Streckenneubauten und -stilllegungen werden jährlich erfragt, weitere Infrastrukturangaben (Streckenlängen, Bahnübergänge, Bahnhöfe etc.) fünfjährlich.

Bestand und Neuzulassungen von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern** werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt. Das Zentrale Fahrzeugregister basiert seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Erfasst werden zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland.

Der **Binnenschiffsbestand** entstammt der Binnenschiffsbestandsdatei deutscher Schiffe, die die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest führt. Die Datei enthält keine Schiffe, die von deutschen Unternehmen eingesetzt werden, aber im Ausland registriert sind. Zum **Seeschiffsbestand** gehören nur die Schiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Die im Ausland registrierten Schiffe deutscher Schiffsgeberinnen und -geber sind somit nicht darin enthalten. Die Zahlen ermittelt das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Den **Luftfahrzeugbestand** ermittelt das Luftfahrt-Bundesamt aus der bei ihm geführten Luftfahrzeugrolle. In dieser Luftfahrzeugrolle sind Luftfahrzeuge inländischer Eigentümerinnen und Eigentümer (Unternehmen und Privatpersonen) eingetragen. Der Bestand umfasst auch in das Ausland vermietete Luftfahrzeuge.

■ Straßenverkehrsunfälle

Als **Straßenverkehrsunfälle** werden alle Unfälle erfasst, die von der Polizei registriert wurden und bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen entweder Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstanden ist. Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamtinnen und Beamte den Unfall aufgenommen haben. Unfälle, zu denen die Polizei nicht hinzugezogen wurde, werden folglich nicht nachgewiesen. Die Polizeidienststellen melden die Daten an die amtliche Statistik. Nachgewiesen werden die Straßenverkehrsunfälle nach dem Inlandskonzept. Dies bedeutet, es werden – unabhängig von der Nationalität der Unfallbeteiligten – nur die Unfälle registriert, die sich auf deutschen Straßen ereigneten, bzw. nur die Verunglückten erfasst, die hier zu Schaden kamen.

Dieses Kapitel weist nur das Unfallgeschehen für die Straßenverkehrsunfälle nach. Angaben zu Schienenverkehrsunfällen (Erhebung des Statistischen Bundesamtes) sowie zu Unfällen im Luftverkehr (Angaben der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung) liegen ebenfalls vor. Sie finden diese in der Fachserie „Verkehrsunfälle“ (siehe auch „Mehr zum Thema“) sowie unter www.destatis.de > Transport und Verkehr > Verkehrsunfälle.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Beförderte Personen | Die Zahl der beförderten Personen (Fahr- oder Fluggäste) spiegelt in der Verkehrsstatistik im Regelfall die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt.

Beförderungsleistung im Güterverkehr | Dies ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr | Diese wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahr- bzw. Reiseweiten). Fahren z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Beförderungsmenge im Güterverkehr | Als Beförderungsmenge wird das Gewicht der beförderten Güter bezeichnet. Das Beförderungsgewicht wird einheitlich in allen amtlichen Güterverkehrsstatistiken einschließlich Verpackungsgewicht erhoben. Mit Ausnahme der Seeschifffahrt wird zudem das Gewicht von Ladungsträgern (z. B. Containern) in die Gesamttonnage einbezogen.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Gütergliederung | Die Gütergliederung sämtlicher amtlicher funktionaler Verkehrsstatistiken basiert ab Berichtsjahr 2008 auf dem „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007)“. Es umfasst 20 Güterabteilungen und 81 Gütergruppen. Für Querschnittspublikationen wie das Statistische Jahrbuch gibt es daneben Zusammenfassungenpositionen der NST-2007-Abteilungen. In dieser Publikation werden die Ergebnisse nach 10 zusammengefassten Güterabteilungen nachgewiesen.

Güterumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Güter. Im Unterschied zur Güterbeförderung werden beim Güterumschlag Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach.

Hauptverkehrsverbindungen | Innerdeutscher Verkehr (Verkehr innerhalb Deutschlands), grenzüberschreitender Verkehr (Empfang oder Versand) und Durchgangsverkehr (Transit) bilden die sogenannten Hauptverkehrsverbindungen, auch Hauptverkehrsbeziehungen oder Hauptverkehrsrelationen genannt. Generell werden beim innerdeutschen Verkehr die Transportvorgänge innerhalb Deutschlands nachgewiesen. Grenzüberschreitender Verkehr ist der Verkehr Deutschlands mit dem Ausland, Durchgangsverkehr der Verkehr zwischen Gebieten außerhalb Deutschlands durch Deutschland.

Kfz-Bestand | Zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland zählen zum Kfz-Bestand. Nicht einbezogen sind Fahrzeuge der Bundeswehr, Fahrzeuge mit rotem bzw. Kurzzeitkennzeichen sowie Ausfuhrkennzeichen und – ab Berichtsjahr 2000 – vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge.

Kfz-Neuzulassungen | Hierunter ist die erstmalige Registrierung eines fabrikneuen Fahrzeugs zu verstehen, das in Deutschland ein amtliches Kennzeichen erhalten hat und somit berechtigt ist, am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen.

Kombinierter Verkehr | Dabei wird der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik | Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Transport und Verkehr* finden Sie hauptsächlich unter dem Menüpunkt > Themen, Code 46, Daten zu *Unternehmen* daneben unter Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmensdaten im Verkehr

Fachserie 9 Dienstleistungen

Reihe 4.1 | Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – Verkehr und Lagerei

■ Personenverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 3.1 | Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

■ Güterverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.3 | Kombiniertes Verkehr
 Reihe 1.4 | Gefahrguttransporte
 Reihe 2 | Eisenbahn
 Reihe 4 | Binnenschifffahrt

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/12 | Gefahrguttransporte 2010
 Heft 3/14 | Kombiniertes Verkehr 2012

■ Straßenverkehrsunfälle

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 7 | Verkehrsunfälle

Fachberichte

Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln im Straßenverkehr
 Kinderunfälle im Straßenverkehr
 Unfälle von 15- bis 17-jährigen im Straßenverkehr
 Unfälle von 18- bis 24-jährigen im Straßenverkehr
 Unfälle von Frauen und Männern im Straßenverkehr
 Unfälle von Güterkraftfahrzeugen im Straßenverkehr
 Unfälle von Kraftomnibussen im Straßenverkehr
 Unfälle von Senioren im Straßenverkehr
 Unfallentwicklung auf deutschen Straßen
 Verkehrsunfälle – Zeitreihen
 Zweiradunfälle im Straßenverkehr

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10 | Unfallstatistik – Verkehrsmittel im Risikovergleich
 Heft 1/15 | Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Broschüre

| Verkehr auf einen Blick (2013)

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.1 | Verkehr aktuell

Reihe 1.2 | Verkehr im Überblick

Reihe 2.1 | Betriebsdaten des Schienenverkehrs

Reihe 5 | Seeschifffahrt

Reihe 6 | Luftverkehr

Reihe 6.1 | Luftverkehr auf Hauptverkehrsflughäfen

Reihe 6.2 | Luftverkehr auf allen Flugplätzen





26 Gastgewerbe und Tourismus

1,9 Millionen Personen in **204 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der Personen in **Teilzeit** | 2013 **Umsatz** von **68 Milliarden Euro** erzielt, davon **zwei Drittel** in der **Gastronomie**, ein **Drittel** im **Beherbergungsgewerbe** | 2014 übernachteten **161 Millionen Gäste** in Beherbergungsbetrieben | Im Durchschnitt blieben sie für **2,6 Nächte** | Jeder **fünfte Gast** stammte aus dem **Ausland**, jeder **achte ausländische Gast** aus den **Niederlanden**

Seite

607 **Auf einen Blick**

Tabellen

608 **Gastgewerbe**

Strukturdaten der Unternehmen | Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

609 **Tourismus**

Beherbergungsbetriebe | Ankünfte und Übernachtungen | Die Top 50 im Städtetourismus |
Herkunftsländer der Gäste

612 **Methodik**

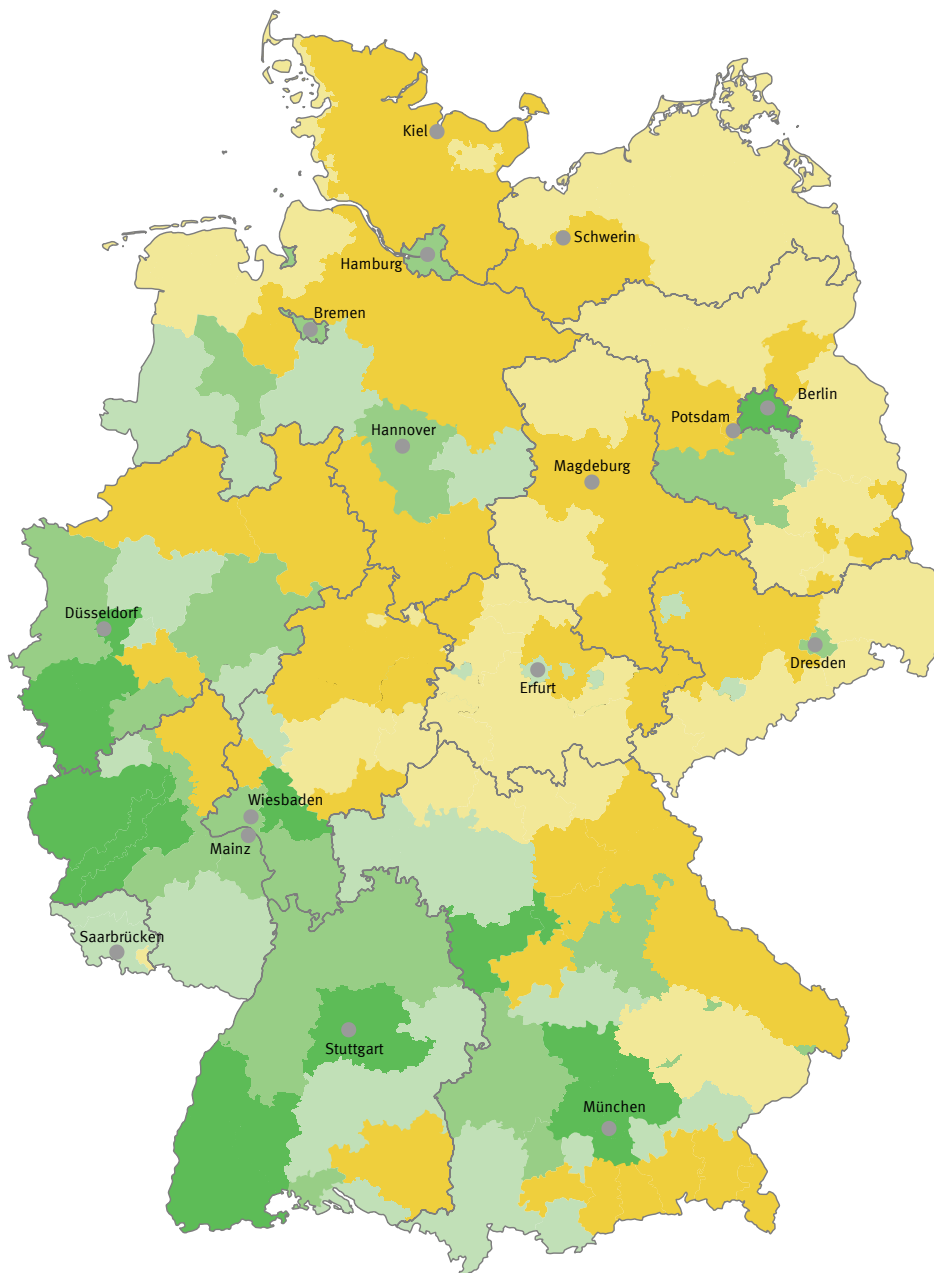
614 **Glossar**

616 **Mehr zum Thema**

Übernachtungen ausländischer Gäste in den Reisegebieten 2014

Anteil an allen Übernachtungen, in %

■ 0,5 bis 6
 ■ über 6 bis 12
 ■ über 12 bis 18
 ■ über 18 bis 25
 ■ über 25 bis 50



26.1 Gastgewerbe

26.1.1 Strukturdaten der Unternehmen im Gastgewerbe 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
I	Gastgewerbe	204 068	1 898 353	68 394	31 247	3 298
55	Beherbergung	44 463	506 699	23 880	11 548	1 861
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	33 895	447 722	21 531	10 363	1 610
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	8 057	43 169	1 670	827	172
55.3	Campingplätze	1 284	9 044	405	206	36
56	Gastronomie	159 605	1 391 654	44 514	19 699	1 438
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	114 600	968 109	30 899	13 488	1 095
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	12 441	214 811	8 474	4 082	183
56.3	Ausschank von Getränken	32 564	208 735	5 141	2 129	159

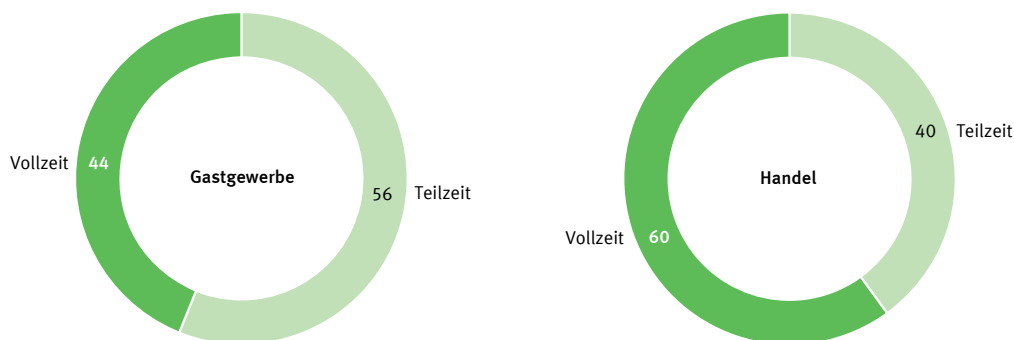
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

26.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Gastgewerbe 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
I	Gastgewerbe	68 394	101,8	56,5	45,7	29,4	15,4
55	Beherbergung	23 880	101,9	54,2	48,1	30,8	16,3
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	21 531	101,9	54,2	49,5	31,1	15,6
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	1 670	101,8	52,9	49,5	26,6	22,4
55.3	Campingplätze	405	100,5	50,4	50,7	24,2	26,1
56	Gastronomie	44 514	101,7	57,7	44,3	28,6	14,9
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	30 899	101,9	58,0	43,7	27,6	15,7
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	8 474	101,8	56,6	48,2	36,6	9,0
56.3	Ausschank von Getränken	5 141	100,1	58,0	41,4	21,5	19,6

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten 2013 in %



2015 - 01 - 0268

26.2 Tourismus

26.2.1 Beherbergungsbetriebe, Schlafgelegenheiten und Kapazitätsauslastungen 2014

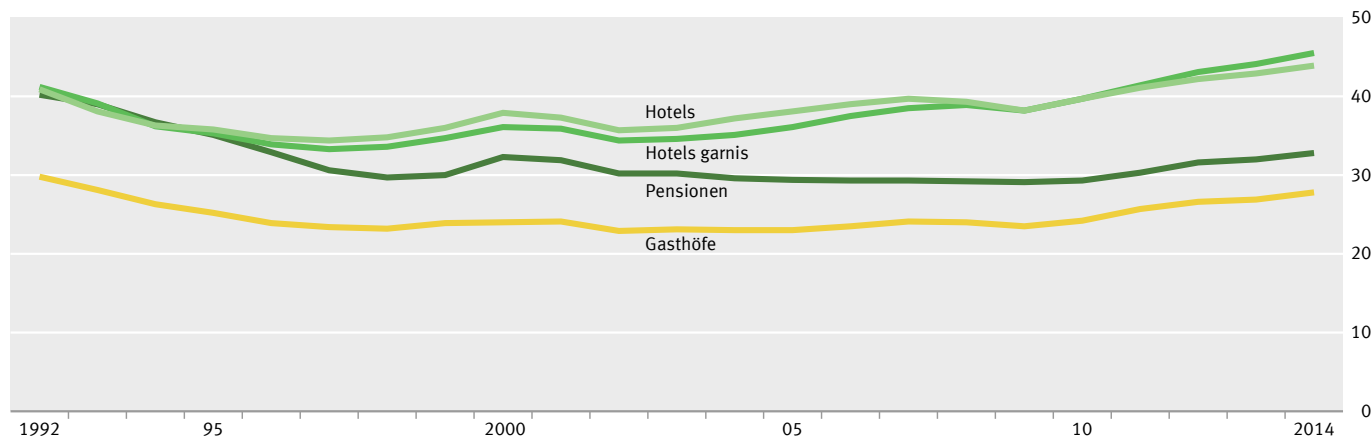
	Geöffnete Beherbergungsbetriebe ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Angebote Schlafgelegenheiten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ¹²
Insgesamt	51 865	- 1,1	3 563 595	0,0	36,1
nach Ländern					
Baden-Württemberg	6 812	- 0,9	396 413	0,0	37,4
Bayern	12 225	- 2,0	696 472	- 0,3	35,8
Berlin	809	1,3	140 234	3,1	57,0
Brandenburg	1 634	- 1,5	125 116	- 1,0	31,0
Bremen	121	2,5	14 144	5,9	44,3
Hamburg	343	1,2	55 849	2,4	59,0
Hessen	3 508	- 0,7	251 659	0,8	36,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 906	- 3,7	280 178	- 3,2	32,9
Niedersachsen	5 440	- 1,9	384 979	- 0,7	32,2
Nordrhein-Westfalen	5 356	0,6	373 476	2,1	36,1
Rheinland-Pfalz	3 591	- 2,1	233 505	- 1,7	28,0
Saarland	263	- 5,7	23 955	2,5	35,1
Sachsen	2 159	1,4	148 994	0,7	38,2
Sachsen-Anhalt	1 096	0,5	71 927	- 0,2	30,8
Schleswig-Holstein	4 264	0,9	260 254	1,3	34,7
Thüringen	1 338	- 1,6	106 440	- 0,2	35,2
nach Betriebsarten					
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	33 399	- 1,7	1 764 907	0,4	41,8
Hotels (ohne Hotels garnis)	13 270	- 0,2	1 095 075	0,8	43,9
Hotels garnis	7 400	- 2,3	359 386	1,7	45,5
Gasthöfe	7 540	- 3,9	185 093	- 3,2	27,8
Pensionen	5 189	- 1,1	125 353	- 1,4	32,8
Ferienunterkünfte und ähnliche					
Beherbergungsstätten	13 839	- 0,3	684 212	- 0,3	32,9
Erholungs- und Ferienheime	1 730	- 2,9	128 736	- 2,3	32,5
Ferienzentren	113	0,0	67 260	- 2,4	44,8
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	10 066	0,1	321 007	- 0,3	29,4
Jugendherbergen und Hütten	1 930	0,5	167 209	1,8	35,1
Campingplätze	2 857	1,3	880 316	- 0,2	12,0
Sonstige tourismusrelevante					
Unterkünfte	1 770	0,1	234 160	- 0,6	68,2
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	892	- 0,9	155 800	- 0,7	83,4
Schulungsheime	878	1,2	78 360	- 0,4	37,4

1 Stand: Juli.

2 Rechnerischer Wert (Übernachtungen/Bettentage) x 100.

Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten in der Hotellerie

in %



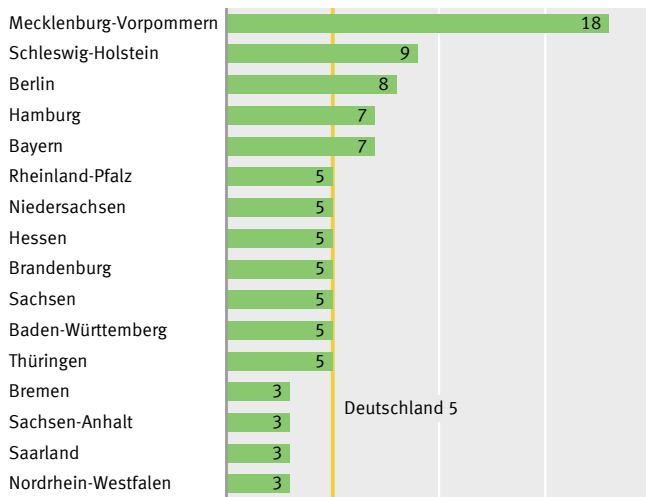
2015 - 01 - 0269

26.2 Tourismus

26.2.2 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2014

	Ankünfte		Darunter von Auslandsgästen		Übernachtungen		Darunter von Auslandsgästen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	160 791	3,6	32 999	4,6	424 062	3,0	75 577	5,1
	nach Ländern							
Baden-Württemberg	19 520	4,4	4 490	5,9	49 126	2,9	10 336	4,4
Bayern	32 462	2,7	7 918	4,5	85 222	1,3	16 569	4,1
Berlin	11 871	4,8	4 520	5,2	28 689	6,5	12 496	8,1
Brandenburg	4 400	4,6	389	10,9	11 936	3,6	913	9,9
Bremen	1 204	6,1	233	5,3	2 289	11,0	485	9,7
Hamburg	6 052	2,9	1 355	10,3	12 008	3,5	2 936	10,3
Hessen	13 703	3,5	3 400	2,8	31 180	2,8	6 699	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	7 251	2,4	370	8,7	28 723	2,0	1 001	5,8
Niedersachsen	13 080	2,2	1 417	1,3	40 424	1,3	3 557	0,0
Nordrhein-Westfalen	21 234	4,2	4 743	4,4	47 924	3,9	10 036	5,5
Rheinland-Pfalz	8 208	1,8	1 853	-0,1	21 138	0,8	5 263	0,8
Saarland	963	9,2	162	22,5	2 898	12,7	455	32,8
Sachsen	7 409	4,5	826	2,7	18 899	3,4	1 843	-1,2
Sachsen-Anhalt	3 014	4,5	232	4,0	7 433	4,2	523	3,6
Schleswig-Holstein	6 758	6,8	844	5,9	26 347	6,2	1 872	8,9
Thüringen	3 663	2,0	248	5,7	9 825	3,0	596	5,8
	nach Betriebsarten							
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	126 725	3,7	28 878	4,6	263 158	3,3	61 312	5,1
Hotels (ohne Hotels garnis)	86 019	3,4	20 542	4,0	172 925	3,3	42 217	4,6
Hotels garnis	27 290	5,9	6 458	7,7	58 085	5,1	14 713	7,9
Gasthöfe	8 509	0,2	1 177	-0,1	18 018	-0,5	2 460	-0,4
Pensionen	4 908	2,3	701	2,8	14 130	0,8	1 922	4,0
Ferienunterkünfte und ähnliche								
Beherbergungsstätten	20 113	2,4	2 522	6,3	75 493	1,9	9 312	6,4
Erholungs- und Ferienheime	4 092	-1,3	108	2,1	13 824	-2,3	452	2,9
Ferienzentren	2 468	3,9	554	6,8	10 169	4,0	2 531	2,0
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	5 693	4,5	564	7,8	31 796	3,0	3 048	11,0
Jugendherbergen und Hütten	7 860	2,4	1 295	5,9	19 704	2,4	3 280	6,2
Campingplätze	8 090	7,5	1 460	1,9	27 876	7,2	4 182	1,6
Sonstige tourismusrelevante								
Unterkünfte	5 863	1,1	140	1,3	57 534	0,9	772	5,5
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 251	1,8	32	4,4	47 069	1,1	314	9,9
Schulungsheime	3 612	0,7	108	0,4	10 465	0,1	458	2,6

Tourismusintensität 2014
Übernachtungen je Einwohner/-in



Bevölkerung Stand 31.12. zum jeweiligen Vorjahr (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).

2015 - 01 - 0270

26 Gastgewerbe und Tourismus

26.2 Tourismus

26.2.3 Die Top 50 im Städtetourismus 2014 – Ankünfte und Übernachtungen ab 100 000 Einwohner

	Ankünfte ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%
1 Berlin	11 871	4,8	28 689	6,5
2 München	6 594	4,6	13 448	4,3
3 Hamburg	6 052	2,9	12 008	3,5
4 Frankfurt am Main	4 788	6,7	8 046	7,3
5 Köln	3 331	12,4	5 737	13,0
6 Düsseldorf	2 650	3,8	4 493	5,8
7 Dresden	2 130	8,6	4 442	7,6
8 Stuttgart	1 805	5,7	3 466	8,3
9 Nürnberg	1 562	3,5	2 824	5,9
10 Leipzig	1 510	3,9	2 765	2,5
11 Hannover	1 221	0,4	2 082	0,0
12 Bremen	1 015	6,1	1 914	12,0
13 Rostock	727	2,9	1 898	4,4
14 Lübeck	682	4,3	1 593	7,1
15 Bonn	775	5,7	1 488	6,3
16 Essen	681	1,8	1 409	1,6
17 Münster	636	-0,3	1 364	-0,2
18 Freiburg	712	-0,7	1 358	-2,1
19 Heidelberg	646	3,6	1 217	1,7
20 Mannheim	549	5,0	1 188	3,3
21 Wiesbaden	575	2,9	1 159	2,8
22 Dortmund	684	3,0	1 072	4,1
23 Karlsruhe	597	4,5	1 047	2,3
24 Potsdam	437	3,2	1 036	3,2
25 Aachen	507	13,2	1 011	11,2
26 Regensburg	530	2,1	940	2,0
27 Kassel	493	6,9	881	5,4
28 Mainz	578	1,4	872	-1,6
29 Würzburg	540	2,8	858	2,3
30 XXX 2
31 Trier	407	3,2	754	1,1
32 Augsburg	436	7,0	746	3,9
33 Koblenz	371	3,2	721	3,9
34 XXX 2
35 Darmstadt	343	8,1	639	7,5
36 Bochum	365	-2,1	625	-1,7
37 Chemnitz	268	7,0	576	6,6
38 Magdeburg	332	6,5	570	6,3
39 Ulm	347	11,9	569	10,2
40 Bielefeld	303	-0,5	562	-0,7
41 Braunschweig	318	8,5	557	4,0
42 Wuppertal	222	1,7	545	2,1
43 Saarbrücken	311	2,4	536	4,9
44 Erlangen	260	2,1	520	3,8
45 Ingolstadt	274	6,9	498	8,7
46 Wolfsburg	281	23,5	494	0,7
47 Oberhausen	214	4,6	461	1,1
48 Duisburg	215	5,9	459	6,8
49 Göttingen	246	5,4	444	5,9
50 Neuss	274	1,9	434	3,2

1 In Beherbergungsbetrieben.

2 In dieser Stadt sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegt sie der statistischen Geheimhaltung.

26.2.4 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben nach dem Herkunftsland der Gäste 2014

Herkunftsland (Ständiger Wohnsitz)	Ankünfte	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	% ¹	%
Insgesamt	160 791	3,6	424 062	100	3,0
Deutschland	127 791	3,4	348 484	82,2	2,5
Ausland	32 999	4,6	75 577	17,8	5,1
Europa	24 635	4,2	56 349	13,3	4,2
dar.: Belgien	1 311	3,0	2 965	0,7	2,3
Bulgarien	88	10,8	276	0,1	21,8
Dänemark	1 467	4,7	3 138	0,7	5,9
Estland	51	6,1	98	0,0	4,6
Finnland	299	2,9	645	0,2	2,8
Frankreich	1 618	2,9	3 217	0,8	2,4
Griechenland	135	6,6	371	0,1	10,1
Irland	170	25,7	385	0,1	22,3
Island	33	1,1	82	0,0	-2,8
Italien	1 642	3,9	3 659	0,9	5,0
Kroatien	71	30,9	195	0,0	30,6
Lettland	62	6,1	128	0,0	5,7
Litauen	87	3,1	171	0,0	1,8
Luxemburg	256	5,9	582	0,1	4,2
Malta	18	23,7	49	0,0	24,9
Niederlande	4 238	2,8	10 988	2,6	1,5
Norwegen	428	1,1	887	0,2	2,6
Österreich	1 725	5,8	3 562	0,8	5,6
Polen	895	9,9	2 448	0,6	11,2
Portugal	131	10,5	337	0,1	13,7
Rumänien	235	11,4	729	0,2	14,2
Russische Föderation	951	-8,4	2 398	0,6	-7,5
Schweden	922	0,2	1 727	0,4	0,8
Schweiz	2 778	7,1	5 864	1,4	6,9
Slowakei	111	6,5	337	0,1	5,8
Slowenien	87	8,9	256	0,1	22,6
Spanien	922	5,4	2 134	0,5	5,8
Tschechische Republik	448	8,0	978	0,2	7,9
Türkei	275	5,6	638	0,2	4,0
Ukraine	122	-6,0	299	0,1	0,1
Ungarn	256	4,9	696	0,2	-2,2
Vereinigtes Königreich	2 415	5,3	5 159	1,2	5,2
Zypern	23	27,7	55	0,0	22,5
Sonstige europäische Länder zusammen	367	2,1	895	0,2	5,0
Afrika	254	3,3	738	0,2	4,5
dar.: Südafrika	79	10,4	181	0,0	1,6
Asien	3 723	9,2	8 805	2,1	11,2
dar.: Arabische Golfstaaten	587	13,6	1 862	0,4	20,6
China (einschl. Hongkong)	1 033	18,7	2 033	0,5	17,2
Indien	194	2,5	650	0,2	5,6
Israel	280	10,0	869	0,2	14,0
Japan	671	-5,7	1 255	0,3	-4,0
Korea, Republik	254	13,6	501	0,1	11,5
Amerika	3 272	2,5	7 363	1,7	5,0
dar.: Kanada	281	-3,9	633	0,1	-0,2
Vereinigte Staaten	2 371	2,7	5 161	1,2	5,0
Mittelamerika/Karibik	107	0,0	265	0,1	3,2
Brasilien	303	3,8	779	0,2	6,3
Australien, Ozeanien	363	1,9	845	0,2	2,0
dar. Australien	312	2,0	730	0,2	2,1
Ohne Angaben	753	8,1	1 477	0,3	6,4

1 Deutschland und Ausland: Anteil am „Insgesamt“; andere Länder bzw. Ländergruppen: Anteil am „Ausland“.

Methodik

Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann grundsätzlich aus institutioneller oder aus funktionaler Sicht betrachtet werden. Institutionell bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, deren Haupttätigkeit die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit ist. Dabei fließen in die Ergebnisse alle Angaben dieser Einheiten ein, also auch die Angaben aus anderen Tätigkeiten. Funktional bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, die diese Tätigkeit überhaupt ausüben, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um die Haupttätigkeit der Einheit handelt. Dabei fließen in die Ergebnisse nur die Angaben ein, die aus der zu untersuchenden Tätigkeit stammen.

In diesem Kapitel enthalten die Tabellen zum Gastgewerbe eine institutionelle Sicht, die Tabellen zum Tourismus dagegen eine funktionale.

■ Gastgewerbe

Die **Gastgewerbestatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweikklassifikation (NACE) definiert den Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik (Abschnitt I). Er untergliedert sich in die Abteilungen 55 „Beherbergungsstatistik“ und 56 „Gastronomie“. Die Statistik erfasst alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit anbieten (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbetätigkeiten überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, „Café-Konditorei“). Die Erhebung wird als Stichprobe bei höchstens 5 % der Unternehmen des Gastgewerbes durchgeführt. In der monatlichen Stichprobenerhebung sind rund 7 500 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz von 150 000 Euro repräsentiert.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Gastgewerbestatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung** im Gastgewerbe gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Gastgewerbe ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Gastgewerbestatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung** im Gastgewerbe stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Warenbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Die Erhebung erfasst weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben.

Nach § 11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da erfahrungsgemäß die Unternehmen die meisten der Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Monatserhebung im Gastgewerbe – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt aufgrund des großen Stichprobenumfangs. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfebereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Gastgewerbestatistik aufgrund der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsdaten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das Stichtagsprinzip, das in der Jahreserhebung angewendet wird. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgenannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Gastgewerbestatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

■ Tourismus

Die **Monatserhebung im Tourismus** ist die zentrale statistische Informationsquelle zum Inlandstourismus in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine Totalerhebung mit einer sogenannten Abschneidegrenze. Es werden also nur Betriebe betrachtet, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen.

Zweck der monatlichen Erhebung im Tourismus ist zum einen die kurzfristige Information über die konjunkturelle Entwicklung im Beherbergungsgewerbe. Darüber hinaus liefert sie aber auch Informationen über Strukturen des Inlandstourismus. Ihre Ergebnisse dienen als Grundlage für tourismuspolitische Entscheidungen, für infrastrukturelle Planungen sowie für Maßnahmen der Tourismuswerbung und der Marktforschung. Mit den Ergebnissen, die aus der Monatserhebung im Tourismus gewonnen werden, werden auch Datenlieferungsverpflichtungen gegenüber der EU erfüllt.

Rechtsgrundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Berichtspflichtig sind demnach alle Beherbergungsstätten und Campingplätze sowie die entsprechenden fachlichen Betriebsteile, die zehn und mehr Schlafgelegenheiten bzw. bei Campingplätzen zehn und mehr Stellplätze aufweisen. Zurzeit sind dies etwa 53 000 Beherbergungsstätten und Campingplätze.

Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab dem Berichtsjahr 1992 verfügbar und bis einschließlich dem Berichtsjahr 2010 vergleichbar. Ab dem Berichtsjahr 2011 weist die Zeitreihe einen Bruch auf. Grund ist eine Vorgabe der EU-Verordnung über die europäische Tourismusstatistik, nach der ab dem Berichtsjahr 2012 die Abschneidegrenze für die Auskunftspflicht von neun auf zehn Betten bzw. drei auf zehn Stellplätzen erhöht werden musste.

Methodik

Die Erhebung erstreckt sich auf die Gruppen 55.1 „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“, 55.2 „Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten“ und 55.3 „Campingplätze“ sowie auf Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (Wirtschaftsunterklasse 86.10.3) und auf Schulungsheime (Wirtschaftsklassen 85.53 und 85.59) der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Erhoben wird die Zahl der Gästeankünfte sowie der Übernachtungen, bei Gästen aus dem Ausland auch deren Herkunftsland. Außerdem erfasst die Erhebung als Kapazitätsangaben die Zahl der Schlafgelegenheiten, die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen sowie bei Betrieben der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) jährlich auch die Zahl der Gästezimmer zum Stand 31.7. Bei der Hotellerie mit 25 und mehr Gästezimmern wird zudem monatlich die Nettoauslastung der Gästezimmer ermittelt. Im Bereich des Campings wird nur das Urlaubscamping erhoben, nicht jedoch das Dauercamping.

Die Aktualität ist ein wesentliches Qualitätskriterium für die Monatserhebung im Tourismus. Ein erstes Bundesergebnis wird in der Regel innerhalb von 40 Tagen nach Ablauf des Berichtsmonats als Pressemitteilung auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Etwa zwei Wochen später erscheint die monatliche Fachserie mit ausführlichen und tief gegliederten Ergebnissen. Diese Veröffentlichung ist im Internet kostenfrei als Download verfügbar. Das Jahrbuch weist einen Teil der Jahresergebnisse der Monatserhebung im Tourismus in den vorliegenden Tabellen nach.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Angebotene Schlafgelegenheiten | Anzahl der Schlafgelegenheiten, die am letzten Öffnungstag eines Beherbergungsbetriebes im Berichtsmonat tatsächlich angeboten werden.

Ankünfte | Zahl der Anmeldungen von Gästen in einem Beherbergungsbetrieb innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt eine Schlafgelegenheit belegten.

Beherbergungsbetriebe | Sogenannte örtliche Einheiten, die Gästen im privaten oder geschäftlichen Reiseverkehr eine Übernachtungsmöglichkeit bereitstellen. Man unterscheidet dabei zwischen Beherbergungsstätten mit einem Angebot an Schlafgelegenheiten (z. B. Hotels und Pensionen) und Campingplätzen mit einem Stellplatzangebot. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen auch Unterkünfte, die die Gästebeherbergung nur als Nebenerwerb betreiben.

Beherbergung im Reiseverkehr | Unterbringung von Personen, die sich nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeitaktivitäten veranlasst sein, aber auch aufgrund geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder aus sonstigen Gründen.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Campingplätze | Abgegrenzte Gelände, die zum vorübergehenden Aufstellen von Wohnwagen, Wohnmobilen und Zelten allgemein zugänglich sind. In der Monaterhebung im Tourismus werden nur Campingplätze berücksichtigt, die Urlaubscamping anbieten, nicht aber sogenannte Dauercampingplätze. Die Unterscheidung zwischen Urlaubs- oder Dauercampingplätzen bezieht sich auf die vertraglich vereinbarte Dauer der Campingplatzbenutzung. Im Urlaubscamping wird der Stellplatz in der Regel für die Dauer von Tagen oder Wochen gemietet, im Dauercamping dagegen zumeist auf Monats- oder Jahresbasis.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | Verhältnis der Übernachtungen zur Anzahl der Ankünfte (Übernachtungen/Ankünfte). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kann zum Beispiel in Orten mit Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rechnerisch höher sein, als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums, da sich in solchen Beherbergungsstätten manche Gäste und Patienten mehr als einen Kalendermonat aufhalten.

Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten | Rechnerischer Wert, der die Inanspruchnahme der Schlafgelegenheiten in einem Berichtsmonat ausdrückt. Die prozentuale Angabe wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die sogenannten „Bettentage“ geteilt wird. Letztere sind das Produkt aus angebotenen Schlafgelegenheiten und der Zahl der Tage, an denen ein Betrieb im Berichtszeitraum tatsächlich geöffnet hatte. Berechnung: Übernachtungen/angebotene Bettentage x 100.

Erholungs- und Ferienheime | Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen, zum Beispiel Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern, Betreuten sozialer Einrichtungen, zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nur an Hausgäste abgegeben.

Ferienhäuser, -wohnungen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nicht abgegeben, aber eine Kochgelegenheit ist vorhanden.

Ferienzentren | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und die dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs sowie von Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen, zum Beispiel Massagieeinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur, und zur aktiven Freizeitgestaltung, wie beispielsweise Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-Dich-Anlagen.

Gastgewerbe | Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten. Zum Gastgewerbe gehören auch Kantinen und Catering-Unternehmen. Unternehmen mit Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen bieten entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit an (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder sie geben Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle ab. Nicht zum Gastgewerbe zählen Trink- und Imbisshallen, die Zeitungen, Süßwaren, Tabakwaren, Andenken und dergleichen verkaufen. Sie zählen zum Einzelhandel.

Gasthöfe | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen, außer einem auch für Passanten zugänglichen Gastraum, in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Herkunftsländer | Erhebungs- und Gliederungsmerkmal für die Ergebnisse der Monaterhebung im Tourismus. Maßgebend für die Zuordnung zum Herkunftsland ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Gastes, nicht aber dessen Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität.

Hotels | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen auch für Passantinnen und Passanten ein Restaurant vorhanden ist. In der Regel stehen weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke (Konferenzen, Seminare, Sport, Freizeit, Erholung) zur Verfügung.

Hotels garnis | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen als Mahlzeit höchstens ein Frühstück angeboten wird.

Jugendherbergen und Hütten | Beherbergungsstätten, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen und Familien oder Angehörigen der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein) zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke werden im Allgemeinen nur an Hausgäste abgegeben.

Pensionen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Reisegebiete | Regionen, die auf Bundeslandebene abgegrenzt werden und sich im Wesentlichen an den Zuständigkeitsbereichen der regionalen Tourismusverbände und an naturräumlichen Gegebenheiten orientieren. In Bayern heißen die entsprechenden Regionen Tourismusregionen. Für die Stadtstaaten sind keine Reisegebiete definiert.

Schlafgelegenheiten | Gästebetten in einer Beherbergungsstätte. Doppelbetten zählen dabei als zwei Schlafgelegenheiten. Klappbetten (Schlafcouch), die regulär als Schlafgelegenheit angeboten werden, gehören auch dazu. Behelfsmäßige Schlafgelegenheiten (z. B. Zustellbetten, Kinderbetten) werden nicht berücksichtigt. Im Campingbereich wird gemäß einer Vorgabe der Europäischen Kommission ein

Stellplatz mit vier Schlafgelegenheiten gleichgesetzt. Auf diese Weise ist es möglich, für alle Beherbergungsbetriebe eine Aussage zur Anzahl der Schlafgelegenheiten oder ihrer Auslastung treffen zu können.

Schulungsheime | Beherbergungsstätten, die dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten. Sie dienen überwiegend der Erwachsenenbildung.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Übernachtungen | Die Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum in einem Beherbergungsbetrieb ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken | Beherbergungsstätten, die ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- und ähnliche Krankenhäuser. Im Rahmen der Monatserhebung im Tourismus werden nur Übernachtungen von dort untergebrachten Personen erfasst, die in der Lage sind das Tourismusangebot der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Gastgewerbe*, *Tourismus* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gastgewerbe

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

■ Tourismus

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 7.1 | Tourismus

Fachberichte

| Tourismus in Zahlen



27 Weitere Dienstleistungen

6,9 Millionen Personen in **865 500 Unternehmen** beschäftigt | 2013
Umsatz von **786 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Knapp **ein Drittel** davon
durch **Informations- und Kommunikationsunternehmen** erzielt | Job-
motor **Freie Berufe: 509 000 Personen** arbeiteten in **Architektur- und**
Ingenieurbüros, 371 000 in **Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung**
sowie Buchführung und **256 000** in **Rechtsberatung**

Seite

619 **Auf einen Blick**

Tabellen

620 **Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**
Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

622 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**
Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen |
Bruttobetriebsüberschuss

625 **Arztpraxen nach Facharztbezeichnung**

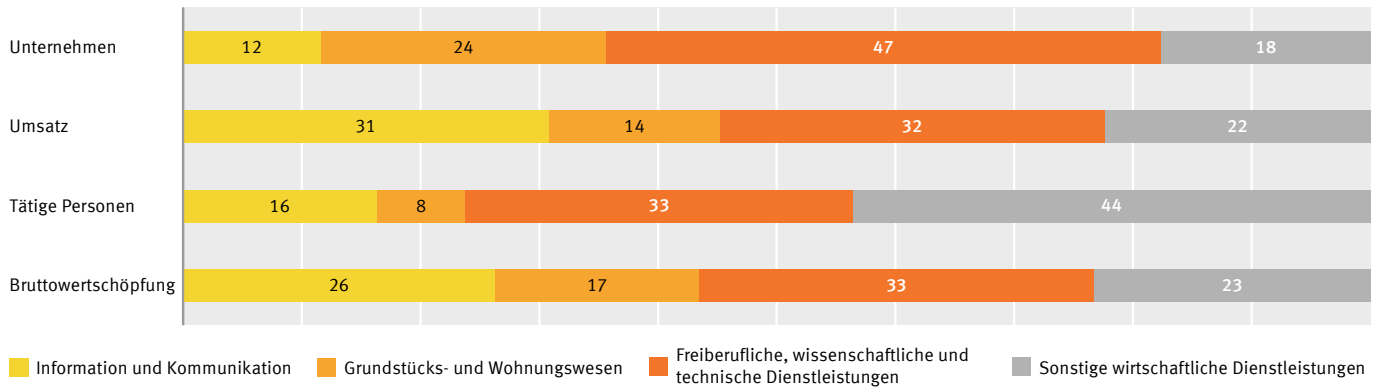
626 **Methodik**

627 **Glossar**

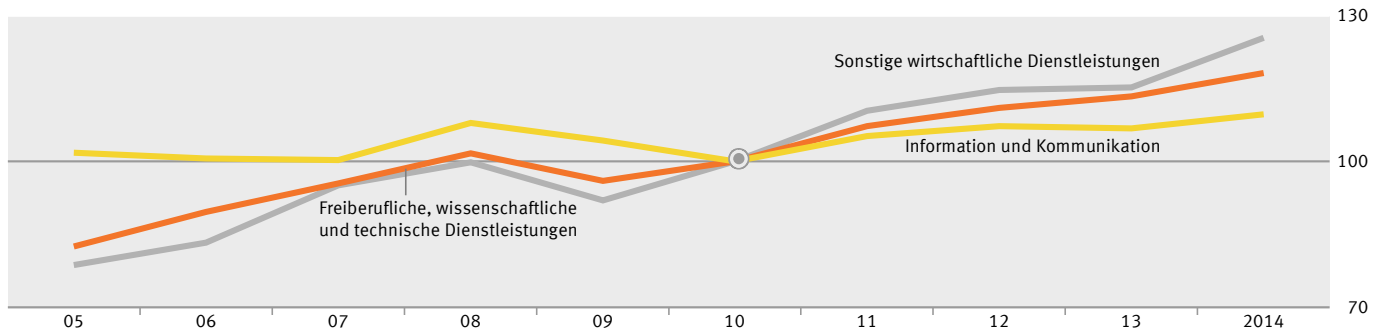
628 **Mehr zum Thema**

27.0 Auf einen Blick

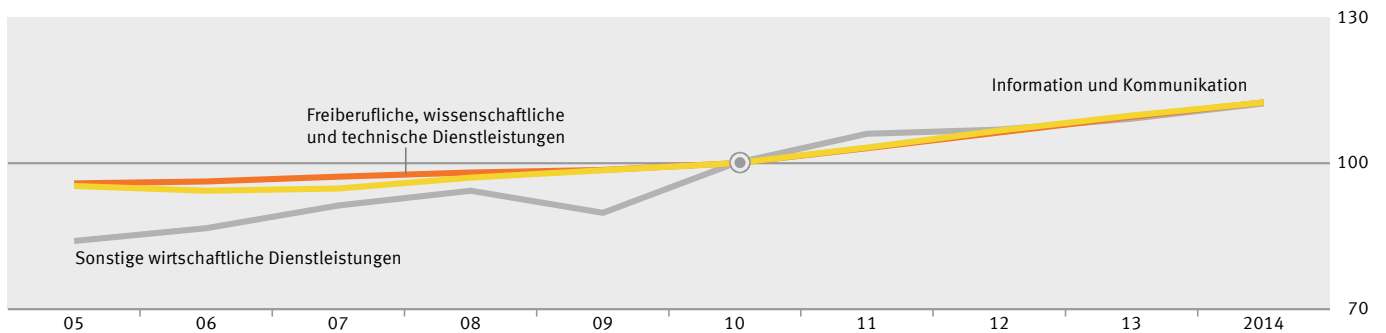
Unternehmen, Umsatz, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013
in %



Umsätze in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2010 = 100



Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2010 = 100



2015 - 01 - 0271

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
J	Information und Kommunikation	99 314	1 113 159	241 384	107 653	14 432
58	Verlagswesen	7 645	206 620	33 213	13 324	711
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	6 754	190 200	28 282	11 264	428
58.2	Verlegen von Software	891	16 420	4 931	2 060	283
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 993	63 629	11 025	5 038	528
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	7 196	56 716	8 541	3 450	491
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	1 796	6 913	2 484	1 588	37
60	Rundfunkveranstalter	393	40 522	16 373	7 401	665
60.1	Hörfunkveranstalter	254	11 790	2 732	1 677	61
60.2	Fernsehveranstalter	139	28 732	13 641	5 724	604
61	Telekommunikation	2 550	105 368	62 831	23 631	6 413
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	455	56 965	32 271	13 985	3 791
61.2	Drahtlose Telekommunikation	365	21 313	20 806	6 716	2 106
61.3	Satellitenkommunikation	40	610	370	180	236
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 690	26 479	9 384	2 750	281
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	68 005	606 524	105 562	51 867	5 431
63	Informationsdienstleistungen	11 729	90 497	12 380	6 393	683
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 970	55 082	8 905	4 569	529
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	7 759	35 415	3 475	1 824	154
K¹²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	848	158 308	251 140	23 382	.
65.1	Versicherungen	625	144 889	192 688	13 920	.
65.2	Rückversicherungen	31	11 748	51 154	8 120	.
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	192	1 671	7 298	1 342	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	205 323	511 967	112 925	70 380	23 626
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	205 323	511 967	112 925	70 380	23 626
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	4 891	15 739	6 975	2 975	1 305
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Immobilien	160 506	336 638	88 360	57 210	19 933
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	39 926	159 590	17 590	10 195	2 387
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	400 049	2 224 671	253 734	136 200	8 319
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	104 365	626 822	46 825	35 036	828
69.1	Rechtsberatung	53 161	256 285	20 144	15 181	297
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	51 204	370 537	26 681	19 855	532
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	81 495	416 241	83 716	33 572	3 143
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	20 669	215 604	58 277	17 781	2 613
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	60 825	200 636	25 439	15 791	530
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	113 223	597 589	65 383	38 419	1 713
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	107 689	508 591	55 898	32 379	1 375
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 534	88 998	9 485	6 041	337
72	Forschung und Entwicklung	5 226	143 601	12 418	8 873	1 646
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	4 646	136 616	12 063	8 567	1 628
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	579	6 986	355	306	18
73	Werbung und Marktforschung	27 885	253 117	26 474	10 866	425
73.1	Werbung	26 329	231 395	23 950	9 532	371
73.2	Markt- und Meinungsforschung	1 556	21 722	2 524	1 334	54
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	58 564	145 015	16 201	7 794	470
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	21 530	40 226	3 220	1 927	98
74.2	Fotografie und Fotolabors	8 320	21 616	1 715	914	124
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	6 893	12 175	939	520	19

Fußnoten siehe nächste Seite.

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	21 821	71 000	10 327	4 432	229
75	Veterinärwesen	9 291	42 286	2 717	1 641	94
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	150 512	2 975 389	175 355	94 702	10 794
77	Vermietung von beweglichen Sachen	18 591	110 013	31 098	17 805	7 449
77.1	Vermietung von Kraftwagen	3 239	26 294	8 915	4 718	3 402
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 324	32 070	3 791	1 753	665
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	11 641	49 438	13 463	7 967	3 339
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	387	2 211	4 930	3 367	43
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 971	935 738	36 728	26 802	369
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	2 312	22 146	1 467	933	12
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	4 719	778 184	29 091	21 172	326
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	941	135 407	6 170	4 697	31
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	10 476	97 611	28 819	6 521	255
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	9 461	87 102	27 256	6 058	192
79.9	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	1 015	10 509	1 564	463	63
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 255	183 040	5 707	4 381	99
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	3 032	168 412	5 088	3 973	83
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	558	12 120	531	356	13
80.3	Detekteien	665	2 507	88	53	4
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	71 135	1 180 121	32 111	21 501	1 155
81.1	Hausmeisterdienste	16 965	96 251	4 947	2 733	166
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	28 563	931 925	18 188	13 638	450
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	25 607	151 945	8 977	5 130	539
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	38 084	468 867	40 892	17 692	1 466
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	7 830	22 490	1 386	699	65
82.2	Call Center	1 071	119 030	5 947	3 128	79
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	6 000	42 244	6 505	2 183	361
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	23 183	285 103	27 054	11 682	962
P ²	Erziehung und Unterricht					
85.53 ¹³	Fahr- und Flugschulen	9 561	33 358	1 366	-	-
Q ²	Gesundheits- und Sozialwesen					
86.21 ^{14 15}	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	29 304	196 766	10 029	-	-
86.22 ^{14 15}	Facharztpraxen	45 601	402 222	26 181	-	-
86.23 ¹⁴	Zahnarztpraxen	42 383	360 233	22 488	-	-
86.90 ^{13 16}	Gesundheitswesen a. n. g.	29 175	226 427	8 148	-	-
86.90.1 ¹⁴	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	12 494	21 978	1 217	-	-
R ²	Kunst, Unterhaltung und Erholung					
93.13.0 ¹³	Fitnesszentren	2 328	27 853	821	-	-
S ²	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 297	37 786	3 012	1 375	62
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	1 384	9 463	1 269	487	17
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	8 913	28 323	1 743	888	45
96.01 ¹³	Wäscherei und chemische Reinigung	3 797	68 715	2 941	-	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	41 639	221 781	4 943	-	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	9 648	19 825	562	-	-
96.03.1 ¹³	Bestattungsinstitute	3 717	23 918	1 247	-	-
96.04 ¹³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	1 981	19 568	535	-	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2010.

4 Berichtsjahr 2011.

5 Ohne MVZ.

6 Ohne WZ 86.90.1.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
J	Information und Kommunikation	241 384	78,3	55,0	44,6	24,0	20,6
58	Verlagswesen	33 213	85,4	59,1	40,1	24,0	16,1
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	28 282	86,0	59,3	39,8	23,8	16,0
58.2	Verlegen von Software	4 931	82,0	58,0	41,8	25,3	16,5
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 025	75,4	54,0	45,7	16,3	29,4
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	8 541	72,1	59,3	40,4	18,3	22,0
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	2 484	86,6	35,5	63,9	9,4	54,5
60	Rundfunkveranstalter	16 373	81,5	55,2	45,2	17,5	27,7
60.1	Hörfunkveranstalter	2 732	94,2	38,1	61,4	27,1	34,2
60.2	Fernsehveranstalter	13 641	79,0	58,6	42,0	15,6	26,4
61	Telekommunikation	62 831	69,8	62,4	37,6	11,0	26,6
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	32 271	78,2	56,7	43,3	11,7	31,6
61.2	Drahtlose Telekommunikation	20 806	63,8	67,8	32,3	7,7	24,6
61.3	Satellitenkommunikation	370	70,7	51,3	48,8	12,7	36,0
61.9	Sonstige Telekommunikation	9 384	53,8	70,4	29,3	15,8	13,5
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	105 562	80,1	50,2	49,1	32,6	16,5
63	Informationsdienstleistungen	12 380	86,0	47,9	51,6	31,4	20,2
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	8 905	86,7	48,0	51,3	31,7	19,6
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	3 475	84,1	47,9	52,5	30,9	21,6
K²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	251 140	35,4	26,1	9,3	4,6	4,7
65.1	Versicherungen	192 688	30,9	23,6	7,2	5,0	2,2
65.2	Rückversicherungen	51 154	54,0	38,1	15,9	3,7	12,1
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	7 298	27,2	8,8	18,4	1,4	17,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	112 925	87,8	37,0	62,3	8,1	54,2
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	112 925	87,8	37,0	62,3	8,1	54,2
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	6 975	73,1	50,7	42,6	6,4	36,3
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasten Immobilien	88 360	89,2	35,1	64,7	5,0	59,7
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	17 590	86,5	41,3	58,0	24,1	33,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	253 734	80,6	46,9	53,7	31,2	22,5
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	46 825	96,6	24,8	74,8	37,3	37,5
69.1	Rechtsberatung	20 144	96,5	24,3	75,4	26,0	49,4
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	26 681	96,6	25,2	74,4	45,8	28,6
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	83 716	71,0	57,8	40,1	27,1	13,0
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	58 277	65,0	66,9	30,5	24,2	6,3
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	25 439	84,8	36,8	62,1	33,7	28,4
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	65 383	84,5	43,1	58,8	34,1	24,7
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	55 898	83,8	44,3	57,9	32,1	25,9
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	9 485	88,4	36,0	63,7	46,1	17,6
72	Forschung und Entwicklung	12 418	93,6	48,4	71,5	55,5	15,9
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	12 063	93,7	48,5	71,0	55,0	16,0
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	355	91,9	43,5	86,1	71,4	14,7

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebs- überschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
73	Werbung und Marktforschung	26 474	65,1	58,5	41,0	21,8	19,2
73.1	Werbung	23 950	63,6	59,6	39,8	20,5	19,3
73.2	Markt- und Meinungsforschung	2 524	79,5	47,4	52,9	34,0	18,8
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	16 201	82,2	51,0	48,1	21,3	26,8
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	3 220	88,2	40,9	59,9	18,2	41,7
74.2	Fotografie und Fotolabors	1 715	90,9	45,8	53,3	17,7	35,6
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	939	76,5	43,8	55,4	17,7	37,7
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	10 327	79,4	55,6	42,9	23,2	19,7
75	Veterinärwesen	2 717	86,3	39,4	60,4	21,8	38,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	175 355	78,4	45,2	54,0	35,5	18,5
77	Vermietung von beweglichen Sachen	31 098	84,6	41,1	57,3	9,2	48,0
77.1	Vermietung von Kraftwagen	8 915	85,6	45,8	52,9	8,0	44,9
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 791	82,6	52,5	46,2	18,9	27,4
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	13 463	86,2	40,3	59,2	9,7	49,5
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	4 930	79,7	26,0	68,3	2,5	65,8
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	36 728	91,9	26,3	73,0	71,2	1,8
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	1 467	85,1	35,1	63,6	39,5	24,2
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	29 091	90,7	26,5	72,8	72,6	0,2
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	6 170	99,0	23,2	76,1	72,0	4,2
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	28 819	43,6	77,0	22,6	9,2	13,4
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	27 256	42,6	77,5	22,2	8,7	13,6
79.9	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	1 564	62,7	69,5	29,6	18,9	10,7
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 707	91,4	22,9	76,8	64,7	12,1
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	5 088	91,9	21,6	78,1	66,8	11,3
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	531	87,5	33,1	67,0	51,0	16,0
80.3	Detekteien	88	84,1	38,7	59,8	24,3	35,5
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	32 111	90,5	32,4	67,0	47,3	19,7
81.1	Hausmeisterdienste	4 947	82,6	44,0	55,2	32,0	23,2
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	18 188	93,5	24,1	75,0	59,6	15,4
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	8 977	88,6	43,0	57,2	30,8	26,4
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	40 892	74,7	55,9	43,3	28,8	14,4
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	1 386	90,6	48,6	50,4	26,0	24,4
82.2	Call Center	5 947	85,3	47,2	52,6	51,3	1,3
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	6 505	64,2	66,2	33,6	19,3	14,3
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienst- leistungen für Unternehmen und Privatpersonen	27 054	74,1	55,7	43,2	26,3	16,9
P ¹²⁾	Erziehung und Unterricht						
85.53 ¹³⁾	Fahr- und Flugschulen	1 366	-	-	-	26,1	-
Q ¹²⁾	Gesundheits- und Sozialwesen						
86.21 ¹⁴⁾ ¹⁵⁾	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	10 029	-	-	-	25,8	-
86.22 ¹⁴⁾ ¹⁵⁾	Facharztpraxen	26 181	-	-	-	24,9	-
86.23 ¹⁴⁾	Zahnarztpraxen	22 488	-	-	-	23,4	-
86.90 ¹³⁾ ¹⁶⁾	Gesundheitswesen a. n. g.	8 148	-	-	-	40,5	-
86.90.1 ¹⁴⁾	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	1 217	-	-	-	.	-
R ¹²⁾	Kunst, Unterhaltung und Erholung						
93.13.0 ¹³⁾	Fitnesszentren	821	-	-	-	27,9	-
S ¹²⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	3 012	78,5	54,0	45,7	25,2	20,4
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	1 269	73,5	61,9	38,4	24,9	13,5

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	1 743	82,1	48,3	50,9	25,5	25,5
96.01 ¹³	Wäscherei und chemische Reinigung	2 941	-	-	-	39,7	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	4 943	-	-	-	41,3	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	562	-	-	-	16,8	-
96.03.1 ¹³	Bestattungsinstitute	1 247	-	-	-	26,1	-
96.04 ¹³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	535	-	-	-	27,8	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2010.

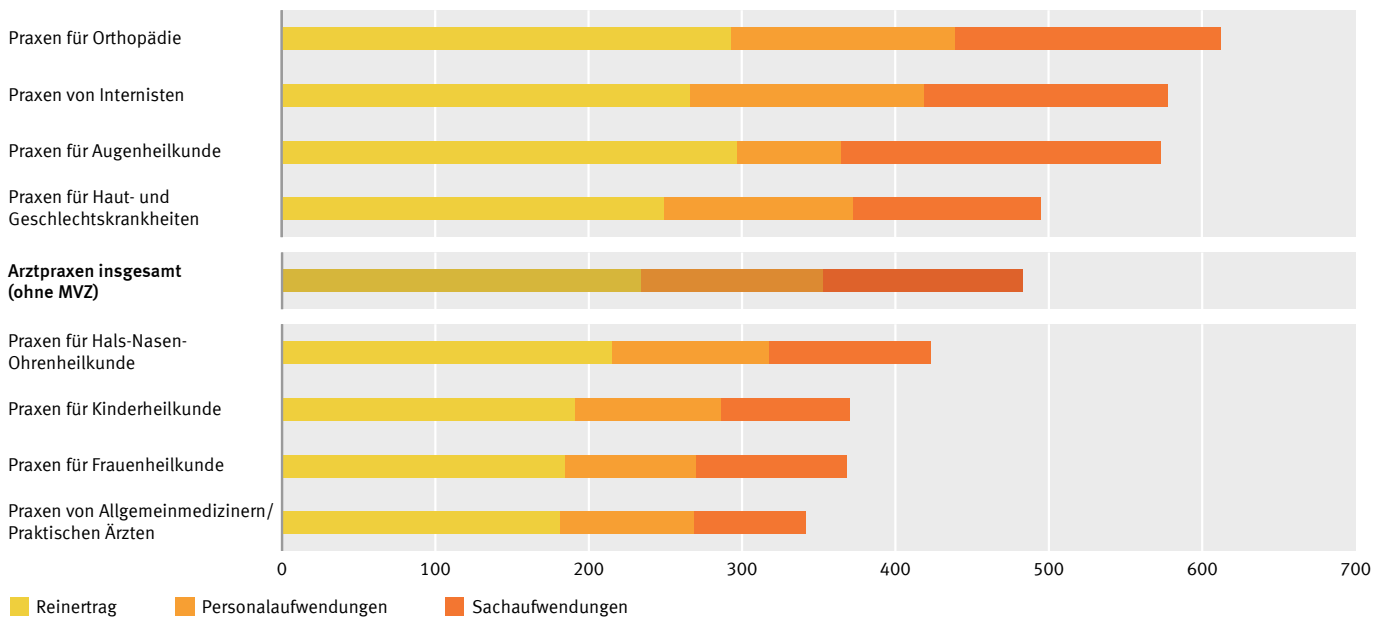
4 Berichtsjahr 2011.

5 Ohne MVZ.

6 Ohne WZ 86.90.1.

Kostenstruktur bei Arztpraxen 2011

Reinertrag und Aufwendungen nach Aufwandsarten bei ausgewählten Facharztbezeichnungen ¹ je Praxis, in 1 000 Euro



Ohne Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

1 Für folgende Facharztpraxen erfolgt keine Darstellung, da die Zahlenwerte nicht sicher genug sind: Chirurgie, Radiologie und Nuklearmedizin, Neurologie, Psychiatrie, Kinderpsychiatrie, Psychotherapie, Urologie.

27.3 Arztpraxen nach Facharztbezeichnung 2011

Praxen für /von ...	Praxen	Praxisinhaber/ -innen	Einnahmen aus selbstständiger ärztlicher Tätigkeit je Praxis		Aufwendungen insgesamt je Praxis		Reinertrag je Praxis	
			Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median
	Anzahl	1 000 EUR						
Allgemeinmedizinern/ Praktischen Ärzten	29 304	38 428	342	291	162	136	181	145
darunter: Einzelpraxen	21 797	21 797	284	257	137	120	146	124
Gemeinschaftspraxen	7 026	15 616	522	464	235	205	287	247
Internisten	11 299	16 319	578	350	313	178	266	189
darunter: Einzelpraxen	7 789	7 789	345	294	168	139	177	148
Gemeinschaftspraxen	2 962	7 339	(1 200)	(820)	700	330	(500)	(392)
Frauenheilkunde	7 178	9 211	368	275	183	142	185	133
darunter: Einzelpraxen	5 699	5 699	278	252	144	127	134	113
Gemeinschaftspraxen	1 425	3 372	(717)	(541)	330	252	(388)	(358)
Kinderheilkunde	4 363	5 944	370	315	180	154	191	164
darunter: Einzelpraxen	3 015	3 015	298	272	149	129	149	138
Gemeinschaftspraxen	1 285	2 784	522	428	244	221	278	247
Augenheilkunde	3 466	4 502	573	292	(276)	(222)	(297)	(156)
darunter: Einzelpraxen	2 738	2 738	/	/	179	107	/	/
Gemeinschaftspraxen	642	1 577	(1 324)	(802)	675	342	(649)	(429)
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	2 785	4 043	423	368	208	169	215	166
darunter: Einzelpraxen	1 862	1 862	323	303	176	137	146	140
Gemeinschaftspraxen	858	2 037	618	494	264	224	354	321
Orthopädie	3 519	5 352	612	445	319	235	293	146
darunter: Einzelpraxen	2 305	2 305	399	343	(223)	(197)	(176)	(133)
Gemeinschaftspraxen	1 132	2 848	(1 006)	(770)	496	376	(510)	(411)
Chirurgie	3 230	5 226	/	/	(533)	(246)	/	/
darunter: Einzelpraxen	2 031	2 031	/	/	261	190	/	/
Gemeinschaftspraxen	1 063	2 902	/	/	/	/	/	/
Haut- und Geschlechtskrankheiten ..	2 818	3 796	495	356	245	180	249	189
darunter: Einzelpraxen	2 116	2 116	377	311	195	158	181	144
Gemeinschaftspraxen	687	1 644	(843)	(694)	390	287	(453)	(407)
Radiologie und Nuklearmedizin	977	3 315	/	/	1 942	1 168	/	/
darunter: Einzelpraxen	321	321	/	/	724	542	/	/
Gemeinschaftspraxen	622	2 876	/	/	2 565	1 614	/	/
Neurologie, Psychiatrie, Kinderpsychiatrie, Psychotherapie	4 101	6 885	/	/	209	137	/	/
darunter: Einzelpraxen	2 737	2 737	279	262	130	98	149	137
Gemeinschaftspraxen	1 165	3 740	/	/	405	278	/	/
Urologie	1 865	2 887	/	/	262	203	/	/
darunter: Einzelpraxen	1 290	1 290	340	273	(190)	(160)	(150)	(121)
Gemeinschaftspraxen	535	1 509	942	884	428	361	514	479

Ohne medizinische Versorgungszentren (MVZ).

Methodik

■ Weitere Dienstleistungsbereiche

Strukturdaten der „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ werden durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ermittelt. Unter die „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ fallen die Wirtschaftsabschnitte H (Verkehr und Lagerei), J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Repräsentative Bundesergebnisse liegen 18 Monate nach Ende des Berichtszeitraumes vor. Damit stehen ökonomische Kerndaten für diese Dienstleistungsbereiche nach Wirtschaftsklassen und Unternehmensgrößenklassen zur Verfügung.

Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, S95

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N und S95 werden jährlich durch die Stichprobenerhebung **Strukturhebung im Dienstleistungsbereich** ermittelt. Erhebungs- und Darstellungseinheiten dieser Erhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit aus den oben genannten Wirtschaftsabschnitten. Bundesweit sind höchstens 15 % dieser Unternehmen und Einrichtungen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe. Die Auswahlgesamtheit bilden alle Unternehmen und Einrichtungen des Unternehmensregisters, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt wird. Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit ein und werden auch in den Ergebnissen nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Strukturhebung im Dienstleistungsbereich ist das Dienstleistungsstatistikgesetz (DIStatG) vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765) in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder vor.

Wirtschaftsabschnitt K

Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Bereich der Versicherungswirtschaft bildet die **Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds** wichtige Strukturmerkmale ab. Zur Ermittlung dieser Merkmale wird im Wesentlichen auf Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegriffen. Diese Daten werden dort im Rahmen der Versicherungsaufsicht erhoben. Da fast alle im Versicherungsbereich tätigen Unternehmen berücksichtigt werden, handelt es sich nahezu um eine Vollerhebung. Erhebungsmerkmale sind Aufwands- und Ertragsmerkmale sowie Angaben zu den Beschäftigten.

Rechtsgrundlage für die Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EU Nr. L 97 S. 13) in der jeweils gültigen Fassung.

Weitere Informationen zu „Finanzdienstleistungen“ erhalten Sie über die Deutsche Bundesbank (www.bundesbank.de). Detaillierte Informationen zu „Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds“ sind abrufbar über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter www.bafin.de

Wirtschaftsabschnitte P, Q, R, S96

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte P, Q, R und S96 werden vierjährlich durch die Stichprobenerhebungen **Kostenstrukturhebung in sonstigen Dienstleistungsbereichen** sowie **Kostenstrukturhebung im medizinischen Bereich** ermittelt. Bundesweit sind höchstens 5 % der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Praxen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt – wie in der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – ebenfalls durch eine geschichtete Zufalls-

stichprobe. Unternehmen und Praxen mit einem Jahresumsatz bzw. mit Jahreseinnahmen von 17 500 Euro bzw. 12 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit der Kostenstrukturhebungen ein und werden auch in den Ergebnissen nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturhebungen bildet das Kostenstrukturstatistikgesetz (KoStrukStatG) vom 12.5.1959 (BGBl. I S. 245) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ergebnisse der Erhebungen vermitteln ein Bild über den Zusammenhang zwischen dem erwirtschafteten Umsatz bzw. den Einnahmen und dem dafür erforderlichen Aufwand in den Unternehmen und Praxen.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arithmetisches Mittel | Das arithmetische Mittel ist ein Mittelwert, der sich als Quotient aus der Summe einer Reihe von Zahlen und der Anzahl der Zahlen ergibt.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte der Einnahmen, Aufwendungen und des Reinertrages je Praxis).

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Weiteren Dienstleistungen (Finanz- und anderen Dienstleistungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

	Kostenstrukturerhebungen
Reihe 1.6.1	Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten
Reihe 1.6.3	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä. Fitnesszentren
Reihe 1.6.4	Frisör- und Kosmetiksalons
Reihe 1.6.5	Fahr- und Flugschulen
Reihe 1.6.6	Einrichtungen des Gesundheitswesens
Reihe 1.6.7	Bestattungsinstitute
Reihe 1.6.8	Wäschereien und chemische Reinigungen

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.3	Grundstücks- und Wohnungswesen
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

	Der Dienstleistungssektor. Wirtschaftsmotor in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse von 2003 bis 2008
	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
	Architektur- und Ingenieurbüros
	Grundstücks- und Wohnungswesen
	Information und Kommunikation
	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen
	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
	Verkehr und Lagerei
	Verlagswesen
	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
	Werbung und Marktforschung

■ Weitere Dienstleistungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/09	Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis
Heft 3/10	Umstellung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen auf die Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 2
Heft 4/10	Kostenstrukturen bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten 2007
Heft 5/10	Kostenstrukturen in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2006



A Internationales

In Italien entfallen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter **33** Personen über 65 Jahre, in Saudi-Arabien **4** | Eurokrise: **Griechenlands** Schulden erreichten 2014 **177 %** des BIP | Frankreich ist EU-Spitzenreiter bei **Lohnnebenkosten**: 47 € pro 100 € Verdienst | Nur **0,5 %** Öko-Landbau in den USA, Österreich bereits bei **17 %** | Norwegen deckt mehr als 67 % des Energieverbrauchs mit **erneuerbaren Energien** | Auf 100 Personen kommen in Südafrika **150** Mobilfunkverträge

Seite

631 **Auf einen Blick**

Tabellen

634 **Gesellschaft und Staat**

Geografie und Klima | Bevölkerung, Familien, Lebensformen | Bildung | Gesundheit | Wohnen | Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen | Kultur, Medien, Freizeit | Soziales | Finanzen und Steuern | Wahlen | Justiz

652 **Gesamtwirtschaft und Umwelt**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | Arbeitsmarkt | Verdienste und Arbeitskosten | Preise | Außenhandel | Zahlungsbilanz | Umwelt

668 **Wirtschaftsbereiche**

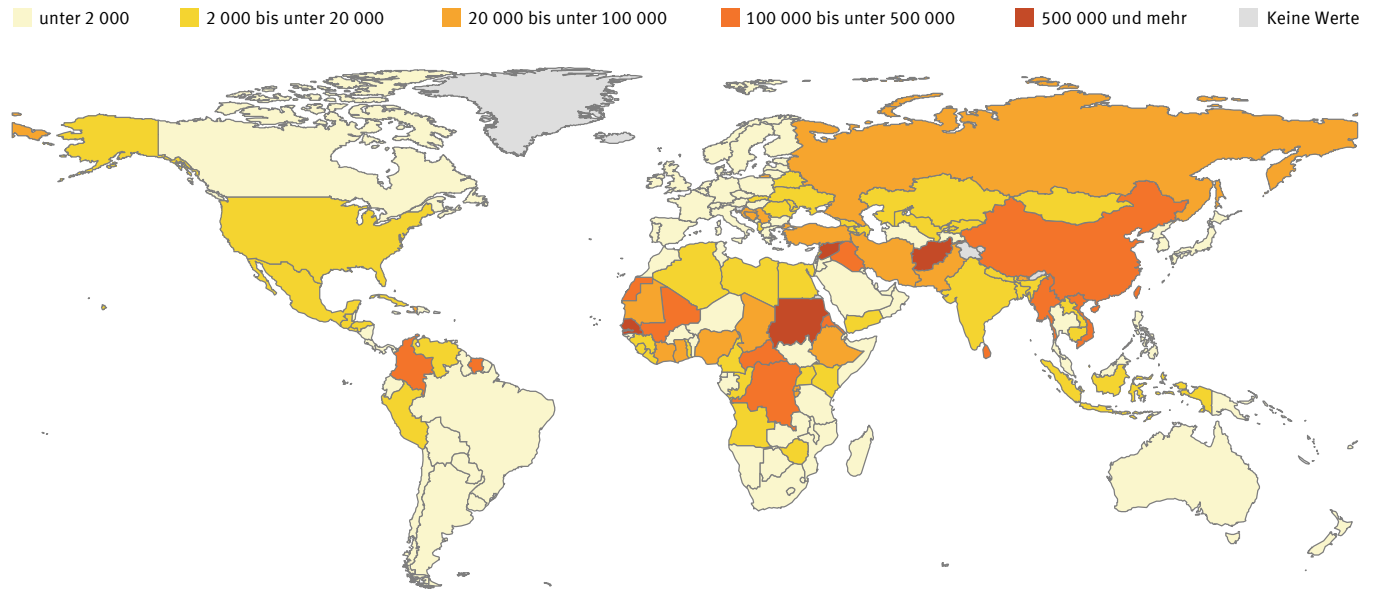
Land- und Forstwirtschaft | Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick | Verarbeitendes Gewerbe | Energie | Baugewerbe | Binnenhandel | Transport und Verkehr | Gastgewerbe, Tourismus | Weitere Dienstleistungen

680 **Methodik**

682 **Mehr zum Thema**

Migration 2013

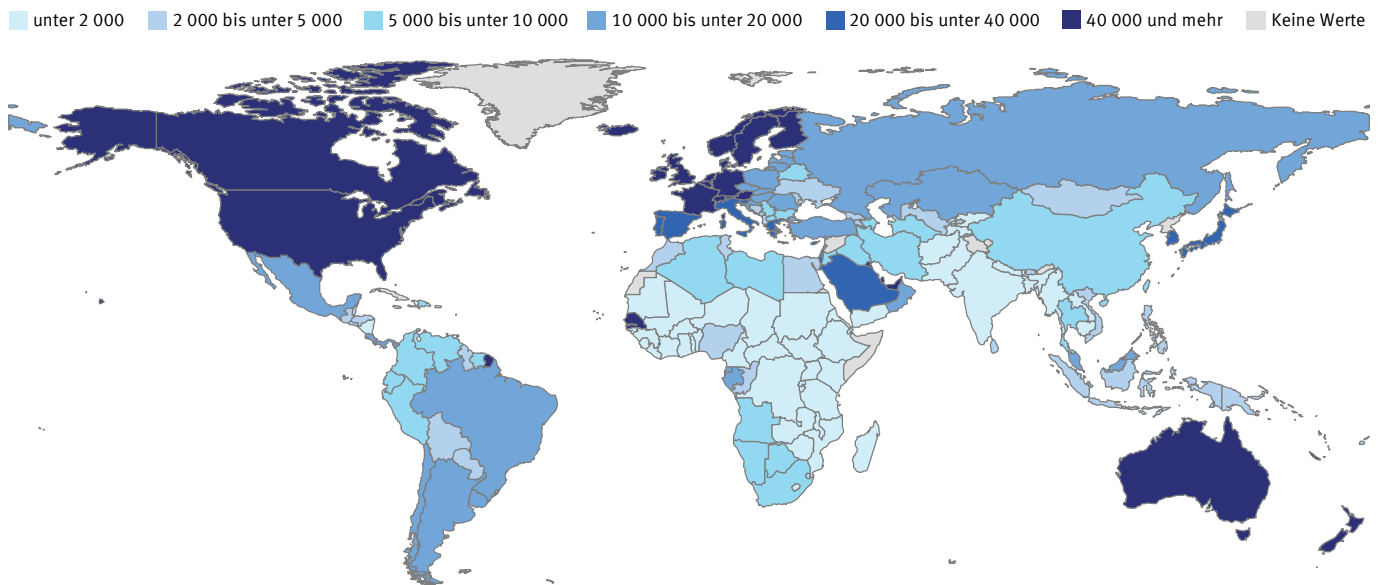
Zahl der Flüchtlinge nach Herkunftsland



Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)

Bruttoinlandsprodukt 2014

je Einwohner/-in, US\$, jeweilige Preise



Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF)

2015 - 01 - 0273

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²		Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2014					2014			
	1 000	%	US\$	%		1 000	%	US\$	%
Welt	7 207 735	8,1	10 804 ¹	+ 3,4	Äquatorialguinea	778	2,8	18 389	- 3,1
Europa					Äthiopien	96 506	3,5	575	+ 10,3
Europäische Union	508 309	18,6	36 318	+ 1,4	Benin	10 600	2,9	822	+ 5,5
Albanien	2 894	11,0	4 781	+ 2,1	Botsuana	2 039	3,7	7 505	+ 4,9
Andorra	80	.	.	.	Burkina Faso	17 420	2,4	717	+ 4,0
Belarus	9 470	13,8	8 042	+ 1,6	Burundi	10 483	2,4	336	+ 4,7
Belgien	11 225	18,3	47 722	+ 1,0	Cabo Verde	504	5,2	3 663	+ 1,0
Bosnien und Herzegowina . .	3 825	15,7	4 644	+ 0,8	Côte d'Ivoire	20 805	3,2	1 495	+ 7,5
Bulgarien	7 226	19,6	7 753	+ 1,7	Dschibuti	886	4,1	1 692	+ 6,0
Dänemark	5 640	18,3	60 564	+ 1,0	Eritrea	6 536	2,3	590	+ 1,7
Deutschland	80 890	21,3	47 590	+ 1,6	Gabun	1 711	5,1	10 836	+ 5,1
Estland	1 314	18,2	19 671	+ 2,1	Gambia	1 909	2,4	428	- 0,2
Finnland	5 464	19,7	49 497	- 0,1	Ghana	26 442	3,5	1 474	+ 4,2
Frankreich	66 201	18,3	44 538	+ 0,4	Guinea	12 044	3,1	573	+ 0,4
Griechenland	10 958	20,0	21 653	+ 0,8	Guinea-Bissau	1 746	2,9	589	+ 2,5
Irland	4 613	12,3	53 462	+ 4,8	Kamerun	22 819	3,2	1 405	+ 5,1
Island	328	13,1	51 262	+ 1,8	Kenia	45 546	2,7	1 416	+ 5,3
Italien	61 336	21,5	35 823	- 0,4	Komoren	752	2,8	923	+ 3,3
Kroatien	4 236	18,6	13 494	- 0,4	Kongo	4 559	3,4	3159	+ 6,0
Lettland	1 990	18,6	15 729	+ 2,4	Kongo, Dem. Republik	69 360	2,9	437	+ 9,1
Liechtenstein	37	.	.	.	Lesotho	2 098	4,2	1 130	+ 2,2
Litauen	2 929	15,7	16 386	+ 2,9	Liberia	4 397	3,0	484	+ 0,5
Luxemburg	556	14,3	111 716	+ 2,9	Libyen	6 253	4,9	6 623	- 24,0
Malta	427	17,0	24 876	+ 3,6	Madagaskar	23 572	2,8	449	+ 3,0
Mazedonien, eh. jug. Rep. . .	2 108	12,6	5 481	+ 3,8	Malawi	16 829	3,2	242	+ 5,7
Moldau, Republik	3 556	11,5	2 233	+ 4,6	Mali	15 768	2,7	755	+ 6,8
Monaco	38	.	.	.	Marokko	33 493	5,0	3 291	+ 2,9
Montenegro	622	13,4	7 149	+ 1,1	Mauretanien	3 984	3,2	1 403	+ 6,4
Niederlande	16 854	17,6	51 373	+ 0,9	Mauritius	1 261	9,1	10 517	+ 3,2
Norwegen	5 136	16,1	97 013	+ 2,2	Mosambik	26 473	3,3	630	+ 7,4
Österreich	8 534	18,5	51 307	+ 0,3	Namibia	2 348	3,6	6 095	+ 5,3
Polen	37 996	14,9	14 379	+ 3,3	Niger	18 535	2,6	469	+ 6,9
Portugal	10 397	19,1	22 130	+ 0,9	Nigeria	178 517	2,7	3 298	+ 6,3
Rumänien	19 911	15,3	10 035	+ 2,9	Ruanda	12 100	2,4	722	+ 7,0
Russische Föderation	143 820	13,1	12 926	+ 0,6	Sambia	15 021	2,6	1 781	+ 5,4
San Marino	32	.	56 820	- 1,0	São Tomé und Príncipe	198	3,3	1 725	+ 4,5
Schweden	9 690	19,7	58 491	+ 2,1	Senegal	14 548	2,9	1 072	+ 4,5
Schweiz	8 190	18,0	87 475	+ 2,0	Seychellen	92	7,8	15 115	+ 2,9
Serbien ³	7 129	14,7	6 123	- 1,8	Sierra Leone	6 205	2,7	808	+ 6,0
Slowakei	5 419	13,3	18 454	+ 2,4	Simbabwe	14 599	3,8	1 031	+ 3,2
Slowenien	2 062	17,5	24 019	+ 2,6	Somalia	10 806	2,8	.	.
Spanien	46 405	18,0	30 278	+ 1,4	Südafrika	54 002	5,6	6 483	+ 1,5
Tschechische Republik	10 511	17,2	19 563	+ 2,0	Sudan	38 764	3,3	1 980	+ 3,4
Türkei	75 837	7,5	10 482	+ 2,9	Südsudan	11 739	3,5	1 227	+ 5,5
Ukraine	45 363	14,9	3 055	- 6,8	Swasiland	1 268	3,5	3 325	+ 1,7
Ungarn	9 862	17,4	13 881	+ 3,6	Tansania, Ver. Republik	50 757	3,2	1 006	+ 7,2
Vereinigtes Königreich	64 510	17,8	45 653	+ 2,6	Togo	6 993	2,8	658	+ 5,2
Zypern ⁴	1 153	12,5	26 115	- 2,3	Tschad	13 211	2,4	1 236	+ 6,9
Afrika					Tunesien	10 997	7,3	4 415	+ 2,3
Ägypten	83 387	5,9	3 304	+ 2,2	Uganda	38 845	2,4	726	+ 4,9
Algerien	39 929	4,6	5 532	+ 4,1	Zentralafrik. Republik	4 709	3,8	380	+ 1,0
Angola	22 137	2,4	5 273	+ 4,2					

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2014							
	1 000	%	US\$			%		
Amerika								
Antigua und Barbuda	91	7,1	14 061			+ 2,4		
Argentinien	41 803	11,1	12 873			+ 0,5		
Bahamas	383	8,0	24 034			+ 1,3		
Barbados	286	11,1	15 579			- 0,3		
Belize	340	4,0	4 745			+ 3,4		
Bolivien, Plurinatl. Staat	10 848	5,0	3 061			+ 5,4		
Brasilien	202 034	7,8	11 604			+ 0,1		
Chile	17 773	10,3	14 477			+ 1,8		
Costa Rica	4 938	7,2	10 083			+ 3,5		
Dominica	72	.	7 436			+ 1,1		
Dominikanische Republik	10 529	6,4	6 044			+ 7,3		
Ecuador	15 983	6,7	6 286			+ 3,6		
El Salvador	6 384	7,2	3 988			+ 2,0		
Grenada	106	7,1	8 125			+ 1,5		
Guatemala	15 860	4,6	3 807			+ 4,0		
Guyana	804	3,5	3 748			+ 3,8		
Haiti	10 461	4,5	833			+ 2,8		
Honduras	8 261	4,5	2 361			+ 3,1		
Jamaika	2 721	8,0	4 926			+ 0,5		
Kanada	35 540	15,6	50 398			+ 2,5		
Kolumbien	48 930	6,4	8 076			+ 4,6		
Kuba	11 259	13,6	.			.		
Mexiko	123 799	6,6	10 715			+ 2,1		
Nicaragua	6 169	4,7	1 881			+ 4,5		
Panama	3 926	7,4	11 147			+ 6,2		
Paraguay	6 918	5,6	4 305			+ 4,4		
Peru	30 769	6,5	6 458			+ 2,4		
St. Kitts und Nevis	55	.	14 102			+ 7,0		
St. Lucia	184	8,9	7 978			- 1,1		
St. Vincent u. d. Grenadinen	109	7,1	6 694			+ 1,1		
Suriname	544	6,7	9 584			+ 2,9		
Trinidad und Tobago	1 344	9,3	21 311			+ 1,1		
Uruguay	3 419	14,2	16 199			+ 3,3		
Venezuela, Bol. Republik	30 851	6,4	6 757			- 4,0		
Vereinigte Staaten	318 857	14,3	54 597			+ 2,4		
Asien								
Afghanistan	31 281	2,4	649			+ 1,5		
Armenien	2 984	10,4	3 121			+ 3,4		
Aserbaidschan	9 538	5,6	7 902			+ 2,8		
Bahrain	1 344	2,3	28 272			+ 4,7		
Bangladesch	158 513	4,8	1 172			+ 6,1		
Bhutan	766	4,9	2 730			+ 6,4		
Brunei Darussalam	423	4,6	36 607			- 0,7		
China ¹⁵	1 364 270	9,1	7 589			+ 7,4		
Georgien	4 504	14,6	3 699			+ 4,7		
Indien	1 267 402	5,4	1 627			+ 7,2		
Indonesien	252 812	5,3	3 534			+ 5,0		
Irak	34 278	3,2	6 165			- 2,4		

	Bevölkerung insgesamt ¹¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2014							
	1 000	%	US\$			%		
Iran, Islamische Republik	78 470	5,4	5 183			+ 3,0		
Israel ¹⁶	8 215	10,8	36 991			+ 2,8		
Japan	127 132	25,8	36 332			- 0,1		
Jemen	24 969	2,9	1 574			- 0,2		
Jordanien	6 607	3,6	5 358			+ 3,1		
Kambodscha	15 408	5,5	1 081			+ 7,0		
Kasachstan	17 289	6,7	12 184			+ 4,3		
Katar	2 268	1,0	93 965			+ 6,1		
Kirgisistan	5 834	4,1	1 299			+ 3,6		
Korea, Dem. Volksrepublik	25 027	9,6	.			.		
Korea, Republik	50 424	12,6	28 101			+ 3,3		
Kuwait	3 479	2,4	43 103			+ 1,3		
Laos, Dem. Volksrepublik	6 894	3,8	1 693			+ 7,4		
Libanon	4 510	8,7	11 068			+ 2,0		
Malaysia	30 188	5,6	10 804			+ 6,0		
Malediven	352	4,9	8 342			+ 5,0		
Mongolei	2 881	3,8	4 096			+ 7,8		
Myanmar	53 719	5,3	1 221			+ 7,7		
Nepal	28 121	5,2	699			+ 5,5		
Oman	3 926	2,9	19 002			+ 2,9		
Pakistan	185 133	4,4	1 343			+ 4,1		
Philippinen	100 096	4,0	2 865			+ 6,1		
Saudi-Arabien	29 369	2,9	24 454			+ 3,6		
Singapur	5 470	10,7	56 319			+ 2,9		
Sri Lanka	20 639	8,7	3 558			+ 7,4		
Syrien, Arabische Republik	23 301	4,2	.			.		
Tadschikistan	8 409	3,2	1 113			+ 6,7		
Thailand	67 223	10,1	5 445			+ 0,7		
Timor-Leste	1 212	3,3	3 638			+ 6,6		
Turkmenistan	5 307	4,1	8 271			+ 10,3		
Usbekistan	30 743	4,3	2 046			+ 8,1		
Ver. Arabische Emirate	9 446	0,5	43 180			+ 3,6		
Vietnam	90 730	6,7	2 053			+ 6,0		
Australien und Ozeanien								
Australien	23 491	14,7	61 219			+ 2,7		
Fidschi	887	5,6	4 757			+ 4,1		
Kiribati	104	4,2	1 647			+ 3,8		
Marshallinseln	53	.	3 539			+ 0,5		
Mikronesien, F. Staaten von	104	4,2	3 041			+ 0,1		
Nauru		
Neuseeland	4 510	14,3	43 837			+ 3,2		
Palau	21	.	15 210			+ 8,0		
Papua-Neuguinea	7 476	3,0	2 133			+ 5,8		
Salomonen	573	3,4	2 009			+ 1,5		
Samoa	192	5,2	4 308			+ 1,9		
Tonga	106	5,9	4 429			+ 2,3		
Tuvalu	10	.	3 484			+ 2,2		
Vanuatu	258	4,0	3 092			+ 2,9		

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF). Zum Teil IMF-Schätzungen.

3 Ohne Kosovo.

4 Einschl. Nordzypern.

5 Ohne Taiwan, Macau, Hongkong.

6 Ohne Palästinensische Gebiete. Einschl. Ost-Jerusalem.

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²			Mittlerer Niederschlag ¹²		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durchschnitt- licher Jahres- gesamtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
2012	km ²		°C			Stunden			l/m ²		
Europa											
Europäische Union	4 236 562
Belgien	30 280	Brüssel	10,8	3,3 Jan	18,4 Jul	4,3	1,4 Dez	7,1 Jun	863	100 Aug	49 Apr
Bulgarien	108 560	Sofia	10,5	-0,6 Jan	21,5 Jul	6,1	1,9 Dez	10,1 Jul	629	73 Jun	35 Feb
Dänemark	42 430	Kopenhagen	9,2	1,4 Jan	18,1 Aug	.	.	.	539	78 Aug	26 Apr
Deutschland	348 540	Berlin	9,7	0,4 Jan	19,2 Jul	4,8	1,5 Dez	7,8 Jun	594	75 Aug	27 Apr
Estland	42 390	Tallinn	6,2	-4,2 Feb	17,8 Jul	5,2	0,7 Dez	9,8 Jul	672	99 Jul	31 Apr
Finnland	303 890	Helsinki	5,7	-5,7 Feb	18,3 Jul	5,0	0,8 Dez	9,2 Jul	666	87 Okt	30 Mrz
Frankreich	547 561	Paris	11,7	4,1 Jan	19,8 Jul	5,1	1,6 Nov	8,0 Jun	612	66 Aug	40 Sep
Griechenland	128 900	Athen	18,7	9,9 Jan	29,2 Jul	7,9	3,7 Dez	12,4 Jul	435	81 Dez	5 Jun
Irland	68 890	Dublin	9,6	5,1 Dez	15,2 Jul	4,1	1,8 Dez	6,6 Mai	780	85 Okt	45 Mrz
Island	100 250	Reykjavík	5,2	0,0 Feb	11,7 Jul	3,8	0,4 Dez	7,0 Mai	837	94 Dez	38 Jun
Italien	294 140	Rom	16,2	8,8 Jan	24,7 Aug	7,1	3,8 Dez	11,3 Jul	614	97 Dez	10 Jun
Kroatien	55 960	Zagreb	12,5	1,8 Jan	22,5 Jul	5,4	1,6 Dez	8,9 Jul	883	100 Sep	39 Feb
Lettland	62 180	Riga (Libau)	7,7	-2,3 Feb	18,3 Jul	5,4	0,7 Dez	10,1 Jun	1 984	304 Jun	23 Dez
Litauen	62 674	Wilna	6,9	-4,2 Jan	18,6 Jul	4,9	0,9 Dez	8,9 Jun	690	101 Jul	38 Mrz
Luxemburg	2 590	Luxemburg	9,6	0,8 Jan	18,2 Jul	5,0	1,4 Dez	8,4 Jun	864	84 Aug	53 Apr
Malta	320	Valletta	19,4	12,5 Feb	27,2 Aug	8,2	5,2 Dez	11,9 Jul	566	98 Nov	< 1 Jul
Niederlande	33 720	Amsterdam (De Bilt)	10,4	3,1 Jan	18,0 Jul	4,6	1,9 Dez	7,2 Jun	863	91 Aug	43 Apr
Norwegen	365 268	Oslo	5,2	-4,5 Jan	16,4 Jul	.	.	.	866	100 Okt	46 Feb
Österreich	82 409	Wien	10,7	0,1 Jan	20,8 Jul	5,6	1,7 Dez	8,7 Jun	698	84 Jul	40 Okt
Polen	306 220	Warschau	8,6	-2,3 Jan	19,5 Jul	6,3	1,1 Dez	11,5 Jul	558	91 Jul	29 Jan
Portugal	91 590	Lissabon	17,1	11,5 Jan	23,1 Aug	7,9	4,7 Dez	11,2 Jul	832	130 Dez	3 Jul
Rumänien	230 020	Bukarest	10,8	-1,7 Jan	23,0 Jul	6,0	1,8 Dez	10,0 Jul	632	79 Sep	33 Feb
Russische Föderation . . .	16 376 870	Moskau	6,1	-6,9 Feb	20,2 Jul	.	.	.	701	85 Jul	34 Apr
Schweden	407 340	Stockholm	7,7	-1,4 Feb	18,7 Jul	1,4	0,8 Mrz	2,2 Jul	523	67 Jul	25 Apr
Schweiz	39 516	Bern (Zürich)	9,6	0,5 Jan	18,5 Jul	4,5	1,4 Dez	7,1 Jun, Jul	1 133	132 Aug	52 Jan
Slowakei	48 088	Pressburg
Slowenien	20 140	Laibach	11,2	0,3 Jan	21,4 Jul	5,3	1,7 Dez	9,2 Jul	1 382	159 Sep	69 Feb
Spanien	498 800	Madrid	14,6	5,7 Jan	25,2 Jul	7,8	4,3 Dez	12,0 Jul	397	61 Okt	7 Jul
Tschechische Republik . .	77 230	Prag	8,6	-1,6 Jan	18,2 Jul	4,9	1,5 Dez	7,9 Jun	495	84 Jul	19 Feb
Türkei	769 630	Ankara	12,7	1,0 Jan	24,7 Jul	6,7	2,5 Dez	11,1 Jul	411	53 Apr	11 Aug
Ukraine	579 320	Kiew	8,8	-3,8 Jan	21,4 Jul	.	.	.	626	81 Jun	36 Jan
Ungarn	90 530	Budapest	11,2	-0,4 Jan	22,1 Jul	5,8	1,9 Dez	9,5 Jul	580	73 Jun	27 Feb
Vereinigtes Königreich . .	241 930	London	11,8	5,7 Dez	18,7 Jul, Aug	4,4	1,8 Dez	6,9 Jun	639	72 Nov	41 Mrz
Zypern	9 240	Nikosia	20,1	12,2 Jan	28,4 Aug	9,3	5,8 Dez	12,9 Jun	324	84 Jan	< 1 Jul, Aug

A Internationales

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ^{1,2}			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ^{1,2}			Mittlerer Niederschlag ^{1,2}		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durch- schnittlicher Jahresge- samtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
	2012	Referenzperiode 1996 bis 2010									
km ²	°C			Stunden			l/m ²				
Afrika											
Ägypten	995 450	Kairo	22,3	13,9 Jan	29,1 Jul, Aug	9,5	7,1 Jan	11,6 Jul	23	6 Dez	0 Jun–Sep
Äthiopien	1 000 000	Addis Abeba	17,0	15,5 Dez	18,9 Mai	7,3	3,8 Jul	10,0 Dez	1 225	294 Aug	12 Dez
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	Kinshasa	25,3	23,5 Jul	26,5 Mrz	.	.	.	1 365	220 Apr	< 1 Aug
Nigeria	910 770	Abuja (Lagos)	27,3	25,6 Aug	29,4 Mrz	.	.	.	1 574	314 Jun	5 Jan
Südafrika	1 213 090	Pretoria	18,9	11,9 Jul	22,9 Dez–Feb	8,6	7,8 Jan	9,4 Aug	684	134 Jan	1 Jul
Tansania, Ver. Republik	885 800	Dodoma	22,9	20,1 Jul	24,8 Nov	9,1	7,7 Feb	10,2 Okt	587	154 Dez	0 Jul, Aug
Amerika											
Argentinien	2 736 690	Buenos Aires	17,9	11,5 Jul	24,2 Jan	7,0	4,4 Jun	9,6 Jan	1 053	151 Jan	42 Jun
Brasilien	8 358 140	Brasília	21,4	19,3 Jun	23,0 Okt	6,7	4,4 Dez	9,0 Aug	1 482	246 Dez	2 Jul
Chile	743 532	Santiago de Chile	14,8	8,5 Jul	21,4 Jan	7,0	3,5 Jun	10,6 Jan	342	97 Jun	< 1 Dez
Kanada	9 093 510	Ottawa (Montreal)	7,3	– 9,0 Jan	21,4 Jul	5,9	2,4 Dez	8,7 Jul	1 020	99 Okt	62 Feb
Kolumbien	1 109 500	Bogotá	13,3	12,9 Jan	13,7 Apr, Mai	4,2	3,3 Apr, Mai	5,6 Jan	901	119 Mai	33 Jan
Mexiko	1 943 950	Mexiko-Stadt	17,1	14,4 Dez	19,6 Mai	7,0	4,7 Sep	8,6 Apr	803	190 Aug	3 Feb
Vereinigte Staaten	9 147 420	Washington, D.C.	14,6	2,6 Jan	26,2 Jul	.	.	.	1 046	118 Jun	63 Feb
Asien											
Bangladesch	130 170	Dhaka	26,0	18,6 Jan	29,2 Mai	.	.	.	2 101	417 Jul	4 Dez
China	9 388 211	Peking	13,1	– 3,0 Jan	27,2 Jul	6,7	5,5 Dez	8,5 Mai	470	128 Jul	2 Dez
Indien	2 973 190	Neu-Delhi	25,3	13,8 Jan	32,8 Jun	5,8	3,8 Dez	7,9 Apr	785	212 Aug	5 Nov
Indonesien	1 811 570	Jakarta	27,5	26,8 Feb	27,9 Mai	.	.	.	1 743	374 Feb	30 Dez
Iran, Islamische Republik	1 628 550	Teheran	18,5	4,6 Jan	31,1 Jul	8,2	5,1 Dez	11,1 Jun	239	40 Mrz	1 Aug
Israel	21 640	Jerusalem (Tel Aviv)	20,9	13,5 Jan	27,9 Aug	.	.	.	498	145 Jan	0 Jul, Aug
Japan	364 560	Tokio	16,6	6,4 Jan	27,5 Aug	5,2	4,2 Jun	6,2 Jan	1 582	221 Okt	52 Feb
Korea, Republik	97 350	Seoul	12,9	– 1,9 Jan	25,8 Aug	5,3	3,3 Jul	6,4 Mai	1 550	424 Jul	18 Dez
Myanmar	653 290	Naypyidaw (Rangoon)	27,1	24,6 Jan	30,4 Apr
Pakistan	770 880	Islamabad	22,3	10,6 Jan	31,4 Jun	.	.	.	1 179	283 Aug	14 Nov
Philippinen	298 170	Manila	27,5	25,7 Jan	29,3 Mai	.	.	.	2 631	505 Sep	19 Feb
Saudi-Arabien	2 149 690	Riad	26,3	13,8 Jan	36,3 Aug	8,7	7,1 Jan	10,5 Jul	125	28 Apr	0 Jun, Jul
Thailand	510 890	Bangkok	29,0	27,4 Dez	30,8 Apr	6,5	4,6 Sep	8,3 Feb	1 706	326 Sep	9 Dez
Ver. Arab. Emirate	83 600	Abu Dhabi	28,1	18,9 Jan	35,9 Aug	9,7	8,1 Dez	11,3 Jun	47	12 Jan	0 Jun–Sep
Vietnam	310 070	Hanoi	24,5	17,4 Jan	29,8 Jun, Jul	3,6	1,4 Mrz	5,4 Jun	1 639	317 Jul	19 Jan
Australien und Ozeanien											
Australien	7 682 300	Canberra	13,4	5,8 Jul	20,9 Jan	8,0	5,6 Jun	9,8 Dez	582	68 Nov	27 Apr
Neuseeland	263 310	Wellington (N. Plymouth)	13,8	9,9 Jul	18,3 Feb	5,8	4,5 Mai, Jun	7,5 Jan	1 368	147 Jun	71 Mrz

1 Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen.

2 Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD).

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsvorausrechnung ²	Altenquotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammengefasste Geburtenziffer ¹	Lebendgeborene ¹	Sterbeziffer: Gestorbene ¹
				Frauen	Männer			
	2014	2050	2014	2013				
	1 000		Verhältniswert	Jahre		Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen	
Europa								
Europäische Union	508 309	511 556 ³	28	83,2	77,7	1,58	10,0	9,9
Belgien	11 225	12 055	28	83,1	77,8	1,79	11,2	9,8
Bulgarien	7 226	5 077	29	78,0	71,1	1,50	9,2	14,4
Dänemark	5 640	6 361	28	82,3	78,4	1,73	10,0	9,3
Deutschland	80 890	72 566	32	83,4	78,8	1,38	8,5	11,1
Estland	1 314	1 121	28	81,7	71,4	1,56	10,3	11,6
Finnland	5 464	5 693	31	83,7	78,1	1,80	10,7	9,5
Frankreich	66 201	73 212	29	85,4	78,7	2,01	12,3	8,7
Griechenland	10 958	10 668	31	83,4	78,0	1,29	8,5	10,2
Irland	4 613	5 994	19	83,4	78,8	2,01	15,0	6,5
Island	328	415	20	84,5	81,8	2,04	13,4	6,7
Italien	61 336	60 015	33	84,8	79,9	1,43	8,5	10,0
Kroatien	4 236	3 606	28	80,2	74,2	1,51	9,4	11,8
Lettland	1 990	1 674	28	79,0	69,2	1,44	10,2	14,3
Litauen	2 929	2 557	23	79,9	68,7	1,60	10,1	14,0
Luxemburg	556	706	21	84,0	79,7	1,57	11,3	7,0
Malta	427	417	25	83,0	78,6	1,43	9,5	7,6
Niederlande	16 854	16 919	27	83,0	79,3	1,72	10,2	8,4
Norwegen	5 136	6 556	25	83,5	79,5	1,85	11,6	8,1
Österreich	8 534	9 354	28	83,4	78,5	1,44	9,4	9,4
Polen	37 996	34 079	21	81,1	72,8	1,30	9,6	10,1
Portugal	10 397	9 843	29	83,6	77,3	1,28	7,9	10,2
Rumänien	19 911	17 809	22	78,1	71,0	1,53	8,8	12,4
Russische Föderation	143 820	120 896	18	76,4	66,0	1,70	13,2	13,0
Schweden	9 690	11 934	31	83,6	79,9	1,91	11,8	9,4
Schweiz	8 190	10 977	27	84,9	80,7	1,52	10,2	8,0
Slowakei	5 419	4 990	19	80,0	72,7	1,34	10,1	9,6
Slowenien	2 062	2 023	26	83,3	77,4	1,58	10,2	9,4
Spanien	46 405	48 224	27	85,5	79,5	1,32	9,1	8,3
Tschechische Republik	10 511	11 218	25	81,3	75,4	1,45	10,2	10,4
Türkei	75 837	94 606	11	78,7	71,8	2,04	16,8	5,7
Ukraine	45 363	33 658	21	76,2	66,3	1,51	11,1	14,6
Ungarn	9 862	8 954	26	78,7	72,0	1,34	9,2	12,8
Vereinigtes Königreich	64 510	73 131	28	82,8	79,2	1,92	12,2	9,0
Zypern	1 153	1 356	18	81,8	77,9	1,46	11,5	6,9

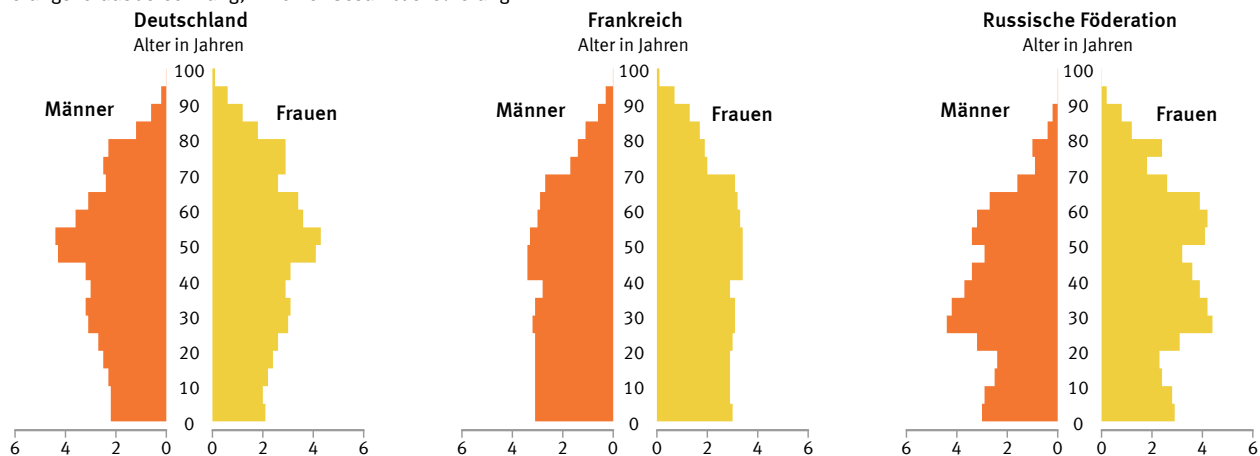
Bevölkerungsvorausrechnungen liefern Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl entwickeln würde, wenn bestimmte Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Migration einträfen. Die Vereinten Nationen (UN) berechnen hierzu verschiedene Varianten. Die vorliegenden Daten entsprechen der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsvorausrechnung. Weitere Informationen unter esa.un.org/unpd/wpp

Der **Altenquotient** ist ein Verhältniswert, der die Zahl der älteren Personen einer Gesellschaft in Beziehung setzt zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Angegeben wird das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und mehr zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** eines Kalenderjahres ist ein Maß dafür, wie viele Kinder durchschnittlich je Frau zur Welt kamen. Sie charakterisiert das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird auch als durchschnittliche Kinderzahl beschrieben, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären würde, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr (Alter 15 bis 49) gelten würden. Die altersspezifische Geburtenziffer zeigt für jedes einzelne Altersjahr zwischen 15 und 49 Jahren die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Gesamtzahl der Frauen dieses Alters. Durch die Addition der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt sich die zusammengefasste Geburtenziffer.

Die **Sterbeziffer** entspricht der Zahl der Gestorbenen eines Landes je 1 000 Einwohner/-innen.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 2015
Bevölkerungsvorausberechnung, in % der Gesamtbevölkerung



Quelle: World Population Prospects - The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA)

2015 - 01 - 0274

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

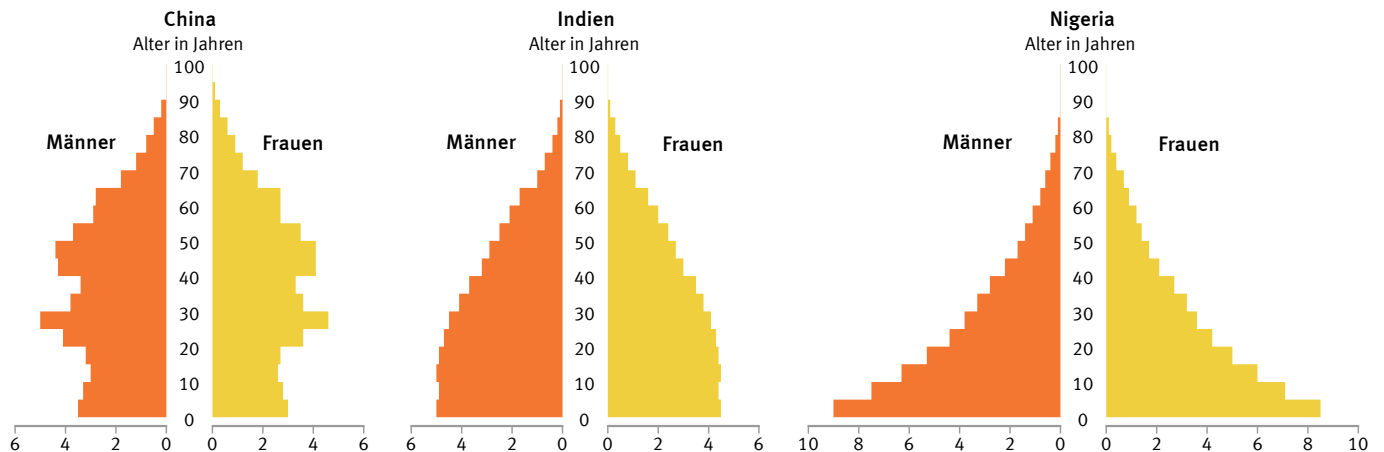
	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsvorausberechnung ²	Altenquotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammengefasste Geburtenziffer ¹	Lebendgeborene ¹	Sterbeziffer: Gestorbene ¹
				Frauen	Männer			
	2014	2050	2014	2013				
	1 000		Verhältnisswert	Jahre		Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen	
Afrika								
Ägypten	83 387	121 798	9	73,6	68,8	2,77	23,2	6,5
Äthiopien	96 506	187 573	6	65,3	62,0	4,52	33,0	7,6
Kongo, Dem. Republik	69 360	155 291	5	51,8	48,2	5,93	42,7	15,4
Nigeria	178 517	440 355	5	52,8	52,2	5,98	41,2	13,2
Südafrika	54 002	63 405	9	58,8	54,7	2,39	20,9	13,0
Tansania, Ver. Republik	50 757	129 417	6	62,9	60,2	5,21	39,2	8,5
Amerika								
Argentinien	41 803	51 024	17	79,9	72,6	2,18	16,8	7,7
Brasilien	202 034	231 120	11	77,6	70,4	1,80	14,9	6,5
Chile	17 773	20 839	15	82,7	77,1	1,82	13,9	5,5
Kanada	35 540	45 228	23	83,6	79,3	1,61	10,9	7,2
Kolumbien	48 930	62 942	10	77,7	70,4	2,29	18,8	5,6
Mexiko	123 799	156 102	10	79,8	75,1	2,19	18,4	4,5
Vereinigte Staaten	318 857	400 853	22	81,3	76,5	1,87	12,5	8,2
Asien								
Bangladesch	158 513	201 948	7	71,5	69,9	2,18	20,0	5,7
China	1 364 270	1 384 977	13	76,7	74,1	1,67	12,1	7,2
Indien	1 267 402	1 620 051	8	68,3	64,7	2,48	20,4	7,9
Indonesien	252 812	321 377	8	72,9	68,8	2,34	18,8	6,2
Iran, Islamische Republik	78 470	100 598	8	76,1	72,2	1,92	18,8	5,2
Israel	8 215	11 843	18	83,9	80,3	3,03	21,3	5,1
Japan	127 132	108 329	42	86,6	80,2	1,43	8,2	10,1
Korea, Republik	50 424	51 034	17	84,8	78,3	1,19	8,6	5,3
Myanmar	53 719	58 645	8	67,2	63,1	1,94	17,2	8,5
Pakistan	185 133	271 082	7	67,5	65,7	3,19	25,2	6,9
Philippinen	100 096	157 118	6	72,2	65,4	3,04	24,4	6,0
Saudi-Arabien	29 369	40 388	4	77,6	73,9	2,64	19,4	3,2
Thailand	67 223	61 740	14	77,8	71,1	1,40	10,2	7,7
Ver. Arab. Emirate	9 446	15 479	1	78,2	76,1	1,80	14,5	1,0
Vietnam	90 730	103 697	9	80,5	71,3	1,74	15,5	5,7
Australien und Ozeanien								
Australien	23 491	33 735	22	84,4	80,1	1,92	13,2	6,3
Neuseeland	4 510	5 778	22	83,2	79,7	1,95	13,1	6,6

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Population Prospects – The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA). Mittlere Variante.

3 Eigene Berechnungen basierend auf UN DESA Daten.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 2015
 Bevölkerungsvorausberechnung, in % der Gesamtbevölkerung



Quelle: World Population Prospects - The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA)

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs		Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
	Primärstufe	Sekundarstufe		je 100 000 Einwohner/-innen	Frauenanteil (%)		
2012							
	Anzahl	%			% des BIP		
Europa							
Europäische Union
Belgien	11	.	.	4 319	55,5	6,4 ¹	2,2
Bulgarien	17	12	98,4 ¹	3 916	54,6	3,7 ¹	0,6
Dänemark	4 913	57,4	8,5 ¹	3,0
Deutschland	12	13	.	3 361 ¹²	47,1 ¹²	4,8 ¹	2,9
Estland	12	8	99,9 ¹	5 238	59,2	5,1 ¹	2,2
Finnland	14	9	.	5 712	53,7	7,2	3,6
Frankreich	18	13	.	3 592	54,8	5,5	2,3
Griechenland	9	.	97,4	5 966	49,1	.	0,7
Irland	16	.	.	4 210	50,9	5,9 ¹	1,7
Island	10	.	.	5 861	62,5	7,0 ¹	2,6 ¹
Italien	99,0	3 163	57,5	4,1 ¹	1,3
Kroatien	14	8	99,1 ¹¹	3 652	56,7	4,2 ¹	0,8
Lettland	11	8	99,9 ¹	4 710	59,6	4,6	0,7
Litauen	12	8	99,8 ¹¹	5 782	58,4	5,2 ¹	0,9
Luxemburg	8	8	.	1 162	52,1	.	1,4
Malta	11	9	.	2 853	56,1	6,8	0,8
Niederlande	12	14	.	4 749	51,4	5,5	2,2
Norwegen	4 770	60,1	6,6 ¹	1,7
Österreich	11	10	.	4 448	53,4	5,6 ¹	2,8
Polen	10	9	99,7	5 253	59,9	4,9 ¹	0,9
Portugal	12	8	94,5 ¹¹	3 680	53,5	5,1 ¹	1,5
Rumänien	18	13	98,6 ¹¹	3 998 ¹¹	56,0 ¹¹	3,0	0,5
Russische Föderation	20	9	99,7 ¹³	5 576	55,0	.	1,1
Schweden	10	10	.	4 766	59,7	6,5 ¹	3,4
Schweiz	11	9	.	3 371	49,3	5,0	.
Slowakei	15	11	.	4 062	59,6	3,9	0,8
Slowenien	17	9 ¹	99,7	5 030	57,7	5,6 ¹	2,8
Spanien	13	11	97,9	4 205	53,6	4,4	1,3
Tschechische Republik	19	11	.	4 130	57,2	4,3 ¹	1,9
Türkei	20	18	94,9	5 883	45,4	.	0,9 ¹
Ukraine	16	.	99,7	5 251	52,3	6,7	0,7 ¹
Ungarn	10	10	99,4	3 817	55,5	4,6 ¹	1,3
Vereinigtes Königreich	18	.	.	3 975	56,3	5,8 ¹	1,7
Zypern	14	10	98,7 ¹¹	3 669	53,1	7,2 ¹	0,5

Der **Alphabetisierungsgrad** ist gemäß UNESCO definiert als der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der in der Lage ist, eine einfache Aussage über den eigenen Alltag zu lesen und zu schreiben. Neben den Fertigkeiten Lesen und Schreiben umfasst die Definition auch grundlegende Rechenkenntnisse.

Bei den **Studierenden und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs** werden die Bildungsstufen ISCED 5 (z. B. berufsspezifische tertiäre Bildung), ISECD 6 (Bachelor und vergleichbare Abschlüsse), ISCED 7 (Master und vergleichbare Abschlüsse) und ISCED 8 (Promotion und vergleichbare Abschlüsse) berücksichtigt. ISCED ist die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen.

Die **Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung** umfassen alle zur Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Inland verwendeten Mittel, ungeachtet der Finanzierungsquellen. Eingeschlossen sind auch die Mittel des Auslands und internationaler Organisationen für im Inland durchgeführte Forschungsarbeiten.

A Internationales

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs	Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
	Primärstufe	Sekundarstufe				
2012						
	Anzahl	%	je 100 000 Einwohner/-innen	Frauenanteil (%)	% des BIP	
Afrika						
Ägypten	28 ¹³	.	73,9	2 851	48,2	. 0,4 ¹¹
Äthiopien	54	39	.	.	31,5	4,7 ¹³ 0,3 ¹³
Kongo, Dem. Republik	35	15	.	778	35,4	1,5 ¹³ .
Nigeria	38 ¹³	33 ¹³
Südafrika	33	.	93,7	1 920	58,0	6,4 0,8 ¹³
Tansania, Ver. Republik	46	26	67,8 ¹³	347	35,4	4,6 ¹³ 0,5 ¹³
Amerika						
Argentinien	97,9	6 636	60,4	5,1 0,7 ¹¹
Brasilien	21	16	91,3	.	57,1	6,3 1,2 ¹¹
Chile	21	20	.	6 406	52,0	4,6 0,4 ¹³
Kanada	5,3 ¹¹ 1,7
Kolumbien	25	25	93,6 ¹¹	4 105	52,2	4,4 0,2
Mexiko	28	18	94,2	2 616	49,6	5,1 ¹¹ 0,4 ¹¹
Vereinigte Staaten	14	15	.	6 612	57,0	5,2 ¹¹ 2,8
Asien						
Bangladesch	40 ¹¹	32	58,8	1 317	41,4	. .
China	18	15	95,1 ¹³	2 366	50,4	. 2,0
Indien	35 ¹¹	26 ¹¹	.	2 310	41,8 ¹¹	3,9 0,8 ¹¹
Indonesien	19	17	92,8 ¹¹	2 525	50,8	3,6 .
Iran, Islamische Republik	84,3	5 763	49,8	3,6 .
Israel	13 ¹¹	.	97,8 ¹¹	4 961	55,8	5,6 ¹¹ 3,9
Japan	17	12	.	3 053	46,2	3,8 3,4 ¹¹
Korea, Republik	19 ¹¹	16 ¹¹	.	6 887 ¹¹	39,6 ¹¹	4,6 4,0 ¹¹
Myanmar	28 ¹³	34 ¹³	92,6	1 201	55,3	. .
Pakistan	41	21	54,7 ¹¹	1 014	47,6	2,1 0,3 ¹¹
Philippinen	3 148	54,2	. .
Saudi-Arabien	11	.	.	4 263	49,3	. .
Thailand	16	20 ¹¹	96,4 ¹³	3 639	56,4	4,9 .
Ver. Arab. Emirate	18	12	.	1 321	55,4	. 0,5 ¹¹
Vietnam	19	.	.	2 490	49,4 ¹¹	6,3 .
Australien und Ozeanien						
Australien	5 918	56,7	4,9 2,4 ¹³
Neuseeland	15	14	.	5 821	58,2	7,4 1,3 ¹¹

1 2011.

2 2013.

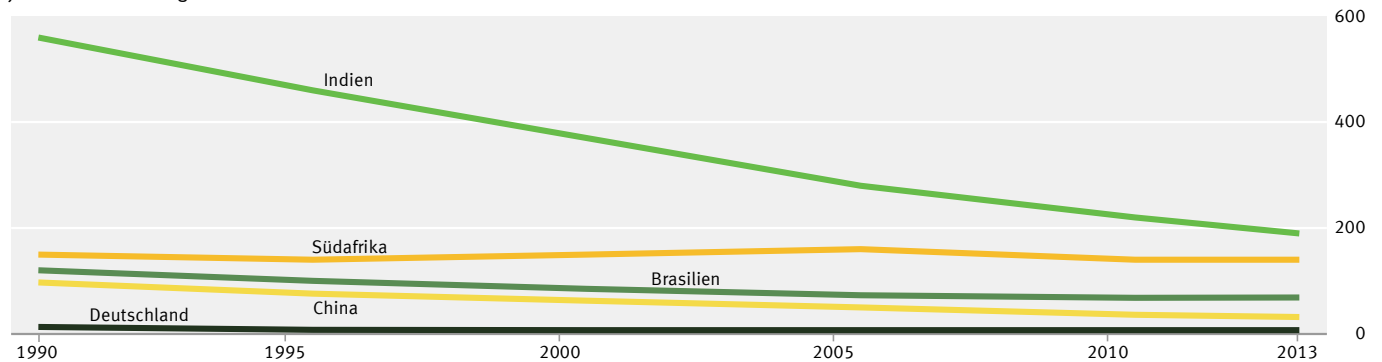
3 2010.

Quelle: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), teilweise Schätzungen bzw. vorläufige Daten

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
	2013	US\$ je Einwohner/-in				2009 – 2013 ¹	2013	2012	Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren
			je 10 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene				je 100 000 Lebendgeborene	Prävalenz in %
Europa										
Europäische Union
Belgien	11,2	5 093	3 860	38	65	11	4	6	.	100
Bulgarien	7,6	555	329	39	66	37	12	5	.	99
Dänemark	10,6	6 270	5 351	35	35	9	4	5	0,2	100
Deutschland	11,3	5 006	3 846	39	82	8	4	7	.	100
Estland	5,7	1 072	835	32	54	27	3	11	1,3	99
Finnland	9,4	4 449	3 349	29	62	7	3	4	.	100
Frankreich	11,7	4 864	3 771	32	69	11	4	9	.	100
Griechenland	9,8	2 146	1 492	.	48	7	4	5	.	100
Irland	8,9	4 233	2 864	27	49 ¹²	11	4	9	.	100
Island	9,1	4 126	3 320	35	58 ¹³	4	2	4	.	100
Italien	9,1	3 155	2 462	38	36	7	4	4	0,3	100
Kroatien	7,3	982	786	.	54	18	5	13	.	99
Lettland	5,7	874	541	36	64	58	8	13	.	98
Litauen	6,2	966	643	41	68	85	5	11	.	96
Luxemburg	7,1	7 981	6 678	29	56	12	2	11	.	100
Malta	8,7	2 000	1 321	35	45	14	6	9	.	100
Niederlande	12,9	6 145	4 907	.	47	8	4	6	.	100
Norwegen	9,6	9 715	8 303	43	33	11	3	4	.	100
Österreich	11,0	5 427	4 111	.	77	11	4	4	.	100
Polen	6,7	895	623	22	67	27	5	3	.	.
Portugal	9,7	2 037	1 317	41	33	30	4	8	.	100
Rumänien	5,3	504	402	24	66	123	12	33	0,1	.
Russische Föderation	6,5	957	460	.	97 ¹⁴	114	10	24	.	97
Schweden	9,7	5 680	4 628	39	28	9	3	4	.	100
Schweiz	11,5	9 276	6 122	40	52	8	4	6	0,3	100
Slowakei	8,2	1 454	1 018	33	65	11	7	7	.	100
Slowenien	9,2	2 085	1 493	.	46	9	3	7	.	100
Spanien	8,9	2 581	1 818	49	32	16	4	4	0,4	100
Tschechische Republik	7,2	1 367	1 139	.	71	7	4	5	0,1	100
Türkei	5,6	608	470	17	25	23	19	20	.	100
Ukraine	7,8	313	170	35	87	120	10	23	0,8	98
Ungarn	8,0	1 056	671	31	71	29	6	14	.	100
Vereinigtes Königreich	9,1	3 598	3 006	28	33	17	5	8	0,3	100
Zypern	7,4	1 884	873	23	38 ¹²	7	4	10	0,1	100

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt
je 100 000 Lebendgeborene



Quelle: Global Health Observatory, Weltgesundheitsorganisation (WHO)

2015 - 01 - 0275

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
	2013	% des BIP				US\$ je Einwohner/-in	2009 – 2013 ¹	je 10 000 Einwohner/-innen	Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren
			2013	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene				je 100 000 Lebendgeborene	%
Afrika										
Ägypten	5,1	151	62	28	17	27	22	45	0,1	99
Äthiopien	5,1	25	15	.	63	211	64	420	1,2	52
Kongo, Dem. Republik	3,5	16	8	.	8 ¹⁴	549	119	730	1,1	46
Nigeria	3,9	115	32	4	.	326	117	560	3,2	64
Südafrika	8,9	593	287	8	.	715	44	140	19,1	95
Tansania, Ver. Republik	7,3	49	18	.	7	172	52	410	5,0	53
Amerika										
Argentinien	7,3	1 074	727	39	45	31	13	69	.	99
Brasilien	9,7	1 085	523	19	24	57	14	69	0,5	98
Chile	7,7	1 204	570	10	21	19	8	22	0,3	99
Kanada	10,9	5 718	3 991	21	32	6	5	11	.	100
Kolumbien	6,8	533	405	15	10 ¹³	43	17	83	0,5	91
Mexiko	6,2	664	344	21	16	26	15	49	0,2	95
Vereinigte Staaten	17,1	9 146	4 307	25	30	4	7	28	.	99
Asien										
Bangladesch	3,7	32	11	4	.	402	41	170	0,1	85
China	5,6	367	205	15	42	94	13	32	.	92
Indien	4,0	61	20	7	.	211	53	190	0,3	93
Indonesien	3,1	107	42	2	.	272	29	190	0,5	85
Iran, Islamische Republik	6,7	432	176	.	17	32	17	23	0,1	96
Israel	7,2	2 599	1 537	33	35	7	4	2	.	100
Japan	10,3	3 966	3 255	23	137	23	3	6	.	100
Korea, Republik	7,2	1 880	1 004	21	103	143	4	27	.	98
Myanmar	1,8	14	4	6	6 ¹⁴	473	51	200	0,6	86
Pakistan	2,8	37	14	8	6	342	86	170	0,1	91
Philippinen	4,4	122	38	.	5	438	30	120	.	92
Saudi-Arabien	3,2	808	519	25	22	16	16	16	.	97
Thailand	4,6	264	212	4	21	149	13	26	1,1	96
Ver. Arabische Emirate	3,2	1 569	1 103	25	19 ¹²	3	8	8	.	100
Vietnam	6,0	111	47	12	31	209	24	49	0,4	95
Australien und Ozeanien										
Australien	9,4	6 110	4 070	33	38	8	4	6	0,2	100
Neuseeland	9,7	4 063	3 373	27	23	10	6	8	.	100

1 Aktuellster verfügbarer Wert innerhalb des Berichtszeitraums 2009 bis 2013.

2 2008.

3 2007.

4 2006.

Quelle: Global Health Observatory und Global Health Expenditure Database, Weltgesundheitsorganisation (WHO)

A.5 Wohnen

	Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt	In Mieterhaushalten lebende Personen	In Eigentümerhaushalten lebende Personen	In überbelegten Wohneinheiten lebende Personen	Durch Wohnkosten überbelastete Personen
	2013				
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung insgesamt			
Europa					
Europäische Union	2,4	30	70	17	11
Belgien	2,3	28	72	2	10
Bulgarien	2,7	14	86	44	14
Dänemark	1,9	37	63	9	19
Deutschland	2,0	47	53	7	16
Estland	2,2	19	81	21	7
Finnland	2,1	26	74	7	5
Frankreich	2,2	36	64	8	5
Griechenland	2,6	24	76	27	37
Irland	2,7	30	70	3	5
Island	2,5	23	78	9	9
Italien	2,4	27	73	27	9
Kroatien	2,8	12	89	43	8
Lettland	2,4	19	81	38	11
Litauen	2,3	8	92	28	8
Luxemburg	2,5	27	73	6	6
Malta	2,6	20	80	4	3
Niederlande	2,2	33	67	3	16
Norwegen	2,1	17	84	6	10
Österreich	2,3	43	57	15	7
Polen	2,8	16	84	45	10
Portugal	2,6	26	74	11	8
Rumänien	2,9 ¹	4	96	53	15
Russische Föderation
Schweden	2,1	30	70	11	8
Schweiz	2,3	56	44	7	11
Slowakei	2,9	10	91	40	8
Slowenien	2,5	23	77	16	6
Spanien	2,5	22	78	5	10
Tschechische Republik	2,4	20	80	21	12
Türkei
Ukraine
Ungarn	2,6	10	90	46	13
Vereinigtes Königreich	2,3	35	65	8	8
Zypern	2,8	26	74	2	3

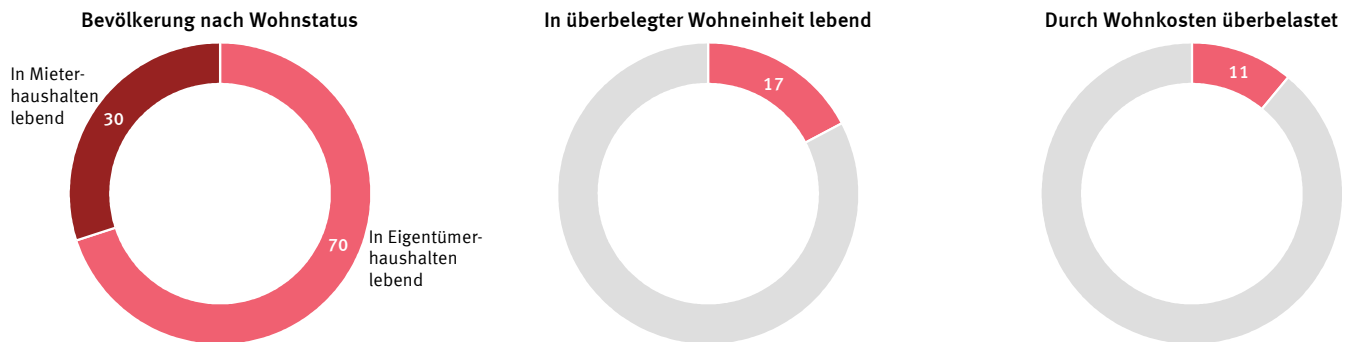
Eine **Wohneinheit** gilt als **überbelegt**, wenn sie nicht mindestens folgende Kriterien erfüllt: ein Gemeinschaftszimmer, ein Zimmer je Paar im Haushalt, ein Zimmer für jede alleinstehende Person im Alter von 18 Jahren oder älter, ein Zimmer für bis zu zwei alleinstehende Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren, ein Zimmer je alleinstehende Person im Alter von 12 bis 17 Jahren (sofern nicht in der vorherigen Kategorie erfasst) sowie ein Zimmer für bis zu zwei Kinder unter 12 Jahren.

Personen gelten als **durch Wohnkosten überbelastet**, wenn sie in Haushalten leben, die mehr als 40% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden.

1 2012.
Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat

Wohnsituation in der Europäischen Union (EU-28) 2013

Anteil an der Wohnbevölkerung insgesamt, in %



Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat

A.6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

	Median- äquivalenz- einkommen ¹	Armuts- gefährdungs- grenze ¹	Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers) ¹			Konsum- ausgaben für Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke ²	Konsum- ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Gas ²
			insgesamt	Personen unter 18 Jahren	Personen ab 65 Jahren		
	Einpersonenhaushalte						
2013							
	EUR		%		% der Konsumausgaben insgesamt		
Europa							
Europäische Union	15 416	.	16,6	20,2	13,8	.	.
Belgien	21 483	12 890	15,1	17,2	18,4	12,9	25,4
Bulgarien	2 924	1 754	21,0	28,4	27,9	18,7	19,0
Dänemark	26 897	16 138	12,3	8,5	10,6	11,2	30,2
Deutschland	19 582	11 749	16,1	14,7	14,9	10,4	24,7
Estland	6 579	3 947	18,6	18,1	24,4	20,7	19,5
Finnland	23 272	13 963	11,8	9,3	16,1	12,8	27,0
Frankreich	20 954	12 572	13,7	18,0	8,7	13,4	26,7
Griechenland	8 371	5 023	23,1	28,8	15,1	17,2	22,9
Irland	19 065	11 439	14,1	16,0	10,1	10,6	24,2
Island	21 234	12 740	9,3	12,2	4,0	14,6	21,7
Italien	15 733	9 440	19,1	24,8	15,3	14,4	24,7
Kroatien	5 078	3 047	19,5	21,8	23,4	.	.
Lettland	4 666	2 799	19,4	23,4	17,6	19,1	24,2
Litauen	4 698	2 819	20,6	26,9	19,4	23,8	16,3
Luxemburg	33 301	19 981	15,9	23,9	6,2	9,0	22,8
Malta	12 093	7 256	15,7	24,0	14,9	12,9	11,6
Niederlande	20 839	12 504	10,4	12,6	5,5	11,6	23,8
Norwegen	42 909	25 732	10,9	10,5	9,7	11,7	20,9
Österreich	22 073	13 244	14,4	18,6	15,4	10,0	21,9
Polen	5 164	3 098	17,3	23,2	12,3	18,0	21,4
Portugal	8 177	4 906	18,7	24,4	14,6	18,0	18,0
Rumänien	2 066	1 240	22,4	32,1	15,0	29,7 ¹³	21,4 ¹³
Russische Föderation
Schweden	26 414	15 849	14,8	15,4	16,4	12,4	26,7
Schweiz	40 791	24 475	14,5	15,9	29,5	.	.
Slowakei	6 737	4 042	12,8	20,3	6,0	17,6	25,6
Slowenien	11 852	7 111	14,5	14,7	20,5	15,3	19,4
Spanien	13 524	8 114	20,4	27,5	12,7	13,1	24,0
Tschechische Republik	7 694	4 616	8,6	11,3	5,8	15,7	27,3
Türkei
Ukraine
Ungarn	4 529	2 717	14,3	23,2	4,4	18,3	20,6
Vereinigtes Königreich	18 694	11 217	15,9	18,9	16,6	9,1	24,7
Zypern	15 873	9 524	15,3	15,5	20,1	14,2	17,9

Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Das **Medianäquivalenzeinkommen** wird wie folgt ermittelt: Um das mittlere Einkommen zu bestimmen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr Einkommen zur Verfügung, die andere weniger.

Die **Armutsgefährdungsgrenze** liegt bei 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Personen werden als (relativ) einkommensarm bezeichnet, wenn deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

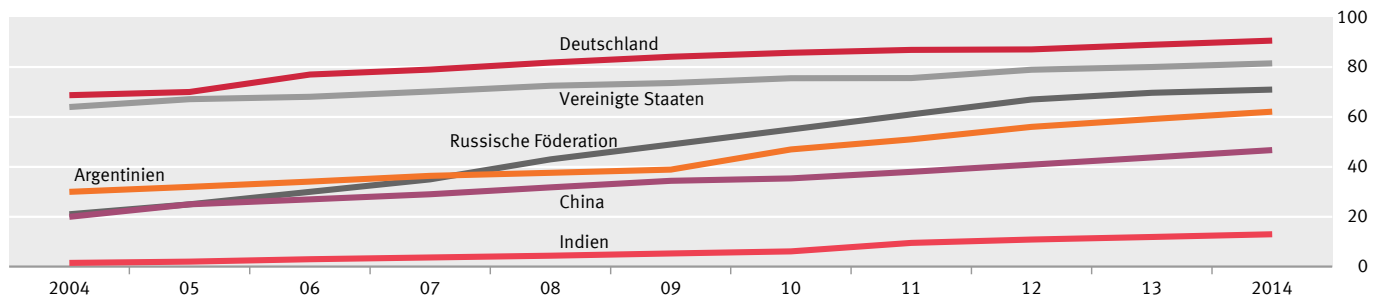
Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei den hier aufgeführten Quoten wurden bei der Ermittlung des Einkommens auch Sozialtransfers (z. B. Wohngeld, Kindergeld, Rente, Pension, Pflegegeld) berücksichtigt.

1 Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat.
 2 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat.
 3 2012.

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Kultur		Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Kinobesuche ¹¹	Beschäftigte mit kreativen, künstlerischen und unterhaltenden Tätigkeiten ¹²	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Festnetzanschlüsse	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 18 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2014		2010			2010			2010
	je Einwohner/-in	1 000	%		je 100 Einwohner/-innen			%	
Europa									
Europäische Union	1 110,9	
Belgien	1,9	23,9	84	83	42	114	36	58	
Bulgarien	0,6	11,3	58	57	25	138	21	66	
Dänemark	2,3	14,8	95	93	33	126	41	116	
Deutschland	1,5	226,9	91	89	57	120	36	64	
Estland	2,0	3,4	83	83	32	161	27	117	
Finnland	1,4	18,1	92	90	12	140	32	138	
Frankreich	3,2	152,2	83	83	60	100	40	66	
Griechenland	0,8 ¹⁵	11,2	63	66	47	115	28	41	
Irland	3,1	13,0	84	82	43	104	27	81	
Island	4,1	1,6	98	96	51	111	36	85	
Italien	1,6	76,2	74	73	34	154	24	71	
Kroatien	0,9	6,0	70	68	37	104	23	69	
Lettland	1,2	6,0	74	73	19	124	25	72	
Litauen	1,5	8,7	68	66	20	147	31	59	
Luxemburg	2,1	1,3	96	96	50	148	33	111	
Malta	1,7 ¹⁵	0,7	82	81	54	127	35	50	
Niederlande	1,8	72,1	98	96	42	116	41	69	
Norwegen	2,2	22,8	95	93	23	117	38	93	
Österreich	1,7	23,6	84	81	38	152	28	67	
Polen	1,1	75,3	78	75	13	156	24	62	
Portugal	1,2	9,7	69	65	43	112	27	45	
Rumänien	0,5	18,6	64	61	21	106	19	49	
Russische Föderation	1,2	.	71	70	28	155	17	66	
Schweden	1,7	32,5	93	90	40	128	34	116	
Schweiz	1,6	16,5	88	91	54	141	46	77	
Slowakei	0,8	10,6	81	78	17	117	22	60	
Slowenien	0,9	5,2	80	77	37	112	27	47	
Spanien	1,9	58,4	74	74	41	108	27	77	
Tschechische Republik	1,1	22,0	78	78	18	130	28	63	
Türkei	0,8	29,0	56	60	17	95	12	43	
Ukraine	52	43	25	144	8	8	
Ungarn	1,1	21,8	77	75	30	118	27	34	
Vereinigtes Königreich	2,4	186,2	91	90	52	124	37	99	
Zypern	0,8	1,2	74	69	28	96	21	42	

Anteil der Haushalte mit eigenem Computer in ausgewählten Staaten, in %



Quelle: International Telecommunication Union (ITU)

2015 - 01 - 0277

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Festnetzanschlüsse	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 18 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2014		je 100 Einwohner/-innen				2010
	%						%
Afrika							
Ägypten	45	37	8	114	4	43	32
Äthiopien	3	3	1	32	0	8	19
Kongo, Dem. Republik	2	2	0	53	0	8	26
Nigeria	9	8	0	78	0	12	22
Südafrika	28	37	8	150	3	47	47
Tansania, Ver. Republik	4	4	0	63	0	3	7
Amerika							
Argentinien	62	52	23	159	15	54	39
Brasilien	52	48	22	139	11	78	28
Chile	60	54	19	133	14	50	21
Kanada	88	87	47	83	35	60	23
Kolumbien	44	38	15	113	10	45	64
Mexiko	38	34	17	83	12	37	26
Vereinigte Staaten	81	80	40	98	30	98	32
Asien							
Bangladesch	7	7	1	76	1	6	27
China	47	47	18	92	14	42	24
Indien	13	15	2	74	1	6	13
Indonesien	18	29	12	126	1	35	24
Iran, Islamische Republik	52	45	39	88	9	11	33
Israel	82	72	37	121	26	52	.
Japan	83	98	50	120	29	121	34
Korea, Republik	78	98	60	116	39	109	33
Myanmar	3	3	1	49	0	15	10
Pakistan	16	13	3	73	1	5	26
Philippinen	20	27	3	111	23	28	16
Saudi-Arabien	80	94	13	180	10	99	61
Thailand	34	34	8	144	8	80	15
Ver. Arabische Emirate	88	90	22	178	12	114	38
Vietnam	21	19	6	147	6	31	24
Australien und Ozeanien							
Australien	86	87	39	131	26	112	24
Neuseeland	80	80	41	112	30	93	40

1 Quellen: Eigene Berechnungen basierend auf MEDIA Salles und Eurostat Daten.

2 Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat. Aufgeführt sind Beschäftigte des Abschnitts R90 gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige (NACE Rev.2), darunter Journalist(inn)en, Schriftsteller/-innen, Musiker/-innen, darstellende Künstler/-innen und Beschäftigte in kulturellen Einrichtungen.

3 Quelle: International Telecommunication Union (ITU).

4 Quelle: Global Health Observatory, Weltgesundheitsorganisation (WHO), Vereinte Nationen.

5 2013.

A.8 Soziales

	Ausgaben für Sozialschutzleistungen									Zahl der Rentenbezieher/-innen ¹²	Lohnersatzquote der Rentenbezieher/-innen ¹³
	Gesamte Sozialschutzleistungen (ohne Verwaltungsausgaben)			Leistungen nach Funktion							
	Mill. EUR	% des BIP	EUR je Einwohner/-in	Alter	Gesundheitsversorgung	Invalidität, Gebrechen	Familie, Kinder	Arbeitslosigkeit	Sonstige ¹¹	je 100 Einwohner/-innen	%
2012											2013
Europa											
Europäische Union	3 673 484	28,3	7 280	40,6	29,6	7,4	7,8	5,4	9,2	.	55
Belgien	110 488	29,4	9 929	32,8	29,0	7,8	7,3	12,6	10,6	.	47
Bulgarien	6 735	16,9	922	44,4	26,2	8,0	10,6	3,6	7,3	30	39
Dänemark	81 129	33,1	14 509	43,7	20,9	12,3	12,2	5,5	5,5	24	44
Deutschland	754 573	28,3	9 382	33,1	33,8	8,0	11,2	4,2	9,8	29	47
Estland	2 662	15,3	2 012	44,0	28,2	11,8	11,5	3,1	1,6	31	50
Finnland	58 484	30,4	10 802	37,7	25,3	11,6	11,0	6,9	7,5	28	49
Frankreich	652 948	32,1	9 981	40,1	28,8	6,5	7,9	6,1	10,6	28	64
Griechenland	57 954	30,0	5 251	51,3	21,4	4,5	5,5	6,3	11,0	24	60
Irland	50 783	31,0	11 071	20,6	48,7	4,2	10,8	11,6	4,2	19	37
Island	2 638	24,9	8 224	23,8	34,1	16,3	10,9	5,5	9,5	19	49
Italien	454 299	29,0	7 630	52,7	24,1	5,8	4,8	3,2	9,6	28	62
Kroatien	8 995	20,7	2 107	28,0	34,6	16,9	7,9	2,2	10,4	28	37
Lettland	3 067	13,8	1 508	54,6	21,9	8,7	7,2	3,7	4,0	30	47
Litauen	5 170	15,7	1 730	43,7	27,3	9,7	8,8	2,7	7,8	32	48
Luxemburg	9 850	23,0	18 552	29,4	25,5	11,1	16,2	5,8	12,1	30	78
Malta	1 319	19,1	3 144	45,6	29,6	3,9	6,3	3,0	11,7	20	56
Niederlande	188 442	31,4	11 247	35,9	36,0	7,4	3,5	5,6	11,7	20	47
Norwegen	95 314	24,5	18 992	33,2	30,3	17,0	12,4	2,5	4,6	24	56
Österreich	90 076	29,3	10 685	44,2	25,6	7,4	9,5	5,2	8,1	29	59
Polen	67 110	17,6	1 763	49,2	24,0	8,4	4,8	1,7	12,0	25	60
Portugal	42 007	25,4	3 995	47,2	25,0	7,4	4,9	6,8	8,7	29	59
Rumänien	20 321	15,4	1 013	49,4	26,5	8,4	8,6	1,1	6,0	27	65
Russische Föderation
Schweden	121 856	29,9	12 801	41,4	25,5	13,0	10,6	4,1	5,4	27	58
Schweiz	122 278	24,9	15 291	42,8	28,9	10,0	6,0	3,4	9,0	36	41
Slowakei	12 753	17,9	2 358	38,8	30,4	9,0	9,9	4,0	7,9	25	61
Slowenien	8 800	24,9	4 278	40,5	32,2	6,4	8,5	3,1	9,4	31	46
Spanien	261 169	25,4	5 584	36,3	26,3	7,2	5,4	14,0	10,8	19	60
Tschechische Republik	30 846	20,2	2 935	46,1	31,6	7,1	5,5	3,3	6,4	28	56
Türkei	82 479	13,5	1 097	48,1	30,9	3,6	3,0	1,3	13,2	15	.
Ukraine
Ungarn	20 972	21,6	2 114	45,9	23,6	7,5	12,3	2,6	8,1	22	61
Vereinigtes Königreich	546 667	28,4	8 582	44,7	32,8	6,8	6,6	2,5	6,5	24	53
Zypern	4 009	22,6	4 640	46,3	21,8	3,5	7,1	6,8	14,6	15	40

1 Darunter Leistungen für Hinterbliebene, Unterstützung bei den Ausgaben für Wohnen sowie Leistungen zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung.

2 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat-Daten.

3 Die Lohnersatzquote ist definiert als das Verhältnis vom Median-Renteneinkommen der Altersklasse 65 bis 74 Jahre zum Median-Bruttoeinkommen der Altersklasse 50 bis 59 Jahre ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen.

Quelle: Eurostat, zum Teil vorläufige Werte

A.9 Finanzen und Steuern

Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates 2014
im Rahmen des EU-Defizitverfahrens, EU-Staaten, in % des BIP



Der **Finanzierungssaldo des Staates** errechnet sich durch Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, spricht man von einem Finanzierungsdefizit. Ein positiver Saldo wird als Finanzierungsüberschuss bezeichnet.

Der **Bruttoschuldenstand des Staates** ist im Vertrag von Maastricht definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand des gesamten Staatssektors zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung. Der Staatssektor umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Konsolidierung ist ein Verfahren, bei dem statistische Daten für eine Gruppe von Einheiten wie institutionelle Sektoren so dargestellt werden, als wäre diese Gruppe eine einzige Einheit. Die Zahlen für den Staatssektor sind zwischen den Teilsektoren auf Ebene des Gesamtstaates konsolidiert.

Das **Defizitverfahren** wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein EU-Mitgliedstaat mit seinem Haushalt die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze überschreitet. Entsprechend dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, im Anhang zum Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion, sollen die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende Kriterien einhalten: Das **jährliche Haushaltsdefizit** des Staates soll 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und der **konsolidierte Bruttoschuldenstand** nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschulden- stand des Staates (kon- solidiert) ^{1,3}	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschulden- stand des Staates (kon- solidiert) ^{1,3}					
	insgesamt ¹	darunter ²		insgesamt ¹	darunter Sozial- ausgaben ²						im Rahmen des Defizitverfahrens (EU-Konvergenzkriterien)				
		Steuern	Sozialbeiträge												
2013							2014								
	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP									
Europa															
Europäische Union	- 3,2	85,5	- 2,9	86,8					
Belgien	270,3	59,4	32,2	285,6	46,2	- 15,2	- 2,9	104,4	- 3,2	106,5					
Bulgarien	18,8	55,5	20,2	19,8	39,0	- 1,0	- 0,9	18,3	- 2,8	27,6					
Dänemark	188,1	84,9	2,0	191,7	34,3	- 3,6	- 1,1	45,0	1,2	45,2					
Deutschland	1 658,9	51,4	37,2	1 653,4	53,4	5,5	0,1	77,1	0,7	74,7					
Estland	9,6	53,7	29,2	9,7	34,1	- 0,1	- 0,2	10,1	0,6	10,6					
Finnland	148,2	56,3	23,2	154,5	38,0	- 6,3	- 2,5	55,8	- 3,2	59,3					
Frankreich	1 487,6	54,3	35,6	1 603,2	45,7	- 115,6	- 4,1	92,3	- 4,0	95,0					
Griechenland	108,9	50,9	27,9	115,7	34,5	- 6,8	- 12,3	175,0	- 3,5	177,1					
Irland	80,8	69,7	16,9	94,0	39,9	- 13,2	- 5,8	123,2	- 4,1	109,7					
Island	6,5	76,2	8,8	6,8	16,3	- 0,3					
Italien	1 024,4	62,6	27,9	1 085,4	44,0	- 61,0	- 2,9	128,5	- 3,0	132,1					
Kroatien	24,2	.	.	27,2	.	- 3,0	- 5,4	80,6	- 5,7	85,0					
Lettland	11,1	55,1	24,2	11,5	31,4	- 0,4	- 0,7	38,2	- 1,4	40,0					
Litauen	4,3	50,2	34,6	4,7	39,2	- 0,4	- 2,6	38,8	- 0,7	40,9					
Luxemburg	26,7	62,9	27,7	26,4	50,1	0,4	0,9	24,0	0,6	23,6					
Malta	4,0	67,8	17,5	4,2	30,6	- 0,3	- 2,6	69,2	- 2,1	68,0					
Niederlande	379,9	48,6	35,2	399,4	47,7	- 19,4	- 2,3	68,6	- 2,3	68,8					
Norwegen	284,0	57,3 ¹⁴	16,9 ¹⁴	226,4	36,6 ¹⁴	57,7					
Österreich	211,8	56,4	30,8	218,2	44,9	- 6,3	- 1,3	80,9	- 2,4	84,5					
Polen	200,8	51,1	34,6	222,0	40,0	- 21,2	- 4,0	55,7	- 3,2	50,1					
Portugal	101,8	55,9	26,2	112,6	40,0	- 10,9	- 4,8	129,7	- 4,5	130,2					
Rumänien	60,1	56,4	26,2	64,8	35,8	- 4,7	- 2,2	38,0	- 1,5	39,8					
Russische Föderation	767,7	54,6 ¹⁴	14,4 ¹⁴	794,4	34,3 ¹⁴	- 26,6					
Schweden	285,7	76,8	9,0	293,6	34,1	- 7,9	- 1,4	38,7	- 1,9	43,9					
Schweiz	214,8	.	.	215,8	.	- 0,9					
Slowakei	37,5	43,6	35,1	40,1	45,7	- 2,6	- 2,6	54,6	- 2,9	53,6					
Slowenien	19,6	49,2	33,4	26,2	32,9	- 6,6	- 14,9	70,3	- 4,9	80,9					
Spanien	522,4	57,3	32,6	617,1	42,3	- 94,7	- 6,8	92,1	- 5,8	97,7					
Tschechische Republik	81,2	48,8	36,4	84,0	44,2	- 2,9	- 1,2	45,0	- 2,0	42,6					
Türkei	305,9	.	.	316,2					
Ukraine	79,4	.	.	88,2	.	- 8,8					
Ungarn	63,1	53,4	27,7	66,3	34,9	- 3,2	- 2,5	77,3	- 2,6	76,9					
Vereinigtes Königreich	984,3	68,7	19,8	1 138,0	32,9	- 153,7	- 5,7	87,3	- 5,7	89,4					
Zypern	9,0	66,0	20,6	10,1	33,1	- 1,0	- 4,9	102,2	- 8,8	107,5					

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungssaldo des Staates ¹		Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹	Finanzierungs-saldo des Staates ¹	Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹
	insgesamt ¹	darunter ²		insgesamt ¹	darunter Sozialausgaben ²	Mrd. US\$	% des BIP			
		Steuern	Sozialbeiträge							
2013								2014		
	Mrd. US\$	%		Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP			
Afrika										
Ägypten	58,7	.	.	94,7	.	- 35,9	- 14,1	89,0	- 13,6	90,5
Äthiopien	- 1,9	21,6	- 2,6	21,9
Kongo, Dem. Republik	5,0	.	.	4,0	.	1,0	3,1	18,9	2,6	19,7
Nigeria	56,9	.	.	69,0	.	- 12,1	- 2,4	10,5	- 2,3	10,5
Südafrika	101,1	78,4 ⁴	1,9 ⁴	116,0	12,5 ⁴	- 14,9	- 4,1	43,3	- 4,1	45,9
Tansania, Ver. Republik	6,9	.	.	8,6	.	- 1,7	- 4,0	31,4	- 3,9	33,2
Amerika										
Argentinien	208,5	.	.	221,0	.	- 12,5	- 2,0	40,2	- 2,7	48,6
Brasilien	851,2	56,7 ¹⁵	24,3 ¹⁵	924,3	31,0 ¹⁵	- 73,1	- 3,1	62,2	- 6,2	65,2
Chile	64,3	.	.	65,6	.	- 1,3	- 0,5	12,8	- 1,4	13,9
Kanada	696,9	68,6	12,4	748,6	20,2	- 51,7	- 2,8	87,7	- 1,8	86,5
Kolumbien	106,9	.	.	110,5	.	- 3,6	- 0,9	35,8	- 1,4	38,0
Mexiko	305,8	.	.	354,1	.	- 48,3	- 3,8	46,3	- 4,6	50,1
Verereinigte Staaten	5 174,1	63,0	21,1	6 139,1	39,1	- 965,0	- 5,8	103,4	- 5,3	104,8
Asien										
Bangladesch	17,2	.	.	22,4	.	- 5,2	- 3,4	34,7	- 3,0	33,9
China	2 669,2	.	.	2 773,5	.	- 104,3	- 1,1	39,4	- 1,1	41,1
Indien	383,0	.	.	522,9	.	- 139,9	- 7,2	65,5	- 7,2	65,0
Indonesien	156,0	.	.	174,2	.	- 18,2	- 2,0	24,9	- 2,2	25,0
Iran, Islamische Republik	72,1	.	.	76,8	.	- 4,8	- 0,9	11,1	- 1,4	12,2
Israel	107,9	.	.	119,8	.	- 11,9	- 4,1	67,6	- 3,6	68,8
Japan	1 573,7	36,3 ¹⁴	26,9 ¹⁴	1 992,6	40,6 ¹⁴	- 418,9	- 8,5	242,6	- 7,7	246,4
Korea, Republik	281,3	.	.	272,9	.	8,5	0,7	33,9	0,3	35,7
Myanmar	13,6	.	.	14,8	.	- 1,2	- 2,0	40,8	- 4,3	39,7
Pakistan	29,4	.	.	47,4	.	- 18,0	- 8,1	64,3	- 4,7	64,2
Philippinen	50,3	.	.	50,7	.	- 0,4	- 0,1	39,1	0,5	37,2
Saudi-Arabien	347,7	.	.	282,6	.	65,1	8,7	2,2	- 0,5	1,6
Thailand	93,0	.	.	93,8	.	- 0,8	- 0,2	45,9	- 1,8	47,2
Ver. Arabische Emirate	158,3	79,7 ¹⁴	0,7 ¹⁴	118,3	16,9 ¹⁴	40,0	9,9	11,7	6,0	12,1
Vietnam	39,2	.	.	49,3	.	- 10,1	- 5,9	52,1	- 5,4	58,7
Australien und Ozeanien										
Australien	508,5	81,0	0,0	554,1	30,7	- 45,6	- 3,0	30,7	- 3,6	34,3
Neuseeland	62,9	63,6 ¹⁴	2,7 ¹⁴	64,4	30,7 ¹⁴	- 1,5	- 0,8	35,5	- 0,6	34,0

1 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF), eigene Berechnungen. Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: International Financial Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF).

3 Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat.

4 2012.

5 Wert bezieht sich nur auf den Zentralstaat.

A.10 Wahlen zum Europaparlament

	Wahlbeteiligung		Mandate	Davon								Frauenanteil an den Mandaten
	2009	2014		EVP	S&D	EKR	ALDE	GUE/NGL	Grüne/EFA	EFDD	Fraktionslose	
	%		Anzahl									%
Europäische Union	43,0	42,6	751	221	191	70	67	52	50	48	52	37
Belgien	90,4	89,6	21	4	4	4	6	-	2	-	1	29
Bulgarien	39,0	35,8	17	7	4	2	4	-	-	-	-	29
Dänemark	59,5	56,3	13	1	3	4	3	1	1	-	-	38
Deutschland	43,3	48,1	96	34	27	8	4	8	13	-	2	36
Estland	43,9	36,5	6	1	1	-	3	-	1	-	-	50
Finnland	38,6	39,1	13	3	2	2	4	1	1	-	-	54
Frankreich	40,6	42,4	74	20	13	-	7	4	6	1	23	42
Griechenland	52,6	60,0	21	5	4	1	-	6	-	-	5	24
Irland	58,6	52,4	11	4	1	1	1	4	-	-	-	55
Italien	65,1	57,2	73	17	31	-	-	3	-	17	5	40
Kroatien	-	25,2	11	5	2	1	2	-	1	-	-	45
Lettland	53,7	30,2	8	4	1	1	-	-	1	1	-	37
Litauen	21,0	47,4	11	2	2	1	3	-	1	2	-	9
Luxemburg	90,8	85,6	6	3	1	-	1	-	1	-	-	33
Malta	78,8	74,8	6	3	3	-	-	-	-	-	-	67
Niederlande	36,8	37,3	26	5	3	2	7	3	2	-	4	42
Österreich	46,0	45,4	18	5	5	-	1	-	3	-	4	44
Polen	24,5	23,8	51	23	5	19	-	-	-	-	4	24
Portugal	36,8	33,7	21	7	8	-	2	4	-	-	-	38
Rumänien	27,7	32,4	32	15	16	-	1	-	-	-	-	31
Schweden	45,5	51,1	20	4	6	-	3	1	4	2	-	55
Slowakei	19,6	13,1	13	6	4	2	1	-	-	-	-	31
Slowenien	28,4	24,6	8	5	1	-	1	-	1	-	-	37
Spanien	44,9	43,8	54	17	14	-	8	11	4	-	-	41
Tschechische Republik . .	28,2	18,2	21	7	4	2	4	3	-	1	-	24
Ungarn	36,3	29,0	21	12	4	-	-	-	2	-	3	19
Vereinigtes Königreich . .	34,7	35,6	73	-	20	20	1	1	6	24	1	41
Zypern	59,4	44,0	6	2	2	-	-	2	-	-	-	17

EVP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), **S&D:** Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, **EKR:** Europäische Konservative und Reformisten, **ALDE:** Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, **GUE/NGL:** Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, **Grüne/EFA:** Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, **EFDD:** Europa der Freiheit und der direkten Demokratie.

Zuordnung der deutschen Parteien zu den europäischen Fraktionen: CDU/CSU (EVP-Fraktion), SPD (S&D), AfD und FAMILIEN-Partei Deutschlands (EKR), FDP und FREIE WÄHLER (ALDE), DIE LINKE und Tierschutzpartei (GUE/NGL), GRÜNE, PIRATEN, ÖDP (Grüne/EFA), Die PARTEI und NPD (fraktionslos).

Weitere Informationen zu den Europawahlen siehe Kapitel 10.

Quelle: Europäisches Parlament

A.11 Justiz

	Polizeilich registrierte Straftaten		Darunter					Polizisten/ Polizistinnen	Straf- gefangene
			Tötungs- delikte	Gewalt- delikte	Wohnungs- einbrüche	Diebstahl von Kraft- wagen	Drogen- handels- delikte		
2012									
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen							
Europa									
Europäische Union
Belgien	1 073 773	9 678	1,6	1 085	727	154	98	422	101
Bulgarien	120 558	1 645	1,9	100	229	5	40	384	135
Dänemark	440 772	7 898	1,0	453	779	241	66	193	71
Deutschland	5 997 040	7 327	0,7	238	176	86	58	298	80
Estland	40 816	3 080	5,5	507	205	47	65	334	248
Finnland	425 421	7 876	1,6	851	116	163	163	149	59
Frankreich	0,7	425	207	188	7	312	113
Griechenland	194 144	1 745	1,5	78	790	280	87	491	112
Irland	1,3	224	607	183	89	293	83
Island	11 746	3 676	0,3	.	430	.	29	205	48
Italien	2 818 834	4 746	0,9	248	406	331	57	466	111
Kroatien	72 171	1 688	1,3	202	101	32	171	499	111
Lettland	49 905	2 441	5,6	66	.	.	134	317	299
Litauen	75 349	2 509	6,6	92	117	57	58	317	329
Luxemburg	37 639	7 171	0,6	851	382	63	492	331	121
Malta	15 623	3 742	2,2	74	194	73	49	456	140
Niederlande	1 139 720	6 812	0,9	738	670	119	106	238	81
Norwegen	273 541	5 486	0,5	510	120	160	433	159	75 ¹
Österreich	548 027	6 518	1,0	566	184	53	24	330	104
Polen	1 119 803	2 906	1,0	118	106	42	11	250	218
Portugal	403 200	3 825	1,2	209	239	150	44	437	129
Rumänien	308 468	1 535	1,9	31	76	8	14	264	158
Russische Föderation
Schweden	1 402 588	14 791	0,7	1 194	225	305	147	210	68
Schweiz	750 371	9 433	0,6	181	432	101	245	222	83
Slowakei	90 351	1 672	1,4	134	32	47	14	448	205
Slowenien	91 430	4 448	0,7	123	132	26	86	359	67
Spanien	2 268 867	4 846	0,8	250	270	118	31	534	147
Tschechische Republik	304 528	2 899	0,9	181	93	106	36	364	220
Türkei	1 904 456	2 549	3,3	332	152	17	113	552	172 ¹
Ukraine
Ungarn	472 236	4 755	1,1	376	227	91	6	368	173
Vereinigtes Königreich	4 104 780	6 465	1,0	1 213	392	138	56	235 ²	153 ²
Zypern	7 973	925	2,2	.	343	210	119	611	81

Zu den **Gewaltdelikten** zählen Gewalt gegen Personen (z. B. Körperverletzung), Raub (Diebstahl mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt) und Sexualstraftaten (einschl. Vergewaltigung und sexueller Nötigung).

1 2011.

2 Nur England und Wales.

Quelle: Kriminalitätsstatistik, Eurostat

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹			Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
	nominal		je Einwohner/-in	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
	2014	2013								
Mill. US\$	US\$	Internat. US\$ ³	% des BIP							
Europa										
Europäische Union	18 495 349	.	36 700	1,7	24,3	74,1	57,3	21,0	19,1	2,5
Belgien	534 672	47 722	42 973	0,8	22,5	76,7	51,6	24,4	22,6	1,3
Bulgarien	55 837	7 753	17 860	5,5	27,9	66,6	62,6	16,5	21,5	- 0,6
Dänemark	340 806	60 564	44 343	1,4	22,9	75,8	48,8	26,7	18,8	5,7
Deutschland	3 859 550	47 590	45 888	0,9	30,7	68,4	55,9	19,3	19,0	5,8
Estland	25 953	19 671	26 999	3,6	28,9	67,5	53,2	19,1	26,8	0,9
Finnland	271 165	49 497	40 347	2,7	26,9	70,5	54,6	24,9	21,4	- 1,0
Frankreich	2 846 890	44 538	40 375	1,7	19,8	78,5	55,3	24,1	22,0	- 1,5
Griechenland	238 023	21 653	25 859	3,8	13,8	82,4	71,2	20,0	11,8	- 3,0
Irland	246 438	53 462	49 195	1,6	24,1	74,3	46,1	17,5	15,7	20,8
Island	16 693	51 262	43 637	7,7 ¹⁴	24,5 ¹⁴	67,8 ¹⁴	52,7	24,3	14,7	8,3
Italien	2 147 950	35 823	35 486	2,3	23,3	74,4	60,5	19,4	17,8	2,3
Kroatien	57 159	13 494	20 889	4,3	27,2	68,6	60,6	20,0	18,9	0,5
Lettland	31 970	15 729	23 707	4,1 ¹⁵	21,8 ¹⁵	74,1 ¹⁵	62,4 ¹⁶	15,5 ¹⁶	25,9 ¹⁶	- 3,8 ¹⁶
Litauen	48 232	16 386	27 051	3,5 ¹⁵	27,8 ¹⁵	68,7 ¹⁵	64,1 ¹⁶	18,7 ¹⁶	18,7 ¹⁶	- 1,5 ¹⁶
Luxemburg	62 395	111 716	92 049	0,3	12,2	87,5	31,1	17,3	16,5	35,2
Malta	10 582	24 876	33 216	1,9 ¹⁵	32,7 ¹⁵	65,4 ¹⁵	63,1 ¹⁶	20,2 ¹⁶	12,0 ¹⁶	4,7 ¹⁶
Niederlande	866 354	51 373	47 355	2,0	22,2	75,9	45,0	26,3	18,3	10,3
Norwegen	500 244	97 013	66 937	1,5	40,8	57,7	41,0	21,9	26,4	10,7
Österreich	437 123	51 307	46 420	1,4	28,2	70,3	53,8	19,8	22,8	3,6
Polen	546 644	14 379	25 105	3,3	33,2	63,5	60,9	18,1	19,1	1,9
Portugal	230 012	22 130	26 975	2,3	21,1	76,7	64,7	19,0	15,4	1,0
Rumänien	199 950	10 035	19 712	6,4	43,2	50,4	71,5	6,2	22,8	- 0,6
Russische Föderation	1 857 460	12 926	24 805	3,9	36,3	59,8	52,0	19,5	22,6	5,9
Schweden	570 137	58 491	45 986	1,4	25,9	72,7	46,7	26,2	22,2	4,9
Schweiz	712 050	87 475	58 087	0,7	25,7	73,6	54,4	11,0	22,6	12,1
Slowakei	99 971	18 454	28 175	4,0	33,2	62,7	56,7	18,1	20,7	4,5
Slowenien	49 506	24 019	29 658	2,1	32,0	65,8	54,1	20,4	19,5	6,0
Spanien	1 406 860	30 278	33 711	2,8	23,3	73,9	58,2	19,5	19,0	3,4
Tschechische Republik	205 658	19 563	29 925	2,6	36,7	60,7	49,6	19,6	25,0	5,8
Türkei	806 108	10 482	19 610	8,5	27,1	64,4	70,9	15,1	20,6	- 6,6
Ukraine	130 660	3 055	8 668	10,4	26,9	62,6	73,4	19,4	15,7	- 8,5
Ungarn	137 104	13 881	24 942	4,4	30,2	65,4	52,7	19,9	19,8	7,6
Vereinigtes Königreich	2 945 150	45 653	39 511	0,7	20,2	79,2	64,6	20,2	17,0	- 1,9
Zypern	23 269	26 115	30 769	.	.	.	68,3 ¹⁵	19,7 ¹⁵	18,4 ¹⁵	- 6,4 ¹⁵

Daten zum **Wirtschaftswachstum** bzw. zur jährlichen Veränderungsrate des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** sind der Tabelle A.0 auf den Seiten 632 und 633 zu entnehmen.

Der **internationale US-Dollar** – auch **US\$ purchasing power parity (US\$ PPP)** genannt – ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Preisniveau-Unterschiede zwischen den Ländern weltweit ausgeglichen werden. Die Kaufkraft eines internationalen Dollars entspricht dabei der Kaufkraft von 1 US\$ in den Vereinigten Staaten. Die Angaben in dieser Währung ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich des Wohlstandsniveaus weltweit.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen zusammen. Als Bruttoanlageinvestitionen gelten Käufe neuer Anlagen sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Die Vorratsveränderungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Anfangs- und Endbestand von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet werden.

Der **Außenbeitrag** entspricht dem Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Staaten, die einen Exportüberschuss erzielen, weisen demnach einen positiven Außenbeitrag aus.

Weitere Erläuterungen zu diesen und anderen Begriffen aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe „Glossar“/ „Methodik“ des Kapitels 12.

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹			Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
	nominal		je Einwohner/-in	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
	2014	2013	2014							
Mill. US\$	US\$	Internat. US\$ ³	% des BIP							
Afrika										
Ägypten	286 435	3 304	10 877	14,5	39,2	46,3	81,2	11,7	14,2	- 7,0
Äthiopien	52 335	575	1 589	45,0	11,9	43,0	72,5	8,3	35,8	- 16,6
Kongo, Dem. Republik	34 677	437	704	20,8	38,2	41,0	73,2	12,4	20,6	- 6,2
Nigeria	573 652	3 298	6 031	21,0	22,0	57,0	72,1	8,1	14,7	5,1
Südafrika	350 082	6 483	13 046	2,3	29,9	67,8	61,9	20,3	20,1	- 2,3
Tansania, Ver. Republik	47 932	1 006	2 667	33,8	23,2	43,0	67,5	16,6	29,6	- 13,6
Amerika										
Argentinien	540 164	12 873	22 583	7,0	28,5	64,6	66,4	15,5	18,4	- 0,3
Brasilien	2 353 030	11 604	16 096	5,7	25,0	69,3	62,6	22,0	17,9	- 2,5
Chile	257 968	14 477	22 971	3,4	35,3	61,3	64,0	12,4	23,9	- 0,3
Kanada	1 788 720	50 398	44 843	1,5 ⁵	27,7 ⁵	70,8 ⁵	55,7	21,7	24,3	- 1,7
Kolumbien	384 901	8 076	13 430	6,1	37,2	56,7	61,0	16,7	24,6	- 2,4
Mexiko	1 282 730	10 715	17 881	3,5	34,8	61,7	67,2	11,9	21,6	- 0,7
Vereinigte Staaten	17 418 930	54 597	54 597	1,3 ⁴	21,0 ⁴	77,7 ⁴	68,0	15,2	19,8	- 3,0
Asien										
Bangladesch	185 415	1 172	3 373	16,3	27,6	56,1	73,7	5,1	28,4	- 7,2
China	10 380 380	7 589	12 880	10,0	43,9	46,1	34,1	14,1	49,3	2,6
Indien	2 049 500	1 627	5 855	18,0	30,7	51,3	59,2	11,3	32,5	- 3,0
Indonesien	888 648	3 534	10 641	14,4	45,7	39,9	59,2	9,1	33,6	- 2,0
Iran, Islamische Republik	404 132	5 183	17 114
Israel	303 771	36 991	32 691	.	.	.	56,5	22,5	19,6	1,4
Japan	4 616 340	36 332	37 390	1,2 ⁴	25,6 ⁴	73,2 ⁴	61,1	20,6	21,1	- 2,8
Korea, Republik	1 416 950	28 101	35 277	2,3	38,6	59,1	51,0	14,9	29,0	5,1
Myanmar	62 802	1 221	4 706
Pakistan	250 136	1 343	4 736	25,1	21,1	53,8	81,2	11,0	14,6	- 6,7
Philippinen	284 927	2 865	6 962	11,2	31,1	57,7	73,3	11,1	19,7	- 4,1
Saudi-Arabien	752 459	24 454	52 183	1,8	60,6	37,6	29,7	22,1	27,0	21,2
Thailand	373 804	5 445	14 354	12,0	42,5	45,5	53,7	13,8	29,2	3,3
Ver. Arabische Emirate	401 647	43 180	64 479	0,7	59,0	40,3	49,8	6,8	22,6	20,7
Vietnam	186 049	2 053	5 635	18,4	38,3	43,3	63,2	6,2	26,6	4,1
Australien und Ozeanien										
Australien	1 444 190	61 219	46 433	2,4	26,8	70,7	55,0	17,7	28,5	- 1,2
Neuseeland	198 118	43 837	35 152	7,2 ⁵	23,8 ⁵	69,1 ⁵	58,0	18,7	21,5	1,8

1 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF). Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 Weitere Informationen zu dieser Währungseinheit siehe Erläuterungen neben der Tabelle.

4 2012.

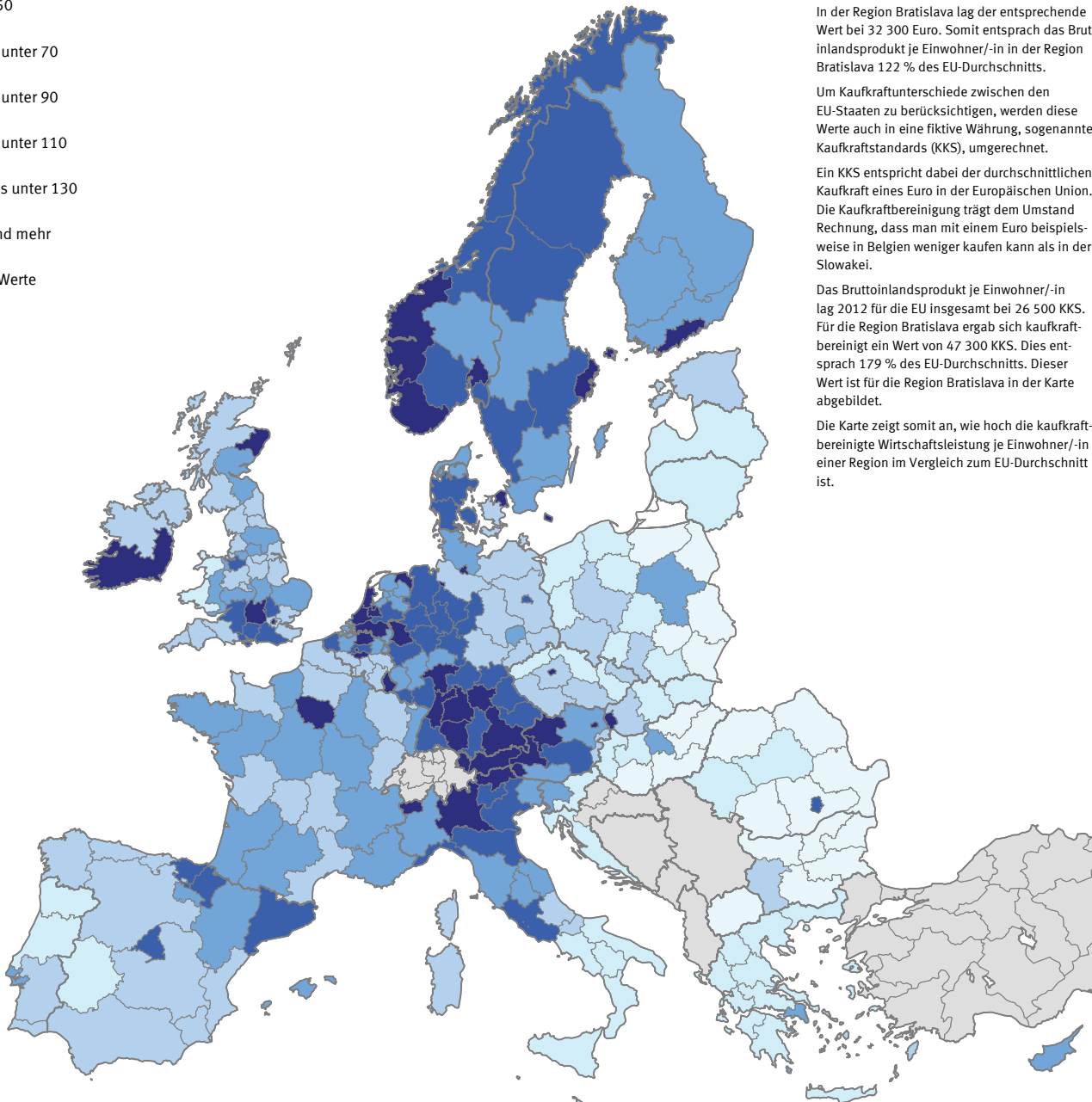
5 2010.

6 2011.

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in nach Regionen 2012
 Kaufkraftbereinigt, in % des EU-Durchschnitts (EU = 100)

- unter 50
- 50 bis unter 70
- 70 bis unter 90
- 90 bis unter 110
- 110 bis unter 130
- 130 und mehr
- Keine Werte



Beispiel zur Interpretation der Karte:
 Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in** lag 2012 für die EU insgesamt bei 26 500 Euro. In der Region Bratislava lag der entsprechende Wert bei 32 300 Euro. Somit entsprach das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in in der Region Bratislava 122 % des EU-Durchschnitts.

Um Kaufkraftunterschiede zwischen den EU-Staaten zu berücksichtigen, werden diese Werte auch in eine fiktive Währung, sogenannte Kaufkraftstandards (KKS), umgerechnet.

Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Kaufkraftbereinigung trägt dem Umstand Rechnung, dass man mit einem Euro beispielsweise in Belgien weniger kaufen kann als in der Slowakei.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in lag 2012 für die EU insgesamt bei 26 500 KKS. Für die Region Bratislava ergab sich kaufkraftbereinigt ein Wert von 47 300 KKS. Dies entsprach 179 % des EU-Durchschnitts. Dieser Wert ist für die Region Bratislava in der Karte abgebildet.

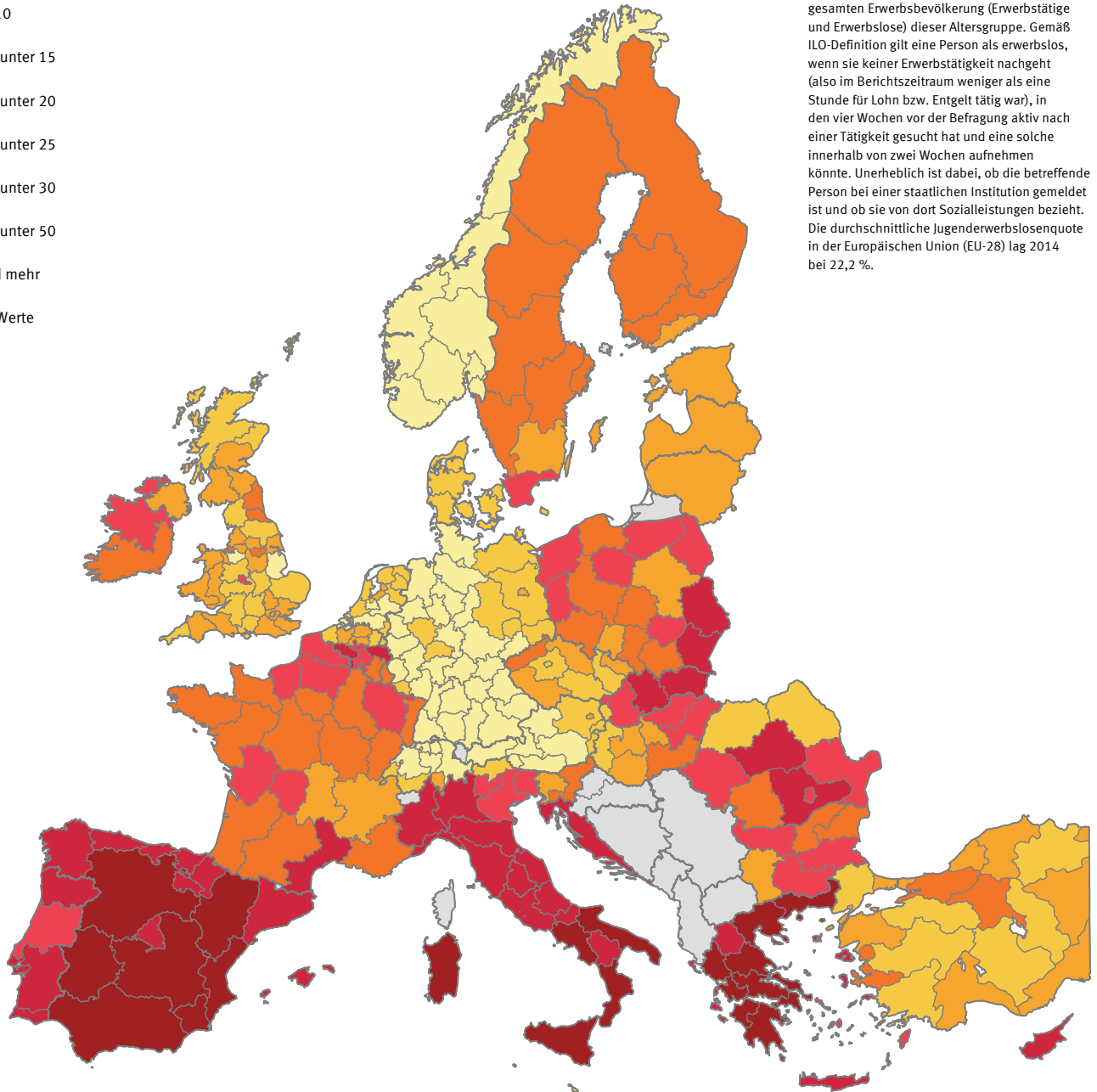
Die Karte zeigt somit an, wie hoch die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner/-in einer Region im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist.

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

Jugenderwerbslosenquote nach Regionen 2014
in % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren

- unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 bis unter 25
- 25 bis unter 30
- 30 bis unter 50
- 50 und mehr
- Keine Werte



Die **Jugenderwerbslosenquote** entspricht dem prozentualen Anteil der Erwerbslosen in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren an der gesamten Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige und Erwerbslose) dieser Altersgruppe. Gemäß ILO-Definition gilt eine Person als erwerbslos, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (also im Berichtszeitraum weniger als eine Stunde für Lohn bzw. Entgelt tätig war), in den vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und eine solche innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnte. Unerheblich ist dabei, ob die betreffende Person bei einer staatlichen Institution gemeldet ist und ob sie von dort Sozialleistungen bezieht. Die durchschnittliche Jugenderwerbslosenquote in der Europäischen Union (EU-28) lag 2014 bei 22,2 %.

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbspersonen ¹⁾	Erwerbstätigenquote ¹⁾		Teilzeitquote ¹²⁾		Selbstständige ¹³⁾	Erwerbstätige ¹⁾			Erwerbslosenquote	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ¹⁾	15 – 24 Jahre ¹⁾
	15 – 64 Jahre										
2013	1 000	%	% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbstätigen	% ¹⁴⁾			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe		
Europa											
Europäische Union	236 782	69,4	58,8	7,4	27,7	16,5	.	.	.	11,0	23,6
Belgien	4 901	66,4	57,2	6,1	31,2	15,1	1,4	21,7	76,9	8,5	23,7
Bulgarien	3 323	62,1	56,8	1,4	2,6	12,1	6,7	30,2	63,2	13,0	28,4
Dänemark	2 824	75,0	70,0	13,3	24,1	9,0	2,5	19,4	77,8	7,2	13,1
Deutschland	40 814	78,0	69,0	7,6	37,3	11,2	1,4	27,8	70,8	5,3	7,8
Estland	655	71,4	65,7	4,2	9,7	9,1	4,3	30,2	65,4	8,9	18,7
Finnland	2 622	69,9	67,8	8,3	15,9	13,4	4,1	22,8	72,7	8,3	19,9
Frankreich	28 319	67,8	60,4	5,8	22,2	11,2	3,1	21,2	75,0	9,9	23,9
Griechenland	4 784	57,9	39,9	6,4	15,6	37,0	13,7	15,6	70,7	27,7	58,3
Irland	2 109	65,1	55,9	12,6	35,7	17,3	5,7	18,2	76,0	13,3	26,8
Island	175	83,2	79,0	10,9	24,6	12,4	4,4	18,6	76,6	5,5	10,6
Italien	24 816	64,7	46,5	7,8	32,7	24,7	3,6	27,0	69,4	12,3	40,0
Kroatien	1 811	56,5	48,5	3,2	4,9	18,1	10,8	27,6	61,5	17,5	50,0
Lettland	986	66,8	63,4	5,0	9,3	11,6	8,0	23,9	68,0	12,1	23,2
Litauen	1 436	64,7	62,8	5,0	10,5	11,8	8,4	25,5	66,1	12,0	21,9
Luxemburg	251	72,1	59,1	4,6	27,5	8,8	1,5	11,7	84,0	5,9	15,5
Malta	185	74,1	47,0	5,4	20,3	13,9	.	.	.	6,5	13,0
Niederlande	8 775	78,7	69,9	17,5	60,7	16,1	1,9	15,1	74,6	6,7	11,0
Norwegen	2 611	77,3	73,5	10,2	28,1	7,0	2,2	20,3	77,2	3,5	9,1
Österreich	4 261	76,0	66,9	6,8	32,8	13,3	4,6	25,9	69,5	5,4	9,7
Polen	17 101	66,6	53,4	3,9	11,2	21,8	12,0	30,5	57,4	10,5	27,3
Portugal	5 010	63,5	57,9	6,3	12,0	21,9	10,2	23,7	66,1	17,0	38,1
Rumänien	8 832	67,6	52,6	2,4	4,7	32,2	29,3	28,3	42,5	7,4	23,7
Russische Föderation	74 666	.	.	2,7	5,5	.	7,0	27,7	65,3	5,5	13,8
Schweden	4 963	76,3	72,5	8,6	17,0	10,6	2,0	19,1	78,4	8,2	23,5
Schweiz	4 513	84,6	74,4	9,8	45,7	15,3	3,5	24,2	72,9	4,5	8,5
Slowakei	2 703	66,4	53,4	.	.	15,5	3,3	35,8	60,9	14,3	33,7
Slowenien	990	67,1	59,2	5,7	10,4	16,9	8,5	30,9	60,2	10,3	21,6
Spanien	23 043	59,2	50,3	7,2	23,3	17,9	4,3	19,8	76,0	26,2	55,5
Tschechische Republik	5 213	75,7	59,6	1,9	7,2	17,9	3,0	37,5	59,5	7,0	19,0
Türkei	27 290	69,5	29,6	6,4	24,0	35,9	22,9	26,4	50,7	8,9	16,9
Ukraine	21 622	19,1	20,0	24,8	55,2	7,3	17,4
Ungarn	4 300	63,7	52,6	2,9	5,9	11,1	4,8	29,9	65,3	10,2	26,6
Vereinigtes Königreich	31 337	75,4	65,8	10,6	37,6	14,5	1,0	18,7	79,3	7,7	20,7
Zypern	425	67,0	56,9	6,0	12,8	17,6	.	.	.	16,1	38,9

Zu den **Erwerbspersonen** zählen alle Personen einer bestimmten Altersgruppe, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

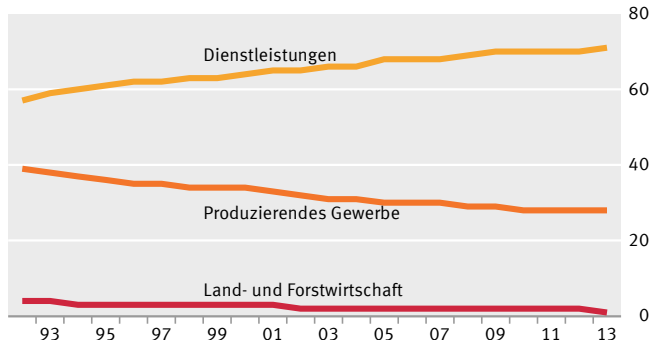
Die **Erwerbstätigenquote** beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe.

Die **Teilzeitquote** der OECD entspricht dem Anteil der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen, deren reguläre Wochenarbeitszeit weniger als 30 Stunden beträgt.

Alle hier aufgeführten Indikatoren entsprechen dem **Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**. Nähere Informationen hierzu sowie weitere Begriffserläuterungen zum Thema Arbeitsmarkt siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 13.

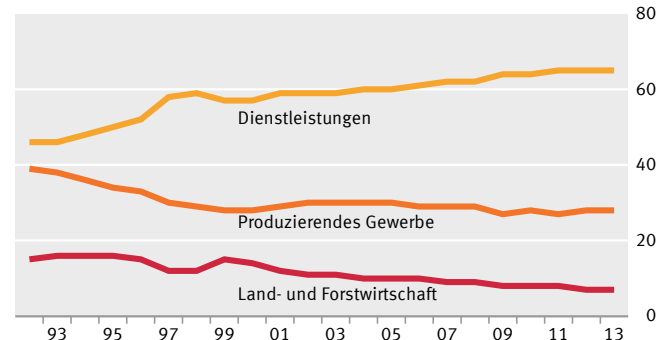
Erwerbstätigkeit nach Sektoren
in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt

Deutschland



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Russische Föderation



2015 - 01 - 0282

A.13 Arbeitsmarkt

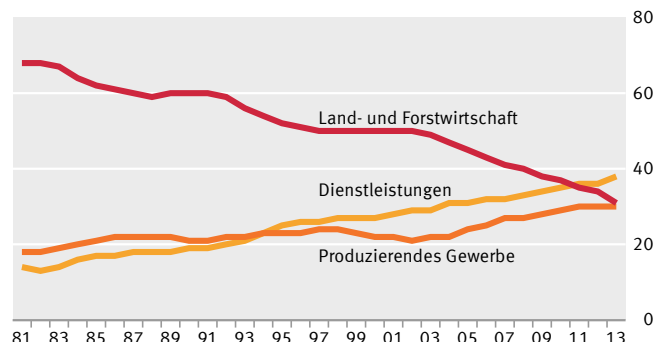
	Erwerbspersonen ¹		Erwerbstätigenquote ¹		Teilzeitquote ²		Selbstständige ³	Erwerbstätige ¹			Erwerbslosenquote	
	15 – 64 Jahre		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ¹	15 – 24 Jahre ¹
	2013	1 000	%		% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre			% der Erwerbstätigen	% ⁴			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe
Afrika												
Ägypten	27 148	69,8	18,5	.	.	38,9	28,0	24,1	47,9	13,4	34,2	
Äthiopien	35 856	88,4	74,4	.	.	.	72,7	7,4	19,9	5,1	7,3	
Kongo, Dem. Republik	
Nigeria	
Südafrika	19 752	48,7	36,9	5,1	12,0	14,7 ⁵	5,0	23,5	71,5	24,7	51,4	
Tansania, Ver. Republik	
Amerika												
Argentinien	16 635	23,0	0,6	23,7	74,8	7,2	19,4	
Brasilien	99 042	78,6	55,5	9,3	23,7	.	14,5	22,6	62,9	6,6	15,0	
Chile	7 862	74,0	51,7	10,0	23,1	26,6 ⁵	9,2	23,7	67,1	5,9	17,0	
Kanada	18 375	75,2	69,7	11,2	25,9	9,0 ⁵	1,8	20,3	77,9	7,2	13,7	
Kolumbien	23 292	69,4	47,1	9,5	27,5	53,5	16,9	19,4	63,7	8,9	17,1	
Mexiko	49 534	78,3	45,3	12,3	27,7	33,7 ⁵	13,4	23,9	62,1	5,2	9,2	
Vereinigte Staaten	147 273 ⁶	72,6 ⁶	62,3 ⁶	7,5	15,9	6,8 ⁵	1,5	18,3	80,2	7,5 ⁶	15,6 ⁷	
Asien												
Bangladesch	
China	31,4	30,1	38,5	.	.	
Indien	
Indonesien	115 360	80,1	49,0	.	.	53,5	34,8	20,4	44,8	6,4	21,6	
Iran, Islamische Republik	18,3	34,3	47,4	.	.	
Israel	3 525	71,2	63,0	7,6	20,5	12,0 ⁵	1,2	17,6	79,6	6,3	10,5	
Japan	59 270	80,8	62,5	8,2	34,4	11,9 ⁵	3,7	25,8	69,1	4,2	6,9	
Korea, Republik	.	74,9	53,9	6,0	14,1	28,2 ⁵	6,1	24,4	69,5	2,6	9,4	
Myanmar	
Pakistan	
Philippinen	39 482	74,5 ⁸	48,2 ⁸	.	.	43,4 ⁸	31,0	15,6	53,4	7,3	16,1	
Saudi-Arabien	11 211	77,7	16,6	.	.	.	4,4	23,8	71,8	5,6	29,4	
Thailand	37 846	84,2	68,7	.	.	58,6	41,9	20,3	37,5	0,8	3,4	
Ver. Arabische Emirate	
Vietnam	65,1	46,8	21,2	32,0	.	.	
Australien und Ozeanien												
Australien	11 749	77,6	66,4	12,5	37,5	11,2 ⁵	2,6	20,5	76,9	5,8	12,2	
Neuseeland	2 288	78,5	67,9	9,4	32,3	16,5 ⁵	6,4	20,2	73,0	6,4	15,8	

1 Quelle: ILOSTAT, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der OECD.
 3 Quelle: KILM Datenbank, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).
 4 Aufgrund fehlender Angaben zum Wirtschaftsbereich ergibt die Summe der Erwerbstätigenanteile nicht in allen Fällen 100 %.

5 2010.
 6 Altersklasse 16 bis 64 Jahre.
 7 Altersklasse 16 bis 24 Jahre.
 8 2012.

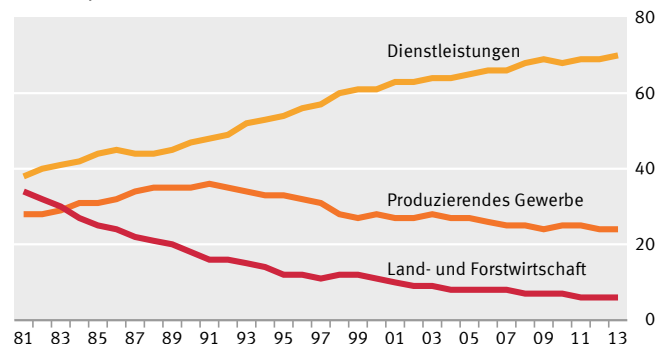
Erwerbstätigkeit nach Sektoren
 in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt

China



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Korea, Republik



2015-01-0283

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

	Bruttomonatsverdienst		Lohnnebenkosten ^{1,2}	Arbeitskosten ^{1,2}			Gesetzlicher, branchenübergreifender Mindestlohn	Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern
	Privatwirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe				
	Vollbeschäftigte in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr		je 100 EUR Bruttoverdienst	je geleistete Stunde	Veränderung zum Vorjahr	je geleistete Stunde		
	2010		2014				2015	2013
	EUR	KKS ¹	EUR	%	EUR	EUR/Monat	%	
Europa								
Europäische Union	2 280	2 230	31	24,40	1,4	25,30	-	16
Belgien	2 970	2 675	44	41,10	0,9	43,20	1 502	10
Bulgarien	341	769	19	3,80	2,8	3,20	184	14
Dänemark	3 921	2 871	15	42,00	1,5	41,60	-	16
Deutschland	2 868	2 746	28	31,80	1,6	37,00	1 473	22
Estland	846	1 231	36	10,20	6,2	9,40	390	30
Finnland	3 082	2 580	27	32,90	1,4	35,80	-	19
Frankreich	2 621	2 332	47	35,20	0,9	36,40	1 458	15
Griechenland	1 747	1 898	30 ¹³	14,40	-0,8	14,70	684	.
Irland	3 403	3 078	18	28,40	0,4	30,90	1 462	14 ¹⁴
Island	2 389	2 237	-	21
Italien	2 222	2 171	39	27,40	0,6	27,60	-	7
Kroatien	961	1 364	18 ¹³	9,30 ¹³	-0,7 ¹³	8,10 ¹³	396	7
Lettland	656	722	25	7,00	5,9	6,10	360	14
Litauen	566	957	41	6,60	4,6	6,10	300	13
Luxemburg	3 650	3 018	16	35,70	2,6	31,40	1 923	9
Malta	1 495	2 045	9	11,80	0,6	11,40	720	5
Niederlande	2 893	2 596	33	33,50	1,3	35,90	1 502	16
Norwegen	4 702	3 184	.	54,60	.	.	-	16
Österreich	2 547	2 308	36	31,70	3,1	34,30	-	23
Polen	828	1 386	23	8,20	4,2	7,40	410	6
Portugal	1 181	1 424	27	12,60	-1,0	10,60	589	13
Rumänien	458	925	30	4,80	6,8	4,20	218	9
Russische Föderation
Schweden	3 267	2 642	46	40,20	3,0	41,40	-	15
Schweiz	4 752	3 313	-	19
Slowakei	794	1 186	36	10,00	5,1	9,80	380	20
Slowenien	1 405	1 671	18	15,50	2,4	15,30	791	3
Spanien	1 879	1 997	36	21,00	0,1	22,80	757	19
Tschechische Republik	939	1 297	37	9,60	2,1	9,30	332	22
Türkei	754	1 220	424	.
Ukraine
Ungarn	785	1 314	30	7,80	3,5	7,50	333	18
Vereinigtes Königreich	2 862	2 709	19	22,20	1,7	22,10	1 379	20
Zypern	1 880	2 116	20	15,70	-3,0	13,10	-	16

Der **Bruttomonatsverdienst** enthält alle Zahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich aller Zuschläge und Prämien. Enthalten sind Arbeitnehmeranteile, jedoch nicht Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Hauptbestandteil der **Lohnnebenkosten** sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Vollbeschäftigte sind Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte, wobei der Verdienst der Teilzeitbeschäftigten so hochgerechnet wird, als würden sie Vollzeit arbeiten.

Die Einteilung der **Wirtschaftsbereiche** entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Abschnitte B bis N: Privatwirtschaft.

Der hier aufgeführte **Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern** entspricht dem unbereinigten Gender Pay Gap. Während der unbereinigte Wert die vorhandenen Einkommensunterschiede von Frauen und Männern misst ohne mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, werden beim bereinigten Gender Pay Gap Verzerrungseffekte (z. B. geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Qualifikation, Berufswahl oder Häufigkeit von Teilzeitarbeit) herausgerechnet. Der Verdienstunterschied wird angegeben in Prozent des durchschnittlichen männlichen Verdienstes. Ein Wert von 5 % bedeutet, dass Frauen durchschnittlich 5 % weniger verdienen als Männer.

KKS oder **Kaufkraftstandard** ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Staaten ausgeglichen werden. Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Angaben in Kaufkraftstandards ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich der Verdienste in Europa.

1 Weitere Informationen zur Einheit KKS (Kaufkraftstandards) siehe Erläuterungstext neben der Tabelle.

2 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat-Daten.

3 Die Angaben für Griechenland und Kroatien beziehen sich auf die ersten drei bzw. zwei Quartale des Berichtsjahres 2014.

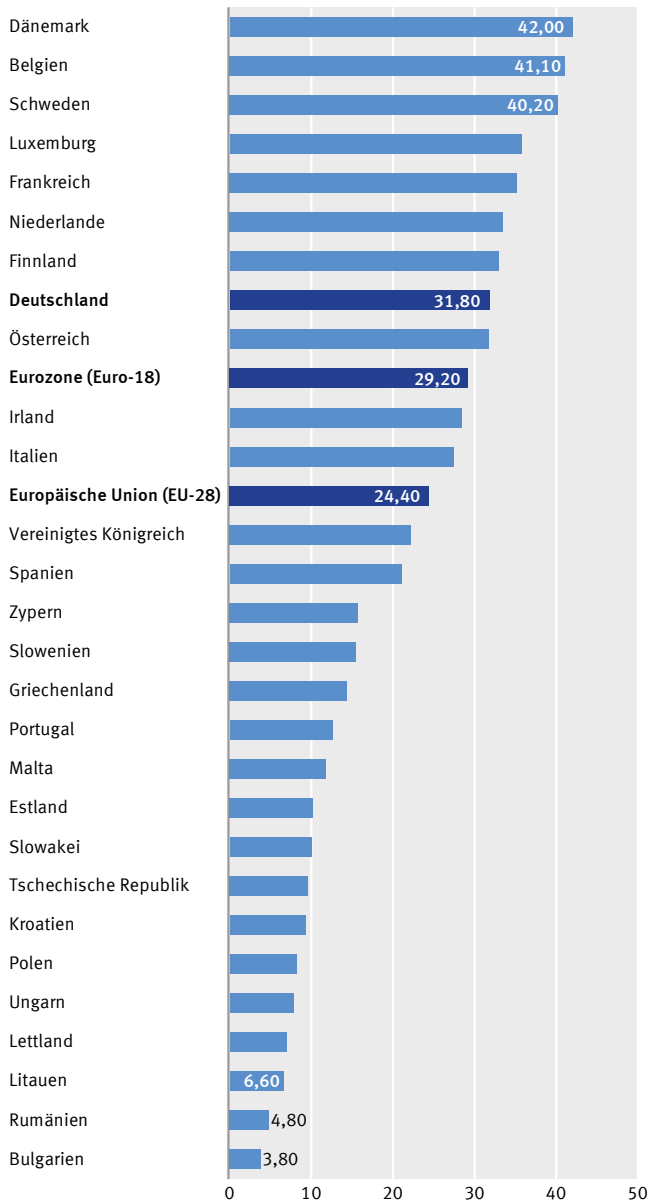
4 2012.

Quelle: Eurostat, zum Teil vorläufige Werte

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

Arbeitskosten je geleistete Stunde 2014

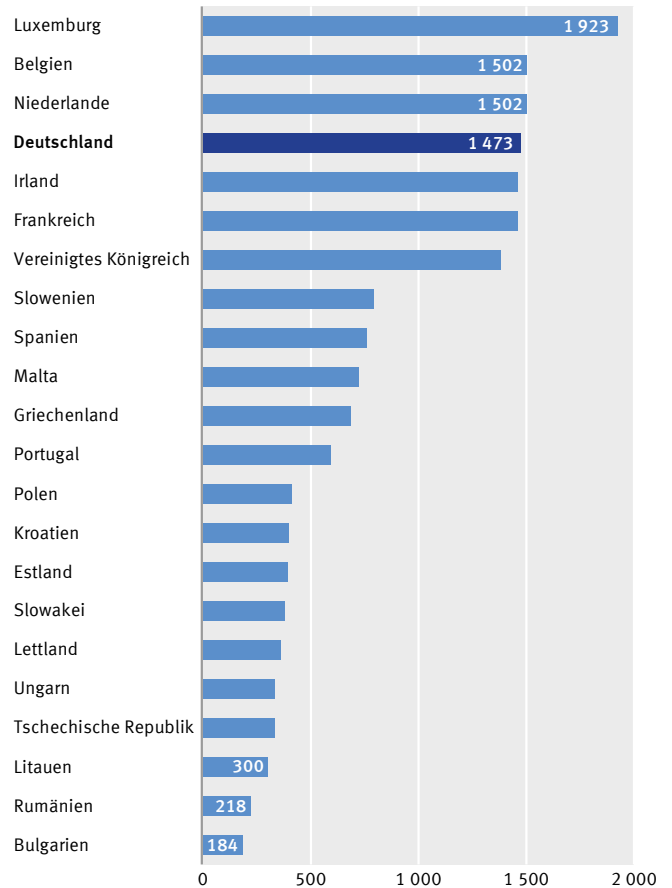
Privatwirtschaft, EU-Staaten, in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Eurostat Arbeitskräfteerhebung

Branchenübergreifender Mindestlohn (brutto) 2015

monatlich, in Euro



Quelle: Arbeitsmarktstatistik, Eurostat

2015 - 01 - 0284

A.15 Preise

	Verbraucherpreise			Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		Preisniveauvergleich ²
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³	insgesamt		Index
	2014	2013		2014	2013	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					Deutschland = 100
Europa						
Europäische Union	99
Belgien	0,3	1,1	3,6	-3,5	-0,5	109
Bulgarien	-1,4	0,9	2,8	-1,2	-1,6	43
Dänemark	0,6	0,8	0,4	-1,0	1,6	138
Deutschland	0,9	1,5	3,9	-1,0	-0,1	100
Estland	-0,1	2,8	4,1	-1,6	4,1	74
Finnland	1,0	1,5	5,3	-1,3	0,2	123
Frankreich	0,5	0,9	1,3	-1,4	0,0	106
Griechenland	-1,3	-0,9	0,0	-0,8	-0,7	82
Irland	0,2	0,5	1,0	.	.	123
Island	2,0	3,9	5,1	.	.	118
Italien	0,2	1,2	2,4	-1,5	-1,1	101
Kroatien	-0,2	2,2	.	-2,7	0,4	62
Lettland	0,6	0,0	1,3	0,4	1,5	67
Litauen	0,1	1,1	1,7	-4,4	-3,0	59
Luxemburg	0,6	1,7	3,6	.	.	132
Malta	0,3	1,4	4,8	.	.	81
Niederlande	1,0	2,5	2,5	-0,1	0,7	111
Norwegen	2,0	2,1	1,1	-1,4	0,6	155
Österreich	1,6	2,0	3,5	-1,9	-1,1	109
Polen	0,1	1,0	1,8	-1,5	-1,3	53
Portugal	-0,3	0,3	1,9	-1,2	0,1	78
Rumänien	1,1	4,0	3,0	-0,1	2,1	49
Russische Föderation	7,8	6,8	.	6,1	3,3	.
Schweden	-0,2	0,0	2,3	1,0	-2,6	131
Schweiz	0,0	-0,2	1,3	-0,8	0,3	159
Slowakei	-0,1	1,4	3,5	-3,4	-0,9	63
Slowenien	0,2	1,8	3,5	-1,1	0,3	81
Spanien	-0,1	1,4	2,8	-1,0	0,6	91
Tschechische Republik	0,3	1,4	5,2	-0,8	0,8	60
Türkei	8,9	7,5	9,1	10,2	4,5	54
Ukraine	12,2	-0,3	-2,1	17,1	-0,1	.
Ungarn	-0,2	1,7	2,1	-0,4	0,7	52
Vereinigtes Königreich	1,5	2,6	3,7	0,0	1,3	120
Zypern	-1,4	-0,4	0,2	-2,9	-2,1	88

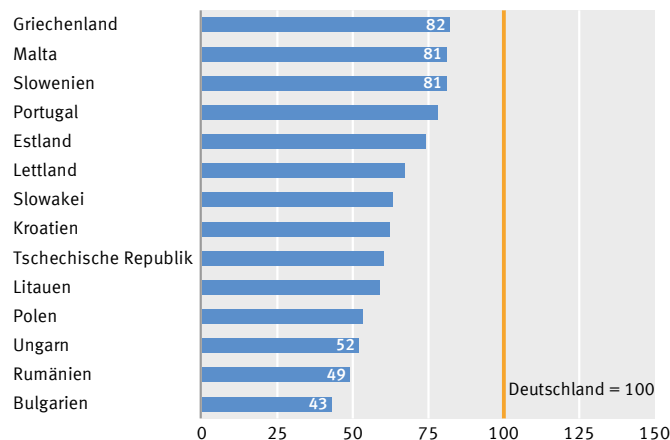
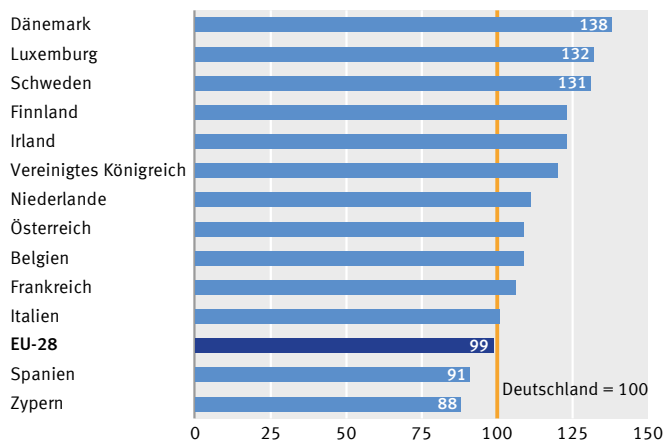
Der **Verbraucherpreisindex** misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (z. B. die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen oder Dienstleistungen). Die hier angezeigte Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird auch als **Inflationsrate** bezeichnet.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** misst die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise für Produkte einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Die aufgeführten Verbraucher- und Erzeugerpreisdaten sind **nationale Indizes**, die vom Internationalen Währungsfonds (IMF) bzw. von der Welternährungsorganisation (FAO) zusammengetragen werden. Um einen direkten Vergleich der EU-Staaten zu ermöglichen, veröffentlicht Eurostat auch **harmonisierte Preisindizes**, die zum Teil leicht von den nationalen Indizes abweichen. Mehr zu diesem Thema auf der Europa Website unter ec.europa.eu/eurostat/product?code=teicp000

Preisniveauintizes liefern eine Messgröße für die Preisniveauunterschiede zwischen Staaten. Liegt beispielsweise der Index in Österreich im Vergleich zu Deutschland (Bezugsgröße = 100) bei 109, so sind die Lebenshaltungskosten in Österreich 9 % höher als in Deutschland.

Preisniveauvvergleich mit Deutschland 2014
Index (Deutschland = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.

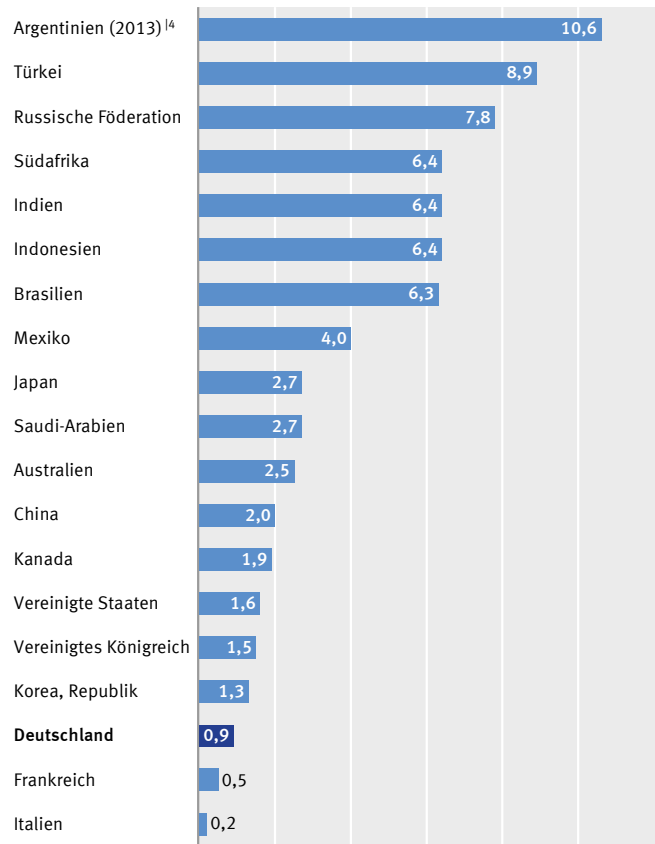
2015 - 01 - 0285

A.15 Preise

	Verbraucherpreise		Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³	insgesamt	
	2014	2013		2014	2013
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Afrika					
Ägypten	10,1	9,4	12,4	4,3	3,4
Äthiopien	7,4	8,1	5,8	.	.
Kongo, Dem. Republik	1,6	.	.	.
Nigeria	8,1	8,5	9,7	.	.
Südafrika	6,4	5,4	5,7	7,4	6,0
Tansania, Ver. Republik	6,1	7,9	.	.	.
Amerika					
Argentinien ⁴	10,6	7,6	26,5	16,3
Brasilien	6,3	6,2	11,2	4,6	5,9
Chile	4,4	1,8	4,4	.	.
Kanada	1,9	0,9	1,2	2,5	0,4
Kolumbien	2,9	2,0	0,9	3,2	-1,4
Mexiko	4,0	3,8	5,2	2,7	1,4
Vereinigte Staaten	1,6	1,5	1,4	0,9	0,6
Asien					
Bangladesch	7,0	7,5	6,1	.	.
China	2,0	2,6	4,6	-1,9	-1,9
Indien	6,4	10,9	13,9 ⁵	3,9	6,3
Indonesien	6,4	6,4	11,9	9,3	5,9
Iran, Islamische Republik	17,2	39,3	42,4	.	.
Israel	0,5	1,5	5,0	-1,4	0,4
Japan	2,7	0,4	-0,1	3,2	1,3
Korea, Republik	1,3	1,3	0,5	-0,5	-1,6
Myanmar	5,5	5,5	.	.	.
Pakistan	7,2	7,7	8,5	4,8	7,8
Philippinen	4,1	3,0	2,8	-1,0	-7,6
Saudi-Arabien	2,7	3,5	.	0,5	1,2
Thailand	1,9	2,2	3,4	0,1	0,3
Ver. Arabische Emirate
Vietnam	4,1	6,6	.	.	.
Australien und Ozeanien					
Australien	2,5	2,4	0,8	3,1	1,1
Neuseeland	0,8	1,3	0,4	.	2,3

1 Quelle: International Financial Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF).
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
 3 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der Welternährungsorganisation (FAO).
 4 Der Internationale Währungsfonds (IMF) hat Bedenken hinsichtlich der Qualität und Verlässlichkeit argentinischer Preisstatistiken geäußert. Die von der Welternährungsorganisation (FAO) veröffentlichten Daten zu Nahrungsmittelpreisen beziehen sich im Falle Argentiniens nur auf Buenos Aires.
 5 Daten beziehen sich nur auf Arbeiterinnen und Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe.

Inflationsrate der G20-Staaten 2014
 Veränderung des nationalen Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr, in %



Quelle: International Financial Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF) 2015 - 01 - 0286

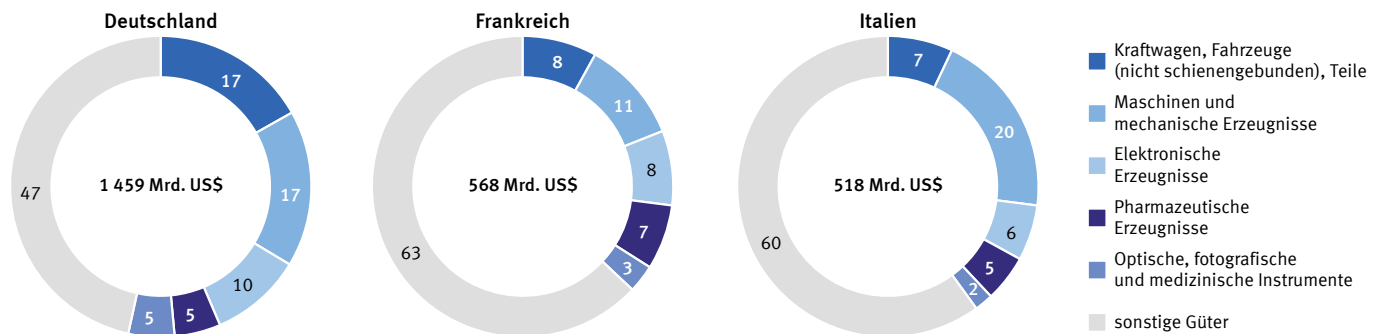
A.16 Außenhandel

	Ausfuhr von Gütern ¹	Einfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Wertindex der Güterausfuhr ²	Wertindex der Gütereinfuhr ²	Güterausfuhr je Einwohner/-in ³	Anteil der Güterausfuhr nach Deutschland ⁴	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ⁴
	2013			2000 = 100		US\$	%	
	Mill. US\$							
Europa								
Europäische Union ¹⁵ ...	2 326 342	2 243 427	82 915	235	248	.	.	.
Belgien	511 505	488 527	22 978	255	250	45 740	16,9	13,6
Bulgarien	29 512	34 307	- 4 795	524	609	4 062	12,3	10,8
Dänemark	110 416	97 590	12 826	213	215	19 665	15,3	20,5
Deutschland	1 458 647	1 194 483	264 164	240	264	18 086	X	X
Estland	18 296	20 170	- 1 874	359	425	13 882	4,1	9,9
Finnland	74 445	77 587	- 3 142	225	162	13 687	9,3	12,3
Frankreich	567 988	671 254	- 103 266	201	177	8 614	16,5	17,2
Griechenland	36 262	61 148	- 24 886	186	312	3 288	6,5	9,6
Irland	115 323	65 951	49 373	129	148	25 084	7,6	8,2
Island	4 998	5 019	- 22	185	263	15 436	12,1	8,0
Italien	518 095	479 336	38 759	200	215	8 601	12,4	14,8
Kroatien	12 742	21 932	- 9 190	265	267	2 994	11,7	14,0
Lettland	13 325	16 779	- 3 454	558	774	6 620	7,4	11,6
Litauen	32 600	34 813	- 2 213	645	856	11 022	7,2	10,5
Luxemburg	13 753	23 896	- 10 142	237	221	25 312	27,8	23,5
Malta	5 206	7 525	- 2 319	171	142	12 297	8,9	5,6
Niederlande	571 247	506 162	65 085	271	289	33 994	24,7	16,6
Norwegen	154 391	89 816	64 576	261	257	30 391	17,3	12,4
Österreich	166 271	173 358	- 7 086	252	259	19 608	29,4	36,8
Polen	203 848	205 614	- 1 766	418	636	5 293	25,0	21,5
Portugal	62 746	75 572	- 12 826	189	259	6 000	11,6	10,4
Rumänien	65 881	73 452	- 7 571	558	632	3 297	18,5	18,6
Russische Föderation ...	527 266	314 945	212 321	765	498	3 674	4,4	12,0
Schweden	167 493	160 589	6 904	220	193	17 446	9,6	17,5
Schweiz	229 157	200 934	28 223	243	285	28 333	18,5	28,1
Slowakei	85 184	81 295	3 889	642	727	15 736	20,9	16,0
Slowenien	28 629	29 375	- 747	330	389	13 898	20,4	17,1
Spanien	310 964	332 267	- 21 303	218	275	6 670	10,1	11,1
Tschechische Republik ...	161 524	142 526	18 998	449	555	15 362	31,3	25,9
Türkei	151 803	251 661	- 99 859	462	546	2 026	9,0	9,6
Ukraine	63 320	76 986	- 13 666	551	434	1 392	2,5	8,8
Ungarn	107 730	98 662	9 068	311	383	10 889	25,8	25,0
Vereinigtes Königreich ...	548 042	657 223	- 109 181	189	190	8 549	8,8	13,5
Zypern	2 134	6 418	- 4 284	164	213	1 870	2,6	6,5

Der Wertindex der Gütereinfuhr bzw. -ausfuhr setzt den Wert der Gütereinfuhr bzw. -ausfuhr im Jahr 2013 ins Verhältnis zum entsprechenden Wert im Basisjahr 2000. Beträgt der Index der Gütereinfuhr beispielsweise 220 repräsentiert dies einen Wertanstieg der gehandelten Güter von 120% im Zeitraum 2000 bis 2013. Diese Indexwerte orientieren sich ausschließlich am Wert der gehandelten Güter und nicht an der Menge.

Ausfuhr von Gütern nach ausgewählten Gütergruppen 2013

Anteile an der Güterausfuhr insgesamt, in %



Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen

2015 - 01 - 0287

A.16 Außenhandel

	Ausfuhr von Gütern ¹	Einfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Wertindex der Güterausfuhr ²	Wertindex der Gütereinfuhr ²	Güterausfuhr je Einwohner/-in ³	Anteil der Güterausfuhr nach Deutschland ⁴	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ⁴
2013								
	Mill. US\$			2000 = 100		US\$	%	
Afrika								
Ägypten	28 779	66 666	- 37 887	400	540	351	2,2	7,9
Äthiopien	4 077	14 899	- 10 822	968	556	43	6,4	1,7
Kongo, Dem. Republik	.	.	.	923	781	.	.	.
Nigeria	90 554	44 598	45 956	642	491	522	2,3	3,5
Südafrika	95 112	103 441	- 8 330	425	320	1 789	4,0	10,3
Tansania, Ver. Republik	4 413	12 525	- 8 113	796	688	90	3,6	1,4
Amerika								
Argentinien	76 634	73 655	2 978	293	310	1 849	2,1	5,3
Brasilien	242 178	239 621	2 557	427	439	1 209	2,7	6,3
Chile	76 684	79 173	- 2 489	428	399	4 352	1,3	4,0
Kanada	456 605	461 764	- 5 159	194	166	12 989	0,7	3,2
Kolumbien	58 822	59 381	- 559	515	451	1 217	1,3	3,7
Mexiko	379 961	381 210	- 1 249	218	229	3 106	1,0	3,5
Vereinigte Staaten	1 578 001	2 328 329	- 750 327	185	202	4 992	3,0	5,0
Asien								
Bangladesch	24 314 ¹⁶	41 222 ¹⁶	- 16 908 ¹⁶	410	456	.	15,6 ¹⁶	1,8 ¹⁶
China	2 209 007	1 949 992	259 015	867	886	1 627	3,0	4,8
Indien	336 611	466 046	- 129 434	905	739	269	2,4	2,8
Indonesien	182 552	186 629	- 4 077	430	280	731	1,6	2,4
Iran, Islamische Republik	130 544 ¹⁶	68 319 ¹⁶	62 225 ¹⁶	353	285	.	0,3 ¹⁶	5,7 ¹⁶
Israel	66 781	71 995	- 5 214	199	213	8 286	2,6	6,5
Japan	715 097	833 166	- 118 069	220	149	5 616	2,7	2,9
Korea, Republik	559 619	515 573	44 046	321	325	11 143	1,4	3,8
Myanmar	7 625 ¹⁷	4 164 ¹⁷	3 461 ¹⁷	508	693	.	.	.
Pakistan	25 121	43 775	- 18 654	411	279	138	4,3	3,3
Philippinen	53 978	65 097	- 11 119	176	149	549	4,0	3,7
Saudi-Arabien	375 397	163 713	211 684	556	485	13 022	0,1	7,2
Thailand	228 527	250 708	- 22 181	405	331	3 410	1,8	2,4
Ver. Arabische Emirate	252 556 ¹⁶	210 945 ¹⁶	41 611 ¹⁶	717	761	.	0,2 ¹⁶	4,0 ¹⁶
Vietnam	132 033	132 033	0	844	914	1 472	3,6	2,2
Australien und Ozeanien								
Australien	252 155	232 481	19 674	339	396	10 902	0,5	4,7
Neuseeland	39 444	39 619	- 176	278	284	8 879	1,5	4,6

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.

2 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.

3 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten von UN Comtrade und Weltbank.

4 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf UN Comtrade Daten.

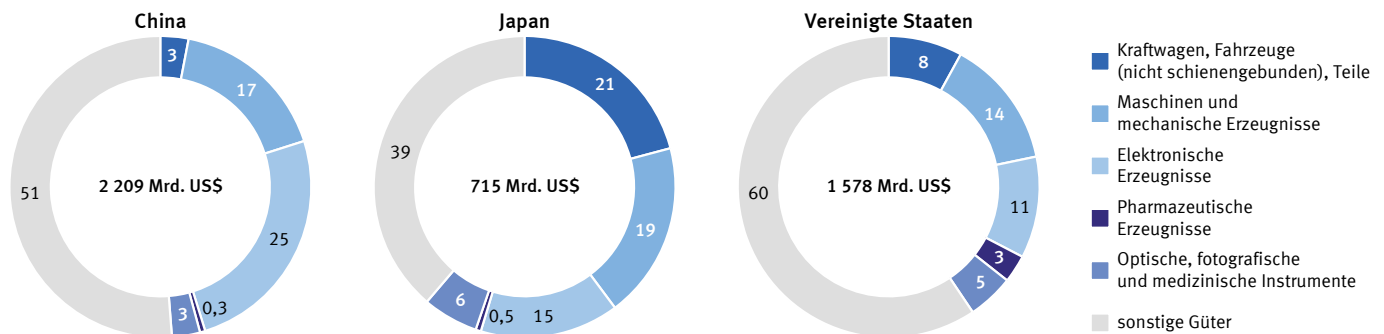
5 Extra-EU-Handel (Gesamthandel mit allen Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind).

6 2011.

7 2010.

Ausfuhr von Gütern nach ausgewählten Gütergruppen 2013

Anteile an der Güterausfuhr insgesamt, in %



Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen					
2014										
	% des BIP ¹⁾	Mill. US\$ ²⁾								
Europa										
Europäische Union	1,7	
Belgien	1,6	7 500	- 3 601	7 044	14 590	- 10 534	- 609	10 104	- 1 362	3 215
Bulgarien	0,0	513	- 4 557	4 060	- 1 162	2 173	1 295	- 39	2 325	- 1 847
Dänemark	6,3	21 494	10 128	8 248	9 817	- 6 700	91	28 552	- 6 593	6 967
Deutschland	7,5	290 325	304 146	- 51 957	87 830	- 49 695	3 918	323 928	- 3 321	29 685
Estland	- 0,1	- 29	- 1 345	1 987	- 683	13	175	473	164	327
Finnland ¹³⁾	- 0,9	- 2 466	4 799	- 3 769	- 692	- 2 804	282	1 103	1 052	3 287
Frankreich	- 1,1	- 28 945	- 48 428	19 711	63 332	- 63 560	3 078	- 33 503	11	- 7 634
Griechenland	0,9	2 210	- 23 729	26 077	265	- 403	3 355	3 725	627	- 1 840
Irland ¹³⁾	4,4	14 438	49 990	701	- 34 404	- 1 849	100	13 318	15	- 1 220
Island	4,7	612	- 105	1 196	- 346	- 133	- 13	918	315	319
Italien	1,8	40 474	65 314	832	- 3 451	- 22 222	4 186	64 832	- 1 217	20 173
Kroatien ¹³⁾	0,8	716	- 8 352	9 069	- 1 459	1 458	44	- 415	2 473	- 1 174
Lettland	- 3,1	- 1 004	- 3 242	2 323	- 249	168	961	1 299	- 155	1 341
Litauen	58	- 1 994	2 061	- 1 511	1 502	1 304	350	1 615	- 1 012
Luxemburg	5,2	3 323	- 574	23 324	- 19 494	66	- 717	2 625	- 138	20
Malta	2,7	288	- 1 485	2 162	- 645	255	186	- 890	48	- 1 364
Niederlande	10,3	90 155	102 753	- 8 422	11 943	- 16 117	- 498	93 891	- 1 521	4 233
Norwegen ¹³⁾	10,0	50 962	60 506	- 7 173	5 385	- 7 757	- 243	44 690	2 972	- 6 028
Österreich	1,8	3 228	- 3 177	13 783	- 2 632	- 4 745	- 597	8 046	2 884	5 412
Polen ¹³⁾	- 1,3	- 6 988	833	10 647	- 17 932	- 536	11 964	- 6 812	945	- 11 787
Portugal ¹³⁾	1,4	1 160	- 9 646	13 413	- 7 864	5 257	4 574	5 939	564	205
Rumänien ¹³⁾	- 0,8	- 1 780	- 7 286	6 382	- 5 864	4 988	4 176	1 829	2 799	- 567
Russische Föderation	3,1	59 462	189 737	- 55 240	- 67 182	- 7 853	- 42 012	26 218	- 107 547	8 768
Schweden ¹³⁾	7,3	42 090	20 166	13 068	18 807	- 9 952	- 1 440	21 120	14 823	- 19 530
Schweiz	7,0	49 029	55 015	22 357	- 1 937	- 26 406	- 11 109	52 055	36 806	14 135
Slowakei	0,2	113	4 513	179	- 2 987	- 1 591	937	- 2 996	574	- 4 047
Slowenien	5,8	2 854	1 731	2 265	- 808	- 348	105	2 850	117	- 107
Spanien	0,1	10 533	- 28 511	64 602	- 8 801	- 16 756	5 985	42 578	4 876	26 060
Tschechische Republik	0,6	1 343	11 629	2 727	- 12 534	- 479	1 565	2 436	3 539	- 472
Türkei	- 5,7	- 46 377	- 63 575	25 191	- 9 117	1 124	- 66	- 43 060	- 468	3 383
Ukraine	- 4,0	- 5 332	- 7 645	2 303	- 1 531	1 541	400	- 4 325	- 12 404	607
Ungarn	4,2	5 598	3 590	6 645	- 3 581	- 1 056	5 598	9 815	1 202	- 1 381
Vereinigtes Königreich	- 5,5	- 161 404	- 197 002	141 173	- 63 891	- 41 685	- 345	- 153 875	11 502	7 874
Zypern	- 1,9	- 1 189	- 3 545	3 489	- 608	- 525	192	- 34	4	963

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen					
2014										
	% des BIP ¹	Mill. US\$ ²								
Afrika										
Ägypten	-0,8	- 5 823	- 30 831	4 407	- 7 056	27 657	193	- 3 955	- 1 538	1 675
Äthiopien ¹⁴	-6,9	- 2 985	- 7 289	- 847	- 97	5 248	-	- 345	321	2 640
Kongo, Dem. Republik	-9,6	- 2 440	1 002	- 2 819	- 3 044	2 421	13	- 2 621	109	- 194
Nigeria ¹⁴	4,4	20 353	42 318	-21 633	-22 238	21 906	-	12 430	11 147	-7 922
Südafrika	-5,4	-19 086	- 6 370	- 205	- 9 336	- 3 176	22	- 14 459	1 494	4 605
Tansania, Ver. Republik ¹³	-10,3	- 4 703	- 5 771	704	- 411	775	713	- 4 313	608	- 323
Amerika										
Argentinien	-0,9	- 5 069	9 479	- 3 057	-11 402	- 89	57	- 5 532	1 160	- 520
Brasilien	-3,9	-103 981	- 6 248	-48 293	-51 476	2 036	231	-99 705	10 833	4 045
Chile	-1,2	- 2 995	7 767	- 3 757	- 8 857	1 851	10	- 2 726	1 057	259
Kanada	-2,2	-39 311	4 466	-20 588	-21 893	- 1 297	-23	-33 212	5 239	6 121
Kolumbien	-5,0	-19 780	-4 694	-6 586	-12 857	4 357	-	-19 514	4 435	267
Mexiko	-2,1	-26 453	- 2 573	-13 874	-32 919	22 913	-	-41 292	16 329	-14 839
Vereinigte Staaten	-2,4	-410 634	-735 788	231 073	217 902	-123 821	.	-141 645	-3 582	269 034
Asien										
Bangladesch ¹³	1,2	2 366	- 6 373	- 3 443	- 2 257	14 439	434	2 611	5 484	- 189
China ¹³	1,9	182 807	351 766	-116 387	-43 839	- 8 733	3 052	108 228	431 379	-77 631
Indien	-1,4	-31 289	-75 489	8 321	-29 724	65 603	-195	-32 617	38 364	-1 133
Indonesien ¹³	-3,2	-29 102	5 833	-12 071	-27 042	4 178	45	-29 290	-7 325	- 234
Iran, Islamische Republik	3,8
Israel ¹³	2,4	6 893	- 9 329	13 494	- 6 339	9 067	70	9 931	4 357	2 968
Japan	0,5	24 021	-99 200	-29 224	171 393	-18 948	-1 894	50 971	8 457	28 845
Korea, Republik	6,3	89 220	92 688	- 8 163	10 198	- 5 502	- 9	90 383	17 886	1 172
Myanmar ¹³	-5,1	- 1 128	- 440	790	- 2 292	814	6 464	6 143	2 617	807
Pakistan	-1,2	- 3 544	-17 767	- 2 453	- 4 234	20 910	1 963	-1 553	7 269	28
Philippinen	4,4	12 650	-15 851	4 874	1 071	22 556	101	7 226	- 2 858	- 5 525
Saudi-Arabien	14,1	76 916	183 862	-84 704	16 492	-38 734	-329	65 490	6 628	-11 097
Thailand	3,8	13 123	24 561	2 095	-22 365	8 832	100	13 356	- 1 216	133
Ver. Arabische Emirate	12,1
Vietnam ¹³	5,6	9 471	8 730	- 1 400	- 7 336	9 477	-	708	557	- 8 763
Australien und Ozeanien										
Australien	-2,8	-40 369	1 296	-10 103	-29 579	- 1 984	-374	-40 560	3 634	185
Neuseeland	-3,5	- 6 428	968	1 541	- 8 479	- 457	32	- 4 598	- 141	1 797

Weitere methodische Hinweise zu den Positionen der Zahlungsbilanz sind dem Methodenhandbuch „Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM 6)“ des Internationalen Währungsfonds zu entnehmen: www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2007/bopman6.htm

1 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF). Zum Teil geschätzte Werte.

2 Quelle: Balance of Payments Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF). Die IMF-Daten unterliegen monatlichen Aktualisierungen.

3 2013.

4 2012.

A.18 Umwelt

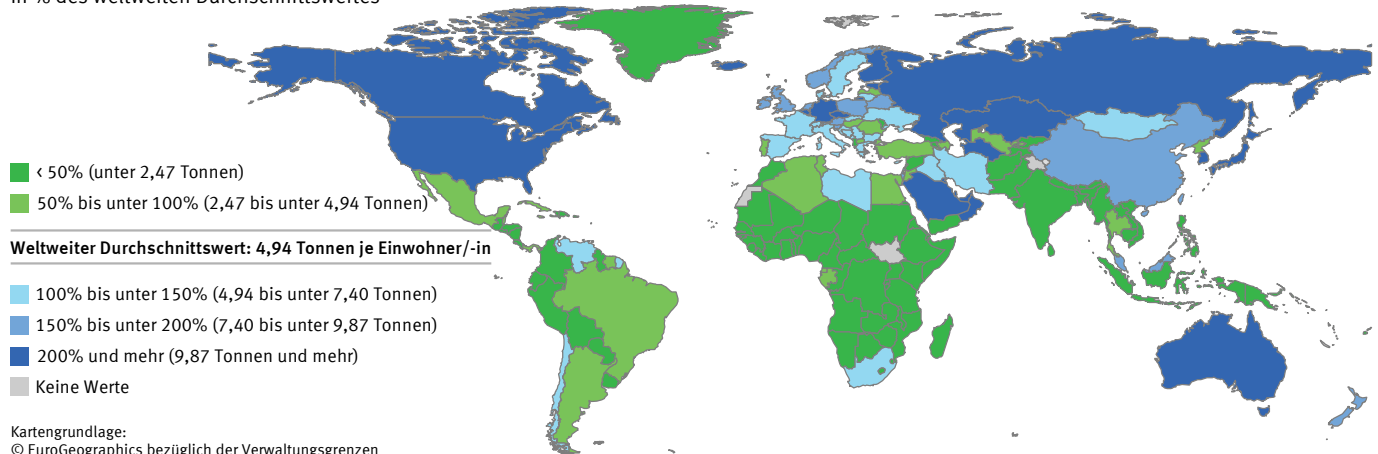
	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹¹			Treibhausgasemissionen ¹¹	Erneuerbare Wasserressourcen ¹²	Siedlungsabfälle ¹³	Schutzgebiete ¹⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in				Anteil an der Landfläche
	2013			2012	2014	2013	2012
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	kg	%
Europa							
Europäische Union	3 708,8	-14,1	7,3	.	.	481	26
Belgien	114,3	-0,7	10,3	12,1	1 648	439	23
Bulgarien	47,0	-43,4	6,5	9,3	2 949	432	37
Dänemark	41,5	-21,8	7,4	9,6	1 068	747	18
Deutschland	845,0	-17,3	10,2	11,5	1 862	617	48
Estland	20,3	-44,4	15,8	18,1	9 953	293	21
Finnland	57,4	0,6	10,6	12,8	20 273	493	15
Frankreich	368,1	-6,3	5,7	7,8	3 282	530	25
Griechenland	79,1	0,8	7,1	9,0	6 147	506	35
Irland	39,6	21,5	8,6	13,6	11 238	586	14
Island	4,7	98,5	14,2	16,9	515 152	345	20
Italien	389,7	-8,4	6,4	7,9	3 137	491	22
Kroatien	23,0	-7,7	5,4	7,1	24 592	404	14
Lettland	7,9	-60,7	3,8	6,8	17 293	312	19
Litauen	17,8	-49,1	5,9	9,7	8 253	433	17
Luxemburg	10,8	-7,6	20,4	24,1	6 604	653	40
Malta	1,6	-32,6	3,7	4,5	118	570	22
Niederlande	161,9	0,4	9,7	11,7	5 430	526	20
Norwegen	42,9	12,9	8,5	12,7	77 930	496	16
Österreich	76,4	21,8	9,0	10,7	9 147	578	24
Polen	323,6	3,8	8,5	10,9	1 612	297	34
Portugal	48,8	12,8	4,6	6,8	7 296	440	22
Rumänien	79,9	-56,8	3,7	5,6	9 765	272	19
Russische Föderation	1 803,2	-26,1	12,6	19,6	31 561	.	11
Schweden	48,2	-16,0	5,0	6,9	18 180	458	15
Schweiz	46,7	4,4	5,8	6,8	6 623	702	26
Slowakei	38,9	-35,4	7,1	8,5	9 193	304	36
Slowenien	16,7	13,5	8,1	10,2	15 381	414	55
Spanien	247,4	8,5	5,3	7,5	2 376	449	29
Tschechische Republik	114,1	-31,9	10,7	13,0	1 229	307	22
Türkei	330,3	121,5	4,4	6,0	2 824	406	2
Ukraine	303,4	-60,5	6,7	8,9	3 086	.	4
Ungarn	47,0	-37,5	4,7	6,3	10 447	378	23
Vereinigtes Königreich	475,1	-19,2	7,5	9,3	2 319	482	28
Zypern	7,5	69,1	6,6	6,6	684	624	41

Kohlendioxid ist das bekannteste **Treibhausgas**. Es gibt jedoch auch andere, wie zum Beispiel Methan und Lachgas. Um die Klimawirksamkeit der unterschiedlichen Treibhausgase hinsichtlich ihres Potentials zur Erwärmung der Atmosphäre miteinander vergleichbar zu machen, werden diese in **Kohlendioxid-äquivalente (CO₂-Äquivalente)** umgerechnet. Methan ist etwa 21-mal so klimawirksam wie Kohlendioxid; eine Tonne (t) Methan entspricht somit 21 t CO₂-Äquivalente.

Zu den **erneuerbaren Wasserressourcen** zählen insbesondere Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) sowie das Grundwasser.

In dem von den Vereinten Nationen (UN) initiierten Übereinkommen über die biologische Vielfalt ist ein **Schutzgebiet** definiert als ein geografisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird. Hierzu zählen Naturreservate, Nationalparks, Naturmonumente, Biotope, geschützte Landschaften bzw. marine Gebiete sowie Ressourcenschutzgebiete.

Kohlendioxidemissionen je Einwohner/-in 2013
in % des weltweiten Durchschnittswertes



A Internationales

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹			Treibhausgasemissionen ¹	Erneuerbare Wasserressourcen ²	Schutzgebiete ⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in			Anteil an der Landfläche
	2013			2012	2014	2012
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	%
Afrika						
Ägypten	213,5	134,7	2,6	3,7	711	11
Äthiopien	7,8	362,7	0,1	2,0	1 296	18
Kongo, Dem. Republik	3,7	7,6	0,1	12,2	19 003	12
Nigeria	78,9	14,1	0,5	1,8	1 648	14
Südafrika	329,8	22,6	6,2	8,6	973	6
Tansania, Ver. Republik	6,3	201,5	0,1	4,9	1 955	32
Amerika						
Argentinien	185,9	74,0	4,5	9,3	21 141	7
Brasilien	512,0	134,2	2,6	15,1	43 157	26
Chile	96,4	163,8	5,5	6,9	52 389	19
Kanada	551,2	23,0	15,7	29,5	82 485	9
Kolumbien	85,8	64,8	1,8	3,6	48 840	21
Mexiko	474,6	52,8	3,9	5,5	3 776	13
Vereinigte Staaten	5 297,6	6,2	16,6	20,0	9 589	14
Asien						
Bangladesch	53,8	307,8	0,3	1,2	7 835	5
China	10 281,2	315,7	7,4	9,0	2 005	17
Indien	2 071,5	214,2	1,7	2,4	1 526	5
Indonesien	487,3	207,6	2,0	3,2	8 080	15
Iran, Islamische Republik	407,4	98,8	5,3	7,2	1 769	7
Israel	69,8	99,9	9,0	11,0	230	17
Japan	1 360,6	17,0	10,7	11,6	3 382	17
Korea, Republik	626,6	148,2	12,7	13,7	1 415	6
Myanmar	14,2	227,5	0,3	10,0	21 931	7
Pakistan	158,4	154,6	0,9	2,1	1 355	11
Philippinen	101,9	152,8	1,0	1,7	4 868	11
Saudi-Arabien	478,6	189,3	16,6	19,4	83	31
Thailand	262,2	188,9	3,9	6,6	6 545	19
Ver. Arabische Emirate	202,0	254,5	21,6	22,3	16	18
Vietnam	172,4	712,1	1,9	3,4	9 643	6
Australien und Ozeanien						
Australien	394,8	43,9	16,9	33,0	21 077	13
Neuseeland	35,8	56,6	8,0	17,5	72 570	27

1 Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL, EDGAR. Bei diesen Werten werden Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. Wiederaufforstung) nicht berücksichtigt.

2 Quelle: Aquastat, Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen.

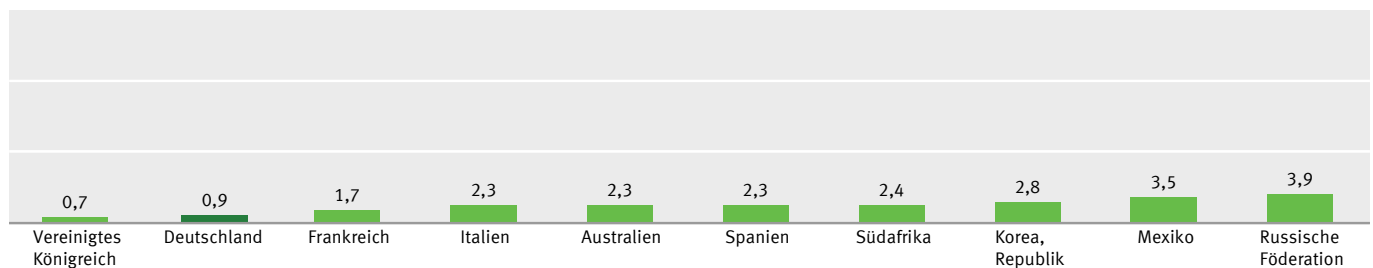
3 Quelle: Abfallstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.

4 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹					Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
	insgesamt	darunter ²					Rind- und Büffelfleisch	Schweinefleisch	Kartoffeln	Getreide
		Waldfläche	landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	davon						
				Ackerland und Dauerkulturfäche	Dauergrünland					
2012					2013					
	km ²	% der Landfläche			%	1 000 t				
Europa										
Europäische Union	4 236 562	38	44	28	16	.	7 401	22 414	52 154	306 437
Belgien	30 280	22	44	27	17	4,5	250	1 131	3 480	3 098
Bulgarien	108 560	37	47	32	15	0,8	19	73	170	8 364
Dänemark	42 430	13	62	57	5	6,7	128	1 589	1 592	9 104
Deutschland	348 540	32	48	35	13	6,2	1 106	5 494	9 670	47 757
Estland	42 390	52	23	15	8	15,1	11	49	128	973
Finnland	303 890	73	8	7	.	8,7	81	195	622	4 084
Frankreich	547 561	29	53	35	17	3,6	1 400	2 121	6 975	67 518
Griechenland	128 900	31	63	29	35	5,7	77	100	829	4 552
Irland	68 890	11	66	17	49	1,2	518	239	410	2 403
Island	100 250	.	19	1	17	1,0	4	6	6	.
Italien	294 140	32	47	32	14	8,5	854	1 625	1 337	16 237
Kroatien	55 960	34	24	18	6	2,4	28	107	163	3 190
Lettland	62 180	54	30	19	11	10,6	17	36	227	1 949
Litauen	62 674	35	45	37	9	5,5	38	87	420	4 459
Luxemburg	2 590	33	51	25	26	3,1	8	11	18	173
Malta	320	1	32	32	.	0,3	1	6	13	17
Niederlande	33 720	11	55	31	24	2,6	374	1 282	6 801	1 811
Norwegen	365 268	28	3	2	.	5,6	84	128	320	904
Österreich	82 409	47	38	17	21	17,0	229	529	604	4 858
Polen	306 220	31	47	37	10	4,6	386	1 745	6 334	28 429
Portugal	91 590	38	40	20	20	5,5	93	346	481	1 217
Rumänien	230 020	29	60	40	20	2,1	96	396	3 290	20 946
Russische Föderation	16 376 870	49	13	7	6	0,1	1 633	2 816	30 199	90 379
Schweden	407 340	69	7	6	1	15,7	122	234	806	4 985
Schweiz	39 516	32	39	11	28	7,9	143	235	341	839
Slowakei	48 088	40	40	29	11	8,6	13	65	164	3 415
Slowenien	20 140	62	24	10	14	7,3	32	30	62	461
Spanien	498 800	37	54	34	20	6,4	581	3 431	892	25 145
Tschechische Republik	77 230	34	55	42	13	11,3	65	243	537	7 517
Türkei	769 630	15	50	31	19	1,8	870	.	3 948	37 475
Ukraine	579 320	17	71	58	14	0,7	428	748	22 259	63 129
Ungarn	90 530	23	59	51	8	2,4	23	368	443	13 621
Vereinigtes Königreich	241 930	12	71	26	45	3,4	847	833	5 580	20 076
Zypern	9 240	19	14	13	.	3,1	3	49	107	79

Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors 2013
 Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, in % des BIP



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

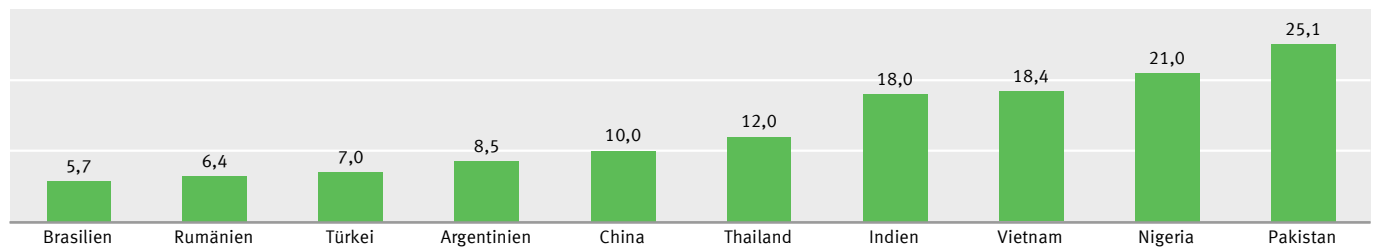
2015 - 01 - 0289

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹					Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
	insgesamt	darunter ²					Rind- und Büffelfleisch	Schweinefleisch	Kartoffeln	Getreide
		Waldfläche	landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	davon						
			Ackerland und Dauerkulturfäche	Dauergrünland						
	2012					2013				
	km ²	% der Landfläche			%	1 000 t				
Afrika										
Ägypten	995 450	.	4	4	.	2,3	862	.	4 800	23 655
Äthiopien	1 000 000	12	36	16	20	0,5	341	2	776	22 707
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	68	11	3	8	0,2	12	25	110	1 671
Nigeria	910 770	9	79	46	33	.	403	254	1 200	26 970
Südafrika	1 213 090	8	79	10	69	.	851	216	2 252	14 629
Tansania, Ver. Republik	885 800	37	46	19	27	0,5	300	14	1 768	8 856
Amerika										
Argentinien	2 736 690	11	54	15	40	2,4	2 822	416	2 000	50 629
Brasilien	8 358 140	62	33	10	23	0,3	9 675	3 280	3 570	101 073
Chile	743 532	22	21	2	19	0,1	206	550	1 159	4 004
Kanada	9 093 510	34	7	6	2	1,3	1 056	1 977	4 620	66 372
Kolumbien	1 109 500	54	38	3	35	0,1	848	243	2 129	4 284
Mexiko	1 943 950	33	55	13	42	0,5	1 807	1 284	1 630	33 211
Vereinigte Staaten	9 147 420	33	45	17	27	0,5	11 698	10 510	19 844	436 554
Asien										
Bangladesch	130 170	11	70	65	5	0,1	200	.	8 603	55 009
China	9 388 211	23	55	13	42	0,4	6 730	52 733	88 925	551 147
Indien	2 973 190	23	60	57	3	0,3	2 577	354	45 344	293 940
Indonesien	1 811 570	51	31	25	6	0,2	586	743	1 023	89 792
Iran, Islamische Republik	1 628 550	7	30	12	18	0,1	254	.	5 560	22 290
Israel	21 640	7	24	18	6	.	132	16	591	310
Japan	364 560	69	12	12	.	0,2	508	1 309	2 600	11 787
Korea, Republik	97 350	64	18	18	1	1,4	336	1 007	727	5 818
Myanmar	653 290	48	19	19	.	.	262	621	620	30 301
Pakistan	770 880	2	35	29	6	0,1	1 646	.	3 767	39 343
Philippinen	298 170	26	42	37	5	0,7	297	1 681	118	25 817
Saudi-Arabien	2 149 690	.	81	2	79	.	52	.	460	973
Thailand	510 890	37	43	41	2	0,1	195	967	105	44 258
Ver. Arabische Emirate	83 600	4	5	1	4	1,0	16	.	10	141
Vietnam	310 070	45	35	33	2	0,3	379	3 218	313	49 232
Australien und Ozeanien										
Australien	7 682 300	19	53	6	47	3,0	2 318	361	1 273	35 598
Neuseeland	263 310	31	43	2	40	0,9	564	39	560	1 099

1 Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen. Teilweise Schätzungen der FAO.
2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf FAO Daten.

Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors 2013
Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, in % des BIP



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

A.20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

	Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹				Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹			
	Produzierendes Gewerbe ²	Handel ³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei	Produzierendes Gewerbe ²	Handel ³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei
	2012							
	Anzahl				Mill. EUR			
Europa								
Europäische Union ⁴ ...	2 190 586	6 271 601	1 825 191	1 142 551	1 834 100	1 197 417	209 178	482 459
Belgien	35 504	148 298	49 995	17 070	50 382	43 479	4 654	15 437
Bulgarien	30 845	138 642	26 540	19 003	5 867	3 670	614	1 604
Dänemark	18 342	43 946	13 740	11 812	36 868	23 243	2 695	10 813
Deutschland	210 593	577 926	217 164	87 819	508 855	249 457	33 298	91 603
Estland	6 337	14 186	2 160	4 479	2 624	1 754	214	1 109
Finnland	24 172	46 066	11 788	22 541	25 354	15 104	2 131	7 738
Frankreich	233 080	710 116	252 627	98 574	206 467	170 845	34 252	79 732
Griechenland	65 115	260 251	91 568	64 605	12 793	15 154	2 947	5 017
Irland	4 369	36 925	15 155	9 152	33 474	15 766	3 034	5 196
Island
Italien	428 724	1 163 413	307 878	131 755	215 510	115 406	26 922	52 484
Kroatien	22 355	39 908	17 545	9 208	6 402	3 614	1 094	1 641
Lettland	9 553	26 381	3 384	6 303	2 085	2 095	185	1 517
Litauen	15 618	54 544	4 535	9 843	3 176	3 111	192	1 758
Luxemburg	896	7 403	2 778	974	2 542	4 557	628	1 530
Malta	9 260	2 075	1 401	.	672	262	343
Niederlande	54 859	203 078	46 716	31 485	74 714	69 741	8 606	26 059
Norwegen	19 668	50 977	10 887	21 610	113 247	25 905	3 688	16 988
Österreich	27 370	74 707	44 526	13 855	51 455	31 028	7 797	14 358
Polen	183 433	513 309	49 475	141 739	64 778	33 111	2 191	12 541
Portugal	71 403	236 722	83 103	22 899	17 754	13 863	3 083	5 944
Rumänien	50 027	169 723	23 499	34 064	18 007	8 945	729	3 995
Russische Föderation
Schweden	56 729	128 910	30 030	29 899	57 579	37 821	5 618	14 971
Schweiz	20 943	35 211	17 309	4 350	93 264	75 034	9 583	21 770
Slowakei	67 737	116 961	16 352	16 734	10 630	6 788	588	2 977
Slowenien	17 680	25 281	8 524	8 491	6 573	3 216	566	1 621
Spanien	184 410	735 884	278 150	200 928	104 645	92 295	24 410	39 512
Tschechische Republik ...	180 631	248 104	60 501	40 064	34 428	13 305	1 563	5 840
Türkei ⁵	326 150	1 052 078	201 767	408 190	43 396	25 829	3 559	9 566
Ukraine
Ungarn	52 227	137 228	31 444	28 578	19 093	7 302	759	3 881
Vereinigtes Königreich ...	132 672	357 664	128 849	66 739	229 096	166 198	43 363	77 778
Zypern	16 720	5 222	3 137	.	1 779	1 030	723

Die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und umfasst die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Nähere Angaben zur Berechnung siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 20.

Der **Produktionsindex** ist ein Maß für die Leistung eines bestimmten Wirtschaftsbereichs. Er misst Veränderungen in der Leistung (Outputvolumen, Aktivität) des jeweiligen Wirtschaftssektors. Er ist aufgrund seiner Periodizität und seiner schnellen Verfügbarkeit ein zentraler und aktueller Indikator für die konjunkturelle Entwicklung.

Der **Umsatzindex** berücksichtigt den Wert aller im Berichtszeitraum von Betrieben des jeweiligen Wirtschaftsreichs über die an Dritte gelieferten eigenen Erzeugnisse und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Summe der Rechnungsendbeträge ohne Umsatzsteuer). Auch dieser Indexwert zählt zu den wichtigsten Indikatoren für die Beobachtung und Analyse der Konjunktorentwicklung.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

3 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

4 2011.

5 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

A.21 Verarbeitendes Gewerbe

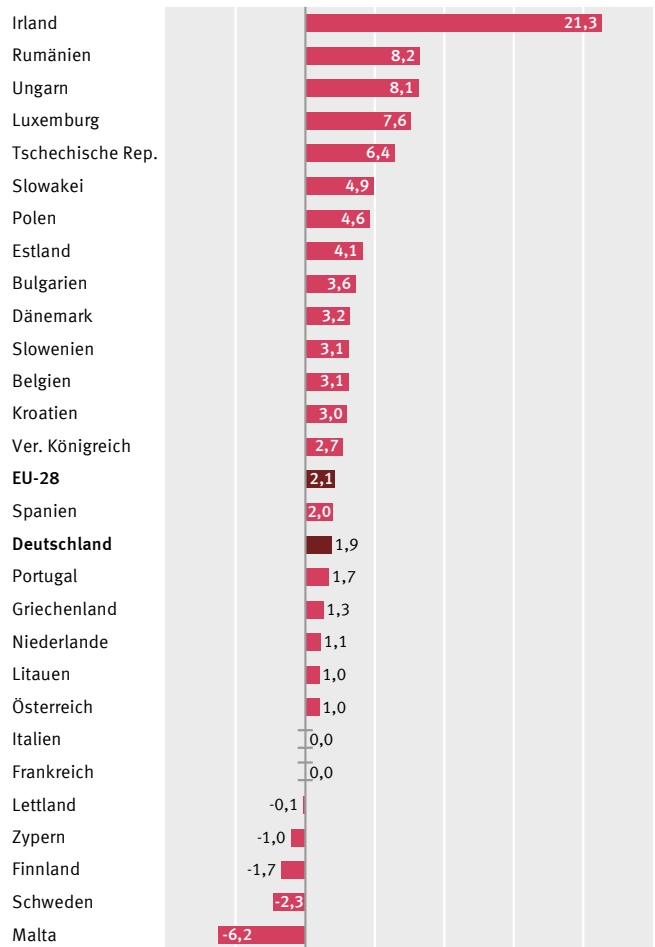
	Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe				
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	Produktionsindex ¹	Umsatzindex ²
	2012		2014		
	Anzahl	Mill. EUR	2010 = 100		
Europa					
Europäische Union	104	109
Belgien	33 972	523 818	47 110	108 ¹³	109 ¹³
Bulgarien	29 715	525 257	4 678	110	124
Dänemark	15 524	364 334	28 765	113	114
Deutschland	203 664	7 169 663	481 847	110	113
Estland	5 927	103 196	2 347	135	143
Finnland	21 848	362 966	23 761	96	101
Frankreich	217 865	3 029 253	193 437	99	109
Griechenland	64 582	311 615	11 874	88 ¹³	102
Irland	3 998	159 004	32 737	120	115
Island
Italien	417 306	3 846 840	199 297	92	98 ¹³
Kroatien	21 330	263 154	4 585	95	98
Lettland	8 981	118 289	1 878	122	129
Litauen	15 133	192 085	2 879	123	133
Luxemburg	822	34 021	2 409	99	100
Malta	93 ¹³	98 ¹³
Niederlande	53 319	687 218	59 907	103	113 ¹³
Norwegen	17 504	231 411	25 102	111	110
Österreich	25 003	616 087	48 315	109	113
Polen	174 700	2 361 455	52 423	117	126
Portugal	69 053	646 425	15 957	99	104
Rumänien	46 004	1 167 452	13 436	131	135
Russische Föderation
Schweden	54 615	654 989	53 205	92	92
Schweiz	20 097 ¹⁴	676 339 ¹⁴	90 775	.	.
Slowakei	66 683	449 880	9 862	133	128
Slowenien	17 182	190 851	6 165	101 ¹³	104 ¹³
Spanien	175 919	1 805 808	95 651	92 ¹³	100 ¹³
Tschechische Republik	173 889	1 225 264	31 464	115	124
Türkei	320 815 ¹⁵	2 584 773 ¹⁵	.	121	173
Ukraine
Ungarn	49 798	670 653	18 020	115	116
Vereinigtes Königreich	124 599	2 492 378	179 783	103	105
Zypern	5 283	32 031	951	72	74

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 Arbeitstäglich bereinigte Daten.
- 2 Arbeitstäglich bereinigte Daten. Zum Teil Eurostat-Schätzungen.
- 3 Vorläufige Werte.
- 4 Abweichende Definition.
- 5 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes 2014
Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber Vorjahr, in %



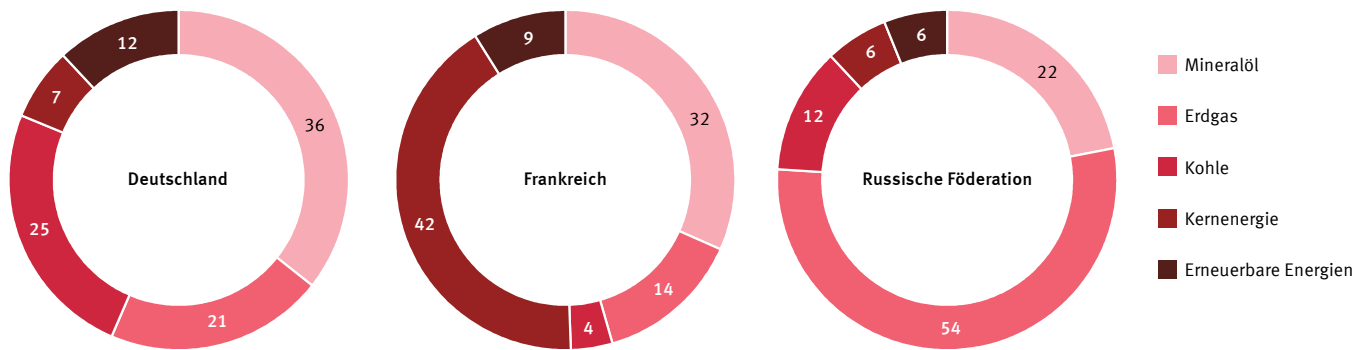
Zum Teil vorläufige Werte
Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2015 - 01 - 0291

A.22 Energie

	Wirtschaftsbereich Energieversorgung ¹⁾			Primärenergieverbrauch		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ⁴⁾					Bruttostromverbrauch ¹⁵⁾
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	insgesamt ¹²⁾	je Einwohner/-in ¹³⁾	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	je Einwohner/-in
	2012			2014					2012		
	Anzahl	Mill. EUR	Mill. t RÖE	t RÖE	%					kWh	
Europa											
Europäische Union	70 066	1 227 300	232 248	1 611,4	3,2	36,8	21,6	16,7	12,3	12,6	6 144
Belgien	533	18 605	5 677	58,7	5,1	51,9	23,0	6,5	13,2	5,4	7 987
Bulgarien	1 703	33 243	1 514	17,9	2,5	21,2	13,2	36,3	20,1	9,3	4 762
Dänemark	1 902	11 160	2 153	17,3	3,1	44,6	16,5	15,1	-	23,9	6 039
Deutschland	1 899	222 351	47 547	311,0	3,8	35,9	20,5	24,9	7,1	11,7	7 270
Estland	231	5 444	524	6 689
Finnland	783	13 805	3 355	26,1	4,8	32,7	8,4	15,7	20,6	22,5	15 687
Frankreich	18 554	178 012	28 822	237,5	3,6	32,4	13,6	3,8	41,5	8,7	7 344
Griechenland	18	21 478	2 702	26,1	2,4	54,2	9,4	24,7	-	11,6	5 511
Irland	211	10 529	3 385	13,7	3,0	47,8	27,1	14,6	-	10,5	5 665
Island	53 203
Italien	8 926	88 208	29 557	148,9	2,4	38,0	34,3	9,0	-	18,6	5 398
Kroatien	388	16 494	801	3 819
Lettland	454	10 792	617	3 588
Litauen	488	12 712	594	5,4	1,9	46,7	42,5	4,2	-	6,6	3 608
Luxemburg	74	1 341	225	14 696
Malta	4 761
Niederlande	765	26 458	7 357	81,1	4,8	48,8	35,6	11,1	1,1	3,2	6 871
Norwegen	1 096	15 459	6 203	46,7	9,1	22,1	9,0	1,4	-	67,4	23 658
Österreich	2 142	29 129	5 472	32,5	3,8	38,7	21,5	8,3	-	31,4	8 507
Polen	2 730	147 917	12 486	95,7	2,5	24,9	15,3	55,3	-	4,6	3 899
Portugal	881	9 194	4 122	24,6	2,4	46,3	13,8	10,2	-	29,7	4 736
Rumänien	1 050	79 663	3 386	33,7	1,7	26,8	31,4	17,2	7,8	16,8	2 604
Russische Föderation	681,9	4,7	21,7	54,0	12,5	6,0	5,8	6 617
Schweden	2 182	31 469	9 310	51,6	5,3	27,9	1,6	3,8	28,7	37,9	14 290
Schweiz	346 ¹⁶⁾	28 484 ¹⁶⁾	7 983	28,7	3,5	36,8	9,3	0,5	21,9	31,4	7 886
Slowakei	358	18 547	2 499	15,0	2,8	23,3	22,3	22,6	23,4	8,5	5 138
Slowenien	1 305	8 713	765	6 778
Spanien	13 986	50 383	22 763	133,0	2,9	44,7	17,8	9,0	9,7	18,7	5 573
Tschechische Republik	5 991	32 886	5 409	40,9	3,9	22,4	16,5	39,2	16,8	5,2	6 305
Türkei	279 ¹⁷⁾	62 139 ¹⁷⁾	5 248 ¹⁷⁾	125,3	1,7	27,0	34,9	28,6	-	9,5	2 794
Ukraine	100,1	2,2	10,1	34,6	33,0	20,0	2,3	3 641
Ungarn	670	25 244	2 248	20,0	2,0	30,2	37,7	11,3	17,7	3,2	3 919
Vereinigtes Königreich	1 829	120 535	28 582	187,9	2,9	36,9	31,9	15,7	7,7	7,8	5 452
Zypern	4 ¹⁸⁾	1 503 ¹⁸⁾	322 ¹⁸⁾	4 057

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2014 in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2015, BP

A.22 Energie

	Primärenergieverbrauch		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹⁴					Bruttostromverbrauch ¹⁵
	insgesamt ¹²	je Einwohner/-in ¹³	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	je Einwohner/-in
	2014							2012
	Mill. t RÖE	t RÖE	%					kWh
Afrika								
Ägypten	86,2	1,0	44,9	50,2	0,9	-	4,1	1 804
Äthiopien	58
Kongo, Dem. Republik	112
Nigeria	155
Südafrika	126,7	2,3	23,0	2,9	70,6	2,9	0,7	4 405
Tansania, Ver. Republik	101
Amerika								
Argentinien	85,8	2,1	36,0	49,5	1,5	1,5	11,7	3 027
Brasilien	296,0	1,5	48,2	12,1	5,2	1,2	33,5	2 509
Chile	35,0	2,0	47,6	12,3	19,3	-	20,8	3 793
Kanada	332,7	9,4	31,0	28,2	6,4	7,2	27,2	15 615
Kolumbien	38,8	0,8	37,2	25,4	10,9	-	26,5	1 130
Mexiko	191,4	1,5	44,5	40,4	7,5	1,1	6,4	2 032
Vereinigte Staaten	2 298,7	7,2	36,4	30,2	19,7	8,3	5,4	12 954
Asien								
Bangladesch	28,2	0,2	20,4	75,4	3,6	-	0,6	280
China	2 972,1	2,2	17,5	5,6	66,0	1,0	9,9	3 475
Indien	637,8	0,5	28,3	7,1	56,5	1,2	6,8	760
Indonesien	174,8	0,7	42,3	19,8	34,8	-	3,2	733
Iran, Islamische Republik	252,0	3,2	37,0	60,8	0,5	0,4	1,4	2 752
Israel	24,0	2,9	42,1	28,3	28,5	-	1,1	7 189
Japan	456,1	3,6	43,2	22,2	27,7	-	6,9	7 752
Korea, Republik	273,2	5,4	39,5	15,7	31,0	13,0	0,7	10 346
Myanmar	152
Pakistan	73,6	0,4	30,7	51,4	6,6	1,5	9,8	447
Philippinen	33,6	0,3	42,7	9,5	34,9	-	12,9	668
Saudi-Arabien	239,5	8,2	59,3	40,7	-	-	0,0	8 763
Thailand	121,5	1,8	43,6	39,0	15,1	-	2,2	2 479
Ver. Arabische Emirate	103,2	10,9	38,1	60,4	1,4	-	0,0	10 175
Vietnam	59,3	0,7	31,6	15,5	32,2	-	20,7	1 273
Australien und Ozeanien								
Australien	122,9	5,2	37,1	21,4	35,6	-	5,9	10 398
Neuseeland	20,8	4,6	34,8	20,8	7,1	-	37,4	9 373

Erläuterungen zur **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** finden Sie in Tabelle A.20.

Primärenergieträger sind Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind.

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Verbrauch von Primärenergie vor der Umwandlung in andere, für den Endverbrauch geeignete Brennstoffe. Dies entspricht der inländischen Produktion von Primärenergieträgern zuzüglich der Einfuhren und Bestandsveränderungen, abzüglich der Ausfuhren und der Brennstoffe für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr.

Die **Rohöleinheit (RÖE)** ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 **Tonne Rohöleinheit (t RÖE)** entspricht 11 630 **Kilowattstunden (kWh)**.

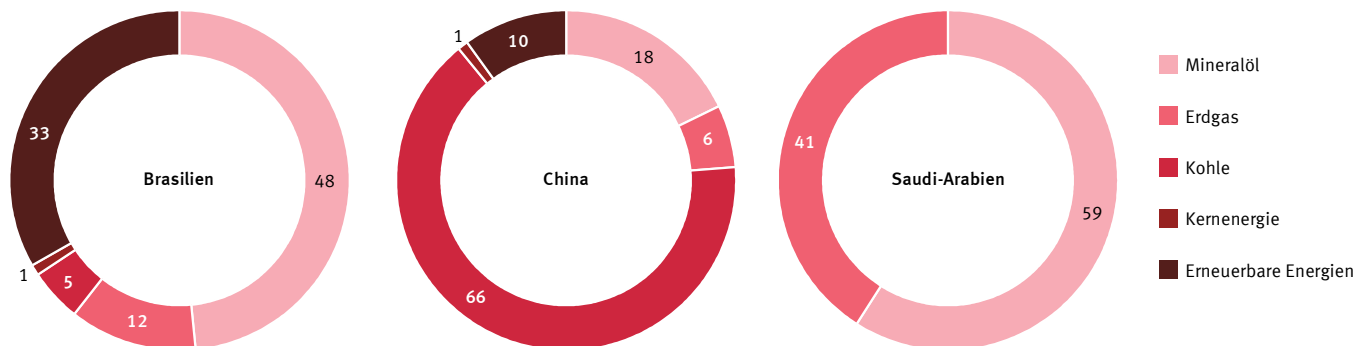
Zu den **erneuerbaren Energien** zählen Wasser- und Windkraft, geothermische Energie, Solar-energie sowie Biomasse.

Der **Bruttostromverbrauch** ist die inländische Bruttostromerzeugung (einschl. Eigenerzeugung) zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

- 1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.
- 2 Quelle: Statistical Review of World Energy 2015, BP.
- 3 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistical Review of World Energy 2015, BP und Weltbank Daten.
- 4 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistical Review of World Energy 2015, BP.
- 5 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.
- 6 Abweichende Definition.
- 7 2009.
- 8 2010.

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2014

in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2015, BP

2015 - 01 - 0292

A.23 Baugewerbe

	Wirtschaftsbereich Baugewerbe				
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Produktionsindex	Baugenehmigungen von Wohnungen in Wohngebäuden
	2012			2014	
	Anzahl	Mill EUR		2010 = 100	
Europa					
Europäische Union	3 280 371	12 730 700	492 897	94	85
Belgien	95 549	317 544	15 687	101	106
Bulgarien	19 068	150 381	1 243	85	124
Dänemark	31 300	166 230	8 864	111	97
Deutschland	274 002	1 962 860	79 087	108	146
Estland	8 376	43 437	916	144	153
Finnland	42 781	182 778	9 437	104	67 ¹
Frankreich	512 864	1 772 057	86 460	90	79
Griechenland	86 873	197 363	4 542	44	14
Irland	28 080 ²	63 054 ²	3 363 ²	98	40
Island
Italien	572 412	1 553 237	53 409	68	45 ¹
Kroatien	20 170	111 447	1 415	69	58
Lettland	8 000	59 775	757	149	86
Litauen	20 242	93 448	952	148	139
Luxemburg	3 365	41 066	2 108	97	160
Malta	3 835	10 217	261	102	66
Niederlande	134 589	474 618	25 217	92	65
Norwegen	52 763	210 095	17 725	123	130
Österreich	32 174	285 320	14 992	104	125
Polen	233 731	890 864	13 325	102	91
Portugal	88 797	344 185	5 811	56	29
Rumänien	44 607	410 340	4 156	97	89
Russische Föderation
Schweden	93 598	353 468	19 635	108	131
Schweiz	20 078	305 013	26 144	105	.
Slowakei	86 412	153 110	2 467	78	99
Slowenien	18 392	62 357	1 241	73	56
Spanien	320 872	1 112 233	40 579	90	36
Tschechische Republik	175 799	395 214	6 025	87	85
Türkei	106 878 ³	681 797 ³	8 753 ³	125	112
Ukraine
Ungarn	60 284	198 317	2 195	107	55
Vereinigtes Königreich	257 192	1 293 991	87 493	102	129
Zypern	6 224	28 575	1 015	42	20

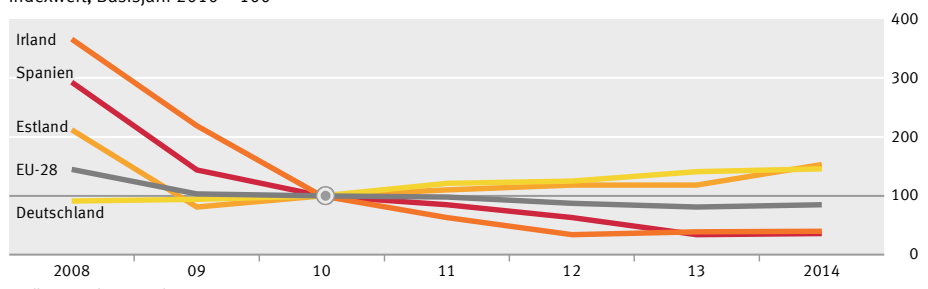
Als **Baugenehmigung** gilt die Erteilung einer bauamtlichen Genehmigung zur Bauausführung. Der Baugenehmigungsindex zählt zu den wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der konjunkturellen Lage und gibt Aufschluss über die zu erwartende Auftragslage im Baugewerbe. Die Bestimmungen und Verfahren für die Erteilung einer Genehmigung sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich.

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 2013.
- 2 2011.
- 3 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Baugenehmigungen von Wohnungen in Wohngebäuden
Indexwert, Basisjahr 2010 = 100



Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2015 - 01 - 0293

A.24 Binnenhandel

	Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen			Tätige Personen nach Wirtschaftsbereichen			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach Wirtschafts-bereichen		
	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen
	2012								
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Europäische Union	3 627 197	1 807 649	806 709	18 588 300	10 493 400	3 781 200	451 549	570 000 ¹² ¹³	136 000 ¹² ¹³
Belgien	80 061	47 671	20 566	324 537	244 683	82 026	14 626	23 509	5 344
Bulgarien	99 718	26 841	12 083	299 099	158 909	45 562	1 089	2 261	321
Dänemark	20 549	15 620	7 777	175 748	189 230	52 667	6 963	13 545	2 735
Deutschland	325 245	150 222	102 459	3 454 251	1 905 028	815 805	84 067	132 387	33 003
Estland	5 304	6 352	2 530	45 994	29 164	10 523	631	904	220
Finnland	21 471	15 145	9 450	164 424	90 038	41 811	6 280	6 704	2 120
Frankreich	463 162	156 579	90 375	1 915 985	1 057 613	413 902	73 027	79 504	18 315
Griechenland ¹²	167 788	67 727	24 735	433 328	287 053	72 115	6 139	7 908	1 107
Irland	20 674	10 072	6 180	208 913	89 125	27 968	6 043	8 777	946
Island
Italien	642 597	402 596	118 220	1 878 684	1 171 665	382 370	46 243	57 889	11 273
Kroatien	17 464	17 305	5 139	134 103	79 032	20 992	1 645	1 650	319
Lettland	14 148	8 301	3 931	91 930	44 164	16 862	774	1 140	181
Litauen	37 262	8 654	8 628	133 596	69 664	34 641	964	1 804	343
Luxemburg	3 117	3 560	726	24 361	16 229	7 177	1 289	2 868	400
Malta ¹²	5 951	2 046	1 263	15 979	10 188	2 692	303	281 ¹⁴	43 ¹⁴
Niederlande	99 083	75 218	28 777	817 213	506 629	144 776	20 109	42 831	6 801
Norwegen	25 549	17 133	8 295	213 964	106 040	46 222	9 891	12 167	3 846
Österreich	40 301	24 504	9 902	355 937	204 610	79 962	11 689	15 379	3 961
Polen	308 750	119 695	84 864	1 232 214	714 304	249 161	12 953	17 266	2 892
Portugal	145 726	61 823	29 173	425 641	234 612	93 796	5 724	6 717	1 422
Rumänien	102 459	51 062	16 202	478 652	324 696	96 823	3 077	4 984	884
Russische Föderation
Schweden	60 876	47 132	20 902	319 588	246 175	81 379	12 675	20 589	4 557
Schweiz	17 870 ¹²	10 418 ¹²	6 923 ¹²	315 211 ¹²	202 389 ¹²	77 758 ¹²	20 917	48 405	5 713
Slowakei	57 703	50 660	8 598	174 165	141 789	26 074	3 340	2 675	774
Slowenien	7 566	13 526	4 189	54 856	45 070	14 609	1 441	1 444	331
Spanien	465 985	201 774	68 125	1 655 084	1 023 526	286 865	40 216	43 422	8 657
Tschechische Republik	132 136	83 250	32 718	357 826	268 344	84 704	4 772	7 060	1 473
Türkei ¹⁵	745 507	188 458	118 113	1 674 029	844 289	283 647	10 026	13 751	2 052
Ukraine
Ungarn	84 429	33 655	19 144	317 382	169 273	66 470	2 461	4 118	724
Vereinigtes Königreich	187 642	102 743	67 279	3 062 192	1 152 564	522 248	82 176	57 378	26 645
Zypern	10 030	3 916	2 774	36 618	20 047	7 208	837	770	172

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

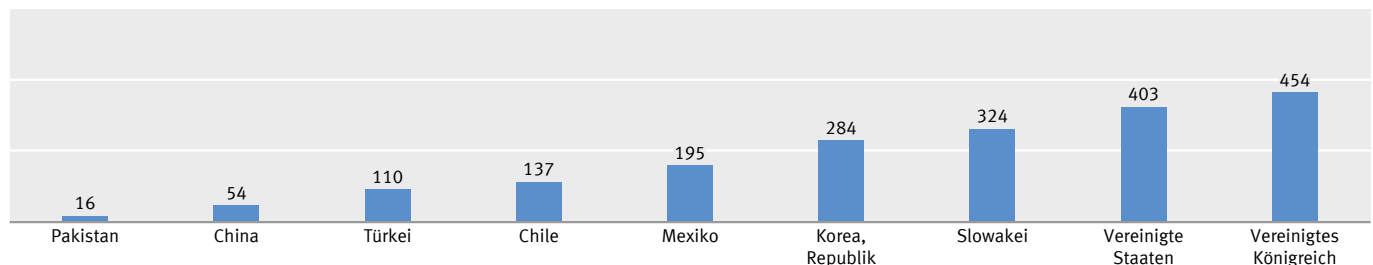
- 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
- 2 Abweichende Definition.
- 3 Schätzung.
- 4 2010.
- 5 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

A.25 Transport und Verkehr

	Wirtschaftsbereich Verkehr und Lagerei ¹			Straßenverkehr ²			Eisenbahnverkehr ²	
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personenkraftwagen	Beförderungsleistung			
					Personenverkehr		Güterverkehr	
	2012			2011			2012	
Anzahl		Mill. EUR	je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm	
Europa								
Europäische Union	1 133 151	10 554 900	487 719
Belgien	17 070	211 852	15 437	492	134 005	43 658	10 848	5 439
Bulgarien	19 003	153 931	1 604	367	10 843	17 943	1 876	2 850
Dänemark	11 812	150 556	10 813	395	68 407	12 025	7 644	.
Deutschland	87 819	2 012 376	91 603	531	994 312	468 900	80 210	105 894
Estland	4 479	38 559	1 109	428	2 258	7 365	237	4 807
Finnland	22 541	147 168	7 738	475	73 900	23 770	4 035	9 275
Frankreich	98 574	1 382 332	79 732	482	864 100	293 000	85 634	31 616
Griechenland	64 605	170 566	5 017	461	119 500	20 597	1 413	538
Irland	9 152	75 902	5 196	418	52 900	9 941	1 578	91
Island	646	5 400	810	.	.
Italien	131 755	1 075 959	52 484	605	665 818	118 565	38 676	11 249
Kroatien	9 208	77 279	1 641	345	3 145	8 926	1 104	2 332
Lettland	6 303	72 804	1 517	298	13 331	12 131	89	16 930
Litauen	9 843	103 326	1 758	565	32 309	21 512	403	14 172
Luxemburg	974	23 020	1 530	667	7 600	8 837	373	189
Malta	1 401	9 623	343	595	2 700	250	.	.
Niederlande	31 485	411 035	26 059	471	166 700	75 747	17 098	.
Norwegen	21 610	152 338	16 988	480	62 777	16 965	2 764	.
Österreich	13 855	207 844	14 358	536	85 600	16 997	10 353	21 683
Polen	141 739	729 459	12 541	470	241 540	218 888	14 720	32 904
Portugal	22 899	153 419	5 944	446	93 800	37 472	3 443	2 064
Rumänien	34 064	330 643	3 995	203	28 340	26 347	4 148	11 200
Russische Föderation	233 ¹³	138 588	247 936	144 612	2 222 388
Schweden	29 899	271 725	14 971	466	109 200	33 400	6 415	.
Schweiz	4 350	205 745	21 770	526	94 066	17 510	17 738	8 110
Slowakei	16 734	120 525	2 977	324	31 568	29 045	4 863	7 262
Slowenien	8 491	44 319	1 621	520	702	15 931	742	3 227
Spanien	200 928	861 297	39 512	483	391 711	264 806	22 387	7 507
Tschechische Republik	40 064	267 444	5 840	437	80 304	54 830	6 907	11 423
Türkei	110	242 265	203 072	4 598	10 691
Ukraine	151	50 881	38 596	49 203	237 722
Ungarn	28 578	219 520	3 881	298	71 685	34 528	5 887	1 179
Vereinigtes Königreich	66 739	1 214 546	77 778	454	708 000	152 990	64 324	19 230 ¹⁴
Zypern	3 137	17 849	723	421	7 200	924	.	.

Personenkraftwagen 2011
je 1 000 Einwohner/- innen



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2015 - 01 - 0294

A.25 Transport und Verkehr

	Straßenverkehr ¹²			Eisenbahnverkehr ¹²	
	Personenkraftwagen	Beförderungsleistung		Personenverkehr	Güterverkehr
		Personenverkehr	Güterverkehr		
	2011			2012	
je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm	
Afrika					
Ägypten	34 ¹³	12 793 ¹⁵	.	40 837	1 592
Äthiopien	1 ¹⁶
Kongo, Dem. Republik	22	170
Nigeria	31 ¹⁶
Südafrika	112 ¹⁷	.	.	18 865 ¹⁷	113 342
Tansania, Ver. Republik	4 ¹⁶	8 ¹⁵	7 ¹⁵	.	.
Amerika					
Argentinien	35 925	.	8 588	12 111
Brasilien	179 ¹³	.	.	.	267 700
Chile	137	.	.	840	4 032
Kanada	420 ¹³	493 000 ¹³	136 393	2 781	352 535
Kolumbien	52 ¹³	.	65 688 ¹³	.	.
Mexiko	195	465 600	226 900	449	69 185
Vereinigte Staaten	403	6 798 346	1 929 201 ¹³	9 518	2 524 585
Asien					
Bangladesch	2 ¹⁷	.	.	7 305	710
China	54	1 676 025	5 137 474	795 639	2 518 310
Indien	11 ¹³	.	1 106 500 ¹⁷	978 508	625 723
Indonesien	39	.	.	20 283	7 166
Iran, Islamische Republik	113 ¹⁵	.	.	17 172	22 604
Israel	282	.	.	1 927	1 099
Japan	455	898 720 ¹³	254 078 ¹⁷	244 591	20 255
Korea, Republik	284	112 910	.	21 603	9 996
Myanmar	5	56 ¹⁷	4	.	.
Pakistan	16	322 765	177 954	20 619	1 757
Philippinen	9 ¹⁷
Saudi-Arabien	297	1 852
Thailand	74	.	.	7 504	2 455
Ver. Arabische Emirate	237 ¹⁶
Vietnam	14 ¹⁶	69 197 ¹⁷	36 179 ¹⁷	4 558	3 959
Australien und Ozeanien					
Australien	559	323 660	194 906	1 500 ¹⁷	59 649
Neuseeland	597	.	18 110	.	.

Die **Beförderungsleistung im Güterverkehr** ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der zurückgelegten Transportstrecke. Die so ermittelte Beförderungsleistung wird in der Maßeinheit **Tonnenkilometer (tkm)** gemessen. Werden in einem Lkw beispielsweise 15 Tonnen (t) Güter über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Die **Beförderungsleistung im Personenverkehr (Pkm)** gemessen. Sie berechnet sich durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern. Fahren beispielsweise 30 Personen in einem Bus eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Weitere Erläuterungen zu diesen Indikatoren siehe Tabelle A.20.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 2009.

4 2011.

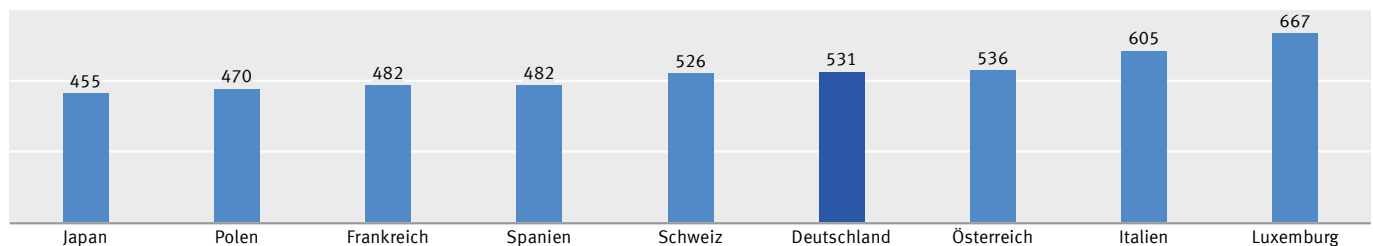
5 2008.

6 2007.

7 2010.

Personenkraftwagen 2011

je 1 000 Einwohner/- innen



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

A.26 Gastgewerbe, Tourismus

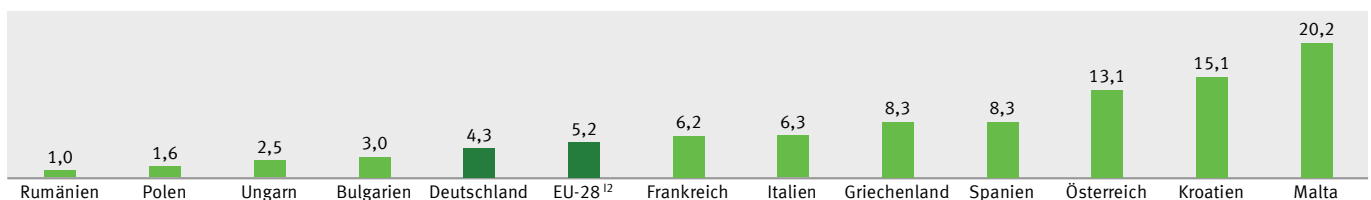
	Wirtschaftsbereich Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) ¹			Hotels, Gasthöfe und Pensionen ²		
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Unternehmen	Betten	Übernachtungen
	2012			2013		
	Anzahl		Mill. EUR	Anzahl	1 000	
Europa						
Europäische Union	1 827 127	10 398 600	213 549	202 887	13 575	1 704 590
Belgien	49 995	171 573	4 654	1 713	129	18 150
Bulgarien	26 540	140 011	614	2 055	262	19 914
Dänemark	13 740	67 103	2 695	514	87	12 882
Deutschland	217 164	1 989 478	33 298	34 692	1 758	254 821
Estland	2 160	20 018	214	404	32	4 757
Finnland	11 788	66 052	2 131	828	137	16 361
Frankreich	252 627	991 789	34 252	17 171	1 259	205 100
Griechenland	91 568	262 252	2 947	9 675	773	70 089
Irland	15 155	150 399	3 034	2 704	157	23 385
Island	344	23	2 834
Italien	307 878	1 321 676	26 922	33 316	2 234	254 759
Kroatien	17 545	89 012	1 094	897	162	21 094
Lettland	3 384	28 440	185	255	23	2 954
Litauen	4 535	37 041	192	414	28	3 400
Luxemburg	2 778	17 937	628	243	15	1 570
Malta	2 075	16 141	262	153	42	8 265
Niederlande	46 716	396 911	8 606	3 510	244	37 390
Norwegen	10 887	89 209	3 688	.	.	.
Österreich	44 526	276 104	7 797	13 073	601	85 772
Polen	49 475	239 841	2 191	3 485	274	32 734
Portugal	83 103	270 455	3 083	2 331	310	42 507
Rumänien	23 499	154 146	729	2 292	215	16 538
Russische Föderation
Schweden	30 030	171 551	5 618	2 045	236	29 433
Schweiz	17 309	211 842	9 583	5 191	271	35 624
Slowakei	16 352	49 977	588	1 439	92	7 680
Slowenien	8 524	32 851	566	639	44	6 175
Spanien	278 150	1 219 066	24 410	19 610	1 868	286 030
Tschechische Republik	60 501	168 801	1 563	6 301	318	31 897
Türkei ³	201 767	608 773	3 559	.	.	.
Ukraine
Ungarn	31 444	128 465	759	2 064	173	18 964
Vereinigtes Königreich	128 849	1 909 977	43 363	40 272	2 018	.
Zypern	5 222	37 806	1 030	792	85	14 022

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Daten beziehen sich auf alle Unternehmen der Wirtschaftsgliederung „Gastgewerbe/ Beherbergung und Gastronomie“.
- 2 Quelle: Tourismusstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.
- 3 2009.

Tourismusintensität 2013

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ¹ je Einwohner/-in



- 1 Zu den Beherbergungsbetrieben zählen neben Hotels, Gasthöfen und Pensionen auch Campingplätze, Ferienunterkünfte (inkl. Jugendherbergen) und sonstige tourismusrelevante Unterkünfte (z.B. Schulungsheime).
- 2 Schätzung.

A.27 Weitere Dienstleistungen

	Unternehmen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Tätige Personen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹		
	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen
2012									
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Europäische Union	958 737	1 291 726	3 904 761	5 961 000	2 693 500	11 462 200	517 362	252 142	599 699
Belgien	27 568	38 973	114 349	121 778	65 500	261 526	13 959	5 889	19 286
Bulgarien	9 286	18 784	36 717	73 773	35 253	93 027	1 663	483	1 044
Dänemark	14 960	27 397	32 290	115 025	34 813	153 657	9 749	8 688	11 067
Deutschland	94 541	197 145	380 257	1 066 733	477 245	2 119 026	102 035	66 346	121 715
Estland	3 401	4 919	10 066	19 025	10 687	24 977	647	472	504
Finnland	9 322	18 434	34 900	92 934	20 771	113 557	7 672	4 394	6 487
Frankreich	125 611	228 741	471 053	797 429	342 101	1 418 623	77 186	37 591	95 510
Griechenland	12 512	5 766	111 256	74 722	8 602	211 533	3 651	329	5 033
Irland	8 020	8 487	25 870	70 430	22 657	104 719	12 499	847	6 091
Island
Italien	97 280	235 434	710 017	545 445	289 132	1 182 925	49 279	18 486	50 998
Kroatien	5 848	4 336	21 066	37 467	9 616	77 885	1 568	406	1 638
Lettland	4 523	11 850	15 691	22 316	28 782	37 129	634	567	501
Litauen	2 914	8 262	17 902	25 118	19 586	50 800	697	467	708
Luxemburg	1 921	2 832	7 133	16 069	3 408	28 639	2 627	948	2 554
Malta	1 040	1 560	3 375	6 443	1 752	9 990	386	121	418
Niederlande	62 801	31 691	237 597	269 087	78 094	614 841	25 128	14 964	35 145
Norwegen	14 889	45 849	42 182 ^{1,2}	89 565	27 218	125 263 ^{1,2}	12 660	10 286	14 330
Österreich	17 662	19 126	61 892	102 623	49 198	224 100	8 328	8 702	12 838
Polen	65 794	41 713	211 308	280 511	173 770	531 254	12 159	4 778	9 896
Portugal	14 385	27 953	109 674	80 682	45 902	209 966	4 977	1 192	4 616
Rumänien	17 508	12 737	52 337	142 568	44 041	195 297	3 533	1 302	2 585
Russische Föderation
Schweden	55 225	58 193	167 232	199 832	79 995	290 116	18 105	17 133	18 914
Schweiz ^{1,2}	5 516	2 212	20 702	127 024	25 215	247 103	20 113	3 643	31 277
Slowakei	14 760	7 832	52 524	52 324	25 043	100 823	2 668	855	2 051
Slowenien	6 663	2 338	24 586	23 284	4 972	51 490	1 137	210	1 340
Spanien	52 063	117 464	343 809	419 802	183 390	927 788	32 795	13 332	34 921
Tschechische Republik	35 652	48 407	172 067	115 384	60 049	247 583	5 842	2 907	5 793
Türkei ^{1,3}	26 881	20 043	130 882	160 108	41 021	354 740	6 857	387	7 257
Ukraine
Ungarn	33 921	31 338	109 614	110 152	65 808	208 277	3 911	1 670	3 116
Vereinigtes Königreich	162 525	79 213	361 381	1 071 294	509 855	1 968 520	113 570	38 905	144 477
Zypern	957	689	5 338	9 037	1 561	21 813	586	57	928

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Abweichende Definitionen.

3 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Methodik

■ Datenquellen

Die im Kapitel „Internationales“ aufgeführten Statistiken stammen aus zahlreichen amtlichen internationalen Statistikquellen.

Um das Datenspektrum zu erweitern, wurden im Einzelfall auch nicht amtliche Quellen genutzt. Hierzu zählen BP und MEDIA Salles.

In vielen Fällen finden sich methodische Hinweise zu den Daten in den Erläuterungstexten direkt neben der jeweiligen Tabelle. Weitere methodische Hinweise zu den jeweiligen Indikatoren sind den folgenden Originalquellen zu entnehmen.

BP p.l.c.

> www.bp.com/statisticalreview

DWD – Deutscher Wetterdienst

> www.dwd.de

EuroGeographics

> www.eurogeographics.org

Europäisches Parlament – Ergebnisse der Wahlen 2014

> europarl.europa.eu/elections2014-results

Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union

> ec.europa.eu/eurostat

FAO – Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen

> faostat.fao.org

IEA – Internationale Energieagentur

> iea.org/statistics

ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

> ilo.org/kilm

> ilo.org/ilostat

IMF – Internationaler Währungsfonds

> imf.org/external/data.htm

> data.imf.org

ITU – Internationale Fernmeldeunion, Vereinte Nationen

> itu.int/ITU-D/ict

JRC – Europäische Kommission: Joint Research Centre – EDGAR Datenbank

> edgar.jrc.ec.europa.eu

MEDIA Salles

> www.mediasalles.it

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

> stats.oecd.org

UN Comtrade – Außenhandelsdatenbank der Vereinten Nationen

> comtrade.un.org

UNCTAD – Konferenz für Handel und Entwicklung, Vereinte Nationen

> unctadstat.unctad.org

UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

> data.uis.unesco.org

UN DESA – Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA):

Abteilung Bevölkerung, Vereinte Nationen

> www.un.org/esa/population

Weltbank – World Development Indicators

> data.worldbank.org

WHO – Weltgesundheitsorganisation, Global Health Observatory

> www.who.int/gho/en

Hinweise zur Auswahl der Staaten und zur territorialen Abgrenzung im Kapitel „Internationales“

Einseitige Tabellen | Diese enthalten ausschließlich Daten zu europäischen Staaten. Aufgelistet sind alle EU- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie einige weitere, bevölkerungsreiche europäische Staaten.

Zweiseitige Tabellen | Diese umfassen sämtliche EU-, G20- und OECD-Staaten, die sogenannten BRICS- und Next Eleven Staaten, alle NAFTA- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie die weltweit 30 bevölkerungsreichsten und 30 wirtschaftlich stärksten Staaten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt).

Daten zu allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen finden Sie in der Übersichtstabelle „Auf einen Blick“ (A.0). In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die zwei Staaten mit UN-Beobachterstatus – der Vatikan und die Palästinensischen Gebiete.

Hinsichtlich der territorialen Abgrenzung der Staaten gilt in der Regel: China ohne Hongkong, Macau und Taiwan. Dänemark ohne Färöer und Grönland. Frankreich einschl. Überseegebiete. Israel ohne Palästinensische Gebiete. Niederlande ohne Überseegebiete. Portugal einschl. Azoren und Madeira. Spanien einschl. Balearen und Kanarische Inseln sowie einschl. Ceuta und Melilla. Zypern nur Republik Zypern (griechischer Teil der Insel). Detaillierte Erläuterungen zur jeweiligen territorialen Abgrenzung sind den entsprechenden Quellen zu entnehmen.

■ Mitgliedstaaten internationaler Organisationen

Europäische Union | Die Europäische Union umfasst derzeit 28 Mitgliedstaaten (EU-28). Zuletzt traten im Jahr 2007 Bulgarien und Rumänien und im Jahr 2013 Kroatien der EU bei. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr zur Europäischen Union bzw. zu einer der Vorgängerorganisationen. Fünf Staaten haben derzeit offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten: Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei.

Belgien (1957)
 Bulgarien (2007)
 Dänemark (1973)
 Deutschland (1957)
 Estland (2004)
 Finnland (1995)
 Frankreich (1957)
 Griechenland (1981)
 Irland (1973)
 Italien (1957)
 Kroatien (2013)
 Lettland (2004)
 Litauen (2004)
 Luxemburg (1957)
 Malta (2004)
 Niederlande (1957)
 Österreich (1995)
 Polen (2004)
 Portugal (1986)
 Rumänien (2007)
 Schweden (1995)
 Slowakei (2004)
 Slowenien (2004)
 Spanien (1986)
 Tschechische Republik (2004)
 Ungarn (2004)
 Vereinigtes Königreich (1973)
 Zypern (2004)

Eurozone | Die Eurozone (auch Euroraum genannt) umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, die den Euro als Landeswährung eingeführt haben. Derzeit besteht die Eurozone aus 19 Mitgliedstaaten. Jüngstes Beitrittsland ist Litauen, das am 1.1.2015 den Euro einführte. Im Folgenden sind sämtliche Mitgliedstaaten der Eurozone aufgelistet. In Klammern angegeben ist jeweils das Jahr der Einführung des Euro-Buchgelds. Die Bargeldeinführung erfolgte bei den Gründungsstaaten erst mit Zeitverzug. Bei den späteren Erweiterungen erfolgte die Buch- und Bargeldeinführung stets zeitgleich.

Belgien (1999)
 Deutschland (1999)
 Estland (2011)
 Finnland (1999)
 Frankreich (1999)
 Griechenland (2001)
 Irland (1999)
 Italien (1999)
 Lettland (2014)
 Litauen (2015)
 Luxemburg (1999)
 Malta (2008)
 Niederlande (1999)
 Österreich (1999)
 Portugal (1999)
 Slowakei (2009)
 Slowenien (2007)
 Spanien (1999)
 Zypern (2008)

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) | Die Europäische Freihandelsassoziation wurde 1960 gegründet. Zielsetzung war die Förderung von Wachstum und Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten sowie die Vertiefung des Handels mit anderen westeuropäischen Staaten. Viele ehemalige EFTA-Staaten sind später der Europäischen Union beigetreten. Derzeit umfasst die EFTA noch vier Staaten. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr.

Island (1970)
 Liechtenstein (1991)
 Norwegen (1960)
 Schweiz (1960)

Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen | Derzeit umfassen die Vereinten Nationen insgesamt 193 Staaten. Eine Auflistung dieser Staaten finden Sie nach Kontinenten gegliedert in der Tabelle A.0.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) | Die OECD ist ein Zusammenschluss von Industrienationen, der die Förderung von Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum zum Ziel hat. Die Organisation entstand 1961 aus der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die 34 Mitgliedstaaten sind den Prinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet. Mit Costa Rica, Lettland, Litauen und Kolumbien werden derzeit Beitrittsgespräche geführt. Aufgelistet sind die derzeitigen Mitgliedstaaten unter Angabe des jeweiligen Beitrittsjahres.

Australien (1971)
 Belgien (1961)
 Chile (2010)
 Dänemark (1961)
 Deutschland (1961)
 Estland (2010)
 Finnland (1969)
 Frankreich (1961)
 Griechenland (1961)
 Island (1961)
 Irland (1961)
 Israel (2010)

Italien (1962)
 Japan (1964)
 Kanada (1961)
 Korea, Republik (1996)
 Luxemburg (1961)
 Mexiko (1994)
 Neuseeland (1973)
 Niederlande (1961)
 Norwegen (1961)
 Österreich (1961)
 Polen (1996)
 Portugal (1961)
 Schweden (1961)
 Schweiz (1961)
 Slowakei (2000)
 Slowenien (2010)
 Spanien (1961)
 Tschechische Republik (1995)
 Türkei (1961)
 Ungarn (1996)
 Vereinigtes Königreich (1961)
 Vereinigte Staaten (1961)

G20-Staaten | Die G20 ist ein seit 1999 bestehender Zusammenschluss von 19 Staaten und der Europäischen Union. Bei den jährlichen Gipfeltreffen wird über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Finanzmarktregulierung und wirtschaftliche Reformen diskutiert.

Argentinien
 Australien
 Brasilien
 China
 Deutschland
 Europäische Union
 Frankreich
 Indien
 Indonesien
 Italien
 Japan
 Kanada
 Korea, Republik
 Mexiko
 Russische Föderation
 Saudi-Arabien
 Südafrika
 Türkei
 Vereinigtes Königreich
 Vereinigte Staaten

BRICS, Next Eleven | Zu den BRICS-Staaten, einer Vereinigung von fünf aufstrebenden Volkswirtschaften, zählen Brasilien, die Russische Föderation, Indien, China und Südafrika. Der Begriff BRICS stammt vom amerikanischen Volkswirt Jim O'Neill. 2005 identifizierte O'Neill eine weitere Gruppe aufstrebender Staaten und bezeichnete diese als Next Eleven (N-11). Die N-11 Staaten umfassen Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Korea (Republik), Türkei und Vietnam.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen weitere Veröffentlichungen unseres Hauses zum Thema „Internationales“. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Unter www.destatis.de/international gelangen Sie direkt zum Angebot der internationalen Statistik.

Unter www.destatis.de/europa finden Sie statistische Informationen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes eine Auswahl an internationalen Schlüsselindikatoren in Form von Zeitreihen an. Diese Indikatoren stammen aus unterschiedlichen Quellen der internationalen amtlichen Statistik (z. B. Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Weltgesundheitsorganisation). Daten zur *Internationalen Statistik* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 9 (Nationale und internationale Indikatorensysteme) und dort unter dem Code 999.

Weitere Veröffentlichungen

Auf einen Blick

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa (2012)
Europa 2020, die Zukunftsstrategie der EU (2013)
G7 in Zahlen (2015)

Länderprofile

Statistische Länderprofile zu allen G20-Staaten

Kompakt

Balance halten: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2014)
Deutschland im EU-Vergleich (2015)
Deutschland im internationalen Vergleich (2014)

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur die Seiten angegeben, auf denen innerhalb eines Abschnitts das Stichwort zum ersten Mal erscheint. Es empfiehlt sich daher, auch die nachfolgenden Seiten auf weitere Angaben zu diesem Stichwort durchzusehen. Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Anhang „Internationales“.

A

Abfälle, Abfallwirtschaft

- Abfallbilanz 453
- Abfallgebühren 462
- Abfallmenge 453, 666
- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Recyclingquote 453
- Umsatz 446
- Verwertungsquote 453

Abgeordnete (Sitze)

- Deutscher Bundestag 287
- Europäisches Parlament 287
- Länderparlamente 293

Abgeurteilte 309

Abschreibungen 265, 319, 457

Abtreibungen *siehe Schwangerschaftsabbrüche*

Abwasser

- Abwassergebühren 462
- Entsorgung 449
- Klärschlamm Entsorgung 450

Adoptionen 42, 61

AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) 98

Alkohol 177

- Alkoholrausch (akute Intoxikation) 121
- Steuern 267
- Straßenverkehrsunfälle 598

Alleinerziehende 51

Alleinstehende 51

Alphabetisierungsgrad 638

Altenquotient 636

Ältere Erwerbstätige 356

Amtsvormundschaft 240

Anlagevermögen 265, 328

Aquakultur 495

Äquivalenzeinkommen 179

Arbeitnehmer/-innen *siehe Beschäftigte*

Arbeitskosten 381, 658

Arbeitslose

- Arbeitslosenquote 363
- Personengruppen 362

Arbeitslosengeld 345

- Einnahmen der privaten Haushalte 168
- nach SGB II 234
- nach SGB III 229

Arbeitslosenversicherung 226

- Arbeitslosengeld nach SGB III 229
- Ausgaben 229, 646
- Kurzarbeit 229

Arbeitsproduktivität 323

Arbeitsstunden 322, 457

- bezahlte Wochenarbeitszeit 374
- geleistete 350, 564

Archive, staatliche 197

Armutsgefährdung

- Äquivalenzeinkommen 179
- Armutsgefährdungsgrenze 180
- Armutsgefährdungsquote 179

Ärzte/Ärztinnen 640

Asyl 41, 234

Atypisch Beschäftigte 345, 352

Auftragsbestandsindex (Baugewerbe) 563

Auftragseingangindex

- Baugewerbe 563
- Verarbeitendes Gewerbe 535

Aufwendungen

- Forschung und Entwicklung 104
- Handel 579
- Umweltschutz 445

Ausbildung

- Ausbildungsberichterstattung 82
- Auszubildende 77, 89
- Berufe 90
- Berufsausbildung 82
- schulische Ausbildung 78

Ausfahrpreise 391

Ausgaben

- an übrige Welt 333
- Asylbewerberleistungen 234
- Bildung 100, 259, 638
- der privaten Haushalte 168
- des Staates 331
- Forschung und Wissenschaft 100
- Gesundheitswesen 141, 640
- Hochschulen 101
- Kinder- und Jugendhilfe 240
- Kultur 193, 203
- öffentliche Ausgaben 254, 259, 647
- Sozialhilfe 232
- Sozialleistungen 226, 646
- Sozialversicherungen 226

Ausländische Bevölkerung 26, 40

- allgemeinbildende Schulen 84
- Arbeitslose 362
- Asyl 41, 234
- Bevölkerungsstand 26
- Eheschließungen 52
- Geborene 35
- Gestorbene 39
- Herkunftsländer 40
- Kindergeld 61
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 359

Ausländische Bevölkerung 26, 40
 Studierende 92
 Tourismus 607
 Verurteilte 309
 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 239
 Wanderungen 43

Außenbeitrag 319, 652

Außenhandel 413

 Ausfuhr, Einfuhr 432
 Ausfuhr-, Einfuhrpreise 391
 Außenhandelsbilanz 662
 Einfuhrländer 414
 Einnahmen und Ausgaben an, aus übrige(r) Welt 333
 EU-Handel 417
 Export, Import 413
 Handelspartner 413
 Handelswaren 417

Ausstattung der privaten Haushalte 167, 172

Auszubildende 77, 89

B

Bafög (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 98

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 568, 674

Bau- und Immobilienpreise 400

Beamte/Beamtinnen 357

 Besoldung 380
 Bruttostundenverdienste 373

Beförderungen (Verkehr)

 Güter 590, 676
 Personen 587

Beherbergung, Gaststätten *siehe auch Tourismus*

 Ausgaben der privaten Haushalte 168
 Verbraucherpreise 402

Behinderte Menschen

 Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 238
 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 233
 Paralympische Spiele 215
 schwerbehinderte Menschen 124, 362
 Schwerbehindertenquote 125

Bekleidung und Schuhe

 Ausgaben der privaten Haushalte 168
 Produktion 542
 Verbraucherpreise 402

Berge 14

Berufe

 Ausbildungsberufe 89
 freie 269
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 359

Beschäftigte 346

 atypisch Beschäftigte 345, 352
 ausländische 359
 Baugewerbe 564, 674
 befristet Beschäftigte 352
 Computer- und Internetnutzung 522
 Energie 672
 Gastgewerbe und Tourismus 608, 678

Beschäftigte 346

 geringfügig Beschäftigte 352, 359, 376
 Handel 575
 Handwerksunternehmen 523
 Landwirtschaft 479
 Mindestlöhne 380
 Normalarbeitnehmer/-innen 345, 352
 öffentlicher Dienst 357
 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 505
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 359, 525
 Tarifverdienste 381
 Teilzeitbeschäftigte 352, 357, 360, 376, 608
 Transport und Verkehr 586, 676
 Unternehmensinsolvenzen 517
 Verarbeitendes Gewerbe 536, 671
 Verdienste 373
 Vollzeitbeschäftigte 357, 360, 376, 608
 weitere Dienstleistungen 619
 Zeitarbeit 352

Betriebe

 Baugewerbe 564
 Betriebsaufgaben, -gründungen 513
 Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 557
 Forstwirtschaft 483
 Gastgewerbe und Tourismus 609
 Landwirtschaft 475
 Verarbeitendes Gewerbe 536

Bevölkerung 14, 25

 Alphabetisierungsgrad 638
 Alter, Altersgruppen 25, 32
 ausländische 26
 Bevölkerungsdichte 26
 Bevölkerungsentwicklung 26, 631, 636
 Bevölkerungsstand 26, 636
 Bildungsstand 78
 Erwerbsbeteiligung 322, 345
 gesundheitliche Lage 120
 Kinder 57
 Migration 40
 Privathaushalte 49
 Religionszugehörigkeit 63
 überwiegender Lebensunterhalt 345
 Vorausberechnung 48, 636

Bibliotheken 196

Bildung, Bildungswesen

 Alphabetisierungsgrad 638
 Ausbildung 82
 Ausgaben der privaten Haushalte 168
 Auszubildende 77, 89
 Benchmarks, nationale 77
 Bildungsbeteiligung 77, 82
 Budget 100
 Hochschulen 91
 öffentliche Ausgaben 259, 638
 Schulen 83
 Studierende 638
 Studium 82
 Verbraucherpreise 402
 Weiterbildung, berufliche 96

Bildungsabschlüsse

 allgemeiner Schulabschluss 78

Bodensanierung

- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445

Body-Mass-Index 132

Bruteier 493

Bruttobetriebsüberschuss

- Gastgewerbe und Tourismus 608
- Handel 577
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 508
- Transport und Verkehr 586

Bruttoinlandsprodukt 319, 325, 336, 462, 631, 652

Bruttonationaleinkommen 320

Bruttowertschöpfung 319, 670

- Baugewerbe 674
- Energie 672
- Gastgewerbe und Tourismus 608, 678
- Handel 575
- Landwirtschaft 652
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 505, 652
- Transport und Verkehr 586, 676
- Verarbeitendes Gewerbe 671
- weitere Dienstleistungen 619

Buchproduktion 196

Bundesfreiwilligendienst 210

Bundeskanzler/-in 287

Bundespatentgerichte 305

Bundesrat 294

Bundesregierung 294

Bundestag, Deutscher 287

- Bundestagswahlen 288

Bundesverfassungsgericht 304

Bus- und Bahnverkehr 587

C

Chöre 199

Cloud Computing 520

Computer

- Ausstattung der privaten Haushalte 167, 172

D

Defizitquote 323

Demografie

- Bevölkerungsvorausberechnung 48, 636
- Geborene und Gestorbene 33
- Lebenserwartung 38, 636
- Migration 40
- Wanderungen 43

Deprivationsindikatoren 178

Direktinvestitionen 432

Düngemittel 482

E

E-Commerce 521

Ehe

- Ehelösungen, -scheidungen 53
- Eheschließungen 52

Ehe

- Ehelösungen, -scheidungen 53
- Eheschließungen 52
- Familienstand, bisheriger 52
- Heiratsalter, durchschnittliches 52

Eiererzeugung 493

Eigentümerhaushalte 642

Einbürgerungen 42

Einfuhrpreise 391

Einkommen

- Bruttonationaleinkommen 320
- der privaten Haushalte 167
- Primäreinkommen 330
- verfügbares 322, 332
- Zurechtkommen mit dem Einkommen 178
- zu versteuerndes 268

Einkommensteuer 253, 267

- Ausgaben der privaten Haushalte 168
- Besteuerungsgrundlagen 268
- Einkommensteuerpflichtige 269

Einnahmen

- aus übriger Welt 333
- der privaten Haushalte 168
- des Staates 331
- Kinder- und Jugendhilfe 240
- öffentliche Einnahmen 254, 648
- Sozialversicherungen 228
- Steuern 253, 267, 462, 648
- umweltbezogener Steuern und Gebühren 462

Eisenbahnverkehr 676

- Eisenbahn-Infrastruktur 596
- Güterverkehr 590
- kombinierter Verkehr 590
- Personenfernverkehr 587

Elektrizitätserzeugung 554

Elterngeld 61, 226

Emissionen 457, 666

Energie 457

- Bruttostromerzeugung 553
- Elektrizitätserzeugung 554
- Energiepreise 392
- Energiesteuer 253, 267, 462
- Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 557
- erneuerbare Energien 553
- Erzeugerpreise 397
- öffentliche Ausgaben 259
- Primärenergieverbrauch 458, 462, 672
- Strom- und Wärmeerzeugung 555
- Verwendung von Energieträgern 459

Engagement, bürgerschaftliches 210

Engpassleistung (Energie) 554

Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 434

Erbschaftsteuer 267, 273

Erneuerbare Energien 553

Ersparnis 332

Sparquote 323

Erwerbsbeteiligung 322, 345

Erwerbstätigenquote 323, 656

überwiegender Lebensunterhalt 348

Erwerbsformen 345

atypische 352

Erwerbslose 345

Erwerbslosenquote 323, 354, 656

Langzeiterwerbslose 362

Erwerbspersonen 345, 656

Erwerbstätige 345

Ältere Erwerbstätige 356

Arbeitsproduktivität 323

Erwerbstätigenquote 353

Kapitalintensität, -produktivität 327

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 656

Wirtschaftsbereiche 348

Erzeugerpreise 391

Dienstleistungen 398

forstwirtschaftlicher Produkte 396

gewerblicher Produkte 397

Europäisches Parlament 287

Europawahlen 292

Exporte 333, 413, 432

Ausfuhrpreise 391

Export-Performance-Index 422

Exportquote 422, 536, 662

F

Fachgerichte 307

Fahrgäste 587

Fahrverbote 310

Familien 51

Ausgaben (Sozialleistungen) 646

Familienformen 57

Migrationshintergrund 57

Familiengerichte 304

Familienstand

Bevölkerung 33

Gestorbene 39

Privathaushalte 50

vor Eheschließung 53

Feldfrüchte

(Anbau, Ernte) 484

Fernsehen

ARD und Landesrundfunkanstalten 208

Durchschnittliche Sehdauer 208

Marktanteile der Sender 208

ZDF 208

Fernseher 172

Filmwirtschaft 207

Finanzierungssaldo 253, 331, 648

Flächen 14, 26

Arten 474

Bodenfläche 14, 26, 474, 634, 668

Naturschutzfläche 18

Siedlungs- und Verkehrsfläche 14, 462, 474

Waldfläche 483, 668

Wohnfläche 567

Fluggäste 588

Flugplätze 16, 588

Flugzeuge 596

Flüsse, schiffbare 15

Flüssiggas 556

Forschung und Wissenschaft

Aufwendungen 104

Ausgaben 100, 259, 638

öffentliche Ausgaben 259

Personal 103

Fortbildung (Handel, Handwerk) 97

Freiberufler/-innen 269

Früchte (Anbau) 487

G

Gase 556

Gebietskörperschaften

Ausgaben, Einnahmen 256

Finanzierungssaldo 253

Schulden 261

Geborene

Alter der Mutter 35

häufigste Vornamen 36

Krankenhausesbindungen 136

Lebend-, Totgeborene 33

Staatsangehörigkeit der Eltern 37

Gebrauchsgüter der privaten Haushalte 172

Erzeugerpreise 397

Produktion 545

Verbraucherpreise 402

Geburtenziffern 636

Gefährdungseinschätzung 238

Gefangene 651

Art der Strafe 312

Gefängnisse *siehe Justizvollzugsanstalten*

Geflügel 477, 493

Gehalt *siehe Verdienste* 320

Gemeinden 29

Gemüse (Anbau, Ernte) 473, 486

Gerichte 304

Gestorbene 33

- Altersgruppen 39
- Familienstand 39
- Säuglinge 34, 128
- Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 640
- Sterbeziffern 640
- Todesursachen 119, 128

Gesundheitliche Lage der Bevölkerung 120

Gesundheitsversorgung

- Krankenhäuser 134
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 135

Gesundheitswesen

- Ausgaben 141, 640
- Einrichtungen 134, 141
- Leistungsarten 141
- Patienten/Patientinnen 120
- Personal 119
- Sozialversicherungen 141, 226

Gewässer 15

Gewässerschutz

- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Umsatz 446

Gewerbeanzeigen 513

Gewerbesteuer 253, 267

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 51

- eingetragene Lebenspartnerschaften 56

Goethe-Institut 203

Grenzlängen 14

Großhandel 575

- Großhandelsverkaufspreise 391, 399

Grunderwerbsteuer 267

Grundsicherung für Arbeitsuchende 226

- Leistungsberechtigte, Zahlungsansprüche 234

Grundsteuer A, B 267

Güterbeförderung, -umschlag (Binnenschifffahrt) 591

Güterbilanz 334

- Informations- und Kommunikationstechnologien 335

Güterverkehr 585

H

Häfen 592

Handelspartner 413

Handelswaren 417

Handwerk

- Fortbildungs- und Meisterprüfungen 97
- Unternehmen 523

Hauptstädte 634

Haushalte 156

- Einheitswert 156
- Haus- und Grundbesitz 156
- Hypothekenrestschuld 156
- Restschuld 156

Haushalte, öffentliche *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Haushalte, private *siehe Privathaushalte*

Heirat *siehe Ehe*

Hochschulen

- Absolventen/Absolventinnen 93
- Arten 91
- Ausgaben 101
- Betreuungsrelation 93
- monetäre Kennzahlen 102
- Personal 93
- Promovierende 93
- Prüfungen 93
- Studierende 77, 91, 638

Holzeinschlag 483

Hörfunk 209

I

Importe 333, 413, 432

- Einfuhrpreise 391
- Importabhängigkeitsquote 422
- Importquote 422

Inflationsrate 402, 661

Informations- und Kommunikationstechnologien

- Ausstattung der privaten Haushalte 172
- Cloud Computing 520
- E-Commerce 521
- Unternehmen 519

Infrastruktur 16, 595

Inseln 17

Insolvenzen

- Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 518
- Unternehmensinsolvenzen 516, 520
- Verbraucherinsolvenzen 181

Internet

- mobile Nutzung 205
- private Einkäufe und Bestellungen 207
- private Nutzung 205, 644

Investitionen

- Bruttoanlageinvestitionen 319, 326
- Bruttoinvestitionen 319, 326, 506, 537, 576, 586, 608, 620, 652
- Direktinvestitionen 432
- Umweltschutz 444

J

Jahresabschlüsse 264

Jugendliche

- Adoptionen 61
- Kinder- und Jugendhilfe 236
- Verurteilte 309

Jugendstrafrecht 310

Justizvollzug

- Arten des Vollzugs 312
- Justizvollzugsanstalten 312
- Strafgefangene 312, 651

K

Kanäle 15

Kapitalbilanz 432

Kapitalgesellschaften 270, 330

Kfz-Handel 575

Kinder

Adoptionen 61

Ausgaben (Sozialleistungen) 646

Elterngeld 61

Erwerbsbeteiligung der Eltern 58

Familienform 57

Kindergeld 61, 168

Kinder- und Jugendhilfe 236

Sterbeziffern 640

Tagesbetreuung 58

überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 58

Kindergeld 61, 226

Einnahmen der privaten Haushalte 168

Kindertagesbetreuung

Betreuungsquote, -umfang 59

Einrichtungsarten 58

Personal 58

Kinder- und Jugendhilfe 226

Ausgaben und Einnahmen der Träger 240

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 238

Gefährdungseinschätzung 238

Hilfen zur Erziehung 236

sozialpädagogische Familienhilfe 237

vorläufige Schutzmaßnahmen 239

Kino 207, 644

Kirchen

Kirchensteuer 63

Seelsorge 211

Kirchensteuer 63

Ausgaben der privaten Haushalte 168

Klärgas 556

Klima 18, 634

Investitionen für Klimaschutz 444

klimawirksame Stoffe 454

laufende Aufwendungen für Klimaschutz 445

Umsatz für Klimaschutz 446

KMU 510

Konsumausgaben

der privaten Haushalte 170, 326

des Staates 319, 330, 652

Körpergewicht, -größe 132

Körperschaftsteuer 253, 267

Kraftfahrzeugsteuer 267, 462

Krankenhäuser

Behandlungen 135

Betten, Bettenauslastung 134, 640

Fachabteilungen 135

Kostenstruktur 143

Patienten/Patientinnen 120

Personal 137

Verweildauer der Patienten/Patientinnen 134

Krankenhausfälle *siehe Patienten/Patientinnen*

Krankenversicherungen 225

Krankenversicherung, gesetzliche

Arten 228

Ausgaben, Einnahmen 228

Versicherte 228

Krankheiten 120, 640

Kreise 29

Kriegsopferfürsorge 235

Kriminalität *siehe Straftaten*

Küken, geschlüpfte 493

Kultur

Ausgaben der privaten Haushalte 168

öffentliche Ausgaben 193, 203, 259

Verbraucherpreise 402

Künstlersozialkasse 199

Kurzarbeit 229

L

Länderfinanzausgleich 255

Länderregierungen 294

Landessportbünde 211

Landtage 294

Landtagswahlen 293

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 475

Landwirtschaftsfläche 474

Langzeiterwerbslose 362

Lärmbekämpfung 445

Investitionen 444

laufende Aufwendungen 445

Umsatz 446

Lebenserwartung 38, 636

Lebensformen 51

Lebensgemeinschaften 51

Lebensunterhalt, überwiegender

Bevölkerung 345

der Eltern minderjähriger Kinder 58

Lehrkräfte

allgemeinbildende Schulen 83

berufliche Schulen 87

Musikschulen 198

Leistungsbilanz 431, 664

Lohn *siehe Verdienste*

Lohnsteuer 253, 267

Luftreinhaltung 445

Investitionen 444

laufende Aufwendungen 445

Umsatz 446

Luftverkehr 587

M

Material- und Energieflüsse 443, 457

Medien

Fernsehen 208
Hörfunk 209
Internet 172, 205, 519

Mieterhaushalte 642

Mietwohnungen

Bruttokaltmiete 153

Migrationshintergrund

Bevölkerung 40
Bildungsstand 78
erzieherische Hilfen 237
Familien 57

Mindestlöhne 380

Mindestsicherungsquote 225, 232

Mobiltelefone

Produktion 545

Museen 194

Musikschulen

Lehrkräfte 198
Schüler/-innen 197

N

Nachhaltigkeit 462

Nahrungsmittelpreise 393, 660

Nahrungs- und Genussmittel

Ausgaben der privaten Haushalte 170
Erzeugerpreise 397
Handelswaren 420
Nahrungsmittelpreise 393
pflanzliche und tierische Erzeugnisse 177
Produktion 542
Tiefkühlkost 177
Verbrauch 177
Verbraucherpreise 402, 660

Naturparke 18

Naturschutz

Flächen, Gebiete 18
Investitionen 444
laufende Aufwendungen 445
Waldschäden 461

Nettokapitalanlagen 433

Nichterwerbspersonen 345

Normalarbeitnehmer/-innen 345

O

Obst (Ernte) 488

Öffentliche Finanzen *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Öffentlicher Dienst

Beschäftigte, Personal 357, 380, 381
unmittelbarer und mittelbarer 231
Verdienste, Besoldung 357, 381
Versorgungssystem 231

Öffentlicher Gesamthaushalt

Ausgaben, Einnahmen 254
Finanzierungssalden der Körperschaften 253
Kassenergebnis 257
Nettoaufgaben 260
Personalausgaben 260
rechnungsmäßiges Ergebnis 258
Schulden 253, 260, 648
Steuereinnahmen 254, 257, 462, 648

Ökologischer Landbau 481, 668

Ökologische Viehhaltung 481

Operationen 123

P

Pachtflächen, -entgelte 480

Parlamente

Deutscher Bundestag 287
Europäisches Parlament 287
Frauenanteile an den Mandaten 650
Länderparlamente 293

Parteien 287, 293

Patente

Bundespatentgerichte 305

Patienten/Patientinnen

Krankenhäuser 120
Verweildauer in Krankenhäusern 134
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 122, 135

Pensionen

Einnahmen der privaten Haushalte 168

Personal

Forschung und Wissenschaft 103, 638
Gesundheitswesen 119
Hochschulen 93
Kindertagesbetreuung 58
öffentlicher Dienst 357, 381
Pflegedienste, -heime 138

Personalaufwendungen

Gastgewerbe und Tourismus 608
Handel 577
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 508
Transport und Verkehr 586

Personenverkehr 585, 676

Pflanzen 476, 485

Pflegebedürftige

Eingeschränkte Alltagskompetenz 126
Hilfe zur Pflege 233
Pflegequote 126
Versorgung durch Angehörige 126
Versorgung durch Pflegedienst 126
Versorgung in Heimen 126
Vorausberechnung 126

Pflegedienste, -heime 138

Pflegeversicherung, soziale 126, 226

Ausgaben, Einnahmen 229
Versicherte 229

Pkw

Ausstattung der privaten Haushalte 172
Bestand, Neuzulassungen 596, 676
Personenverkehr 587, 676
Produktion 546
Straßenverkehrsunfälle 598

Preisniveauevergleich 660

Primäreinkommen 330

Primärenergieverbrauch 458, 462, 672

Privathaushalte

Altersgruppen, Familienstand 50
Ausgaben, Einnahmen 168
Ausstattung mit Gebrauchsgütern 167, 172
Baugenehmigungen, -fertigstellungen 568
Computer 644
Deprivationsindikatoren 178
Einkommen 167
Emissionen 460
finanzielle Kapazitäten 178
Haushaltsgröße 49, 642
Internet 205, 644
Konsumausgaben 170, 204, 326
Primärenergieverbrauch 458
verfügbares Einkommen, Ersparnis 332
Wohngeld 153, 168
Wohnsituation 158

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 542

Produktionsindex

Baugewerbe 563, 674
Verarbeitendes Gewerbe 540, 671

Produktionswerte

Gastgewerbe und Tourismus 608
Handel 577
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 508
Transport und Verkehr 586
Vorleistungen 330

Professoren/Professorinnen 95

Prüfungen

Fortbildungs- und Meisterprüfungen 97
Hochschulen 93

R

Rauchen 133, 177

Tabaksteuer 253, 267

Reallohnindex 374

Recyclingquote 453

Regierungen, Bundes- und Länder- 294

Regierungsbezirke 29

Rehabilitationseinrichtungen *siehe Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen*

Reisegebiete 607

Religionszugehörigkeit

Jüdische Gemeinden 63
Kirchen, evangelische und katholische 63

Renten 227, 345

der gesetzlichen Unfallversicherung 230
Einnahmen der privaten Haushalte 168
Rentenzahlbeträge, monatliche 227

Rentenversicherung, gesetzliche 225

allgemeine und knappschaftliche 227
Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 228
monatliche Rentenzahlbeträge 227

Richter/-innen 357

Rinder 477, 491

Rohertragsquote (Handel) 576

Rohstoffe 457

S

Säuglinge 33

gestorbene 34, 128

Schadstoffe 454

Schafe 492

Scheidungen 53

Ehedauer 54
Scheidungsnummer 55

Schienen-Infrastruktur 16, 595

Schiffe 596

Schifffahrt

Binnenschifffahrt 589
Häfen 592
schiffbare Flüsse 15
Schifffahrtskanäle 15

Schlachtungen 492

Schulden

Arten der öffentlichen Schulden 261
Bruttoschuldenstände 647
öffentlicher Gesamthaushalt 648
öffentliche Schulden 253, 260
Überschuldung privater Haushalte 181

Schulen

Abschlüsse 78
allgemeinbildende Schulen 83
Arten 83, 87
Ausgaben 99
berufliche Schulen 87
Besuch nach Abschluss der Eltern 81
Förderschulen 86
Lehrkräfte 83, 87
Musikschulen 198
Schüler/-innen 84, 638
Volkshochschulen 97

Schüler/ -innen 77

allgemeinbildende Schulen 84, 107
Ausgaben je Schüler/-in 99
berufliche Schulen 88
Förderschwerpunkte 86
je Lehrkraft 638
Musikschulen 197
sonderpädagogischer Förderbedarf 86

Schwangerschaften

- Abbrüche 127
- Krankenhausentbindungen 136

Schweine 477, 491

Schwerbehinderte Menschen 124

- Arbeitslose 362
- Schwerbehindertenquote 125

Seelsorge 211

Seen, natürliche und Stauseen 16

Seeverkehr 588

- Containerseeverkehr 594
- Häfen 594

Selbstständige 345

- Selbstständigenquote 656

Sozialbudget 225

Sozialgeld 234

- Einnahmen der privaten Haushalte 168

Sozialhilfe 226

- Ausgaben 232

Sozialleistungen 226

- Asylbewerberleistungen 234
- Ausgaben 226, 646
- Grundsicherung für Arbeitsuchende 234
- Kinder- und Jugendhilfe 236
- Kriegsopferfürsorge 235
- öffentliche Ausgaben 259
- Sozialhilfe 232
- Sozialleistungsquote 225
- Sozialversicherungen 141, 226, 254, 357
- Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 231

Sozialversicherungen 141, 226, 254, 357

Sparquote 323

Sport

- Abzeichen 213
- Arten 213
- Mitgliedschaften 212
- Olympische Spiele 214
- Paralympische Spiele 214
- Spitzenverbände 212

Staatsangehörigkeit

- Adoptionen 42, 62
- ausländische Bevölkerung 40
- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 42

Staatsanwaltschaften 305

Städte 29

- Hauptstädte 634
- Städtetourismus 611

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 640

Sterbeziffern 39, 640

Steuern

- Arten 63, 253, 267, 462
- Einnahmen 254, 267, 462, 648
- Steueraufkommen 253, 267

Stiftungen 210

Stipendiaten 98

Strafen- Strafverfolgung

- Abgeurteilte, Verurteilte 309
- Strafrecht 310
- Straftaten im Straßenverkehr 311

Strafgerichte 306

Straftaten 305, 651

- Aufklärungsquote 308
- Straßenverkehr 311
- Umwelt 456

Strafverfahren 309

Straßen 16, 595

Straßenverkehr 676

- Fahrverbote 310
- Getötete 585, 598
- öffentliche Ausgaben 259
- Straftaten, Verurteilte 311
- Straßen des überörtlichen Verkehrs 595
- Verunglückte, Unfälle 597

Strom

- Bruttostromerzeugung, -verbrauch 553, 672
- Stromsteuer 462
- Strom- und Wärmeerzeugung 555

Studierende 77, 91, 638

- ausländische Studierende, deutsche Studierende im Ausland 92
- Studienbereiche 92

T

Tabaksteuer 253, 267

Tarifverdienste 378

Tätige Personen *siehe Beschäftigte*

Tatverdächtige 308

Teilzeitbeschäftigte 352, 360

- Bruttoverdienste 376
- Gastgewerbe, Handel 608
- öffentlicher Dienst 357

Theater 194

Tiere

- Arten 477, 491
- Ausgaben der privaten Haushalte 170
- Nahrungsmittelpreise 393
- Schlachtungen 492, 668
- Viehbestand (ökologischer Landbau) 481
- Viehhaltung 477

Todesursachen 130

- häufigste 119
- Säuglinge 128

Tourismus

- Ankünfte, Übernachtungen 610, 678
- Betriebe, Schlafgelegenheiten, Kapazitätsauslastungen 609
- Städtetourismus 611
- Tourismusintensität 610
- Übernachtungen ausländischer Gäste 607

Treibhausgasemissionen 460, 666

U

Überschuldung privater Personen 181

Umsatz 564

- Gastgewerbe und Tourismus 608
- Handel 575
- Handwerksunternehmen 523
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 505
- Transport und Verkehr 586
- Umsatzsteuer 253, 274
- Unternehmen im EU-Handel 423
- Verarbeitendes Gewerbe 536
- Weihnachtsgeschäft 577
- weitere Dienstleistungen 619

Umsatzindex (Verarbeitendes Gewerbe) 535, 541

Umsatzsteuer 253, 267

- Lieferungen und Leistungen 275
- Umsatzsteuerpflichtige 275
- Veranlagungen 274
- Voranmeldungen 275

Umwelt, Umweltschutz

- eingesetzte Umweltressourcen 457
- Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren 462
- erneuerbare Energien 553
- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Material- und Energieflüsse 443, 457
- Nachhaltigkeit 462
- Naturschutzflächen, -gebiete 18, 666
- Straftaten gegen die Umwelt 456
- Umsatz für den Umweltschutz 446

UNESCO-Welterbe 200

Unfälle

- Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-innen 598
- mit wassergefährdenden Stoffen 443
- Straßenverkehr 597

Unfallversicherung, gesetzliche 226, 230

- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 230
- Rentenbestand 230
- Versicherte 230

Universitäten *siehe Hochschulen*

Unternehmen *siehe auch Betriebe*

- auslandskontrollierte 512
- Außenhandel 423
- Baugewerbe 674
- Bruttowertschöpfung 506, 670
- Computer- und Internetnutzung 519
- Energie 554, 672
- Gastgewerbe und Tourismus 608, 678
- Gewinne 330
- Handel 576, 675
- Handwerk 523
- Informations- und Kommunikationstechnologien 519
- Internetnutzung 519
- kleine und mittlere (KMU) 510
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 505, 670
- Transport und Verkehr 586, 676
- Umweltschutz 444
- Unternehmensinsolvenzen 516

Unternehmen

- Verarbeitendes Gewerbe 671
- weitere Dienstleistungen 619

Unternehmenskonzentration (Verarbeitendes Gewerbe) 536

V

Verbrauch

- Nahrungs- und Genussmittel 177

Verbraucherpreise 391, 402

Verbrauchssteuer 276

Verbrechen *siehe Straftaten*

Verdienste

- Arbeitnehmerentgelt 320
- Bruttomonatsverdienste 658
- Bruttolöhne und -gehälter 320
- Bruttostundenverdienste 373
- Bruttoverdienste 374
- Lohnquote 323
- Lohnstückkosten 323
- öffentlicher Dienst 380
- Tarifverdienste 378

Verkehr

- Arten 585
- Ausgaben der privaten Haushalte 168
- Beförderungen 587, 590, 676
- Verbraucherpreise 402
- Verkehrswege 595

Verkehr 585 *siehe auch Straßenverkehr*

Verletzungen 120

- Straßenverkehr 597

Vermögensstatus 437

Vermögenssteuer 267

Vermögensübertragungen 256

Versicherungen *siehe Sozialversicherungen*

Versorgungsempfänger/-innen 231

Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 231

Verurteilte 303

- Deliktgruppen 311
- Jugendliche 309
- Strafen, Strafrecht 310

Vieh *siehe Tiere*

Volkseinkommen 319

Volkshochschulen 97

Vollzeitbeschäftigte 360

- Bruttoverdienste 376
- Gastgewerbe, Handel 608
- öffentlicher Dienst 357

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 135

- Patienten/Patientinnen 122
- Personal 137

W

Wahlen

- Deutscher Bundestag 287
- Europäisches Parlament 287
- Landtage 293
- nationale Parlamentswahlen 650

Währungsreserven 664

Waldfläche 483

Waldschäden 461

Wanderungen

- Herkunftsländer der Ausländer/-innen 47
- innerhalb Deutschlands 43
- Zielländer der Deutschen 47
- zwischen Deutschland und dem Ausland 43

Wärme

- Erzeugung, Bezug, Verwendung, Abgabe 555
- Strom- und Wärmeerzeugung 555

Wasser

- Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 443
- Wassergewinnung 447
- Wasserversorgung 448

Weinanbau, -erzeugung 489

Weiterbildung, berufliche 96

Welterbe (UNESCO) 200

Wirtschaftsbereiche 348

Wirtschaftswachstum 321, 632

Wissenschaftler/-innen 103

Wissenschaft *siehe Forschung und Wissenschaft*

Wohngeld 153, 226

- Einnahmen der privaten Haushalte 168
- Haushalte mit Wohngeld 154
- Lastenzuschuss 154
- Mietzuschuss 154
- Wohngeldausgaben 155

Wohnsituation

- Probleme im Wohnumfeld 158
- überbelegte Wohnungseinheiten 642
- Wohnkosten 158, 642

Wohnungen, Wohnungswesen

- Ausgaben der privaten Haushalte 168
- Bau- und Immobilienpreise 400
- Eigentumswohnungen 156
- Mängel 158
- Mieter-, Eigentümerhaushalte 642
- öffentliche Ausgaben 259
- Verbraucherpreise 402
- Wohnfläche 567
- Wohnsituation 158
- Wohnungsbestand 567

Z

Zeitverwendung 174

Zivilgerichte 304

Zu- und Fortzüge *siehe Wanderungen*